RESOLUTIONEN
und
BESCHLÜSSE
der Generalversammlung
SIEBENUNDDREISSIGSTE TAGUNG

21. September – 21. Dezember 1982

und 10.–13. Mai 1983

GENERALVERSAMMLUNG

OFFIZIELLES PROTOKOLL: SIEBENUNDDREISSIGSTE TAGUNG

BEILAGE NR. 51 (A/37/51)

VEREINTE NATIONEN

New York 1983

HINWEISE FÜR DEN LESER

Die Dokumentennummern (symbols) der Dokumente der Vereinten Nationen bestehen aus Großbuchstaben und Zahlen. Wo im Text eine derartige Kurzbezeichnung verwendet wird, handelt es sich um die Bezugnahme auf ein Dokument der Vereinten Nationen.

Die Resolutionen und Beschlüsse der Generalversammlung werden wie folgt gekennzeichnet:

Ordentliche Tagungen

Bis zur dreißigsten ordentlichen Tagung wurden die Resolutionen der Generalversammlung durch eine arabische Zahl für die laufende Nummer der Resolution und eine in Klammern gesetzte römische Zahl für die laufende Nummer der Tagung gekennzeichnet (z.B.: Resolution 3363 (XXX)). Wurden mehrere Resolutionen unter derselben Nummer verabschiedet, so wurde jede von ihnen durch einen auf die arabische Zahl folgenden Großbuchstaben gekennzeichnet (z.B.: Resolution 3367 A (XXX). Resolutionen 3411 A und B (XXX). Resolutionen 3419 A bis D (XXX)). Beschlüsse wurden nicht numeriert.

Als Teil des neuen Systems für die Kennzeichnung der Dokumente der Generalversammlung werden die Resolutionen und Beschlüsse seit der einunddreißigsten Tagung durch eine arabische Zahl für die laufende Nummer der Tagung und eine weitere, durch einen Schrägstrich abgetrennte arabische Zahl für die laufende Nummer der Resolution innerhalb dieser Tagung gekennzeichnet (z.B.: Resolution 31/1, Beschluß 31/301). Werden mehrere Resolutionen oder Beschlüsse unter derselben laufenden Nummer verabschiedet, so wird jede(r) von ihnen durch einen an diesen anschließenden Großbuchstaben gekennzeichnet (z.B.: Resolution 31/16A, Resolutionen 31/6 A und B, Beschlüsse 31/406 A bis E).

Sondertagungen

Bis zur siebenten Sondertagung wurden die Resolutionen der Generalversammlung durch eine arabische Zahl für die laufende Nummer der Resolution gekennzeichnet, der in Klammern der Buchstabe "S" und eine römische Zahl für die laufende Nummer der Tagung folgten (z.B.: Resolution 3362 (S-VII). Beschlüsse wurden nicht numeriert.

Seit der achten Sondertagung werden die Resolutionen und Beschlüsse durch den Buchstaben "S" und eine arabische Zahl für die laufende Nummer der Tagung sowie eine weitere, durch einen Schrägstrich abgetrennte arabische Zahl für die laufende Nummer der Resolution innerhalb dieser Tagung gekennzeichnet (z.B.: Resolution S-8/1. Beschluß S-8/11).

Notstandssondertagungen

Bis zur fünften Notstandssondertagung wurden die Resolutionen der Generalversammlung durch eine arabische Zahl für die laufende Nummer der Resolution gekennzeichnet, der in Klammern die Buchstaben "ES" und eine römische Zahl für die laufende Nummer der Tagung folgten (z.B.: Resolution 2252 (ES-V)). Beschlüsse wurden nicht numeriert.

Seit der sechsten Notstandssondertagung werden Resolutionen und Beschlüsse durch die Buchstaben "ES" und eine arabische Zahl für die laufende Nummer der Tagung sowie eine weitere, durch einen Schrägstrich abgetrennte arabische Zahl für die laufende Nummer der Resolution innerhalb dieser Tagung gekennzeichnet (z.B.: Resolution ES-6/1, Beschluß ES-6/11).

In jeder der obengenannten Serien erfolgt die Numerierung jeweils in der Reihenfolge der Verabschiedung.

*
* *

Der vorliegende Band enthält die Resolutionen und Beschlüsse, die von der Generalversammlung vom 21. September 1982 bis 13. Mai 1983 verabschiedet wurden. Etwaige weitere Resolutionen oder Beschlüsse, die von der Versammlung auf ihrer siebenunddreißigsten Tagung eventuell noch verabschiedet werden, erscheinen in einem Addendum zu diesem Band.

Neben dem Wortlaut der Resolutionen und Beschlüsse der siebenunddreißigsten Tagung der Generalversammlung (21. September 1982-13. Mai 1983) enthält der vorliegende Band eine Übersicht über die Zuweisung der Tagesordnungspunkte an die einzelnen Ausschüsse (Abschnitt I), ein Fundstellenverzeichnis für die Zusammensetzung von Haupt- und Nebenorganen (Anhang I), ein Fundstellenverzeichnis für Übereinkünfte, Erklärungen und andere Instrumente (Anhang II), einen Index der Resolutionen und Beschlüsse nach Tagesordnungspunkten (Anhang III) sowie ein Verzeichnis der Resolutionen und Beschlüsse nach laufenden Nummern (Anhang IV).

*
* *

BESONDERER HINWEIS FÜR DIE DEUTSCHE AUSGABE

Die Dokumente der Vereinten Nationen, die aufgrund von Generalversammlungsresolution 3355 (XXIX) vom 18. Dezember 1974 ab 1. Juli 1975 ins Deutsche zu übersetzen sind (alle Resolutionen der Generalversammlung, des Sicherheitsrats und des Wirtschafts- und Sozialrats sowie die sonstigen Beilagen zum Offiziellen Protokoll der Generalversammlung), werden bei Quellenangaben in deutsch zitiert, auch wenn die Übersetzung noch nicht erschienen ist. Das gleiche gilt für die schon vor dem 1. Juli 1975 verabschiedeten Resolutionen der genannten Organe. (Da die Resolutionen des Sicherheitsrats als Jahresband erscheinen, liegen sie schon ab 1. Januar 1975 in deutsch vor.) Die Titel anderer Quellenangaben werden zur Vereinfachung von Bestellungen nicht übersetzt.

INHALT

Abschnitt		*Seite*
I.	Zuweisung der Tagesordnungspunkte	1
	* * *	
II.	Resolutionen ohne Überweisung an einen Hauptausschuß	13
III.	Resolutionen aufgrund der Berichte des Ersten Ausschusses	59
IV.	Resolutionen aufgrund der Berichte des Politischen Sonderausschusses	107
V.	Resolutionen aufgrund der Berichte des Zweiten Ausschusses	129
VI.	Resolutionen aufgrund der Berichte des Dritten Ausschusses	203
VII.	Resolutionen aufgrund der Berichte des Vierten Ausschusses	261
VIII.	Resolutionen aufgrund der Berichte des Fünften Ausschusses	279
IX.	Resolutionen aufgrund der Berichte des Sechsten Ausschusses	311
	* * *	
X.	Beschlüsse	327
	A. Wahlen und Ernennungen	330
	B. Sonstige Beschlüsse	339
	1. Beschlüsse ohne Überweisung an einen Hauptausschuß	339
	2. Beschlüsse aufgrund der Berichte des Ersten Ausschusses	340
	3. Beschlüsse aufgrund der Berichte des Politischen Sonderausschusses	341
	4. Beschlüsse aufgrund der Berichte des Zweiten Ausschusses	341
	5. Beschlüsse aufgrund der Berichte des Dritten Ausschusses	343
	6. Beschlüsse aufgrund der Berichte des Vierten Ausschusses	343
	7. Beschlüsse aufgrund der Berichte des Fünften Ausschusses	347
	8. Beschlüsse aufgrund der Berichte des Sechsten Ausschusses	349
	ANHÄNGE	
I.	Zusammensetzung der Organe	351
II.	Übereinkünfte, Erklärungen und andere Instrumente	355
III.	Index der Resolutionen und Beschlüsse (nach Tagesordnungspunkten)	357
IV.	Verzeichnis der Resolutionen und Beschlüsse (nach laufenden Nummern)	369

I. ZUWEISUNG DER TAGESORDNUNGSPUNKTE[1]

Plenum

1. Eröffnung der Tagung durch den Leiter der Delegation des Irak (Punkt 1)
2. Schweigeminute für Gebet bzw. Besinnung (Punkt 2)
3. Beglaubigungsschreiben der Vertreter für die siebenunddreißigste Tagung der Generalversammlung (Punkt 3):
   a) Ernennung der Mitglieder des Mandatsprüfungsausschusses
   b) Bericht des Mandatsprüfungsausschusses
4. Wahl des Präsidenten der Generalversammlung (Punkt 4)
5. Wahl der Vorstände der Hauptausschüsse (Punkt 5)
6. Wahl der Vizepräsidenten der Generalversammlung (Punkt 6)
7. Mitteilung des Generalsekretärs nach Artikel 12 Absatz 2 der Charta der Vereinten Nationen (Punkt 7)
8. Annahme der Tagesordnung und Organisation der Arbeit (Punkt 8)[2]:
   a) Bericht des Präsidialausschusses
9. Generaldebatte (Punkt 9)
10. Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Organisation (Punkt 10)
11. Bericht des Sicherheitsrats (Punkt 11)
12. Bericht des Wirtschafts- und Sozialrats (Kapitel I, III (Abschnitt E), VI (Abschnitt D), VIII und IX (Abschnitt A bis C, F, G und H)) (Punkt 12)[3]
13. Bericht des Internationalen Gerichtshofs (Punkt 13)
14. Bericht der Internationalen Atomenergie-Organisation (Punkt 14)[4]
15. Wahlen zur Besetzung freiwerdender Stellen in Hauptorganen (Punkt 15):
   a) Wahl von fünf nichtständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats
   b) Wahl von achtzehn Mitgliedern des Wirtschafts- und Sozialrats
16. Wahlen zur Besetzung freiwerdender Stellen in Nebenorganen und andere Wahlen (Punkt 16):
   a) Wahl von fünfzehn Mitgliedern des Rats für industrielle Entwicklung
   b) Wahl von neunzehn Mitgliedern des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen
   c) Wahl von zwölf Mitgliedern des Welternährungsrats
   d) Wahl von sieben Mitgliedern des Programm-und Koordinierungsausschusses
   e) Wahl der Mitglieder des Gouverneursrats des Sonderfonds der Vereinten Nationen für Entwicklungsländer in Binnenlage
   f) Wahl von siebzehn Mitgliedern der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht
   g) Wahl des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge

---

[1] Die Generalversammlung verabschiedete auf ihrer 4., 24., 65. und 88. Plenarsitzung vom 24. September, 8. Oktober, 12. November und 2. Dezember 1982 die Tagesordnung und die Zuweisung der Tagesordnungspunkte für ihre siebenunddreißigste Tagung (vgl. Abschnitt X.B.1, Beschluß 37/402). Soweit nichts anderes vermerkt ist, waren alle Punkte Bestandteile der vom Präsidialausschuß in seinem ersten Bericht (A/37/250, Ziffer 16-25) empfohlenen und von der Versammlung auf ihrer 4. Plenarsitzung angenommenen Tagesordnung und Zuweisung der Tagesordnungspunkte. Eine nach Nummern geordnete Liste der Tagesordnungspunkte findet sich in Anhang III.

[2] Zu Unterpunkt *b*), vgl. "Fünfter Ausschuß", Punkt 14

[3] Zu Kapitel III (Abschnitt E) s.a. "Fünfter Ausschuß", Punkt 15; zu Kapitel VI (Abschnitt D) s.a. "Zweiter Ausschuß", Punkt 1 und "Vierter Ausschuß", Punkt 5; zu Kapitel VIII s.a. "Zweiter Ausschuß", Punkt 1, "Dritter Ausschuß", Punkt 1 und "Fünfter Ausschuß", Punkt 15; zu Kapitel IX (Abschnitt C und H) s.a. "Fünfter Ausschuß"; zu Kapitel IX (Abschnitt F) s.a. "Dritter Ausschuß"; zu Kapitel IX (Abschnitt G) s.a. "Zweiter Ausschuß".

[4] Die Generalversammlung beschloß auf ihrer 4. Plenarsitzung vom 24. September 1982 aufgrund der im ersten Bericht des Präsidialausschusses (A/37/250, Ziffer 24 *b*) i)) enthaltenen Empfehlung, den Ersten Ausschuß im Zusammenhang mit seiner Behandlung des Punktes 55 der Tagesordnung auf die diesbezüglichen Ziffern des Berichts der Internationalen Atomenergie-Organisation für das Jahr 1981 (A/37/382) aufmerksam zu machen.

17. Ernennungen zur Besetzung freiwerdender Stellen in Nebenorganen und andere Ernennungen (Punkt 17)[5] :
    h) Ernennung der Mitglieder des Beratenden Ausschusses für den Freiwilligen Fonds für die Frauendekade der Vereinten Nationen
    i) Bestätigung der Ernennung des Exekutivdirektors der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung
    j) Bestätigung der Ernennung des Generalsekretärs der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen
    k) Ernennung des Namibiabeauftragten der Vereinten Nationen
    l) Bestätigung der Ernennung des Exekutivdirektors des Sonderfonds der Vereinten Nationen für Entwicklungsländer in Binnenlage
18. Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker (Punkt 18)[6]:
    a) Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker
    b) Bericht des Generalsekretärs
19. Aufnahme neuer Mitglieder in die Vereinten Nationen (Punkt 19)
20. Die Lage in Kampuchea: Bericht des Generalsekretärs (Punkt 20)
21. Behandlung und Verabschiedung des revidierten Entwurfs einer Weltcharta für die Natur: Bericht des Generalsekretärs (Punkt 21)
22. Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der Islamischen Konferenz: Bericht des Generalsekretärs (Punkt 22)
23. Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Arabischen Liga: Bericht des Generalsekretärs (Punkt 23)
24. Die bewaffnete israelische Aggression gegen die nuklearen Anlagen des Irak und deren schwerwiegende Folgen für das die friedliche Nutzung der Kernenergie betreffende internationale System, die Nichtverbreitung von Kernwaffen sowie den Weltfrieden und die internationale Sicherheit: Bericht des Generalsekretärs (Punkt 24)
25. Die Lage in Afghanistan und ihre Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit: Bericht des Generalsekretärs (Punkt 25)
26. Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und dem Afro-asiatischen Rechtsberatungsausschuß (Punkt 26)
27. Vorbereitung der Konferenz der Vereinten Nationen zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie: Bericht des Vorbereitungsausschusses der Konferenz der Vereinten Nationen zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie (Punkt 27)
28. Dritte Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen (Punkt 28)
29. Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der afrikanischen Einheit: Bericht des Generalsekretärs (Punkt 29)
30. Die Frage der Komoren-Insel Mayotte: Bericht des Generalsekretärs (Punkt 30)
31. Palästinafrage (Punkt 31):
    a) Bericht des Ausschusses für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes
    b) Bericht des Vorbereitungsausschusses für die Internationale Konferenz über die Palästinafrage
    c) Berichte des Generalsekretärs
32. Namibiafrage (Punkt 32)[7]:
    a) Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker
    b) Bericht des Namibia-Rats der Vereinten Nationen
    c) Berichte des Generalsekretärs

[5] Zu den Unterpunkten *a*) bis *g*) vgl. "Fünfter Ausschuß", Punkt 16.

[6] Die Generalversammlung beschloß auf ihrer 4. Plenarsitzung vom 24. September 1982 aufgrund der im ersten Bericht des Präsidialausschusses (A/37/250, Ziffer 24 *a*) ii)) enthaltenen Empfehlung, alle auf bestimmte Territorien bezugnehmenden Kapitel des Berichts des Sonderausschusses (A/37/23/Rev.1) dem Vierten Ausschuß zuzuweisen, um der Versammlung die Gesamtbehandlung der Verwirklichung der Erklärung im Plenum zu ermöglichen.

[7] Die Generalversammlung beschloß auf ihrer 4. Plenarsitzung vom 24. September 1982 aufgrund der im ersten Bericht des Präsidialausschusses (A/37/250, Ziffer 24 *a*) iii)) enthaltenen Empfehlung, diesen Punkt unmittelbar im Plenum zu behandeln mit der Maßgabe, daß die Anhörung der betreffenden Organisationen im Vierten Ausschuß stattfinden würde.

33. Apartheidpolitik der Regierung Südafrikas (Punkt 33)[8]:
    a) Bericht des Sonderausschusses gegen Apartheid
    b) Bericht des Ad-hoc-Ausschusses für die Ausarbeitung einer Internationalen Konvention gegen Apartheid im Sport
    c) Berichte des Generalsekretärs
34. Die Lage im Mittleren Osten: Berichte des Generalsekretärs (Punkt 34)
35. Die Frage des Friedens, der Stabilität und der Zusammenarbeit in Südostasien (Punkt 35)
36. Die Frage der gerechten Verteilung bzw. der Erhöhung der Zahl der Sitze im Sicherheitsrat (Punkt 36)
37. Zypernfrage: Bericht des Generalsekretärs (Punkt 37)[9]
38. Ingangsetzung globaler Verhandlungen über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung (Punkt 38)
39. Folgen des anhaltenden bewaffneten Konflikts zwischen Iran und dem Irak (Punkt 134)
40. Die Frage der Falkland-Inseln (Malwinen) (Punkt 135)[10]
41. Begehung des 500. Jahrestags der Entdeckung Amerikas (Punkt 140)[11]
42. Verwirklichung der Resolutionen der Vereinten Nationen (Punkt 141)[11]
43. Begehung des 200. Jahrestags der Geburt des Befreiers Simón Bolívar (Punkt 142)[12]

Erster Ausschuß

(Abrüstung und damit Zusammenhängende Fragen der Internationalen Sicherheit)

1. Wirtschaftliche und soziale Folgen des Wettrüstens und dessen äußerst nachteilige Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit: Bericht des Generalsekretärs (Punkt 39)
2. Reduzierung der Militärhaushalte (Punkt 40):
    a) Bericht der Abrüstungskommission
    b) Bericht des Generalsekretärs
3. Durchführung der Generalversammlungsresolution 36/83 über die Unterzeichnung und Ratifizierung des Zusatzprotokolls I zum Vertrag über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco) (Punkt 41)
4. Einstellung aller Kernwaffen-Versuchsexplosionen: Bericht des Abrüstungsausschusses (Punkt 42)
5. Durchführung der Generalversammlungsresolution 36/85: Bericht des Abrüstungsausschusses (Punkt 43)

---

[8] Die Generalversammlung beschloß auf ihrer 4. Plenarsitzung vom 24. September 1982 aufgrund der im ersten Bericht des Präsidialausschusses (A/37/250, Ziffer 24 *a*) iv)) enthaltenen Empfehlung:
a) diesen Punkt unmittelbar im Plenum zu behandeln mit der Maßgabe, den Vertretern der Organisation der afrikanischen Einheit und den von dieser Organisation anerkannten Vertretern der nationalen Befreiungsbewegungen die Teilnahme an der Erörterung dieses Punktes im Plenum zu gestatten sowie den Organisationen und Einzelpersonen, die ein besonderes Interesse an dieser Frage haben, zu gestatten, vom Politischen Sonderausschuß angehört zu werden;
b) dem Internationalen Jahr zur Ingangsetzung von Sanktionen gegen Südafrika am 5. November 1982 eine Sondersitzung zu widmen (A/37/PV.56)

[9] Die Generalversammlung beschloß auf ihrer 116. Plenarsitzung vom 10. Mai 1983 aufgrund der im fünften Bericht des Präsidialausschusses (A/37/250/Add.4, Ziffer 2) enthaltenen Empfehlung, diesen Punkt unmittelbar im Plenum zu behandeln mit der Maßgabe, daß sie bei Behandlung dieses Punktes den Politischen Sonderausschuß bitten würde, mit den Vertreten der zyprischen Volksgemeinschaften zusammenzutreffen, um ihnen Gelegenheit zu geben, vor dem Ausschuß das Wort zu ergreifen und ihre Ansichten zu äußern und daß sie dann unter Berücksichtigung des Berichts des Politischen Sonderausschusses die Behandlung dieses Punktes fortsetzen würde.

[10] Die Generalversammlung beschloß auf ihrer 4. Plenarsitzung vom 24. September 1982 aufgrund der im ersten Bericht des Präsidialausschusses (A/37/250, Ziffer 24 *a*) vii)) enthaltenen und abgeänderten Empfehlung (A/37/PV.4, Ziffer 200), diesen Punkt unmittelbar im Plenum zu behandeln mit der Maßgabe, daß die Anhörung der Gremien und Einzelpersonen, die an dieser Frage interessiert sind, gleichzeitig mit der Behandlung dieses Punktes im Plenum im Vierten Ausschuß stattfinden würde.

[11] Die Generalversammlung beschloß auf ihrer 65. Plenarsitzung vom 12. November 1982 aufgrund der im dritten Bericht des Präsidialausschusses (A/37/250/Add. 2) enthaltenen Empfehlung, diesen Punkt in ihre Tagesordnung aufzunehmen und ihn unmittelbar im Plenum zu behandeln.

[12] Die Generalversammlung beschloß auf ihrer 88. Plenarsitzung vom 2. Dezember 1982 aufgrund der im vierten Bericht des Präsidialausschusses (A/37/250/Add.3, Ziffer 1) enthaltenen Empfehlung, diesen Punkt in ihre Tagesordnung aufzunehmen und ihn unmittelbar im Plenum zu behandeln.

6. Verwirklichung der Erklärung über die Entnuklearisierung Afrikas: Bericht des Generalsekretärs (Punkt 44)
7. Errichtung einer kernwaffenfreien Zone im Mittleren Osten (Punkt 45)
8. Errichtung einer kernwaffenfreien Zone in Südasien: Bericht des Generalsekretärs (Punkt 46)
9. Verbot der Entwicklung und Herstellung neuer Arten von Massenvernichtungswaffen sowie neuer derartiger Waffensysteme: Bericht des Abrüstungsausschusses (Punkt 47)
10. Verwirklichung der Erklärung des Indischen Ozeans zur Friedenszone: Bericht des Ad-hoc-Ausschusses für den Indischen Ozean (Punkt 48)
11. Weltabrüstungskonferenz: Bericht des Ad-hoc-Ausschusses für die Weltabrüstungskonferenz (Punkt 49)
12. Überprüfung der Durchführung der Empfehlungen und Beschlüsse der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung (Punkt 50):
    a) Bericht der Abrüstungskommission
    b) Bericht des Abrüstungsausschusses
    c) Abrüstungswoche: Bericht des Generalsekretärs
    d) Kernwaffen in allen ihren Aspekten: Bericht des Abrüstungsausschusses
    e) Stand der multilateralen Abrüstungsübereinkommen: Bericht des Generalsekretärs
    f) Nichteinsatz von Kernwaffen und Verhinderung eines Kernwaffenkrieges
    g) Verbot der nuklearen Neutronenwaffe: Bericht des Abrüstungsausschusses
    h) Durchführung der Empfehlungen und Beschlüsse der Zehnten Sondertagung: Bericht des Abrüstungsausschusses
13. Konferenz der Vereinten Nationen über das Verbot bzw. die Einschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, bei denen man davon ausgehen kann, daß sie unnötige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken: Bericht des Generalsekretärs (Punkt 51)
14. Abschluß einer internationalen Konvention zur Erhöhung der Sicherheit der Nichtkernwaffenstaaten vor dem Einsatz bzw. der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen: Bericht des Abrüstungsausschusses (Punkt 52)
15. Abschluß wirksamer internationaler Vereinbarungen zur Sicherung der Nichtkernwaffenstaaten vor dem Einsatz bzw. der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen: Bericht des Abrüstungsausschusses (Punkt 53)
16. Chemische und bakteriologische (biologische) Waffen (Punkt 54):
    a) Bericht des Abrüstungsausschusses
    b) Bericht des Generalsekretärs
17. Allgemeine und vollständige Abrüstung (Punkt 55)[4]:
    a) Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und Anwendung von radiologischen Waffen: Bericht des Abrüstungsausschusses
    b) Verhinderung eines Rüstungswettlaufs im Weltraum und Verbot von Anti-Satelliten-Systemen: Bericht des Abrüstungsausschusses
    c) Institutionelle Regelungen für den Abrüstungsprozeß
    d) Nichtstationierung von Kernwaffen auf dem Territorium von Staaten, in denen sich gegenwärtig keine solchen Waffen befinden: Bericht des Abrüstungsausschusses
    e) Verbot der Produktion von spaltbarem Material für Rüstungszwecke: Bericht des Abrüstungsausschusses
    f) Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Waffen (SALT)
18. Nukleare Rüstung Israels: Bericht des Generalsekretärs (Punkt 56)
19. Abschluß eines Vertrags über das Verbot der Stationierung von Waffen jedweder Art im Weltraum: Bericht des Abrüstungsausschusses (Punkt 57)
20. Entwicklung und Festigung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen den Staaten: Bericht des Generalsekretärs (Punkt 58)
21. Überprüfung der Verwirklichung der Erklärung über die Festigung der internationalen Sicherheit: Bericht des Generalsekretärs (Punkt 59)
22. Überprüfung und Durchführung des Abschließenden Dokuments der Zwölften Sondertagung der Generalversammlung (Punkt 133):
    a) Bericht des Abrüstungsausschusses

b) Verwirklichung der Erklärung der achtziger Jahre zur Zweiten Abrüstungsdekade und Behandlung von Initiativen und Vorschlägen der Mitgliedstaaten

c) Stipendienprogramm der Vereinten Nationen für Abrüstung: Bericht des Generalsekretärs

d) Weltabrüstungskampagne: Bericht des Generalsekretärs

23. Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung (Punkt 136)[13]

24. Durchführung der kollektiven Sicherheitsbestimmungen der Charta der Vereinten Nationen zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit (Punkt 137)

25. Sofortige Einstellung und Verbot von Kernwaffenversuchen (Punkt 138)[14]

26. Verstärkung der Bemühungen um die Beseitigung der Gefahr eines Atomkriegs und um die Sicherung einer ungefährdeten Weiterentwicklung der Kernenergie (Punkt 139)[14]

Politischer Sonderausschuß

1. Auswirkungen der atomaren Strahlung: Bericht des Wissenschaftlichen Ausschusses der Vereinten Nationen zur Untersuchung der Auswirkungen der atomaren Strahlung (Punkt 60)

2. Bericht des Sonderausschusses zur Untersuchung israelischer Praktiken, die die Menschenrechte der Bevölkerung der besetzten Gebiete beeinträchtigen (Punkt 61)

3. Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung des Weltraums (Punkt 62):

   a) Bericht des Ausschusses für die friedliche Nutzung des Weltraums

   b) Zweite Konferenz der Vereinten Nationen über die Erforschung und friedliche Nutzung des Weltraums

      i) Bericht des Vorbereitungsausschusses für die Konferenz

      ii) Bericht der Konferenz

4. Ausarbeitung einer internationalen Konvention über die Grundsätze zur Regelung des Einsatzes künstlicher Erdsatelliten zur Fernsehdirektübertragung durch Staaten: Bericht des Ausschusses für die friedliche Nutzung des Weltraums (Punkt 63)

5. Umfassende Überprüfung aller Aspekte des Gesamtproblems der Friedenssicherungsmaßnahmen (Punkt 64)

6. Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (Punkt 65):

   a) Bericht des Generalbeauftragten

   b) Bericht der Arbeitsgruppe für Fragen der Finanzierung des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten

   c) Bericht der Schlichtungskommission der Vereinten Nationen für Palästina

   d) Berichte des Generalsekretärs

7. Internationale Zusammenarbeit zur Vermeidung neuer Flüchtlingsströme: Bericht des Generalsekretärs (Punkt 66)

8. Fragen aus dem Informationsbereich (Punkt 67):

   a) Bericht des Informationsausschusses

   b) Bericht des Generalsekretärs

   c) Bericht des Generaldirektors der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur

9. Israels Beschluß zum Bau eines Kanals zur Verbindung des Mittelmeers mit dem Toten Meer: Bericht des Generalsekretärs (Punkt 68)

10. Die Frage der madagassischen Inseln Glorieuses, Juan de Nova, Europa und Bassas da India (Punkt 69)

[13] Die Generalversammlung beschloß auf ihrer 4. Plenarsitzung vom 24. September 1982 aufgrund der im ersten Bericht des Präsidialausschusses (A/37/250, Ziffer 24 *b*) ii)) enthaltenen Empfehlung, diesen Punkt dem Ersten Ausschuß zuzuweisen mit der Maßgabe, daß der Zweite Ausschuß im Zusammenhang mit seiner Behandlung des Tagesordnungspunktes 71 auf die spezifischen Entwicklungsaspekte dieser Frage hingewiesen würde.

[14] Die Generalversammlung beschloß auf ihrer 24. Plenarsitzung vom 8. Oktober 1982 aufgrund der im zweiten Bericht des Präsidialausschusses (A/37/250/Add. 1, Ziffer 1 und 2) enthaltenen Empfehlung, diesen Punkt in ihre Tagesordnung aufzunehmen und ihn dem Ersten Ausschuß zuzuweisen.

11. Die Frage der Zusammensetzung der wichtigeren Organe der Vereinten Nationen (Punkt 70)
12. Frage der Überprüfung des Übereinkommens über die völkerrechtliche Haftung für Schäden durch Weltraumgegenstände (Punkt 131)
13. Apartheidpolitik der Regierung Südafrikas (Punkt 33)[8]:
    a) Bericht des Sonderausschusses gegen Apartheid
    b) Bericht des Ad-hoc-Ausschusses für die Ausarbeitung einer Internationalen Konvention gegen Apartheid im Sport
    c) Berichte des Generalsekretärs
14. Zypernfrage: Bericht des Generalsekretärs (Punkt 37)[9]

Zweiter Ausschuß

(WIRTSCHAFTS- UND FINANZFRAGEN)

1. Bericht des Wirtschafts- und Sozialrats (Kapitel II, III (Abschnitt A, C, D, H und J), IV, VI, VIII und IX (Abschnitt D, E, G, I und J) (Punkt 12)[15]
2. Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit (Punkt 71)[13]:
    a) Internationale Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen
    b) Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten
    c) Handel und Entwicklung:
        i) Bericht des Handels- und Entwicklungsrats
        ii) Bericht des Generalsekretärs
        iii) Berichte des Generalsekretärs der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen
    d) Industrialisierung:
        i) Bericht des Rats für industrielle Entwicklung
        ii) Bericht des Generalsekretärs
    e) Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung: Bericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung
    f) Ernährungsprobleme:
        i) Bericht des Welternährungsrats
        ii) Bericht des Generalsekretärs
    g) Wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern
    h) Neugliederung des Wirtschafts- und Sozialbereichs des Systems der Vereinten Nationen: Bericht des Generalsekretärs
    i) Umwelt:
        i) Bericht des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen über seine Spezialtagung und seine zehnte Tagung
        ii) Berichte des Generalsekretärs
    j) Wohn- und Siedlungswesen:
        i) Bericht der Kommission für Wohn- und Siedlungswesen
        ii) Berichte des Generalsekretärs
    k) Die volle gesellschaftliche Partizipation der Frau und ihre Einbeziehung in den Entwicklungsprozeß: Bericht des Generalsekretärs[16]
    l) Langfristige Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung: Bericht des Generalsekretärs
    m) Sonderfonds der Vereinten Nationen

[15] Zu Kapitel II, III (Abschnitt A und C) und VI (Abschnitt C) s.a. "Dritter Ausschuß", Punkt 1 und "Fünfter Ausschuß", Punkt 15; zu Kapitel III (Abschnitt D), IV (Abschnitt A bis C und E bis K), VI (Abschnitt A, B, und E) und IX (Abschnitt E und J) s.a. "Fünfter Ausschuß"; zu Kapitel IV (Abschnitt D) s.a. "Dritter Ausschuß"; zu Kapitel VI (Abschnitt D) s.a. "Plenum", Punkt 12 und "Vierter Ausschuß", Punkt 5; zu Kapitel VIII s.a. "Plenum", "Dritter Ausschuß" und "Fünfter Ausschuß"; zu Kapitel IX (Abschnitt G) s.a. "Plenum".

[16] Die Generalversammlung beschloß auf ihrer 4. Plenarsitzung vom 24. September 1982 aufgrund der im ersten Bericht des Präsidialausschusses (A/37/250, Ziffer 24 *d*) i)) enthaltenen Empfehlungen, daß die Dokumente zur Frage der Mitwirkung der Frau am Entwicklungsprozeß dem Dritten Ausschuß unter Tagesordnungspunkt 91 zur Verfügung gestellt würden.

n) Neue und erneuerbare Energiequellen:
   i) Bericht des Interimsausschusses für neue und erneuerbare Energiequellen
   ii) Bericht des Generalsekretärs
o) Verwirklichung des Neuen substantiellen Aktionsprogramms für die achtziger Jahre zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder: Bericht des Generalsekretärs
p) Neue menschlichere Weltordnung: Moralische Aspekte der Entwicklung

3. Operative Aktivitäten im Dienste der Entwicklung (Punkt 72):
   a) Operative Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen im Dienste der Entwicklung: Bericht des Generalsekretärs
   b) Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen: Bericht des Generalsekretärs
   c) Kapitalentwicklungsfonds der Vereinten Nationen
   d) Selbsterneuerungsfonds der Vereinten Nationen für die Erforschung natürlicher Ressourcen
   e) Fonds der Vereinten Nationen für Bevölkerungsfragen
   f) Entwicklungshelferprogramm der Vereinten Nationen
   g) Sonderfonds der Vereinten Nationen für Entwicklungsländer in Binnenlage
   h) Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
   i) Welternährungsprogramm
   j) Tätigkeit des Generalsekretärs auf dem Gebiet der technischen Zusammenarbeit
4. Ausbildung und Forschung (Punkt 73):
   a) Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen: Bericht des Exekutivdirektors
   b) Universität der Vereinten Nationen: Bericht des Rats der Universität der Vereinten Nationen
5. Besondere Wirtschafts- und Katastrophenhilfe (Punkt 74):
   a) Amt des Koordinators der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe: Berichte des Generalsekretärs
   b) Besondere Wirtschaftshilfeprogramme: Berichte des Generalsekretärs
   c) Verwirklichung des mittel- und langfristigen Regenerierungs- und Sanierungsprogramms in der Sudan-Sahel-Region: Bericht des Generalsekretärs

Dritter Ausschuß

(Soziale, Humanitäre und Kulturelle Fragen)

1. Bericht des Wirtschafts- und Sozialrats (Kapitel II, III (Abschnitt A bis C, F, G, I und K), IV (Abschnitt D), V, VI (Abschnitt C), VII, VIII und IX (Abschnitt F)) (Punkt 12)[17]
2. Nachteilige Auswirkungen der Gewährung von politischer, militärischer, wirtschaftlicher und andersartiger Unterstützung an koloniale und rassistische Regime im Süden Afrikas auf die Wahrnehmung der Menschenrechte (Punkt 75)
3. Durchführung des Programms für die Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung: Bericht des Generalsekretärs (Punkt 76)
4. Internationales Jahr der Jugend für Partizipation, Entwicklung und Frieden: Bericht des Generalsekretärs (Punkt 77)
5. Die Weltsoziallage: Berichte des Generalsekretärs (Punkt 78)
6. Die Bedeutung der universellen Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der baldigen Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale

[17] Zu Kapitel II, III (Abschnitt A und C) und VI (Abschnitt C) s.a. "Zweiter Ausschuß", Punkt 1 und "Fünfter Ausschuß", Punkt 15; zu Kapitel III (Abschnitt B, F, G und K) V und VII s.a. "Fünfter Ausschuß"; zu Kapitel IV (Abschnitt D) s.a. "Zweiter Ausschuß"; zu Kapitel VIII s.a. "Plenum", Punkt 12, "Dritter Ausschuß", Punkt 1 und "Fünfter Ausschuß"; zu Kapitel IX (Abschnitt F) s.a. "Plenum".

Länder und Völker für die effektive Gewährleistung und Einhaltung der Menschenrechte: Bericht des Generalsekretärs (Punkt 79)

7. Beseitigung aller Formen von rassischer Diskriminierung (Punkt 80):
   a) Bericht des Ausschusses für die Beseitigung rassischer Diskriminierung
   b) Stand des Internationalen Übereinkommens über die Beseitigung aller Formen von rassischer Diskriminierung: Bericht des Generalsekretärs
   c) Stand des Internationalen Übereinkommens über die Beendigung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid: Bericht des Generalsekretärs
8. Jugendpolitik und Jugendprogramme: Bericht des Generalsekretärs (Punkt 81)
9. Die Frage der älteren und alten Menschen: Berichte des Generalsekretärs (Punkt 82)
10. Weltversammlung zur Frage des Alterns (Punkt 83)
11. Beseitigung aller Formen religiöser Intoleranz (Punkt 84)
12. Die Menschenrechte und die wissenschaftlich-technische Entwicklung: Bericht des Generalsekretärs (Punkt 85)
13. Die Frage einer Konvention über die Rechte des Kindes (Punkt 86)
14. Die Internationalen Menschenrechtspakte (Punkt 87):
   a) Bericht des Menschenrechtsausschusses
   b) Stand des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte und des Fakultativprotokolls zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte: Bericht des Generalsekretärs
   c) Bessere Bekanntmachung der Arbeit des Menschenrechtsausschusses: Bericht des Generalsekretärs
   d) Ausarbeitung eines zweiten Fakultativprotokolls zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte mit dem Ziel der Abschaffung der Todesstrafe: Bericht des Generalsekretärs
15. Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (Punkt 88):
   a) Einseitige Erklärungen der Mitgliedstaaten gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe: Bericht des Generalsekretärs
   b) Entwurf eines Kodex ärztlicher Ethik: Bericht des Generalsekretärs
16. Weltaktionsprogramm zugunsten der Behinderten: Bericht des Generalsekretärs (Punkt 89)
17. Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (Punkt 90):
   a) Bericht des Hohen Kommissars
   b) Frage der Beibehaltung des Amts des Hohen Kommissars
   c) Hilfe für Flüchtlinge in Afrika: Bericht des Generalsekretärs
18. Frauendekade der Vereinten Nationen für Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden (Punkt 91)[16]:
   a) Durchführung des Aktionsprogramms für die zweite Hälfte der Frauendekade der Vereinten Nationen: Bericht des Generalsekretärs
   b) Freiwilliger Fonds für die Frauendekade der Vereinten Nationen: Bericht des Generalsekretärs
   c) Entwurf einer Erklärung über die Mitwirkung der Frau am Kampf um die Festigung des Weltfriedens und bei der Lösung anderer lebenswichtiger nationaler und internationaler Probleme: Bericht des Generalsekretärs
19. Stand der Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau: Bericht des Generalsekretärs (Punkt 92)
20. Internationale Kampagne gegen den Drogenhandel: Bericht des Generalsekretärs (Punkt 93)
21. Weitere im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen in Frage kommende Ansätze und Möglichkeiten zur besseren Sicherung der effektiven Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Punkt 94)
22. Neue internationale humanitäre Ordnung: Bericht des Generalsekretärs (Punkt 95)

Vierter Ausschuß

(FRAGEN IN ZUSAMMENHANG MIT DEN GEBIETEN OHNE SELBSTREGIERUNG)

1. Informationen aus den Gebieten ohne Selbstregierung gemäß Artikel 73 *e*) der Charta der Vereinten Nationen (Punkt 96):
   a) Bericht des Generalsekretärs
   b) Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker
2. Osttimor-Frage (Punkt 97):
   a) Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker
   b) Bericht des Generalsekretärs
3. Tätigkeit fremder wirtschaftlicher und sonstiger Interessen, die die Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker in Namibia und in allen anderen unter Kolonialherrschaft stehenden Gebieten sowie die Bemühungen um die Beseitigung von Kolonialismus, Apartheid und rassischer Diskriminierung im südlichen Afrika behindern (Punkt 98):
   a) Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker
   b) Bericht des Generalsekretärs
4. Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker durch die Sonderorganisationen* und die den Vereinten Nationen angeschlossenen internationalen Institutionen (Punkt 99):
   a) Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker
   b) Bericht des Generalsekretärs
5. Bericht des Wirtschafts- und Sozialrats (Kapitel VI (Abschnitt D)) (Punkt 12)[18]
6. Bildungs- und Ausbildungsprogramm der Vereinten Nationen für das südliche Afrika: Bericht des Generalsekretärs (Punkt 100)
7. Von Mitgliedstaaten angebotene Studien- und Ausbildungsmöglichkeiten für Einwohner von Gebieten ohne Selbstregierung: Bericht des Generalsekretärs (Punkt 101)
8. Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker (Punkt 18)[6]:
   a) Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker
   b) Bericht des Generalsekretärs
9. Namibiafrage (Punkt 32)[7]:
   a) Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker
   b) Bericht des Namibia-Rats der Vereinten Nationen
   c) Berichte des Generalsekretärs
10. Frage der Falkland-Inseln (Malwinen) (Punkt 135)[10]

* specialized agencies (etwa: Fachorganisationen) im Sinne von Art. 57 der VN-Charta; in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder mit "Sonderorganisationen" bzw. mit "Spezialorganisationen" wiedergegeben.

[18] s.a. "Plenum", Punkt 12 und "Zweiter Ausschuß", Punkt 1

Fünfter Ausschuß

(VERWALTUNGS- UND HAUSHALTSFRAGEN)

1. Finanzberichte und Jahresabschlüsse sowie Berichte des Rechnungsprüfungsausschusses (Punkt 102):
   a) Vereinte Nationen
   b) Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
   c) Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
   d) Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten
   e) Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen
   f) Freiwillige Beiträge unter der Verwaltung des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge
   g) Fonds des Umweltprogramms der Vereinten Nationen
   h) Fonds der Vereinten Nationen für Bevölkerungsfragen
   i) Stiftung der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen
2. Programmhaushalt für den Zweijahreszeitraum 1982-1983 (Punkt 103)
3. Programmplanung (Punkt 104)[19]:
   a) Bericht des Programm- und Koordinierungsausschusses
   b) Mittelfristiger Plan für den Zeitraum 1984-1989
   c) Berichte des Generalsekretärs
4. Finanzielle Notlage der Vereinten Nationen (Punkt 105):
   a) Bericht des Ausschusses für Verhandlungen über die finanzielle Notlage der Vereinten Nationen
   b) Bericht des Generalsekretärs
5. Verwaltungs- und Haushaltskoordinierung der Vereinten Nationen mit den Sonderorganisationen* und der Internationalen Atomenergie-Organisation (Punkt 106):
   a) Bericht des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen
   b) Auswirkungen der Inflation und der monetären Instabilität auf den ordentlichen Haushalt der Vereinten Nationen
   c) Praktische Möglichkeit der Einsetzung eines einheitlichen Verwaltungsgerichts: Bericht des Generalsekretärs
6. Gemeinsame Inspektionsgruppe: Berichte der Gemeinsamen Inspektionsgruppe (Punkt 107)[20]
7. Konferenzplan (Punkt 108)[21]:
   a) Bericht des Konferenzausschusses
   b) Berichte des Generalsekretärs
8. Kontrolle und Begrenzung der Dokumentation (Punkt 109)
9. Beitragsschlüssel für die Kostenverteilung der Vereinten Nationen: Bericht des Beitragsausschusses (Punkt 110)
10. Personalfragen (Punkt 111):
    a) Zusammensetzung des Sekretariats: Bericht des Generalsekretärs
    b) Achtung der Vorrechte und Immunitäten der Bediensteten der Vereinten Nationen, der Sonderorganisationen* sowie der angeschlossenen Organisationen: Bericht des Generalsekretärs
    c) Sonstige Personalfragen
11. Bericht der Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst (Punkt 112)

---

* Vgl. die Fußnote auf S. 9

[19] Die Generalversammlung beschloß auf ihrer 4. Plenarsitzung vom 24. September 1982 aufgrund der im ersten Bericht des Präsidialausschusses (A/37/250, Ziffer 24 *e*) i)) enthaltenen Empfehlung, daß vor Verabschiedung des Plans als ganzem durch das Plenum der Versammlung die einzelnen Kapitel der Vorlage des mittelfristigen Plans dem entsprechenden Hauptausschuß vorgelegt würden.

[20] Die Generalversammlung beschloß auf ihrer 4. Plenarsitzung vom 24. September 1982 aufgrund der im ersten Bericht des Präsidialausschusses (A/37/250, Ziffer 24 *e*) ii)) enthaltenen Empfehlung, diesen Punkt dem Fünften Ausschuß zuzuweisen mit der Maßgabe, daß die Berichte der Gemeinsamen Inspektionsgruppe, die anderen Hauptausschüssen zugewiesene Themen behandeln, ebenfalls an diese Ausschüsse überwiesen würden.

[21] Vgl. Fußnote 23.

12. Pensionssystem der Vereinten Nationen (Punkt 113):
    a) Bericht des Gemeinsamen Ausschusses für das Pensionswesen der Vereinten Nationen
    b) Berichte des Generalsekretärs
13. Finanzierung der Friedenssicherungsstreitkräfte der Vereinten Nationen im Mittleren Osten (Punkt 114):
    a) Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung: Bericht des Generalsekretärs
    b) Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon: Bericht des Generalsekretärs
14. Annahme der Tagesordnung und Organisation der Arbeit (Punkt 8)[22]:
    a) Bericht des Präsidialausschusses
    b) Nebenorgane der Generalversammlung[23]
15. Bericht des Wirtschafts- und Sozialrats (Kapitel II, III (Abschnitt A bis G und K), IV (Abschnitt A bis C und E bis K), V, VI (Abschnitt A bis C und E), VII, VIII und IX (Abschnitt C, E, H, J und K) (Punkt 12)[24]
16. Ernennungen zur Besetzung freiwerdender Stellen in Nebenorganen und andere Ernennungen (Punkt 17)[25]:
    a) Ernennung von fünf Mitgliedern des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen
    b) Ernennung von sechs Mitgliedern des Beitragsausschusses
    c) Ernennung eines Mitglieds des Rechnungsprüfungsausschusses
    d) Bestätigung der Ernennung dreier Mitglieder des Anlagenausschusses
    e) Ernennung von drei Mitgliedern des Verwaltungsgerichts der Vereinten Nationen
    f) Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst:
        i) Ernennung von fünf Kommissionsmitgliedern
        ii) Benennung des Vorsitzenden und Stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission
    g) Ernennung von drei Mitgliedern und drei Ersatzmitgliedern des Ausschusses für das Pensionswesen der Vereinten Nationen

Sechster Ausschuß

(Rechtsfragen)

1. Entwurf für einen Kodex der Vergehen gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschen: Bericht des Generalsekretärs (Punkt 115)
2. Schrittweise Weiterentwicklung der Grundsätze und Normen des Völkerrechts im Zusammenhang mit der neuen internationalen Wirtschaftsordnung: Bericht des Generalsekretärs (Punkt 116)
3. Resolutionen der Konferenz der Vereinten Nationen über die Vertretung von Staaten in ihren Beziehungen zu internationalen Organisationen (Punkt 117):
    a) Resolution zur Frage des Beobachterstatus der von der Organisation der afrikanischen Einheit und/oder der Arabischen Liga anerkannten nationalen Befreiungsbewegungen: Bericht des Generalsekretärs
    b) Resolution zur Frage der Anwendung des entsprechenden Übereinkommens bei der künftigen Tätigkeit internationaler Organisationen
4. Bericht des Sonderausschusses zur Verstärkung der Wirksamkeit des Grundsatzes der Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen (Punkt 118)

---

* Vgl. die Fußnote auf S. 9

[22] Zu Unterpunkt *a*) vgl. "Plenum", Punkt 8

[23] Die Generalversammlung beschloß auf ihrer 4. Plenarsitzung vom 24. September 1982 aufgrund der im ersten Bericht des Präsidialausschusses (A/37/250, Ziffer 24 *a*) i)) enthaltenen Empfehlung, den Unterpunkt *b*) dem Fünften Ausschuß mit dem Vorschlag zuzuweisen, ihn im Zusammenhang mit Punkt 108 der Tagesordnung zu behandeln.

[24] Zu Kapitel II s.a. "Plenum", Punkt 12, "Zweiter Ausschuß", Punkt 1 und "Dritter Ausschuß", Punkt 1; zu Kapitel III (Abschnitt A und C) s.a. "Zweiter Ausschuß" und "Dritter Ausschuß"; zu Kapitel III (Abschnitt B, F, G und K) s.a. "Dritter Ausschuß"; zu Kapitel III (Abschnitt D) s.a. "Zweiter Ausschuß" und zu Kapitel III (Abschnitt E) s.a. "Plenum"; zu Kapitel IV (Abschnitt A bis C und E bis K) s.a. "Zweiter Ausschuß"; zu Kapitel V s.a. "Dritter Ausschuß"; zu Kapitel VI (Abschnitt A, B und E) s.a. "Zweiter Ausschuß"; und zu Kapitel VI (Abschnitt C) s.a. "Zweiter Ausschuß" und "Dritter Ausschuß"; zu Kapitel VII s.a. "Dritter Ausschuß"; zu Kapitel IX (Abschnitt C und H) s.a. "Plenum"; zu Kapitel IX (Abschnitt E und J) s.a. "Zweiter Ausschuß".

[25] Zu den Unterpunkten *h*) bis *l*) vgl. "Plenum", Punkt 17

5. Bericht der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (Fünfzehnte Tagung) (Punkt 119)
6. Behandlung wirksamer Maßnahmen zur Verstärkung des Schutzes und der Sicherheit diplomatischer und konsularischer Vertretungen und Vertreter: Bericht des Generalsekretärs (Punkt 120)
7. Bericht des Ad-hoc-Ausschusses zur Ausarbeitung einer Internationalen Konvention gegen die Anwerbung, den Einsatz, die Finanzierung und die Ausbildung von Söldnern (Punkt 121)
8. Friedliche Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten (Punkt 122)
9. Überprüfung des Prozesses der Ausarbeitung multilateraler Verträge: Bericht des Generalsekretärs (Punkt 123)
10. Konferenz der Vereinten Nationen über die Staatennachfolge bei Eigentum, Archiven und Schulden von Staaten: Bericht des Generalsekretärs (Punkt 124)
11. Bericht der Völkerrechtskommission (Vierunddreißigste Tagung) (Punkt 125)
12. Bericht des Ausschusses für die Beziehungen zum Gastland (Punkt 126)
13. Bericht des Sonderausschusses für die Charta der Vereinten Nationen und die Stärkung der Rolle der Organisation (Punkt 127):
    a) Bericht des Sonderausschusses
    b) Aktualisierung des "Repertoire of the Practice of the Security Council" (Repertorium zur Tätigkeit des Sicherheitsrats) und des "Repertory of Practice of United Nations Organs" (Repertorium zur Tätigkeit der Organe der Vereinten Nationen): Bericht des Generalsekretärs
14. Entwurf einer Erklärung über die sozialen und rechtlichen Grundsätze für den Schutz und das Wohlergehen von Kindern unter besonderer Berücksichtigung der Unterbringung bei Pflegeeltern und der Adoption auf nationaler und internationaler Ebene (Punkt 128)
15. Entwurf eines Prinzipienkatalogs für den Schutz aller in irgendeiner Form der Inhaftierung oder dem Freiheitsentzug unterworfenen Personen (Punkt 129)
16. Entwurf einer einheitlichen Geschäftsordnung für Konferenzen der Vereinten Nationen: Bericht des Generalsekretärs (Punkt 130)
17. Stand der Unterzeichnungen und Ratifizierungen der Zusatzprotokolle zu den Genfer Abkommen von 1949 zum Schutz von Opfern internationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll I) bzw. zum Schutz von Opfern nichtinternationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll II) (Punkt 132)

II. RESOLUTIONEN OHNE ÜBERWEISUNG AN EINEN HAUPTAUSSCHUSS[1]

ÜBERSICHT

Nummer	*Titel*	*Punkt*	*Datum*	*Seite*
37/1	Aufruf zur Begnadigung südafrikanischer Freiheitskämpfer (A/37/L.2/Rev.1)	33	1. Oktober 1982	14
37/2	Antrag Südafrikas auf einen Kredit des Internationalen Währungsfonds (A/37/L.5)	33	21. Oktober 1982	14
37/3	Folgen des Andauerns des bewaffneten Konflikts zwischen dem Irak und Iran (A/37/L.7/Rev.1)	134	22. Oktober 1982	15
37/4	Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der Islamischen Konferenz (A/37/L.6)	22	22. Oktober 1982	15
37/5	Beglaubigungsschreiben der Vertreter für die siebenunddreißigste Tagung der Generalversammlung			
	Resolution A (A/37/543)	3	26. Oktober 1982	16
	Resolution B (A/37/543/Add.1)	3	17. Dezember 1982	16
37/6	Die Lage in Kampuchea (A/37/L.1/Rev.1 und Rev.1/Add.1)	20	28. Oktober 1982	16
37/7	Weltcharta für die Natur (A/37/L.4 mit Add.1)	21	28. Oktober 1982	17
37/8	Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und dem Afro-asiatischen Rechtsberatungsausschuß (A/37/L.10 mit Add.1)	26	29. Oktober 1982	19
37/9	Die Frage der Falkland-Inseln (Malwinen) (A/37/L.3/Rev.1)	135	4. November 1982	20
37/15	Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der afrikanischen Einheit (A/37/L.14 mit Add.1)	29	16. November 1982	20
37/16	Internationales Friedensjahr (A/37/L.24 mit Add.1)	12	16. November 1982	22
37/17	Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Arabischen Liga (A/37/L.16)	23	16. November 1982	23
37/18	Die bewaffnete israelische Aggression gegen die nuklearen Anlagen des Irak und deren schwerwiegende Folgen für das die friedliche Nutzung der Kernenergie betreffende internationale System, die Nichtverbreitung von Kernwaffen sowie den Weltfrieden und die internationale Sicherheit (A/37/L.12/Rev.2 und Rev.2/Add.1)	24	16. November 1982	24
37/19	Bericht der Internationalen Atomenergie-Organisation (A/37/L.29, A/37/L.34, A/37/L.35/Rev.1)	14	19. November 1982	24
37/35	Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker (A/37/L.32 mit Add.1)	18	23. November 1982	25
37/36	Verbreitung von Informationen über die Entkolonialisierung (A/37/L.33 mit Add.1)	18	23. November 1982	27
37/37	Die Lage in Afghanistan und ihre Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit (A/37/L.38 mit Add.1)	25	29. November 1982	27
37/65	Die Frage der Komoreninsel Mayotte (A/37/L.41 mit Add.1)	30	3. Dezember 1982	28
37/66	Dritte Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen A/37/L.13/Rev.1 und Rev.1/Add.1)	28	3. Dezember 1982	29
37/67	Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Vereinten Nationen (A/37/L.39/Rev.2 und Rev.2/Add.1)	10	3. Dezember 1982	30
37/68	Erneuter Aufruf zur Begnadigung südafrikanischer Freiheitskämpfer (A/37/L.46/Rev.1)	33	7. Dezember 1982	30
37/69	Apartheidpolitik der Regierung Südafrikas			
	A. Die Lage in Südafrika (A/37/L.17 mit Add.1)	33	9. Dezember 1982	31
	B. Konzertierte internationale Maßnahmen zur Beseitigung der Apartheid (A/37/L.18 mit Add.1)	33	9. Dezember 1982	33
	C. Umfassende und bindende Sanktionen gegen Südafrika (A/37/L.19 mit Add.1)	33	9. Dezember 1982	34
	D. Militärische und nukleare Kollaboration mit Südafrika (A/37/L.20 mit Add.1)	33	9. Dezember 1982	35
	E. Arbeitsprogramm des Sonderausschusses gegen Apartheid (A/37/L.21 mit Add.1)	33	9. Dezember 1982	36

[1] Die Beschlüsse ohne Überweisung an einen Hauptausschuß sind in Abschnitt X.B.1 wiedergegeben.

Nummer	Titel	Punkt	Datum	Seite
37/69	F. Beziehungen zwischen Israel und Südafrika (A/37/L.22 mit Add.1) ...	33	9. Dezember 1982	37
	G. Apartheid im Sport (A/37/L.23 mit Add.1) ...	33	9. Dezember 1982	37
	H. Investitionen in Südafrika (A/37/L.26 mit Add.1) ...	33	9. Dezember 1982	37
	I. Treuhandfonds der Vereinten Nationen für Südafrika (A/37/L.27 mit Add.1) ...	33	9.Dezember 1982	38
	J. Ölembargo gegen Südafrika (A/37/L.28 mit Add.1) ...	33	9. Dezember 1982	38
37/86	Palästinafrage			
	Resolution A (A/37/L.42 mit Add.1) ...	31	10. Dezember 1982	39
	Resolution B (A/37/L.43 mit Add.1) ...	31	10. Dezember 1982	39
	Resolution C (A/37/L.44 mit Add.1) ...	31	10. Dezember 1982	39
	Resolution D (A/37/L.47 mit Add.1) ...	31	10. Dezember 1982	40
	Resolution E (A/37/L.45/Rev.1) ...	31	10. Dezember 1982	40
37/101	Invasion Südafrikas in Lesotho (A/37/L.54) ...	33	14. Dezember 1982	41
37/123	Die Lage im Mittleren Osten			
	Resolution A (A/37/L.49 mit Add.1) ...	34	16. Dezember 1982	41
	Resolution B (A/37/L.50/Rev.1) ...	34	16. Dezember 1982	42
	Resolution C (A/37/L.51 mit Add.1) ...	34	16. Dezember 1982	43
	Resolution D (A/37/L.52 mit Add.1) ...	34	16. Dezember 1982	43
	Resolution E (A/37/L.53 mit Add.1, A/37/L.59) ...	34	16. Dezember 1982	43
	Resolution F (A/37/L.48 mit Add.1) ...	34	20. Dezember 1982	44
37/166	Hilfe für den Jemen (A/37/L.58/Rev.1 und Rev.1/Add.1) ...	74*b*)	17. Dezember 1982	45
37/167	Konferenz der Vereinten Nationen zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie (A/37/L.40/Rev.1) ...	27	17. Dezember 1982	45
37/233	Namibiafrage (A/37/L.24, Vierter Teil, Abschnitt I)			
	A. Die Lage in Namibia aufgrund der illegalen Besetzung des Territoriums durch Südafrika ...	32	20. Dezember 1982	46
	B. Durchführung der Sicherheitsratsresolution 435 (1978) ...	32	20. Dezember 1982	50
	C. Arbeitsprogramm des Namibia-Rats der Vereinten Nationen ...	32	20. Dezember 1982	50
	D. Verbreitung von Informationen und Mobilisierung der Weltöffentlichkeit zur Unterstützung Namibias ...	32	20. Dezember 1982	53
	E. Namibia-Fonds der Vereinten Nationen ...	32	20. Dezember 1982	54
37/253	Zypernfrage (A/37/L.63 mit Add.1) ...	37	13. Mai 1983	56

37/1 – Aufruf zur Begnadigung südafrikanischer Freiheitskämpfer

Die Generalversammlung,

nach Erhalt der Nachricht von der Todesstrafe, die am 6. August 1982 über die drei Mitglieder des Afrikanischen Nationalkongresses von Südafrika Thelli Simon Mogoerane, Jerry Semano Mosololi und Marcus Thabo Motaung verhängt wurde,

in Anbetracht der zahlreichen Aufrufe zur Begnadigung, die bereits an das südafrikanische Regime ergangen sind,

1. *fordert* die südafrikanischen Behörden *auf*, die Hinrichtung der drei genannten Freiheitskämpfer nicht zu vollziehen und die Todesstrafen so bald wie möglich in andere Strafen unzuwandeln;

2. *empfiehlt* dem Sicherheitsrat, einen Begnadigungsaufruf an die südafrikanischen Behörden zu richten, die Hinrichtung der drei genannten Mitglieder des Afrikanischen Nationalkongresses nicht zu vollziehen;

3. *ersucht* den Generalsekretär, die vorliegende Resolution unverzüglich den südafrikanischen Behörden zu übermitteln und der Generalversammlung bis spätestens 15. Oktober 1982 über die Angelegenheit zu berichten.

14. Plenarsitzung
1. Oktober 1982

37/2 – Antrag Südafrikas auf einen Kredit des Internationalen Währungsfonds

Die Generalversammlung,

in Kenntnis des Antrags Südafrikas an den Internationalen Währungsfonds auf einen Kredit von einer Milliarde Sonderziehungsrechten,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen zur Apartheidpolitik Südafrikas, insbesondere auf ihre wiederholten Ersuchen an den Internationalen Währungsfonds, die Vergabe von Darlehen und Krediten an Südafrika einzustellen[2], sowie unter Hinweis auf ihre Resolution 36/172 O vom 17. Dezember 1981 über Investitionen in Südafrika,

1. *ersucht* den Internationalen Währungsfonds *erneut*, Südafrika keinerlei Kredite oder sonstige Unterstützung zu gewähren;

2. *bittet* die Mitgliedstaaten des Internationalen Währungsfonds *eindringlich*, in diesem Sinne geeignete Maßnahmen zu ergreifen;

3. *bittet* den Sicherheitsrat *eindringlich*, sich im Hinblick auf die Verabschiedung geeigneter Maßnahmen so bald wie möglich mit der Angelegenheit zu befassen;

4. *ersucht* den Generalsekretär, dringend Konsultationen mit dem Internationalen Währungsfonds zu

[2] Vgl. Resolution 36/172 D

führen und der Generalversammlung so bald wie möglich über die Durchführung dieser Resolution zu berichten.

40. Plenarsitzung
21. Oktober 1982

37/3 – Folgen des Andauerns des bewaffneten Konflikts zwischen dem Irak und Iran

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Punkts mit dem Titel "Folgen des Andauerns des bewaffneten Konflikts zwischen dem Irak und Iran",

angesichts der Präambel zur Charta der Vereinten Nationen, in der alle Staaten ihre Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht haben, als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben,

in Bekräftigung der Grundsätze, daß kein Staat Gebiete gewaltsam erwerben oder besetzen darf, daß alle auf diese Weise erworbenen Gebiete zurückzugeben sind, daß kein Angriffsakt gegen irgendeinen Staat begangen werden darf, daß die territoriale Integrität und Souveränität aller Staaten zu achten ist, daß kein Staat versuchen darf, in die internen Angelegenheiten anderer Staaten einzugreifen bzw. sich in diese einzumischen und daß alle zwischen Staaten eventuell bestehenden Meinungsverschiedenheiten oder Ansprüche durch friedliche Mittel zu regeln sind, damit zwischen allen Mitgliedstaaten friedliche Beziehungen herrschen,

unter Hinweis auf die vom Sicherheitsrat einstimmig verabschiedeten Resolutionen 479 (1980) vom 28. September 1980, 514 (1982) vom 12. Juli 1982 und 522 (1982) vom 4. Oktober 1982 zu der Frage "Die Situation zwischen dem Irak und Iran",

ferner unter Hinweis auf die Erklärungen des Präsidenten des Sicherheitsrats vom 5. November 1980[3] bzw. 15. Juli 1982[4],

in Kenntnisnahme des Berichts des Generalsekretärs vom 7. Oktober 1982[5],

in Anbetracht der Tatsache, daß der Sicherheitsrat bereits einen sofortigen Waffenstillstand und eine Einstellung aller militärischen Operationen gefordert hat,

ferner in Anbetracht der Tatsache, daß das Andauern des Konflikts eine Verletzung der Verpflichtungen der Mitgliedstaaten nach der Charta darstellt,

1. *vertritt* die Auffassung, daß der Konflikt zwischen dem Irak und Iran, sein Andauern und die vor kurzem eingetretene Verschärfung mit den dadurch verursachten schweren Verlusten an Menschenleben und beträchtlichen Sachschäden in einer politisch und wirtschaftlich strategischen Region den Weltfrieden und die internationale Sicherheit gefährden;

2. *bekräftigt* die Notwendigkeit der Herbeiführung eines sofortigen Waffenstillstands und Truppenrückzugs bis zu den international anerkannten Grenzen als einen vorläufigen Schritt zur friedlichen Beilegung der Streitigkeit im Einklang mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrrechts;

3. *fordert* alle anderen Staaten *auf*, jede Handlung zu unterlassen, die zur Fortdauer des Konflikts beitragen könnte, und die Verwirklichung dieser Resolution zu erleichtern;

4. *ersucht* den Generalsekretär, in Absprache mit den beteiligten Parteien seine Bemühungen zur Herbeiführung einer friedlichen Regelung fortzusetzen;

5. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, die Mitgliedstaaten über die Verwirklichung dieser Resolution auf dem laufenden zu halten.

41. Plenarsitzung
22. Oktober 1982

37/4 – Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der Islamischen Konferenz

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der Islamischen Konferenz[6],

unter Hinweis auf ihre Resolution 3369 (XXX) vom 10. Oktober 1975, mit der sie der Organisation der Islamischen Konferenz Beobachterstatus gewährte,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 35/36 vom 14. November 1980 und 36/23 vom 9. November 1981,

mit Befriedigung angesichts der ständigen Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der Islamischen Konferenz,

angesichts der verstärkten Zusammenarbeit zwischen den Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und der Organisation der Islamischen Konferenz,

unter Berücksichtigung des Wunsches beider Organisationen, bei ihren gemeinsamen Bemühungen um Lösungen für globale Probleme, wie z.B. Fragen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, der Abrüstung, der Selbstbestimmung, der Entkolonialisierung, der grundlegenden Menschenrechte und der Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung enger zusammenzuarbeiten,

ferner angesichts dessen, daß zwischen einer Reihe von Sonderorganisationen* und der Organisation der Islamischen Konferenz Kooperationsabkommen unterzeichnet worden sind,

überzeugt von der Notwendigkeit, die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der Islamischen Konferenz weiter zu verstärken,

darüber hinaus die Vorschläge des Generalsekretärs *zur Kenntnis nehmend*[7],

1. *nimmt mit Befriedigung Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs und macht sich die darin enthaltenen Vorschläge zu eigen;

2. *ersucht* die Vereinten Nationen und die Organisation der Islamischen Konferenz, bei ihren gemeinsamen Bemühungen um Lösungen für globale Probleme, wie z.B. Fragen des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, der Abrüstung, der Selbstbestimmung, der Entkolonialisierung, der grundlegenden Menschen-

[3] S/14244. Abgedruckt in: *Official Records of the Security Council, Thirty-fifth Year, Resolutions and Decisions*
[4] S/15296. Abgedruckt in: *Official Records of the Security Council, Thirty-seventh Year, Resolutions and Decisions*
[5] *Official Records of the Security Council, Thirty-seventh Year, Supplement for October, November and December 1982*, Dokument S/15449

* specialized agencies (etwa: Fachorganisationen) im Sinne von Art. 57 der VN-Charta; in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder mit "Sonderorganisationen" bzw. mit "Spezialorganisationen" wiedergegeben.
[6] A/37/352
[7] *Ebd.*, Ziffer 84-86

rechte und der Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftordnung enger zusammenzuarbeiten;

3. *ersucht* den Generalsekretär, auf der Grundlage der Generalversammlungsresolutionen Richtlinien für die Förderung der Zusammenarbeit mit der Organisation der Islamischen Konferenz auszuarbeiten;

4. *bittet* den Generalsekretär, in Absprache mit dem Generalsekretär der Organisation der Islamischen Konferenz ab 1983 alljährlich eine Tagung des Sekretariats der Organisation der Islamischen Konferenz und der Sekretariate der Vereinten Nationen und anderer in Frage kommender Organisationen des Systems der Vereinten Nationen zu veranstalten, auf denen geprüft werden soll, wie weit sich die Zusammenarbeit bereits entwickelt hat, und auf denen Vorschläge für die Förderung der Zusammenarbeit mit der Organisation der Islamischen Konferenz erarbeitet werden sollen;

5. *fordert* die Sonderorganisationen* und anderen in Frage kommenden Organisationen des Systems der Vereinten Nationen *auf*, ihre Zusammenarbeit mit der Organisation der Islamischen Konferenz unter anderem durch die Aushandlung von Kooperationsabkommen weiter auszubauen;

6. *ersucht* den Generalsekretär, auch weiterhin Maßnahmen im Interesse einer stärkeren Koordinierung der Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen in diesem Bereich zu ergreifen, damit die Zusammenarbeit der Vereinten Nationen und des Systems der Vereinten Nationen mit der Organisation der Islamischen Konferenz noch weiter verstärkt wird;

7. *fordert* den Generalsekretär *auf*, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung über den Stand der Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der Islamischen Konferenz zu berichten;

8. *beschließt* die Aufnahme des Tagesordnungspunkts "Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der Islamischen Konferenz" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

41. Plenarsitzung
22. Oktober 1982

A

37/5 – Beglaubigungsschreiben der Vertreter für die siebenunddreißigste Tagung der Generalversammlung

Die Generalversammlung

billigt den ersten Bericht des Mandatsprüfungsausschusses[8].

45. Plenarsitzung
26. Oktober 1982

B

Die Generalversammlung

billigt den zweiten Bericht des Mandatsprüfungsausschusses[9].

110. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/6 – Die Lage in Kampuchea

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 34/22 vom 14. November 1979, 35/6 vom 22. Oktober 1980 und 36/5 vom 21. Oktober 1981,

ferner unter Hinweis auf die Erklärung über Kampuchea[10] und die Resolution 1 (I)[11], die von der vom 13. bis 17. Juli 1981 am Amtssitz der Vereinten Nationen abgehaltenen Internationalen Konferenz über Kampuchea verabschiedet wurden und den Verhandlungsrahmen für eine umfassende politische Regelung des Kampucheaproblems darstellen,

in Kenntnisnahme des Berichts des Generalsekretärs gemäß Generalversammlungsresolution 36/5[12],

in Anbetracht der jüngsten Ereignisse, die zur Bildung einer Koalition mit Samdech Norodom Sihanouk als Präsident des Demokratischen Kampuchea geführt haben,

den Umstand beklagend, daß die ausländische bewaffnete Intervention und Besetzung anhält und die fremden Streitkräfte nicht aus Kampuchea abgezogen worden sind, was zur Fortsetzung der Feindseligkeiten in Kampuchea führt und den Weltfrieden und die internationale Sicherheit ernstlich gefährdet,

in großer Sorge darüber, daß die Spannung in dieser Region aufgrund der fortgesetzten Stationierung ausländischer Truppen in Kampuchea in der Nähe der Grenze zwischen Thailand und Kampuchea anhält,

zutiefst beunruhigt darüber, daß das Andauern der Kämpfe und der instabilen Lage in Kampuchea Einwohner dieses Landes gezwungen hat, auf der Suche nach Nahrungsmitteln und Sicherheit an die thailändisch-kampucheanische Grenze zu fliehen,

in Anerkennung der Tatsache, daß sich die Hilfe der internationalen Gemeinschaft auch weiterhin lindernd auf die Nahrungsmittelengpässe und die Gesundheitsprobleme ausgewirkt hat, unter denen das kampucheanische Volk leidet,

nachdrücklich darauf hinweisend, daß die Kampucheaner, die in Nachbarländern Zuflucht gesucht haben, ein unveräußerliches Recht auf sichere Rückkehr in ihr Heimatland besitzen,

ferner nachdrücklich darauf hinweisend, daß ohne eine umfassende politische Regelung des Kampucheakonflikts keine wirksame Lösung für die humanitären Probleme herbeigeführt werden kann,

in der Überzeugung, daß für die Herstellung eines dauerhaften Friedens in Südostasien dringend eine umfassende politische Lösung des Kampucheaproblems gefunden werden muß, die den Abzug aller ausländischen Streitkräfte vorsieht und die Achtung der Souveränität, der Unabhängigkeit, der territorialen Integrität und des neutralen und nichtgebundenen Status Kampucheas sowie auch das Recht des kampucheanischen Volkes auf Selbstbestimmung ohne Einmischung von außen gewährleistet,

ferner in der Überzeugung, daß sich die Länder der südostasiatischen Region nach der auf friedlichem Wege herbeigeführten umfassenden politischen Regelung der Kampucheafrage darum bemühen können, im Hinblick auf den Abbau internationaler Spannungen und die

* Vgl. die Fußnote auf S. 15

[8] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 3, Dokument A/37/543

[9] *Ebd.*, Dokument A/37/543/Add.1

[10] *Report of the International Conference on Kampuchea, New York, 13-17 July 1981* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr.E.81.I.20), Anhang I

[11] *Ebd.*, Anhang II

[12] A/37/496

Herbeiführung eines dauerhaften Friedens in der Region eine Zone des Friedens, der Freiheit und der Neutralität in Südostasien zu errichten,

erneut erklärend, daß sich alle Staaten streng an die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen halten müssen, die die Achtung der nationalen Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität aller Staaten, die Nichtintervention und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten, die Nichtandrohung und Nichtanwendung von Gewalt sowie die friedliche Beilegung von Streitigkeiten fordern,

1. *bekräftigt* ihre Resolutionen 34/22, 35/6 und 36/5 und fordert deren uneingeschränkte Durchführung;

2. *wiederholt erneut ihre Überzeugung*, daß der Abzug aller ausländischen Streitkräfte aus Kampuchea, die Wiederherstellung und Erhaltung seiner Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität, das Recht des kampucheanischen Volkes, seine Zukunft selbst zu bestimmen, und die Verpflichtung aller Staaten zur Nichteinmischung und zur Nichtintervention in die inneren Angelegenheiten Kampucheas die Hauptbestandteile jeder gerechten und dauerhaften Lösung des Kampucheaproblems sind;

3. *nimmt mit Dank Kenntnis* vom Bericht des Ad-Hoc-Ausschusses der Internationalen Konferenz über Kampuchea[13] und ersucht den Ausschuß, seine Arbeit bis zur Wiedereinberufung der Konferenz fortzusetzen;

4. *ermächtigt* den Ad-Hoc-Ausschuß, nach Bedarf zusammenzutreten und die ihm mit seinem Mandat übertragenen Aufgaben durchzuführen;

5. *bekräftigt* ihren Beschluß, die Konferenz gemäß deren Resolution 1 (I) zu gegebener Zeit wieder einzuberufen;

6. *appelliert erneut* an alle Staaten Südostasiens sowie die anderen Beteiligten, an künftigen Tagungen der Konferenz teilzunehmen;

7. *ersucht* die Konferenz, der Generalversammlung über ihre nächsten Tagungen zu berichten;

8. *ersucht* den Generalsekretär, die Konferenz und den Ad-Hoc-Ausschuß weiterhin zu konsultieren und zu unterstützen und ihnen ständig die zur Durchführung ihrer Aufgaben erforderlichen Einrichtungen und Dienste zur Verfügung zu stellen;

9. *dankt* dem Generalsekretär *erneut* dafür, daß er unter genauer Verfolgung der Lage die geeigneten Maßnahmen ergriffen hat, und ersucht ihn, dies auch weiterhin zu tun und durch seine guten Dienste zu einer umfassenden politischen Regelung beizutragen;

10. *spricht* den Geberländern, den Vereinten Nationen und ihren Organisationen sowie anderen nationalen und internationalen humanitären Organisationen, die dem kampucheanischen Volk Nothilfe geleistet haben, *erneut ihren aufrichtigen Dank aus* und appelliert an sie, die bestehenden Vorkehrungen zur Unterstützung derjenigen Kampucheaner beizubehalten, die immer noch Not leiden, insbesondere der Kampucheaner, die sich an der Grenze zwischen Thailand und Kampuchea und in Aufnahmezentren in Thailand befinden;

11. *dankt* dem Generalsekretär *erneut* für seine Bemühungen bei der Koordinierung der humanitären Nothilfe und bei der Überwachung der Verteilung und ersucht ihn, diese Bemühungen den Erfordernissen entsprechend fortzusetzen;

12. *bittet* die Länder Südostasiens *eindringlich*, sich erneut um die Errichtung einer Zone des Friedens, der Freiheit und der Neutralität in Südostasien zu bemühen, sobald eine umfassende politische Lösung des kampucheakonflikts herbeigeführt worden ist;

13. *gibt erneut der Hoffnung Ausdruck*, daß nach der Herbeiführung einer umfassenden politischen Lösung ein zwischenstaatlicher Ausschuß zur Prüfung eines Programms zur Unterstützung Kampucheas beim Wiederaufbau seiner Wirtschaft und zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung aller Staaten dieser Region eingesetzt wird;

14. *ersucht* den Generalsekretär, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung über die Durchführung der vorliegenden Resolution zu berichten;

15. *beschließt* die Aufnahme des Tagesordnungspunkts "Die Lage in Kampuchea" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

48. Plenarssitzung
28. Oktober 1982

37/7 – Weltcharta für die Natur

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs zum revidierten Entwurf der Weltcharta für die Natur[14],

darauf hinweisend, daß sie in ihrer Resolution 35/7 vom 30. Oktober 1980 ihrer Überzeugung Ausdruck gegeben hat, daß alles, was die Natur dem Menschen geben kann, von der Aufrechterhaltung der natürlichen Prozesse und der Vielfalt der Lebensformen abhängt und durch übermäßige Ausbeutung und Zerstörung der natürlichen Lebensräume gefährdet wird,

ferner darauf hinweisend, daß sie in derselben Resolution festgestellt hat, daß auf nationaler und internationaler Ebene geeignete Maßnahmen zum Schutz der Natur und zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit in diesem Bereich getroffen werden müssen,

darauf hinweisend, daß sie in ihrer Resolution 36/6 vom 27. Oktober 1981 erneut zum Ausdruck gebracht hat, daß sie sich der entscheidenden Bedeutung bewußt ist, die die internationale Gemeinschaft der Förderung und Entwicklung der Zusammenarbeit zum Schutz und zur Erhaltung des natürlichen Gleichgewichts und der Qualität der Natur beimißt, und daß sie darin den Generalsekretär gebeten hat, den Mitgliedstaaten den im Bericht der Ad-hoc-Sachverständigengruppe für den Entwurf der Weltcharta für die Natur[15] enthaltenen Worlaut der revidierten Fassung des Entwurfs der Weltcharta für die Natur sowie etwaige weitere diesbezügliche Bemerkungen von Staaten zu übermitteln, damit sich die Generalversammlung auf ihrer siebenunddreißigsten Tagung in geeigneter Weise mit dieser Frage befassen kann,

im Bewußtsein von Geist und Buchstabe ihrer Resolutionen 35/7 und 36/6, in denen sie die Mitgliedstaaten feierlich aufforderte, bei allen Aktivitäten im Zusammenhang mit der Ausübung der ständigen Souveränität über ihre natürlichen Ressourcen davon auszugehen, daß der Schutz der natürlichen Systeme, die Erhaltung des Gleichgewichts und der Qualität der Natur sowie die Erhaltung der natürlichen Ressourcen im Interesse ge-

[13] A/CONF.109/6

[14] A/36/539

[15] *Ebd.*, Anhang I

genwärtiger und künftiger Generationen vor allen anderen Überlegungen stehen müssen,

nach Behandlung des ergänzenden Berichts des Generalsekretärs,

mit dem Ausdruck des Dankes an die Ad-hoc-Sachverständigengruppe, die durch ihre Tätigkeit die Elemente zusammengetragen hat, aufgrund derer die Generalversammlung empfehlungsgemäß ihre Behandlung des revidierten Entwurfs der Weltcharta für die Natur zu Ende führen und diese Charta auf ihrer siebenunddreißigsten Tagung verabschieden kann,

verabschiedet und verkündet feierlich die im Anhang zu dieser Resolution enthaltene Weltcharta für die Natur.

48. Plenarsitzung
28. Oktober 1982

ANHANG

Weltcharta für die Natur

Die Generalversammlung,

in Bekräftigung der grundlegenden Ziele der Vereinten Nationen, insbesondere der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, der Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Nationen und der Herbeiführung einer internationalen Zusammenarbeit zur Lösung internationaler Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller, technischer, geistiger oder humanitärer Art,

in dem Bewußtsein,

a) daß der Mensch ein Teil der Natur ist und das Leben des Menschen auf das ununterbrochene Funktionieren der natürlichen Systeme angewiesen ist, die die Versorgung mit Energie und Nährstoffen gewährleisten,

b) daß die Kultur in der Natur wurzelt, die die Kultur des Menschen geformt und alle künstlerischen und wissenschaftlichen Leistungen beeinflußt hat,und daß ein Leben im Einklang mit der Natur dem Menschen die besten Möglichkeiten zur Entfaltung seiner schöpferischen Fähigkeiten, zur Ruhe und zur Erholung bietet,

In der Überzeugung

a) daß jede Lebensform einzigartig ist und unabhängig von ihrem Wert für den Menschen Anspruch auf Achtung hat und daß sich der Mensch, damit er anderen Organismen diese Anerkennung auch zuteil werden läßt, sich von einem moralischen Verhaltenskodex leiten lassen

b) daß der Mensch durch seine Handlungen bzw. deren Folgen die Natur und die natürlichen Ressourcen erschöpfen kann und er sich daher voll darüber im klaren sein muß, wie notwendig die Erhaltung der Stabilität und Qualität der Natur und der sparsame Umgang mit den natürlichen Ressourcen ist,

davon überzeugt,

a) daß der bleibende Nutzen, den der Mensch aus der Natur ziehen kann, von der Aufrechterhaltung der lebenswichtigen ökologischen Prozesse und der lebenserhaltenden Systeme sowie von der Vielfalt der Lebensformen abhängt, die der Mensch durch übermäßige Ausbeutung und durch Zerstörung von Lebensräumen gefährdet,

b) daß es zum Zusammenbruch der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Fundamente der menschlichen Kultur führen wird, wenn es wegen übermäßigen Konsums und Mißbrauchs natürlicher Ressourcen zum Verfall der natürlichen Systeme kommt und wenn es nicht gelingt, zwischen den einzelnen Völkern und Staaten eine angemessene Wirtschaftsordnung zu errichten,

c) daß die Konkurrenz um knappe Ressourcen Konflikte schafft, wohingegen der haushälterische Umgang mit der Natur und den natürlichen Ressourcen zur Gerechtigkeit und zur Erhaltung des Friedens beiträgt und seinerseits nur erreicht werden kann, wenn die Menschen lernen, in Frieden miteinander zu leben und auf Kriege und Rüstung zu verzichten,

erneut erklärend, daß sich der Mensch das nötige Wissen aneignen muß, damit er auch in Zukunft und noch besser als bisher die natürlichen Ressourcen so zu verwenden versteht, daß die Erhaltung der verschiedenen Tier- und Pflanzenarten und der verschiedenen Ökosysteme für die heute lebenden Menschen und für künftige Generationen gesichert ist,

in der festen Überzeugung, daß auf nationaler und internationaler Ebene, einzeln und gemeinsam, privat und öffentlich, geeignete Maßnahmen zum Schutz der Natur und zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit in diesem Bereich getroffen werden müssen,

verabschiedet zu diesem Zweck diese Weltcharta für die Natur, in der folgende Grundsätze für die Erhaltung der Natur verkündet werden, die als Maßstab für alle sich auf die Natur auswirkenden menschlichen Handlungen sowie für die Beurteilung dieser Handlungen anzusehen sind.

I

Allgemeine Grundsätze

1. Die Natur darf nicht mißachtet und ihre grundlegenden Prozesse dürfen nicht beeinträchtigt werden.

2. Das auf der Erde vorhandene genetische Erbe darf nicht aufs Spiel gesetzt werden; der Bestand jeder freilebenden und domestizierten Lebensform muß mindestens so groß gehalten werden, daß ihr Überleben gesichert ist, wozu die erforderlichen natürlichen Lebensräume gesichert werden müssen.

3. Diese Grundsätze für die Erhaltung der Natur gelten für alle Land- und Seebereiche der Erde; einzigartige Gebiete, repräsentative Beispiele der verschiedenen Ökosysteme und der Lebensräume seltener oder gefährdeter Arten genießen besonderen Schutz.

4. Vom Menschen genutzte Ökosysteme und Organismen sowie die aus dem Boden, dem Meer und der Atmosphäre gewonnenen Ressourcen sind so zu verwalten, daß die optimale Dauerproduktivität erreicht und aufrechterhalten wird, wobei jedoch die Unversehrtheit der mit ihnen in einem Lebenszusammenhang stehenden anderen Ökosysteme oder Arten nicht gefährdet werden darf.

5. Die Natur muß vor Zerstörungen durch Kriege oder andere Feindseligkeiten geschützt werden.

II

Aufgaben

6. Der Prozeß der Entscheidungsfindung muß davon ausgehen, daß die Bedürfnisse des Menschen nur gedeckt werden können, wenn das einwandfreie Funktionieren der natürlichen Systeme gesichert ist und die in dieser Charta niedergelegten Grundsätze respektiert werden.

7. Bei der Planung und Durchführung von sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungsmaßnahmen muß gebührend berücksichtigt werden, daß die Erhaltung der Natur ein integraler Bestandteil dieser Maßnahmen ist.

8. Bei der Ausarbeitung langfristiger Pläne für die wirtschaftliche Entwicklung, das Bevölkerungswachstum und die Anhebung des Lebensstandards muß gebührend berücksichtigt werden, wieweit die natürlichen Systeme auf die Dauer in der Lage sind, die betreffende Bevölkerung zu versorgen und zu ertragen, wobei gleichzeitig bedacht werden sollte, daß ihre Fähigkeit hierzu gegebenenfalls mit Hilfe von Wissenschaft und Technologie verbessert werden kann.

9. Die jeweilige Verwendung der einzelnen Gebiete auf der Erde muß geplant werden, und die physischen Beschränkungen, die biologische Produktivität und Vielfalt sowie die natürliche Schönheit dieser Gebiete müssen dabei gebührend berücksichtigt werden.

10. Die natürlichen Ressourcen dürfen nicht verschwendet werden, sondern sind maßvoll und im Einklang mit den in dieser Charta niedergelegten Grundsätzen wie folgt zu nutzen:

a) Lebende Ressourcen dürfen nicht über ihre natürliche Regenerationsfähigkeit hinaus genutzt werden;

b) Die Ertragfähigkeit des Bodens ist durch Maßnahmen zum Schutz der langfristigen Fruchtbarkeit und der organischen Abbauprozesse sowie zur Verhinderung von Erosion und allen an-

[16] A/37/398 mit Add.1

deren Formen der Bodenverschlechterung zu erhalten bzw. zu verbessern;

c) Ressourcen, wie Wasser, die bei ihrer Nutzung nicht verbraucht werden, sind erneut zu verwenden bzw. wiederaufzubereiten;

d) Nicht erneuerbare Ressourcen, die bei ihrer Nutzung zugleich verbraucht werden, sind unter Berücksichtigung der Reichlichkeit ihres Vorkommens, der rationellen Möglichkeiten ihrer Umwandlung für den Verbrauch sowie der Vereinbarkeit ihrer Nutzung mit der Funktionsfähigkeit der natürlichen Systeme maßvoll und sparsam zu verwenden.

11. Aktivitäten, die sich auf die Natur auswirken können, sind unter Kontrolle zu stellen und es sind die besten verfügbaren Technologien heranzuziehen, mit denen sich Schäden für die Natur und sonstige schädliche Nebenwirkungen auf ein Mindestmaß einschränken lassen; dabei gilt insbesondere:

a) Aktivitäten, die der Natur nicht wiedergutzumachenden Schaden zufügen könnten, sind zu vermeiden;

b) Aktivitäten, die vermutlich mit einer hochgradigen Gefährdung der Natur verbunden sind, muß eine erschöpfende Untersuchung dieser Gefährdung vorangehen; ihre Befürworter müssen beweisen, daß die zu erwartenden Vorteile mögliche Schäden für die Natur überwiegen; wo die möglichen schädlichen Folgen nicht ausreichend bekannt sind, sollten diese Aktivitäten nicht weiter verfolgt werden;

c) Aktivitäten, die die Naturvorgänge stören könnten, müssen Folgebewertungen und der Durchführung von Entwicklungsprojekten müssen rechtzeitige Studien über deren Umweltauswirkungen vorangehen; wenn solche Aktivitäten und Projekte in Angriff genommen werden, sind sie so zu planen und durchzuführen, daß potentielle schädliche Folgen auf ein Mindestmaß beschränkt werden;

d) Die Praktiken in der Landwirtschaft, Weidewirtschaft und Forstwirtschaft sowie beim Fischfang sind den natürlichen Merkmalen und Beschränkungen des jeweiligen Gebiets anzupassen;

e) Gebiete, die durch menschliche Aktivitäten gelitten haben, sind zu sanieren und Zwecken zuzuführen, die ihrem natürlichen Potential entsprechen und mit dem Wohlergehen der betroffenen Menschen vereinbar sind.

12. Die Einbringung von Schadstoffen in natürliche Systeme ist zu vermeiden, mit der Maßgabe,

a) daß dort, wo dies nicht möglich ist, solche Schadstoffe unter Einsatz der besten anwendbaren Methoden am Ort ihrer Verursachung behandelt werden müssen und

b) daß gegen die Einbringung von radioaktiven und anderen toxischen Abfallstoffen besondere Vorsichtsmaßnahmen zu treffen sind.

13. Maßnahmen zur Vermeidung, Bekämpfung oder Begrenzung von Naturkatastrophen, Plagen und Krankheiten müssen sich gezielt auf die Beseitigung der Ursachen solcher Geißeln der Menschheit richten und schädliche Nebenwirkungen auf die Natur vermeiden.

III

Durchführung

14. Die in dieser Charta niedergelegten Grundsätze müssen in den Gesetzen und im Verhalten jedes Staates sowie auch auf internationaler Ebene ihren Niederschlag finden.

15. Die Kenntnis der Naturvorgänge ist mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln möglichst weit zu verbreiten, insbesondere dadurch, daß die ökologische Erziehung zum integrierenden Bestandteil der allgemeinen Erziehung und Schulbildung gemacht wird.

16. Die Ausarbeitung von Strategien zur Erhaltung der Natur, die Erstellung von Ökosysteminventaren und die Bewertung der Folgen geplanter Politiken und Maßnahmen auf die Natur gehören zu den unabdingbaren Bestandteilen der Planung; sie alle sollten der Öffentlichkeit in geeigneter Weise und so rechtzeitig bekanntgemacht werden, daß eine echte Befragung und Mitwirkung derselben möglich ist.

17. Wenn das Ziel der Erhaltung der Natur erreicht werden soll, muß für die dazu erforderlichen Mittel, Programme und Verwaltungsstrukturen gesorgt werden.

18. Es müssen ständige Anstrengungen unternommen werden, die Kenntnis der Naturvorgänge durch wissenschaftliche Forschungsarbeiten zu vertiefen und die dabei gewonnenen Erkenntnisse unbehindert durch irgendwelche Beschränkungen zu verbreiten.

19. Die einzelnen Naturvorgänge, Ökosysteme und Arten sind genau auf ihren Zustand hin zu überwachen, damit jede Verschlechterung oder Bedrohung frühzeitig erkannt werden kann, ein rechtzeitiges Eingreifen sichergestellt ist und sich die Wirkung von Maßnahmen und Methoden zur Erhaltung der Natur leichter überprüfen läßt.

20. Naturschädigende militärische Aktivitäten sind zu vermeiden.

21. Staaten und – soweit sie dazu in der Lage sind – andere öffentliche Stellen, internationale Organisationen, Einzelpersonen, Vereinigungen und Unternehmen sind gehalten,

a) durch gemeinsame Aktivitäten und andere geeignete Maßnahmen, wie u.a. durch den Austausch von Informationen und durch Konsultationen, bei der Aufgabe der Erhaltung der Natur mitzuwirken;

b) Normen für Produkte und Herstellungsverfahren mit möglichen schädlichen Folgen für die Natur sowie vereinbarte Folgebewertungsmethoden festzulegen;

c) die geltenden völkerrechtlichen Bestimmungen für die Erhaltung der Natur und den Umweltschutz zu befolgen;

d) dafür zu sorgen, daß durch unter ihre Jurisdiktion oder Aufsicht fallende Aktivitäten den in anderen Staaten oder jenseits der Grenzen nationaler Jurisdiktion befindlichen natürlichen Systemen kein Schaden zugefügt wird;

e) die Natur in jenseits der nationalen Jurisdiktion liegenden Gebieten zu schützen und zu erhalten.

22. Jeder Staat setzt die Bestimmungen dieser Charta mit seinen zuständigen Organen sowie im Zusammenwirken mit anderen Staaten in die Praxis um, wobei die Souveränität der Staaten über ihre natürlichen Ressourcen voll berücksichtigt wird.

23. Jedermann muß nach den Gesetzen seines jeweiligen Landes die Möglichkeit haben, sich einzeln oder gemeinsam mit anderen am Entscheidungsprozeß zu beteiligen, von dessen Ergebnis seine eigene Umwelt unmittelbar betroffen wird, und muß Zugang zu Abhilfemöglichkeiten haben, wenn in seiner Umwelt Schäden oder Verschlechterungen der Umweltbedingungen eingetreten sind.

24. Jedermann hat die Pflicht, im Einklang mit den Bestimmungen dieser Charta für die Natur zu handeln; gleichgültig ob er allein, gemeinsam mit anderen oder auf dem Weg über die politischen Instanzen handelt, ist jederman gehalten, sich voll dafür einzusetzen, daß die Ziele und Forderungen dieser Charta verwirklicht werden.

48. Plenarsitzung
28. Oktober 1982

37/8 – Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und dem Afro-asiatischen Rechtsberatungsausschuß

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/38 vom 18. November 1981,

nach Anhörung der Erklärungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen[17] und des Generalsekretärs des Afro-asiatischen Rechtsberatungsausschusses[18] über die weitere Festigung und den Ausbau der Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und dem Ausschuß,

1. *nimmt mit tiefer Genugtuung Kenntnis* von der bestehenden engen und wirksamen Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und dem Afro-asiatischen Rechtsberatungsausschuß im Bereich der schrittweisen Weiterentwicklung und Kodifizierung des Völkerrechts sowie in anderen Bereichen gemeinsamen Interesses;

[17] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Plenary Meetings*, 49. Sitzung, Ziffer 2-7
[18] *Ebd.*, Ziffer 9-17

2. *ersucht* den Generalsekretär, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung über den Stand der Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und dem Afro-asiatischen Rechtsberatungsausschuß zu berichten;

3. *beschließt* die Aufnahme des Tagesordnungspunktes "Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und dem Afro-asiatischen Rechtsberatungsausschuß" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

49. Plenarsitzung
29. Oktober 1982

37/9 – Die Frage der Falkland-Inseln (Malwinen)[19]

Die Generalversammlung,

nach Behandlung der Frage der Falkland-Inseln (Malwinen),

in der Erkenntnis, daß die Aufrechterhaltung kolonialer Situationen mit dem universellen Friedensideal der Vereinten Nationen unvereinbar ist,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960, 2065 (XX) vom 16. Dezember 1965, 3160 (XXVIII) vom 14. Dezember 1973 und 31/49 vom 1. Dezember 1976,

ferner unter Hinweis auf die Sicherheitsratsresolutionen 502 (1982) vom 3. April 1982 und 505 (1982) vom 26. Mai 1982,

unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Feindseligkeiten im Südatlantik de facto eingestellt sind und die Parteien die Absicht geäußert haben, sie nicht wieder aufzunehmen,

unter Bekräftigung der Notwendigkeit, daß die Parteien im Einklang mit den Generalversammlungsresolutionen 2065 (XX) und 3160 (XXVIII) den Interessen der Bevölkerung der Falkland-Inseln (Malwinen) gebührend Rechnung tragen,

ferner unter Bekräftigung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen über die Nichtanwendung oder Nichtandrohung von Gewalt in den internationalen Beziehungen und die friedliche Beilegung internationaler Streitigkeiten,

1. *ersucht* die Regierungen Argentiniens und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, um möglichst bald zu einer friedlichen Lösung des mit der Frage der Falkland-Inseln (Malwinen) verbundenen Souveränitätskonflikts zu gelangen;

2. *ersucht* den Generalsekretär, auf der Grundlage der vorliegenden Resolution erneut seine guten Dienste zur Verfügung zu stellen, um den Parteien dabei zu helfen, dem in Ziffer 1 ausgesprochenen Ersuchen nachzukommen und ersucht ihn, hierzu die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen;

3. *ersucht* den Generalsekretär, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung über die Fortschritte bei der Durchführung der vorliegenden Resolution zu berichten;

4. *beschließt* die Aufnahme des Tagesordnungspunkts "Die Frage der Falkland-Inseln (Malwinen)" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

55. Plenarsitzung
4. November 1982

[19] Vgl. auch Abschnitt I, Fußnote 10 und Abschnitt X.B.6, Beschluß 37/404

37/15 – Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der afrikanischen Einheit

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der afrikanischen Einheit[20],

unter Hinweis auf ihre früheren Resolutionen über die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der afrikanischen Einheit sowie die praktischen Maßnahmen zu deren Verwirklichung, insbesondere unter Hinweis auf Resolution 36/80 vom 9. Dezember 1981,

in Kenntnisnahme der früheren Resolutionen, Beschlüsse und Erklärungen der Organisation der afrikanischen Einheit zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der afrikanischen Einheit,

erfreut über die Fortsetzung der Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der afrikanischen Einheit in gemeinsamen Interessenbereichen,

im vollen Bewußtsein der besonderen Bedürfnisse der vor kurzem unabhängig gewordenen afrikanischen Staaten, insbesondere im Hinblick auf die Festigung ihrer nationalen Unabhängigkeit, auf ihre Bemühungen um die Verbesserung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage und auf die ungünstigen Auswirkungen der derzeitigen Weltwirtschaftslage auf ihre Volkswirtschaften,

ernstlich besorgt über die ungünstigen Auswirkungen der derzeitigen Weltwirtschaftslage auf die afrikanischen Volkswirtschaften,

in diesem Zusammenhang *erinnernd an* den Aktionsplan von Lagos zur Durchführung der Strategie von Monrovia für die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas, der auf der vom 28. bis 29. April 1980 in Lagos abgehaltenen zweiten außerordentlichen Tagung der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation der afrikanischen Einheit verabschiedet wurde[21],

im Hinblick auf die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit zwischen der Organisation der afrikanischen Einheit und allen fachlich spezialisierten Organen, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen zur Verwirklichung der im Aktionsplan von Lagos beschriebenen Gesamt- und Einzelziele,

tief besorgt angesichts der ernsten Situation der Flüchtlinge in Afrika und ihres immer größeren Bedarfs an internationaler Hilfe sowie angesichts der schweren sozialen und wirtschaftlichen Belastung, die den afrikanischen Asylländern aufgebürdet wird,

nach Behandlung des jüngsten Berichts des Generalsekretärs über die Internationale Konferenz über Hilfe für Flüchtlinge in Afrika[22],

ferner tief besorgt angesichts der Notwendigkeit, für eine Anzahl afrikanischer Staaten, die sich gegenwärtig aufgrund von natürlichen oder anderen Katastrophen ernsten wirtschaftlichen Problemen, insbesondere Problemen mit heimatlos gewordenen Menschen, gegenübersehen, Wirtschafts- und Katastrophen-Sonderhilfsprogramme einzurichten, damit sie wieder erfolgreich ihrer wirtschaftlichen Entwicklung nachgehen können,

[20] A/37/335 mit Add.1
[21] A/S-11/14, Anhang I
[22] A/37/522

weiterhin tief besorgt über die Verschlechterung der Lage im südlichen Afrika infolge der fortdauernden Beherrschung der Völker dieses Gebiets durch das rassistische Minderheitsregime Südafrikas und im Bewußtsein dessen, daß die Völker dieser Region und ihre Befreiungsbewegungen in ihrem Kampf gegen Kolonialismus, rassische Diskriminierung und Apartheid stärker unterstützt werden müssen,

im Bewußtsein ihrer Verantwortung für die wirtschaftliche, materielle und humanitäre Unterstützung der unabhängigen Staaten im südlichen Afrika, die diesen Staaten helfen soll, die durch die Aggressionsakte des südafrikanischen Apartheidregimes gegen ihre Territorien verursachte Situation zu bewältigen,

in Anerkennung der Wichtigkeit wirksamer Maßnahmen zur möglichst weiten Verbreitung von Informationen über den Befreiungskampf der Völker des südlichen Afrika,

in Anerkennung der wichtigen Rolle, die die verschiedenen Informationsdienste und -abteilungen des Systems der Vereinten Nationen bei der Verbreitung von Informationen spielen können, die dazu geeignet sind, die sozialen und wirtschaftlichen Probleme sowie die Bedürfnisse der afrikanischen Staaten und ihrer regionalen und subregionalen Institutionen stärker ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu rücken,

im Bewußtsein der Notwendigkeit ständiger Verbindungen, eines ständigen Informationsaustauschs auf Sekretariatsebene und ständiger technischer Zusammenarbeit in Fragen wie Ausbildung und Forschung zwischen der Organisation der afrikanischen Einheit und den Vereinten Nationen,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über das Treffen zwischen Vertretern des Generalsekretariats der Organisation der afrikanischen Einheit und Vertretern der Sekretariate der Vereinten Nationen und anderer Organisationen des Systems der Vereinten Nationen vom 6. bis 8. April 1982 in Genf[23],

mit Befriedigung Kenntnis nehmend von den aus den Ergebnissen des Genfer Treffens hervorgegangenen nützlichen Beschlüssen und Vorschlägen zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der afrikanischen Einheit[24],

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs über die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der afrikanischen Einheit und würdigt seine Bemühungen um die Festigung dieser Zusammenarbeit;

2. *stellt erfreut fest*, daß die Organisation der afrikanischen Einheit sich immer stärker an der Arbeit der Vereinten Nationen und der Sonderorganisationen* beteiligt und einen konstruktiven Beitrag zu dieser Arbeit leistet;

3. *würdigt* die anhaltenden Bemühungen der Organisation der afrikanischen Einheit um die Förderung der multilateralen Zusammenarbeit zwischen den afrikanischen Staaten und um Lösungen für afrikanische Probleme, die auch für die internationale Gemeinschaft von entscheidender Bedeutung sind, und nimmt mit Befriedigung Kenntnis von der vermehrten Unterstützung dieser Bemühungen von seiten verschiedener Organisationen der Vereinten Nationen;

4. *wiederholt erneut*, daß die Vereinten Nationen entschlossen sind, in Zusammenarbeit mit der Organisation der afrikanischen Einheit ihre Bemühungen um die Beseitigung von Kolonialismus, rassischer Diskriminierung und Apartheid im südlichen Afrika zu verstärken;

5. *billigt* die Beschlüsse, Empfehlungen, Vorschläge und Vereinbarungen, zu denen das Genfer Treffen von Vertretern des Generalsekretariats der Organisation der afrikanischen Einheit und von Vertretern der Sekretariate der Vereinten Nationen und anderer Organisationen des Systems der Vereinten Nationen geführt hat;

6. *fordert* die zuständigen Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen *auf*, sich im Hinblick auf eine bessere Zusammenarbeit zwischen dem System der Vereinten Nationen und der Organisation der afrikanischen Einheit dringend mit den verschiedenen Empfehlungen und Vorschlägen zu befassen, zu denen das Genfer Treffen geführt hat;

7. *fordert* die zuständigen Organe, Sonderorganisationen* und sonstigen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen *auf*, dafür zu sorgen, daß ihre Personal- und Einstellungspolitik sowohl an ihren jeweiligen Amtssitzen als auch bei ihren Regionalbüros und Außenstellen auf allen Ebenen eine gerechte und ausgewogene Vertretung Afrikas herbeiführt, sowie den verschiedenen Anregungen und Vorschlägen in den einschlägigen Absätzen der Arbeitsergebnisse und Empfehlungen des Genfer Treffens gebührende Beachtung zukommen zu lassen;

8. *ersucht* den Generalsekretär, in Absprache mit dem Generalsekretär der Organisation der afrikanischen Einheit und unter Berücksichtigung der auf dem Genfer Treffen geäußerten Vorschläge Datum, Ort und Tagesordnung des nächsten Treffens zwischen Vertretern des Generalsekretariats dieser Organisation und den Vertretern der Sekretariate der Vereinten Nationen und anderer Organisationen des Systems der Vereinten Nationen festzulegen;

9. *erkennt an*, daß es wichtig ist, daß die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen*, wo dies angebracht ist, auch weiterhin voll zu den Bemühungen der Organisation der afrikanischen Einheit um die Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung sowie um die Förderung der innerafrikanischen Zusammenarbeit in diesem entscheidenden Bereich herangezogen werden;

10. *bekräftigt* die Entschlossenheit der Vereinten Nationen, in enger Zusammenarbeit mit der Organisation der afrikanischen Einheit im Sinne der von der Generalversammlung verabschiedeten Resolutionen auf die Errichtung der neuen internationalen Wirtschaftsordnung hinzuarbeiten und in diesem Zusammenhang bei der Verwirklichung der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen[25] den Aktionsplan von Lagos zur Durchführung der Strategie von Monrovia für die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas voll zu berücksichtigen;

11. *dankt* dem Generalsekretär für seine im Namen der internationalen Gemeinschaft unternommenen Bemühungen, für afrikanische Staaten mit ernsten wirtschaftlichen Schwierigkeiten, insbesondere für die vor kurzem unabhängig gewordenen afrikanischen Staaten und die Frontstaaten, wirtschaftliche Sonderhilfsprogramme zu organisieren und in Gang zu setzen, um diesen Staaten dabei zu helfen, die durch die Aggres-

* Vgl. die Fußnote auf S. 15

[23] A/37/335

[24] *Ebd.*, Abschnitt IV

[25] Resolution 35/56, Anhang.

sionsakte des südafrikanischen Apartheidregimes gegen ihre Territorien verursachte Situation zu bewältigen;

12. *fordert* alle Mitgliedstaaten, alle regionalen und internationalen Organisationen sowie alle Organisationen des Systems der Vereinten Nationen *auf*, sich aktiv an der Durchführung dieser wirtschaftlichen Sonderhilfsprogramme zu beteiligen;

13. *ersucht* den Generalsekretär, die Organisation der afrikanischen Einheit in regelmäßigen Abständen über die Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf diese Programme zu unterrichten und die Bemühungen mit allen ähnlichen, von der Organisation der afrikanischen Einheit eingeleiteten Programmen zu koordinieren;

14. *ersucht ferner* den Generalsekretär und die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, dafür zu sorgen, daß bei Bedarf auch weiterhin ausreichende Fazilitäten zur Bereitstellung von technischer Hilfe für das Generalsekretariat der Organisation der afrikanischen Einheit zur Verfügung gestellt werden;

15. *ersucht* den Generalsekretär *darüber hinaus*, weiterhin im Sinne der diesbezüglichen Resolutionen der Generalversammlung die erforderlichen Maßnahmen zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der afrikanischen Einheit auf politischer, wirtschaftlicher, kultureller und verwaltungstechnischer Ebene zu ergreifen, insbesondere im Hinblick auf die Gewährung von Unterstützung für die Opfer des Kolonialismus und der Apartheid im südlichen Afrika, und lenkt in diesem Zusammenhang die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft erneut auf die Notwendigkeit, Beiträge zu dem von der Organisation der afrikanischen Einheit geschaffenen Hilfsfonds für den Kampf gegen Kolonialismus und Apartheid zu leisten;

16. *fordert* alle Mitgliedstaaten und Organisationen des Systems der Vereinten Nationen *auf*, durch die Aufstellung von Wirtschafts- und Katastrophen-Sonderhilfsprogrammen diejenigen afrikanischen Staaten vermehrt zu unterstützen, die aufgrund von natürlichen oder anderen Katastrophen von ernsten wirtschaftlichen Problemen, insbesondere Problemen mit heimatlos gewordenen Menschen betroffen sind;

17. *bittet* alle Mitgliedstaaten sowie die regionalen und internationalen Organisationen, insbesondere die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, sowie die nichtstaatlichen Organisationen *eindringlich*, ihre Unterstützung für afrikanische Flüchtlingsprobleme fortzusetzen und den Gastländern durch materielle und wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen bei der Bewältigung der schweren Belastung zu helfen, der ihre begrenzten Ressourcen und ihre unzureichenden Infrastrukturen ausgesetzt sind;

18. *ersucht* den Generalsekretär, die Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen auf die Notwendigkeit aufmerksam zu machen, die Öffentlichkeit immer stärker über alle Fragen im Zusammenhang mit der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas zu informieren;

19. *fordert* die Gremien der Vereinten Nationen, insbesondere den Sicherheitsrat, den Wirtschafts- und Sozialrat, den Sonderausschuß für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker, den Sonderausschuß gegen Apartheid und den Namibia-Rat der Vereinten Nationen *auf*, im Rahmen ihrer gesamten Afrika betreffenden Tätigkeit weiterhin enge Verbindung zur Organisation der afrikanischen Einheit zu halten;

20. *bittet* die Sonderorganisationen* und die anderen in Frage kommenden Organisationen des Systems der Vereinten Nationen *eindringlich*, ihre Zusammenarbeit mit der Organisation der afrikanischen Einheit und auf dem Weg über diese Organisation ihre Hilfe an die von dieser Organisation anerkannten Befreiungsbewegungen fortzusetzen und zu verstärken;

21. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung einen Bericht über die Durchführung dieser Resolution und über die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen der Organisation der afrikanischen Einheit und den betreffenden Organisationen des Systems der Vereinten Nationen vorzulegen.

69. Plenarsitzung
16. November 1982

37/16 – Internationales Friedensjahr

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/67 vom 30. November 1981, in der sie den Wirtschafts- und Sozialrat bat, unter Berücksichtigung der Dringlichkeit und des besonderen Charakters der Begehung eines solchen Jahres zu erwägen, ob nicht so bald wie möglich ein internationales Friedensjahr verkündet werden könne,

unter Hinweis auf Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/15 vom 4. Mai 1982, in der der Rat der Generalversammlung empfahl, auf ihrer siebenunddreißigsten Tagung das Jahr 1986 zum Internationalen Friedensjahr zu bestimmen,

unter Hinweis darauf, daß in der Präambel der Charta der Vereinten Nationen verkündet wird, daß die Völker der Vereinten Nationen entschlossen sind, künftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren und zu diesem Zweck Toleranz zu üben und als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben und ihre Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren,

in Anbetracht dessen, daß die Förderung des Friedens das grundlegende Ziel der Vereinten Nationen ist,

im Hinblick darauf, daß der Friede trotz der entschlossenen Anstrengungen der Vereinten Nationen noch immer nur Ziel statt Wirklichkeit ist,

unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, einen bestimmten Zeitraum dazu auszuersehen, die Bemühungen der Vereinten Nationen und ihrer Mitgliedstaaten auf die Förderung der Ideale des Friedens zu konzentrieren und so in jeder nur erdenklichen Weise Zeugnis von ihrer Entschlossenheit zum Frieden abzulegen,

in Kenntnisnahme der Empfehlung des Wirtschafts- und Sozialrats, das Internationale Friedensjahr eventuell mit dem 40. Jahrestag der Vereinten Nationen zu verbinden und am 24. Oktober 1985 zu verkünden,

unter Berücksichtigung der von der Generalversammlung in ihrem Beschluß 35/424 vom 5. Dezember 1980 verabschiedeten Richtlinien für internationale Jahre und Jahrestage,

1. *nimmt* den in seiner Resolution 1982/15 enthaltenen Vorschlag des Wirtschafts- und Sozialrats *an* und erklärt das Jahr 1986 zum Internationalen Friedensjahr, das am 24. Oktober 1985 feierlich verkündet wird;

2. *bittet* alle Staaten, alle Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und die interessierten

* Vgl. die Fußnote auf S. 15

nichtstaatlichen Organisationen, alle nur möglichen Anstrengungen zur Vorbereitung und Begehung des Internationalen Friedensjahres zu unternehmen und großzügige Beiträge zu leisten, damit die Ziele des Jahres erreicht werden;

3. *ersucht* den Generalsekretär, im Einklang mit den Vorschlägen der Mitgliedstaaten und in Absprache mit interessierten Organisationen und akademischen Institutionen einen Programmentwurf zu erstellen und der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung darüber zu berichten.

69. Plenarsitzung
16. November 1982

37/17 – Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Arabischen Liga

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über die Zsammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Arabischen Liga[26],

unter Hinweis auf die einschlägigen Artikel der Charta der Vereinten Nationen, in denen alles befürwortet wird, was durch regionale Vereinbarungen zur Förderung der Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen getan werden kann,

mit Genugtuung angesichts der Zusammenarbeit, die sich seit über 30 Jahren zwischen den Vereinten Nationen und der Arabischen Liga entwickelt hat, sowie angesichts der effektiven Mitwirkung der Liga an der Tätigkeit der Vereinten Nationen,

erfreut über den Wunsch der Arabischen Liga, die bestehenden Verbindungen mit den Vereinten Nationen in all den Bereichen zu festigen und auszubauen, die mit der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in Zusammenhang stehen, und die Vereinten Nationen bei der Verwirklichung der Resolutionen der Vereinten Nationen zur Palästinafrage und zur Lage im Mittleren Osten in jeder erdenklichen Weise zu unterstützen,

ferner erfreut über das Eintreten der Arabischen Liga für die Beseitigung der Apartheid und aller sonstigen Formen der rassischen Diskriminierung, für die Beseitigung der Kolonialisierung sowie für die Förderung des Rechts auf Selbstbestimmung und den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/24 vom 9. November 1981, in der sie u.a. anerkannte, wie wichtig es ist, daß die Vereinten Nationen und die Sonderorganisationen*, wo dies angebracht ist, auch weiterhin auf das engste an den Bemühungen der Arabischen Liga beteiligt werden, wenn die soziale und wirtschaftliche Entwicklung gefördert und die innerarabische wie auch die internationale Zusammenarbeit auf diesem lebenswichtigen Gebiet vorangetrieben werden soll,

ferner die Unterzeichnung von Kooperationsabkommen zwischen den Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und der Arabischen Liga und einer Reihe ihrer Fachorganisationen *zur Kenntnis nehmend*,

in der Überzeugung, daß die Zusammenarbeit zwischen den Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und der Arabischen Liga und ihren Fachorganisationen noch weiter gestärkt werden muß,

1. *nimmt mit Befriedigung Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs;

2. *dankt* dem Generalsekretär für seine Maßnahmen und Bemühungen zur Stärkung und Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Arabischen Liga;

3. *spricht* der Arabischen Liga *ihre Anerkennung* für ihre Unterstützung der Vereinten Nationen bei der Förderung der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen sowie für ihre verstärkte Zusammenarbeit mit verschiedenen Teilen des Systems der Vereinten Nationen im politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und humanitären Bereich *aus*;

4. *dankt ferner* den Sonderorganisationen* für ihre Bemühungen um die Fortsetzung und Intensivierung ihrer Zusammenarbeit mit den Fachorganisationen der Arabischen Liga;

5. *nimmt mit Befriedigung Kenntnis* von den im Bericht des Generalsekretärs[27] enthaltenen Vorschlägen der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und der Arabischen Liga zur Stärkung und Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen dem System der Vereinten Nationen und der Arabischen Liga;

6. *empfiehlt* den zuständigen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, diese Vorschläge sorgfältig zu prüfen, die die Grundlage für neue und erweiterte Bereiche der Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Arabischen Liga bilden sollten;

7. *empfiehlt ferner* dem Generalsekretär, in Absprache mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga festzustellen, welche Vorschläge besser auf bilateraler Ebene und welche Vorschläge besser auf multilateraler Ebene behandelt werden könnten, und zu veranlassen, daß sie entsprechend behandelt werden;

8. *schließt sich* dem Vorschlag zur Abhaltung eines Treffens zwischen Vertretern der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und Vertretern des Generalsekretariats der Arabischen Liga und ihrer Fachorganisationen *an*;

9. *begrüßt* die Einladung der Arabischen Liga zur Abhaltung dieses Treffens am derzeitigen Amtssitz der Liga in Tunis und ersucht den Generalsekretär, jede für die erfolgreiche Veranstaltung des Treffens erforderliche Unterstützung bereitzustellen;

10. *ersucht* den Generalsekretär, in Absprache mit der Arabischen Liga dafür zu sorgen, daß das in Ziffer 9 genannte Treffen bis spätestens 30. Juni 1983 stattfindet;

11. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung über den Stand der Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Arabischen Liga zu berichten;

12. *beschließt* die Aufnahme des Punktes mit dem Titel "Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Arabischen Liga" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

70. Plenarsitzung
16. November 1982

* Vgl. die Fußnote auf S. 15

[26] A/37/536.

[27] *Ebd.*, Abschnitt III.

37/18 – Die bewaffnete israelische Aggression gegen die nuklearen Anlagen des Irak und deren schwerwiegende Folgen für das die friedliche Nutzung der Kernenergie betreffende internationale System, die Nichtverbreitung von Kernwaffen sowie den Weltfrieden und die internationale Sicherheit

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Punktes "Die bewaffnete israelische Aggression gegen die nuklearen Anlagen des Irak und deren schwerwiegende Folgen für das die friedliche Nutzung der Kernenergie betreffende internationale System, die Nichtverbreitung von Kernwaffen sowie den Weltfrieden und die internationale Sicherheit",

unter Hinweis auf die diesbezüglichen Resolutionen des Sicherheitsrats und der Generalversammlung,

in Kenntnisnahme des Berichts des Generalsekretärs[28],

ferner in Kenntnisnahme der diesbezüglichen Resolutionen der Internationalen Atomenergie-Organisation und der Menschenrechtskommission,

tief besorgt angesichts Israels Weigerung, diesen Resolutionen, insbesondere der Sicherheitsratsresolution 487 (1981) vom 19. Juni 1981, Folge zu leisten,

zutiefst beunruhigt durch die gefährliche Eskalation der von Israel in der Region begangenen Aggressionshandlungen,

zutiefst besorgt darüber, daß Israel nach wie vor damit droht, derartige Angriffe auf nukleare Anlagen zu wiederholen,

mit dem erneuten Ausdruck ihrer Bestürzung darüber, daß Informationen und Anzeichen auf den Erwerb und die Entwicklung von Kernwaffen durch Israel hinweisen,

unter Hinweis auf die Erklärung und das Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung[29], die Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten[30] sowie die Erklärung über die Nutzung der wissenschaftlichen und technischen Fortschritte im Interesse des Friedens und zum Wohl der Menschheit[31],

ausdrücklich erklärend, daß sichergestellt werden muß, daß ein derartiger Angriff auf nukleare Anlagen weder durch Israel noch irgendeinen anderen Staat noch einmal unternommen werden kann,

1. *verurteilt* Israel wegen seiner Weigerung, die einstimmig vom Sicherheitsrat verabschiedete Resolution 487 (1981) durchzuführen;

2. *verurteilt* Israel *aufs schärfste* wegen der Eskalation der von ihm in der Region begangenen Aggressionshandlungen;

3. *verurteilt* Israels Drohungen, derartige Angriffe zu wiederholen, was den Weltfrieden und die internationale Sicherheit ernstlich gefährden würde;

4. *verlangt*, daß Israel seine offiziell erklärte Drohung, es werde seinen bewaffneten Angriff gegen nukleare Anlagen wiederholen, unverzüglich zurücknimmt;

5. *ist der Ansicht*, daß die von Israel begangene Aggressionshandlung eine Verletzung und eine Verweigerung des unveräußerlichen souveränen Rechts der Staaten auf wissenschaftlichen und technischen Fortschritt im Interesse der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung, einer Anhebung der Lebensbedingungen der Völker und einer besseren Entfaltung der Würde des Menschen sowie ferner eine Verletzung und Verweigerung der unveräußerlichen Menschenrechte und des souveränen Rechts der Staaten auf wissenschaftliche und technische Entwicklung darstellt;

6. *ersucht* den Sicherheitsrat, darüber zu beraten, welche Maßnahmen notwendig sind, um Israel von der Wiederholung eines derartigen Angriffs auf nukleare Anlagen abzuschrecken;

7. *fordert*, daß als Beitrag zur Förderung und Sicherung einer ungefährdeten Weiterentwicklung der Kernenergie für friedliche Zwecke auf internationaler Ebene weiterhin über rechtliche Maßnahmen zum Verbot bewaffneter Angriffe auf nukleare Anlagen und die Androhung derartiger Angriffe beraten wird;

8. *ersucht* den Generalsekretär, mit Unterstützung einer Sachverständigengruppe[32] eine umfassende Untersuchung der Folgen des bewaffneten israelischen Angriffs auf die friedlichen Zwecken dienende nukleare Anlage des Irak anzustellen und diese Untersuchung der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung vorzulegen;

9. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung über die Durchführung dieser Resolution zu berichten;

10. *beschließt*, den Punkt mit dem Titel "Die bewaffnete israelische Aggression gegen die nuklearen Anlagen des Irak und deren schwerwiegende Folgen für das die friedliche Nutzung der Kernenergie betreffende internationale System, die Nichtverbreitung von Kernwaffen sowie den Weltfrieden und die internationale Sicherheit" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung aufzunehmen.

70. Plenarsitzung
16. November 1982

37/19 – Bericht der Internationalen Atomenergie-Organisation

Die Generalversammlung,

nach Erhalt des Berichts der Internationalen Atomenergie-Organisation an die Generalversammlung für das Jahr 1981[33],

in Kenntnisnahme der Erklärung des Generaldirektors der Internationalen Atomenergie-Organisation vom 18. November 1982[34], in der zusätzliche Informationen über den Fortgang der Aktivitäten der Organisation während des Jahres 1982 gegeben werden,

in Anerkennung der Bedeutung der Arbeit der Internationalen Atomenergie-Organisation sowie der Tatsache, daß es für sie sehr wichtig ist, die friedliche Nutzung der Kernenergie ihrer Satzung entsprechend weiter zu fördern und ihre technischen Hilfsprogramme

[28] A/37/365 mit Add.1-S/15320 mit Add.1. Abgedruckt in: *Official Records of the Security Council, Thirty-seventh Year, Supplement for July, August and September 1982*, Dokument S/15320 mit Add.1.

[29] Resolutionen 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI).

[30] Resolution 3281 (XXIX).

[31] Resolution 3384 (XXX).

[32] Spätere Bezeichnung: Sachverständigengruppe für die Folgen des bewaffneten israelischen Angriffs auf die irakischen nuklearen Anlagen.

[33] Internationale Atomenergie-Organisation, *The Annual Report for 1982* (Österreich, Juli 1982); den Mitgliedern der Generalversammlung mit einer Mitteilung des Generalsekretärs (A/37/382 mit Korr. 1) übermittelt

[34] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Plenary Meetings*, 71. Sitzung, Ziffer 2-44.

und Förderungsprogramme zugunsten der Entwicklungsländer weiter zu verbessern,

im Bewußtsein der wichtigen Arbeit, welche die Internationale Atomenergie-Organisation mit der Verwirklichung der einschlägigen Bestimmungen des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen[35] und anderer, auf ähnliche Ziele gerichteter internationaler Verträge, Konventionen und Abkommen sowie dadurch leistet, daß sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür sorgt, daß die von ihr oder auf ihr Ersuchen oder unter ihrer Überwachung oder Kontrolle geleistete Hilfe im Einklang mit Artikel II ihrer Satzung nicht zur Förderung militärischer Zwecke benutzt wird,

in Kenntnisnahme des Beschlusses der Generalkonferenz der Internationalen Atomenergie-Organisation vom 20. September 1982, Namibia – vertreten durch den Namibia-Rat der Vereinten Nationen – im Einklang mit dem in Generalversammlungsresolution 36/121 D vom 10. Dezember 1981 enthaltenen Ersuchen als Mitglied in die Organisation aufzunehmen,

im Bewußtsein der nützlichen Ergebnisse der Konferenz über die auf dem Gebiet der Kernenergie gewonnenen Erfahrungen, die vom 13. bis 17. September 1982 von der Internationalen Atomenergie-Organisation in Wien abgehalten wurde,

eingedenk der Tatsache, daß am 29. Juli 1982 25 Jahre seit der Gründung der Internationalen Atomenergie-Organisation vergangen waren,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht der Internationalen Atomenergie-Organisation;

2. *bittet* alle Staaten *eindringlich*, sich bei der Durchführung der Aufgaben der Internationalen Atomenergie-Organisation um wirksame und harmonische internationale Zusammenarbeit zu bemühen und den Auftrag der Satzung genauestens zu erfüllen, indem sie die friedliche Nutzung der Kernenergie und die Anwendung der Atomwissenschaft und -technik für friedliche Zwecke fördern, den Entwicklungsländern verstärkt technische Hilfe und Unterstützung zur Verfügung stellen und die Wirksamkeit des Sicherheitskontrollsystems der Organisation sicherstellen;

3. *ist der Auffassung*, daß Israels Drohung, seinen bewaffneten Angriff auf nukleare Anlagen zu wiederholen, sowie jeder andere bewaffnete Angriff auf solche Anlagen u.a. eine ernste Bedrohung der Rolle und Tätigkeit der Internationalen Atomenergie-Organisation bei der Entwicklung und weiteren Förderung der friedlichen Nutzung der Kernenergie darstellt;

4. *erklärt* ihr Vertrauen in die Rolle der Internationalen Atomenergie-Organisation bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie;

5. *ersucht* den Generalsekretär, dem Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation das Protokoll der siebenunddreißigsten Tagung der Generalversammlung zu übermitteln, soweit es sich auf die Tätigkeit der Organisation bezieht.

73. Plenarsitzung
19. November 1982

[35] Resolution 2373 (XXII), Anhang.

37/35 – Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[36]

Die Generalversammlung,

nach Prüfung des Berichts des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[37],

unter Hinweis auf ihre Resolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 mit der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker, ihre Resolution 2621 (XXV) vom 12. Oktober 1970 mit dem Aktionsprogramm für die vollständige Verwirklichung der Erklärung und ihre Resolution 35/118 vom 11. Dezember 1980, deren Anhang den Aktionsplan für die vollständige Verwirklichung der Erklärung enthält,

unter Hinweis auf alle ihre früheren Resolutionen zur Verwirklichung der Erklärung, insbesondere Resolution 36/38 vom 1. Dezember 1981, sowie auf die einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats,

unter Hinweis auf die diesbezüglichen Bestimmungen der Sondererklärung zu Namibia[38], die von der Internationalen Konferenz über Sanktionen gegen Südafrika verabschiedet wurde,

unter Verurteilung der fortgesetzten kolonialistischen und rassistischen Unterdrückung von Millionen Afrikanern, wie sie vor allem in Namibia durch die anhaltende illegale Besetzung des internationalen Territoriums durch die Regierung Südafrikas erfolgt, sowie deren unnachgiebiger Haltung gegenüber allen Bemühungen, eine international annehmbare Lösung für die Lage in diesem Territorium herbeizuführen,

sich zutiefst der dringenden Notwendigkeit *bewußt*, alle zur sofortigen Beseitigung der verbleibenden Überreste des Kolonialismus erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, insbesondere im Hinblick auf Namibia, wo verzweifelte Versuche Südafrikas zur Zementierung seiner illegalen Besetzung unsagbares Leid und Blutvergießen über das Volk gebracht haben,

unter scharfer Mißbilligung der Politik jener Staaten, die unter Mißachtung der einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen mit der Regierung Südafrikas nach wie vor im Hinblick auf deren Herrschaft über das Volk von Namibia kollaborieren,

in dem Bewußtsein, daß der Erfolg des nationalen Befreiungskampfes und die sich daraus ergebende internationale Lage der internationalen Gemeinschaft eine einzigartige Gelegenheit geboten haben, entscheidend zur vollständigen Beseitigung des Kolonialismus und aller seiner Erscheinungsformen in Afrika beizutragen,

erfreut darüber, daß der Sonderausschuß auf eine wirksame und vollständige Durchführung der Erklärung und der anderen einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen hingewirkt hat,

ferner erfreut über die Mitarbeit und aktive Beteiligung der betreffenden Verwaltungsmächte an der einschlägigen Arbeit des Sonderausschusses sowie über die fortdauernde Bereitschaft der betreffenden Regie-

[36] Vgl. auch Abschnitt I, Fußnote 7 und Abschnitt X.B.6, Beschlüsse 37/411 bis 37/419.

[37] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 23* (A/37/23/Rev.1).

[38] *Report of the International Conference on Sanctions against South Africa, Paris, 20-27 May 1981* (A/CONF.107/8), Abschnitt X.B.

rungen, Besuchsdelegationen der Vereinten Nationen in den unter ihrer Verwaltung stehenden Territorien zu empfangen,

in erneuter Wiederholung ihrer Überzeugung, daß die völlige Beseitigung der rassischen Diskriminierung, der Apartheid und der Verletzung der grundlegenden Menschenrechte der Völker der Kolonialgebiete am schnellsten durch die gewissenhafte und vollständige Verwirklichung der Erklärung, insbesondere in Namibia, sowie durch die möglichst rasche und vollständige Beseitigung der illegalen Besetzungsregime in diesen Gebieten erreicht wird,

1. *bekräftigt* ihre Resolutionen 1514 (XV), 2621 (XXV), 36/38 sowie alle anderen Resolutionen zur Entkolonialisierung und ruft die Verwaltungsmächte in Übereinstimmung mit diesen Resolutionen auf, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um den abhängigen Völkern der betreffenden Gebiete ohne weitere Verzögerung die volle Ausübung ihres unveräußerlichen Rechtes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit zu ermöglichen;

2. *stellt erneut fest*, daß das Fortbestehen des Kolonialismus in allen seinen Erscheinungsformen – wie u.a. Rassismus, Apartheid, Ausbeutung von wirtschaftlichen und menschlichen Ressourcen durch fremde und sonstige Interessen sowie Kolonialkriege zur Unterdrückung nationaler Befreiungsbewegungen – mit der Charta der Vereinten Nationen, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[39] sowie der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker unvereinbar ist und eine schwere Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit darstellt;

3. *bekräftigt* ihre Entschlossenheit, alle Schritte zu unternehmen, die für eine vollständige und zügige Beseitigung des Kolonialismus und die gewissenhafte und strikte Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen der Charta, der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker und der Grundsätze der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch alle Staaten erforderlich sind;

4. *erklärt abermals*, daß sie die Rechtmäßigkeit des Kampfes der unter Kolonial- und Fremdherrschaft stehenden Völker um die Ausübung ihres Rechts auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit mit allen erforderlichen, ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln anerkennt;

5. *billigt* den Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker für das Jahr 1982 mit dem Arbeitsprogramm für 1983[40];

6. *fordert* alle Staaten, insbesondere die Verwaltungsmächte, sowie die Sonderorganisationen* und anderen Organisationen der Vereinten Nationen *auf*, die im Bericht des Sonderausschusses enthaltenen Empfehlungen zur schnellen Verwirklichung der Empfehlung und der übrigen einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen in die Tat umzusetzen;

7. *verurteilt* die fortgesetzten Aktivitäten fremder wirtschaftlicher und sonstiger Interessen, die die Verwirklichung der Erklärung im Hinblick auf die Kolonialgebiete, insbesondere auf Namibia, behindern;

8. *verurteilt nachdrücklich* jede Kollaboration mit der Regierung Südafrikas, vor allem auf nuklearem und militärischem Gebiet, und fordert die in Frage kommenden Staaten auf, jede derartige Kollaboration unverzüglich einzustellen;

9. *ersucht* alle Staaten, bis zur Wiederherstellung des unveräußerlichen Rechts des Volkes von Namibia auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit in einem geeinten und integrierten Namibia unter Einschluß der Walvis Bay der Regierung Südafrikas jegliche Unterstützung, sei es auf direktem Wege oder durch ihr Vorgehen in den Sonderorganisationen* und anderen Organisationen der Vereinten Nationen, zu versagen und sich jeder Maßnahme zu enthalten, die sich als Anerkennung der Rechtmäßigkeit der illegalen Besetzung Namibias durch jenes Regime auslegen ließe;

10. *fordert* die Kolonialmächte *auf*, ihre Militärstützpunkte und -anlagen unverzüglich und bedingungslos aus den Kolonialgebieten zurückzuziehen und keine neuen derartigen Stützpunkte und Anlagen zu errichten;

11. *bittet* alle Staaten *eindringlich*, dem unterdrückten Volk von Namibia unmittelbar bzw. durch ihr Vorgehen in den Sonderorganisationen* und anderen Organisationen der Vereinten Nationen jegliche moralische und materielle Unterstützung zuteil werden zu lassen, und ersucht im Hinblick auf die anderen Territorien die Verwaltungsmächte, in Absprache mit den Regierungen der unter ihrer Verwaltung stehenden Gebiete Schritte zur Heranziehung und effektiven Nutzung jeder in Frage kommenden bilateralen und multilateralen Hilfe zur Stärkung der Wirtschaft dieser Gebiete zu unternehmen;

12. *ersucht* den Sonderausschuß, sich weiterhin um geeignete Mittel für die unverzügliche und vollständige Verwirklichung der Generalversammlungsresolution 1514 (XV) in allen Gebieten zu bemühen, die ihre Unabhängigkeit noch nicht erlangt haben, und ersucht ihn insbesondere

a) spezifische Vorschläge für die Beseitigung der verbleibenden Erscheinungsformen des Kolonialismus auszuarbeiten und der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung darüber zu berichten;

b) konkrete Vorschläge zu machen, die dem Sicherheitsrat dabei helfen könnten, im Hinblick auf Entwicklungen in Kolonialgebieten, die den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu gefährden drohen, geeignete Maßnahmen aufgrund der Charta in Erwägung zu ziehen;

c) weiterhin zu prüfen, wieweit die Mitgliedstaaten die Erklärung und andere diesbezügliche Resolutionen über die Entkolonialisierung, insbesondere über Namibia, einhalten;

d) den kleinen Territorien weiterhin seine besondere Aufmerksamkeit zu widmen, wozu gegebenenfalls auch die Entsendung von Besuchsdelegationen gehört, und der Generalversammlung zu empfehlen, welche Schritte am besten zu ergreifen sind, damit die Bevölkerung dieser Gebiete ihr Recht auf Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit ausüben kann;

e) alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um die Unterstützung der Regierungen in aller Welt sowie der besonders an der Entkolonialisierung interessierten nationalen und internationalen Organisationen bei der Verwirklichung der Ziele der Erklärung und bei der Durchführung der entsprechenden Resolutionen der Vereinten Nationen, insbesondere im Hinblick auf das unterdrückte Volk von Namibia, zu gewinnen;

13. *fordert* die Verwaltungsmacht *auf*, den Sonderausschuß bei der Erfüllung seines Mandats

---

* Vgl. die Fußnote auf S. 15

[39] Resolution 217 A (III)

[40] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 23* (A/37/23/Rev.1), Kap. I, Ziffer 177-189

weiterhin zu unterstützen und zur Gewinnung von Direktinformationen und zur Feststellung der Wünsche und Bestrebungen der Einwohner insbesondere die Einreise von Besuchsdelegationen in die Territorien zu gestatten;

14. *ersucht* den Generalsekretär, dem Sonderausschuß die Einrichtungen und Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen, die für die Durchführung dieser Resolution sowie der verschiedenen Resolutionen und Beschlüsse der Generalversammlung und des Sonderausschusses über die Entkolonialisierung erforderlich sind.

77. Plenarsitzung
23. November 1982

37/36 – Verbreitung von Informationen über die Entkolonialisierung

Die Generalversammlung,

nach Prüfung des in dem Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker enthaltenen Kapitels zur Frage der Aufklärung der Öffentlichkeit über die Tätigkeit der Vereinten Nationen im Bereich der Entkolonialisierung[41],

unter Hinweis auf ihre Resolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 mit der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker sowie auf alle anderen Resolutionen und Beschlüsse der Vereinten Nationen zur Frage der Verbreitung von Informationen über die Entkolonialisierung, insbesondere die Generalversammlungsresolution 36/39 vom 1. Dezember 1981,

unter erneutem Hinweis auf die Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit als Instrument zur Förderung der Absichten und Ziele der Erklärung sowie eingedenk dessen, daß weiterhin dringend alles im Rahmen des Möglichen Stehende getan werden muß, um die Weltöffentlichkeit umfassend mit den Problemen der Entkolonialisierung bekanntzumachen und so die Völker der Kolonialgebiete bei der Erringung der Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit wirksam zu unterstützen,

in Kenntnis der wachsenden Bedeutung einer Reihe von besonders am Bereich der Entkolonialisierung interessierten nichtstaatlichen Organisationen für die weitere Verbreitung von Informationen über diese Frage und mit Genugtuung darüber, daß sich der Sonderausschuß – u.a. durch die im Jahre 1982 erfolgte Entsendung einer Sonderdelegation nach Europa – auf diesem Gebiet intensiver um die Unterstützung der nichtstaatlichen Organisationen bemüht hat,

1. *billigt* das im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker enthaltene Kapitel zur Frage der Verbreitung von Informationen über die Entkolonialisierung und zur Aufklärung der Öffentlichkeit über die Tätigkeit der Vereinten Nationen im Bereich der Entkolonialisierung;

2. *bekräftigt* die Bedeutung einer möglichst weiten Verbreitung von Informationen über die Übel und Gefahren des Kolonialismus, über die entschlossenen Anstrengungen der Kolonialvölker zur Erringung von Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit sowie über die Hilfe der internationalen Gemeinschaft bei der Beseitigung der noch vorhandenen Überreste des Kolonialismus in allen seinen Formen;

3. *ersucht* den Generalsekretär, unter Berücksichtigung der Anregungen des Sonderausschusses weiterhin durch konkrete Maßnahmen über alle ihm zur Verfügung stehenden Medien, darunter Publikationen und Sendungen im Rundfunk und Fernsehen, dafür zu sorgen, daß die Arbeit der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Entkolonialisierung kontinuierlich einer breiten Öffentlichkeit bekanntgemacht wird, und insbesondere

a) in Absprache mit dem Sonderausschuß weiterhin Grunddaten, Studien und Artikel über Probleme der Entkolonialisierung sammeln, ausarbeiten und verbreiten zu lassen und insbesondere weiterhin die Zeitschrift "Objective: Justice" (Ziel: Gerechtigkeit) sowie andere Publikationen, spezielle Artikel und Studien, einschließlich der Reihe "Decolonization" (Entkolonialisierung), zu veröffentlichen und daraus geeignetes Material zur weiteren Verbreitung durch Nachdrucke in verschiedenen Sprachen auszuwählen;

b) sich bei der Erfüllung der obengenannten Aufgaben um die volle Mitwirkung der betreffenden Verwaltungsmächte zu bemühen;

c) die Aktivitäten aller – besonders der in Westeuropa und auf dem amerikanischen Kontinent gelegenen – Informationszentren der Vereinten Nationen zu verstärken;

d) durch regelmäßige Konsultationen und systematischen Austausch von einschlägigen Informationen ein enges Arbeitsverhältnis zur Organisation der afrikanischen Einheit zu unterhalten;

e) die Unterstützung von besonders am Bereich der Entkolonialisierung interessierten nichtstaatlichen Organisationen bei der Verbreitung der entsprechenden Informationen zu gewinnen;

f) die Bereitstellung der in diesem Zusammenhang erforderlichen Einrichtungen und Dienste sicherzustellen;

g) dem Sonderausschuß über die zur Durchführung dieser Resolution ergriffenen Maßnahmen zu berichten;

4. *bittet* alle Staaten, die Sonderorganisationen* und anderen Organisationen der Vereinten Nationen sowie die besonders am Bereich der Entkolonialisierung interessierten nichtstaatlichen Organisationen, in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretär innerhalb ihres jeweiligen Zuständigkeitsbereichs für die umfassende Verbreitung der in Ziffer 2 genannten Informationen zu sorgen bzw. diese Verbreitung zu intensivieren;

5. *ersucht* den Sonderausschuß, die Durchführung dieser Resolution zu verfolgen und der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung darüber zu berichten.

77. Plenarsitzung
23 November 1982

37/37 – Die Lage in Afghanistan und ihre Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Punkts "Die Lage in Afghanistan und ihre Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit",

[41] *Ebd.*, Kap. II

* Vgl. die Fußnote auf S. 15

unter Hinweis auf ihre Resolutionen ES-6/2 vom 14. Januar 1980, 35/37 vom 20. November 1980 und 36/34 vom 18. November 1981, die auf der sechsten Notstandssondertagung bzw. der fünfunddreißigsten Tagung und sechsunddreißigsten Tagung verabschiedet wurden,

in Bekräftigung der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und der Verpflichtung aller Staaten, in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die Souveränität, territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete Androhung oder Anwendung von Gewalt zu unterlassen,

ferner in Bekräftigung des unveräußerlichen Rechts aller Völker, ihre Regierungsform selbst zu bestimmen und ihr wirtschaftliches, politisches und gesellschaftliches System ohne jede Intervention, Subversion, Nötigung oder Beschränkung von außen selbst zu wählen,

zutiefst besorgt über die anhaltende bewaffnete ausländische Intervention in Afghanistan, die gegen die genannten Grundsätze verstößt, und über deren schwerwiegende Folgen für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit,

angesichts der wachsenden Besorgnis der internationalen Gemeinschaft über das Andauern und die Schwere der Leiden des afghanischen Volkes sowie über das Ausmaß der sozialen und wirtschaftlichen Probleme, die Pakistan und Iran durch die Anwesenheit von Millionen afghanischer Flüchtlinge auf ihrem Boden und durch das ständige Ansteigen der Zahl dieser Flüchtlinge erwachsen,

sich voll dessen bewußt, daß dringend eine politische Lösung der besorgniserregenden Lage hinsichtlich Afghanistans gefunden werden muß,

in Kenntnisnahme des Berichts des Generalsekretärs[42],

in Anerkennung der Bedeutung, die den Initiativen der Organisation der Islamischen Konferenz und den Bemühungen der Bewegung der nichtgebundenen Länder im Hinblick auf eine politische Lösung der Lage hinsichtlich Afghanistans zukommt,

1. *erklärt abermals*, daß die Bewahrung der Souveränität, territorialen Integrität, politischen Unabhängigkeit und Nichtgebundenheit Afghanistans Grundvoraussetzung für eine friedliche Lösung des Problems ist;

2. *bekräftigt* das Recht des afghanischen Volks, seine Regierungsform selbst zu bestimmen und sein wirtschaftliches, politisches und gesellschaftliches System ohne jede Intervention, Subversion, Nötigung oder Beschränkung von außen selbst zu wählen;

3. *fordert* den unverzüglichen Abzug der ausländischen Truppen aus Afghanistan;

4. *fordert* alle beteiligten Parteien *auf*, darauf hinzuarbeiten, daß schnellstens eine politische Lösung im Einklang mit der vorliegenden Resolution herbeigeführt und die erforderlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß die afghanischen Flüchtlinge freiwillig, in Sicherheit und in Ehren in ihre Heimat zurückkehren können;

5. *appelliert erneut* an alle Staaten sowie nationalen und internationalen Organisationen, weiterhin humanitäre Soforthilfe zu gewähren, um in Absprache mit dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge die Leiden der afghanischen Flüchtlinge zu lindern;

6. *bringt* dem Generalsekretär *ihren Dank und ihre Unterstützung* für seine Bemühungen und die konstruktiven Schritte *zum Ausdruck*, die er bei der Suche nach einer Lösung des Problems unternommen hat;

7. *ersucht* den Generalsekretär, diese Bemühungen im Hinblick darauf fortzusetzen, daß auf eine politische Lösung im Einklang mit dieser Resolution hingearbeitet und untersucht wird, wie sich – auf der Grundlage gegenseitiger Garantien und strikter Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen und unter uneingeschränkter Einhaltung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen – geeignete Garantien für die Nichtanwendung bzw. Nichtandrohung von Gewalt gegen die politische Unabhängigkeit, Souveränität, territoriale Integrität und Sicherheit aller Nachbarstaaten finden lassen;

8. *ersucht* den Generalsekretär, die Mitgliedstaaten und den Sicherheitsrat gleichzeitig über den Stand der Durchführung dieser Resolution auf dem laufenden zu halten und den Mitgliedstaaten zur frühesten geeigneten Gelegenheit über die Lage zu berichten;

9. *beschließt* die Aufnahme des Punkts "Die Lage in Afghanistan und ihre Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

83. Plenarsitzung
29. November 1982

37/65 – Die Frage der Komoreninsel Mayotte

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 1514 (XV) vom 14. Dezember 1980 mit der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker und 2621 (XXV) vom 12. Oktober 1970 mit dem Aktionsprogramm für die volle Verwirklichung dieser Erklärung,

ferner unter Hinweis auf ihre früheren Resolutionen, insbesondere auf die Resolutionen 3161 (XXVIII) vom 14. Dezember 1973, 3291 (XXIX) vom 13. Dezember 1974, 31/4 vom 21. Oktober 1976, 32/7 vom 1. November 1977, 34/69 vom 6. Dezember 1979, 35/43 vom 28. November 1980 und 36/105 vom 10. Dezember 1981, in denen sie u.a. die Einheit und territoirale Integrität der Komoren bekräftigte,

insbesondere unter Hinweis auf ihre Resolution 3385 (XXX) vom 12. November 1975 über die Aufnahme der Komoren in die Vereinten Nationen, in der sie die Notwendigkeit bekräftigte, die Einheit und territoriale Integrität des aus den Inseln Anjouan, Grande-Comore, Mayotte und Mohéli bestehenden Komoren-Archipels zu achten,

weiterhin unter Hinweis darauf, daß die Ergebnisse der Volksbefragung vom 22. Dezember 1974 im Einklang mit den am 15. Juni 1973 zwischen den Komoren und Frankreich unterzeichneten Abkommen über die Erlangung der Unabhängigkeit der Komoren zusammen und nicht gesondert für jede Insel ausgewertet werden sollten,

in der Überzeugung, daß eine gerechte und dauerhafte Lösung der Frage der Insel Mayotte von der Achtung der Souveränität, Einheit und territorialen Integrität des Komoren-Archipels ausgehen muß,

eingedenk des vom Präsidenten der Französischen Republik geäußerten Wunsches, sich aktiv um eine gerechte Lösung dieses Problems zu bemühen,

in Kenntnisnahme der zwischen der Regierung der Islamischen Föderativen Republik der Komoren und der

[42] A/37/482-S/15429. Abgedruckt in: *Official Records of the Security Council, Thirty-seventh Year, Supplement for July, August and September 1982*, Dokument S/15429

Regierung der Französischen Republik aufgenommenen Verhandlungen,

in Kenntnisnahme des Berichts des Generalsekretärs[43],

eingedenk der Beschlüsse der Organisation der afrikanischen Einheit, der Bewegung der nichtgebundenen Länder und der Organisation der Islamischen Konferenz zu dieser Frage,

1. *bekräftigt* die Souveränität der Islamischen Föderativen Republik der Komoren über die Insel Mayotte;

2. *bittet* die Regierung Frankreichs, sich an die Verpflichtungen zu halten, die sie vor der Volksbefragung über die Selbstbestimmung des Komoren-Archipels vom 22. Dezember 1974 im Hinblick auf die Achtung der Einheit und territorialen Integrität der Komoren eingegangen war;

3. *fordert dazu auf*, den vom Präsidenten der Französischen Republik geäußerten Wunsch, möglichst bald eine gerechte Lösung der Frage der Insel Mayotte herbeizuführen, in die Tat umzusetzen;

4. *bittet* die Regierung Frankreichs *ferner*, die Verhandlungen mit der Regierung der Komoren wieder aufzunehmen und aktiv weiter zu verfolgen, damit die Insel Mayotte möglichst bald tatsächlich wieder zu den Komoren kommt;

5. *ersucht* den Generalsekretär der Vereinten Nationen, gemeinsam mit dem Generalsekretär der Organisation der afrikanischen Einheit die weitere Entwicklung dieser Frage zu verfolgen und der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung darüber zu berichten;

6. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Die Frage der Komoreninsel Mayotte" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

91. Plenarsitzung
3. Dezember 1982

37/66 – Dritte Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3067 (XXVIII) vom 16. November 1973, 3334 (XXIX) vom 17. Dezember 1974, 3483 (XXX) vom 12. Dezember 1975, 31/63 vom 10. Dezember 1976, 32/194 vom 20. Dezember 1977, 33/17 vom 10. November 1978, 34/20 vom 9. November 1979, 35/116 vom 10. Dezember 1980 und 36/79 vom 9. Dezember 1981,

zur Kenntnis nehmend, daß die Seerechtskonvention der Vereinten Nationen[44] und die damit zusammenhängenden Resolutionen[45] am 30. April 1982 von einer überwältigenden Mehrheit der Staaten verabschiedet wurden und daß die Dritte Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen am 24. September 1982 den Beschluß gefaßt hat, mit Dank die Einladung der Regierung Jamaikas anzunehmen, in der Zeit vom 6. bis 10. Dezember 1982 in Montego Bay die Schlußakte zu verabschieden und zu unterzeichnen sowie die Konvention zur Unterzeichnung aufzulegen[46],

insbesondere zur Kenntnis nehmend, daß die Konferenz den Beschluß gefaßt hat, eine Vorbereitungskommission für die Internationale Meeresbodenbehörde und für den Internationalen Seerechts-Gerichtshof einzusetzen sowie daß die Kommission, wenn die notwendigen Einrichtungen und Dienste verfügbar sind, am Sitz der Behörde und so oft zusammentreten soll, wie dies für eine rasche Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist,

in Kenntnisnahme der umfangreichen Aufgaben, die der Vorbereitungskommission anvertraut wurden und zu denen auch die Verwaltung des Mechanismus zur Regelung vorbereitender Investitionen für Pionierarbeiten auf dem Gebiet der polymetallischen Knollen gehört,

unter Hinweis darauf, daß in der Konvention Jamaika als Sitz der Internationalen Meeresbodenbehörde vorgesehen ist,

ferner in Kenntnisnahme der Maßnahmen der Regierung Jamaikas, die frühzeitig und unter beträchtlichem Kostenaufwand ein geeignetes Verwaltungsgebäude und einen Konferenzkomplex zur Unterbringung des Sekretariats der Vorbereitungskommission errichtet sowie Konferenzeinrichtungen und -dienste zur Verfügung stellt, damit die Kommission von Jamaika aus tätig sein kann,

im Hinblick darauf, daß der Vorbereitungskommission dringend ausreichende Mittel garantiert werden müssen, wenn sie ihre Aufgaben effizient und zügig erledigen soll,

ferner unter Hinweis darauf, daß der Generalsekretär in Generalversammlungsresolution 35/116 ersucht wurde, eine Studie zu erstellen und der Konferenz zur von ihr für angemessen gehaltenen Behandlung vorzulegen, in der seine künftigen Funktionen gemäß dem Konventionsentwurf dargestellt werden, und daß diese Studie am 18. August 1981 vorgelegt wurde[47],

im Hinblick darauf, daß der Präsident der Konferenz in einem Schreiben an den Präsidenten der Generalversammlung vom 7. September 1982[48] darauf hingewiesen hat, welche Aufgaben der Generalsekretär gemäß der Konvention und den mit dieser zusammenhängenden Resolution erfüllen soll, und daß die Versammlung die entsprechenden Maßnahmen ergreifen muß, um die Übernahme dieser Aufgaben durch den Generalsekretär zu billigen,

in der Erkenntnis, daß die Fragen des Meeresraums gemäß dem dritten Präambelabsatz der Konvention in enger Wechselbeziehung miteinander stehen und daher als Ganzes behandelt werden müssen,

1. *begrüßt* die Verabschiedung der Seerechtskonvention der Vereinten Nationen und der mit dieser zusammenhängenden Resolutionen;

2. *fordert* alle Staaten *auf*, zu erwägen, die Konvention so bald wie möglich zu unterzeichnen und zu ratifizieren, damit die neue Rechtsordnung für die Nutzung des Meeres und seiner Ressourcen faktisch in Kraft treten kann;

3. *ruft* die Regierungen aller Staaten *auf*, sich aller Maßnahmen zu enthalten, die darauf gerichtet sind, die Konvention zu untergraben oder ihren Sinn und Zweck zu vereiteln;

4. *nimmt mit Dank* die Einladung der Regierung Jamaikas *an*, in der Zeit vom 6. bis 10. Dezember 1982 in Montego Bay die Schlußakte zu verabschieden und zu unterzeichnen und die Konvention zur Unterzeichnung aufzulegen;

[43] A/37/147

[44] *Official Records of the Third United Nations Conference on the Law of the Sea*, Vol.XVII, Dokument A/CONF.62/122

[45] *Ebd.*, Dokument A/CONF. 62/121, Anhang I

[46] *Ebd.*, Vol.XVII, *Plenary Meetings*, 184. Sitzung

[47] *Ebd.*, Vol. XVII, Dokument A/CONF.62/L.76

[48] A/37/441

5. *ermächtigt* den Generalsekretär, hierzu mit der Regierung Jamaikas das erforderliche Abkommen zu schließen;

6. *dankt* der Regierung Venezuelas *erneut* für die Gastfreundschaft, die sie der 1974 in Caracas abgehaltenen ersten Arbeitstagung der Dritten Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen entgegengebracht hat;

7. *billigt* die Übernahme der ihm gemäß der Konvention und den mit dieser zusammenhängenden Resolutionen übertragenen Aufgaben durch den Generalsekretär und billigt ferner die Abstellung einer ausreichenden Zahl von Bediensteten des Sekretariats zur Betreuung der Vorbereitungskommission für die Internationale Meeresbodenbehörde und den Internationalen Seerechts-Gerichtshof nach Jamaika, entsprechend den Aufgaben und dem Arbeitsprogramm der Vorbereitungskommission;

8. *ermächtigt* den Generalsekretär, die Vorbereitungskommission gemäß Konferenzresolution I vom 30. April 1982[42], mit der sie gegründet wurde, einzuberufen und ihr die Dienste zur Verfügung zu stellen, die sie benötigt, damit sie ihre Aufgaben effizient und rasch wahrnehmen kann;

9. *genehmigt* die Finanzierung der Kosten der Vorbereitungskommission aus dem ordentlichen Haushalt der Vereinten Nationen;

10. *ersucht* den Generalsekretär, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung einen Bericht über die Durchführung dieser Resolution vorzulegen.

91. Plenarsitzung
3. Dezember 1982

37/67 – Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Vereinten Nationen

Die Generalversammlung,

zutiefst beunruhigt durch die Verschlechterung der internationalen Beziehungen, die häufige Androhung oder Anwendung von Gewalt, die weitere Eskalation des Wettrüstens, insbesondere in seiner nuklearen Dimension, die Zuspitzung der globalen Wirtschaftsprobleme, die weit verbreiteten, massenhaften und flagranten Verletzungen der Menschenrechte, alle Hindernisse, die sich dem Entkolonialisierungsprozeß entgegenstellen, und das anhaltende Ausbleiben von Fortschritten bei der Lösung verschiedener grundlegender internationaler Krisen sowie durch deren Verschärfung,

tief beunruhigt angesichts der Krise, in der sich viele multilaterale Verhandlungen und die Zusammenarbeit, insbesondere innerhalb der Vereinten Nationen, befinden,

mit Besorgnis feststellend, daß das kollektive Sicherheitssystem der Vereinten Nationen nicht effektiv genutzt wird,

tief beunruhigt angesichts der häufigen Mißachtung der Charta und der Resolutionen der Vereinten Nationen,

überzeugt von der dringenden und unumgänglichen Notwendigkeit, die Bestimmungen der Charta strikt zu achten und die Rolle der Vereinten Nationen bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit sowie bei der Lösung internationaler Probleme im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen der Charta zu stärken,

unter Hinweis auf die Erklärung über völkerrechtliche Grundsätze für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Sinne der Charta der Vereinten Nationen[49] und die Erklärung von Manila über die friedliche Beilegung von internationalen Streitigkeiten[50],

eingedenk der von den Mitgliedstaaten während der siebenunddreißigsten Tagung der Generalversammlung geäußerten Auffassungen,

1. *nimmt mit Dank Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Vereinten Nationen[51],

2. *erklärt erneut feierlich*, daß durch strikte Beachtung der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts wahrer und stabiler Friede sowie wahre und stabile Sicherheit in der Welt herbeigeführt werden können, sowie daß es Sache aller Staaten ist, ihre nach der Charta und dem Völkerrecht eingegangenen Verpflichtungen nach Treu und Glauben zu erfüllen;

3. *betont* die dringende Notwendigkeit, die Rolle und Wirksamkeit der Vereinten Nationen zu stärken, da sie für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, für die friedliche Beilegung internationaler Streitigkeiten und Krisen, für die Festigung der internationalen Zusammenarbeit auf der Grundlage der souveränen Gleichheit und für die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und der Menschenrechte unentbehrlich sind;

4. *fordert* alle Organe der Vereinten Nationen *auf*, ihre Aufgaben im Einklang mit der Charta vollständig und gut zu erfüllen, und fordert alle Mitgliedstaaten auf, einen aktiven Beitrag hierzu zu leisten;

5. *ersucht* den Sicherheitsrat, die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit wahrzunehmen und den Bericht des Generalsekretärs gebührend zu berücksichtigen;

6. *bittet* den Generalsekretär, sich bei der Erfüllung der ihm nach der Charta zufallenden Aufgaben weiterhin darum zu bemühen, die Fähigkeit der Vereinten Nationen zur Erfüllung der für sie in der Charta vorgesehenen maßgeblichen und entscheidenden Rolle zu stärken;

7. *bittet eindringlich* um die Fortsetzung der diesbezüglichen Bemühungen unter Berücksichtigung der Auffassungen, die die Mitgliedstaaten während der siebenunddreißigsten Tagung der Generalversammlung vorgetragen haben bzw. künftig vielleicht noch vortragen möchten, sowie gegebenenfalls auch unter Berücksichtigung der Auffassungen von Institutionen und maßgeblichen Persönlichkeiten;

8. *ersucht* den Generalsekretär, die Generalversammlung über die Durchführung dieser Resolution auf dem laufenden zu halten.

91. Plenarsitzung
3. Dezember 1982

37/68 – Erneuter Aufruf zur Begnadigung südafrikanischer Freiheitskämpfer

Die Generalversammlung,

nach Erhalt der Nachricht, daß die Berufung gegen die am 19. August 1982 verhängten Todesurteile über die

[49] Resolution 2625 (XXV)
[50] Resolution 37/10, Anhang
[51] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 1* (A/37/1)

Mitglieder des Afrikanischen Nationalkongresses von Südafrika, Anthony Tsotsobe, Johannes Shabangu und David Moise, von der Berufungskammer abgewiesen worden ist,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/172 J vom 17. Dezember 1982, insbesondere auf ihre Forderung, daß sich das rassistische Regime Südafrikas der Hinrichtung aller Personen enthalten solle, die nach repressiven Gesetzen für aufgrund ihres Widerstands gegen die Apartheid begangene Handlungen verurteilt worden sind,

tief besorgt darüber, daß die südafrikanischen Behörden den in ihrer Resolution 37/1 vom 1. Oktober 1982 enthaltenen Aufruf zur Begnadigung dreier anderer südafrikanischer Freiheitskämpfer – Simon Mogoerane, Jerry Mosololi und Marcus Motaung – noch nicht beachtet haben,

in der Auffassung, daß die fortgesetzte Repression und weitere Hinrichtungen von Gegnern der Apartheid unweigerlich schwerwiegende Auswirkungen haben werden,

1. *fordert* die südafrikanischen Behörden *auf*, die Hinrichtung der sechs genannten Freiheitskämpfer nicht zu vollziehen und die Todesstrafen so bald wie möglich in andere Strafen umzuwandeln,

2. *ersucht* den Sicherheitsrat, einen Aufruf an die südafrikanischen Behörden zu richten, die sechs genannten Mitglieder des Afrikanischen Nationalkongresses von Südafrika zu begnadigen und ihre Hinrichtung nicht zu vollziehen;

3. *ersucht* den Generalsekretär, die vorliegende Resolution unverzüglich den südafrikanischen Behörden zu übermitteln und der Generalversammlung bis spätestens 15. Dezember 1982 über die Angelegenheit zu berichten.

93. Plenarsitzung
7. Dezember

37/69 – Apartheidpolitik der Regierung Südafrikas[52]

A

Die Lage in Südafrika

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen zu dieser Frage, insbesondere auf Resolution 36/172 vom 17. Dezember 1981, und *in Bekräftigung derselben*,

nach Behandlung der Berichte des Sonderausschusses gegen Apartheid[53],

erneut erklärend, daß die Apartheid ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist und eine Gefahr für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit darstellt,

eingedenk dessen, daß sie das Jahr 1982 zum Internationalen Jahr zur Ingangsetzung von Sanktionen gegen Südafrika erklärt hat,

im Bewußtsein der vor allem in Generalversammlungsresolution 3411 C (XXX) vom 28. November 1975 verkündeten Verantwortung der Vereinten Nationen und der internationalen Gemeinschaft gegenüber dem unterdrückten Volk Südafrikas und seiner nationalen Befreiungsbewegung,

in der Überzeugung, daß die internationale Gemeinschaft die Aufgabe hat, das unterdrückte Volk Südafrikas und seine nationale Befreiungsbewegung in jeder erforderlichen Weise in ihrem rechtmäßigen Kampf zu unterstützen, den sie in Ausübung ihrer unveräußerlichen Rechte nach der Charta der Vereinten Nationen und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[54] um die Errichtung einer demokratischen Gesellschaft führen,

in Würdigung des verstärkten bewaffneten Kampfes des unterdrückten Volks Südafrikas und seiner Befreiungsbewegungen, insbesondere des Afrikanischen Nationalkongresses, gegen das rassistische Regime,

erneut erklärend, daß das Apartheidregime aufgrund seiner Apartheidpolitik und seiner unmenschlichen Unterdrückung die volle Verantwortung für den Ausbruch gewaltsamer Konflikte trägt,

zutiefst beunruhigt über die Intensivierung der Unterdrückung in Südafrika, die wachsende Zahl von Todesfällen in den Gefängnissen und die Verhängung der Todesstrafe über Freiheitskämpfer des Afrikanischen Nationalkongresses,

erneut erklärend, daß die südafrikanischen Freiheitskämpfer nach dem Zusatzprotokoll I[55] zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949[56] Anspruch auf Kriegsgefangenenstatus haben,

in Würdigung des mutigen Kampfes der schwarzen Arbeiter Südafrikas um ihre unveräußerlichen Rechte,

die "Bantustanisierungs"-Politik, die dazu dienen soll, die Mehrheit der afrikanischen Bevölkerung ihrer unveräußerlichen Rechte noch weiter zu berauben und ihr die Staatsangehörigkeit vorzuenthalten, sowie die fortdauernde Zwangsumsiedlung von Millionen von Schwarzen als Verbrechen gegen das Völkerrecht *verurteilend*,

zutiefst besorgt über die immer größere Zahl an Vertriebenen und Vermißten infolge der verbrecherischen Politiken des rassistischen Regimes Südafrikas,

erneut erklärend, daß keine Reform, sondern nur die vollständige Beseitigung der Apartheid möglich ist,

unter Verurteilung der Manöver, mit denen das rassistische Regime Südafrikas das unterdrückte Volk mit Hilfe sogenannter verfassungsmäßiger Ausnahmeregelungen und anderer Mittel zu spalten sucht, und mit dem Ausdruck der Anerkennung für das unterdrückte Volk für die Zurückweisung dieser Manöver,

in der Erkenntnis, daß der Sicherheitsrat unbedingt umfassende und bindende Sanktionen gemäß Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen verhängen muß, wenn die aufgrund der Politiken und Maßnahmen des Apartheidregimes Südafrikas gegebene schwerwiegende Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit abgewendet werden soll,

in der Auffassung, daß jede politische, wirtschaftliche, militärische und andere Form der Kollaboration mit dem Apartheidregime Südafrikas dieses Regime nur darin bestärkt, seine hartnäckig unnach-

---

[52] Vgl. auch Abschnitt I, Fußnote 8 und Abschnitt X.B.3, Beschluß 37/406

[53] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 22* (A/37/22) und *Beilage 22A* (A/37/22 Add. 1 und 2)

[54] Resolution 217 A (III)

[55] A/32/144 Anhang I

[56] Vereinte Nationen, *Treaty Series*, Vol. 75, Nr. 970-973; deutscher Wortlaut in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder, u.a. BGBl. (der Bundesrepublik Deutschland) 1954 II Seite 783-917 und 1956 II S. 1586, GBl. (der Deutschen Demokratischen Republik) 1956 I Nr. 95 S. 919-1122

giebige und herausfordernde Haltung gegenüber der internationalen Gemeinschaft beizubehalten und nur noch mehr Akte der Repression und Aggression zu begehen,

erneut erklärend, daß die Politik und die Maßnahmen des Apartheidregimes, die Verstärkung seiner Streitkräfte und die Eskalation seiner Aggressions-, Subversions- und Terrorakte gegen unabhängige afrikanische Staaten zu häufigen Friedensbrüchen geführt haben und eine ernste Gefahr für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit darstellen,

die Haltung derjenigen westlichen Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats *beklagend*, die den Rat bisher daran gehindert haben, nach Kapitel VII der Charta umfassende Sanktionen gegen dieses Regime zu verhängen,

jede militärische, nukleare und sonstige Kollaboration seitens gewisser westlicher Staaten und Israels mit Südafrika *verurteilend*,

zutiefst besorgt über die Erklärungen, Politiken und Maßnahmen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, durch die das rassistische Regime Südafrikas in seiner Haltung bestärkt und ermutigt wurde,

beunruhigt darüber, daß einige westliche Staaten und Israel unter gröblicher Verletzung der Bestimmungen der Sicherheitsratsresolution 418 (1977) vom 4. November 1977 ihre militärische und nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika fortsetzen und ihrer Jurisdiktion unterstehende Unternehmen, Institutionen und Einzelpersonen nicht an einer derartigen Zusammenarbeit gehindert haben,

zutiefst besorgt darüber, daß das rassistische Regime Südafrikas sich auch weiterhin militärische Ausrüstungsgegenstände und Munition sowie auch die Technologie und das Know-how beschafft, die es braucht, um seine Rüstungsindustrie auszubauen und die Fähigkeit zur Herstellung von Kernwaffen zu erlangen,

im Hinblick darauf, daß der Erwerb der Fähigkeit zur Herstellung von Kernwaffen durch das rassistische Regime Südafrikas eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und eine ernste Gefährdung Afrikas und der gesamten Welt darstellt,

mit dem Ausdruck der Anerkennung für alle Staaten, die Angola und anderen Frontstaaten gemäß den diesbezüglichen Resolutionen der Vereinten Nationen Hilfe geleistet haben,

unter Verurteilung jeder direkten oder indirekten Bestärkung des Apartheidregimes in seinen Aggressionsakten als feindseliger Akt gegen die Interessen des Friedens und der Freiheit,

unter nachdrücklicher Verurteilung der Aktivitäten derjenigen transnationalen Unternehmen, die mit dem Apartheidregime, vor allem im Militär-, Nuklear- und Erdölbereich sowie auf anderen Gebieten weiterhin kollaborieren, sowie auch jener Finanzinstitutionen, die weiterhin Anleihen und Kredite an Südafrika vergeben haben,

unter Betonung der Feststellung in der Pariser Erklärung über Sanktionen gegen Südafrika, der zufolge die fortgesetzte politische, wirtschaftliche und militärische Kollaboration bestimmter westlicher Staaten und ihrer transnationalen Unternehmen mit dem rassistischen Regime Südafrikas dieses Regime in seiner hartnäckig unnachgiebigen und herausfordernden Haltung gegenüber der internationalen Gemeinschaft bestärkt und eines der Haupthindernisse auf dem Weg zur Beseitigung des unmenschlichen und verbrecherischen Apartheidsystems in Südafrika sowie zur Erlangung der Selbstbestimmung, Freiheit und nationalen Unabhängigkeit durch das Volk von Namibia darstellt[57],

unter Hinweis auf ihre in ihrer Resolution 34/93 O vom 12. Dezember 1979 enthaltene Erklärung über Südafrika und *in Bekräftigung derselben*,

in Würdigung der Bemühungen von Gewerkschaften, religiösen Institutionen, Studentenorganisationen und Anti-Apartheidbewegungen im Rahmen ihrer Kampagnen gegen mit dem rassistischen Regime Südafrikas kollaborierende transnationale Unternehmen und Finanzinstitutionen,

1. *verurteilt* das Apartheidregime Südafrikas *nachdrücklich* wegen seiner brutalen Unterdrückung und wahllosen Folterung und Tötung von Arbeitern, Schulkindern und anderen Gegnern der Apartheid sowie wegen der Verhängung von Todesurteilen über Freiheitskämpfer;

2. *verurteilt* das Apartheidregime *aufs schärfste* wegen seiner wiederholten, gegen unabhängige afrikanische Staaten gerichteten Aggressions-, Subversions- und Terrorakte, die das gesamte südliche Afrika destabilisieren sollen;

3. *wiederholt erneut* ihre feste Überzeugung, daß der durch die westlichen Großmächte gewährte Schutz vor internationalen Sanktionen das Apartheidregime zu diesen verbrecherischen Handlungen ermutigt hat;

4. *verurteilt* die Politik bestimmter westlicher Staaten, insbesondere der Vereinigten Staaten von Amerika und Israel, sowie ihrer transnationalen Unternehmen und Finanzinstitutionen, die trotz wiederholter Appelle der Generalversammlung ihre politische, wirtschaftliche und militärische Kollaboration mit dem rassistischen Regime Südafrikas ausgebaut haben;

5. *bekräftigt* ihre Überzeugung, daß durch den Sicherheitsrat nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen verhängte umfassende, bindende und weltweit angewandte Sanktionen das geeignetste und wirksamste Mittel darstellen, durch das die internationale Gemeinschaft das unterdrückte Volk Südafrikas in seinem rechtmäßigen Kampf unterstützen und ihrer Verantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit nachkommen kann;

6. *bittet* den Sicherheitsrat *erneut eindringlich* festzustellen, daß die durch die Politik und die Maßnahmen des südafrikanischen Apartheidsystems in Südafrika und im gesamten südlichen Afrika hervorgerufene Lage eine ernste und wachsende Gefahr für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit darstellt, und bittet ihn ferner, umfassende und bindende Sanktionen nach Kapitel VII der Charta gegen dieses Regime zu verhängen;

7. *verlangt* den sofortigen und bedingungslosen Rückzug aller Truppen des südafrikanischen Apartheidregimes aus Angola und verlangt, daß Südafrika die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität Angolas und anderer unabhängiger afrikanischer Staaten uneingeschränkt respektiert;

8. *verlangt ferner*, daß das rassistische Regime Südafrikas Angola und andere unabhängige afrikanische Staaten für die durch seine Aggressionsakte verursachten Verluste an Menschenleben und Sachschäden vollauf entschädigt;

9. *bittet* alle Staaten, die dies noch nicht getan haben, *eindringlich*, bis zu einer Beschlußfassung durch

[57] Vgl. *Report of the International Conference on Sanctions against South Africa, Paris, 20-27 May 1981* (A/CONF.107/8), Ziffer 210

den Sicherheitsrat einzeln und gemeinsam Maßnahmen zur Verhängung umfassender Sanktionen gegen Südafrika zu ergreifen;

10. *fordert* die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland *auf*, die erforderlichen Maßnahmen für die Einstellung der Öllieferungen aus Brunei nach Südafrika zu ergreifen;

11. *ersucht* alle zwischenstaatlichen Organisationen, das rassistische Regime Südafrikas auszuschließen und jegliche Zusammenarbeit mit ihm einzustellen;

12. *äußert ihre ernste Besorgnis* angesichts der Tatsache, daß der Internationale Währungsfonds dem rassistischen Regime Südafrikas weiterhin Kredite gewährt, und ersucht den Fonds, diese Kreditgewährung unverzüglich zu beenden;

13. *ersucht* die Internationale Atomenergie-Organisation, Südafrika sämtliche Einrichtungen und Hilfen zu verweigern, die ihm die Durchführung seiner nuklearen Pläne erleichtern könnten, und ersucht sie insbesondere, Südafrika aus allen ihren Facharbeitsgruppen auszuschließen;

14. *fordert* alle Staaten und Organisationen *erneut auf*, den sogenannten "unabhängigen" Bantustans keinerlei Anerkennung bzw. Unterstützung zu gewähren;

15. *appelliert* an alle Staaten, die dies bisher noch nicht getan haben, dem Internationalen Übereinkommen über die Beendigung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid beizutreten[58];

16. *bekräftigt* die Rechtmäßigkeit des Kampfes des unterdrückten Volkes von Südafrika und seiner nationalen Befreiungsbewegung – mit allen verfügbaren Mitteln, einschließlich des bewaffneten Kampfes – um die Machtergreifung durch das Volk, die Beseitigung des Apartheidregimes und die Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung durch das gesamte Volk Südafrikas;

17. *verlangt*, daß das Apartheidregime gefangengenommene Freiheitskämpfer als Kriegsgefangene nach dem Genfer Abkommen vom 12. August 1949[56] und dem dazugehörigen Zusatzprotokoll I[55] behandelt;

18. *verkündet erneut* ihre uneingeschränkte Unterstützung für die nationale Befreiungsbewegung Südafrikas, der wahren Vertretung des Volkes von Südafrika in seinem gerechten Befreiungskampf;

19. *appelliert* an alle Staaten, das unterdrückte Volk Südafrikas und seine nationale Befreiungsbewegung im humanitären Bereich, im Bildungs- und Finanzwesen sowie auf anderen Gebieten, wo dies erforderlich ist, in ihrem rechtmäßigen Kampf zu unterstützen;

20. *bittet* das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und andere Organisationen des Systems der Vereinten Nationen *eindringlich*, in Absprache mit dem Sonderausschuß gegen Apartheid dem unterdrückten Volk Südafrikas und den von der Organisation der afrikanischen Einheit anerkannten südafrikanischen Befreiungsbewegungen – dem Afrikanischen Nationalkongreß und dem Panafrikanischen Kongreß von Asania – verstärkte Hilfe zu leisten;

21. *beschließt*, im Haushalt der Vereinten Nationen weiterhin angemessene Finanzmittel zu bewilligen, um diesen Befreiungsbewegungen die Aufrechterhaltung von Geschäftsstellen in New York zu ermöglichen, damit sie in wirksamer Weise an den Erörterungen des Sonderausschusses und anderer in Frage kommender Gremien teilnehmen können;

22. *bittet* alle Regierungen und Organisationen, in Absprache mit den nationalen Befreiungsbewegungen Südafrikas und Namibias Personen zu unterstützen, die sich aus Gewissensgründen weigern, in den Streitkräften oder in der Polizei des Apartheidregimes Dienst zu tun, und deshalb zum Verlassen des Landes gezwungen sind;

23. *bekräftigt* das Eintreten der Vereinten Nationen für die vollständige Beseitigung der Apartheid und für die Errichtung einer demokratischen Gesellschaft, in der die gesamte Bevölkerung Südafrikas unabhängig von Rasse, Hautfarbe und Geschlecht oder religiöser Überzeugung die Menschenrechte und Grundfreiheiten gleichberechtigt und uneingeschränkt wahrnehmen und ungehindert an der Gestaltung ihres Schicksals mitwirken kann.

97. Plenarsitzung
9. Dezember 1982

B

Konzertierte internationale Maßnahmen zur Beseitigung der Apartheid

Die Generalversammlung,

dreißig Jahre nach ihrer ersten Behandlung des Punktes "Die Frage des rassischen Konflikts in Südafrika aufgrund der Apartheidpolitik der Regierung der Republik Südafrika" *zusammentretend*,

zutiefst beunruhigt über die Lage in Südafrika, insbesondere über die Bemühungen des rassistischen Regimes von Südafrika, die Apartheid zu perpetuieren, die afrikanische Bevölkerung zu deportieren, sie durch die Errichtung sogenannter "unabhängiger" Bantustans ihrer unveräußerlichen Rechte zu berauben und alle Gegner der verbrecherischen Apartheidpolitik rücksichtslos zu unterdrücken,

in der Auffassung, daß die Politiken und Maßnahmen des rassistischen Regimes von Südafrika, insbesondere seine Aggressions-, Terror- und Destabilisierungsakte gegen unabhängige afrikanische Staaten eine ernste Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit darstellen,

im Hinblick darauf, daß das rassistische Regime von Südafrika durch seine hartnäckige Mißachtung der Vereinten Nationen für die wachsende Bedrohung des Friedens im südlichen Afrika und für die wiederholten Friedensbrüche verantwortlich ist,

in der Auffassung, daß die militärische Aufrüstung und die nuklearen Pläne des rassistischen Regimes von Südafrika eine ernste Gefahr für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit darstellen,

ferner im Hinblick darauf, daß die völlige Beseitigung der Apartheid und die Errichtung eines demokratischen Staates in Südafrika von entscheidender Bedeutung für Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region sind,

unter Hinweis auf den langen Kampf des afrikanischen Volkes und anderer Völker in Südafrika um die Beseitigung der rassischen Diskriminierung und die Errichtung einer Gesellschaft, in der alle Bewohner im ganzen Land – ohne Unterschied der Rasse, der Hautfarbe oder der Überzeugung – gleichberechtigt die Menschenrechte und Grundfreiheiten wahrnehmen können,

mit dem erneuten Ausdruck ihrer Anerkennung für den Beitrag, den dieser Kampf zur Verwirklichung der Ziele der Vereinten Nationen leistet,

[58] Resolution 3068 (XXVIII), Anhang

das Andenken all derer *ehrend*, die im Kampf um Freiheit und Menschenwürde in Südafrika ihr Leben hingegeben haben,

mit dem Ausdruck ihrer Solidarität mit all denjenigen, die wegen ihrer Teilnahme an diesem rechtmäßigen Kampf gefangengehalten, in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt oder sonst in irgendeiner Weise verfolgt werden,

in dem dringenden Wunsche, daß alle Staaten wirksame internationale Maßnahmen unterstützen, damit die Ziele der von der Generalversammlung und dem Sicherheitsrat einstimmig verabschiedeten Erklärungen und Resolutionen erreicht werden, wozu insbesondere auch die Beseitigung der Apartheid, die Beendigung der Unterdrückung in Südafrika und aller Verletzungen der Souveränität und der territorialen Integrität unabhängiger afrikanischer Staaten gehören,

eingedenk der Verantwortung der Vereinten Nationen und der internationalen Gemeinschaft für die Sicherung des Friedens im südlichen Afrika und die Förderung der Freiheit und Gleichberechtigung,

1. *ruft* alle Staaten und Organisationen zu uneingeschränkter Unterstützung für wirksame internationale Maßnahmen *auf*, die das Ziel haben, die Apartheid in Südafrika zu beseitigen, die Errichtung einer demokratischen Gesellschaft zu fördern, in der alle Landesbewohner ihre Menschenrechte und politischen Rechte wahrnehmen können, und den Frieden in der Region zu sichern;

2. *appelliert* erneut an alle Staaten und Organisationen, dem rassistischen Regime in Südafrika keinerlei—direkte oder indirekte—Unterstützung zu gewähren und dem unterdrückten Volk Südafrikas und seinen nationalen Befreiungsbewegungen in dieser so entscheidenden Periode jede erforderliche Unterstützung zu leisten;

3. *appelliert* an die westlichen Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats, wirksame Maßnahmen des Rats nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen zu unterstützen und zu erleichtern;

4. *schließt sich* der Kampagne für die Freilassung von Nelson Mandela und allen anderen südafrikanischen politischen Gefangenen als einer unerläßlichen Voraussetzung für eine friedliche und gerechte Lösung in Südafrika *an*;

5. *fordert* zu weltweiten gewerkschaftlichen Solidaritätsaktionen mit den unterdrückten Arbeitern in Südafrika *auf*;

6. *appelliert* an Schriftsteller, Künstler, Sportler und andere Persönlichkeiten, gemeinsam mit den Vereinten Nationen aktiv an der internationalen Kampagne gegen die Apartheid teilzunehmen;

7. *würdigt* die Opfer, die die Frontstaaten und anderen Nachbarstaaten Südafrikas für die Freiheit in Südafrika gebracht haben;

8. *appelliert* an alle Staaten und Organisationen, diesen Staaten jede erforderliche moralische und materielle Unterstützung zu gewähren;

9. *warnt* das rassistische Regime Südafrikas, alle Aggressions-, Terror- und Destabilisierungsakte gegen unabhängige afrikanische Staaten und jede Unterstützung von Söldnern zu unterlassen;

10. *ersucht* den Sonderausschuß gegen Apartheid, weiterhin

a) alle Aggressions-, Terror- und Destabilisierungsakte des rassistischen Regimes in Südafrika gegen unabhängige afrikanische Staaten bekanntzumachen;

b) sich für die Unterstützung der Frontstaaten einzusetzen;

11. *bittet* den Sicherheitsrat, sich dringend eingehend mit der ständig wachsenden Bedrohung des Friedens im südlichen Afrika zu befassen und wirksame Maßnahmen nach der Charta zu ergreifen.

97. Plenarsitzung
9. Dezember 1982

C

Umfassende und Bindende Sanktionen gegen Südafrika

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/172 B vom 17. Dezember 1981, die Pariser Erklärung über Sanktionen gegen Südafrika[59] und das Programm für das Internationale Jahr zur Ingangsetzung von Sanktionen gegen Südafrika[60],

nach Behandlung des Berichts des Sonderausschusses gegen Apartheid[61],

in der Auffassung, daß die Politik und die Maßnahmen des rassistischen Regimes Südafrikas, seine Aufrüstung und seine nuklearen Pläne eine ernste Gefahr für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit bilden,

in Bekräftigung ihrer Überzeugung, daß vom Sicherheitsrat nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen verhängte und weltweit angewandte umfassende und bindende Sanktionen das geeignetste und wirksamste Mittel sind, durch das die internationale Gemeinschaft den rechtmäßigen Kampf des unterdrückten Volkes Südafrikas unterstützen und ihrer Verantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit nachkommen kann,

im Hinblick auf die dringende Notwendigkeit, jegliche militärische, nukleare, wirtschaftliche und technologische Kollaboration mit dem rassistischen Regime Südafrikas einzustellen sowie sportliche, kulturelle und sonstige Beziehungen zu Südafrika abzubrechen,

die Haltung derjenigen westlichen Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats *beklagend*, die den Rat bisher an der Verabschiedung umfassender Sanktionen gegen Südafrika nach Kapitel VII der Charta gehindert haben,

ferner die Haltung derjenigen Staaten, insbesondere der Vereinigten Staaten von Amerika und Israels, *beklagend*, die ihre politische, wirtschaftliche und sonstige Kollaboration mit Südafrika fortgesetzt und erweitert haben,

ernsthaft besorgt über die Tätigkeit derjenigen transnationalen Unternehmen, die weiterhin—insbesondere in der Erdölversorgung und in anderen Bereichen—mit dem Apartheidregime kollaborieren, sowie

---

[59] *Report of the International Conference on Sanctions against South Africa, Paris, 20-27 May 1981* (A/CONF. 107/8), Abschnitt X.A

[60] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Sechsunddreißigste Tagung, Beilage 22 A* (A/36/22/Add. 1 und 2), Dokument A/36/22/Add. 2, Anhang

[61] *Ebd., Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 22* (A/37/22)

derjenigen Finanzinstitutionen, die Südafrika weiterhin Darlehen und Kredite gewähren, sowie darüber, daß die betreffenden Staaten keine wirksamen Maßnahmen zur Verhinderung einer derartigen Kollaboration ergriffen haben,

mit dem Ausdruck ihrer ernsten Besorgnis über die beträchtliche Zunahme der aus dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland, den Vereinigten Staaten von Amerika, der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz kommenden Investitionen in Südafrika und Darlehen an Südafrika,

mit dem Ausdruck ihrer Anerkennung für alle Staaten, die im Einklang mit den einschlägigen Resolutionen wirksame Maßnahmen zur Beseitigung der Apartheid in Südafrika ergriffen haben,

mit ausdrücklichem Dank an die zwischenstaatlichen Organisationen und nichtstaatlichen Organisationen, insbesondere an die Anti-Apartheid- und Solidaritätsbewegungen, Gewerkschaften und religiösen Gruppierungen sowie die Städte und sonstigen Gebietskörperschaften, die Maßnahmen ergriffen haben, um das rassistische Regime Südafrikas zu isolieren und die Unterstützung für umfassende Sanktionen gegen dieses Regime zu fördern,

in Würdigung des vom Weltpostverein auf seinem achtzehnten Kongreß in Rio de Janeiro gefaßten Beschlusses, Südafrika aus dem Weltpostverein auszuschließen,

unterrichtet über die derzeit laufenden Demarchen, den vorerwähnten, auf dem achtzehnten Kongreß des Weltpostvereins gefaßten Beschluß rückgängig zu machen,

in Anerkennung der wichtigen Rolle der Massenmedien bei der effektiveren Isolierung des rassistischen Regimes Südafrikas und bei der Förderung umfassender Sanktionen gegen Südafrika,

in Würdigung der Tätigkeit des Sonderausschusses gegen die Apartheid, der mit Hilfe des dem Sekretariat angehörenden Zentrums gegen Apartheid und in Zusammenarbeit mit Regierungen und Organisationen für eine möglichst breite Unterstützung für Sanktionen gegen Südafrika wirbt,

1. *ersucht* alle Regierungen und Organisationen, ihre im Rahmen der Durchführung des Programms des Internationalen Jahrs zur Ingangsetzung von Sanktionen gegen Südafrika eingeleiteten Aktivitäten auch über 1982 hinaus fortzusetzen;

2. *ersucht* alle Staaten, insbesondere die betreffenden westlichen Staaten und Israel, jegliche Kollaboration mit dem rassistischen Regime Südafrikas einzustellen und die einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen zu befolgen;

3. *ersucht* alle in Frage kommenden Staaten, Maßnahmen gegen Unternehmen und sonstige Interessengruppen zu ergreifen, die das bindende Waffenembargo gegen Südafrika verletzen oder die Südafrika in unerlaubter Weise mit Erdöl aus Staaten beliefern, die ein Embargo gegen Südafrika verhängt haben;

4. *ersucht* den Sicherheitsrat *erneut*, Maßnahmen nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen zur Verhängung umfassender und bindender Sanktionen gegen Südafrika in Erwägung zu ziehen und insbesondere Maßnahmen zu ergreifen,

a) um das bindende Waffenembargo gegen Südafrika wirksam zu überwachen und zu verstärken;

b) um jegliche Zusammenarbeit mit Südafrika im militärischen und nuklearen Bereich zu verbieten;

c) um Importe jedweder militärischen Ausrüstungsgegenstände oder Ersatzteile aus Südafrika zu verbieten;

d) um jegliche Zusammenarbeit oder Assoziation mit Südafrika im Rahmen irgendwelcher Militärbündnisse zu verhindern;

e) um ein wirksames Embargo gegen die Lieferung von Erdöl und Erdölprodukten nach Südafrika zu verhängen;

f) um die Gewährung von Darlehen an Südafrika und die Vornahme neuer Investitionen in Südafrika sowie jegliche Förderung von Handelsbeziehungen mit Südafrika zu verbieten;

5. *ersucht und ermächtigt* den Sonderausschuß gegen Apartheid, seine Tätigkeit zur völligen Isolierung des rassistischen Regimes von Südafrika und zur Förderung umfassender und bindender Sanktionen gegen Südafrika zu verstärken;

6. *bittet* alle Mitgliedstaaten des Weltpostvereins *eindringlich*, der derzeit angestrengten, massiven Kampagne zur Wiederaufnahme Südafrikas in den Weltpostverein nicht nachzugeben;

7. *bittet* alle Regierungen, Parlamente, nichtstaatlichen Organisationen, Anti-Apartheid- und Solidaritätsbewegungen, Gewerkschaften, religiösen Gruppierungen und sonstigen Gruppen, in Zusammenarbeit mit dem Sonderausschuß stärkere und konzertierte Anstrengungen zur Förderung umfassender Sanktionen gegen Südafrika zu unternehmen.

97. Plenarsitzung
9. Dezember 1982

D

Militärische und Nukleare Kollaboration mit Südafrika

Die Generalversammlung,

in Bekräftigung ihrer Resolution über militärische und nukleare Kollaboration mit Südafrika, insbesondere ihrer Resolution 36/172 E vom 17. Dezember 1981,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen über die Entnuklearisierung des afrikanischen Kontinents,

ferner unter Hinweis auf die Sicherheitsratsresolutionen 418 (1977) vom 4. November 1977, 421 (1977) vom 9. Dezember 1977 und 473 (1980) vom 13. Juni 1980,

nach Behandlung der Berichte des Sonderausschusses gegen Apartheid[53] und der vom 20. bis 27. Mai 1981 in Paris abgehaltenen Internationalen Konferenz über Sanktionen gegen Südafrika[62],

zutiefst darüber besorgt, daß sich das rassistische Regime von Südafrika weiterhin Rüstungsmaterial und Munition sowie Technologie und Know-how zur Entwicklung seiner Rüstungsindustrie und zur Erlangung der Fähigkeit zur Herstellung von Kernwaffen beschafft,

im Hinblick darauf, daß jedwedes Kernwaffenpotential des rassistischen Regimes von Südafrika eine Gefahr für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit darstellt,

[62] A/CONF.107/8

mit dem Ausdruck ihrer ernsten Besorgnis über die beschleunigte Aufrüstung und die intensivierten Kriegsvorbereitungen des rassistischen Regimes von Südafrika und unter nachdrücklicher Verurteilung der zunehmenden Verletzungen des Waffenembargos sowie der anhaltenden nuklearen Kollaboration der Vereinigten Staaten von Amerika sowie einiger anderer westlicher Staaten und Israels mit dem Apartheidregime,

unter Verurteilung der Maßnahmen derjenigen transnationalen Unternehmen, die durch ihre Kollaboration mit dem rassistischen Regime Südafrikas dessen Kapazität auf militärischem und nuklearem Gebiet weiterhin steigern,

im Hinblick darauf, daß der Sicherheitsrat in seiner Resolution 418 (1977) aufgrund von Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen festgestellt hat, daß der Erwerb von Waffen und ähnlichem Material durch Südafrika eine Gefahr für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

in der Auffassung, daß der Sicherheitsrat dringend bindende Beschlüsse nach Kapitel VII der Charta fassen muß, um jegliche militärische und nukleare Kollaboration mit dem rassistischen Regime von Südafrika zu verbieten,

1. *bittet* den Sicherheitsrat *eindringlich*, bindende Beschlüsse nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen zu fassen, um die vollständige Einstellung jeglicher Form der militärischen und nuklearen Zusammenarbeit von Regierungen, Unternehmen, Institutionen und Einzelpersonen mit dem rassistischen Regime Südafrikas zu gewährleisten;

2. *bedauert* die Aktionen mehrerer westlicher Länder und Israels, die das rassistische Regime Südafrikas mit einem ungeheuren Arsenal an militärischen Ausrüstungsgegenständen und Technologie beliefert, es bei der Verwirklichung seiner nuklearen Pläne unterstützt und es ihrer Jurisdiktion unterstehenden Unternehmen gestattet haben, in die Rüstungsindustrie in Südafrika zu investieren;

3. *verurteilt* alle Manöver, die auf die Schaffung von Militärbündnissen oder militärischen Vereinbarungen unter Beteiligung des rassistischen Regimes von Südafrika abzielen;

4. *bittet* alle Regierungen und Organisationen, in Absprache mit den nationalen Befreiungsbewegungen Südafrikas und Namibias die Personen zu unterstützen, die gezwungen sind, Südafrika zu verlassen, weil sie sich aus Gewissensgründen weigern, bei den Streitkräften oder der Polizei des Apartheidregimes Dienst zu leisten.

97. Plenarsitzung
9. Dezember 1982

E

Arbeitsprogramm des Sonderausschusses gegen Apartheid

Die Generalversammlung,

nach Behandlung der Berichte des Sonderausschusses gegen Apartheid[63],

in Bekräftigung ihrer Resolution 36/172 N vom 17. Dezember 1981,

in Würdigung der Arbeit, die der Sonderausschuß in Erfüllung des ihm von der Generalversammlung übertragenen Mandats geleistet hat,

mit Dank die Arbeit *zur Kenntnis nehmend*, die das zum Sekretariat gehörende Zentrum gegen Apartheid in Unterstützung des Sonderausschusses geleistet hat,

im Hinblick darauf, daß auf internationaler Ebene dringend größere Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Apartheid zu beseitigen und dem südafrikanischen Volk die Errichtung einer demokratischen Gesellschaft zu ermöglichen,

in der Auffassung, daß die Durchführung des Programms des Internationalen Jahres zur Ingangsetzung von Sanktionen gegen Südafrika[60] auch über das Jahr 1982 hinaus fortgesetzt werden sollte,

1. *billigt* den Bericht des Sonderausschusses gegen Apartheid[61], insbesondere die Empfehlungen in Ziffer 466 bis 489 zum Arbeitsprogramm des Sonderausschusses und zu den vom Zentrum gegen Apartheid und von anderen Organisationseinheiten des Sekretariats zu leistenden Diensten;

2. *ermächtigt* den Sonderausschuß, entsprechend den Empfehlungen in seinem zweiten Sonderbericht im Jahre 1983 eine Internationale Gewerkschaftskonferenz über Sanktionen und andere Maßnahmen gegen das Apartheidregime durchzuführen[62],

3. *ermutigt* den Sonderausschuß, im Einklang mit den Resolutionen der Generalversammlung und dem Arbeitsprogramm des Sonderausschusses für das Jahr 1983 mit Unterstützung des Zentrums gegen Apartheid darauf hinzuwirken, daß die Weltöffentlichkeit soweit wie irgend möglich gegen die Apartheid mobilisiert wird;

4. *spricht* dem Sonderausschuß *ihre Anerkennung* für die besondere Aufmerksamkeit *aus*, mit der er folgende Fragen behandelt hat:

a) Umfassende und bindende Sanktionen gegen Südafrika;

b) Kampagne zur Freilassung Nelson Mandelas und aller anderen südafrikanischen politischen Gefangenen;

c) Frauen und Kinder im Apartheidsystem;

d) Aktionen der Gewerkschaftsbewegung zur Beseitigung der Apartheid;

e) Boykott gegen Südafrika im sportlichen und kulturellen Bereich;

f) Mitwirkung von Schriftstellern, Künstlern, Sportlern, religiösen Führern und anderen Persönlichkeiten an der internationalen Kampagne gegen Apartheid;

g) Durchführung der Resolutionen der Vereinten Nationen zur Beseitigung der Apartheid;

h) Verbreitung von Informationen über den Befreiungskampf in Südafrika;

5. *ersucht* den Sonderausschuß, sich wirksam an der Zweiten Weltkonferenz zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung zu beteiligen[64];

6. *ersucht* den Generalsekretär, das Zentrum gegen Apartheid in Absprache mit dem Sonderausschuß zu stärken und, wie in Ziffer 483 bis 488 des Ausschußberichts ausgeführt, durch entsprechende Maßnahmen für eine erfolgreiche Mitwirkung aller mit diesen Fragen beschäftigten Einheiten des Sekretariats an der internationalen Kampagne gegen Apartheid zu sorgen[61];

7. *beschließt*, dem Sonderausschuß für 1983 aus dem ordentlichen Haushalt der Vereinten Nationen für

[63] Vgl. *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 22A* (A/37/22/Add. 1 und 2), Dokument A/37/22/Add. 2, Ziffer 44

[64] Vgl. Resolution 37/41, Abschnitt VI

vom Ausschuß auszuwählende Sonderprojekte eine Sonderzuweisung von US$400.000 zur Verfügung zu stellen;

8. *ersucht* Regierungen und Organisationen um freiwillige Beiträge oder um sonstige Unterstützung für die Sonderprojekte des Sonderausschusses;

9. *ersucht* den Generalsekretär, für diese freiwilligen Beiträge einen Treuhandfonds zu errichten, über dessen Verwendung der Sonderausschuß beschließt;

10. *ermächtigt* den Sonderausschuß, bei Bedarf während der Tagungen der Generalversammlung zusammenzutreten, da er die Aufgabe hat, die Lage im Zusammenhang mit Südafrika laufend zu verfolgen und die Weltöffentlichkeit gegen die Apartheid zu mobilisieren;

11. *ersucht* alle Staaten, Sonderorganisationen* und anderen zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, den Sonderausschuß bei der internationalen Kampagne gegen Apartheid zu unterstützen.

97. Plenarsitzung
9. Dezember 1982

F

Beziehungen Zwischen Israel und Südafrika

Die Generalversammlung,

in Bekräftigung ihrer Resolutionen über die Beziehungen zwischen Israel und Südafrika,

nach Behandlung des Sonderberichts des Sonderausschusses gegen Apartheid über die jüngsten Entwicklungen in den Beziehungen zwischen Israel und Südafrika[65],

zutiefst beunruhigt darüber, daß Israel in Mißachtung der Resolutionen der Generalversammlung und des Sicherheitsrats vor allem auf militärischem und nuklearem Gebiet immer stärker mit dem rassistischen Regime Südafrikas kollaboriert,

in der Auffassung, daß diese Kollaboration ein schwerwiegendes Hindernis für internationale Aktionen zur Beseitigung der Apartheid, eine Ermutigung des rassistischen Regimes von Südafrika zur Fortsetzung seiner verbrecherischen Apartheidpolitik und einen feindseligen Akt gegen das unterdrückte Volk Südafrikas und den gesamten afrikanischen Kontinent darstellt und eine Gefahr für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit bedeutet,

1. *verurteilt erneut mit Nachdruck* die fortgesetzte und zunehmende Kollaboration Israels mit dem rassistischen Regime Südafrikas, insbesondere auf militärischem und nuklearem Gebiet;

2. *verlangt*, daß Israel jede Art der Kollaboration mit Südafrika – insbesondere auf militärischem und nuklearem Gebiet – unverzüglich unterläßt und einstellt und sich strikt an die einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung und des Sicherheitsrats hält;

3. *fordert* alle Regierungen und Organisationen *auf*, ihren Einfluß geltend zu machen, um Israel zur Unterlassung einer derartigen Kollaboration und zur Einhaltung der Resolutionen der Generalversammlung zu veranlassen;

4. *ersucht* den Sonderausschuß gegen Apartheid, Informationen über die Beziehungen zwischen Israel und Südafrika einer möglichst breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen;

5. *ersucht* den Sonderausschuß *ferner*, die Angelegenheit laufend zu überprüfen und der Generalversammlung und dem Sicherheitsrat bei Bedarf Bericht zu erstatten.

97. Plenarsitzung
9. Dezember 1982

G

Apartheid im Sport

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts des Ad-hoc-Ausschusses für die Ausarbeitung einer Internationalen Konvention gegen Apartheid im Sport[66],

1. *ersucht* den Ad-hoc-Ausschuß für die Ausarbeitung einer Internationalen Konvention gegen Apartheid im Sport, seine Arbeit mit dem Ziel der möglichst baldigen Vorlage eines Konventionsentwurfs fortzusetzen;

2. *ermächtigt* den Ad-hoc-Ausschuß, seine Konsultationen je nach Bedarf mit Vertretern von Regierungen und in Frage kommenden Organisationen sowie mit Experten auf dem Gebiet der Apartheid im Sport fortzusetzen.

97. Plenarsitzung
9. Dezember 1982

H

Investitionen in Südafrika

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/172 O vom 17. Dezember 1981,

in Kenntnisnahme des Berichts des Sonderausschusses gegen Apartheid[61],

in der Überzeugung, daß es einen wichtigen Schritt im Rahmen internationaler Maßnahmen zur Beseitigung der Apartheid darstellen würde, wenn keinerlei neue ausländische Investitionen in Südafrika vorgenommen bzw. Finanzdarlehen an dieses Land vergeben würden, da diese Investitionen und Darlehen der Apartheidpolitik Südafrikas Vorschub leisten und sie begünstigen,

unter Begrüßung der Maßnahmen derjenigen Regierungen, die hierfür legislative und andere Maßnahmen ergriffen haben,

mit Bedauern feststellend, daß der Sicherheitsrat noch keine Maßnahmen mit diesem Ziel ergriffen hat, um die die Generalversammlung in ihren Resolutionen 31/6 K vom 9. November 1976, 32/105 O vom 16. Dezember 1977, 33/183 vom 24. Januar 1979, 34/93 Q vom 12. Dezember 1979, 35/206 Q vom 16. Dezember 1980 und 36/172 O vom 17. Dezember 1981 ersucht hatte,

bittet den Sicherheitsrat erneut *eindringlich* um baldige Behandlung dieser Angelegenheit mit dem Ziel wirksamer Maßnahmen im Hinblick auf die Einstellung

* Vgl. die Fußnote auf S. 15

[65] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 22A* (A/37/22/Add. 1 und 2), Dokument A/37/22/Add. 1

[66] *Ebd., Beilage 36* (A/37/36)

weiterer ausländischer Investitionen in Südafrika und weiterer Finanzdarlehen an dieses Land.

97. Plenarsitzung
9. Dezember 1982

I

Treuhandfonds der Vereinten Nationen für Südafrika

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über den Treuhandfonds der Vereinten Nationen für Südafrika[67], dem der Bericht des Treuhänderausschusses des Treuhandfonds der Vereinten Nationen für Südafrika als Anhang beigefügt ist.

zutiefst besorgt über die anhaltende und verschärfte Repression der Gegner der Apartheid und die rassische Diskriminierung in Südafrika sowie darüber, daß aufgrund einer willkürlichen Sicherheitsgesetzgebung zahlreiche Prozesse angestrengt werden und daß die Repression in Namibia weiterhin anhält,

erneut erklärend, daß eine größere humanitäre Hilfe der internationalen Gemeinschaft für die aufgrund von repressiven und diskriminierenden Gesetzen in Südafrika und Namibia verfolgten Menschen angebracht und unbedingt notwendig ist,

im Hinblick darauf, daß die Beiträge an den Treuhandfonds und die entsprechenden freiwilligen Hilfsorganisationen erhöht werden müssen, wenn diese dem gestiegenen Bedarf an humanitärer Hilfe und Rechtsbeistand nachkommen sollen,

1. *würdigt* die Bemühungen des Generalsekretärs und des Treuhänderausschusses des Treuhandfonds der Vereinten Nationen für Südafrika um die Förderung von humanitärer Hilfe und Rechtsbeistand für die aufgrund von repressiven und diskriminierenden Gesetzen in Südafrika und Namibia verfolgten Menschen sowie um Hilfe für deren Familien und für Flüchtlinge aus Südafrika;

2. *dankt* den Regierungen, Organisationen und Einzelpersonen, die Beiträge an den Treuhandfonds und die freiwilligen Hilfsorganisationen geleistet haben, die den Opfern der Apartheid und der rassischen Diskriminierung humanitäre Hilfe und Rechtsbeistand gewähren;

3. *ruft* zu großzügigen und höheren Beiträgen an den Treuhandfonds *auf*;

4. *ruft* ferner zu direkten Beiträgen an die freiwilligen Hilfsorganisationen *auf*, die den Opfern der Apartheid und der rassischen Diskriminierung in Südafrika und Namibia Beistand leisten.

97. Plenarsitzung
9. Dezember 1982

[67] A/37/484

J

Ölembargo gegen Südafrika

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/172 G vom 17. Dezember 1981 mit dem Titel "Ölembargo gegen Südafrika",

ferner unter Hinweis auf die Pariser Erklärung über Sanktionen gegen Südafrika[59],

in Kenntnisnahme des Berichts des Sonderausschusses gegen Apartheid[61],

überzeugt von der Notwendigkeit, für eine wirksame Durchführung der Embargos bzw. der Politiken zu sorgen, die die meisten erdölproduzierenden und erdölexportierenden Länder in bezug auf die Lieferung ihres Erdöls und ihrer Erdölprodukte an Südafrika verhängt bzw. aufgestellt haben sowie ein bindendes Ölembargo gegen Südafrika gemäß Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen zu fördern,

in erneuter Wiederholung ihrer Ersuchen an den Sicherheitsrat, nach Kapitel VII der Charta die Verhängung eines bindenden Embargos gegen die Lieferung von Erdöl und Erdölprodukten an Südafrika zu erwägen,

1. *ermächtigt* den Sonderausschuß gegen Apartheid, eine Gruppe von den Regierungen nominierter Sachverständiger zur Frage der Lieferung von Erdöl und Erdölprodukten an Südafrika zu ernennen, mit dem Auftrag, eine eingehende Studie über alle Aspekte der Frage zu erstellen und so bald wie möglich vorzulegen, die als Grundlage für die Beratung über nationale und internationale Maßnahmen zur Gewährleistung der wirksamen Durchführung der Embargos bzw. Politiken dient, die erdölproduzierende und erdölexportierende Länder in bezug auf die Lieferung von Erdöl und Erdölprodukten an Südafrika verhängt bzw. aufgestellt haben;

2. *ersucht* den Generalsekretär, in Absprache mit dem Sonderausschuß Treffen bei den Vereinten Nationen akkreditierter Ständiger Vertreter derjenigen erdölproduzierenden und erdölexportierenden Länder zu organisieren, die sich dem Ölembargo gegen Südafrika verpflichtet haben, mit dem Ziel,

a) den Bericht der Sachverständigengruppe zur Frage der Lieferung von Erdöl und Erdölprodukten an Südafrika zu behandeln;

b) über nationale und internationale Vorkehrungen zu beraten, die im Lichte des Berichts eine wirksame Durchführung der Embargos gewährleisten sollen;

c) Beschlüsse über alle Vorkehrungen für eine internationale Konferenz zu fassen;

d) auf der Grundlage des Berichts der Sachverständigengruppe die Mitwirkung anderer in Frage kommender Länder neben den erdölproduzierenden und erdölexportierenden Ländern zu erwägen, die sich zum Erdölembargo gegen Südafrika verpflichtet haben;

3. *ersucht und ermächtigt* den Generalsekretär, in Absprache mit dem Sonderausschuß sowie ausgehend von den Empfehlungen, die aus den Treffen der Ständigen Vertreter der beteiligten Länder hervorgehen, die Internationale Konferenz über ein Erdölembargo gegen Südafrika zu organisieren, auf der über nationale und internationale Vorkehrungen zur Gewährleistung der Durchführung der Embargos bzw. Politiken erdölproduzierender und erdölexportierender Länder in bezug

auf die Lieferung von Erdöl und Erdölprodukten an Südafrika beraten werden soll.

97. Plenarsitzung
9. Dezember 1982

37/86 – Palästinafrage

A

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3376 (XXX) vom 10. November 1975, 31/20 vom 24. November 1976, 32/40 A und B vom 2. Dezember 1977, 33/28 vom 7. Dezember 1978, 34/65 vom 29. November 1979 und 12. Dezember 1979, ES-7/2 vom 29. Juli 1980, 35/169 vom 15. Dezember 1980, 36/120 vom 10. Dezember 1981, ES-7/4 vom 28. April 1982, ES-7/5 vom 26. Juni 1982 und ES-7/9 vom 24. September 1982,

nach Behandlung des Berichts des Ausschusses für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes[68],

1. *dankt* dem Ausschuß für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes für seine Bemühungen bei der Durchführung der ihm von der Generalversammlung übertragenen Aufgaben;

2. *schließt sich* den Empfehlungen des Ausschusses in Ziffer 115-119 seines Berichts *an* und lenkt die Aufmerksamkeit des Sicherheitsrats auf die Tatsache, daß schon längst Maßnahmen aufgrund der von der Generalversammlung in ihrer Resolution 31/20 befürworteten Empfehlungen des Ausschusses hätten ergriffen werden sollen;

3. *ersucht* den Ausschuß, die Lage bezüglich der Palästinafrage weiter zu verfolgen und – den Erfordernissen entsprechend – der Generalversammlung oder dem Sicherheitsrat zu berichten und Vorschläge zu unterbreiten;

4. *ermächtigt* den Ausschuß, weiterhin alles in seinen Kräften Stehende zu tun, um die Durchführung seiner Empfehlungen zu fördern, Delegationen oder Vertreter zu internationalen Konferenzen zu entsenden, bei denen er eine solche Vertretung für angebracht hält, und der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung und danach darüber zu berichten;

5. *ersucht* die gemäß Generalversammlungsresolution 194 (III) vom 11. Dezember 1948 eingesetzte Schlichtungskommission der Vereinten Nationen für Palästina sowie andere mit der Palästinafrage befaßte Gremien der Vereinten Nationen, den Ausschuß voll zu unterstützen und diesem auf Ersuchen die ihnen vorliegenden einschlägigen Informationen und Unterlagen zur Verfügung zu stellen;

6. *beschließt*, den Bericht des Ausschusses allen in Frage kommenden Gremien der Vereinten Nationen zuzuleiten, und bittet diese eindringlich, im Einklang mit dem Maßnahmenprogramm des Ausschusses gegebenenfalls die erforderlichen Schritte einzuleiten;

7. *ersucht* den Generalsekretär, dem Ausschuß weiterhin alle zur Durchführung seiner Aufgaben erforderlichen Einrichtungen und Dienste zur Verfügung zu stellen.

99. Plenarsitzung
10. Dezember 1982

B

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts des Ausschusses für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes[68],

insbesondere in Anbetracht der in Ziffer 103 bis 111 dieses Berichts enthaltenen Informationen,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 32/40 B vom 2. Dezember 1977, 33/28 C vom 7. Dezember 1978, 34/65 D vom 12. Dezember 1979, 35/169 D vom 15. Dezember 1980 und 36/120 B vom 10. Dezember 1981,

1. *nimmt mit Dank Kenntnis* von den gemäß Generalversammlungsresolution 36/120 B ergriffenen Maßnahmen des Generalsekretärs;

2. *ersucht* den Generalsekretär, dafür zu sorgen, daß die dem Sekretariat angehörende Abteilung für die Rechte der Palästinenser in Absprache mit dem Ausschuß für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes und unter Anleitung dieses Ausschusses die in Generalversammlungsresolution 32/40 B Ziffer 1, in Resolution 34/65 D Ziffer 2 *b)* und in Resolution 36/120 B Ziffer 3 angeführten Aufgaben weiterhin wahrnimmt;

3. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, entsprechend der eindringlichen Bitte in Ziffer 109 des Ausschußberichts der Abteilung für die Rechte der Palästinenser die zur Durchführung ihrer Aufgaben erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen;

4. *ersucht* den Generalsekretär *weiterhin*, dafür zu sorgen, daß die Hauptabteilung Presse und Information und andere Sekretariatseinheiten die Abteilung für die Rechte der Palästinenser auch weiterhin so unterstützen, daß diese ihre Aufgaben erfüllen und sich angemessen mit den verschiedenen Aspekten der Palästinafrage befassen kann;

5. *bittet* alle Regierungen und Organisationen, den Ausschuß und die Abteilung für die Rechte der Palästinenser bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen;

6. *nimmt mit Dank Kenntnis* von den Maßnahmen der Mitgliedstaaten im Hinblick auf die alljährliche Begehung des Internationalen Tages der Solidarität mit dem palästinensischen Volk am 29. November und im Hinblick auf die Ausgabe von Sonderbriefmarken zu diesem Anlaß.

99. Plenarsitzung
10. Dezember 1982

C

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3236 (XXIX) und 3237 (XXIX) vom 22. November 1974 und alle anderen Resolutionen der Vereinten Nationen zur Palästinafrage, darunter auch Resolution ES-7/2 vom 29. Juli 1980,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 36/120 C vom 10. Dezember 1981, in der sie beschloß, eine Internationale Konferenz über die Palästinafrage ein-

[68] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 35* (A/37/35 mit Korr. 1)

zuberufen, die sich in einer umfassenden Anstrengung darum bemühen soll, wirksame Mittel und Wege zu finden, durch die das palästinensische Volk seine Rechte erlangen und ausüben kann, sowie auf ihre Resolution ES-7/7 vom 19. August 1982, in der sie beschloß, diese Konferenz vom 16. bis 27. August 1983 am Amtsitz der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur in Paris abzuhalten,

in der Überzeugung, daß ein umfassender, gerechter und dauerhafter Friede im Mittleren Osten im Einklang mit der Charta und den einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen durch eine gerechte Lösung des Palästinaproblems auf der Grundlage der Verwirklichung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes erreicht werden kann,

in der Überzeugung, daß die Konferenz eine einmalige Gelegenheit bieten wird, um die der Palästinafrage zugrundeliegenden Ursachen besser bekannt zu machen sowie um aktiv und konstruktiv zu einer Lösung der Frage auf der Grundlage der diesbezüglichen Resolutionen der Vereinten Nationen beizutragen,

unter Hervorhebung der Notwendigkeit, die Mitwirkung aller Mitgliedstaaten an der Konferenz und ihre Unterstützung für die Vorbereitung sicherzustellen,

mit Dank Kenntnis nehmend vom Bericht des Vorbereitungsausschusses für die Internationale Konferenz über die Palästinafrage[69],

1. *verweist erneut auf* die Verantwortung der Vereinten Nationen, durch eine gerechte Lösung des Palästinaproblems auf einen dauerhaften Frieden im Mittleren Osten hinzuarbeiten;

2. *schließt sich* den Empfehlungen in Ziffer 32 des Berichts des Vorbereitungsausschusses für die Internationale Konferenz über die Palästinafrage im Hinblick auf die Vorbereitungsarbeiten für die Konferenz, die Ziele, die Dokumentation, den Entwurf einer vorläufigen Tagesordnung, den Entwurf der vorläufigen Geschäftsordnung der Konferenz, die Teilnahme an der Konferenz und der Organisation der Arbeit des Vorbereitungsausschusses *an*;

3. *fordert* alle Organisationen des Systems der Vereinten Nationen *auf*, die Konferenz und die Vorbereitungen dafür weiterhin nach besten Kräften zu unterstützen;

4. *bittet* alle Mitgliedstaaten *eindringlich*, für ein besseres Verständnis der Bedeutung der Konferenz einzutreten und die Vorbereitungen zur Konferenz auf nationaler, subregionaler und regionaler Ebene zu intensivieren, um ihren Erfolg zu gewährleisten;

5. *fordert* alle Mitgliedstaaten *auf*, einen Beitrag zur Verwirklichung der Rechte der Palästinenser zu leisten, die Modalitäten zur Verwirklichung dieser Rechte zu unterstützen sowie an der Konferenz und den ihr vorangehenden regionalen Vorbereitungstreffen teilzunehmen;

6. *beschließt*, sich auf ihrer achtunddreißigsten Tagung mit den Ergebnissen der Konferenz zu befassen.

99. Plenarsitzung
10. Dezember 1982

[69] *Ebd., Beilage 49* (A/37/49 mit Korr. 1)

D

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen zur Palästinafrage, insbesondere auf die Resolutionen 181 (II) vom 29. November 1947, 194 (III) vom 11. Dezember 1948, 3210 (XXXIX) vom 14. Oktober 1974, 3236 (XXIX) vom 22. November 1974 und ES-7/2 vom 29. Juli 1980,

unter Hinweis auf die Resolutionen des Sicherheitsrats zu Palästina,

nach Anhörung der Erklärung des Vertreters der Palästinensischen Befreiungsorganisation[70],

1. *nimmt Kenntnis* von der Erklärung der Palästinensischen Befreiungsorganisation vom 19. April 1981, der zufolge diese Organisation ihre Rolle bei der Lösung der Palästinafrage auf der Grundlage der Verwirklichung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes in Palästina im Einklang mit den einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen fortzusetzen beabsichtigt;

2. *bekräftigt* den Grundsatz der Unzulässigkeit der gewaltsamen Gebietsaneignung;

3. *erklärt erneut*, daß ohne den bedingungslosen Rückzug Israels aus den seit 1967 besetzten palästinensischen und sonstigen arabischen Gebieten einschließlich Jerusalems sowie ohne die im Einklang mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und den einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen erfolgende Ausübung und Verwirklichung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes in Palästina kein umfassender, gerechter und dauerhafter Friede im Mittleren Osten herbeigeführt werden kann;

4. *ersucht* den Sicherheitsrat, den ihm nach der Charta obliegenden Aufgaben nachzukommen und die unveräußerlichen Rechte des palästinensisch-arabischen Volkes anzuerkennen, darunter auch das Recht auf Selbstbestimmung und das Recht, seinen eigenen unabhängigen arabischen Staat in Palästina zu errichten;

5. *ersucht* den Sicherheitsrat *erneut*, in Ausführung der einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen die erforderlichen Maßnahmen zur Durchführung des Plans zu ergreifen, nach dem u.a. die Schaffung eines unabhängigen arabischen Staates in Palästina empfohlen wird;

6. *ersucht* den Generalsekretär, so bald wie möglich über die Fortschritte bei der Durchführung dieser Resolution zu berichten.

99. Plenarsitzung
10. Dezember 1982

E

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts des Ausschusses für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes[66],

mit dem Ausdruck ihrer tiefsten Besorgnis darüber, daß keine gerechte Lösung des Palästinaproblems gefunden worden ist und daß dieses Problem daher weiterhin als Kernproblem des Mittelostkonflikts diesen Konflikt verschärft und den Weltfrieden und die internationale Sicherheit gefährdet,

[70] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Plenary Meetings*, 84. Sitzung, Ziffer 110-153

unter Hinweis auf ihre früheren Resolutionen zu dieser Frage, insbesondere die Resolutionen 181 (II) vom 29. November 1947, 194 (III) vom 11. Dezember 1948, 3236 (XXIX) vom 22. November 1974, ES-7/2 vom 29 Juli 1980, 36/120 D vom 10. Dezember 1981 und ES-7/9 vom 24. September 1982,

insbesondere *unter Hinweis auf* die für die Mittelostfrage geltenden Grundsätze, die von der internationalen Gemeinschaft anerkannt worden sind, darunter auch den Grundsatz, daß alle Staaten in der Region das Recht auf Existenz innerhalb international anerkannter Grenzen haben, sowie den Grundsatz der Gerechtigkeit und Sicherheit für alle Völker, was die Anerkennung und die Verwirklichung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes voraussetzt,

in der Erkenntnis, daß alle betroffenen Parteien an allen Bemühungen um die Herbeiführung einer gerechten und dauerhaften Lösung beteiligt sein müssen,

1. *bekräftigt* die unveräußerlichen legitimen Rechte des palästinensischen Volkes, darunter auch das Recht auf Selbstbestimmung und das Recht, wenn es dies wünscht, einen eigenen unabhängigen Staat in Palästina zu errichten;

2. *erklärt*, daß alle israelischen Politiken und Praktiken der Annexion bzw. mit dem Ziel der Annexion der besetzten palästinensischen und sonstigen arabischen Gebiete, einschließlich Jerusalems, gegen das Völkerrecht und die einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen verstoßen;

3. *fordert* im Einklang mit dem Grundprinzip der Unzulässigkeit der gewaltsamen Gebietsaneignung den vollständigen und bedingungslosen Abzug Israels aus allen seit Juni 1967 besetzten palästinensischen und sonstigen arabischen Gebieten, einschließlich Jerusalems, wobei sämtlicher Besitz und sämtliche Versorgungs- und sonstige Dienste unversehrt zurückzulassen sind;

4. *bittet* den Sicherheitsrat *eindringlich*, den Rückzug Israels zu erleichtern;

5. *empfiehlt*, daß die besetzten palästinensischen Gebiete nach dem Rückzug Israels eine kurze Übergangsperiode unter der Aufsicht der Vereinten Nationen durchlaufen sollten, in der das palästinensische Volk sein Recht auf Selbstbestimmung bereits ausübt;

6. *fordert eindringlich* die Herbeiführung eines umfassenden, gerechten und dauerhaften Friedens auf der Grundlage der Resolutionen und unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen, an dem alle beteiligten Parteien, einschließlich der Palästinensischen Befreiungsorganisation, der Vertretung des Palästinensischen Volkes, gleichberechtigt teilhaben;

7. *empfiehlt* dem Sicherheitsrat, baldige Maßnahmen zur Förderung einer gerechten und umfassenden Lösung des Palästinaproblems zu ergreifen;

8. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung über die Fortschritte bei der Durchführung dieser Resolution zu berichten.

112. Plenarsitzung
20. Dezember 1982

37/101 – Invasion Südafrikas in Lesotho

Die Generalversammlung,

in Kenntnis der Nachricht von der Invasion Südafrikas in Lesotho vom 9. Dezember 1982, die zu Verlusten an unschuldigen Menschenleben und zur Zerstörung von Eigentumswerten geführt hat,

mit tiefer Besorgnis angesichts der in völliger Mißachtung der Resolutionen der Generalversammlung und des Sicherheitsrats durchgeführten fortgesetzten Aggressionshandlungen Südafrikas gegen Lesotho und andere unabhängige afrikanische Nachbarstaaten,

betrübt über die tragischen Verluste an Menschenleben und besorgt über die Sachschäden und die Zerstörung von Eigentumswerten aufgrund der Invasion Südafrikas in Lesotho,

in der Überzeugung, daß unbedingt internationale Solidarität mit Lesotho, dem Nachbarstaat Südafrikas, erforderlich ist, wenn Südafrikas Politik, seine Nachbarn dazu zu zwingen, sich seiner Apartheidpolitik nicht zu widersetzen und südafrikanischen Flüchtlingen keinen Schutz zu gewähren, wirksam entgegengetreten werden soll,

1. *verurteilt* Südafrika wegen seiner nichtprovozierten Invasion Lesothos, die zu Verlusten an unschuldigen Menschenleben und zur Zerstörung von Eigentumswerten geführt hat;

2. *spricht* der Regierung Lesothos ihre Anerkennung für ihren Widerstand gegen die Apartheidpolitik des rassistischen Regimes von Südafrika und für den Schutz *aus*, den sie südafrikanischen Flüchtlingen gewährt;

3. *bittet* den Sicherheitsrat *eindringlich* um unverzügliche Maßnahmen, um Südafrika von der Wiederholung seiner Aggressions- und Destabilisierungsakte gegen Lesotho und andere unabhängige afrikanische Nachbarstaaten abzuhalten.

103. Plenarsitzung
14. Dezember 1982

37/123 - Die Lage im Mittleren Osten

A

Die Generalversammlung,

nach Erörterung des Punktes "Die Lage im Mittleren Osten",

in Kenntnisnahme der Berichte des Generalsekretärs[71],

unter Hinweis auf Sicherheitsratsresolution 497 (1981) vom 17. Dezember 1981,

in Bekräftigung ihrer Resolutionen 36/226 B vom 17. Dezember 1981 und ES-9/1 vom 5. Februar 1982,

unter Hinweis auf ihre Resolution 3314 (XXIX) vom 14. Dezember 1974, in der sie einen Aggressionsakt u.a. als "die Invasion oder [den] Angriff durch die Streitkräfte eines Staates oder jede auch noch so vorübergehende militärische Besetzung als Folge einer solchen Invasion oder eines solchen Angriffs, oder jede gewaltsame Einverleibung des Hoheitsgebiets eines anderen Staates oder eines Teils davon" definiert und bestimmt hat, daß "keine Überlegung irgendwelcher Art, sei sie politischer, wirtschaftlicher, militärischer oder sonstiger Natur. . . , als Rechtfertigung für eine Aggression dienen" kann,

[71] A/37/169 mit Add. 1-3-S/14953 mit Add. 1-3. Abgedruckt in: *Official Records of the Security Council, Thirty-seventh Year, Supplement for April, May and June 1982*, Dokumente S/14953 mit Add. 1 und *ebd., Supplement for October, November and December 1982*, Dokumente S/14953/Add. 2 und 3

in Bekräftigung des grundlegenden Prinzips der Unzulässigkeit gewaltsamen Gebietserwerbs,

erneut bekräftigend, daß das Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten[72] auf die besetzten palästinensischen und anderen arabischen Gebiete, darunter auch auf Jerusalem, anwendbar ist,

im Hinblick darauf, daß Israels bisheriges Verhalten und seine Maßnahmen überzeugend beweisen, daß es kein friedliebender Mitgliedstaat ist und seinen Verpflichtungen nach der Charta der Vereinten Nationen nicht nachgekommen ist,

ferner im Hinblick darauf, daß Israel sich unter Verletzung von Artikel 25 der Charta geweigert hat, die zahlreichen einschlägigen Beschlüsse des Sicherheitsrats – zuletzt Resolution 497 (1981) – anzuerkennen und durchzuführen, und somit seinen Verpflichtungen nach der Charta nicht nachgekommen ist,

1. *verurteilt* Israel aufs schärfste dafür, daß es die Sicherheitsratsresolution 497 (1981) und die Generalversammlungsresolutionen 36/226 B und ES-9/1 nicht befolgt hat;

2. *erklärt erneut*, daß Israels Beschluß vom 14. Dezember 1981, die besetzten syrischen Golanhöhen seinen Gesetzen, seiner Rechtssprechung und seiner Verwaltung zu unterstellen, eine Angriffshandlung nach Artikel 39 der Charta der Vereinten Nationen und nach Generalversammlungsresolution 3314 (XXIX) darstellt;

3. *erklärt erneut*, daß der Beschluß Israels, die besetzten syrischen Golanhöhen seinen Gesetzen, seiner Rechtssprechung und seiner Verwaltung zu unterstellen, null und nichtig ist und keinerlei rechtliche Gültigkeit bzw. Wirkung hat;

4. *erklärt*, daß alle israelischen Politiken und Praktiken, die die Annexion der besetzten palästinensischen und anderen arabischen Gebiete, darunter auch Jerusalems, zum Inhalt oder zum Ziel haben, das Völkerrecht und die einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen verletzen;

5. *stellt erneut fest*, daß alle Maßnahmen, die Israel ergreift, um seinem Beschluß im Zusammenhang mit den besetzten syrischen Golanhöhen Wirkung zu verleihen, rechtswidrig und ungültig sind und nicht anerkannt werden dürfen;

6. *bekräftigt* ihre Feststellung, daß alle Bestimmungen des Haager Abkommens von 1907[73] und des Genfer Abkommens vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten nach wie vor auf das seit 1967 von Israel besetzte syrische Hoheitsgebiet anwendbar sind, und fordert alle Vertragsparteien dieser Instrumente auf, ihre Verpflichtungen nach diesen Instrumenten unter allen Umständen einzuhalten bzw. für deren Einhaltung zu sorgen;

7. *stellt erneut fest*, daß die seit 1967 andauernde Besetzung der syrischen Golanhöhen und deren faktische Annexion durch Israel am 14. Dezember 1981 nach dem israelischen Beschluß, dieses Gebiet seinen Gesetzen, seiner Rechtssprechung und seiner Verwaltung zu unterstellen, eine ständige Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellen;

8. *beklagt zutiefst* die negative Stimmabgabe eines Ständigen Sicherheitsratsmitglieds, durch die der Rat daran gehindert wurde, die in der vom Rat einstimmig verabschiedeten Resolution 407 (1981) erwähnten "entsprechenden Maßnahmen" nach Kapitel VII der Charta zu ergreifen;

9. *beklagt ferner* jegliche politische, wirtschaftliche, militärische und technologische Unterstützung für Israel, durch die Israel darin bestärkt wird, Angriffshandlungen zu begehen und seine Besetzung und Annexion besetzter arabischer Gebiete zu konsolidieren und zu verewigen;

10. *betont erneut mit Nachdruck* ihre Forderungen an Israel als Besatzungsmacht, unverzüglich seinen Beschluß vom 14. Dezember 1981 rückgängig zu machen, die syrischen Golanhöhen seinen Gesetzen, seiner Rechtssprechung und seiner Verwaltung zu unterstellen, einen Beschluß, der zur faktischen Annexion dieses Gebiets führte;

11. *bekräftigt erneut*, daß sich Israel als Grundvoraussetzung für die Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Mittleren Osten unbedingt vollständig und bedingungslos aus allen seit 1967 besetzten palästinensischen und anderen arabischen Gebieten, darunter auch aus Jerusalem, zurückziehen muß;

12. *stellt erneut fest*, daß durch Israels bisheriges Verhalten und seine Maßnahmen bestätigt wird, daß es kein friedliebender Mitgliedstaat ist und daß es weder seinen Verpflichtungen nach der Charta noch seinen Verpflichtungen nach Generalversammlungsresolution 273 (III) vom 11. Mai 1949 nachgekommen ist;

13. *fordert* alle Mitgliedstaaten *auf*, die folgenden Maßnahmen zu ergreifen.

a) Israel keinerlei Waffen und sonstiges militärisches Material zu liefern sowie jegliche Militärhilfe, die sie an Israel leisten, zu suspendieren;

b) keinerlei Waffen oder militärische Ausrüstung von Israel zu erwerben;

c) die wirtschaftliche, finanzielle und technologische Hilfe für Israel sowie die Zusammenarbeit mit Israel zu suspendieren;

d) die diplomatischen Beziehungen, Handelsbeziehungen und kulturellen Beziehungen mit Israel abzubrechen;

14. *fordert* alle Mitgliedstaaten *erneut auf*, jeden bilateralen und multilateralen Verkehr mit Israel unverzüglich abzubrechen, um es in allen Bereichen vollständig zu isolieren;

15. *bittet* die Nichtmitgliedstaaten *eindringlich*, sich dieser Resolution entsprechend zu verhalten;

16. *fordert* alle Sonderorganisationen* und anderen internationalen Organisationen *auf*, sich in ihren Beziehungen zu Israel an diese Resolution zu halten.

108. Plenarsitzung
16. Dezember 1982

B

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die einschlägigen Bestimmungen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[74],

[72] Vereinte Nationen, *Treaty Series*, Vol. 75, Nr. 973, S. 287; deutsche Fassung in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder, u.a. BGBl. (der Bundesrepublik Deutschland) 1954 II S. 917, GBl. (der Deutschen Demokratischen Republik) 156 I Nr. 95, S. 1053

[73] Carnegie Endowment for International Peace, *The Hague Conventions and Declarations of 1899 and 1907* (New York, Oxford University Press, 1918); deutscher Wortlaut u.a. in der Vertragssammlung des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland, Vol. 28, A 345-356 (für das ehemalige Deutsche Reich)

* Vgl. die Fußnote auf S. 15

[74] Resolution 217 A (III)

ferner unter Hinweis auf die Satzung der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur[75] sowie auf alle anderen einschlägigen internationalen Instrumente, die sich auf das Recht auf kulturelle Identität in all ihren Formen beziehen,

davon in Kenntnis gesetzt, daß die israelische Armee während ihrer Besetzung Beiruts Archive und Dokumente aller Art über palästinensische Geschichte und Kultur beschlagnahmt und entfernt hat, darunter auch im Besitz palästinensischer Institutionen – insbesondere des Palästinensischen Forschungszentrums – befindliche Kulturgegenstände wie Archive, Dokumente, Manuskripte und Material wie z.B. Filmdokumente, literarische Werke bedeutender Autoren, Gemälde, Kunstgegenstände und Werke der Volkskunst, Forschungsarbeiten usw., die als Grundlage für die Kenntnis der Geschichte, die Kultur, das Nationalbewußtsein, die Einheit und die Solidarität des palästinensischen Volkes dienen,

1. *verurteilt* diese Akte der Plünderung palästinensischen Kulturerbes;

2. *fordert* die Regierung Israels *auf*, auf dem Weg über die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur den gesamten Kulturbesitz der Palästinensischen Institutionen, darunter auch die Archivunterlagen und Dokumente zurückzuerstatten, die aus dem Palästinensischen Forschungszentrum entfernt und von den israelischen Streitkräften willkürlich beschlagnahmt worden sind.

108. Plenarsitzung
16. Dezember 1982

C

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/120 E vom 10. Dezember 1981, in der sie feststellte, daß alle legislativen und administrativen Maßnahmen und Aktionen der Besatzungsmacht Israel, die den Charakter und den Status der Heiligen Stadt Jerusalem geändert haben oder ändern sollten, insbesondere das sogenannte "Grundgesetz" über Jerusalem und die Erklärung Jerusalems zur Hauptstadt von Israel, null und nichtig seien und unverzüglich rückgängig gemacht werden müßten,

unter Hinweis auf Sicherheitsratsresolution 478 (1980) vom 20. August 1980, in der der Rat u.a. beschloß, das "Grundgesetz" nicht anzuerkennen und diejenigen Staaten, die diplomatische Vertretungen in Jerusalem eingerichtet haben, aufforderte, diese Vertretungen aus der Heiligen Stadt abzuziehen,

1. *beklagt* die von einigen Staaten unter Verletzung von Sicherheitsratsresolution 478 (1980) durchgeführte Verlegung ihrer diplomatischen Vertretungen nach Jerusalem;

2. *fordert* diese Staaten *auf*, sich im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen an die Bestimmungen der einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen zu halten.

108. Plenarsitzung
16. Dezember 1982

D

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution ES-7/9 vom 24. September 1982,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 96 (I) vom 11. Dezember 1946, in der sie u.a. feststellte, daß Völkermord ein Verbrechen nach dem Völkerrecht ist, das die zivilisierte Welt verurteilt und für dessen Begehung Haupttäter und Mithelfer, seien es Privatpersonen, Beamte oder Politiker, zu bestrafen sind, gleichgültig ob das Verbrechen aus religiösen, rassischen, politischen oder anderen Gründen begangen wurde,

unter Bezugnahme auf die Bestimmungen der von der Generalversammlung am 9. Dezember 1948 verabschiedeten Konvention über die Verhütung und das Verbot des Verbrechens des Völkermordes[76],

unter Hinweis auf die einschlägigen Bestimmungen des Genfer Abkommens vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten[72],

voller Entsetzen über das großangelegte Massaker an palästinensischen Zivilpersonen in den Flüchtlingslagern von Sabra und Shatila in Beirut,

die allgemeine Empörung über dieses Massaker und seine allgemeine Verurteilung *zur Kenntnis nehmend*,

unter Hinweis auf ihre Resolution ES-7/9 vom 24. September 1982,

1. *verurteilt* mit aller Schärfe den Massenmord an palästinensischen Zivilpersonen in den Flüchtlingslagern von Sabra und Shatila;

2. *stellt fest*, daß es sich bei dem Massaker um einen Akt des Völkermordes gehandelt hat.

108. Plenarsitzung
16. Dezember 1982

E

Die Generalversammlung,

nach Anhörung der Ansprache des Präsidenten der libanesischen Republik vom 18. Oktober 1982[77],

in Kenntnisnahme des Beschlusses der Regierung des Libanon, in dem der Abzug aller nichtlibanesischen Truppen und Streitkräfte aus dem Libanon gefordert wird, deren Stationierung nicht von der Regierung genehmigt worden ist,

1. *fordert* die strikte Achtung der territorialen Integrität, Souveränitat, Einheit und politischen Unabhängigkeit des Libanon und unterstützt die mit regionaler und internationaler Zustimmung unternommenen Bemühungen der Regierung des Libanon, in seinem gesamten Hoheitsgebiet bis zu den international anerkannten Grenzen die ausschließliche Autorität des libanesischen Staates wiederherzustellen;

2. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung über die Durchführung dieser Resolution zu berichten.

108. Plenarsitzung
16. Dezember 1982

[75] Vgl. *Manual of the General Conference*, Ausgabe 1981 (Paris, UNESCO, 1981)

[76] Resolution 260 A (III), dt. Wortlaut in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder, u.a. BGBl. (der Bundesrepublik Deutschland) 1974 II S.11 und BGBl. (der Republik Österreich 91/58

[77] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Plenary Meetings*, 35. Sitzung, Ziffer 2-18

F

Die Generalversammlung,

nach Erörterung des Punktes "Die Lage im Mittleren Osten",

in Bekräftigung ihrer Resolutionen 36/226 A und B vom 17. Dezember 1981 und ES-9/1 vom 5. Februar 1982,

unter Hinweis auf die Sicherheitsratsresolutionen 425 (1978) vom 19. März 1978, 497 (1981) vom 17. Dezember 1981, 508 (1982) vom 5. Juni 1982, 509 (1982) vom 6. Juni 1982, 511 (1982) vom 18. Juni 1982, 512 (1982) vom 19. Juni 1982, 513 (1982) vom 4. Juli 1982, 515 (1982) vom 29. Juli 1982, 516 (1982) vom 1. August 1982, 517 (1982) vom 4. August 1982, 518 (1982) vom 12. August 1982, 519 (1982) vom 17. August 1982, 520 (1982) vom 17. September 1982 und 521 (1982) vom 19. September 1982,

in Kenntnisnahme des Berichts des Generalsekretärs vom 12. Oktober 1982[78],

unter Begrüßung der weltweiten Unterstützung, die der gerechten Sache des palästinensischen Volkes und der anderen arabischen Länder in ihrem Kampf gegen die israelische Aggression und Besetzung entgegengebracht wurde und die auf einen umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden im Mittleren Osten und auf die uneingeschränkte Ausübung der in früheren Resolutionen der Generalversammlung über die Palästinafrage und die Lage im Mittleren Osten bestätigten unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes abzielt,

zutiefst darüber besorgt, daß sich die seit 1967 besetzten arabischen und palästinensischen Gebiete, einschließlich Jerusalems, immer noch unter israelischer Besetzung befinden, daß die einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen nicht durchgeführt worden sind und daß das palästinensische Volk nach wie vor nicht wieder in den Besitz seines Landes gelangen und im Einklang mit dem Völkerrecht seine durch Resolutionen der Vereinten Nationen bestätigten unveräußerlichen nationalen Rechte ausüben kann,

erneut erklärend, daß das Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten[72] auf alle besetzten palästinensischen und anderen arabischen Gebiete, einschließlich Jerusalems, anwendbar ist,

unter neuerlichem Hinweis auf alle einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen, in denen betont wird, daß die gewaltsame Gebietsaneignung nach der Charta der Vereinten Nationen und den Grundsätzen des Völkerrechts unzulässig ist und daß sich Israel aus allen seit 1967 von Israel besetzten palästinensischen und anderen arabischen Gebieten, einschließlich Jerusalems, bedingungslos zurückzuziehen hat,

ferner erneut erklärend, daß in der Region unbedingt ein umfassender, gerechter und dauerhafter Frieden herbeigeführt werden muß, der auf der uneingeschränkten Achtung der Charta und der Grundsätze des Völkerrechts beruht,

ferner zutiefst über vor kurzem erfolgte Aktionen Israels *besorgt*, die eine Eskalation und Ausweitung des Konflikts in der Region bedeuten, was eine weitere Verletzung der Grundsätze des Völkerrechts darstellt und den Weltfrieden und die internationale Sicherheit gefährdet,

unter Begrüßung des arabischen Friedensplans, der auf der am 25. November 1981 und 9. September 1982 in Fez (Marokko) abgehaltenen Zwölften Arabischen Gipfelkonferenz einstimmig verabschiedet wurde[79],

eingedenk der Rede, die seine Majestät König Hassan II von Marokko am 26. Oktober 1982 in seiner Eigenschaft als Präsident der Zwölften Arabischen Gipfelkonferenz gehalten hat[80],

1. *verurteilt* die fortdauernde Besetzung der palästinensischen und anderen arabischen Gebiete, einschließlich Jerusalems, durch Israel unter Verletzung der Charta der Vereinten Nationen, der Grundsätze des Völkerrechts und der einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen und verlangt den sofortigen, bedingungslosen und vollständigen Rückzug Israels aus allen diesen besetzten Gebieten;

2. *bekräftigt* ihre Überzeugung, daß die Palästinafrage der Kern des Mittelostkonflikts ist und daß ohne die uneingeschränkte Ausübung der unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes und den sofortigen, bedingungslosen und vollständigen Rückzug Israels aus allen palästinensischen und sonstigen besetzten Gebieten kein umfassender, gerechter und dauerhafter Friede in der arabischen Region herbeigeführt werden kann;

3. *bekräftigt ferner*, daß ohne die gleichberechtigte Mitwirkung aller Konfliktparteien, einschließlich der Palästinensischen Befreiungsorganisation als Vertretung des palästinensischen Volkes, keine gerechte und umfassende Regelung der Lage im Mittleren Osten herbeigeführt werden kann;

4. *erklärt erneut*, daß der Friede im Mittleren Osten unteilbar ist und auf einer umfassenden, gerechten und dauerhaften Lösung des Mittelostproblems unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen beruhen muß, die im Einklang mit den Resolutionen der Vereinten Nationen zur Palästinafrage, insbesondere den Generalversammlungsresolutionen ES-7/2 vom 29. Juli 1980, 36/120 A bis F vom 10. Dezember 1981, 37/86 A bis D vom 10. Dezember 1982 und 37/86 E vom 20. Dezember 1982 den vollständigen und bedingungslosen Rückzug Israels aus den seit 1967 besetzten palästinensischen und anderen arabischen Gebieten, einschließlich Jerusalems, gewährleistet und dem palästinensischen Volk unter der Führung der Palästinensischen Befreiungsorganisation die Ausübung seiner unveräußerlichen Rechte, darunter auch des Rechts auf Rückkehr und des Rechts auf Selbstbestimmung, auf nationale Unabhängigkeit und die Errichtung eines unabhängigen souveränen Staates in Palästina ermöglicht;

5. *weist* alle Abkommen und Vereinbarungen *zurück*, sofern sie die anerkannten Rechte des palästinensischen Volkes verletzen und den Grundsätzen gerechter und umfassender, auf die Herbeiführung eines gerechten Friedens in diesem Gebiet gerichteter Lösungen des Mittelostproblems zuwiderlaufen;

6. *beklagt*, daß Israel die Sicherheitsratsresolutionen 476 (1980) vom 30. Juni 1980 und 478 (1980) vom 20. August 1980 sowie die Generalversammlungsresolutionen 35/207 vom 16. Dezember 1980 und 36/226 A und B vom 17. Dezember 1981 nicht befolgt, stellt fest,

[78] A/37/525-S/15451. Abgedruckt in: *Official Records of the Security Council, Thirty-seventh Year, Supplement for October, November and December 1982*, Dokument S/15451

[79] Vgl. A/37/696-S/15510, Anhang

[80] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Plenary Meetings*, 44. Sitzung Ziffer 83-92

daß der Beschluß Israels, Jerusalem zu annektieren und es zu seiner "Hauptstadt" zu erklären, sowie die Maßnahmen zur Veränderung seines physischen Charakters, seiner demographischen Zusammensetzung, seiner institutionellen Struktur und seines Status null und nichtig sind, verlangt, daß diese Maßnahmen sofort rückgängig gemacht werden, und fordert alle Mitgliedstaaten, die Sonderorganisationen* und alle anderen internationalen Organisationen auf, diese und alle anderen einschlägigen Resolutionen, darunter auch die Versammlungsresolutionen 37/86 A bis E, einzuhalten;

7. *verurteilt* die Aggression und die Praktiken Israels gegen das palästinensische Volk in den besetzten palästinensischen Gebieten und außerhalb dieser Gebiete, insbesondere gegen Palästinenser im Libanon, zu denen u.a. die Enteignung und Annexion von Gebieten, die Errichtung von Siedlungen, Mordversuche und andere terroristische, aggressive und repressive Maßnahmen zählen, die eine Verletzung der Charta und der Grundsätze des Völkerrechts sowie der einschlägigen internationalen Übereinkommen darstellen;

8. *verurteilt nachdrücklich* die Unterstellung der besetzten syrischen Golanhöhen unter Israels Gesetze, seine Rechtssprechung und seine Verwaltung, Israels annexionistische Politiken und Praktiken, die Errichtung von Siedlungen, die Beschlagnahme von Ländereien, die Ableitung von Wasservorkommen sowie die Tatsache, daß syrischen Staatsangehörigen die israelische Staatsbürgerschaft aufgezwungen wird, und erklärt, daß alle diese Maßnahmen null und nichtig sind und eine Verletzung der auf die kriegerische Besetzung anwendbaren Regeln und Grundsätze des Völkerrechts darstellen, insbesondere des Genfer Abkommens vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten[72];

9. *ist der Auffassung*, daß die am 30. November 1981 unterzeichneten Abkommen über strategische Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Israel dieses dazu ermuntern, seine aggressiven und expansionistischen Politiken und Praktiken in den seit 1967 besetzten palästinensischen und anderen arabischen Gebieten, einschließlich Jerusalems, fortzusetzen, und daß diese Abkommen sich nachteilig auf die Bemühungen um die Errichtung eines umfassenden, gerechten und dauerhaften Friedens im Mittleren Osten auswirken und die Sicherheit in der Region gefährden;

10. *fordert* alle Staaten *auf*, dem Strom jedweder militärischen, wirtschaftlichen und finanziellen Hilfe sowie aller menschlichen Ressourcen nach Israel ein Ende zu setzen, die dieses zur Fortsetzung seiner aggressiven Politik gegen die arabischen Länder und das palästinensische Volk ermutigen sollen;

11. *ersucht* den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat in regelmäßigen Abständen über die Entwicklung der Lage Bericht zu erstatten und der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung einen umfassenden Bericht über die Entwicklungen im Mittleren Osten in allen ihren Aspekten vorzulegen.

112. Plenarsitzung
20. Dezember 1982

37/166 – Hilfe für den Jemen

Die Generalversammlung,

in voller Kenntnis der weitreichenden Verwüstungen und der großen Verluste an Menschenleben, die das Erdbeben vom 12. Dezember 1982 in mehreren Städten und Dutzenden von Dörfern des Jemen verursacht hat,

in Anerkennung der von der Regierung des Jemen unternommenen Bemühungen zur Linderung der Leiden der Erdbebenopfer,

ferner in Anerkennung der Tatsache, daß der Jemen als eines der am wenigsten entwickelten Länder nicht in der Lage ist, die wachsende Last der Hilfsbemühungen sowie der Rehabilitation und des Wiederaufbaus der betroffenen Gebiete zu tragen,

1. *dankt* den Staaten sowie den internationalen und regionalen Organisationen, die sich um die Bereitstellung von Nothilfe für den Jemen bemüht haben;

2. *ersucht* den Generalsekretär, die materiellen Ressourcen zu mobilisieren, die erforderlich sind, um die durch das Erdbeben im Jemen verursachten Leiden zu lindern und Schäden zu vermindern;

3. *ruft* die Mitgliedstaaten *auf*, über bilaterale und/oder multilaterale Kanäle großzügige Beiträge zu den Hilfsbemühungen für den Wiederaufbau der betroffenen Gebiete im Jemen zu leisten;

4. *ersucht* den Generalsekretär über das Amt des Koordinators der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe, seine Bemühungen um die Mobilisierung jeder nur möglichen Nothilfe für den Jemen fortzusetzen;

5. *ersucht* die entsprechenden Organisationen und Programme des Systems der Vereinten Nationen, insbesondere das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, die Wirtschaftskommission für Westasien, die Weltbank, das Welternährungsprogramm, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, den Internationalen Agrarentwicklungsfonds, die Weltgesundheitsorganisation, den Fonds der Vereinten Nationes für Bevölkerungsfragen, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen und die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung, ihre Hilfsprogramme für den Jemen beizubehalten und auszubauen und den Generalsekretär bei der Organisation eines wirksamen Hilfsprogramms für den Jemen voll zu unterstützen;

6. *fordert* die regionalen und interregionalen Organisationen sowie die anderen zwischenstaatlichen Gremien und nichtstaatlichen Organisationen *auf*, dem Jemen dringend Nothilfe zu leisten.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/167 – Konferenz der Vereinten Nationen zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie[81]

Die Generalversammlung,

in Bekräftigung der Grundsätze und Bestimmungen ihrer Resolutionen 32/50 vom 8. Dezember 1977, 33/4 vom 2. November 1978, 34/63 vom 29. November 1979, 35/112 vom 5. Dezember 1980 und 36/78 vom 9. Dezember 1981 über die Konferenz der Vereinten Nationen

* Vgl. die Fußnote auf S. 15

[81] Vgl. auch Abschnitt X.B.1, Beschlüsse 37/453 und 37/454

zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie sowie in Bekräftigung der diesbezüglichen Ziffern des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung[82],

mit Genugtuung Kenntnis nehmend von der Ernennung des Generalsekretärs der Konferenz,

unter Hinweis auf die Erfahrungen, die im Laufe der letzten drei Jahrzehnte der Verwendung der Kernenergie und Kerntechnologie für die Energieerzeugung und sonstige Zwecke gewonnen wurden,

erneut erklärend, daß die im nuklearen Bereich fortgeschrittenen Staaten dafür verantwortlich sind, zur Deckung des legitimen Bedarfs der Entwicklungsländer an Kernenergie beizutragen, indem sie sich unter vereinbarten und angemessenen internationalen Sicherheitskontrollen, die von der Internationalen Atomenergie-Organisation ohne Diskriminierung zur wirksamen Verhinderung der Verbreitung von Kernwaffen angewendet werden, an einem möglichst umfassenden Transfer von nuklearen Anlagen, Kernmaterial und Kerntechnologie beteiligen,

nach Behandlung des Berichts über die zweite und dritte Tagung des Vorbereitungsausschusses für die Konferenz[83],

beunruhigt über die geringen Fortschritte und in Anerkennung der dringenden Notwendigkeit, die sachlichen Vorbereitungsarbeiten für die Konferenz, die Erstellung der vorläufigen Tagesordnung, der Dokumentation und der Geschäftsordnung zu beschleunigen und abzuschließen, damit ein Erfolg der Konferenz und damit die Verwirklichung der Zielsetzungen der Generalversammlungsresolutionen 32/50 und 35/112 gewährleistet ist,

1. *beschließt*, daß der Vorbereitungsausschuß für die Konferenz der Vereinten Nationen zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie 1983 zweimal zusammentritt und zwar einmal zu Beginn des Jahres für 10 Arbeitstage in New York und danach einmal für einen angemessenen Zeitraum vor der Konferenz;

2. *ersucht* den Vorbereitungsausschuß und den Generalsekretär der Konferenz, geeignete Vorkehrungen zur Beschleunigung der fachlichen Konferenzvorbereitungen und im Hinblick auf brauchbare Konferenzergebnisse zu treffen, u.a. erforderlichenfalls mit Hilfe von Arbeiten, die die Mitgliedstaaten des Ausschusses zwischen den Tagungen unter der Leitung des Ausschußvorsitzenden vornehmen, sowie ferner mit Hilfe regionaler Bemühungen und einer geeigneten Öffentlichkeitsarbeit;

3. *beschließt*, ausgehend von den Ergebnissen der Anfang 1983 abzuhaltenden Tagung des Vorbereitungsausschusses die entsprechenden Beschlüsse über den Konferenztermin zu treffen;

4. *wiederholt erneut*, daß es das Ziel der Konferenz ist, die internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie zu fördern und zu diesem Zweck im Einklang mit den Zielsetzungen in Generalversammlungsresolution 32/50 allgemein annehmbare Prinzipien für eine solche Zusammenarbeit aufzustellen;

5. *bekräftigt* die Bestimmung in Ziffer 4 der Generalversammlungsresolution 36/78, wonach die Konferenzergebnisse in einer ihnen entsprechenden Form in geeigneten Dokumenten, die sich u.a. mit Methoden zur Förderung einer internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie befassen, ihren Niederschlag finden sollten;

6. *beschließt*, daß zur Sicherstellung einer erfolgreichen Vorbereitung der Konferenz die erforderlichen Ressourcen bereitzustellen sind, darunter auch genügend Personal für das Sekretariat sowie Sachverständige zur Unterstützung in den Sachbereichen, die von der Konferenz behandelt werden sollen,

7. *bittet* die Internationale Atomenergie-Organisation, im Sinne von Ziffer 3 der Resolution 32/50 und Ziffer 11 der Resolution 36/78 entsprechend ihrem Aufgabenbereich nach ihrer Satzung zur Konferenz beizutragen;

8. *bittet* alle Staaten *eindringlich* um ihre aktive Mitarbeit bei der Vorbereitung und Abhaltung der Konferenz sowie um Achtung und Einhaltung der in Resolution 32/50 niedergelegten Grundsätze;

9. *beschließt* die Aufnahme des Punkts "Konferenz der Vereinten Nationen zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

110. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/233 – Namibiafrage[84]

A

Die Lage in Namibia aufgrund der illegalen Besetzung des Territoriums durch Südafrika

Die Generalversammlung,

nach Prüfung des Berichts des Namibia-Rats der Vereinten Nationen[85] und der entsprechenden Kapitel des Berichts des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[86],

unter Hinweis auf ihre Resolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 mit der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker,

insbesondere unter Hinweis auf ihre Resolutionen 2145 (XXI) vom 27. Oktober 1966 und 2248 (S-V) vom 19. Mai sowie die späteren Resolutionen der Generalversammlung und des Sicherheitsrats zur Namibiafrage sowie auf das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 21. Juni 1971[87] aufgrund des

[82] Resolution S-10/2

[83] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 48* (A/37/48)

[84] Vgl. auch Abschnitt I, Fußnote 7 und Abschnitt X. B.6, Beschluß 37/46

[85] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 24 (A/37/24)*

[86] *Ebd., Beilage 23* (A/37/23/Rev. 1), Kap. I-VI und VIII

[87] *Legal Consequences for States of the Continued Presence of South Africa in Namibia (South West Africa) notwithstanding Security Council Resolution 276 (1970), Advisory Opinion, I.C.J. Reports 1971*, S.16

in Resolution 284 (1970) vom 29. Juli 1970 an ihn gerichteten Ersuchens des Sicherheitsrats,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3111 (XXVIII) vom 12. Dezember 1973 sowie 31/146 und 31/152 vom 20. Dezember 1976, mit denen sie u.a. die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) als einzige wahre Vertretung des namibischen Volkes anerkannte und ihr Beobachterstatus gewährte,

weiterhin unter Hinweis auf ihre Resolutionen ES-8/2 vom 14. September 1981 und 36/121 B vom 10. Dezember 1981, mit denen sie die Staaten aufforderte, ab sofort einzeln und gemeinsam sämtliche Verbindungen zu Südafrika abzubrechen, um es politisch, wirtschaftlich, militärisch und kulturell vollständig zu isolieren,

unter Hinweis auf die Erklärung von Paris über Sanktionen gegen Südafrika und die Sondererklärung über Namibia, die von der vom 20. bis 27. Mai 1981 in Paris abgehaltenen Internationalen Konferenz über Sanktionen gegen Südafrika verabschiedet wurden[88],

unter Berücksichtigung der Namibia-Erklärung und des Aktionsprogramms von Aruscha[89], die am 13. Mai 1982 vom Namibia-Rat der Vereinten Nationen auf seiner in Aruscha (Vereinigte Republik Tansania) durchgeführten außerordentlichen Plenartagung verabschiedet wurden,

erneut nachdrücklich wiederholend, daß die in Mißachtung mehrfacher Generalversammlungs- und Sicherheitsratsresolutionen fortbestehende illegale und koloniale Besetzung Namibias durch Südafrika einen Akt der Aggression gegen das namibische Volk und eine Herausforderung der Autorität der Vereinten Nationen darstellt, die bis zu seiner Unabhängigkeit die direkte Verantwortung für Namibia tragen,

unter Hervorhebung der ernsten Verantwortung der internationalen Gemeinschaft, alle nur erdenklichen Maßnahmen zu ergreifen, um das namibische Volk in seinem Befreiungskampf unter der Führung seiner einzigen wahren Vertretung, der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), zu unterstützen,

in Bekräftigung ihrer uneingeschränkten Unterstützung für den bewaffneten Kampf des namibischen Volkes unter der Führung der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) um Selbstbestimmung, Freiheit und nationale Unabhängigkeit in einem geeinten Namibia,

empört über die Weigerung Südafrikas, wiederholte Resolutionen des Sicherheitsrats, insbesondere die Resolutionen 385 (1976) vom 30. Januar 1976, 435 (1978) vom 29. September 1978 und 439 (1978) vom 13. November 1978 zu befolgen, und über seine Manöver, die – wie sich im Laufe der Konsultationen über die Durchführung des Plans der Vereinten Nationen für die Unabhängigkeit Namibias immer wieder gezeigt hat – darauf abzielen, seine brutale Beherrschung und Ausbeutung des namibischen Volkes zu perpetuieren,

in Würdigung der verantwortlichen und konstruktiven Haltung, welche die Frontstaaten und die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) im gesamten Verlauf der Konsultationen über die Durchführung der Sicherheitsratsresolution 435 (1978) bewiesen haben,

unter nachdrücklicher Verurteilung der fortgesetzten unrechtmäßigen Besetzung Namibias durch Südafrika, der brutalen Unterdrückung des namibischen Volkes und der schonungslosen Ausbeutung des Volkes und der Ressourcen Namibias durch Südafrika sowie der Versuche Südafrikas, die nationale Einheit und territoriale Integrität Namibias zu zerstören,

unter nachdrücklicher Verurteilung des rassistischen Regimes Südafrikas wegen seiner Bemühungen um die Entwicklung einer nuklearen Kapazität für militärische und aggressive Zwecke,

tief besorgt über die zunehmende Militarisierung Namibias, die gewaltsame Einziehung von Namibiern zum Wehrdienst, die Aufstellung von Stammesarmeen und den Einsatz von Söldnern für interne Repression und externe Aggression,

mit tiefer Sorge feststellend, daß infolge der Tatsache, daß der Sicherheitsrat am 31. August 1981[90] aufgrund des Vetos der Vereinigten Staaten von Amerika seiner Verantwortung nicht nachkommen konnte, die nichtprovozierte massive bewaffnete Aggression gegen Angola weiterhin andauert,

unter nachdrücklicher Verurteilung der anhaltenden Aggressionsakte Südafrikas gegen unabhängige Staaten, insbesondere gegen Angola, die zu zahlreichen Verlusten an Menschenleben und zur Zerstörung wirtschaftlicher Infrastrukturen geführt haben,

erneut erklärend, daß die Ressourcen Namibias das unantastbare Erbe des namibischen Volkes sind und daß die Ausbeutung dieser Ressourcen durch fremde wirtschaftliche Interessen unter dem Schutz der illegalen Kolonialverwaltung und in Verletzung der Charta der Vereinten Nationen, der diesbezüglichen Resolutionen der Generalversammlung und des Sicherheitsrats sowie der am 27. September 1974 vom Namibia-Rat der Vereinten Nationen erlassenen Verordnung Nr. 1 über den Schutz der natürlichen Ressourcen Namibias[91] und in Mißachtung des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs vom 21. Juni 1971 illegal ist und zur Aufrechterhaltung des illegalen Besatzungsregimes beiträgt,

zutiefst beklagend, daß bestimmte westliche Staaten, insbesondere die Vereinigten Staaten von Amerika sowie Israel in Mißachtung der einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung und des Sicherheitsrats weiterhin mit Südafrika kollaborieren,

tief besorgt darüber, daß bestimmte internationale Organisationen und Institutionen, insbesondere der Internationale Währungsfonds, in Mißachtung der einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung dem rassistischen Regime von Pretoria nach wie vor Hilfestellung leisten,

empört über die anhaltende willkürliche Festnahme und Inhaftierung von politischen Führern und Anhängern der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), die Tötung namibischer Patrioten und andere Akte der Brutalität, einschließlich der rücksichtslosen Prügelung, Folterung und Ermordung unschuldiger Namibier, sowie über die willkürlichen, unmenschlichen kollektiven Strafmaßnahmen und über die Maßnahmen, die darauf abzielen, das namibische Volk einzuschüchtern, um seinen Willen zur Erfüllung seines rechtmäßigen Anspruchs auf Selbstbestimmung, Freiheit und nationale Unabhängigkeit in einem geeinten Namibia zu brechen,

---

[88] *Report of the International Conference on Sanctions against South Africa, Paris, 20-27 May 1981 (A/CONF.107/8), Abschnitt X*

[89] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 24* (A/37/24), Ziffer 767

[90] Vgl. *Official Records of the Security Council, Thirty-sixth Year*, 2300. Sitzung

[91] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Fünfunddreißigste Tagung, Beilage 24* (A/35/24), Vol.I, Anhang II

mit tiefster Sorge feststellend, daß der Sicherheitsrat aufgrund des Vetos eines oder mehrerer der westlichen Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats mehrfach daran gehindert wurde, in Ausübung seiner Verantwortung nach Kapitel VII der Charta wirksame Maßnahmen gegen Südafrika zu ergreifen,

in Anerkennung der Bemühungen des Namibia-Rats der Vereinten Nationen um die Erfüllung der ihm als der rechtmäßigen Verwaltungsbehörde für Namibia bis zu dessen Unabhängigkeit durch die diesbezüglichen Generalversammlungsresolutionen übertragenen Aufgaben,

1. *billigt* den Bericht des Namibia-Rats der Vereinten Nationen;

2. *bekräftigt* das unveräußerliche Recht des namibischen Volkes auf Selbstbestimmung, Freiheit und nationale Unabhängigkeit in einem geeinten Namibia im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen und den Generalversammlungsresolutionen 1514 (XV) und 2145 (XXI) sowie den späteren Versammlungsresolutionen zu Namibia sowie die Rechtmäßigkeit seines Kampfes mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln – auch des bewaffneten Kampfes – gegen die illegale Besetzung seines Gebietes durch Südafrika;

3. *wiederholt erneut*, daß die Vereinten Nationen gemäß Versammlungsresolution 2145 (XXI) die direkte Verantwortung für Namibia tragen, bis das Territorium echte Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit erlangt hat, und bekräftigt zu diesem Zweck das Mandat des Namibia-Rats der Vereinten Nationen als der rechtmäßigen Verwaltungsbehörde Namibias bis zu dessen Unabhängigkeit gemäß Resolution 2248 (S-V) und späteren Resolutionen der Generalversammlung;

4. *erklärt erneut*, daß die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO), die nationale Befreiungsbewegung Namibias, die einzige wahre Vertretung des namibischen Volkes ist;

5. *erklärt erneut feierlich*, daß die echte Unabhängigkeit Namibias nur unter direkter, uneingeschränkter Beteiligung der Südwestafrikanischen Volksorganisation an allen Bemühungen um die Verwirklichung der Resolutionen der Vereinten Nationen zu Namibia erreicht werden kann, und erklärt ferner erneut, daß der Konflikt um Namibia sich allein zwischen Südafrika, das dieses Territorium illegal besetzt hält, einerseits und dem namibischen Volk unter der Führung der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), seiner einzigen wahren Vertretung, andererseits abspielt;

6. *verurteilt* das südafrikanische Regime *nachdrücklich* wegen seiner fortgesetzten illegalen Besetzung Namibias in Mißachtung der Resolutionen der Vereinten Nationen über Namibia;

7. *erklärt*, daß die illegale Besetzung Namibias durch Südafrika nach der Definition des Begriffs der Aggression in Generalversammlungsresolution 3314 (XXIX) vom 14. Dezember 1974 einen Akt der Aggression gegen das namibische Volk darstellt und unterstützt den bewaffneten Kampf des namibischen Volkes unter der Führung der Südwestafrikanischen Volksorganisation um Selbstbestimmung, Freiheit und nationale Unabhängigkeit in einem geeinten Namibia;

8. *wiederholt erneut*, daß gemäß den Resolutionen der Vereinten Nationen, insbesondere der Sicherheitsratsresolution 432 (1978) vom 27. Juli 1978 und den Generalversammlungsresolutionen S-9/2 vom 3. Mai 1978 und 35/227 A vom 6. März 1981 die Walvis Bay und die der Küste Namibias vorgelagerten Inseln einen integrierenden Bestandteil Namibias bilden und daß alle Versuche Südafrikas, diese Inseln zu annektieren, deshalb illegal, null und nichtig sind;

9. *erklärt erneut*, daß die Sicherheitsratsresolution 435 (1978) zusammen mit der Ratsresolution 385 (1976) die einzige Grundlage für eine friedliche Beilegung der Namibiafrage darstellt und verlangt ihre unverzügliche und bedingungslose Durchführung ohne jede Einschränkung oder Änderung;

10. *weist* die Manöver eines Mitglieds der westlichen Kontaktgruppe *energisch zurück*, die darauf abzielen, den in Sicherheitsratsresolution 435 (1978) enthaltenen internationalen Konsens zu untergraben und das unterdrückte Volk von Namibia um seine harterkämpften Siege im Kampf um die nationale Befreiung zu bringen;

11. *dankt* den Frontstaaten und der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) für die verantwortliche und konstruktive Haltung, die sie im gesamten Verlauf der Konsultationen über die Durchführung der Sicherheitsratsresolution 435 (1978) bewiesen haben;

12. *verurteilt es nachdrücklich*, daß Südafrika die Durchführung der Sicherheitsratsresolutionen 385 (1976), 435 (1978) und 439 (1978) verhindert und daß es in Zuwiderhandlung gegen diese Resolutionen Manöver durchführt, die darauf abzielen, zu Lasten des rechtmäßigen Anspruchs des namibischen Volkes auf echte Selbstbestimmung, Freiheit und nationale Unabhängigkeit in einem geeinten Namibia seine kolonialistischen und neokolonialistischen Interessen zu festigen;

13. *wendet sich* gegen alle betrügerischen und politischen Machenschaften, mit denen das illegale rassistische Regime von Südafrika unter Umständen versucht, seine koloniale Herrschaft in Namibia zu perpetuieren, und ruft insbesondere die internationale Gemeinschaft und besonders alle Mitgliedstaaten auf, jedem Regime, das durch die illegale südafrikanische Verwaltung dem namibischen Volk in Mißachtung dieser Resolution, der Sicherheitsratsresolutionen 385 (1976), 435 (1978) und 439 (1978) sowie anderer diesbezüglicher Resolutionen der Generalversammlung und des Rats aufgezwungen werden sollte, auch weiterhin jede Anerkennung oder Unterstützung zu verweigern;

14. *fordert* den Sicherheitsrat *mit Nachdruck auf*, entschieden allen Verzögerungsmanövern und betrügerischen Machenschaften des illegalen Besatzungsregimes entgegenzutreten, die darauf abzielen, dem rechtmäßigen Kampf des namibischen Volkes unter der Führung der Südwestafrikanischen Volksorganisation um Selbstbestimmung und nationale Befreiung Einhalt zu gebieten und die Errungenschaften seines gerechten Kampfes zunichte zu machen;

15. *erklärt*, daß alle von dem illegalen Besatzungsregime in Namibia verkündeten sogenannten Gesetze und Bekanntmachungen illegal, null und nichtig sind;

16. *fordert* die Mitgliedstaaten und die Sonderorganisationen* sowie die anderen, den Vereinten Nationen angeschlossenen internationalen Organisationen *auf*, der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) stetig verstärkte Unterstützung zu leisten und ihr materielle, finanzielle, militärische und sonstige Hilfe zur Verfügung zu stellen, damit sie ihren Kampf um die Befreiung Namibias intensivieren kann;

17. *beklagt zutiefst* die verstärkte Hilfe, die bestimmte westliche Staaten Südafrika auf politischem,

* Vgl. die Fußnote auf S. 15

wirtschaftlichem, militärischem und kulturellem Gebiet leisten, äußert ihre Überzeugung, daß diese Hilfeleistung der gesamten Weltöffentlichkeit in aller Klarheit vor Augen geführt werden sollte, und verlangt ihre unverzügliche Einstellung;

18. *verurteilt* Südafrika *nachdrücklich* wegen der Verstärkung seiner Militärmacht in Namibia, wegen seiner Einführung des Zwangswehrdienstes für Namibier, seiner Anwerbung und Ausbildung von Namibiern für Stammesarmeen und seines Einsatzes von Söldnern zur Unterdrückung des namibischen Volkes und zur Durchführung seiner militärischen Angriffe gegen unabhängige afrikanische Staaten, wegen seiner Subversions- und Aggressionsdrohungen und -handlungen gegen diese Staaten sowie wegen der gewaltsamen Vertreibung von Namibiern aus ihrer Heimat;

19. *verurteilt* Südafrika *nachdrücklich* wegen seiner fortgesetzten Subversions- und Aggressionshandlungen gegen Angola, darunter auch wegen der Besetzung eines Teiles seines Territoriums, und fordert Südafrika auf, alle Aggressionshandlungen gegen Angola zu unterlassen und alle seine Truppen aus Angola zurückzuziehen;

20. *fordert* die internationale Gemeinschaft *auf*, den Frontstaaten dringend uneingeschränkte Unterstützung und Hilfe, einschließlich militärischer Hilfe, zukommen zu lassen, damit diese in die Lage versetzt werden, ihre Souveränität und territoriale Integrität gegen die wiederholten Aggressionshandlungen Südafrikas zu verteidigen;

21. *ersucht* den Generalsekretär, in Absprache mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen ein umfassendes Hilfsprogramm für die Nachbarstaaten Südafrikas und Namibias auszuarbeiten, wobei diese Hilfe nicht nur auf die Bewältigung kurzfristiger Schwierigkeiten abzielen, sondern dazu bestimmt sein sollte, diesen Staaten den Weg zu völliger Eigenständigkeit zu ermöglichen, und ersucht den Generalsekretär, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung über den Fortgang dieses Programms zu berichten;

22. *fordert* alle Staaten *erneut auf*, gesetzgeberische und andere geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die Anwerbung, die Ausbildung und den Durchzug von Söldnern für den Dienst in Namibia zu verhindern;

23. *verurteilt* die illegale südafrikanische Verwaltung nachdrücklich wegen ihrer massiven Unterdrückung des Volks von Namibia und seiner nationalen Befreiungsbewegung, der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), womit diese Verwaltung die Absicht verfolgt, eine Atmosphäre der Einschüchterung und des Terrors zu schaffen, um dem namibischen Volk eine politische Regelung aufzuzwingen, die darauf abzielt, die territoriale Integrität und Einheit Namibias zu untergraben und die systematische Plünderung der natürlichen Ressourcen des Territorismus zu perpetuieren;

24. *verlangt* von Südafrika die sofortige Freilassung aller namibischen politischen Gefangenen, darunter aller aufgrund der sogenannten inneren Sicherheitsgesetzgebung, des Kriegsrechts bzw. anderer willkürlicher Maßnahmen festgenommenen bzw. inhaftierten Namibier, gleichgültig, ob diese angeklagt bzw. verurteilt wurden oder ohne Anklage in Namibia oder Südafrika festgehalten werden;

25. *verlangt* von Südafrika Rechenschaft über alle "verschwundenen" Namibier und die Freilassung aller Überlebenden und erklärt, daß Südafrika den Opfern, ihren Familien und der künftigen rechtmäßigen Regierung eines unabhängigen Namibia für alle erlittenen Verluste schadensersatzpflichtig ist;

26. *verurteilt nachdrücklich* die Kollusion der Regierungen bestimmter westlicher und anderer Staaten, insbesondere der Vereinigten Staaten von Amerika und Israels, mit dem rassistischen Regime Südafrikas auf nuklearem Gebiet und fordert Frankreich und alle anderen Staaten auf, das rassistische Minderheitsregime Südafrikas weder direkt noch indirekt mit Einrichtungen zu beliefern, die es in die Lage versetzen können, Uran, Plutonium und anderes Kernmaterial, Reaktoren oder militärische Ausrüstungsgegenstände herzustellen;

27. *verurteilt nachdrücklich* die Tätigkeit aller unter der illegalen Verwaltung Südafrikas in Namibia operierenden ausländischen Wirtschaftsinteressen, die die Ressourcen des Territoriums illegal ausbeuten, und fordert, daß die an dieser Ausbeutung beteiligten transnationalen Unternehmen alle diesbezüglichen Resolutionen der Vereinten Nationen befolgen, indem sie ab sofort neue Investitionen bzw. Aktivitäten in Namibia unterlassen, sich aus dem Territorium zurückziehen und ihre Zusammenarbeit mit der illegalen südafrikanischen Verwaltung einstellen;

28. *ersucht* alle Mitgliedstaaten *abermals*, alle geeigneten Maßnahmen, darunter auch gesetzgeberische Maßnahmen und Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, um die volle Anwendung und Einhaltung der Bestimmungen der Verordnung Nr. 1 über den Schutz der natürlichen Ressourcen Namibias zu gewährleisten;

29. *erklärt*, daß das Wirken der derzeit in Namibia tätigen ausländischen Wirtschafts-, Finanz- und anderen Interessen durch die bis zur Erschöpfung gehende Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und die fortgesetzte Anhäufung und Rückführung gewaltiger Gewinne ein Haupthindernis auf dem Weg zu seiner politischen Unabhängigkeit darstellt;

30. *ersucht* die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Niederlande und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, die die Urenco-Urananreicherungsanlage betreiben, namibisches Uran ausdrücklich aus dem Vertrag von Almelo, der die Tätigkeit der Urenco regelt, auszuschließen;

31. *beklagt nachdrücklich* die fortgesetzte Kollaboration des Internationalen Währungsfonds mit Südafrika, für die die kürzlich in Mißachtung der Generalversammlungsresolution 37/2 vom 21. Oktober 1982 erfolgte Gewährung eines Kredits über 1 Milliarde Sonderziehungsrechte ein Beispiel liefert, und fordert den Fonds zur Beendigung dieser Kollaboration auf;

32. *ersucht* alle Staaten *erneut*, gesetzgeberische, verwaltungstechnische und bei Bedarf andere Maßnahmen zu ergreifen, um Südafrika gemäß Generalversammlungsresolution ES-8/2 und 36/121 B auf politischem, wirtschaftlichem, militärischem und kulturellem Gebiet wirksam zu isolieren;

33. *ersucht* den Namibia-Rat der Vereinten Nationen, die Durchführung der Bestimmungen in Ziffer 32 aufgrund der von Staaten und anderer Seite zur Verfügung gestellten Informationen auch weiterhin zu verfolgen;

34. *ersucht* den Namibia-Rat der Vereinten Nationen, in Ausführung der Ziffer 15 der Resolution ES-8/2 wie auch der Bestimmungen der Resolution 36/121 B auch weiterhin den Boykott Südafrikas zu überwachen und der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung einen umfassenden Bericht über alle Kontakte zwischen allen Staaten und Südafrika vorzulegen, der

eine Analyse der von Mitgliedstaaten und aus anderen Quellen eingegangenen Informationen über die weiterhin bestehenden politischen, wirtschaftlichen, finanziellen und sonstigen Beziehungen von Staaten zu Südafrika, über deren wirtschaftliche und andere Interessen in Südafrika sowie über Maßnahmen der Staaten zur Beendigung jeglichen Verkehrs mit dem rassistischen Regime Südafrikas enthält;

35. *ersucht* alle Staaten, den Namibia-Rat der Vereinten Nationen bei der Erfüllung seiner Aufgaben im Zusammenhang mit der Durchführung der Generalversammlungsresolutionen ES-8/2 und 36/121 B in jeder Weise zu unterstützen und dem Generalsekretär auf der achtunddreißigsten Versammlungstagung über die von ihnen in Durchführung dieserResolutionen ergriffenen Maßnahmen zu berichten;

36. *erklärt*, daß die Mißachtung der Vereinten Nationen durch Südafrika, seine illegale Besetzung des Territoriums von Namibia, sein Unterdrückungskrieg gegen das namibische Volk, seine fortgesetzten, von Stützpunkten in Namibia aus begangenen Angriffshandlungen gegen unabhängige südafrikanische Staaten, seine Apartheidpolitik und seine Entwicklung von Kernwaffen eine ernste Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellen;

37. *bittet* den Sicherheitsrat *mit Nachdruck*, angesichts der von Südafrika ausgehenden schweren Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit positiv auf die überwältigende Forderung der internationalen Gemeinschaft zu reagieren und umgehend umfassende, bindende Sanktionen gemäß Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen gegen Südafrika zu verhängen;

38. *ersucht* den Generalsekretär, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung über die Durchführung dieser Resolution zu berichten.

113. Plenarsitzung
20. Dezember 1982

B

Durchführung der Sicherheitsratsresolution 435 (1978)

Die Generalversammlung,

in Bekräftigung der unumgänglichen Notwendigkeit, die Sicherheitsratsresolution 435 (1978) vom 29. September 1978, die zusammen mit der Ratsresolution 385 (1976) vom 30. Januar 1976 die einzige Grundlage für eine friedliche Beilegung der Namibiafrage darstellt, ohne weitere Verzögerung durchzuführen,

in Kenntnisnahme der Konsultationen, die im Hinblick auf die Durchführung der Sicherheitsratsresolution 435 (1978) geführt wurden, und mit der Feststellung, daß diese Konsultationen, was die Durchführung dieser Resolution betrifft, bisher ergebnislos verlaufen sind,

unter Verurteilung der Versuche, die Unabhängigkeit Namibias mit in keiner Weise mit dieser zusammenhängenden Fragen zu verknüpfen, insbesondere mit dem Rückzug kubanischer Truppen aus Angola, einer Frage, die ausschließlich in die interne Jurisdiktion eines souveränen Mitgliedstaates fällt,

1. *erklärt erneut*, daß die Vereinten Nationen die direkte Verantwortung für Namibia tragen, bis dieses echte Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit erlangt hat;

2. *wiederholt erneut*, daß die Sicherheitsratsresolution 435 (1978), in der sich der Rat den Plan der Vereinten Nationen für die Unabhängigkeit Namibias zu eigen machte, die einzige Grundlage für eine friedliche Beilegung der Namibiafrage darstellt, und verlangt ihre unverzügliche und bedingungslose Durchführung ohne Einschränkungen oder Änderungen;

3. *weist mit aller Entschiedenheit* die hartnäckigen Versuche der Vereinigten Staaten von Amerika und Südafrikas *zurück*, irgendeine Verknüpfung oder einen Parallelismus zwischen der Unabhängigkeit Namibias und irgendwelchen mit dieser nicht zusammenhängenden Fragen, insbesondere dem Rückzug kubanischer Truppen aus Angola, herzustellen, und stellt unmißverständlich klar, daß die hartnäckige Fortsetzung derartiger Versuche den Entkolonialisierungsprozeß in Namibia nur verzögern und eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Angolas darstellen würde;

4. *ersucht* den Sicherheitsrat, seine Autorität für die Durchführung von Resolution 435 (1978) einzusetzen, damit Namibia ohne weitere Verzögerung die Unabhängigkeit erlangen kann.

113. Plenarsitzung
20. Dezember 1982

C

Arbeitsprogramm des Namibia-Rats der Vereinten Nationen

Die Generalversammlung,

nach Prüfung des Berichts des Namibia-Rats der Vereinten Nationen[35],

erneut erklärend, daß die Vereinten Nationen die direkte Verantwortung für Namibia tragen und daß das namibische Volk in die Lage versetzt werden muß, Selbstbestimmung und Unabhängigkeit in einem geeinten Namibia zu erlangen,

unter Hinweis auf ihre Resolution 2248 (S-V) vom 19. Mai 1967, mit der sie den Namibia-Rat der Vereinten Nationen als rechtmäßige Verwaltungsbehörde für Namibia bis zu dessen Unabhängigkeit eingesetzt hat,

unter Berücksichtigung der Namibia-Erklärung und des Aktionsprogramms von Aruscha[39], die am 13. Mai 1982 vom Namibia-Rat der Vereinten Nationen auf seiner in Aruscha (Vereinigte Republik Tansania) abgehaltenen außerordentlichen Plenartagung verabschiedet wurden,

überzeugt von der Notwendigkeit, die Südwestafrikanische Volksorganisation bezüglich der Aufstellung und Verwirklichung des Arbeitsprogramms des Namibia-Rats der Vereinten Nationen sowie bezüglich aller das namibische Volk betreffenden Fragen weiterhin zu konsultieren,

unter Hinweis auf Ziffer 18 ihrer Resolution 36/121 C vom 10. Dezember 1981, mit der sie den Generalsekretär ersuchte, nach Konsultationen des Namibia-Rats der Vereinten Nationen bezüglich dessen Beurteilung der Namibia betreffenden Lage Vorbereitungsarbeiten für eine zu gegebener Zeit zu veranstaltende internationale Konferenz zur Unterstützung des Unabhängigkeitskampfes des namibischen Volkes durchzuführen,

im vollen Bewußtsein der Tatsache, daß dringend weiterhin auf die Beendigung der illegalen Besetzung

Namibias, der Unterdrückung des namibischen Volkes und der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen des Territoriums durch Südafrika hingewirkt werden muß,

eingedenk der konstruktiven Ergebnisse, die von der vom 16. bis 21. Mai 1977 in Maputo durchgeführten Internationalen Konferenz zur Unterstützung der Völker Simbabwes und Namibias erzielt wurden[92],

1. *billigt* den Bericht des Namibia-Rats der Vereinten Nationen mit den darin enthaltenen Empfehlungen und beschließt, ausreichende Finanzmittel zu deren Durchführung bereitzustellen;

2. *unterstützt mit Nachdruck* die Bemühungen des Namibia-Rats der Vereinten Nationen um die Ausübung der ihm sowohl als der rechtmäßigen Verwaltungsbehörde Namibias wie auch als einem der leitenden Organe der Vereinten Nationen übertragenen Verantwortung;

3. *ersucht* alle Mitgliedstaaten, den Namibia-Rat bei der Erfüllung des ihm gemäß Generalversammlungsresolution 2248 (S-V) und nachfolgenden Versammlungsresolutionen übertragenen Mandats uneingeschränkt zu unterstützen;

4. *beschließt*, daß der Namibia-Rat der Vereinten Nationen in Ausübung seiner Verantwortung als rechtmäßige Verwaltungsbehörde Namibias bis zu dessen Unabhängigkeit den Auftrag hat,

a) weiterhin internationale Unterstützung zu mobilisieren, um im Einklang mit den Resolutionen der Vereinten Nationen über Namibia auf einen raschen Rückzug der illegalen südafrikanischen Verwaltung aus Namibia hinzuwirken;

b) den gegen das namibische Volk und gegen die Vereinten Nationen wie auch gegen den Namibia-Rat der Vereinten Nationen als der rechtmäßigen Verwaltungsbehörde für Namibia gerichteten Politiken Südafrikas entgegenzuwirken;

c) sämtliche verfassungsrechtlichen oder politischen Machenschaften, durch die Südafrika unter Umständen versucht, seine Präsenz in Namibia zu perpetuieren, anzuprangern und zu versuchen, alle Staaten zu deren Zurückweisung zu veranlassen;

d) dafür zu sorgen, daß keine in Windhoek eingesetzte Verwaltung oder Einheit anerkannt wird, die nicht aus im Einklang mit den diesbezüglichen Resolutionen des Sicherheitsrats unter der Aufsicht und Kontrolle der Vereinten Nationen durchgeführten freien Wahlen in Namibia hervorgeht;

e) mit konzertierten Bemühungen den Versuchen entgegenzuwirken, irgendeine Verknüpfung oder irgendeinen Parallelismus zwischen der Entkolonialisierung Namibias und nicht mit dieser zusammenhängenden Fragen herzustellen;

5. *beschließt*, daß der Namibia-Rat der Vereinten Nationen den Auftrag hat,

a) Regierungen zu konsultieren, um die Durchführung der Resolutionen der Vereinten Nationen zur Namibiafrage voranzutreiben und Unterstützung für die Sache Nambias zu mobilisieren;

b) Namibia bei Konferenzen der Vereinten Nationen und in zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, Gremien und Konferenzen zu vertreten, um für einen angemessenen Schutz der Rechte und Interessen Namibias zu sorgen;

6. *beschließt*, daß Namibia, vertreten durch den Namibia-Rat der Vereinten Nationen, als Vollmitglied an allen Konferenzen und Tagungen der Vereinten Nationen teilnimmt, zu denen alle Staaten oder – im Falle von regionalen Konferenzen und Tagungen – alle afrikanischen Staaten eingeladen sind;

7. *ersucht* alle Ausschüsse und anderen Nebenorgane der Generalversammlung und des Wirtschafts- und Sozialrats, auch weiterhin einen Vertreter des Namibia-Rats der Vereinten Nationen zur Teilnahme einzuladen, wann immer die Rechte und Interessen der Namibier erörtert werden, und sich mit dem Rat eingehend abzusprechen, bevor sie irgendeinen Resolutionsentwurf vorlegen, der möglicherweise die Rechte und Interessen der Namibier berührt;

8. *ersucht von neuem* alle Sonderorganisationen* und anderen Organisationen und Konferenzen des Systems der Vereinten Nationen, Namibia, vertreten durch den Namibia-Rat der Vereinten Nationen als rechtmäßiger Verwaltungsbehörde für Namibia, die Vollmitgliedschaft zu gewähren, damit der Rat an der Tätigkeit dieser Gremien, Organisationen und Konferenzen teilnehmen kann;

9. *ersucht von neuem* alle Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, die dies noch nicht getan haben, Namibia für die Zeit, in der es durch den Namibia-Rat der Vereinten Nationen vertreten wird, von der Beitragsleistung zu befreien;

10. *ersucht abermals* alle zwischenstaatlichen Organisationen, Gremien und Konferenzen, den Schutz der Rechte und Interessen Namibias zu gewährleisten und Namibia, vertreten durch den Namibia-Rat der Vereinten Nationen, zur Teilnahme als Vollmitglied einzuladen, wann immer es um die Rechte und Interessen Namibias geht;

11. *begrüßt es*, daß Namibia, vertreten durch den Namibia-Rat der Vereinten Nationen, vor kurzem als Vollmitglied in die Internationale Atomenergie-Organisation und die Internationale Fernmeldeunion aufgenommen worden ist, und begrüßt Wirtschafts- und Sozialratsbeschluß 1982/110 vom 16. April 1982, Namibia, vertreten durch den Namibia-Rat der Vereinten Nationen, die Mitgliedschaft im Exekutivausschuß des Programms des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge zu gewähren;

12. *nimmt Kenntnis* vom Beitritt des Namibia-Rats der Vereinten Nationen in seiner Eigenschaft als rechtmäßiger Verwaltungsbehörde Namibias zum Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung aller Formen von rassischer Diskriminierung[93] und zum Internationalen Übereinkommen über die Beendigung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid[94] und ersucht den Rat, dem Genfer Abkommen vom 12. August 1949[95] und den dazugehörigen Zusatzprotokollen[96] sowie allen anderen ihm geeignet erscheinenden internationalen Konventionen beizutreten;

---

[92] Vgl. *Official Records of the Security Council, Thirty-second Year, Supplement for July, August and September 1977*, Dokument S/12344/Rev.1

* Vgl. die Fußnote auf S. 15

[93] Resolution 2106 A (XX), Anhang; deutscher Wortlaut in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder, u.a. BGBl. (der Bundesrepublik Deutschland) 1969 II S.962 und BGBl. (der Republik Österreich) 377/72

[94] Resolution 3068 (XXVIII), Anhang

[95] Vereinte Nationen, *Treaty Series*, Vol. 75, Nr. 970-9973

[96] A/32/144, Anhang I und II

13. *nimmt zur Kenntnis*, daß der Namibia-Rat der Vereinten Nationen im Namen Namibias die Seerechtskonvention der Vereinten Nationen[97] und die Schlußakte der Dritten Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen[98] unterzeichnet hat;

14. *beschließt*, daß der Namibia-Rat der Vereinten Nationen den Auftrag hat,

a) die politischen, militärischen und sozialen Aspekte der Fortschritte des Befreiungskampfes in Namibia zu überprüfen und in regelmäßigen Abständen Berichte darüber zu erstellen;

b) unter Berücksichtigung des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs vom 21. Juni 1971[97] die Einhaltung der einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen zu Namibia durch die Mitgliedstaaten zu untersuchen;

c) die Aktivitäten in Namibia tätiger ausländischer Wirtschaftsinteressen zu prüfen, um der Generalversammlung geeignete Maßnahmen zu empfehlen, mit denen die Unterstützung, die diese ausländischen Wirtschaftsinteressen der illegalen südafrikanischen Verwaltung in Namibia zukommen lassen, neutralisiert werden kann;

d) weiterhin die Frage der Ausbeutung von namibischem Uran und des Handels damit durch ausländische Wirtschaftsinteressen zu prüfen und der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung über die Ergebnisse zu berichten;

e) die Regierungen von Staaten, deren öffentliche oder private Unternehmen in Namibia tätig sind, auf die Illegalität dieser Tätigkeit hinzuweisen;

f) Konsultationsdelegationen in Staaten zu entsenden, deren Unternehmen in Namibia investiert haben, um mit ihnen alle möglichen Maßnahmen durchzugehen, durch die diese Unternehmen von der Fortsetzung derartiger Investitionen abgehalten werden können;

g) mit den Verwaltungs- und Leitungsgremien in Namibia tätiger ausländischer Unternehmen Verbindung aufzunehmen, um sie über die Ungesetzlichkeit ihrer Tätigkeit in Namibia aufzuklären;

h) mit den Sonderorganisationen* und anderen mit den Vereinten Nationen assoziierten internationalen Organisationen, insbesondere dem Internationalen Währungsfonds, Verbindung aufzunehmen, um Namibias Interessen zu schützen;

i) die Sonderorganisationen* auf die vom Namibia-Rat der Vereinten Nationen am 27. September 1974 erlassene Verordnung Nr. 1 über den Schutz der natürlichen Ressourcen Namibias[91] aufmerksam zu machen;

j) alle Maßnahmen zu ergreifen – darunter unter Umständen auch die Einleitung von Gerichtsverfahren vor den Gerichten eines Staates bzw. anderen geeigneten Stellen –, um die Einhaltung der Bestimmungen der Verordnung Nr. 1 über den Schutz der natürlichen Ressourcen Namibias zu gewährleisten;

k) Anhörungen, Seminare und Werkstattgespräche zur Sammlung sachdienlicher Informationen über die Ausbeutung des Volkes und der Ressourcen Namibias durch südafrikanische und andere ausländische Interessen zu veranstalten und derartige Aktivitäten aufzudecken;

l) regionale Symposien über die Lage in Namibia durchzuführen, um die aktive Unterstützung für die Sache Namibias zu intensivieren;

m) Berichte über die politische, wirtschaftliche, militärische, rechtliche und soziale Lage in und im Zusammenhang mit Namibia auszuarbeiten und zu veröffentlichen;

n) die territoriale Integrität Namibias als eines unteilbaren Staates unter Einschluß der Walvis Bay und der der Küste Namibias vorgelagerten Inseln zu sichern;

15. *ersucht* den Generalsekretär, im Einklang mit den vom Namibia-Rat der Vereinten Nationen erstellten Richtlinien die Ausarbeitung eines mit einem Index versehenen Nachschlagewerks über die in Namibia tätigen transnationalen Unternehmen abzuschließen;

16. *beschließt*, in dem den Namibia-Rat der Vereinten Nationen betreffenden Teil des Programmhaushalts der Vereinten Nationen ausreichende Mittel für die Finanzierung des Büros der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) in New York vorzusehen, um eine angemessene Vertretung des Volkes von Namibia bei den Vereinten Nationen durch die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) zu gewährleisten;

17. *beschließt*, auch weiterhin die Kosten für die Vertreter der Südwestafrikanischen Volksorganisation zu tragen, wann immer der Namibia-Rat der Vereinten Nationen dies beschließt;

18. *ersucht* den Namibia-Rat der Vereinten Nationen, bei der Ausarbeitung und Durchführung seines Arbeitsprogramms sowie bei allen das namibische Volk betreffenden Fragen weiterhin die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) zu konsultieren;

19. *ersucht* den Generalsekretär, im Hinblick auf eine einfachere Finanzberichterstattung an den Namibia-Rat der Vereinten Nationen dafür zu sorgen, daß die Rechnungslegung in dem den Rat betreffenden Teil des Programmhaushalts von der im Ratsbericht an die siebenunddreißigste Generalversammlungstagung beschriebenen Arbeit des Rats ein genaues Bild vermittelt[85];

20. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, für die Einrichtung eines geeigneten Rechnungslegungssystems zu sorgen, das es dem Rat in seiner Eigenschaft als rechtmäßige Verwaltungsbehörde Namibias ermöglicht, sich rasch umfassende finanzielle Daten über Projekte zu beschaffen, für die der Rat unmittelbar verantwortlich ist;

21. *ersucht* den Generalsekretär, in Absprache mit dem Präsidenten des Namibia-Rats der Vereinten Nationen den Bedarf aller den Rat betreuenden Einheiten an Personal und Einrichtungen zu überprüfen, damit der Rat allen ihm aus seinem Mandat erwachsenden Aufgaben und Funktionen in jeder Weise nachkommen kann;

22. *ersucht* den Generalsekretär, das Büro des Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen für Namibia mit den erforderlichen Ressourcen auszustatten, damit dieses unter der Leitung des Namibia-Rats der Vereinten Nationen die Hilfsprogramme und -dienste für Namibier, die Durchführung der Verordnung Nr. 1 über den Schutz der natürlichen Ressourcen Namibias, die Ausarbeitung von Wirtschafts- und Rechtsstudien und die derzeitigen Aktivitäten dieses

* Vgl. die Fußnote auf S.

[97] *Official Records of the Third United Nations Conference on the Law of the Sea*, Vol. XVII, Dokument A/CONF.62/122

[98] *Ebd.*, Dokument A/CONF.62/121

Büros zur Verbreitung von Informationen ausbauen bzw. vorantreiben kann;

23. *ersucht* den Namibia-Rat der Vereinten Nationen, im Zuge der Erfüllung seiner Aufgaben als der rechtmäßigen Verwaltungsbehörde für Namibia, wann immer ihm dies notwendig erscheint, Plenartagungen außerhalb des Amtssitzes zu veranstalten, und ersucht den Generalsekretär, für die Kosten dieser Tagungen aufzukommen und die erforderlichen Mitarbeiter und Dienstleistungen dafür zur Verfügung zu stellen;

24. *beschließt*, im Laufe des Jahres 1983 am Sitz der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur in Paris eine Internationale Konferenz zur Unterstützung des Unabhängigkeitskampfes des namibischen Volkes abzuhalten;

25. *ersucht* den Generalsekretär, die obengenannte Konferenz in Zusammenarbeit mit dem Namibia-Rat der Vereinten Nationen und in Absprache mit der Organisation der afrikanischen Einheit zu organisieren und zu diesem Zweck in Absprache mit dem Namibia-Rat der Vereinten Nationen einen Generalsekretär der Konferenz zu ernennen sowie andere für die Konferenz erforderliche Mitarbeiter und Dienstleistungen zu Verfügung zu stellen.

113. Plenarsitzung
20. Dezember 1982

D

Verbreitung von Informationen und Mobilisierung der Weltöffentlichkeit zur Unterstützung Namibias

Die Generalversammlung,

nach Prüfung des Berichts des Namibia-Rats der Vereinten Nationen[85],

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 36/121 A bis F vom 10. Dezember 1981 und alle anderen einschlägigen Resolutionen und Beschlüsse der Vereinten Nationen zu Namibia,

unter Berücksichtigung der Namibia-Erklärung und des Aktionsprogramms von Aruscha[5], die am 13. Mai 1982 vom Namibia-Rat auf seiner außerordentlichen Plenartagung in Aruscha (Vereinigte Republik Tansania) verabschiedet wurden,

nachdrücklich darauf hinweisend, daß das Bewußtsein der Weltöffentlichkeit im Hinblick auf eine wirksame Unterstützung des namibischen Volkes in seinem rechtmäßigen Kampf um Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit in einem geeinten Namibia unter der Führung der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) durch intensivere Bemühungen unbedingt ständig wachgehalten werden muß,

im Hinblick auf die wichtige Rolle der nichtstaatlichen Organisationen bei der Verbreitung von Informationen über Namibia und bei der Mobilisierung der Weltöffentlichkeit zur Unterstützung der Sache Namibias,

unter erneutem Hinweis auf die Bedeutung der Öffentlichkeitsarbeit als Mittel zur Erfüllung des dem Namibia-Rat der Vereinten Nationen von der Generalversammlung übertragenen Mandats und in Anbetracht der dringenden Notwendigkeit verstärkter Bemühungen der dem Sekretariat angehörenden Hauptabteilung Presse und Information um Unterrichtung der Weltöffentlichkeit über alle Aspekte der Namibia-Frage im Einklang mit den vom Rat formulierten Richtlinien,

1. *ersucht* den Namibia-Rat der Vereinten Nationen, im Rahmen seiner internationalen Kampagne zur Unterstützung Namibias auch weiterhin zu prüfen, auf welche Weise die Verbreitung von Informationen über Namibia verstärkt werden kann;

2. *ersucht* den Generalsekretär dafür zu sorgen, daß die Hauptabteilung Presse und Information des Sekretariats in ihrer gesamten Tätigkeit zur Verbreitung von Informationen über Namibia die vom Namibia-Rat der Vereinten Nationen als der rechtmäßigen Verwaltungsbehörde Namibias niedergelegten Richtlinien befolgt;

3. *ersucht* den Generalsekretär, die Hauptabteilung Presse und Information anzuweisen, zusätzlich zu ihren Aufgaben im Zusammenhang mit dem südlichen Afrika mit Vorrang den Namibia-Rat der Vereinten Nationen bei der Durchführung seines Programms zur Verbreitung von Informationen zu unterstützen, damit die Vereinten Nationen ihre Bemühungen um Publizität und die Verbreitung von Informationen mit dem Ziel verstärken können, vor allem in den westlichen Staaten die Unterstützung der Öffentlichkeit für die Unabhängigkeit Namibias zu gewinnen;

4. *ersucht* den Generalsekretär, der gemäß Ziffer 24 der vorstehenden Resolution C einberufenen und demnächst stattfindenden Internationalen Konferenz zur Unterstützung des Unabhängigkeitskampfes des namibischen Volkes mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, darunter auch Sonderpublikationen, Pressemitteilungen sowie Rundfunk- und Fernsehsendungen, eine möglichst große Publizität zu verschaffen;

5. *beschließt*, ihre internationale Kampagne zur Unterstützung der Sache Namibias zu intensivieren und die Kollusion bestimmter westlicher Staaten mit den südafrikanischen Rassisten aufzudecken und anzuprangern, und ersucht den Namibia-Rat der Vereinten Nationen zu diesem Zweck, in sein Programm zur Verbreitung von Informationen im Jahr 1983 folgende Aktivitäten mitaufzunehmen:

a) die Herstellung und Verbreitung von Publikationen über die politischen, wirtschaftlichen, militärischen und sozialen Folgen der unrechtmäßigen Besetzung Namibias durch Südafrika wie auch über Rechtsfragen und die Frage der territorialen Integrität Namibias;

b) die Produktion und Ausstrahlung von Rundfunkprogrammen in deutscher, englischer, französischer und spanischer Sprache, die die Weltöffentlichkeit auf die derzeitige Lage in Namibia aufmerksam machen sollen;

c) die Herstellung von Material für die Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen von Rundfunk- und Fernsehsendungen;

d) die Aufgabe von Anzeigen in Zeitungen und Zeitschriften;

e) die Herstellung von Filmen, Tonbildschauen und Dia-Serien über Namibia;

f) die Herstellung und Verbreitung von Plakaten;

g) die volle Nutzung der durch Pressemitteilungen, Pressekonferenzen und Informationssitzungen gebotenen Möglichkeiten, damit der Öffentlichkeit ständig Informationen über alle Aspekte der Namibiafrage zufließen;

h) die Herstellung und Verbreitung einer detaillierten Wirtschaftskarte Namibias;

i) die Herstellung und umfassende Verbreitung von Broschüren

i) mit dem Wortlaut der offiziellen Erklärungen des Rates;

ii) mit gemeinsamen Kommuniqués und von Konsultationsdelegationen des Rates herausgegebenen Pressemitteilungen;

iii) mit Resolutionen der Generalversammlung und des Sicherheitsrats zu Namibia zusammen mit einschlägigen Auszügen aus Versammlungsresolutionen über die Frage in Namibia tätiger ausländischer Wirtschaftsinteressen und über militärische Aktivitäten in Namibia;

j) die Publizität für ein mit einem Index ausgestattetes Handbuch über in Namibia tätige transnationale Unternehmen und Verbreitung dieses Handbuchs;

k) die Ausarbeitung und Verbreitung einer Broschüre auf der Grundlage einer Studie über die Durchführung der vom Rat am 27. September 1974 erlassenen Verordnung Nr. 1 über den Schutz der natürlichen Ressourcen Namibias[97];

l) den Erwerb von Büchern, Broschüren und anderen Namibia betreffenden Unterlagen zur weiteren Verbreitung;

6. *ersucht* den Namibia-Rat der Vereinten Nationen, in Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Presse und Information anläßlich der Internationalen Konferenz zur Unterstützung des Unabhängigkeitskampfes des namibischen Volkes ein internationales Seminar unter Beteiligung der Leiter von Massenmedien zu organisieren, um den Massenmedien klarer vor Augen zu führen, daß die Öffentlichkeitsarbeit zur Namibia-Frage, insbesondere zu ihren politischen, wirtschaftlichen und militärischen Aspekten, verstärkt werden muß;

7. *ersucht* den Generalsekretär, in Absprache mit dem Namibia-Rat der Vereinten Nationen den vom Rat ausgewählten Veröffentlichungen über Namibia Bestellnummern zuzuweisen;

8. *ersucht* den Generalsekretär, dem Namibia-Rat der Vereinten Nationen das Arbeitsprogramm der Hauptabteilung Presse und Information für das Jahr 1983 für die Aktivitäten zur Verbreitung von Informationen über Namibia zukommen zu lassen und dem Rat danach regelmäßig über die in Angriff genommenen Programme mit Einzelheiten über die dadurch entstandenen Kosten zu berichten;

9. *ersucht* den Generalsekretär, in dem die Hauptabteilung Presse und Information betreffenden Teil der Programmhaushaltsvorlage der Vereinten Nationen für den Zweijahreszeitraum 1984-1985 alle mit der Verbreitung von Informationen über Namibia zusammenhängenden Aktivitäten der Hauptabteilung unter einem einzigen Titel zusammenzufassen;

10. *ersucht* die Mitgliedstaaten, über ihre nationalen Rundfunk- und Fernsehanstalten Programme auszustrahlen und in ihren offiziellen Presseorganen Informationen zu veröffentlichen, durch die die Bevölkerung ihres Landes über die Lage in Namibia und die Pflicht der Staaten und Völker unterrichtet wird, die Namibier in ihrem Unabhängigkeitskampf zu unterstützen;

11. *fordert* den Namibia-Rat der Vereinten Nationen *auf*, sich in seinen Bemühungen um die Mobilisierung der Weltöffentlichkeit zur Unterstützung des Befreiungskampfes des namibischen Volkes und seiner Befreiungsbewegung, der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), um die Unterstützung der nichtstaatlichen Organisationen zu bemühen;

12. *ersucht* den Namibia-Rat der Vereinten Nationen, am Ende der Internationalen Konferenz zur Unterstützung des Unabhängigkeitskampfes des namibischen Volkes ein Werkstattgespräch für mit der Namibiafrage befaßte nichtstaatliche Organisationen zu veranstalten, auf dem diese Organisationen prüfen, welchen Beitrag sie zur Durchführung der Beschlüsse der Konferenz leisten können;

13. *ersucht* diejenigen nichtstaatlichen Organisationen und Sympathisantengruppen, die den Kampf des namibischen Volkes unter der Führung seiner einzigen wahren Vertretung, der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), aktiv unterstützen, in Zusammenarbeit mit dem Namibia-Rat der Vereinten Nationen ihre internationalen Maßnahmen zur Unterstützung des Befreiungskampfes des namibischen Volkes zu intensivieren und dabei auch den Rat bei der Überwachung des mit Generalversammlungsresolution ES-8/2 vom 14. September 1981 geforderten Boykotts Südafrikas zu unterstützen;

14. *beschließt* die Zuweisung eines Betrags von 200.000 US-Dollar an den Namibia-Rat der Vereinten Nationen zur Durchführung seines Kooperationsprogramms mit nichtstaatlichen Organisationen, das vorbehaltlich eines vom Rat auf Empfehlung der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) in jedem Einzelfall zu fassenden Beschlusses auch die Unterstützung der von diesen Organisationen veranstalteten Solidaritätskonferenzen für Namibia, die Bekanntmachung der Ergebnisse dieser Konferenzen und die Unterstützung anderer Aktivitäten zur Förderung der Sache des Befreiungskampfes des namibischen Volks umfaßt.

113. Plenarsitzung
20. Dezember 1982

E

Namibia-Fonds der Vereinten Nationen

Die Generalversammlung,

nach Prüfung der den Namibia-Fonds der Vereinten Nationen betreffenden Teile des Berichts des Namibia-Rats der Vereinten Nationen[99],

unter Hinweis auf ihre Resolution 2679 (XXV) vom 9. Dezember 1970, mit der sie die Errichtung des Namibia-Fonds der Vereinten Nationen beschloß,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 3112 (XXVIII) vom 12. Dezember 1973, mit der sie den Namibia-Rat der Vereinten Nationen als Treuhänder des Namibia-Fonds der Vereinten Nationen einsetzte,

unter Hinweis auf ihre Resolution 31/153 vom 20. Dezember 1976, mit der sie die Einleitung des Programms für den Aufbau der namibischen Nation beschloß,

weiterhin unter Hinweis auf ihre Resolution 34/92 A vom 12. Dezember 1979, mit der sie die Satzung des Namibia-Instituts der Vereinten Nationen billigte[100],

---

[99] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 24* (A/37/24), Zweiter Teil, Abschnitt X und XI B

[100] *Ebd., Vierunddreißigste Tagung, Beilage 24* (A/34/24), Anhang XXXII

1. *nimmt Kenntnis* von den diesbezüglichen Teilen des Berichts des Namibia-Rats der Vereinten Nationen;

2. *dankt* allen Staaten, Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen sowie den Personen, die freiwillige Beiträge zum Namibia-Fonds der Vereinten Nationen, zum Namibia-Institut der Vereinten Nationen und zum Programm zum Aufbau der namibischen Nation geleistet haben und fordert sie auf, die auf diesem Wege geleistete Hilfe für die Namibier zu erhöhen;

3. *beschließt*, dem Namibia-Fonds der Vereinten Nationen aus dem ordentlichen Haushalt der Vereinten Nationen für das Jahr 1983 vorläufig den Betrag von 1 Million US-Dollar zuzuweisen;

4. *bittet* die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen *eindringlich*, bei aus dem Namibia-Fonds der Vereinten Nationen und anderen Quellen finanzierten Projekten zugunsten von Namibiern auf Programmunterstützungskosten zu verzichten;

5. *ersucht* den Generalsekretär und den Präsidenten des Namibia-Rats der Vereinten Nationen, Regierungen, zwischenstaatliche und nichtstaatliche Organisationen und Einzelpersonen verstärkt zur Leistung großzügiger freiwilliger Beiträge auf das allgemeine Konto des Namibia-Fonds der Vereinten Nationen wie auch auf die Sonderkonten für das Programm zum Aufbau der namibischen Nation und des Namibia-Instituts der Vereinten Nationen aufzurufen und unterstreicht in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit der Leistung von Beiträgen, damit die Zahl der im Rahmen des Namibia-Fonds der Vereinten Nationen gewährten Stipendien erhöht werden kann;

6. *bittet* die Regierungen, die Organisationen und Einrichtungen ihrer Länder erneut zu freiwilligen Beiträgen zugunsten des Namibia-Fonds der Vereinten Nationen aufzurufen;

7. *beschließt*, daß die Namibier in erster Linie durch den Namibia-Fonds der Vereinten Nationen, darunter auch durch den Treuhandfonds des Programms zum Aufbau der namibischen Nation und das Namibia-Institut der Vereinten Nationen unterstützt werden sollen;

8. *beschließt*, daß Namibier auch weiterhin Unterstützung durch das Bildungs- und Ausbildungsprogramm der Vereinten Nationen für das südliche Afrika und den Treuhandfonds der Vereinten Nationen für Südafrika erhalten können;

9. *ersucht* die Sonderorganisationen* und anderen Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen, die Planung und Einleitung neuer Maßnahmen zur Unterstützung von Namibiern im Rahmen des Programms zum Aufbau der namibischen Nation und des Namibia-Instituts der Vereinten Nationen vorzunehmen;

10. *ersucht* die Sonderorganisationen* und anderen Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen, angesichts des dringend erforderlichen Ausbaus des Hilfsprogramms für das namibische Volk alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die Durchführung von Projekten im Rahmen des Programms zum Aufbau der namibischen Nation und anderer Projekte zugunsten von Namibiern zu beschleunigen und diese Projekte mit Hilfe von Verfahren durchzuführen, die die Rolle des Namibia-Rats der Vereinten Nationen als der rechtmäßigen Verwaltungsbehörde Namibias reflektieren;

11. *dankt* dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge für seine Bemühungen um die Unterstützung namibischer Flüchtlinge und ersucht ihn, angesichts der erheblich gestiegenen Zahl namibischer Flüchtlinge seine Bemühungen zu verstärken;

12. *beschließt*, daß der Namibia-Rat der Vereinten Nationen den Auftrag hat,

a) auch weiterhin Politiken zur Unterstützung der Namibier aufzustellen und die Hilfe der Sonderorganisationen* sowie der anderen Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen für Namibia zu koordinieren;

b) auch weiterhin als Treuhänder des Namibia-Fonds der Vereinten Nationen zu fungieren und in dieser Eigenschaft den Fonds zu verwalten und zu leiten;

c) auch weiterhin allgemeine Richtlinien zu erstellen sowie die Grundsätze und Politiken des Namibia-Instituts der Vereinten Nationen zu formulieren;

d) auch weiterhin in Absprache mit der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) das Programm zum Aufbau der namibischen Nation zu koordinieren, zu planen und zu leiten, damit alle Hilfsmaßnahmen der Sonderorganisationen* sowie der anderen Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen zu einem einzigen, umfassenden Hilfsprogramm konsolidiert werden;

e) bei der Ausarbeitung und Durchführung von Hilfsprogrammen für Namibier auch weiterhin die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) zu konsultieren;

f) der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung über mit dem Namibia-Fonds der Vereinten Nationen, dem Namibia-Institut der Vereinten Nationen und dem Programm zum Aufbau der namibischen Nation zusammenhängende Aktivitäten zu berichten;

13. *billigt* die vom Namibia-Rat der Vereinten Nationen auf seiner 391. Sitzung vom 10. November 1982 verabschiedeten Änderungen der Charta des Namibia-Instituts der Vereinten Nationen[101];

14. *beglückwünscht* das Namibia-Institut der Vereinten Nationen zu den erfolgreichen Ausbildungsprogrammen für Namibier und zu seiner Forschungsarbeit über Namibia, die zum Freiheitskampf des namibischen Volkes und zur Errichtung eines unabhängigen Staates Namibia einen maßgeblichen Beitrag leisten;

15. *ersucht* den Namibia-Rat der Vereinten Nationen, die durch das Namibia-Institut der Vereinten Nationen erfolgende Ausarbeitung eines umfassenden Handbuchs über Namibia, das nach der vom Rat aufgestellten Gliederung alle Aspekte der Namibia-Frage behandelt, mit denen die Vereinten Nationen sich seit ihrer Gründung befaßt haben, zum Abschluß zu bringen und dieses Handbuch möglichst bald veröffentlichen zu lassen;

16. *begrüßt* den guten Fortgang in der Verwirklichung derjenigen Teile des Programms zum Aufbau der namibischen Nation, die die Zeit vor der Unabhängigkeit betreffen, und ersucht den Namibia-Rat der Vereinten Nationen, zu gegebener Zeit Politiken und Eventualpläne für die Programmphasen der Übergangszeit sowie der Zeit nach der Unabhängigkeit auszuarbeiten und zu behandeln;

* Vgl. die Fußnote auf S. 15

[101] *Ebd., Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 24* (A/37/24), Anhang IV

17. *ersucht* das Namibia-Institut der Vereinten Nationen, in Zusammenarbeit mit der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), dem Büro des Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen für Namibia und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen ein umfassendes Dokument über alle Aspekte der Wirtschaftsplanung in einem unabhängigen Namibia zu erstellen, und ersucht den Generalsekretär, auf dem Weg über das Büro des Sonderbeauftragten bei der Ausarbeitung dieses Dokuments die entsprechende fachliche Unterstützung bereitzustellen;

18. *ersucht* den Namibia-Rat der Vereinten Nationen, in Absprache mit dem Büro des Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen für Namibia eine demographische Untersuchung der namibischen Bevölkerung und eine Untersuchung ihres Bildungs- und Ausbildungsbedarfs zu erstellen;

19. *bittet* die Sonderorganisationen* und anderen Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen eindringlich, das Namibia-Institut der Vereinten Nationen bei seinen Bemühungen um den Ausbau seines Arbeitsprogramms voll zu unterstützen;

20. *dankt* allen Sonderorganisationen* und anderen Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen, die Beiträge zum Programm zum Aufbau der namibischen Nation geleistet haben, und fordert sie auf, sich weiterhin an dem Programm zu beteiligen, indem sie

a) vom Namibia-Rat der Vereinten Nationen gebilligte Projekte durchführen;

b) auf Ersuchen des Rats neue Projektvorschläge ausarbeiten;

c) aus ihren eigenen finanziellen Ressourcen Mittel für die Durchführung der vom Rat gebilligten Projekte zur Verfügung stellen;

21. *dankt* dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen für seinen Beitrag zur Finanzierung und Verwaltung des Programms zum Aufbau der namibischen Nation und fordert es auf, auf Ersuchen des Namibia-Rats der Vereinten Nationen auch weiterhin Mittel aus dem Betrag der Planungsleitzahl für Namibia für die Durchführung der Projekte im Rahmen des Programms zum Aufbau der namibischen Nation bereitzustellen und die Planungsleitzahl für Namibia zu erhöhen;

22. *ersucht* den Generalsekretär, dem Büro des Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen für Namibia auch weiterhin die erforderlichen Ressourcen für die Erfüllung der Aufgaben zur Verfügung zu stellen, die ihm als Koordinierungsbehörde für die Durchführung des Programms zum Aufbau der namibischen Nation vom Namibia-Rat der Vereinten Nationen übertragen wurden.

113. Plenarsitzung
20. Dezember 1982

37/253 – Zypernfrage[102]

Die Generalversammlung,

nach Behandlung der Zypernfrage,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3212 (XXIX) vom 1. November 1974 und ihre anschließenden Resolutionen zur Zypernfrage,

unter Hinweis auf die auf hoher Ebene getroffenen Vereinbarungen vom 12. Februar 1977 und 19. Mai 1979,

in Bekräftigung des Grundsatzes der Unzulässigkeit der gewaltsamen Besetzung und Aneignung von Gebieten,

in großer Sorge über das Anhalten der Zypernkrise, die eine ernste Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

mit tiefem Bedauern darüber, daß die Resolutionen der Vereinten Nationen über Zypern noch nicht durchgeführt worden sind,

unter Hinweis auf den Vorschlag, eine internationale Konferenz über Zypern abzuhalten,

die Tatsache beklagend, daß Teile der Republik Zypern noch immer von fremden Streitkräften besetzt sind,

den Umstand beklagend, daß in den Gesprächen zwischen den Volksgruppen noch keine Fortschritte erzielt worden sind,

alle einseitigen Maßnahmen *beklagend*, die die Bevölkerungsstruktur Zyperns verändern bzw. die Schaffung vollendeter Tatsachen begünstigen,

erneut erklärend, daß das Zypernproblem im Einklang mit den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und den diesbezüglichen Resolutionen der Vereinten Nationen ohne weitere Verzögerung durch friedliche Mittel gelöst werden muß,

1. *wiederholt erneut* ihre volle Unterstützung für die Souveränität, Unabhängigkeit, territoriale Integrität, Einheit und Nichtgebundenheit der Republik Zypern und fordert erneut die Beendigung jeder fremden Einmischung in ihre Angelegenheiten;

2. *bekräftigt* das Recht der Republik Zypern und ihrer Bevölkerung auf volle und effektive Souveränität und Kontrolle über das gesamte Territorium Zyperns sowie über ihre natürlichen und sonstigen Ressourcen und fordert alle Staaten auf, der Regierung der Republik Zypern ihre Unterstützung und Hilfe zu gewähren, damit sie diese Rechte ausüben kann;

3. *verurteilt* jede Handlung, die die volle und wirksame Ausübung der obengenannten Rechte tendenziell unterminiert, darunter auch die unrechtmäßige Vergabe von Eigentumstiteln;

4. *begrüßt* den vom Präsidenten der Republik Zypern geäußerten Vorschlag einer vollständigen Entmilitarisierung;

5. *äußert ihre Unterstützung* für die auf hoher Ebene getroffenen Vereinbarungen vom 12. Februar 1977 und 19. Mai 1979 mit allen darin enthaltenen Bestimmungen;

6. *verlangt* die unverzügliche und effektive Durchführung der von der Generalversammlung einstimmig verabschiedeten Resolution 3212 (XXIX), der sich der Sicherheitsrat in seiner Resolution 365 (1974) vom 13. Dezember 1974 angeschlossen hat, sowie der anschließenden Resolutionen der Versammlung und des Rats zu Zypern, die eine brauchbare und wesentliche Grundlage für die Lösung des Zypernproblems darstellen;

7. *betrachtet* den Abzug aller Besatzungsstreitkräfte aus der Republik Zypern als entscheidende Grundlage für ein rasche und für alle Seiten annehmbare Lösung des Zypernproblems;

* Vgl. die Fußnote auf S. 15

[102] Vgl. auch Abschnitt X.B.3, Beschluß 37/455

8. *verlangt* den unverzüglichen Abzug aller Besatzungsstreitkräfte aus der Republik Zypern;

9. *begrüßt* die verstärkten Bemühungen des Generalsekretärs und stellt gleichzeitig mit Besorgnis fest, daß in den Gesprächen zwischen den Volksgruppen keine Fortschritte erzielt worden sind;

10. *fordert* sinnvolle, auf Ergebnisse abzielende und konstruktive, von den einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen und den Vereinbarungen auf hoher Ebene ausgehende, unbehinderte und auf der Grundlage der Gleichberechtigung geführte Sachverhandlungen zwischen den Vertretern der beiden Volksgruppen unter der Schirmherrschaft des Generalsekretärs mit dem Ziel, so bald wie möglich zum Abschluß eines für alle Seiten annehmbaren, auf den legitimen Grundrechten der beiden Volksgruppen aufbauenden Abkommens zu gelangen;

11. *fordert* zur Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten aller Zyprer *auf*, einschließlich des Rechts auf Freizügigkeit, der freien Wahl des Wohnsitzes und des Rechts auf Grundbesitz sowie einschließlich dringender Maßnahmen für die freiwillige und sichere Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimstätten;

12. *vertritt die Auffassung*, daß nicht zugelassen werden darf, daß die durch Waffengewalt geschaffene faktische Lage die Lösung des Zypernproblems beeinflußt oder in irgendeiner Weise beeinträchtigt;

13. *fordert* die beteiligten Parteien *auf*, alle einseitigen Handlungen zu unterlassen, die die Aussichten auf eine gerechte und dauerhafte Lösung des Zypernproblems mit friedlichen Mitteln beeinträchtigen könnten, und den Generalsekretär bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben aufgrund der diesbezüglichen Resolutionen der Generalversammlung und des Sicherheitsrats sowie die Friedenssicherungsstreitkräfte der Vereinten Nationen auf Zypern voll zu unterstützen;

14. *fordert* die beteiligten Parteien *auf*, jede Handlung zu unterlassen, die eine Verletzung der Unabhängigkeit, Einheit, Souveränität und territorialen Integrität der Republik Zypern darstellt oder auf eine solche Verletzung abzielt;

15. *wiederholt erneut* ihre Empfehlung, daß der Sicherheitsrat die Frage der Durchführung seiner diesbezüglichen Resolutionen im Rahmen eines vorgegebenen Zeitplans prüfen und im Anschluß daran erforderlichenfalls über alle geeigneten und praktikablen in der Charta der Vereinten Nationen vorgesehenen Maßnahmen zur Gewährleistung der raschen und effektiven Durchführung der Resolutionen der Vereinten Nationen über Zypern beraten und beschließen sollte;

16. *begrüßt* die vom Generalsekretär in seinem Bericht[103] geäußerte Absicht, sich erneut persönlich für die Herbeiführung einer Lösung des Zypernproblems einzusetzen, und ersucht den Generalsekretär daher, im Rahmen des ihm vom Sicherheitsrat übertragenen Auftrags der guten Dienste alle ihm geeignet erscheinenden Maßnahmen bzw. Initiativen zur Förderung einer gerechten und dauerhaften Lösung des Problems zu ergreifen und der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung über die Ergebnisse seiner Bemühungen zu berichten;

17. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Zypernfrage" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung und ersucht den Generalsekretär, die Durchführung der vorliegenden Resolution zu verfolgen und der Generalversammlung auf der genannten Tagung über alle diesbezüglichen Aspekte zu berichten.

121. Plenarsitzung
13. Mai 1983

[103] A/37/805 mit Korr.

III. RESOLUTIONEN AUFGRUND DER BERICHTE DES ERSTEN AUSSCHUSSES[1]

ÜBERSICHT

Nummer	*Titel*	*Punkt*	*Datum*	*Seite*
37/70	Wirtschaftliche und soziale Folgen des Wettrüstens und dessen äußerst nachteilige Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit (A/37/651)	39	9. Dezember 1982	61
37/71	Durchführung der Generalversammlungsresolution 36/85 über die Unterzeichnung und Ratifizierung des Zusatzprotokolls I zum Vertrag über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco) (A/37/653)	41	9. Dezember 1982	61
37/72	Einstellung aller Kernwaffenversuchsexplosionen (A/37/654)	42	9. Dezember 1982	62
37/73	Dringende Notwendigkeit eines Vertrags zum umfassenden Verbot von Kernversuchen (A/37/654)	43	9. Dezember 1982	63
37/74	Verwirklichung der Erklärung über die Entnuklearisierung Afrikas (A/37/656)			
	A. Verwirklichung der Erklärung	44	9. Dezember 1982	64
	B. Nukleare Kapazität Südafrikas	44	9. Dezember 1982	65
37/75	Errichtung einer kernwaffenfreien Zone im Gebiet des Mittleren Ostens (A/37/657)	45	9. Dezember 1982	66
37/76	Errichtung einer kernwaffenfreien Zone in Südasien (A/37/658)	46	9. Dezember 1982	66
37/77	Verbot der Entwicklung und Herstellung neuer Arten von Massenvernichtungswaffen sowie neuer derartiger Waffensysteme (A/37/659)			
	A. Neue Arten von Massenvernichtungswaffen sowie neue derartige Waffensysteme	47	9. Dezember 1982	67
	B. Verzicht auf die Anwendung neuer Entdeckungen sowie wissenschaftlicher und technischer Errungenschaften für militärische Zwecke	47	9. Dezember 1982	68
37/78	Überprüfung der Durchführung der Empfehlungen und Beschlüsse der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung (A/37/662)			
	A. Überprüfung der Durchführung der Empfehlungen und Beschlüsse der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung	50	9. Dezember 1982	68
	B. Internationale Zusammenarbeit mit dem Ziel der Abrüstung	50	9. Dezember 1982	69
	C. Kernwaffen in allen ihren Aspekten	50 *d*)	9. Dezember 1982	70
	D. Abrüstungswoche	50 *c*)	9. Dezember 1982	70
	E. Verbot der nuklearen Neutronenwaffe	50 *g*)	9. Dezember 1982	71
	F. Durchführung der Empfehlungen und Beschlüsse der Zehnten Sondertagung	50 *h*)	9. Dezember 1982	72
	G. Bericht des Abrüstungsausschusses	50 *b*)	9. Dezember 1982	73
	H. Bericht der Abrüstungskommission	50 *a*)	9. Dezember 1982	73
	I. Verhütung eines Atomkriegs	50 *f*)	9. Dezember 1982	74
	J. Nichteinsatz von Kernwaffen und Verhütung eines Atomkriegs	50 *f*)	9. Dezember 1982	74
	K. Überwachung von Abrüstungsübereinkünften und Festigung der internationalen Sicherheit: Vorschlag zur Errichtung einer internationalen Satellitenüberwachungsagentur	50 *e*)	9. Dezember 1982	75
37/79	Konferenz der Vereinten Nationen über das Verbot oder die Einschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, bei denen man davon ausgehen kann, daß sie unnötige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken (A/37/663)	51	9. Dezember 1982	75
37/80	Abschluß einer internationalen Konvention zur Erhöhung der Sicherheit der Nichtkernwaffenstaaten vor dem Einsatz bzw. der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen (A/37/664)	52	9. Dezember 1982	76
37/81	Abschluß wirksamer internationaler Vereinbarungen zur Sicherung der Nichtkernwaffenstaaten vor dem Einsatz bzw. der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen (A/37/665)	53	9. Dezember 1982	77
37/82	Nukleare Rüstung Israels (A/37/668)	56	9. Dezember 1982	78
37/83	Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum (A/37/669)	57	9. Dezember 1982	79

[1] Die Beschlüsse aufgrund der Berichte des Ersten Ausschusses sind in Abschnitt X.B.2 wiedergegeben.

Nummer	Titel	Punkt	Datum	Seite
37/84	Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung (A/37/671)	136	9. Dezember 1982	80
37/85	Sofortige Einstellung und Verbot von Kernwaffenversuchen (A/37/672)	138	9. Dezember 1982	81
37/95	Reduzierung der Militärhaushalte (A/37/652)			
	Resolution A	40	13. Dezember 1982	83
	Resolution B	40	13. Dezember 1982	84
37/96	Verwirklichung der Erklärung des Indischen Ozeans zur Friedenszone (A/37/660)	48	13. Dezember 1982	85
37/97	Weltabrüstungskonferenz (A/37/661)	49	13. Dezember 1982	86
37/98	Chemische und bakteriologische (biologische) Waffen (A/37/666)			
	A. Verbot chemischer und bakteriologischer Waffen	54	13. Dezember 1982	87
	B. Chemische und bakteriologische (biologische) Waffen	54	13. Dezember 1982	88
	C. Chemische und bakteriologische (biologische) Waffen	54	13. Dezember 1982	88
	D. Vorläufige Verfahren zur Wahrung der Autorität des Genfer Protokolls von 1925	54	13. Dezember 1982	89
	E. Chemische und bakteriologische (biologische) Waffen	54	13. Dezember 1982	90
37/99	Allgemeine und vollständige Abrüstung (A/37/667)			
	A. Nichtstationierung von Kernwaffen auf dem Territorium von Staaten, in denen sich gegenwärtig keine solchen Waffen befinden	55 *d*)	13. Dezember 1982	90
	B. Bericht der unabhängigen Kommission für Abrüstungs- und Sicherheitsfragen	55	13. Dezember 1982	90
	C. Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und Anwendung von radiologischen Waffen	55 *a*)	13. Dezember 1982	91
	D. Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum und Verbot von Antisatellitensystemen	55 *b*)	13. Dezember 1982	92
	E. Verbot der Produktion von spaltbarem Material für Rüstungszwecke	55 *e*)	13. Dezember 1982	92
	F. Überprüfung und Ergänzung der umfassenden Studie über die Frage kernwaffenfreier Zonen in allen ihren Aspekten	55	13. Dezember 1982	93
	G. Maßnahmen zur Bereitstellung objektiver Informationen über Militärpotentiale	55	13. Dezember 1982	93
	H. Zweite Überprüfungskonferenz der Parteien des Vertrags über das Verbot der Anbringung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und im Meeresuntergrund	55	13. Dezember 1982	94
	I. Überprüfungskonferenz der Vertragsparteien der Konvention über das Verbot der Verwendung umweltverändernder Techniken zu militärischen oder sonstigen feindseligen Zwecken	55	13. Dezember 1982	94
	J. Forschung und Entwicklung für militärische Zwecke	55	13. Dezember 1982	95
	K. Institutionelle Vorkehrungen für den Abrüstungsprozeß	55 *c*)	13. Dezember 1982	96
37/100	Überprüfung und Verwirklichung des Abschließenden Dokuments der Zwölften Sondertagung der Generalversammlung (A/37/670)			
	A. Einfrieren von Kernwaffen	133	13. Dezember 1982	97
	B. Einfrieren von Kernwaffen	133	13. Dezember 1982	97
	C. Konvention über das Verbot des Einsatzes von Kernwaffen	133	13. Dezember 1982	98
	D. Vertrauensbildende Maßnahmen	133	13. Dezember 1982	99
	E. Abrüstung und internationale Sicherheit	133	13. Dezember 1982	100
	F. Regionale Abrüstung	133	13. Dezember 1982	100
	G. Stipendienprogramm der Vereinten Nationen für Abrüstung	133 *c*)	13. Dezember 1982	101
	H. Weltabrüstungskampagne	133 *d*)	13. Dezember 1982	101
	I. Weltabrüstungskampagne	133 *d*)	13. Dezember 1982	102
	J. Weltabrüstungskampagne: Friedens- und Abrüstungsbewegungen	133 *d*)	13. Dezember 1982	102
37/117	Entwicklung und Festigung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen den Staaten (A/37/742)	58	16. Dezember 1982	103
37/118	Überprüfung der Verwirklichung der Erklärung über die Festigung der internationalen Sicherheit (A/37/743)	59	16. Dezember 1982	104
37/119	Durchführung der Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen über kollektive Sicherheit zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit (A/37/744)	137	16. Dezember 1982	106

37/70 – Wirtschaftliche und soziale Folgen des Wettrüstens und dessen äußerst nachteilige Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Punkts "Wirtschaftliche und soziale Folgen des Wettrüstens und dessen äußerst nachteilige Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit",

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 2667 (XXV) vom 7. Dezember 1970, 2831 (XXVI) vom 16. Dezember 1971, 3075 (XXVIII) vom 6. Dezember 1977, 32/75 vom 12. Dezember 1977 und 35/141 vom 12. Dezember 1980,

in tiefer Sorge darüber, daß das Wettrüsten – insbesondere bei Kernwaffen – und die Militärausgaben weiterhin mit alarmierender Geschwindigkeit zunehmen und eine ernste Gefahr für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit darstellen,

ferner unter Hinweis auf die Schlußfolgerung, zu der die Generalversammlung auf ihrer Zwölften Sondertagung, der zweiten Sondertagung über Abrüstung, gelangte[2], daß nämlich zu den gegenwärtigen Wirtschaftsproblemen in bestimmten Staaten u.a. auch die enorme Steigerung der Militärhaushalte beigetragen hat und daß die bestehenden und die geplanten Militärprogramme eine ungeheure Verschwendung wertvoller Ressourcen darstellen, die sonst dafür genutzt werden könnten, den Lebensstandard aller Völker anzuheben und die Probleme zu lösen, denen sich die Entwicklungsländer in ihrem Streben nach wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung gegenübersehen,

in Bekräftigung der Notwendigkeit, daß alle Regierungen und Völker die gegenwärtige Situation im Bereich des Wettrüstens und der Abrüstung kennen und verstehen,

eingedenk der Ziele der von der Generalversammlung auf ihrer Zwölften Sondertagung feierlich eingeleiteten Weltabrüstungskampagne[3], die das öffentliche Interesse und die Unterstützung der Öffentlichkeit für den Abschluß von Abkommen über Maßnahmen zur Rüstungsbegrenzung und zur Abrüstung fördern soll,

weiterhin unter Hinweis auf Ziffer 93 c) des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung[4], der ersten Sondertagung über Abrüstung, in der vorgesehen ist, daß der Generalsekretär der Versammlung in regelmäßigen Abständen Berichte über die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Wettrüstens und dessen äußerst nachteilige Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit vorlegen soll,

in der Auffassung, daß die Ausarbeitung solcher Berichte als Maßnahme zur Vertrauensbildung zwischen Staaten betrachtet werden sollte,

1. *begrüßt* mit Befriedigung den aktualisierten Bericht des Generalsekretärs über die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Wettrüstens und der Militärausgaben[5];

2. *dankt* dem Generalsekretär und der Gruppe beratender Sachverständiger für die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Wettrüstens und der Militärausgaben sowie den Regierungen und internationalen Organisationen, die bei der Aktualisierung des Berichts mitgeholfen haben;

3. *empfiehlt,* daß die Ergebnisse des aktualisierten Berichts der Öffentlichkeit bekanntgemacht und auch bei künftigen Maßnahmen der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Abrüstung berücksichtigt werden sollten;

4. *ersucht* den Generalsekretär, die erforderlichen Vorkehrungen für den Druck des Berichts als Veröffentlichung der Vereinten Nationen zu treffen[5], dem Bericht im Rahmen der Weltabrüstungskampagne Publizität zu verschaffen und dabei auch die bis 1. März 1983 vorgebrachten Auffassungen der Mitgliedstaaten zu dem Bericht zu berücksichtigen;

5. *empfiehlt* allen Regierungen, für eine möglichst weite Verbreitung des Berichts zu sorgen, und ihn wo erforderlich auch in die jeweiligen Landessprachen übersetzen zu lassen;

6. *bittet* die Sonderorganisationen* sowie die zwischenstaatlichen, einzelstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, unter Zuhilfenahme der ihnen zur Verfügung stehenden Einrichtungen und Dienste den Bericht weiten Kreisen bekannt zu machen;

7. *bekräftigt* ihren Beschluß, mit dem Punkt "Wirtschaftliche und soziale Folgen des Wettrüstens und dessen äußerst nachteilige Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit" ständig befaßt zu bleiben und beschließt, ihn auf die vorläufige Tagesordnung ihrer vierzigsten Tagung zu setzen.

98. Plenarsitzung
9. Dezember 1982

37/71 – Durchführung der Generalversammlungsresolution 36/85 über die Unterzeichnung und Ratifizierung des Zusatzprotokolls I zum Vertrag über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco)

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 2286 (XXII) vom 5. Dezember 1967, 3262 (XXIX) vom 9. Dezember 1974, 3473 (XXX) vom 11. Dezember 1975, 32/76 vom 12. Dezember 1977, S-10/2 vom 30. Juni 1978, 33/58 vom 14. Dezember 1978, 34/71 vom 11. Dezember 1979, 35/143 vom 12. Dezember 1980 und 36/83 vom 9. Dezember 1981 über die Unterzeichnung und Ratifizierung des Zusatzprotokolls I zum Vertrag über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco)[6],

mit Rücksicht darauf, daß es innerhalb des Geltungsbereichs dieses Vertrags, dem bereits zweiundzwanzig souveräne Staaten beigetreten sind, einige Territorien gibt, die, obwohl sie keine souveränen politischen Einheiten bilden, trotzdem durch das Zusatzprotokoll I, dem die für diese Territorien de jure oder de facto international verantwortlichen Staaten beitreten können, in den Genuß der aus dem Vertrag entstehenden Vorteile kommen können.

---

[2] *Official Records of the General Assembly, Twelfth Special Session, Annexes,* Tagesordnungspunkte 9, 10, 11, 12 und 13, Dokument A/S-12/32, Ziffer 61

[3] *Ebd.,* Dokument A/S-12/32, Anhang V

[4] Resolution S-10/2

[5] A/37/386. Der Bericht erschien später unter dem Titel *Study on the Economic and Social Consequences of the Arms Race and of Military Expenditures* (Untersuchung über die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Wettrüstens und der Militärausgaben). (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr.E.83.IX.2)

* specialized agencies (etwa: Fachorganisationen) im Sinne von Art. 57 der VN-Charta; in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder mit "Sonderorganisationen" bzw. mit "Spezialorganisationen" wiedergegeben.

[6] Vereinte Nationen, *Treaty Series,* Vol. 634, Nr. 9068, S.326

unter Hinweis darauf, daß das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, das Königreich der Niederlande sowie die Vereinigten Staaten von Amerika 1969, 1971 bzw. 1981 Vertragsparteien des Zusatzprotokolls I geworden sind,

1. *bedauert*, daß der am 2. März 1979 erfolgten Unterzeichnung des Zusatzprotokolls I durch Frankreich noch nicht die entsprechende Ratifizierung gefolgt ist, obwohl inzwischen bereits ein größerer Zeitraum vergangen ist und die Generalversammlung dringende Bitten an Frankreich gerichtet hat;

2. *bittet* Frankreich *eindringlich*, diese so häufig erbetene Ratifizierung nicht länger hinauszuzögern;

3. *beschließt* die Aufnahme des Punkts "Durchführung der Generalversammlungsresolution 37/71 über die Unterzeichnung und Ratifizierung des Zusatzprotokolls I zum Vertrag über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco)" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

98. Plenarsitzung
10. Dezember 1982

37/72 – Einstellung aller Kernwaffenversuchsexplosionen

Die Generalversammlung,

eingedenk der Tatsache, daß die vollständige Einstellung von Kernwaffenversuchen, die seit über fünfundzwanzig Jahren erwogen wird und zu der die Generalversammlung über vierzig Resolutionen verabschiedet hat, eines der Grundziele der Vereinten Nationen im Abrüstungsbereich ist, dessen Verwirklichung sie mehrfach höchsten Vorrang eingeräumt hat,

unter Betonung der Tatsache, daß sie derartige Versuche bei sieben verschiedenen Anlässen mit größtem Nachdruck verurteilt hat und daß sie seit 1974 die Überzeugung äußert, daß die Fortsetzung von Kernwaffenversuchen das Wettrüsten intensivieren und dadurch die Gefahr eines Atomkrieges erhöhen wird,

in erneuter Wiederholung ihrer bereits in mehreren früheren Resolutionen getroffenen Feststellung, daß es – welche Meinungsverschiedenheiten auch immer in der Frage der Verifizierung bestehen mögen – keinen stichhaltigen Grund für eine weitere Verzögerung des Abschlusses eines Übereinkommens über ein umfassendes Verbot von Kernversuchen gibt,

unter Hinweis darauf, daß der Generalsekretär bereits seit 1972 die Auffassung vertritt, daß alle technischen und wissenschaftlichen Aspekte des Problems so vollständig erforscht worden seien, daß für ein endgültiges Übereinkommen lediglich eine politische Entscheidung erforderlich sei, daß angesichts der heutigen Verifizierungsmöglichkeiten eine weitere Verzögerung eines Übereinkommens über das Verbot unterirdischer Kernversuche schwer verständlich sei und daß das mit der Fortsetzung unterirdischer Kernwaffenversuche verbundene potentielle Risiko weitaus größer sei als alle aus der Einstellung derartiger Versuche eventuell entstehenden Risiken,

ferner unter Hinweis darauf, daß der Generalsekretär im Vorwort zu dem Bericht "Comprehensive nuclear-test ban" (Umfassendes Verbot von Kernversuchen)[7], den er der fünfunddreißigsten Tagung der Generalversammlung vorgelegt hat, mit besonderem Nachdruck die von ihm bereits vor neun Jahren geäußerte Auffassung wiederholt und nach ausdrücklicher Bezugnahme darauf hinzugefügt hat: "Ich vertrete diese Auffassung nach wie vor. Das Problem kann und sollte jetzt gelöst werden",

im Hinblick darauf, daß die Sachverständigen in demselben, gemäß Generalversammlungsbeschluß 34/422 vom 11. Dezember 1979 erstellten Bericht betont haben, daß die Nichtkernwaffenstaaten im allgemeinen die Herbeiführung eines umfassenden Verbots von Kernversuchen inzwischen als Prüfstein für die Entschlossenheit der Kernwaffenstaaten zur Einstellung des Wettrüstens betrachteten, wobei sie hinzufügten, daß die Verifizierung der Einhaltung des Verbots kein Hindernis für den Abschluß eines Übereinkommens mehr zu sein scheine,

unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die drei Kernwaffenstaaten, die als Depositarstaaten des Vertrags über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser[8] fungieren, sich vor nahezu zwanzig Jahren in diesem Vertrag verpflichtet haben, sich um die Einstellung aller Kernwaffenversuchsexplosionen für alle Zeiten zu bemühen, und daß diese Verpflichtung 1968 im Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen[9] ausdrücklich wiederholt wurde,

unter Hinweis darauf, daß sie in ihrer Resolution 35/145 A vom 12. Dezember 1980 alle Mitgliedstaaten des Abrüstungsausschusses eindringlich darum gebeten hat, den Gedanken zu unterstützen, daß der Ausschuß auf seiner Tagung des Jahres 1981 von Anfang an eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe zur Aufnahme multilateraler Verhandlungen über einen Vertrag über das Verbot aller Kernwaffenversuche einsetzt,

mit Bedauern darüber, daß es weder dem Abrüstungsausschuß noch der Generalversammlung auf ihrer Zwölften Sondertagung gelungen ist, einen Vertrag zum umfassenden Verbot von Kernwaffenversuchsexplosionen auszuarbeiten,

1. *äußert von neuem ihre tiefe Besorgnis darüber*, daß trotz der ausdrücklichen Wünsche der überwältigenden Mehrheit der Mitgliedstaaten die Kernwaffenversuche unvermindert fortgesetzt werden;

2. *bekräftigt* ihre Überzeugung, daß ein Vertrag zum endgültigen Verbot sämtlicher Kernversuchsexplosionen aller Staaten für alle Zeiten höchsten Vorrang einnimmt und ein entscheidendes Element für den Erfolg der Bemühungen um eine Verhinderung der vertikalen wie auch der horizontalen Weiterverbreitung von Kernwaffen und einen Beitrag zur nuklearen Abrüstung darstellt;

3. *bittet* alle Staaten, die dies noch nicht getan haben, *eindringlich*, ohne weitere Verzögerung dem Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser beizutreten und in der Zwischenzeit von Versuchen in den von dem Vertrag behandelten Umweltbereichen abzusehen;

[7] A/35/257

[8] Vereinte Nationen, *Treaty Series*, Vol. 480. Nr. 6964, S.43; deutscher Wortlaut in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder, u.a. BGBl. (der Bundesrepublik Deutschland), 164 II S.904 sowie GBl. (der Deutschen Demokratischen Republik) 1963, I Nr. 15 S.167

[9] Resolution 2372 (XXII), Anhang; deutsche Fassung in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder, u.a. BGBl. (der Bundesrepublik Deutschland) 1974 II S.785 sowie GBl. (der Deutschen Demokratischen Republik), 1970, I Nr.8, S.30

4. *bittet ferner* die drei ursprünglichen Vertragsstaaten des Vertrags über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser *eindringlich*, sich streng an die in diesem Instrument niedergelegten Verpflichtungen zu halten und danach zu streben, "die Einstellung aller Versuchsexplosionen von Kernwaffen für alle Zeiten herbeizuführen" und "die auf dieses Ziel gerichteten Verhandlungen fortzusetzen",

5. *bittet ebenso* alle Mitgliedstaaten des Abrüstungsausschusses eindringlich,

a) zu bedenken, daß die Konsensregel, wenn sie schon nicht so angewendet werden soll, daß sie die Schaffung von Nebenorganen für die wirksame Erfüllung der Funktionen des Ausschusses verhindert, dann auch nicht dazu verwendet werden sollte, die Billigung geeigneter Mandate für solche Nebenorgane zu verhindern;

b) der vom Ausschuß am 21. April 1982 unter Punkt 1 seiner Tagesordnung mit dem Titel "Verbot von Kernwaffenversuchsexplosionen" eingesetzten Ad-hoc-Arbeitsgruppe[10] ein Mandat zu erteilen, das die Aufnahme multilateraler Verhandlungen über einen Vertrag zum Verbot aller Kernwaffenversuche unmittelbar nach Beginn der Tagung des Ausschusses im Jahr 1983 vorsieht;

c) ihr Bestes zu tun, damit der Ausschuß der achtunddreißigsten ordentlichen Tagung der Generalversammlung den multilateral ausgehandelten Text eines solchen Vertrags übermitteln kann;

6. *fordert* die Depositarstaaten des Vertrags über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser und des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen *auf*, kraft ihrer besonderen Verantwortung aufgrund dieser beiden Verträge und als vorläufige Maßnahme entweder durch ein trilateral vereinbartes Moratorium oder durch drei unilaterale Moratorien alle nuklearen Versuchsexplosionen unverzüglich zu beenden;

7. *beschließt* die Aufnahme des Punkts "Einstellung aller Kernwaffenversuchsexplosionen" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

98. Plenarsitzung
9. Dezember 1982

37/73 – Dringende Notwendigkeit eines Vertrags zum umfassenden Verbot von Kernversuchen

Die Generalversammlung,

überzeugt von der dringenden Notwendigkeit der Aushandlung eines Vertrags zum umfassenden Verbot von Kernversuchen, den möglichst viele Staaten zu unterstützen bzw. dem möglichst viele Staaten beizutreten bereit sind,

in Bekräftigung ihrer Überzeugung, daß die Einstellung der Kernwaffenversuche durch alle Staaten und in allen Umweltbereichen einen bedeutenden Schritt zur Beendigung der qualitativen Verbesserung, Entwicklung und Verbreitung von Kernwaffen, ein Mittel zur Beseitigung der schweren Befürchtungen hinsichtlich der schädlichen Folgen einer radioaktiven Verseuchung für die Gesundheit der heute lebenden Menschen und ihrer Nachkommen sowie eine äußerst wichtige Maßnahme zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens darstellen würde,

unter Hinweis darauf, daß die Parteien des Vertrags über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser[9] sich verpflichtet haben, keinerlei Versuchsexplosionen mit Kernwaffen oder andere nukleare Versuchsexplosionen in den von diesem Vertrag erfaßten Umweltbereichen vorzunehmen und daß die Parteien in diesem Vertrag sowie im Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen[9] ihre Entschlossenheit zur Weiterführung der Verhandlungen bekundet haben, die auf die Einstellung aller Versuchsexplosionen von Kernwaffen für alle Zeiten abzielen,

ferner unter Hinweis auf ihre früheren Resolutionen zu dieser Frage,

in Anerkennung der unentbehrlichen Rolle des Abrüstungsausschusses beim Aushandeln eines Vertrags zum umfassenden Verbot von Kernversuchen,

unter Berücksichtigung desjenigen Teils des Berichts des Abrüstungsausschusses, der sich auf die Behandlung des Punktes "Verbot von Kernversuchen" auf der Tagung des Ausschusses von 1982 bezieht[11],

in der Überzeugung, daß der Abrüstungsausschuß so bald wie möglich mit Verhandlungen über einen solchen Vertrag beginnen sollte,

in Anerkennung der Bedeutung, die die von der Ad-hoc-Gruppe wissenschaftlicher Sachverständiger zur Behandlung von Maßnahmen für eine internationale Zusammenarbeit bei der Entdeckung und Identifizierung seismischer Ereignisse im Auftrag des Abrüstungsausschusses durchgeführte Arbeit an einem weltweiten Netz von Stationen für den Austausch seismischer Daten für einen derartigen Vertrag besitzt,

unter Betonung der Wichtigkeit weiterer Bemühungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika um den Abschluß eines solchen Vertrags,

1. *äußert erneut ihre tiefe Besorgnis darüber*, daß entgegen dem ausdrücklichen Wunsch der überwältigen Mehrheit der Mitgliedstaaten die Kernwaffenversuche unvermindert fortgesetzt werden;

2. *bekräftigt ihre Überzeugung*, daß ein Vertrag zum Verbot sämtlicher Kernversuchsexplosionen aller Staaten für alle Zeiten eine Angelegenheit von höchster Dringlichkeit und höchstem Vorrang ist;

3. *bringt* ihre Überzeugung *zum Ausdruck*, daß ein derartiger Vertrag ein entscheidendes Element für den Erfolg der Bemühungen darstellen würde, das nukleare Wettrüsten zu beenden und einen gegenläufigen Prozeß einzuleiten sowie keine weiteren qualitativen Verbesserungen der Kernwaffen mehr vorzunehmen und die Ausweitung der vorhandenen Kernwaffenarsenale sowie die Weiterverbreitung von Kernwaffen an noch mehr Länder zu verhindern;

4. *nimmt davon Kenntnis*, daß der Abrüstungsausschuß in Erfüllung seiner Aufgaben als multilaterales Verhandlungsforum für Abrüstungsfragen am 21. April 1982 unter Punkt 1 seiner Tagesordnung mit dem Titel "Verbot von Kernversuchen"[12] eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe eingesetzt hat und diese aus der Überlegung heraus, daß in erster Linie die Erörterung konkreter

[10] Vgl. *Offizielles Protokoll der Generalversammlung Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 27* (A/37/27 mit Korr.1), Ziffer 39

[11] *Ebd., Beilage 27 (A/37/27 mit Korr. 1), Abschnitt III.A*

[12] *Ebd.*, Ziffer 39

Einzelfragen Fortschritte in Richtung auf die Aushandlung eines Verbots von Kernversuchen ermöglichen könnte, ersucht hat,

a) im Hinblick auf weitere Fortschritte in Richtung auf ein Verbot von Kernversuchen Fragen im Zusammenhang mit der Verifizierung und der Vertragseinhaltung inhaltlich zu erörtern und zu definieren;

b) alle bisher vorliegenden Vorschläge und künftigen Initiativen zu berücksichtigen und vor Abschluß der Tagung des Jahres 1982 dem Ausschuß einen Zwischenbericht über ihre Tätigkeit zu geben;

5. *nimmt ferner davon Kenntnis*, daß der Abrüstungsausschuß seine Bereitschaft erklärt hat, im Anschluß daran zur Erfüllung seiner diesbezüglichen Aufgaben einen Beschluß über weiterführende Maßnahmen zu treffen;

6. *nimmt weiterhin zur Kenntnis*, daß die Ad-hoc-Arbeitsgruppe die Behandlung der unter ihr Mandat fallenden Fragen in Angriff genommen hat;

7. *ersucht* den Abrüstungsausschuß, die Behandlung dieser Fragen fortzusetzen und die notwendigen Schritte zur Einleitung von Sachverhandlungen zu unternehmen, damit der Entwurf eines Vertrags zum umfassenden Verbot von Kernversuchen der Generalversammlung so früh wie möglich vorgelegt werden kann;

8. *bittet* alle Mitglieder des Abrüstungsausschusses, insbesondere die Kernwaffenstaaten, *eindringlich*, den Ausschuß bei der Erfüllung dieser Aufgaben zu unterstützen;

9. *ersucht* den Abrüstungsausschuß *ferner*, im Rahmen seiner Verhandlungen über einen solchen Vertrag festzustellen, welche institutionellen und administrativen Vorkehrungen für die Schaffung, die Erprobung und den Betrieb eines internationalen seismischen Überwachungsnetzes und eines wirksamen Verifizierungssystems erforderlich sind;

10. *fordert* den Abrüstungsausschuß *auf*, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung einen Zwischenbericht vorzulegen;

11. *beschließt* die Aufnahme eines Punktes mit dem Titel "Dringende Notwendigkeit eines Vertrags zum umfassenden Verbot von Kernversuchen" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

98. Plenarsitzung
9. Dezember 1982

37/74 – Verwirklichung der Erklärung über die Entnuklearisierung Afrikas

A

Verwirklichung der Erklärung

Die Generalversammlung,

eingedenk der Erklärung über die Entnuklearisierung Afrikas[13], die von der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation der afrikanischen Einheit auf ihrer ersten ordentlichen Tagung vom 17. bis 21. Juli 1964 in Kairo verabschiedet wurde,

unter Hinweis auf ihre Resolution 1652 (XVI) vom 24. November 1961, ihre erste zu dieser Frage, sowie auf ihre Resolutionen 32/81 vom 12. Dezember 1977, 33/63 vom 14. Dezember 1978, 34/76 A vom 11. Dezember 1979, 35/146 B vom 12. Dezember 1980 und 36/86 B vom 9. Dezember 1981, in denen sie alle Staaten aufforderte, den Kontinent Afrika als kernwaffenfreie Zone zu betrachten und zu respektieren, und insbesondere unter Hinweis auf ihre Resolution 33/63, in der sie alle offenen oder heimlichen Versuche Südafrikas, auf dem afrikanischen Kontinent Kernwaffen einzuführen, energisch verurteilte,

mit Besorgnis feststellend, daß Südafrika anhaltende Bemühungen um die Fähigkeit zur Herstellung von Kernwaffen die Verwirklichung des Ziels eines entnuklearisierten Afrika ernstlich gefährden und eine schwere Bedrohung nicht nur der Sicherheit der afrikanischen Staaten sondern auch des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellen,

in Kenntnisnahme des Berichts des Sicherheitsratsausschusses gemäß Resolution 421 (1977), der sich mit der Frage befaßt, wie das bindende Waffenembargo gegen Südafrika wirksamer gemacht werden kann[14], insbesondere in Kenntnisnahme seiner Empfehlung, daß alle Formen der nuklearen Kollaboration mit Südafrika eingestellt werden sollten,

mit dem Ausdruck ihrer Empörung darüber, daß bestimmte westliche Länder und Israel unter flagranter, herausfordernder Verletzung ihrer einschlägigen Resolutionen und in völliger Mißachtung der von der internationalen Gemeinschaft hierüber zum Ausdruck gebrachten Befürchtungen trotz des gefährlichen Risikos einer Weiterverbreitung von Kernwaffen, welches das Kernwaffenprogramm des rassistischen Regimes darstellt und für das legitime Recht afrikanischer Staaten auf eine Existenz in sicheren Grenzen bedeutet, weiterhin mit Südafrika im nuklearen Bereich kollaborieren,

unter Hinweis auf den im Schlußdokument der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung über Abrüstung enthaltenen Beschluß, der Sicherheitsrat möge geeignete Maßnahmen ergreifen, um die Vereitelung des Beschlusses der Organisation der afrikanischen Einheit über die Entnuklearisierung Afrikas[15] zu verhindern,

ferner unter Hinweis darauf, daß im Schlußdokument festgestellt wird, daß die Anhäufung von Waffen und der Erwerb von Rüstungstechnologie durch rassistische Regime sowie der mögliche Erwerb von Kernwaffen durch diese Regime für eine Weltgemeinschaft, die sich der dringenden Notwendigkeit der Abrüstung gegenübersieht, eine Herausforderung und ein immer gefährlicheres Hindernis darstellen[16],

1. *wiederholt erneut* ihre Aufforderung an alle Staaten, den Kontinent Afrika und die übrigen Gebiete um Afrika als kernwaffenfreie Zone anzusehen und zu achten;

2. *verurteilt* alle Formen der nuklearen Kollaboration von Staaten, Unternehmen, Institutionen oder Einzelpersonen mit dem rassistischen Regime Südafrikas, da eine solche Zusammenarbeit es diesem Regime u.a. ermöglicht, das Ziel der Erklärung über die Entnuklearisierung Afrikas, die Afrika von Kernwaffen frei zu halten versucht, unerreichbar zu machen;

3. *fordert* alle Staaten, Unternehmen, Institutionen und Einzelpersonen *auf*, jede militärische und nukleare Kollaboration mit dem rassistischen Regime Südafrikas

[13] *Official Records of the General Assembly, Twentieth Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 105, Dokument A/5975

[14] *Official Records of the Security Council, Thirty-fifth Year, Supplement for July, August and September 1980*, Dokument S/14179

[15] Resolution S-10/2, Ziffer 63 *c*)

[16] *Ebd.*, Ziffer 12

und damit auch die Lieferung hierfür verwendbaren Materials wie Computern, elektronischen Anlagen und entsprechender Technologie unverzüglich einzustellen;

4. *ersucht* den Sicherheitsrat im Hinblick auf die Abrüstung durch Zwangsmaßnahmen auf dem Weg über die strikte Einhaltung seiner einschlägigen Beschlüsse durch alle Staaten zu verhindern, daß irgendein rassistisches Regime Waffen bzw. Waffentechnologie erwerben kann;

5. *ersucht* den Sicherheitsrat in diesem Zusammenhang, seine Behandlung der Empfehlungen des Ausschusses gemäß Resolution 421 (1977) zur Südafrikafrage umgehend abzuschließen, mit dem Ziel, die noch bestehenden Lücken im Waffenembargo zu schließen, dieses wirksamer zu machen und insbesondere jede Form der Zusammenarbeit und Kollaboration mit dem rassistischen Regime Südafrikas im nuklearen Bereich zu verbieten;

6. *verlangt*, daß Südafrika seine gesamten nuklearen Anlagen und Einrichtungen der Inspektion durch die Internationale Atomenergie-Organisation unterstellt;

7. *beschließt* die Aufnahme des Punkts "Verwirklichung der Erklärung über die Entnuklearisierung Afrikas" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

98. Plenarsitzung
9. Dezember 1982

B

Nuklrare Kapazität Südafrikas

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 34/76 B vom 11. Dezember 1979, 35/146 vom 12. Dezember 1980 und 36/86 A vom 9. Dezember 1981,

eingedenk der Erklärung über die Entnuklearisierung Afrikas[3], die von der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation der afrikanischen Einheit auf ihrer ersten ordentlichen Tagung vom 17. bis 21. Juli 1964 in Kairo verabschiedet wurde,

unter Hinweis darauf, daß sie in ihrer Resolution 33/63 vom 14. Dezember 1978 alle offenen oder heimlichen Versuche Südafrikas, auf dem Kontinent Kernwaffen einzuführen, energisch verurteilt und verlangt hat, daß Südafrika ab sofort jede Kernsprengung auf dem afrikanischen Kontinent oder anderswo unterläßt;

unter Hinweis darauf, daß im Schlußdokument der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung festgestellt wird, daß die massive Anhäufung von Kernwaffen und der Erwerb von Rüstungstechnologie durch rassistische Regime sowie der mögliche Erwerb von Kernwaffen durch diese Regime für eine Weltgemeinschaft, die sich der dringenden Notwendigkeit der Abrüstung gegenübersieht, eine Herausforderung und ein zunehmend gefährliches Hindernis darstellen[16],

sehr beunruhigt darüber, daß es Südafrika mit Hilfe seines nuklearen Programms gelungen ist, die Fähigkeit zur Herstellung von Kernwaffen zu erlangen, eine Fähigkeit, die durch die anhaltende Unterstützung und aktive Kollaboration bestimmter westlicher Staaten und Israels noch gesteigert wird, die ihm diese in Verfolgung ihrer eigenen Wirtschaftsinteressen und geostrategischen Absichten unter flagranter Verletzung der diesbezüglichen Resolutionen und Beschlüsse der Vereinten Nationen bereitwillig geleistet haben,

in Kenntnisnahme des Berichts des Sicherheitsratsausschusses gemäß Resolution 421 (1977) zur Frage, wie das bindende Waffenembargo gegen Südafrika wirksamer gemacht werden kann[14], sowie in Kenntnisnahme seines Berichts aufgrund der Sicherheitsratsresolution 473 (1980)[17],

nach Prüfung des Berichts der Sachverständigengruppe für Südafrikas Pläne und Kapazitäten auf dem Nuklearsektor[18] sowie der vom Generalsekretär aufgrund der Generalversammlungsresolutionen 35/146 A und 36/86 A über die nukleare Kapazität Südafrikas vorgelegten Berichte vom 3. September 1981[19] und vom 20. September 1982[20],

zutiefst darüber besorgt, daß Südafrika unter flagranter Verletzung der Grundsätze des Völkerrechts und der diesbezüglichen Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen seine militärischen Angriffe auf unabhängige Staaten im südlichen Afrika, insbesondere auf Angola, von welchem ein Landesteil noch immer von südafrikanischen Truppen besetzt ist, fortgesetzt und seine auf die Destabilisierung dieser Staaten gerichteten Subversionsakte intensiviert hat,

mit dem Ausdruck ihrer tiefen Enttäuschung darüber, daß bestimmte westliche Staaten weiterhin mit dem rassistischen Regime Südafrikas beim Aufbau seiner nuklearen und militärischen Kapazität kollaborieren und durch den bereitwilligen Gebrauch ihres Vetorechts immer wieder jeden Versuch der Vereinten Nationen vereitelt haben, die Südafrikafrage zu regeln,

1. *beklagt* den massiven Aufbau des südafrikanischen Militärapparats, darunter auch den von Südafrika fieberhaft betriebenen Erwerb der Fähigkeit zur Herstellung von Kernwaffen für repressive und aggressive Zwecke sowie als Erpressungsinstrument;

2. *erklärt erneut*, daß der Erwerb einer nuklearen Kapazität durch das rassistische Regime eine sehr ernste Gefahr für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit darstellt und vor allem die Sicherheit der afrikanischen Staaten bedroht und die Gefahr der Weiterverbreitung von Kernwaffen erhöht;

3. *ersucht* die Abrüstungskommission, sich konkret mit der Frage der nuklearen Kapazität Südafrikas zu befassen und dabei u.a. auch die Ergebnisse in Abschnitt VII des Berichts der Sachverständigengruppe für Südafrikas Pläne und Kapazitäten auf dem Nuklearsektor[18] heranzuziehen;

4. *ersucht* den Sicherheitsrat, im Hinblick auf die Abrüstung durch Zwangsmaßnahmen dafür zu sorgen, daß alle Staaten sich strikt an seine einschlägigen Beschlüsse halten, um so jedwedes rassistische Regime am Erwerb von Waffen bzw. Waffentechnologie zu hindern;

5. *fordert* alle Staaten, Unternehmen, Institutionen und Einzelpersonen auf, jedwede militärische und nukleare Kollaboration mit dem rassistischen Regime Südafrikas und damit auch die Lieferung von hierfür verwendbarem Material wie Computern, elektronischen Anlagen und einschlägig verwendbarer Technologie unverzüglich einzustellen;

6. *verlangt*, daß Südafrika der Sorge der internationalen Gemeinschaft um Frieden und Stabilität in

---

[17] *Official Records of the Security Council, Thirty-fifth Year, Supplement for July, August and September 1980*, Dokument S/14167

[18] *South Africa's plan and capability in the nuclear field* (Südafrikas Pläne und Kapazitäten auf dem Nuklearsektor), (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr.E.81.I.10)

Afrika dadurch entgegenkommt, daß es den Ausbau seiner Kapazität zur Herstellung von Kernwaffen unverzüglich einstellt und seine gesamten Kernanlagen der Inspektion durch die Internationale Atomenergie-Organisation unterstellt;

7. *ersucht* den Generalsekretär, Südafrikas weitere Entwicklung auf nuklearem Gebiet weiterhin genau zu verfolgen und der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung darüber zu berichten;

8. *beschließt* die Aufnahme des Punkts "Verwirklichung der Erklärung über die Entnuklearisierung Afrikas" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

98. Plenarsitzung
9. Dezember 1982

37/75 – Errichtung einer kernwaffenfreien Zone im Gebiet des Mittleren Ostens

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3263 (XXIX) vom 9. Dezember 1974, 3474 (XXX) vom 11. Dezember 1975, 31/71 vom 10. Dezember 1976, 32/82 vom 12. Dezember 1977, 33/64 vom 14. Dezember 1978, 34/77 vom 11. Dezember 1979, 35/147 vom 12. Dezember 1980 und 36/87 vom 9. Dezember 1981 über die Errichtung einer kernwaffenfreien Zone in der Region des Mittleren Ostens,

ferner unter Hinweis auf die mit Ziffer 60 bis 63, insbesondere Ziffer 63 *d*), des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung[21] im Einklang stehenden Empfehlungen zur Errichtung einer solchen Zone im Mittleren Osten,

unter Betonung der grundlegenden Bestimmungen der obengenannten Resolutionen, in denen alle direkt betroffenen Parteien aufgefordert werden, die zur Verwirklichung des Vorschlags zur Errichtung einer kernwaffenfreien Zone in der Region des Mittleren Ostens erforderlichen wichtigsten praktischen Maßnahmen zu erwägen, ferner für die Zeit bis zur Errichtung einer solchen Zone und während deren Errichtung feierlich zu erklären, daß sie auf der Grundlage der Gegenseitigkeit darauf verzichten, Kernwaffen und Kernsprengkörper zu erzeugen, zu erwerben oder in irgendeiner anderen Form zu besitzen oder irgendwelchen Dritten die Stationierung von Kernwaffen auf ihrem Hoheitsgebiet zu gestatten, sich schließlich mit der Unterstellung ihrer gesamten nuklearen Aktivitäten unter die Sicherheitskontrollen der Internationalen Atomenergie-Organisation einverstanden zu erklären sowie ihre Unterstützung für die Errichtung einer solchen Zone zu erklären und eine solche Erklärung zur etwaigen Behandlung beim Sicherheitsrat zu hinterlegen,

in Bekräftigung des unveräußerlichen Rechts aller Staaten, Kernenergie für friedliche Zwecke zu erwerben und zu entwickeln,

ferner unter Betonung der Notwendigkeit geeigneter Maßnahmen in der Frage des Verbots militärischer Angriffe auf nukleare Anlagen,

eingedenk des auf der fünfunddreißigsten Tagung der Generalversammlung erreichten Konsenses, daß die Errichtung einer kernwaffenfreien Zone in der Region des Mittleren Ostens den Weltfrieden und die internationale Sicherheit bedeutend festigen würde,

mit dem Wunsche, auf diesem Konsens aufbauend weitreichende Fortschritte auf dem Weg zur Errichtung einer kernwaffenfreien Zone in der Region des Mittleren Ostens herbeizuführen,

1. *bittet* alle direkt betroffenen Parteien *eindringlich,* ernsthaft zu prüfen, ob sie nicht die gemäß den einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung für die Verwirklichung des Vorschlags zur Errichtung einer kernwaffenfreien Zone in der Region des Mittleren Ostens erforderlichen wichtigsten praktischen Maßnahmen ergreifen können, und bittet zur Förderung dieses Zieles die betroffenen Länder, dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen[22] beizutreten;

2. *fordert* alle Länder der Region, die dies noch nicht getan haben, *auf,* sich bis zur Errichtung der Zone damit einverstanden zu erklären, ihre gesamten nuklearen Aktivitäten den Sicherheitskontrollen der Internationalen Atomenergie-Organisation zu unterstellen;

3. *bittet* diese Länder, bis zur Errichtung einer kernwaffenfreien Zone in der Region des Mittleren Ostens im Einklang mit der diesbezüglichen Ziffer des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung ihre Unterstützung für die Errichtung einer solchen Zone zu erklären und diese Erklärungen beim Sicherheitsrat zu hinterlegen;

4. *bittet* diese Länder *ferner,* bis zur Errichtung der Zone weder Kernwaffen zu entwickeln, zu erzeugen, zu erproben oder auf andere Weise zu erwerben noch die Stationierung von Kernwaffen oder Kernsprengkörpern auf ihrem Hoheitsgebiet oder auf ihrer Kontrolle unterstehenden Gebieten zuzulassen;

5. *bittet* die Kernwaffenstaaten und alle anderen Staaten, die Errichtung der Zone zu unterstützen und gleichzeitig alle Maßnahmen zu unterlassen, die Geist und Wortlaut dieser Resolution zuwiderlaufen;

6. *ersucht* den Generalsekretär, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung einen Bericht über die Durchführung dieser Resolution vorzulegen;

7. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Errichtung einer kernwaffenfreien Zone im Gebiet des Mittleren Ostens" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

98. Plenarsitzung
8. Dezember 1982

37/76 – Errichtung einer kernwaffenfreien Zone in Südasien

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3265 B (XXIX) vom 9. Dezember 1974, 3476 B (XXX) vom 11. Dezember 1975, 31/73 vom 10. Dezember 1976, 32/83 vom 12. Dezember 1977, 33/65 vom 14. Dezember 1978, 34/78 vom 11. Dezember 1979, 35/148 vom 12. Dezember 1980 und 36/88 vom 9. Dezember 1981 über die Errichtung einer kernwaffenfreien Zone in Südasien,

in erneuter Wiederholung ihrer Überzeugung, daß die Errichtung kernwaffenfreier Zonen in verschiedenen

[21] Resolution S-10/2

[22] Resolution 2372 (XXII), Anhang; deutscher Wortlaut in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder: BGBl. (der Bundesrepublik Deutschland) 1974 II S. 786; GBl. (der Deutschen Demokratischen Republik 1969 I Nr. 9 S. 52 (Vertrag über die Nichtweiterberbreitung von Kernwaffen); BGBl. (der Republik Österreich) 258/70 (Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen)

Regionen der Welt eine der Maßnahmen darstellt, die am wirksamsten zu den Zielen der Nichtverbreitung von Kernwaffen und zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung beitragen können,

in der Auffassung, daß die Errichtung einer kernwaffenfreien Zone in Südasien ebenso wie auch in anderen Regionen die Sicherheit der Staaten der Region vor dem Einsatz oder der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen erhöhen wird,

in Kenntnis der von Regierungen südasiatischer Staaten auf höchster Ebene abgegebenen Erklärungen, in denen diese sich erneut verpflichten, keine Kernwaffen zu erwerben oder herzustellen und ihre Nuklearprogramme ausschließlich dem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ihrer Völker zu widmen,

unter Hinweis darauf, daß sie in den obenerwähnten Resolutionen die Staaten der südasiatischen Region und andere eventuell interessierte benachbarte Nichtkernwaffenstaaten aufgefordert hat, sich in jeder nur möglichen Weise um die Errichtung einer kernwaffenfreien Zone in Südasien zu bemühen und sich bis dahin aller diesem Ziel zuwiderlaufenden Maßnahmen zu enthalten,

ferner unter Hinweis darauf, daß sie in ihren Resolutionen 3265 B (XXIX), 31/73 und 32/83 den Generalsekretär ersucht hat, zur Abhaltung der darin erwähnten Konsultationen eine Konferenz einzuberufen und jede eventuell erforderliche Unterstützung zur Förderung der Bemühungen um die Errichtung einer kernwaffenfreien Zone in Südasien zu leisten,

eingedenk der Bestimmungen in Ziffer 60 bis 63 des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung[21] über die Errichtung kernwaffenfreier Zonen, darunter auch in der Region Südasien,

in Kenntnisnahme des Berichts des Generalsekretärs über die Errichtung einer kernwaffenfreien Zone in Südasien[23],

1. *erklärt erneut*, daß sie den Gedanken einer kernwaffenfreien Zone in Südasien grundsätzlich unterstützt;

2. *bittet* die Staaten Südasiens und andere eventuell interessierte benachbarte Nichtkernwaffenstaaten *erneut eindringlich*, sich auch in Zukunft in jeder nur möglichen Weise um die Errichtung einer kernwaffenfreien Zone in Südasien zu bemühen und sich bis dahin aller diesem Ziel zuwiderlaufenden Maßnahmen zu enthalten;

3. *fordert* diejenigen Kernwaffenstaaten, die dies noch nicht getan haben, *auf*, positiv auf diesen Vorschlag zu reagieren und die Bemühungen um die Errichtung einer kernwaffenfreien Zone in Südasien in der erforderlichen Weise zu unterstützen;

4. *ersucht* den Generalsekretär, jede eventuell erforderliche Unterstützung zur Förderung der Bemühungen um die Errichtung einer kernwaffenfreien Zone in Südasien zu gewähren und der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung über dieses Thema zu berichten;

5. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Errichtung einer kernwaffenfreien Zone in Südasien" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

98. Plenarsitzung
9. Dezember 1982

[23] A/36/408

37/77 – Verbot der Entwicklung und Herstellung neuer Arten von Massenvernichtungswaffen sowie neuer derartiger Waffensysteme

A

Neue Arten von Massenvernichtungswaffen sowie neue derartige Waffensysteme

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3479 (XXX) vom 11. Dezember 1975, 31/74 vom 10. Dezember 1976, 32/84 A vom 12. Dezember 1977, 33/66 B vom 14. Dezember 1978, 34/79 vom 11. Dezember 1979, 35/149 vom 12. Dezember 1980 und 36/89 vom 9. Dezember 1981 über das Verbot neuer Arten von Massenvernichtungswaffen,

eingedenk der Bestimmungen in Ziffer 39 des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung[24], denen zufolge für die Einstellung des Wettrüstens sowohl qualitative als auch quantitative Abrüstungsmaßnahmen wichtig sind und diesbezügliche Bemühungen auch Verhandlungen über die Begrenzung und Einstellung der qualitativen Verbesserung der Waffensysteme, insbesondere der Massenvernichtungswaffen, und der Entwicklung neuer Mittel der Kriegsführung umfassen müssen,

unter Hinweis auf den in Ziffer 77 des Schlußdokuments enthaltenen Beschluß, daß als Beitrag zur Verhinderung eines qualitativen Wettrüstens und zur ausschließlichen Nutzung wissenschaftlicher und technischer Errungenschaften für friedliche Zwecke wirksame Maßnahmen ergriffen werden sollten, um das Entstehen neuer Arten von auf neuen wissenschaftlichen Grundsätzen und Errungenschaften aufbauenden Massenvernichtungswaffen zu verhindern, sowie daß in geeigneter Weise Anstrengungen unternommen werden sollten, die auf das Verbot solcher neuer Arten und neuer Systeme von Massenvernichtungswaffen abzielen,

angesichts der Beschlüsse der Zehnten Sondertagung *mit dem erneuten Ausdruck ihrer festen Überzeugung* von der Bedeutung des Abschlusses eines oder mehrerer Übereinkommen zur Verhinderung der Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts für die Entwicklung neuer Arten von Massenvernichtungswaffen sowie neuer derartiger Waffensysteme,

im Hinblick darauf, daß der Abrüstungsausschuß auf seiner Tagung im Jahre 1982 den Punkt "Neue Arten von Massenvernichtungswaffen sowie neue derartige Waffensysteme: radiologische Waffen" behandelt hat,

mit Befriedigung feststellend, daß der Abrüstungsausschuß auf seiner Tagung im Jahr 1982 unter der Mitwirkung qualifizierter Regierungssachverständiger informelle Sitzungen über diesen Punkt abgehalten hat,

in der Überzeugung, daß alles getan werden sollte, um die Entwicklung und Herstellung neuer Arten von Massenvernichtungswaffen sowie neuer derartiger Waffensysteme zu verhindern,

unter Berücksichtigung des diesbezüglichen Abschnitts im Bericht des Abrüstungsausschusses[25],

1. *ersucht* den Abrüstungsausschuß, unter Berücksichtigung seiner bestehenden Prioritäten und mit Hilfe

[24] Resolution S-10/2

[25] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage Nr.27* (A/37/27), Ziffer 76-77 und 84-89

von qualifizierten Regierungssachverständigen die Verhandlungen zur Ausarbeitung eines Entwurfs für ein umfassendes Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung und Herstellung neuer Arten von Massenvernichtungswaffen sowie neuer derartiger Waffensysteme zu intensivieren und mögliche Übereinkommen über bestimmte Arten derartiger Waffen auszuarbeiten;

2. *bittet* alle Staaten *erneut eindringlich*, alles zu unterlassen, was sich nachteilig auf die Gespräche zur Ausarbeitung eines oder mehrerer Übereinkommen zur Verhinderung des Entstehens neuer Arten von Massenvernichtungswaffen und neuer derartiger Waffensysteme auswirken könnte;

3. *fordert* die Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats sowie andere militärisch bedeutende Staaten *auf*, als ersten Schritt zum Abschluß eines umfassenden diesbezüglichen Übereinkommens sachlich übereinstimmende Erklärungen darüber abzugeben, daß sie keine neuen Arten von Massenvernichtungswaffen und keine neuen derartigen Waffensysteme entwickeln werden, wobei davon auszugehen ist, daß diese Erklärungen später durch einen Beschluß des Sicherheitsrats gebilligt werden;

4. *ersucht* den Generalsekretär, dem Abrüstungsausschuß alle Dokumente zuzuleiten, die die Behandlung dieses Punkts durch die siebenunddreißigste Tagung der Generalversammlung betreffen;

5. *ersucht* den Abrüstungsausschuß, der Generalversammlung zur Behandlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung einen Bericht über die von ihm erzielten Ergebnisse vorzulegen;

6. *beschließt* die Aufnahme des Punkts "Verbot der Entwicklung und Herstellung neuer Arten von Massenvernichtungswaffen sowie neuer derartiger Waffensysteme – Bericht des Abrüstungsausschusses" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

98. Plenarsitzung
9. Dezember 1982

B

Verzicht auf die Anwendung neuer Entdeckungen sowie wissenschaftlicher und technischer Errungenschaften für militärische Zwecke

Die Generalversammlung,

eingedenk der Bestimmungen in Ziffer 39 des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung, der zufolge für die Einstellung des Wettrüstens sowohl qualitative als auch quantitative Abrüstungsmaßnahmen wichtig sind und diesbezügliche Bemühungen auch Verhandlungen über die Begrenzung und Einstellung der qualitativen Verbesserung der Waffensysteme, insbesondere der Massenvernichtungswaffen, und der Entwicklung neuer Mittel der Kriegsführung umfassen müssen, damit wissenschaftliche und technische Errungenschaften schließlich nur mehr für friedliche Zwecke verwendet werden dürfen,

unter Hinweis auf ihre Erklärung über die Nutzung des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts im Interesse des Friedens und zum Wohl der Menschheit[26],

unter Hinweis darauf, daß der wissenschaftliche und technische Fortschritt zu einem der wichtigsten Faktoren in der Entwicklung der Menschheit geworden ist,

mit Besorgnis feststellend, daß neue Entdeckungen und wissenschaftliche und technische Errungenschaften verwendet werden können, um das Wettrüsten auf gefährliche Weise zu intensivieren,

in Anerkennung der Notwendigkeit, dafür zu sorgen, daß der wissenschaftliche und technische Fortschritt ausschließlich in den Dienst der friedlichen Bestrebungen der Menschheit gestellt wird,

in der Auffassung, daß es an der Zeit ist zu prüfen, wie das Problem des Verzichts auf die Verwendung neuer Entdeckungen und wissenschaftlicher und technischer Errungenschaften für militärische Zwecke gelöst werden kann,

fordert alle Staaten auf, Bemühungen zu unternehmen, um sicherzustellen, daß wissenschaftliche und technische Errungenschaften schließlich nur mehr für friedliche Zwecke verwendet werden dürfen.

98. Plenarsitzung
9. Dezember 1982

37/78 – Überprüfung der Durchführung der Empfehlungen und Beschlüsse der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung

A

Überprüfung der Durchführung der Empfehlungen und Beschlüsse der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis darauf, daß sie auf ihrer Zehnten Sondertagung, der ersten Sondertagung über Abrüstung, im Konsens eine in Abschnitt II im Schlußdokument dieser Tagung enthaltene Erklärung billigte, in der es u.a. hieß, daß die Vereinten Nationen ohne Beeinträchtigung des Fortgangs der Verhandlungen über sämtliche auf diesem Gebiet eingeleiteten Schritte – ob unilateraler, bilateraler, regionaler oder multilateraler Art – in geeigneter Weise auf dem laufenden gehalten werden sollten, damit sie die zentrale Rolle und die Hauptverantwortung auf dem Gebiet der Abrüstung wirksam wahrnehmen können, die ihnen gemäß ihrer Charta zukommen[27],

ferner unter Hinweis darauf, daß die Mitgliedstaaten auf der Zwölften Sondertagung, der zweiten Sondertagung über Abrüstung, ihre feierliche Verpflichtung bekräftigt haben, das Schlußdokument der Zehnten Sondertagung zu verwirklichen, dessen Gültigkeit ihre einhellige und kategorische Bekräftigung fand[28],

im Hinblick darauf, daß die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Vereinigten Staaten von Amerika in Genf zwei bilaterale Verhandlungsserien führen, die am 30. November 1980 bzw. am 29. Juni 1982 begonnen haben,

1. *ersucht* die Regierungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vereinigten Staaten von Amerika, dem Generalsekretär zur Behandlung durch die achtunddreißigste Tagung der Generalver-

[26] Resolution 3384 (XXX)

[27] Resolution S-10/2, Ziffer 28

[28] Vgl. *Official Records of the General Assembly, Twelfth Special Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 9, 10, 11, 12 und 13, Dokument A/S-12/32, Ziffer 62

sammlung bis spätestens 1. September 1983 einen gemeinsamen oder zwei separate Berichte über das bei den obengenannten Verhandlungen erreichte Verhandlungsstadium zu übermitteln;

2. *ersucht* die beiden Verhandlungsparteien *ferner*, immer daran zu denken, daß in dieser Frage nicht allein ihre nationalen Interessen, sondern auch die Lebensinteressen aller Völker der Welt auf dem Spiel stehen;

3. *beschließt*, in die Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung einen Punkt mit dem Titel "Bilaterale Kernwaffenverhandlungen" aufzunehmen.

98. Plenarsitzung
9. Dezember 1982

B

Internationale Zusammenarbeit mit dem Ziel der Abrüstung

Die Generalversammlung,

erneut betonend, daß unbedingt aktive und anhaltende Bemühungen unternommen werden müssen, um die umfassende Verwirklichung der auf ihrer Zehnten Sondertagung, der ersten Sondertagung über Abrüstung, einstimmig verabschiedeten Empfehlungen und Beschlüsse voranzutreiben, die im Schlußdokument dieser Tagung[29] enthalten sind und im Abschließenden Dokument der Zwölften Sondertagung der Generalversammlung[30], der zweiten Sondertagung über Abrüstung, bekräftigt wurden,

unter Hinweis auf die Erklärung über internationale Zusammenarbeit mit dem Ziel der Abrüstung vom 11. Dezember 1979[31] und die Generalversammlungsresolution 36/92 D vom 9. Dezember 1981,

tief besorgt über die Gefahr eines Atomkriegs, den anhaltenden Rüstungswettlauf und die Gefahr einer qualitativ neuen weiteren Runde des Rüstungswettlaufs, die sich alle äußerst negativ auf die internationale Lage auswirken,

unter Hervorhebung der entscheidenden Bedeutung der Beseitigung der Gefahr eines Atomkriegs, der Beendigung des nuklearen Wettrüstens und der Herbeiführung der Abrüstung, insbesondere im nuklearen Bereich, für die Erhaltung des Friedens und die Festigung der internationalen Sicherheit,

eingedenk des vitalen Interesses aller Nationen an der Herbeiführung wirksamer Abrüstungsmaßnahmen, durch die beträchtliche finanzielle und materielle Ressourcen freigesetzt würden, die für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung aller Staaten, insbesondere der Entwicklungsländer, genutzt werden könnten,

angesichts der Bedeutung der in der ganzen Welt veranstalteten Demonstrationen von Friedensbewegungen und antinuklearen Bewegungen der Bevölkerung gegen den Rüstungswettlauf und die erhöhte Gefahr eines Atomkriegs,

in der Überzeugung, daß die auf dem politischen guten Willen der Staaten fußende konstruktive internationale Zusammenarbeit im Einklang mit dem Schlußdokument der ersten Sondertagung über Abrüstung verstärkt werden muß, wenn die Abrüstungsverhandlungen Erfolg haben sollen,

unter Hervorhebung der Pflicht der Staaten, zur Erhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zusammenzuarbeiten, wie die Charta der Vereinten Nationen dies vorschreibt und wie dies in der Erklärung vom 24. Oktober 1970 über die Grundsätze für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen Staaten[32] bekräftigt wird, wobei die Aufgabe aktiv und konstruktiv zur Verwirklichung der Ziele der Abrüstung zusammenzuarbeiten, ein unbedingt einzuhaltender Teil dieser Pflicht ist,

mit dem Ausdruck ihrer Überzeugung, daß konkrete Beweise politischen guten Willens, darunter auch einseitige Maßnahmen wie die Verpflichtung, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen, die Voraussetzungen für die Lösung von Abrüstungsproblemen im Geiste der Kooperation zwischen Staaten verbessern,

unter Berücksichtigung der zentralen Rolle und der Hauptverantwortung der Vereinten Nationen, diese Bemühungen in gemeinsame Bahnen zu lenken und die aktive Zusammenarbeit zwischen Staaten zur Herbeiführung einer Lösung der Abrüstungsprobleme zu fördern und auszubauen,

1. *fordert* alle Staaten *auf*, bei der Ausführung des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung, die in der Erklärung über internationale Zusammenarbeit mit dem Ziel der Abrüstung enthaltenen Grundsätze und Ideen aktiv zu befolgen, indem sie aktiv an Abrüstungsverhandlungen zur Herbeiführung konkreter Ergebnisse teilnehmen und indem sie diese Verhandlungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung, der vollen Erhaltung der Sicherheit und der Nichtanwendung von Gewalt in internationalen Beziehungen führen und es gleichzeitig unterlassen, dem Rüstungswettlauf neue Richtungen und Wege zu geben;

2. *erklärt*, daß die Ausarbeitung und Verbreitung jedweder Doktrinen und Konzepte, mit denen die Entfesselung eines Atomkriegs gerechtfertigt wird, den Weltfrieden gefährden, zu einer Verschlechterung der internationalen Lage und zu einer weiteren Intensivierung des Rüstungswettlaufs führen und der allgemein als notwendig anerkannten internationalen Zusammenarbeit mit dem Ziel der Abrüstung schaden;

3. *erklärt*, daß die Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen sowie bei Versuchen zur Verhinderung der uneingeschränkten Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[33] mit dem Gedanken der internationalen Zusammenarbeit für die Abrüstung unvereinbar ist;

4. *appelliert* an die Staaten, die militärischen oder politischen Zusammenschlüssen angehören, ausgehend vom Schlußdokument und im Geist der internationalen Zusammenarbeit zugunsten der Abrüstung für eine allseitige schrittweise Begrenzung der militärischen Aktivitäten dieser Zusammenschlüsse einzutreten und so die Voraussetzungen für deren Auflösung zu schaffen;

5. *fordert* alle Mitgliedstaaten *auf*, insbesondere im Rahmen der von der Generalversammlung auf ihrer Zwölften Sondertagung eingeleiteten Weltabrüstungskampagne[34] den Gedanken der internationalen Zusammenarbeit zugunsten der Abrüstung u.a. mit Hilfe ihrer

---

[29] Resolution S-10/2

[30] *Official Records of the General Assembly, Twelfth Special Session, Annexes*, Tagesordnungspunkte 9, 10, 11, 12 und 13, Dokument A/S-12/32

[31] Resolution 34/88

[32] Resolution 2625 (XXV), Anhang

[33] Resolution 1514 (XV)

[34] *Official Records of the General Assembly, Twelfth Special Session, Annexes*, Tagesordnungspunkte 9, 10, 11, 12 und 13, Dokument A/S-12/32, Anhang V

Bildungseinrichtungen, ihrer Massenmedien und ihrer Kulturpolitik zu fördern und zu verbreiten;

6. *fordert* die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur *auf*, sich zur weiteren Mobilisierung der Weltöffentlichkeit zugunsten der Abrüstung mit Maßnahmen zu befassen, mit deren Hilfe der Gedanke der internationalen Zusammenarbeit zugunsten der Abrüstung durch Forschung, Aufklärung, Information, Kommunikation und kultureller Aktivitäten gestärkt werden kann.

98. Plenarsitzung
9. Dezember 1982

C

Kernwaffen in allen ihren Aspekten

Die Generalversammlung,

unter Hinweis darauf, daß sie auf ihrer Zwölften Sondertagung, der zweiten Sondertagung über Abrüstung, ihre tiefe Sorge angesichts der Gefahr eines Kriegs, insbesondere eines Atomkriegs, ausgedrückt hat, dessen Verhinderung nach wie vor die akuteste und dringlichste Aufgabe der heutigen Zeit ist,

abermals erklärend, daß Kernwaffen die schwerste Bedrohung für die Menschheit und deren Überleben darstellen und daß deshalb unbedingt mit der nuklearen Abrüstung und der vollständigen Beseitigung der Kernwaffen begonnen werden muß,

ferner erneut erklärend, daß alle Kernwaffenstaaten, insbesondere diejenigen, die die bedeutendsten Kernwaffenarsenale besitzen, in besonderem Maße für die Verwirklichung der Ziele der nuklearen Abrüstung verantwortlich sind,

erneut betonend, daß allein die vorhandenen Kernwaffenarsenale bei weitem genügen, um alles Leben auf der Erde zu zerstören, sowie eingedenk der verheerenden Auswirkungen, die ein Atomkrieg auf kriegführende wie nichtkriegführende Parteien haben würde,

unter Hinweis darauf, daß sie auf ihrer Zehnten Sondertagung, der ersten Sondertagung über Abrüstung, beschlossen hat, daß wirksamen Maßnahmen zur nuklearen Abrüstung und zur Verhinderung eines Atomkriegs höchste Priorität zukomme und daß es unerläßlich sei, das nukleare Wettrüsten in allen seinen Aspekten einzustellen und einen gegenläufigen Prozeß einzuleiten, um die Gefahr eines Krieges mit Kernwaffen abzuwenden,

ferner unter Hinweis darauf, daß sie in ihrer Resolution 35/152 B vom 12. Dezember 1980 sehr beunruhigt festgestellt hat, mit der Intensivierung des nuklearen Wettrüstens wie auch mit der Annahme der neuen Doktrin eines begrenzten oder teilweisen Einsatzes von Kernwaffen steige die Gefahr einer nuklearen Katastrophe, da durch eine solche Doktrin die Illusion geweckt werde, ein nuklearer Konflikt sei zulässig und vertretbar,

mit großer Beunruhigung feststellend, daß zu der Doktrin eines begrenzten Atomkriegs inzwischen der Gedanke eines länger dauernden Atomkriegs hinzugekommen ist,

ferner mit großer Beunruhigung feststellend, daß diese gefährlichen Doktrinen dazu führen, daß die Spirale des Rüstungswettlaufs sich abermals ausweitet, was ein großes Hindernis für ein Übereinkommen über nukleare Abrüstung sein kann,

die dringende Notwendigkeit *betonend*, daß als Schritt auf dem Weg zur nuklearen Abrüstung die Entwicklung und Stationierung neuer Arten und Systeme von Kernwaffen schleunigst eingestellt werden muß,

erneut betonend, daß Kernwaffen bei den Abrüstungsverhandlungen Vorrang haben sollten, sowie unter Hinweis auf die Ziffern 49 und 54 des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung[27],

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 33/71 H vom 14. Dezember 1978, 34/83 J vom 11. Dezember 1979, 35/152 B und C vom 12. Dezember 1980 und 36/92 E vom 9. Dezember 1981,

im Hinblick darauf, daß der Abrüstungsausschuß auf seiner Tagung im Jahr 1982 die Frage der Einstellung des nuklearen Rüstungswettlaufs und der nuklearen Abrüstung sowie insbesondere die Frage der Schaffung einer Ad-hoc-Arbeitsgruppe für Verhandlungen hierüber behandelt hat,

jedoch mit Bedauern darüber, daß der Abrüstungsausschuß nicht imstande war, Einigung über die Einsetzung einer Ad-hoc-Arbeitsgruppe zur Führung von multilateralen Verhandlungen über die Frage der Einstellung des nuklearen Wettrüstens und der nuklearen Abrüstung zu erzielen,

in der Auffassung, daß eingedenk der hohen Priorität, die dieser Frage im Schlußdokument der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung eingeräumt wird, auch in Zukunft Anstrengungen unternommen werden sollten, um es dem Abrüstungsausschuß zu ermöglichen, seine Rolle als Verhandlungsforum in bezug auf die Einstellung des nuklearen Wettrüstens und die nukleare Abrüstung zu erfüllen,

in der Überzeugung, daß der Abrüstungsausschuß das am besten geeignete Forum für die Vorbereitung und Durchführung von Verhandlungen über nukleare Abrüstung ist,

1. *fordert* den Abrüstungsausschuß *auf*, gemäß Ziffer 50 des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung unverzüglich Verhandlungen über die Einstellung des nuklearen Wettrüstens und die nukleare Abrüstung aufzunehmen und insbesondere ein nukleares Abrüstungsprogramm auszuarbeiten und zu diesem Zweck eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe zur Frage der Einstellung des nuklearen Wettrüstens und der nuklearen Abrüstung einzusetzen;

2. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Einstellung des nuklearen Wettrüstens und nukleare Abrüstung: Bericht des Abrüstungsausschusses" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

98. Plenarsitzung
9. Dezember 1982

D

Abrüstungswoche

Die Generalversammlung,

tief besorgt über das anhaltende Wettrüsten,

unter Betonung der dringenden Notwendigkeit und der Wichtigkeit einer weitreichenden, anhaltenden Mobilisierung der Weltmeinung zugunsten der Einstellung des Wettrüstens, insbesondere des nuklearen Wettrüstens in allen seinen Aspekten und des Übergangs zur Abrüstung,

mit Befriedigung Kenntnis nehmend von der weitverbreiteten aktiven Unterstützung der Regierungen und der

internationalen und nationalen Organisationen für den Beschluß der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung, die mit dem 24. Oktober, dem Gründungstag der Vereinten Nationen, beginnende Woche zur Woche für die Förderung der Ziele der Abrüstung zu erklären[35],

unter Hinweis auf die Empfehlungen hinsichtlich der von der Generalversammlung auf ihrer Zehnten Sondertagung eingeleiteten Weltabrüstungskampagne, insbesondere die Empfehlung, daß angesichts der Tatsache, daß die Abrüstungswoche eine positive Rolle bei der Förderung der Ziele der Abrüstung gespielt hat, die mit dem 24. Oktober beginnende Woche auch in Zukunft allgemein als Abrüstungswoche begangen werden sollte[36],

in Anerkennung der wichtigen Rolle, die die Informationsorgane der Vereinten Nationen bei der Förderung einer aktiveren Mitwirkung von staatlichen und öffentlichen Organisationen an der Abrüstungswoche spielen können,

1. *dankt* allen Staaten sowie allen internationalen und nationalen nichtstaatlichen Organisationen für ihre tatkräftige Unterstützung für die Abrüstungswoche und ihre aktive Mitwirkung an dieser;

2. *nimmt mit Befriedigung Kenntnis* von den Berichten des Generalsekretärs über die zusätzlichen Maßnahmen von staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen zur Abhaltung der Abrüstungswoche[37];

3. *bittet alle Staaten*, die dies wünschen, die vom Generalsekretär vorbereiteten Elemente eines Modellprogramms für die Abrüstungswoche[38] zu berücksichtigen, wenn sie auf lokaler Ebene anläßlich der Abrüstungswoche entsprechende Maßnahmen durchführen;

4. *bittet* die in Frage kommenden Sonderorganisationen* und die Internationale Atomenergie-Organisation, innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs ihre Aktivitäten zur Verbreitung von Informationen über die Folgen des Wettrüstens zu intensivieren, und ersucht sie, den Generalsekretär in diesem Sinne zu informieren;

5. *bittet* die Regierungen, den Generalsekretär im Einklang mit Generalversammlungsresolution 33/71 D über Aktivitäten zu informieren, die zur Förderung der Ziele der Abrüstungswoche durchgeführt werden;

6. *bittet* die internationalen nichtstaatlichen Organisationen, sich aktiv an der Abrüstungswoche zu beteiligen und den Generalsekretär über ihre Aktivitäten zu informieren;

7. *ersucht* den Generalsekretär, im Rahmen der vorhandenen Ressourcen jährlich eine Zusammenstellung der Informationen zu erstellen, die von den einschlägigen Hauptabteilungen am Sitz der Vereinten Nationen sowie von den Informationszentren der Vereinten Nationen über die Veranstaltungen anläßlich der Abrüstungswoche des Vorjahres gesammelt wurden;

8. *ersucht* den Generalsekretär, im Einklang mit Ziffer 4 von Resolution 33/71 D der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung einen Bericht mit den in Ziffer 4 bis 7 erwähnten Informationen vorzulegen.

98. Plenarsitzung
9. Dezember 1982

* Vgl. die Fußnote auf S. 61

[35] Resolution S-10/2, Ziffer 102

[36] *Official Records of the General Assembly, Twelfth Special Session, Annexes*, Tagesordnungspunkte 9, 10, 11, 12 und 13, Dokument A/S-12/32, Anhang V, Ziffer 12

[37] S/37/455 mit Add.1

[38] A/34/436

E

Verbot der nuklearen Neutronenwaffe

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf Ziffer 50 des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung[39], in der es heißt, daß die schnelle Aushandlung von Übereinkünften u.a. über die Einstellung der qualitativen Vervollkommnung und Weiterentwicklung von Kernwaffensystemen erforderlich ist, wenn eine nukleare Abrüstung erreicht werden soll,

betonend, daß die nukleare Neutronenwaffe einen weiteren Schritt im qualitativen Wettrüsten im Kernwaffenbereich darstellt,

in Bekräftigung ihrer Resolution 36/92 K vom 9. Dezember 1981,

die von Mitgliedstaaten wie von nichtstaatlichen Organisationen weltweit bekundete Sorge *teilend*, die anläßlich der Fortsetzung und Erweiterung der Produktion der nuklearen Neutronenwaffe und ihrer Eingliederung in die Militärarsenale empfunden wird, wodurch das nukleare Wettrüsten eskaliert und die Schwelle zu einem Atomkrieg beträchtlich herabgesetzt wird,

im Bewußtsein der unmenschlichen Wirkung dieser Waffen, die eine schwere Bedrohung vor allem der ungeschützten Zivilbevölkerung darstellt,

in Kenntnis der vom Abrüstungsausschuß während seiner Tagung des Jahres 1982 vorgenommenen Behandlung von Fragen im Zusammenhang mit der Einstellung des nuklearen Wettrüstens, mit der nuklearen Abrüstung und mit dem Verbot der nuklearen Neutronenwaffe[40],

mit Bedauern darüber, daß der Abrüstungsausschuß weder über den Beginn von Verhandlungen über die Einstellung des nuklearen Wettrüstens und die nukleare Abrüstung noch über das Verbot der nuklearen Neutronenwaffe innerhalb eines geeigneten organisatorischen Rahmens Einigung erzielen konnte,

1. *wiederholt ihr Ersuchen* an den Abrüstungsausschuß, innerhalb eines geeigneten organisatorischen Rahmens unverzügliche Verhandlungen zum Abschluß einer Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung, Stationierung und Verwendung von nuklearen Neutronenwaffen zu beginnen;

2. *ersucht* den Generalsekretär, dem Abrüstungsausschuß alle Dokumente im Zusammenhang mit der Erörterung dieser Frage auf der Zwölften Sondertagung und auf der siebenunddreißigsten Tagung der Generalversammlung zu übermitteln;

3. *ersucht* den Abrüstungsausschuß, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung einen Bericht zu dieser Frage vorzulegen;

4. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Verbot der nuklearen Neutronenwaffe" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

98. Plenarsitzung
9. Dezember 1982

[39] Resolution S-10/2

[40] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 27* (A/37/37 mit Korr.1), Abschnitt III B

F

Durchführung der Empfehlungen und Beschlüsse der Zehnten Sondertagung

Die Generalversammlung,

nach Überprüfung der Durchführung der Empfehlungen und Beschlüsse der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung, der ersten Sondertagung über Abrüstung, sowie des Abschließenden Dokuments der Zwölften Sondertagung der Generalversammlung[34], der zweiten Sondertagung über Abrüstung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen S-10/2 vom 30. Juni 1978, 34/83 C vom 11. Dezember 1979, 35/46 vom 3. Dezember 1980, 35/152 E vom 12. Dezember 1980 und 36/92 M vom 9. Dezember 1981 sowie auf ihren Beschluß S-12/24 vom 10. Juli 1982,

mit Bedauern darüber, daß es der Zwölften Sondertagung trotz der Erwartungen der internationalen Gemeinschaft und der Anstrengungen einer großen Anzahl von Mitgliedstaaten nicht gelungen ist, ihre wichtigsten Ziele zu erreichen, d.h. ein umfassendes Abrüstungsprogramm zu verabschieden, der Durchführung der Beschlüsse und Empfehlungen der Zehnten Sondertagung neue Impulse zu erteilen und deren Durchführung zu bewerten sowie bestimmte dringende Maßnahmen zur Verhütung eines Atomkriegs und zur nuklearen Abrüstung zu ergreifen,

mit tiefer Sorge angesichts der Nichtbefolgung der Empfehlungen und Beschlüsse der Zehnten Sondertagung, der weiteren Intensivierung des Wettrüstens, insbesondere im nuklearen Bereich, in der Zeit zwischen den beiden Sondertagungen über Abrüstung, des Ausbleibens unverzüglicher Maßnahmen zur Verhütung eines Atomkriegs und zur nuklearen Abrüstung, der offenen Drohungen, der Druckausübung und der militärischen Interventionen gegen unabhängige Staaten und der Verletzungen der Grundprinzipien der Charta der Vereinten Nationen, die eine äußerst ernste Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellen,

in der Überzeugung, daß die Einstellung des Wettrüstens, die Einleitung eines gegenläufigen Prozesses und die Durchführung konkreter Abrüstungsmaßnahmen, insbesondere im nuklearen Bereich, eine der dringendsten Aufgaben ist, und daß die Kernwaffenstaaten und andere militärisch bedeutende Staaten in dieser Hinsicht die Hauptverantwortung tragen,

tief beunruhigt darüber, daß die Verhandlungen über Abrüstungsfragen weit hinter der rapiden technologischen Entwicklung im Rüstungsbereich und dem unaufhaltsamen Anwachsen der militärischen Arsenale zurückgeblieben sind,

in der Auffassung, daß es unbedingt erforderlich ist, den Verhandlungen über Abrüstung, insbesondere im nuklearen Bereich, auf allen Ebenen neue Impulse zu erteilen und in unmittelbarer Zukunft echte Fortschritte zu erzielen,

in der Überzeugung, daß ein Erfolg der Abrüstungsverhandlungen, an denen alle Völker der Welt ein vitales Interesse haben, dadurch herbeigeführt werden könnte, daß die Mitgliedstaaten aktiv an solchen Verhandlungen teilnehmen und so zur Wahrung des Weltfriedens und der internationlen Sicherheit beitragen,

erneut erklärend, daß den Vereinten Nationen eine zentrale Rolle und eine Hauptverantwortung auf dem Gebiet der Abrüstung zukommt,

mit Genugtuung darauf hinweisend, daß alle Mitgliedstaaten auf der Zwölften Sondertagung der Generalversammlung die Gültigkeit des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung[35] sowie ihr feierliches Bekenntnis zu diesem und ihr Versprechen, die im Aktionsprogramm in Abschnitt III des Schlußdokuments vereinbarten Prioritäten bei den Abrüstungsverhandlungen zu beachten, einstimmig und kategorisch bekräftig hat,

unter Hinweis auf die von den Staaten mit verschiedenen internationalen Übereinkünften eingegangene Verpflichtung, über Abrüstungsmaßnahmen, insbesondere im nuklearen Bereich, zu verhandeln,

1. *äußert ihre tiefe Besorgnis* über die anhaltende Verschlechterung der internationalen Beziehungen und die Verschärfung des Wettrüstens, insbesondere im nuklearen Bereich, das eine unmittelbare Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt und die Gefahr des Ausbruchs eines Kriegs, insbesondere eines Atomkriegs, erhöht;

2. *fordert* alle Staaten, insbesondere die Kernwaffenstaaten und anderen militärisch bedeutenden Staaten, *auf*, unverzüglich Schritte zur Förderung der internationalen Sicherheit, zur erfolgreichen Einstellung des Wettrüstens sowie zur Einleitung eines gegenläufigen Prozesses und zur Verwirklichung der Abrüstung zu unternehmen;

3. *bittet* alle Staaten, insbesondere die Kernwaffenstaaten und unter diesen vor allem diejenigen Staaten, die die größten Kernwaffenarsenale besitzen, unverzüglich Maßnahmen zur Durchführung der die nukleare Abrüstung betreffenden Empfehlungen und Beschlüsse des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung zu ergreifen und die im Aktionsprogramm in Abschnitt I des Schlußdokuments sowie im Abschließenden Dokument der Zwölften Sondertagung aufgeführten vorrangigen Aufgaben zu erfüllen;

4. *bittet* alle Mitgliedstaaten *eindringlich*, sich nach besten Kräften um die Anregung und Beschleunigung in Treu und Glauben geführter Abrüstungsverhandlungen auf allen Ebenen sowie die Erzielung rascher Fortschritte bei der Lösung der verschiedenen Abrüstungsprobleme zu bemühen;

5. *fordert* den Abrüstungsausschuß *auf*, sich bei seiner Arbeit auf Sachfragen und auf vorrangige Fragen seiner Tagesordnung zu konzentrieren, ohne weitere Verzögerungen Verhandlungen über die nukleare Abrüstung aufzunehmen und so bald wie möglich Entwürfe für internationale Übereinkünfte über Abrüstungsfragen auszuarbeiten, über die seit etlichen Jahren verhandelt wird, insbesondere für einen Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen sowie über ein vollständiges und effektives Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung aller chemischen Waffen und über deren Vernichtung;

6. *fordert* die Mitglieder des Abrüstungsausschusses, insbesondere die Kernwaffenstaaten, *auf*, bei weiteren Verhandlungen über die Ausarbeitung des Entwurfs für ein umfassendes Abrüstungsprogramm ein größeres Maß an Bereitschaft und Flexibilität an den Tag zu legen und es dem Ausschuß auf diese Weise zu ermöglichen, im Sinne des auf der Zwölften Sondertagung der Generalversammlung gefaßten Beschlusses auf ihrer achtunddreißigsten Tagung den überarbeiteten Entwurf für ein derartiges Programm vorzulegen;

7. *fordert* die Abrüstungskommission *auf*, sich verstärkt mit der Behandlung der verschiedenen auf ihrer Tagesordnung stehenden Abrüstungsfragen zu befassen und der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung als Beitrag zur Lösung noch offener Fragen konkrete Empfehlungen vorzulegen;

8. *fordert* die Kernwaffenstaaten, die gesonderte Verhandlungen über Fragen der nuklearen Abrüstung führen, *auf*, größtmögliche Anstrengungen zu unternehmen, damit bei diesen Verhandlungen konkrete Ergebnisse erzielt werden, und zum Erfolg der multilateralen Verhandlungen über nukleare Abrüstung beizutragen;

9. *bittet* alle Staaten, die außerhalb des Rahmens der Vereinten Nationen Abrüstungsverhandlungen und Verhandlungen über die Rüstungsbegrenzung führen, die Generalversammlung und den Abrüstungsausschuß im Einklang mit den diesbezüglichen Bestimmungen des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung über die Ergebnisse dieser Verhandlungen auf dem laufenden zu halten;

10. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Durchführung der Empfehlungen und Beschlüsse der Zehnten Sondertagung" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

98. Plenarsitzung
9. Dezember 1982

G

Bericht des Abrüstungsausschusses

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 34/83 B vom 11. Dezember 1979, 35/152 J vom 12. Dezember 1980 und 36/92 F vom 9. Dezember 1981,

ferner unter Hinweis auf das Schlußdokument der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung[39] und das Abschließende Dokument der Zwölften Sondertagung der Generalversammlung[34],

nach Behandlung des Berichts des Abrüstungsausschusses[41],

erneut erklärend, daß die beste verfügbare Methode zur Durchführung multilateraler Verhandlungen über auf der Tagesordnung des Abrüstungsausschusses stehende Punkte in der Einsetzung von Ad-hoc-Arbeitsgruppen besteht, eine Methode, die zugleich auch zur Festigung der Rolle des Abrüstungsausschusses als Verhandlungsgremium beiträgt,

in Kenntnis der Tatsache, daß der Abrüstungsausschuß am 21. April 1982[42] zu Punkt 1 seiner Tagesordnung mit dem Titel "Verbot von Kernversuchen" eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe eingesetzt hat,

mit Bedauern darüber, daß trotz des ausdrücklichen Wunsches der großen Mehrheit der Mitglieder des Abrüstungsausschusses die Einsetzung einer Ad-hoc-Arbeitsgruppe für multilaterale Verhandlungen über nukleare Abrüstung während der Ausschußtagung des Jahres 1982 erneut verhindert worden ist,

mit dem Ausdruck ihrer tiefen Besorgnis und Enttäuschung darüber, daß es dem Abrüstungsausschuß bis jetzt nicht gelungen ist, zu bereits seit etlichen Jahren behandelten Abrüstungsfragen konkrete Übereinkünfte zu erzielen, insbesondere Fragen, denen die Vereinten Nationen höchste Priorität und Dringlichkeit zugewiesen haben,

in der Überzeugung, daß der Abrüstungsausschuß als einziges multilaterales Verhandlungsgremium über Abrüstung bei den Sachverhandlungen über vorrangige Abrüstungsfragen und über die Durchführung des in Abschnitt III des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung enthaltenen Aktionsprogramms die Hauptrolle spielen sollte,

betonend, daß außerhalb des Abrüstungsausschusses geführte Verhandlungen über bestimmte Abrüstungsfragen in keiner Weise als Vorwand dazu dienen sollten, multilaterale Verhandlungen über solche Fragen im Ausschuß zu verhindern,

1. *bittet* den Abrüstungsausschuß *eindringlich*, im Einklang mit den Bestimmungen des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung und anderen Generalversammlungsresolutionen zu diesen Fragen während seiner im Jahre 1983 abzuhaltenden Tagung die Sachverhandlungen über die vorrangigen Abrüstungsfragen auf seiner Tagesordnung fortzusetzen bzw. solche einzuleiten und hierzu die bestehenden Ad-hoc-Arbeitsgruppen mit entsprechenden Verhandlungsmandaten auszustatten sowie umgehend eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe für die Einstellung des nuklearen Wettrüstens und die nukleare Abrüstung einzusetzen;

2. *ersucht* den Abrüstungsausschuß, seine Arbeit zu intensivieren, alles in seinen Kräften Stehende zu tun, um in möglichst kurzer Zeit konkrete Ergebnisse zu erzielen, und Entwürfe für internationale Übereinkünfte über die spezifischen vorrangigen Abrüstungsfragen seiner Tagesordnung auszuarbeiten, vor allem über einen Vertrag über ein Verbot von Kernwaffenversuchen und über das vollständige und wirksame Verbot aller chemischen Waffen und ihre Vernichtung;

3. *ersucht* den Abrüstungsausschuß *ferner*, auf seiner Tagung des Jahres 1983 von Anfang an im Einklang mit dem Abschließenden Dokument der Zwölften Sondertagung der Generalversammlung seine intensive Arbeit an der Erstellung eines umfassenden Abrüstungsprogramms fortzusetzen und der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung den revidierten Entwurf eines solchen Programms vorzulegen;

4. *bittet* die mit separaten Verhandlungen über spezifische vorrangige Abrüstungsfragen befaßten Mitglieder des Abrüstungsausschusses, sich noch intensiver darum zu bemühen, diese Verhandlungen ohne weitere Verzögerungen zu einem positiven Abschluß zu bringen und dem Ausschuß gleichzeitig einen vollständigen Bericht über ihre separaten Verhandlungen und deren Ergebnisse vorzulegen, um einen möglichst direkten Beitrag zu den gemäß Ziffer 1 dieser Resolution geführten Verhandlungen des Ausschusses zu leisten;

5. *ersucht* den Abrüstungsausschuß *weiterhin*, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung einen Tätigkeitsbericht vorzulegen;

6. *beschließt* die Aufnahme des Punkts "Bericht des Abrüstungsausschusses" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

98. Plenarsitzung
9. Dezember 1982

H

Bericht der Abrüstungskommission

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts der Abrüstungskommission[43],

[41] *Ebd., Beilage 27* (A/37/27 mit Korr.1)
[42] *Ebd.*, Ziffer 39
[43] *Ebd., Beilage 42* (A/37/42)

erneut nachdrücklich darauf hinweisend, daß wirksame Anschlußmaßnahmen an die im Schlußdokument der Zehnten Sondertagung[39], der ersten Sondertagung über Abrüstung, enthaltenen einschlägigen Empfehlungen und Beschlüsse notwendig sind,

unter Berücksichtigung der einschlägigen Abschnitte des Abschließenden Dokuments der Zwölften Sondertagung der Generalversammlung[44], der zweiten Sondertagung über Abrüstung,

in Anbetracht der wichtigen Rolle, die die Abrüstungskommission gespielt hat, bzw. des wichtigen Beitrags, den sie mit der Prüfung und Vorlage von Empfehlungen zu verschiedenen Problemen im Abrüstungsbereich und mit der Förderung der Durchführung der einschlägigen Beschlüsse der Zehnten Sondertagung geleistet hat,

mit dem Wunsch, die Wirksamkeit der Abrüstungskommission zu stärken,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 33/71 H vom 14. Dezember 1978, 34/83 H vom 11. Dezember 1979, 35/152 F vom 12. Dezember 1980 und 36/92 B vom 9. Dezember 1981,

1. *nimmt* den Bericht der Abrüstungskommission *zur Kenntnis*;

2. *stellt fest*, daß die Abrüstungskommission erneut die Behandlung mehrerer Tagesordnungspunkte nicht abschließen konnte;

3. *ersucht* die Abrüstungskommission, ihre Arbeit gemäß ihrem in Ziffer 118 des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung niedergelegten Mandat fortzusetzen und sich zu diesem Zweck unter Berücksichtigung der einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung auf jeder Arbeitstagung aus den Themen, die von ihr behandelt worden sind bzw. künftig behandelt werden, spezifische Fragen auszusuchen und der folgenden Tagung der Generalversammlung konkrete Empfehlungen zu diesen Themen vorzutragen;

4. *ersucht* die Abrüstungskommission, 1983 für höchstens vier Wochen zusammenzutreten und der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung einen Bericht über ihre Sacharbeit vorzulegen;

5. *ersucht* den Generalsekretär, der Abrüstungskommission den Bericht des Abrüstungsausschusses[45] samt allen sich auf Abrüstungsfragen beziehenden Teilen des offiziellen Protokolls der siebenunddreißigsten Tagung der Generalversammlung zu übermitteln und ihr jede für die Durchführung dieser Resolution erforderliche Unterstützung zukommen zu lassen;

6. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Bericht der Abrüstungskommission" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

98. Plenarsitzung
9. Dezember 1982

I

Verhütung eines Atomkriegs

Die Generalversammlung,

beunruhigt über die Bedrohung, die die Existenz von Kernwaffen und das anhaltende Wettrüsten für das Überleben der ganzen Menschheit darstellen,

unter Hinweis darauf, daß die Beseitigung der Gefahr eines Atomkriegs die wichtigste und dringendste Aufgabe der Gegenwart ist,

erneut feststellend, daß alle Mitgliedstaaten gemeinsam die Verantwortung dafür tragen, künftige Generationen vor der Geißel eines neuen Weltkriegs zu bewahren,

unter Hinweis auf die Bestimmungen in Ziffer 47 bis 50 bzw. 56 bis 58 des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung[39], der ersten Sondertagung über Abrüstung, über Verfahren zur Verhütung eines Atomkriegs,

ferner unter Hinweis auf Resolution 36/81 B vom 9. Dezember 1981, in der sie alle Kernwaffenstaaten eindringlich bat, dem Generalsekretär bis 30. April 1982 zur Behandlung auf der Zwölften Sondertagung der Generalversammlung, der zweiten Sondertagung über Abrüstung, ihre Stellungnahmen, Vorschläge und praktischen Hinweise zur Verhütung eines Atomkriegs zukommen zu lassen und in der sie alle anderen damit einverstandenen Mitgliedstaaten bat, ebenso zu verfahren,

nach Behandlung des auf der Zwölften Sondertagung vorgelegten Berichts des Generalsekretärs[44] mit solchen Stellungnahmen, Vorschlägen und praktischen Hinweisen,

unter Berücksichtigung der im Abschließenden Dokument der Zwölften Sondertagung erwähnten Erörterungen zu diesem Punkt[45], die während der Zwölften Sondertagung, insbesondere in Arbeitsgruppe III des Ad-hoc-Ausschusses der Zwölften Sondertagung und in der zur weiteren Behandlung der Vorschläge zur Frage der Verhütung eines Atomkriegs eingesetzten Ad-hoc-Redaktionsgruppe stattgefunden haben,

in der Überzeugung, daß die Verhütung eines Atomkriegs und die Verringerung der Gefahr eines Atomkriegs Fragen von höchster Dringlichkeit und von vitalem Interesse für alle Völker der Welt sind,

1. *ersucht* den Abrüstungsausschuß, mit höchstem Vorrang Verhandlungen im Hinblick auf die Erzielung einer Einigung über geeignete und praktische Maßnahmen zur Verhütung eines Atomkriegs zu führen und dabei die oben erwähnten Dokumente sowie sonstige bereits bestehende Vorschläge und künftige Initiativen zu berücksichtigen;

2. *ersucht* den Generalsekretär, dem Abrüstungsausschuß zur Erleichterung der Behandlung dieses Punktes alle einschlägigen Dokumente zu übermitteln;

3. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Verhütung eines Atomkriegs: Bericht des Abrüstungsausschusses" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

98. Plenarsitzung
9. Dezember 1982

J

Nichteinsatz von Kernwaffen und Verhütung eines Atomkriegs

Die Generalversammlung,

beunruhigt über die Bedrohung, die die Existenz von Kernwaffen und das anhaltende Wettrüsten für das Überleben der ganzen Menschheit darstellen,

unter Hinweis darauf, daß in Einklang mit dem Schlußdokument der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung[39], der ersten Sondertagung über Ab-

[44] A/S-12/11 mit Add.1 und Add.1 Korr.1 sowie mit Add.2-5

[45] *Official Records of the General Assembly, Twelf Special Session, Annexes*, Tagesordnungspunkte 9, 10, 11, 12 und 13, Dokument A/S-12/32, Ziffer 44-47

rüstung, wirksamen Maßnahmen zur nuklearen Abrüstung und zur Verhütung eines Atomkriegs höchste Priorität zukommt,

eingedenk ihrer Resolutionen 36/81 B, 36/92 I und 36/100 vom 9. Dezember 1981,

erneut erklärend, daß die nukleare Abrüstung und die vollständige Beseitigung der Kernwaffen die wirksamste Garantie gegen die Gefahr eines Atomkriegs und den Einsatz von Kernwaffen bietet,

unter Hinweis darauf, daß es im Schlußdokument der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung heißt, daß alle Staaten aktiv an Bemühungen teilhaben sollten, in den internationalen Beziehungen zwischen den Staaten Bedingungen zu schaffen, unter denen ein Kodex für das friedliche Verhalten der Staaten in internationalen Angelegenheiten vereinbart werden könnte und die den Einsatz bzw. die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen ausschließen würden[46],

1. *ist der Auffassung*, daß die feierlichen Erklärungen zweier Kernwaffenstaaten, die auf der Zwölften Sondertagung der Generalversammlung, der zweiten Sondertagung über Abrüstung, abgegeben bzw. bekräftigt wurden, nämlich daß sie sich jeweils verpflichteten, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen, einen wichtigen Weg zur Verringerung der Gefahr eines Atomkriegs weisen;

2. *äußert ihre Hoffnung*, daß die anderen Kernwaffenstaaten erwägen werden, ähnliche Erklärungen mit der Verpflichtung abzugeben, daß sie nicht als erste Kernwaffen einsetzen.

98. Plenarsitzung
9. Dezember 1982

K

Überwachung von Abrüstungsübereinkünften und Festigung der Internationalen Sicherheit: Vorschlag zur Errichtung einer Internationalen Satellitenüberwachungsagentur

Die Generalversammlung,

in Bekräftigung der äußerst wichtigen Rolle, die geeignete, für alle interessierten Parteien zufriedenstellende internationale Überwachungsmaßnahmen bei der Herbeiführung und Durchführung von Abrüstungsübereinkünften sowie bei der Festigung der internationalen Sicherheit und des internationalen Vertrauens spielen sollen,

in Anbetracht der Fortschritte, die in der Technologie der Erdbeobachtung durch künstliche Satelliten erzielt worden sind,

im Bewußtsein des wichtigen Beitrags, den diese Technologie zur Lösung des Problems der Überwachung leisten kann, vor allem in Anbetracht der Notwendigkeit, für internationale, nichtdiskriminierende Maßnahmen zu sorgen, die keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten darstellen,

unter Hinweis auf ihre Resolution 33/71 J vom 14. Dezember 1978, in der sie den Generalsekretär ersuchte, mit Hilfe einer Gruppe von qualifizierten Regierungssachverständigen eine Studie über die technischen, rechtlichen und finanziellen Implikationen der Errichtung einer internationalen Satellitenüberwachungsagentur zu erarbeiten und die Ansichten der Mitgliedstaaten zu dieser Frage einzuholen, sowie auf ihre Resolution 34/83 E vom 11. Dezember 1979, in der sie diese Ansichten zur Kenntnis nahm,

mit Interesse Kenntnis nehmend von dem Bericht des Generalsekretärs[47], der im Anhang eine sehr detaillierte Studie der dafür ernannten Regierungssachverständigengruppe über die Implikationen der Errichtung einer internationalen Satellitenüberwachungsagentur enthält,

nachdrücklich hervorhebend, daß der technologische Fortschritt die Möglichkeiten auf diesem Gebiet vermehrt und daß die Mitgliedstaaten wie auch die durch ihre zuständigen Organe vertretene internationale Gemeinschaft in der Lage sein sollten, unter den geeigneten Voraussetzungen von entsprechenden Überwachungstechniken zu profitieren, sei es durch die Durchführung von Abrüstungsübereinkünften oder sei es durch die Festigung der internationalen Sicherheit und des internationalen Vertrauens,

in der Überzeugung, daß aus allen diesen Gründen der Vorschlag zur Errichtung einer internationalen Satellitenüberwachungsagentur in allen seinen Aspekten weiter geprüft werden sollte,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs, der in seinem Anhang eine Studie über die Implikationen der Errichtung einer internationalen Satellitenüberwachungsagentur enthält;

2. *äußert ihre Befriedigung* über die Art und Weise, in der der Generalsekretär und die ihn dabei unterstützende Gruppe von Regierungssachverständigen zur Frage der Errichtung einer internationalen Satellitenüberwachungsagentur den Bericht verfaßt haben;

3. *nimmt ferner Kenntnis* von den Schlußfolgerungen der Studie über die Möglichkeit der Errichtung einer internationalen Satellitenüberwachungsagentur;

4. *ersucht* den Generalsekretär um erforderliche Maßnahmen zur Publikation des Berichts als Veröffentlichung der Vereinten Nationen, damit dieser eine möglichst weite Verbreitung erhält;

5. *ersucht* den Generalsekretär, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung über die praktischen Modalitäten für die Durchführung der genannten Schlußfolgerungen im Hinblick auf die institutionellen Aspekte des in Teil V Kapitel II der Studie behandelten Entwurfs zu berichten.

98. Plenarsitzung
9. Dezember 1982

37/79 – Konferenz der Vereinten Nationen über das Verbot oder die Einschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, bei denen man davon ausgehen kann, daß sie unnötige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken

Die Generalversammlung

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 32/152 vom 19. Dezember 1977, 35/153 vom 12. Dezember 1980 und 36/93 vom 9. Dezember 1981,

[46] Resolution S-10/2, Ziffer 58

[47] A/AC.206/14 Der Bericht erschien später unter dem Titel *The Implications of Establishing an International Satellite Monitoring Agency* (Die Implikationen der Errichtung einer internationalen Satellitenüberwachungsagentur), (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr.E.83.IX.3)

in Bekräftigung ihrer Überzeugung, daß die Leiden der Zivilbevölkerung und der Kombattanten beträchtlich vermindert werden könnten, wenn es gelänge, eine allgemeine Einigung darüber zu erzielen, den Einsatz bestimmter konventioneller Waffen, wie u.a. aller Waffen, bei denen man davon ausgehen kann, daß sie unnötige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken, aus humanitären Gründen zu verbieten bzw. einzuschränken,

mit Befriedigung darauf hinweisend, daß am 10. Oktober 1980 die Konvention über das Verbot oder die Einschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, bei denen man davon ausgehen kann, daß sie unnötige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken, samt dem Protokoll über mit Röntgenstrahlen nicht feststellbare Splitter (Protokoll I), dem Protokoll über das Verbot oder die Einschränkung des Einsatzes von Minen, Tölpelfallen und anderen Vorrichtungen (Protokoll II) sowie dem Protokoll über das Verbot oder die Einschränkung des Einsatzes von Brandwaffen (Protokoll III) angenommen wurde[48],

mit Befriedigiung Kenntnis nehmend, vom Bericht des Generalsekretärs[49], aus dem hervorgeht, daß immer mehr Staaten die Konvention, die am 10. April 1981 in New York zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, entweder unterzeichnet oder ratifiziert haben,

1. *bittet* diejenigen Staaten, die dies bisher noch nicht getan haben, *eindringlich*, sich nach Kräften um einen möglichst baldigen Beitritt zur Konvention über das Verbot oder die Einschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, bei denen man davon ausgehen kann, daß sie unnötige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken;

2. *nimmt davon Kenntnis*, daß nach Artikel 8 der Konvention Konferenzen einberufen werden können, um Änderungen der Konvention oder irgendeines der ihr beigegebenen Protokolle zu beraten, um Zusatzprotokolle zu behandeln, die sich auf andere Arten von konventionellen Waffen beziehen, die in den schon bestehenden, der Konvention beigegebenen Protokollen nicht erfaßt sind, um den Geltungsbereich und die Wirkungsweise der Konvention und der ihr beigegebenen Protokolle zu überprüfen sowie um Vorschläge zur Änderung der Konvention oder der bestehenden Protokolle und allfälliger Vorschläge für Zusatzprotokolle zu beraten, die sich auf andere Arten von konventionellen Waffen beziehen, die von den bestehenden, der Konvention beigegebenen Protokollen nicht erfaßt sind;

3. *ersucht* den Generalsekretär als Depositar der Konvention und ihrer Protokolle, die Generalversammlung von Zeit zu Zeit über den Stand der Beitritte zu dieser Konvention und ihren drei Protokollen zu informieren;

4. *beschließt* die Aufnahme des Punkts "Konferenz der Vereinten Nationen über das Verbot oder die Einschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, bei denen man davon ausgehen kann, daß sie unnötige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

98. Plenarsitzung
9. Dezember 1983

[48] Vgl. A/CONF.95/15
[49] A/37/199 mit Korr.1

37/80 – Abschluß einer internationalen Konvention zur Erhöhung der Sicherheit der Nichtkernwaffenstaaten vor dem Einsatz bzw. der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen

Die Generalversammlung,

überzeugt von der Notwendigkeit wirksamer Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit der Staaten und bewegt von dem von allen Nationen geteilten Wunsch, den Krieg abzuschaffen und eine atomare Katastrophe zu verhindern,

unter Berücksichtigung des in der Charta der Vereinten Nationen verankerten und in einer Reihe von Erklärungen und Resolutionen der Vereinten Nationen bekräftigten Grundsatzes der Nichtanwendung bzw. Nichtandrohung von Gewalt,

mit Befriedigung den Wunsch von Staaten verschiedener Regionen *zur Kenntnis nehmend*, u.a. durch die Errichtung kernwaffenfreier Zonen auf der Grundlage von zwischen den Staaten der betreffenden Regionen frei geschlossenen Vereinbarungen die Einführung von Kernwaffen in ihre Territorien zu verhindern, und in dem Bestreben, dieses Vorhaben zu unterstützen,

in der Auffassung, daß die internationale Gemeinschaft bis zur Erreichung einer universalen nuklearen Abrüstung unbedingt wirksame Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Nichtkernwaffenstaaten vor dem Einsatz bzw. der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen von welcher Seite auch immer entwickeln muß,

in der Erkenntnis, daß wirksame Maßnahmen zur Sicherung der Nichtkernwaffenstaaten vor dem Einsatz bzw. der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen einen positiven Beitrag zur Verhinderung der weiteren Verbreitung von Kernwaffen darstellen können,

eingedenk der Erklärungen und Feststellungen verschiedener Staaten über die Erhöhung der Sicherheit von Nichtkernwaffenstaaten,

beunruhigt über die anhaltende Eskalation des Wettrüstens, insbesondere des nuklearen Wettrüstens, und die größere Gefahr des Einsatzes bzw. der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen,

tief beunruhigt über die Pläne zur weiteren Stationierung von Kernwaffen auf dem Territorium von Nichtkernwaffenstaaten, die einen direkten Einfluß auf die Sicherheit von Nichtkernwaffenstaaten haben könnten,

in dem Wunsch, die Verwirklichung von Ziffer 59 des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung[50] zu fördern, in der sie die Kernwaffenstaaten eindringlich um Fortsetzung ihrer Bemühungen bat, gegebenenfalls wirksame Vorkehrungen zur Sicherung der Nichtkernwaffenstaaten vor dem Einsatz bzw. der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen zu treffen,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 33/72 vom 14. Dezember 1978, 34/84 und 34/85 vom 11. Dezember 1979, 35/154 und 35/155 vom 12. Dezember 1980 und auf die einschlägigen Bestimmungen ihrer Resolution 35/46 vom 3. Dezember 1980 sowie ihrer Resolutionen 36/94 und 36/95 vom 9. Dezember 1981,

im Hinblick darauf, daß der Abrüstungsausschuß im Jahre 1982 den Punkt "Wirksame internationale Vor-

[50] Resolution S-10/2

kehrungen zur Sicherung der Nichtkernwaffenstaaten vor dem Einsatz bzw. der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen" behandelt hat, sowie im Hinblick auf die Arbeit der zu diesem Gegenstand eingesetzten Ad-hoc-Arbeitsgruppe,

unter Hinweis auf die vom Abrüstungsausschuß 1979 zu dieser Frage vorgelegten Entwürfe einer internationalen Konvention und mit Befriedigung feststellend, daß die Idee des Abschlusses einer derartigen Konvention breite internationale Unterstützung gefunden hat,

in Kenntnisnahme des Sonderberichts des Abrüstungsausschusses[51] einschließlich des Berichts der Ad-hoc-Arbeitsgruppe zur Untersuchung und Aushandlung wirksamer Vorkehrungen zur Sicherung der Nichtkernwaffenstaaten vor dem Einsatz bzw. der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen[52] sowie des Berichts des Abrüstungsausschusses[53]

in dem Wunsch, einen baldigen und erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen über die Ausarbeitung einer Konvention zur Erhöhung der Sicherheit der Nichtkernwaffenstaaten vor dem Einsatz bzw. der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen herbeizuführen,

ferner im Hinblick darauf, daß der Gedanke von Übergangsvereinbarungen als einem ersten Schritt zum Abschluß einer solchen Konvention – insbesondere in Form einer Sicherheitsratsresolution zu diesem Thema – im Abrüstungsausschuß behandelt worden ist, und in Bekräftigung des diesbezüglichen Appells der Generalversammlung in Ziffer 6 ihrer Resolution 35/154 sowie in Ziffer 5 ihrer Resolution 36/94,

in Kenntnisnahme der Empfehlung im obengenannten Sonderbericht des Abrüstungsausschusses, wonach der Ausschuß mit dem Ziel einer Einigung über wirksame internationale Vereinbarungen zur Sicherung der Nichtkernwaffenstaaten vor dem Einsatz bzw. der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen nach Mitteln und Wegen zur Überwindung der bei den Verhandlungen der Arbeitsgruppe über dieses Thema aufgetretenen Schwierigkeiten suchen soll[54],

überzeugt, daß der Verzicht auf eine Politik des Ersteinsatzes von Kernwaffen u.a. wesentlich zu den Bemühungen um Fortschritte bei der wirksamen Verstärkung der Sicherheitsgarantien für Nichtkernwaffenstaaten beitragen würde,

in Begrüßung der feierlichen Erklärungen über den Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen, insbesondere die auf höchster politischer Ebene eingegangene bzw. auf der Zwölften Sondertagung der Generalversammlung bekräftigte Verpflichtung der Kernwaffenstaaten, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen,

ferner in der Überzeugung, daß eine Verpflichtung aller Kernwaffenstaaten zum Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen praktisch einem Verbot des Einsatzes von Kernwaffen gegen jedweden Staat, u.a. gegen jeden Nichtkernwaffenstaat, gleichkäme,

eingedenk dessen, daß bei der Suche nach einer Lösung des Problems der Sicherheitsgarantien den legitimen Sicherheitsinteressen der Nichtkernwaffenstaaten Vorrang gegeben werden sollte, da sie aufgrund ihres Verzichts auf Kernwaffen und ihres Verbots der Stationierung von Kernwaffen auf ihrem Hoheitsgebiet mit vollem Recht beanspruchen können, äußerst wirksame Garantien gegen den Einsatz bzw. die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen zu erhalten,

1. *begrüßt erneut* die Schlußfolgerung des Abrüstungsausschusses, daß nach wie vor die dringende Notwendigkeit anerkannt wird, Einigung über wirksame internationale Vorkehrungen zur Sicherung der Nichtkernwaffenstaaten vor dem Einsatz bzw. der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen zu erzielen,

2. *stellt mit Befriedigung fest,* daß es im Abrüstungsausschuß auch diesmal keine grundsätzlichen Einwände gegen den Gedanken einer internationalen Konvention zu dieser Frage gab;

3. *ersucht* den Abrüstungsausschuß, während seiner Tagung im Jahr 1983 die Verhandlungen über die Frage der Erhöhung der Sicherheitsgarantien für Nichtkernwaffenstaaten fortzuführen;

4. *fordert erneut* alle Teilnehmerstaaten an diesen Verhandlungen *auf,* sich um die Ausarbeitung und den Abschluß eines rechtsverbindlichen internationalen Instruments wie z.B. einer internationalen Konvention zu dieser Frage zu bemühen;

5. *fordert erneut* alle Kernwaffenstaaten *auf,* als einen ersten Schritt in Richtung auf den Abschluß einer internationalen Konvention feierliche, inhaltlich voll übereinstimmende Erklärungen über den Nichteinsatz von Kernwaffen gegenüber Nichtkernwaffenstaaten abzugeben, auf deren Territorien keine derartigen Waffen stehen, und empfiehlt dem Sicherheitsrat, diese Erklärungen zu prüfen und sie, falls sie alle mit der obenerwähnten Zielsetzung übereinstimmen, durch eine entsprechende Resolution zu billigen;

6. *beschließt* die Aufnahme des Punkts "Abschluß einer internationaler Konvention zur Erhöhung der Sicherheit der Nichtkernwaffenstaaten vor dem Einsatz bzw. der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

98. Plenarsitzung
9. Dezember 1982

37/81 – Abschluß wirksamer internationaler Vereinbarungen zur Sicherung der Nichtkernwaffenstaaten vor dem Einsatz bzw. der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen

Die Generalversammlung,

eingedenk der Notwendigkeit, die berechtigte Sorge der Staaten der Welt um die Gewährleistung einer dauerhaften Sicherheit für ihre Völker zu mildern,

in der Überzeugung, daß Kernwaffen die größte Bedrohung für die Menschheit und das Überleben der Zivilisation darstellen,

tief besorgt über die ständige Eskalation des Wettrüstens, insbesondere des nuklearen Wettrüstens,

in der Überzeugung, daß nukleare Abrüstung und die vollständige Beseitigung von Kernwaffen unabdingbar sind, wenn die Gefahr eines Atomkrieges gebannt werden soll,

unter Berücksichtigung des in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Grundsatzes der Nichtanwendung bzw. Nichtandrohung von Gewalt,

tief besorgt über die Möglichkeit des Einsatzes bzw. der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen,

[51] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Zwölfte Sondertagung, Beilage 2* (A/S-12/2)
[52] *Ebd.*, Ziffer 63
[53] *Ebd., Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 27* (A/37/27 mit Korr.1)
[54] *Ebd., Zwölfte Sondertagung, Beilage 2* (A/S-12/2), Ziffer 63, Vierter Teil

im Hinblick darauf, daß die Unabhängigkeit, territoriale Integrität und Souveränität von Nichtkernwaffenstaaten gegen den Einsatz bzw. die Androhung des Einsatzes von Gewalt, darunter den Einsatz bzw. die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen, geschützt werden müssen,

in der Auffassung, daß es bis zur Erreichung einer allseitigen nuklearen Abrüstung unbedingt notwendig ist, daß die internationale Gemeinschaft wirksame Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Nichtkernwaffenstaaten davor entwickelt, daß irgendeine Seite Kernwaffen einsetzt bzw. ihren Einsatz androht,

im Hinblick darauf, daß wirksame Maßnahmen zur Sicherung der Nichtkernwaffenstaaten vor dem Einsatz bzw. der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen einen positiven Beitrag zur Verhütung der Verbreitung von Kernwaffen darstellen können,

unter Hinweis auf ihre Resolution 3261 G (XXIX) vom 9. Dezember 1974,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 31/189 C vom 21. Dezember 1976,

eingedenk Ziffer 59 des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung[55], in der sie die Kernwaffenstaaten eindringlich bat, gegebenenfalls wirksame Vereinbarungen abzuschließen, um Nichtkernwaffenstaaten vor dem Einsatz bzw. der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen zu sichern,

in dem Bemühen, die Durchführung der einschlägigen Bestimmungen des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung zu fördern,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 33/72 vom 14. Dezember 1978, 34/85 vom 11. Dezember 1979 und 35/155 vom 12. Dezember 1980,

ferner unter Hinweis auf Ziffer 12 des Anhangs zu ihrer Resolution 35/46 vom 3. Dezember 1980 mit der Erklärung der achtziger Jahre zur Zweiten Abrüstungsdekade, in der es u.a. heißt, der Abrüstungsausschuß solle alles in seinen Kräften Stehende tun, um so schnell wie möglich Verhandlungen zur Erzielung einer Einigung zu führen und wo möglich noch vor der zweiten Sondertagung über Abrüstung einvernehmliche Texte über wirksame internationale Vorkehrungen zur Sicherung der Nichtkernwaffenstaaten vor dem Einsatz bzw. der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen vorzulegen,

in Begrüßung der intensiven Verhandlungen, die im Abrüstungsausschuß und seiner Ad-hoc-Arbeitsgruppe für die Prüfung und Aushandlung wirksamer internationaler Vereinbarungen zur Sicherung der Nichtkernwaffenstaaten vor dem Einsatz bzw. der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen mit dem Ziel einer Einigung über diesen Punkt geführt werden[55],

in Kenntnisnahme der unter diesem Punkt im Abrüstungsausschuß unterbreiteten Vorschläge, einschließlich der Entwürfe für eine internationale Konvention,

in Kenntnisnahme des Beschlusses der Sechsten Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs nichtgebundener Länder vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna[56] sowie der einschlägigen Empfehlungen der Islamischen Konferenz, die vor kurzem auf der vom 22. bis 26. August 1982 in Niamey abgehaltenen Dreizehnten Außenministerkonferenz der Islamischen Konferenz[57] noch einmal wiederholt wurden und mit denen der Abrüstungsausschuß aufgefordert wird, zur Sicherung der Nichtkernwaffenstaaten vor dem Einsatz bzw. der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen eine internationale Grundlage auszuarbeiten und Einigung hierüber zu erzielen,

ferner in Kenntnisnahme der im Abrüstungsausschuß und in der Generalversammlung zum Ausdruck gekommenen Unterstützung für die Ausarbeitung einer internationalen Konvention zur Sicherung der Nichtkernwaffenstaaten vor dem Einsatz bzw. der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen, sowie in Kenntnisnahme der aufgezeigten Schwierigkeiten hinsichtlich der Entwicklung einer allseitig annehmbaren gemeinsamen Konzeption,

1. *bekräftigt* die dringende Notwendigkeit einer Einigung über wirksame internationale Vorkehrungen zur Sicherung der Nichtkernwaffenstaaten vor dem Einsatz bzw. der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen;

2. *stellt mit Befriedigung fest*, daß es im Abrüstungsausschuß im Prinzip keine Einwände gegen den Gedanken einer internationalen Konvention zur Sicherung der Nichtkernwaffenstaaten vor dem Einsatz bzw. der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen gibt, obwohl auch die Schwierigkeiten hinsichtlich der Entwicklung einer allseitig annehmbaren gemeinsamen Konzeption aufgezeigt worden sind;

3. *appelliert* an alle Staaten, insbesondere die Kernwaffenstaaten, den erforderlichen politischen Willen für eine Einigung über eine gemeinsame Konzeption und insbesondere über eine gemeinsame Formel an den Tag zu legen, die Bestandteile eines rechtsverbindlichen internationalen Instruments werden könnten;

4. *empfiehlt*, sich weiterhin intensiv um eine derartige gemeinsame Konzeption oder gemeinsame Formel zu bemühen und die verschiedenen möglichen Konzeptionen, darunter vor allem die, die im Abrüstungsausschuß behandelt wurden, weiter zu untersuchen, damit die Schwierigkeiten überwunden werden;

5. *empfiehlt* dem Abrüstungsausschuß, die Verhandlungen im Hinblick auf eine rasche Einigung und den Abschluß wirksamer internationaler Vereinbarungen zur Sicherung der Nichtkernwaffenstaaten vor dem Einsatz bzw. der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen aktiv fortzusetzen, wobei er die breite Unterstützung für den Abschluß einer internationalen Konvention sowie alle anderen, auf dasselbe Ziel gerichteten Vorschläge berücksichtigen sollte;

6. *beschließt* die Aufnahme des Punkts "Abschluß wirksamer internationaler Vereinbarungen zur Sicherung der Nichtkernwaffenstaaten vor dem Einsatz bzw. der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

98. Plenarsitzung
9. Dezember 1982

37/82 – Nukleare Rüstung Israels

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 35/157 vom 12. Dezember 1980 und 36/98 vom 9. Dezember 1981 über die nukleare Rüstung Israels,

unter Hinweis auf ihre einschlägigen Resolutionen über die Errichtung einer kernwaffenfreien Zone im Gebiet des Mittleren Ostens,

[55] *Ebd.*, Ziffer 63
[56] Vgl. A/34/542, Anhang, Abschnitt I, Ziffer 219
[57] Vgl. A. 37/567-S/15466

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 33/71 A vom 14. Dezember 1978 über militärische und nukleare Kollaboration mit Israel,

unter Hinweis auf ihre wiederholte Verurteilung der Kollaboration zwischen Israel und Südafrika auf dem Nuklearsektor,

unter Hinweis auf Sicherheitsratsresolution 487 (1981) vom 19. Juni 1981 und in Kenntnisnahme des ersten Sonderberichts des Sonderausschusses gegen Apartheid über die neuesten Entwicklungen in den Beziehungen zwischen Israel und Südafrika[58],

mit Besorgnis feststellend, daß sich Israel bisher hartnäckig geweigert hat, dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen[59] beizutreten, obwohl es von der Generalversammlung, dem Sicherheitsrat und der Internationalen Atomenergie-Organisation wiederholt aufgefordert worden ist, seine nuklearen Anlagen den Sicherheitskontrollen der Internationalen Atomenergie-Organisation zu unterstellen,

im Bewußtsein dessen, daß sich aus der Kapazität Israels zur Herstellung von Kernwaffen und aus seiner Kollaboration mit Südafrika bei der Entwicklung von Kernwaffen und von Trägersystemen schwerwiegende Folgen ergeben, die den Weltfrieden und die internationale Sicherheit gefährden,

in Kenntnisnahme des Berichts des Generalsekretärs über die nukleare Rüstung Israels[60],

1. *verlangt erneut*, daß Israel unverzüglich auf den Besitz jeglicher Kernwaffen verzichtet und jede Betätigung auf nuklearem Gebiet internationalen Sicherheitskontrollen unterstellt;

2. *fordert* alle Staaten sowie alle anderen Parteien und Institutionen *erneut auf*, jede nukleare Kollaboration mit Israel unverzüglich zu beenden;

3. *ersucht* den Sicherheitsrat *erneut*, Israels Aktivitäten auf dem Nuklearsektor und die Kollaboration anderer Staaten, Parteien und Institutionen bei diesen Aktivitäten zu untersuchen;

4. *fordert* alle Staaten *auf*, dem Generalsekretär alle sich in ihrem Besitz befindlichen Informationen über das Nuklearprogramm Israels oder irgendwelche öffentliche oder private Unterstützung dieses Programms vorzulegen;

5. *ersucht* den Sicherheitsrat, wirksame Maßnahmen zu erwägen, die Israel daran hindern, durch die Verfolgung seiner Politik der Aggression, der Expansion und der Annexion von Gebieten den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu bedrohen;

6. *verurteilt* Israels offiziell verkündete Absicht, seinen bewaffneten Angriff auf nukleare Einrichtungen zu wiederholen;

7. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, die nuklearen Aktivitäten Israels ständig zu verfolgen und nötigenfalls darüber Bericht zu erstatten;

8. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, in Zusammenarbeit mit der Organisation der afrikanischen Einheit und der Arabischen Liga die nukleare und militärische Kollaboration zwischen Israel und Südafrika und die Gefahr, die diese für Frieden und Sicherheit sowie für die Bemühungen um die Errichtung von kernwaffenfreien Zonen in Afrika und im Mittleren Osten darstellt, genau im Auge zu behalten;

9. *beschließt* die Aufnahme des Punkts "Nukleare Rüstung Israels" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

98. Plenarsitzung
9. Dezember 1982

37/83 – Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum

Die Generalversammlung,

angespornt durch die großartigen Aussichten, die der vor 25 Jahren erfolgte Vorstoß des Menschen in den Weltraum der Menschheit eröffnet,

in Anerkennung des gemeinsamen Interesses der gesamten Menschheit an der Erforschung und Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken,

erneut erklärend, daß die Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper zum Vorteil und im Interesse aller Länder ohne Ansehen ihres wirtschaftlichen oder wissenschaftlichen Entwicklungsstandes, erfolgen und Sache der gesamten Menschheit sein muß,

ferner erneut erklärend, daß nach dem Willen aller Staaten die Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper ausschließlich friedlichen Zwecken dienen darf,

unter Hinweis darauf, daß sich die Vertragsstaaten des Vertrages über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper[61] in Artikel III verpflichtet haben, ihre Tätigkeit bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht einschließlich der Charta der Vereinten Nationen im Interesse der Erhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit sowie der Förderung der internationalen Zusammenarbeit und Verständigung auszuüben,

insbesondere unter Bekräftigung von Artikel IV des oben genannten Vertrages, in dem es heißt, daß die Vertragsstaaten sich verpflichten, keine Gegenstände, die Kernwaffen oder andere Massenvernichtungswaffen tragen, in eine Erdumlaufbahn zu bringen und weder Himmelskörper mit derartigen Waffen zu bestücken noch solche Waffen im Weltraum zu stationieren,

ferner in Bekräftigung von Ziffer 80 des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung[62], wo erklärt wird, daß zur Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum weitere Maßnahmen ergriffen und geeignete internationale Verhandlungen im Geiste des Vertrages geführt werden sollen,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 36/97 C vom 9. Dezember 1981 und 36/99 vom 9. Dezember 1981,

[58] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 22A* (A/37/22/Add.1 und 2), Dokument A/37/22/Add.1

[59] Resolution 2373 (XXII), Anhang; deutscher Wortlaut in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder: BGBl. (der Bundesrepublik Deutschland) 1974 II S. 786, GBl. (der Deutschen Demokratischen Republik) 1969 I Nr. 9, S.52 (Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen) und BGBl. (der Republik Österreich) 258/70 (Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen)

[60] A/37/434

[61] Resolution 2222 (XXI), Anhang; deutscher Wortlaut in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder: BGBl. (der Bundesrepublik Deutschland) 1969 II S.1969, GBl. (der Deutschen Demokratischen Republik) 1968 II Nr. 5 S.123 und BGBl. (der Republik Österreich) 103/68

[62] Resolution S-10/2

zutiefst besorgt über die Gefahr, die ein Wettrüsten im Weltraum für die gesamte Menschheit bedeuten würde,

in Anbetracht dessen, daß zahlreiche Mitgliedstaaten während der Verhandlungen über den oben erwähnten Vertrag und im Anschluß an seine Annahme ihr Interesse daran zum Ausdruck gebracht haben, dafür zu sorgen, daß die Erforschung und Nutzung des Weltraums friedlichen Zwecken dient, sowie in Kenntnisnahme der Vorschläge, die der Generalversammlung auf ihrer Zehnten Sondertagung und auf ihren ordentlichen Tagungen wie auch dem Abrüstungsausschuß vorgelegt wurden,

im Hinblick auf die tiefe Besorgnis, die auf der Zweiten Konferenz der Vereinten Nationen über die Erforschung und friedliche Nutzung des Weltraums (UNISPACE 82) in bezug auf ein mögliches Übergreifen des Wettrüstens auf den Weltraum zum Ausdruck gekommen ist, wie auch im Hinblick auf die Empfehlungen, die den in Frage kommenden Organen der Vereinten Nationen, insbesondere der Generalversammlung und auch dem Abrüstungsausschuß, vorgelegt wurden[63],

in der Überzeugung, daß weitere Maßnahmen zur Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum erforderlich sind,

in der Erkenntnis, daß im Kontext multilateraler Verhandlungen über die Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum die Wiederaufnahme der bilateralen Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken eine positive Rolle spielen kann,

in Kenntnisnahme des Berichts des Abrüstungsausschusses[64],

im Hinblick darauf, daß sich der Abrüstungsausschuß auf seiner Tagung im Jahr 1982 in offiziellen und inoffiziellen Sitzungen wie auch im Rahmen inoffizieller Konsultationen mit diesem Thema befaßt hat,

in Kenntnis der verschiedenen Vorschläge, insbesondere zur Einsetzung einer Arbeitsgruppe für Weltraumfragen wie auch zum Entwurf ihres Mandats, die die Mitgliedstaaten dem Abrüstungsausschuß vorgelegt haben[65],

insbesondere im Hinblick darauf, daß sich die überwältigende Mehrheit der Mitglieder des Abrüstungsausschusses ausdrücklich für die unverzügliche Einsetzung einer Arbeitsgruppe für Weltraumfragen ausgesprochen hat,

1. *erklärt erneut*, daß nach dem Willen aller Staaten der Weltraum ausschließlich friedlichen Zwecken dienen soll und daß er nicht zum Schauplatz eines Wettrüstens werden darf;

2. *erklärt*, daß jede Form der Nutzung des Weltraums, die nicht ausschließlich friedlichen Zwecken dient, dem vereinbarten Ziel der allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle zuwiderläuft;

3. *hebt hervor*, daß die internationale Gemeinschaft weitere wirksame Maßnahmen zur Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum treffen sollte;

4. *fordert* alle Staaten, insbesondere die Staaten mit großen Kapazitäten auf dem Gebiet der Raumfahrt, *auf*, aktiv zur Verwirklichung des Ziels der friedlichen Nutzung des Weltraums beizutragen und unverzüglich Maßnahmen zur Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum zu ergreifen;

5. *ersucht* den Abrüstungsausschuß, die Frage der Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum vorrangig zu behandeln;

6. *ersucht* den Abrüstungsausschuß *ferner*, zu Beginn seiner Tagung des Jahres 1983 eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe zu dieser Frage einzusetzen, mit dem Ziel, Verhandlungen über den Abschluß einer bzw. bei Bedarf mehrerer Übereinkünfte zur Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum in allen seinen Aspekten zu führen;

7. *ersucht* den Abrüstungsausschuß, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung über seine Behandlung dieser Frage zu berichten;

8. *ersucht* den Generalsekretär, dem Abrüstungsausschuß die gesamte Dokumentation zur Behandlung dieses Themas durch die siebenunddreißigste Tagung der Generalversammlung zu übermitteln;

9. *beschließt* die Aufnahme eines Punktes mit dem Titel "Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

98. Plenarsitzung
9. Dezember 1982

37/84 – Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die Ergebnisse in Kapitel VII der Studie mit dem Titel *The Relationship between Disarmament and Development* (Der Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung)[66],

ferner unter Hinweis auf Generalversammlungsresolution 36/92 G vom 9. Dezember 1981, in der die Generalversammlung u.a. die Studie mit ihren Schlußfolgerungen und Empfehlungen allen Mitgliedstaaten zur Beachtung empfahl und beschloß, sie zur Behandlung der Sachfragen und zur Verabschiedung geeigneter Maßnahmen der Zwölften Sondertagung der Generalversammlung zu übermitteln,

in Hinblick auf die Vorschläge für Beschlüsse über weiterführende Maßnahmen zu dieser Studie, die in Zusammenhang mit der Zwölften Sondertagung der Generalversammlung als offizielles Dokument[67] in Umlauf gebracht wurden,

ferner im Hinblick darauf, daß die Versammlung im Abschließenden Dokument der Zwölften Sondertagung der Generalversammlung beschlossen hat, diejenigen Tagesordnungspunkte, bei denen die Versammlung zu keinem Beschluß gekommen war, zur weiteren Behandlung an ihre siebenunddreißigste Tagung zu verweisen[68],

[63] Vgl. *Report of the Second United Nations Conference on the Exploration and Peaceful Uses of Outer Space, Vienna, 9-21 August 1982* (A/CONF.101/10 mit Korr. 1 und 2), Ziffer 13, 14 und 426

[64] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 27* (A/37/27 mit Korr.1).

[65] *Ebd.*, Ziffer 101-106

[66] Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.82.IX.1

[67] A/S-12/8 und A/S-12/AC.1/49

[68] Vgl. *Official Records of the General Assembly, Twelfth Special Session, Annexes*, Tagesordnungspunkte 9, 10, 11, 12 und 13, Dokument A/S-12/32, Ziffer 64

weiterhin im Hinblick darauf, daß sie beschlossen hat, die Frage des Zusammenhangs zwischen Abrüstung und Entwicklung als besonderen Punkt auf ihre Tagesordnung zu setzen,

1. *ersucht* den Generalsekretär um die entsprechenden Verwaltungsmaßnahmen zu den Empfehlungen der Gruppe von Regierungssachverständigen für den Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung, die in Kapitel VII der von der Gruppe erstellten Studie mit dem Titel *The Relationship between Disarmament and Development* (Der Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung) aufgeführt sind;

2. *bittet* die Mitgliedstaaten *eindringlich*, geeignete Maßnahmen zu allen einschlägigen Empfehlungen der Gruppe von Regierungssachverständigen in Erwägung zu ziehen;

3. *beschließt*, daß die Frage der aufgrund von Abrüstungsmaßnahmen erfolgenden Neuverwendung und Umstellung von Ressourcen für zivile statt militärische Zwecke ab der vierzigsten Tagung der Generalversammlung im Jahr 1985 in noch festzulegenden Abständen in die vorläufige Tagesordnung der Generalversammlung aufgenommen werden sollte;

4. *empfiehlt*, daß das Institut der Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung in Absprache mit anderen in Frage kommenden internationalen Institutionen und unter gebührender Berücksichtigung der Kapazitäten der bestehenden, derzeit für den internationalen Ressourcentransfer verantwortlichen Organisationen und Institutionen eine Untersuchung der Modalitäten eines internationalen Abrüstungsfonds für die Entwicklung vornehmen sollte;

5. *ersucht* den Generalsekretär, der achtunddreißigsten Tagung über die zur Durchführung dieser Resolution ergriffenen Maßnahmen zu berichten.

98. Plenarsitzung
9. Dezember 1982

37/85 – Sofortige Einstellung und Verbot von Kernwaffenversuchen

Die Generalversammlung,

tief besorgt über das anhaltende nukleare Wettrüsten und die zunehmende Gefahr eines Atomkriegs,

in der Überzeugung, daß eine sofortige Einstellung der Kernwaffenversuche durch alle Staaten in allen Umweltbereichen und das Verbot künftiger Versuche dieser Art ein ernst zu nehmendes Hindernis für die Entwicklung ständig neuer nuklearer Waffentypen und -systeme wie auch für das Entstehen neuer Kernwaffenstaaten bedeuten würde,

in Kenntnisnahme der von der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auf dieser Tagung vorgelegten "Grundlegenden Bestimmungen eines Vertrags über das vollständige und allgemeine Verbot von Kernwaffenversuchen", deren Wortlaut im Anhang zu dieser Resolution wiedergegeben ist[69],

1. *bittet* den Abrüstungsausschuß *eindringlich*, unverzüglich mit praktischen Verhandlungen zur Ausarbeitung eines Vertragsentwurfs über das vollständige und allgemeine Verbot von Kernwaffenversuchen zu beginnen;

2. *übermittelt* dem Abrüstungsausschuß zur Prüfung die von der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vorgelegten und im Anhang zu dieser Resolution im Wortlaut wiedergegebenen grundlegenden Bestimmungen zusammen mit den von anderen Staaten im Laufe dieser Tagung vorgelegten Vorschlägen und Stellungnahmen zu dieser Frage;

3. *fordert* alle Kernwaffenstaaten *auf*, als Geste des guten Willens und zur Schaffung günstigerer Voraussetzungen für die Ausarbeitung eines Vertrages über das vollständige und allgemeine Verbot von Kernwaffenversuchen von einem zwischen ihnen zu vereinbarenden Stichtag an bis zum Abschluß des obenerwähnten Vertrages nach einer sehr viel früheren Abgabe entsprechender Erklärungen keinerlei Kernwaffenversuche mehr durchzuführen;

4. *beschließt* die Aufnahme des Punkts "Sofortige Einstellung und Verbot von Kernwaffenversuchen" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

98. Plenarsitzung
9. Dezember 1982

ANHANG

GRUNDLEGENDE BESTIMMUNGEN EINES VERTRAGS ÜBER DAS VOLLSTÄNDIGE UND ALLGEMEINE VERBOT VON KERNWAFFEN

Das Ziel der Abwendung eines Atomkriegs – ein Ziel, um dessen Verwirklichung sich die Sowjetunion und andere friedliebende Staaten bemühen – macht es unumgänglich, daß unter anderem Maßnahmen ergriffen werden, die die Entwicklung ständig neuer Kernwaffentypen und -systeme verhindern.

Die sofortige Einstellung und das Verbot von Kernwaffenversuchen durch alle Staaten und in allen Umweltbereichen wäre eine wirksame Maßnahme dieser Art, die gleichzeitig auch zur Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen beitragen würde.

Geleitet von diesen Zielsetzungen unterbreitet die Sowjetunion hiermit den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen zur Prüfung die nachstehenden grundlegenden Bestimmungen eines Vertrags über das vollständige und allgemeine Verbot von Kernwaffenversuchen.

A. GELTUNGSBEREICH DES VERBOTS

1. Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, sämtliche Kernwaffen-Versuchsexplosionen zu verbieten, zu verhindern und nicht durchzuführen, und zwar an jedem ihrer Jurisdiktion oder Kontrolle unterstehenden Ort, gleichgültig in welchem Umweltbereich – in der Atmosphäre, jenseits der Atmosphäre einschließlich des Weltraums, unter Wasser oder unter der Erde.

2. Keine Vertragspartei wird die Durchführung von Versuchsexplosionen mit Kernwaffen irgendwelcher Art veranlassen, fördern oder sich in irgendeiner Weise daran beteiligen, an welchem Ort dies auch sein möge.

3. Für die Durchführung von Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken wird ein Moratorium erklärt, dem zufolge die Vertragsstaaten bis zur Ausarbeitung eines entsprechenden Verfahrens davon Abstand nehmen, derartige Explosionen zu veranlassen, zu fördern oder sich in irgendeiner Weise an diesen zu beteiligen.

4. Unmittelbar nach Inkrafttreten dieses Vertrages wird die Frage eines Verfahrens für die Durchführung von Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken geprüft. Das zu vereinbarende Verfahren kann die Form eines oder mehrerer Sonderabkommen annehmen, die integrierender Bestandteil dieses Vertrages sind.

B. DIE GEWÄHRLEISTUNG DER EINHALTUNG DES VERTRAGES

1. *Allgemeine Bestimmungen zur Frage der Verifizierung*

5. Die Vertragsstaaten legen ihren Aktivitäten zur Verifizierung der Einhaltung der Bestimmungen dieses Vertrages eine Kombination aus nationalen und internationalen Maßnahmen zugrunde.

[69] Vgl. A/37/243

6. Jeder Staat ist berechtigt, sich zur Verifizierung der Einhaltung dieses Vertrages durch andere Vertragsstaaten der ihm zur Verfügung stehenden nationalen technischen Verifizierungsmöglichkeiten zu bedienen, jedoch so, daß dies mit den allgemein anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts im Einklang steht.

7. Die Vertragsstaaten, die über nationale technische Verifizierungsmöglichkeiten verfügen, können die auf diesem Wege erlangten und für die Zwecke dieses Vertrages wichtigen Informationen erforderlichenfalls anderen Vertragsstaaten zur Verfügung stellen.

8. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die nationalen technischen Verifizierungsmittel anderer Vertragsstaaten nicht zu behindern.

9. Internationale Verifizierungsmaßnahmen werden durch im Rahmen der Vereinten Nationen erfolgende und im Einklang mit deren Charta stehende internationale Verfahren durch Konsultationen und Zusammenarbeit zwischen den Vertragsstaaten sowie durch die Dienste des Sachverständigenausschusses der Vertragsstaaten durchgeführt.

2. *Konsultationen und Zusammenarbeit*

10. Nötigenfalls konsultieren sich die Vertragsstaaten gegenseitig, führen sie Nachforschungen durch und stellen sie Informationen für solche Nachforschungen zur Verfügung, um alle Fragen zu lösen, die im Zusammenhang mit der Einhaltung der Bestimmungen dieses Vertrages auftreten können.

11. Die Vertragsstaaten tauschen auf bilateralem Wege oder über den Sachverständigenausschuß Informationen aus, die ihres Erachtens notwendig sind, um Gewißheit über die Einhaltung der mit diesem Vertrag eingegangenen Verpflichtungen zu schaffen.

12. Die Konsultationen und die Zusammenarbeit zwischen den Vertragsstaaten können auch durch geeignete internationale Verfahren im Rahmen der Vereinten Nationen stattfinden, die im Einklang mit deren Charta stehen.

13. Im Interesse einer erhöhten Wirksamkeit dieses Vertrages einigen sich die Vertragsstaaten in geeigneter Weise über die Verhinderung jedweder Aktionen, die auf eine bewußte Fälschung der Tatsachen bezüglich der Einhaltung dieses Vertrages durch andere Vertragsstaaten abzielen.

3. *Internationaler Austausch seismischer Daten*

14. Um sich größere Gewißheit über die Einhaltung der mit diesem Vertrag eingegangenen Verpflichtungen zu verschaffen, kann jeder Vertragsstaat an einem internationalen Austausch seismischer Daten teilnehmen. Für einen derartigen internationalen Austausch gelten die nachstehenden Richtlinien.

4. *Richtlinien für den internationalen Austausch seismischer Daten*

15. Alle Vertragsstaaten sind berechtigt, an dem internationalen Austausch seismischer Daten teilzunehmen, Daten beizusteuern, die durch auf ihrem Hoheitsgebiet befindliche und von ihnen zur Teilnahme an dem internationalen Austausch bestimmte seismische Stationen ermittelt wurden, und alle im Rahmen des internationalen Austausches zur Verfügung gestellten Daten zu erhalten.

16. Jeder Vertragsstaat, der sich zur Teilnahme an dem internationalen Austausch entschließt, bestimmt ein geeignetes Gremium, über das er sich an dem internationalen Austausch beteiligt.

17. Seismische Daten werden durch das globale Telekommunikationssystem der Weltorganisation für Meteorologie oder durch beliebige andere vereinbarte Kommunikationswege übermittelt.

18. Unter Berücksichtigung der Zweckmäßigkeit einer angemessenen geographischen Verteilung werden an vereinbarten Stellen internationale seismische Datenzentren errichtet. Diese Zentren erhalten alle von den Teilnehmern an dem internationalen Austausch hierfür bereitgestellten seismischen Daten, verarbeiten seismische Daten, ohne die Art der seismischen Ereignisse zu interpretieren, stellen die verarbeiteten seismischen Daten allen Teilnehmern zur Verfügung und führen Aufzeichnungen über alle von den Teilnehmern bereitgestellten und vom Zentrum verarbeiteten seismischen Daten. Jedes Zentrum untersteht der Jurisdiktion des Vertragsstaates, auf dessen Hoheitsgebiet es sich befindet.

19. Der Sachverständigenausschuß, dessen Einsetzung in diesem Vertrag vorgesehen ist, zieht zu seiner Arbeit die Empfehlungen im Bericht der vom Abrüstungsausschuß eingesetzten Ad-hoc-Gruppe wissenschaftlicher Sachverständiger zur Behandlung von Maßnahmen für eine internationale Zusammenarbeit bei der Entdeckung und Identifizierung seismischer Ereignisse heran[70]. Zu den geplanten Maßnahmen gehört die Ausarbeitung von Normen für die technischen und betriebstechnischen Charakteristiken der beteiligten seismischen Stationen und internationalen seismischen Datenzentren, für die Form, in der Daten an die Zentren übermittelt werden sowie für die Form und die Art und Weise, in der die Zentren den Teilnehmern seismische Daten zur Verfügung stellen und ihren Ersuchen um zusätzliche seismische Daten über spezifische seismische Ereignisse Folge leisten.

5. *Internationaler Sachverständigenausschuß der Vertragsparteien*

20. Zur Behandlung von Fragen im Zusammenhang mit dem internationalen Austausch von seismischen Daten wird ein Sachverständigenausschuß der Vertragsstaaten eingesetzt. Jeder Vertragsstaat ist berechtigt, einen Vertreter für diesen Ausschuß zu ernennen.

21. Der Ausschuß, der sich bei seiner Arbeit des Konsensverfahrens bedient, hält spätestens 90 Tage nach dem Inkrafttreten dieses Vertrages seine erste Sitzung ab und tagt anschließend je nach Bedarf.

22. Der Ausschuß erarbeitet im Einklang mit den Richtlinien detaillierte Maßnahmen für die Errichtung und Durchführung des internationalen Austausches; er erleichtert dessen Implementierung und die Zusammenarbeit zwischen den Vertragsstaaten, um die Wirksamkeit dieses Austausches zu erhöhen.

23. Der Ausschuß bemüht sich im Interesse der Einhaltung der Vertragsbestimmungen darum, den Ausbau der internationalen Konsultationen und der internationalen Zusammenarbeit, den Austausch von Informationen und die Hilfe bei der Verifizierung zu fördern.

24. Andere Fragen im Zusammenhang mit der Organisation und den Arbeitsverfahren des Sachverständigenausschusses, dessen möglichen Nebenorganen und deren Aufgaben, Rechten, Pflichten und Arbeitsorganisation sowie im Zusammenhang mit der Rolle des Sachverständigenausschusses bei der Förderung des internationalen Austausches und bei der Inspektion an Ort und Stelle sowie sonstige Fragen müssen noch geprüft werden.

6. *Verfahren zur Ermittlung von Tatsachen hinsichtlich der Einhaltung des Vertrages: Inspektion an Ort und Stelle*

25. Jeder Vertragsstaat, der Zweifel hinsichtlich eines Ereignisses auf dem Hoheitsgebiet eines anderen Staates hegt, bei dem es sich möglicherweise um eine Kernexplosion gehandelt hat, kann bei diesem Vertragsstaat eine Inspektion an Ort und Stelle beantragen. Der Antrag sollte eine Begründung für die Antragstellung enthalten, u.a. auch einschlägige seismische und andere physikalische Daten, die mit einer möglichen Kernexplosion, ihrer Zeit und ihrem Ort in Verbindung gebracht werden können.

26. Der Vertragsstaat, an den der Antrag gestellt wurde, erklärt im Bewußtsein dessen, wie wichtig es ist, Gewißheit in bezug auf die Einhaltung der sich aus diesem Vertrag ergebenden Verpflichtungen zu schaffen, ob er bereit ist, einer Inspektion zuzustimmen oder nicht. Ist der Vertragsstaat, an den der Antrag gestellt wurde, nicht bereit, einer Inspektion auf seinem Hoheitsgebiet zuzustimmen, so teilt er die Gründe für seine Entscheidung dem antragstellenden Staat und auch dem Sachverständigenausschuß mit.

27. Reichen dem antragsstellenden Staat die Erklärungen und die auf bilateraler Ebene bereitgestellten Informationen nicht aus, so kann er den Sachverständigenausschuß um zusätzliche Informationen und Konsultationen über den Antrag sowie um Hilfe bei der Tatsachenermittlung durch wissenschaftliche und technische Gutachten bitten.

28. Zur Durchführung von Inspektionen auf dem Hoheitsgebiet von Vertragsstaaten, die einer solchen Inspektion zustimmen, werden Verfahren für solche Inspektionen und die Art und Weise ihrer Durchführung entwickelt, die auch eine Aufstellung der Rechte und Aufgaben des inspizierenden Personals und eine Definition der Rolle des Gaststaates während der Inspektion einschließen.

---

[70] Vgl. *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 27* (A/37/27), Abschnitt II, Dokumente CCD/558 mit Add.1 sowie CD/53/Appendix III/Vol. II, Dokumente CD/43 mit Add.1

29. Dieser Vertrag soll darüber hinaus eine Bestimmung enthalten, die es zwei oder mehreren der Vertragsstaaten ermöglicht, sich aufgrund besonderer Interessen oder besonderer Umstände einvernehmlich auf zusätzliche Maßnahmen zu einigen, die die Verifizierung der Einhaltung dieses Vertrages erleichtern.

7. *Verfahren zur Beschwerdeführung beim Sicherheitsrat der Vereinten Nationen*

30. Jeder Vertragsstaat, der Grund zu der Annahme hat, daß ein anderer Vertragsstaat in Verletzung der sich aus den Bestimmungen dieses Vertrages ergebenden Verpflichtungen gehandelt hat oder möglicherweise noch handelt, ist berechtigt, eine Beschwerde beim Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vorzubringen. Diese Beschwerde sollte alle sachdienlichen Informationen wie auch alles verfügbare Beweismaterial zur Rechtfertigung der Beschwerde enthalten.

31. Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, jede Untersuchung zu unterstützen, die der Sicherheitsrat unter Umständen aufgrund einer bei ihm eingegangenen Beschwerde im Einklang mit den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen einleitet. Der Sicherheitsrat setzt die Vertragsstaaten von den Ergebnissen der Untersuchung in Kenntnis.

32. Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, im Einklang mit den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen jedem Vertragsstaat, der darum ersucht, Hilfe zu leisten bzw. solche Hilfe zu unterstützen, wenn der Sicherheitsrat feststellt, daß dieser Vertragsstaat aufgrund einer Verletzung der mit diesem Vertrag eingegangenen Verpflichtungen durch einen anderen Vertragsstaat in Gefahr gebracht wurde oder möglicherweise in Gefahr gebracht wird.

C. *Abschließende Bestimmungen des Vertrages*

33. Dieser Vertrag hat unbegrenzte Geltungsdauer. Er tritt in Kraft, sobald zwanzig Staaten, darunter auch die Regierungen aller Staaten, die Ständige Mitglieder des Sicherheitsrats sind, die Ratifizierungsinstrumente hinterlegt haben.

34. Wenn drei Ständige Mitglieder des Sicherheitsrats – die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika – beteiligt sind, können die Vertragsstaaten jedoch übereinkommen, daß dieser Vertrag für einen vereinbarten begrenzten Zeitraum in Kraft tritt.

35. Für die Unterzeichnung und die Ratifizierung dieses Vertrages, den Depositar, den Beitritt von Staaten und für Änderungen sollten entsprechende Vorkehrungen getroffen werden.

37/95 – Reduzierung der Militärhaushalte

A

Die Generalversammlung,

zutiefst besorgt über die ständige Beschleunigung des Wettrüstens und die steigenden Militärausgaben, die eine schwere Belastung für die Volkswirtschaften aller Nationen darstellen und sich außerordentlich nachteilig auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit auswirken,

unter Hinweis darauf, daß auf ihrer Zwölften Sondertagung, der zweiten Sondertagung über Abrüstung, alle Mitgliedstaaten einstimmig und kategorisch die Gültigkeit des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung, der ersten Sondertagung über Abrüstung, sowie ihr feierliches Bekenntnis zu diesem bekräftigt haben[71],

in Bekräftigung der Bestimmungen des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung, denen zufolge die schrittweise Reduzierung der Militärhaushalte auf einer gegenseitig vereinbarten Grundlage, z.B. in absoluten Zahlen oder in Prozentsätzen, insbesondere durch Kernwaffenstaaten und andere militärisch bedeutende Staaten, eine Maßnahme wäre, die zur Zügelung des Wettrüstens beitragen und die Möglichkeiten verbessern würde, die jetzt für militärische Zwecke verwendeten Ressourcen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, insbesondere zugunsten der Entwicklungsländer, einzusetzen[72],

ferner unter Hinweis auf die Erklärung der achtziger Jahre zur Zweiten Abrüstungsdekade[73], der zufolge im Laufe dieses Zeitraums erneute Anstrengungen unternommen werden sollten, um eine Einigung über die Reduzierung der Rüstungsausgaben und die Umlenkung von auf diese Weise eingesparten Ressourcen in die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, insbesondere zugunsten der Entwicklungsländer, zu erzielen,

weiterhin unter Hinweis auf ihre Resolution 34/83 F vom 11. Dezember 1979, in der sie die Auffassung äußerte, daß den Bemühungen um den Abschluß von Übereinkünften zur ausgewogenen Einfrierung, Verringerung oder sonstigen Begrenzung der Rüstungsausgaben einschließlich geeigneter, für alle Parteien zufriedenstellender Verifizierungsmaßnahmen ein erneuter Anstoß verliehen werden sollte,

nach Behandlung des Berichts der Abrüstungskommission über die während ihrer Tagung des Jahres 1982 in der Frage der Reduzierung der Militärhaushalte geleistete Arbeit[74],

in der Überzeugung, daß die Herausarbeitung und genauere Ausführung eines Katalogs von Grundsätzen, von denen sich die Staaten bei ihren künftigen Maßnahmen zur Einfrierung und Reduzierung der Militärhaushalte leiten lassen sollten, zu einer Harmonisierung der Auffassungen der Staaten beitragen und Vertrauen zwischen ihnen schaffen könnte, das den Abschluß internationaler Übereinkünfte über die Reduzierung der Militärhaushalte begünstigt,

in der Auffassung, daß die Herausarbeitung und genauere Ausführung der Grundsätze, von denen sich die Staaten bei ihren künftigen Maßnahmen zur Einfrierung und Reduzierung der Militärhaushalte leiten lassen sollten, sowie die anderen laufenden Aktivitäten im Rahmen der Vereinten Nationen im Zusammenhang mit der Frage der Reduzierung der Militärhaushalte so verstanden werden sollten, daß ihr eigentliches Ziel die Herbeiführung internationaler Übereinkünfte über die Reduzierung der Militärausgaben ist,

in Kenntnis der verschiedenen Vorschläge der Mitgliedstaaten und der bisher im Rahmen der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Reduzierung der Militärhaushalte durchgeführten Aktivitäten,

1. *erklärt erneut* ihre Überzeugung, daß es möglich ist, zu internationalen Übereinkünften über die Reduzierung der Militärhaushalte zu gelangen, ohne das Recht aller Staaten auf unverminderte Sicherheit, Selbstverteidigung und Souveränität zu beeinträchtigen;

2. *erklärt erneut*, daß die durch die Reduzierung der Militärausgaben freigesetzten menschlichen und materiellen Ressourcen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, insbesondere zugunsten der Entwicklungsländer, verwendet werden könnten;

[71] *Official Records of the General Assembly, Twelfth Special Session, Annexes*, Tagesordnungspunkte 9, 10, 11, 12 und 13, Dokument A/S-12/32, Ziffer 62

[72] Resolution S-10/2, Ziffer 89

[73] Resolution 35/46, Anhang

[74] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Zwölfte Sondertagung, Beilage 3* (A/S-12/3), Ziffer 23-25

3. *weist darauf hin*, daß die Bemühungen aller Staaten und die internationalen Maßnahmen im Bereich der Reduzierung der Militärhaushalte dringend intensiviert werden müssen mit dem Ziel, internationale Übereinkünfte über die Einfrierung, Reduzierung oder sonstige Begrenzung der Rüstungsausgaben herbeizuführen;

4. *bittet* alle Staaten, insbesondere die am schwersten bewaffneten Staaten, *eindringlich*, bis zum Abschluß von Übereinkünften über die Reduzierung der Rüstungsausgaben Mäßigung bei ihren eigenen Rüstungsausgaben zu üben, um die auf diese Weise freigewordenen Mittel für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, insbesondere der Entwicklungsländer, einzusetzen;

5. *ersucht* die Abrüstungskommission, auf ihrer Tagung im Jahr 1983 die Behandlung des Punkts "Reduzierung der Militärhaushalte", darunter auch die Behandlung des Hintergrund-Dokuments[75] sowie anderer Vorschläge und Gedanken zu diesem Thema, mit dem Ziel fortzusetzen, Grundsätze herauszuarbeiten und genauer auszuführen, von denen sich die Staaten bei ihren künftigen Maßnahmen zur Einfrierung und Reduzierung der Rüstungsausgaben leiten lassen sollten, und dabei immer an die Möglichkeit zu denken, derartige Grundsätze zu gegebener Zeit in einem geeigneten Dokument niederzulegen;

6. *ersucht* die Abrüstungskommission *ferner*, auf ihrer nächsten Arbeitstagung andere Vorschläge und Gedanken sowie von Mitgliedstaaten vorgelegte Empfehlungen zur Reduzierung der Militärhaushalte zu behandeln;

7. *beschließt* die Aufnahme des Punkts "Reduzierung der Militärhaushalte" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

101. Plenarsitzung
13. Dezember 1982

B

Die Generalversammlung,

tief besorgt über das Wettrüsten und die derzeitigen Tendenzen in Richtung auf eine weitere Erhöhung der Wachstumsrate der Militärausgaben, die damit verbundene beklagenswerte Vergeudung von menschlichen und wirtschaftlichen Ressourcen und die Gefahr schädlicher Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit,

in der Auffassung, daß die schrittweise Reduzierung von Militärausgaben auf einer gegenseitig vereinbarten Grundlage eine Maßnahme wäre, die zur Verlangsamung des Wettrüstens beitragen und die Möglichkeiten für eine Neuverwendung zum gegenwärtigen Zeitpunkt für Militärzwecke eingesetzter Mittel für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, insbesondere zugunsten der Entwicklungsländer, verbessern würde,

in der Überzeugung, daß derartige Reduzierungen auf einer gegenseitig vereinbarten Grundlage vorgenommen werden sollten und könnten, ohne daß die nationale Sicherheit irgendeines Landes davon in Mitleidenschaft gezogen wird,

in Bekräftigung ihrer Überzeugung, daß Bestimmungen über die Definition, die Veröffentlichung, den Vergleich und die Verifizierung von Militärausgaben Grundbestandteil jeder internationalen Übereinkunft zur Verringerung derartiger Ausgaben sein müssen,

unter Hinweis darauf, daß gemäß Resolution 35/142 B ein internationales System für die vereinheitlichte Berichterstattung über Militärausgaben eingeführt wurde und daß nunmehr von einer Reihe von Mitgliedstaaten Jahresberichte über Militärausgaben eintreffen,

in der Auffassung, daß eine verstärkte Beteiligung am Berichterstattungssystem dessen Verbesserung fördern sowie das Vertrauen zwischen den Staaten stärken würde, da es zu größerer Offenheit in militärischen Angelegenheiten beiträgt,

in der Auffassung, daß neue Initiativen erforderlich sind, um möglichst viele Staaten aus verschiedenen geographischen Regionen und mit unterschiedlichen Systemen der Haushaltserstellung dazu zu veranlassen, dem Generalsekretär über ihre Militärausgaben zu berichten,

feststellend, daß eine dieser Initiativen ein Vorschlag zur Einberufung einer internationalen Konferenz über Militärausgaben ist,

mit Dank zur Kenntnis nehmend, daß der Generalsekretär gemäß Resolution 35/142 B seinen Bericht über die Reduzierung der Militärhaushalte[76] vorgelegt hat, der sich u.a. mit der Frage des Vergleichs und der Verifizierung von Militärausgaben befaßt und der mehrere brauchbare Feststellungen und Empfehlungen für die Herbeiführung weiterer Fortschritte in diesem Bereich enthält,

ferner in der Auffassung, daß auf die theoretische Untersuchung dieser Frage ein praktischer Versuch folgen sollte, damit diese Frage im Hinblick auf die Erleichterung künftiger Verhandlungen über die Reduzierung der Militärausgaben noch genauer untersucht werden kann,

nachdrücklich darauf hinweisend, daß das grundlegende Ziel aller genannten Aktivitäten und Initiativen sowie aller sonstigen laufenden Aktivitäten der Vereinten Nationen, die sich auf die Reduzierung der Militärhaushalte beziehen, darin bestehen sollte, künftige Verhandlungen zum Abschluß internationaler Übereinkünfte über die Reduzierung der Militärausgaben zu erleichtern,

1. *hebt hervor*, daß die Zahl der Staaten, die Berichte vorlegen, erhöht werden muß, damit eine möglichst breite Beteiligung von Staaten aus verschiedenen geographischen Regionen und mit unterschiedlichen Systemen der Haushaltserstellung erreicht wird, und ersucht den Generalsekretär, die Mitgliedstaaten um ihre Ansichten und Vorschläge darüber zu bitten, wie dieses Ziel praktisch erreicht werden kann, und der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung über die Ergebnisse dieser Konsultationen zu berichten;

2. *empfiehlt erneut* allen Mitgliedstaaten, dem Generalsekretär jedes Jahr bis spätestens 30. April unter Benutzung des Berichterstattungsinstruments über ihre Militärausgaben im letzten Haushaltsjahr, über das entsprechende Daten vorliegen, zu berichten;

3. *ersucht* den Generalsekretär, die Anweisungen im Berichterstattungsinstrument entsprechend den Vorschlägen in Ziffer 59 seines Berichts[76] zu ändern und das geänderte Instrument an alle Mitgliedstaaten zu ver-

[75] *Ebd.*, Beilage 3 (A/S-12/3), Anhang II

[76] A/S-12/7. Der Bericht erschien später unter dem Titel *Reduction of Military Budgets-Refinement of international reporting and comparison of military expenditures* (Reduzierung der Militärhaushalte-Verbesserung der internationalen Berichterstattung und der Vergleichbarkeit von Militärausgaben) (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best. -Nr.E.83.IX.4)

teilen, damit sie es bei ihrer Berichterstattung im Jahr 1983 heranziehen können;

4. *ersucht* den Generalsekretär, die Erfassung und Zusammenstellung der von den Staaten aufgrund des Berichterstattungsinstruments vorgelegten Angaben über Militärhaushalte zu einem integrierenden Bestandteil der regulären statistischen Dienste der Vereinten Nationen zu machen und diese Daten entsprechend den üblichen statistischen Verfahren zusammenstellen und veröffentlichen zu lassen;

5. *ersucht* den Generalsekretär, mit Unterstützung einer Gruppe von qualifizierten Sachverständigen[77] und mit freiwilliger Unterstützung der Staaten die Aufgabe der Aufstellung von Preisindizes und Kaufkraftparitäten für die Militärausgaben der partizipierenden Staaten in Angriff zu nehmen, wozu auch eine Untersuchung gehören sollte, die das Problem als Ganzes behandelt und u.a. folgende Aspekte umfaßt:

a) die praktische Durchführbarkeit eines solchen Vorhabens;

b) die Projektkonzeption und vorgesehene Methodologie;

c) die Festlegung der verschiedenen erforderlichen Daten wie Angaben über die Produktion, Preisangaben und statistische Gewichtung;

d) die Ausarbeitung von Preisindizes und Kaufkraftparitäten für Militärausgaben;

6. *ersucht* den Generalsekretär festzustellen, wieweit die Staaten zur Teilnahme bereit sind, und sich ihrer freiwilligen Mitarbeit zu versichern;

7. *bittet* die Mitgliedstaaten, an dem oben genannten Vorhaben mitzuarbeiten;

8. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten und neununddreißigsten Tagung Zwischenberichte und auf der vierzigsten Tagung einen Schlußbericht vorzulegen;

9. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, der Sachverständigengruppe die erforderliche Unterstützung und die erforderlichen Sekretariatsdienste zur Verfügung zu stellen;

10. *ersucht* den Generalsekretär *weiterhin*, die erforderlichen Vorkehrungen dafür zu treffen, daß der Bericht über die Reduzierung der Militärhaushalte als Veröffentlichung der Vereinten Nationen[76] erscheint und eine weite Verbreitung erhält,

11. *beschließt* die Aufnahme des Punkts "Reduzierung der Militärhaushalte" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

101. Plenarsitzung
13. Dezember 1982

37/96 - Verwirklichung der Erklärung des Indischen Ozeans zur Friedenszone

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die Erklärung des Indischen Ozeans zur Friedenszone in ihrer Resolution 2832 (XXVI) vom 16. Dezember 1971 und ferner unter Hinweis auf ihre Resolutionen 2992 (XXVII) vom 15. Dezember 1972, 3080 (XXVIII) vom 6. Dezember 1973, 3259 A (XXIX) vom 9. Dezember 1974, 3468 (XXX) vom 11. Dezember 1975, 31/88 vom 14. Dezember 1976, 32/86 vom 12. Dezember 1977, S-10/2 vom 30. Juni 1978, 33/68 vom 14. Dezember 1978, 34/80 A und B vom 11. Dezember 1979, 35/150 vom 12. Dezember 1980 und 36/90 vom 9. Dezember 1981 sowie auf weitere einschlägige Resolutionen,

ferner unter Hinweis darauf, daß sie im Schlußdokument der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung erklärt hat, daß die Schaffung von Friedenszonen in verschiedenen Weltregionen unter geeigneten Bedingungen, die unter Berücksichtigung der Gegebenheiten der betreffenden Zone und der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen sowie im Einklang mit dem Völkerrecht von den betreffenden Staaten der Zone klar festzulegen und frei zu vereinbaren seien, zur Festigung der Sicherheit der Staaten innerhalb dieser Zonen sowie zum Weltfrieden und zur internationalen Sicherheit insgesamt beitragen könne[78],

weiterhin unter Hinweis auf den Bericht der Konferenz der Anrainer- und Hinterlandstaaten des Indischen Ozeans[79],

in Bekräftigung ihrer Überzeugung, daß konkrete Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele der Erklärung des Indischen Ozeans zur Friedenszone einen wesentlichen Beitrag zur Festigung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellen würden,

unter Hinweis auf den in Resolution 34/80 B enthaltenen Beschluß ihrer vierunddreißigsten Tagung, im Jahre 1981 in Colombo eine Konferenz über den Indischen Ozean einzuberufen,

ferner unter Hinweis auf den in Resolution 35/150 enthaltenen Beschluß ihrer fünfunddreißigsten Tagung, angesichts des politischen und sicherheitspolitischen Klimas im Gebiet des Indischen Ozeans, insbesondere angesichts der jüngsten Ereignisse, sowie der Fortschritte bei der Abstimmung der Auffassungen alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um – unter Befolgung ihrer normalen Arbeitsmethoden – alle Konferenzvorbereitungen, einschließlich der Festsetzung des Einberufungstermins, zum Abschluß zu bringen,

unter Hinweis auf den 1982 erfolgten Austausch unterschiedlicher Auffassungen im Ad-hoc-Ausschuß für den Indischen Ozean[80] und feststellend, daß zwar Fortschritte erzielt wurden, eine Reihe von Fragen jedoch noch gelöst werden muß,

im Hinblick auf den Meinungsaustausch über das ungünstige politische und sicherheitspolitische Klima dieser Region,

im Hinblick darauf, daß es dem Ad-hoc-Ausschuß nicht gelungen ist, sich über die Festsetzung der Termine für eine Einberufung der Konferenz über den Indischen Ozean im Jahr 1983 in Colombo zu einigen,

in der Überzeugung, daß die anhaltende militärische Präsenz der Großmächte im Gebiet des Indischen Ozeans – im Zusammenhang mit ihrer Konfrontation gesehen – die Einleitung praktischer Schritte zur baldigen Verwirklichung der Ziele der Erklärung des Indischen Ozeans zur Friedenszone dringend notwendig macht,

in der Auffassung, daß darüber hinaus jede andere fremde militärische Präsenz in diesem Gebiet, wenn sie den Zielsetzungen der Erklärung des Indischen Ozeans zur Friedenszone und den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen zuwiderläuft, die Ein-

[77] Spätere Bezeichnung: Sachverständigengruppe zur Frage der Vergleichbarkeit der Militärhaushalte

[78] Resolution S-10/2, Ziffer 64

[79] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierunddreißigste Tagung, Beilage 45* (A/34/45 mit Korr.1)

[80] *Ebd., Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 29* (A/37/29), Ziffer 6

leitung praktischer Schritte zur baldigen Verwirklichung der Ziele der Erklärung noch dringlicher macht,

ferner in der Auffassung, daß eine Friedenszone im Indischen Ozean nur geschaffen werden kann, wenn die Anrainer- und Hinterlandstaaten, die Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats und die wichtigsten Benutzer der Seewege dabei aktiv mitwirken und untereinander uneingeschränkt zusammenarbeiten, damit auf der Grundlage der Ziele und Grundsätze der Charta sowie der allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts friedliche und sichere Verhältnisse gewährleistet sind,

weiterhin in der Auffassung, daß eine Friedenszone nur geschaffen werden kann, wenn die Staaten der Region untereinander zusammenarbeiten und einig sind, damit die in der Erklärung des Indischen Ozeans zur Friedenszone vorgesehenen friedlichen und sicheren Verhältnisse sowie die Achtung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität der Anrainer- und Hinterlandstaaten gewährleistet sind,

mit der Aufforderung zu neuen, wirklich konstruktiven Anstrengungen durch die Aufbringung des zur Verwirklichung der Ziele der Erklärung des Indischen Ozeans zur Friedenszone erforderlichen politischen Willens,

tief besorgt über die mit den bedenklichen und unheilvollen Entwicklungen in diesem Gebiet einhergehende Gefahr und die daraus resultierende schwere Beeinträchtigung des Friedens, der Sicherheit und der Stabilität mit ihren besonders ernsten Auswirkungen auf die Anrainer- und Hinterlandstaaten, aber auch auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit,

in der Überzeugung, daß die anhaltende Verschlechterung des politischen und sicherheitspolitischen Klimas im Gebiet des Indischen Ozeans ein wichtiger Aspekt für die baldige Einberufung der Konferenz ist und daß ein Nachlassen der Spannungen in diesem Gebiet die Erfolgsaussichten der Konferenz erhöhen würde;

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Ad-hoc-Ausschusses für den Indischen Ozean[81] und von dem Meinungsaustausch, der im Ausschuß stattgefunden hat;

2. *bedauert*, daß es dem Ad-hoc-Ausschuß nicht gelungen ist, sich über die endgültige Festsetzung von Terminen für eine Einberufung der Konferenz über den Indischen Ozean für das Jahr 1983 zu einigen und nimmt die im Ausschuß vertretenen Auffassungen hinsichtlich der Notwendigkeit einer Einberufung der Konferenz in der ersten Hälfte des Jahres 1984 zur Kenntnis;

3. *besteht* auf ihrem Beschluß, die Konferenz in Colombo als einen notwendigen Schritt zur Verwirklichung der 1971 verabschiedeten Erklärung des Indischen Ozeans zur Friedenszone einzuberufen;

4. *besteht ferner* in Verfolgung dieses Beschlusses und angesichts des politischen und sicherheitspolitischen Klimas im Gebiet des Indischen Ozeans auf ihrem Beschluß, den Ad-hoc-Ausschuß zu ersuchen, seine Bemühungen um die erforderliche Abstimmung der Auffassungen zu den noch offenen Fragen im Zusammenhang mit der Einberufung der Konferenz fortzuführen;

5. *ersucht* den Ad-hoc-Ausschuß, seine Arbeit zur notwendigen Abstimmung der Auffassungen über die anstehenden Fragen, darunter auch über die in Ziffer 4 aufgeführten Fragen, fortzusetzen und alles in seinen Kräften Stehende zu tun, um die erforderlichen Vorbereitungen für die Konferenz einschließlich der Prüfung der Möglichkeit ihrer Abhaltung spätestens im ersten Halbjahr 1984, zum Abschluß zu bringen;

6. *erneuert* das Mandat des Ad-hoc-Ausschusses, wie es in den einschlägigen Resolutionen festgelegt worden ist;

7. *ersucht* den Ad-hoc-Ausschuß, 1983 drei weitere Tagungen von jeweils zwei Wochen abzuhalten, und bei Bedarf die Möglichkeit einer vierten Tagung in Erwägung zu ziehen;

8. *ersucht* den Vorsitzenden des Ad-hoc-Ausschusses, seine Konsultationen zur Frage der Mitwirkung der nicht dem Ausschuß angehörenden Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen an der Arbeit des Ausschusses fortzusetzen, damit diese Angelegenheit möglichst bald geklärt werden kann;

9. *ersucht* den Ad-hoc-Ausschuß, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung einen umfassenden Bericht über die Durchführung dieser Resolution vorzulegen;

10. *ersucht* den Generalsekretär, dem Ad-hoc-Ausschuß weiterhin jede erforderliche Unterstützung, einschließlich der Bereitstellung von Kurzprotokollen, zu gewähren.

101. Plenarsitzung
13. Dezember 1982

37/97 - Weltabrüstungskonferenz

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 2833 (XXVI) vom 16. Dezember 1971, 2930 (XXVII) vom 29. November 1972, 3183 (XXVIII) vom 18. Dezember 1973, 3260 (XXIX) vom 9. Dezember 1974, 3469 (XXX) vom 11. Dezember 1975, 31/190 vom 21. Dezember 1976, 32/89 vom 12. Dezember 1977, 33/69 vom 14. Dezember 1978, 34/81 vom 11. Dezember 1979, 35/151 vom 12. Dezember 1980 und 36/91 vom 9. Dezember 1981,

in erneuter Wiederholung ihrer Überzeugung, daß alle Völker der Welt ein vitales Interesse am Erfolg der Abrüstungsverhandlungen haben und daß alle Staaten in der Lage sein sollten, dazu beizutragen, daß Maßnahmen im Hinblick auf dieses Ziel verabschiedet werden,

in erneuter Betonung ihrer Überzeugung, daß eine gut vorbereitete und zu einem geeigneten Zeipunkt einberufene Weltabrüstungskonferenz zur Verwirklichung dieses Ziels führen könnte und daß die Mitwirkung aller Kernwaffenmächte dies erheblich erleichtern würde,

in Kenntnisnahme des Berichts des Ad-hoc-Ausschusses für die Weltabrüstungskonferenz[82],

unter Hinweis darauf, daß die Generalversammlung in Ziffer 122 des Schlußdokuments ihrer Zehnten Sondertagung, der ersten Sondertagung über Abrüstung, beschlossen hat[83], unter angemessener Vorbereitung zum frühesten geeigneten Zeitpunkt eine Weltabrüstungskonferenz mit universeller Beteiligung einzuberufen,

ferner unter Hinweis darauf, daß es die Generalversammlung auch in Ziffer 23 der Erklärung der achtziger Jahre zur Zweiten Abrüstungsdekade, die im Anhang zu

[81] *Ebd., Beilage 29* (A/37/29)

[82] *Ebd., Beilage 28* (A/37/28)

[83] Resolution S-10/2

ihrer Resolution 35/46 vom 3. Dezember 1980 enthalten ist, für sachdienlich hielt, daran zu erinnern, daß nach Ziffer 122 des Schlußdokuments ihrer Zehnten Sondertagung zum frühesten geeigneten Zeitpunkt eine Weltabrüstungskonferenz mit universeller Beteiligung und unter angemessener Vorbereitung einberufen werden sollte,

weiterhin unter Hinweis darauf, daß die Generalversammlung auf ihrer Zwölften Sondertagung, der zweiten Sondertagung über Abrüstung, zwar keine Empfehlungen zur Frage einer Weltabrüstungskonferenz abgegeben hat, der Ad-hoc-Ausschuß der Zwölften Sondertagung in seinem Bericht an die Generalversammlung jedoch empfahl, Tagesordnungspunkte, zu denen die Versammlung zu keinem Beschluß gekommen war, auf ihrer siebenunddreißigsten Tagung zur weiteren Behandlung wieder aufzugreifen[84],

1. *nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis*, daß der Ad-hoc-Ausschuß für die Weltabrüstungskonferenz in seinem Bericht an die Generalversammlung u.a. folgendes erklärt hat:

"Angesichts dessen, daß es sehr wichtig ist, unter angemessener Vorbereitung zum frühesten geeigneten Zeitpunkt eine Weltabrüstungskonferenz mit universeller Beteiligung einzuberufen, sollte die Generalversammlung im Einklang mit Ziffer 64 des Berichts des Ad-hoc-Ausschusses der Zwölften Sondertagung die Frage auf ihrer siebenunddreißigsten ordentlichen Tagung zur weiteren Behandlung wieder aufgreifen und dabei die im Konsens verabschiedeten einschlägigen Bestimmungen von Resolution 36/91, insbesondere Ziffer 1 dieser Resolution, berücksichtigen"[85];

2. *erneuert* das Mandat des Ad-hoc-Ausschusses;

3. *ersucht* den Ad-hoc-Ausschuß, zur ständigen Information über deren Haltung engen Kontakt zu den Vertretern der kernwaffenbesitzenden Staaten sowie auch zu allen anderen Staaten zu halten, und alle ihm eventuell mitgeteilten Vorschläge und Bemerkungen zu dieser Frage, insbesondere im Hinblick auf Ziffer 122 des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung, zu behandeln;

4. *ersucht* den Ad-hoc-Ausschuß, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung Bericht zu erstatten;

5. *beschließt* die Aufnahme des Punkts "Weltabrüstungskonferenz" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

101. Plenarsitzung
13. Dezember 1982

37/98 – Chemische und bakteriologische (biologische) Waffen

A

VERBOT CHEMISCHER UND BAKTERIOLOGISCHER WAFFEN

Die Generalversammlung,

daran erinnernd, daß es in Ziffer 75 des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung, der ersten Sondertagung über Abrüstung[86], heißt, das vollständige und wirksame Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung aller chemischen Waffen sowie deren Vernichtung sei eine der dringendsten Abrüstungsmaßnahmen,

unter Hinweis auf die einstimmige und kategorische Bekräftigung der Gültigkeit des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung durch alle Mitgliedstaaten anläßlich der Zwölften Sondertagung der Generalversammlung, der zweiten Sondertagung über Abrüstung[86],

in der Überzeugung, daß es notwendig ist, so bald wie möglich eine Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung aller chemischen Waffen und über deren Vernichtung abzuschließen, die einen bedeutenden Beitrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle leisten würde,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/96 B vom 9. Dezember 1981,

mit dem Ausdruck ihrer tiefen Besorgnis über die Herstellung und Stationierung von chemischen Binärkampfstoffen,

unter Berücksichtigung des Beschlusses des Abrüstungsausschusses zu dem neuen Mandat für die Ad-hoc-Arbeitsgruppe für chemische Waffen sowie zur Tätigkeit dieser Gruppe während der Ausschußtagung des Jahres 1982[87],

mit Bedauern darüber, daß die bilateralen Verhandlungen zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den Vereinigten Staaten von Amerika 1980 unterbrochen wurden und seitdem nicht wieder aufgenommen worden sind,

in der Auffassung, daß es wünschenswert ist, daß sich die Staaten jeglicher Handlung enthalten, die die Verhandlungen verzögern oder weiter komplizieren könnte,

im Bewußtsein dessen, daß die qualitative Verbesserung und die Entwicklung chemischer Waffen die laufenden Verhandlungen über das Verbot chemischer Waffen komplizieren,

in Kenntnisnahme der Vorschläge zur Schaffung C-waffenfreier Zonen, die das vollständige Verbot chemischer Waffen erleichtern sollen,

1. *erklärt erneut*, daß so bald wie möglich eine Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung aller chemischen Waffen und über deren Vernichtung ausgearbeitet und abgeschlossen werden muß;

2. *appelliert* an alle Staaten, den Abschluß einer solchen Konvention in jeder möglichen Weise zu erleichtern;

3. *bittet* den Abrüstungsausschuß *eindringlich*, die Verhandlungen in der Ad-hoc-Arbeitsgruppe für chemische Waffen auf der Grundlage des neuen Mandats der Arbeitsgruppe zu intensivieren, damit zum frühestmöglichen Zeitpunkt Einigung über eine C-Waffenkonvention erzielt wird;

4. *fordert* die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Vereinigten Staaten von Amerika *auf*, ihre bilateralen Verhandlungen über das Verbot chemischer Waffen zum frühestmöglichen Zeitpunkt wieder aufzunehmen und dem Abrüstungsausschuß eine gemeinsame Vorlage zu unterbreiten;

---

[84] Vgl. *Official Records of the General Assembly, Twelfth Special Session, Annexes*, Tagesordnungspunkte 9, 10, 11, 12 und 13, Dokument A/S-12/32, Ziffer 64

[85] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 28* (A/37/28), Ziffer 17

[86] *Official Records of the General Assembly, Twelfth Session, Annexes*, Tagesordnungspunkte 9, 10, 11, 12 und 13, Dokument A/S-12/32, Ziffer 62

[87] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 27* (A/37/27 mit Korr.1), Ziffer 75

5. *wiederholt ihren Aufruf* an alle Staaten, alle Handlungen zu unterlassen, die die Verhandlungen über das Verbot chemischer Waffen behindern könnten, und konkret die Herstellung und Stationierung von Binärkampfstoffen und anderen neuen Arten chemischer Waffen sowie die Stationierung chemischer Waffen auf dem Territorium anderer Staaten zu unterlassen.

101. Plenarsitzung
13. Dezember 1982

B

Chemische und bakteriologische (biologische) Waffen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre früheren Resolutionen zur Frage des vollständigen und wirksamen Verbots der Entwicklung, Herstellung und Lagerung aller chemischen Waffen sowie ihrer Vernichtung,

in Bekräftigung der Notwendigkeit einer strikten Einhaltung der Grundsätze und Ziele des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder anderen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege[88] durch alle Staaten und des Beitritts aller Staaten zu der am 10. April in London, Moskau und Washington unterzeichneten Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von bakteriologischen (biologischen) und Toxinwaffen und über deren Vernichtung[89],

nach Behandlung des Berichts des Abrüstungsausschusses[90], der u.a. den Bericht seiner Ad-hoc-Arbeitsgruppe für chemische Waffen[87] enthält,

in Kenntnisnahme einschlägiger Vorschläge und Initiativen, darunter auch derjenigen, die bei der Zwölften Sondertagung der Generalversammlung, der zweiten Sondertagung über Abrüstung, vorgebracht wurden,

in der Auffassung, daß mit allen Kräften auf die Wiederaufnahme und den erfolgreichen Abschluß der bilateralen und multilateralen Verhandlungen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung aller chemischen Waffen und über deren Vernichtung hingearbeitet werden muß,

1. *nimmt mit Befriedigung Kenntnis* von der während der Tagung des Abrüstungsausschusses von 1982 geleisteten Arbeit zum Verbot chemischer Waffen, insbesondere von den Fortschritten der Ad-hoc-Arbeitsgruppe für diese Frage;

2. *bringt ihr Bedauern darüber zum Ausdruck*, daß bisher noch kein Übereinkommen über das vollständige und wirksame Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung aller chemischen Waffen und über deren Vernichtung ausgearbeitet worden ist;

3. *bittet* den Abrüstungsausschuß *eindringlich*, auf seiner Tagung des Jahres 1983 die Ausarbeitung einer solchen Konvention mit hohem Vorrang zu betreiben und zu intensivieren und dabei alle bereits vorliegenden Vorschläge und alle künftigen Initiativen zu berücksichtigen, damit der Ausschuß sobald wie möglich eine Einigung erzielen kann, und bittet ihn ferner, zu diesem Zweck seine Ad-hoc-Arbeitsgruppe für chemische Waffen wieder einzusetzen;

4. *ersucht* den Abrüstungsausschuß, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung über die Ergebnisse seiner Verhandlungen zu berichten.

101. Plenarsitzung
13. Dezember 1982

C

Chemische und bakteriologische (biologische) Waffen

Die Generalversammlung,

eingedenk der nach wie vor gegebenen Bedeutung der Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von bakteriologischen (biologischen) und Toxinwaffen und über deren Vernichtung[89], die am 10. April 1972 in London, Moskau und Washington unterzeichnet wurde,

zutiefst davon überzeugt, daß eine tatsächliche Verwirklichung und wirksame Handhabung der Konvention durch die Anwendung eines angemessenen Beschwerde-und Verifizierungsverfahrens den Weltfrieden und die internationale Sicherheit festigen und die Aussichten auf die Verwirklichung des Ziels der allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle verbessern wird,

im Bewußtsein der Notwendigkeit, das Genfer Protokoll vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder anderen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege[88] unverletzlich zu halten und seine universelle Anwendung zu gewährleisten,

unter Hinweis auf ihre Resolution 2662 (XXV) vom 7. Dezember 1970 zur Frage der chemischen und bakteriologischen (biologischen) Waffen, in der sie u.a. erklärte, daß die Verifizierung auf einer Kombination von angemessenen, sich gegenseitig ergänzenden nationalen und internationalen Maßnahmen beruhen solle, durch die ein annehmbares System zur Gewährleistung der wirksamen Einhaltung des Verbots geschaffen würde,

ferner unter Hinweis auf die Resolution 35/144 A vom 12. Dezember 1980, in der sie die Schlußerklärung der Überprüfungskonferenz der Vertragsparteien der Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von bakteriologischen (biologischen) und Toxinwaffen und über deren Vernichtung[91] begrüßte,

im Hinblick darauf, daß die Vertragsstaaten in ihrer Schlußerklärung die Ansicht vertraten, daß verschiedene internationale Verfahren – darunter auch das Recht eines jeden Vertragsstaates, zu einem späteren Zeitpunkt die Einberufung einer allen Vertragsstaaten offenstehenden Beratungstagung auf Sachverständigenebene zu beantragen – es ermöglichen würden, die wirksame und angemessene Durchführung der Bestimmungen der Konvention zu gewährleisten[92],

unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Vertragsstaaten – nachdem sie die Bedenken und unter-

[88] Völkerbund, *Treaty Series*, Vol. XCIV (1929), Nr. 2138, S.65; deutscher Wortlaut im Reichsgesetzblatt 1929 II, S.174

[89] Resolution 2826 (XXVI), Anhang; deutscher Wortlaut in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder, u.a. GBl. (der Deutschen Demokratischen Republik 1972 I Nr. 19 S.267 und BGBl. (der Republik Österreich) 432/75

[90] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 27* (A/37/27 mit Korr.1)

[91] BWC/CONF.1/10, Abschnitt II

[92] *Ebd.*, Artikel V

schiedlichen Auffassungen zur Frage der Angemessenheit von Artikel V der Konvention zur Kenntnis genommen hatten – in ihrer Schlußerklärung die Ansicht vertraten, daß diese Frage zu gegebener Zeit weiter behandelt werden solle[92],

1. *bekräftigt abermals* ihre Resolution 2662 (XXV) zur Frage der chemischen und bakteriologischen (biologischen) Waffen;

2. *empfiehlt* den Vertragsstaaten, zur Schaffung eines flexiblen, objektiven und nichtdiskriminierenden Verfahrens zur Behandlung von Fragen im Zusammenhang mit der Einhaltung der Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von bakteriologischen (biologischen) und Toxinwaffen und über deren Vernichtung so bald wie möglich eine Sonderkonferenz abzuhalten;

3. *ersucht* den Generalsekretär, die erforderliche Hilfestellung zu leisten und alle gegebenenfalls von der Sonderkonferenz der Vertragsstaaten der Konvention benötigten Dienste, darunter auch vorläufige Forschungsarbeiten, zur Verfügung zu stellen.

101. Plenarsitzung
13. Dezember 1982

D

Vorläufige Verfahren zur Wahrung der Autorität des Genfer Protokolls von 1925

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die Bestimmungen des Protokolls über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder anderen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege[88], das am 17. Juni 1925 in Genf unterzeichnet wurde und am 8. Februar 1928 in Kraft trat,

im Hinblick darauf, daß die Vertragsparteien der Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von bakteriologischen (biologischen) und Toxinwaffen und über deren Vernichtung[89] erneut ihre Anerkennung der Grundsätze und Ziele dieses Protokolls erklärt und alle Staaten zur Einhaltung dieser Bestimmungen aufgefordert haben,

ferner im Hinblick darauf, daß das Protokoll keine Bestimmungen über die Einführung von Verfahren zur Untersuchung von durch das Protokoll verbotenen Aktivitäten vorsieht,

weiterhin im Hinblick darauf, daß der Abrüstungsausschuß zur Zeit über eine Konvention über das Verbot von chemischen Waffen verhandelt, die Bestimmungen zur Gewährleistung ihrer wirksamen Verifizierung enthalten sollte,

in der Auffassung, daß es zur Wahrung der Autorität des Protokolls beitragen würde, wenn bis zum Abschluß formeller Abmachungen Verfahren eingeführt würden, die die unverzügliche und unparteiische Untersuchung von Informationen über mögliche Verletzungen der Bestimmungen des Protokolls ermöglichen,

1. *fordert* alle Staaten, die dies noch nicht getan haben, *auf*, dem Protokoll von 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder anderen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege beizutreten;

2. *fordert* alle Staaten zur Einhaltung der Bestimmungen des Protokolls *auf*;

3. *fordert* den Abrüstungsausschuß *auf*, seine Verhandlungen über eine Konvention über das Verbot chemischer Waffen zu beschleunigen, damit diese so bald wie möglich der Generalversammlung vorgelegt werden kann;

4. *ersucht* den Generalsekretär, mit Hilfe qualifizierter Sachverständiger zur Ermittlung der Tatsachen Informationen über Aktivitäten, die unter Umständen eine Verletzung des Protokolls oder der einschlägigen Regeln des internationalen Gewohnheitsrechts darstellen, zu untersuchen, wenn ihm solche Informationen von einem Mitgliedstaat zur Kenntnis gebracht werden, und allen Mitgliedstaaten und der Generalversammlung unverzüglich über die Ergebnisse einer derartigen Untersuchung zu berichten;

5. *ersucht* den Generalsekretär, mit Unterstützung der Mitgliedstaaten vorrangig Listen von qualifizierten Sachverständigen, deren Dienste für die Durchführung derartiger Untersuchungen kurzfristig verfügbar sind, sowie Listen von Laboratorien aufzustellen und auf dem laufenden zu halten, die in der Lage sind, Tests zum Nachweis von Stoffen durchzuführen, deren Einsatz verboten ist;

6. *ersucht* den Generalsekretär, zur Verwirklichung der in Ziffer 4 genannten Ziele

a) bei Bedarf zur umgehenden Untersuchung möglicher Verletzungen Gruppen von aus den obengenannten Listen ausgewählten Sachverständigen zu ernennen;

b) mit Unterstützung der betreffenden Länder die erforderlichen Vorkehrungen dafür zu treffen, daß die Sachverständigen in dem für die Untersuchung erforderlichen Ausmaß und für die unter Umständen erforderlichen Tests unter anderem auch am Ort selbst Beweismaterial sammeln und untersuchen können;

c) sich bei allen derartigen Untersuchungen um geeignete Unterstützung wie auch um sachdienliche Informationen seitens aller betroffenen Regierungen, internationalen Organisationen und anderen in Frage kommenden Quellen zu bemühen;

7. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, mit Hilfe qualifizierter, sachverständiger Berater Verfahren zur rechtzeitigen und effizienten Untersuchung von Informationen über Aktivitäten zu erarbeiten, die unter Umständen eine Verletzung des Genfer Protokolls bzw. der einschlägigen Regeln des internationalen Gewohnheitsrechts darstellen, und zur Erleichterung derartiger Untersuchungen und der möglicherweise erforderlichen ärztlichen Behandlung Unterlagen über die Identifizierung von Anzeichen und Symptomen für den Einsatz derartiger Stoffe zusammenzustellen und zu systematisieren;

8. *ersucht* die Regierungen, die nationalen und internationalen Organisationen sowie die wissenschaftlichen Institutionen und Forschungsinstitutionen, den Generalsekretär bei dieser Tätigkeit voll zu unterstützen;

9. *ersucht* den Generalsekretär, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung einen Bericht über die Durchführung dieser Resolution vorzulegen.

101. Plenarsitzung
13. Dezember 1982

E

CHEMISCHE UND BAKTERIOLOGISCHE (BIOLOGISCHE) WAFFEN

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs[93] mit dem im Anhang dazu enthaltenen Bericht der vom Generalsekretär gemäß den Generalversammlungsresolutionen 35/144 C vom 12. Dezember 1980 und 36/96 C vom 9. Dezember 1981 eingesetzten Sachverständigengruppe zur Untersuchung von Berichten über den angeblichen Einsatz von chemischen Waffen,

in Kenntnisnahme der Schlußfolgerung der Sachverständigengruppe, daß sie zwar nicht feststellen könne, die Anschuldigungen seien bewiesen worden, daß sie jedoch gleichzeitig die Indizienbeweise, die auf die mögliche Verwendung einer toxischen chemischen Substanz in bestimmten Fällen hindeuten, nicht außer acht lassen könne[94],

daran erinnernd, daß der Einsatz chemischer und biologischer Waffen als unvereinbar mit den akzeptierten Normen der Zivilisation erklärt worden ist,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs und dankt der Sachverständigengruppe zur Untersuchung von Berichten über den angeblichen Einsatz von chemischen Waffen für die geleistete Arbeit sowie auch den Mitgliedstaaten, die die Gruppe bei der Erfüllung ihres Auftrags unterstützt haben;

2. *fordert erneut* alle Staaten *auf*, die Grundsätze und Ziele des Protokolls über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder anderen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege strikt einzuhalten und verurteilt alle Maßnahmen, die diesen Zielsetzungen zuwiderlaufen.

101. Plenarsitzung
13. Dezember 1982

37/99 - Allgemeine und vollständige Abrüstung

A

NICHTSTATIONIERUNG VON KERNWAFFEN AUF DEM TERRITORIUM VON STAATEN, IN DENEN SICH GEGENWÄRTIG KEINE SOLCHEN WAFFEN BEFINDEN

Die Generalversammlung,

sich dessen bewußt, daß ein Atomkrieg verheerende Folgen für die gesamte Menschheit hätte,

unter Hinweis auf ihre Resolution 33/91 F vom 16. Dezember 1978, in der sie an alle Kernwaffenstaaten appellierte, keine Kernwaffen auf dem Territorium von Staaten zu stationieren, in denen sich gegenwärtig keine solchen Waffren befinden, sowie alle Nichtkernwaffenstaaten, auf deren Territorium sich keine Kernwaffen befinden, aufforderte, alle Schritte zu unterlassen, die direkt oder indirekt zur Stationierung solcher Waffen auf ihrem Territorium führen würden,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolutionen 35/156 C vom 12. Dezember 1980 und 36/97 E vom 9. Dezember 1981, in denen sie den Abrüstungsausschuß ersuchte, unverzüglich Gespräche zur Ausarbeitung eines internationalen Übereinkommens über die Nichtstationierung von Kernwaffen auf dem Territorium von Staaten aufzunehmen, in denen sich gegenwärtig keine solchen Waffen befinden,

mit Bedauern feststellend, daß diese Appelle der Generalversammlung nicht befolgt worden sind,

in der Auffassung, daß die Nichtstationierung von Kernwaffen auf dem Territorium von Staaten, in denen sich gegenwärtig keine solchen Waffen befinden, einen Schritt in Richtung auf das umfassendere Ziel des anschließenden vollständigen Abzugs von Kernwaffen aus den Territorien anderer Staaten und damit einen Beitrag zur Verhinderung der Verbreitung von Kernwaffen darstellen und schließlich zur völligen Beseitigung derselben führen würde,

eingedenk der klar zum Ausdruck gebrachten Absicht vieler Staaten, die Stationierung von Kernwaffen auf ihrem Territorium zu verhindern,

tief beunruhigt über Pläne und praktische Maßnahmen, die zum Aufbau von Kernwaffenarsenalen auf dem Territorium anderer Staaten führen,

1. *ersucht* den Abrüstungsausschuß *erneut* um die unverzügliche Aufnahme von Gesprächen zur Ausarbeitung eines internationalen Übereinkommens über die Nichtstationierung von Kernwaffen auf dem Territorium von Staaten, in denen sich gegenwärtig keine solchen Waffen befinden;

2. *fordert* alle Kernwaffenstaaten *auf*, keine Kernwaffen auf dem Territorium von Staaten zu stationieren, in denen sich gegenwärtig keine solchen Waffen befinden, sich weiterer Maßnahmen zu enthalten, die mit der Stationierung von Kernwaffen auf dem Territorium anderer Staaten verbunden sind;

3. *fordert* alle Kernwaffenstaaten *auf*, Kernwaffen auf dem Territorium anderer Staaten qualitativ einzufrieren;

4. *ersucht* den Generalsekretär, dem Abrüstungsausschuß alle Unterlagen über die Erörterung dieser Frage auf der siebenunddreißigsten Tagung der Generalversammlung zu übermitteln;

5. *ersucht* den Abrüstungsausschuß, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung einen Bericht zu dieser Frage vorzulegen;

6. *beschließt* die Aufnahme des Punkts "Nichtstationierung von Kernwaffen auf dem Territorium von Staaten, in denen sich gegenwärtig keine solchen Waffen befinden – Bericht des Abrüstungsausschusses" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

101. Plenarsitzung
13. Dezember 1982

B

BERICHT DER UNABHÄNGIGEN KOMMISSION FÜR ABRÜSTUNGS- UND SICHERHEITSFRAGEN

Die Generalversammlung,

besorgt über den beunruhigenden Stand des Wettrüstens und der Gefahren, die dieses für das Überleben der Menschheit mit sich bringt,

in Anerkennung der zentralen Rolle der Vereinten Nationen beim Abbau von Spannungen, bei der Erhaltung bzw. Herbeiführung von Vertrauen zwischen den Staaten und bei der Förderung der gemeinsamen Sicherheit und der Sache der Abrüstung,

[93] A/37/259
[94] *Ebd., Ziffer 197*

nach Kenntnisnahme des Berichts mit dem Titel "Gemeinsame Sicherheit – ein Abrüstungsprogramm", den die Unabhängige Kommission für Abrüstungs- und Sicherheitsfragen der Generalversammlung auf ihrer Zwölften Sondertagung vorgelegt hat[95],

in der Überzeugung, daß die Kommission einen bedeutenden Beitrag zur Diskussion und Erörterung von Abrüstungs- und Sicherheitsfragen geleistet hat und daß die in ihrem Aktionsprogramm enthaltenen Empfehlungen und Vorschläge im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen weiter untersucht werden sollten,

im Hinblick darauf, daß die in dem Bericht enthaltenen Empfehlungen sowohl an die Regierungen als auch an die Vereinten Nationen und ihre Organe gerichtet waren,

in der Überzeugung, daß im System der Vereinten Nationen und in jedem anderen hierfür in Frage kommenden Rahmen für wirksame Anschlußmaßnahmen an den Bericht gesorgt werden muß,

1. *ersucht* den Generalsekretär, den Bericht der Unabhängigen Kommission für Abrüstungs- und Sicherheitsfragen der Abrüstungskommission vorzulegen;

2. *ersucht ferner* die Abrüstungskommission, sich mit den die Abrüstung und Rüstungsbegrenzung betreffenden Empfehlungen und Vorschlägen des Berichts zu befassen und in einem Bericht an die Generalversammlung Vorschläge zu unterbreiten, wie innerhalb des Systems der Vereinten Nationen oder in anderem Rahmen am besten für wirksame Anschlußmaßnahmen gesorgt werden kann;

3. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Unabhängige Kommission für Abrüstungs- und Sicherheitsfragen: Bericht der Abrüstungskommission" in die Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

101. Plenarsitzung
13. Dezember 1982

C

Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und Anwendung von radiologischen Waffen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die Resolution der Kommission für konventionelle Rüstung vom 12. August 1948, deren Definition von Massenvernichtungswaffen atomare Explosivwaffen, Waffen mit radioaktivem Material, tödliche chemische und biologische Waffen sowie alle künftig entwickelten Waffen einschließt, deren Zerstörungswirkung derjenigen der Atombombe oder der anderen obengenannten Waffen vergleichbar ist,

unter Hinweis auf Resolution 2602 C (XXIV) vom 16. Dezember 1969,

unter Hinweis auf Ziffer 76 des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung[96], in der es heißt, daß eine Konvention zum Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und Anwendung von radiologischen Waffen abgeschlossen werden sollte,

in Bekräftigung ihrer Resolution 36/97 B vom 9. Dezember 1981 über den Abschluß einer solchen Konvention,

in der Überzeugung, daß eine derartige Konvention helfen würde, die Menschheit vor den potentiellen Gefahren des Einsatzes radiologischer Waffen zu verschonen, und somit zur Festigung des Friedens und zur Abwendung der Kriegsgefahr beitragen würde,

im Hinblick darauf, daß im Abrüstungsausschuß Verhandlungen über den Abschluß einer internationalen Konvention zum Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und Anwendung radiologischer Waffen geführt wurden,

in Kenntnisnahme der diese Verhandlung betreffenden Teile des Berichts des Abrüstungsausschusses an die Zwölfte Sondertagung und die siebenunddreißigste Tagung der Generalversammlung, darunter der Berichte der Ad-hoc-Arbeitsgruppe für radiologische Waffen[97],

in der Erkenntnis, daß es trotz der im Rahmen dieser Verhandlungen erzielten Fortschritte im Zusammenhang mit verschiedenen Aspekten dieser Frage nach wie vor unterschiedliche Auffassungen gibt,

unter Berücksichtigung dessen, daß die friedliche Nutzung der Kernenergie die Errichtung einer großen Anzahl nuklearer Einrichtungen mit einer hohen Konzentration radioaktiver Materialien mit sich bringt, und eingedenk dessen, daß die Zerstörung solcher nuklearer Anlagen durch militärische Angriffe katastrophale Folgen haben könnte,

erfreut darüber, daß die Notwendigkeit einer Einigung über das umfassende Verbot radiologischer Waffen weiterhin anerkannt ist,

1. *ersucht* den Abrüstungsausschuß, die Verhandlungen im Hinblick auf den baldigen Abschluß der Arbeiten an einem Vertrag zum Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und Anwendung radiologischer Waffen fortzusetzen, damit der Vertrag der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung vorgelegt werden kann;

2. *ersucht* den Abrüstungsausschuß *ferner*, seine Suche nach Lösungen für die Frage des Verbots militärischer Angriffe auf nukleare Anlagen, darunter auch die Frage des Geltungsbereichs eines solchen Verbots, fortzusetzen, und dabei alle bei ihm eingegangenen diesbezüglichen Vorschläge zu berücksichtigen;

3. *nimmt Kenntnis* von der im Bericht des Abrüstungsausschusses enthaltenen Empfehlung der Ad-hoc-Arbeitsgruppe für radiologische Waffen[98], zur Fortsetzung der Verhandlungen über das Verbot radiologischer Waffen zu Beginn der Ausschußtagung des Jahres 1983 eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe einzusetzen[99];

4. *ersucht* den Generalsekretär, dem Abrüstungsausschuß alle Unterlagen zu übermitteln, die sich auf die Erörterung des Verbots der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und Anwendung radiologischer Waffen auf der siebenunddreißigsten Tagung der Generalversammlung beziehen;

5. *beschließt* die Aufnahme des Punkts "Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und Anwendung von Radiologischen Waffen" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

101. Plenarsitzung
13. Dezember 1982

[95] Vgl. A/S-12/AC.1/PV.4, S.18. Der Bericht erschien später als Dokument A/CN.10/38. Vgl. auch A/CN.10/51

[96] Resolution S-10/2

[97] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Zwölfte Sondertagung, Beilage 2* (A/S-12/2), Ziffer 67-75 und *ebd., Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 27* (A/37/27 mit Korr. 1), Ziffer 76-89

[98] Vgl. *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 27* (A/37/27 mit Korr.1), Ziffer 83

[99] *Ebd.*, Ziffer 14

D

Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum und Verbot von Antisatellitensystemen

Die Generalversammlung,

angespornt durch die großartigen Aussichten, die der Vorstoß des Menschen in den Weltraum der Menschheit eröffnet,

in der Auffassung, daß jede Tätigkeit im Weltraum friedlichen Zwecken dienen und zum Nutzen aller Völker ohne Ansehen ihres wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Entwicklungsstandes ausgeführt werden sollte,

unter Hinweis darauf, daß die Vertragsstaaten in Artikel III des Vertrags über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper[100] übereingekommen sind, im Interesse der Erhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit sowie der Förderung der internationalen Zusammenarbeit und Verständigung ihre Tätigkeit bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und der Charta der Vereinten Nationen auszuüben;

insbesondere *unter Bekräftigung* von Artikel IV dieses Vertrags, in dem sich die Vertragsstaaten verpflichten, keine Gegenstände, die Kernwaffen oder andere Massenvernichtungswaffen tragen, in eine Erdumlaufbahn zu bringen und weder Himmelskörper mit derartigen Waffen zu bestücken noch solche Waffen auf irgendeine andere Weise im Weltraum zu stationieren,

ferner unter Bekräftigung von Ziffer 80 des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung[96], der zufolge zur Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum im Geiste des erwähnten Vertrags weitere Maßnahmen ergriffen und geeignete internationale Verhandlungen geführt werden sollten,

im Bewußtsein der Notwendigkeit, ein Wettrüsten im Weltraum zu verhindern, und vor allem im Bewußtsein der von Antisatellitensystemen ausgehenden Bedrohung und ihrer destabilisierenden Wirkung auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 36/97 C und 36/99 vom 9. Dezember 1981,

in Kenntnis der von der Zweiten Konferenz der Vereinten Nationen über die Erforschung und friedliche Nutzung des Weltraums geäußerten ernsten Sorge über das mögliche Übergreifen des Wettrüstens auf den Weltraum sowie in Kenntnis ihrer Empfehlungen an die zuständigen Organe der Vereinten Nationen, insbesondere an die Generalversammlung und auch an den Abrüstungsausschuß[101],

ferner in Kenntnis der Tatsache, daß der Abrüstungsausschuß im Verlauf seiner Tagung des Jahres 1982 diese Frage sowohl in offiziellen als auch in informellen Sitzungen sowie bei informellen Konsultationen behandelte,

in Kenntnisnahme des Berichts des Abrüstungsausschusses zu dem Punkt "Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum"[102],

1. *erklärt erneut*, daß die internationale Gemeinschaft weitere wirkungsvolle Maßnahmen zur Verhinderung eines Rüstungswettlaufs im Weltraum ergreifen sollte;

2. *nimmt mit Dank Kenntnis* von den Beiträgen der Mitgliedstaaten zu der Erörterung dieses Punktes im Abrüstungsausschuß und in der Generalversammlung;

3. *ersucht* den Abrüstungsausschuß um die Fortsetzung der thematischen Behandlung folgender Fragen:

a) der Frage der Aushandlung wirksamer und verifizierbarer Abkommen zur Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum unter Berücksichtigung aller bisherigen und künftigen auf die Verwirklichung dieses Ziels gerichteten Vorschläge

b) sowie mit Vorrang der Frage der Aushandlung eines wirksamen und verifizierbaren Abkommens zum Verbot von Antisatellitensystemen als wichtigem Schritt zur Erfüllung der in Buchstabe *a*) dargelegten Ziele;

4. *drückt ihre Hoffnung aus*, daß der Abrüstungsausschuß die geeigneten Maßnahmen – wie z.B. die eventuelle Einsetzung einer Arbeitsgruppe – zur Förderung der in Ziffer 1 und 3 dargelegten Ziele ergreifen wird;

5. *ersucht* den Abrüstungsausschuß, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung über seine Behandlung dieses Themas zu berichten;

6. *beschließt* die Aufnahme des Punkts "Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum und Verbot von Antisatellitensystemen" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

101. Plenarsitzung
13. Dezember 1982

E

Verbot der Produktion von spaltbarem Material für Rüstungszwecke

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 33/91 H vom 16. Dezember 1978, 34/87 D vom 11. Dezember 1979, 35/156 H vom 12. Dezember 1980 und 36/97 G vom 9. Dezember 1981, in denen sie den Abrüstungsausschuß ersuchte, in einem geeigneten Stadium der Durchführung des in Abschnitt III des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung dargelegten Aktionsprogramms[96] und seiner Arbeiten zu dem Tagesordnungspunkt "Kernwaffen in allen ihren Aspekten" dringend die Frage einer ausreichend verifizierten Einstellung und eines ausreichend verifizierten Verbots der Produktion von spaltbarem Material für Kernwaffen und andere Kernsprengkörper zu prüfen und die Versammlung über den Fortgang dieser Beratungen auf dem laufenden zu halten,

im Hinblick darauf, daß die Tagesordnung des Abrüstungsausschusses für 1982 den Punkt "Kernwaffen in allen ihren Aspekten" und das Arbeitsprogramm des Ausschusses für beide Teile seiner im Jahre 1982 abgehaltenen Tagung den Punkt "Einstellung des nuklearen Wettrüstens und nukleare Abrüstung" enthielt,

---

[100] Resolution 2222 (XXI), Anhang; deutscher Wortlaut in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder: BGBl. (der Bundesrepublik Deutschland) 1969 II S.1969, GBl. (der Deutschen Demokratischen Republik) 1968 I Nr. 5, S.23 und BGBl. (der Republik Österreich) 103/68

[101] Vgl. *Report of the Second United Nations Conference on the Exploration and Peaceful Uses of Outer Space, Vienna, 9-21 August 1982* (A/CONF.101/10 mit Korr.1 und 2), Ziffer 13, 14 und 426

[102] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 27* (A/37/27 mit Korr.1), Ziffer 97-106

unter Hinweis auf die im Abrüstungsausschuß zu diesen beiden Punkten abgegebenen Vorschläge und Erklärungen[103],

in der Auffassung, daß die Einstellung der Produktion von spaltbarem Material für Rüstungszwecke sowie die schrittweise Umwandlung der Bestände und ihre Verwendung für friedliche Zwecke einen bedeutenden Schritt zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens und zur Einleitung eines gegenläufigen Prozesses darstellen würde,

in der Auffassung, daß das Verbot der Produktion von spaltbarem Material für Kernwaffen und andere Sprengkörper ebenfalls eine wichtige Maßnahme zur Verhinderung der Verbreitung von Kernwaffen und Kernsprengkörpern darstellen würde,

ersucht den Abrüstungsausschuß, in einem geeigneten Stadium seiner Arbeit zum Punkt "Kernwaffen in allen ihren Aspekten" die Behandlung der Frage einer ausreichend verifizierten Einstellung und eines ausreichend verifizierten Verbots der Produktion von spaltbarem Material für Kernwaffen und andere Kernsprengkörper fortzusetzen und die Generalversammlung über den Fortgang dieser Beratungen auf dem laufenden zu halten.

101. Plenarsitzung
13. Dezember 1982

F

Überprüfung und Ergänzung der umfassenden Studie über die Frage kernwaffenfreier Zonen in allen ihren Aspekten

Die Generalversammlung,

im Bewußtsein der Notwendigkeit, sich mit allen Kräften darum zu bemühen, daß eine Einstellung des nuklearen Wettrüstens, die nukleare Abrüstung und die allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle herbeigeführt werden,

in der Erkenntnis, daß es zur Verfolgung dieser Ziele unbedingt erforderlich ist, die Weiterverbreitung von Kernwaffen in der Welt zu verhindern,

mit der Erklärung, daß die Schaffung kernwaffenfreier Zonen einen Beitrag zur Abrüstung darstellt,

unter Hinweis auf ihre Resolution 3472 (XXX) vom 11. Dezember 1975 über die umfassende Studie der Frage kernwaffenfreier Zonen in allen ihren Aspekten,

unter Hinweis auf die Auffassungen, Bemerkungen und Vorschläge, die die Regierungen, die Internationale Atomenergie-Organisation und andere in Frage kommende internationale Organisationen zu diesem Thema abgegeben haben, sowie auf den Bericht des Generalsekretärs, in dem sie enthalten sind[104],

in Anbetracht dessen, daß Fragen im Zusammenhang mit der Schaffung kernwaffenfreier Zonen in verschiedenen Teilen der Welt in einer Anzahl von Studien angesprochen worden sind, die von den Vereinten Nationen in letzter Zeit auf dem Gebiet der Abrüstung erstellt wurden,

ferner in Anbetracht dessen, daß die durch den Vertrag zum Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco)[105] gewonnenen Erfahrungen sehr wertvoll für die anderen Regionen der Welt sein würden,

im Hinblick darauf, daß diese Entwicklungen in einer neuen ergänzenden Studie zu diesem Thema festgehalten werden sollten,

1. *beschließt*, daß ausgehend von den seit 1975 gesammelten Informationen und Erfahrungen eine Studie zur Ergänzung und Überprüfung der umfassenden Studie der Frage kernwaffenfreier Zonen in allen ihren Aspekten (*Comprehensive study of the question of nuclear-weapon-free zones in all its aspects*)[106] erstellt werden sollte;

2. *ersucht* den Generalsekretär, unter Berücksichtigung der Einsparungen, die bei den derzeitigen Mittelbewilligungen vorgenommen werden können, die Studie mit Hilfe einer Ad-hoc-Gruppe qualifizierter Regierungssachverständiger[107] durchzuführen und sie der Generalversammlung auf ihrer neununddreißigsten Tagung vorzulegen;

3. *fordert* die interessierten Regierungen und die in Frage kommenden internationalen Organisationen *auf*, die zur Durchführung der Studie von Fall zu Fall erforderliche Unterstützung zu gewähren;

4. *beschließt* die Aufnahme eines Punktes mit dem Titel "Studie der Frage kernwaffenfreier Zonen in allen ihren Aspekten" in die vorläufige Tagesordnung ihrer neununddreißigsten Tagung.

101. Plenarsitzung
13. Dezember 1982

G

Massnahmen zur Bereitstellung objektiver Informationen über Militärpotentiale

Die Generalversammlung,

tief besorgt über die anhaltende Eskalation des Wettrüstens, insbesondere des nuklearen Wettrüstens, seine äußerst nachteiligen Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit und die beklagenswerte Verschwendung menschlicher und materieller Ressourcen für militärische Zwecke,

unter Hinweis auf Ziffer 93 des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung[96], in der es u.a. heißt, daß es zur Förderung des Abrüstungsprozesses notwendig ist, Maßnahmen zu ergreifen und Politiken zu verfolgen, die im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen den Weltfrieden und die internationale Sicherheit stärken und Vertrauen zwischen den Staaten schaffen,

eingedenk dessen, daß in Ziffer 34 des Schlußdokuments ferner festgestellt wird, daß Abrüstung, Verminderung der internationalen Spannung, Achtung des Rechts auf Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit, friedliche Streitbeilegung gemäß der Charta der Vereinten Nationen und Festigung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit in direkter Beziehung zueinander stehen und daß Fortschritte in einem dieser Bereiche sich günstig auf alle anderen Bereiche auswirken, daß umgekehrt ein Fehlschlag in einem Bereich jedoch negative Auswirkungen auf andere nach sich zieht,

---

[103] *Ebd., Zwölfte Sondertagung, Beilage 2* (A/S-12/2), Ziffer 41-60 und *ebd., Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 27* (A/37/27 mit Korr.1), Ziffer 43-58

[104] A/31/189 mit Add.1 und 2

[105] Vereinte Nationen, *Treaty Series*, Vol. 634, Nr. 9068, S.283

[106] Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr.E.76.I.7

[107] Spätere Bezeichnung: Gruppe von Regierungssachverständigen für kernwaffenfreie Zonen

ferner unter Hinweis darauf, daß die Mitgliedstaaten in Ziffer 105 des Schlußdokuments angeregt werden, einen besseren Informationsfluß im Hinblick auf die verschiedenen Aspekte der Abrüstung zu gewährleisten, die Verbreitung von falschen und tendenziösen Informationen über die Rüstung zu vermeiden und sich auf die Gefahr der Eskalation des Wettrüstens und die Notwendigkeit der allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle zu konzentrieren,

im Hinblick darauf, daß ein falsches Bild von den Militärpotentialen und den Absichten potentieller Gegner – das u.a. durch den Mangel an objektiver Information entstehen kann – die Staaten dazu verleiten könnte, Rüstungsprogramme anzugehen, die zur Beschleunigung des Wettrüstens, insbesondere des nuklearen Wettrüstens, und zu einer Erhöhung der internationalen Spannungen führen,

im Bewußtsein dessen, daß objektive Informationen über die Militärpotentiale, insbesondere bei den Kernwaffenstaaten und anderen militärisch bedeutenden Staaten, zur Vertrauensbildung zwischen den Staaten und zum Abschluß konkreter Abrüstungsabkommen beitragen und so helfen könnten, die Einstellung des Wettrüstens und den Übergang zur Abrüstung herbeizuführen,

1. *fordert* alle Staaten, insbesondere die Kernwaffenstaaten und sonstigen militärisch bedeutenden Staaten, *auf*, zusätzliche Maßnahmen zur leichteren Bereitstellung objektiver Informationen über die Militärpotentiale sowie objektiver Beurteilungen derselben zu erwägen;

2. *bittet* alle Staaten, dem Generalsekretär ihre Auffassungen und Vorschläge zu solchen Maßnahmen vorzulegen;

3. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung einen Bericht vorzulegen, der erstens die mit Ziffer 2 dieser Resolution erbetenen Antworten der Mitgliedstaaten und zweitens eine auf diesen Antworten aufbauende vorläufige Analyse der möglichen Rolle der Vereinten Nationen im Zusammenhang mit Maßnahmen zur leichteren Bereitstellung objektiver Informationen über die Militärpotentiale und objektiver Beurteilungen derselben enthält.

101. Plenarsitzung
13. Dezember 1982

II

Zweite Überprüfungskonferenz der Parteien des Vertrags über das Verbot der Anbringung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und im Meeresuntergrund

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 2660 (XXV) vom 7. Dezember 1970, in der sie den Vertrag über das Verbot der Anbringung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und im Meeresuntergrund begrüßte,

im Hinblick auf die Bestimmungen von Artikel VII dieses Vertrages über die Durchführung von Überprüfungskonferenzen,

eingedenk dessen, daß die vom 20. Juni bis 1. Juli 1977 in Genf durchgeführte erste Überprüfungskonferenz der Parteien des Vertrages über das Verbot der Anbringung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und im Meeresuntergrund in ihrer Schlußerklärung beschloß, daß im Jahr 1982 in Genf eine weitere Überprüfungskonferenz durchgeführt werden solle, falls nicht die Mehrheit der Vertragsstaaten gegenüber den Depositaren, den Wunsch einer Verschiebung dieser Konferenz äußere, in welchem Falle diese spätestens im Jahr 1984 einberufen werden solle[108],

unter Hinweis auf ihre Resolution 32/87 A vom 12. Dezember 1977, in der sie die Ergebnisse der ersten Überprüfungskonferenz evaluierte,

eingedenk aller einschlägigen Ziffern des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung[96],

1. *stellt fest*, daß nach entsprechenden Konsultationen vor der Abhaltung einer weiteren Überprüfungskonferenz im Jahre 1983 ein Vorbereitungsausschuß für die Zweite Überprüfungskonferenz der Parteien des Vertrags über das Verbot der Anbringung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und im Meeresuntergrund eingesetzt werden muß;

2. *ersucht* den Generalsekretär, die erforderliche Unterstützung zu leisten und die für die Überprüfungskonferenz und ihre Vorbereitung unter Umständen erforderlichen Dienste, darunter auch die Bereitstellung von Kurzprotokollen, zur Verfügung zu stellen;

3. *verweist darauf*, daß sie die Hoffnung zum Ausdruck gebracht hat, daß möglichst viele Staaten diesem Vertrag beitreten werden.

101. Plenarsitzung
13. Dezember 1982

I

Überprüfungskonferenz der Vertragsparteien der Konvention über das Verbot der Verwendung umweltverändernder Techniken zu militärischen oder sonstigen feindseligen Zwecken

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 31/72 vom 10. Dezember 1976, in der sie die Konvention über das Verbot der Verwendung umweltverändernder Techniken zu militärischen oder sonstigen feindseligen Zwecken allen Staaten zur Prüfung, Unterzeichnung und Ratifizierung überwies und der Hoffnung Ausdruck gab, daß möglichst viele Staaten der Konvention beitreten würden,

im Hinblick darauf, daß es in Artikel VIII Absatz 1 der Konvention heißt:

"Fünf Jahre nach dem Inkrafttreten dieser Konvention beruft der Depositar eine Konferenz der Vertragsstaaten der Konvention nach Genf (Schweiz) ein. Die Konferenz überprüft im Hinblick auf die Gewährleistung der Verwirklichung ihrer Ziele und Bestimmungen die Wirkungsweise dieser Konvention und prüft insbesondere die Wirksamkeit der Bestimmungen von Artikel I Absatz 1 bei der Beseitigung der Gefahren der Verwendung umweltverändernder Techniken zu militärischen oder sonstigen feindseligen Zwecken."

[108] SBT/CONF/25, Zweiter Teil, Artikel VII

eingedenk dessen, daß die Konvention am 5. Oktober 1983 fünf Jahre in Kraft sein wird,

1. *stellt fest*, daß der Generalsekretär als Depositar der Konvention die Absicht hat, die in Artikel VIII Absatz 1 der Konvention geforderte Überprüfungskonferenz der Vertragsparteien der Konvention über das Verbot der Verwendung umweltverändernder Techniken zu militärischen oder sonstigen feindseligen Zwecken zum frühestmöglichen Zeitpunkt nach dem 5. Oktober 1983 einzuberufen und daß er über Fragen im Zusammenhang mit der Konferenz und ihrer Vorbereitung, darunter auch über die Einsetzung eines Vorbereitungsausschusses, mit den Parteien der Konvention Konsultationen führen wird;

2. *ersucht* den Generalsekretär, die erforderliche Unterstützung zu leisten und die für die Überprüfungskonferenz und ihre Vorbereitung unter Umständen erforderlichen Dienste, darunter auch die Bereitstellung von Kurzprotokollen, zur Verfügung zu stellen;

3. *stellt ferner fest*, daß die Überprüfungskonferenz die erforderlichen Maßnahmen zur Deckung der Kosten dieser Konferenz und ihrer Vorbereitung treffen muß.

101. Plenarsitzung
13. Dezember 1982

J

Forschung und Entwicklung für militärische Zwecke

Die Generalversammlung,

eingedenk der wichtigen Aufgabe, die die Vereinten Nationen damit erfüllen, ein Urteil über den Stand des Wettrüstens, insbesondere des nuklearen Wettrüstens, zu fällen und alle damit zusammenhängenden Abrüstungsfragen zu erörtern,

unter Hinweis auf die Bestimmungen von Ziffer 39 des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung[96], der ersten Sondertagung über Abrüstung, der zufolge für die Einstellung des Wettrüstens sowohl qualitative als auch quantitative Abrüstungsmaßnahmen wichtig sind und diesbezügliche Bemühungen auch Verhandlungen über die Begrenzung und Einstellung der qualitativen Verbesserung der Rüstung umfassen, insbesondere der Massenvernichtungswaffen und der Entwicklung neuer Mittel der Kriegsführung, damit wissenschaftliche und technische Errungenschaften schließlich nur mehr für friedliche Zwecke verwendet werden,

ferner unter Hinweis darauf, daß gemäß Ziffer 103 des genannten Schlußdokuments das dem Sekretariat unterstehende Zentrum für Abrüstung seine Aktivitäten zur Vorlage von Informationen über das Wettrüsten und die Abrüstung verstärken soll,

im Hinblick auf die Auswirkungen der Forschung und Entwicklung für militärische Zwecke auf das Wettrüsten, insbesondere in bezug auf die größten Waffensysteme, wie Kernwaffen und andere Massenvernichtungswaffen,

darüber besorgt, daß gegenwärtig ein großer Teil der Wissenschaftler und Techniker der Welt an Rüstungsprogrammen mitwirkt,

ferner im Hinblick darauf, daß beim Wettrüsten, insbesondere beim Wettrüsten mit Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen, immer mehr Gewicht auf die qualitativen Aspekte gelegt wird,

in Anerkennung dessen, daß Forschung und Entwicklung in bestimmten Bereichen zur Abrüstung beitragen und konfliktverhütende Wirkung haben kann,

im Bewußtsein der grundlegenden Bedeutung von Forschung und Entwicklung für friedliche Zwecke sowie des unveräußerlichen Rechts aller Staaten, ihre auf diese Zwecke gerichtete Forschung und Entwicklung – auch in Zusammenarbeit mit anderen Staaten – auszubauen,

überzeugt von der Notwendigkeit, auf die militärische Nutzung von Forschung und Entwicklung aufmerksam zu machen und den Boden für eine eingehendere Behandlung dieser Frage vorzubereiten,

unter Hinweis auf die der Zwölften Sondertagung der Generalversammlung, der zweiten Sondertagung über Abrüstung, unterbreiteten Vorschläge in bezug auf Forschung und Entwicklung für militärische Zwecke,

ferner überzeugt davon, daß mehr Informationen über Forschung und Entwicklung für militärische Zwecke zur Vertrauensbildung zwischen den Staaten beitragen und die Möglichkeit zum Abschluß von Abkommen über Rüstungsbegrenzung und Abrüstung verbessern könnten,

weiterhin davon überzeugt, daß eine Studie über die militärische Verwendung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen einen wertvollen Beitrag zur Mehrung bereits vorhandener Kenntnisse über Forschung und Entwicklung für militärische Zwecke in allen Staaten, insbesondere über die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten der großen Militärmächte, darstellen sowie zur Verbreitung von konkreten Informationen über diese Fragen und zu deren Analyse beitragen würde,

1. *ersucht* den Generalsekretär, unter Berücksichtigung der Einsparungen, die bei den derzeitigen Mittelbewilligungen vorgenommen werden können, mit dem Ziel der Verhinderung eines qualitativen Wettrüstens und der Sicherstellung, daß wissenschaftliche und technische Errungenschaften schließlich nur mehr für friedliche Zwecke genutzt werden, mit Hilfe qualifizierter Regierungssachverständiger[109] eine umfassende Studie anzufertigen, die das Ausmaß, die Rolle und die Orientierung der Nutzung von Forschung und Entwicklung für militärische Zwecke und die dabei mitwirkenden Mechanismen, ihre Rolle in der Gesamtheit des Wettrüstens, insbesondere beim nuklearen Wettrüsten, und ihre Auswirkungen auf die Rüstungsbegrenzung und die Abrüstung, insbesondere in bezug auf die größten Waffensysteme wie Kernwaffen und andere Massenvernichtungswaffen, zum Inhalt hat;

2. *bittet* alle Regierungen, dem Generalsekretär spätestens bis 15. April 1983 ihre Auffassungen zum Gegenstand der Studie mitzuteilen und den Generalsekretär zu unterstützen, so daß die Ziele der Studie erreicht werden;

3. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer neununddreißigsten Tagung über diese Angelegenheit Bericht zu erstatten.

101. Plenarsitzung
13. Dezember 1982

[109] Spätere Bezeichnung: Gruppe von Regierungssachverständigen für Forschung und Entwicklung im Rüstungsbereich

K

Institutionelle Vorkehrungen für den Abrüstungsprozess

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 31/90 vom 14. Dezember 1976, in der sie beschloß, sich ständig mit der Frage zu befassen, wie die Rolle der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Abrüstung gestärkt werden kann,

ferner unter Hinweis auf Resolution 34/87 E vom 11. Dezember 1979, in der sie u.a.

a) bekräftigte, daß die Vereinten Nationen eine zentrale Rolle und eine Hauptverantwortung auf dem Gebiet der Abrüstung haben,

b) darauf hinwies, daß die sich ständig ausweitende Tagesordnung im Abrüstungsbereich und die Komplexität der damit verbundenen Fragen sowie die aktivere Beteiligung einer großen Anzahl von Mitgliedstaaten zunehmende Anforderungen an die für Abrüstungsangelegenheiten zuständigen Dienststellen der Vereinten Nationen bei der Förderung, fachlichen Vorbereitung, Durchführung und Kontrolle des Abrüstungsprozesses stellen,

unter Bekräftigung der Wichtigkeit des Abrüstungsausschusses als des einzigen multilateralen Verhandlungsforums für Abrüstungsfragen gemäß Ziffer 120 des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung[96], der ersten Sondertagung über Abrüstung,

in Anerkennung der wachsenden Bedeutung, die den Abrüstungsfragen seit der Zehnten Sondertagung beigemessen wird, wovon die wachsende Arbeitsbelastung des dem Sekretariat angehörenden Zentrums für Abrüstung und des Abrüstungsausschusses Zeugnis ablegen,

eingedenk des engen Zusammenhangs zwischen Fragen der internationalen Sicherheit und der Abrüstung und des Interesses an einer engen Zusammenarbeit zwischen den mit diesen Fragen befaßten Stellen des Sekretariats,

angesichts der bei der Zwölften Sondertagung der Generalversammlung, der zweiten Sondertagung über Abrüstung, unterbreiteten Vorschläge für bestimmte Maßnahmen zur Stärkung des Abrüstungsmechanismus der Vereinten Nationen,

ferner angesichts dessen, daß die Generalversammlung auf ihrer Zwölften Sondertagung dem Zentrum für Abrüstung zusätzliche Aufgaben übertragen hat, indem sie dieses ersuchte, die zentrale Leitstelle für die Koordinierung der innerhalb des Systems der Vereinten Nationen stattfindenden Aktivitäten in Rahmen der Weltabrüstungskampagne zu sein[110],

I

nach Behandlung der einschlägigen Teile von Kapitel II F des Berichts des Abrüstungsausschusses[111],

in Bekräftigung von Ziffer 28 des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung[96],

angesichts dessen, daß es nicht möglich war, die erste Überprüfung der Zusammensetzung des Abrüstungsausschusses gemäß Ziffer 120 des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung und gemäß Versammlungsresolution 36/97 J während der Zwölften Sondertagung der Generalversammlung abzuschließen,

ferner angesichts dessen, daß die Konsultationen im Abrüstungsausschuß auf der Grundlage von Ziffer 55 und 62 des Abschließenden Dokuments der Zwölften Sondertagung der Generalversammlung[112] noch nicht beendet sind,

ersucht den Abrüstungsausschuß, unter Berücksichtigung von Ziffer 120 des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung und Ziffer 55 und 62 des Abschließenden Dokuments der Zwölften Sondertagung der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung über die Überprüfung der Zusammensetzung des Ausschusses zu berichten;

II

eingedenk des Vorschlags, daß das einzige multilaterale Verhandlungsforum für Abrüstungsfragen als Konferenz bezeichnet werden sollte,

unter Bekräftigung der Gültigkeit der Bestimmungen von Ziffer 120 des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung[96],

empfiehlt dem Abrüstungsausschuß zu erwägen, sich unbeschadet Ziffer 120 des Schlußdokuments als Konferenz zu bezeichnen;

III

unter Hinweis auf Ziffer 124 des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung[96],

ersucht den Generalsekretär, im Einklang mit seiner Mitteilung vom 26. Oktober 1982[113] den Beirat für Abrüstungsstudien von neuem ins Leben zu rufen und ihn unter Berücksichtigung der diesbezüglichen Bestimmungen von Abschnitt IV der vorliegenden Resolution und weiterer einschlägiger Beschlüsse der Generalversammlung mit den in dieser Mitteilung genannten Aufgaben zu betrauen;

IV

sich dessen bewußt, daß die internationale Gemeinschaft über verschiedenartigere und vollständigere Angaben über Probleme im Zusammenhang mit der internationalen Sicherheit, dem Wettrüsten und der Abrüstung verfügen muß, damit es leichter wird, auf dem Verhandlungsweg damit Fortschritte in Richtung auf größere Sicherheit für alle Staaten zu erzielen,

überzeugt, daß objektive und konkrete Studien und Analysen den Abrüstungsverhandlungen und den anhaltenden Bemühungen um die Gewährleistung größerer Sicherheit auf einem niedrigeren Rüstungsstand zugute kommen würden,

erneut erklärend, daß es sehr wichtig ist zu gewährleisten, daß die Erstellung von Abrüstungsstudien im Einklang mit den Kriterien der wissenschaftlichen Unabhängigkeit erfolgt,

---

[110] Vgl. *Official Records of the General Assembly, Twelfth Special Session, Annexes*, Tagesordnungspunkte 9, 10, 11, 12 und 13, Dokument A/S-12/32, Anhang V, Ziffer 14

[111] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 27* (A/37/27 mit Korr.1)

[112] *Official Records of the General Assembly, Twelfth Special Session, Annexes*, Tagesordnungspunkte 9, 10, 11, 12 und 13, Dokument A/S-12/32

[113] A/37/550

sich dessen bewußt, daß eine anhaltende Forschungs- und Studientätigkeit der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Abrüstung der informierten Mitwirkung aller Staaten an den Abrüstungsbemühungen förderlich sein würde,

unter Betonung der Notwendigkeit, innerhalb der Vereinten Nationen eingehendere, stärker zukunftsorientierte und langfristigere Abrüstungsforschung zu betreiben,

unter Hinweis auf ihre Resolution 34/83 vom 11. Dezember 1979,

1. *dankt* dem Kuratorium des Ausbildungs- und Forschungsinstituts der Vereinten Nationen für seinen Beitrag zur Errichtung und zum Ausbau des Instituts der Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung;

2. *nimmt mit Befriedigung Kenntnis* von den Aktivitäten, die das Institut seit seiner Gründung durchgeführt hat;

3. *beschließt*,

a) daß das Institut der Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung

i) als autonome Einrichtung tätig sein soll, die in enger Verbindung mit der Hauptabteilung für Abrüstungsfragen steht[114];

ii) so organisiert werden soll, daß eine ausgewogene politische und geographische Verteilung der Mitwirkenden gewährleistet ist;

iii) weiterhin unabhängige Forschung zu Abrüstungsfragen und damit zusammenhängenden Sicherheitsfragen betreiben soll;

iv) die Empfehlungen der Generalversammlung gebührend berücksichtigen soll;

b) daß der Beirat des Generalsekretärs für Abrüstungsstudien als Kuratorium des Instituts tätig ist;

c) daß der Sitz des Instituts Genf ist;

d) daß die Aktivitäten des Instituts aus freiwilligen Beiträgen von Staaten, von öffentlichen und von privaten Organisationen finanziert werden;

4. *bittet* die Regierungen, die Leistung von Beiträgen für das Institut der Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung zu erwägen;

5. *ersucht* den Generalsekretär, dem Institut der Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung administrative und sonstige Unterstützung zu gewähren;

6. *ersucht* das Kuratorium, auf der Grundlage des gegenwärtigen Mandats eine Satzung des Instituts der Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung zu entwerfen und der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung vorzulegen;

7. *bittet* den Direktor des Instituts der Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution und die Aktivitäten des Instituts zu berichten;

V

1. *ersucht* den Generalsekretär, das dem Sekretariat angehörende Zentrum für Abrüstung nach einem angemessenen Ausbau aus den vorhandenen Mitteln des Gesamthaushalts der Vereinten Nationen in eine einem Untergeneralsekretär unterstehende Hauptabteilung für Abrüstungsfragen umzuwandeln, die so aufgebaut ist, daß das Prinzip der ausgewogenen geographischen Verteilung voll zum Tragen kommt;

2. *ersucht* den Generalsekretär, der achtunddreißigsten Tagung über die praktische Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

101. Plenarsitzung
13. Dezember 1982

37/100 – Überprüfung und Verwirklichung des Abschließenden Dokuments der Zwölften Sondertagung der Generalversammlung

A

Einfrieren von Kernwaffen

Die Generalversammlung,

in der Überzeugung, daß im heutigen Atomzeitalter ein dauerhafter Weltfrieden einzig und allein auf der Verwirklichung des Ziels der allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle aufbauen kann,

ferner in der Überzeugung, daß die vordringlichsten Ziele im Bereich der Abrüstung die nukleare Abrüstung und die Beseitigung aller Massenvernichtungswaffen sein müssen,

in Anerkennung der dringenden Notwendigkeit einer Einstellung des Wettrüstens, insbesondere des Wettrüstens mit Kernwaffen,

ferner in Anerkennung der dringenden Notwendigkeit, auf dem Verhandlungswege eine Verringerung der nuklearen Waffenlager herbeizuführen, die schließlich zu ihrer völligen Beseitigung führt,

1. *fordert* alle Kernwaffenstaaten *auf*, einem Einfrieren der Kernwaffen zuzustimmen, durch das u.a. die gleichzeitige vollständige Beendigung jeder weiteren Herstellung von Kernwaffen und die völlige Einstellung der Produktion von spaltbarem Material für Rüstungszwecke vorgesehen würde;

2. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Einfrieren von Kernwaffen" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

101. Plenarsitzung
13. Dezember 1982

B

Einfrieren von Kernwaffen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis darauf, daß sie 1978 im Schlußdokument der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung[115] ihre tiefe Besorgnis darüber geäußert hat, daß die Kernwaffen und das anhaltende Wettrüsten das Überleben der gesamten Menschheit bedrohen,

ferner unter Hinweis darauf, daß sie bei der gleichen Gelegenheit feststellte, die vorhandenen Kernwaffenarsenale genügten bei weitem, um alles Leben auf der Erde zu zerstören, und betonte, die Menschheit stehe daher vor der Wahl, das Wettrüsten einzustellen und den Weg zur Abrüstung einzuschlagen oder ihrem Untergang entgegenzugehen,

im Hinblick darauf, daß die Verhältnisse heute aufgrund verschiedener Faktoren wie z.B. der Ver-

[114] Vgl. Teil V dieser Resolution

[115] Resolution S-10/2

schlechterung der internationalen Lage, der immer größeren Treffgenauigkeit, Geschwindigkeit und Zerstörungskraft der Kernwaffen, der Verbreitung der trügerischen Doktrin eines "begrenzten" oder "gewinnbaren" Atomkriegs und der vielen, durch Computerversagen ausgelösten Fehlalarme noch viel besorgniserregender sind als 1978,

in der Überzeugung, daß es von äußerster Dringlichkeit ist, jedem weiteren Ausbau der furchterregenden Arsenale der beiden wichtigsten Kernwaffenstaaten Einhalt zu gebieten, die bereits jetzt über ein enormes Vergeltungspotential und eine erschreckende Overkill-Kapazität verfügen,

in der festen Überzeugung, daß die Voraussetzungen für ein derartiges Einfrieren derzeit äußerst günstig sind, da das Kernwaffenpotential der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vereinigten Staaten von Amerika jetzt inzwischen gleichwertig ist und es offensichtlich scheint, daß zwischen ihnen eine ungefähre Gesamtparität besteht,

1. *bittet* die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Vereinigten Staaten von Amerika als die beiden wichtigsten Kernwaffenstaaten *eindringlich*, entweder auf dem Wege von gleichzeitigen einseitigen Erklärungen oder durch eine gemeinsame Erklärung ein sofortiges Einfrieren der Kernwaffen (nuclear arms freeze) zu verkünden, das einen ersten Schritt auf dem Weg zu dem umfassenden Abrüstungsprogramm darstellen würde, und das die nachstehende Struktur und den nachstehenden Umfang haben sollte:

a) Es würde sich erstrecken auf:

i) ein umfassendes Versuchsverbot für Kernwaffen und ihre Trägersysteme;

ii) die völlige Einstellung der Produktion von Kernwaffen und ihrer Trägersysteme;

iii) ein Verbot jeder weiteren Aufstellung von Kernwaffen und ihrer Trägersysteme;

iv) die völlige Einstellung der Erzeugung von spaltbarem Material für Rüstungszwecke;

b) Das Einfrieren der Kernwaffen wäre allen einschlägigen Verifizierungsmaßnahmen und -verfahren, die die Parteien im Rahmen des SALT I-[116] und SALT II-[117] Vertrags bereits vereinbart haben, sowie denjenigen Maßnahmen und Verfahren unterworfen, auf die sie sich im Verlauf der in Genf abgehaltenen trilateralen Vorverhandlungen über das umfassende Versuchsverbot grundsätzlich geeinigt haben;

c) Die Laufzeit des Einfrierens der Kernwaffen würde zunächst fünf Jahre betragen und könnte verlängert werden, falls sich ihm, wie die Generalversammlung erwartet, weitere Staaten anschließen;

2. *ersucht* die beiden obengenannten wichtigsten Kernwaffenstaaten, der Generalversammlung vor der Eröffnung der achtunddreißigsten Tagung über die Durchführung der vorliegenden Resolution zu berichten;

3. *beschließt* die Aufnahme des Tagesordnungspunktes "Durchführung der Generalversammlungsresolution 37/100 B über das Einfrieren von Kernwaffen" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

101. Plenarsitzung
13. Dezember 1982

C

Konvention über das Verbot des Einsatzes von Kernwaffen

Die Generalversammlung,

beunruhigt über die Gefahr für den Fortbestand der Menschheit und für die Grundlagen des Lebens, die von Kernwaffen und ihrem Einsatz – der von den Vorstellungen von Abschreckung nicht zu trennen ist – ausgeht,

in der Überzeugung, daß zur Verhinderung eines Atomkriegs und zur Festigung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit unbedingt eine nukleare Abrüstung erforderlich ist,

ferner in der Überzeugung, daß ein Verbot des Einsatzes oder der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen einen Schritt auf dem Weg zur völligen Beseitigung von Kernwaffen darstellen und schließlich zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle führen würde,

unter Hinweis darauf, daß es in Ziffer 58 des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung[115] heißt, daß alle Staaten aktiv an den Bemühungen teilhaben sollten, in den internationalen Beziehungen zwischen den Staaten Bedingungen zu schaffen, unter denen ein Kodex des friedlichen Verhaltens der Staaten in internationalen Angelegenheiten vereinbart werden könnte und die den Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Kernwaffen ausschließen würden,

in Bekräftigung der in ihren Resolutionen 1653 (XVI) vom 24. November 1961, 33/71 B vom 14. Dezember 1978, 34/83 G vom 11. Dezember 1979, 35/152 D vom 12. Dezember 1980 und 36/92 I vom 9. Dezember 1981 enthaltenen Erklärung, daß der Einsatz von Kernwaffen eine Verletzung der Charta der Vereinten Nationen und ein Verbrechen gegen die Menschheit wäre,

1. *ersucht* den Abrüstungsausschuß, auf der Grundlage des Wortlauts des im Anhang enthaltenen Entwurfs einer Konvention zum Verbot des Einsatzes von Kernwaffen vorrangig Verhandlungen mit dem Ziel der Einigung über eine internationale Konvention zum unter allen Umständen geltenden Verbot des Einsatzes oder der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen zu führen;

2. *beschließt* die Aufnahme eines Punktes mit dem Titel "Konvention zum Verbot des Einsatzes von Kernwaffen" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

101. Plenarsitzung
13. Dezember 1983

ANHANG

Entwurf einer Konvention zum Verbot des Einsatzes von Kernwaffen

Die Vertragsstaaten dieser Konvention,

beunruhigt über die Bedrohung, die die Existenz von Kernwaffen für den Fortbestand der Menschheit darstellt,

in der Überzeugung, daß jeder Einsatz von Kernwaffen eine Verletzung der Charta der Vereinten Nationen und ein Verbrechen gegen die Menschheit darstellt,

[116] Interimsabkommen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über bestimmte Maßnahmen im Hinblick auf die Begrenzung strategischer Offensivwaffen (Vereinte Nationen, *Treaty Series*, Vol. 944, Nr. 13445, S.3)

[117] Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Begrenzung strategischer Offensivwaffen (vgl. CD/53/Appendix III/Vol.I, Dokument CD/28)

in der Überzeugung, daß diese Konvention einen Schritt auf dem Weg zur völligen Beseitigung von Kernwaffen darstellen und schließlich zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle führen würde,

fest entschlossen, die Verhandlungen zur Verwirklichung dieses Ziels weiterzuführen,

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Die Vertragsstaaten dieser Konvention verpflichten sich feierlich, unter keinen Umständen Kernwaffen einzusetzen oder mit ihrem Einsatz zu drohen.

Artikel 2

Die Geltungsdauer dieser Konvention ist unbegrenzt.

Artikel 3

1. Diese Konvention steht allen Staaten zur Unterzeichnung offen. Ein Staat, der die Konvention vor ihrem Inkrafttreten gemäß Absatz 3 dieses Artikels unterzeichnet hat, kann ihr jederzeit beitreten.

2. Diese Konvention bedarf der Ratifikation durch die Unterzeichnerstaaten. Die Ratifizierungs- bzw. Beitrittsurkunden sind beim Generalsekretär der Vereinten Nationen zu hinterlegen.

3. Diese Konvention tritt in Kraft, sobald fünfundzwanzig Regierungen, einschließlich der Regierungen der fünf Kernwaffenstaaten, ihre Ratifizierungsurkunden gemäß Absatz 2 dieses Artikels hinterlegt haben.

4. Für jeden Staat, dessen Ratifizierungs- bzw. Beitrittsurkunde nach Inkrafttreten der vorliegenden Konvention hinterlegt wird, tritt diese Konvention mit dem Datum der Hinterlegung der Ratifizierungs- bzw. Beitrittsurkunde in Kraft.

5. Der Depositar unterrichtet umgehend alle Unterzeichnerstaaten und beitretenden Staaten über den Tag der Unterzeichnung, den Tag der Hinterlegung der Ratifizierungs- bzw. Beitrittsurkunde, den Tag des Inkrafttretens dieser Konvention sowie über den Erhalt anderer Mitteilungen.

6. Diese Konvention wird vom Depositar gemäß Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen registriert.

Artikel 4

Diese Konvention, deren arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt, der den Regierungen der Unterzeichnerstaaten und beitretenden Staaten gehörig beglaubigte Abschriften übermittelt.

ZU URKUND DESSEN haben die von ihren jeweiligen Regierungen hierzu gehörig befugten Unterzeichneten diese am _____ des Jahres ____ in _____ zur Unterzeichnung aufgelegte Konvention unterzeichnet.

D

VERTRAUENSBILDENDE MASSNAHMEN

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/97 F vom 9. Dezember 1981, in der sie Kenntnis von der umfassenden Studie über vertrauensbildende Maßnahmen (*Comprehensive Study on Confidence-building Measures*)[118] nahm, die der Generalsekretär mit Unterstützung einer Gruppe von ihm auf der Grundlage der ausgewogenen geographischen Verteilung ernannter qualifizierter Regierungssachverständiger durchgeführt hat,

mit dem Ausdruck ihrer Besorgnis über die Verschlechterung der internationalen Lage und die weitere Eskalation des Rüstungswettlaufs, die ein Ausdruck des unerfreulichen weltpolitischen Klimas, der Spannungen und des Mißtrauens sind und diese zugleich noch weiter verschärfen,

in dem Bemühen, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu festigen und gleichzeitig die Voraussetzungen dafür zu schaffen bzw. zu verbessern, daß es zu weiteren Abrüstungsmaßnahmen kommt,

erneut Kenntnis nehmend von den Ergebnissen der umfassenden Studie über vertrauensbildende Maßnahmen (*Comprehensive Study on Confidence-building Measures*) und insbesondere von der wichtigen Rolle, die vertrauensbildende Maßnahmen im Hinblick auf regionale und weltweite Stabilität sowie auf Fortschritte bei der Abrüstung spielen können,

eingedenk der Tatsache, daß vertrauensbildende Maßnahmen zwar nicht als Ersatz für konkrete Abrüstungsmaßnahmen dienen können, aber dennoch eine sehr bedeutende Rolle auf dem Weg zur Abrüstung spielen,

überzeugt von der Nützlichkeit vertrauensbildender Maßnahmen, die von den beteiligten Staaten unter Berücksichtigung der besonderen Bedingungen und Erfordernisse der jeweiligen Regionen aus freien Stücken beschlossen und vereinbart werden,

überzeugt von der Notwendigkeit des Abbaus von Mißtrauen und Furcht zwischen den Staaten sowohl durch die Verwirklichung vertrauensbildender Maßnahmen von der Art, wie sie in der umfassenden Studie über vertrauensbildende Maßnahmen (*Comprehensive Study on Confidence-building Measures*) im Konsens empfohlen wurden – u.a. sachdienliche und rechtzeitige Informationen über militärische Aktivitäten und andere die gegenseitige Sicherheit betreffende Fragen sowie Maßnahmen hinsichtlich des militärischen Verhaltens von Staaten in Friedenszeiten – als auch durch Fortschritte bei konkreten Abrüstungsmaßnahmen,

unter Hinweis darauf, daß Vertrauen das Ergebnis einer Reihe eng miteinander zusammenhängender Faktoren sowohl militärischer als auch nichtmilitärischer Art ist und daß von mehreren verschiedenen Seiten angesetzt werden muß, wenn Ängste, Befürchtungen und Mißtrauen zwischen den Staaten überwunden und durch Vertrauen ersetzt werden sollen,

1. *bittet* alle Staaten *eindringlich*, alle Bemühungen zur weiteren Erforschung der Frage, in welcher Weise vertrauensbildende Maßnahmen den Weltfrieden und die internationale Sicherheit festigen können, zu fördern und zu unterstützen;

2. *bittet* alle Staaten, die Möglichkeit der Einführung vertrauensbildender Maßnahmen in ihrer jeweiligen Region zu erwägen und, wo dies möglich ist, im Rahmen der Bedingungen und Erfordernisse ihrer jeweiligen Region über solche Maßnahmen zu verhandeln;

3. *ersucht* die Abrüstungskommission, die Ausarbeitung von Richtlinien für geeignete Arten vertrauensbildender Maßnahmen und für die Durchführung solcher Maßnahmen auf globaler oder regionaler Ebene zu erwägen;

4. *ersucht* die Abrüstungskommission *ferner*, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung einen Zwischenbericht über ihre Beratungen zu dieser Frage vorzulegen;

5. *empfiehlt ferner* allen Staaten zu erwägen, in alle gemeinsamen politischen Kommuniqués oder Erklärungen den Umständen entsprechend entweder einen Hinweis auf vertrauensbildende Maßnahmen oder ein Abkommen über derartige Maßnahmen aufzunehmen;

6. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Behandlung von Richtlinien für vertrauensbildende Maßnahmen" in die vorläufige Tagesordnung der achtunddreißigsten Tagung.

101. Plenarsitzung
13. Dezember 1982

[118] Veröffentlichung der Vereinten Nationen Best.-Nr. E.82.IX.3

E

Abrüstung und internationale Sicherheit

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 34/83 A vom 11. Dezember 1979, 35/156 J vom 12. Dezember 1980 und 36/97 K vom 9. Dezember 1981,

mit Besorgnis angesichts der immer weiteren Zuspitzung der internationalen Lage, die in bezug auf Verständigung und Zusammenarbeit für Frieden und Sicherheit einen Tiefpunkt erreicht hat, wodurch der Fortbestand der Menschheit aufs äußerste gefährdet wird,

beunruhigt über die gegenwärtige kritische Lage in der Welt und das Unvermögen der Vereinten Nationen, entscheidende Maßnahmen zu ergreifen, was deutlich die Tatsache zeigt, daß der Sicherheitsrat nicht die Mittel an der Hand hat, um seinen Beschlüssen Geltung zu verschaffen, selbst wenn diese einstimmig gefaßt wurden,

ernstlich besorgt darüber, daß die Bemühungen um Abrüstungsverhandlungen weiterhin stagnieren, während das Wettrüsten mit bedrohlichen Folgen gleichzeitig rapide eskaliert und die Gefahr des Ausbruchs eines Atomkrieges gestiegen ist,

im Bewußtsein der Notwendigkeit eines neuen, positiveren Ansatzes zum gesamten Problem der Abrüstung, der davon ausgeht, bei gleichzeitigen Bemühungen um Abrüstungsübereinkünfte das in der Charta der Vereinten Nationen vorgesehene kollektive Sicherheitssystem wirksam werden zu lassen,

in der Überzeugung, daß der erste Schritt in Richtung auf dieses Ziel darin besteht, die Autorität des Sicherheitsrats wiederherzustellen, indem im Einklang mit der Charta seinen auf die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit gerichteten Beschlüssen Geltung verschafft wird,

in Anerkennung dessen, daß dieser Prozeß die notwendigen Voraussetzungen für die Einstellung des Wettrüstens schaffen und ergiebige Verhandlungen über ein umfassendes Abrüstungsprogramm erleichtern würde,

ferner in Anerkennung dessen, daß die Verwirklichung eines solchen Vorgehens in den Vereinten Nationen ein Klima des Vertrauens schaffen und dadurch eine stabile Entspannung einleiten könnte, die das Verhalten der Nationen – insbesondere der größeren Mächte – im Hinblick auf die Zusammenarbeit für Frieden und Überleben der Menschheit harmonisieren würde,

im Bewußtsein dessen, daß die in der Charta verankerten Grundsätze für die Abrüstung ein integraler Bestandteil des Systems der kollektiven internationalen Sicherheit sind und von ihm ihren Ausgang nehmen,

unter Hinweis auf Ziffer 13 des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung[119], der ersten Sondertagung über Abrüstung, in der diese anerkannte, daß ein echter und dauerhafter Frieden nur durch die wirksame Anwendung des in der Charta der Vereinten Nationen vorgesehenen Sicherheitssystems und durch die rasche und beträchtliche Reduzierung der Rüstungen und Streitkräfte durch internationale Vereinbarungen und gegenseitiges Vorangehen mit gutem Beispiel erreicht werden kann,

ferner unter Hinweis auf Ziffer 62 des Abschließenden Dokuments der Zwölften Sondertagung der Generalversammlung[119], der Zweiten Sondertagung über Abrüstung, in dem die Notwendigkeit betont wurde, im Einklang mit dem Schlußdokument der Zehnten Sondertagung die zentrale Rolle der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Abrüstung zu stärken und das in der Charta der Vereinten Nationen vorgesehene Sicherheitssystem zu verwirklichen,

mit Dank Kenntnis nehmend von dem Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Vereinten Nationen[120], in dem u.a. betont wird, daß "unsere dringlichste Aufgabe . . . die Erneuerung des in der Charta enthaltenen Gedankens eines kollektiven Vorgehens für Frieden und Sicherheit (ist) . . . , damit die Vereinten Nationen ihre Hauptaufgabe besser erfüllen können" und in dem an alle Regierungen appelliert wird, sich ernsthaft um "ein stabileres System der kollektiven internationalen Sicherheit" zu bemühen,

in Bekräftigung ihrer Resolution 36/97 K vom 9. Dezember 1981, in der sie die Durchführung der Bestimmungen ihrer im Konsens verabschiedeten Resolution 35/156 J. vom 12. Dezember 1980 forderte,

1. *fordert* alle Staaten *auf*, umgehend Maßnahmen zur Verwirklichung von Generalversammlungsresolution 36/97 K zu ergreifen und gemeinsam darauf hinzuarbeiten, das in der Charta der Vereinten Nationen vorgesehene Sicherheitssystem wirksamer zu gestalten, wodurch es effektiv leichter würde, substantiell abzurüsten;

2. *ersucht* den Sicherheitsrat, und vor allem seine ständigen Mitglieder, dringend die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, damit die auf die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit gerichteten Beschlüsse des Rats im Einklang mit der Charta wirksam durchgeführt werden.

101. Plenarsitzung
13. Dezember 1982

F

Regionale Abrüstung

Die Generalversammlung,

mit dem erneuten Ausdruck ihrer Besorgnis über das Wettrüsten, insbesondere über das nukleare Wettrüsten, und über die ständig steigenden Rüstungsausgaben,

unter Hinweis darauf, daß alle Staaten, insbesondere die Kernwaffenstaaten und andere größere militärische Mächte, die Verantwortung für die Beendigung des Wettrüstens und die Einleitung eines gegenläufigen Prozesses tragen,

in Bekräftigung des Rechts eines jeden Staates, unter Berücksichtigung der Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen und der spezifischen Verhältnisse jeder Region die für seine Sicherheit erforderlichen Bedingungen souverän zu beurteilen und alle geeigneten diesbezüglichen Maßnahmen zu treffen,

unter Berücksichtigung der Beschlüsse und Empfehlungen, die im Schlußdokument der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung[119], u.a. in dessen Ziffer 114 enthalten sind,

unter Hervorhebung der Bedeutung der bereits getroffenen regionalen Maßnahmen sowie der regionalen Bemühungen um nukleare und konventionelle Abrüstung,

angesichts der Studien, die bereits erstellt wurden und die für die regionale Abrüstung von Bedeutung sind,

[119] *Official Records of the General Assembly, Twelfth Special Session, Annexes*, Tagesordnungspunkte, 9, 10, 11, 12 und 13, Dokument A/S-12/32

[120] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 1* (A/37/1)

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 35/156 D vom 12. Dezember 1980 36/97 H vom 9. Dezember 1981 über die "*Study on All the Aspects of Regional Disarmament*" (Studie über alle Aspekte der regionalen Abrüstung)[121] und die Ansichten der Mitgliedstaaten zu dieser Studie[122],

ferner unter Hinweis darauf, daß eines der Ziele der regionalen Abrüstung die Förderung des Endziels einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle ist,

unter Bekräftigung der Bedeutung und der potentiellen Wirksamkeit der auf Initiative und unter Mitwirkung aller betroffenen Staaten durchgeführten regionalen Abrüstungsmaßnahmen, insofern als diese zur Verwirklichung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle beitragen können,

1. *äußert die Hoffnung*, daß sich die Regierungen, wenn dies die Verhältnisse in der Region gestatten, untereinander in bezug auf geeignete regionale Abrüstungsmaßnahmen konsultieren, die auf Initiative und unter Mitwirkung aller betroffenen Staaten ergriffen werden könnten;

2. *ermutigt* die Regierungen, wo immer angebracht die mögliche Einführung oder Konsolidierung institutioneller Regelungen auf regionaler Ebene in Erwägung zu ziehen, die die Durchführung derartiger Maßnahmen erleichtern könnten;

3. *fordert* alle Regierungen und schon vorhandenen, hierfür zuständigen regionalen Einrichtungen, die vielleicht schon hierfür bestimmte Maßnahmen ergriffen haben, *auf*, den Generalsekretär hierüber zu unterrichten;

4. *ersucht* das Sekretariat, insbesondere die Hauptabteilung für Abrüstungsfragen[123] und das Institut der Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung, Staaten und regionalen Einrichtungen zu helfen, wenn diese im Rahmen regionaler Abrüstungsmaßnahmen, die auf Initiative und unter Mitwirkung aller betroffenen Staaten ergriffen wurden, sie um eine solche Hilfe ersuchen;

5. *ersucht* den Generalsekretär, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung einen Zwischenbericht vorzulegen;

6. *beschließt* die Aufnahme eines Punktes mit dem Titel "Regionale Abrüstung: Bericht des Generalsekretärs" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

101. Plenarsitzung
13. Dezember 1982

G

Stipendienprogramm der Vereinten Nationen für Abrüstung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihren in Ziffer 108 des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung enthaltenen Beschluß, ein Stipendienprogramm der Vereinten Nationen für Abrüstung einzurichten[115], sowie auf ihre anschließenden Resolutionen 33/71 E vom 14. Dezember 1978, 34/83 D vom 11. Dezember 1979, 35/152 A vom 12. Dezember 1980 und 36/92 A vom 9. Dezember 1981, in denen sie u.a. beschloß, das Programm fortzusetzen,

ferner unter Hinweis auf ihre in Anhang IV des Abschließenden Dokuments der Zwölften Sondertagung der Generalversammlung enthaltenen Beschlüsse[115], mit denen sie u.a. beschloß, das Programm fortzusetzen, die Anzahl der Stipendien ab 1983 von 20 auf 25 zu erhöhen und den Generalsekretär zu ersuchen, einen Bericht über die finanziellen Auswirkungen der Gewährung von 25 Stipendien vorzulegen und dabei den bei dem Umfang der Aktivitäten und der Struktur des Programms anfallenden Personalbedarf sowie die im Rahmen bestehender Mittelbewilligungen möglichen Einsparungen zu berücksichtigen,

eingedenk der Tatsache, daß seit Anlaufen des Stipendienprogramms im Jahr 1979 der Umfang der Aktivitäten, zu denen u.a. die vom Generalsekretär in seinem Bericht[124] beschriebenen Programmelemente gehören, zugenommen hat,

1. *ersucht* den Generalsekretär, in Einklang mit den dafür vorgesehenen Richtlinien die notwendigen Vorkehrungen für die Durchführung des Programms für das Jahr 1983 zu treffen und der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung einen diesbezüglichen Zwischenbericht vorzulegen;

2. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, unter Berücksichtigung der im Rahmen bestehender Mittelbewilligungen möglichen Einsparungen genügend Personal mit angemessenem Dienstrang zur Verfügung zu stellen, damit den Erfordernissen der erhöhten Aktivitäten und der erweiterten Struktur des Programms Rechnung getragen wird;

3. *spricht* dem Generalsekretär *ihre Anerkennung* für die Sorgfalt *aus*, mit der das Programm auch weiterhin ausgeführt wurde.

101. Plenarsitzung
13. Dezember 1982

H

Weltabrüstungskampagne

Die Generalversammlung,

in Kenntnis der Sorge der Öffentlichkeit über die Gefahren des Wettrüstens, insbesondere des nuklearen Wettrüstens, und seiner negativen sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen,

mit dem Hinweis darauf, daß die von der Generalversammlung auf ihrer Zwölften Sondertagung[125], der zweiten Sondertagung über Abrüstung, eingeleitete Weltabrüstungskampagne darauf angelegt ist, das Interesse und die Unterstützung der Öffentlichkeit für die im Schlußdokument der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung[115], der ersten Sondertagung über Abrüstung, dargelegten Ziele zu fördern, insbesondere für den Abschluß von Abkommen über Maßnahmen zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung mit dem Ziel der allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle,

erneut erklärend, daß der universelle Charakter der Weltabrüstungskampagne durch die Zusammenarbeit und Mitwirkung aller Staaten, durch möglichst weite Verbreitung von Informationen und durch ungehinderten Zugang aller Teile der Öffentlichkeit zu einem breiten Fächer von Informationen und Meinungen zu

[121] Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.81.IX.2
[122] A/36/343 mit Add.1
[123] Vgl. Resolution 37/99 K, Abschnitt V
[124] A/S-12/8 mit Korr.1
[125] *Official Records of the General Assembly, Twelfth Special Session, Annexes*, Tagesordnungspunkte 9, 10, 11, 12 und 13, Dokument A/S-12/32, Anhang V

Fragen der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung und der Gefahren aller Aspekte des Wettrüstens und des Krieges, insbesondere eines Atomkrieges, gewährleistet werden soll,

in der Überzeugung, daß dem System der Vereinten Nationen, den Mitgliedstaaten, deren souveräne Rechte geachtet werden müssen, und anderen Gremien – insbesondere den nichtstaatlichen Organisationen – eine wichtige Rolle zukommt, wenn die Zielsetzungen der Weltabrüstungskampagne[126] erreicht werden sollen,

unter Berücksichtigung des Berichts des Generalsekretärs über weltweite Unterschriftenaktionen zur Unterstützung von Maßnahmen zur Verhütung eines Atomkriegs, zur Beschränkung des Rüstungswettlaufs und zur Förderung der Abrüstung[127],

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/92 J vom 9. Dezember 1981 und die diesbezüglichen Debatten auf der Zwölften Sondertagung der Generalversammlung,

in Begrüßung der freiwilligen Beiträge einiger Mitgliedstaaten zur Verwirklichung der Ziele der Weltabrüstungskampagne,

mit Befriedigung Kenntnis nehmend vom Bericht des Generaldirektors der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur über ihren Beitrag zur Weltabrüstungskampagne[128],

1. *bittet* die Mitgliedstaaten, bei der Durchführung von Aktivitäten im Rahmen der Weltabrüstungskampagne die verschiedenen, auf der Zwölften Sondertagung vorgebrachten Stellungnahmen und Auffassungen zu berücksichtigen, darunter auch den Vorschlag, eine weltweite Unterschriftenaktion für Maßnahmen zur Verhütung eines Atomkriegs, zur Beschränkung des Rüstungswettlaufs und zur Förderung der Abrüstung zu veranstalten;

2. *bittet* die Mitgliedstaaten *ferner*, mit den Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten, um einen besseren Informationsfluß über die verschiedenen Aspekte der Abrüstung zu gewährleisten und die Verbreitung falscher und tendenziöser Informationen zu verhindern;

3. *nimmt Kenntnis* von den Vorschlägen des Generalsekretärs für das im Rahmen der Weltabrüstungskampagne geplante Aktivitätenprogramm für 1983[129], und ersucht den Generalsekretär, die Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung über den Stand der Durchführung dieser Resolution zu informieren.

101. Plenarsitzung
13. Dezember 1982

I

Weltabrüstungskampagne

Die Generalversammlung,

unter Hinweis darauf, daß sie in Ziffer 15 des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung[115], ihrer ersten Sondertagung über Abrüstung, erklärte, es sei unerläßlich, daß nicht nur die Regierungen, sondern auch die Völker der Welt die Gefahren der derzeitigen Lage erkennen und verstehen, und in der sie die Wichtigkeit der Mobilisierung der Weltmeinung für die Sache der Abrüstung betonte,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolutionen 35/152 I vom 12. Dezember 1980 und 36/92 C vom 9. Dezember 1981 sowie auf die Berichte des Generalsekretärs vom 17. September 1981[130] und vom 11. Juni 1982[131],

mit Befriedigung davon Kenntnis nehmend, daß am 7. Juni 1982 im Rahmen der Eröffnungssitzung der Zwölften Sondertagung der Generalversammlung[125], der zweiten Sondertagung über Abrüstung, feierlich der Beginn der in den obengenannten Resolutionen und Berichten erwogenen Weltabrüstungskampagne erklärt wurde,

eingedenk dessen, daß die Generalversammlung auf ihrer Zwölften Sondertagung den allgemeinen Rahmen der Ziele, Inhalte, Modalitäten und finanziellen Auswirkungen der Weltabrüstungskampagne festgelegt und den Generalsekretär ersucht hat, der siebenunddreißigsten Tagung der Versammlung das in seinem vorangegangenen Bericht umrissene Programm in allen Einzelheiten vorzulegen[130],

nach Prüfung des vom Generalsekretär am 3. November 1982 im Einklang mit diesem Ersuchen vorgelegten Berichts[132],

1. *billigt* den allgemeinen Rahmen für die Weltabrüstungskampagne, den der Generalsekretär in seinem Bericht vom 3. November 1982 über das Aktivitätenprogramm für die Kampagne unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen[133] dargelegt hat, darunter auch die Bestimmungen von Ziffer 21 über die Vorlage eines jährlichen Berichts an die Generalversammlung über die Veranstaltungen der Kampagne im vorangegangenen Jahr und über die Weiterleitung der diesbezüglichen Auffassungen des Beirats für Abrüstungsstudien an die Versammlung;

2. *billigt ferner* das vom Generalsekretär vorgeschlagene Aktivitätenprogramm für die Weltabrüstungskampagne im Jahr 1983[129];

3. *erneuert ihre Bitte* an alle Mitgliedstaaten, die dies noch nicht getan haben, durch freiwillige Beiträge die verfügbaren Ressourcen der Vereinten Nationen zu ergänzen;

4. *beschließt*, daß auf der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung eine Beitragsankündigungskonferenz der Mitgliedstaaten für die Weltabrüstungskampagne stattfinden soll;

5. *erklärt erneut*, daß auch freiwillige Beiträge von nichtstaatlichen Organisationen, Stiftungen und Treuhandfonds sowie von anderen privaten Quellen willkommen sind;

6. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Weltabrüstungskampagne" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

101 Plenarsitzung
13. Dezember 1982

J

Weltabrüstungskampagne: Friedens- und Abrüstungsbewegungen

Die Generalversammlung,

in der Erkenntnis, daß sich eine aufgeklärte Diskussion und Debatte über alle Gesichtspunkte der Abrü-

[126] *Ebd.*, Ziffer 5
[127] A/S-12/15 mit Add.1
[128] A/37/569, Anhang
[129] Vgl. A/37/548, Abschnitt III
[130] A/36/458
[131] A/S-12/27
[132] A/37/548
[133] *Ebd.* Abschnitt II

stungsproblematik positiv auf die Verwirklichung sinnvoller Maßnahmen zur Rüstungsbegrenzung, auf Fortschritte in der Abrüstung und auf die Verwirklichung des Endziels einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle auswirken kann,

in der Überzeugung, daß das beste Mittel zur Vertrauensbildung und zur Schaffung von günstigen Voraussetzungen für die Sache der Abrüstung die Zusammenarbeit und Mitwirkung aller Staaten sowie die möglichst weite Verbreitung von Informationen und der ungehinderte Zugang aller Teile der Öffentlichkeit zu einem breiten Fächer von Informationen und Meinungen über Fragen der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung ist,

in dem Wunsch, jeden einzelnen Menschen besser in die Lage zu versetzen, an einer aufgeklärten und freien Diskussion über derartige Fragen teilzunehmen,

unter Hinweis darauf, daß auf der Zwölften Sondertagung der Generalversammlung[134], der zweiten Sondertagung über Abrüstung, der Beginn der Weltabrüstungskampagne erklärt wurde,

mit Befriedigung zur Kenntnis nehmend, daß die Generalversammlung auf ihrer Zwölften Sondertagung u.a. dazu aufgerufen hat, die Weltabrüstungskampagne in allen Regionen der Welt in ausgewogener, sachlicher und objektiver Weise durchzuführen, die Universalität der Kampagne durch die Unterstützung und Mitwirkung aller Staaten und durch die möglichst weite Verbreitung von Informationen zu gewährleisten, für einen ungehinderten Zugang aller Teile der Öffentlichkeit zu einem breiten Fächer von Informationen und Meinungen sowie dafür zu sorgen, daß die Kampagne in allen Ländern eine Möglichkeit zur Diskussion und Debatte über alle Gesichtspunkte der Abrüstungsproblematik, der Abrüstungsziele und der Voraussetzungen für die Abrüstung bietet[135],

1. *fordert* die Mitgliedstaaten *auf*, die Bekanntgabe umfassender und genauer, sowohl aus staatlichen wie auch aus nichtstaatlichen Quellen stammender Informationen über Abrüstungsfragen an ihre Staatsbürger sowie die weitere Verbreitung dieser Informationen zu erleichtern, mit dem Ziel, die Verwirklichung der Ziele der Weltabrüstungskampagne zu fördern und Fortschritte auf dem Weg zum Endziel der allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle zu erzielen;

2. *fordert* alle Mitgliedstaaten *auf*, ihre Staatsbürger dazu zu ermutigen, ihre Ansichten zu Abrüstungsfragen frei und öffentlich zu äußern, sich zu diesem Zweck zu organisieren und öffentliche Zusammenkünfte abzuhalten;

3. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung jährlich über die Durchführung der Bestimmungen dieser Resolution zu berichten.

101. Plenarsitzung
13. Dezember 1982

37/117 – Entwicklung und Festigung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen den Staaten

Die Generalversammlung,

im Hinblick auf die in der Charta zum Ausdruck gebrachte Entschlossenheit der Völker der Vereinten Nationen, Toleranz zu üben und als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 1236 (XII) vom 14. Dezember 1957, 1301 (XIII) vom 10. Dezember 1958, 2129 (XX) vom 21. Dezember 1965, 34/99 vom 14. Dezember 1979 und 36/101 vom 9. Dezember 1981,

im Hinblick darauf, daß geographische Nähe auf vielen Gebieten und in der verschiedensten Form besonders günstige Gelegenheiten zu einer für beide Seiten nutzbringenden Zusammenarbeit zwischen Nachbarländern bietet und daß sich der Ausbau dieser Zusammenarbeit positiv auf die internationalen Beziehungen insgesamt auswirken kann,

in der Auffassung, daß die großen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen sowie die wissenschaftlichen und technischen Fortschritte, die in der Welt stattgefunden und eine noch nie dagewesene Interdependenz der Nationen herbeigeführt haben, den gutnachbarlichen Beziehungen im Verhalten der Staaten neue Dimensionen verleihen und es noch notwendiger machen, diese Beziehungen auszubauen und zu festigen,

unter Hinweis auf ihre Auffassung, daß die Frage der gutnachbarlichen Beziehungen weiterhin mit dem Ziel untersucht werden muß, den Inhalt dieser Beziehungen zu stärken und weiter auszubauen, daß Mittel und Wege zur Steigerung ihrer Wirksamkeit gefunden werden müssen und daß ferner die Ergebnisse dieser Untersuchung zu gegebener Zeit in einem geeigneten internationalen Dokument ihren Niederschlag finden könnten,

1. *erklärt erneut*, daß gutnachbarliche Beziehungen den Zielen der Vereinten Nationen voll und ganz entsprechen und auf die strikte Einhaltung der Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen und der Erklärung über völkerrechtliche Grundsätze für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen Staaten im Sinne der Charta der Vereinten Nationen[136] sowie auf die Ablehnung aller Versuche zur Schaffung von Einfluß- oder Herrschaftszonen gegründet sind;

2. *fordert* alle Staaten *erneut auf*, im Interesse der Erhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit gutnachbarliche Beziehungen zu entwickeln und sich dabei auf diese Prinzipien zu stützen;

3. *erklärt erneut*, daß eine Generalisierung der seit langem geübten Praxis der gutnachbarlichen Beziehungen sowie der hierbei gültigen Grundsätze und Regeln geeignet ist, die freundschaftlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen den Staaten im Einklang mit der Charta zu stärken;

4. *hält es für angebracht*, unter Berücksichtigung des Berichts des Generalsekretärs über gutnachbarliche Beziehungen[137] sowie eventueller anderer später unterbreiteter Ideen und Vorschläge von Mitgliedstaaten klarzustellen, welche einzelnen Faktoren gutnachbarliche Beziehungen ausmachen, und zwar als Teil eines Prozesses der dazu führt, daß zu gegebener Zeit ein geeignetes internationales Dokument zu dieser Frage ausgearbeitet wird;

5. *bittet erneut* alle Regierungen und internationalen Organisationen, die dem Generalsekretär gemäß Generalversammlungsresolution 34/99 und 36/101 noch keine Stellungnahmen und Vorschläge zur Frage der gutnachbarlichen Beziehungen unterbreitet haben, dies so bald wie möglich zu tun, und bittet ferner alle Regierungen, die ihre diesbezüglichen Stellungnahmen und

[134] *Official Records of the General Assembly, Twelfth Special Session, Annexes*, Tagesordnungspunkte 9, 10, 11, 12 und 13, Dokument A/S-12/32, Anhang V
[135] *Ebd.*, Ziffer 3-5 und 9
[136] Resolution 2625 (XXV), Anhang
[137] A/37/476

Vorschläge bereits abgegeben haben, diese erforderlichenfalls zu ergänzen;

6. *beschließt*, die Aufnahme des Punkts "Entwicklung und Festigung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen den Staaten" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

108. Plenarsitzung
16. Dezember 1982

37/118 – Überprüfung der Verwirklichung der Erklärung über die Festigung der internationalen Sicherheit

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Punkts "Überprüfung der Verwirklichung der Erklärung über die Festigung der internationalen Sicherheit",

mit Besorgnis feststellend, daß die Bestimmungen der Erklärung über die Festigung der internationalen Sicherheit[138] noch nicht vollständig verwirklicht worden sind,

zutiefst beunruhigt über die anhaltende Eskalation der in der Welt bestehenden Spannungen, über die immer häufigere Zuflucht zur Androhung oder Anwendung von Gewalt, zur Intervention, Einmischung, Aggression und fremden Besetzung, über den weiteren Stillstand der Bemühungen um die Lösung der in verschiedenen Regionen bestehenden Krisen und über deren Verschärfung, über die ständige Eskalation des Rüstungswettlaufs und der Aufrüstung durch die Großmächte, über die Verfolgung einer Politik der Rivalität, der Konfrontation und des Kampfes um die Aufteilung der Welt in Einfluß- und Herrschaftsbereiche, über den Fortbestand von Kolonialismus, Rassismus und Apartheid, über die Versuche, verzerrte Darstellungen vom Wesen der nationalen Befreiungskämpfe zu geben, und über das Ausbleiben einer Lösung für die Wirtschaftsprobleme der Entwicklungsländer – alles Probleme, die den Weltfrieden und die internationale Sicherheit gefährden,

tief besorgt darüber, daß die Verschärfung der internationalen Spannung aufgrund des Ausbleibens von Fortschritten in der Regelung internationaler Probleme und Konflikte und durch den Stillstand des Abrüstungsprozesses zu einer schweren Krise geführt hat,

sehr beunruhigt über die Intensivierung, den zunehmenden Umfang und die Häufigkeit der gefährliche Ausmaße annehmenden Manöver und sonstigen militärischen Aktivitäten, die im Kontext einer Konfrontation der Großmächte gedacht sind und die als Druckmittel gegen die Unabhängigkeit von Staaten und die Befreiung von Völkern im Kampf gegen Fremd- und Kolonialherrschaft benützt werden und eine Bedrohung für diese Bestrebungen darstellen, wodurch es zu einer Destabilisierung der internationalen Beziehungen kommt,

mit Besorgnis feststellend, daß das kollektive Sicherheitssystem der Vereinten Nationen nicht mit Erfolg angewendet wird,

im Bewußtsein der Tatsache, daß der Weltfrieden und die internationale Sicherheit nur auf der Grundlage der Freiheit, Unabhängigkeit, Souveränität, territorialen Integrität und Gleichheit der Staaten sowie der Selbstbestimmung der Völker unter Kolonial- und Fremdherrschaft, der Achtung der grundlegenden Menschenrechte und der Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Staaten erhalten und gefestigt werden kann,

darauf hinweisend, daß die für die Wahrung des Friedens und der Sicherheit verantwortlichen Hauptorgane der Vereinten Nationen, insbesondere der Sicherheitsrat, wirksamer zur Förderung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit beitragen müssen, indem sie sich um Lösungen für die noch ungelösten Probleme und Krisen der Welt bemühen,

unter Hervorhebung des bedeutenden Beitrags, den die Bewegung der nichtgebundenen Länder im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und den Grundsätzen und der Politik der Nichtgebundenheit zum Kampf um die nationale Befreiung und zu den Bemühungen der Vereinten Nationen um die Förderung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, die Demokratisierung der internationalen Beziehungen, die Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit und die Errichtung eines auf Gerechtigkeit, auf souveräner Gleichheit und auf der Sicherheit aller Staaten und Völker beruhenden Systems der internationalen Beziehungen geleistet hat,

Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs[139] mit den darin enthaltenen Auffassungen der Mitgliedstaaten zur Frage der Festigung der Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum und unter Hinweis auf die Bestimmungen des Kapitels über das Mittelmeer in der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die am 1. August 1975 in Helsinki unterzeichnet wurde, auf die Empfehlungen der Bewegung der nichtgebundenen Länder sowie auf offizielle Erklärungen und Beiträge einzelner Länder zu Frieden und Sicherheit in dieser Region,

1. *bekräftigt erneut* die universelle und uneingeschränkte Gültigkeit der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen als der festen Grundlage für die Beziehungen zwischen allen Staaten, ungeachtet ihrer Größe, ihrer geographischen Lage, ihres Entwicklungsstands oder ihres politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen oder ideologischen Systems;

2. *bittet* alle Staaten *eindringlich*, sich in ihren internationalen Beziehungen streng an ihre mit der Charta eingegangenen Verpflichtungen zu halten und zu diesem Zweck

a) sich der Androhung oder Anwendung von Gewalt, der Intervention, Einmischung, Aggression, Besetzung anderer Länder und Kolonialherrschaft bzw. politischer und wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen zu enthalten, die die Souveränität, territoriale Integrität, Unabhängigkeit und Sicherheit von Staaten oder ihr Recht auf freie Verfügung über ihre natürlichen Ressourcen verletzen;

b) sich jeder, gleichgültig mit welcher Begründung erfolgenden Unterstützung oder Förderung einer derartigen Handlung zu enthalten;

c) durch derartige Handlungen herbeigeführte Situationen abzulehnen und ihnen die Anerkennung zu verweigern;

3. *fordert* alle Staaten *auf*, einen wirksamen Beitrag zur Verwirklichung der Erklärung über die Festigung der internationalen Sicherheit zu leisten;

4. *fordert ferner* alle Staaten, insbesondere die Kernwaffenstaaten und anderen militärisch bedeutenden Staaten *auf*, unverzüglich Maßnahmen zur Förderung des in der Charta vorgesehenen Systems der kollektiven Sicherheit sowie Maßnahmen zur wirksamen

[138] Resolution 2734 (XXV)

[139] A/37/355 mit Add.1-5

Einstellung des Wettrüstens und zur Herbeiführung einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle zu ergreifen;

5. *bittet* alle Staaten, insbesondere die größeren Militärmächte und die Mitgliedstaaten von Militärbündnissen, insbesondere in kritischen Situationen und in Krisengebieten, alle Handlungen, darunter auch militärische Aktivitäten und Manöver, zu unterlassen, die eine Druckausübung auf andere Staaten und Regionen und eine Bedrohung für diese darstellen;

6. *bittet* alle Staaten, insbesondere die Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats, *eindringlich*, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um eine weitere Zuspitzung der internationalen Lage zu verhindern, und zu diesem Zweck

a) sich um die friedliche Beilegung von Streitigkeiten und die Beseitigung der Krisen- und Spannungsherde zu bemühen;

b) ernsthafte, sinnvolle und wirksame Verhandlungen zur Durchführung der Empfehlungen und Beschlüsse des Schlußdokuments der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung[140], der ersten Sondertagung über Abrüstung, und zur Verwirklichung der im Aktionsprogramm dieses Schlußdokuments genannten und in Abschnitt III des Schlußdokuments geschilderten vorrangigen Aufgaben, die im Abschließenden Dokument der Zwölften Sondertagung der Generalversammlung[141], der zweiten Sondertagung über Abrüstung, noch einmal feierlich bekräftigt wurden, aufzunehmen;

c) an einer umgehenden Lösung der internationalen Wirtschaftsprobleme und der Errichtung der neuen internationalen Wirtschaftsordnung mitzuwirken;

d) die wirtschaftliche Entwicklung der Entwicklungsländer, insbesondere der am wenigsten entwickelten Länder, zu beschleunigen;

e) unverzüglich eine globale Behandlung der Frage in Angriff zu nehmen, wie die Weltwirtschaft wieder belebt werden kann und wie die internationalen Wirtschaftsbeziehungen im Rahmen der globalen Verhandlungen umstrukturiert werden können;

7. *stellt fest*, daß der Sicherheitsrat der Generalversammlung wiederum keinen Bericht über Maßnahmen zur Verwirklichung der Bestimmungen von Ziffer 13 und 15 der Versammlungsresolution 35/158 vom 12. Dezember 1980 erstattet hat, und bittet den Sicherheitsrat eindringlich, dies unverzüglich zu tun;

8. *ersucht* den Sicherheitsrat *erneut*, sich mit der Frage zu befassen, wie die Verwirklichung der Bestimmungen von Ziffer 4 und 6 gewährleistet werden kann, und ersucht ihn um die Prüfung aller bestehenden Mechanismen und um den Vorschlag neuer Mechanismen, die darauf abzielen, im Einklang mit der Charta die Autorität und Fähigkeit des Rats zur Durchsetzung seiner Beschlüsse zu stärken, sowie ferner um Prüfung der Frage, ob nicht gemäß Artikel 28 der Charta regelmäßige Sitzungen des Rats auf Ministerebene bzw. in bestimmten Fällen auf höherer Ebene abgehalten werden könnten, damit der Rat in die Lage versetzt wird, bei der Verhinderung potentieller Konflikte eine aktivere Rolle zu spielen, und ersucht den Rat, seine Schlußfolgerungen der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung vorzulegen;

9. *wiederholt erneut*, daß der Sicherheitsrat, insbesondere seine Ständigen Mitglieder, für die effektive Verwirklichung seiner eigenen Beschlüsse gemäß den einschlägigen Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen sorgen muß;

10. *ist der Auffassung*, daß die Achtung und Förderung der bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte und Grundfreiheiten einerseits und die Festigung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit andererseits einander gegenseitig verstärken;

11. *bekräftigt erneut* die Rechtmäßigkeit des Kampfes der unter Kolonialherrschaft, ausländischer Besetzung oder rassistischen Regimen stehenden Völker und deren unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit und bittet die Mitgliedstaaten eindringlich, sich noch stärker für diese Völker und ihre nationalen Befreiungsbewegungen einzusetzen und mit ihnen zu solidarisieren sowie unverzüglich wirksame Maßnahmen zur baldigen vollständigen Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker und für die endgültige Beseitigung von Kolonialismus, Rassismus und Apartheid zu ergreifen;

12. *fordert* den Sicherheitsrat *auf*, geeignete wirksame Maßnahmen zur Förderung und Verwirklichung des Ziels eines kernwaffenfreien Afrika zu ergreifen, damit die ernste Gefahr abgewendet wird, die die nukleare Kapazität Südafrikas für die afrikanischen Staaten, insbesondere die Frontstaaten, sowie für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit darstellt;

13. *wiederholt erneut* ihre Unterstützung für die Erklärung des Indischen Ozeans zur Friedenszone[142], gibt ihrer Hoffnung Ausdruck, daß die Konferenz über den Indischen Ozean, die eine wichtige Etappe auf dem Weg zur Verwirklichung der Ziele dieser Erklärung darstellt, spätestens in der ersten Hälfte des Jahres 1984 abgehalten wird, und fordert zu diesem Zweck alle Staaten auf, einen wirksamen Beitrag zum Erfolg dieser Konferenz zu leisten;

14. *fordert* alle Teilnehmerstaaten der in Madrid stattfindenden Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa *auf*, alle nur möglichen Maßnahmen zu ergreifen und alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um dafür zu sorgen, daß dieses Treffen substantielle und ausgewogene Ergebnisse auf dem Weg zur Verwirklichung der Grundsätze und Ziele der am 1. August 1975 in Helsinki unterzeichneten Schlußakte der Konferenz erzielt, sowie um die Kontinuität des durch die Konferenz in Gang gesetzten multilateralen Prozesses zu gewährleisten, der für die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa und in der Welt von großer Bedeutung ist;

15. *ist der Auffassung*, daß die Sicherheit des Mittelmeerraums und die Sicherheit benachbarter Regionen gegenseitig voneinander abhängen und daß erneute Anstrengungen zur Schaffung von Verhältnissen unternommen werden müssen, die allen Ländern und Völkern des Mittelmeers Sicherheit und fruchtbare Zusammenarbeit in allen Bereichen ermöglichen und die auf den Prinzipien der Souveränität, der Unabhängigkeit, der territorialen Integrität, der Sicherheit, der Nichtintervention und der Nichteinmischung, der Nichtverletzung internationaler Grenzen, der Nichtanwendung von Gewalt, der Unzulässigkeit der gewaltsamen Gebietsaneignung, der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten sowie auf gerechten und gangbaren Lösungen für die in diesem Gebiet bestehenden Probleme und Krisen auf der Grundlage der Bestimmungen der Charta und einschlägiger

[140] Resolution S-10/2

[141] *Official Records of the General Assembly, Twelfth Special Session, Annexes*, Tagesordnungspunkte 9, 10, 11, 12 und 13, Dokument A/S-1232

[142] Resolution 2832 (XXVI)

Resolutionen der Vereinten Nationen, des Abzugs fremder Besatzungstruppen, der Achtung der Souveränität über natürliche Ressourcen sowie des Rechts der unter Kolonial- oder Fremdherrschaft stehenden Völker auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit beruhen;

16. *fordert* alle Regierungen, die dies noch nicht getan haben, *auf*, der Generalversammlung ihre Stellungnahmen zur Frage der Festigung der Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum vor der achtunddreißigsten Tagung zukommen zu lassen, und ersucht den Generalsekretär, der Versammlung auf der Grundlage aller von ihm erhaltenen Antworten auf ihrer achtunddreißigsten Tagung einen analytischen Bericht zu dieser Frage vorzulegen;

17. *beschließt* die Aufnahme eines Punktes mit dem Titel "Festigung der Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung;

18. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Überprüfung der Verwirklichung der Erklärung über die Festigung der internationalen Sicherheit" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

108. Plenarsitzung
16. Dezember 1982

37/119 – Durchführung der Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen über kollektive Sicherheit zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit

Die Generalversammlung,

erneut erklärend, daß die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit wichtigste Aufgabe der Vereinten Nationen ist,

ferner in Bekräftigung des grundlegenden Prinzips der Charta der Vereinten Nationen, daß alle Staaten verpflichtet sind, die Androhung oder den Einsatz von Gewalt gegen die Souveränität, politische Unabhängigkeit oder territoriale Integrität anderer Staaten zu unterlassen,

im Hinblick auf die Hauptverantwortung des Sicherheitsrats für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit,

unter Betonung dessen, daß die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen nur verwirklicht werden können, wenn die Staaten souveräne Gleichheit genießen und den Erfordernissen dieser Ziele und Grundsätze in ihren internationalen Beziehungen voll gerecht werden,

zutiefst besorgt über die wachsende Neigung der Staaten, in ihren internationalen Beziehungen zur Anwendung von Gewalt zu greifen, was eine Mißachtung der Charta und der Erklärung über völkerrechtliche Grundsätze für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen Staaten im Sinne der Charta der Vereinten Nationen[143] darstellt,

ferner darüber besorgt, daß der Sicherheitsrat nicht in der Lage gewesen ist, entscheidende Maßnahmen zur Wahrung des Weltfriedens und zur Lösung internationaler Probleme zu ergreifen,

in der Erkenntnis, daß zu den Grundvoraussetzungen echter Sicherheit u.a. die Stärkung des kollektiven Sicherheitssystems der Charta, die Errichtung der neuen internationalen Wirtschaftsordnung und die Förderung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle im Einklang mit den im Schlußdokument der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung[140], der ersten Sondertagung über Abrüstung, vereinbarten und im Abschließenden Dokument der Zwölften Sondertagung[141], der zweiten Sondertagung über Abrüstung, bestätigten Grundsätzen und Prioritäten gehören,

im Bewußtsein der großen Bedeutung, die kollektive Sicherheitsmaßnahmen für die Stärkung der Rolle des Sicherheitsrats bei der Erfüllung seiner Verantwortung zur Förderung und Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit gemäß der Charta haben können,

mit Bedauern darüber, daß die Bestimmungen der Charta über kollektive Sicherheitsmaßnahmen noch nicht voll durchgeführt worden sind,

in diesem Zusammenhang *unter Berücksichtigung* des Berichts des Generalsekretrs über die Tätigkeit der Vereinten Nationen[144],

nach Behandlung des Punktes "Durchführung der Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen über kollektive Sicherheit zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit",

in der Überzeugung, daß es zeitgerecht und notwendig ist, eine Studie über kollektive Sicherheit zu erstellen,

1. *ersucht* den Sicherheitsrat, im Hinblick auf die Festigung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit mit hohem Vorrang die Frage der Durchführung der Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen über kollektive Sicherheit zu untersuchen und der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten;

2. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Durchführung der Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen über kollektive Sicherheit zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

108. Plenarsitzung
16. Dezember 1982

---

[143] Resolution 2625 (XXV), Anhang

[144] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 1* (A/37/1)

IV. RESOLUTIONEN AUFGRUND DER BERICHTE DES POLITISCHEN SONDERAUSSCHUSSES[1]

ÜBERSICHT

Nummer	*Titel*	*Punkt*	*Datum*	*Seite*
37/87	Auswirkungen der atomaren Strahlung (A/37/573)	60	10. Dezember 1982	108
37/88	Bericht des Sonderausschusses zur Untersuchung israelischer Praktiken, die die Menschenrechte der Bevölkerung der besetzten Gebiete beeinträchtigen (A/37/698)			
	Resolution A	61	10. Dezember 1982	108
	Resolution B	61	10. Dezember 1982	109
	Resolution C	61	10. Dezember 1982	109
	Resolution D	61	10. Dezember 1982	111
	Resolution E	61	10. Dezember 1982	111
	Resolution F	61	10. Dezember 1982	111
	Resolution G	61	10. Dezember 1982	112
37/89	Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung des Weltraums (A/37/646)	62	10. Dezember 1982	112
37/90	Zweite Konferenz der Vereinten Nationen über die Erforschung und friedliche Nutzung des Weltraums (A/37/646)	62 *b)*	10. Dezember 1982	114
37/91	Frage der Überprüfung des Übereinkommens über die völkerrechtliche Haftung für Schäden durch Weltraumgegenstände (A/37/646)	131	10. Dezember 1982	115
37/92	Grundsätze zur Regelung des Einsatzes künstlicher Erdsatelliten für die internationale Fernsehdirektübertragung durch Staaten (A/37/646)	63	10. Dezember 1982	115
37/93	Umfassende Überprüfung aller Aspekte des gesamten Problems der Friedenssicherungsmaßnahmen (A/37/686)	64	10. Dezember 1982	117
37/94	Fragen aus dem Informationsbereich (A/37/707)			
	Resolution A	67	10. Dezember 1982	117
	Resolution B	67	10. Dezember 1982	118
37/120	Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (A/37/723)			
	A. Arbeitsgruppe für die Finanzierung des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten	65	16. Dezember 1982	122
	B. Unterstützung von infolge der Feindseligkeiten vom Juni 1967 und späterer Feindseligkeiten vertriebenen Personen	65	16. Dezember 1982	122
	C. Universität von Jerusalem für Palästinaflüchtlinge	65	16. Dezember 1982	123
	D. Angebote von Zuwendungen und Stipendien von Mitgliedstaaten für die Hochschul- und Berufsausbildung von palästinensischen Flüchtlingen	65	16. Dezember 1982	123
	E. Palästinaflüchtlinge im Gazastreifen	65	16. Dezember 1982	124
	F. Wiederaufnahme der Verteilung von Lebensmittelrationen an Palästinaflüchtlinge	65	16. Dezember 1982	124
	G. Seit 1967 vertriebene Bevölkerungsgruppen und Flüchtlinge	65	16. Dezember 1982	124
	H. Einkommen aus dem Besitz palästinensischer Flüchtlinge	65	16. Dezember 1982	125
	I. Besondere Personalausweise für alle palästinensischen Flüchtlinge	65	16. Dezember 1982	125
	J. Schutz von Palästinaflüchtlingen	65	16. Dezember 1982	126
	K. Hilfe für Palästinaflüchtlinge	65	16. Dezember 1982	126
37/121	Internationale Zusammenarbeit zur Vermeidung neuer Flüchtlingsströme (A/37/712)	66	16. Dezember 1982	127
37/122	Israels Beschluß, einen Verbindungskanal zwischen dem Mittelmeer und dem Toten Meer zu bauen (A/37/724)	68	16. Dezember 1982	127

[1] Die Beschlüsse aufgrund der Berichte des Politischen Sonderausschusses sind in Abschnitt X.B.3 wiedergegeben.

37/87 – Auswirkungen der atomaren Strahlung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 913 (X) vom 3. Dezember 1955, mit der sie den Wissenschaftlichen Ausschuß der Vereinten Nationen zur Untersuchung der Auswirkungen der atomaren Strahlung eingesetzt hat, sowie auf ihre nachfolgenden Resolutionen zur gleichen Frage, darunter auch Resolution 36/14 vom 28. Oktober 1981, mit der sie u.a. den Wissenschaftlichen Ausschuß ersuchte, mit seiner Arbeit fortzufahren,

mit Dank Kenntnis nehmend vom Bericht des Wissenschaftlichen Ausschusses der Vereinten Nationen zur Untersuchung der Auswirkungen der atomaren Strahlung[2] samt der wissenschaftlichen Anhänge zu diesem Bericht[3],

erneut erklärend, daß die Fortsetzung der Arbeit des Wissenschaftlichen Ausschusses wünschenswert ist,

besorgt über die schädlichen Auswirkungen, die sich aus den auf die Menschheit einwirkenden Strahlungsintensitäten für die heute lebenden Menschen und künftige Generationen ergeben können,

im Bewußtsein dessen, daß es auch weiterhin notwendig ist, Daten über die atomare Strahlung sowie über ionisierende Strahlen zu sammeln und deren Auswirkungen auf den Menschen und seine Umwelt zu untersuchen,

1. *beglückwünscht* den Wissenschaftlichen Ausschuß der Vereinten Nationen zur Untersuchung der Auswirkungen der atomaren Strahlung zu seinem ausgezeichneten Fachbericht und zu dem wertvollen Beitrag, den er seit seiner Einsetzung im Verlauf der letzten 27 Jahre zu einer besseren Kenntnis und zum besseren Verständis der Intensität, der Auswirkungen und der Gefahren der atomaren Strahlung geleistet hat, sowie dazu, daß er sein ursprüngliches Mandat mit wissenschaftlicher Autorität und Unabhängigkeit des Urteils erfüllt;

2. *nimmt mit Befriedigung Kenntnis* von der Fortsetzung und dem Ausbau der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen dem Wissenschaftlichen Ausschuß und dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen;

3. *ersucht* den Wissenschaftlichen Ausschuß um die Fortsetzung seiner Arbeit und insbesondere auch seiner wichtigen Koordinierungstätigkeit zur Verbesserung der Kenntnisse über Intensität, Auswirkungen und Gefahren ionisierender Strahlen jedweder Herkunft;

4. *begrüßt und unterstützt* die Absichten und Pläne des Wissenschaftlichen Ausschusses, seine im Namen der Generalversammlung erfolgende wissenschaftliche Überprüfungs- und Bewertungstätigkeit fortzuführen;

5. *ersucht* den Wissenschaftlichen Ausschuß, auf seiner nächsten Tagung die wichtigen Probleme auf dem Gebiet der Strahlung zu überprüfen und der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung darüber zu berichten;

6. *ersucht* das Umweltprogramm der Vereinten Nationen, den Wissenschaftlichen Ausschuß auch weiterhin im Hinblick auf eine erfolgreiche Durchführung seiner Arbeit und die Weitergabe der Ergebnisse dieser Arbeit an die Generalversammlung, die Wissenschaft und die Öffentlichkeit zu unterstützen;

7. *spricht* den Mitgliedstaaten, den Sonderorganisationen*, der Internationalen Atomenergie-Organisation und den nichtstaatlichen Organisationen *ihren Dank* für die Unterstützung des wissenschaftlichen Ausschusses *aus* und bittet sie, ihre Unterstützung in diesem Bereich noch weiter zu verstärken;

8. *bittet* die Mitgliedstaaten und die Organisationen der Vereinten Nationen sowie die betreffenden nichtstaatlichen Organisationen, weitere wichtige Daten über Dosen, Auswirkungen und Gefahren verschiedener Strahlungsquellen zur Verfügung zu stellen, was dem Ausschuß bei der Ausarbeitung seiner nächsten Berichte an die Generalversammlung außerordentlich helfen würde.

100. Plenarsitzung
10. Dezember 1982

37/88 – Bericht des Sonderausschusses zur Untersuchung israelischer Praktiken, die die Menschenrechte der Bevölkerung der besetzten Gebiete beeinträchtigen

A

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3092 A (XXVIII) vom 7. Dezember 1973, 3240 B (XXIX) vom 29. November 1974, 3525 B (XXX) vom 15. Dezember 1975, 31/106 B vom 16. Dezember 1976, 32/91 A vom 13. Dezember 1977, 33/113 A vom 18. Dezember 1978, 34/90 B vom 12. Dezember 1979, 35/122 A vom 11. Dezember 1980 und 36/147 A vom 16. Dezember 1981,

ferner unter Hinweis auf die Sicherheitsratsresolution 465 (1980) vom 1. März 1980, in der der Rat u.a. erklärte, daß das Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten[4] auf die seit 1967 von Israel besetzten arabischen Gebiete einschließlich Jerusalems anwendbar sei,

in Anbetracht dessen, daß die Förderung der Achtung für die Verpflichtungen aus der Charta der Vereinten Nationen und anderen völkerrechtlichen Instrumenten und Vorschriften zu den wesentlichen Aufgaben und Grundsätzen der Vereinten Nationen gehört,

eingedenk der Bestimmungen des Genfer Abkommens,

im Hinblick darauf, daß Israel und die arabischen Staaten, deren Gebiete Israel seit Juni 1967 besetzt hält, Parteien dieses Abkommens sind,

unter Berücksichtigung dessen, daß sich die Vertragsstaaten dieses Abkommens gemäß Artikel 1 verpflichten, unter allen Umständen nicht nur das Abkommen einzuhalten, sondern auch seine Einhaltung durchzusetzen,

1. *erklärt erneut,* daß das Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten auf die seit 1967 von Israel besetzten palästinensischen und anderen arabischen Gebiete einschließlich Jerusalems anwendbar ist;

---

[2] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 45* (A/37/45)

[3] Der Bericht mitsamt seinen wissenschaftlichen Anhängen ist als *Ionizing Radiation: Sources and Biological Effects* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.82.IX.8) erschienen.

* specialized agencies (etwa: Fachorganisationen) im Sinne von Art. 57 der VN-Charta; in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder mit "Sonderorganisationen" bzw. mit "Spezialorganisationen" wiedergegeben.

[4] Vereinte Nationen, *Treaty Series*, Vol. 75 Nr. 973,, S. 287; deutsche Fassung in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder, u.a. BGBl. (der Bundesrepublik Deutschland) II 1954, S. 917, II 1956 S.1586 und GBl. (der Deutschen Demokratischen Republik) Teil I Nr. 95 (1956) S. 1053

2. *verurteilt erneut* die Tatsache, daß Israel als Besatzungsmacht die Gültigkeit dieses Abkommens für die seit 1967 von ihm besetzten Gebiete einschließlich Jerusalems nicht anerkennt;

3. *verlangt nachdrücklich*, daß Israel in den palästinensischen und anderen seit 1967 von ihm besetzten arabischen Gebieten einschließlich Jerusalems die Bestimmungen dieses Abkommens anerkennt und einhält;

4. *fordert* alle Vertragsstaaten dieses Abkommens *eindringlich auf*, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um in den palästinensischen und anderen seit 1967 von Israel besetzten arabischen Gebieten einschließlich Jerusalems die Achtung und Einhaltung seiner Bestimmungen zu gewährleisten.

100. Plenarsitzung
10. Dezember 1982

B

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 32/5 vom 28. Oktober 1977, 33/113 B vom 18. Dezember 1978, 34/90 C vom 12. Dezember 1979, 35/122 B vom 11. Dezember 1980 und 36/147 B vom 16. Dezember 1981,

ferner unter Hinweis auf die Sicherheitsratsresolution 465 (1980) vom 1. März 1980,

mit dem Ausdruck ihrer tiefen Besorgnis und Beunruhigung über die gegenwärtige ernste Lage in den besetzten palästinensischen und anderen arabischen Gebieten einschließlich Jerusalems aufgrund der anhaltenden Besetzung durch Israel und der von der Regierung Israels als Besatzungsmacht eingeleiteten Maßnahmen und Aktionen, die auf die Veränderung des Rechtsstatus, des geographischen Charakters und der Bevölkerungszusammensetzung dieser Gebiete abzielen,

in Anbetracht dessen, daß das Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten[4] auf alle seit dem 5. Juni 1967 besetzten arabischen Gebiete einschließlich Jerusalems anwendbar ist,

1. *stellt fest*, daß alle derartigen Maßnahmen und Aktionen Israels in den palästinensischen und anderen seit 1967 besetzten arabischen Gebieten einschließlich Jerusalems einen Verstoß gegen die einschlägigen Bestimmungen des Genfer Abkommens vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten darstellen, alle Bemühungen zur Herbeiführung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Mittleren Osten ernsthaft behindern und daher keine rechtliche Gültigkeit haben;

2. *beklagt lebhaft* Israels Beharren auf derartigen Maßnahmen, insbesondere auf der Errichtung von Siedlungen in den palästinensischen und anderen besetzten arabischen Gebieten einschließlich Jerusalems;

3. *fordert* Israel *auf*, im Einklang mit den Grundsätzen des Völkerrechts und den Bestimmungen des Genfer Abkommens seine internationalen Verpflichtungen strikt einzuhalten;

4. *fordert* die Regierung Israels als Besatzungsmacht *erneut auf*, ab sofort alle Handlungen zu unterlassen, die zu einer Veränderung des Rechtsstatus, des geographischen Charakters oder der Bevölkerungszusammensetzung der palästinensischen und anderen seit 1967 besetzten arabischen Gebiete einschließlich Jerusalems führen würden;

5. *fordert* alle Vertragsstaaten des Genfer Abkommens *eindringlich auf*, die Bestimmungen des Abkommens zu achten und alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die Achtung und Einhaltung seiner Bestimmungen in allen seit 1967 von Israel besetzten arabischen Gebieten einschließlich Jerusalems sicherzustellen.

100. Plenarsitzung
10. Dezember 1982

C

Die Generalversammlung,

geleitet von den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und den Grundsätzen und Bestimmungen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[5],

eingedenk der Bestimmungen des Genfer Abkommens vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten[4] sowie anderer in Frage kommender Übereinkünfte und Regelungen,

unter Hinweis auf alle ihre diesbezüglichen Resolutionen, insbesondere die Resolutionen 32/91 B und C vom 13. Dezember 1977, 33/113 C vom 18. Dezember 1978, 34/90 A vom 12. Dezember 1979, 35/122 C vom 11. Dezember 1980 und 36/147 C vom 16. Dezember 1981 sowie auf die entsprechenden Resolutionen des Sicherheitsrats, der Menschenrechtskommission und anderer beteiligter Gremien der Vereinten Nationen sowie der Sonderorganisationen*,

nach Behandlung des Berichts des Sonderausschusses zur Untersuchung israelischer Praktiken, die die Menschenrechte der Bevölkerung der besetzten Gebiete beeinträchtigen[6], der u.a. öffentliche Erklärungen von führenden Mitgliedern der israelischen Regierung enthält,

1. *würdigt* die Bemühungen des Sonderausschusses zur Untersuchung israelischer Praktiken, die die Menschenrechte der Bevölkerung der besetzten Gebiete beeinträchtigen, in der Erfüllung der ihm von der Generalversammlung übertragenen Aufgaben sowie seine Gründlichkeit und Unparteilichkeit;

2. *beklagt* die anhaltende Weigerung Israels, dem Sonderausschuß Zugang zu den besetzten Gebieten zu gewähren;

3. *verlangt*, daß Israel dem Sonderausschuß Zugang zu den besetzten Gebieten gewährt;

4. *erklärt erneut*, daß die Besetzung an sich eine schwere Verletzung der Menschenrechte der Zivilbevölkerung in den besetzten arabischen Gebieten darstellt;

5. *verurteilt* die fortgesetzte beharrliche Verletzung des Genfer Abkommens vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten und anderer anwendbarer internationaler Instrumente durch Israel und verurteilt insbesondere diejenigen Verletzungen, die im Abkommen als "schwere Verletzungen" bezeichnet werden;

6. *erklärt erneut*, daß die schweren Verletzungen dieses Abkommens durch Israel Kriegsverbrechen und eine Beleidigung der Menschheit sind;

7. *verurteilt aufs schärfste* die folgenden israelischen Politiken und Praktiken:

---

* Vgl. die Fußnote auf S. 108

[5] Resolution 217 A (III)

[6] Vgl. A/37/485

a) die Annexion von Teilen der besetzten Gebiete einschließlich Jerusalems;

b) die Unterstellung der syrischen Golanhöhen unter israelische Gesetze sowie israelische Rechtssprechung und Verwaltung, was zur faktischen Annexion der syrischen Golanhöhen geführt hat;

c) die Errichtung neuer israelischer Siedlungen und den Ausbau der schon bestehenden Siedlungen auf privaten und öffentlichen arabischen Grundstücken sowie deren Besiedlung mit einer landesfremden Bevölkerung;

d) die Aussiedlung, Verschleppung, Ausweisung, Vertreibung und Umsiedlung von arabischen Einwohnern der besetzten Gebiete und die Verweigerung ihres Rechts auf Rückkehr;

e) die Beschlagnahme und Enteignung privaten und öffentlichen arabischen Eigentums in den besetzten Gebieten sowie alle anderen Transaktionen zum Landerwerb zwischen israelischen Behörden, Einrichtungen oder Staatsbürgern auf der einen und Einwohnern oder Einrichtungen der besetzten Gebiete auf der anderen Seite;

f) Ausgrabungen und Veränderungen der Landschaft sowie der historischen, kulturellen und religiösen Stätten, insbesondere in Jerusalem;

g) die Zerstörung und Niederreißung arabischer Häuser;

h) die kollektive Bestrafung, die Massenverhaftungen, Zwangsaufenthalte und Mißhandlungen der arabischen Bevölkerung;

i) die Mißhandlung und Folterung inhaftierter Personen;

j) die Plünderung archäologischer und kultureller Schätze;

k) die Beeinträchtigung von religiösen Freiheiten und Bräuchen sowie von Familienrechten und -gewohnheiten;

l) die Beeinträchtigung des Bildungssystems und der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Bevölkerung in den besetzten palästinensischen und anderen arabischen Gebieten;

m) die Beeinträchtigung der Freizügigkeit von Einzelpersonen innerhalb der besetzten palästinensischen und anderen arabischen Gebiete;

n) die rechtswidrige Ausbeutung der Naturschätze, der Ressourcen und der Bevölkerung in den besetzten Gebieten;

8. *erklärt erneut*, daß alle Maßnahmen Israels zur Veränderung der physischen Gestalt, der Bevölkerungszusammensetzung, der institutionellen Struktur oder des Status der besetzten Gebiete oder irgendeines ihrer Teile einschließlich Jerusalems null und nichtig sind und daß Israels Politik der Ansiedlung von Teilen seiner Bevölkerung und von Neueinwanderern in den besetzten Gebieten eine flagrante Verletzung des Genfer Abkommens und entsprechender Resolutionen der Vereinten Nationen ist;

9. *verlangt*, daß Israel umgehend die in Ziffer 7 und 8 dieser Resolution genannten Politiken und Praktiken aufgibt;

10. *bittet* die internationalen Organisationen und Sonderorganisationen*, insbesondere die Internationale Arbeitsorganisation *eindringlich*, die Bedingungen der arabischen Arbeiter in den besetzten palästinensischen und anderen arabischen Gebieten einschließlich Jerusalems zu untersuchen;

11. *ruft* alle Staaten, insbesondere die Vertragsstaaten des Genfer Abkommens gemäß Artikel 1 dieses Abkommens sowie die internationalen Organisationen und Sonderorganisationen* *erneut auf*, keine von Israel in den besetzten Gebieten vorgenommenen Veränderungen anzuerkennen und keine Maßnahmen, auch nicht auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe, zu ergreifen, die von Israel zur Fortsetzung seiner Politik der Annexion und Kolonialisierung oder anderer in dieser Resolution genannter Politiken und Praktiken genutzt werden könnten;

12. *ersucht* den Sonderausschuß, bis zur baldigen Beendigung der israelischen Besetzung weiterhin die israelischen Politiken und Praktiken in den seit 1967 von Israel besetzten arabischen Gebieten zu untersuchen, zur Gewährleistung des Wohlergehens und der Menschenrechte der Bevölkerung der besetzten Gebiete gegebenenfalls Konsultationen mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz zu führen und dem Generalsekretär möglichst bald und im Anschluß daran falls erforderlich erneut Bericht zu erstatten;

13. *ersucht* den Sonderausschuß, weiterhin die Behandlung von inhaftierten Zivilpersonen in den seit 1967 von Israel besetzten arabischen Gebieten zu untersuchen;

14. *verurteilt* die Weigerung Israels, Personen aus den besetzten Gebieten vor dem Sonderausschuß als Zeugen auftreten zu lassen;

15. *ersucht* den Generalsekretär,

a) dem Sonderausschuß – auch für dessen Besuche in den besetzten Gebieten – alle erforderlichen Hilfen und Einrichtungen zur Untersuchung der in der vorliegenden Resolution genannten israelischen Politiken und Praktiken zur Verfügung zu stellen;

b) zur Unterstützung des Sonderausschusses diesem auch weiterhin eventuell zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderliche zusätzliche Mitarbeiter zur Verfügung zu stellen;

c) mit allen Mitteln, die ihm über die Hauptabteilung Presse und Information des Sekretariats zur Verfügung stehen, für eine möglichst weite Verbreitung der Berichte des Sonderausschusses sowie von Informationen über seine Tätigkeit und seine Arbeitsergebnisse zu sorgen und nötigenfalls vergriffene Berichte des Sonderausschusses nachzudrucken;

d) der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung über die Erfüllung der ihm in dieser Ziffer übertragenen Aufgaben zu berichten;

16. *ersucht* den Sicherheitsrat, dafür zu sorgen, daß Israel in den seit 1967 besetzten palästinensischen und anderen arabischen Gebieten einschließlich Jerusalems alle Bestimmungen des Genfer Abkommens vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten achtet und einhält, sowie Maßnahmen einzuleiten, um den israelischen Politiken und Pratiken in diesen Gebieten ein Ende zu setzen;

17. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Bericht des Sonderausschusses zur Untersuchung israelischer Praktiken, die die Menschenrechte der Bevölkerung der besetzten Gebiete beeinträchtigen" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

100. Plenarsitzung
10. Dezember 1982

* Vgl. die Fußnote auf S. 108

* Vgl. die Fußnote auf S. 108

D

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die Sicherheitsratsresolutionen 468 (1980) vom 8. Mai 1980, 469 (1980) vom 20. Mai 1980 und 484 (1980) vom 19. Dezember 1980 sowie auf die Generalversammlungsresolution 36/147 D vom 16. Dezember 1981,

tief besorgt über die Ausweisung der Bürgermeister von Hebron und Halhul sowie des Scheria-Richters von Hebron durch die israelischen Besatzungsbehörden,

unter Hinweis auf das Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten[4], insbesondere auf Artikel 1 und den ersten Absatz von Artikel 49, welche lauten:

"Artikel 1

"Die Hohen Vertragsparteien verpflichten sich, das vorliegende Abkommen unter allen Umständen einzuhalten und seine Einhaltung durchzusetzen."

"Artikel 49

"Einzel- oder Massenzwangsverschickungen sowie Verschleppungen von geschützten Personen aus besetztem Gebiet nach dem Gebiet der Besatzungsmacht oder irgendeines anderen besetzten oder unbesetzten Staates sind ohne Rücksicht auf deren Beweggrund untersagt . . .",

erneut erklärend, daß das Genfer Abkommen auf alle seit 1967 von Israel besetzten palästinensischen und anderen arabischen Gebiete einschließlich Jerusalems anwendbar ist,

1. *verlangt erneut*, daß die Regierung der Besatzungsmacht Israel die von den israelischen militärischen Besatzungsbehörden mit der Ausweisung und Inhaftierung der Bürgermeister von Hebron und Halhul sowie der Ausweisung des Scheria-Richters von Hebron getroffenen illegalen Maßnahmen rückgängig macht und den ausgewiesenen führenden palästinensischen Persönlichkeiten die sofortige Rückkehr ermöglicht, damit sie die Ämter, in die sie gewählt oder eingesetzt wurden, wieder ausüben können;

2. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung so bald wie möglich über die Durchführung dieser Resolution zu berichten.

100. Plenarsitzung
10. Dezember 1982

E

Die Generalversammlung,

tief besorgt darüber, daß sich die seit 1967 besetzten arabischen Gebiete weiterhin unter illegaler israelischer Besetzung befinden,

unter Hinweis auf Sicherheitsratsresolution 497 (1981) vom 17. Dezember 1981 und die Generalversammlungsresolution 36/226 B vom 17. Dezember 1981 und ES-9/1 vom 5. Februar 1982,

unter Hinweis auf ihre früheren Resolutionen, insbesondere die Resolutionen 3414 (XX) vom 5. Dezember 1975, 31/61 vom 9. Dezember 1976, 32/20 vom 25. November 1977, 33/28 und 33/29 vom 7. Dezember 1978, 34/70 vom 6. Dezember 1979 und 35/122 E vom 11. Dezember 1980, mit denen sie u.a. Israel aufforderte, seine Besetzung der arabischen Gebiete zu beenden und sich aus allen diesen Gebieten zurückzuziehen,

in abermaliger Bekräftigung der Illegalität des israelischen Beschlusses vom 14. Dezember 1981, die besetzten syrischen Golanhöhen seinen Gesetzen, seiner Rechtssprechung und seiner Verwaltung zu unterstellen, was zur faktischen Annexion dieses Gebiets geführt hat,

erneut erklärend, daß die gewaltsame Aneignung von Gebieten nach der Charta der Vereinten Nationen unzulässig ist und daß alle von Israel auf diese Weise besetzten Gebiete zurückgegeben werden müssen,

unter Hinweis auf das Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten[4],

1. *verurteilt nachdrücklich* die Weigerung der Besatzungsmacht Israels, die diesbezüglichen Resolutionen der Generalversammlung und des Sicherheitsrats zu befolgen, insbesondere Sicherheitsratsresolution 497 (1981), in der der Rat u.a. beschloß, daß die Entscheidung Israels, die besetzten syrischen Golanhöhen seinen Gesetzen, seiner Rechtssprechung und seiner Verwaltung zu unterstellen, null und nichtig und ohne völkerrechtliche Wirkung sei, und verlangte, daß Israel als Besatzungsmacht seinen Beschluß unverzüglich rückgängig machen solle,

2. *verurteilt* die Hartnäckigkeit, mit der Israel die äußere Gestalt, die demographische Zusammensetzung, die institutionelle Struktur und den Rechtsstatus der besetzten syrischen arabischen Golanhöhen verändert;

3. *stellt fest*, daß alle bisherigen oder künftigen legislativen und administrativen Maßnahmen und Aktionen der Besatzungsmacht Israel, die eine Veränderung des Charakters und des Rechtsstatus der syrischen arabischen Golanhöhen zum Ziel haben, null und nichtig sind, eine flagrante Verletzung des Völkerrechts und des Genfer Abkommens vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten darstellen und keinerlei rechtliche Wirkung haben;

4. *verurteilt* Israel *nachdrücklich* wegen seiner Versuche und Maßnahmen, die darauf abzielen, den syrischen Staatsbürgern auf den besetzten syrischen arabischen Golanhöhen die israelische Staatsbürgerschaft und israelische Personalausweise aufzuzwingen, und verlangt, daß Israel seine repressiven Maßnahmen gegen die Bevölkerung der syrischen arabischen Golanhöhen unterläßt;

5. *fordert* die Mitgliedstaaten *auf*, keine der oben erwähnten legislativen und administrativen Maßnahmen und Beschlüsse anzuerkennen;

6. *ersucht* den Generalsekretär, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung über die Durchführung dieser Resolution zu berichten.

100. Plenarsitzung
10. Dezember 1982

F

Die Generalversammlung,

eingedenk des Genfer Abkommens vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten,

zutiefst erschüttert über die jüngsten Greueltaten der Besatzungsmacht Israel gegenüber Bildungseinrichtungen in den besetzten palästinensischen Gebieten,

1. *erklärt erneut*, daß das Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten auf die seit 1967 von Israel besetzten palästinensischen und anderen arabischen Gebieten einschließlich Jerusalems anwendbar ist;

2. *verurteilt* die israelischen Methoden und Praktiken gegenüber palästinensischen Schülern, Studenten und Lehrkräften an Schulen, Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen in den besetzten palästinensischen Gebieten, insbesondere die Methode, auf wehrlose Schüler oder Studenten zu schießen, die viele Opfer fordert;

3. *verurteilt* die systematische israelische Repressionskampagne gegen Universitäten und die Schließung von Universitäten in den besetzten palästinensischen Gebieten, wodurch in eindeutiger Mißachtung des Genfer Abkommens das akademische Leben an den palästinensischen Universitäten dadurch eingeengt und behindert wird, daß die Auswahl von Vorlesungen, Lehrbüchern und Studienprogrammen, die Zulassung von Studenten und die Ernennung von Mitgliedern des Lehrkörpers der Kontrolle und Aufsicht der militärischen Besatzungsbehörden unterstellt werden;

4. *verlangt*, daß die Besatzungsmacht Israel dieses Abkommen einhält, alle gegen irgendeine Bildungseinrichtung unternommenen Aktionen und Maßnahmen rückgängig macht, die Freiheit dieser Institutionen gewährleistet und ab sofort alles unterläßt, was den reibungslosen Betrieb an Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen behindert;

5. *ersucht* den Generalsekretär, bis Ende 1983 über die Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

100. Plenarsitzung
10. Dezember 1982

G

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die Sicherheitsratsresolution 471 vom 5. Juni 1980, in der der Rat die Mordversuche an den Bürgermeistern von Nablus, Ramallah und Al Beireh verurteilt und die unverzügliche Festnahme und strafrechtliche Verfolgung der Urheber dieser Verbrechen gefordert hat,

ferner unter Hinweis auf die Generalversammlungsresolution 36/147 G vom 16. Dezember 1981,

unter neuerlichem Hinweis auf das Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten[6], insbesondere Artikel 27, in dem es u.a. heißt:

> "Die geschützten Personen haben unter allen Umständen Anspruch auf Achtung ihrer Person . . . Sie werden jederzeit mit Menschlichkeit behandelt und insbesondere vor Gewalttätigkeit oder Einschüchterung . . . geschützt.";

erneut erklärend, daß dieses Abkommen auf die seit 1967 von Israel besetzten arabischen Gebiete einschließlich Jerusalems anwendbar ist,

1. *bringt ihre tiefe Besorgnis darüber zum Ausdruck*, daß die Besatzungsmacht Israel die Urheber der Mordversuche in zwei Jahren weder festgenommen noch strafrechtlich verfolgt hat;

2. *verlangt erneut*, daß die Besatzungsmacht Israel den Generalsekretär über die Ergebnisse der Ermittlungen im Zusammenhang mit den Mordversuchen informiert;

3. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution zu berichten.

100. Plenarsitzung
10. Dezember 1982

37/89 – Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung des Weltraums

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/35 vom 18. November 1981,

eingedenk dessen, daß seit Beginn der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung des Weltraums im Rahmen der Vereinten Nationen 25 Jahre vergangen sind,

zutiefst überzeugt vom gemeinsamen Interesse der Menschheit an der Förderung der Erforschung und Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken und an der Fortsetzung der Bemühungen, alle Staaten an den sich daraus ergebenden Vorteilen teilhaben zu lassen, sowie von der Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet, für die die Vereinten Nationen weiterhin als ein Zentrum dienen sollten,

in Bekräftigung der Bedeutung, die der internationalen Zusammenarbeit beim Ausbau von Recht und Gesetz für die Förderung und Absicherung der Erforschung und friedlichen Nutzung des Weltraums zukommt,

mit Befriedigung Kenntnis nehmend von den Fortschritten bei der Weiterentwicklung der friedlichen Erforschung des Weltraums und der Anwendung der dabei gewonnenen Erkenntnisse sowie von den Fortschritten bei verschiedenen einzelstaatlichen oder in Zusammenarbeit mehrerer Staaten durchgeführten Weltraumprojekten, die zur internationalen Zusammenarbeit in diesem Bereich beitragen,

nach Behandlung des Berichts des Ausschusses für die friedliche Nutzung des Weltraums über seine fünfundzwanzigste Tagung[7],

1. *billigt* den Bericht des Ausschusses für die friedliche Nutzung des Weltraums;

2. *bittet* die Staaten, die noch nicht Vertragspartei der internationalen Verträge zur Regelung der Nutzung des Weltraums geworden[8] sind, die Ratifizierung dieser Verträge bzw. den Beitritt zu ihnen zu erwägen;

---

[7] Offizielles Protokoll der Generalversammlungs, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 20 (A/37/20)

[8] (Generalversammlungsresolution 2222 (XXI, Anhang); deutscher Wortlaut in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder: BGBl. (der Bundesrepublik Deutschland) 1969 II S. 1969 (Vertrag über die Grundsätze zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper); GBl. (der Deutschen Demokratischen Republik) 1968 I Nr. 5 S. 123 (Vertrag über die Prinzipien für die Tätigkeit der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper); BGBl. (der Republik Österreich) 103/68 (Vertrag über die Erforschung und Nutzung des Weltraums, einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper). – (Generalversammlungsresolution 2345 (XXII), Anhang); deutscher Wortlaut in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder, u.a.: BGBl. (der Bundesrepublik Deutschland) 1971 II S. 237 (Übereinkommen über die Rettung und Rückführung von Raumfahrern sowie die Rückgabe von in den Weltraum gestarteten Gegenständen). – (Generalversammlungsresolution 2777 (XXVI), Anhang); deutscher Wortlaut in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder: BGBl. (der Bundesrepublik Deutschland) 1975 II. S. 1209 (Übereinkommen über die völkerrechtliche Haftung für Schäden durch Weltraumgegenstände), GBl. (der Deutschen Demokratischen Republik) 1973 II Nr. 3 S. 21 (Konvention über die internationale Verantwortlichkeit für Schäden, die durch Weltraumobjekte verursacht werden) und BGBl. (der Republik Österreich) 162/80 (Übereinkommen über die völkerrechtliche Haftung für Schäden durch Weltraumgegenstände). – (Generalversammlungsresolution 3235 (XXIX), Anhang); deutscher Wortlaut in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder, u.a.: BGBl. (der Bundesrepublik Deutschland) 1980 II S. 1169 (Übereinkommen über die Registrierung von in

(Fortsetzung auf S. 113)

3. *nimmt mit Dank Kenntnis* vom erfolgreichen Abschluß der vom 9. bis 21 August 1982 in Wien abgehalteten Zweiten Konferenz der Vereinten Nationen über die Erforschung und friedliche Nutzung des Weltraums[9];

4. *stellt fest*, daß der Unterausschuß Recht des Ausschusses für die friedliche Nutzung des Weltraums auf seiner einundzwanzigsten Tagung

a) seine Bemühungen um den Entwurf eines Grundsatzkatalogs zur Frage der rechtlichen Implikationen der Erdfernerkundung aus dem Weltraum fortgesetzt hat;

b) die Möglichkeit einer Ergänzung der Normen des Völkerrechts zur Frage des Einsatzes nuklearer Energieträger im Weltraum im Rahmen seiner Arbeitsgruppe behandelt hat;

c) seine Erörterung der Fragen der Definition und/oder Abgrenzung des Weltraums und der Weltraumaktivitäten fortgesetzt und dabei u.a. auch Fragen der geostationären Umlaufbahn berücksichtigt hat;

5. *beschließt*, daß der Unterausschuß Recht des Ausschusses für die friedliche Nutzung des Weltraums auf seiner zweiundzwanzigsten Tagung

a) seine eingehende Behandlung der rechtlichen Implikationen der Erdfernerkundung aus dem Weltraum vorrangig fortsetzen sollte, mit dem Ziel, den Entwurf eines Grundsatzkatalogs für die Erdfernerkundung auszuarbeiten;

b) die folgenden Fragen weiter behandeln sollte:

i) im Rahmen seiner Arbeitsgruppe die Frage der Möglichkeit einer Ergänzung der Normen des Völkerrechts im Hinblick auf den Einsatz nuklearer Energieträger im Weltraum;

ii) die mit der Definition und/oder Abgrenzung des Weltraums und der Weltraumaktivitäten zusammenhängenden Fragen, u.a. unter Berücksichtigung von Fragen im Zusammenhang mit der geostationären Umlaufbahn, wobei der Ausschuß genügend Zeit für eine eingehendere Behandlung dieser Frage aufwenden sollte;

6. *stellt fest*, daß der Unterausschuß Wissenschaft und Technik des Ausschusses für die friedliche Nutzung des Weltraums auf seiner neunzehnten Tagung

a) seine Behandlung der mit der Erdfernerkundung durch Satelliten zusammenhängenden Fragen fortgesetzt hat;

b) seine Behandlung des Programms der Vereinten Nationen für angewandte Weltraumtechnologie sowie der Koordinierung von Weltraumaktivitäten im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen fortgesetzt hat;

c) seine Prüfung des physikalischen Charakters und der technischen Merkmale der geostationären Umlaufbahn fortgesetzt hat;

d) seine Behandlung der technischen Aspekte und Sicherheitsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Nutzung von nuklearen Energieträgern im Weltraum fortgesetzt hat;

e) seine Behandlung der mit Weltraumtransportsystemen zusammenhängenden Fragen und deren Implikationen für künftige Weltraumaktivitäten fortgesetzt hat;

f) in seiner Eigenschaft als Beratender Ausschuß des Vorbereitungsausschusses die Vorbereitungsarbeiten für die Zweite Konferenz der Vereinten Nationen über die Erforschung und friedliche Nutzung des Weltraums fortgesetzt hat;

7. *schließt sich* der Empfehlung des Ausschusses für die friedliche Nutzung des Weltraums *an*, daß der Ausschuß Wissenschaft und Technik auf seiner zwanzigsten Tagung

a) folgende Fragen mit Vorrang behandeln sollte:

i) das Programm der Vereinten Nationen für angewandte Weltraumtechnologie und die Koordinierung der Weltraumaktivitäten im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen;

ii) die mit der Erdfernerkundung durch Satelliten zusammenhängenden Fragen;

iii) die Nutzung nuklearer Energieträger im Weltraum;

b) folgende Fragen behandeln sollte:

i) mit Weltraumtransportsystemen zusammenhängende Fragen und ihre Implikationen für künftige Weltraumaktivitäten;

ii) die Untersuchung des physikalischen Charakters und der technischen Merkmale der geostationären Umlaufbahn;

8. *billigt* das dem Auschuß für die friedliche Nutzung des Weltraums vom Sachverständigen für angewandte Weltraumtechnologie vorgeschlagene Programm der Vereinten Nationen für angewandte Weltraumtechnologie für 1983[10] sowie die Empfehlungen der Zweiten Konferenz der Vereinten Nationen über die Erforschung und friedliche Nutzung des Weltraums in bezug auf das Programm[11];

9. *ersucht* den Ausschuß für die friedliche Nutzung des Weltraums, sich – gegebenenfalls unter Heranziehung der Ratschläge, die seine beiden Unterausschüsse auf ihren kommenden Tagungen abgeben, – mit der Verwirklichung der Empfehlungen der Zweiten Konferenz der Vereinten Nationen über die Erforschung und friedliche Nutzung des Weltraums zu befassen, insbesondere mit der Rangordnung der Prioritäten und der Ausführung der von der Konferenz empfohlenen Studien;

10. *dankt* allen Regierungen sowie den Sonderorganisationen* und anderen internationalen Organisationen, die bei internationalen Schulungsseminaren und Fachtagungen über angewandte Weltraumtechnologie, insbesondere zugunsten der Entwicklungsländer, als Gastgeber fungiert, Stipendien bereitgestellt oder anderweitig bei der Veranstaltung geholfen haben;

11. *ersucht* die Sonderorganisationen* und anderen internationalen Organisationen, den Ausschuß für die friedliche Nutzung des Weltraums weiterhin zu unterstützen und gegebenenfalls die Zusammenarbeit mit ihm zu vertiefen sowie ihm Zwischenberichte über ihre

---

(Fortsetzung der Fußnote von S. 112)
den Weltraum gestarteten Gegenständen), GBl. (der Deutschen Demokratischen Republik) 1977 II Nr. 13 S. 279 (Konvention über die Registrierung von in den Weltraum entsandten Objekten), BGBl. (der Republik Österreich) 163/80 (Übereinkommen über die Registrierung von in den Weltraum gestarteten Gegenständen). – Übereinkommen zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten auf dem Mond und anderen Himmelskörpern (Generalversammlungsresolution 34/68, Anhang).

[9] Vgl. *Report of the Second United Nations Conference on the Exploration and Peaceful Uses of Outer Space, Vienna, 9-21 August 1982* (A/CONF.101/10 mit Korr. 1 und 2)

* Vgl. die Fußnote auf S. 108

[10] A/AC.105/302, Abschnitt III

[11] Vgl. *Report of the Second United Nations Conference on the Exploration and Peaceful Uses of Outer Space, Vienna, 9-21 August 1982* (A/CONF.101/10 mit Korr. 1 und 2), Ziffer 429 und 430

Arbeit im Bereich der friedlichen Nutzung des Weltraums zu übermitteln;

12. *ersucht* den Ausschuß für die friedliche Nutzung des Weltraums, im Einklang mit der vorliegenden Resolution und früheren Resolutionen der Generalversammlung seine Arbeit fortzusetzen, gegebenenfalls neue Projekte im Bereich der Weltraumaktivitäten in Erwägung zu ziehen und der Versammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung einen Bericht vorzulegen, der auch seine Ansichten darüber enthält, welche Themen in Zukunft zu untersuchen wären.

100. Plenarsitzung
10. Dezember 1982

37/90 – Zweite Konferenz der Vereinten Nationen über die Erforschung und friedliche Nutzung des Weltraums

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 33/16 vom 10. November 1978, 34/67 vom 5. Dezember 1979, 35/15 vom 3. November 1980 und 36/36 vom 18. November 1981 über die Einberufung sowie die Vorbereitung der Zweiten Konferenz der Vereinten Nationen über die Erforschung und friedliche Nutzung des Weltraums, die vom 9. bis 21. August 1982 in Wien abgehalten worden its,

in Bekräftigung der Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit bei der Erforschung und friedlichen Nutzung des Weltraums,

in Bekräftigung der Bedeutung, die der internationalen Zusammenarbeit beim Ausbau von Recht und Gesetz für die Förderung und Absicherung der Erforschung und friedlichen Nutzung des Weltraums zukommt,

zutiefst besorgt angesichts des Übergreifens des Wettrüstens auf den Weltraum,

im Bewußtsein der Notwendigkeit, die Vorteile aus der Weltraumtechnologie und ihren Anwendungen zu mehren und zum geordneten Wachstum der Weltraumaktivitäten zugunsten des sozio-ökonomischen Fortschritts der Menschheit, insbesondere zugunsten der Völker der Entwicklungsländer, beizutragen,

unter Berücksichtigung neuer Entwicklungen in der Weltraumwissenschaft und -technologie, die für das kommende Jahrzehnt vorausgesagt und ins Auge gefaßt werden, sowie unter Berücksichtigung der sich daraus ergebenden neuen Anwendungsmöglichkeiten, ihres potentiellen Nutzens und ihrer möglichen Auswirkungen auf die Entwicklung der einzelnen Staaten und die internationale Zusammenarbeit,

im Bewußtsein der Notwendigkeit, die Weltraumtechnologie und ihre Anwendungsmöglichkeiten stärker ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu rücken,

in dem Wunsche, die Wirksamkeit der Koordinierungsrolle der Vereinten Nationen zu stärken, die hervorragend dazu geeignet ist, den Entwicklungsländern größere internationale Unterstützung und Hilfe auf dem Gebiet der Erforschung und friedlichen Nutzung des Weltraums zu verschaffen,

mit dem Ausdruck ihrer Befriedigung über die erfolgreiche Vorbereitung der Konferenz durch den Ausschuß für die friedliche Nutzung des Weltraums in seiner Eigenschaft als Vorbereitungsausschuß für die Konferenz und durch dessen Unterausschuß Wissenschaft und Technik in seiner Eigenschaft als Beratender Ausschuß sowie durch das Konferenzsekretariat,

in Kenntnisnahme des Berichts der Zweiten Konferenz der Vereinten Nationen über die Erforschung und friedliche Nutzung des Weltraums[12],

1. *spricht* der Regierung und dem Volk von Österreich *ihre Anerkennung und ihren Dank* für die ausgezeichneten Einrichtungen und Dienste sowie die großzügige Gastfreundschaft *aus*, die sie der Zweiten Konferenz der Vereinten Nationen über die Erforschung und friedliche Nutzung des Weltraums gewährt haben;

2. *billigt* die im Bericht der Konferenz enthaltenen Empfehlungen für die internationale Zusammenarbeit bei der Erforschung und friedlichen Nutzung des Weltraums[13];

3. *bittet* alle Regierungen, wirksame Maßnahmen zur Durchführung der Empfehlungen der Konferenz zu ergreifen;

4. *bittet* alle Mitgliedstaaten, insbesondere diejenigen mit bedeutenden Kapazitäten auf dem Gebiet der Raumfahrt, als Grundvoraussetzung für die Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums zu friedlichen Zwecken aktiv zum Ziel der Verhütung eines Rüstungswettlaufs im Weltraum beizutragen;

5. *ersucht* alle Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen und alle anderen zwischenstaatlichen Organisationen, die sich mit dem Weltraum oder mit diesem zusammenhängenden Gebieten befassen, bei der Durchführung der Empfehlungen der Konferenz mitzuarbeiten;

6. *nimmt Kenntnis* von den Empfehlungen der Konferenz in bezug auf Studienprojekte[14] und bittet alle Sonderorganisationen* und anderen in Frage kommenden zwischenstaatlichen Organisationen, im Rahmen ihres Zuständigkeitsbereichs zur Ausarbeitung dieser Studien beizutragen;

7. *beschließt* aufgrund der Empfehlungen der Konferenz[15], daß das Programm der Vereinten Nationen für angewandte Weltraumtechnologie auf folgende Ziele gerichtet sein sollte:

a) Förderung eines größeren Austausches tatsächlicher Erfahrungen in konkreten Anwendungsbereichen;

b) Förderung einer engeren Zusammenarbeit im Bereich Weltraumwissenschaft und -technologie zwischen entwickelten Ländern und Entwicklungsländern sowie zwischen den Entwicklungsländern;

c) Aufbau eines Stipendienprogramms für die gründliche Ausbildung von Weltraumtechnikern und Fachleuten für angewandte Weltraumtechnologie mit Hilfe der Mitgliedstaaten und der in diesem Bereich tätigen internationalen Organisationen sowie Zusammenstellung und regelmäßige Aktualisierung von Verzeichnissen der verfügbaren Stipendien in allen Staaten und bei den in diesem Bereich tätigen internationalen Organisationen;

d) regelmäßige Veranstaltung von für Manager und Führungskräfte im Bereich angewandte Weltraumtechnologie und Entwicklung neuer Technologien bestimmten Seminaren sowie von Seminaren von jeweils angemessener Dauer für die Benutzer bestimmter Anwendungsformen;

---

* Vgl. die Fußnote auf S. 108

[12] *Ebd.* (A/CONF.101/10 mit Korr. 1 und 2)
[13] *Ebd.*, Ziffer 361
[14] *Ebd.*, Ziffer 428
[15] *Ebd.*, Ziffer 430

e) mit Unterstützung anderer Organisationen der Vereinten Nationen und/oder Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen oder Mitglieder der Sonderorganisationen*, soweit möglich, Anregungen für das Entstehen einheimischer Zentren für die Weltraumtechnologie und einer autonomen Basis für die Weltraumtechnologie in Entwicklungsländern;

f) mit Hilfe von Arbeitstreffen und Seminaren Verbreitung von Informationen über neue und hochentwickelte Technologien und Anwendungsmöglichkeiten, unter besonderer Betonung der Bedeutung dieser Technologien für die Entwicklungsländer und ihre Auswirkungen auf diese;

g) auf Ersuchen von Mitgliedstaaten oder irgendeiner der Sonderorganisationen* Bereitstellung oder Vorkehrungen für die Bereitstellung technischer Beratungsdienste für Projekte der angewandten Weltraumtechnologie;

8. *beschließt*, einen Internationalen Weltrauminformationsdienst zu gründen, der zunächst von einem Verzeichnis von Informationsquellen und Datendiensten ausgeht und der auf Anfrage über zugängliche Datenbänke und Informationsquellen Auskunft gibt;

9. *ersucht* den Generalsekretär, die zum Sekretariat gehörende Abteilung Weltraumfragen durch eine angemessene Aufstockung des Fachpersonals zu stärken und beschließt auf Empfehlung der Konferenz[16], daß alle in dieser Resolution erwähnten neuen oder erweiterten Aktivitäten vor allem aus freiwilligen Geld- oder Sachbeiträgen der Staaten sowie durch die Neuordnung der Prioritäten innerhalb des nächsten ordentlichen Haushalts der Vereinten Nationen finanziert werden sollen;

10. *appelliert* an alle Regierungen, freiwillige Geld- oder Sachbeiträge zur Ausführung der Empfehlungen der Konferenz zu leisten;

11. *billigt* die Empfehlungen der Konferenz hinsichtlich der Einrichtung und des Ausbaus regionaler Kooperationsmechanismen und ihrer Förderung bzw. Schaffung auf dem Weg über das System der Vereinten Nationen;[17]

12. *betont*, daß alle Gremien der Vereinten Nationen, die sich mit dem Weltraum oder mit diesem zusammenhängenden Aktivitäten befassen, untereinander eng zusammenarbeiten müssen und eine enge Zusammenarbeit mit internationalen Finanzierungsorganisationen und mit Nebenorganen wie z.B. dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen anstreben sollten;

13. *ersucht* den Generalsekretär, dafür zu sorgen, daß der Konferenzbericht zugänglich gemacht und angemessen verbreitet wird;

14. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung über die Verwirklichung dieser Resolution zu berichten.

100. Plenarsitzung
10. Dezember 1982

37/91 – Frage der Überprüfung des Übereinkommens über die völkerrechtliche Haftung für Schäden durch Weltraumgegenstände

Die Generalversammlung,

in Bekräftigung der Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Erforschung und friedlichen Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper, sowie der Förderung von Recht und Gesetz in diesem Bereich menschlicher Aktivität,

mit Dank Kenntnis nehmend von der Arbeit des Ausschusses für die friedliche Nutzung des Weltraums, insbesondere von der Arbeit seines Unterausschusses Recht,

in Anerkennung dessen, daß angesichts der beträchtlichen Zunahme der Weltraumaktivitäten wirksame internationale Normen und Verfahren in bezug auf die Haftung für Schäden durch Weltraumgegenstände nach wie vor von großer Wichtigkeit sind,

nach Prüfung des Übereinkommens über die völkerrechtliche Haftung für Schäden durch Weltraumgegenstände[18],

mit Befriedigung davon Kenntnis nehmend, daß das Übereinkommen bisher von 72 Staaten unterzeichnet und von 62 Staaten ratifiziert wurde,

1. *bekräftigt* die Bedeutung des Übereinkommens über die völkerrechtliche Haftung für Schäden durch Weltraumgegenstände;

2. *bittet* alle Staaten, die dies noch nicht getan haben, die Ratifizierung des Übereinkommens oder den Beitritt zu ihm dringend in Erwägung zu ziehen.

100. Plenarsitzung
10. Dezember 1982

37/92 – Grundsätze zur Regelung des Einsatzes künstlicher Erdsatelliten für die internationale Fernsehdirektübertragung durch Staaten

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 2916 (XXVII) vom 9. November 1972, in der sie die Notwendigkeit betonte, im Hinblick auf den Abschluß eines oder mehrerer internationaler Übereinkommen Grundsätze zur Regelung des Einsatzes künstlicher Erdsatelliten für die Fernsehdirektübertragung durch Staaten auszuarbeiten,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3182 (XXVIII) vom 18. Dezember 1973, 3234 (XXIX) vom 12. November 1974, 3388 (XXX) vom 18. November 1975, 31/8 vom 8. November 1976, 32/196 vom 20. Dezember 1977, 33/16 vom 10. November 1978, 34/66 vom 5. Dezember 1979, 35/14 vom 3. November 1980 und 36/35 vom 18. November 1981, in der sie beschloß, auf ihrer siebenunddreißigsten Tagung die Verabschiedung des Entwurfs eines Prinzipienkatalogs zur Regelung des Einsatzes künstlicher Erdsatelliten für die internationale Fernsehdirektübertragung durch Staaten zu erwägen,

mit Dank für die Bemühungen des Ausschusses für die friedliche Nutzung des Weltraums und seines Unterausschusses Recht um die Ausführung der in ihren obengenannten Resolutionen aufgestellten Richtlinien,

in Anbetracht dessen, daß mehrere Experimente zur Fernsehdirektübertragung durch Satelliten durchgeführt wurden und daß in einigen Ländern mehrere Systeme zur Direktübertragung durch Satelliten einsatzfähig sind

* Vgl. die Fußnote auf S. 108

[16] *Ebd.*, Ziffer 423

[17] *Ebd.*, Ziffer 353

[18] Generalversammlungsresolution 2777 (XXVI), Anhang; deutscher Wortlaut in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder: BGBl. (der Bundesrepublik Deutschland) 1975 II, S. 1209 (Übereinkommen über die völkerrechtliche Haftung für Schäden durch Weltraumgegenstände), GBl. (der Deutschen Demokratischen Republik) 1973 II Nr. 3 S. 21 (Konvention über die internationale Verantwortung für Schäden, die durch Weltraumobjekte verursacht werden) und BGBl. (der Republik Österreich) 162/80 (Übereinkommen über die völkerrechtliche Haftung für Schäden durch Weltraumgegenstände).

und schon in allernächster Zeit kommerziell genutzt werden können,

unter Berücksichtigung dessen, daß der Einsatz von Satelliten zur internationalen Fernsehdirektübertragung weltweit bedeutsame politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Auswirkungen haben wird,

in der Überzeugung, daß die Aufstellung von Grundsätzen für die internationale Fernsehdirektübertragung zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet und zur Förderung der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen beitragen wird,

verabschiedet die im Anhang zu dieser Resolution enthaltenen Grundsätze zur Regelung des Einsatzes künstlicher Erdsatelliten für die internationale Fernsehdirektübertragung durch Staaten.

100. Plenarsitzung
10. Dezember 1982

ANHANG

Grundsätze zur Regelung des Einsatzes künstlicher Erdsatelliten für die internationale Fernsehdirektübertragung durch Staaten

A. *Ziele*

1. Aktivitäten im Bereich der internationalen Fernsehdirektübertragung durch Satelliten sollten so durchgeführt werden, daß sie mit den in den einschlägigen Instrumenten der Vereinten Nationen verankerten souveränen Rechten der Staaten, darunter auch mit dem Grundsatz der Nichteinmischung sowie mit dem Recht eines jeden vereinbar sind, Informationen und Ideen nachzugehen, diese zu erhalten und weiterzugeben.

2. Diese Aktivitäten sollten die freie Verbreitung und den Austausch von Informationen und Kenntnissen im wissenschaftlichen und kulturellen Bereich fördern, zur bildungsmäßigen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung vor allem der Entwicklungsländer beitragen, die Lebensqualität aller Völker erhöhen und unter gebührender Achtung der politischen und kulturellen Integrität der Staaten Unterhaltung und Erholung bieten.

3. Diese Aktivitäten sollten daher so ausgeführt werden, daß sie mit der Entwicklung des Verständnisses füreinander und mit der Festigung der freundschaftlichen Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen allen Staaten und Völkern im Interesse der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit vereinbar sind.

B. *Anwendbarkeit des Völkerrechts*

4. Aktivitäten auf dem Gebiet der internationalen Fernsehdirektübertragung durch Satelliten sollten im Einklang mit dem Völkerrecht durchgeführt werden, so u.a. mit der Charta der Vereinten Nationen, dem Vertrag über Grundsätze zur Regelung der Tätigkeit von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper[19] vom 27. Januar 1967, den einschlägigen Bestimmungen des Internationalen Fernmeldevertrags und der dazugehörigen Vollzugsordnung für den Funkdienst sowie den einschlägigen Bestimmungen internationaler Instrumente über freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen Staaten und über Menschenrechte.

C. *Rechte und Vorteile*

5. Jeder Staat hat das gleiche Recht, auf dem Gebiet der internationalen Fernsehdirektübertragung durch Satelliten tätig zu sein und unter seiner Jurisdiktion stehende natürliche und juristische Personen hierzu zu ermächtigen. Alle Staaten und Völker haben Anspruch auf die Vorteile aus diesen Aktivitäten und sollten in den Genuß dieser Vorteile kommen. Alle Staaten sollten ohne Diskriminierung und auf der Grundlage von Bedingungen, die von allen Beteiligten gemeinsam vereinbart werden, Zugang zur Technologie in diesem Bereich haben.

D. *Internationale Zusammenarbeit*

6. Aktivitäten auf dem Gebiet der internationalen Fernsehdirektübertragung durch Satelliten sollten auf internationaler Zusammenarbeit beruhen und diese fördern. Eine solche Zusammenarbeit sollte Gegenstand entsprechender Vereinbarungen sein. Die Bedürfnisse der Entwicklungsländer im Hinblick auf die Nutzung der internationalen Fernsehdirektübertragung durch Satelliten zur Beschleunigung ihrer nationalen Entwicklung sollten besonders beachtet werden.

E. *Friedliche Beilegung von Streitigkeiten*

7. Alle internationalen Streitigkeiten, die sich unter Umständen aus Aktivitäten ergeben, für die diese Grundsätze gelten, sollten mit Hilfe der üblichen Verfahren für die friedliche Streitbeilegung geregelt werden, auf die sich die Streitparteien im Einklang mit den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen geeinigt haben.

F. *Verantwortlichkeit der Staaten*

8. Die Staaten sollten für von ihnen oder unter ihrer Jurisdiktion ausgeführte Aktivitäten auf dem Gebiet der internationalen Fernsehdirektübertragung durch Satelliten und für die Übereinstimmung all dieser Aktivitäten mit den in diesem Dokument niedergelegten Grundsätzen international verantwortlich sein.

9. Wird die internationale Fernsehdirektübertragung durch Satelliten von einer internationalen zwischenstaatlichen Organisation durchgeführt, so sollte die im vorstehenden Absatz genannte Verantwortlichkeit sowohl von der Organisation selbst als auch von den ihr angeschlossenen Staaten getragen werden.

G. *Recht und Pflicht zur Konsultation*

10. Jeder an einem zwischen Staaten eingerichteten Satellitendienst zur internationalen Fernsehdirektübertragung beteiligte Sende- oder Empfängerstaat sollte auf Ersuchen eines anderen Sende- oder Empfängerstaates desselben Dienstes mit dem betreffenden Staat unverzüglich Konsultationen über seine Aktivitäten auf dem Gebiet der internationalen Fernsehdirektübertragung durch Satelliten aufnehmen, unbeschadet anderer Konsultationen, die diese Staaten unter Umständen mit irgendeinem anderen Staat zu dieser Frage führen.

H. *Urheberrechte und verwandte Rechte*

11. Unbeschadet der einschlägigen Bestimmungen des Völkerrechts sollten die Staaten zum Schutz der Urheberrechte und verwandten Rechte bilateral und multilateral zusammenarbeiten, indem die beteiligten Staaten bzw. die unter ihrer Jurisdiktion handelnden zuständigen Rechtskörperschaften geeignete Vereinbarungen abschließen. Bei dieser Zusammenarbeit sollten sie den Interessen der Entwicklungsländer an der Nutzung der Fernsehdirektübertragung zur Beschleunigung ihrer nationalen Entwicklung besondere Beachtung schenken.

I. *Notifizierung der Vereinten Nationen*

12. Zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Erforschung und Nutzung des Weltraums sollten Staaten, die Aktivitäten im Bereich der internationalen Fernsehdirektübertragung durch Satelliten durchführen oder genehmigen, den Generalsekretär der Vereinten Nationen soweit irgend möglich über die Art dieser Aktivitäten informieren. Nach Erhalt dieser Informationen sollte der Generalsekretär der Vereinten Nationen diese unverzüglich und wirksam an die in Frage kommenden Sonderorganisationen* der Vereinten Nationen sowie an die Öffentlichkeit und die internationale wissenschaftliche Welt weiterleiten.

[19] Resolution 2222 (XXI), Anhang; deutscher Wortlaut in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder, u.a. BGBl. (der Bundesrepublik Deutschland) 1969 II S.1969 (Vertrag über die Grundsätze der Regelung der Tätigkeiten von Staaten bei der Erforschung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper), GBl. (der Deutschen Demokratischen Republik) 1968 I Nr. 5 S. 23 (Vertrag über die Prinzipien für die Tätigkeit der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper), BGBl. (der Republik Österreich) 103/68 (Vertrag über die Erforschung und Nutzung des Weltraums, einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper).

* Vgl. die Fußnote auf S. 108

J. Konsultationen und Übereinkommen zwischen Staaten

13. Ein Staat, der beabsichtigt, einen Satellitendienst zur internationalen Fernsehdirektübertragung einzurichten bzw. eine entsprechende Genehmigung zu erteilen, unterrichtet unverzüglich den oder die vorgesehenen Empfängerstaaten von seiner Absicht und nimmt mit jedem dieser Staaten, der ihn darum ersucht, umgehend Konsultationen auf.

14. Ein Satellitendienst zur internationalen Fernsehdirektübertragung wird nur nach Erfüllung der in Ziffer 1 festgelegten Voraussetzungen und auf der Grundlage von Übereinkommen und/oder Vereinbarungen eingerichtet, die den einschlägigen Instrumenten der Internationalen Fernmeldeunion entsprechen und mit den vorliegenden Grundsätzen im Einklang stehen.

15. In bezug auf den unvermeidlichen Strahlungsüberschuß des Satellitensignals gelten ausschließlich die einschlägigen Instrumente der Internationalen Fernmeldeunion.

37/93 – Umfassende Überprüfung aller Aspekte des gesamten Problems der Friedenssicherungsmaßnahmen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 2006 (XIX) vom 18. Februar 1965, 2053 A(XX) vom 15. Dezember 1965, 2249 (S-V) vom 23. Mai 1967, 2308 (XXII) vom 13. Dezember 1967, 2451 (XXIII) vom 19. Dezember 1968, 2670 (XXV) vom 8. Dezember 1970, 2835 (XXVI) vom 17. Dezember 1971, 2965 (XXVII) vom 13. Dezember 1972, 3091 (XXVIII) vom 7. Dezember 1973, 3239 (XXIX) vom 29. November 1974, 3457 (XXX) vom 10. Dezember 1975, 31/105 vom 15. Dezember 1976, 32/106 vom 15. Dezember 1977, 33/114 vom 18. Dezember 1978, 34/53 vom 23. November 1979, 35/121 vom 1. Dezember 1980 und 36/37 vom 18. November 1981,

in Erwartung des Berichts des Sonderausschusses für Friedenssicherungsmaßnahmen an die achtunddreißigste Tagung der Generalversammlung,

in Erwartung des Berichts des Sonderausschusses für Friedenssicherungsmaßnahmen an die achtunddreißigste Tagung der Generalversammlung,

1. *bekräftigt* das Mandat, das dem Sonderausschuß für Friedenssicherungsmaßnahmen mit den diesbezüglichen Resolutionen der Generalversammlung erteilt wurde;

2. *beschließt* die Aufnahme des Punkts "Umfassende Überprüfung aller Aspekte des gesamten Problems der Friedenssicherungsmaßnahmen" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

100. Plenarsitzung
10. Dezember 1982

37/94 – Fragen aus dem Informationsbereich

A

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 34/181 und 34/182 vom 18. Dezember 1979, 35/201 vom 16. Dezember 1980 und 36/149 A vom 16. Dezember 1981,

unter Hinweis auf die einschlägigen Bestimmungen der Erklärung von Mexiko-Stadt über Kulturpolitik[20], die von der vom 26. Juli bis 6. August 1982 in Mexiko-Stadt durchgeführten Weltkonferenz über Kulturpolitik verabschiedet wurde,

unter Hinweis auf die einschlägigen Bestimmungen der Schlußerklärung der vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna abgehaltenen Sechsten Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs nichtgebundener Länder[21], in der betont wurde, daß die Zusammenarbeit im Informationsbereich ein integrierender Bestandteil des Kampfes um die Schaffung einer neuen Weltinformationsordnung sei, der Erklärung der vom 9. bis 13. Februar 1981 in Neu-Delhi abgehaltenen Außenministerkonferenz nichtgebundener Länder[22] und der Fünften und Sechsten Tagung des Zwischenstaatlichen Rats der Informationsminister nichtgebundener Länder vom Mai 1981 in Georgetown bzw. Juni 1982 in Valletta,

unter Hinweis auf die einschlägigen Resolutionen der vom 24. bis 27. Juni 1981 in Nairobi abgehaltenen achtzehnten ordentlichen Tagung der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation der afrikanischen Einheit[23],

unter Hinweis auf Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[24], der vorsieht, daß jeder Mensch das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung hat und daß dieses Recht die Freiheit einschließt, unbelästigt seine Meinung zu vertreten und mit allen Medien sowie ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Ideen nachzugehen, diese zu erhalten und zu verbreiten, sowie unter Hinweis auf Artikel 29, nach dem diese Rechte und Freiheiten in keinem Fall im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen ausgeübt werden dürfen,

unter Hinweis auf die einschlägigen Bestimmungen der am 1. August 1975 in Helsinki unterzeichneten Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa,

ferner unter Hinweis auf die einschlägigen Bestimmungen der Erklärung über die Vorbereitung der Menschen und Völker auf ein Leben in Frieden[25],

unter Hinweis auf die Resolutionen 4/19 und 4/21 der vom 23. September bis 28. Oktober 1980 in Belgrad abgehaltenen einundzwanzigsten Tagung der Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur[26],

in der Auffassung, daß die Publikation des Schlußberichts der Internationalen Kommission für die Untersuchung von Kommunikationsproblemen[27] einen wertvollen Beitrag zur Untersuchung von Informations- und Kommunikationsproblemen darstellt und daß die darin enthaltenen Empfehlungen ferner eine wichtige Anregung zur weiteren Prüfung, Analyse und Untersuchung von Informations- und Kommunikationsproblemen darstellen,

in der Auffassung, daß die internationale Zusammenarbeit bei der Entwicklung des Kommunikationswesens auf Gleichheit, Gerechtigkeit, gegenseitigem Vorteil und den Grundsätzen des Völkerrechts gegründet sein sollte,

in dem Bewußtsein, daß die Entwicklung von Infrastrukturen im Kommunikationsbereich, darunter auch die Entwicklung der nationalen und regionalen Kapazi-

[20] Vgl. A/37/453 mit Korr.1, Anhang, Ziffer 40-42

[21] Vgl. A/34/542, Anhang, Abschnitt I, Ziffer 280-299
[22] Vgl. A/36/116 mit Korr.1, Anhang
[23] Vgl. A/36/534, Anhang II
[24] Resolution 217 A (III)
[25] Resolution 33/73
[26] Vgl. Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, *Records of the General Conference, Twenty-first Session, Vol.1, Resolutions*, Abschnitt III
[27] Von der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur unter dem Titel "Many Voices, One World" veröffentlicht

tät zur Produktion und Verbreitung einheimischer Nachrichten, ein bedeutsamer Faktor für die echte Mitwirkung der großen Mehrheit der Entwicklungsländer am internationalen Austausch ist,

in Anerkennung der zentralen Rolle, die der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur im Rahmen ihres Mandats auf dem Gebiet des Kommunikations- und Informationswesens zukommt, sowie in Anerkennung der Fortschritte der UNESCO auf diesem Gebiet,

1. *nimmt mit Genugtuung Kenntnis* vom Bericht des Generaldirektors der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur über die Durchführung des Internationalen Programms für die Entwicklung des Kommunikationswesens und die Errichtung einer neuen Weltinformations- und Kommunikationsordnung[28];

2. *unterstreicht* die Bedeutung der Bemühungen um die Anwendung der Grundsätze der am 28. November 1978 von der Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur verabschiedeten Erklärung über die Grundprinzipien für den Beitrag der Massenmedien zur Stärkung des Friedens und der internationalen Verständigung, zur Förderung der Menschenrechte und zur Bekämpfung von Rassismus, Apartheid und Kriegshetze[29];

3. *fordert* alle Mitgliedstaaten, alle Organisationen des Systems der Vereinten Nationen sowie die internationalen, staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen und Berufsverbände im Bereich des Kommunikationswesens auf, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die Probleme, die der Forderung nach der Entwicklung von Kommunikationskapazitäten in den Entwicklungsländern als Schritt auf dem Weg zur Errichtung einer neuen Weltinformations- und kommunikationsordnung zugrunde liegen, besser bekannt zu machen;

4. *ist der Auffassung*, daß das Internationale Programm für die Entwicklung des Kommunikationswesens einen bedeutsamen Schritt auf dem Wege zur Errichtung einer neuen Weltinformations- und -kommunikationsordnung darstellt und begrüßt die von der zweiten Tagung des Zwischenstaatlichen Programmrats in Acapulco (Mexiko) vom 18. bis 25. Januar 1982 gefaßten Beschlüsse;

5. *nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis*, daß die Vereinten Nationen, die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur und alle anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, insbesondere die Internationale Fernmeldeunion, bei der Verwirklichung des Programms zusammenarbeiten;

6. *dankt* allen Mitgliedstaaten, die zur Durchführung des Programms Beiträge geleistet bzw. zugesagt haben;

7. *fordert* die Mitgliedstaaten – entwickelte Länder wie Entwicklungsländer gleichermaßen –, die Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen sowie andere zwischenstaatliche Organisationen und in Frage kommende öffentliche oder private Unternehmen *auf*, den Appellen des Generaldirektors der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur nachzukommen und Beiträge zu dem Programm zu leisten, da für seine Durchführung unbedingt zusätzliche Ressourcen nötig sind;

8. *ist der Auffassung*, daß das vorgeschlagene und von der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur in Zusammenarbeit mit INTELSAT und INTERSPUTNIK geplante und vom Programm unterstützte Weltweite Satellitenprojekt zur Verbreitung und zum Austausch von Informationen einen positiven Schritt in Richtung auf eine Verminderung des bestehenden Ungleichgewichts im weltweiten Informationsfluß darstellt;

9. *fordert* die Mitgliedstaaten *auf*, positiv auf die von der einundzwanzigsten Tagung der Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur verabschiedete Resolution 4/22 über die Herabsetzung der Fernmeldetarife für den Nachrichtenaustausch[26] zu reagieren;

10. *bittet* den Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur um Fortsetzung seiner Bemühungen im Bereich Information und Kommunikation und um Vorlage eines umfassenden Berichts an die achtunddreißigste Tagung der Generalversammlung über die Durchführung des Programms, über die Aktivitäten im Zusammenhang mit der Errichtung einer neuen Weltinformations- und -kommunikationsordnung sowie – in Zusammenarbeit mit der Internationalen Fernmeldeunion – über die Auswirkungen der derzeitigen technischen Entwicklungen und Praktiken und ihrer Anwendung auf den Informations- und Kommunikationssektor, vor allem in den Entwicklungsländern und bittet ihn, hierbei u.a. an die bevorstehenden Tagungen der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur zu diesem Thema zu denken.

100. Plenarsitzung
10. Dezember 1982

B

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3535 (XXX) vom 17. Dezember 1975, 31/139 von 16. Dezember 1976, 33/115 A bis C vom 18. Dezember 1978, 34/181 und 34/182 vom 18. Dezember 1979, 35/201 vom 16. Dezember 1980 sowie 36/149 B vom 16. Dezember 1981 über Fragen aus dem Informationsbereich,

unter Hinweis auf Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[22], der vorsieht, daß jeder Mensch das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung hat und daß dieses Recht die Freiheit einschließt, unbelästigt seine Meinung zu vertreten und mit allen Medien sowie ohne Rücksicht auf Grenzen Information und Ideen nachzugehen, diese zu erhalten und zu verbreiten, sowie unter Hinweis auf Artikel 29, nach dem diese Rechte und Freiheiten in keinem Fall im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen ausgeübt werden dürfen,

ferner unter Hinweis auf Artikel 19 und 20 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte[30],

unter Hinweis auf die einschlägigen Bestimmungen der Schlußerklärung der vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna abgehaltenen Sechsten Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs nichtgebundener Länder[21], in der betont wurde, daß die Zusammenarbeit im Informationsbereich ein integrierender Bestandteil des Kampfes

[28] A/37/453 mit Korr.1, Anhang

[29] Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, *Records of the General Conference, Twentieth Session*, Vol. 1, *Resolutions*, S.100-104

[30] Resolution 2200 A (XXI), Anhang

um die Errichtung einer neuen Weltinformationsordnung sei, sowie auf die Erklärung der vom 9. bis 13. Februar 1981 in Neu-Delhi abgehaltenen Außenministerkonferenz nichtgebundener Länder[22] sowie der Erklärung der Fünften und Sechsten Tagung des Zwischenstaatlichen Rats der Informationsminister nichtgebundener Länder vom Mai 1981 in Georgetown bzw. vom Juni 1982 in Valletta,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) vom 1. Mai 1974 mit der Erklärung und dem Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, 3281 (XXIX) vom 12. Dezember 1974 mit der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten sowie 3362 (S-VII) vom 16. September 1975 über Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit,

unter Hinweis auf die Erklärung der Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur vom 28. November 1978 über die Grundprinzipien für den Beitrag der Massenmedien zur Stärkung des Friedens und der internationalen Verständigung, zur Förderung der Menschenrechte und zur Bekämpfung von Rassismus, Apartheid und Kriegshetze[30] sowie unter Hinweis auf die einschlägigen Resolutionen der neunzehnten, zwanzigsten, einundzwanzigsten und zweiundzwanzigsten Tagung der Generalkonferenz über Information und Massenkommunikation,

unter Hinweis auf die am 1. August 1975 in Helsinki unterzeichnete Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa,

unter Hinweis auf die einschlägigen Bestimmungen der Erklärung über die Vorbereitung der Menschen und Völker auf ein Leben in Frieden[25],

ferner unter Hinweis auf die einschlägigen Empfehlungen und Bestimmungen der Erklärungen, die von dem vom 7. bis 11. Juni 1982 in London durchgeführten Weltkongreß des Buches und von der vom 26. Juli bis 6. August 1982 in Mexiko-Stadt veranstalteten Weltkonferenz über Kulturpolitik verabschiedet wurden,

im Bewußtsein dessen, daß alle an der Errichtung einer neuen Weltinformations- und -kommunikationsordnung mitwirken müssen, die u.a. vom freien Informationsfluß und einer umfassenderen und ausgewogeneren Verbreitung von Informationen, die die Vielfalt der Informationsquellen und den freien Zugang zu Informationen gewährleistet, sowie insbesondere von der dringenden Notwendigkeit ausgeht, die Abhängigkeit der Entwicklungsländer im Bereich der Information und Kommunikation zu überwinden, und die ferner auf die Förderung des Friedens und der internationalen Verständigung abzielt,

erneut erklärend, daß die Errichtung einer neuen Weltinformations- und -kommunikationsordnung mit der neuen internationalen Wirtschaftsordnung verknüpft ist und einen integrierenden Bestandteil des internationalen Entwicklungsprozesses darstellt,

unter Betonung der bedeutenden Rolle, die der Öffentlichkeitsarbeit zukommt, wenn es darum geht, das Verständnis und die Unterstützung für die Errichtung der neuen internationalen Wirtschaftsordnung und der internationalen Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung zu fördern,

unter Betonung der Rolle, die der Öffentlichkeitsarbeit zukommt, wenn es darum geht, die Unterstützung für universelle Abrüstung zu fördern und einem möglichst breiten Publikum den Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung in zunehmendem Maße bewußt zu machen,

in Bekräftigung der führenden Rolle der Generalversammlung bei der Ausarbeitung, Koordinierung und Harmonisierung der Informationspolitik der Vereinten Nationen und in Anerkennung der zentralen und wichtigen Rolle der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur im Informations- und Kommunikationsbereich,

unter Betonung der Tatsache, daß die einzelnen Aktivitäten im Bereich der Information und der Kommunikation einander ergänzen und daß die Kooperation und Koordination zwischen den Organen, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen, die sich mit verschiedenen Aspekten der Information und Kommunikation befassen, verstärkt werden müssen,

unter Betonung der Tatsache, daß das Internationale Programm für die Entwicklung des Kommunikationswesens, das einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Entwicklung der Infrastrukturen des Kommunikationswesens in den Entwicklungsländern darstellt, ihre uneingeschränkte Unterstützung genießt,

mit dem Ausdruck ihrer Befriedigung über die Arbeit des Informationsausschusses, die im Bericht des Ausschusses an die siebenunddreißigste Tagung der Generalversammlung geschildert wird[31],

mit dem Ausdruck des Dankes an den Gemeinsamen Informationsausschuß der Vereinten Nationen für seine Bemühungen um eine bessere Koordinierung der Informationsarbeit der verschiedenen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen,

mit Befriedigung Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs über Fragen aus dem Informationsbereich[32],

ferner mit Befriedigung Kenntnis nehmend vom Bericht des Generaldirektors der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur[26],

1. *billigt* den Bericht des Informationsausschusses sowie alle seine Empfehlungen und bittet eindringlich um ihre uneingeschränkte Durchführung;

2. *bekräftigt* das dem Informationsausschuß mit Generalversammlungsresolution 34/182 übertragene Mandat, dem zufolge dieser die Aufgabe hat,

a) die Informationspolitik und Informationstätigkeit der Vereinten Nationen weiterhin zu überprüfen und dabei die Entwicklung der internationalen Beziehungen, vor allem in den letzten beiden Jahrzehnten, und die sich aus der Errichtung der neun Internationalen Wirtschaftsordnung und einer neuen Weltinformations- und -kommunikationsordnung ergebenden Forderungen zu berücksichtigen;

b) die bisherigen Bemühungen des Systems der Vereinten Nationen im Bereich Information und Kommunikation und die dabei erzielten Fortschritte zu bewerten und weiterführende Maßnahmen zu ergreifen;

c) die Errichtung einer neuen, gerechteren und wirksameren Weltinformations- und -kommunikationsordnung zu fördern, die die Stärkung des Friedens und der internationalen Verständigung zum Ziel hat und auf der freien Weitergabe und einer umfassenderen und ausgewogeneren Verbreitung von Informationen beruht, und der Generalversammlung hierzu Empfehlungen vorzulegen;

---

[31] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 21* (A/37/21 mit Korr.1)

[32] A/37/446

3. *ersucht* den Informationsausschuß, eingedenk seines Mandats, dem zufolge seine wichtigsten Aufgaben darin bestehen, die Politik und Tätigkeit der Hauptabteilung Presse und Information des Sekretariats weiterhin zu überprüfen, die Errichtung einer neuen, gerechteren und wirksameren Weltinformations- und -kommunikationsordnung weiterhin zu fördern und sich – unter Vermeidung jeglicher Überschneidung der Tätigkeiten auf diesem Gebiet – weiterhin um die Zusammenarbeit und aktive Mitwirkung aller Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, insbesondere der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur und der Internationalen Fernmeldeunion zu bemühen;

4. *erklärt*, daß sie die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur sowie deren Bemühungen um die Förderung der Errichtung einer neuen Weltinformations- und -kommunikationsordnung nachdrücklich unterstützt;

5. *ruft* die Mitgliedstaaten, die öffentlichen wie auch die privaten Informations- und Kommunikationsmedien sowie die nichtstaatlichen Organisationen *erneut auf*, über das Wirken der Vereinten Nationen sowie auch u.a. über die Bemühungen der Entwicklungsländer um wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt sowie über die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft um internationale soziale Gerechtigkeit und weltweite wirtschaftliche Entwicklung, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit und um die schrittweise Beseitigung internationaler Ungleichheiten und Spannungen in stärkerem Maße objektive und besser ausgewogene Informationen zu verbreiten, wobei durch die Verbreitung derartiger Informationen ein abgerundeteres und realistischeres Bild der Tätigkeit und des Potentials des Systems der Vereinten Nationen in bezug auf alle seine Ziele und Bemühungen vermittelt werden soll;

6. *fordert* alle Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen auf, durch konzertiertes Vorgehen integrierte und kohärente Programme für die Informationsarbeit zu entwickeln, um das Verständnis und die Unterstützung für die Tätigkeit des Systems in allen seinen Bereichen, insbesondere im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich sowie im Entwicklungsbereich zu fördern;

7. *ersucht darum*, daß der Gemeinsame Informationsausschuß der Vereinten Nationen, der das wichtigste Instrument für die interinstitutionelle Koordinierung und Zusammenarbeit im Informationsbereich darstellt, ausgebaut und leistungsfähiger gemacht wird und daß sein Sekretariat insbesondere im Hinblick auf die Förderung einer neuen Weltinformations- und -kommunikationsordnung neue Arbeitsmethoden entwickelt und zu einer längerfristigen indikativen Planung und zu gemeinsamem Vorgehen übergeht;

8. *ersucht* den Informationsausschuß und den Gemeinsamen Informationsausschuß der Vereinten Nationen, die Maßnahmen gemäß Ziffer 15 und 16 der Empfehlungen des Informationsausschusses[33] durchzuführen, damit der Ausschuß diese auf seiner Arbeitstagung im Jahre 1983 behandeln kann;

9. *bekräftigt* die zunehmende Bedeutung der Informationsprogramme der Vereinten Nationen für die Förderung des Verständnisses und der Unterstützung der Öffentlichkeit für die Arbeit der Vereinten Nationen und ersucht den Generalsekretär, die laufende Arbeit der Hauptabteilung Presse und Information auch weiterhin im Hinblick auf eine bessere und effizientere Verwendung der ihr zur Verfügung stehenden Mittel zu überprüfen;

10. *ersucht* den Generalsekretär, dafür zu sorgen, daß künftige Berichte der dem Sekretariat angehörenden Hauptabteilung Presse und Information an den Informationsausschuß und an die Generalversammlung die in Ziffer 42 der Empfehlungen des Informationsausschusses aufgeführten Informationen enthalten;

11. *wiederholt erneut* die in ihrer Resolution 35/201 enthaltene Empfehlung, daß der Umfang der zusätzlichen Mittel für die Hauptabteilung Presse und Information der Zunahme der von der Hauptabteilung mit ihrer Informationsarbeit zu betreuenden Aktivitäten der Vereinten Nationen entsprechen und daß der Generalsekretär der Hauptabteilung den Erfordernissen entsprechend hierfür solche Mittel zur Verfügung stellen sollte;

12. *ersucht* den Generalsekretär, dafür zu sorgen, daß die Aktivitäten der Hauptabteilung Presse und Information, der federführenden Stelle zur Wahrnehmung der Aufgaben der Vereinten Nationen im Informationsbereich, unter Berücksichtigung der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und im Sinne der einschlägigen Generalversammlungsresolutionen und der Empfehlungen des Informationsausschusses ausgebaut werden, damit eine zusammenhängendere Berichterstattung über die Vereinten Nationen und eine größere Bekanntheit der Vereinten Nationen und ihrer Arbeit gewährleistet wird, insbesondere in ihren beispielsweise in Versammlungsresolution 35/201 Abschnitt III Ziffer 1 aufgeführten Schwerpunktbereichen wie dem Weltfrieden und der internationalen Sicherheit, der Abrüstung, der friedenssichernden und friedensstiftenden Operationen, der Entkolonialisierung, der Förderung der Menschenrechte, dem Kampf gegen Apartheid und rassische Diskriminierung, den Wirtschafts-, Sozial- und Entwicklungsfragen, der Einbeziehung der Frau in den Kampf um Frieden und Entwicklung, der Errichtung der neuen internationalen Wirtschaftsordnung und einer neuen Weltinformations-und -kommunikationsordnung sowie der Tätigkeit des Namibia-Rats der Vereinten Nationen und Programmen für Frauen und Jugendliche;

13. *ersucht* den Generalsekretär, angesichts der entscheidend wichtigen Rolle, die der Information im Entwicklungprozeß zukommt, dafür zu sorgen, daß die Hauptabteilung Presse und Information sowohl am Sitz der Vereinten Nationen als auch an den Außenstellen enger mit den Entwickungsorganisationen und -programmen der Vereinten Nationen, insbesondere mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, zusammenarbeitet, damit das ihnen zur Verfügung stehende Potential gemeinsam genützt, Doppelarbeit vermieden und der Entwicklungsprozeß wirksam gefördert wird;

14. *ersucht* den Generalsekretär, dafür zu sorgen, daß die Rolle der Massenmedien, die das wirksamste Mittel sind, um in der öffentlichen Meinung ein Klima der Verständigung, des Vertrauens und der Zusammenarbeit zu schaffen, das dem Frieden und der Abrüstung sowie der Förderung der Menschenrechte und der Entwicklung zuträglich ist, im Rahmen der Weltabrüstungskampagne in jeder Weise berücksichtigt wird, und ersucht den Generalsekretär ferner, dafür zu sorgen, daß die Hauptabteilung Presse und Information innerhalb der Weltabrüstungskampagne durch den möglichst effektiven Einsatz ihres Fachwissens und ihrer Ressourcen im Informationsbereich die ihr von der Generalversammlung zugewiesene Rolle erfüllt;

[33] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 21* (A/37/21 mit Korr.1), Abschnitt IV

15. *ersucht* den Generalsekretär, dafür zu sorgen, daß die zuständigen Organe des Sekretariats im Rahmen vorhandener Ressourcen einen zusammenfassenden Tatsachenbericht erstellen, in dem die Berichterstattung weiterhin repräsentativer Weltinformationsmedien über die Ereignisse dokumentiert wird, denen das palästinensische Volk von Juni bis Dezember 1982 ausgesetzt war;

16. *ersucht* den Generalsekretär, dafür zu sorgen, daß die Hauptabteilung Presse und Information in enger Zusammenarbeit mit der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur so bald wie möglich eine Konferenz am runden Tisch über eine neue Weltinformations- und -kommunikationsordnung organisiert, an der möglichst viele Redakteure der wichtigsten Nachrichtenmedien teilnehmen und bei der alle Regionen repräsentiert sind;

17. *ersucht* den Generalsekretär, sich weiterhin und noch intensiver um die Korrektur des bestehenden Ungleichgewichts bei der Stellenbesetzung in der Hauptabteilung Presse und Information zu bemühen und, solange noch keine ausgewogene geographische Verteilung erreicht ist, dringende Schritte zu unternehmen, um im Einklang mit Artikel 101 Ziffer 3 der Charta der Vereinten Nationen sowie den Generalversammlungsresolutionen 33/143 vom 20. Dezember 1978, 35/201 und 35/149 B unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Interessen anderer unterrepräsentierter Ländergruppen durch die Einstellung von Staatsangehörigen aus der Gruppe der Entwicklungsländer für eine stärkere Vertretung dieser Länder vor allem in leitenden und mit Entscheidungsbefugnissen ausgestatteten Stellen zu sorgen;

18. *ersucht* den Generalsekretär, durch die erforderlichen Maßnahmen für die Durchführung des bestehenden Plans für Programme in portugiesischer Sprache zu sorgen und der nächsten Tagung des Informationsausschusses konkrete Vorschläge, darunter auch eine Kosten-Nutzen-Analyse, für einen separaten Plan vorzulegen, der es der Afrika-Redaktion der Hörfunkdienste ermöglichen soll, in einem sinnvollen Ausmaß Programme in Französisch und in anderen, bisher noch nicht verwendeten Hauptsprachen der Region zu produzieren;

19. *nimmt* Kenntnis von der Errichtung und von dem Beginn der Tätigkeit einer separaten Karibik-Redaktion und ersucht den Generalsekretär, über erforderliche Maßnahmen für ihren eventuellen Ausbau zu berichten, der es ihr ermöglichen soll, erfolgreich Programme in Französisch und in den anderen Sprachen der Subregion anzubieten;

20. *ersucht* den Generalsekretär, dem Informationsausschuß auf seiner nächsten Tagung einen neuen, ausführlichen und detaillierten Bericht über den Erwerb eines Nachrichtensatelliten durch die Vereinten Nationen vorzulegen, in dem unter Berücksichtigung aller potentiellen Einsatzmöglichkeiten eines solchen Satelliten durch das System der Vereinten Nationen und unter Darlegung verschiedener gangbarer Möglichkeiten zur Finanzierung und Wartung die einzelnen Alternativen untersucht und die derzeitigen Verwaltungskosten für Telefongespräche, Fernschreiben, Funkverkehr, Videoaufnahmen, Dokumentation, die Veranstaltung von Konferenzen, Reisen von Dolmetschern usw. analysiert, evaluiert und über eine Betriebszeit von sieben Jahren mit den erwarteten, für die Vereinten Nationen entstehenden Kosten eines eigenen Satelliten verglichen werden, und ersucht in diesem Zusammenhang den Informationsauschuß, auf seiner nächsten Tagung auch den von der Gemeinsamen Inspektionsgruppe zu erstellenden grundlegenden Bericht über das Kommunikationswesen zu berücksichtigen;

21. *ersucht* den Generalsekretär, dafür zu sorgen, daß die Zusammenarbeit der Hauptabteilung Presse und Information mit dem Pool der Nachrichtenagenturen nichtgebundener Länder wie auch mit den in Entwicklungsländern tätigen regionalen Nachrichtenagenturen weiter ausgebaut wird, und ersucht in diesem Zusammenhang darum, daß die Praxis der in Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Presse und Information erfolgenden Berichterstattung über wichtige Konferenzen und Ereignisse innerhalb des Systems der Vereinten Nationen durch die Agenturen des Pools fortgesetzt und ausgebaut wird;

22. *ersucht* den Generalsekretär, die Zeitschrift *UN-Chronicle* in allen Amtssprachen veröffentlichen zu lassen, und ersucht ihn, innerhalb der vorhandenen finanziellen Ressourcen die erforderlichen Maßnahmen dafür zu treffen, daß diese Zeitschrift noch weiter verbessert wird, damit sie eine breite und umfassendere Berichterstattung über die Tätigkeit der Vereinten Nationen liefert, und daß durch eine ansprechende und geeignete Form für eine weite, rechtzeitige und wirksame Verbreitung gesorgt wird;

23. *ersucht* den Generalsekretär, insbesondere durch die Durchführung der Bestimmungen in Ziffer 22 der Empfehlungen des Informationsausschusses[13] das Potential und die Rolle der Informationszentren der Vereinten Nationen zu stärken;

24. *ersucht* den Generalsekretär, praktische Maßnahmen in die Wege zu leiten, um in den Hörfunkberichten über außerhalb des Amtssitzes der Vereinten Nationen stattfindende Konferenzen der Vereinten Nationen für ein ausgewogenes Verhältnis in der Verwendung aller Amtssprachen zu sorgen;

25. *ersucht* den Generalsekretär, unbeschadet eines etwaigen künftigen Plans zur Regionalisierung der Abteilung Film, Funk und Fernsehen die Rolle der Arabischen und Mittelost- Redaktion der Hörfunkdienste als Produzent von Rundfunk und Fernsehprogrammen für die arabischsprachigen Länder beizubehalten und auszubauen, und ersucht ihn ferner, diese Redaktion durch eine Umverteilung vorhandener Ressourcen zu erweitern;

26. *bekräftigt* die Bedeutung der Zeitschrift *Development Forum* als der einzigen interinstitutionellen Publikation des Systems der Vereinten Nationen zu Entwicklungsfragen, ersucht den Generalsekretär, die Zeitschrift weiterhin aus dem ordentlichen Haushalt der Vereinten Nationen zu unterstützen und sich gleichzeitig noch intensiver um die Schaffung einer soliden und unabhängigen finanziellen Grundlage für die weitere Publikation der Zeitschrift zu bemühen, und fordert alle Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen auf, Beiträge zu dieser systemumfassenden Publikation zu leisten;

27. *ersucht* den Generalsekretär, dem Informationsausschuß auf seiner nächsten Tagung weiterhin darüber zu berichten, ob ein weltweites Kurzwellennetz der Vereinten Nationen geschaffen werden kann und welche regionalen Segmente und Frequenzen geeignet wären bzw. ob andernfalls wie bisher bei den vorhandenen nationalen Kurzwellensendern Sendezeit gekauft werden soll;

* Vgl. die Fußnote auf S. 108

28. *ersucht* den Generalsekretär, dafür zu sorgen, daß die Zusammenarbeit zwischen der Hauptabteilung Presse und Information und der Union nationaler Rundfunk- und Fernsehorganisationen Afrikas sowie mit den der Union angehörenden Rundfunkstationen fortgesetzt wird, damit Rundfunkprogramme der Vereinten Nationen über diese Rundfunkstationen ausgestrahlt werden können, und ersucht den Generalsekretär ferner, mit den einzelstaatlichen Rundfunkorganisationen in Afrika bei der Schaffung eines Pionier-Projekts zur umfassenderen Ausstrahlung von Rundfunkprogrammen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten;

29. *ersucht* den Generslsekretär, dem Informationsausschuß auf seiner Arbeitstagung im Jahr 1983 Berichte über die Durchführung aller im Bericht des Ausschusses[33] enthaltenen Empfehlungen vorzulegen;

30. *ersucht* den Generalsekretär, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung über die Durchführung dieser Resolution, insbesondere über die Durchführung aller Empfehlungen im Bericht des Informationsausschusses zu berichten;

31. *ersucht* den Informationsausschuß, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung Bericht zu erstatten;

32. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Fragen aus dem Informationsbereich" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

100. Plenarsitzung
10. Dezember 1982

37/120 – Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten

A

ARBEITSGRUPPE FÜR DIE FINANZIERUNG DES HILFSWERKS DER VEREINTEN NATIONEN FÜR PALÄSTINAFLÜCHTLINGE IM NAHEN OSTEN

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 2656 (XXV) vom 7. Dezember 1970, 2728 (XXV) vom 15. Dezember 1970, 2791 (XXV) vom 6. Dezember 1971, 2964 (XXVII) vom 13. Dezember 1972, 3090 (XXVIII) vom 7. Dezember 1973, 3330 (XXIX) vom 17. Dezember 1974, 3419 D (XXX) vom 8. Dezember 1975, 31/15 C vom 23. November 1976, 32/90 D vom 13. Dezember 1977, 33/112 D vom 18. Dezember 1978, 33/52 D vom 23. November 1979, 35/13 D vom 3. November 1980 und 36/146 E vom 16. Dezember 1981,

ferner unter Hinweis auf ihren Beschluß 36/462 vom 16. März 1982, in dem die Generalversammlung den Sonderbericht der Arbeitsgruppe für die Finanzierung des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge in Nahen Osten[34] zur Kenntnis nahm und die darin enthaltenen Empfehlungen verabschiedete,

nach Behandlung des Berichts der Arbeitsgruppe für die Finanzierung des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten[35],

unter Berücksichtigung des Berichts des Generalbeauftragten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten für den Zeitraum vom 1. Juli 1981 bis 30. Juni 1982[36] sowie seines am 28. September 1982 veröffentlichten Sonderberichts[37],

in ernster Sorge über die kritische Finanzlage des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten, die bereits zu einer Reduzierung des lebenswichtigen Minimums der Dienstleistungen für die Palästinaflüchtlinge geführt hat und in Zukunft noch größere Reduzierungen befürchten läßt,

unter Hervorhebung der dringenden Notwendigkeit außergewöhnlicher Anstrengungen, damit die Tätigkeit des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten wenigstens auf dem gegenwärtigen Mindestniveau beibehalten werden kann,

1. *spricht* der Arbeitsgruppe für die Finanzierung des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten *ihre Anerkennung* dafür *aus*, daß sie sich darum bemüht, zur Gewährleistung der finanziellen Sicherheit des Hilfswerks beizutragen;

2. *nimmt zustimmend Kenntnis* vom Bericht der Arbeitsgruppe;

3. *ersucht* die Arbeitsgruppe, in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretär und dem Generalbeauftragten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten ihre Bemühungen zur Finanzierung des Hilfswerks für ein weiteres Jahr fortzusetzen;

4. *ersucht* den Generalsekretär, der Arbeitsgruppe die Dienste und die Hilfe zur Verfügung zu stellen, die sie für die Durchführung ihrer Arbeit benötigt.

108. Plenarsitzung
16. Dezember 1982

B

UNTERSTÜTZUNG VON INFOLGE DER FEINDSELIGKEITEN VOM JUNI 1967 UND SPÄTERER FEINDSELIGKEITEN VERTRIEBENEN PERSONEN

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/146 vom 16. Dezember 1981 und alle früheren Resolutionen zu dieser Frage,

in Kenntnisnahme des Berichts des Generalbeauftragten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten für den Zeitraum vom 1. Juli 1981 bis 30. Juni 1982[36] sowie seines Sonderberichts für den Zeitraum vom 6. Juni bis 31. August 1982[37],

in Sorge über das anhaltende menschliche Leid, das sich aus den Feindseligkeiten im Mittleren Osten ergeben hat,

1. *bekräftigt* ihre Resolution 36/146 D und alle früheren Resolutionen zu dieser Frage;

2. *unterstützt eingedenk* der Ziele der genannten Resolutionen die Bemühungen des Generalbeauftragten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten, auch weiterhin anderen Personen dieses Gebiets, die infolge der Feindseligkeiten vom Juni 1967 und späterer Feindseligkeiten gegen-

[34] A/36/866 mit Korr.1
[35] A/37/591

[36] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 13* (A/37/13)
[37] A/37/479

wärtig vertrieben sind und dringend weiterer Hilfe bedürfen, als zeitweilige Nothilfemaßnahme im Rahmen des Möglichen humanitäre Hilfe zu gewährleisten;

3. *ruft* alle Regierungen, Organisationen und Einzelpersonen *nachdrücklich auf*, das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten und die anderen beteiligten zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen im Sinne der oben genannten Ziele großzügig zu unterstützen.

108. Plenarsitzung
16. Dezember 1982

C

Universität von Jerusalem für Palästinaflüchtlinge

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/146 G vom 16. Dezember 1981,

mit Genugtuung über das Ergebnis ihrer Prüfung des Berichts des Generalsekretärs[38] über die Gründung einer Universität in Jerusalem gemäß Ziffer 5 und 6 von Resolution 36/146 G,

ferner mit Genugtuung über das Ergebnis ihrer Prüfung des Berichts des Generalbeauftragten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten für den Zeitraum vom 1. Juli 1981 bis 30. Juni 1982,[36]

1. *würdigt* die konstruktiven Bemühungen des Generalsekretärs, des Generalbeauftragten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten, des Rats der Universität der Vereinten Nationen und der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, die mit großer Sorgfalt auf die Durchführung der Generalversammlungsresolution 36/146 G hingearbeitet haben;

2. *würdigt ferner* die enge Mitwirkung der beteiligten zuständigen Erziehungsbehörden;

3. *betont* die Notwendigkeit eines Ausbaus des Bildungssystems in den seit 5. Juni 1967 besetzten arabischen Gebieten einschließlich Jerusalems und insbesondere die Notwendigkeit der Errichtung der geplanten Universität;

4. *billigt* die verschiedenen im Bericht des Generalsekretärs empfohlenen Maßnahmen, darunter die Schaffung eines von der Hauptabteilung für technische Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung des Sekretariats der Vereinten Nationen zu verwaltenden freiwilligen Fonds, aus dem im Hinblick auf die Herausbildung eines hochqualifizierten Lehrkörpers für die geplante Universität Stipendien für fortgeschrittene Hochschulstudien und Studien im Anschluß an die Promotion finanziert werden sollen;

5. *ersucht* den Generalsekretär, auch weiterhin alle notwendigen Maßnahmen für die Errichtung der Universität in Jerusalem zu ergreifen, wozu im Einklang mit den Empfehlungen im Bericht des Generalsekretärs auch eine Vorstudie über die Lebensfähigkeit dieser Universität gehört;

6. *fordert* die Besatzungsmacht Israel *auf*, die Durchführung der Generalversammlungsresolution zu unterstützen und die Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die es der Errichtung der Universität in Jerusalem entgegengestellt hat;

7. *ersucht* den Generalsekretär, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung über die Fortschritte bei der Durchführung dieser Resolution zu berichten.

108. Plenarsitzung
16. Dezember 1982

D

Angebote von Zuwendungen und Stipendien von Mitgliedstaaten für die Hochschul- und Berufsausbildung von palästinensischen Flüchtlingen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 212 (III) vom 19. November 1948 über Hilfe für Palästinaflüchtlinge,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolutionen 35/13 B vom 3. November 1980 und 36/146 H vom 16. Dezember 1981,

in Kenntnis der Tatsache, daß die Palästinaflüchtlinge seit drei Jahrzehnten ohne Land und Existenzgrundlage sind,

mit Genugtuung über das Ergebnis ihrer Prüfung des Berichts des Generalsekretärs über Angebote für Zuwendungen und Stipendien für die Hochschulausbildung palästinensischer Flüchtlinge und über das Ausmaß der Durchführung von Resolution 36/146[39],

ferner mit Genugtuung über das Ergebnis ihrer Prüfung des Berichts des Generalbeauftragten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten für den Zeitraum vom 1. Juli 1981 bis 30. Juni 1982[36], der sich mit diesem Gegenstand befaßt,

angesichts dessen, daß weniger als einer von tausend geflüchteten palästinensischen Studenten die Möglichkeit hat, seine Hochschulausbildung bzw. Berufsausbildung fortzusetzen,

ferner angesichts dessen, daß während der letzten Jahre die Anzahl der vom Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten angebotenen Stipendien wegen ständig wiederkehrender Haushaltsschwierigkeiten des Hilfswerks auf die Hälfte gesunken ist,

1. *bittet* alle Staaten *eindringlich*, auf den in Generalversammlungsresolution 32/90 F vom 13. Dezember 1977 enthaltenen Appell in einem angemessenen Verhältnis zum Bedarf der Palästinaflüchtlinge an Hochschul- und Berufsausbildung zu reagieren;

2. *appelliert nachdrücklich* an alle Staaten, Sonderorganisationen* und nichtstaatlichen Organisationen, zusätzlich zu ihren Beiträgen zum ordentlichen Haushalt des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten mehr Sonderzuweisungen für Zuwendungen und Stipendien für Palästinaflüchtlinge bereitzustellen;

3. *dankt* allen Regierungen, Sonderorganisationen* und nichtstaatlichen Organisationen, die positiv auf Generalversammlungsresolution 36/146 H vom 16. Dezember 1981 reagiert haben;

4. *bittet* die in Frage kommenden Organisationen der Vereinten Nationen, in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich die Hilfe für die Hochschulausbildung von

[38] A/37/599

* Vgl. die Fußnote auf S. 108

[39] A/37/427

geflüchteten palästinensischen Studenten weiterhin auszubauen;

5. *appelliert* an alle Staaten, Sonderorganisationen* und die Universität der Vereinten Nationen, großzügige Spenden an die palästinensischen Universitäten in den von Israel seit 1967 besetzten Gebieten zu leisten;

6. *appelliert ferner* an alle Staaten, Sonderorganisationen* und anderen internationalen Gremien, Beiträge zur Errichtung von Berufsausbildungszentren für palästinensische Flüchtlinge zu leisten;

7. *ersucht* das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten, als Empfänger und Treuhänder dieser Sonderzuweisungen und Stipendien zu fungieren und diese an qualifizierte Kandidaten unter den palästinensischen Flüchtlingen zu vergeben;

8. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution zu berichten.

108. Plenarsitzung
16. Dezember 1982

E

Palästinaflüchtlinge im Gazastreifen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die Sicherheitsratsresolution 237 (1967) vom 14. Juni 1967,

ferner unter Hinweis auf die Generalversammlungresolutionen 2792 C (XXVI) vom 6. Dezember 1971, 2963 C (XXVII) vom 13. Dezember 1972, 3089 C (XXVIII) vom 7. Dezember 1973, 3331 D (XXIX) vom 17. Dezember 1974, 3419 C (XXX) vom 8. Dezember 1975, 31/15 E vom 23. November 1976, 32/90 C vom 13. Dezember 1977, 33/112 E vom 18. Dezember 1978, 34/52 F vom 23. November 1979, 35/13 F vom 3. November 1980 und 36/146 A vom 16. Dezember 1981,

nach Behandlung des Berichts des Generalbeauftragten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten für die Zeit vom 1. Juli 1981 bis 30. Juni 1982[36] sowie des Berichts des Generalsekretärs vom 17. September 1982[40],

unter Hinweis auf die Bestimmungen in Ziffer 11 ihrer Resolution 194 (III) vom 11. Dezember 1948 und in Anbetracht dessen, daß Maßnahmen zur Neuansiedlung von Palästinaflüchtlingen im Gazastreifen fern von ihren Heimstätten und ihrem Besitz, von wo sie vertrieben wurden, eine Verletzung ihres unveräußerlichen Rechts auf Rückkehr darstellen,

sehr beunruhigt über Berichte des Generalbeauftragten, daß die israelischen Besatzungsbehörden in ihrer Politik verharren, als Vergeltungsmaßnahme die von Flüchtlingsfamilien bewohnten Unterkünfte zu zerstören,

1. *fordert* Israel *erneut auf*, die Vertreibung und Neuansiedlung von Palästinaflüchtlingen im Gazastreifen sowie die Zerstörung ihrer Unterkünfte zu unterlassen;

2. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung nach Rücksprache mit dem Generalbeauftragten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten vor Eröffnung ihrer achtunddreißigsten Tagung über die Befolgung von Ziffer 1 dieser Resolution durch Israel zu berichten.

108. Plenarsitzung
16. Dezember 1982

F

Wiederaufnahme der Verteilung von Lebensmittelrationen an Palästinaflüchtlinge

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/146 F vom 16. Dezember 1981 und alle früheren Resolutionen zu dieser Frage, darunter auch Resolution 302 (IV) vom 8. Dezember 1949,

nach Behandlung des Berichts des Generalbeauftragten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten für den Zeitraum vom 1. Juli bis 30. Juli 1981[36], und seines Sonderberichts für den Zeitraum vom 6. Juni bis 31. August 1982[37],

tief beunruhigt über die Tatsache, daß das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten infolge finanzieller Schwierigkeiten die allgemeine Verteilung von Lebensmittelrationen an Palästinaflüchtlinge in allen Sektoren der besetzten palästinensischen Gebiete, in Jordanien und in der Arabischen Republik Syrien unterbrechen mußte,

1. *fordert* alle Regierungen *auf*, baldigst möglichst großzügige Beiträge zu leisten, um den Bedarf des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten wieder zu decken, insbesondere nachdem das Hilfswerk die allgemeine Verteilung von Lebensmittelrationen an Palästinaflüchtlinge in allen Sektoren hatte unterbrechen müssen, und bittet daher die Regierungen, die bisher noch keine Beiträge geleistet haben, regelmäßige Beiträge zu leisten, und die Regierungen, die bereits Beiträge leisten, eine Erhöhung ihrer normalen Zuwendungen in Erwägung zu ziehen;

2. *ersucht* den Generalbeauftragten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten, möglichst bald wieder mit der ständigen allgemeinen Verteilung von Lebensmittelrationen an Palästinaflüchtlinge in allen Sektoren zu beginnen.

108. Plenarsitzung
16. Dezember 1982

G

Seit 1967 vertriebene Bevölkerungsgruppen und Flüchtlinge

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die Sicherheitsratsresolution 237 (1967) vom 14. Juni 1967,

ferner unter Hinweis auf die Generalversammlungresolutionen 2252 (ES-V) vom 4. Juli 1967, 2452 A (XXIII) vom 19. Dezember 1968, 2535 B (XXIX) vom 10. Dezember 1969, 2672 D (XXV) vom 8. Dezember 1970, 2792 E (XXVI) vom 6. Dezember 1971, 2963 C und D (XXVII) vom 13. Dezember 1972, 3089 C (XXVIII) vom 7. Dezember 1973, 3331 D (XXIX) vom 17. Dezember 1974, 3419 C (XXX) vom 8. Dezember 1975, 31/15 D vom 23. November 1976, 32/90 E vom 13. Dezember 1977, 33/112 F vom 18. Dezember 1978, 34/52 E vom 23. November 1979, ES-7/2 vom 29. Juli 1980, 35/13 E vom 3. November 1980 und 146 B vom 16. Dezember 1981,

* Vgl. die Fußnote auf S. 108

[40] A/37/425 mit Korr.1

nach Behandlung des Berichts des Generalbeauftragten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten für den Zeitraum vom 1. Juli 1981 bis 30. Juni 1982[36] sowie des Berichts des Generalsekretärs vom 20. September 1982[41],

1. *bekräftigt* das unveräußerliche Recht aller Vertriebenen auf Rückkehr an ihre Heimstätten oder ihre früheren Wohnorte in den von Israel seit 1967 besetzten Gebieten und erklärt erneut jeden Versuch, die freie Ausübung des Rechts eines Vertriebenen auf Rückkehr einzuschränken oder mit Bedingungen zu verknüpfen, für unvereinbar mit diesem unveräußerlichen Recht und für unzulässig;

2. *hält* jedwedes Abkommen, das die Rückkehr der vertriebenen Bevölkerung einschränkt oder mit Bedingungen verknüpft, für null und nichtig;

3. *beklagt nachdrücklich* die fortgesetzte Weigerung der israelischen Behörden, Schritte zur Rückkehr der vertriebenen Einwohner zu unternehmen;

4. *fordert* Israel *erneut auf*,

a) unverzüglich Schritte zur Rückkehr aller vertriebenen Einwohner zu unternehmen;

b) alles zu unterlassen, was die Rückkehr der vertriebenen Einwohner behindert, darunter auch Maßnahmen zu Veränderung der physischen und demographischen Struktur der besetzten Gebiete;

5. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung nach Rücksprache mit dem Generalbeauftragten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten vor Beginn ihrer achtunddreißigsten Tagung über die Befolgung von Ziffer 4 dieser Resolution durch Israel zu berichten.

108. Plenarsitzung
16. Dezember 1982

H

Einkommen aus dem Besitz palästinensischer Flüchtlinge

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 35/13 A bis F vom 3. November 1980, 36/146 C vom 16. Dezember 1981 sowie auf alle ihre früheren Resolutionen zu dieser Frage, darunter auch auf Resolution 194 (III) vom 11. Dezember 1948,

in Kenntnisnahme des Berichts des Generalsekretärs vom 28. September 1982[42],

in Kenntnisnahme des Berichts der Schlichtungskommission der Vereinten Nationen für Palästina für den Zeitraum vom 1. Oktober 1981 bis 30. September 1982[43],

unter Hinweis darauf, daß in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[44] und in den Grundsätzen des Völkerrechts das Prinzip verankert ist, daß niemand willkürlich seines Eigentums beraubt werden darf,

in der Auffassung, daß die arabischen Palästinaflüchtlinge nach den Grundsätzen von Recht und Billigkeit Anspruch auf ihr Eigentum und das Einkommen haben, das es abwirft,

insbesondere *unter Hinweis auf* ihre Resolution 394 (V) vom 14. Dezember 1950, in der sie die Schlichtungskommission der Vereinten Nationen für Palästina anwies, in Absprache mit den beteiligten Parteien Maßnahmen zum Schutz der Rechte, des Eigentums und der Interessen der arabischen Palästinaflüchtlinge vorzuschreiben,

zur Kenntnis nehmend, daß das Programm zur Erfassung und Schätzung arabischen Eigentums laut zweiundzwanzigstem Zwischenbericht[45] der Schlichtungskommission der Vereinten Nationen für Palästina vom 11. Mai 1964 abgeschlossen worden ist, sowie in Kenntnisnahme der Tatsache, daß das Katasteramt über ein Verzeichnis der arabischen Grundbesitzer und Unterlagen über Lage, Fläche und andere Merkmale des arabischen Besitzes verfügt,

1. *ersucht* den Generalsekretär, in Absprache mit der Schlichtungskommission der Vereinten Nationen für Palästina alle notwendigen Maßnahmen zum Schutz und zur Verwaltung arabischen Eigentums, Vermögens sowie arabischer Liegenschaftsrechte in Israel zu ergreifen und zugunsten der rechtmäßigen Eigentümer einen Fonds für das daraus erwachsende Einkommen einzurichten;

2. *fordert* die Regierungen, die dies betrifft, insbesondere Israel, *auf*, dem Generalsekretär alle erforderliche Hilfe und Unterstützung zur Durchführung dieser Resolution zur Verfügung zu stellen;

3. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution zu berichten.

108. Plenarsitzung
16. Dezember 1982

I

Besondere Personalausweise für alle palästinensischen Flüchtlinge

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/146 F vom 16. Dezember 1981 und alle früheren Resolutionen zu dieser Frage,

insbesondere unter Hinweis auf ihre Resolutionen 194 (III) vom 11. Dezember 1948 und 302 (IV) vom 8. Dezember 1949,

angesichts dessen, daß das Problem der Palästinaflüchtlinge ein Anliegen der Vereinten Nationen ist,

1. *bedauert erneut*, daß Ziffer 11 der Generalversammlungsresolution 194 (III) bisher noch nicht befolgt worden ist;

2. *ersucht* den Generalsekretär, in Zusammenarbeit mit dem Generalbeauftragten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten allen Palästinaflüchtlingen und ihren Nachkommen, unabhängig davon, ob sie vom Hilfswerk Nahrungsmittel und andere Dienstleistungen erhalten oder nicht, und ferner auch allen Vertriebenen sowie allen Personen, die infolge der Feindseligkeiten von 1967 nicht an ihre Heimstätten zurückkehren konnten, und deren Nachkommen Personalausweise auszustellen;

[41] A/37/426
[42] A/37/488 mit Korr.1
[43] A/37/497, Anhang
[44] Resolution 217 A (III)

[45] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Neunzehnte Tagung, Beilage 11*, Dokument A/5700

3. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution zu berichten.

108. Plenarsitzung
16. Dezember 1982

J

Schutz von Palästinaflüchtlingen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die Sicherheitsratsresolutionen 508 (1982) vom 5. Juni 1982, 509 (1982) vom 6. Juni 1982, 511 (1982) vom 18. Juni 1982, 512 (1982) vom 19 Juni 1982, 513 (1982) vom 4. Juli 1982, 515 (1982) vom 29. Juli 1982, 517 (1982) vom 4. August 1982, 518 (1982) vom 12. August 1982, 519 (1982) vom 17. August 1982, 520 (1982) vom 17. September 1982 und 523 (1982) vom 18. Oktober 1982,

unter Hinweis auf die Generalversammlungresolutionen ES-7/5 vom 26. Juni 1982, ES-7/6 vom 24. August 1982, ES-7/8 vom 19. August 1982 und ES-7/9 vom 24. September 1982,

nach Behandlung des Berichts des Generalbeauftragten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten für den Zeitraum vom 1. Juli 1981 bis 30. Juni 1982[36] sowie seines Sonderberichts für den Zeitraum vom 6. Juni bis 31. August 1982[37],

auf die humanitären Grundsätze des Genfer Abkommens vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten[46] und auf die Verpflichtungen *verweisend*, die sich aus der Landkriegsordnung im Anhang zum Haager Abkommen von 1907 ergeben,

tief erschüttert über die Leiden der Palästinenser aufgrund der israelischen Invasion im Libanon,

1. *bittet* den Generalsekretär *eindringlich*, in Absprache mit dem Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten und bis zum Rückzug der israelischen Truppen aus den von Israel seit 1967 besetzten palästinensischen und anderen arabischen Gebieten einschließlich Jerusalems wirksame Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit, der gesetzlichen Rechte sowie der Menschenrechte der palästinensischen Flüchtlinge in den besetzten Gebieten zu ergreifen;

2. *fordert* die Besatzungsmacht Israel *auf*, sofort alle in Haft befindlichen palästinensischen Flüchtlinge – einschließlich der Mitarbeiter des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten – freizulassen;

3. *fordert* Israel *ferner auf*, die beim Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten im Libanon als Flüchtlinge registrierten Palästinenser nicht länger an der Rückkehr in ihre Lager im Libanon zu hindern;

4. *fordert* Israel *weiterhin auf*, dem Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten die Wiederaufnahme seiner sanitären, medizinischen, erzieherischen und sozialen Betreuungsdienste für die Palästinenser in den Lagern im Südlibanon zu gestatten;

5. *ersucht* den Generalbeauftragten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten, sich bei der Bereitstellung dieser Dienste mit der Regierung des Gastlandes Libanon abzustimmen;

6. *bittet* den Generalbeauftragten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten *eindringlich*, den Palästinaflüchtlingen, deren Heimstätten von den israelischen Streitkräften zerstört oder dem Boden gleichgemacht wurden, in Absprache mit der Regierung des Libanon Unterkünfte bereitzustellen und sie so vor den Unbilden der Witterung zu schützen;

7. *ersucht* den Generalbeauftragten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten, in Absprache mit der Regierung des Libanon einen Bericht über den Gesamtschaden zu erstellen, der den Palästinaflüchtlingen und ihrem Eigentum sowie den Einrichtungen des Hilfswerks und den Einrichtungen anderer internationaler Gremien aufgrund der israelischen Aggression zugefügt worden ist;

8. *ersucht* den Generalsekretär, in Absprache mit dem Generalbeauftragten der Generalversammlung vor Beginn ihrer achtunddreißigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution zu berichten.

108. Plenarsitzung
16. Dezember 1982

K

Hilfe für Palästinaflüchtlinge

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/146 F vom 16. Dezember 1981 und alle früheren Resolutionen zu dieser Frage, darunter auch Resolution 194 (III) vom 11. Dezember 1948,

in Kenntnisnahme des Berichts des Generalbeauftragten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten für den Zeitraum vom 1. Juli 1981 bis 30. Juni 1982[36],

1. *nimmt mit Bedauern zur Kenntnis*, daß die in Ziffer 11 der Generalversammlungsresolution 194 (III) vorgesehene Repatriierung bzw. Entschädigung der Flüchtlinge nicht stattgefunden hat, daß bei dem von der Versammlung in Ziffer 2 ihrer Resolution 513 (VI) vom 26. Januar 1952 unterstützten Programm zur Wiedereingliederung der Flüchtlinge entweder durch Repatriierung oder durch Neuansiedlung keine wesentlichen Fortschritte erzielt worden sind und daß daher die Lage der Flüchtlinge weiterhin zu ernster Besorgnis Anlaß gibt;

2. *spricht* dem Generalbeauftragten und allen Mitarbeitern des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten *ihren Dank aus*, erkennt an, daß das Hilfswerk im Rahmen der ihm zur Verfügung stehenden Mittel alles in seinen Kräften Stehende tut, und dankt ferner den Sonderorganisationen* und privaten Organisationen für ihre wertvolle Arbeit zur Unterstützung der Flüchtlinge;

3. *wiederholt erneut* ihre Bitte, das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten so bald wie möglich wieder an seinen früheren Amtssitz in seinem Einsatzbereich zu verlegen;

[46] Vereinte Nationen, *Treaty Series*, Vol.75, Nr. 973, S.287; deutscher Text in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder, u.a. BGBl. (der Bundesrepublik Deutschland) 1954 II S.917 und GBl. (der Deutschen Demokratischen Republik) 1956 I. Nr.95 S.1053

* Vgl. die Fußnote auf S. 108

4. *stellt mit Bedauern fest*, daß es der Schlichtungskommission der Vereinten Nationen für Palästina nicht gelungen ist, einen Weg zur Erzielung von Fortschritten bei der Verwirklichung von Ziffer 11 der Generalversammlungsresolution 194 (III) zu finden, und ersucht die Kommission, weitere Bemühungen in dieser Hinsicht zu unternehmen und zu gegebener Zeit, spätestens jedoch bis zum 1. Oktober 1983, der Versammlung darüber zu berichten;

5. *macht* auf die im Bericht des Generalbeauftragten geschilderte, weiterhin ernste Finanzlage des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten *aufmerksam*;

6. *stellt mit Besorgnis fest*, daß trotz der lobenswerten und erfolgreichen Bemühungen des Generalbeauftragten um zusätzliche Beiträge die höheren Einnahmen des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten noch nicht ausreichen, um den dringendsten Haushaltsbedarf für das laufende Jahr zu decken, und daß bei der gegenwärtig zu erwartenden Höhe der Zuwendungen jedes Jahr ein neuer Fehlbetrag auftreten wird;

7. *fordert* alle Regierungen *eindringlich auf*, insbesondere angesichts des im Bericht des Generalbeauftragten vorhergesagten Haushaltsfehlbetrags bei der Deckung des erwarteten Bedarfs des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten so großzügig wie möglich zu sein, und bittet daher die nichtbeitragszahlenden Staaten eindringlich um regelmäßige Beiträge und die beitragszahlenden Staaten um eine eventuelle Erhöhung ihrer regelmäßigen Beiträge.

108. Plenarsitzung
16. Dezember 1982

37/121 – Internationale Zusammenarbeit zur Vermeidung neuer Flüchtlingsströme

Die Generalversammlung,

nach Prüfung des Berichts des Generalsekretärs[47],

im Hinblick auf die gemäß den Generalversammlungsresolutionen 35/124 vom 11. Dezember 1980 und 36/148 vom 16. Dezember 1981 von den Mitgliedstaaten, den Organen, Organisationen und Sonderorganisationen* der Vereinten Nationen vorgelegten Stellungnahmen und Vorschläge,

darauf hinweisend, wie wichtig es ist, bei der Behandlung der Frage der internationalen Zusammenarbeit zur Vermeidung neuer Flüchtlingsströme konstruktiv und zukunftsorientiert vorzugehen;

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs;

2. *bekräftigt* ihre Resolution 36/148 über internationale Zusammenarbeit zur Vermeidung neuer Flüchtlingsströme;

3. *begrüßt* die von den Mitgliedstaaten sowie von den Organen, Organisationen und Sonderorganisationen* der Vereinten Nationen gemäß den Generalversammlungsresolutionen 35/124 und 36/148 vorgelegten Stellungnahmen und Vorschläge;

4. *beschließt*, die Zahl der Mitglieder der gemäß Ziffer 4 der Generalversammlungsresolution 36/148 eingesetzten Gruppe von Regierungssachverständigen für die internationale Zusammenarbeit zur Vermeidung neuer Flüchtlingsströme von 17 auf 24 zu erhöhen[48];

5. *bekräftigt* das in Generalversammlungsresolution 36/148 dargelegte Mandat der Gruppe von Regierungssachverständigen und betont, daß die Mitglieder der Sachverständigengruppe an die ihnen übertragene Untersuchung in konstruktiver und zukunftsorientierter Weise und in einem Geist herangehen müssen, der der Herstellung freundschaftlicher Beziehungen sowie einer engen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten förderlich ist;

6. *ersucht* die Gruppe von Regierungssachverständigen, daran zu denken, wie wichtig es ist, daß sie allgemeine Einigung erzielt, wo dies für die Ergebnisse ihrer Arbeit wichtig ist;

7. *fordert* die Mitgliedstaaten, die dem Generalsekretär ihre Stellungnahmen und Vorschläge zu diesem Punkt bisher noch nicht zugeleitet haben, *erneut auf*, dies so bald wie möglich zu tun;

8. *ersucht* den Generalsekretär, eine Zusammenstellung der gemäß Ziffer 7 eingegangenen Antworten vorzunehmen und der Gruppe von Regierungssachverständigen alle zum Abschluß ihrer Arbeiten erforderlichen Hilfen, Einrichtungen und Dienste zur Verfügung zu stellen;

9. *fordert* die Gruppe von Regierungssachverständigen *auf*, die bereits geplanten Sitzungen so bald wie möglich abzuhalten und dem Generalsekretär so rechtzeitig einen Bericht vorzulegen, daß die Generalversammlung diesen auf ihrer achtunddreißigsten Tagung behandeln kann;

10. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Internationale Zusammenarbeit zur Vermeidung neuer Flüchtlingsströme" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

108. Plenarsitzung
16. Dezember 1982

37/122 – Israels Beschluß, einen Verbindungskanal zwischen dem Mittelmeer und dem Toten Meer zu bauen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/150 vom 16. Dezember 1981,

unter Hinweis auf die Regeln und Grundsätze des Völkerrechts in bezug auf die grundlegenden Rechte und Pflichten von Staaten,

eingedenk der Grundsätze des Völkerrechts in bezug auf die kriegerische Besetzung von Gebieten, darunter des Vierten Genfer Abkommens vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten[49] und in Bekräftigung der Gültigkeit dieser Grundsätze für alle seit 1967 besetzten arabischen Gebiete einschließlich Jerusalems,

in Kenntnisnahme des Berichts des Generalsekretärs[49],

im Hinblick darauf, daß der geplante Kanal, der teilweise durch den Gaza-Streifen, ein 1967 besetztes palästinensisches Gebiet, gebaut werden soll, die Grundsätze des Völkerrechts verletzen und sich nachteilig auf

* Vgl. die Fußnote auf S. 108

[47] A/37/417 mit Add.1

[48] Ein weiterer Sitz fällt auf der Grundlage des Rotationsprinzips abwechselnd an einen lateinamerikanischen, afrikanischen bzw. asiatischen Staat.

[49] A/37/328-S/15277 mit Korr.1. Abgedruckt in: *Official Records of the Security Council, Thirty-seventh Year, Supplement for April, May and June 1982*, Dokument S/15277

die Interessen des palästinensischen Volkes auswirken würde,

in der Gewißheit, daß der Verbindungskanal zwischen dem Mittelmeer und dem Toten Meer, falls er von Israel gebaut wird, den Rechten und legitimen Lebensinteressen Jordaniens auf wirtschaftlichem, landwirtschaftlichem, demographischem und ökologischem Gebiet unmittelbaren, schwerwiegenden und nichtwiedergutzumachenden Schaden zufügen wird,

mit Bedauern feststellend, daß Israel sich nicht an Generalversammlungsresolution 36/150 gehalten hat,

1. *beklagt* Israels Nichteinhaltung von Generalversammlungsresolution 36/150;

2. *betont*, daß der Verbindungskanal zwischen dem Mittelmeer und dem Toten Meer, falls er gebaut wird, eine Verletzung der Regeln und Grundsätze des Völkerrechts darstellt, insbesondere soweit sich diese auf die grundlegenden Rechte und Pflichten von Staaten und auf die kriegerische Besetzung von Gebieten beziehen;

3. *verlangt*, daß Israel den Bau dieses Kanals unterläßt und alle Maßnahmen und/oder Pläne zur Durchführung dieses Projekts unverzüglich einstellt;

4. *fordert* alle Staaten, Sonderorganisationen*, staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen *auf*, weder direkte noch indirekte Beihilfe zur Vorbereitung und Ausführung dieses Projekts zu leisten, und bittet die nationalen, internationalen und multinationalen Unternehmen nachdrücklich, dasselbe zu tun;

5. *ersucht* den Generalsekretär, mit Hilfe eines kompetenten Sachverständigenorgans laufend alle rechtlichen, politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und demographischen Aspekte der nachteiligen Auswirkungen zu verfolgen und zu evaluieren, die sich für Jordanien und die seit 1967 besetzten arabischen Gebiete einschließlich Jerusalems aus der Durchführung des israelischen Beschlusses zum Bau dieses Kanals ergeben und die von diesem Organ erzielten Ergebnisse regelmäßig an die Generalversammlung zu übermitteln;

6. *ersucht* den Generalsekretär, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung über die Durchführung dieser Resolution zu berichten;

7. *beschließt* die Aufnahme des Punkts "Israels Beschluß, einen Verbindungskanal zwischen dem Mittelmeer und dem Toten Meer zu bauen" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

108. Plenarsitzung
16. Dezember 1982

* Vgl. die Fußnote auf S. 108

V. RESOLUTIONEN AUFGRUND DER BERICHTE DES ZWEITEN AUSSCHUSSES[1]

ÜBERSICHT

Nummer	*Titel*	*Punkt*	*Datum*	*Seite*
37/132	Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation für kulturelle und technische Zusammenarbeit (A/37/679)	12	17. Dezember 1982	131
37/133	Liste der am wenigsten entwickelten Entwicklungsländer (A/37/679)	12	17. Dezember 1982	131
37/134	Hilfe für das palästinensische Volk (A/37/679)	12	17. Dezember 1982	131
37/135	Ständige Souveränität über nationale Ressourcen in den besetzten palästinensischen und anderen arabischen Gebieten (A/37/679)	12	17. Dezember 1982	132
37/136	Aktivitäten der Regionalkommissionen im Bereich der Bevölkerungsfragen (A/37/679/Add.1)	12	17. Dezember 1982	132
37/137	Schutz gegen gesundheits- und umweltschädigende Produkte (A/37/679/Add.1)	12	17. Dezember 1982	133
37/138	Dauerfinanzierung der Multinationalen Planungszentren für Programmerstellung und Projektdurchführung der Wirtschaftskommission für Afrika (A/37/679/Add.1)	12	17. Dezember 1982	133
37/139	Sondermaßnahmen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Afrikas in den achtziger Jahren (A/37/679/Add.1)	12	17. Dezember 1982	134
37/140	Verkehrs- und Kommunikationsdekade in Afrika (A/37/679/Add.1)	12	17. Dezember 1982	135
37/141	Dank an den Exekutivdirektor des Ausbildungs- und Forschungsinstituts der Vereinten Nationen (A/37/741)	73 *a*)	17. Dezember 1982	137
37/142	Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen (A/37/741)	73 *a*)	17. Dezember 1982	137
37/143	Universität der Vereinten Nationen (A/37/741)	73 *b*)	17. Dezember 1982	137
37/144	Amt des Koordinators der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe (A/37/702/Add.1)	74 *a*)	17. Dezember 1982	138
37/145	Hilfe beim Wiederaufbau, bei der Sanierung und bei der Entwicklung der Zentralafrikanischen Republik (A/37/702/Add.2)	74 *b*)	17. Dezember 1982	140
37/146	Hilfe für São Tomé und Príncipe	74 *b*)	17. Dezember 1982	141
37/147	Hilfe für die von der Dürre betroffenen Gebiete in Äthiopien, Dschibuti, Kenia, Somalia, Sudan und Uganda (A/37/702/Add.2)	74 *b*)	17. Dezember 1982	142
37/148	Hilfe für Botswana A/37/702/Add.2)	74 *b*)	17. Dezember 1982	142
37/149	Hilfe bei der Entwicklung Liberias (A/37/702/Add.2)	74 *b*)	17. Dezember 1982	143
37/150	Hilfe für den Demokratischen Jemen (A/37/702/Add.2)	74 *b*)	17. Dezember 1982	145
37/151	Besondere Wirtschaftshilfe für Benin (A/37/702/Add.2)	74 *b*)	17. Dezember 1982	145
37/152	Hilfe für Kap Verde (A/37/702/Add.2)	74 *b*)	17. Dezember 1982	147
37/153	Hilfe für Dschibuti (A/37/702/Add.2)	74 *b*)	17. Dezember 1982	148
37/154	Hilfe für die Komoren (A/37/702/Add.2)	74 *b*)	17. Dezember 1982	149
37/155	Besondere Wirtschaftshilfe für den Tschad (A/37/702/Add.2)	74 *b*)	17. Dezember 1982	149
37/156	Besondere Wirtschaftshilfe für Guinea-Bissau (A/37/702/Add.2)	74 *b*)	17. Dezember 1982	150
37/157	Hilfe für Nikaragua (A/37/702/Add.2)	74 *b*)	17. Dezember 1982	151
37/158	Hilfe bei der Entwicklung Sierra Leones (A/37/702/Add.2)	74 *b*)	17. Dezember 1982	151
37/159	Hilfe für Gambia (A/37/702/Add.2)	74 *b*)	17. Dezember 1982	152
37/160	Hilfe für Lesotho (A/37/702/Add.2)	74 *b*)	17. Dezember 1982	153
37/161	Hilfe für Mosambik (A/37/702/Add.2)	74 *b*)	17. Dezember 1982	155
37/162	Hilfe für Uganda (A/37/702/Add.2)	74 *b*)	17. Dezember 1982	156
37/163	Hilfe beim Wiederaufbau und bei der Entwicklung des Libanon (A/37/702/Add.2)	74 *b*)	17. Dezember 1982	157
37/164	Hilfe für Tonga (A/37/702/Add.2)	74 *b*)	17. Dezember 1982	158
37/165	Verwirklichung des mittel- und langfristigen Regenerierungs- und Sanierungsprogramms in der Sudan-Sahel-Region (A/37/702/Add.2)	74 *c*)	17. Dezember 1982	158
37/202	Überprüfung und Bewertung der Durchführung der Internationalen Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen (A/37/702/Add.2)	71 *a*)	20. Dezember 1982	159
37/203	Negative Tendenzen in der Weltwirtschaft (A/37/680/Add.1)	71 *a*)	20. Dezember 1982	160
37/204	Überprüfung der Verwirklichung der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten (A/37/680/Add.1)	71 *b*)	20. Dezember 1982	161
37/205	Besondere Probleme Zaires im Verkehrswesen, beim Transitverkehr sowie beim Zugang zu Auslandsmärkten (A/37/680/Add.2)	71 *c*)	20. Dezember 1982	161

[1] Die Beschlüsse aufgrund der Berichte des Zweiten Ausschusses sind in Abschnitt X.B.4 wiedergegeben.

Nummer	Titel	Punkt	Datum	Seite
37/206	Aktionsprogramm zugunsten der Entwicklungsländer in Insellage (A/37/680/Add.2)	71 *c*)	20. Dezember 1982	162
37/207	Entwicklungsaspekte des umgekehrten Technologietransfers (A/37/680/Add.2)	71 *c*)	20. Dezember 1982	163
37/208	Sechste Tagung der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (A/37/680/Add.2)	71 *c*)	20. Dezember 1982	164
37/209	Konferenz der Vereinten Nationen über Bedingungen zur Schiffsregistrierung (A/37/680/Add.2)	71 *c*)	20. Dezember 1982	165
37/210	Konferenz der Vereinten Nationen über einen internationalen Verhaltenskodex für den Technologietransfer (A/37/680/Add.2)	71 *c*)	20. Dezember 1982	166
37/211	Unterzeichnung und Ratifizierung des Übereinkommens über die Errichtung des Gemeinsamen Grundstoffonds (A/37/680/Add.2)	71 *c*)	20. Dezember 1982	166
37/212	Zusammenarbeit im Bereich der industriellen Entwicklung (A/37/680/Add.2)	71 *c*)	20. Dezember 1982	167
37/213	Umwandlung der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung in eine Sonderorganisation* (A/37/680/Add.3)	71 *d*)	20. Dezember 1982	169
37/214	Wirtschaftskommission für Afrika – regionale Programmerstellung, Aktivitäten, Fragen der Neugliederung und Dezentralisierung (A/37/680/Add.7)	71 *h*)	20. Dezember 1982	169
37/215	Überreste von Kriegen (A/37/680/Add.8)	71 *i*)	20. Dezember 1982	170
37/216	Durchführung des Aktionsplans zur Bekämpfung des Vordringens der Wüsten in der Sudan-Sahel-Region (A/37/680/Add.8)	71 *i*)	20. Dezember 1982	171
37/217	Internationale Zusammenarbeit im Umweltbereich (A/37/680/Add.8)	71 *i*)	20. Dezember 1982	172
37/218	Durchführung des Aktionsplans zur Bekämpfung des Vordringens der Wüsten (A/37/680/Add.8)	71 *i*)	20. Dezember 1982	173
37/219	Spezialtagung des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (A/37/680/Add.8)	71 *i*)	20. Dezember 1982	173
37/220	Studie über die Finanzierung des Aktionsplans zur Bekämpfung des Vordringens der Wüsten (A/37/680/Add.8)	71 *i*)	20. Dezember 1982	175
37/221	Internationales Jahr zur Beschaffung von Unterkünften für Obdachlose (A/37/682/Add.9)	71 *j*)	20. Dezember 1982	175
37/222	Lebensbedingungen des palästinensischen Volkes in den besetzten palästinensischen Gebieten (A/37/680/Add.9)	71 *j*)	20. Dezember 1982	176
37/223	Wohn- und Siedlungswesen (A/37/680/Add.9)			
	A. Bericht der Kommission für Wohn- und Siedlungswesen	71 *j*)	20. Dezember 1982	177
	B. Beschaffung finanzieller Mittel für den Ausbau des Wohn- und Siedlungswesens und für Verbesserungen in diesem Bereich	71 *j*)	20. Dezember 1982	177
	C. Koordinierung der Programme des Systems der Vereinten Nationen auf dem Gebiet des Wohn- und Siedlungswesens	71 *j*)	20. Dezember 1982	178
37/224	Durchführung des Neuen substantiellen Aktionsprogramms für die achtziger Jahre zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder (A/37/680/Add.12)	71 *o*)	20. Dezember 1982	179
37/225	Neue menschlichere Weltordnung: moralische Aspekte der Entwicklung (A/37/680/Add.12)	71 *p*)	20. Dezember 1982	180
37/226	Operative Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen im Dienste der Entwicklung (A/37/774)	72 *a*)	20. Dezember 1982	181
37/227	Kritische Finanzlage des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (A/37/774)	72 *b*)	20. Dezember 1982	183
37/228	Die Rolle einheimischer Fachkräfte bei der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung von Entwicklungsländern (A/37/774)	72 *b*)	20. Dezember 1982	184
37/229	Entwicklungshelferprogramm der Vereinten Nationen (A/37/774)	72 *f*	29. Dezember 1982	184
37/230	Sonderfonds der Vereinten Nationen für Entwicklungsländer in Binnenlage (A/37/774)	72 *g*)	20. Dezember 1982	185
37/231	Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (A/37/774)	72 *h*)	20. Dezember 1982	186
37/232	Aktivitäten der Vereinten Nationen im Bereich der technischen Zusammenarbeit (A/37/774)	72 *j*)	20. Dezember 1982	186
37/244	Langfristige finanzielle und institutionelle Regelungen für das Finanzierungssystem der Vereinten Nationen für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung (A/37/680/Add.4)	71 *e*)	21. Dezember 1982	187
37/245	Ernährungs- und Agrarsituation in Afrika (A/37/680/Add.5)	71 *f*)	21. Dezember 1982	190
37/246	Internationales Jahr zur Mobilisierung finanzieller und technischer Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft in Afrika (A/37/680/Add.5)	71 *f*)	21. Dezember 1982	191
37/247	Nahrungsmittelprobleme (A/37/680/Add.5)	71 *f*)	21. Dezember 1982	192
37/248	Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Koordinierungskonferenz für die Entwicklung des südlichen Afrika (A/37/680/Add.6)	71 *g*)	21. Dezember 1982	195
37/249	Langfristige Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung (A/37/680/Add.10)	71 *l*)	21. Dezember 1982	196

* specialized agencies (etwa:Fachorganisationen) im Sinne von Art. 57 der VN-Charta; in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder mit "Sonderorganisationen" bzw. mit "Spezialorganisationen" wiedergegeben.

Nummer	Titel	Punkt	Datum	Seite
37/250	Unverzügliche Durchführung des Aktionsprogramms von Nairobi für die Erschließung und Nutzung neuer und erneuerbarer Energiequellen (A/37/680/Add.11)	71 *n*)	21. Dezember 1982	197
37/251	Erschließung der Energiequellen der Entwicklungsländer (A/37/680/Add.13)	71	21. Dezember 1982	200
37/252	Sofortmaßnahmen zugunsten der Entwicklungsländer (A/37/680/Add.13)	71	21. Dezember 1982	201

37/132 – Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation für kulturelle und technische Zusammenarbeit

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 33/18 vom 10. November 1978, in der sie der Organisation für kulturelle und technische Zusammenarbeit Beobachterstatus gewährte,

ferner unter Hinwis auf ihre Resolution 36/174 vom 17. Dezember 1981, in der sie die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation für kulturelle und technische Zusammenarbeit anerkannte,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs über die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation für kulturelle und technische Zusammenarbeit[2];

2. *ersucht* den Generalsekretär, in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretär der Organisation für kulturelle und technische Zusammenarbeit und unter gebührender Berücksichtigung der von diesem eingebrachten Vorschläge die in seinem Bericht angesprochenen Bereiche der Zusammenarbeit detailliert zu erläutern und die Modalitäten dieser Zusammenarbeit zu prüfen;

3. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat einen Bericht zu dieser Frage vorzulegen.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/133 – Liste der am wenigsten entwickelten Entwicklungsländer

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 2768 (XXVI) vom 18. November 1971, 3487 (XXX) vom 12. Dezember 1975 sowie 32/92 und 32/99 vom 13. Dezember 1977 wie auch auf die Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1981/34 vom 8. Mai 1981, auf deren Grundlage die derzeitige Liste der am wenigsten entwickelten Entwicklungsländer erstellt wurde,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolutionen 36/204, 36/209 und 36/216 vom 17. Dezember 1981 sowie den Beschluß 1982/106 und die Resolution 1982/41 des Wirtschafts- und Sozialrats vom 4. Februar 1982 bzw. 21. Juli 1982,

beschließt, entsprechend der Empfehlung der achtzehnten Tagung des Ausschusses für Entwicklungsplanung Äquatorialguinea, Dschibuti, São Tomé und Principé, Sierra Leone sowie Togo in die Liste der am wenigsten entwickelten Länder aufzunehmen[3].

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/134 – Hilfe für das palästinensische Volk

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution ES-7/5 vom 26. Juni 1982,

ferner unter Hinweis auf Sicherheitsratsresolution 512 (1982) vom 19. Juni 1982,

weiterhin unter Hinweis auf Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/48 vom 27. Juli 1982,

mit dem Ausdruck ihrer tiefen Bestürzung über die israelische Invasion des Libanon, die der palästinensischen Zivilbevölkerung eine sehr große Zahl von Menschenleben gekostet hat,

entsetzt über das Massaker in Sabra und Schatila,

mit tiefer Besorgnis feststellend, daß die palästinensischen Opfer der israelischen Invasion dringend humanitärer Hilfe bedürfen,

angesichts der Notwendigkeit, daß dem palästinensischen Volk wirtschaftliche und soziale Hilfe geleistet werden muß,

1. *verurteilt* Israel wegen seiner Invasion des Libanon, in deren Verlauf der palästinensischen Zivilbevölkerung schwerer Schaden zugefügt wurde, darunter hohe Verluste an Menschenleben, unerträgliche Leiden und massive Sachschäden;

2. *schließt sich* der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/48 *an*,

3. *fordert* die Regierungen und die einschlägigen Gremien der Vereinten Nationen *auf*, den palästinensischen Opfern der israelischen Invasion des Libanon humanitäre Hilfe zu leisten;

4. *ersucht* die einschlägigen Programme, Organisationen, Institutionen und Organe des Systems der Vereinten Nationen, in Zusammenarbeit mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation ihre Bemühungen um die Bereitstellung wirtschaftlicher und sozialer Hilfe an das palästinensische Volk zu intensivieren;

5. *ersucht ferner* darum, daß die Hilfe der Vereinten Nationen für die Palästinenser in den arabischen Gastländern in Zusammenarbeit mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation und mit Zustimmung der betroffenen arabischen Gastregierungen geleistet wird;

6. *ersucht* den Generalsekretär, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat über die Fort-

[2] A/37/290

[3] *Official Records of the Economic and Social Council, 1982, Supplement No. 5* (E/1982/15 mit Korr. 1 und 2), Ziffer 103

schritte bei der Verwirklichung dieser Resolution zu berichten.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/135 – Ständige Souveränität über nationale Ressourcen in den besetzten palästinensischen und anderen arabischen Gebieten

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3175 (XXVIII) vom 17. Dezember 1973, 3336 (XXIX) vom 17. Dezember 1974, 3516 (XXX) vom 15. Dezember 1975, 31/186 vom 21. Dezember 1976, 32/161 vom 19. Dezember 1977, 34/136 vom 14. Dezember 1979, 35/110 vom 5. Dezember 1980 und 36/173 vom 17. Dezember 1981 über ständige Souveränität über nationale Ressourcen in den besetzten palästinensischen und anderen arabischen Gebieten,

ferner unter Hinweis auf ihre früheren Resolutionen über die ständige Souveränität über natürliche Ressourcen, insbesondere auf diejenigen Bestimmungen, die die Bemühungen der Entwicklungsländer und der Völker der unter kolonialer und rassischer Herrschaft und der unter ausländischer Besetzung stehenden Gebiete in ihrem Kampf um die Wiedererlangung effektiver Kontrolle über ihre natürlichen und alle anderen Ressourcen sowie über ihren Reichtum und ihre wirtschaftlichen Aktivitäten entschieden unterstützen,

eingedenk der entsprechenden völkerrechtlichen Prinzipien und der Bestimmungen der internationalen Konventionen und Regelungen, insbesondere des Vierten Haager Abkommens von 1907[4] und des Vierten Genfer Abkommens vom 12. August 1949[5] bezüglich der Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten der Besatzungsmacht,

ferner eingedenk der entsprechenden Bestimmungen ihrer Resolutionen 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) vom 1. Mai 1974 mit der Erklärung und dem Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung sowie 3281 (XXIX) vom 12. Dezember 1974 mit der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten,

mit Bedauern darüber, daß der in Resolution 36/173 erbetene Bericht des Generalsekretärs über die ständige Souveränität über nationale Ressourcen in den besetzten palästinensischen und anderen arabischen Gebieten nicht vorgelegt wurde,

1. *verurteilt* Israel wegen seiner Ausbeutung der nationalen Ressourcen in den besetzten palästinensischen und anderen arabischen Gebieten;

2. *betont* das Recht des palästinensischen Volkes und anderer arabischer Völker, deren Gebiete von Israel besetzt sind, auf volle und effektive ständige Souveränität und Kontrolle über ihre natürlichen und alle anderen Ressourcen, über ihr Volksvermögen und ihre Wirtschaft;

3. *erklärt erneut*, daß alle Maßnahmen Israels zur Ausbeutung der menschlichen, natürlichen und aller anderen Ressourcen, des Volksvermögens und der Wirtschaft in den besetzten palästinensischen und anderen arabischen Gebieten illegal sind, und fordert Israel auf, sofort alle derartigen Maßnahmen zu unterlassen;

4. *bekräftigt ferner* das Recht der israelischer Aggression und Besetzung ausgesetzten palästinensischen und sonstigen arabischen Völker auf Rückerstattung und volle Entschädigung für die Ausbeutung, die Erschöpfung, den Verlust und die Beeinträchtigung ihrer natürlichen und menschlichen sowie all ihrer anderen Ressourcen, ihres Volksvermögens und ihrer Wirtschaft und fordert Israel auf, die gerechten Forderungen dieser Völker zu erfüllen;

5. *fordert* alle Staaten *auf*, das palästinensische Volk und alle anderen arabischen Völker bei der Wahrnehmung der obengenannten Rechte zu unterstützen;

6. *fordert* alle Staaten, internationalen Organisationen, Sonderorganisationen* und Wirtschaftsunternehmen sowie alle anderen Institutionen *auf*, keinerlei Maßnahmen Israels zur Ausbeutung der nationalen Ressourcen in den besetzten palästinensischen und anderen arabischen Gebieten oder zur Veränderung der Bevölkerungszusammensetzung, des Charakters und der Art und Nutzung ihrer natürlichen Ressourcen oder der institutionellen Struktur dieser Gebiete anzuerkennen, nicht an solchen Maßnahmen mitzuwirken und sie in keiner Weise zu unterstützen;

7. *ersucht* den Generalsekretär, die beiden in Generalversammlungsresolution 36/173 erbetenen Berichte auszuarbeiten und sie der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat vorzulegen.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/136 – Aktivitäten der Regionalkommissionen im Bereich der Bevölkerungsfragen

Die Generalversammlung,

1. *nimmt Kenntnis* vom Beschluß 80/44 des Verwaltungsrats des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen über die Kosten zur Unterstützung von ausführenden Organisationen[6] sowie von Abschnitt I Ziffer 3 des Beschlusses 82/20 vom 18. Juni 1982[7], in dem der Verwaltungsrat sich den Richtlinien für die Genehmigung neuer und die Fortsetzung bereits bestehender länderübergreifender Projekte anschloß, in denen u.a. auch die Forderung erhoben wurde, der Fonds der Vereinten Nationen für Bevölkerungsfragen solle seinen Projektträgern, darunter auch den Regionalkommissionen, keine infrastrukturelle Unterstützung mehr leisten[8];

2. *ersucht* den Generalsekretär, in Absprache mit den Exekutivsekretären der Regionalkommissionen in Erwägung zu ziehen, ob nicht in die Programmhaushaltsvorlage für den Zweijahreszeitraum 1984-1985 Vorschläge über Modalitäten zur Fortsetzung der Aktivitäten im Bereich der Bevölkerungsfragen auf regionaler Ebene aufgenommen werden könnten.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

---

[4] Carnegie Endowment for International Peace, *The Hague Conventions and Declaration of 1899 und 1907* (New York, Oxford University Press), 1915, S. 100

[5] Vereinte Nationen, *Treaty Series*, Vol. 75, Nr. 973, S. 287

* Vgl. die Fußnote auf S. 130

[6] Vgl. *Official Record of the Economic and Social Council, 1980, Supplement No. 12* (E/1980/42/Rev.1), Kap.XI

[7] *Ebd., 1982, Supplement No.6* (E/1982/16/Rev.1), Anhang I

[8] Vgl. DP/1982/29 mit Add.1

37/137 – Schutz gegen gesundheits- und umweltschädigende Produkte

Die Generalversammlung,

in Kenntnis der Gesundheits- und Umweltschäden, die in den betreffenden Importländern dadurch verursacht werden, daß Produkte, die aus Gesundheits- oder Sicherheitsgründen auf den Inlandsmärkten verboten und/oder endgültig aus dem Verkehr gezogen sind, weiterhin hergestellt und ausgeführt werden,

in Kenntnis der Tatsache, daß einige Produkte in bestimmten Fällen und/oder unter bestimmten Umständen zwar einen gewissen Nutzen bringen, wegen ihrer toxischen Auswirkungen auf die Gesundheit und die Umwelt jedoch im Verkauf und/oder Verbrauch scharfen Beschränkungen unterworfen sind,

in Kenntnis der gesundheitlichen Schäden, die in den Importländern durch die Ausfuhr pharmazeutischer Produkte verursacht werden, die zwar auch für den späteren Verbrauch und/oder Verkauf auf dem Binnenmarkt des Exportlandes bestimmt, dort aber noch nicht zugelassen sind,

in Anbetracht dessen, daß viele Entwicklungsländer nicht über die erforderlichen Informationen und Sachkenntnisse verfügen, um die Entwicklungen auf diesem Gebiet ständig verfolgen zu können,

angesichts dessen, daß Länder, die solche Produkte exportieren, die Aufgabe haben, den Importländern die notwendigen Informationen und Hilfen zur Verfügung zu stellen, damit sich diese angemessen schützen können,

in Kenntnis der Tatsache, daß die Herstellung und der Export nahezu aller dieser Produkte zur Zeit nur in einer begrenzten Zahl von Ländern erfolgt,

unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Hauptverantwortung für den Verbraucherschutz bei den einzelnen Staaten selbst liegt,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/166 vom 16. Dezember 1981 und auf den Bericht über transnationale Unternehmen in der pharmazeutischen Industrie der Entwicklungsländer[9] sowie in Befolgung der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1981/62 vom 23. Juli 1981,

eingedenk der auf diesem Gebiet geleisteten Arbeit der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, der Weltgesundheitsorganisation, der Internationalen Arbeitsorganisation, des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens, des Zentrums der Vereinten Nationen für transnationale Unternehmen und anderer auf diesem Gebiet tätiger zwischenstaatlicher Organisationen,

1. *ist sich darüber einig*, daß Produkte, deren Verbrauch und/oder Verkauf im Inland verboten wurden, weil sie als gesundheits- oder umweltgefährdend gelten, von Firmen, Unternehmen oder Einzelpersonen nur dann ins Ausland verkauft werden sollten, wenn das betreffende Importland dies wünscht oder wenn der Verbrauch derartiger Produkte im Importland offiziell gestattet ist;

2. *ist sich darüber einig*, daß alle Länder, die bestimmte Produkte, insbesondere Pharmazeutika und Pestizide für den Inlandsverbrauch und/oder Inlandsverkauf entweder scharfen Beschränkungen unterworfen oder nicht zugelassen haben, im Hinblick auf den Schutz der Gesundheit und der Umwelt im Importland vollständige Informationen über diese Produkte zur Verfügung stellen sollten, wozu auch eine eindeutige Beschriftung in einer für das Importland annehmbaren Sprache gehört;

3. *ersucht* den Generalsekretär, weiterhin dafür zu sorgen, daß das System der Vereinten Nationen die erforderlichen Informationen und Hilfen zur Verfügung stellt, damit die einzelnen Entwicklungsländer besser in die Lage versetzt werden, sich vor dem Verbrauch und/oder Verkauf verbotener, aus dem Verkehr gezogener, strengen Beschränkungen unterworfener oder – im Fall von Pharmazeutika – nicht zugelassener Produkte zu schützen;

4. *ersucht* den Generalsekretär, auf der Grundlage der bereits laufenden Arbeiten der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, der Weltgesundheitsorganisation, der Internationalen Arbeitsorganisation, des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens, des Zentrums der Vereinten Nationen für transnationale Unternehmen und anderer, auf diesem Gebiet tätiger zwischenstaatlicher Organisationen und soweit wie möglich im Rahmen der vorhandenen Mittel eine konsolidierte Liste derjenigen Produkte aufzustellen und regelmäßig fortzuschreiben, deren Verbrauch und/oder Verkauf staatlich verboten oder strengen Beschränkungen unterworfen ist, die aus dem Verkehr gezogen oder – im Fall von Pharmazeutika – nicht zugelassen sind, und diese Liste so bald wie möglich, keinesfalls jedoch später als Dezember 1983 zugänglich zu machen;

5. *ist sich darüber einig*, daß die in Ziffer 4 erwähnte konsolidierte Liste leicht lesbar und verständlich sein sollte und in alphabethischer Reihenfolge sowohl die Gattungsnamen bzw. chemischen Bezeichnungen als auch die Markennamen sowie auch die Namen der Hersteller und einen kurzen Hinweis auf die Gründe und staatlichen Beschlüsse enthalten sollte, die dazu geführt haben, daß derartige Produkte verboten, aus dem Verkehr gezogen oder strengen Beschränkungen unterworfen wurden;

6. *beschließt*, die Form der konsolidierten Liste ständig auf der Grundlage der obigen Kriterien im Hinblick auf mögliche Verbesserungen zu überprüfen;

7. *ersucht* die Regierungen und zuständigen Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen, alle Informationen zur Verfügung zu stellen und jede Unterstützung zu gewähren, die der Generalsekretär für die unverzügliche und erfolgreiche Erfüllung seiner Aufgabe benötigt.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/138 – Dauerfinanzierung der Multinationalen Planungszentren für Programmerstellung und Projektdurchführung der Wirtschaftskommission für Afrika

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 32/197 vom 20. Dezember 1977 und 33/202 vom 29. Januar 1979 über die Neugliederung des Wirtschafts- und Sozialbereichs des Systems der Vereinten Nationen, insbesondere darauf, daß die Regionalkommissionen darin u.a. als

[9] E/C.10/85

die Hauptzentren des VN-Systems für die allgemeine wirtschaftliche und soziale Entwicklung ihrer jeweiligen Region bezeichnet wurden, die die Verantwortung für die Förderung der subregionalen und regionalen Zusammenarbeit tragen,

eingedenk der Resolution 311 (XIII) der Ministerkonferenz der Wirtschaftskommission für Afrika vom 1. März 1977[10], mit der die Konferenz die Multinationalen Planungszentren für Programmerstellung und Projektdurchführung zur Förderung der sektoralen und subregionalen Integration ins Leben rief,

in Anerkennung der führenden Rolle, die der subregionalen und regionalen wirtschaftlichen Integration im Aktionsplan von Lagos zur Durchführung der Strategie von Monrovia für die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas[11] als Mittel zur Schaffung einer afrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft bis zum Jahre 2000 zugewiesen wurde,

in Anerkennung der Tatsache, daß die Multinationalen Planungszentren für Programmerstellung und Projektdurchführung einen integrierenden Bestandteil der Wirtschaftskommission für Afrika bilden, durch den die Kommission faktisch einige der in ihrem Mandat[12] genannten Aufgaben ausführt, und daß sie der Kommission als wichtigstes Mittel zur Förderung der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit auf subregionaler Ebene in Afrika dienen,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolutionen 35/64 vom 5. Dezember 1980 und 36/180 vom 17. Dezember 1981 über Sondermaßnahmen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Afrikas in den 80iger Jahren,

weiterhin unter Hinweis auf ihre Resolution 36/178 vom 17. Dezember 1981, in der sie den Generalsekretär um einen Bericht über die Dauerfinanzierung der Multinationalen Planungszentren für Programmerstellung und Projektdurchführung bat, sowie auf die Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/62 vom 30. Juli 1982 zur selben Frage,

unter Berücksichtigung der von der Ministerkonferenz der Wirtschaftskommission für Afrika in ihrer Resolution 450 (XVII) vom 30. April 1982[13] geäußerten Auffassungen, denen zufolge Abhilfe dafür geschaffen werden muß, daß den Multinationalen Planungszentren für Programmerstellung und Projektdurchführung derzeit selbst für Aktivitäten im Rahmen des ordentlichen Haushalts und für operative Aktivitäten nur unzureichende menschliche und finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen, so daß sogar ihr Weiterbestehen gefährdet ist,

eingedenk der bereits getroffenen Maßnahmen des Exekutivsekretärs der Wirtschaftskommission für Afrika zur Verbesserung der Ressourcenlage der Multinationalen Planungszentren für Programmerstellung und Projektdurchführung,

nach Behandlung des gemäß Generalversammlungsresolution 36/178 erstellten Berichts des Generalsekretärs über die Dauerfinanzierung der Multinationalen Planungszentren für Programmerstellung und Projektdurchführung[14] und insbesondere nach Prüfung von Ziffer 47 bis 49 dieses Berichts,

1. *nimmt mit Dank Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs über die Dauerfinanzierung der Multinationalen Planungszentren für Programmerstellung und Projektdurchführung;

2. *begrüßt* den Beschluß der neunundzwanzigsten Tagung des Verwaltungsrats des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, mit dem der Administrator des Programms ersucht wurde, den fünf Multinationalen Planungszentren für Programmerstellung und Projektdurchführung während des gesamten dritten Programmzyklus 1982-1986 weiterhin finanzielle Unterstützung zu gewähren[15];

3. *fordert* die anderen Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen wie auch die zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen *erneut auf*, den Aktivitäten der Multinationalen Planungszentren für Programmerstellung und Projektdurchführung der Wirtschaftskommission für Afrika ihre uneingeschränkte finanzielle und sonstige Unterstützung zukommen zu lassen;

4. *fordert* den Generalsekretär *auf*, weiterhin Möglichkeiten zu einer nennenswerten Anhebung der Beiträge zu außeretatmäßigen Mitteln, u.a. auch der Beiträge bilateraler Geber, zu erkunden;

5. *nimmt Kenntnis* von der finanziellen Unterstützung, die Mitgliedstaaten der Wirtschaftskommission für Afrika den Multinationalen Planungszentren für Programmerstellung und Projektdurchführung durch freiwillige Beiträge an den Treuhandfonds der Vereinten Nationen für die Entwicklung Afrikas und durch Einrichtungen und Dienste des Gaststaates leisten, und bittet sie eindringlich, diese Beiträge nach Möglichkeit anzuheben;

6. *macht sich* die in Ziffer 47 bis 49 des Berichts des Generalsekretärs enthaltenen Empfehlungen *zu eigen*, die zur Bereitstellung der zur Dauerfinanzierung der Multinationalen Planungszentren für Programmerstellung und Projektdurchführung erforderlichen Mittel u.a. aus dem ordentlichen Haushalt aufrufen, damit diese Empfehlungen unverzüglich wirksam befolgt werden können.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/139 – Sondermaßnahmen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Afrikas in den achtziger Jahren

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) vom 1. Mai 1974 mit der Erklärung und dem Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, 3281 (XXIX) vom 12. Dezember 1974 mit der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten sowie 3362 (S-VII) vom 16. September 1975 über Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 35/56 vom 5. Dezember 1980 mit der im Anhang dazu enthaltenen Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen,

[10] Vgl. *Official Records of the Economic and Social Council, Sixty-third Session, Supplement No. 7*, Vol. I (E/5941), Dritter Teil
[11] A/S-11/14, Anhang I
[12] E/CN.14/111/Rev. 8
[13] Vgl. *Official Records of the Economic and Social Council, 1982, Supplement No. 11* (E/1982/21), Kap. V
[14] E/1982/70 mit Korr. 1
[15] Vgl. *Official Records of the Economic and Social Council, 1982, Supplement No. 6* (E/1982/16/Rev. 1), Anhang I, Beschluß 82/4A, Abschnitt IV

ferner unter Hinweis auf ihre Resolutionen 35/64 vom 5. Dezember 1980 und 36/180 vom 17. Dezember 1981 über die Annahme eines breiten Fächers von Sondermaßnahmen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Afrikas in den achtziger Jahren,

weiterhin unter Hinweis auf ihre Resolutionen 35/66 B vom 5. Dezember 1980 und 36/182 Abschnitt II vom 17. Dezember 1981 über die Dekade für die industrielle Entwicklung Afrikas, 36/177 vom 17. Dezember 1981 über die Verkehrs- und Kommunikationsdekade in Afrika und 36/186 vom 17. Dezember 1981 über die Ernährungs- und Agrarsituation in Afrika,

tief besorgt über das nach wie vor niedrige Niveau der Wirtschaftstätigkeit Afrikas und die verheerenden Auswirkungen der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise auf die besonders anfälligen Wirtschaften der Länder in der Region, in der sich die größte Zahl der am wenigsten entwickelten Länder befindet,

im vollen Bewußtsein der Tatsache, daß der Aktionsplan von Lagos zur Durchführung der Strategie von Monrovia für die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas[16] – wie in der von der Ministerkonferenz der Wirtschaftskommission für Afrika am 30. April 1982 verabschiedeten Erklärung von Tripoli erneut festgestellt wurde[17] – einen Rahmen mit Schwerpunktmaßnahmen für die rasche wirtschaftliche und soziale Gesamtentwicklung Afrikas bietet,

in der Erkenntnis, daß die afrikanischen Länder in erster Linie selbst für ihre Entwicklung verantwortlich sind und daß der Mobilisierung ihrer nationalen Ressourcen für ihre sozio-ökonomische Entwicklung große Bedeutung zukommt,

in der Überzeugung, daß zur Verwirklichung der Gesamt- und Einzelziele des Aktionsplans von Lagos zur Durchführung der Strategie von Monrovia für die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas ein erhöhter und anhaltender Zufluß von Auslandsressourcen erforderlich ist,

ferner unter Hinweis auf den der sechsunddreißigsten Tagung der Generalversammlung vorgelegten Zwischenbericht des Generalsekretärs über Sondermaßnahmen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Afrikas in den achtziger Jahren[18], aus dem hervorgeht, welche Beiträge die Organe, Organisationen und Gremien der Vereinten Nationen zur Ausführung des Aktionsplans von Lagos zur Durchführung der Strategie von Monrovia für die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas geplant haben,

in Kenntnisnahme des Berichts des Generalsekretärs an die zweite ordentliche Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats des Jahres 1982[19],

1. *nimmt* mit Dank *Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs[19] über die von nichtstaatlichen Organisationen vorgeschlagenen Maßnahmen zur Förderung der Verwirklichung der Ziele des Aktionsplans von Lagos zur Durchführung der Strategie von Monrovia für die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas;

2. *äußert* jedoch *ihr Bedauern darüber*, daß – entgegen dem Ersuchen in Generalversammlungsresolution 36/180 – auf der laufenden Tagung kein umfassender Bericht über den Stand der Durchführung der genannten Resolution vorgelegt wurde;

3. *fordert* die Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen erneut auf zu prüfen, wie sie mehr Ressourcen für die Durchführung der Programme der Dekade für die industrielle Entwicklung Afrikas bereitstellen und die Sondermaßnahmen in zusammenhängender und koordinierter Weise anwenden können;

4. *bittet* die Geberländer *eindringlich*, zur Förderung der beschleunigten Entwicklung der afrikanischen Länder und der wirkungsvollen Durchführung des Aktionsplans von Lagos kontinuierlich substantielle Ressourcen zur Verfügung zu stellen und großzügige Beiträge zum Treuhandfonds der Vereinten Nationen für die Entwicklung Afrikas zu leisten;

5. *bittet* alle internationalen Finanzinstitutionen, insbesondere die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) und den Internationalen Agrarentwicklungsfonds, weiterhin aktiv der Frage nachzugehen, ob sie während der Dekade ihre Entwicklungshilfe an Afrika nicht erheblich erhöhen können;

6. *ersucht* den Generalsekretär, der Wirtschaftskommission für Afrika weiterhin die notwendigen Ressourcen zuzuweisen und dabei die ihr gemäß den Generalversammlungsresolutionen 32/197 vom 20. Dezember 1977 und 33/202 vom 29. Januar 1979 zufallende Rolle als wichtigstes Zentrum des Systems der Vereinten Nationen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der afrikanischen Region zu berücksichtigen;

7. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung auf dem Weg über die zweite ordentliche Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats im Jahr 1983 einen umfassenden Bericht über den Stand der Verwirklichung dieser Resolution vorzulegen.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/140 – Verkehrs- und Kommunikationsdekade in Afrika

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 32/160 vom 19. Dezember 1977, 33/197 vom 29. Januar 1979 und 34/15 vom 9. November 1979 über die Verkehrs- und Kommunikationsdekade in Afrika und insbesondere auf ihre Resolutionen 35/108 vom 5. Dezember 1980 und 36/177 vom 17. Dezember 1981, mit denen sie die Veranstaltung von Fachkonsultationen für die verschiedenen afrikanischen Teilregionen billigte,

ferner unter Hinweis auf die Wirtschafts- und Sozialratsresolutionen 1979/61 vom 3. August 1979, 1980/46 vom 23. Juli 1980 und 1981/67 vom 24. Juli 1981 über die Verkehrs- und Kommunikationsdekade in Afrika sowie die Ratsresolution 1982/54 vom 29. Juli 1982, in der um die Veranstaltung einer fünften Fachkonsultation für die Länder Nordafrikas, Ostafrikas und der Inseln des Indischen Ozeans ersucht wurde,

weiterhin unter Hinweis auf die am 27. März 1979 von der Ministerkonferenz der Wirtschaftskommission für Afrika verabschiedete Resolution 341 (XIV)[20], in der die Konferenz die Mitgliedstaaten eindringlich bat, dem Ausbau des Verkehrs- und Nachrichtenwesens hohen Vorrang einzuräumen,

[16] A/S-11/14, Anhang I
[17] *Official Records of the Economic and Social Council, 1982, Supplement No. 11* (E/1982/21), Kap. IV
[18] A/36/513
[19] E/1982/80
[20] Vgl. *Official Records of the Economic and Social Council, 1979, Supplement No. 15*, (E/1979/50 mit Korr. 1), Zweiter Teil, Abschnitt D

angesichts der Resolution CM/Res.889 (XXXVII) über die Verkehrs- und Kommunikationsdekade in Afrika, die von der vom 15. bis 26. Juni 1981 in Nairobi durchgeführten siebenunddreißigsten ordentlichen Tagung des Ministerrats der Organisation der afrikanischen Einheit verabschiedet wurde[21],

unter Bezugnahme auf die am 10. April 1981 von der Ministerkonferenz der Wirtschaftskommission für Afrika verabschiedete Resolution 422 (XVI)[22], mit der die Konferenz u.a. den Exekutivsekretär der Kommission ersuchte, auch weiterhin den Fortgang der Durchführung des Programms für die erste Phase der Dekade zu überwachen, das Programm auf den neuesten Stand zu bringen, vier Fachkonsultationen durchzuführen und mit der Vorbereitung des Aktionsplans für die zweite Phase der Dekade (1984-1988) zu beginnen,

ferner unter Bezugnahme auf die am 30. April 1982 von der Ministerkonferenz der Wirtschaftskommission für Afrika verabschiedete Resolution 435 (XVII)[23], in der die Konferenz den Exekutivsekretär der Kommission ersuchte, die Anschlußmaßnahmen an die ersten vier Fachkonsultationen zu überwachen und in der sie die Veranstaltung einer fünften Konsultation für die Länder Nordafrikas, Ostafrikas und der Inseln des Indischen Ozeans empfahl,

in der Auffassung, daß durch ständige Bemühungen zusätzliche Mittel aufgebracht werden müssen, damit die Verwirklichung des Programms für die Dekade gewährleistet ist,

im Bewußtsein der Rolle, die die Wirtschaftskommission für Afrika als federführende Organisation bei der Durchführung des Programms für die Dekade spielt,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs über die Verkehrs- und Kommunikationsdekade in Afrika[24];

2. *nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis*, daß bei der Durchführung der ersten Phase der Dekade (1980-1983) gewisse Fortschritte erzielt worden sind, und daß u.a. die vier Fachkonsultationen, die vom 8. bis 11. Juni 1981 in Lomé, vom 20. bis 23. Januar 1982 in Ouagadougou, vom 15. bis 17. März 1982 in Yaoundé und vom 3. bis 5. Mai 1982 in Abidjan durchgeführt wurden, ermutigende Ergebnisse erbracht haben;

3. *stellt mit Dank fest*, daß einige Länder und Finanzinstitutionen Beiträge zur Durchführung des Programms der Dekade geleistet haben;

4. *appelliert* an Geberländer, Finanzierungsorganisationen und verschiedene Finanzinstitutionen, ihre finanzielle Unterstützung des Programms für die Dekade zu erhöhen, da das Gesamtvolumen der bisher mobilisierten Ressourcen weit unter dem Betrag geblieben ist, der zur Finanzierung des gesamten Programms für die erste Phase erforderlich ist;

5. *ersucht* den Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission für Afrika, in der zweiten Hälfte des Jahres 1983 für die Länder Nordafrikas, Ostafrikas und der Inseln des Indischen Ozeans eine fünfte Fachkonsultation über Straßen, das Seefrachtwesen und Häfen durchzuführen;

6. *appelliert erneut* an Geberländer und Finanzierungsinstitutionen, sich in umfassender und konstruktiver Weise an der fünften Fachkonsultation zu beteiligen;

7. *ersucht* den Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission für Afrika, auch weiterhin für eine gute Koordinierung zwischen den finanzierenden Stellen und den afrikanischen Länder zu sorgen, damit durch eine unmittelbare Unterstützung der Länder bei ihren Kontakten mit den Gebern wie auch bei der Formulierung und Vorlage ihrer Finanzierungsanträge die Überwachung der im Anschluß an die vier Fachkonsultationen ergriffenen Maßnahmen gewährleistet ist;

8. *nimmt Kenntnis* von den Maßnahmen, die der Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission für Afrika im Hinblick auf die Ausarbeitung des Aktionsplans für die zweite Phase der Dekade (1984-1988) getroffen hat, und ersucht ihn, auf dem Wege über die zweite ordentliche Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats im Jahr 1983 der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung einen Bericht über die Ausarbeitung des Plans vorzulegen;

9. *nimmt ferner Kenntnis* von der Einsetzung des Interinstitutionellen Koordinierungsausschusses, dem die Organisation der afrikanischen Einheit, die Afrikanische Entwicklungsbank, der Afrikanische Post-und Fernmeldeverein, die Wirtschaftskommission für Afrika, der Internationale Fernmeldeverein, der Pan-Afrikanische Fernmeldeverein, der Bund afrikanischer nationaler Rundfunk-und Fernsehorganisationen und die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur angehören und der es sich zur Aufgabe gemacht hat, die erforderlichen Studien für die zügige Durchführung des Projekts eines regionalen Satellitenkommunikationssystems für Afrika abzustimmen und zu koordinieren;

10. *ersucht* den Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission für Afrika *erneut*, seine Bemühungen um die Unterstützung des Interinstitutionellen Koordinierungsausschusses bei der Erstellung der Studie über das regionale Satellitenkommunikationssystem für Afrika auch weiterhin zu intensivieren und den afrikanischen Staaten bei der vollständigen Durchführung des Programms für die erste Phase der Dekade Hilfestellung zu leisten;

11. *ersucht* den Generalsekretär, der Wirtschaftskommission für Afrika als der federführenden Organisation für die Durchführung der Dekade u.a. unter weitestgehender Heranziehung außeretatmäßiger Mittel und vorhandener Ressourcen die erforderlichen Finanzmittel und sonstigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, damit sie die für 1983 geplante fünfte Fachkonsultation veranstalten und die Ausarbeitung des Aktionsplans für die zweite Phase der Dekade abschließen kann;

12. *ersucht* den Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission für Afrika, weiterhin Berichte über den Stand der Durchführung des Programms für die Verkehrs- und Kommunikationsdekade in Afrika vorzulegen;

13. *ersucht* den Generalsekretär, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung einen Bericht über die Fortschritte bei der Verwirklichung dieser Resolution vorzulegen.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

[21] Vgl. A/36/534, Anhang I
[22] Vgl. *Official Records of the Economic and Social Council, 1981, Supplement No. 14* (E/1981/54), Kap. IV
[23] *Ebd., 1982, Supplement No. 11* (E/1982/21), Kap. V
[24] A/37/296

37/141 – Dank an den Exekutivdirektor des Ausbildungs- und Forschungsinstituts der Vereinten Nationen

Die Generalversammlung,

im Hinblick darauf, daß der derzeitige Exekutivdirektor des Ausbildungs- und Forschungsinstituts der Vereinten Nationen in Kürze sein Amt niederlegen wird,

in Anerkennung des Beitrags zur Verwirklichung der großen Ziele der Vereinten Nationen, insbesondere der Wahrung des Friedens und der Sicherheit und der Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, den das Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen unter seiner Leitung durch seine Ausbildungs- und Forschungstätigkeit geleistet hat,

1. *spricht* Dr. Davidson Nicol *ihren aufrichtigen Dank und ihre Anerkennung* für seine Leistungen und seine Einsatzbereitschaft bei der Ausübung seines Amts als Exekutivdirektor des Ausbildungs- und Forschungsinstituts der Vereinten Nationen *aus*;

2. *wünscht* ihm *viel Glück* und Erfolg für die Zukunft.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/142 – Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/75 vom 4. Dezember 1981 über das Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen,

in Anerkennung des Wertes und der Nützlichkeit der Untersuchungen des Ausbildungs- und Forschungsinstituts der Vereinten Nationen über die Effektivität der Vereinten Nationen wie auch seiner Studien über künftige Entwicklungsstrategien,

in Anerkennung der Rolle des Ausbildungs- und Forschungsinstituts der Vereinten Nationen bei der Unterstützung von Mitgliedern der Ständigen Vertretungen bei den Vereinten Nationen und anderen mit der Arbeit der Vereinten Nationen befaßten nationalen Beamten durch Ausbildung und andere Leistungen im Rahmen seines Mandats,

in dem Bewußtsein, daß die Finanzlage des Ausbildungs- und Forschungsinstituts der Vereinten Nationen nach wie vor prekär ist, und unter Hinweis auf die Empfehlungen der Gemeinsamen Inspektionsgruppe über die Finanzierung des Instituts[25],

1. *nimmt mit Dank Kenntnis* vom Bericht des Exekutivdirektors des Ausbildungs- und Forschungsinstituts der Vereinten Nationen[26] sowie von seinen einführenden Erläuterungen vom 5. Oktober 1982[27];

2. *begrüßt es* unter Berücksichtigung der auf der laufenden Tagung abgegebenen Stellungnahmen zum Arbeitsprogramm des Instituts, daß das Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen auch heute nach wie vor das Schwergewicht auf den Bereich der wirtschaftlichen und sozialen Ausbildung und Forschung legt und in dieses Programm spezifische Vorhaben zu den Problembereichen aufgenommen hat, die von der Generalversammlung auf ihrer sechsten und siebenten Sondertagung, in ihren diesbezüglichen, seit der neunundzwanzigsten Tagung gefaßten Beschlüssen sowie in der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen[28] genannt wurden;

3. *begrüßt ferner* die Bemühungen des Ausbildungs- und Forschungsinstituts der Vereinten Nationen um eine stärkere Koordinierung seiner Arbeiten und um eine intensivere Zusammenarbeit mit den in Frage kommenden Organen und Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, insbesondere mit der Universität der Vereinten Nationen, sowie die Fortsetzung dieser Bemühungen;

4. *begrüßt weiterhin* die gemäß den Generalversammlungsresolutionen 35/53 B vom 5. Dezember 1980 und 36/75 vom 4. Dezember 1981 eingeleiteten Schritte des Ausbildungs- und Forschungsinstituts der Vereinten Nationen und fordert das Institut auf, auch weiterhin sein Arbeitsprogramm und seine Tätigkeit so zu organisieren und seine Verwaltungskosten so zu gestalten, daß sichergestellt ist, daß die veranschlagten Aufwendungen die erwarteten Einnahmen nicht übersteigen;

5. *bittet* alle Staaten, die bisher noch keine Beiträge zum Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen geleistet haben, *eindringlich* um solche Beiträge und fordert alle Geberländer auf, insbesondere soweit die Höhe ihres Beitrags noch nicht ihrer Leistungsfähigkeit entspricht, ihre freiwilligen Beiträge zu erhöhen, damit der Bedarf des Instituts gedeckt werden kann;

6. *ersucht* die Mitgliedstaaten, ihre jährlichen freiwilligen Beiträge frühzeitig anzukündigen, wenn möglich auf der jährlichen Beitragsankündigungskonferenz der Vereinten Nationen für Entwicklungsaktivitäten;

7. *ersucht* den Generalsekretär, alle Möglichkeiten zur Finanzierung des Ausbildungs- und Forschungsinstituts der Vereinten Nationen mit dem Ziel zu prüfen, dieser Finanzierung eine besser vorhersehbare, gesichertere und kontinuierlichere Basis zu verschaffen, und ersucht ihn, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung unter Berücksichtigung von Artikel VIII der Satzung des Instituts[29] und der auf der laufenden Tagung der Versammlung vorgebrachten Stellungnahmen einen Bericht hierüber vorzulegen.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/143 – Universität der Vereinten Nationen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 2951 (XXVII) vom 11. Dezember 1972, 3081 (XXVIII) vom 6. Dezember 1973, 3313 (XXIX) vom 14. Dezember 1974, 3439 (XXX) vom 9. Dezember 1975, 31/117 und 31/118 vom 16. Dezember 1976, 32/54 vom 8. Dezember 1977, 33/108 vom 18. Dezember 1978, 34/112 vom 14. Dezember 1979, 35/54 vom 5. Dezember 1980 sowie 36/45 vom 19. November 1981,

[25] A/35/181, Anhang, Ziffer 62, 109 und 110

[26] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 14* (A/37/14)

[27] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Second Committee*, 6. Sitzung, Ziffer 13-19

[28] Resolution 35/56, Anhang

[29] Vgl. *Official Records of the General Assembly, Twenty-second Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 45, Dokument A/6875, Anhang III

nach Behandlung des Berichts des Rats der Universität der Vereinten Nationen über die Arbeit der Universität[30] und des Berichts der Gemeinsamen Inspektionsgruppe über die Universität[31],

mit Dank zur Kenntnis nehmend, daß die Stadtverwaltung von Tokio der Universität großzügigerweise ein Gelände für den ständigen Sitz der Universität angeboten hat und daß die Regierung Japans zur Zeit aktive Schritte für den Bau eines Gebäudes unternimmt, in dem die Universität gemäß dem am 14. Mai 1976 zwischen der Universität der Vereinten Nationen und Japan geschlossenen Amtssitzabkommen ihren ständigen Sitz haben wird,

in Kenntnisnahme des Beschlusses 5.2.3, der am 7. Oktober 1982 vom Exekutivrat der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur auf seiner einhundertfünfzehnten Tagung verabschiedet wurde,

1. *nimmt mit Befriedigung Kenntnis* von dem Bericht der Gemeinsamen Inspektionsgruppe[31] und den diesbezüglichen Stellungnahmen des Generalsekretärs[32], in denen u.a. die neuen Forschungsrichtungen der Universität und die Erweiterung ihres Interessenbereichs begrüßt werden, die in ihrer mittelfristigen Perspektive (1982-1987) unter den folgenden fünf Themen beschrieben werden:

a) Frieden, Sicherheit, Konfliktbewältigung und weltweite Veränderungsprozesse;

b) Weltwirtschaft;

c) Hunger, Armut, Ressourcen und Umwelt;

d) menschliche und soziale Entwicklung sowie Koexistenz von Völkern, Kulturen und Gesellschaftssystemen;

e) Wissenschaft und Technologie und ihre gesellschaftlichen und ethischen Implikationen;

2. *stellt mit Befriedigung fest*, daß mit der Verabschiedung der mittelfristigen Perspektive im Einklang mit der Charta der Universität der Vereinten Nationen der Akzent von neuem auf einen multidisziplinären und integrierenden Ansatz bei der Suche nach Lösungen für dringende globale Probleme gelegt wurde;

3. *stellt ferner mit Befriedigung fest*, daß die Universität der Vereinten Nationen im Einklang mit ihrer Philosophie der Kontinuität in der Veränderung die Dynamik ihrer ursprünglichen Programme bewahrt und diese Programme auf den in den ersten Jahren geschaffenen Grundlagen ausgebaut hat;

4. *begrüßt* die Tatsache, daß im Rahmen der mittelfristigen Perspektive die Forschung, die weiterführende akademische Ausbildung und die Verbreitung von Kenntnissen als ein einziges Programm der Universität der Vereinten Nationen behandelt werden, das den fünf Themen entsprechend in Unterprogramme unterteilt ist;

5. *nimmt mit Befriedigung Kenntnis* von der zunehmenden Zusammenarbeit der Universität der Vereinten Nationen mit den Vereinten Nationen, ihren Organen und Organisationen, insbesondere den Forschungs- und Ausbildungsinstitutionen der Vereinten Nationen, und bittet die Universität eindringlich, ihre Zusammenarbeit sowie die Koordinierung ihrer Tätigkeit mit diesen Institutionen und den entsprechenden Organisationseinheiten des Sekretariats der Vereinten Nationen sowie ihre Zusammenarbeit mit internationalen akademischen und wissenschaftlichen Organisationen weiterhin auszubauen;

6. *ermutigt* die Universität der Vereinten Nationen, ihrer Charta gemäß innovative, fruchtbare und vielfältige institutionelle Beziehungen zu erproben und auszubauen, bei der erfolgreichen Verwirklichung der mittelfristigen Perspektive Hilfestellung zu leisten, ihren Wirkungsbereich zu erweitern und die Dezentralisierung voranzutreiben und somit das kontinuierliche Entstehen lebendiger akademischer und wissenschaftlicher Gemeinschaften in der ganzen Welt und insbesondere in den Entwicklungsländern zu fördern;

7. *begrüßt* die zunehmende Aufmerksamkeit, die die Universität der Vereinten Nationen den in ihrer Charta erwähnten Aktivitäten im Zusammenhang mit der Verbreitung von Kenntnissen, darunter auch ihrer eigenen Forschungsergebnisse, und durch den Einsatz der heute verfügbaren neuen Informations- und Kommunikationstechnologie somit auch der Förderung eines informierteren Verständnisses weltweiter Probleme auf allen Sektoren und Ebenen der Weltgemeinschaft zuwendet;

8. *erkennt an*, daß die Universität der Vereinten Nationen mittelfristig ihren Stiftungsfonds und die sonstigen Beiträge ausbauen muß, um ihr Grundeinkommen zu erhöhen;

9. *appeliert eindringlich* an alle Mitgliedstaaten, diese wichtigen Entwicklungen an der Universität der Vereinten Nationen zur Kenntnis zu nehmen, dringend großzügige Beiträge zum Stiftungsfonds der Universität zu leisten und ihr – zusätzlich oder als Alternative – operative Beiträge zur Verfügung zu stellen, damit sie ihr globales Mandat erfolgreich erfüllen kann.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/144 – Amt des Koordinators der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/225 vom 17. Dezember 1981, in der sie das Mandat des Amts des Koordinators der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe bekräftigte und den Ausbau und die Verbesserung der Kapazität und Leistungsfähigkeit dieses Amts forderte,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 35/107 vom 5. Dezember 1980, in der sie erneut erklärte, daß auch weiterhin eine solide finanzielle Grundlage für das Amt des Koordinators der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe gewährleistet werden müsse, und in der sie die Laufzeit des gemäß ihrer Resolution 3243 (XXIX) vom 29. November 1974 errichteten und aufgrund ihrer Resolutionen 3440 (XXX) vom 9. Dezember 1975 und 3532 (XXX) vom 17. Dezember 1975 sowie ihres Beschlusses 33/429 vom 19. Dezember 1978 modifizierten Treuhandfonds bis 31. Dezember 1983 verlängerte,

weiterhin unter Hinweis auf ihre Resolution 34/55 vom 29. November 1979, in der sie um zusätzliche Mitel für Katastrophennothilfe von normalerweise bis zu US-Dollar 30.000 pro Land für jede einzelne Katastrophe bat,

tief besorgt über die zusätzliche wirtschaftliche Belastung, die den Entwicklungsländern durch die wachsende Anzahl von Naturkatastrophen und anderen Katastrophensituationen aufgebürdet wird, sowie über

[30] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 31* (A/37/31)
[31] A/37/11
[32] A/37/111/Add.1

die dadurch bedingte Störung des Entwicklungsprozesses dieser Länder,

in Anerkennung des Beitrags, den das System der Vereinten Nationen zur Linderung der Not und zur Bereitstellung humanitärer Hilfe bei Naturkatastrophen und anderen Katastrophensituationen leistet;

ferner in der Erkenntnis, daß die Hauptverantwortung für die Leitung der Hilfsaktionen und die Katastrophenvorsorge bei den betroffenen Ländern selbst liegt und daß sowohl die materielle wie auch die personelle Katastrophenhilfe zum größten Teil von den Regierungen dieser Länder ausgeht,

weiterhin in Anerkennung des großen Beitrags, den das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, die Liga der Rotkreuzgesellschaften und Gesellschaften des Roten Halbmonds sowie die in Frage kommenden freiwilligen Hilfsorganisationen leisten,

in der Erkenntnis, daß ein wirksames System für die Koordinierung der humanitären Hilfe und der Katastrophenhilfe nur dann erreicht werden kann, wenn die Kapazität und Leistungsfähigkeit des Amtes des Koordinators der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe und des gesamten Systems der Vereinten Nationen so gesteigert und verbessert werden, daß das Amt umgehend, effizient und wirksam auf Naturkatastrophen und andere Katastrophensituationen reagieren und damit für rasche, aufeinander abgestimmte Hilfeleistungen sorgen kann,

in der Erkenntnis, daß die Knappheit der vorhandenen Mittel eines der Haupthindernisse für eine wirkungsvolle Reaktion des Systems der Vereinten Nationen auf Naturkatastrophen und andere Katastrophensituationen darstellt,

1. *nimmt mit Dank Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit des Amts des Koordinators der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe[33] und von der am 2. November 1982 abgegebenen Erklärung des Koordinators vor dem Zweiten Ausschuß[34];

2. *nimmt Kenntnis* von den vom Generalsekretär und vom Verwaltungsausschuß für Koordinierung erzielten Fortschritten bei der Einführung von Verbesserungen in der Leitung des Amts des Koordinators der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe und bei der Schaffung von Modalitäten für die Durchführung der in Generalversammlungsresolution 36/225 und in Beschluß 1982/1 des Verwaltungsausschusses für Koordinierung beschriebenen Verfahren zur Behandlung von Katastrophenhilfe-Ersuchen eines von einer Katastrophe betroffenen Staates und zur Bewältigung von komplexen Katastrophen und ungewöhnlich schweren Notstandssituationen;

3. *nimmt zur Kenntnis*, daß die Regierungen des Tschad und des Libanon dem Koordinator der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe für seine Aktivitäten in den beiden Ländern gedankt haben, und bittet den Koordinator, seine Hilfeaktionen fortzusetzen, sobald dies erforderlich wird;

4. *ersucht* den Generalsekretär, dem Koordinator der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe erforderlichenfalls die rasche Einstellung von Zeitpersonal und die umgehende Beschaffung von Versorgungsgütern zu erleichtern, damit Ersuchen um Nothilfe schnell genug nachgekommen werden kann;

5. *ersucht* den Generalsekretär, die bisher übliche Höchstgrenze von US-Dollar 30.000 auf US-Dollar 50.000 zu erhöhen, wobei die zusätzlichen US-Dollar 20.000 aus freiwilligen Quellen kommen sollten, damit der Koordinator der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe auf Ersuchen um Katastrophennothilfe pro Jahr bis zu US-Dollar 600.000 aus Beiträgen vergeben kann, die normalerweise die Höchstgrenze von US-Dollar 50.000 pro Land für eine einzelne Katastrophe nicht überschreiten;

6. *ermächtigt* den Generalsekretär, dem Koordinator der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe zur Deckung des Bedarfs bei komplexen Katastrophen und ungewöhnlich schweren Notstandssituationen die Aufbringung zusätzlicher freiwilliger Ressourcen zu erlauben;

7. *beschließt*, den Treuhandfonds des Amts des Koordinators der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe und die dazugehörigen Nebenkonten ab. 1. Januar 1984 beizubehalten;

8. *wiederholt* insbesondere *erneut* die in ihren Resolutionen 35/107 und 36/225 ausgesprochenen Aufrufe zu höheren Beiträgen an den Treuhandfonds, der gemäß Resolution 3243 (XXIX) errichtet und gemäß dem zweiten Präambelabsatz und Ziffer 7 der vorliegenden Resolution modifiziert worden ist;

9. *schließt sich* den vom Generalsekretär und vom Verwaltungsausschuß für Koordinierung ergriffenen Maßnahmen zur Durchführung von Generalversammlungsresolution 36/225 *an* und fordert den Generalsekretär bzw. seinen Vertreter – der in der Regel der Koordinator der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe sein wird – auf, in Absprache mit den in Frage kommenden Organen des Systems der Vereinten Nationen abgestimmte Katastrophenhilfsprogramme zu entwickeln, auf deren Grundlage der Koordinator im Namen des Generalsekretärs gemeinsame Aufrufe zur Bereitstellung finanzieller Mittel erläßt;

10. *wiederholt erneut ihren Wunsch*, die Kapazität des Amts des Koordinators der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe weiter auszubauen und zu verbessern, die Informationen aus den bestehenden Frühwarnsystemen voll zu nutzen und, soweit dies durchführbar und sinnvoll ist, alle in Frage kommenden Frühwarnsysteme zu koordinieren und dabei neue technologische Entwicklungen auf diesem Gebiet, darunter auch in der Nachrichtentechnik, zu berücksichtigen;

11. *bittet* alle Regierungen und auf diesem Gebiet tätigen Organe und Organisationen, den Koordinator der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe zu unterstützen und insbesondere die Weitergabe von Informationen über Nothilfe sowie entsprechende Maßnahmen und Pläne zu verbessern;

12. *fordert* die Sonderorganisationen* und andere Organisationen des Systems der Vereinten Nationen *auf*, zur Vermeidung von Verschwendung und Überschneidungen beim Einsatz von Ressourcen ihre Anstrengungen gemäß Ziffer 3 der Generalversammlungsresolution 36/225 in allen Stadien der von der internationalen Gemeinschaft bei Naturkatastrophen und anderen Katastrophensituationen ergriffenen Maßnahmen zu koordinieren;

13. *bekräftigt* ihre Überzeugung, daß die Stärkung und der Ausbau des Amts des Koordinators der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe die wirkungsvollste

[33] A/37/235 mit Korr.1

[34] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Second Committee*, 27. Sitzung, Ziffer 1-9

* Vgl. die Fußnote auf S. 130

und wirtschaftlichste Methode ist, die Hilfsaktionen des gesamten Systems der Vereinten Nationen im Interesse der Überlebenden von Katastrophen wirksam zu koordinieren, und ersucht den Generalsekretär, dem Ausbau der finanziellen und personellen Ressourcen des Amts – möglichst im Rahmen der ihm zur Verfügung stehenden Mittel – höheren Vorrang zu gegen;

14. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung auf dem Weg über die zweite ordentliche Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats im Jahr 1983 einen umfassenden Bericht über die Durchführung von Generalversammlungsresolution 36/225 sowie auch über die Verwirklichung dieser Resolution vorzulegen.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/145 – Hilfe beim Wiederaufbau, bei der Sanierung und bei der Entwicklung der Zentralafrikanischen Republik

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 35/87 vom 5. Dezember 1980 und 36/206 vom 17. Dezember 1981, in der sie feststellte, die Regierung der Zentralafrikanischen Republik müsse bei ihren Bemühungen um den Wiederaufbau, die Sanierung und die Entwicklung dringend durch internationale Maßnahmen unterstützt werden, und in der sie die internationale Gemeinschaft bat, ausreichende Ressourcen zur Durchführung des Hilfsprogramms für die Zentralafrikanische Republik bereitzustellen,

in Kenntnisnahme der am 13. Oktober 1982 vor der Generalversammlung abgegebenen Erklärung des Ministers der Zentralafrikanischen Republik für auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit[35], in der dieser die schwerwiegenden wirtschaftlichen und finanziellen Probleme seines Landes schilderte und feststellte, daß sich die Lage infolge unzureichender Finanzmittel nicht gebessert habe und daß Hilfe von außen weiterhin unbedingt erforderlich sei,

ferner in Kenntnisnahme der am 4. November 1982 vor dem Zweiten Ausschuß abgegebenen Erklärung des Vertreters der Zentralafrikanischen Republik[36], wonach die Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf den dringenden Appell der Generalversammlung nicht ausgereicht habe, um die Bedürfnisse beim derzeitigen Stand der Dinge zu decken,

eingedenk der Tatsache, daß die Zentralafrikanische Republik ein Binnenland ist und als eines der am wenigsten entwickelten Länder eingestuft wurde,

unter Hinweis auf das Neue substantielle Aktionsprogramm für die achtziger Jahre zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder[37], in dem eine verstärkte Unterstützung dieser Länder gefordert wird,

besonders besorgt darüber, daß die Regierung der Zentralafrikanischen Republik nicht in der Lage ist, angesichts des kritischen Mangels an finanziellen und materiellen Ressourcen der Bevölkerung ausreichende Gesundheits- und Erziehungsdienste und andere unentbehrliche soziale und öffentliche Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen,

mit Genugtuung Kenntnis nehmend von den beträchtlichen Anstrengungen, die die Regierung und das Volk der Zentralafrikanischen Republik trotz aller Beschränkungen um den Wiederaufbau, die Sanierung und die Entwicklung unternehmen,

nach Prüfung des Berichts des Generalsekretärs[38] und des im Anhang dazu enthaltenen Berichts der Delegation, die sich vom 13. bis 17. Juni 1982 im Einklang mit Generalversammlungsresolution 36/206 zur Untersuchung der wirtschaftlichen Lage und der Fortschritte bei der Organisation und Durchführung des Hilfsprogramms für dieses Land in der Zentralafrikanischen Republik aufhielt,

feststellend, daß es dem Bericht zufolge die Haushaltslage in der Zentralafrikanischen Republik aufgrund unzulänglicher finanzieller Hilfe von außen der Regierung nach wie vor unmöglich macht, ein Programm zum Wiederaufbau, zur Sanierung und Entwicklung des Landes in Angriff zu nehmen,

1. *dankt* dem Generalsekretär für seine Bemühungen um die Beschaffung von Ressourcen zur Durchführung des Hilfsprogramms für die Zentralafrikanische Republik;

2. *dankt* allen Staaten, den internationalen, regionalen und interregionalen Organisationen und anderen zwischenstaatlichen Organisationen für ihre Beiträge zum Hilfsprogramm für die Zentralafrikanische Republik;

3. *stellt* jedoch *mit Besorgnis fest*, daß die bisher hierfür geleistete Hilfe nach wie vor weit hinter den dringenden Bedürfnissen des Landes zurückbleibt;

4. *lenkt* die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft *nachdrücklich* auf Tabelle 6 im Anhang zum Bericht des Generalsekretärs[38], wo die Projekte, deren Finanzierung teilweise gesichert ist, sowie diejenigen Projekte aufgeführt sind, für die noch keine Finanzierung gefunden werden konnte;

5. *appelliert erneut* an alle Staaten, auf bilateralem oder multilateralem Weg großzügige Beiträge zum Wiederaufbau, zur Sanierung und zur Entwicklung der Zentralafrikanischen Republik zu leisten;

6. *ersucht* die in Frage kommenden Organisationen und Programme des Systems der Vereinten Nationen – insbesondere das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, den Internationalen Agrarentwicklungsfonds, das Welternährungsprogramm, die Weltgesundheitsorganisation, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen und die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung –, ihre Hilfsprogramme für die Zentralafrikanische Republik beizubehalten, den Generalsekretär bei seinen Bemühungen um die Organisation eines wirksamen internationalen Hilfsprogramms voll zu unterstützen und ihm regelmäßig über die von ihnen zur Unterstützung der Zentralafrikanischen Republik unternommenen Schritte und die von ihnen bereitgestellten Ressourcen zu berichten;

7. *fordert* regionale und interregionale Organisationen, andere zwischenstaatliche Gremien und nichtstaatliche Organisationen – insbesondere die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, den Europäischen Ent-

[35] *Ebd., Plenary Meetings*, 29. Sitzung, Ziffer 21-52
[36] *Ebd., Second Committee*, 31. Sitzung Ziffer 22-30
[37] *Report of the United Nations Conference on the Least Developed Countries, Paris, 1-14 September 1981* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.82.I.8), Erster Teil, Abschnitt A
[38] A/37/131

wicklungsfonds, die Afrikanische Entwicklungsbank, die Arabische Bank für wirtschaftliche Entwicklung in Afrika und den Fonds für internationale Entwicklung der Organisation erdölexportierender Länder, den Internationalen Agrarentwicklungsfonds, den Kuwait-Fonds und den Abu-Dhabi-Fonds – *auf*, umgehend die Aufstellung eines Hilfsprogramms für die Zentralafrikanische Republik bzw. den Ausbau und die beträchtliche Verstärkung eines eventuell schon bestehenden Hilfsprogramms in Erwägung zu ziehen;

8. *bittet* die Mitgliedstaaten und in Frage kommenden Gremien der Vereinten Nationen – insbesondere das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, das Welternährungsprogramm, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, die Weltgesundheitsorganisation, den Fonds der Vereinten Nationen für Bevölkerungsfragen und die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung – *eindringlich*, durch jede nur erdenkliche Unterstützung der Regierung der Zentralafrikanischen Republik zu helfen, den akuten humanitären Bedürfnissen der Bevölkerung nachzukommen, bittet sie, gegebenenfalls Nahrungsmittel, Medikamente und unentbehrliche Ausstattungsgegenstände für Schulen und Krankenhäuser bereitzustellen und zu helfen, den Soforthilfebedarf der Bevölkerung in den von der Dürre betroffenen Gebieten des Landes zu decken;

9. *bittet* das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, das Welternährungsprogramm, die Weltgesundheitsorganisation, die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, die Weltbank und den Internationalen Agrarentwicklungsfonds, ihre Leitungsgremien mit der Bitte um entsprechende Prüfung auf die besonderen Bedürfnisse der Zentralafrikanischen Republik aufmerksam zu machen und dem Generalsekretär bis zum 15. Juli 1983 über die Beschlüsse dieser Gremien zu berichten;

10. *macht* die internationale Gemeinschaft *erneut* auf das Sonderkonto *aufmerksam*, das vom Generalsekretär gemäß Generalversammlungsresolution 35/87 zur Erleichterung der Weiterleitung von Beiträgen an die Zentralafrikanische Republik eingerichtet wurde;

11. *ersucht* den Generalsekretär,

a) sich zur Unterstützung der besonders anfälligen Bevölkerungsgruppen, deren sich ständig verschlechternde Lage Anlaß zu immer größerer Sorge gibt, weiterhin um die Organisation eines besonderen Soforthilfeprogramms für die Bereiche Ernährung und Gesundheit zu bemühen, vor allem zur Bereitstellung von Medikamenten, Impfstoffen, Krankenhausausstattungen, Generatoren für Außenstationen von Krankenhäusern, Wasserpumpen, Nahrungsmittelproduktion usw.;

b) seine Bemühungen um die Beschaffung der notwendigen Ressourcen für ein wirksames Programm zur finanziellen, technischen und materiellen Hilfeleistung an die Zentralafrikanische Republik fortzusetzen;

c) dafür zu sorgen, daß die zur weiteren Organisierung des internationalen Hilfsprogramms für die Zentralafrikanische Republik und für die Mobilisierung dieser Hilfsmaßnahmen erforderlichen finanziellen und haushaltstechnischen Vorkehrungen getroffen werden;

d) die Lage in der Zentralafrikanischen Republik laufend zu überprüfen, engen Kontakt zu den Mitgliedstaaten, zu den Sonderorganisationen*, zu regionalen und anderen zwischenstaatlichen Organisationen und zu den in Frage kommenden internationalen Finanzinstitutionen zu halten und den Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner zweiten ordentlichen Tagung des Jahres 1983 über den Stand des besonderen Wirtschaftshilfeprogramms für die Zentralafrikanische Republik zu unterrichten;

e) so rechtzeitig über die Entwicklung der Wirtschaftslage der Zentralafrikanischen Republik und die Fortschritte bei der Organisation und Durchführung des besonderen Wirtschaftshilfeprogramms für dieses Land zu berichten, daß die Angelegenheit auf der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung behandelt werden kann.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/146 – Hilfe für São Tomé und Príncipe[39]

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 32/96 vom 13. Dezember 1977, 33/125 vom 19. Dezember 1978, 34/131 vom 14. Dezember 1979, 35/93 vom 5. Dezember 1980 und 36/209 vom 17. Dezember 1981, in denen sie die internationale Gemeinschaft erneut aufrief, São Tomé und Príncipe finanzielle, materielle und technische Hilfe zu leisten, um ihm den Aufbau der für die Entwicklung notwendigen sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur zu ermöglichen,

in dem Bewußtsein, daß die wirtschaftliche und soziale Entwicklung São Tomés und Príncipes nicht nur durch unzureichende Einrichtungen im Gesundheits-, Bildungs- und Wohnungswesen, sondern auch durch eine ungenügende Infrastruktur ernsthaft behindert wird, und daß eine unverzügliche Verbesserung in diesen Bereichen Voraussetzung für den künftigen Fortschritt des Landes ist,

nach Prüfung des Berichts des Generalsekretärs[40], der im Anhang den Bericht der nach São Tomé und Príncipe entsandten Überprüfungsmission enthält,

1. *dankt* dem Generalsekretär für seine Maßnahmen zur Mobilisierung von Hilfe für São Tomé und Príncipe;

2. *schließt sich* voll und ganz der Lagebeurteilung und den Empfehlungen im Anhang zum Bericht des Generalsekretärs *an*;

3. *dankt* den Mitgliedstaaten und internationalen Organisationen, die São Tomé und Príncipe Hilfe geleistet haben;

4. *appelliert erneut* an die Mitgliedstaaten, die in Frage kommenden Organe, Organisationen und Programme des Systems der Vereinten Nationen, die regionalen und interregionalen Organisationen und die anderen zwischenstaatlichen Gremien und nichtstaatlichen Organisationen sowie die internationalen Finanzinstitutionen, die Entwicklung São Tomés und Príncipes den Erfordernissen entsprechend auf bilateralem oder multilateralem Weg zu unterstützen;

5. *ersucht* den Generalsekretär,

a) die Lage in São Tomé und Príncipe laufend zu überprüfen und den Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner zweiten ordentlichen Tagung des Jahres 1984 über den derzeitigen Stand des besonderen Wirtschaftshilfeprogramms für São Tomé und Príncipe zu unterrichten;

* Vgl. die Fußnote auf S. 130

[39] Vgl. auch Resolution 37/133
[40] A/37/127

b) so rechtzeitig über die Entwicklung der Wirtschaftslage São Tomés und Príncipes und die Fortschritte bei der Organisation und Durchführung des besonderen Wirtschaftshilfeprogramms für São Tomé und Príncipe zu berichten, daß diese Frage auf der neununddreißigsten Tagung der Generalversammlung behandelt werden kann.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/147 – Hilfe für die von der Dürre betroffenen Gebiete in Äthiopien, Dschibuti, Kenia, Somalia, Sudan und Uganda

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 35/90 und 35/91 vom 5. Dezember 1980 sowie 36/221 vom 17. Dezember 1981 zur Frage der Hilfe für die von der Dürre betroffenen Gebiete in Äthiopien, Dschibuti, Kenia, Somalia, Sudan und Uganda,

besorgt über die anhaltenden schädlichen Auswirkungen der Dürre auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung dieser Länder,

Kenntnis nehmend von den Berichten des Generalsekretärs über Äthiopien, Dschibuti, Kenia, Somalia, Sudan und Uganda[41],

eingedenk der laufenden Konsultationen zwischen den betroffenen Ländern über die Errichtung des von der Generalversammlung in ihrer Resolution 35/90 empfohlenen zwischenstaatlichen Gremiums,

1. *bekräftigt* ihre Resolution 36/221 über Hilfe für die von der Dürre betroffenen Gebiete in Äthiopien, Dschibuti, Kenia, Somalia, Sudan und Uganda,

2. *schließt sich* den Empfehlungen der Delegation mehrerer Organisationen *an*, die Äthiopien bereist hat[42];

3. *nimmt Kenntnis* von den laufenden Konsultationen zwischen den in Frage kommenden Regierungen über die Errichtung des zwischenstaatlichen Gremiums zur Bekämpfung der Folgen der Dürre und anderer Naturkatastrophen und bittet sie eindringlich, die abschließenden Vorbereitungen zur Errichtung dieses Gremiums möglichst bald zu treffen;

4. *stellt fest*, daß der Generalsekretär mit dem Administrator des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen Vorkehrungen dafür getroffen hat, daß nach Maßgabe der Verfügbarkeit von Mitteln im Rahmen der vom Administrator verwalteten Programme eine Dienststelle damit betraut wird, die betroffenen Länder in der Region zu unterstützen und die Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Regenerierungs- und Sanierungsmaßnahmen in diesen Ländern zu koordinieren;

5. *appelliert* an die Mitgliedstaaten, dem Generalsekretär die erforderlichen Mittel zur Deckung der Kosten für die Tätigkeit einer solchen Dienststelle zur Verfügung zu stellen, sobald das zwischenstaatliche Gremium errichtet worden ist;

6. *ersucht* den Generalsekretär, in enger Koordinierung mit dem Administrator des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen sowie den in Frage kommenden Sonderorganisationen* und sonstigen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen diesen Ländern weiterhin jegliche Unterstützung zu gewähren, die sie bis zur Errichtung des zwischenstaatlichen Gremiums brauchen, um entsprechend den Empfehlungen der verschiedenen interinstitutionellen Delegationen die Dürrefolgen zu bekämpfen;

7. *ersucht* dem Generalsekretär *ferner*, in enger Koordinierung mit dem Administrator des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen sowie den in Frage kommenden Sonderorganisationen* und sonstigen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen den Regierungen in dieser Region auf Ersuchen bei der Schaffung bzw. Verbesserung nationaler Einrichtungen zur Bekämpfung der Folgen der Dürre und anderer Naturkatastrophen zu helfen und der zweiten ordentlichen Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats im Jahre 1983 sowie der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung über die Fortschritte bei der Durchführung dieser Resolution Bericht zu erstatten.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/148 – Hilfe für Botswana

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die Sicherheitsratsresolution 403 (1977) vom 14. Januar 1977 und 406 (1977) vom 25. Mai 1977 bezüglich der Beschwerde der Regierung Botswanas über die Aggressionsakte des illegalen Regimes in Südrhodesien gegen das Hoheitsgebiet Botswanas,

ferner unter Hinweis auf die Sicherheitsratresolution 460 (1979) vom 21. Dezember 1979, in der alle Mitgliedstaaten und Sonderorganisationen* aufgefordert wurden, Simbabwe und den Frontstaaten dringend Unterstützung zu gewähren,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 32/97 vom 13. Dezember 1977, 33/130 vom 19. Dezember 1978 und 34/125 vom 14. Dezember 1979, in denen die Generalversammlung u.a. die besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Botswanas anerkannte, die durch den Abzug von Mitteln aus Entwicklungsprojekten und ihre Verwendung für wirksame Sicherheitsvorkehrungen gegen Angriffe und Drohungen durch Südrhodesien verursacht wurden, und in denen sie sich den in den Mitteilungen des Generalsekretärs vom 28. März 1977[43] und 26. Oktober 1977[44] sowie in seinen Berichten vom 7. Juli 1978[45] und 28. August 1979[46] enthaltenen Beurteilungen und Empfehlungen anschloß,

nach Prüfung des Berichts des Generalsekretärs vom 16. August 1982[47] mit dem Bericht der von ihm gemäß Generalversammlungsresolution 36/222 vom 17. Dezember 1981 nach Botswana entsandten Delegation,

mit Rücksicht darauf, daß sich Botswanas wirtschaftliche Lage durch eine schwere Dürre und einen drastischen Rückgang der Exporterlöse weiter verschlechtert hat,

---

* Vgl. die Fußnote auf S. 130

[41] A/37/122 und A/37/198

[42] Vgl. A/37/198, Anhang

* Vgl. die Fußnote auf S. 130

[43] *Official Records of the Security Council, Thirty-second Year, Supplement for January, February and March 1977*, Dokument S/12307

[44] *Ebd., Supplement for October, November and December 1977*, Dokument S/12421

[45] A/33/166 mit Korr.1

[46] A/34/419-S/13506

[47] A/37/132-S/15311

im Hinblick darauf, daß sich die Regierung Botswanas angesichts der unsicheren politischen Lage in der Region, der Verwundbarkeit Botswanas als Binnenland und seiner Abhängigkeit von einem von außen kontrollierten Schienennetz für den Transport der wichtigsten Ein- und Ausfuhren des Landes vor die Notwendigkeit gestellt sieht, sowohl im Landesinnern als auch im Verkehr mit allen anderen Ländern ein leistungsfähiges Netz von Straßen-, Eisenbahn- und Flugverbindungen wiederherzustellen bzw. auszubauen,

erneut feststellend, daß Botswana sein eigenes Schienennetz errichten will,

ferner im Hinblick auf die dringende Notwendigkeit, die im Anhang zum Bericht des Generalsekretärs aufgeführten Projekte rasch abzuschließen,

1. *nimmt mit Befriedigung Kenntnis* von Botswanas Bemühungen um die Durchführung seiner Entwicklungsprojekte;

2. *schließt sich* dem im Anhang zum Bericht des Generalsekretärs[47] enthaltenen revidierten Hilfsprogramm *vorbehaltlos an* und lenkt die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf den darin genannten ungedeckten Bedarf an Hilfe;

3. *stellt fest*, daß die Reaktion einiger Mitgliedstaaten und internationaler Organisationen auf die Aufrufe des Generalsekretärs zwar ermutigend war, daß der weitere Eingang von Beiträgen zur Durchführung des restlichen Soforthilfeprogramms jedoch dringend erforderlich ist, da manche Teile dieses Programms nach wie vor unbedingt durchgeführt werden müssen;

4. *lenkt die Aufmerksamkeit* der Staaten sowie der internationalen und zwischenstaatlichen Organisationen gemäß den Empfehlungen im Anhang zum Bericht des Generalsekretärs besonders auf die Projekte im Bereich des Verkehrs- und Nachrichtenwesens sowie auf die vordringlichen Sanierungsmaßnahmen in den vom Krieg am stärksten in Mitleidenschaft gezogenen Grenzgebieten;

5. *appelliert erneut* an alle Staaten und zwischenstaatlichen Organisationen, Botswana großzügige Hilfe zu leisten, damit es die restlichen geplanten Entwicklungsprojekte sowie diejenigen Projekte durchführen kann, die aufgrund der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Lage erforderlich geworden sind;

6. *appelliert* an alle Mitgliedstaaten, an die regionalen und interregionalen Organisationen sowie die anderen zwischenstaatlichen Gremien, Botswana finanzielle, materielle und technische Hilfe zu gewähren, damit es sein geplantes Entwicklungsprogramm ohne Unterbrechung durchführen kann;

7. *bittet* die Mitgliedstaaten und Organisationen, die bereits Hilfsprogramme für Botswana durchführen bzw. darüber verhandeln, *eindringlich*, diese soweit wie irgend möglich auszuweiten;

8. *bittet* das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, das Welternährungsprogramm, die Weltgesundheitsorganisation, die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung, die Weltbank und den Internationalen Agrarentwicklungsfonds, die Aufmerksamkeit ihrer Leitungsgremien mit der Bitte um entsprechende Prüfung auf ihre gegenwärtigen Hilfeleistungen an Botswana zu lenken, für das die Generalversammlung den Generalsekretär um die Durchführung eines besonderen Wirtschaftshilfeprogramms ersucht hat, und dem Generalsekretär rechtzeitig für eine Behandlung durch die achtunddreißigste Tagung der Versammlung Bericht über die Ergebnisse dieser Hilfe und über ihre Beschlüsse zu erstatten;

9. *appelliert* an die internationale Gemeinschaft, Beiträge auf das Sonderkonto einzuzahlen, das vom Generalsekretär eingerichtet wurde, um die Weiterleitung von Beiträgen an Botswana zu erleichtern;

10. *ersucht* die in Frage kommenden Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen um enge Zusammenarbeit mit dem Generalsekretär, mit dem Ziel, die Weiterleitung der Beiträge an Botswana zu erleichtern;

11. *ersucht* den Generalsekretär,

a) seine Bemühungen um die Beschaffung der notwendigen Ressourcen für ein wirksames Programm zur finanziellen, technischen und materiellen Hilfeleistung an Botswana fortzusetzen;

b) die Lage in Botswana ständig zu überprüfen, engen Kontakt zu den Mitgliedstaaten, den regionalen und anderen zwischenstaatlichen Organisationen sowie den in Frage kommenden Sonderorganisationen und internationalen Finanzinstitutionen zu halten und den Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner zweiten ordentlichen Tagung des Jahres 1983 über den neuesten Stand des besonderen Wirtschaftshilfeprogramms für Botswana zu unterrichten;

c) so rechtzeitig über die Entwicklung der Wirtschaftslage Botswanas und die Fortschritte bei der Organisation und Durchführung des besonderen Wirtschaftshilfeprogramms für Botswana zu berichten, daß die Angelegenheit auf der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung behandelt werden kann.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/149 – Hilfe bei der Entwicklung Liberias

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/207 vom 17. Dezember 1981, in der sie an alle Mitgliedstaaten, an die Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen sowie an die internationalen Finanz- und Entwicklungsinstitutionen appellierte, jede nur mögliche Hilfe für den Wiederaufbau, die Sanierung und die Entwicklung Liberias zu leisten,

in Kenntnis der am 4. November 1982 vor dem Zweiten Ausschuß abgegebenen Erklärung des Vertreters Liberias, in der dieser die ernste wirtschaftliche und finanzielle Lage seines Landes beschrieb[48],

nach Prüfung des Berichts des Generalsekretärs[49], der im Anhang den Bericht der interinstitutionellen Delegation enthielt, die der Generalsekretär im März 1982 nach Liberia entsandt hatte, um mit der dortigen Regierung über zusätzlich benötigte Hilfe für den Wiederaufbau, die Sanierung und die Entwicklung des Landes zu beraten,

aus dem Bericht *entnehmend*, welch ernsten wirtschaftlichen und finanziellen Problemen Liberia gegenübersteht, die sich vor allem aus dem schwachen und unterentwickelten Zustand der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur ergeben,

ferner im Hinblick darauf, daß es die Haushaltslage dem Bericht zufolge der Regierung Liberias unmöglich

* Vgl. die Fußnote auf S. 130

[48] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Second Committee*, 30. Sitzung, Ziffer 33-36

[49] A/37/123

macht, ohne ausreichende finanzielle Hilfe von außen ein Entwicklungsprogramm in Angriff zu nehmen,

besonders besorgt darüber, daß die Regierung Liberias nicht in der Lage ist, angesichts des kritischen Mangels an finanziellen und materiellen Ressourcen der Bevölkerung ausreichende Gesundheits- und Ausbildungsdienste und andere unentbehrliche soziale und öffentliche Dienstleistungen zu bieten, insbesondere nach der landesweiten Katastrophe, die sich vor kurzem ereignet hat und in der Erdrutsche und Überschwemmungen zum Verlust von Menschenleben führten,

in Kenntnisnahme des von der interinstitutionellen Delegation in Absprache mit der Regierung entworfenen Hilfsprogramms[50], das für Liberia empfohlen wurde,

in Kenntnis der Absicht der Regierung Liberias, mit Hilfe des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen 1983 eine Geberkonferenz am runden Tisch zu veranstalten, bei der die Entwicklungsbedürfnisse des Landes erörtert und Mittel und Wege behandelt werden sollen, wie die Bemühungen der Regierung zur Befriedigung dieser Bedürfnisse unterstützt werden können,

in Anbetracht dessen, daß die Regierung Liberias mit Hilfe des Sekretariats der Vereinten Nationen einen Bericht mit zusätzlichen und aktualisierten Informationen über die wirtschaftliche Lage Liberias ausgearbeitet und dem Ausschuß für Entwicklungsplanung zur Behandlung auf seiner neunzehnten Tagung im Jahr 1983 vorgelegt hat,

1. *nimmt mit Befriedigung Kenntnis* von den Bemühungen der Regierung und des Volks von Liberia um nationalen Wiederaufbau, Sanierung und Entwicklung;

2. *dankt* dem Generalsekretär für seinen Bericht über die wirtschaftliche Lage Liberias und über die zusätzliche Hilfe, die Liberia für seinen Wiederaufbau, seine Sanierung und seine Entwicklung benötigt;

3. *schließt sich* der Lagebeurteilung und den Empfehlungen der interinstitutionellen Delegation, die im Anhang zum Bericht des Generalsekretärs enthalten sind, *uneingeschränkt an*[49],

4. *wiederholt erneut eindringlich ihren Appell* an alle Mitgliedstaaten, auf bilateralem oder multilateralem Weg großzügig Beiträge zum Wiederaufbau, zur Sanierung und zur Entwicklung Liberias zu leisten;

5. *bittet* die Mitgliedstaaten, die Organisationen und Programme des Systems der Vereinten Nationen, die regionalen und interregionalen Regierungsgremien, die Entwicklungs- und Finanzinstitutionen und die nichtstaatlichen Organisationen *eindringlich*, die Bemühungen der Regierung Liberias um die Mobilisierung von Mitteln für sein besonderes Wirtschaftshilfeprogramm voll zu unterstützen und zu diesem Zweck auf der kommenden Konferenz am runden Tisch den Bedürfnissen Liberias großzügig entgegenzukommen;

6. *ersucht* die in Frage kommenden Organisationen und Programme des Systems der Vereinten Nationen – insbesondere das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, die Weltbank, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, den Internationalen Agrarentwicklungsfonds, das Welternährungsprogramm, die Weltgesundheitsorganisation, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen und die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung –, ihre Hilfsprogramme für Liberia beizubehalten und auszubauen, den Generalsekretär bei seinen Bemühungen um die Organisation eines wirksamen internationalen Hilfsprogramms voll zu unterstützen und ihm in regelmäßigen Abständen über die von ihnen zur Unterstützung Liberias ergriffenen Maßnahmen und die von ihnen bereitgestellten Ressourcen zu berichten;

7. *fordert* die regionalen und interregionalen Organisationen und die anderen zwischenstaatlichen Gremien und nichtstaatlichen Organisationen sowie die internationalen Finanzinstitutionen, insbesondere die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, den Europäischen Entwicklungsfonds, die Afrikanische Entwicklungsbank, die Arabische Bank für die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas, den Fonds der Organisation der erdölexportierenden Länder für internationale Entwicklung und den Internationalen Agrarentwicklungsfonds auf, dringend die Einrichtung eines Hilfsprogramms für Liberia oder, wenn ein solches bereits besteht, den Ausbau des Programms zu erwägen;

8. *fordert* die Mitgliedstaaten *auf*, bis zur Behandlung des Berichts durch den Ausschuß für Entwicklungsplanung auf seiner neunzehnten Tagung und angesichts der kritischen Wirtschaftslage des Landes, Sondermaßnahmen für Liberia vorzusehen und sich mit Vorrang besonders mit der Frage der baldigen Aufnahme Liberias in ihre Wirtschaftshilfeprogramme zu befassen;

9. *bittet* die Mitgliedstaaten und die in Frage kommenden Gremien der Vereinten Nationen – insbesondere das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, das Welternährungsprogramm, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, die Weltgesundheitsorganisation, den Fonds der Vereinten Nation für Bevölkerungsfragen und die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung – *eindringlich*, durch jede nur erdenkliche Unterstützung der Regierung Liberias zu helfen, die akuten humanitären Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen und gegebenenfalls Nahrungsmittel, Medikamente und unentbehrliche Ausrüstungsgegenstände für Schulen und Krankenhäuser zur Verfügung zu stellen sowie der Bevölkerung der vor kurzem von Erdrutschen und Überschwemmungen betroffenen Region Katastrophenhilfe zu leisten;

10. *bittet* das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, das Welternährungsprogramm, die Weltgesundheitsorganisation, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, die Weltbank und den Internationalen Agrarentwicklungsfonds, ihre Leitungsgremien mit der Bitte um entsprechende Prüfung auf die besonderen Bedürfnisse Liberias aufmerksam zu machen und dem Generalsekretär bis 15. Juli 1983 über die Beschlüsse dieser Gremien zu berichten;

11. *ersucht* den Administrator des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen und die Weltbank, der Regierung Liberias bei der Organisation der Geberkonferenz am runden Tisch jede nur mögliche Unterstützung zu leisten;

12. *ersucht* den Generalsekretär,

a) seine Bemühungen um die Beschaffung der erforderlichen Ressourcen für ein wirksames Programm zur finanziellen, technischen und materiellen Unterstützung Liberias fortzusetzen;

b) dafür zu sorgen, daß ausreichende finanzielle und haushaltstechnische Vorkehrungen für die weitere Organisation eines wirksamen internationalen Hilfsprogramms für Liberia und die Mobilisierung von Hilfsmaßnahmen getroffen werden;

c) die Lage hinsichtlich der Hilfsmaßnahmen für Liberia laufend zu überprüfen, engen Kontakt mit den Mitgliedstaaten, regionalen und anderen zwischenstaat-

[50] Vgl. A/37/123, Anhang

lichen Organisationen, den in Frage kommenden Sonderorganisationen* und internationalen Finanzinstitutionen zu wahren und den Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner zweiten ordentlichen Tagung des Jahres 1983 über den derzeitigen Stand des besonderen Wirtschaftshilfeprogramms für Liberia zu unterrichten;

d) so rechtzeitig über die Entwicklung der Wirtschaftslage Liberias und die Fortschritte bei der Organisation und Durchführung des Hilfsprogramms für Liberia zu berichten, daß die Angelegenheit von der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung behandelt werden kann.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/150 – Hilfe für den Demokratischen Jemen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/6 vom 28. April 1982 über die durch die schweren Überschwemmungen im Demokratischen Jemen verursachten ausgedehnten Verwüstungen,

ferner unter Hinweis auf Resolution 107 (IX) der Wirtschaftskommission für Westasien vom 11. Mai 1982[51], in der die Kommission die umgehende Aufstellung eines Sanierungs- und Wiederaufbauprogramms für die von den Überschwemmungen betroffenen Gebiete des Demokratischen Jemen forderte,

weiterhin unter Hinweis auf die Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/59 vom 30. Juli 1982,

nach Behandlung des Berichts des Amts des Koordinators der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe über das Ausmaß und die Art der durch die Überschwemmung verursachten Schäden [52],

in Kenntnisnahme des in Entsprechung der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/59 abgegebenen mündlichen Berichts des Koordinators der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe[53],

im Hinblick darauf, daß der Demokratische Jemen als eines der am wenigsten entwickelten Länder nicht in der Lage ist, die durch die Sanierung und den Wiederaufbau der in Mitleidenschaft gezogenen Gebiete verursachte zunehmende Belastung zu tragen,

1. *dankt* dem Generalsekretär für seine Maßnahmen zur Unterstützung des Demokratischen Jemen;

2. *dankt* allen Staaten sowie den internationalen, regionalen und zwischenstaatlichen Organisationen, die dem Demokratischen Jemen Hilfe geleistet haben;

3. *ersucht* den Generalsekretär, weiterhin die erforderlichen Mittel für ein wirksames umfassendes Programm zur finanziellen, technischen und materiellen Unterstützung des Demokratischen Jemen zu mobilisieren, das diesem helfen soll, die entstandenen Schäden zu mildern und seine Sanierungs- und Wiederaufbaupläne zu verwirklichen;

4. *appelliert* an die Mitgliedstaaten, auf bilateralem und/oder multilateralem Weg großzügige Beiträge zum Prozeß des Wiederaufbaus und der Entwicklung im Demokratischen Jemen zu leisten;

5. *ersucht* die in Frage kommenden Organisationen und Programme des Systems der Vereinten Nationen, insbesondere das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, die Weltbank, das Ernährungsprogramm, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, den Internationalen Agrarentwicklungsfonds, die Weltgesundheitsorganisation, den Fonds der Vereinten Nationen für Bevölkerungsfragen, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen und die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung, ihre Hilfsprogramme für den Demokratischen Jemen fortzusetzen und noch auszubauen und den Generalsekretär bei der Organisation eines wirksamen Hilfsprogramms für dieses Land voll zu unterstützen;

6. *fordert* die regionalen und interregionalen Organisationen und sonstigen zwischenstaatlichen Gremien und nichtstaatlichen Organisationen *auf*, die Bedürfnisse und Entwicklungserfordernisse des Demokratischen Jemen umgehend zu prüfen;

7. *ersucht* den Generalsekretär, die Lage im Demokratischen Jemen laufend zu überprüfen und der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung über die Fortschritte bei der Durchführung dieser Resolution zu berichten.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/151 – Besondere Wirtschaftshilfe für Benin

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 35/88 vom 5. Dezember 1980 und 36/208 vom 17. Dezember 1981, in denen sie an die internationale Gemeinschaft appellierte, Benin in finanzieller, materieller und technischer Hinsicht tatkräftig und kontinuierlich zu unterstützen, um so zur Überwindung seiner finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten beizutragen,

ferner unter Hinweis auf die Sicherheitsratsresolution 419 (1977) vom 24. November 1977, in der der Rat an alle Staaten und alle in Frage kommenden internationalen Organisationen, darunter auch an die Vereinten Nationen und die Sonderorganisationen*, appellierte, Benin zu unterstützen,

nach Anhörung der am 4. November 1982 vor dem Zweiten Ausschuß abgegebenen Erklärung des Vertreters von Benin, in der dieser die schwierige wirtschaftliche und finanzielle Lage seines Landes und die von seiner Regierung zur Überwindung dieser Schwierigkeiten eingeleiteten Maßnahmen schilderte[54],

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs[55] mit dem im Anhang dazu enthaltenen Bericht der im Juli 1982 vom Generalsekretär nach Benin entsandten Überprüfungsdelegation,

aus dem Bericht *entnehmend*, daß es aufgrund der Maßnahmen der Regierung und des Appells des Generalsekretärs in Benin zu einer ermutigenden Entwicklung gekommen ist,

dennoch *tief besorgt* darüber, daß Benin nach wie vor mit gravierenden wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, die durch ein schwerwiegendes Ungleichgewicht in der Zahlungsbilanz, eine

---

* Vgl. die Fußnote auf S. 130

[51] Vgl. *Official Records of the Economic and Social Council, 1982, Supplement No. 12* (E/1982/22), Kap. I

[52] Vgl. E/ECWA/156

[53] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Second Committee*, 27. Sitzung, Ziffer 1-9

* Vgl. die Fußnote auf S. 130

[54] *Ebd.*, 31. Sitzung, Ziffer 12-15

[55] A/37/134 mit Korr. 1

schwere Belastung durch die Auslandsverschuldung und das Fehlen von Ressourcen zur Durchführung seines geplanten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsprogramms gekennzeichnet sind,

ferner im Hinblick darauf, daß ungünstige Wetterbedingungen in Benin zu Verlusten an Agrarprodukten und an Viehbeständen geführt haben und daß schwere Überschwemmungen die Regierung zur Einleitung von Nothilfemaßnahmen zur Unterstützung der betroffenen Bevölkerung veranlaßt haben,

in Kenntnisnahme der im Bericht des Generalsekretärs erwähnten Empfehlung zum Hilfsprogramm für Benin,

ferner feststellend, daß Benin dringend internationale Hilfe bei seinen Gesundheitsprogrammen wie auch Nahrungsmittelhilfe benötigt,

in Kenntnis des Wunsches der Regierung Benins, 1983 mit Unterstützung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen eine gemeinsame Konferenz der Entwicklungspartner zur Erörterung der Entwicklungsbedürfnisse Benins und zur Behandlung der Frage zu veranstalten, wie der Regierung bei ihren Bemühungen um die Befriedigung dieser Bedürfnisse geholfen werden kann,

eingedenk dessen, daß Benin als eines der am wenigsten entwickelten Entwicklungsländer eingestuft worden ist,

1. *dankt* dem Generalsekretär für seine Maßnahmen zur Aufstellung eines internationalen Wirtschaftshilfeprogramms für Benin;

2. *schließt sich vorbehaltlos* der Lagebeurteilung und den Empfehlungen der Besuchsdelegation *an*, die im Anhang zum Bericht des Generalsekretärs enthalten sind;

3. *dankt* den Mitgliedstaaten, Organisationen des Systems der Vereinten Nationen sowie regionalen, interregionalen und zwischenstaatlichen Organisationen für die Benin bereits geleistete oder zugesagte Hilfe;

4. *nimmt mit Dank Kenntnis* von den verschiedenen Maßnahmen der Regierung Benins zur Stärkung der Wirtschaft des Landes und nimmt die erfolgreiche Durchführung verschiedener außerordentlich bedeutsamer Wirtschaftsinitiativen zur Kenntnis;

5. *äußert ihre Besorgnis* angesichts der Tatsache, daß die Regierung Benins trotz dieser positiven Entwicklungen nach wie vor mit gravierenden wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat und daß diese Probleme durch Verluste an Agrarprodukten und Viehbeständen, die durch Überschwemmungen im Süden und die Trockenheit im Norden des Landes hervorgerufen wurden, noch verschärft worden sind;

6. *macht darauf aufmerksam*, daß Benin zur vollständigen Durchführung des empfohlenen Programms für besondere Wirtschaftshilfe zusätzliche Auslandshilfe benötigt;

7. *appelliert erneut eindringlich* an alle Mitgliedstaaten, auf bilateralem und multilateralem Wege substantielle und geeignete Hilfe zu leisten – wo immer möglich in Form von verlorenen Zuschüssen oder Krediten zu Vorzugsbedingungen –, damit Benin das empfohlene Wirtschaftshilfeprogramm in vollem Umfang durchführen kann;

8. *bittet* die Mitgliedstaaten, die Organisationen und Programme der Vereinten Nationen, die regionalen und interregionalen Organisationen, die Finanzierungs- und Entwicklungsinstitutionen sowie die zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen *eindringlich*, auf der im Januar 1983 in Cotonou abzuhaltenden Konferenz am runden Tisch den Bedürfnissen Benins großzügig Rechnung zu tragen;

9. *ersucht* die in Frage kommenden Gremien und Programme der Vereinten Nationen – insbesondere das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, den Internationalen Agrarentwicklungsfonds und das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen –, ihre Hilfsprogramme für Benin beizubehalten und auszubauen, den Generalsekretär bei der Organisation eines wirksamen internationalen Hilfsprogramms voll zu unterstützen und ihm regelmäßig über die von ihnen zur Unterstützung Benins unternommenen Schritte und von ihnen bereitgestellten Ressourcen zu berichten;

10. *fordert* die regionalen und interregionalen Organisationen und anderen zwischenstaatlichen Gremien und nichtstaatlichen Organisationen sowie die internationalen Entwicklungs- und Finanzinstitutionen *auf*, umgehend die Aufstellung eines Hilfsprogramms für Benin bzw. den Ausbau eines eventuell schon bestehenden Hilfsprogramms in Erwägung zu ziehen;

11. *bittet* die Mitgliedstaaten und in Frage kommenden Organisationen der Vereinten Nationen – insbesondere das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, das Welternährungsprogramm und den Fonds der Vereinten Nationen für Bevölkerungsfragen – *eindringlich*, der Regierung Benins durch jede nur erdenkliche Unterstützung zu helfen, die akuten humanitären Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, und bittet sie, der Regierung nach Bedarf Nahrungsmittel, Medikamente und Ausrüstungsgegenstände für Krankenhäuser und Schulen zur Verfügung zu stellen;

12. *bittet* das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, das Welternährungsprogramm, die Weltgesundheitsorganisation, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, die Weltbank und den Internationalen Agrarentwicklungsfonds, ihre Leitungsgremien mit der Bitte um entsprechende Prüfung auf die besonderen Bedürfnisse Benins aufmerksam zu machen und dem Generalsekretär bis 15. Juli 1983 über die Beschlüsse dieser Gremien zu berichten;

13. *ersucht* den Generalsekretär,

a) seine Bemühungen um die Beschaffung der notwendigen Ressourcen für ein wirksames Programm zur finanziellen, technischen und materiellen Unterstützung Benins fortzusetzen;

b) dafür zu sorgen, daß die für die weitere Organisation des internationalen Hilfsprogramms für Benin und die Mobilisierung dieser Hilfsmaßnahmen erforderlichen finanziellen und haushaltstechnischen Vorkehrungen getroffen werden;

c) die Lage in Benin laufend zu überprüfen, engen Kontakt zu den Mitgliedstaaten, den Sonderorganisationen*, den regionalen und anderen zwischenstaatlichen Organisationen sowie zu den in Frage kommenden internationalen Finanzinstitutionen zu halten und dem Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner zweiten ordentlichen Tagung des Jahres 1983 über den Stand des besonderen Wirtschaftshilfeprogramms für Benin zu berichten;

d) so rechtzeitig über die Entwicklung der Wirtschaftslage Benins und die Fortschritte bei der Organisation und Durchführung des besonderen Wirtschaftshilfeprogramms für Benin zu berichten, daß die Gene-

* Vgl. die Fußnote auf S. 130

ralversammlung diese Frage spätestens auf ihrer neununddreißigsten Tagung behandeln kann.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/152 – Hilfe für Kap Verde

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/211 vom 17. Dezember 1981, in der sie die internationale Gemeinschaft aufforderte, geeignete Maßnahmen zur Unterstützung der Durchführung des Fünfjahresplans für Kap Verde zu ergreifen,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolutionen 32/99 vom 13. Dezember 1977, 33/127 vom 19. Dezember 1978, 34/119 vom 14. Dezember 1979 und 35/104 vom 5. Dezember 1980, in denen sie die internationale Gemeinschaft ersuchte, die erforderlichen Ressourcen zur Durchführung des in den Berichten des Generalsekretärs[56] vorgesehenen Hilfsprogramms für Kap Verde zur Verfügung zu stellen,

weiterhin unter Hinweis auf ihre Resolution 36/194 vom 17. Dezember 1981, mit der sie das Neue substantielle Aktionsprogramm für die achtziger Jahre zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder[57] billigte,

in Anerkennung der Schwierigkeiten, die der fragilen Wirtschaft Kap Verdes innewohnen und die durch eine schwere, anhaltende Dürre noch verschärft werden,

im Hinblick darauf, daß Kap Verde ein kleines Archipel ist, das zu den am wenigsten entwickelten Ländern und zu den Mitgliedern des Ständigen zwischenstaatlichen Ausschusses zur Dürrebekämpfung in der Sahel-Region gehört,

in der Erkenntnis, daß eine verstärkte substantielle und kontinuierliche Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft sowohl kurz- als auch langfristig zur effektiven Entwicklung Kap Verdes beitragen wird,

unter Berücksichtigung der Tatsache, daß vom 21. bis 24. Juni 1982 in Praia (Kap Verde) eine von Kap Verde und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen gemeinsam organisierte Konferenz der Entwicklungspartner Kap Verdes stattfand, auf der die Prioritäten Kap Verdes konkret und im einzelnen analysiert und der Umfang der für die Durchführung des Fünfjahresplans erforderlichen Ressourcen ermittelt wurden,

zutiefst besorgt über den Ausfall der für 1983 erwarteten Ernte aufgrund des Ausbleibens der Regenzeit sowie aufgrund einer erneuten Dürre,

im Hinblick darauf, daß die Ernährungssituation Kap Verdes nach dem gemeinsamen Bericht der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen und des Welternährungsprogramms vom Januar 1982 sowohl kurz- als auch mittelfristig außerordentlich kritisch bleiben wird,

in Anerkennung der erheblichen Anstrengungen, die die Regierung und das Volk von Kap Verde trotz bestehender Schwierigkeiten zur Förderung des Prozesses der sozio-ökonomischen Entwicklung des Landes unternehmen,

nach Prüfung des Berichts des Generalsekretärs vom 14. Juni 1982[58] über Hilfe für Kap Verde,

1. *dankt* dem Generalsekretär für seine Bemühungen bei der Mobilisierung von Ressourcen für die Durchführung des Hilfsprogramms für Kap Verde;

2. *spricht* den Staaten, den internationalen, regionalen und interregionalen Organisationen sowie den anderen zwischenstaatlichen Organisationen *ihren Dank* für ihre Beiträge zum Hilfsprogramm für Kap Verde *aus*;

3. *dankt* denjenigen Regierungen und internationalen sowie nichtstaatlichen Organisationen, die an der Konferenz der Entwicklungspartner Kap Verdes teilgenommen haben, und bittet sie eindringlich, geeignete Maßnahmen zur Verwirklichung der Konferenzergebnisse zu ergreifen;

4. *lenkt* die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf Tabelle 6 im Anhang zum Bericht des Generalsekretärs vom 14. Juni 1982[58], in der die von der Regierung als vorrangig betrachteten Projekte aufgeführt sind;

5. *bittet* die Staaten, die internationalen, regionalen und interregionalen Organisationen sowie die anderen zwischenstaatlichen Organisationen eindringlich, ihre Hilfsmaßnahmen spürbar auszubauen und zu intensivieren, damit das Hilfsprogramm für Kap Verde möglichst bald durchgeführt werden kann;

6. *bittet* die internationale Gemeinschaft, insbesondere die Geberländer, im Einklang mit dem Neuen substantiellen Aktionsprogramm für die achtziger Jahre zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder so bald wie möglich geeignete Maßnahmen zur Unterstützung der Verwirklichung des Fünfjahresplans von Kap Verde zu ergreifen;

7. *ersucht* die Organisationen, Organe und Gremien des Systems der Vereinten Nationen, ihre Hilfsmaßnahmen für Kap Verde fortzusetzen und weiter auszubauen, den Generalsekretär bei seinen Bemühungen um die Beschaffung von Ressourcen für die Durchführung des Hilfsprogramms zu unterstützen und ihm regelmäßig über die von ihnen zur Unterstützung Kap Verdes unternommenen Schritte und die von ihnen bereitgestellten Ressourcen Bericht zu erstatten;

8. *fordert* die internationale Gemeinschaft auf, allen Aufrufen zur Leistung von Nahrungsmittel- und Futtermittelhilfe, die von der Regierung Kap Verdes bzw. in deren Namen von den Sonderorganisationen* und anderen zuständigen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen an sie gerichtet werden, weiterhin großzügig Folge zu leisten, um die Regierung bei der Bewältigung der kritischen Lage des Landes zu unterstützen;

9. *lenkt die Aufmerksamkeit* der internationalen Gemeinschaft *erneut* auf das Sonderkonto, das vom Generalsekretär gemäß Generalversammlungsresolution 32/99 am Sitz der Vereinten Nationen eingerichtet wurde, um die Weiterleitung von Beiträgen nach Kap Verde zu erleichtern;

10. *bittet* die Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, das Welternährungsprogramm, die Weltgesundheitsorganisation, die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, die Weltbank und den Internationalen Agrarentwicklungsfonds, über ihre Leitungsgremien

[56] A/33/167 mit Korr.1, A/34/372 mit Korr.1, A/35/322 mit Korr.1, A/36/265

[57] *Report of the United Nations Conference on the Least Developed Countries, Paris, 1-14 September 1981* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.82.I.8) Erster Teil, Abschnitt A

* Vgl. die Fußnote auf S. 130

[58] A/37/124

weiterhin die besonderen Bedürfnisse Kap Verdes zu behandeln und dem Generalsekretär bis 15. Juli 1983 über die Beschlüsse dieser Gremien zu berichten;

11. *ersucht* den Generalsekretär,

a) seine Bemühungen um die Beschaffung der notwendigen Ressourcen zur Durchführung des Entwicklungsprogramms für Kap Verde fortzusetzen;

b) die Lage auf Kap Verde laufend zu überprüfen und den Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner zweiten ordentlichen Tagung des Jahres 1983 über die Fortschritte bei der Verwirklichung dieser Resolution zu unterrichten;

c) so rechtzeitig eine Überprüfung der Wirtschaftslage Kap Verdes zu veranlassen und einen sachbezogenen Bericht über die bei der Organisation und Durchführung des besonderen Wirtschaftshilfeprogramms für Kap Verde erzielten Fortschritte zu erstellen, daß die Angelegenheit von der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung behandelt werden kann.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/153 – Hilfe für Dschibuti[59]

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/216 vom 17. Dezember 1981 und ihre früheren Resolutionen zu dieser Frage, in denen sie die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf die kritische Wirtschaftslage Dschibutis und dessen dringenden Bedarf an Hilfe lenkte,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 36/156 vom 16. Dezember 1981, in der sie die internationale Gemeinschaft aufforderte, die Anstrengungen der Regierung Dschibutis, die Bedürfnisse der Flüchtlingsbevölkerung zu decken, weiterhin zu unterstützen,

weiterhin unter Hinweis auf ihre Resolution 36/221 vom 17. Dezember 1981, in der sie an die internationale Gemeinschaft appellierte, großzügige Beiträge zu den Projekten und Programmen zur Unterstützung der von der Dürre betroffenen Bevölkerung zu leisten,

in Kenntnis der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/41 vom 27. Juli 1982, in der der Rat die Aufnahme Dschibutis in die Liste der am wenigsten entwickelten Länder empfahl[60],

nach Prüfung des Berichts des Generalsekretärs[61], der im Anhang den Bericht der 1982 nach Dschibuti entsandten Überprüfungsdelegation enthält,

in Kenntnisnahme der kritischen Wirtschaftslage Dschibutis und der von der Regierung Dschibutis ausgearbeiteten Liste dringender und vorrangiger Projekte, die internationale Unterstützung erfordern,

ferner in Kenntnisnahme dessen, daß die Regierung Dschibutis in dem Bemühen um internationale Unterstützung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes zu Anfang des Jahres 1983 eine Geberkonferenz einberufen wird,

1. *dankt* dem Generalsekretär für seine Maßnahmen zur Durchführung eines internationalen Wirtschaftshilfeprogramms für Dschibuti;

2. *schließt sich voll und ganz* der Lagebeurteilung und den Empfehlungen im Anhang zum Bericht des Generalsekretärs *an*[61];

3. *nimmt mit Dank Kenntnis* von der Hilfe, die die Mitgliedstaaten, die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und andere Organisationen Dschibuti bereits geleistet bzw. zugesagt haben;

4. *lenkt die Aufmerksamkeit* der internationalen Gemeinschaft erneut auf die schwierige Wirtschaftslage Dschibutis und die schwerwiegenden strukturellen Hindernisse für seine Entwicklung;

5. *appelliert erneut* an die Mitgliedstaaten, die in Frage kommenden Organe, Organisationen und Programme des Systems der Vereinten Nationen, die regionalen und internationalen Organisationen und anderen zwischenstaatlichen Gremien und nichtstaatlichen Organisationen sowie an die internationalen Finanzinstitutionen, Dschibuti den Erfordernissen entsprechend auf bilateralem oder multilateralem Weg Hilfe zu leisten, damit es seine schwierige Wirtschaftslage bewältigen und seine Entwicklungsstrategien durchführen kann;

6. *ersucht* die in Frage kommenden Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, ihre laufenden und geplanten Hilfsprogramme für Dschibuti beizubehalten und auszubauen, den Generalsekretär bei der Organisation eines wirksamen internationalen Hilfsprogramms voll zu unterstützen und ihm regelmäßig über die von ihnen zur Unterstützung Dschibutis bereitgestellten Ressourcen zu berichten;

7. *appelliert* an diejenigen Staaten und Organisationen, die zu der Anfang 1983 in Dschibuti abzuhaltenden Geberkonferenz eingeladen sind, in großzügiger Form auf das Hilfsprogramm zu reagieren, das die Regierung Dschibutis dann vorlegen wird;

8. *ersucht* den Generalsekretär,

a) seine Bemühungen um die Beschaffung der notwendigen Ressourcen für ein wirksames Programm zur finanziellen, technischen und materiellen Hilfeleistung an Dschibuti fortzusetzen;

b) weiterhin dafür zu sorgen, daß ausreichende finanzielle und haushaltstechnische Vorkehrungen zur Beschaffung von Mitteln und zur Koordinierung der internationalen Hilfeleistungen an Dschibuti getroffen werden;

c) die Lage in Dschibuti laufend zu überprüfen, engen Kontakt zu den Mitgliedstaaten, den Sonderorganisationen*, den regionalen und anderen zwischenstaatlichen Organisationen sowie zu den in Frage kommenden internationalen Finanzinstitutionen zu halten und dem Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner zweiten ordentlichen Tagung des Jahres 1983 über den neuesten Stand des besonderen Wirtschaftshilfeprogramms für Dschibuti zu berichten;

d) so rechtzeitig über die Entwicklung der Wirtschaftslage Dschibutis und die Fortschritte bei der Organisation und Durchführung des besonderen Wirtschaftshilfeprogramms für Dschibuti zu berichten, daß die Angelegenheit auf der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung behandelt werden kann.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

[59] Vgl. auch Resolution 37/147
[60] Vgl. Resolution 37/133
[61] A/37/136

* Vgl. die Fußnote auf S. 130

37/154 – Hilfe für die Komoren

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/212 vom 17. Dezember 1981 und ihre früheren Resolutionen über Hilfe für die Komoren, in denen sie an die internationale Gemeinschaft appellierte, die Komoren tatkräftig und kontinuierlich finanziell, materiell und technisch zu unterstützen, um ihnen bei der Überwindung ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu helfen,

in Kenntnisnahme der besonderen Probleme, denen sich die Komoren als Entwicklungsland in Insellage und als eines der am wenigsten entwickelten Länder gegenübersehen,

im Hinblick auf den Vorrang, den die Regierung der Komoren Fragen der Infrastruktur sowie des Verkehrs- und Fernmeldewesens eingeräumt hat,

ferner im Hinblick auf die sich aufgrund der knappen natürlichen Ressourcen des Landes ergebenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die durch Dürre und Zyklone in jüngster Zeit noch weiter verschärft wurden,

weiterhin im Hinblick auf die schwerwiegenden Haushalts- und Zahlungsbilanzprobleme der Komoren,

in Kenntnis der Tatsache, daß die Regierung der Komoren die Absicht hat, im ersten Quartal des Jahres 1983 eine Geberkonferenz einzuberufen,

nach Prüfung des Berichts des Generalsekretärs[62] mit dem im Anhang enthaltenen Bericht der im Mai 1982 auf die Komoren entsandten Überprüfungsdelegation,

1. *dankt* dem Generalsekretär für seine Maßnahmen zur Mobilisierung von Hilfeleistungen für die Komoren;

2. *nimmt mit Befriedigung Kenntnis* von der Reaktion verschiedener Mitgliedstaaten, Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und anderer Organisationen auf ihre Appelle sowie auf die Appelle des Generalsekretärs zur Hilfe für die Komoren;

3. *stellt* jedoch *mit Besorgnis fest*, daß die bisher geleistete Unterstützung noch immer nicht den dringenden Bedürfnissen des Landes gerecht wird und daß nach wie vor dringend Hilfe benötigt wird, wenn die im Anhang zum Bericht des Generalsekretärs genannten Projekte durchgeführt werden sollen[62];

4. *appelliert* an alle Staaten und Organisationen, die zu der Anfang 1983 auf den Komoren abzuhaltenden Geberkonferenz eingeladen sind, in größzügiger Form auf das Hilfsprogramm zu reagieren, das die Regierung der Komoren dann vorlegen wird;

5. *appelliert erneut* an die Mitgliedstaaten, die in Frage kommenden Organe, Organisationen und Programme des Systems der Vereinten Nationen, die regionalen und internationalen Organisationen und anderen zwischenstaatlichen Gremien und nichtstaatlichen Organisationen sowie an die internationalen Finanzinstitutionen, den Komoren Hilfe zu leisten, damit sie ihre schwierige Wirtschaftslage bewältigen und ihre Entwicklungsziele verfolgen können;

6. *ersucht* die in Frage kommenden Organisationen und Programme des Systems der Vereinten Nationen, ihre laufenden Hilfsprogramme für die Komoren zu erweitern, eng mit dem Generalsekretär bei der Organisation eines wirksamen internationalen Hilfsprogramms zusammenzuarbeiten und ihm regelmäßig über die von ihnen zur Unterstützung der Komoren unternommenen Schritte und die von ihnen bereitgestellten Ressourcen zu berichten;

7. *ersucht* den Generalsekretär,

a) seine Bemühungen um die Beschaffung der notwendigen Ressourcen für ein wirksames Programm zur finanziellen, technischen und materiellen Hilfeleistung an die Komoren fortzusetzen;

b) die Lage auf den Komoren ständig zu überprüfen, engen Kontakt zu den Mitgliedstaaten, zu den in Frage kommenden Sonderorganisationen*, regionalen und anderen zwischenstaatlichen Organisationen und internationalen Finanzinstitutionen zu halten und den Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner zweiten ordentlichen Tagung des Jahres 1983 über den neuesten Stand des besonderen Wirtschaftshilfeprogramms für die Komoren zu unterrichten;

c) so rechtzeitig über die Entwicklung der Wirtschaftslage der Komoren und die Fortschritte bei der Organisation und Durchführung des besonderen Wirtschaftshilfeprogramms für die Komoren zu berichten, daß die Angelegenheit auf der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung behandelt werden kann.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/155 – Besondere Wirtschaftshilfe für den Tschad

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/210 vom 17. Dezember 1981 und ihre früheren Resolutionen über den Wiederaufbau, die Sanierung und die Entwicklung des Tschad und über humanitäre Soforthilfe an den Tschad,

in Kenntnisnahme der Berichte des Generalsekretärs[63] über Hilfe für den Tschad und der diesbezüglichen Arbeit des Amts des Koordinators der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe[64] sowie der Erklärung des Koordinators[65],

mit Genugtuung feststellend, daß sich die Lage im Tschad so stabilisiert hat, daß der Generalsekretär in enger Zusammenarbeit mit der Organisation der afrikanischen Einheit und der Regierung des Tschad Ende November 1982 in Genf eine internationale Konferenz über Hilfe für den Tschad organisieren konnte,

im Bewußtsein der Tatsache, daß die massive Zerstörung von Sachwerten und die schweren Schäden, die die wirtschaftliche und soziale Infrastruktur des Tschad seit über 15 Jahren erleidet, in Verbindung mit den Folgen von Naturkatastrophen das Land in äußerste Not gestürzt haben,

1. *gibt ihrer Befriedigung* über die Maßnahmen des Generalsekretärs zur Mobilisierung von Hilfeleistungen an den Tschad *Ausdruck*;

2. *dankt* allen Mitgliedstaaten, internationalen Organisationen und anderen Organisationen, die dem Tschad Hilfe geleistet haben;

3. *appelliert erneut* an alle Mitgliedstaaten, an die in Frage kommenden Organe, Organisationen und Programme der Vereinten Nationen, an regionale und internationale Organisationen und andere zwischenstaatliche

[62] A/37/128

* Vgl. die Fußnote auf S. 130

[63] A/37/125 mit Add. 1

[64] Vgl. A/37/235 mit Korr. 1

[65] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Second Committee*, 27. Sitzung, Ziffer 1-9

und nichtstaatliche Organisationen sowie an die internationalen Finanzinstitutionen, den Erfordernissen entsprechend auf bilateralem oder multilateralem Wege zur Sanierung und zum Wiederaufbau des Tschad beizutragen;

4. *stellt mit Genugtuung fest*, daß die Internationale Konferenz über Hilfe für den Tschad am 29. und 30. November 1982 in Genf abgehalten wurde, und bittet die Teilnehmerstaaten und -organisationen eindringlich, ihren auf der Konferenz eingegangenen Verpflichtungen so bald wie möglich nachzukommen;

5. *nimmt zur Kenntnis*, daß die Regierung des Tschad dem Koordinator der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe für seine Tätigkeit im Tschad gedankt hat, und ersucht den Koordinator, seine Soforthilfemaßnahmen im Tschad fortzusetzen;

6. *ersucht* den Generalsekretär,

a) seine Bemühungen um die Beschaffung der notwendigen Ressourcen für ein wirksames Programm zur finanziellen, technischen und materiellen Hilfeleistung an den Tschad fortzusetzen;

b) die Lage im Tschad laufend zu überprüfen und dem Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner zweiten ordentlichen Tagung des Jahres 1983 über den Stand der zur Sanierung und zum Wiederaufbau des Tschad geleisteten Hilfsmaßnahmen zu berichten;

c) so rechtzeitig für eine Überprüfung der Wirtschaftslage des Tschad und der bei der Organisation und Durchführung des besonderen Wirtschaftshilfeprogramms für den Tschad erzielten Fortschritte zu sorgen, daß die Angelegenheit auf der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung behandelt werden kann.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/156 – Besondere Wirtschaftshilfe für Guinea-Bissau

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 35/95 vom 5. Dezember 1980, in der sie erneut an die internationale Gemeinschaft appellierte, Guinea-Bissau in finanzieller, materieller und technischer Hinsicht kontinuierlich zu unterstützen, um ihm bei der Überwindung seiner finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu helfen und die Durchführung der Projekte und Programme zu ermöglichen, die der Generalsekretär in seinem gemäß Generalversammlungsresolution 34/121 vom 14. Dezember 1979 am 21. August 1980 vorgelegten Bericht[66] empfohlen hat,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 36/217 vom 17. Dezember 1981,

weiterhin unter Hinweis auf ihre Resolution 3339 (XXIX) vom 17. Dezember 1974, in der sie die Mitgliedstaaten bat, dem damals gerade unabhängig gewordenen Staat Guinea-Bissau Wirtschaftshilfe zu leisten, sowie auf ihre Resolutionen 32/100 vom 13. Dezember 1977 und 33/124 vom 19. Dezember 1978, in denen sie u.a. ihre tiefe Besorgnis über die ernste Wirtschaftslage in Guinea-Bissau zum Ausdruck brachte und an die internationale Gemeinschaft appellierte, diesem Land Finanz- und Wirtschaftshilfe zu gewähren,

nach Prüfung des Berichts des Generalsekretärs vom 5. Oktober 1982[67], der im Anhang den Bericht der vom Generalsekretär gemäß Generalversammlungsresolution 36/217 nach Guinea-Bissau entsandten Delegation enthält,

daran erinnernd, daß Guinea-Bissau eines der am wenigsten entwickelten Länder ist,

mit Besorgnis davon Kenntnis nehmend, daß Guinea-Bissau weiterhin mit einer Vielzahl wirtschaftlicher und finanzieller Schwierigkeiten zu kämpfen hat,

im Hinblick darauf, daß Guinea-Bissau auch in den kommenden Jahren bei seinen öffentlichen Ausgaben von ausländischen Finanzierungsquellen abhängig sein wird,

ferner mit Besorgnis Kenntnis nehmend von dem chronischen Zahlungsbilanzdefizit Guinea-Bissaus, von der erheblich gestiegenen Verschuldung und den außerordentlich geringen Devisenreserven,

im Hinblick darauf, daß Guinea-Bissau bei seiner Agrarproduktion gegenwärtig vor Problemen steht, die durch unregelmäßige Regenfälle noch verschärft werden, und daß es Nahrungsmittel-Soforthilfe benötigt,

im Hinblick darauf, daß die Regierung Guinea-Bissaus angesichts des Ernstes der wirtschaftlichen Lage beschlossen hat, ein wirtschaftliches und finanzielles Stabilisierungsprogramm durchzuführen, dessen Hauptzweck die Bewältigung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage ist,

ferner im Hinblick darauf, daß die Regierung Guinea-Bissaus gegenwärtig einen ersten Vierjahres-Entwicklungsplan für 1983 bis 1986 vorbereitet und plant, während der ersten Hälfte des Jahres 1983 eine Geber-Konferenz am runden Tisch abzuhalten,

Kenntnis nehmend von den Ergebnissen der Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder, insbesondere vom Neuen substantiellen Aktionsprogramm für die achtziger Jahre zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder[68],

1. *dankt* dem Generalsekretär für seine Maßnahmen zur Mobilisierung von Hilfeleistungen für Guinea-Bissau;

2. *schließt sich voll und ganz* der Lagebeurteilung und den Empfehlungen im Anhang zum Bericht des Generalsekretärs[67] *an* und lenkt die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf den Bedarf an Unterstützung für die darin genannten Projekte und Programme;

3. *dankt* den Staaten und Organisationen, die Guinea-Bissau entsprechend den Appellen der Generalversammlung und des Generalsekretärs Hilfe geleistet haben;

4. *fordert* die Mitgliedstaaten und die in Frage kommenden internationalen Organisationen *auf*, die von Guinea-Bissau benötigte Nahrungsmittelhilfe in großzügiger Weise zu gewähren;

5. *appelliert erneut nachdrücklich* an die Mitgliedstaaten, die regionalen und interregionalen Organisationen sowie die anderen zwischenstaatlichen Gremien, Guinea-Bissau in finanzieller, materieller und technischer Hinsicht auch weiterhin zu unterstützen, um ihm bei der Überwindung seiner wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten zu helfen und die Durchführung der im Anhang zum Bericht des Generalsekretärs genannten Projekte und Programme zu ermöglichen;

[66] A/35/343
[67] A/37/137

[68] *Report of the United Nations Conference on the Least Developed Countries, Paris, 1-14 September 1982* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.82.I.8), Erster Teil, Abschnitt A

6. *appelliert* an die internationale Gemeinschaft, Beiträge auf das Sonderkonto einzuzahlen, das vom Generalsekretär gemäß Generalversammlungsresolution 32/100 am Sitz der Vereinten Nationen eingerichtet wurde, um die Weiterleitung von Beiträgen an Guinea-Bissau zu erleichtern;

7. *bittet* das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, das Welternährungsprogramm, die Weltgesundheitsorganisation, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, die Weltbank und den Internationalen Agrarentwicklungsfonds, ihre Leitungsgremien mit der Bitte um entsprechende Prüfung auf die besonderen Bedürfnisse Guinea-Bissaus aufmerksam zu machen und dem Generalsekretär bis 15. Juli 1983 über die Beschlüsse dieser Gremien zu berichten;

8. *ersucht* die in Frage kommenden Sonderorganisationen* und anderen Gremien des Systems der Vereinten Nationen, dem Generalsekretär regelmäßig über die von ihnen zur Unterstützung Guinea-Bissaus unternommenen Schritte und die von ihnen bereitgestellten Ressourcen zu berichten;

9. *ersucht* den Generalsekretär,

a) seine Bemühungen um die Beschaffung der notwendigen Ressourcen für ein wirksames Programm zur finanziellen, technischen und materiellen Hilfeleistung an Guinea-Bissau fortzusetzen;

b) die Lage in Guinea-Bissau laufend zu überprüfen, engen Kontakt zu den Mitgliedstaaten, zu den in Frage kommenden Sonderorganisationen*, regionalen und anderen zwischenstaatlichen Organisationen und internationalen Finanzinstitutionen zu halten und den Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner zweiten ordentlichen Tagung des Jahres 1983 über den Stand des besonderen Wirtschaftshilfeprogramms für Guinea-Bissau zu unterrichten;

c) so rechtzeitig Vorkehrungen für eine Überprüfung der Ergebnisse der für die erste Hälfte des Jahres 1983 geplanten Geldgeber-Konferenz am runden Tisch und der Fortschritte bei der Organisation und Durchführung des besonderen Wirtschaftshilfeprogramms für Guinea-Bissau zu treffen, daß dieses Thema von der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung behandelt werden kann.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/157 – Hilfe für Nikaragua[69]

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 34/8 vom 25. Oktober 1979, 35/84 vom 5. Dezember 1980 und 36/213 vom 17. Dezember 1981 über Hilfe beim Wiederaufbau Nikaraguas,

in Kenntnisnahme des Berichts des Generalsekretärs über Hilfe für Nikaragua[70],

eingedenk dessen, daß die Überschwemmungen im Mai 1982 laut dem Bericht der Wirtschaftskommission für Lateinamerika mit dem Titel "Nicaragua: the May 1982 floods and their repercussions on the economic and social development of the country" (Nikaragua – die Überschwemmungen im Mai 1982 und ihre Auswirkungen auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes)[71] der Infrastruktur Nikaraguas schwere Schäden zugefügt, seine Produktionskapazität reduziert und die bisherige Situation noch weiter verschärft haben,

ferner eingedenk dessen, daß Nikaragua zwischen Juni und September 1982 von einer schweren Dürre heimgesucht worden ist, die ernste Auswirkungen auf den Agrarsektor und die Viehzucht – die beiden wichtigsten Wirtschaftszweige des Landes – hatte,

in Anbetracht des Wirtschafts- und Sozialratsbeschlusses 1982/168 vom 29. Juli 1982, in dem der Rat beschloß, sich der Resolution 419 (PLEN.15) über internationale Hilfsmaßnahmen zur Milderung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme Nikaraguas infolge der Überschwemmungen im Mai 1982 anzuschließen[72], die vom Plenarausschuß der Wirtschaftskommission für Lateinamerika auf seiner am 22. und 23. Juli 1982 in New York abgehaltenen fünfzehnten Sondertagung verabschiedet wurde, und in dem der Rat ferner beschloß, der siebenunddreißigsten Tagung der Generalversammlung zu empfehlen, sich diese Resolution ebenfalls zu eigen zu machen,

ferner in Anbetracht der Resolution 982, die von der vom 30. August bis 10. September 1982 von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen in Managua abgehaltenen Siebzehnten Regionalkonferenz für Lateinamerika verabschiedet wurde und in der die Konferenz dem Welternährungsprogramm und der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen die Verabschiedung besonderer Hilfsmaßnahmen für Nikaragua empfahl,

weiterhin in Anbetracht dessen, daß sich die Wirtschaftslage Nikaraguas trotz der Bemühungen der Regierung und des Volks von Nikaragua nicht normalisiert hat und weiterhin Hilfsmaßnahmen der internationalen Gemeinschaft erforderlich sind,

1. *schließt sich* dem Wirtschafts- und Sozialratsbeschluß 1982/168 *an*;

2. *dankt* dem Generalsekretär für seine Bemühungen um Hilfe für Nikaragua;

3. *dankt* allen Staaten und Organisationen, die Nikaragua Hilfe geleistet haben;

4. *appelliert erneut* eindringlich an alle Staaten und die Gremien des Systems der Vereinten Nationen, ihre Hilfe für Nikaragua fortzusetzen und zu erhöhen;

5. *empfiehlt*, daß Nikaragua weiterhin den besonderen Bedürfnissen des Landes entsprechend behandelt werden sollte;

6. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung über die Fortschritte bei der Durchführung dieser Resolution zu berichten.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/158 – Hilfe bei der Entwicklung Sierra Leones

Die Generalversammlung,

nach Anhörung der am 29. September 1982 vor der Generalversammlung abgegebenen Erklärung des

* Vgl. die Fußnote auf S. 130

[69] Vgl. auch Abschnitt X.B.4, Beschluß 37/433

[70] A/37/135

[71] E/CEPAL/G.1206-E/CEPAL/MEX/1982/R.2/Rev.1

[72] Vgl. A/C.2/37/L.9

Außenministers von Sierra Leone[73], in der dieser die ernste Wirtschaftslage schilderte, der sich Sierra Leone gegenübersieht,

zutiefst besorgt über Sierra Leones schwache und unterentwickelte Infrastruktur im Wirtschafts- und Sozialbereich und den Kapitalmangel, die ein ernstes Hindernis für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes und die Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung darstellen,

ferner besorgt über die geringe Wachstumsrate der Wirtschaft während der fünf Jahre des ersten nationalen Entwicklungsplans und über den realen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf der Bevölkerung in diesem Zeitraum,

im Hinblick darauf, daß sich der Bergbau des Landes in ernsten Schwierigkeiten befindet und daß die Fertigungsinsdustrie für die Einfuhr fast aller von ihr benötigten Materialien weitgehend von Devisen abhängig ist,

weiterhin besorgt über das akute Arbeitslosenproblem in Sierra Leone,

in Kenntnisnahme der Empfehlung der achtzehnten Tagung des Ausschusses für Entwicklungsplanung[74], wonach Sierra Leone in die Liste der am wenigsten entwickelten Länder aufgenommen werden sollte, sowie der Tatsache, daß sich der Wirtschafts- und Sozialrat in seiner Resolution 1982/41 vom 27. Juli 1982 dieser Empfehlung angeschlossen hat,

eingedenk ihrer Resolution 37/33 vom 17. Dezember 1982, in der sie beschloß, Sierra Leone in die Liste der am wenigsten entwickelten Länder aufzunehmen,

1. *empfiehlt nachdrücklich* unverzügliche Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft zur Unterstützung der Regierung Sierra Leones bei ihren Bemühungen um die Stärkung der Infrastruktur des Landes, die vollständigere Erschließung der natürlichen und menschlichen Ressourcen des Landes sowie die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums und des sozialen Fortschritts der Bevölkerung;

2. *appelliert eindringlich* an alle Staaten sowie an die internationalen Entwicklungs- und Finanzinstitutionen, auf bilateralem oder multilateralem Weg großzügige Beiträge zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Sierra Leones zu leisten;

3. *ersucht* den Generalsekretär, ein internationales Programm zur finanziellen, technischen und materiellen Hilfeleistung an Sierra Leone aufzustellen, damit die Regierung die schweren Hindernisse überwinden kann, die der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes entgegenstehen;

4. *ersucht* die in Frage kommenden Organisationen und Programme des Systems der Vereinten Nationen – insbesondere das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, den Fonds der Vereinten Nationen für Bevölkerungsfragen, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, den Internationalen Agrarentwicklungsfonds, das Welternährungsprogramm, die Weltgesundheitsorganisation, die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung und das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen –, ihre Hilfsprogramme für Sierra Leone auszubauen, den Generalsekretär bei der Organisation eines wirksamen internationalen Hilfsprogramms voll zu unterstützen und ihm regelmäßig über die von ihnen zur Unterstützung dieses Landes eingeleiteten Maßnahmen und bereitgestellten Ressourcen zu berichten;

5. *fordert* die regionalen und interregionalen Organisationen, die anderen zwischenstaatlichen Gremien und nichtstaatlichen Organisationen sowie die internationalen Entwicklungs- und Finanzinstitutionen *auf*, unverzüglich die Aufstellung eines Hilfsprogramms für Sierra Leone bzw. den Ausbau eines eventuell schon bestehenden Programms in Erwägung zu ziehen;

6. *bittet* alle Staaten und in Frage kommenden Gremien der Vereinten Nationen – insbesondere das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, das Welternährungsprogramm, die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, die Weltgesundheitsorganisation, die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur und den Fonds der Vereinten Nationen für Bevölkerungsfragen – *eindringlich*, durch jede nur erdenkliche Unterstützung der Regierung Sierra Leones zu helfen, die akuten humanitären Bedürfnisse der Bevölkerung zu decken und erforderlichenfalls Nahrungsmittel, Medikamente und unentbehrliche Ausstattungsgegenstände für Krankenhäuser und Schulen zur Verfügung zu stellen;

7. *bittet* das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, das Welternährungsprogramm, die Weltgesundheitsorganisation, die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, die Weltbank, die Afrikanische Entwicklungsbank und den Internationalen Agrarentwicklungsfond, ihre Leitungsgremien mit der Bitte um entsprechende Prüfung auf die besonderen Bedürfnisse Sierra Leones aufmerksam zu machen und dem Generalsekretär bis 15. Juli 1983 über die Beschlüsse dieser Gremien zu berichten;

8. *ersucht* den Generalsekretär,

a) eine interinstitutionelle Delegation mit dem Auftrag nach Sierra Leone zu entsenden, mit der Regierung über die für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes erforderliche zusätzliche Hilfe zu beraten, und den Bericht dieser Delegation der internationalen Gemeinschaft, dem Wirtschafts- und Sozialrat und der Generalversammlung bekanntzumachen;

b) dafür zu sorgen, daß ausreichende finanzielle Vorkehrungen für die Organisation eines wirksamen internationalen Hilfsprogramms für Sierra Leone und zur Mobilisierung internationaler Unterstützung getroffen werden;

c) den Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner zweiten ordentlichen Tagung des Jahres 1983 über die Sierra Leone geleistete Hilfe zu unterrichten;

d) die Lage in bezug auf Hilfe für Sierra Leone laufend zu überprüfen und der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution zu berichten.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/159 – Hilfe für Gambia

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/220 vom 17. Dezember 1981, in der sie u.a. ihrer tiefen Sorge über die großen Verluste an Menschenleben und die umfangreiche Zerstörung von Sachwerten sowie die schwere

[73] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Plenary Meetings*, 20. Sitzung, Ziffer 134-185

[74] *Official Records of the Economic and Social Council, 1982, Supplement No. 5* (E/1982/15), Ziffer 103

Schädigung der Infrastruktur Gambias infolge der Ereignisse vom 30. Juli 1981 zum Ausdruck brachte,

im Hinblick darauf, daß Gambia zu den am wenigsten entwickelten Ländern gehört und aufgrund seiner labilen wirtschaftlichen Infrastruktur akuten wirtschaftlichen und sozialen Problemen gegenübersteht und daß es darüber hinaus auch unter vielen der schwerwiegenden, den Ländern der Sahel-Region gemeinsamen Problemen, wie insbesondere der Dürre, leidet,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über Hilfe bei der Sanierung und beim Wiederaufbau Gambias[75],

im Hinblick darauf, daß die Wirtschaft Gambias für mehrere Faktoren anfällig ist, über die die Regierung keinerlei Kontrolle hat, wie z.B. den Rückgang der Preise und des Volumens seiner Exporte,

ferner im Hinblick darauf, daß Einnahmenrückgänge und Kostensteigerungen für die Regierung Gambias schwerwiegende Haushaltsprobleme mit sich gebracht haben und daß Gambias Haushalt noch immer defizitär ist,

in Kenntnis der Absicht der Regierung Gambias, Anfang 1983 mit Unterstützung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen ein Rundtischgespräch der Geber zu veranstalten, bei dem die Entwicklungsbedürfnisse des Landes erörtert und Mittel und Wege zur Unterstützung der Regierung bei ihren Bemühungen um die Deckung dieser Bedürfnisse erwogen werden sollen,

1. *dankt* dem Generalsekretär für seine Maßnahmen zur Mobilisierung von Hilfeleistungen für Gambia;

2. *schließt sich* den Empfehlungen im Bericht des Generalsekretärs an und lenkt die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf den Bedarf an Unterstützung für die darin genannten Projekte und Programme;

3. *dankt* allen Staaten und Organisationen, die Gambia Hilfe geleistet haben;

4. *appelliert erneut* eindringlich an alle Mitgliedstaaten, die Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen sowie an internationale Entwicklungs- und Finanzinstitutionen, auf bilateralem bzw. multilateralem Weg großzügige Beiträge zur Sanierung und zum Wiederaufbau Gambias zu leisten;

5. *fordert* die regionalen und interregionalen Organisationen, die anderen zwischenstaatlichen Gremien und nichtstaatlichen Organisationen sowie die internationalen Entwicklungs- und Finanzinstitutionen *auf*, finanzielle, technische und materielle Unterstützung für die Durchführung der im Anhang zum Bericht des Generalsekretärs empfohlenen Projekte und Programme zu leisten;

6. *bittet* die Mitgliedstaaten, die Organisationen und Programme des Systems der Vereinten Nationen, die regionalen und interregionalen Gremien, die Finanz- und Entwicklungs institutionen sowie die zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen *eindringlich*, sich auf der Anfang 1983 in Banjul abzuhaltenden Rundtisch-Konferenz im Hinblick auf die Deckung der Bedürfnisse Gambias großzügig zu erweisen;

7. *ersucht* die in Frage kommenden Organisationen und Programme des Systems der Vereinten Nationen – insbesondere das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, das Welternährungsprogramm, die Weltgesundheitsorganisation, die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung, die Ernährung-und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen und den Internationalen Agrarentwicklungsfonds –, ihre laufenden und künftigen Hilfsprogramme für Gambia zu erweitern, den Generalsekretär bei der Organisation eines wirksamen internationalen Hilfsprogramms voll zu unterstützen und ihm regelmäßig über die von ihnen zur Unterstützung Gambias unternommenen Schritte und die von ihnen bereitgestellten Ressourcen zu berichten;

8. *bittet* das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, das Welternährungsprogramm, die Weltgesundheitsorganisation, die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, die Weltbank und den Internationalen Agrarentwicklungsfonds, ihre Leitungsgremien mit der Bitte um entsprechende Prüfung auf die besonderen Bedürfnisse Gambias aufmerksam zu machen und dem Generalsekretär rechtzeitig zur Behandlung der Frage auf der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung über die Beschlüsse dieser Gremien zu berichten;

9. *ersucht* den Generalsekretär,

a) seine Bemühungen um die Beschaffung der notwendigen Ressourcen für ein wirksames Programm zur finanziellen, technischen und materiellen Hilfeleistung an Gambia fortzusetzen;

b) die Lage in Gambia laufend zu überprüfen, engen Kontakt zu den Mitgliedstaaten, den Sonderorganisationen*, regionalen und anderen zwischenstaatlichen Organisationen sowie zu den in Frage kommenden internationalen Finanzinstitutionen zu halten und den Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner zweiten ordentlichen Tagung des Jahres 1983 über den neuesten Stand des besonderen Wirtschaftshilfeprogramms für Gambia zu unterrichten;

c) so rechtzeitig über die Entwicklung der Wirtschaftslage Gambias und die Fortschritte bei der Organisation und Durchführung des besonderen Wirtschaftshilfeprogramms für Gambia zu berichten, daß die Angelegenheit auf der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung behandelt werden kann.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/160 – Hilfe für Lesotho

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf Sicherheitsratsresolution 402 (1976) vom 22. Dezember 1976, in der der Rat u.a. seine Besorgnis über die ernste Lage aufgrund der Schließung bestimmter Grenzübergangsstellen zwischen Südafrika und Lesotho durch Südafrika äußerte, die darauf abziele, Lesotho zur Anerkennung des Bantustans Transkei zu zwingen,

in Würdigung des Beschlusses der Regierung Lesothos, im Einklang mit Beschlüssen der Vereinten Nationen, insbesondere mit Generalversammlungsresolution 31/6 A vom 26. Oktober 1976, die Transkei nicht anzuerkennen,

* Vgl. die Fußnote auf S. 130

[75] A/37/138 mit Add.1

* Vgl. die Fußnote auf S. 130

im vollen Bewußtsein der Tatsache, daß der Beschluß der Regierung Lesothos, die Transkei nicht anzuerkennen, dem Volk Lesothos eine besondere wirtschaftliche Bürde auferlegt hat,

unter nachdrücklicher Befürwortung der Appelle in den Sicherheitsratsresolutionen 402 (1976) vom 22. Dezember 1976 und 407 (1977) vom 25. Mai 1977, in den Generalversammlungsresolutionen 32/98 vom 13. Dezember 1977, 33/128 vom 19. Dezember 1978, 34/130 vom 14. Dezember 1979, 35/96 vom 5. Dezember 1980 und 36/219 vom 17. Dezember 1981 sowie des Appells des Generalsekretärs, mit denen alle Staaten, die regionalen und zwischenstaatlichen Organisationen sowie die in Frage kommenden Organisationen des Systems der Vereinten Nationen aufgefordert wurden, großzügige Beiträge zu dem internationalen Hilfsprogramm zu leisten, das Lesotho die Weiterentwicklung seiner Wirtschaft ermöglichen und ihm die uneingeschränkte Durchführung der Resolutionen der Vereinten Nationen erleichtern soll;

nach Prüfung des Berichts des Generalsekretärs[76] mit dem im Anhang enthaltenen Bericht der Delegation, die der Generalsekretär gemäß Generalversammlungsresolution 36/219 zur Überprüfung der Wirtschaftslage wie auch der bei der Durchführung des besonderen Wirtschaftshilfeprogramms für Lesotho erzielten Fortschritte nach Lesotho entsandte,

im Hinblick darauf, daß sich die Regierung Lesothos vordringlich darum bemüht, durch höhere Produktivität die Nahrungsmittelproduktion zu steigern und auf diese Weise Lesothos Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten aus Südafrika zu verringern,

in dem Bewußtsein, daß die hohen Preise, die Lesotho aufgrund des Südafrika auferlegten Ölembargos für importierte Erdölprodukte zahlt, zu einem ernsthaften Hindernis für die Entwicklung des Landes geworden sind,

in Anerkennung der Pflicht der internationalen Gemeinschaft, im Zusammenhang mit derartigen Embargos Ländern zu helfen, die wie Lesotho in Unterstützung der Charta der Vereinten Nationen und in Befolgung von Generalversammlungsresolutionen handeln,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 32/160 vom 19. Dezember 1977 und 33/197 vom 29. Januar 1979 zur Verkehrs- und Kommunikationsdekade in Afrika und in diesem Zusammenhang im Hinblick auf die geopolitische Lage Lesothos, die den unverzüglichen Ausbau der Luft- und Fernmeldeverbindungen mit den afrikanischen Nachbarstaaten und der übrigen Welt erfordert,

unter Berücksichtigung der Tatsache, daß Lesotho ein eigenes Straßennetz braucht, sowohl um seine geplante soziale und wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben als auch um im Verkehr mit verschiedenen, von den Reisebeschränkungen Südafrikas betroffenen Regionen des Landes seine Abhängigkeit vom südafrikanischen Straßennetz zu verringern,

in Kenntnisnahme der besonderen Probleme Lesothos aufgrund der Tatsache, daß große Teile seiner arbeitsfähigen Bevölkerung in Südafrika beschäftigt sind,

ferner in Kenntnisnahme der Tatsache, daß die Regierung Lesothos dem Problem der Eingliederung der jungen Generation sowie der aus Südafrika zurückkehrenden Wanderarbeiter in das Wirtschaftsleben Vorrang eingeräumt hat,

in Begrüßung der Maßnahmen der Regierung Lesothos zur wirksameren Einbeziehung der Frauen in den Entwicklungsprozeß durch die Förderung ihrer Mitwirkung am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben des Landes,

ferner unter Berücksichtigung der Tatsache, daß Lesotho nicht nur ein Binnenland ist, sondern auch zu den am wenigsten entwickelten und am schwersten betroffenen Ländern zählt,

unter Hinweis auf ihre Resolution 32/98, in der sie u.a. anerkannte, daß der anhaltende Zustrom von Flüchtlingen aus Südafrika eine zusätzliche Belastung für Lesotho bedeutet,

1. *äußert ihre Besorgnis* über die Schwierigkeiten, denen sich die Regierung Lesothos aufgrund ihres Beschlusses gegenübersieht, die sogenannte unabhängige Transkei nicht anzuerkennen;

2. *schließt sich* der im Anhang zum Bericht des Generalsekretärs enthaltenen Lagebeurteilung *vorbehaltlos an*[76];

3. *nimmt Kenntnis* von dem im Bericht des Generalsekretärs beschriebenen Bedarf Lesothos zur Durchführung des noch verbleibenden Teils seines Entwicklungsprogramms, zur Verwirklichung von durch die gegenwärtige politische Lage in der Region notwendig gewordenen Projekten und zur Verringerung seiner Abhängigkeit von Südafrika;

4. *dankt* dem Generalsekretär für seine Maßnahmen zur Organisation eines internationalen Wirtschaftshilfeprogramms für Lesotho;

5. *nimmt mit Dank Kenntnis* von der bisherigen Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf das besondere Wirtschaftshilfeprogramm für Lesotho, die Lesotho die Fortführung von Teilen des empfohlenen Programms ermöglicht hat;

6. *appelliert erneut* an die Mitgliedstaaten, die regionalen und interregionalen Organisationen sowie die anderen zwischenstaatlichen Gremien, Lesotho finanzielle, materielle und technische Hilfe zu leisten, damit es die verschiedenen, im Bericht des Generalsekretärs genannten und bisher noch nicht finanzierten Projekte und Programme durchführen kann;

7. *fordert* die Mitgliedstaaten und die in Frage kommenden Stellen, Organisationen und Finanzinstitutionen *auf*, Lesotho zu unterstützen, damit es ein höheres Maß an Eigenständigkeit in der Nahrungsmittelerzeugung erreichen kann;

8. *fordert* die Mitgliedstaaten *ferner auf*, Lesotho in jeder nur möglichen Weise zu unterstützen, um eine ausreichende und regelmäßige, den Bedürfnissen des Landes entsprechende Versorgung mit Erdöl zu gewährleisten;

9. *fordert* die Mitgliedstaaten *weiterhin auf*, Lesotho beim Ausbau seines inländischen Straßen- und Luftverkehrsnetzes und seiner Luftverkehrsverbindungen mit der übrigen Welt zu unterstützen;

10. *würdigt* die Bemühungen der Regierung Lesothos um eine umfassendere Einbeziehung der Frauen in ihre Entwicklungsanstrengungen und ersucht den Generalsekretär, mit der Regierung die Art und das Ausmaß der von ihr zur Verwirklichung dieses Ziels benötigten Unterstützung zu erörtern;

11. *lenkt die Aufmerksamkeit* der internationalen Gemeinschaft auf die vom 5. bis 9. November 1979 in Lesotho durchgeführte Geberkonferenz sowie auf die vom 20. bis 24. Oktober 1980 in Lesotho abgehaltene Konferenz für den Agrarbereich und bittet die Mitgliedstaaten sowie die in Frage kommenden Stellen und Orga-

[76] A/37/126

nisationen eindringlich, Lesotho den Konferenzergebnissen entsprechend zu unterstützen;

12. *lenkt die Aufmerksamkeit* der internationalen Gemeinschaft *ferner* auf das Sonderkonto, das vom Generalsekretär gemäß Sicherheitsratsresolution 407 (1977) am Sitz der Vereinten Nationen eingerichtet wurde, um die Weiterleitung von Beiträgen nach Lesotho zu erleichtern;

13. *bittet* das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, die Weltgesundheitsorganisation, die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen und den Internationalen Agrarentwicklungsfonds, ihre Leitungsgremien erneut auf die besonderen Bedürfnisse Lesothos aufmerksam zu machen und den Generalsekretär bis 15. August 1983 über die von ihnen unternommenen Schritte zu unterrichten;

14. *ersucht* die in Frage kommenden Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, den Generalsekretär bei der Organisation eines wirksamen internationalen Hilfsprogramms für Lesotho voll zu unterstützen und ihm regelmäßig über die von ihnen zur Unterstützung Lesothos unternommenen Schritte und die von ihnen bereitgestellten Ressourcen zu berichten;

15. *ersucht* den Generalsekretär,

a) seine Bemühungen um die Beschaffung der notwendigen Ressourcen für ein wirksames Programm zur finanziellen, technischen und materiellen Hilfeleistung an Lesotho fortzusetzen;

b) mit der Regierung Lesothos die Frage der aus Südafrika zurückkehrenden Wanderarbeiter zu erörtern und darüber Bericht zu erstatten, welche Art von Hilfe die Regierung braucht, um durch arbeitsintensive Projekte die Wiedereingliederung dieser Arbeiter in die Wirtschaft zu gewährleisten;

c) dafür zu sorgen, daß die zur Fortführung des internationalen Hilfsprogramms für Lesotho und zur Mobilisierung von Hilfeleistungen erforderlichen finanziellen und haushaltstechnischen Vorkehrungen getroffen werden;

d) die Lage in Lesotho laufend zu überprüfen, engen Kontakt zu den Mitgliedstaaten, den Sonderorganisationen*, den regionalen und anderen zwischenstaatlichen Organisationen sowie zu den in Frage kommenden internationalen Finanzinstitutionen zu halten und den Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner zweiten ordentlichen Tagung des Jahres 1983 über den neuesten Stand des besonderen Wirtschaftshilfeprogramms für Lesotho zu unterrichten;

e) so rechtzeitig über die Entwicklung der Wirtschaftslage Lesothos und die Fortschritte bei der Organisation und Durchführung des besonderen Wirtschaftshilfeprogramms für Lesotho zu berichten, daß die Angelegenheit auf der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung behandelt werden kann.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

* Vgl. die Fußnote auf S. 130

37/161 – Hilfe für Mosambik

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf den Beschluß der Regierung Mosambiks, gemäß Sicherheitsresolution 253 (1968) vom 29. Mai 1968 bindende Sanktionen gegen das illegale Regime in Südrhodesien zu verhängen,

im Hinblick auf die erheblichen wirtschaftlichen Opfer, die Mosambik unter Inkaufnahme langfristiger wirtschaftlicher Schäden aufgrund der Durchführung seines Beschlusses gebracht hat, die Sanktionen der Vereinten Nationen auszuführen und seine Grenzen mit Südrhodesien zu schließen,

unter Hinweis auf Sicherheitsratsresolution 386 (1976) vom 17. März 1976, in der der Rat an alle Staaten appellierte, Mosambik finanzielle, technische und materielle Hilfe zu leisten, und in der sie den Generalsekretär ersuchte, diese Hilfeleistung in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Organisationen des Systems der Vereinten Nationen mit sofortiger Wirkung zu organisieren, um Mosambik die Durchführung seines Programms zur wirtschaftlichen Entwicklung zu ermöglichen,

tief besorgt über die Verluste an Menschenleben und die Zerstörung lebenswichtiger Infrastruktureinrichtungen wie Straßen, Bahnlinien, Brücken, Erdöl- und Stromversorgungsanlagen, Schulen und Krankenhäusern, die im Anhang zum Bericht des Generalsekretärs vom 16. August 1979[77] beschrieben wurden,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolutionen 31/43 vom 1. Dezember 1976, 32/95 vom 13. Dezember 1977, 33/126 vom 19. Dezember 1978, 34/129 vom 14. Dezember 1979, 35/99 vom 5. Dezember 1980 und 36/215 vom 17. Dezember 1981, in denen sie die internationale Gemeinschaft eindringlich gebeten hat, Mosambik wirksam und großzügig zu unterstützen,

in Anbetracht des Nahrungsmitteldefizits von über 300.000 Tonnen für 1982 und anderer ernster Auswirkungen der anhaltenden Dürre auf die Volkswirtschaft von Mosambik,

nach Prüfung des Berichts des Generalsekretärs über Hilfeleistungen an Mosambik[78] und mit Besorgnis feststellend, daß die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Landes nach wie vor besorgniserregend und von Haushalts- und Zahlungsbilanzdefiziten gekennzeichnet ist,

in der Erkenntnis, daß zur Durchführung einer Reihe von Wiederaufbau- und Entwicklungsprojekten substantielle internationale Unterstützung erforderlich ist,

1. *schließt sich nachdrücklich* den Appellen des Sicherheitsrats und des Generalsekretärs zur internationalen Hilfeleistung an Mosambik *an*;

2. *dankt* dem Generalsekretär für seine Maßnahmen zur Organisation eines internationalen Wirtschaftshilfeprogramms für Mosambik;

3. *dankt ferner* für die Mosambik von verschiedenen Staaten sowie regionalen und interregionalen Organisationen bisher geleistete Hilfe;

4. *bedauert* jedoch, daß die gesamte bisherige Hilfe bei weitem nicht zur Befriedigung der dringenden Bedürfnisse Mosambiks ausreicht;

5. *schließt sich vorbehaltlos* der Lagebeurteilung und den Empfehlungen im Anhang zum Bericht des Generalsekretärs[78] an;

6. *lenkt die Aufmerksamkeit* der internationalen Gemeinschaft auf die im Anhang zum Bericht des Gene-

[77] A/34/377
[78] A/37/129-S/15304

ralsekretärs als dringend erforderlich bezeichnete zusätzliche finanzielle, wirtschaftliche und materielle Hilfe für Mosambik;

7. *fordert* die Mitgliedstaaten, die regionalen und interregionalen Organisationen sowie die anderen zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen *auf*, Mosambik – möglichst in Form von verlorenen Zuschüssen – finanzielle, materielle und technische Hilfe zu leisten, und bittet sie eindringlich, die baldige Einbeziehung Mozambiks in ihre Entwicklungshilfeprogramme, soweit diese nicht bereits erfolgt ist, näher in Betracht zu ziehen;

8. *bittet* diejenigen Mitgliedstaaten und Organisationen, die bereits Hilfsprogramme für Mosambik durchführen bzw. über solche Programme verhandeln, *eindringlich*, diese Programme wo immer möglich noch zu verstärken;

9. *appelliert* an die internationale Gemeinschaft, Mosambik finanzielle und materielle Hilfe zu leisten, damit sein durch die anhaltende Dürre verursachter Bedarf an Nahrungsmitteln und Hilfsgütern gedeckt wird;

10. *appelliert ferner* an die internationale Gemeinschaft, Beiträge auf das Sonderkonto einzuzahlen, das vom Generalsekretär eingerichtet wurde, um die Weiterleitung von Beiträgen an Mosambik zu erleichtern;

11. *bittet* das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, das Welternährungsprogramm, die Weltgesundheitsorganisation, die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, den Internationalen Agrarentwicklungsfonds und die Internationale Arbeitsorganisation, ihre Leitungsgremien mit der Bitte um entsprechende Prüfung auf die besonderen Bedürfnisse Mosambiks aufmerksam zu machen und dem Generalsekretär so rechtzeitig über die Beschlüsse dieser Gremien zu berichten, daß diese auf der achtunddreißigsten Tagung behandelt werden können;

12. *ersucht* die in Frage kommenden Organisationen und Programme des Systems der Vereinten Nationen – insbesondere das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, den Internationalen Agrarentwicklungsfonds, das Welternährungsprogramm, die Weltgesundheitsorganisation und das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen –, ihre laufenden Hilfsprogramme für Mosambik beizubehalten und in Zukunft auszubauen, den Generalsekretär bei der Organisation eines wirksamen internationalen Hilfsprogramms voll zu unterstützen und ihm regelmäßig über die von ihnen zur Unterstützung dieses Landes unternommenen Schritte und die von ihnen bereitgestellten Ressourcen zu berichten;

13. *ersucht* den Generalsekretär,

a) seine Bemühungen um die Beschaffung der notwendigen Ressourcen für ein wirksames Programm zur finanziellen, technischen und materiellen Hilfeleistung an Mosambik fortzusetzen;

b) die Lage in Mosambik laufend zu überprüfen, engen Kontakt zu den Mitgliedstaaten, zu regionalen und anderen zwischenstaatlichen Organisationen, darunter auch zu den Sonderorganisationen* und internationalen Finanzinstitutionen, sowie zu anderen in Frage kommenden Gremien zu halten und den Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner zweiten ordentlichen Tagung des Jahres 1983 über den neuesten Stand des besonderen Wirtschaftshilfeprogramms für Mosambik zu unterrichten;

c) ausgehend von ständigen Konsultationen mit der Regierung Mosambiks so rechtzeitig einen Bericht über die Entwicklung der Wirtschaftslage und die Durchführung des besonderen Wirtschaftshilfeprogramms für Mosambik zu erstellen, daß die Angelegenheit auf der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung behandelt werden kann.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/162 – Hilfe für Uganda

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 35/103 vom 5. Dezember 1980 und 36/218 vom 17. Dezember 1981 über Hilfe für Uganda,

eingedenk der gewaltigen wirtschaftlichen und sozialen Rückschläge, die Uganda erlitten hat und die zu einer rapiden Verschlechterung der Lebensbedingungen des Volkes geführt haben,

unter Berücksichtigung des Sanierungsprogramms (1982-1984), das die Regierung Ugandas auf der unter der Schirmherrschaft der Weltbank im Mai 1982 in Paris abgehaltenen Tagung der Beratungsgruppe für Uganda vorgelegt hat,

im Hinblick darauf, daß Uganda nicht nur ein Binnenland, sondern auch eines der am wenigsten entwickelten und am schwersten betroffenen Länder ist,

im Hinblick auf die Appelle des Generalsekretärs zur Hilfeleistung an Uganda,

in Kenntnisnahme des Berichts des Generalsekretärs gemäß Generalversammlungsresolution 36/218[79], dem der Bericht über Ugandas Hilfsbedarf beigefügt war,

in Kenntnis der Tatsache, daß die Regierung Ugandas in ihrem Sanierungsprogramm (1982-1984) aus den im Anhang zum Bericht des Generalsekretärs beschriebenen Projekten eine Liste vorrangiger Projekte ausgewählt hat,

erneut erklärend, daß dringend weitere internationale Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Regierung Ugandas in ihren kontinuierlichen Bemühungen um den Wiederaufbau, die Sanierung und die Entwicklung des Landes zu unterstützen;

1. *dankt* dem Generalsekretär für seine Maßnahmen zur Mobilisierung von Hilfeleistungen für Uganda;

2. *dankt ferner* allen Staaten und Organisationen, die Uganda Hilfe geleistet haben;

3. *schließt sich* der Lagebeurteilung und den Empfehlungen im Anhang zum Bericht des Generalsekretärs[79] *vorbehaltlos an*;

4. *bedauert es*, daß die Uganda bisher geleistete internationale Hilfe selbst seinem dringendsten Hilfsbedarf bei weitem noch nicht entspricht;

5. *ersucht* den Generalsekretär, durch geeignete finanzielle und haushaltstechnische Vorkehrungen für die Organisation eines wirksamen internationalen Hilfspro-

* Vgl. die Fußnote auf S. 130

[79] A/37/121

gramms für Uganda und für die Mobilisierung von Hilfsmaßnahmen zu sorgen;

6. *bittet* die internationale Gemeinschaft, insbesondere das System der Vereinten Nationen sowie die Geberländer und Organisationen, die für die Durchführung des Sanierungsprogramms des Landes (1982-1984) und die Befriedigung der übrigen im Anhang zum Bericht des Generalsekretärs beschriebenen Bedürfnisse erforderlichen Ressourcen zur Verfügung zu stellen;

7. *appelliert erneut eindringlich* an alle Mitgliedstaaten, Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen sowie an die internationalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen, den Bedürfnissen Ugandas im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau, der Sanierung und der Entwicklung sowie seinem Soforthilfebedarf auf bilateralem und multilateralem Weg durch großzügige Beiträge Rechnung zu tragen;

8. *appelliert erneut* an die internationale Gemeinschaft, Beiträge auf das Sonderkonto einzuzahlen, das am Sitz der Vereinten Nationen eingerichtet wurde, um die Weiterleitung von Beiträgen an Uganda zu erleichtern;

9. *ersucht* die in Frage kommenden Organisationen und Programme des Systems der Vereinten Nationen, ihre laufenden Hilfsprogramme für Uganda beizubehalten und in Zukunft auszubauen und dem Generalsekretär regelmäßig über die von ihnen zur Unterstützung Ugandas unternommenen Schritte und die von ihnen bereitgestellten Ressourcen zu berichten;

10. *bittet* die Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen, die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, das Welternährungsprogramm, den Internationalen Agrarentwicklungsfonds, die Internationale Arbeitsorganisation, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, die Weltgesundheitsorganisation und die Weltbank, ihre Leitungsgremien mit der Bitte um entsprechende Prüfung auf die besonderen Bedürfnisse Ugandas aufmerksam zu machen und dem Generalsekretär bis 15. Juli 1983 über die Beschlüsse dieser Gremien zu berichten;

11. *ersucht* den Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, seine humanitären Hilfsprogramme in Uganda fortzusetzen;

12. *ersucht* den Generalsekretär,

a) seine Bemühungen um die Beschaffung der notwendigen Ressourcen für ein wirksames Programm zur finanziellen, technischen und materiellen Hilfeleistung an Uganda fortzusetzen;

b) die Lage in Uganda laufend zu überprüfen, engen Kontakt zu den Mitgliedstaaten, den regionalen und anderen zwischenstaatlichen Organisationen, den in Frage kommenden Sonderorganisationen* und den internationalen Finanzinstitutionen zu halten und den Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner zweiten ordentlichen Tagung des Jahres 1983 über den neuesten Stand des besonderen Wirtschaftshilfeprogramms für Uganda zu unterrichten;

c) so rechtzeitig über die Entwicklung der Wirtschaftslage Ugandas und die Fortschritte bei der Organisation internationaler Hilfsmaßnahmen für dieses Land zu berichten, daß die Angelegenheit auf der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung behandelt werden kann.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/163 – Hilfe beim Wiederaufbau und bei der Entwicklung des Libanon

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 36/146 vom 20. Dezember 1978, 34/135 vom 14. Dezember 1979, 35/85 vom 5. Dezember 1980 und 36/205 vom 17. Dezember 1981 über Hilfe beim Wiederaufbau und bei der Entwicklung des Libanon,

ferner unter Hinweis auf die Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1980/15 vom 29. April 1980,

in ernster Sorge über den schweren und tragischen Verlust an Menschenleben, die massive Zerstörung von Eigentum und die weitreichenden Schäden an der Wirtschafts- und Sozialstruktur des Libanon,

unter Berücksichtigung der Absicht und der Entschlossenheit der libanesischen Regierung, in unmittelbarer Zukunft ein großangelegtes Wiederaufbau- und Sanierungsprogramm durchzuführen,

erklärend, daß zur Unterstützung der Bemühungen der libanesischen Regierung um Wiederaufbau und Entwicklung dringend umfangreiche internationale Maßnahmen erforderlich sind,

in Kenntnisnahme des Berichts des Generalsekretärs[80] und der Erklärung des Koordinators der Vereinten Nationen für Hilfe beim Wiederaufbau und bei der Entwicklung des Libanon[81];

1. *dankt* dem Generalsekretär für seinen Bericht;

2. *begrüßt* den Aufruf des Generalsekretärs um internationale Hilfe für den Libanon und bittet alle Regierungen eindringlich, für diesen Zweck substantielle Beiträge zu leisten;

3. *spricht* dem Koordinator der Vereinten Nationen für Hilfe beim Wiederaufbau und bei der Entwicklung des Libanon sowie seinen Mitarbeitern für ihren wertvollen und unermüdlichen Einsatz bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unter denkbar ungünstigen Bedingungen *ihre Anerkennung aus*;

4. *dankt* dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, dem Welternährungsprogramm, der Koordinierungsstelle der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe, dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, der Weltgesundheitsorganisation, dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz, der Liga der Rotkreuz-Gesellschaften und der Gesellschaften vom Roten Halbmond und anderen karitativen Organisationen für ihre humanitäre und sonstige Nothilfe sowie für ihre umgehende und wirksame Reaktion;

5. *ersucht* den Generalsekretär, seine intensiven Bemühungen um die Mobilisierung jeder nur denkbaren Hilfe innerhalb des Systems der Vereinten Nationen mit dem Ziel fortzusetzen, die libanesische Regierung bei ihren Bemühungen um Wiederaufbau und Entwicklung zu unterstützen;

* Vgl. die Fußnote auf S. 130

[80] A/37/508 mit Add.1

[81] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Second Committee*, 7. Sitzung, Ziffer 36-49

6. *fordert* die Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen *auf*, ihre Hilfsprogramme den Bedürfnissen des Libanon entsprechend auszuweiten und zu verstärken;

7. *ersucht* den Generalsekretär, dem Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner ersten ordentlichen Tagung des Jahres 1983 und der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung über die Fortschritte bei der Durchführung dieser Resolution zu berichten.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/164 – Hilfe für Tonga

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 34/132 vom 14. Dezember 1979, in der sie die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf die besonderen Probleme Tongas – einem Entwicklungsland in Insellage mit geringer Bevölkerung – lenkte und an die Mitgliedstaaten, an regionale und interregionale Organisationen sowie an andere zwischenstaatliche Gremien appellierte, Tonga finanzielle, materielle und technische Hilfe zu leisten, damit es die für das Wohlergehen seines Volkes unerläßliche soziale und wirtschaftliche Infrastruktur schaffen kann,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolutionen 31/156 vom 21. Dezember 1976 und 32/185 vom 19. Dezember 1977, in denen sie alle Regierungen, vor allem die Regierungen der entwickelten Länder, eindringlich bat, im Rahmen ihrer Hilfsprogramme die Durchführung der zugunsten der Entwicklungsländer in Insellage vorgesehenen Maßnahmen zu unterstützen, bzw. alle zum System der Vereingten Nationen gehörenden Organisationen eindringlich bat, in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich geeignete Sondermaßnahmen zugunsten der Entwicklungsländer in Insellage zu ergreifen,

besorgt über die schweren Hindernisse, die sich der wirtschaftlichen Entwicklung Tongas entgegenstellen, insbesondere über diejenigen Hindernisse, die sich aus seiner Abgelegenheit und geographischen Streulage, seiner geringen Flächenausdehnung, seiner starken Abhängigkeit von einer begrenzten Anzahl von Wirtschaftszweigen sowie der Anfälligkeit seiner Wirtschaft für Faktoren ergeben, auf die das Land keinen Einfluß hat,

erschüttert über die Zerstörungen, die wirtschaftlichen Verluste und die Leiden, die der Hurrikan "Isaac" im März 1982 verursacht hat,

nach Prüfung des Berichts des Generalsekretärs[82] gemäß Generalversammlungsresolution 34/132 mit dem im Anhang enthaltenen Bericht der vom Generalsekretär nach Tonga entsandten Delegation, die mit der Regierung Tongas Beratungen über deren dringendste Bedürfnisse geführt hat,

1. *dankt* dem Generalsekretär für seine Maßnahmen zur Mobilisierung von Hilfeleistungen an Tonga;

2. *schließt sich* der Lagebeurteilung und den Empfehlungen der nach Tonga entsandten Delegation, die im Anhang zum Bericht des Generalsekretärs enthalten sind, *vorbehaltlos an*[82];

3. *dankt ferner* allen Staaten, Organisationen der Vereinten Nationen und sonstigen Organisationen, die Tonga bei der Entwicklung unterstützt und nach dem Wirbelsturm Soforthilfe geleistet haben;

4. *appelliert erneut* an die Mitgliedstaaten, die in Frage kommenden Organe, Organisationen und Programme des Systems der Vereinten Nationen, an regionale und internationale Organisationen und andere zwischenstaatliche und nichtstaatliche Organisationen sowie an internationale Finanzinstitutionen, Tonga finanzielle, materielle und technische Hilfe zu leisten, damit es seine schwerwiegenden Entwicklungsprobleme überwinden und die für das Wohlergehen seines Volkes unerläßliche soziale und wirtschaftliche Infrastruktur schaffen kann;

5. *ersucht* die in Frage kommenden Organisationen und Programme des Systems der Vereinten Nationen, ihre laufenden und künftigen Hilfsprogramme für Tonga beizubehalten und in Zukunft zu erweitern, den Generalsekretär bei der Organisation eines wirksamen internationalen Hilfsprogramms voll zu unterstützen und ihm regelmäßig über die von ihnen unternommenen Schritte und bereitgestellten Ressourcen zu berichten;

6. *bittet* die Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik, die Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen, die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, das Welternährungsprogramm, die Internationale Arbeitsorganisation, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, die Internationale Zivilluftfahrt-Organisation, die Weltgesundheitsorganisation, die Weltbank, die Internationale Fernmeldeunion, die Weltorganisation für Meteorologie, die Internationale Seeschiffahrts-Organisation und den Internationalen Agrarentwicklungsfonds, ihre Leitungsgremien mit der Bitte um entsprechende Prüfung auf die besonderen Bedürfnisse Tongas aufmerksam zu machen und dem Generalsekretär bis 15. Juli 1983 über die Beschlüsse dieser Gremien zu berichten;

7. *ersucht* den Generalsekretär,

a) seine Bemühungen um die Beschaffung der notwendigen Ressourcen für ein wirksames Programm zur finanziellen, technischen und materiellen Hilfeleistung an Tonga fortzusetzen;

b) weiterhin dafür zu sorgen, daß die erforderlichen finanziellen und haushaltstechnischen Vorkehrungen zur Beschaffung von Ressourcen und zur Fortsetzung der Organisation des internationalen Hilfsprogramms für Tonga getroffen werden;

c) den Stand des besonderen Wirtschaftshilfeprogramms für Tonga zu untersuchen und den Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner zweiten ordentlichen Tagung des Jahres 1983 darüber zu unterrichten;

d) so rechtzeitig über die Entwicklung der Wirtschaftslage Tongas und die Fortschritte bei der Organisation und Durchführung des besonderen Wirtschaftshilfeprogramms für Tonga zu berichten, daß die Angelegenheit auf der neununddreißigsten Tagung der Generalversammlung behandelt werden kann.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/165 – Verwirklichung des mittel- und langfristigen Regenerierungs- und Sanierungsprogramms in der Sudan-Sahel-Region

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 2816 (XXVI) vom 14. Dezember 1971, 2959 (XXVII) vom 12. Dezem-

[82] A/37/583

ber 1972, 3054 (XXVIII) vom 17. Oktober 1973, 3253 (XXIX) vom 4. Dezember 1974, 3512 (XXX) vom 15. Dezember 1975, 31/180 vom 21. Dezember 1976, 32/159 vom 19. Dezember 1977, 33/133 vom 19. Dezember 1978, 34/16 vom 9. November 1979, 35/69 und 35/86 vom 5. Dezember 1980 sowie 36/203 vom 17. Dezember 1981,

ferner unter Hinweis auf die Wirtschafts- und Sozialratsresolutionen 1918 (LVIII) vom 5. Mai 1975, 2103 (LXIII) vom 3. August 1977, 1978/37 vom 21. Juli 1978, 1979/51 vom 2. August 1979, 1980/51 vom 23. Juli 1980, 1981/55 vom 22. Juli 1981 und 1982/49 vom 28. Juli 1982,

in Kenntnisnahme des Beschlusses 82/27 des Verwaltungsrats des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen vom 18. Juni 1982 über die Verwirklichung des mittel- und langfristigen Regenerierungs- und Sanierungsprogramms in der Sudan-Sahel-Region[83],

mit Befriedigung Kenntnis nehmend von der entscheidenden Rolle des Büros der Vereinten Nationen für die Sudan-Sahel-Region im Hinblick auf seine Hilfe bei der Bekämpfung der Dürrefolgen und bei der Durchführung des mittel-und langfristigen Regenerierungs-und Sanierungsprogramms der Mitgliedstaaten des Ständigen zwischenstaatlichen Ausschusses zur Dürrebekämpfung in der Sahel-Region sowie im Hinblick auf die Aufbringung der erforderlichen Mittel zur Finanzierung vorrangiger Projekte,

in Anbetracht dessen, daß Art und Ausmaß der Bedürfnisse der Länder in der Sudan-Sahel-Region es erforderlich machen, daß die internationale Gemeinschaft ihre Solidaritätsaktionen zur Unterstützung der Regenerierungsbemühungen und der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder fortsetzt und weiter verstärkt,

eingedenk der kritischen Ernährungssituation, die auch dieses Jahr wieder in einigen Ländern der Sahelzone herrscht, insbesondere auf Kap Verde, ir Mali, in Mauretanien und im Tschad,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über die Durchführung des mittel- und langfristigen Regenerierungs- und Sanierungsprogramms in der Sudan-Sahel-Region[84];

1. *nimmt mit Befriedigung Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs über die Durchführung des mittel-und langfristigen Regenerierungs- und Sanierungsprogramms in der Sudan-Sahel-Region;

2. *dankt* den Regierungen, Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, zwischenstaatlichen Organisationen, Privatorganisationen und Privatpersonen, die zur Durchführung des mittel- und langfristigen Regenerierungs- und Sanierungsprogramms in der Sudan-Sahel-Region beigetragen haben;

3. *bittet* alle Staaten *nachdrücklich* um besondere Bemühungen zur Erhöhung der Mittel des Büros der Vereinten Nationen für die Sudan-Sahel-Region, einschließlich freiwilliger Beiträge auf dem Weg über die Beitragsankündigungskonferenz der Vereinten Nationen für Entwicklungsaktivitäten sowie über andere, bilaterale Kanäle, damit das Büro besser auf die vorrangigen Erfordernisse der Regierungen der Mitgliedstaaten des Ständigen zwischenstaatlichen Ausschusses zur Dürrebekämpfung in der Sahel-Region eingehen kann;

4. *ersucht* alle Regierungen, Organe, Organisationen und Programme des Systems der Vereinten Nationen, der auf Kap Verde, in Mali, in Mauretanien und im Tschad herrschenden kritischen Ernährungssituation besondere Aufmerksamkeit zu widmen;

5. *spricht* dem Administrator des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen *ihre Anerkennung* für die Ergebnisse *aus*, die bei der Unterstützung der Mitgliedstaaten des Ständigen zwischenstaatlichen Ausschusses zur Dürrebekämpfung in der Sahel-Region im Rahmen des Büros der Vereinten Nationen für die Sudan-Sahel-Region bei der Durchführung der mittel-und langfristigen Regenerierungs-und Sanierungsprogramme dieser Staaten erzielt worden sind;

6. *bittet* das Büro der Vereinten Nationen für die Sudan-Sahel-Region, seine enge Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten des Ständigen zwischenstaatlichen Ausschusses zur Dürrebekämpfung in der Sahel-Region und mit dem Ausschuß zu verstärken, damit das mittel-und langfristige Regenerierungs- und Sanierungsprogramm in der Sudan-Sahel-Region rascher durchgeführt werden kann;

7. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung weiterhin auf dem Weg über den Verwaltungsrat des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen und den Wirtschafts- und Sozialrat über die Durchführung des mittel- und langfristigen Regenerierungs- und Sanierungsprogramms in der Sudan-Sahel-Region zu berichten.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/202 – Überprüfung und Bewertung der Durchführung der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) vom 1. Mai 1974 mit der Erklärung und dem Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, 3281 (XXIX) vom 12. Dezember 1974 mit der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten und 3362 (S-VII) vom 16. September 1975 über Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 35/56 vom 5. Dezember 1879 mit der im Anhang enthaltenen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen,

im Bewußtsein ihrer Verantwortung, 1984 die erste Gesamtüberprüfung und -bewertung der Durchführung der Internationalen Entwicklungsstrategie vorzunehmen,

ferner unter Hinweis darauf, daß der Überprüfungs- und Bewertungsprozeß Bestandteil der Internationalen Entwicklungsstrategie ist und eine Gelegenheit bietet, diese als entwicklungspolitisches Instrument zur Erreichung der in ihr aufgestellten Gesamt- und Einzelziele zu stärken,

weiterhin unter Hinweis darauf, daß beim Überprüfungs- und Bewertungsprozeß der Stand der Durchführung der Internationalen Entwicklungsstrategie im Rahmen einer Gesamtübersicht über die internationale Wirtschaftslage genau geprüft und festgestellt werden sollte, welche Faktoren für eine unzureichende Durchführung verantwortlich sind,

unter Betonung dessen, daß eine solche Überprüfung und Bewertung innerhalb des Systems der Vereinten Nationen auf regionaler, sektoraler und globaler Ebene und

[83] Vgl. *Official Records of the Economic and Social Council, 1982, Supplement No. 6* (E/1982/16/Rev.1), Anhang I

[84] A/37/209 mit Add.1

von den jeweiligen Regierungen auf nationaler Ebene vorgenommen werden sollte,

mit tiefem Bedauern feststellend, daß die Aufnahme der globalen Verhandlungen über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung, die eines der Hauptinstrumente zur Erleichterung der Durchführung der Internationalen Entwicklungsstrategie sein sollen, nicht erfolgt ist,

in dem Bewußtsein, daß es aufgrund der nachteiligen Auswirkungen der anhaltenden internationalen Wirtschaftskrise, insbesondere auf die Wirtschaften der Entwicklungsländer, besonders notwendig ist, eine solche Überprüfung und Bewertung im Hinblick auf eine mögliche Anpassung, Intensivierung oder Neuformulierung der entwicklungspolitischen Maßnahmen vorzunehmen, die sich mit der Entwicklung der Lage und der Bedürfnisse als notwendig erweisen, wenn die Gesamt- und Einzelziele der Internationalen Entwicklungsstrategie erreicht werden sollen,

1. *bekräftigt* den Beschluß, 1984 auf globaler Ebene die erste Gesamtüberprüfung und -bewertung des Standes der Durchführung der entwicklungspolitischen Maßnahmen sowie der Verwirklichung der Gesamt- und Einzelziele der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen[85] vorzunehmen;

2. *betont*, daß der Überprüfungs- und Bewertungsprozeß auf globaler Ebene die auf sektoraler, regionaler und nationaler Ebene erzielten Ergebnisse berücksichtigen soll;

3. *hebt hervor*, daß bei der Überprüfung und Bewertung auf allen Ebenen die Ergebnisse verschiedener Konferenzen der Vereinten Nationen sowie die Ergebnisse diesbezüglicher regionaler und interregionaler Treffen berücksichtigt werden sollen und daß die Generalversammlung solche vereinbarten Ergebnisse zu gegebener Zeit und wo dies in Frage kommt in die Internationale Entwicklungsstrategie aufnimmt, um zu deren wirksamer Durchführung beizutragen;

4. *hebt ferner hervor*, daß die Überprüfung und Bewertung auf der Grundlage einer in den Generalversammlungsresolutionen 33/201 vom 29. Januar 1979, 35/81 vom 5. Dezember 1980 und 36/199 vom 17. Dezember 1981 vorgesehenen Beurteilung sicherstellen sollte, daß die operativen Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen einen wirksamen Beitrag zur Durchführung der Internationalen Entwicklungsstrategie leisten;

5. *beschließt* die Schaffung eines allen Seiten zum Beitritt offenstehenden Ausschusses, der 1984 eine Überprüfung und Bewertung der Durchführung der Internationalen Entwicklungsstrategie vornehmen soll, und beschließt ferner, daß der Ausschuß für die Überprüfung und Bewertung der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen, der während der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung zu einer kurzen Organisationstagung zusammentritt, der neununddreißigsten Tagung der Generalversammlung auf dem Weg über die zweite ordentliche Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats im Jahre 1984 Bericht erstattet;

6. *fordert* die entsprechenden Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen *auf*, dem in Ziffer 5 genannten Ausschuß zur Behandlung durch diesen Ausschuß über die Ergebnisse zu berichten, die sie in ihren jeweiligen Bereichen bei der Anwendung der Internationalen Entwicklungsstrategie als Grundsatzrahmen für die Aufstellung und Durchführung ihrer Arbeitsprogramme und mittelfristigen Pläne erzielt haben;

7. *ersucht* die Regionalkommissionen, 1984 im Rahmen regelmäßiger wirtschaftlicher Überblicke über die Regionen eine Überprüfung der Durchführung der Internationalen Entwicklungsstrategie in ihren jeweiligen Regionen vorzunehmen;

8. *bittet* den Ausschuß für Entwicklungsplanung, seine Feststellungen und Empfehlungen zum Überprüfungs- und Bewertungsprozeß auf dem Weg über den Ausschuß für die Überprüfung und Bewertung der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen und die zweite ordentliche Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats im Jahre 1984 der neununddreißigsten Tagung der Generalversammlung vorzulegen;

9. *ersucht* den Generalsekretär, zur Unterstützung der Überprüfung und Bewertung einen umfassenden Bericht und sonstige geeignete Unterlagen auszuarbeiten und diese auf dem Weg über den Ausschuß für die Überprüfung und Bewertung der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen und den Wirtschafts- und Sozialrat der neununddreißigsten Tagung der Generalversammlung vorzulegen;

10. *bittet* die Regierungen, die Gesamt- und Einzelziele sowie die Grundsatzmaßnahmen der Internationalen Entwicklungsstrategie bei der Erstellung ihrer einzelstaatlichen Politiken im Einklang mit ihren nationalen Prioritäten und Plänen gebührend zu berücksichtigen;

11. *bittet* die entwickelten Länder, einzeln oder auf dem Weg über ihre in Frage kommenden Organisationen Berichte darüber vorzulegen, wie sich ihre Entwicklungshilfeleistungen zu den Verpflichtungen verhalten, die sie in der Internationalen Entwicklungsstrategie und auf einschlägigen internationalen Foren eingegangen sind;

12. *beschließt*, sich auf ihrer achtunddreißigsten Tagung mit weiteren Vorkehrungen zu befassen, die zur Erfüllung ihrer Aufgabe im Zusammenhang mit der Überprüfung und Bewertung der Internationalen Entwicklungsstrategie notwendig sind.

113. Plenarsitzung
20. Dezember 1982

37/203 – Negative Tendenzen in der Weltwirtschaft

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) vom 1. Mai 1974 mit der Erklärung und dem Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, 3281 (XXIX) vom 12. Dezember 1974 mit der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten und 3362 (S-VII) vom 16. September 1975 über Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 35/56 vom 5. Dezember 1980 mit der im Anhang enthaltenen Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen,

mit dem Ausdruck ihrer Besorgnis über die Verschärfung bestimmter Tendenzen in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen, die den in den obengenannten Resolutionen erwähnten Zielsetzungen der internationalen Zusammenarbeit zuwiderlaufen und ernste Hindernisse

[85] Vgl. Resolution 35/56, Ziffer 180

für die Weltwirtschaft, insbesondere für das Wirtschaftswachstum der Entwicklungsländer sowie für ihre Entwicklungsaussichten darstellen,

beunruhigt darüber, daß sich die internationale Wirtschaft noch immer in einem Zustand mangelnden strukturellen Gleichgewichts befindet, der durch eine Verlangsamung der Wirtschaftstätigkeit und des Wirtschaftswachstums in Verbindung u.a. mit anhaltender Währungsinstabilität, verstärktem protektionistischem Druck, Strukturproblemen und mangelnder Strukturanpassung sowie unsicheren langfristigen Wachstumsaussichten geprägt ist,

1. *vertritt die Auffassung*, daß das Anhalten bzw. die Verschlechterung der derzeitigen Situation zu einem Klima des Mißtrauens in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen führen und sowohl für die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit als auch für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit unabsehbare Folgen haben könnte;

2. *äußert ihre tiefe Beunruhigung* über die ernste Wirtschaftslage der Entwicklungsländer und die ungünstigen Aussichten, die sich aufgrund der derzeitigen Tendenzen in der Weltwirtschaft ergeben, bei deren Fortdauer die Verwirklichung der Gesamt- und Einzelziele der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen in Frage gestellt wäre;

3. *bittet* alle Staaten, insbesondere die entwickelten Länder, *eindringlich*, weiterhin konzertierte Anstrengungen zu unternehmen, um die gegenwärtigen negativen Tendenzen umzukehren und die kritische Wirtschaftslage zu überwinden, von der derzeit insbesondere die Entwicklungsländer betroffen sind;

4. *ersucht* den Generalsekretär, im Rahmen der Vorbereitungsarbeiten für die Überprüfung und Bewertung der internationalen Entwicklungsstrategie auch die derzeitigen negativen Tendenzen in der Weltwirtschaft zu analysieren, die sich auf die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit auswirken und die Bemühungen um die Verwirklichung der Gesamt- und Einzelziele der Internationalen Entwicklungsstrategie in Frage stellen, und diese Analyse in entsprechender Form in den "*World Economic Survey*" (Weltwirtschaftsüberblick) und sonstige im Rahmen der Überprüfung und Bewertung der internationalen Entwicklungsstrategie zu erstellende Unterlagen aufzunehmen.

113. Plenarsitzung
20. Dezember 1982

37/204 – Überprüfung der Verwirklichung der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) vom 1. Mai 1974 mit der Erklärung und dem Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, 3281 (XXIX) vom 12. Dezember 1974 mit der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten und 3362 (S-VII) vom 16. September 1975 über Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, die den Grundstein zur neuen internationalen Wirtschaftsordnung legten,

eingedenk Artikel 34 der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten und Generalversammlungsresolution 3486 (XXX) vom 12. Dezember 1975 über die Überprüfung der Verwirklichung der Charta,

eingedenk der Wichtigkeit der in der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten enthaltenen Prinzipien und des engen Zusammenhangs zwischen der Charta und der Erklärung und dem Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung,

im Bewußtsein dessen, daß die sofortige Aufnahme und der erfolgreiche Abschluß der globalen Verhandlungsrunde über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung einen wichtigen Beitrag zur Lösung internationaler Wirtschaftsprobleme im Rahmen der Neugestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und zu einer stetigen weltweiten Entwicklung, insbesondere der Entwicklungsländer, darstellen wird,

1. *beschließt*, auf ihrer neununddreißigsten Tagung anläßlich des zehnten Jahrestags der Verabschiedung der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten gemäß deren Artikel 34 eine umfassende Überprüfung ihrer Verwirklichung durchzuführen;

2. *ersucht* den Generalsekretär, auf der Grundlage der von Regierungen und den in Frage kommenden zwischenstaatlichen Organisationen bereitgestellten Informationen einen Bericht über die Verwirklichung der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten zu erstellen und der neununddreißigsten Tagung der Generalversammlung auf dem Weg über die zweite ordentliche Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats im Jahr 1984 vorzulegen;

3. *fordert* alle Mitgliedstaaten *auf*, den Generalsekretär bei der Erstellung des in Ziffer 2 geforderten Berichts zu unterstützen;

4. *bittet* alle Mitgliedstaaten, aktiv an der für 1984 vorgesehenen Überprüfung der Verwirklichung der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten mitzuwirken;

5. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Überprüfung der Verwirklichung der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten" in die vorläufige Tagesordnung ihrer neununddreißigsten Tagung.

113. Plenarsitzung
20. Dezember 1982

37/205 – Besondere Probleme Zaires im Verkehrswesen, beim Transitverkehr sowie beim Zugang zu Auslandsmärkten

Die Generalversammlung.

unter Hinweis auf ihre Resolution 32/160 vom 19. Dezember 1977, in der sie auf die Resolution 2097 (LXIII) des Wirtschafts- und Sozialrats vom 29. Juli 1977 hinwies und den Zeitraum von 1978 bis 1988 zur Verkehrs- und Kommunikationsdekade in Afrika erklärte,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolutionen 34/193 vom 19. Dezember 1979, 35/59 vom 5. Dezember 1980 und 36/139 vom 16. Dezember 1981 über besondere Probleme Zaires im Verkehrswesen, beim Transitverkehr sowie beim Zugang zu Auslandsmärkten,

unter Hinweis auf Resolution 110 (V) der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen vom 3. Juni 1979, die auf der vom 7. Mai bis 3. Juni 1979 in Manila abgehaltenen fünften Tagung der Konferenz verabschiedet wurde[86],

[86] Vgl. *Proceedings of the United Nations Conference on Trade and Development, Fifth Session*, Vol. I; *Report and Annexes* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.79.II.D.14), Erster Teil, Abschnitt A

ferner unter Hinweis auf Beschluß 249 (LXIII) und Resolution 1981/68 des Wirtschafts- und Sozialrats vom 25. Juli 1977 bzw. 24. Juli 1981 sowie auf Resolution 293 (XIII), die am 26. Februar 1977 anläßlich der dreizehnten Tagung der Wirtschaftskommission für Afrika von der vierten Sitzung der Ministerkonferenz der Wirtschaftskommission verabschiedet wurde[87],

in Kenntnisnahme der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/61 vom 30. Juli 1982,

im Bewußtsein der Tatsache, daß Zaires Außenhandel und Wirtschaft auch weiterhin schwer leiden werden, solange keine dauerhafte Lösung für die besonderen Probleme des Landes im Verkehrswesen, beim Transitverkehr und beim Zugang zu Auslandsmärkten gefunden ist,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Exekutivsekretärs der Wirtschaftskommission für Afrika über besondere Probleme Zaires im Verkehrswesen, beim Transitverkehr und beim Zugang zu Auslandsmärkten[88] sowie von den bisherigen Aktivitäten im Zusammenhang mit der Suche nach Lösungen für die Verkehrs- und Transitprobleme Zaires, insbesondere den Maßnahmen der Kommission in bezug auf den Zeitplan für die geplanten Aktivitäten;

2. *billigt* die Veranstaltung einer Rundtischkonferenz mit Geberländern und Finanzierungsinstitutionen für Zaires Verkehrs- und Transitprojekte im Jahr 1983;

3. *appelliert* an die Geberländer und die Finanzierungsinstitutionen, einen positiven Beitrag zu dieser Konferenz am runden Tisch zu leisten;

4. *ersucht* den Generalsekretär, der Wirtschaftskommission für Afrika im Rahmen der vorhandenen Mittel die erforderlichen Ressourcen zur Veranstaltung einer Fachberatungskonferenz am runden Tisch mit den Geberländern zur Verfügung zu stellen und die Verwirklichung der einschlägigen Resolutionen des Wirtschafts- und Sozialrats und der Generalversammlung zu beschleunigen;

5. *ersucht* den Generalsekretär, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat in Absprache mit dem Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission für Afrika einen Bericht über die besonderen Probleme Zaires im Verkehrswesen, beim Transitverkehr und beim Zugang zu Auslandsmärkten sowie über den Stand der Durchführung dieser Resolution vorzulegen.

113. Plenarsitzung
20. Dezember 1982

37/206 – Aktionsprogramm zugunsten der Entwicklungsländer in Insellage

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) vom 1. Mai 1974 mit der Erklärung und dem Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, 3281 (XXIX) vom 12. Dezember 1974 mit der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten und 3362 (S-VII) vom 16. September 1975 über Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 35/56 vom 5. Dezember 1980 mit der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen,

weiterhin unter Hinweis auf ihre Resolutionen 31/156 vom 21. Dezember 1976, 32/185 vom 19. Dezember 1977, 34/205 vom 19. Dezember 1979 und 35/61 vom 5. Dezember 1980 sowie auf andere einschlägige Resolutionen der Vereinten Nationen im Zusammenhang mit den besonderen Bedürfnissen und Problemen der Entwicklungsländer in Insellage,

unter erneutem Hinweis auf das in den Resolutionen 98 (IV) und 111 (V) der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen vom 31. Mai 1976[89] bzw. vom 3. Juni 1979[90] vorgesehene spezifische Aktionsprogramm zugunsten der Entwicklungsländer in Insellage,

unter Begrüßung des Beschlusses 247 (XXIV) des Handels- und Entwicklungsrats vom 19. März 1982[91], in dem der Generalsekretär der Handels- und Entwicklungskonferenz ersucht wurde, der sechsten Tagung der Konferenz einen Bericht über die Probleme der Entwicklungsländer in Insellage zur Behandlung vorzulegen,

eingedenk dessen, daß zusätzliche Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Sondermaßnahmen zugunsten der Entwicklungsländer in Insellage durchzuführen, mit denen die ihren Entwicklungsprozeß verzögernden Hauptschwierigkeiten kompensiert werden sollen – vor allem zugunsten derjenigen Länder, die insbesondere aufgrund ihrer geringen Größe, ihrer Abgelegenheit, häufiger Naturkatastophen, der Diskontinuität und Verstreutheit ihres Territoriums, der Transport-und Kommunikationsschwierigkeiten, großer Entfernungen zu den Absatzzentren, begrenzter Inlandsmärkte, mangelnder Vertriebserfahrung, geringer Mittel, fehlender natürlicher Ressourcen, starker Abhängigkeit ihrer Deviseneinnahmen von einigen wenigen Waren, des Mangels an erfahrenem Verwaltungspersonal sowie einer schweren Schuldenlast benachteiligt sind,

unter Begrüßung der Analyse des Problems kleinerer Inselländer auf dem vom 9. bis 12. Februar 1982 in Alofi auf Niue abgehaltenen Treffen über die besonderen Probleme dieser Länder[92],

im Hinblick darauf, daß eine geeignete industrielle Entwicklung für die wirtschaftliche Entwicklung kleiner Inselländer von entscheidender Bedeutung sein kann,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs über die Fortschritte bei der Durchführung der Sondermaßnahmen zugunsten der Entwicklungsländer in Insellage[93];

2. *nimmt Kenntnis* von der Analyse in Abschnitt III des Berichts des Generalsekretärs[93] über die Schwierigkeiten der Entwicklungsländer in Insellage;

3. *dankt* allen Staaten und Organisationen, die die Durchführung von Resolutionen zugunsten der Entwicklungsländer in Insellage erleichtert haben;

4. *fordert* alle Staaten, internationalen Organisationen und Finanzinstitutionen *auf*, ihre Bemühungen um die Durchführung von Sondermaßnahmen zugunsten

[87] Vgl. *Official Records of the Economic and Social Council, Sixty-third Session, Supplement No. 7* (E/5941 mit Add.1), Vol. 1, Dritter Teil

[88] E/1982/78

[89] Vgl. *Proceedings of the United Nations Conference on Trade and Development, Fourth Session*, Vol. I, *Report and Annexes* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.76.II.D.10 mit Korrigendum), Erster Teil, Abschnitt A

[90] *Ebd., Fifth Session*, Vol. I, *Report and Annexes* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.79.II.D.14), Erster Teil, Abschnitt A

[91] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 15* (A/37/15), Vol. I, Erster Teil, Anhang I

[92] Vgl. A/37/196 mit Korr.1, Anhang

[93] A/37/196 mit Korr.1

der Entwicklungsländer in Insellage, wie sie in den Resolutionen 98 (IV) und 111 (V) der Handels-und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen sowie in anderen einschlägigen Resolutionen vorgesehen sind, zu verstärken;

5. *ersucht* die in Frage kommenden Organisationen des Systems der Vereinten Nationen – insbesondere die Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung und den Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen –, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, damit sie besser in der Lage sind, im Laufe der Dritten Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen positiv auf die besonderen Bedürfnisse der Entwicklungsländer in Insellage einzugehen;

6. *ersucht* die Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen, auf ihrer sechsten Tagung die auf diesem Gebiet erzielten Fortschritte zu prüfen und zu erwägen, welche Maßnahmen zur Erleichterung der Durchführung der bisherigen Resolutionen zugunsten von Entwicklungsländern in Insellage erforderlich sind;

7. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer neununddreißigsten Tagung über die in den diesbezüglichen Resolutionen der Vereinten Nationen erbetenen Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft im Hinblick auf die besonderen Bedürfnisse von Entwicklungsländern in Insellage zu berichten und weitere Maßnahmen zu empfehlen, die geeignet sind, der Generalversammlung auf dieser Tagung einen umfassenden Überblick über die Probleme und Bedürfnisse der Entwicklungsländer in Insellage zu vermitteln.

113. Plenarsitzung
20. Dezember 1982

37/207 – Entwicklungsaspekte des umgekehrten Technologietransfers

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) vom 1. Mai 1974 mit der Erklärung und dem Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, 3281 (XXIX) vom 12. Dezember 1974 mit der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten sowie 3362 (S-VII) vom 16. September 1975 über Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 35/56 vom 5. Dezember 1980 mit der im Anhang dazu enthaltenen Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen,

in Bekräftigung ihrer Resolutionen 32/192 vom 19. Dezember 1977, 33/151 vom 20. Dezember 1978, 34/200 vom 19. Dezember 1979, 35/62 vom 5. Dezember 1980 und 36/141 vom 16. Dezember 1981 zur Frage des umgekehrten Technologietransfers,

ferner in Bekräftigung der Resolution 102 (V) der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen[95], des Wiener Aktionsprogramms für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung[96] sowie der Resolutionen und Beschlüsse des Handels-und Entwicklungsrats über den umgekehrten Technologietransfer, insbesondere des Beschlusses 193 (XIX) vom 20. Oktober 1979[97] sowie der Resolutionen 219 (XXI) vom 27. September 1980[98] und 227 (XXII) vom 20. März 1981[99],

in Kenntnis der Wirtschaftserklärung, die auf der vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna veranstalteten Sechsten Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs der nichtgebundenen Länder verabschiedet wurde[100],

ferner in Kenntnis der Vorschläge im Programm von Aruscha für die kollektive Eigenständigkeit und einen Verhandlungsrahmen[101], das auf dem Vierten Ministertreffen der Gruppe der 77 verabschiedet wurde,

in der Überzeugung, daß die Verfügbarkeit von ausreichend ausgebildeten, erfahrenen einheimischen Fachkräften in den Entwicklungsländern und die Möglichkeit, diese dort in ihren jeweiligen Fachgebieten zu beschäftigen, einen wesentlichen Faktor für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Entwicklungsländer darstellt,

mit dem Ausdruck ihrer Besorgnis über die nachteiligen Auswirkungen des umgekehrten Technologietransfers auf die Fähigkeit und das Potential der Entwicklungsländer zur wissenschaftlich-technischen Entwicklung und somit auf ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung,

erneut erklärend, daß als Teil der Bemühungen der internationalen Gemeinschaft um die Errichtung der neuen internationalen Wirtschaftsordnung der umgekehrte Technologietransfer unbedingt eingedämmt und seinen nachteiligen Auswirkungen auf die Entwicklungsländer entgegengewirkt werden muß,

in der Überzeugung, daß das System der Vereinten Nationen eine aktive Rolle bei der Milderung der nachteiligen Auswirkungen des umgekehrten Technologietransfers spielen sollte,

in Kenntnisnahme des Berichts über die vom Generalsekretär der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen für die Zeit vom 30. August bis 6. September 1982 nach Genf einberufene Tagung der Zwischenstaatlichen Sachverständigengruppe zur Untersuchung der Meßbarkeit der Wanderbewegungen von Arbeitskräften [102], auf den im Bericht des Handels- und Entwicklungsrats über seine fünfundzwanzigste Tagung Bezug genommen wird[103],

1. *empfiehlt* den in Frage kommenden Mitgliedstaaten und den zuständigen internationalen Organisationen, mit aller Dringlichkeit die Formulierung von Politiken zur Milderung der nachteiligen Auswirkungen des umgekehrten Technologietransfers gebührend in Erwägung zu ziehen;

2. *empfiehlt* den entwickelten Ländern, die Entwicklungsländer bei ihren Bemühungen um die volle Nutzung ihrer eigenen Fachkräfte bei der Förderung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu un-

[94] *Report of the United Nations Conference on Science and Technology for Development, Vienna, 20-31 August 1979* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.79.I.21 mit Korrigenden), Kap. VII

[95] Vgl. *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierunddreißigste Tagung, Beilage 15* (A/34/15 mit Korr.1), Vol. II, Erster Teil, Anhang I

[96] *Ebd., Fünfunddreißigste Tagung, Beilage 15* (A/35/15), Vol. II, Anhang I

[97] *Ebd., Sechsunddreißigste Tagung, Beilage 15* (A/36/15 mit Korr.1), Erster Teil, Anhang I

[98] Vgl. A/34/542, Anhang, Abschnitt IV

[99] *Proceedings of the United Nations Conference on Trade and Development, Fifth Session*, Vol. I, *Report and Annexes* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.79.II.D.14), Anhang VI

[100] TD/B/C.6/89

[101] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 15* (A/37/15), Vol. II, Erster Teil, Ziffer 565-567

terstützen und ihnen entsprechend Hilfestellung zu leisten;

3. *bedauert es*, daß die Zwischenstaatliche Sachverständigengruppe zur Untersuchung der Meßbarkeit der Wanderbewegungen von Arbeitskräften nicht zu einvernehmlichen Arbeitsergebnissen und Empfehlungen zur Milderung der nachteiligen Auswirkungen des umgekehrten Technologietransfers gelangt ist;

4. *ersucht* den Generalsekretär, eine interinstitutionelle Gruppe aus Vertretern der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen, der Internationalen Arbeitsorganisation, der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, der Weltgesundheitsorganisation, des Ausbildungs- und Forschungsinstituts der Vereinten Nationen und des Statistischen Amts des Sekretariats der Vereinten Nationen sowie anderer in Frage kommender Organe und Gremien des Systems der Vereinten Nationen einzusetzen, die die Aufgabe hat, Maßnahmen in der Frage des umgekehrten Technologietransfers zu koordinieren und insbesondere die Effektivität der Maßnahmen, mit denen das System der Vereinten Nationen den komplexen Bedürfnissen der betreffenden Länder Rechnung trägt, wie auch aller weiteren mit diesem Ziel ergriffenen Maßnahmen zu überprüfen und zu erhöhen;

5. *ersucht* den Generalsekretär der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen, die erforderlichen Treffen von Regierungssachverständigen einzuberufen und diesen folgendes Mandat zu übertragen:

a) Empfehlungen zu Politiken und konkreten Maßnahmen zur Milderung der nachteiligen Auswirkungen des umgekehrten Technologietransfers für die Entwicklungsländer, darunter auch zu dem Vorschlag der Schaffung einer internationalen Fazilität zum Ausgleich von Arbeitskräfteverlusten auszuarbeiten;

b) den Bericht über ihre siebenundzwanzigste Tagung dem Handels- und Entwicklungsrats zur gründlichen Prüfung vorzulegen;

6. *bittet* alle Regierungen und in Frage kommenden Organisationen *eindringlich*, sich aktiv an den in Ziffer 5 erwähnten Treffen zu beteiligen;

7. *ersucht* den Generalsekretär, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung einen Bericht über die Durchführung dieser Resolution vorzulegen, der auch Empfehlungen dazu enthält, durch welche konkreten Maßnahmen sich eine umfassende internationale Zusammenarbeit zur Lösung der sich auf diesem Gebiet stellenden Probleme herbeiführen ließe.

113. Plenarsitzung
20. Dezember 1982

37/208—Sechste Tagung der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 1995 (XIX) vom 30. Dezember 1964 in ihrer abgeänderten Fassung[102] über die Errichtung der Handels- und Entwicklungs-Konferenz der Vereinten Nationen als Organ der Generalversammlung sowie auf ihre Resolutionen 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) vom 1. Mai 1974 mit der Erklärung und dem Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, 3281 (XXIX) vom 12. Dezember 1974 mit der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten, 3362 (S-VII) vom 16. September 1975 über Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und 35/56 vom 5. Dezember 1980 mit der im Anhang enthaltenen Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolutionen 34/196 vom 19. Dezember 1979 über den Bericht der fünften Tagung der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen und 36/142 vom 16. Dezember 1981 über die sechste Tagung der Konferenz,

weiterhin unter Hinweis auf den Beschluß 237 (XXIII) des Handels- und Entwicklungsrats vom 8. Oktober 1981[103], in dem sich der Rat dem Beschluß der lateinamerikanischen Länder anschloß, die siebente Tagung der Konferenz in einem dieser Länder abzuhalten, mit der Maßgabe, daß die endgültige Entscheidung über den Konferenzort in Lateinamerika zu gegebener Zeit am geeigneten Ort getroffen werden solle, und mit Interesse den Wunsch Kubas zur Kenntnis nehmend, als Gastgeber der siebenten Tagung der Konferenz aufzutreten,

im Hinblick auf Resolution 253 (XXIV) des Handels- und Entwicklungsrats vom 18. Mai 1982[104] und dessen Beschluß 255 (XXIV) vom 30. Juni 1982[105], in denen der Rat empfahl, nach einem Treffen der leitenden Bediensteten am 2. und 3. Juni 1983 in Belgrad die sechste Tagung der Konferenz vom 6. bis 30. Juni 1983 in Belgrad abzuhalten,

eingedenk ihrer Resolution 31/140 vom 17. Dezember 1976 zur örtlichen und zeitlichen Verteilung der Konferenzen,

Kenntnis nehmend vom Bericht des Handels- und Entwicklungsrats über seine vierundzwanzigste Tagung und über den ersten und zweiten Teil seiner fünfundzwanzigsten Tagung[106],

mit Dank an die Regierung Gabuns für die von ihr unternommenen Bemühungen, als Gastgeber der sechsten Tagung der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen aufzutreten, und mit Verständnis für die Gründe, aus denen ihr dies nicht möglich war,

1. *begrüßt* das Angebot der Regierung Jugoslawiens, als Gastgeber der sechsten Tagung der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen in Belgrad aufzutreten;

2. *beschließt*, daß die sechste Tagung der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen vom 6. bis 30. Juni 1983 nach Belgrad einberufen werden und dieser am 2. und 3. Juni 1983 ein zweitägiges Treffen der leitenden Bediensteten in Belgrad vorausgehen soll;

3. *nimmt Kenntnis* von der Verabschiedung der vorläufigen Tagesordnung für die sechste Tagung der Handels- und Etnwicklungskonferenz der Vereinten Nationen auf der vierundzwanzigsten Tagung des Handels- und Entwicklungsrats[107];

4. *schließt sich* dem Beschluß 253 (XXIV) des Handels- und Entwicklungsrats *an*, dem zufolge die

[102] Vgl. Resolutionen 2904 (XXVII), 31/2 A und B sowie 34/3

[103] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Sechsunddreißigste Tagung, Beilage 15* (A/36/15 mit Korr.1), Dritter Teil, Anhang I

[104] *Ebd., Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 15* (A/37/15), Zweiter Teil, Anhang I

[105] *Ebd.*, Dritter Teil, Anhang

[106] *Ebd., Beilage 15* (A/37/15)

[107] *Ebd.*, Vol. I, Dritter Teil Anhang, Beschluß 256 (XXIV)

sechste Tagung der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen so organisiert werden sollte, daß für die Teilnahme von Ministern und anderen hochrangigen Entscheidungsträgern gesorgt ist und alle Delegationen effektiv am Entscheidungsprozeß mitwirken können;

5. *schließt sich* dem Beschluß 258 (XXV) des Handels- und Entwicklungsrats vom 17. September 1982 über die Organisation der sechsten Tagung der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen[108] *an*;

6. *ersucht* den Generalsekretär der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen, alle notwendigen Vorkehrungen für die Konferenz zu treffen, der Konferenz bereits so lange wie möglich vor dem vorgeschriebenen Sechs-Wochen-Termin alle einschlägigen Unterlagen vorzulegen und dafür zu sorgen, daß die Konferenz über die erforderlichen Mitarbeiter, Einrichtungen und Dienste verfügt, wozu im Einklang mit Generalversammlungsresolution 37/14 C vom 16. November 1982 auch die Erstellung von Kurzprotokollen für Plenarsitzungen der Konferenz gehört;

7. *äußert sich zutiefst beunruhigt* über die ernste Krise, in der sich die Weltwirtschaft befindet, und insbesondere über deren äußerst nachteilige Auswirkungen auf den Entwicklungsprozeß der Entwicklungsländer;

8. *betont* die besondere Bedeutung der sechsten Tagung der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen als einer wichtigen Gelegenheit, um zu einer Zeit, da sich insbesondere die Entwicklungsländer noch immer schwerwiegenden Wirtschaftsproblemen gegenübersehen, die weltweite Entwicklung und ihre Auswirkungen auf Handel und Entwicklung der Entwicklungsländer in umfassender und zusammenhängender Weise zu überprüfen;

9. *bittet* eingedenk des besonderen Beitrags, den entwickelte Länder leisten können, alle Länder *eindringlich*, darauf hinzuarbeiten, daß auf der sechsten Tagung der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen in den wichtigen Fragen des Handels, der Entwicklung und der damit zusammenhängenden Probleme unter voller Berücksichtigung ihrer Wechselbeziehung positive, konstruktive, sinnvolle und maßnahmenorientierte Ergebnisse erzielt werden und somit ein wirksamer Beitrag zur Bewältigung der großen Schwierigkeiten, denen sich die Weltwirtschaft gegenübersieht, zur wirtschaftlichen Entwicklung der Entwicklungsländer sowie zur Verwirklichung der neuen internationalen Wirtschaftsordnung geleistet wird.

113. Plenarsitzung
20. Dezember 1982

37/209 – Konferenz der Vereinten Nationen über Bedingungen zur Schiffsregistrierung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) vom 1. Mai 1974 mit der Erklärung und dem Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, 3281 (XXIX) vom 12. Dezember 1974 mit der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten sowie 3362 (S-VII) vom 16. September 1975 über Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit,

unter Hinweis auf ihre Resolution 35/56 vom 5. Dezember 1980 mit der im Anhang enthaltenen Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen, in der u.a. in Ziffer 128 gefordert wird, daß die Entwicklungsländer verstärkt am weltweiten Warentransport teilnehmen und zu diesem Zweck erforderlichenfalls entsprechende Strukturveränderungen vorgenommen werden, sowie daß die internationale Gemeinschaft weiterhin die erforderlichen Schritte unternimmt, um die Entwicklungsländer konkurrenzfähiger zu machen und ihnen den Ausbau ihrer nationalen und multinationalen Handelsflotten zu ermöglichen, damit ihr Anteil am internationalen Warenverkehr erheblich ausgeweitet werden und bis 1990 möglichst einen Gesamtanteil von etwa 20 Prozent der Tonnage der Welthandelsflotte erreichen kann,

im Hinblick darauf, daß der geordnete Ausbau des weltweiten Warenverkehrs zur See in seiner Gesamtheit gefördert werden muß,

in Kenntnisnahme des Berichts über die erste, vom 13. bis 30. April 1982 in Genf abgehaltene Tagung der Zwischenstaatlichen Vorbereitungsgruppe für Bedingungen zur Schiffsregistrierung[109],

im Hinblick darauf, daß der Handels- und Entwicklungsrat während des ersten Teils seiner fünfundzwanzigsten Tagung die von der Zwischenstaatlichen Vorbereitungsgruppe für Bedingungen zur Schiffsregistrierung auf ihrer ersten Tagung verabschiedete Resolution unterstützt und der Generalversammlung empfohlen hat, eine Konferenz von Regierungsbevollmächtigten über Bedingungen zur Schiffsregistrierung einzuberufen[110],

1. *beschließt*, unter Berücksichtigung der vom Handels- und Entwicklungsrat während des ersten Teils seiner fünfundzwanzigsten Tagung geäußerten Empfehlungen und der Ergebnisse der notwendigen Vorbereitungsarbeit Anfang 1984 eine dreiwöchige Konferenz von Regierungsbevollmächtigten einzuberufen, auf der die Verabschiedung eines internationalen Übereinkommens über die Bedingungen behandelt werden soll, unter denen Schiffe in nationale Schiffahrtsregister eingetragen werden;

2. *ersucht* den Handels- und Entwicklungsrat, einen allen Staaten zur Teilnahme offenstehenden Vorbereitungsausschuß für die Konferenz der Vereinten Nationen über Bedingungen zur Schiffsregistrierung einzurichten;

3. *ersucht* den Generalsekretär der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen:

a) den Regierungen mindestens neun Monate vor der Tagung des Vorbereitungsausschusses zur Stellungnahme den von der Zwischenstaatlichen Vorbereitungsgruppe auf ihrer zweiten Tagung aufgestellten Prinzipienkatalog mit den Bedingungen zuzuleiten, unter denen Schiffe in nationale Schiffahrtsregister eingetragen werden sollen;

b) die eingegangenen Stellungnahmen allen Regierungen mindestens drei Monate vor der Tagung des Vorbereitungsausschusses zuzuleiten;

c) dem Vorbereitungsausschuß alle von den Regierungen erhaltenen Stellungnahmen vorzulegen;

d) dem Vorbereitungsausschuß und der Konferenz der Vereinten Nationen über Bedingungen zur Schiffsre-

[108] *Ebd.*, Vol. II, Erster Teil, Anhang I

[109] TD/B/904

[110] Vgl. *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 15* (A/37/15), Vol. II, Erster Teil, Anhang I, "Weitere Maßnahmen des Rats", Ziffer 3 *g*)

gistrierung alle sachdienlichen Unterlagen zu übermitteln;

4. *beschließt*, daß der Vorbereitungsausschuß unter voller Berücksichtigung der Auffassungen aller interessierten Parteien auf der Grundlage der oben genannten Unterlagen einen Entwurf zu einem internationalen Übereinkommen über Bedingungen zur Schiffsregistrierung ausarbeiten und empfehlen soll;

5. *ersucht* den Handels- und Entwicklungsrat, unter Berücksichtigung der Arbeit des Vorbereitungsausschusses einen Beschluß über geeignete Termine für die Abhaltung der Konferenz zu fassen;

6. *ersucht* den Generalsekretär der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen, alle erforderlichen Vorkehrungen für die Abhaltung der Konferenz der Vereinten Nationen über Bedingungen zur Schiffsregistrierung sowie auch der Tagungen des Vorbereitungsausschusses zu treffen und für die Bereitstellung des erforderlichen Personals sowie der notwendigen Einrichtungen und Dienste zu sorgen;

7. *beschließt*, daß die Konferenzsprachen die Sprachen der Generalversammlung und ihrer Ausschüsse und Unterausschüsse sein sollen.

113. Plenarsitzung
20. Dezember 1982

37/210 – Konferenz der Vereinten Nationen über einen internationalen Verhaltenskodex für den Technologietransfer

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/140 vom 16. Dezember 1980 über die Konferenz der Vereinten Nationen über einen internationalen Verhaltenskodex für den Technologietransfer,

in Kenntnisnahme der vom Interimsausschuß der Konferenz der Vereinten Nationen über einen internationalen Verhaltenskodex für den Technologietransfer geleisteten Arbeit zur Lösung noch offener Fragen im Entwurf zum internationalen Verhaltenskodex für den Technologietransfer,

1. *erkennt an*, daß der rasche Abschluß der Verhandlungen über den Verhaltenskodex und seine Verabschiedung im Interesse alle Länder liegt;

2. *fordert* verstärkte Bemühungen um einen erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen während der fünften Tagung der Konferenz der Vereinten Nationen über einen internationalen Verhaltenskodex für den Technologietransfer, damit der internationale Verhaltenskodex für den Technologietransfer von der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung verabschiedet werden kann;

3. *bittet* den Generalsekretär der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen und den Präsidenten der Konferenz der Vereinten Nationen über einen internationalen Verhaltenskodex für den Technologietransfer, soweit erforderlich in Absprache mit regionalen Gruppen und Regierungen und nötigenfalls mit der Unterstützung eines Treffens von Regierungsvertretern, das in Konsultation mit regionalen Gruppen zu vereinbaren wäre, alle notwendigen Arbeiten einschließlich der Festlegung von Verhandlungsparametern zu erledigen und zu allen im Entwurf für einen Kodex noch ungelösten Fragen geeignete Empfehlungen auszuarbeiten, die dann allen Mitgliedern der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen mindestens sechs Wochen vor der fünften Tagung der Konferenz der Vereinten Nationen über einen internationalen Verhaltenskodex für den Technologietransfer vorgelegt werden;

4. *ersucht* den Generalsekretär der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen, alles Notwendige zu veranlassen, damit die fünfte Tagung der Konferenz der Vereinten Nationen über einen internationalen Verhaltenskodex für den Technologietransfer im zweiten Halbjahr 1983 so rechtzeitig stattfindet, daß der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung Bericht erstattet werden kann.

113. Plenarsitzung
20. Dezember 1982

37/211 – Unterzeichnung und Ratifizierung des Übereinkommens über die Errichtung des Gemeinsamen Grundstoffonds

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) vom 1. Mai 1974 mit der Erklärung und dem Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, 3281 (XXIX) vom 12. Dezember 1974 mit der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten sowie 3362 (S-VII) vom 16. September 1975 über Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 35/56 vom 5. Dezember 1980, in deren Anhang die Internationale Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen enthalten ist,

weiterhin unter Hinweis auf ihre Resolution 36/143 vom 16. Dezember 1981, in der sie ihre Besorgnis über die geringen Fortschritte bei der Unterzeichnung und Ratifizierung des Übereinkommens über die Errichtung des Gemeinsamen Grundstoffonds[111] zum Ausdruck brachte und diejenigen Staaten, die dies noch nicht getan haben, eindringlich bat, das Übereinkommen unverzüglich zu unterzeichnen und zu ratifizieren,

in Kenntnisnahme des Berichts des Generalsekretärs über die Unterzeichnung und Ratifizierung des Übereinkommens[112],

mit Besorgnis feststellend, daß das Übereinkommen bisher von 89 Staaten unterzeichnet, aber nur von 39 Staaten ratifiziert, angenommen bzw. gebilligt worden ist,

mit dem erneuten Ausdruck ihrer Besorgnis über die geringen Fortschritte bei der Unterzeichnung und Ratifizierung des Übereinkommens,

mit Interesse den Abschluß des Internationalen Übereinkommens über Jute und Juteprodukte (1982) *zur Kenntnis nehmend*[113],

erneut erklärend, daß umgehend weitere Fortschritte in den Verhandlungen zu internationalen Grundstoffübereinkommen erzielt werden müssen,

eingedenk des Umstandes, daß die Bedeutung eines raschen Inkrafttretens des Übereinkommens über die Errichtung des Gemeinsamen Grundstoffonds von der

[111] Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.81.II.D.8 mit Korr.1
[112] A/37/373
[113] TD/JUTE/II

Generalversammlung in ihren Resolutionen 35/60 vom 5. Dezember 1980 und 36/143 von 16. Dezember 1981, sowie in den Jahren 1981 und 1982 von einer Reihe zwischenstaatlicher Tagungen und Konferenzen auf höchster politischer Ebene betont wurde,

unter Begrüßung der Ankündigungen für freiwillige Beiträge zum zweiten Konto des Gemeinsamen Fonds,

ferner unter Begrüßung des großzügigen Angebots der Mitgliedstaaten der Organisation erdölexportierender Länder, die Kapitalsubskriptionen der am wenigsten entwickelten Länder und einer Reihe anderer in Frage kommender Entwicklungsländer voll zu übernehmen,

eingedenk der vor der Generalversammlung in Resolution 36/143 bekräftigten Ziele des Gemeinsamen Grundstoffonds,

1. *stellt mit Bedauern fest*, daß das Übereinkommen über die Errichtung des Gemeinsamen Grundstoffonds nicht wie vorgesehen am 31. März 1982 in Kraft getreten ist und daß gemäß Artikel 57 des Übereinkommens daher eine neue Frist festgesetzt werden mußte, durch die das Datum für das Inkrafttreten auf den 30. September 1983 verschoben wurde;

2. *erklärt erneut* ihre nachdrückliche Unterstützung für das Übereinkommen und dessen baldiges Inkrafttreten;

3. *bittet* diejenigen Staaten, die dies noch nicht getan haben, *nachdrücklich*, das Übereinkommen umgehend zu unterzeichnen und zu ratifizieren;

4. *gibt der Hoffnung Ausdruck*, daß diejenigen Staaten, die das Übereinkommen unterzeichnet, jedoch nicht ratifiziert haben, rasch die dazu erforderlichen Maßnahmen ergreifen werden;

5. *wiederholt erneut*, daß zum Abschluß der Verhandlungen über neue internationale Grundstoffübereinkommen weitere konzertierte und konstruktive Bemühungen notwendig sind;

6. *ersucht* den Generalsekretär der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen, der im Juni 1983 in Belgrad stattfindenden sechsten Tagung der Konferenz über die Fortschritte im Hinblick auf das Inkrafttreten des Übereinkommens zu berichten;

7. *beschließt*, diese Frage im Zuge ihrer Beratungen über die Tätigkeit der sechsten Tagung der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen und anderer damit in Zusammenhang stehender Punkte auf ihrer achtunddreißigsten Tagung zu behandeln.

113. Plenarsitzung
20. Dezember 1982

37/212 — Zusammenarbeit im Bereich der industriellen Entwicklung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) vom 1. Mai 1974 mit der Erklärung und dem Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, 3281 (XXIX) vom 12. Dezember 1974 mit der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten sowie 3362 (S-VII) vom 16. September 1975 über Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit,

ferner unter Hinweis auf die Erklärung und den Aktionsplan von Lima über industrielle Entwicklung und Zusammenarbeit[114], die auf der Zweiten Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung verabschiedet wurden und in denen die wichtigsten Maßnahmen und Grundsätze für die industrielle Entwicklung und Zusammenarbeit im Rahmen der Errichtung der neuen internationalen Wirtschaftsordnung festgelegt wurden,

weiterhin unter Hinweis auf die Erklärung und den Aktionsplan von Neu-Delhi über die Industrialisierung der Entwicklungsländer und die internationale Zusammenarbeit im Dienste ihrer industriellen Entwicklung[115], die auf der Dritten Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung verabschiedet wurden und in denen eine Strategie für die weitere Industrialisierung der Entwicklungsländer in den achtziger Jahren und danach sowie ein Aktionsplan für die weltweite Neustrukturierung der Industrie aufgestellt wurden,

sich dem Konsens *anschließend*, der auf der vierzehnten Tagung des Rats für industrielle Entwicklung über die Anschlußmaßnahmen an die Dritte Generalkonferenz der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung[116] erreicht wurde,

eingedenk dessen, daß die weitreichenden Strukturveränderungen der Weltwirtschaft im Rahmen der neuen internationalen Wirtschaftsordnung auch eine weltweite Neustrukturierung der Industrie unter voller Berücksichtigung der Kapazitäten und des Potentials der Entwicklungsländer verlangen,

im Bewußtsein der Rolle der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung als zentralem Koordinierungsorgan, dem innerhalb des Systems der Vereinten Nationen die Hauptverantwortung für die Förderung der Zusammenarbeit im Bereich der industriellen Entwicklung sowie die Erleichterung des Transfers von Industrietechnologie zukommt,

unter Hinweis auf ihre Resolution 35/56 vom 5. Dezember 1980 mit der im Anhang zu dieser enthaltenen Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen, in der u.a. die Bedeutung der Industrialisierung für die Entwicklung der Entwicklungsländer hervorgehoben wird,

mit dem Ausdruck ihrer Besorgnis über die negativen Auswirkungen der sich verschlimmernden Weltwirtschaftslage auf die Industrialisierung der Entwicklungsländer und unter erneutem Hinweis auf die Notwendigkeit, im Hinblick auf eine schnellere Industrialisierung der Entwicklungsländer erheblich mehr finanzielle und technische Ressourcen in diese Länder zu transferieren,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 35/66 vom 5. Dezember 1980 und 36/182 vom 17. Dezember 1981 über Zusammenarbeit im Bereich der industriellen Entwicklung,

eingedenk der zentralen Rolle der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung bei der verstärkten Leistung technischer Hilfe,

im Hinblick auf den Beschluß 82/38 des Verwaltungsrats des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen vom 18. Juni 1982[117],

---

[114] Vgl. A/10112, Kap. IV

[115] ID/CONF.4/22 mit Korr.1, Kap. VI

[116] Vgl. *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Fünfunddreißigste Tagung, Beilage 16* (A/35/16), Vol.II, Kap. V

[117] Vgl. *Official Records of the Economic and Social Council, 1982, Supplement No.6* (E/1982/16/Rev.1), Anhang I

I

Bericht des Rats für industrielle Entwicklung über seine sechzehnte Tagung

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Rats für industrielle Entwicklung über seine sechzehnte Tagung[118];

2. *spricht* dem Exekutivdirektor der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung *ihre Anerkennung dafür aus*, daß er sich in der Weise, die in seinem der sechzehnten Tagung des Rats für industrielle Entwicklung vorgelegten Jahresbericht für 1981[119] beschrieben ist, um eine Stärkung der Rolle der Organisation bei der Förderung der Industrialisierung der Entwicklungsländer bemüht;

3. *bekräftigt* die Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/66 vom 30. Juli 1982 über Zusammenarbeit im Bereich der industriellen Entwicklung, in der der Rat erneut erklärte, daß Aktivitäten im Bereich der Industrietechnologie, der industriellen Energietechnologie, der Industrieproduktion, der Ausbildung von Arbeitskräften, der Sondermaßnahmen für die am wenigsten entwickelten Länder und des Konsultationssystems Vorrang eingeräumt werden sollte, und in der er empfahl, diesen Aktivitäten auch 1983-1985 Vorrang zu geben;

4. *beschließt*, daß im ordentlichen Haushalt der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung für das Jahr 1983 ausreichende Ressourcen zur Finanzierung von bis zu zehn zusätzlichen Stellen zur Verfügung gestellt werden sollten, damit vor allem in den am wenigsten entwickelten Ländern und hier besonders in Afrika leitende Außendienstberater für industrielle Entwicklung ernannt werden können, und damit, wie in Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/66 erwähnt, derartige Berater künftig in allen Entwicklungsländern ernannt werden können, die solche Berater benötigen;

5. *bittet* den Rat für industrielle Entwicklung auf seiner siebzehnten Tagung die Frage der Finanzierung der Stellen für leitende Außendienstberater für industrielle Entwicklung zu prüfen und beschließt, auf der Grundlage der Empfehlungen des Rats für industrielle Entwicklung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung die Frage einer angemessenen budgetären Unterstützung im Biennium 1984-1985 zu behandeln mit dem Ziel, das Programm für leitende Außendienstberater für industrielle Entwicklung beizubehalten und erforderlichenfalls auszubauen;

6. *billigt* den vom Rat für industrielle Entwicklung in Ziffer 167 seines Berichts[118] empfohlenen Entwurf der vorläufigen Tagesordnung für die Vierte Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung und billigt ferner die Schaffung einer allen Mitgliedstaaten offenstehenden Arbeitsgruppe des Rats, die in regelmäßigen Abständen sowie während der Vorbereitungen für die Konferenz auch mit dem Sekretariat der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung zusammentreten soll, um informell Informationen und Ansichten über den Stand, die Ausrichtung und den Inhalt der Vorbereitungen auszutauschen;

7. *beschließt*, daß ausreichende Mittel zur Deckung der Kosten der vom Rat für industrielle Entwicklung in Ziffer 166 bis 170 seines Berichts[118] beschlossenen und für 1983 vorgesehenen Vorbereitungsarbeit und Dokumentation für die Vierte Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung bereitgestellt werden sollten, darunter auch für fünf Sachverständigentreffen über die Hauptthemen der Konferenz und für die Sitzungen der in Ziffer 6 genannten Arbeitsgruppe, und beschließt, die Frage der Bereitstellung ausreichender, für die Abhaltung der Vierten Generalkonferenz erforderlicher Mittel gleichzeitig mit der Behandlung der Vorlage für den Programmhaushalt für den Zweijahreszeitraum 1984-1985 auf ihrer achtunddreißigsten Tagung zu erörtern;

8. *nimmt Kenntnis* vom Beschluß des Rats für industrielle Entwicklung bezüglich des in Ziffer 66 bis 71 des Berichts des Rats[118] wiedergegebenen Vorschlags des Exekutivdirektors der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung, eine internationale Bank für industrielle Entwicklung einzurichten, und nimmt ferner zur Kenntnis, daß sich die siebzehnte Tagung des Rats erneut mit diesem Vorschlag befassen wird;

II

Dekade für die industrielle Entwicklung Afrikas

eingedenk des Aktionsplans von Lagos zur Durchführung der Strategie von Monrovia für die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas[120],

nach Behandlung der Mitteilung des Generalsekretärs über die Durchführung der Dekade für die industrielle Entwicklung Afrikas[121],

ferner eingedenk dessen, daß die vom 23. bis 25. November 1981 in Addis Abeba abgehaltene Sechste Konferenz der Afrikanischen Industrieminister Vorschläge zur Aufstellung und Durchführung eines Programms für die Dekade für die industrielle Entwicklung Afrikas verabschiedet hat[122],

unter Hinweis auf die Resolutionen 54 (XV) und 55 (XVI) des Rats für industrielle Entwicklung vom 30. Mai 1981[123] bzw. 28. Mai 1982[124], in denen der Rat u.a. erklärte, die Dekade für die industrielle Entwicklung Afrikas sei eines der wichtigsten Programme der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung,

angesichts dessen, daß die Ministerkonferenz der Wirtschaftskommission für Afrika mit ihrer Resolution 442 (XVII) vom 30. April 1982 das Programm für die Dekade für die industrielle Entwicklung Afrikas gebilligt hat[125],

in Kenntnisnahme des gemeinsamen vom Exekutivdirektor der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung und vom Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission für Afrika vorgelegten Berichts über Maßnahmen, die hinsichtlich der Dekade für die industrielle Entwicklung Afrikas ergriffen worden sind[126],

1. *nimmt Kenntnis* von dem gemeinsamen von Exekutivdirektor der Organisation der Vereinten Nationen

[118] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 16* (A/37/16)
[119] ID/B/280 mit Korr.1 und Add.1
[120] A/S-11/14, Anhang I
[121] A/37/291
[122] Vgl. ID/B/274/Add.1
[123] Vgl. *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Sechsunddreißigste Tagung, Beilage 16* (A/36/16), Anhang I
[124] *Ebd., Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 16* (A/37/16), Anhang I
[125] Vgl. *Official Records of the Economic and Social Council 1982, Supplement No.11* (E/1982/21), Kap.V
[126] A/37/291, Anhang

für industrielle Entwicklung und vom Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission für Afrika vorgelegten Zwischenbericht zur Dekade für die industrielle Entwicklung Afrikas[127];

2. *ersucht* den Generalsekretär, genügend Personal und Finanzmittel bereitzustellen, damit die wirksame Koordinierung und Durchführung der Aktivitäten der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung und der Wirtschaftskommission für Afrika im Zusammenhang mit der Dekade für die industrielle Entwicklung Afrikas sichergestellt ist;

3. *ersucht* den Exekutivdirektor der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung, über die siebzehnte Tagung des Rats für industrielle Entwicklung der zweiten ordentlichen Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats im Jahr 1983 über die hergestellten Kontakte und die Reaktionen des Systems der Vereinten Nationen auf die Vorschläge zur Durchführung der Dekade für die industrielle Entwicklung Afrikas zu berichten;

4. *appelliert* an alle Länder, zur Unterstützung von Aktivitäten im Zusammenhang mit der Dekade für die industrielle Entwicklung Afrikas großzügige Beiträge an den Industrieentwicklungsfonds zu leisten.

113. Plenarsitzung
20. Dezember 1982

37/213 – Umwandlung der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung in eine Sonderorganisation*

Die Generalversammlung,

angesichts der Satzung der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung[128],

angesichts der Tatsache, daß die Satzung von einer größeren Anzahl von Staaten ratifiziert, angenommen oder gebilligt worden ist, als für ihr Inkrafttreten erforderlich ist,

unter Hinweis auf Ziffer 4 der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/66 A vom 30. Juli 1982 über Vorkehrungen für Konsultationen, aufgrund derer die in Artikel 25 Absatz 1 der Satzung vorgesehenen Notifizierungen erfolgen können,

in Würdigung der Bemühungen des Generalsekretärs und des Generaldirektors für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit um die Organisation informeller Vorbesprechungen,

1. *empfiehlt*, daß die Konsultationen zur Festsetzung des Tags des Inkrafttretens der neuen Satzung der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung zwischen den Staaten, die diese Satzung ratifiziert, angenommen oder gebilligt haben, in drei Stadien erfolgen sollten:

a) eine eintägige Verfahrenssitzung im Januar 1983 in New York, auf der die Termine für Arbeitssitzungen festgelegt werden und interessierte Delegationen die Möglichkeit erhalten, Vorbesprechungen über die Tagesordnung und andere damit zusammenhängende Organisationsfragen abzuhalten;

b) eine Reihe von nach Möglichkeit unmittelbar im Anschluß an die während der ersten Hälfte des Jahres 1983 stattfindende siebzehnte Tagung des Rats für industrielle Entwicklung in Wien abzuhaltenden Konsultationen mit einem anschließenden offiziellen Treffen von höchstens einwöchiger Dauer zur Erörterung aller einschlägigen Sachfragen;

c) eine eintägige Abschlußsitzung in New York zur Entgegennahme der Ergebnisse der Fachsitzungen und zur Abgabe einzelner Einverständniserklärungen bezüglich des Inkrafttretens der Satzung der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung an den Generalsekretär;

2. *ersucht* den Generalsekretär, für die Treffen in New York und Wien die notwendigen Konferenzdienste zur Verfügung zu stellen sowie soweit wie möglich Mittel aus freiwilligen Beiträgen bzw. soweit erforderlich außeretatmäßige Mittel zur Deckung der Reisekosten je eines Vertreters aus jedem der am wenigsten entwickelten Länder bereitzustellen, die an den Wiener Treffen teilnehmen.

113. Plenarsitzung
20. Dezember 1982

37/214 – Wirtschaftskommission für Afrika – regionale Programmerstellung, Aktivitäten, Fragen der Neugliederung und Dezentralisierung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) vom 1. Mai 1974 mit der Erklärung und dem Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung sowie 3281 (XXIX) vom 12. Dezember 1974 mit der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 3362 (S-VII) vom 16. September 1975, mit der sie u.a. den Ad-Hoc-Ausschuß für die Neugliederung des Wirtschafts- und Sozialbereichs der Vereinten Nationen zur Ausarbeitung von detaillierten Vorschlägen zur Einleitung des Prozesses der Neugliederung des Systems der Vereinten Nationen einsetzte, der dieses in die Lage versetzen soll, die Probleme der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung umfassender und wirksamer in Angriff zu nehmen und den Forderungen der Erklärung und des Aktionsprogramms zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung sowie der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten besser nachzukommen,

weiterhin unter Hinweis auf ihre Resolutionen 32/197 vom 20. Dezember 1977, 33/202 vom 29. Januar 1979 und 34/206 vom 19. Dezember 1979 über die Neugliederung des Wirtschafts- und Sozialbereichs des Systems der Vereinten Nationen, ein Prozeß, der ein integrierender Bestandteil der erforderlichen Bemühungen zur Gewährleistung der gerechten, vollen und wirksamen Beteiligung der Entwicklungsländer an der Ausarbeitung und Durchführung aller innerhalb des Systems der Vereinten Nationen zu fassenden Beschlüsse im Bereich der Entwicklung und der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit ist, und in dessen Rahmen den Regionalkommissionen spezifische zusätzliche Aufgaben übertragen wurden – darunter auch die Aufgabe, als wichtigste Zentren für die allgemeine wirtschaftliche und soziale Entwicklung der jeweiligen Region zu fungieren –, wobei sie die Leitung und Verantwortung für die Koordinierung und Zusammenarbeit auf regionaler Ebene übernehmen und als Trägerorganisationen auftreten,

* Vgl. die Fußnote auf S. 130

[127] ID/B/274

[128] A/CONF.90/19

eingedenk des Mandats der Wirtschaftskommission für Afrika, das u.a. vorsieht, daß die Kommission zur Ankurbelung der Wirtschaftstätigkeit und zur Anhebung des Lebensstandards in Afrika an Maßnahmen zur Erleichterung konzertierter Maßnahmen im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas – einschließlich der sozialen Entwicklungsaspekte – mitwirkt und bei der Ausarbeitung und Entwicklung koordinierter Politiken hilft, die die Grundlage für praktische Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen und technologischen Entwicklung in der Region bilden[129],

insbesondere *eingedenk* der Bedeutung, die die Wirtschaftskommission für Afrika der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten, insbesondere auf subregionaler Ebene, beimißt, wie auch der verschiedenen diesbezüglichen Resolutionen der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation der afrikanischen Einheit bis hin zum Aktionsplan von Lagos zur Durchführung der Strategie von Monrovia für die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas[130] und der Schlußakte von Lagos[131],

nach Behandlung des Berichts der Gemeinsamen Inspektionsgruppe mit dem Titel "Economic Commission for Africa: regional programming, operations, restructuring and decentralization issues" (Die Wirtschaftskommission für Afrika – regionale Programmerstellung, Aktivitäten, Fragen der Neugliederung und Dezentralisierung)[132], der diesbezüglichen Stellungnahmen des Generalsekretärs[133] und der vom Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner zweiten ordentlichen Tagung im Jahre 1982 geäußerten Ansichten[134],

1. *billigt* die Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/63 vom 30. Juli 1982 über regionale Programmerstellung und regionale Aktivitäten sowie Fragen der Neugliederung und Dezentralisierung im Zusammenhang mit der Wirtschaftskommission für Afrika;

2. *begrüßt* die Empfehlungen im Bericht der Gemeinsamen Inspektionsgruppe[135] und billigt die diesbezüglichen Stellungnahmen des Generalsekretärs;

3. *fordert* den Generalsekretär *auf*,

a) nach neuen Ansätzen bei der regionalen und subregionalen Programmerstellung und Verwaltung länderübergreifender Projekte des Systems der Vereinten Nationen zu suchen und dabei eng mit den Organisationen des Systems zusammenzuarbeiten;

b) in Absprache mit allen in Frage kommenden Organisationen der Vereinten Nationen unverzüglich eine Überprüfung der bisherigen Fortschritte bei der Dezentralisierung der Aktivitäten der Vereinten Nationen in die Wege zu leiten und dem Programm- und Koordinierungsausschuß sowie dem Wirtschafts- und Sozialrat darüber zu berichten, damit festgestellt werden kann, welche konkreten Pflichten, Zuständigkeiten und Ressourcen zu welchem Zeitpunkt dezentralisiert werden sollten;

c) unter Berücksichtigung der Rolle des Verbindungsbüros der Regionalkommissionen praktische Maßnahmen zum Ausbau der Verbindungsfunktionen zwischen dem Sitz der Vereinten Nationen und den Regionalkommissionen zu ergreifen;

d) unter Berücksichtigung der laufenden Konsultationen dafür zu sorgen, daß die vom Generalsekretär vorgeschlagenen, zur Verwirklichung der Empfehlungen 6-8 der Gemeinsamen Inspektionsgruppe[133] erforderlichen Maßnahmen, insbesondere der schnelle Ausbau von Managementdiensten, ergriffen werden, die ein Optimum an Effizienz und Wirksamkeit der Wirtschaftskommission für Afrika gewährleisten,

4. *fordert* den Exekutivsekretär der Wirtschaftskommission für Afrika auf, unter der Schirmherrschaft der Kommission regionale sachbezogene interinstitutionelle Treffen auf hoher Ebene zu veranstalten, auf denen im Hinblick auf die Aufstellung klarer Richtlinien für koordinierte Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele des Aktionsplans von Lagos zur Durchführung der Strategie von Monrovia für die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas gemeinsame Fragen erörtert werden;

5. *bittet* die Exekutivsekretäre der Regionalkommissionen *eindringlich*, öfter Mitarbeiter untereinander auszutauschen, um das erweiterte System der interregionalen Zusammenarbeit zu fördern;

6. *ersucht* die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, afrikanischen Regierungen im Rahmen des Prozesses der Erstellung von Länderprogrammen zu helfen, die Gesamt- und Einzelziele des Aktionsplans von Lagos in ihre sektoralen Länderprogramme und -projekte einzubeziehen und sie den subregionalen und regionalen Prioritäten anzupassen;

7. *bittet* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung über die Fortschritte bei der Durchführung dieser Resolution zu berichten.

113. Plenarsitzung
20. Dezember 1982

37/215 – Überreste von Kriegen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3435 (XXX) vom 9. Dezember 1975, 35/71 vom 5. Dezember 1980 sowie 36/188 vom 17. Dezember 1981 zum Problem der Überreste von Kriegen,

ferner unter Hinweis auf die Beschlüsse 80 (IV) vom 9. April 1976[136], 101 (V) vom 25. Mai 1977[137], 9/5 vom 25. Mai 1981[138] sowie 10/8 vom 28. Mai 1982[139] des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen,

weiterhin unter Hinweis auf die Resolution 32 der vom 16. bis 19. August 1976 in Colombo veranstalteten Fünften Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs der nichtgebundenen Länder[140] wie auch auf die Resolution 26/11-P der vom 17. bis 22. Mai 1980 in Islamabad durchgeführten Elften Islamischen Außenministerkonferenz[141],

---

[129] E/CN.14/111/Rev.8
[130] A/S-11/14, Anhang I
[131] *Ebd.*, Anhang II
[132] A/37/119
[133] A/37/119/Add.1
[134] Vgl. *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 3* (A/37/3), Kap. IV, Abschnitt A
[135] Vgl. A/37/119, Kap. VI
[136] Vgl. *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Einunddreißigste Tagung, Beilage 25* (A/31/25), Anhang I
[137] *Ebd., Zweiunddreißigste Tagung, Beilage 25* (A/32/25), Anhang I
[138] *Ebd., Sechsunddreißigste Tagung, Beilage 25* (A/36/25 mit Korr. 1), Anhang I
[139] *Ebd., Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 25* (A/37/25), Zweiter Teil, Anhang
[140] Vgl. A/31/197, Anhang IV, Abschnitt B
[141] Vgl. A/35/419-S/14129, Anhang I

davon überzeugt, daß die Verantwortung für die Beseitigung der Überreste von Kriegen von den Ländern getragen werden sollte, die sie dorthin verbracht haben,

in Anerkennung dessen, daß das Vorhandensein von zurückgebliebenem Kriegsmaterial, insbesondere von Minen, auf dem Gebiet von Entwicklungsländern deren Entwicklungsanstrengungen in schwerwiegender Weise behindert und Verluste an Menschenleben und Sachschäden verursacht,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs über das Problem der Überreste von Kriegen[142];

2. *bedauert*, daß trotz der verschiedenen diesbezüglichen Resolutionen und Beschlüsse der Generalversammlung und des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen noch keine wirklichen Maßnahmen zur Lösung des Problems der Überreste von Kriegen ergriffen worden sind;

3. *unterstützt* von neuem die rechtmäßigen Forderungen von Staaten, auf deren Gebiet Minen gelegt wurden und andere Überreste von Kriegen vorhanden sind, auf Entschädigung durch die für diese Überreste verantwortlichen Staaten;

4. *ersucht* den Generalsekretär, in Zusammenarbeit mit dem Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen eine Tatsachenuntersuchung über die Probleme der Überreste von Kriegen, insbesondere Minen zu erstellen, die auch eine Analyse der folgenden Aspekte enthält:

a) die Wirtschafts- und Umweltprobleme der von Überresten von Kriegen betroffenen Entwicklungsländer, die von ihnen erlittenen Verluste an Menschenleben und Sachschäden, ihre konkreten diesbezüglichen Forderungen in dieser Hinsicht und das Ausmaß, in dem die verantwortlichen Staaten bereit sind, die betroffenen Staaten zu entschädigen und ihnen bei der Lösung des Problems zu helfen;

b) die rechtlichen Aspekte des Problems;

c) die zur Lösung des Problems erforderliche internationale Zusammenarbeit;

d) die Rolle der Vereinten Nationen in dieser Hinsicht, einschließlich der Möglichkeit der Einberufung einer Konferenz gemäß den Generalversammlungsresolutionen 35/71 und 36/188;

5. *appelliert* an alle Staaten, insbesondere soweit diese für Überreste von Kriegen verantwortlich sind, den Generalsekretär zu unterstützen, damit dieser die in Ziffer 4 erbetene Studie erstellen und konkrete und wirksame Empfehlungen zur Lösung des Problems der Überreste von Kriegen abgeben kann;

6. *ersucht* den Generalsekretär, in Zusammenarbeit mit dem Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen die Studie so rechtzeitig vorzulegen, daß die Generalversammlung sie auf ihrer achtunddreißigsten Tagung behandeln kann.

113. Plenarsitzung
20. Dezember 1982

37/216 – Durchführung des Aktionsplans zur Bekämpfung des Vordringens der Wüsten in der Sudan-Sahel-Region

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/190 vom 17. Dezember 1981,

ferner unter Hinweis auf die Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/55 vom 29. Juli 1982,

angesichts des Beschlusses 10/18 des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen vom 31. Mai 1982[139] und der Beschlüsse 82/26 und 82/28 des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen vom 18. Juni 1982[143],

nach Behandlung des Berichts des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen über die Durchführung des Aktionsplans zur Bekämpfung des Vordringens der Wüsten in der Sudan-Sahel-Region[144],

mit dem erneuten Ausdruck ihrer Besorgnis über die anhaltenden negativen Auswirkungen des Vordringens der Wüsten auf die Länder der Sudan-Sahel-Region und unter erneuter Betonung der Notwendigkeit einer rascheren Durchführung des Aktionsplans zur Bekämpfung des Vordringens der Wüsten[145],

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen über die Durchführung des Aktionsplans zur Bekämpfung des Vordringens der Wüsten in der Sudan-Sahel-Region;

2. *äußert ihre Befriedigung* über die Fortschritte, die das Büro der Vereinten Nationen für die Sudan-Sahel-Region dabei erzielt hat, im Auftrag des Umweltprogramms der Vereinten Nationen die Regierungen in der Region im Rahmen eines gemeinsamen Projekts des Umweltprogramms der Vereinten Nationen und des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen bei der Durchführung des Aktionsplans zur Bekämpfung des Vordringens der Wüsten zu unterstützen;

3. *bittet* den Verwaltungsrat des Umweltprogramms der Vereinten Nationen und den Verwaltungsrat des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, das Büro der Vereinten Nationen für die Sudan-Sahel-Region noch stärker zu unterstützen, damit es den dringenden Bedürfnissen der Länder der Sudan-Sahel-Region besser nachkommen kann;

4. *dankt* den Regierungen, den Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, den zwischenstaatlichen Organisationen und anderen Organisationen, die zur Durchführung des Aktionsplans zur Bekämpfung des Vordringens der Wüsten in der Sudan-Sahel-Region beigetragen haben;

5. *bittet* alle Regierungen *eindringlich*, auf Ersuchen der Regierungen der Länder der Sudan-Sahel-Region um Hilfe bei der Bekämpfung des Vordringens der Wüsten positiv zu reagieren;

6. *ersucht* den Verwaltungsrat des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, der Generalversammlung weiterhin jedes Jahr auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat über die Durchführung des Aktionsplans zur Bekämpfung des Vordringens der Wüsten in der Sudan-Sahel-Region zu berichten.

113. Plenarsitzung
20. Dezember 1982

[142] A/37/415

[143] Vgl. *Official Records of the Economic and Social Council, 1982, Supplement No. 6* (E/1982/16/Rev.1), Anhang I

[144] A/37/397, Anhang

[145] *Report of the United Nations Conference on Desertification, Nairobi, 29 August-9 September 1977*

37/217 – Internationale Zusammenarbeit im Umweltbereich

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts über die zehnte Tagung des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen[146],

in Kenntnisnahme der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/56 vom 29. Juli 1982 über internationale Zusammenarbeit im Umweltbereich,

unter Berücksichtigung der Mitteilung des Generalsekretärs über internationale Konventionen und Protokolle im Umweltbereich[147],

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/192 vom 17. Dezember 1981, in der sie erneut erklärte, daß das Umweltprogramm der Vereinten Nationen den Auftrag und die Rolle eines Katalysators hat und in der sie die Notwendigkeit betonte, dem Fonds des Umweltprogramms der Vereinten Nationen zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen, damit den Entwicklungsländern bei der Bewältigung ihrer gravierendsten Umweltprobleme wie der Bodenverschlechterung und dem Rückgang der Wälder – beides Beispiele für eine außerordentlich schwerwiegende, besondere Aufmerksamkeit erfordernde Verarmung der natürlichen Ressourcen – geholfen werden könne,

eingedenk der Bedeutung, die die Internationale Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen einem ökologisch tragbaren Entwicklungsprozeß sowie der Notwendigkeit einer weiteren internationalen Zusammenarbeit im Umweltbereich beimißt[148], und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß alle Umweltüberlegungen im Kontext der einzelstaatlichen Pläne, Prioritäten und Entwicklungsziele sowohl der Entwicklungsländer wie auch der entwickelten Länder gesehen werden sollten,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen über seine zehnte Tagung sowie von den darin enthaltenen Beschlüssen[149];

2. *begrüßt* den Verwaltungsratsbeschluß 10/13 vom 31. Mai 1982, mit dem der Rat die Struktur und die Ziele des systemumfassenden mittelfristigen Entwicklungsprogramms billigte und den allgemeinen Inhalt dieses Programms zur Kenntnis nahm, in dem er an die Regierungen appellierte, die Ausarbeitung und Durchführung des Programms auch weiterhin zu unterstützen und in den entsprechenden Leitungsgremien der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen die in dieser Hinsicht erforderlichen Entscheidungen zu treffen, und in dem er die anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen eindringlich bat, auch weiterhin bei der Weiterentwicklung und Durchführung des systemumfassenden Programms eng mit dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten;

3. *begrüßt ferner* den Verwaltungsratsbeschluß 10/4 vom 31. Mai 1982, in dem der Rat den Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen u.a. ersuchte, eine Bestandsaufnahme der Bereiche vorzunehmen, die sich für eine Zusammenarbeit der Entwicklungsländer im Umweltbereich eignen, und dabei auch die in den Entwicklungsländern vorhandenen Fachdienste und -einrichtungen zu erfassen, die in der Lage sind, eine derartige Zusammenarbeit zu fördern, sowie auf der Grundlage dieser Bestandsaufnahme Aktivitäten zur horizontalen Zusammenarbeit zu entwickeln;

4. *begrüßt weiterhin* die Verwaltungsratsbeschlüsse 10/6 vom 31. Mai 1982 über Mittel und Wege, die es dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen ermöglichen, den Entwicklungsländern bei der Inangriffnahme ihrer schwerwiegenden Umweltprobleme Hilfestellung zu leisten, sowie 10/26 vom 31. Mai 1982 über die Schaffung eines Mechanismus innerhalb der bestehenden Struktur des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, der den Entwicklungsländern dadurch bei der Bewältigung ihrer schwerwiegenden Umweltprobleme helfen soll, daß außer den im Fonds des Umweltprogramms der Vereinten Nationen vorhandenen Mitteln zusätzliche freiwillige Mittel, zum Beispiel auf dem Wege über Gegenwertbeiträge bereitgestellt werden, bittet die Regierungen, die dazu in der Lage sind, diesen Mechanismus zu unterstützen und äußert die Hoffnung, daß die aufgrund dieser Beschlüsse getroffenen Maßnahmen zur wirksamen Durchführung der Bestimmungen der Generalversammlungsresolution 36/192 und in allgemeiner Hinsicht zur Durchführung der Bestimmungen der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen in bezug auf eine ökologisch tragbare Entwicklung beitragen werden;

5. *begrüßt es*, daß der Verwaltungsrat mit Beschluß 10/21 vom 31. Mai 1982 das Programm zur Entwicklung und regelmäßigen Überprüfung des Umweltrechts[150] sowie die erforderlichen Maßnahmen zur baldigen wirksamen Durchführung dieses Programms verabschiedet hat;

6. *nimmt Kenntnis* von Verwaltungsratsbeschluß 10/14 vom 31. Mai 1982 über Programmfragen, der sieben separate Teile umfaßt und

a) nimmt in diesem Zusammenhang Kenntnis vom Zwischenbericht über die Zusammenarbeit im Umweltbereich bei zwei oder mehr Staaten gemeinsamen natürlichen Ressourcen[151], verweist erneut auf den Gesamttenor ihrer Resolution 34/186 vom 18. Dezember 1979 und ersucht den Verwaltungsrat, der vierzigsten Tagung der Generalversammlung einen weiteren Zwischenbericht über die Durchführung der genannten Resolution vorzulegen;

b) nimmt Kenntnis von den Ergebnissen der von der Arbeitsgruppe der Sachverständigen für Umweltrecht erstellten Studie über die umweltrechtlichen Aspekte im Zusammenhang mit dem Meeresbergbau und mit Meeresbohrungen innerhalb der Grenzen der einzelstaatlichen Jurisdiktion[152] und von den diesbezüglichen Auffassungen der Regierungen[153], empfiehlt den Regierungen, bei der Formulierung einzelstaatlicher Gesetze bzw. bei Verhandlungen über den Abschluß internationaler Übereinkünfte zur Verhinderung der Verschmutzung der Meeresumwelt durch den Meeresbergbau und küstennahe Bohrungen innerhalb der Grenzen der einzelstaatlichen Jurisdiktion die in den Ergebnissen der Studie enthaltenen Richtlinien zu berücksichtigen, und ersucht den Verwaltungsrat, der vierzigsten Tagung der Generalversammlung einen Zwischenbericht darüber

---

[146] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 25* (A/37/25), Zweiter Teil

[147] A/37/394

[148] Vgl. Resolution 35/56, Anhang, Ziffer 41

[149] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 25* (A/37/25), Zweiter Teil, Anhang

[150] Vgl. UNEP/GC.10/5/Add.2 mit Korr.1 und 2

[151] A/37/396 mit Korr.1, Anhang

[152] Vgl. UNEP/GC.9/5/Add.5, Anhang III

[153] Vgl. UNEP/GC.10/5, Anhang I

[154] Vgl. UNEP/GC.10/5/Add.4, Anhang III

vorzulegen, in welchem Maße diese Ergebnisse herangezogen worden sind;

c) nimmt Kenntnis davon, daß der Verwaltungsrat in Abschnitt III seines Beschlusses 10/14 die Weltbodenpolitik[154] gebilligt hat, und bittet die Regierungen, die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und andere in Frage kommende internationale Organisationen, bei der Formulierung diesbezüglicher einzelstaatlicher Politiken und Arbeitsprogramme die Ziele der Weltbodenpolitik zu berücksichtigen;

d) nimmt Kenntnis von den in Abschnitt I des Verwaltungsratsbeschlusses 10/14 vereinbarten Maßnahmen des Rats in bezug auf künftige Arbeiten zu den möglichen sozio-ökonomischen Auswirkungen eines erhöhten Kohlendioxydgehalts der Atmosphäre;

7. *nimmt ferner Kenntnis* vom Verwaltungsbeschluß 10/7 vom 31. Mai 1982 über die Erweiterung und Durchführung des Programms für Regionalmeere;

8. *nimmt weiterhin Kenntnis* vom Verwaltungsratsbeschluß 10/7 vom 28. Mai 1982 über die Auswirkungen der Apartheid auf die Umwelt, der darauf gerichtet ist, der Öffentlichkeit das Schicksal der Opfer der Apartheid stärker bewußt zu machen;

9. *äußert die Ansicht*, daß im Einklang mit Verwaltungsratsbeschluß 10/2 vom 31. Mai 1982 über die regionale Präsenz des Umweltprogramms der Vereinten Nationen bei Vereinbarungen über die regionale Präsenz des Umweltprogramms der Vereinten Nationen die spezifischen Situationen und Bedürfnisse der verschiedenen Regionen voll berücksichtigt werden sollten;

10. *dankt* denjenigen Staaten, die Beiträge zum Fonds des Umweltprogramms der Vereinten Nationen geleistet haben, insbesondere allen Staaten, die den realen Wert ihrer Beiträge aufrechterhalten bzw. erhöht haben;

11. *äußert ihre Besorgnis* angesichts der weiteren realen Verminderung der dem Fonds des Umweltprogramms der Vereinten Nationen zur Verfügung stehenden Mittel wie auch angesichts der zunehmenden Tendenz zur verspäteten Zahlung zugesagter Beiträge, appelliert erneut an die Staaten, ihre Beiträge zum Fonds zu erhöhen und ruft alle Staaten auf, die für 1982 und 1983 noch keine Beitragszusagen für den Fonds gemacht haben, dies so bald wie möglich zu tun.

113. Plenarsitzung
20. Dezember 1982

37/218 – Durchführung des Aktionsplans zur Bekämpfung des Vordringens der Wüsten

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 32/172 vom 19. Dezember 1977, 33/89 vom 15. Dezember 1978, 34/184 und 34/185 vom 18. Dezember 1979 sowie 35/73 vom 5. Dezember 1980 über verschiedene Aspekte der Durchführung des Aktionsplans zur Bekämpfung des Vordringens der Wüsten[155],

in Kenntnisnahme des diesbezüglichen Teils des Berichts über die zehnte Tagung des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen[156], insbesondere von Abschnitt VII des Verwaltungsratsbeschlusses 10/14 vom 31. Mai 1982 über die Durchführung des Aktionsplans zur Bekämpfung des Vordringens der Wüsten[157],

unter Berücksichtigung der Ziffern 8 bis 10 der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/56 vom 29. Juli 1982,

nach Behandlung des gemäß Generalversammlungsresolution 35/73 vorgelegten Berichts des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen über die Durchführung des Aktionsplans zur Bekämpfung des Vordringens der Wüsten[158],

1. *nimmt mit Dank Kenntnis* vom Bericht des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen über die Durchführung des Aktionsplans zur Bekämpfung des Vordringens der Wüsten;

2. *äußert ihre tiefe Besorgnis* angesichts der schleppenden Durchführung des Aktionsplans, die auf unzureichende finanzielle Ressourcen zurückzuführen ist;

3. *bittet* alle Regierungen, Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, anderen zwischenstaatlichen Gremien, nichtstaatlichen Organisationen und alle anderen Organisationen *eindringlich*, sich in verstärktem Maße um die Verhinderung und Bekämpfung des Vordringens der Wüsten zu bemühen, damit schnellere Fortschritte bei der Durchführung der Empfehlungen des Aktionsplans in bezug auf die sofortige Einleitung erster Maßnahmen erzielt werden;

4. *legt es* den Regierungen der vom Vordringen der Wüsten betroffenen Länder *nahe*, der Bekämpfung des Vordringens der Wüsten in ihren Entwicklungsplänen und in ihren Anträgen auf Entwicklungshilfe hohen Vorrang einzuräumen;

5. *fordert* die Beratungsgruppe für die Bekämpfung des Vordringens der Wüsten auf, den Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen durch noch größere Anstrengungen bei der Mobilisierung von Ressourcen für die Durchführung des Aktionsplans zu unterstützen.

113. Plenarsitzung
20. Dezember 1982

37/219 – Spezialtagung des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 35/74 vom 5. Dezember 1980 und 36/189 vom 17. Dezember 1981, in denen sie beschloß, zum zehnten Jahrestag der vom 5. bis 16. Juli 1972 in Stockholm abgehaltenen Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen vom 10. bis 18. Mai 1982 in Nairobi eine Spezialtagung des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen durchzuführen, und nach Behandlung des Berichts des Verwaltungsrats über seine Spezialtagung[159],

in Bekräftigung ihrer Resolution 2997 (XXVII) vom 15. Dezember 1972, in der sie erklärte, sie sei davon überzeugt, daß die Staaten und die internationale Gemeinschaft unverzüglich wirksame Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung der Umwelt zugunsten der heute lebenden Menschen und künftigen Generationen durchführen müßten,

[155] *Report of the United Nations Conference on Desertification, Nairobi, 29 August-9 September 1977* (A/CONF.74/36), Kap. I

[156] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 25* (A/37/25), Zweiter Teil, Kap. II, Abschnitt G

[157] *Ebd.*, Zweiter Teil, Anhang

[158] A/37/395, Anhang

[159] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 25* (A/37/25), Erster Teil

unter Berücksichtigung dessen, daß die internationale Zusammenarbeit im Umweltbereich verstärkt werden muß, insbesondere wenn den gravierendsten Umweltproblemen der Entwicklungsländer im Einklang mit der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen begegnet werden soll[160],

in der Überzeugung, daß die Prinzipien der Erklärung der Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen[161] heute genauso gültig sind wie sie es im Jahre 1972 waren und daß sie zusammen mit der auf der Spezialtagung verabschiedeten Erklärung von Nairobi[162] grundlegende Orientierungshilfen für die Verwirklichung konkreter und stetiger Fortschritte beim Schutz und bei der Verbesserung der Umwelt liefern,

1. *nimmt mit Befriedigung Kenntnis* vom Bericht des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen über seine Spezialtagung[159];

2. *dankt* den Regierungen für die positive Art und Weise, in der sie auf ihre Einladung zur Teilnahme an der Tagung auf höchster politischer Ebene reagiert haben;

3. *erkennt an*, daß die Spezialtagung für die Regierungen eine einzigartige Gelegenheit bot, ihr unverändertes Engagement und ihre Unterstützung für die Sache der Umwelt und das Umweltprogramm der Vereinten Nationen erneut zu unterstreichen;

4. *billigt* die Erklärung von Nairobi[162], in der die Weltgemeinschaft u.a. erneut ihr Bekenntnis zu der in Stockholm verabschiedeten Erklärung der Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen[161] und zu dem ebenfalls in Stockholm verabschiedeten Aktionsplan für die Umwelt des Menschen[163], wie auch ihre Unterstützung für eine Stärkung des Umweltprogramms der Vereinten Nationen als wichtigem Katalysator für eine weltweite Zusammenarbeit im Umweltbereich bekräftigte und alle Regierungen und Völker der Welt eindringlich bat, ihrer Verantwortung vor der Geschichte gerecht zu werden und dafür zu sorgen, daß der Planet Erde künftigen Generationen in einem Zustand hinterlassen wird, der allen ein menschenwürdiges Leben garantiert;

5. *billigt ferner*

a) die Einschätzung, zu der der Verwaltungsrat des Umweltprogramms der Vereinten Nationen auf seiner Spezialtagung hinsichtlich der wichtigsten Leistungen bzw. Mängel in der Durchführung des Aktionsplans für die Umwelt des Menschen gelangt ist, wie auch seine Schlußfolgerung, daß zwar hinreichende bis gute Fortschritte bei der Verwirklichung einiger Elemente des Aktionsplans erzielt worden seien, die Leistungen im Hinblick auf andere Elemente jedoch als sehr bescheiden angesehen werden müßten;

b) die vom Verwaltungsrat auf der oben genannten Tagung vorgenommene klare Beschreibung

i) der Art und Weise, in der sich die Perzeption von Umweltproblemen im Laufe der letzten zehn Jahre entwickelt hat;

ii) der wichtigsten Tendenzen im Umweltbereich, der potentiellen Probleme und der vordringlichsten Maßnahmen, die vom System der Vereinten Nationen von 1982 bis 1992 getroffen und vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen im Einklang mit seinem Mandat und seiner Rolle als Katalysator koordiniert werden müssen;

c) die vom Verwaltungsrat auf der oben genannten Tagung empfohlene grundlegende Orientierung des Umweltprogramms der Vereinten Nationen für den Zeitraum 1982-1992;

d) die Schlußfolgerungen, zu denen die Tagung im Hinblick auf die institutionellen Regelungen für das Umweltprogramm der Vereinten Nationen gelangt ist;

6. *bittet* alle Regierungen, zwischenstaatlichen Gremien und nichtstaatlichen Organisationen, dafür zu sorgen, daß den vom Verwaltungsrat auf seiner Spezialtagung in seiner Resolution I Abschnitt III[164] vereinbarten vorrangigen Maßnahmen in ihren jeweiligen Programmen sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene hoher Vorrang eingeräumt wird;

7. *bittet ferner* die Leitungsgremien der zuständigen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, den wichtigsten Tendenzen im Umweltbereich in den nächsten zehn Jahren in ihren Aktionsplänen wirksam Rechnung zu tragen und auf der Grundlage dieser Tendenzen in enger Zusammenarbeit mit dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen unter gebührender Berücksichtigung der verfügbaren Ressourcen geeignete Maßnahmen für den Umweltschutz, insbesondere in den Entwicklungsländern, auszuarbeiten;

8. *erklärt erneut*, welche Bedeutung sie der Ausarbeitung der Umweltperspektive bis zum Jahr 2000 und darüber hinaus beimißt, und ersucht die elfte Tagung des Verwaltungsrats, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung auf dem Wege über die zweite ordentliche Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats im Jahre 1983 ausgehend von einem Bericht des Exekutivdirektors konkrete Empfehlungen hinsichtlich der Modalitäten für die Ausarbeitung der Umweltperspektive vorzulegen;

9. *macht sich* die auf der Spezialtagung geäußerte Auffassung *zu eigen*, der zufolge eine von jeglicher Kriegsdrohung freie internationale Atmosphäre des Friedens und der Sicherheit der Umwelt des Menschen außerordentlich zugutekommen würde;

10. *hebt hervor*, daß die Durchführung der vom Verwaltungsrat des Umweltprogramms der Vereinten Nationen auf seiner Spezialtagung empfohlenen vorrangigen Maßnahmen angemessene finanzielle Mittel voraussetzt und appelliert infolgedessen an alle Regierungen, insbesondere an die Regierungen der entwickelten Länder, positiv zu reagieren und ihre Beiträge zu dem Fonds des Umweltprogramms der Vereinten Nationen zu erhöhen.

113. Plenarsitzung
20. Dezember 1982

[160] Resolution 35/56, Anhang

[161] *Report of the United Nations Conference on the Human Environment, Stockholm, 5-16 June 1972* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.73.II.A.14 mit Korr.1), Kap.I

[162] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 25* (A/37/25) Erster Teil, Anhang II

[163] *Report of the United Nations Conference on the Human Environment, Stockholm, 5-16 June 1972* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.73.II.A.14 mit Korr.1), Kap. II

[164] Vgl. *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 25* (A/37/25), Erster Teil, Anhang I

37/220 – Studie über die Finanzierung des Aktionsplans zur Bekämpfung des Vordringens der Wüsten

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 32/172 vom 19. Dezember 1977, 33/89 vom 15. Dezember 1978, 34/184 vom 18. Dezember 1979 und 36/191 vom 17. Dezember 1981 über die Durchführung und Finanzierung des Aktionsplans zur Bekämpfung des Vordringens der Wüsten[165],

in Kenntnisnahme des einschlägigen Abschnitts des Berichts über die zehnte Tagung des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen[166], insbesondere von Abschnitt VII Ziffer 2 und 4 des Verwaltungsratsbeschlusses 10/14 vom 31. Mai 1982[166] über die Durchführung des Aktionsplans zur Bekämpfung der Wüsten,

1. *nimmt erneut Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs[167] und von dem dazugehörigen Anhang mit von einer Gruppe hochrangiger Sachverständiger erstellten Durchführbarkeitsstudien über zusätzliche Maßnahmen zur Finanzierung des Aktionsplans zur Bekämpfung des Vordringens der Wüsten;

2. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs über die Finanzierung des Aktionsplans zur Bekämpfung des Vordringens der Wüsten[168] und von der Tatsache, daß zu wenige Regierungen das Ersuchen der Generalversammlung in Resolution 36/191 Ziffer 3 und 4 beantwortet haben, so daß der vom Generalsekretär in dieser Resolution erbetene Bericht nicht ausgearbeitet werden konnte;

3. *bittet* alle Mitgliedstaaten, die dies bisher noch nicht getan haben, *eindringlich*, dem Generalsekretär so bald wie möglich ihre Stellungnahmen zu den Durchführbarkeitsstudien und konkrete Empfehlungen zur Durchführung der zusätzlichen Finanzierungsmaßnahmen wie auch zu den im Anhang des Berichts des Generalsekretärs[167] geschilderten Modalitäten zur Beschaffung von Finanzmitteln vorzulegen;

4. *ersucht* den Generalsekretär *erneut*, die Mitgliedstaaten auf die Durchführbarkeitsstudie und den Arbeitsplan der Sachverständigen für die Errichtung einer internationalen Finanzierungsgesellschaft zur Finanzierung nichtkommerzieller Maßnahmen zur Bekämpfung des Vordringens der Wüsten in Kapitel IV des Anhangs zu seinem Bericht[167] zu verweisen und ihre Stellungnahmen zu folgenden Fragen einzuholen:

a) zur Frage der Errichtung der Gesellschaft;

b) zur Frage, inwieweit sie an einer finanziellen Beteiligung an der Gesellschaft interessiert sind;

5. *ersucht ferner* den Generalsekretär, in Zusammenarbeit mit dem Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution zu berichten.

113. Plenarsitzung
20. Dezember 1982

[165] *Ebd., Zweiter Teil*
[166] *Ebd.*, Anhang
[167] A/36/141
[168] A/37/424 mit Add.1

37/221 – Internationales Jahr zu Beschaffung von Unterkünften für Obdachlose

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 35/76 vom 5. Dezember 1980, in der sie die Ansicht zum Ausdruck brachte, daß ein internationales Jahr über die Probleme der Obdachlosen in den städtischen und ländlichen Gebieten der Entwicklungsländer eine gute Gelegenheit sein könnte, um die internationale Gemeinschaft auf diese Probleme aufmerksam zu machen,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 36/71 vom 4. Dezember 1981, in der sie grundsätzlich beschloß, das Jahr 1987 zum Internationalen Jahr zur Beschaffung von Unterkünften für Obdachlose zu bestimmen, mit der Maßgabe, daß die im Anhang zur Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1980/67 niedergelegten Kriterien für die Finanzierung und Veranstaltung internationaler Jahre befolgt werden,

in Kenntnisnahme des Berichts des Exekutivdirektors des Zentrums der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen (Habitat) zum Internationalen Jahr zur Beschaffung von Unterkünften für Obdachlose[169] samt der diesbezüglichen Stellungnahmen der fünften Tagung der Kommission für Wohn- und Siedlungswesen[170] bzw. der zweiten ordentlichen Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats im Jahre 1982[171] sowie ferner in Kenntnisnahme des in Generalversammlungsresolution 36/71 erbetenen Berichts des Generalsekretärs über die organisatorischen und finanziellen Aspekte der Abhaltung des Internationalen Jahres[172],

ferner in Kenntnisnahme der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/46 B vom 27. Juli 1982 über das Internationale Jahr zur Beschaffung von Unterkünften für Obdachlose,

ernstlich beunruhigt darüber, daß die Lebensbedingungen der Mehrzahl der in Elendsvierteln und Squatter-Siedlungen sowie in ländlichen Siedlungen – insbesondere in den Entwicklungsländern – lebenden Menschen sich trotz der Anstrengungen der Regierungen auf nationaler und lokaler Ebene und trotz der Anstrengungen der internationalen Organisationen sowohl relativ als auch absolut betrachtet weiterhin verschlechtern,

in der Überzeugung, daß eine besondere Anstrengung zur Bewältigung dieses grundlegenden Problems die einzelstaatliche wirtschaftliche und soziale Entwicklung insgesamt vorantreiben und so zur Förderung der Ziele der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen[173] beitragen wird,

nach Behandlung der Empfehlungen der Kommission für Wohn- und Siedlungswesen in der auf ihrer fünften Tagung verabschiedeten Resolution 5/14 vom 7. Mai 1982[174], der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/46 B und des Berichts des Generalsekretärs[172],

1. *erklärt* das Jahr 1987 zum Internationalen Jahr zur Beschaffung von Unterkünften für Obdachlose;

[169] HS/C/5
[170] Vgl. E/1982/81, Anhang II
[171] Vgl. *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 3* (A/37/3), Kap. IV, Abschnitt E
[172] A/37/527 mit Add.1
[173] Vgl. Resolution 35/56, Anhang, Ziffer 159 und 160
[174] Vgl. *Offizielles Protokoll der Generalversammlung Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 8* (A/37/8), Anhang I, Abschnit I

2. *beschließt*, daß es Ziel der Aktivitäten vor Beginn und während des Jahres sein wird, insbesondere in den Entwicklungsländern bis Ende 1987 einen Teil der Unterkünfte und Wohnviertel, in denen Arme und Benachteiligte leben, den nationalen Prioritäten entsprechend zu verbessern und zu zeigen, wie die Unterkünfte und Wohnviertel der Armen und Benachteiligten bis zum Jahr 2000 verbessert werden können;

3. *beschließt ferner*, daß im Laufe des Jahres und während der dafür vorgesehenen Vorbereitungsarbeiten besonderes Gewicht auf Möglichkeiten zur Verwirklichung folgender Ziele gelegt werden soll:

a) die Erneuerung des politischen Engagements der internationalen Gemeinschaft, sich vorrangig der Verbesserung der Unterkünfte und Wohnviertel der Armen und Benachteiligten anzunehmen und insbesondere in den Entwicklungsländern Unterkünfte für die Obdachlosen bereitzustellen;

b) die Konsolidierung und Weitergabe aller neuen bzw. bereits vorhandenen Kenntnisse sowie seit der Konferenz der Vereinten Nationen über das Wohn- und Siedlungswesen (Habitat) vom Jahr 1976[175] gewonnenen einschlägigen Erfahrungen, damit eine breite Palette erprobter und praktischer Möglichkeiten zur Verbesserung der Unterkünfte und Wohnviertel der Armen und Benachteiligten und zur Bereitstellung von Unterkünften für Obdachlose verfügbar ist;

c) die Entwicklung und Erprobung neuer Ansätze und Methoden, um den Obdachlosen, Armen und Benachteiligten unmittelbar zu helfen und deren derzeitige Selbsthilfeanstrengungen zur Schaffung ihrer eigenen Unterkünfte zu unterstützen sowie die Grundlage für neue nationale Politiken und Strategien zur Verbesserung von Unterkünften und Wohnvierteln für die Armen und Benachteiligten bis zum Jahr 2000 zu liefern;

d) den Austausch von Erfahrungen zwischen den einzelnen Ländern und die gegenseitige Unterstützung der Länder im Hinblick auf die Verwirklichung der Zielsetzungen des Obdachlosenjahres[176];

4. *bittet eindringlich darum*, daß das konkrete Maßnahmen- und Aktivitätenprogramm für die Zeit vor Beginn und während des Obdachlosenjahres im Einklang mit den nationalen Plänen und Prioritäten hauptsächlich auf nationaler und lokaler Ebene durchgeführt wird;

5. *schließt sich* grundsätzlich dem im Bericht des Generalsekretärs enthaltenen Programm für das Obdachlosenjahr[172] *an*, mit der Maßgabe, daß die im Anhang zu Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1980/67 niedergelegten Kriterien für die Finanzierung und Veranstaltung internationaler Jahre befolgt werden und daß das Maßnahmen- und Aktivitätenprogramm für die Zeit vor Beginn und während des Obdachlosenjahres den zur Verfügung stehenden freiwilligen Beiträgen angepaßt wird;

6. *bestimmt* die Kommission für Wohn- und Siedlungswesen im Rahmen ihrer ordentlichen Tagungen zu dem für die Organisation des Jahres verantwortlichen zwischenstaatlichen Gremium der Vereinten Nationen und das Zentrum der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen (Habitat) zum Sekretariat für das Obdachlosenjahr und zur federführenden Organisation für die Koordinierung der einschlägigen Programme und Aktivitäten anderer in Frage kommender Organisationen und Stellen;

7. *empfiehlt* der Kommission für Wohn- und Siedlungswesen, die Zielsetzungen, Strategien und Kriterien für das Obdachlosenjahr sowie die in Ziffer 1 der Kommissionsresolution 5/14 erwähnten Richtlinien jährlich zu überprüfen;

8. *bittet* alle Regierungen, Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen sowie andere in Frage kommende zwischenstaatliche Gremien und nichtstaatliche Organisationen, darunter auch interessierte nationale Institutionen, die Kommission für Wohn- und Siedlungswesen bei ihrer Tätigkeit zu unterstützen und durch die Weiterführung schon bestehender bzw. die Einleitung neuer Programme im Zeitraum 1983-1987 besondere Anstrengungen zu unternehmen, damit die Gesamt- und Einzelziele des Obdachlosenjahres erreicht werden;

9. *appelliert* an alle Regierungen, insbesondere die Regierungen der entwickelten Länder, und andere, die dazu in der Lage sind, großzügige finanzielle Beiträge zu leisten und das Programm für das Obdachlosenjahr in jeder sonstigen geeigneten Weise zu unterstützen;

10. *appelliert ferner* an internationale Finanzinstitutionen sowie an zwischenstaatliche Gremien und nichtstaatliche Organisationen, großzügige finanzielle Beiträge zu leisten und das Programm für das Obdachlosenjahr in jeder sonstigen geeigneten Weise zu unterstützen;

11. *empfiehlt*, diesen Gebern im Rahmen der Tagesordnung jeder Tagung der Kommission für Wohn-und Siedlungswesen bis zum Jahr 1987 die Möglichkeit einzuräumen, Art und Höhe ihres geplanten Beitrags zum Programm für das Obdachlosenjahr bekanntzugeben;

12. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat einen Bericht über die Durchführung des gebilligten Maßnahmen- und Aktivitätenprogramms für die Zeit vor Beginn und während des Obdachlosenjahres vorzulegen;

13. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Internationales Jahr zur Beschaffung von Unterkünften für Obdachlose" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

113. Plenarsitzung
20. Dezember 1982

37/222 – Lebensbedingungen des palästinensischen Volkes in den besetzten palästinensischen Gebieten

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die Erklärung von Vancouver über das Wohn- und Siedlungswesen von 1976[177] und die von der Wohn- und Siedlungskonferenz der Vereinten Nationen (Habitat) verabschiedeten diesbezüglichen Empfehlungen für einzelstaatliche Maßnahmen[178],

ferner unter Hinweis auf die in den Empfehlungen der Wohn- und Siedlungskonferenz der Vereinten Nationen (Habitat) für internationale Zusammenarbeit enthaltene Resolution 3 mit dem Titel "Lebensbedingungen der Palästinenser in den besetzten Gebieten"[179],

[175] Vgl. *Report of Habitat: United Nations Conference on Human Settlements, Vancouver, 31 May-11 June 1976* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.76.IV.7 mit Korrigendum)
[176] Vgl. A/37/527, Abschnitt V

[177] *Report of Habitat: United Nations Conference on Human Settlements, Vancouver, 31 May-11 June 1976* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.76.IV.7 mit Korrigendum), Kap. I
[178] *Ebd.*, Kap. II
[179] *Ebd.*, Kap. III

weiterhin unter Hinweis auf ihre Resolution 36/73 vom 4. Dezember 1981,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs über die Lebensbedingungen des palästinensischen Volkes in den besetzten palästinensischen Gebieten[180];

2. *nimmt Kenntnis* von der Erklärung des Beobachters der Palästinensischen Befreiungsorganisation[181];

3. *äußert ihre Beunruhigung* über die durch die israelische Besetzung verursachte Verschlechterung der Lebensbedingungen des palästinensischen Volkes in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten;

4. *stellt fest*, daß die israelische Besetzung im Widerspruch zu den Grundvoraussetzungen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des palästinensischen Volkes auf dem besetzten Westufer und im Gaza-Streifen steht;

5. *stellt ferner fest*, daß die Wahrnehmung des Rechts auf Selbstbestimmung durch das palästinensische Volk eine Grundvoraussetzung für dessen soziale und wirtschaftliche Entwicklung in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten ist;

6. *fordert* die israelischen Besatzungsbehörden *auf*, Gremien und Sachverständigen der Vereinten Nationen Zugang zu den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten zu gewähren;

7. *anerkennt* die Notwendigkeit eines umfassenden Berichts über die soziale und wirtschaftliche Lage des palästinensischen Volkes in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten;

8. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat einen umfassenden Bericht über die Lebensbedingungen des palästinensischen Volkes in den besetzten palästinensischen Gebieten vorzulegen.

113. Plenarsitzung
20. Dezember 1982

37/223 – Wohn- und Siedlungswesen

A

Bericht der Kommission für Wohn- und Siedlungswesen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) vom 1. Mai 1974 mit der Erklärung und dem Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, 3281 (XXIX) vom 12. Dezember 1974 mit der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten und 3362 (S-VII) vom 16. September 1975 über Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolutionen 32/162 vom 19. Dezember 1977 über institutionelle Vorkehrungen für die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Wohn- und Siedlungswesens sowie 34/116 vom 14. Dezember 1979 über die Verstärkung der Aktivitäten auf dem Gebiet des Wohn- und Siedlungswesens,

weiterhin unter Hinweis auf die in der Erklärung von Vancouver über das Wohn- und Siedlungswesen von 1976[177] enthaltenen Grundsätze und Ziele und die sonstigen Empfehlungen der Konferenz der Vereinten Nationen über Wohn- und Siedlungswesen (Habitat)[178] sowie auf die Empfehlungen in der am 6. Mai 1981 von der Kommission für Wohn- und Siedlungswesen verabschiedeten Resolution 4/1 mit dem Titel "Manila-Kommuniqué über eine Wohn- und Siedlungsbewegung"[182],

in Kenntnisnahme der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/46 A vom 27. Juli 1982 über internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Wohn- und Siedlungswesens,

nach Behandlung des Berichts der Kommission für Wohn- und Siedlungswesen über ihre fünfte Tagung[183],

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht der Kommission für Wohn- und Siedlungswesen über ihre fünfte Tagung;

2. *erklärt erneut*, wie wichtig Aktivitäten auf dem Gebiet des Wohn- und Siedlungswesens für die Förderung der nationalen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und die Verbesserung der Lebensqualität der Armen und Benachteiligten, insbesondere in den Entwicklungsländern, ist;

3. *spricht* der Kommission für Wohn- und Siedlungswesen *ihre Anerkennung* für die wirksame Art und Weise *aus*, in der sie weiterhin ihr Mandat erfüllt, das darin besteht, den Regierungen bei der Auseinandersetzung mit den schwerwiegenden Problemen der Entwicklung des Wohn- und Siedlungswesens zu helfen;

4. *bittet* die Kommission für Wohn- und Siedlungswesen eindringlich, bei der Erstellung und Durchführung ihrer Programme auf dem Gebiet des Wohn- und Siedlungswesens weiterhin der technischen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern Rechnung zu tragen und diese in angemessener Weise zu unterstützen.

113. Plenarsitzung
20. Dezember 1982

B

Beschaffung finanzieller Mittel für den Ausbau des Wohn- und Siedlungswesens und für Verbesserungen in diesem Bereich

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 32/162 vom 19. Dezember 1977 über institutionelle Vorkehrungen für die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Wohn- und Siedlungswesens, mit der die Versammlung u.a. vorsah, daß in den einzelnen Regionen Mittel für das Wohn- und Siedlungswesen aufgebracht und verwendet werden sollten,

eingedenk der sonstigen diesbezüglichen Resolutionen der Generalversammlung, darunter insbesondere der Resolutionen 31/109 vom 16. Dezember 1976, 35/77 D vom 5. Dezember 1980 und 36/72 vom 4. Dezember 1981,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 35/56 vom 5. Dezember 1980 mit der im Anhang enthaltenen Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen, insbesondere Ziffer 159 und 160 über den Ausbau des Wohn- und Siedlungswesens und Verbesserungen in diesem Bereich,

[180] A/37/238

[181] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Second Committee*, 31. Sitzung, Ziffer 86

[182] *Ebd., Sechsunddreißigste Tagung, Beilage 8* (A/36/8), Anhang I, Abschnitt A

[183] *Ebd., Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 8* (A/37/8)

in der Auffassung, daß Wohn- und Siedlungspolitiken untrennbar mit den sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungszielen verbunden sind und daß Lösungen für die Probleme derartiger Siedlungen somit als ein integrierender Bestandteil des Entwicklungsprozesses jedes einzelnen Landes und der Weltgemeinschaft anzusehen sind,

unter Hinweis auf die Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1981/69 A vom 24. Juli 1981, insbesondere auf Ziffer 4 und 5 über die Notwendigkeit einer ausreichenden Finanzierung der geplanten Aktivitäten des Zentrums der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen (Habitat),

beunruhigt über die derzeitigen Tendenzen, die sich auf die für den Ausbau des Wohn- und Siedlungswesens und Verbesserungen in diesem Bereich verfügbaren Mittel auswirken, und über die Tatsache, daß diese Mittel keineswegs dem derzeitigen Bedarf entsprechen,

überzeugt von der Notwendigkeit dringender Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen unzähliger in Unterkünften und Siedlungen lebender Menschen, insbesondere in den Entwicklungsländern,

im Hinblick darauf, daß derartige Maßnahmen in erster Linie Aufgabe der nationalen und lokalen Behörden sind,

ferner im Hinblick darauf, daß die internationale Gemeinschaft auf globaler und regionaler Ebene diejenigen Regierungen fördern und unterstützen sollte, die zu wirksamen Maßnahmen zur Verbesserung der Wohn- und Siedlungsverhältnisse, insbesondere der am meisten benachteiligten Bevölkerungsschichten in Stadt und Land, entschlossen sind,

1. *dankt* allen Regierungen, die bisher finanzielle Beiträge zu den Aktivitäten des Zentrums der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen (Habitat) geleistet haben;

2. *bittet* die Empfängerländer *eindringlich*, im Einklang mit ihren nationalen Prioritäten zu erwägen, ob sie nicht einen angemessenen Anteil der Entwicklungshilfe, die sie aus multilateralen Quellen erhalten, gezielt zur Finanzierung nationaler Projekte für den Ausbau des Wohn- und Siedlungswesens und für Verbesserungen in diesem Bereich vorsehen können;

3. *bittet ferner* die Geber- und Empfängerländer *eindringlich*, zu erwägen, ob sie nicht einen Teil der Mittel der bilateralen Entwicklungshilfe für die Finanzierung von für sie interessanten Aktivitäten auf dem Gebiet des Wohn- und Siedlungswesens verwenden können;

4. *appelliert* an die internationalen und regionalen Finanzinstitutionen, im Einklang mit den Prioritäten der Empfängerländer einen angemessenen Anteil ihrer Entwicklungshilfemittel für den Ausbau des Wohn- und Siedlungswesens in den Entwicklungsländern und für Verbesserungen in diesem Bereich vorzusehen;

5. *wiederholt erneut* ihren eindringlichen Appell an die Mitgliedstaaten, insbesondere an entwickelte Länder und andere Länder, die dazu in der Lage sind, zur Unterstützung der Aktivitäten des Zentrums Beiträge zur Stiftung der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen zu leisten bzw. ihre Beiträge möglichst zu erhöhen.

113. Plenarsitzung
20. Dezember 1982

C

Koordinierung der Programme des Systems der Vereinten Nationen auf dem Gebiet des Wohn- und Siedlungswesens

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 35/77 C vom 5. Dezember 1980, in der sie den Generalsekretär bat, in Absprache mit den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses für Koordinierung Vorkehrungen für die Teilnahme des Zentrums der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen (Habitat) an allen Aspekten der Arbeit dieses Ausschusses und seiner Nebenorgane zu treffen,

ferner unter Hinweis auf Abschnitt III Ziffer 5 *a*) und *b*) ihrer Resolution 32/162 vom 19. Dezember 1977, in der sie das Zentrum aufforderte, für die Abstimmung der im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen geplanten und durchgeführten Programme auf dem Gebiet des Wohn- und Siedlungswesens zwischen den Sekretariaten zu sorgen und die Kommission für Wohn-und Siedlungswesen bei der Koordinierung der Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen auf dem Gebiet des Wohn- und Siedlungswesens zu unterstützen, diese Aktivitäten ständig zu überprüfen und ihre Wirksamkeit zu bewerten,

insbesondere unter Hinweis auf Abschnitt VI Ziffer 4 ihrer Resolution 32/162, in der sie beschloß, daß die vorhandenen Mechanismen des Verwaltungsausschusses für Koordinierung verstärkt werden müssen, damit auf dem Gebiet des Wohn- und Siedlungswesens im gesamten System der Vereinten Nationen eine wirksame Koordinierung gewährleistet ist,

in der Überzeugung, daß die Erfüllung des Auftrags der Kommission für Wohn- und Siedlungswesen und des Zentrums hinsichtlich der Koordinierung und Abstimmung der Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen auf dem Gebiet des Wohn- und Siedlungswesens am wirksamsten dadurch gewährleistet werden kann, daß das Zentrum an allen Aspekten der Arbeit des Verwaltungsausschusses für Koordinierung und seiner Nebenorgane teilnimmt,

in Kenntnisnahme der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/46 A vom 27. Juli 1982, insbesondere Ziffer 3 dieser Resolution,

1. *ersucht* den Generalsekretär, sich intensiver um die Abhaltung von Konsultationen mit den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses für Koordinierung zu bemühen, damit im Hinblick auf eine Koordinierung der Wohn- und Siedlungsprogramme innerhalb des Systems der Vereinten Nationen Vorkehrungen für die Mitwirkung des Zentrums der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen (Habitat) an allen Aspekten der Arbeit des Ausschusses und seiner Nebenorgane getroffen werden, und ersucht ihn, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung über die Ergebnisse dieser Bemühungen zu berichten;

2. *bittet* die Kommission für Wohn- und Siedlungswesen und das Zentrum *eindringlich*, sich intensiver um eine bessere Abstimmung und Koordinierung der Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen auf dem Gebiet des Wohn- und Siedlungswesens gemäß ihrem jeweiligen, in Generalversammlungsresolution 32/162 niedergelegten Mandat zu bemühen und fordert die in Frage kommenden Sonderorganisationen* und sonsti-

* Vgl. die Fußnote auf S. 130

gen Gremien und Organisationen des Systems der Vereinten Nationen auf, die Kommission und das Zentrum bei diesen Bemühungen zu unterstützen.

113. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/224 – Durchführung des Neuen substantiellen Aktionsprogramms für die achtziger Jahre zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) vom 1. Mai 1974 mit der Erklärung und dem Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, 3281 (XXIX) vom 12. Dezember 1974 mit der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten und 3362 (S-VII) vom 16. September 1975 über Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit,

erneut erklärend, daß die Generalversammlung in der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen u.a. festgestellt hat, eine der wichtigsten Prioritäten im Rahmen der Strategie bestehe darin, daß die am wenigsten entwickelten Länder, d.h. die wirtschaftlich schwächsten und ärmsten Länder mit den größten Strukturproblemen, ein ausreichend großes und intensives, mit ihren einzelstaatlichen Plänen und Prioritäten im Einklang stehendes Sonderprogramm benötigen, wenn sie einen entscheidenden Schritt zur Überwindung ihrer bis heute andauernden Stagnation und zur Verbesserung ihrer düsteren Zukunftsaussichten tun sollen[184],

unter Hinweis auf Resolution 122 (V) der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen vom 3. Juni 1979[185], die sich die Generalversammlung mit ihrer Resolution 34/120 vom 19. Dezember 1979 zu eigen machte,

in Bekräftigung des Neuen substantiellen Aktionsprogramms für die achtziger Jahre zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder, das die Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder einstimmig verabschiedet[186] und die Generalversammlung mit ihrer Resolution 36/194 vom 17. Dezember 1981 gebilligt hat,

ferner in Bekräftigung dessen, daß die wichtigsten Ziele des Neuen substantiellen Aktionsprogramms darin bestehen, die Wirtschaften der am wenigsten entwickelten Länder so zu verändern, daß sich ihre Entwicklung selbst trägt, den zur Überwindung der extremen Wirtschaftsprobleme der am wenigsten entwickelten Länder erforderlichen Strukturwandel zu fördern, allen Bürgern dieser Länder einen voll ausreichenden und international anerkannten Mindeststandard in den Bereichen Ernährung, Gesundheit, Verkehrs- und Kommunikationswesen sowie Wohnungs- und Bildungswesen zu bieten und Beschäftigungsmöglichkeiten zu gewährleisten, die wichtigsten Investitionsmöglichkeiten und -prioritäten festzuhalten und zu unterstützen und die negativen Auswirkungen von Naturkatastrophen zu mildern,

unter Betonung der Tatsache, daß zur Verwirklichung der Ziele des Neuen substantiellen Aktionsprogramms unverzüglich erheblich umfangreichere Stützmaßnahmen erforderlich sind, darunter eine wesentliche Steigerung des Transfers zusätzlicher Ressourcen aus allen entwickelten Ländern, aus den Entwicklungsländern, die dazu imstande sind, von den multilateralen Entwicklungs- und Finanzinstitutionen und von anderen Quellen,

unter Hervorhebung der Notwendigkeit, die Modalitäten und Verfahren der Hilfeleistung zu verbessern und sie den Erfordernissen der am wenigsten entwickelten Länder besser anzupassen,

mit dem Ausdruck ihrer tiefsten Besorgnis über die anhaltende Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der am wenigsten entwickelten Länder und ihrer selbst nach Verabschiedung des Neuen substantiellen Aktionsprogramms immer noch kümmerlichen Entwicklung,

mit Besorgnis feststellend, daß der derzeitige Fluß an ausländischen Ressourcen in die am wenigsten entwikkelten Länder hinter den im Neuen substantiellen Aktionsprogramm vorgesehenen erheblichen Steigerungen zurückbleibt und so zu der schleppenden Durchführung des Programms beiträgt,

mit Dank feststellend, daß einige Geberländer Fortschritte bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen gemäß Ziffer 61 und 69 des Neuen substantiellen Aktionsprogramms erzielt haben,

in Kenntnisnahme des Berichts des Generalsekretärs über die Durchführung des Neuen substantiellen Aktionsprogramms für die achtziger Jahre zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder[187],

1. *betont*, daß die am wenigsten entwickelten Länder in Anbetracht ihrer verzweifelten sozio-ökonomischen Lage dringend der besonderen Aufmerksamkeit und der umfangreichen, anhaltenden Unterstützung der Völkergemeinschaft bedürfen, damit sie im Einklang mit ihren jeweiligen Plänen und Programmen nach und nach zu einer eigenständigen Entwicklung gelangen können;

2. *fordert* alle Mitgliedstaaten sowie die multilateralen Entwicklungs- und Finanzinstitute, die Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen und alle anderen in Frage kommenden Stellen *auf*, unverzüglich konkrete und in jeder Weise angemessene Maßnahmen und Schritte zur beschleunigten Durchführung des Neuen substantiellen Aktionsprogramms für die achtziger Jahre zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder einzuleiten;

3. *bittet* alle Geberländer *nachdrücklich*, ihre Verpflichtungen gemäß Ziffer 61 bis 69 des Neuen substantiellen Aktionsprogramms[186] zu erfüllen, damit in diesem Rahmen eine wesentliche Erhöhung der Entwicklungshilfe für die am wenigsten entwickelten Länder erreicht wird;

4. *erklärt erneut*, daß die am wenigsten entwickelten Länder in erster Linie selbst für ihre Gesamtentwicklung verantwortlich sind und daß bei aller Bedeutung internationaler Hilfsmaßnahmen die internen Maßnahmen dieser Länder für den Erfolg ihrer Entwicklungsbemühungen ausschlaggebend sein werden;

---

[184] Resolution 35/56, Anhang, Ziffer 136

[185] Vgl. *Proceedings of the United Nations Conference on Trade and Development, Fifth Session*, Vol.I, *Report and Annexes* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.79.II.D.14), Erster Teil, Abschnitt A

[186] *Report of the United Nations Conference on the Least Developed Countries, Paris, 1-14 September 1981* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.82.I.8), Erster Teil, Abschnitt A

[187] A/37/197 mit Korr.1 und 2 sowie Add.1 und 2

5. *fordert* alle Mitgliedstaaten sowie die multilateralen Entwicklungs- und Finanzinstitute, die Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen und alle anderen in Frage kommenden Stellen *auf*, wohlwollend zu erwägen, ob sie die Konsultationsgruppen für Entwicklungshilfe oder andere auf Initiative der am wenigsten entwickelten Länder gemäß Ziffer 110 bis 116 des Neuen substantiellen Aktionsprogramms zu schaffende Mechanismen nicht voll unterstützen können;

6. *empfiehlt nachdrücklich*, die erste Runde der auf Länderebene stattfindenden Überprüfungstreffen über die Durchführung des Neuen stubstantiellen Aktionsprogramms gemäß Ziffer 110 bis 116 des Programms bis 1983 abzuschließen;

7. *ersucht* alle Geber und multilateralen Entwicklungs-, Finanz- und technischen Hilfsinstitutionen, an diesem Überprüfungstreffen auf angemessen hoher Ebene und mit dem Ziel teilzunehmen, die Durchführung der Pläne und Programme der einzelnen Länder zu unterstützen;

8. *fordert* die Geberländer und Institutionen *auf*, gemäß Ziffer 70 des Neuen substantiellen Aktionsprogramms die Qualität und Wirksamkeit der öffentlichen Entwicklungshilfe dringend weiter zu verbessern, damit sie den Erfordernissen der am wenigsten entwickelten Länder besser entspricht;

9. *bittet* alle Geberländer und alle multilateralen Entwicklungs- und Finanzinstitutionen *eindringlich*, im Einklang mit dem Neuen substantiellen Aktionsprogramm unverzüglich konkrete Maßnahmen und Schritte einzuleiten, um den am wenigsten entwickelten Ländern bei der Überwindung der negativen Auswirkungen der globalen Rezession zu helfen;

10. *bittet* alle Geberländer *ferner eindringlich*, über den Fonds des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen für Sondermaßnahmen zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder und den Kapitalentwicklungsfonds der Vereinten Nationen bzw. über andere geeignete Kanäle ausreichende Sonderzuweisungen für die am wenigsten entwickelten Länder vorzunehmen, und bittet zu diesem Zweck den Administrator des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, sich weiterhin um die Mobilisierung zusätzlicher Ressourcen für die in seinen Verwaltungsbereich fallenden Tätigkeiten zu bemühen;

11. *beschließt*, daß wie im Neuen substantiellen Aktionsprogramm vorgesehen, auf nationaler, regionaler und globaler Ebene eine regelmäßige Überprüfung und Überwachung des Stands der Programmdurchführung vorgenommen werden sollte, damit die Impulse der von der internationalen Gemeinschaft eingegangenen Verpflichtungen weiterwirken, damit die Durchführung der Pläne und Programme der am wenigsten entwickelten Länder gefördert und so eine Beschleunigung der Wachstumsraten und ein Strukturwandel ihrer Wirtschaften herbeigeführt werde;

12. *bittet* die Leitungsgremien der entsprechenden Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen *erneut*, innerhalb ihres jeweiligen Zuständigkeitsbereichs und Mandats die notwendigen und geeigneten Maßnahmen zur effektiven Durchführung und Weiterführung des Neuen substantiellen Aktionsprogramms zu ergreifen;

13. *ersucht* den Administrator des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, die Konferenzen am runden Tisch für die am wenigsten entwickelten Länder weiterhin zu unterstützen und entsprechende Vorkehrungen zu treffen, darunter auch für die Konferenz am runden Tisch für die am wenigsten entwickelten Länder in der asiatischen und pazifischen Region, die vom 9. bis 18. Mai 1983 im Büro der Vereinten Nationen in Genf abgehalten werden soll;

14. *ersucht* den Generalsekretär der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen, der sechsten Tagung der Konferenz über den Stand der Durchführung des Neuen substantiellen Aktionsprogramms und über Maßnahmen zur Gewährleistung seiner vollen und raschen Durchführung zu berichten;

15. *ersucht* den Generaldirektor für Entwicklung und internationale Zusammenarbeit, in enger Zusammenarbeit mit dem Generalsekretär der Handels-und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen, den Exekutivsekretären der Regionalkommissionen und den federführenden Stellen der Konsultationsgruppen für Entwicklungshilfe auch weiterhin auf Sekretariatsebene für die volle Mobilisierung und Koordinierung des Systems der Vereinten Nationen zur Durchführung und Weiterführung des Neuen substantiellen Aktionsprogramms zu sorgen;

16. *ersucht* den Generalsekretär, unter Berücksichtigung der Ergebnisse der sechsten Tagung der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen sowie sonstiger neuer Entwicklungen der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung über die Durchführung dieser Resolution zu berichten.

113. Plenarsitzung
20. Dezember 1982

37/225 – Neue menschlichere Weltordnung: moralische Aspekte der Entwicklung

Die Generalversammlung,

in Kenntnis des Vorschlags zur Frage einer neuen menschlicheren Weltordnung: moralische Aspekte der Entwicklung,

in der Erkenntnis, daß der Vorschlag der weiteren Ausarbeitung bedarf,

1. *beschließt*, den Resolutionsentwurf über die "Neue menschlichere Weltordnung: moralische Aspekte der Entwicklung"[188] mit dem Ersuchen an den Wirtschafts- und Sozialrat zu übermitteln, dieser möge die Angelegenheit unter Berücksichtigung der Beratungen der siebenunddreißigsten Tagung der Generalversammlung auf seiner zweiten ordentlichen Tagung des Jahres 1983 behandeln;

2. *ersucht* die Regierungen, dem Generalsekretär ihre Stellungnahmen zu dieser Frage bis zum 30. April 1983 vorzulegen, damit dieser sie dem Wirtschafts- und Sozialrat zu der genannten Tagung übermitteln kann;

3. *beschließt*, diese Frage auf der Grundlage des Berichts des Wirtschafts- und Sozialrats auf ihrer achtunddreißigsten Tagung wieder aufzugreifen.

113. Plenarsitzung
20. Dezember 1982

[188] A/C.2/37/L.40 in der mündlich revidierten Fassung; abgedruckt in *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 71, Dokument A/37/680/Add.12, Ziffer 2

37/226 – Operative Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen im Dienste der Entwicklung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) vom 1. Mai 1974 mit der Erklärung und dem Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, 3281 (XXIX) vom 12. Dezember 1974 mit der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten und 3362 (S-VII) vom 16. September 1975 über Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 35/56 vom 5. Dezember 1980, deren Anhang die Internationale Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen enthält,

weiterhin unter Hinweis auf ihre Resolutionen 32/197 vom 20. Dezember 1977, 33/201 vom 29. Januar 1979 und 35/81 vom 5. Dezember 1980 über eine Gesamtüberprüfung der Politiken und Verfahren für operative Aktivitäten im Dienste der Entwicklung sowie Resolution 36/199 über operative Akivitäten im Dienste der Entwicklung,

weiterhin unter Hinweis auf ihre Resolutionen 2688 (XXV) vom 11. Dezember 1970 über die Leistungsfähigkeit des Entwicklungssystems der Vereinten Nationen und 3405 (XXX) vom 28. November 1975 über neue Dimensionen der technischen Zusammenarbeit,

im Hinblick darauf, daß die Koordinierung nationaler Maßnahmen in bezug auf operative Aktivitäten durch die Regierungen es den Vereinten Nationen und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen gestattet, konzertierte Politiken zu verfolgen,

mit großer Besorgnis über das Ergebnis der am 8. und 9. November 1982 abgehaltenen Beitragsankündigungskonferenz der Vereinten Nationen für Entwicklungsaktivitäten[189],

nach Prüfung des für das Jahr 1982 vorgelegten Jahresberichts des Generaldirektors für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit über operative Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen im Dienste der Entwicklung[190],

erneut feststellend, daß ein erheblicher Teil der materiellen und menschlichen Ressourcen der Welt nach wie vor für Rüstungszwecke verwendet wird, was sich nachteilig auf die internationale Sicherheit und auf die Bemühungen um die Errichtung der neuen internationalen Wirtschaftsordnung, darunter auch die operativen Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen im Dienste der Entwicklung, auswirkt, und mit der Aufforderung an alle Regierungen, wirksame echte Abrüstungsmaßnahmen zu ergreifen, die es in stärkerem Maße ermöglichen würden, bisher für Rüstungszwecke verwendete Ressourcen in den Dienst der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, vor allem der Entwicklung der Entwicklungsländer, zu stellen,

1. *nimmt mit Dank Kenntnis* von dem für das Jahr 1982 vorgelegten Jahresbericht des Generaldirektors für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit;

2. *erklärt erneut*, daß die operativen Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen im Dienste der Entwicklung im Rahmen der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen einen bedeutenden Beitrag zur Entwicklung der Entwicklungsländer leisten;

3. *bringt ihre tiefe Besorgnis darüber zum Ausdruck*, daß die freiwilligen Beiträge der Regierungen und anderen Geldgeber zu den Fonds und Programmen im Rahmen der Beitragsankündigungskonferenz der Vereinten Nationen für Entwicklungsaktivitäten 1982 insgesamt äußerst unbefriedigend ausgefallen sind und in vielen Fällen unter den von den zuständigen zwischenstaatlichen Gremien angesetzten Zielbeträgen liegen, was schwerwiegende Folgen für die Fähigkeit der betreffenden Organisationen haben wird, ihre operativen Programme zur Deckung des zunehmenden Bedarfs der Entwicklungsländer an multilateraler, zu Vorzugsbedingungen und auf dem Weg über das System der Vereinten Nationen geleisteter Hilfe auf dem derzeitigen Stand zu halten;

4. *wiederholt erneut und nachdrücklich*, daß eine erhebliche, besser vorausberechenbare, stetigere und gesichertere reale Zunahme des Mittelzuflusses für operative Aktivitäten erforderlich ist, so daß die Organisationen des Systems ihre operativen Programme auf dem derzeitigen Stand halten bzw. womöglich erweitern können, und bittet in diesem Zusammenhang alle Länder, insbesondere diejenigen entwickelten Länder, deren Gesamtleistung nicht ihrer tatsächlichen Kapazität entspricht, nachdrücklich, ihre freiwilligen Beiträge für operative Aktivitäten im Dienste der Entwicklung unter Berücksichtigung der von den zuständigen zwischenstaatlichen Gremien angesetzten Zielbeträge rasch und substantiell zu erhöhen;

5. *beschließt*, ihre regelmäßige Überprüfung und Bewertung der Mittelaufbringung für operative Aktivitäten im Lichte jedes der vier in Ziffer 28 des Anhangs zu Resolution 32/197 enthaltenen Ziele für die Umstrukturierung der operativen Aktivitäten vorzunehmen, und ersucht den Generaldirektor für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, die hierfür erforderlichen Informationen sowie auch Angaben über die Ressourcensituation und die Aussichten der Internationalen Entwicklungsorganisation, des Internationalen Agrarentwicklungsfonds und des Welternährungsprogramms in seine Jahresberichte aufzunehmen;

6. *ersucht* den Generaldirektor für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, bei der Gesamtüberprüfung der Politiken und Verfahren für operative Aktivitäten, die er zusammen mit seinen Empfehlungen der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung vorlegen soll, unter Berücksichtigung der einschlägigen Ziffern seines Berichts und aller sonstigen diesbezüglichen Überlegungen zu prüfen, ob es durchführbar und von Nutzen ist, soweit solche noch nicht vorhanden sind, bei den von den Beitragsankündigungskonferenzen der Vereinten Nationen erfaßten Fonds und Programmen für Entwicklungsaktivitäten Zielbeträge für freiwillige Beiträge – darunter auch Zielbeträge für jährliche Wachstumsraten – anzusetzen, und ersucht ihn ferner zu prüfen, wie die Überprüfungs- und Bewertungsverfahren ausgebaut werden können, sowie Stellungnahmen zum gegenwärtigen System der Beitragsankündigungskonferenzen abzugeben und konkrete Vorschläge zur Schaffung wirksamerer Verfahren für die Mittelbeschaffung zu machen;

7. *bittet* die Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen, die sich mit der Weiterleitung von zu Vorzugsbedingungen gewährten Ressourcen an Entwicklungsländer befassen, bei ihrer Überprüfung dieser Fragen dem Finanzierungsbedarf

[189] Vgl. A/CON.115/SR.1-3
[190] A/37/445 mit Add.1, Anhang

der Fonds und Programme der Vereinten Nationen größere Aufmerksamkeit zu schenken;

8. *bittet* alle in Frage kommenden Regierungen *eindringlich*, so bald wie möglich ihre dritte Rate für die sechste Aufstockung der Mittel der Internationalen Entwicklungsorganisation zu entrichten und die Verhandlungen über die siebente Aufstockung der Mittel der Organisation mit dem Ziel einer ausreichend hohen Steigerung fortzusetzen;

9. *begrüßt* das Übereinkommen über die erste Aufstockung des Internationalen Agrarentwicklungsfonds[191] und bittet alle in Frage kommenden Regierungen eindringlich, ihre Beiträge im Einklang mit vereinbarten Zeitplänen zu entrichten, damit der Fonds sein Kreditprogramm weiterführen kann;

10. *begrüßt* die Fortschritte, die zur Verwirklichung des für 1983-1984 angesetzten Zielbetrags für freiwillige Beiträge zum Welternährungsprogramm gemacht worden sind, und bittet die Regierungen eindringlich, alle Anstrengungen zu unternehmen, damit dieser Zielbetrag voll erreicht wird;

11. *begrüßt* die Empfehlungen in Abschnitt III des Berichts des Generaldirektors für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit[190], die dazu bestimmt sind, die operativen Aktivitäten im Einklang mit den Zielen und Prioritäten der Entwicklungsländer und ihren Bemühungen zur Förderung einer größeren wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit untereinander besser den Bedürfnissen und Erfordernissen der Entwicklungsländer anzupassen, und ersucht die Leiter der in Frage kommenden Organisationen, bei der Programmerstellung und Durchführung von operativen Aktivitäten geeignete diesbezügliche Maßnahmen zu ergreifen;

12. *bittet* alle mit operativen Aktivitäten im Dienste der Entwicklung befaßten Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen, eingedenk des Beschlusses 81/28 des Verwaltungsrats des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen vom 30. Juni 1981[192], durch geeignete Maßnahmen dafür zu sorgen, daß bei der Beschaffung von Material und Ausrüstungsgegenständen auf lokaler bzw. regionaler Ebene, im Ausbildungs- und Dienstleistungsbereich, durch die vermehrte Heranziehung von ortsansässigen Unternehmen sowie bei der Einstellung von Ausbildungs-, Fach- und Führungspersonal die Kapazitäten der Entwicklungsländer stärker genutzt werden;

13. *beschließt*, daß die Beschaffungsaktivitäten der der Generalversammlung unterstehenden Organe und Gremien im Zusammenhang mit der Ausführung von vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen finanzierten Projekten von einem bestimmten Zeitpunkt ab durch die gemäß Ziffer 7 des Beschlusses 81/28 des Verwaltungsrats des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen sowie gemäß Abschnitt II Ziffer 2 des Verwaltungsratsbeschlusses 82/34 vom 18. Juni 1982[193] bekanntzugebenden Beschaffungsrichtlinien zu regeln sind;

14. *begrüßt* Beschluß 82/8 des Verwaltungsrats des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen vom 18. Juni 1982[193], mit dem die Ausführung von durch das Programm unterstützten Projekten durch die einzelnen Staaten selbst gefördert werden soll, und begrüßt, daß sich dadurch echte Einsparungen ergeben können;

15. *bittet* den Administrator des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen und den Präsidenten der Weltbank, die Möglichkeiten einer weiteren Zusammenarbeit zwischen dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und der Weltbank bei der Nutzung von Einrichtungen zu prüfen, die beiden Organisationen zur Verfügung stehen, und ersucht den Administrator, dem Verwaltungsrat des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen darüber zu berichten;

16. *bekräftigt* die im Konsens im Anhang zur Generalversammlungsresolution 2688 (XXV) vom 11. Dezember 1970 zum Ausdruck gebrachte ausschließliche Verantwortung der Regierung des Empfängerlandes für die Aufstellung des nationalen Entwicklungsplans bzw. der nationalen Entwicklungsprioritäten und -ziele und betont, daß die Wirkung und Bedeutung der operativen Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen gestärkt wird, wenn sie in die nationalen Programme integriert werden;

17. *ersucht* den Generaldirektor für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, in seine 1988 zu erstellende Gesamtüberprüfung der Politiken und Verfahren eine Prüfung des Ausmaßes und der Auswirkungen der immer weiter verbreiteten Praxis aufzunehmen, Beiträge an Organisationen mit Auflagen zu verknüpfen;

18. *nimmt Kenntnis* von den im Bericht des Generaldirektors für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit beschriebenen laufenden Maßnahmen zur Kostensenkung und Steigerung der Leistungsfähigkeit und bittet den Generalsekretär und die Leiter der Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen eindringlich, sich im Hinblick auf eine Steigerung des für eine bessere Programmdurchführung in den Entwicklungsländern verfügbaren Ressourcenanteils darum zu bemühen, ihre Verwaltungs- und Projektnebenkosten ohne Schaden für die operativen Programme und das Netz der Büros des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen in den Entwicklungsländern auf ein Mindestmaß zu senken und dabei zu berücksichtigen, daß ein angemessenes Niveau an Unterstützungsdiensten beibehalten werden muß;

19. *ersucht* die Organe und Gremien des Systems der Vereinten Nationen, die außeretatmäßige Mittel wie z.B. Zahlungen für Projektnebenkosten erhalten, in die Berichte an ihre Leitungsgremien Informationen über diese Mittel und ihre Verwendung aufzunehmen, und bittet die Leitungsgremien der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, die von Regierungen und freiwilligen Fonds Zahlungen solcher Projektnebenkosten erhalten, die Informationen hierüber zu prüfen;

20. *ersucht* den Generaldirektor für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, einen Bericht über die Durchführung von Ziffer 18 und 19 dieser Resolution vorzulegen und in seine Gesamtüberprüfung der Politiken und Verfahren bei den von den Organen, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen ausgeführten operativen Aktivitäten im Dienste der Entwicklung eine vergleichende Analyse des Verhältnisses zwischen Programmerfüllung und Verwaltungsaufwand aufzunehmen;

21. *bittet* alle Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen *eindringlich*, im Lichte der Empfehlungen von Abschnitt III des Berichts des Generaldirektors für Entwicklung und internationale wirschaftliche Zusammenarbeit die erforderlichen Schritte zu unternehmen, um für die Harmonisierung

[191] *Ebd.*, Ziffer 27

[192] Vgl. *Official Records of the Economic and Social Council, 1981, Supplement No. 11* (E/1981/61Rev.1), Anhang I

[193] *Ebd., 1982, Supplement No. 6* (E/1982/16/Rev.1), Anhang I

der Verwaltungs-, Finanz-, Personal-, Planungs- und Beschaffungsverfahren zu sorgen, und ersucht den Verwaltungsausschuß für Koordinierung, in seinem jährlichen Überblick für das Jahr 1984 darüber zu berichten, welche Maßnahmen konkret ergriffen wurden;

22. *wiederholt erneut*, wie wichtig die Koordinierung der multilateralen Entwicklungshilfe auf lokaler Ebene ist, und ersucht den Generaldirektor für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, in der Gesamtüberprüfung der Politiken und Verfahren für operative Aktivitäten für das Jahr 1983 besondere Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit größerer Kohärenz und wirksamer Integration der Maßnahmen auf Länderebene im Einklang mit Abschnitt V des Anhangs zu Resolution 32/197 und Ziffer 11 der Resolution 35/81 zu richten, sowie einen Bericht über die bisher in dieser Hinsicht ergriffenen Maßnahmen mit seinen diesbezüglichen Empfehlungen zu erstellen, in dem er sich besonders mit der Rolle der ortsansässigen Koordinatoren bei der Koordinierung der operativen Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen befaßt;

23. *bittet* den Verwaltungsausschuß für Koordinierung, dem Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner zweiten ordentlichen Tagung des Jahres 1983 und der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung gemäß Generalversammlungsresolutionen 2688 (XXV) vom 11. Dezember 1970, 32/197 vom 20. Dezember 1977 und 34/213 vom 19. Dezember 1979 über das Ergebnis der Überprüfung der Regelungen für die Amtsausübung des ortsansässigen Koordinators zu berichten, und ersucht den Ausschuß ferner, innerhalb eines Jahres in Einklang mit Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/71 vom 10. November 1982 das Verzeichnis der Generalsekretärsaktivitäten aufzustellen.

113. Plenarsitzung
20. Dezember 1982

37/227 – Kritische Finanzlage des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) vom 1. Mai 1974 mit der Erklärung und dem Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, 3281 (XXIX) vom 12. Dezember 1974 mit der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten und 3362 (S-VII) vom 16. September 1975 über Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 35/56 vom 5. Dezember 1980, deren Anhang die Internationale Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen enthält,

unter Betonung der dringenden Notwendigkeit eines Ausbaus der multilateralen Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung, insbesondere durch eine wesentliche Erhöhung des Flusses öffentlicher multilateraler Entwicklungshilfe,

unter Hervorhebung der Wichtigkeit der multilateralen technischen Zusammenarbeit im Prozeß der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Entwicklungsländer sowie der dringenden Notwendigkeit, besser vorausberechenbare, stetigere und gesicherte Finanzmittel in der erforderlichen Höhe zur Verfügung zu stellen, damit das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen seine einzigartige und wichtige Rolle in diesem Prozeß weiterhin ausüben kann,

in Bekräftigung der Gültigkeit des im Anhang zu ihrer Resolution 2688 (XXV) vom 11. Dezember 1970 festgehaltenen Konsenses,

nach Behandlung des Berichts des Verwaltungsrats des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen für das Jahr 1982[194] sowie von Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/53 vom 29. Juli 1982 über den Bericht des Verwaltungsrats,

ferner nach Behandlung der kritischen Finanzlage des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen angesichts des Ergebnisses der Beitragsankündigungskonferenz der Vereinten Nationen für Entwicklungsaktivitäten im Jahr 1982[195] und ihrer negativen Auswirkungen auf den Umfang der technischen Hilfe, die das Programm Entwicklungsländern leistet,

in Kenntnis der Tatsache, daß parallel zu den Bemühungen um zusätzliche freiwillige Beiträge auch Bemühungen um die weitere Verbesserung der Qualität, der Leistungsfähigkeit und der Effektivität des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen im Gange sind,

ferner in Kenntnis der Tatsache, daß der zwischen den Tagungen der Generalversammlung zusammentretende Plenarausschuß des Verwaltungsrats des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen beschlossen hat, u.a. Möglichkeiten und Empfehlungen zur Stärkung der Tätigkeit des Verwaltungsrats zu prüfen,

1. *nimmt Kenntnis* von dem Bericht des Verwaltungsrats des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen für das Jahr 1982 und von den darin enthaltenen Beschlüssen[195];

2. *schließt sich* der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/53 vom 29. Juli 1982 *an*, in der der Rat u.a. den Beschluß 82/5 des Verwaltungsrats des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen vom 18. Juni 1982[195] zur Kenntnis nahm, mit welchem der Verwaltungsrat seine Beschlüsse 80/30 vom 26. Juni 1980[196] und 81/16 vom 27. Juni 1981[197] bekräftigte, darunter insbesondere die Bestimmungen in bezug auf die Planungsleitzahlen, die geschätzte durchschnittliche jährliche Gesamtwachstumsrate der freiwilligen Beiträge und die voraussichtliche Höhe der Ressourcen für den dritten Programmerstellungszyklus (1982-1986) für die Zwecke der Vorausplanung, und begrüßt die Schaffung eines zwischen den Tagungen der Generalversammlung zusammentretenden Plenarausschusses mit der Aufgabe, Möglichkeiten und Empfehlungen zur längerfristigen Finanzierung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen und zur Stärkung der Wirksamkeit der Tätigkeit des Verwaltungsrats zu prüfen;

3. *nimmt mit tiefer Sorge Kenntnis* vom Ergebnis der 1982 abgehaltenen Beitragsankündigungskonferenz der Vereinten Nationen für Entwicklungsaktivitäten und von den schwerwiegenden Folgen, die dieses Ergebnis für die geplante Programmdurchführung im dritten Programmerstellungszyklus (1982-1986) des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen haben würde;

4. *dankt* allen Regierungen, sowohl der entwickelten Länder als auch der Entwicklungsländer, die auf der Beitragsankündigungskonferenz des Jahres 1982 Beiträge bzw. ihre Absicht zur Beitragsleistung zum Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen für 1983 angekündigt haben, deren Höhe fast oder ganz eine durchschnittliche jährliche Beitragssteigerung von 14 Prozent erreicht bzw. diesen Satz überschreitet;

[194] *Ebd., Supplement No. 6* (E/1982/16/Rev.1)
[195] *Ebd.*, Anhang I
[196] *Ebd., 1980, Supplement No. 12* (E/1980/42/Rev.1), Kap. XI
[197] *Ebd., 1981, Supplement No. 11* (E/1981/61/Rev.1), Anhang I

5. *bittet* alle anderen Regierungen, insbesondere soweit ihre freiwilligen Beiträge möglicherweise nicht ihrer tatsächlichen Beitragskapazität entsprechen, *eindringlich*, erneute Anstrengungen zu unternehmen, um das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen mit den Mitteln auszustatten, die erforderlich sind, damit eine solide finanzielle Grundlage für die Verwirklichung seiner geplanten Programmaktivitäten für den dritten Programmerstellungszyklus (1982-1986) geschaffen wird, wobei für die Zwecke der Vorausplanung von einem durchschnittlichen jährlichen Gesamtwachstum der Ressourcen von mindestens 14 Prozent auszugehen ist;

6. *dankt* dem Administrator des Umweltprogramms der Vereinten Nationen für seine unermüdlichen Bemühungen, die für den dritten Programmerstellungszyklus (1982-1986) erforderlichen Mittel zu beschaffen und so die finanzielle Lebensfähigkeit des Programms zu sichern sowie seine Qualität, seine Leistungsfähigkeit und seine Effektivität weiter zu verbessern, und empfiehlt dem Administrator die Fortsetzung seiner Bemühungen, u.a. unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, im Einklang mit Verwaltungsratsbeschluß 81/16 Ziffer 4 im Hinblick auf eine möglichst weitgehende Freisetzung von Mitteln für die Programmdurchführung die Verwaltungsausgaben einzuschränken;

7. *hofft*, daß es dem zwischen den Tagungen der Generalversammlung zusammentretenden Plenarausschuß des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen gemäß seinem in Beschluß 82/5 niedergelegten Mandat gelingt, Maßnahmen zu nennen, die den Grundsätzen und Zielen des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen im Sinne des im Anhang zu Generalversammlungsresolution 2688 (XXV) festgelegten Konsenses entsprechen und die volle Verwirklichung der geplanten Programmaktivitäten für den dritten Programmerstellungszyklus (1982-1986) und darüber hinaus ermöglichen.

113. Plenarsitzung
20. Dezember 1982

37/228 – Die Rolle einheimischer Fachkräfte bei der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung von Entwicklungsländern

Die Generalversammlung,

unter Bezugnahme auf ihre Resolutionen 33/135 vom 19. Dezember 1978 und 35/80 vom 5. Dezember 1980 über die Rolle einheimischer Fachkräfte bei der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung von Entwicklungsländern,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) vom 1. Mai 1974 mit der Erklärung und dem Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung sowie 3281 (XXIX) vom 12. Dezember 1974 mit der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten von Staaten,

in dem Wunsch, die volle Durchführung der Bestimmungen der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen hinsichtlich der Ausbildung von Fachkräften für die Entwicklungsländer zu fördern[198],

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Administrators des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen über die Rolle einheimischer Fachkräfte bei der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung von Entwicklungsländern[199];

2. *ersucht* den Generalsekretär und den Administrator des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, die weitere Verwirklichung der Generalversammlungsresolution 35/80 sicherzustellen und zu überwachen;

3. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, in Absprache mit den Leitern der betreffenden Organisationen im Rahmen der verfügbaren Ressourcen zur Erleichterung des Informations- und Erfahrungsaustausches dafür zu sorgen, daß in regelmäßigen Abständen analytische Übersichten über einzelstaatliche Berichte über die Erfahrungen aller Länder bei der Heranbildung von Arbeitskräften und der internationalen Zusammenarbeit bei der Ausbildung von Fachpersonal in Entwicklungsländern erstellt und an die Mitgliedstaaten verteilt werden,

4. *bittet* die Regierungen der Mitgliedstaaten, dem Sekretariat regelmäßig Informationen über die Errichtung und den Ausbau ihrer nationalen Systeme zur Ausbildung von Fachpersonal und zur Verwirklichung der Bestimmungen der diesbezüglichen Resolutionen der Generalversammlung sowie über ihre diesbezüglichen Erfahrungen zur Verfügung zu stellen;

5. *bittet* die entwickelten Länder und die in Frage kommenden Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, dafür zu sorgen, daß die Entwicklungsländer bei der Heranbildung und Ausbildung von Fachkräften unterstützt werden, insbesondere

a) bei der Errichtung und beim Ausbau nationaler Bildungs- und Ausbildungssysteme für Arbeitskräfte als einem integrierenden Bestandteil der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungsprogramme der Entwicklungsländer;

b) bei der Förderung der wirksamsten Nutzung einheimischer Fachkräfte bei der nationalen Entwicklung;

c) bei der Verwirklichung der Bestimmungen der Generalversammlungsresolution 35/80, insbesondere Ziffer 5;

6. *ersucht* den Generalsekretär, mit den Mitgliedstaaten und in Frage kommenden Organisationen des Systems der Vereinten Nationen Konsultationen über mögliche Elemente allgemeiner Richtlinien für Grundsätze, Zielsetzungen und Strukturen im Bereich Bildung und Ausbildung von Arbeitskräften in Entwicklungsländern zu führen und dabei die Notwendigkeit des weiteren Ausbaus der nationalen Systeme dieser Länder zu berücksichtigen, und der Generalversammlung auf ihrer neununddreißigsten Tagung über die Ergebnisse dieser Konsultationen zu berichten;

7. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, der Generalversammlung auf ihrer neununddreißigsten Tagung auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat einen Zwischenbericht über die Durchführung dieser Resolution vorzulegen, der auch Vorschläge für Elemente zur Aufnahme in die obengenannten allgemeinen Richtlinien enthält.

113. Plenarsitzung
20. Dezember 1982

37/229 – Entwicklungshelferprogramm der Vereinten Nationen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 2659 (XXV) vom 7. Dezember 1970 und damit zusammenhängende

[198] Resolution 35/56, Anhang, Ziffer 47

[199] DP/1982/9 mit Add.1

spätere Resolutionen, darunter Resolution 36/198 vom 17. Dezember 1981,

nach Behandlung des Berichts über die neunundzwanzigste Tagung des Verwaltungsrats des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen[200] sowie des Verwaltungsratsbeschlusses 8/21 vom 18. Juli 1982 über das Entwicklungshelferprogramm der Vereinten Nationen[201],

1. *nimmt mit Befriedigung Kenntnis* von dem Beitrag, den das Entwicklungshelferprogramm der Vereinten Nationen als wichtiges und kostenwirksames Instrument der internationalen Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung weiterhin leistet, sowie von den Aktivitäten des Programms in der Jugendarbeit und zur Unterstützung nationaler Entwicklungsdienste;

2. *nimmt ferner Kenntnis* vom erfolgreichen Abschluß des im März 1982 in Sanaa (Jemen) abgehaltenen ersten Symposiums auf hoher Ebene über den internationalen Entwicklungshelferdienst und die Entwicklung und von den in der Erklärung von Sanaa[202] enthaltenen, sich daraus ergebenden Empfehlungen, die der Verwaltungsrat des Entwicklungsprogramms mit seinem Beschluß 82/21 mit dem Ziel der Einleitung von Anschlußmaßnahmen gebilligt hat;

3. *betont* die Wichtigkeit des Beitrags des Entwicklungshelferprogramms der Vereinten Nationen zum Internationalen Jahr der Jugend sowie seiner Aktivitäten zur Unterstützung des Jahres, insbesondere der operativen und der versuchsweisen Aktivitäten zur stärkeren Einbeziehung der Jugend in den Entwicklungsprozeß;

4. *drückt die Hoffnung aus*, daß die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen und die anderen mit Entwicklungsaktivitäten befaßten internationalen Organisationen das Potential des Entwicklungshelferprogramms der Vereinten Nationen bei der Durchführung lokaler Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Internationalen Jahr der Jugend voll nutzen werden;

5. *appelliert erneut* an die Regierungen, Organisationen und Einzelpersonen, Beiträge zum Freiwilligen Sonderfonds für Entwicklungshelfer der Vereinten Nationen zu leisten bzw. ihre Beiträge zu erhöhen, und nimmt mit Dank davon Kenntnis, daß in diesem Jahr von einer Einzelperson ein beträchtlicher Beitrag geleistet worden ist.

113. Plenarsitzung
20. Dezember 1982

37/230 – Sonderfonds der Vereinten Nationen für Entwicklungsländer in Binnenlage

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 31/177 vom 21. Dezember 1976, mit der sie die Satzung des Sonderfonds der Vereinten Nationen für Entwicklungsländer in Binnenlage gebilligt hat,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolutionen 32/113 vom 15. Dezember 1977, 33/85 vom 15. Dezember 1978, 34/209 vom 19. Dezember 1979, 35/82 vom 5. Dezember 1980 und 36/195 vom 17. Dezember 1981,

unter Berücksichtigung der Resolution 123 (V) der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen vom 3. Juni 1979[203] sowie der Beschlüsse 80/21[204] und 81/3[205] des Verwaltungsrats des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1980 bzw. vom 19. Juni 1981,

unter Hinweis auf die einschlägigen Bestimmungen der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen[206],

ferner unter Hinweis auf die einschlägigen Artikel des von der Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder verabschiedeten Neuen substantiellen Aktionsprogramms für die achtziger Jahre zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder[207],

in der Überzeugung, daß es integrierender Bestandteil einer sinnvollen wirtschaftlichen Entwicklung der Entwicklungsländer in Binnenlage ist, daß diese zu den niedrigstmöglichen Kosten Zugang zu den Weltmärkten erhalten,

eingedenk der Tatsache, daß eine große Zahl der unter der Kategorie der am wenigsten entwickelten Länder eingestuften Länder Entwicklungsländer in Binnenlage sind,

in tiefer Sorge über die durchwegs sehr geringen Beiträge, die dem Fonds seit seiner Errichtung zugesagt wurden,

im Hinblick darauf, daß laut dem gemäß Generalversammlungsresolution 34/207 vom 19. Dezember 1979 erstellten Bericht des Generalsekretärs wesentlich höhere Beiträge zum Fonds geleistet werden müssen, wenn dieser in wirksamer Weise den gewaltigen Anforderungen gerecht werden soll, die das Ziel einer Senkung der realen Transitkosten der Entwicklungsländer in Binnenlage mit sich bringt[208],

ferner im Hinblick darauf, daß sich die Anträge auf Unterstützung aus dem Fonds auf Vorhaben beziehen, die zu den aus anderen Quellen des Systems der Vereinten Nationen finanzierten Aktivitäten hinzukommen und sich von diesen im allgemeinen unterscheiden,

1. *bittet* alle Mitgliedstaaten *eindringlich*, die besonderen Hindernisse, die sich der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Entwicklungsländer in Binnenlage entgegenstellen, gebührend zu berücksichtigen;

2. *appelliert* an alle Geberländer, ihre Haltung gegenüber dem Sonderfonds der Vereinten Nationen für Entwicklungsländer in Binnenlage zu überdenken und diesen stärker zu unterstützen;

3. *appelliert ferner* an alle Mitgliedstaaten, insbesondere an die entwickelten Länder, sowie an multilaterale und bilaterale Finanzinstitutionen, substantielle und großzügige Beiträge zum Fonds zu leisten, damit die in der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen vorgesehenen Maßnahmen zugunsten von Entwicklungsländern in Binnenlage durchgeführt werden können;

4. *ersucht* den Administrator des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, in Absprache mit dem

---

[200] *Official Records of the Economic and Social Council, 1982, Supplement No. 6* (E/1982/16/Rev.1) Dritter Teil

[201] *Ebd., Supplement No. 6* (E/1982/16/Rev.1), Anhang I

[202] DP/1982/34, Anhang

[203] Vgl. *Proceedings of the United Nations Conference on Trade and Development, Fifth Session*, Vol. I, *Report and Annexes* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.79.II.D.14), Erster Teil, Abschnitt A

[204] Vgl. *Official Records of the Economic and Social Council, 1980, Supplement No. 12* (E/1980/42/Rev.1), Kap. XI

[205] *Ebd., 1981, Supplement No. 11* (E/1981/61/Rev.1), Anhang I

[206] Resolution 35/56, Anhang, Ziffer 152-155

[207] Vgl. *Report of the United Nations Conference on the Least Developed Countries, Paris, 1-14 September 1981* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.82.I.8), Erster Teil, Abschnitt A

[208] A/S-11/5 mit Korr.1, Anhang, Ziffer 308

Generalsekretär der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen und den Leitern anderer auf diesem Gebiet tätiger Institutionen die Aktionen zugunsten der Entwicklungsländer in Binnenlage im Rahmen der Interimsmaßnahmen fortzusetzen und dabei zu bedenken, daß jedes in Frage kommende Land angemessene technische und finanzielle Hilfe erhalten soll;

5. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution zu berichten.

113. Plenarsitzung
20. Dezember 1982

37/231 – Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen

Die Generalversammlung,

in Kenntnisnahme der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/51 vom 28. Juli 1982,

nach Behandlung des Berichts des Exekutivrats des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen über seine Tagung vom 10. bis 21. Mai 1982 am Sitz der Vereinten Nationen[209],

in Bekräftigung der vom Exekutivrat des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen aufgestellten Grundsätze und Richtlinien für Programmaktivitäten, insbesondere des Konzepts für die Grundbetreuungsdienste und die Bemühungen, im Rahmen einer auf Maßnahmen an Ort und Stelle gerichteten umfassenden Entwicklungspolitik die am stärksten benachteiligten Gruppen zu erreichen, sowie ferner in Bekräftigung der Aufrechterhaltung eines niedrigen Verwaltungsanteils an den Programmkosten,

sich voll der Tatsache *bewußt*, daß die derzeitige Weltwirtschaftslage den Entwicklungsländern die Durchführung ihrer Pläne zur Ausweitung von Grundbetreuungsdiensten erschwert und diese Dienste gleichzeitig nur noch dringender notwendig werden läßt,

besorgt darüber, daß die Finanzierung von Maßnahmen im Entwicklungsbereich, darunter insbesondere die Lage der von freiwilligen Beiträgen abhängigen multilateralen Organisationen von einer Reihe von ungünstigen Faktoren beeinträchtigt worden ist,

1. *würdigt* die Politiken und Aktivitäten des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen;

2. *schließt sich* der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/51 *an*;

3. *bekräftigt* die Rolle des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen als federführende Organisation des Systems der Vereinten Nationen für die Koordinierung der Anschlußaktivitäten an das Weltkinderjahr mit den auf Kinder bezogenen Gesamt- und Einzelzielen der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen[210];

4. *bittet* den Exekutivdirektor und das Sekretariat des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen *eindringlich*, sich im Einklang mit den diesbezüglichen Beschlüssen des Exekutivrats des Kinderhilfswerks weiterhin und noch stärker als bisher innovatorisch um die Anpassung des Konzepts der Grundbetreuungsdienste für Kinder an die Gegebenheiten der derzeitigen Wirtschaftskrise zu bemühen;

5. *würdigt* die einfallsreichen Bemühungen des Exekutivdirektors und des Sekretariats des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen, die Einnahmen des Kinderhilfswerks zu erhöhen, damit es den Bedürfnissen der Entwicklungsländer entsprechen kann;

6. *dankt* allen Regierungen, die auf die Bedürfnisse des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen reagiert haben, und hofft, daß weitere Mitgliedstaaten ihrem Beispiel folgen werden;

7. *appelliert* an alle Regierungen, insbesondere an diejenigen Regierungen, deren freiwillige Beiträge möglicherweise nicht ihrer tatsächlichen Kapazität zur Beitragsleistung entsprechen, ihre Beiträge, insbesondere ihre Beiträge zu den allgemeinen Mitteln, möglichst in Form von Zusagen für mehrere Jahre zu erhöhen, damit das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen auch in der gegenwärtigen Weltwirtschaftslage seiner Verantwortung gegenüber den Entwicklungsländern nachkommen und den dringenden Bedürfnissen der Kinder gerecht werden kann.

113. Plenarsitzung
20. Dezember 1982

37/232 – Aktivitäten der Vereinten Nationen im Bereich der technischen Zusammenarbeit

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 2020 (XX) vom 22. November 1965, mit der sie den Verwaltungsrat des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen einrichtete und damit beauftragte, die allgemeine Politik des gesamten Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen insgesamt sowie auch der regulären technischen Hilfsprogramme der Vereinten Nationen zu bestimmen und zu lenken,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 2688 (XXV) vom 11. Dezember 1970, insbesondere auf Ziffer 43 des Anhangs zu dieser Resolution über die Rechenschaftspflicht der Projektträger gegenüber dem Administrator des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen in bezug auf die Durchführung von vom Programm finanzierten Projekten,

weiterhin unter Hinweis auf ihre Resolution 32/197 vom 20. Dezember 1977, in deren Anhang die Aufgaben einer eigenen Organisationseinheit des Sekretariats beschrieben wurden, die u.a. die von den Vereinten Nationen durchgeführten Aktivitäten im Bereich der technischen Zusammenarbeit verwalten soll, sowie unter Hinweis auf die Notwendigkeit, diese Resolution vollständig zu verwirklichen, wenn größtmögliche Wirtschaftlichkeit erzielt werden soll,

eingedenk der Gesamt- und Einzelziele der im Anhang zu ihrer Resolution 35/56 vom 5. Dezember 1980 niedergelegten Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen,

unter Berücksichtigung der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/71 vom 10. November 1982 über ein vom Verwaltungsausschuß für Koordinierung innerhalb eines Jahres zu erstellendes Verzeichnis der Entwicklungsaktivitäten,

in der Überzeugung, daß eine größere Transparenz der Aktivitäten im Bereich der technischen Zusammenarbeit die Aufbringung von Finanzmitteln für eine Beschleunigung der Entwicklung begünstigen würde,

in diesem Zusammenhang *mit Dank Kenntnis nehmend* von der Erklärung des Untergeneralsekretärs für

---

[209] *Official Records of the Economic and Social Council, 1982, Supplement No. 7* (E/1982/17)

[210] Resolution 35/56, Anhang, insbesondere Ziffer 48 und 50

technische Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung vom 5. Oktober 1982[211],

1. *billigt* den Beschluß 82/19 des Verwaltungsrats des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen vom 18. Juni 1982[212], in dem der Rat u.a. den Jahresbericht des Generalsekretärs über Aktivitäten der Vereinten Nationen im Bereich der technischen Zusammenarbeit zur Kenntnis nahm[213];

2. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat auch weiterhin seinen Jahresbericht über Aktivitäten im Bereich der technischen Zusammenarbeit zur Verfügung zu stellen, wobei dieser Bericht bei der Hauptabteilung für technische Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung künftig eine quantitative und qualitative Analyse des Verhältnisses zwischen Programmerfüllungs- und Verwaltungskosten, Angaben über die Höhe und die Verwendung der für Programmunterstützungskosten eingegangenen Mittel sowie eine Aufgliederung der Ausgaben nach Finanzquelle und Programmelement unter Angabe der Herkunft der Beiträge enthalten sollte;

3. *ersucht* den Generalsekretär, in seinen Jahresbericht ferner eine knappe Auswertung der im vorangegangenen Jahr erzielten Programmabschlüsse aufzunehmen.

113. Plenarsitzung
20. Dezember 1982

37/244 – Langfristige finanzielle und institutionelle Regelungen für das Finanzierungssystem der Vereinten Nationen für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 34/218 vom 19. Dezember 1979, mit der sie das Wiener Aktionsprogramm für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung[214] billigte,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 36/183 vom 17. Dezember 1981, in der sie bei der Behandlung der langfristigen Regelungen für das Finanzierungssystem der Vereinten Nationen für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung den Zwischenstaatlichen Ausschuß für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung ersuchte, seine Empfehlungen auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat der siebenunddreißigsten Tagung der Generalversammlung zur Behandlung und Beschlußfassung vorzulegen,

Kenntnis nehmend vom Bericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses über seine vierte Tagung[215], insbesondere von Ziffer 7 der darin enthaltenen Erklärung des Vorsitzenden[216] über institutionelle und finanzielle Regelungen,

1. *beschließt* gemäß Generalversammlungsresolution 36/183 die folgenden langfristigen finanziellen und institutionellen Regelungen für das Finanzierungssystem der Vereinten Nationen für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung:

Langfristige finanzielle und institutionelle Regelungen für das Finanzierungssystem der Vereinten Nationen für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung

I

Finanzielle Regelungen

1. Das Finanzierungssystem der Vereinten Nationen für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung beruht auf der Grundlage der Freiwilligkeit und Universalität und steht allen Staaten zur Teilnahme als Vollmitglieder offen.

2. Das Finanzierungssystem wird mit substantiellen Mitteln zweierlei Art ausgestattet: einem Grundstock und zusätzlichen Mitteln.

3. Bei den Beiträgen zum Grundstock des Finanzierungssystems handelt es sich um freiwillige Beiträge im Rahmen eines jeweils für einen Zeitraum von drei Jahren geltenden Finanzierungsplans.

4. Der Zielbetrag für den Grundstock wird für die Jahre 1983-1985 auf mindestens 300 Millionen US-Dollar angesetzt, wobei davon ausgegangen wird, daß die Mittel allmählich aufgestockt werden.

5. Der Grundstock des Finanzierungssystems für die Jahre 1983-1985 wird von entwickelten Ländern und Entwicklungsländern in frei konvertierbaren Währungen bereitgestellt.

6. Die entwickelten Länder und die Entwicklungsländer leisten Beiträge zum Grundstock des Finanzierungssystems. Das Beitragsschema der entwickelten Länder wie auch der Entwicklungsländer wird im Finanzierungsplan festgelegt, bei dem es sich um eine gemeinsame und solidarische Verpflichtungserklärung handelt.

7. Die zusätzlichen Mittel bilden ein wichtiges Element des Finanzierungssystems und bestehen aus verschiedenen Finanzierungsformen, so z.B. Kofinanzierung, multilateralen und bilateralen Beiträgen, Kostenteilung, Joint ventures, Kapitalbeteiligung, Treuhandfonds etc. Der Zwischenstaatliche Ausschuß für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung arbeitet Leitlinien für die Beschaffung und Verwendung der zusätzlichen Mittel aus.

8. Das Finanzierungssystem ist darauf angelegt, daß zwischen dem Grundstock und den zusätzlichen Mitteln ein vertretbares Gleichgewicht hergestellt wird, damit dem Finanzierungssystem in den Jahren 1983-1985 ein Gesamtzielbetrag von mindestens 600 Millionen US-Dollar zur Verfügung steht.

9. Das Finanzierungssystem vergibt sowohl Zuschüsse als auch Darlehen, und zwar zu Bedingungen, die das Finanzierungssystem aufgrund der wirtschaftlichen Lage, der Aussichten des Empfängerlandes sowie der Art und der Erfordernisse der jeweiligen Aktivität für angemessen hält. Gegebenenfalls kann auch eine Mischung von Darlehen und

[211] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Second Committee*, 6. Sitzung, Ziffer 1-2

[212] Vgl. *Official Records of the Economic and Social Council 1982, Supplement No.6* (E/1982/16/Rev.1), Anhang I

[213] DP/1982/22 mit Add.1

[214] *Report of the United Nations Conference on Science and Technology for Development, Vienna, 20-31 August 1979* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.79.I.21 mit Korrigenden), Kap. VII; ein offizieller deutscher Text des Aktionsprogramms ist erschienen als Wiener Aktionsprogramm für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung – Konferenz der Vereinten Nationen über Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung; DESI (Division of Economic and Social Information – Department of Public Information) G73, Juni 1980

[215] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 37* (A/37/37)

[216] *Ebd.*, Zweiter Teil, Ziffer 23

Zuschüssen gewährt werden. Der Exekutivrat des Finanzierungssystems der Vereinten Nationen für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung beschließt unter angemessener Berücksichtigung der langfristigen Lebensfähigkeit des Finanzierungssystems und der Notwendigkeit der Kontinuität seiner Geschäftstätigkeit darüber, welcher Anteil der Ressourcen des Finanzierungssystems in den einzelnen Rechnungsjahren für Finanzierungsvorhaben verwendet werden soll. Darlehen werden zu weichen Bedingungen gewährt. Zuschüsse sollten in erster Linie an die am wenigsten entwickelten Länder sowie zur Unterstützung einer Reihe besonders risikobehafteter Forschungs- und Entwicklungsprojekte in Entwicklungsländern vergeben werden. Das Sekretariat des Finanzierungssystems unterbreitet dem Exekutivrat Projekte und Programme zur Behandlung und Genehmigung.

II

Institutionelle Regelungen

10. Die institutionellen Regelungen des Finanzierungssystems umfassen einen Zwischenstaatlichen Ausschuß für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung, den Exekutivrat des Finanzierungssystems der Vereinten Nationen für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung und ein Sekretariat.

A. Zwischenstaatlicher Ausschuss für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung

11. Der Zwischenstaatliche Ausschuß für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung bleibt das für Grundsatzentscheidungen verantwortliche Leitungsgremium. Er hat folgende Hauptaufgaben:

a) allgemeine grundsätzliche Ausrichtung und Leitung des Finanzierungssystems;

b) Beschlüsse über Vorschläge zur allgemeinen Politik, einschließlich Empfehlungen über die Höhe der Ressourcen;

c) allgemeine Überprüfung und Evaluierung der Aktivitäten des Finanzierungssystems;

d) Wahl der Mitglieder des Exekutivrats unter Zugrundelegung der in der nachstehenden Ziffer 13 genannten Kriterien;

e) Behandlung der Berichte des Exekutivrats.

B. Exekutivrat des Finanzierungssystems der Vereinten Nationen für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung

12. Das Finanzierungssystem verfügt über seinen eigenen Exekutivrat, einer selbständigen, separaten Einheit, die für die Geschäftstätigkeit und Geschäftsführung verantwortlich ist. Der Exekutivrat hat u.a. folgende Aufgaben:

a) Beschaffung von Finanzmitteln;

b) Entscheidung über die Verwendung der Mittel des Finanzierungssystems, insbesondere Genehmigung von Projekten, Programmen und Aktivitäten des Systems;

c) Ausarbeitung von Empfehlungen über die Höhe der Ressourcen des Finanzierungssystems;

d) Beschlußfassung über die Finanzplanung;

e) Billigung administrativer und finanzieller, das Finanzierungssystem betreffender Regelungen;

f) Überwachung der Geschäftstätigkeit des Systems nach den Kriterien seiner Zielsetzungen.

13. Der Exekutivrat ist ein handlungsfähiges Gremium, dessen Zusammensetzung einem angemessenen Gleichgewicht zwischen entwickelten Ländern und Entwicklungsländern sowie zwischen Geber- und Empfängerländern entspricht. Er besteht aus einundzwanzig Direktoren, die vom Zwischenstaatlichen Ausschuß für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung für drei Jahre gewählt werden und die unter Einhaltung eines angemessenen Gleichgewichts zwischen Geber- und Empfängerländern zu einem Drittel aus entwickelten Ländern und zu zwei Dritteln aus Entwicklungsländern stammen.

C. Regelungen im Hinblick auf das Sekretariat

14. Das Finanzierungssystem verfügt über ein eigenes Sekretariat zur Bearbeitung und Überwachung von Projekten und zur Durchführung anderer Aktivitäten, mit denen es vom Zwischenstaatlichen Ausschuß für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung und von der Generalversammlung beauftragt wird. Es gelten folgende Regelungen:

a) Die Oberaufsicht über die Verwaltung des Finanzierungssystems obliegt dem Administrator des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, der für diese Aufgabe dem Exekutivrat des Finanzierungssystems der Vereinten Nationen für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung rechenschaftspflichtig ist.

b) Der Administrator erstattet dem Exekutivrat Bericht über die Geschäftstätigkeit und die Aktivitäten des Finanzierungssystems und legt dem Exekutivrat Projekte zur Genehmigung vor.

c) Um eine enge und ständige wechselseitige Zusammenarbeit zwischen dem Zentrum für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung und dem Finanzierungssystem zu gewährleisten, erhält der Generaldirektor für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit bzw. dessen Vertreter eine ständige Einladung zu den Sitzungen des Exekutivrats.

d) Der Generaldirektor für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit legt mit Unterstützung des Exekutivdirektors des Zentrums für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung dem Exekutivrat einen Jahresbericht vor, der sich u.a. mit Fragen befaßt, die sowohl für das Zentrum als auch für das Finanzierungssystem von Belang sind.

e) Sowohl im Hinblick auf seine Verantwortung für die Gesamtkoordinierung der operativen Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen als auch im Hinblick auf seine Verantwortung für das Zentrum wird der Generaldirektor von der Generalversammlung und mit Zustimmung

des Verwaltungsausschusses für Koordinierung mit der Koordinierung der Arbeit des Finanzierungssystems mit der Tätigkeit anderer Organisationen und Gremien der Vereinten Nationen, darunter auch des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen und des Zentrums für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung, betraut. Diese Koordinierungstätigkeit erfolgt im Rahmen der bestehenden Mechanismen des Verwaltungsausschusses für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung.

f) Das Zentrum für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung unterstützt den Generaldirektor bei der Erfüllung der ihm im Wiener Aktionsprogramm für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung übertragenen Aufgaben, insbesondere durch entsprechende fachliche Unterstützung des Zwischenstaatlichen Ausschusses, besonders bei dessen Arbeiten im Zusammenhang mit dem Finanzierungssystem.

g) Angesichts der zu erwartenden weiteren Heranziehung der Dienste und Außeneinrichtungen des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen wird sich der Verwaltungsrat des Programms in Zukunft in erster Linie auf Vorkehrungen für die Zusammenarbeit zwischen dem Finanzierungssystem und dem Programm konzentrieren. Dementsprechend wird der Administrator des Programms dem Verwaltungsrat jedes Jahr einen Bericht mit Informationen über die Zusammenarbeit zwischen den beiden Organisationen und andere Fragen von gemeinsamem Interesse vorlegen.

h) In Absprache mit dem Generaldirektor wird der Administrator dem Zwischenstaatlichen Ausschuß jedes Jahr über die Tätigkeit und die Fortschritte des Finanzierungssystems berichten.

i) Das Zentrum für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung spielt eine bedeutsame Rolle und kooperiert entsprechend seinem Mandat und seiner Rolle im Rahmen geeigneter Vorkehrungen und entsprechend den Erfordernissen mit dem Sekretariat des Finanzierungssystems bei der Erstellung, der Ausarbeitung und der beim Finanzierungssystem erforderlichen Vorlage geeigneter Projekte sowie bei der Bewertung, Evaluierung und Beurteilung von im Rahmen des Wiener Aktionsprogramms vom Finanzierungssystem finanzierten Projekten.

j) Es werden Vorkehrungen für einen ins einzelne gehenden Informationsaustausch zwischen dem Finanzierungssystem und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen getroffen, insbesondere für Fälle, in denen ein gemeinsames Interesse an spezifischen Programmen und Projekten besteht. Diese Zusammenarbeit kann sich bis zu Kofinanzierungsabkommen sowie auf einzelne Fachbereiche erstrecken, damit sich beide Organisationen die besonderen Fähigkeiten und Erfahrungen der anderen Organisation zunutze machen können.

k) Bei der Ausarbeitung der wichtigsten Programmbereiche des Operationsplans für die Durchführung des Wiener Aktionsprogramms und bei der Unterstützung des Zwischenstaatlichen Ausschusses im Hinblick auf optimale Mittelbeschaffung zur Durchführung des Wiener Aktionsprogramms wird sich das Zentrum für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung um die Unterstützung des Sekretariats des Finanzierungssystems bemühen.

l) Das Sekretariat wird nicht sehr groß sein, da es nach vereinbarten Verfahren die Einrichtungen und Dienste anderer Organisationen nutzt. Seine Verwaltungs- und Unterstützungskosten werden auch weiterhin aus freiwilligen Beiträgen bestritten.

m) An der Spitze des Sekretariats steht unter der Oberaufsicht des Administrators ein Sekretariatsleiter.

n) Der Sekretariatsleiter wird vom Generalsekretär auf Empfehlung des Generaldirektors für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und des Administrators des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen ernannt.

o) Der Sekretariatsleiter ist für die laufende Arbeit des Finanzierungssystems und für alle sonstigen Aktivitäten verantwortlich, die erforderlich sind, um die erfolgreiche Abwicklung aller Tätigkeiten zu gewährleisten, die entweder aus dem Grundstock oder aus den zusätzlichen Mitteln finanziert werden. Das Sekretariat des Exekutivrats wird vom Sekretariat des Finanzierungssystems wahrgenommen.

p) Mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen werden Vereinbarungen über die Bereitstellung von Verwaltungsdiensten getroffen. In dem Maße, in dem das Finanzierungssystem seine Tätigkeit ausweitet, werden Art und Modalitäten derartiger Vereinbarungen überprüft und evaluiert.

q) Den in Frage kommenden Sekretariatsgremien und zwischenstaatlichen Gremien werden auch weiterhin im Einklang mit den Verfahren und Vorschriften der Vereinten Nationen und des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen Berichte über Fragen der Finanzprüfung und Rechnungslegung vorgelegt.

15. Unter Berücksichtigung des zunehmenden Bedarfs der Entwicklungsländer werden die erforderliche Höhe der Ressourcen und die Arbeitsweise des Finanzierungssystems in regelmäßigen Abständen überprüft.

2. *beschließt ferner*, daß die obige Vereinbarung über die langfristigen finanziellen und institutionellen Regelungen für das Finanzierungssystem in Kraft tritt, sobald im Einklang mit der nachstehenden Ziffer 3 die Bestimmungen über den Finanzierungsplan und die institutionellen Regelungen für den Beschlußfassungsprozeß des Exekutivrats festgelegt worden sind; bis dahin gelten die derzeitigen Geschäftsverfahren des Finanzierungssystems;

3. *beschließt weiterhin*, daß zu Beginn des Jahres 1983 folgende Sonderregelungen getroffen werden müssen:

a) Der Zwischenstaatliche Ausschuß für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung tritt im Februar oder März 1983 zu einer einwöchigen Sondertagung zusammen, die folgende Aufgaben hat:

i) Beurteilung der Ressourcen des Finanzierungssystems für das Jahr 1983 und der Aussichten für die beiden anschließenden Jahre;

ii) Aufstellung der Bestimmungen des Finanzierungsplans und in diesem Zusammenhang auch der Regeln für das Abstimmungsverfahren des Exekutivrats;

iii) Bestätigung der Beiträge für 1983 (endgültige Beitragszusagen) und, wenn möglich, Beitragsankündigungen für 1984 und 1985;

b) Auf seiner fünften Tagung im Juni 1983 wird der Zwischenstaatliche Ausschuß für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung u.a. Mitglieder in den Exekutivrat des Finanzierungssystems des Finanzierungssystems der Vereinten Nationen für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung wählen.

115. Plenarsitzung
21. Dezember 1982

37/245 — Ernährungs- und Agrarsituation in Afrika

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) vom 1. Mai 1974 mit der Erklärung und dem Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, 3281 (XXIX) vom 12. Dezember 1974 mit der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten sowie 3362 (S-VII) vom 16. September 1975 über Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit,

mit tiefer Besorgnis feststellend, daß sich die Ernährungs- und Agrarsituation in Afrika im Laufe der letzten beiden Jahrzehnte drastisch verschlechtert hat, was einen Rückgang in der Pro-Kopf-Nahrungsmittelproduktion und ein Absinken des Durchschnittsverbrauchs an Nährstoffen auf einen Stand bereits unterhalb des lebensnotwendigen Mindestbedarfs wie auch eine besorgniserregende Zunahme der Zahl der an Unterernährung, Hunger und Hungersnot leidenden Menschen zur Folge hatte,

im Hinblick auf den hohen Vorrang, der im Aktionsplan von Lagos zur Durchführung der Strategie von Monrovia für die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas[217] der Ernährung und Landwirtschaft eingeräumt wurde,

angesichts dessen, daß sich die afrikanischen Länder entschlossen dafür einsetzen, ihre begrenzten Ressourcen im Einklang mit dem Aktionsplan von Lagos vorrangig für die Entwicklung der Landwirtschaft zu verwenden,

angesichts dessen, daß die Entwicklungsländer in erster Linie selbst für die Entwicklung der Nahrungsmittel- und Agrarproduktion verantwortlich sind und daß sie sich in zunehmendem Maße bemühen und dafür einsetzen, die Entwicklung ihres Nahrungsmittel- und Landwirtschaftssektors zu beschleunigen,

angesichts der Rolle, die die vom Welternährungsrat erarbeiteten Strategien für den Nahrungsmittelsektor für interessierte Entwicklungsländer spielen können, wenn es darum geht, einen integrierten Ansatz für die Steigerung der Nahrungsmittelproduktion, die Erhöhung des Verbrauchs und die Gewinnung der zusätzlich erforderlichen internationalen Mittel zu finden,

unter Begrüßung des Vorrangs, der bei den Beratungen der Staats- und Regierungschefs in den Jahren 1981 und 1982 der Entwicklung von Ernährung und Landwirtschaft eingeräumt wurde,

mit Interesse Kenntnis nehmend von den Feststellungen, zu denen die afrikanischen Minister für Ernährung und Landwirtschaft auf der vom Welternährungsrat am 16. und 17. März 1982 in Nairobi durchgeführten Regionalkonsultation für Afrika gelangt sind[218], wie auch von der besonderen Aufmerksamkeit, die die im November 1981 in Rom veranstaltete Ministerkonferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen und die vom 21.-24. Juni 1982 in Acapulco durchgeführte achte Ministertagung des Welternährungsrats[219] der Ernährung und der Landwirtschaft gewidmet haben,

in der Überzeugung, daß eine verstärkte internationale Unterstützung bei der Bekämpfung der Dürre, des Vordringens der Wüsten, der afrikanischen Tsetse-Krankheit bei Tieren, des Auftretens der afrikanischen Wanderheuschrecke und der Nachernteverluste neben anderen Problemen von grundlegender Bedeutung ist, wenn Afrika Eigenständigkeit im Ernährungsbereich erlangen soll,

ferner in der Überzeugung, daß ein gemeinschaftliches Vorgehen auf globaler Ebene den Bemühungen der afrikanischen Länder um die Überwindung des technologischen, führungstechnischen und finanziellen Rückstands, der die Nahrungsmittel- und Agrarproduktion in Afrika behindert, förderlich sein kann,

1. *nimmt mit Befriedigung Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs über die Ernährungs- und Agrarsituation in Afrika[220];

2. *bekräftigt* ihre Resolutionen 35/69 vom 5. Dezember 1980 und 36/186 vom 17. Dezember 1981 und fordert ihre baldige und uneingeschränkte Durchführung;

3. *bittet* alle afrikanischen Länder *eindringlich,* im Einklang mit ihren einzelstaatlichen Entwicklungsprogrammen und -prioritäten Maßnahmen zur erheblichen Steigerung ihrer Nahrungsmittel- und Agrarproduktion durchzuführen;

4. *bittet* die internationale Gemeinschaft *eindringlich,* in Unterstützung der unbedingt erforderlichen politischen Anpassungen, die die afrikanischen Regierungen im Rahmen des Aktionsplans von Lagos zur Durchführung der Strategie von Monrovia für die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas vornehmen müssen, ihre Hilfeleistung zu intensivieren, um die Nahrungsmitteldefizite in Afrika abzubauen, und dabei die auf der Regionalkonsultation des Welternährungsrats für Afrika von den afrikanischen Ministern für Ernährung und Landwirtschaft verabschiedeten und von der achten Ministertagung des Rats gebilligten Ergebnisse und Empfehlungen zu berücksichtigen;

5. *fordert* die internationale Gemeinschaft *auf,* die von afrikanischen Ländern auf nationaler, subregionaler und regionaler Ebene unternommenen Anstrengungen um die Steigerung der Nahrungsmittelproduktion weiterhin zu unterstützen, und zwar u.a. dadurch, daß die in Frage kommenden Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen, insbesondere der Internationale Agrarentwicklungsfonds, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und andere mit der Finanzierung der Agrarentwicklung befaßte Organisationen Afrika prioritär und langfristig zusätzliche finanzielle und technische Hilfe leisten und die

[217] A/S-11/14, Anhang I

[218] Vgl. *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 19* (A/37/19), Anhang III

[219] *Ebd., Beilage 19* (A/37/19)

[220] A/37/390

Weltbank dem Agrarsektor in Afrika verstärkt Kredite zur Verfügung stellt;

6. *fordert ferner* multilaterale und staatliche Institutionen *auf*, bei der Bereitstellung von für die Agrarentwicklung bestimmten Mitteln in Form von verlorenen Zuschüssen und Krediten zu Vorzugsbedingungen positiv und flexibel vorzugehen und dabei u.a. regelmäßig wiederkehrenden Folgekosten von Investitionen und den Kosten der Produktionsfaktoren Rechnung zu tragen;

7. *erkennt an*, welche Rolle die internationale Gemeinschaft, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, das Welternährungsprogramm und der Internationale Agrarentwicklungsfonds bei der Mobilisierung von Nahrungsmittelhilfe und von Hilfsmaßnahmen für den Agrarsektor in Afrika spielen, und ersucht derzeitige wie künftige Geberländer, die Ressourcen zur Deckung des afrikanischen Bedarfs im Bereich der Nahrungsmittelhilfe und der Entwicklung der Landwirtschaft zu erhöhen;

8. *ersucht* den Generalsekretär, der Wirtschaftskommission für Afrika im Rahmen der vorhandenen Mittel die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung zu stellen, damit diese in Absprache mit den in Frage kommenden Organisationen, wie z.B. der Ernährungs-und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen sowie anderen mit Ernährung und Landwirtschaft befaßten Organisationen und in Afrika ansässigen zwischenstaatlichen Institutionen unter Berücksichtigung der bereits vorliegenden bzw. laufenden Studien zu diesem Thema eine Übersicht über die in Afrika vorhandenen Nahrungsmittel- und Landwirtschaftstechnologien erstellen und den gegenwärtigen Rückstand ermitteln kann, wobei genau erfaßt werden sollte, welche Ressourcen vorhanden bzw. erforderlich sind, damit die Länder in der Region einen ersten Schritt auf dem Weg zur erfolgreichen Lösung des Nahrungsmittel- und Landwirtschaftsproblems tun können, und ersucht ihn, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung auf dem Wege über die zweite ordentliche Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats im Jahre 1983 einen Bericht vorzulegen;

9. *bittet* alle in Frage kommenden Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen, ihre Ausbildungsprogramme zur Schaffung nationaler Kapazitäten für die Vorbereitung, Durchführung, Überwachung und Auswertung von landwirtschaftlichen Entwicklungsprojekten in Afrika auszubauen;

10. *ersucht* den Generalsekretär, in Absprache mit der Organisation der afrikanischen Einheit und den in Frage kommenden Organen, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung einen Zwischenbericht über die Ernährungs- und Agrarsituation in Afrika sowie über die Durchführung dieser Resolution vorzulegen.

115. Plenarsitzung
21. Dezember 1982

37/246 – Internationales Jahr zur Mobilisierung finanzieller und technischer Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft in Afrika

Die Generalversammlung,

mit tiefer Besorgnis feststellend, daß die Ernährungs- und Agrarsituation in Afrika im Verlauf der vergangenen zwei Jahrzehnte eine drastische Verschlechterung erfahren hat, was einen Rückgang der Nahrungsmittelproduktion pro Kopf und ein Absinken des durchschnittlichen Ernährungsstandards auf einen Stand unterhalb des lebensnotwendigen Mindestbedarfs zur Folge hatte,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 35/69 vom 5. Dezember 1980 und 36/186 vom 17. Dezember 1981 über die kritische Ernährungs- und Agrarsituation in Afrika,

ferner unter Hinweis auf die einschlägigen Beschlüsse und Empfehlungen der Welternährungskonferenz[221],

weiterhin unter Hinweis auf Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1980/67 vom 25. Juli 1980, deren Anhang Richtlinien für internationale Jahre enthält,

insbesondere *unter Hinweis auf* Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1980/58 vom 24. Juli 1980 zum Bericht über die sechste Ministertagung des Welternährungsrats[222],

mit Rücksicht auf die tiefe Besorgnis, die in den von der Konferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen auf ihrer zwanzigsten Tagung verabschiedeten Beschlüssen über die Ernährungssituation und die Zukunft der Landwirtschaft in Afrika zum Ausdruck kommt[223],

in der Erkenntnis, daß alle Länder Afrikas im Einklang mit ihren nationalen Entwicklungsprogrammen und -prioritäten Maßnahmen treffen sollten, um ihre nationalen Ernährungs- und Landwirtschaftsprogramme u.a. durch nationale, subregionale und regionale Maßnahmen, darunter wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern, substantiell auszubauen,

angesichts dessen, daß sich die afrikanischen Länder entschlossen dafür einsetzen, im Einklang mit dem Aktionsplan von Lagos zur Durchführung der Strategie von Monrovia für die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas[224] ihre begrenzten Ressourcen vorrangig für die Entwicklung des Nahrungsmittel- und Agrarsektors zu verwenden,

besonders darauf hinweisend, daß die gegenwärtige Nahrungsmittelknappheit zeigt, wie viele Länder in der Region nach wie vor für Ernährungskrisen anfällig sind, die sich u.a. auf Mißernten, Dürre, Bodenerosion, das Vordringen der Wüste und hohe Nachernteverluste zurückführen lassen,

angesichts der Rolle, die die vom Welternährungsrat erarbeiteten Strategien für den Nahrungsmittelsektor für interessierte Entwicklungsländer spielen können, wenn es darum geht, einen integrierten Ansatz für die Steigerung der Nahrungsmittelproduktion, die Erhöhung des Verbrauchs und die Erlangung der zusätzlich erforderlichen internationalen Mittel zu finden,

mit Bedauern darüber, daß die Nahrungsmittelhilfe nicht ausgereicht hat, um der Nahrungsmittelnot in vielen afrikanischen Ländern begegnen zu können,

tief besorgt über das unverminderte Vordringen der Wüste in vielen Ländern Afrikas, wodurch das Nahrungsmittelproblem auf diesem Kontinent nach wie vor weiter verschärft wird,

---

[221] Vgl. *Report of the World Food Conference, Rome, 5-16 November 1974* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.75.II.A.3), Kap. II

[222] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Fünfunddreißigste Tagung, Beilage 19* (A/35/19)

[223] Vgl. Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, *Report of the Conference of FAO, Twentieth Session, Rome, 10-28 November 1979* (C 79/REP mit Korr.2), Ziffer 33

[224] Vgl. A/S-11/14, Anhang I

tief besorgt über die kritische Nahrungsmittelknappheit, von der viele Länder der afrikanischen Region gegenwärtig betroffen sind und die diese zum Schaden ihrer Gesamtentwicklung dazu zwingt, einen besorgniserregend großen Anteil ihrer knappen Devisen für die Einfuhr von Nahrungsmitteln aufzuwenden,

in der Überzeugung, daß substantielle und anhaltende internationale Anstrengungen von seiten der Regierungen sowie der Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen, der zwischenstaatlichen Gremien, nichtstaatlicher Organisationen und anderen Gremien die nationalen Anstrengungen zur Bekämpfung von Hunger und Unterernährung in Afrika beträchtlich unterstützen könnten,

ermutigt durch die Tatsache, daß die Staats- und Regierungschefs auf den 1981 und 1982 abgehaltenen Gipfelkonferenzen dem Ernährungs- und Landwirtschaftssektor hohen Vorrang eingeräumt haben,

1. *äußert die Auffassung*, daß ein internationales Jahr zur Mobilisierung finanzieller und technischer Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft in Afrika eine gute Gelegenheit bieten könnte, um die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf dieses Problem zu lenken, und ferner der Ingangsetzung eines Prozesses förderlich wäre, der zu einer bedeutenden Verbesserung der Situation in dieser Region führen würde;

2. *ersucht* den Generalsekretär, nach angemessenen Konsultationen mit den Regierungen, der Organisation der afrikanischen Einheit, der Wirtschaftskommission für Afrika, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, dem Welternährungsrat, dem Internationalen Agrarentwicklungsfonds und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen auf dem Weg über die zweite ordentliche Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats im Jahr 1983 der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung einen Zwischenbericht über die möglichen Auswirkungen der im Einklang mit den im Anhang zur Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1980/67 festgelegten Kriterien für die Begehung internationaler Jahre erfolgenden Erklärung eines internationalen Jahres vorzulegen, das der Mobilisierung finanzieller und technischer Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft in Afrika gewidmet wäre.

115. Plenarsitzung
21. Dezember 1982

37/247 – Nahrungsmittelprobleme

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) vom 1. Mai 1974 mit der Erklärung und dem Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, 3281 (XXIX) vom 12. Dezember 1974 mit der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten, 3362 (S-VII) vom 16. September 1975 über Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie 35/56 vom 5. Dezember 1980 mit der im Anhang enthaltenen Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen,

unter Hinweis auf die von der Welternährungskonferenz verabschiedete Universelle Erklärung über die endgültige Beseitigung von Hunger und Unterernährung[225] sowie das Aktionsprogramm der Weltkonferenz über Agrarreform und die Entwicklung ländlicher Gebiete[226],

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 34/110 vom 14. Dezember 1979 und 35/68 vom 5. Dezember 1980 über den Bericht des Welternährungsrats sowie 35/69 vom 5. Dezember 1980 über die Ernährungs- und Agrarsituation in Afrika, und ferner auf ihre Resolutionen 36/185 und 36/186 vom 17. Dezember 1981,

nach Behandlung des Berichts über die achte Ministertagung des Welternährungsrats[227] und des siebenten Jahresberichts des Ausschusses für Politiken und Programme der Nahrungsmittelhilfe[228],

mit dem Ausdruck ihres Dankes an die Regierung und das Volk von Mexiko dafür, daß sie als Gastgeber der vom 21. bis 24. Juni 1982 in Acapulco (Mexiko) abgehaltenen achten Ministertagung des Welternährungsrats aufgetreten sind und den Teilnehmern an dieser Tagung so großzügige Gastfreundschaft gewährt haben,

besorgt darüber, daß die anhaltende weltweite Rezession, die steigenden Produktionskosten, die hohen Zinsen und die Inflation sowie die wachsende internationale politische Spannung den Fortschritt auf dem Weg zur Verwirklichung der Ziele im Bereich der Nahrungsmittelpolitik, insbesondere in den Entwicklungsländern, aufhalten,

mit dem Ausdruck ihrer tiefen Besorgnis darüber, daß ein erheblicher Teil der materiellen und menschlichen Ressourcen der Welt nach wie vor für Rüstungszwecke verwendet wird, was sich nachteilig auf die internationale Sicherheit und auf die Bemühungen um die Errichtung der neuen internationalen Wirtschaftsordnung, darunter auch um die Lösung der Nahrungsmittelprobleme, auswirkt, und mit der Aufforderung an die Regierungen, im Hinblick auf eine echte Abrüstung wirksame Maßnahmen zu ergreifen, damit bisher für Rüstungszwecke verwendete Ressourcen verstärkt in den Dienst der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung vor allem der Entwicklungsländer und der Verbesserung ihrer Nahrungsmittelsituation gestellt werden können,

in der Erkenntnis, daß eine erhebliche Steigerung der Exporterlöse der Entwicklungsländer eine unabdingbare Voraussetzung für die ausreichende Finanzierung ihrer wirtschaftlichen Gesamtentwicklung und ihrer Importe von Nahrungsmitteln und Produktionsfaktoren für den Agrarsektor ist,

feststellend, daß alle Länder, insbesondere die entwickelten Länder, eine Politik verfolgen müssen, die auf eine Reduzierung und Beseitigung von Hindernissen gerichtet ist, damit eine Störung des internationalen Agrarhandels vermieden und Agrarexporten, vor allem aus Entwicklungsländern, der Zugang zu internationalen Märkten erleichtert wird,

bittet alle Länder *eindringlich* zu erwägen, ob nicht Verbesserungen am Allgemeinen Präferenzsystem vorgenommen und dabei auch weitere Agrarprodukte erfaßt werden könnten, vor allem wenn diese für die am wenigsten entwickelten Länder von Exportinteresse sind,

in der Erkenntnis, daß eine dauerhafte Lösung der Nahrungsmittel- und Agrarprobleme in den Entwicklungsländern nur dann gefunden werden kann, wenn

[225] *Report of the World Food Conference, Rome, 5-16 November 1974* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.75.II.A.3), Kap. I

[226] Vgl. Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, *Report of the World Conference on Agrarian Reform and Rural Development, Rome, 12-20 July 1979* (WCARRD/REP), Erster Teil

[227] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 19* (A/37/19)

[228] Vgl. E/1982/73

diese Länder im Rahmen von Strukturveränderungen in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen durch eine Steigerung ihrer Nahrungsmittel- und Agrarproduktion und durch Investitionen in diesem Bereich als Teil ihrer Gesamtentwicklung Fortschritte auf dem Weg zur Selbstversorgung erzielen,

nachdrücklich feststellend, daß im Rahmen der nationalen Wirtschaftsentwicklung der Entwicklung des Nahrungsmittelsektors der gebührende Vorrang eingeräumt werden muß,

tief besorgt angesichts der Tatsache, daß die Nahrungsmittelsituation in vielen Entwicklungsländern, insbesondere in den am wenigsten entwickelten Ländern, äußerst prekär ist und sich eine beängstigende Tendenz zu einer immer größeren Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten abzeichnet, jedoch gleichzeitig feststellend, daß die Nahrungsmittelproduktion im letzten Jahr weltweit zugenommen hat,

nachdrücklich darauf hinweisend, daß vor allem die afrikanischen Länder in Unterstützung unbedingt erforderlicher Anpassungen ihrer Politik im Rahmen des Aktionsplans von Lagos zur Durchführung der Strategie von Monrovia für die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas[224], bei ihren Bemühungen um die Umkehr der bestehenden Tendenz zur Abnahme der Nahrungsmittelproduktion und zur Zunahme von Hunger und Unterernährung in dieser Region sehr großer Hilfe der internationalen Gemeinschaft bedürfen,

besorgt über die durch die Produktions- und Preisfluktuation auf den internationalen Getreidemärkten verursachte anhaltende Unsicherheit in der Nahrungsmittelversorgung sowie über die zunehmende Gefährdung der Ernährungssicherheit in vielen Entwicklungsländern und die aufgrund der unsicheren Erträge der einheimischen Produzenten zurückgegangene Eigenständigkeit,

die Tatsache bedauernd, daß die internationale Hilfe für den Nahrungsmittel- und Landwirtschaftssektor in den Entwicklungsländern seit 1979 ständig abnimmt und heute weit hinter dem international veranschlagten Bedarf zurückbleibt,

1. *begrüßt* die vom Welternährungsrat auf seiner achten Ministertagung verabschiedeten Arbeitsergebnisse und Empfehlungen[229];

2. *nimmt mit Dank Kenntnis* vom siebenten Jahresbericht des Ausschusses für Politiken und Programme der Nahrungsmittelhilfe;

3. *spricht* den Entwicklungsländern, die aufgrund des entschlossenen Einsatzes von Politiken, Ressourcen und Technologien eine größere Eigenständigkeit bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln erreicht haben, ihre *Anerkennung aus* und drängt auf die Fortsetzung derartiger Bemühungen;

4. *fordert* die betreffenden Regierungen *auf*, im Rahmen ihrer nationalen Pläne und Zielsetzungen und im Einklang mit den auf der Weltkonferenz für Agrarreform und die Entwicklung ländlicher Gebiete verabschiedeten Empfehlungen Agrarreformen durchzuführen und für die Entwicklung ländlicher Gebiete zu sorgen;

5. *erklärt erneut*, daß es sehr wichtig ist, der multilateralen Hilfe zur Unterstützung der Nahrungsmittelproduktion und der Agrarentwicklung in den Entwicklungsländern einen wichtigeren Platz einzuräumen;

6. *bittet* die internationale Gemeinschaft *eindringlich*, bei der Verabschiedung multilateraler Maßnahmen auf dem Nahrungsmittelsektor die Probleme und Interessen der nahrungsmittelproduzierenden und -exportierenden Entwicklungsländer besonders zu berücksichtigen;

7. *erklärt erneut*, daß Ernährung ein universelles Menschenrecht ist, das die Regierungen ihren Völkern zu garantieren versuchen, und unterstreicht in diesem Zusammenhang ihr Festhalten an dem allgemeinen Grundsatz, daß Nahrungsmittel nicht als politisches Druckmittel verwendet werden sollten;

8. *äußert ihre Befriedigung darüber*, daß immer mehr Länder in ihrer Nahrungsmittelpolitik einschließlich der auf dem Nahrungsmittelsekter verfolgten Strategien zu einer integrierten Vorgangsweise übergegangen sind, was für die betreffenden Entwicklungsländer eine Möglichkeit ist, ihre eigenen Prioritäten wirksam in die Tat umzusetzen und im Rahmen ihrer nationalen Pläne und Prioritäten mehr technische und finanzielle Ressourcen und mehr Unterstützung von seiten internationaler Entwicklungshilfeorganisationen zu mobilisieren;

9. *ersucht* die entwickelten Länder, die internationalen Institutionen und andere, die zur Leistung von Entwicklungshilfe in der Lage sind, erheblich mehr und qualitativ bessere internationale Hilfe für den Nahrungsmittelsektor der Entwicklungsländer bereitzustellen, deren erforderlicher Anteil an Auslandshilfe auf der Grundlage der Preise von 1975 schätzungsweise 8,3 Milliarden US-Dollar beträgt und bis 1990 auf 12,5 Milliarden US-Dollar ansteigen wird;

10. *begrüßt* die Bemühungen der Internationalen Arbeitsorganisation, des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, des Welternährungsprogramms und der Geberländer um die Mobilisierung technischer und finanzieller Unterstützung für besondere arbeitsintensive Programme für öffentliche Arbeiten in Entwicklungsländern, insbesondere in den am wenigsten entwickelten Ländern, durch die dazu beigetragen wird, das Potential dieser Länder für die Nahrungsmittelproduktion zu erschließen, mehr Arbeitsplätze zu schaffen und Einkommensmöglichkeiten im ländlichen Sektor zu fördern;

11. *bittet* die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, den Internationalen Agrarentwicklungsfonds, das Welternährungsprogramm, die Weltbank, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, andere in Frage kommende internationale Organisationen und die Geberländer *eindringlich*, ihre Maßnahmen zur Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Durchführung ihrer Strategien, Pläne und Programme auf dem Nahrungsmittelsektor auszubauen;

12. *bittet* die betreffenden Regierungen, in Verbindung mit produktiven Entwicklungsmaßnahmen im Rahmen ihrer nationalen Strategien und Politiken direkte Maßnahmen zur Bekämpfung des Hungers zu ergreifen, darunter eine verstärkte Unterstützung der ländlichen Entwicklung zugunsten von Kleinbauern und kleinen Genossenschaften, die besondere Berücksichtigung der Bedürfnisse von Bäuerinnen, Investitionen in menschliche Arbeitskraft durch Programme für Mütter und Kinder, die Schaffung von produktiven Arbeitsplätzen für arme Familien ohne Land und verstärkte Nahrungsmittelhilfe;

13. *begrüßt* den Beschluß des Welternährungsrats, unter Berücksichtigung des Berichts des Ausschusses für

[229] Vgl. *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 19* (A/37/19), Erster Teil

Politiken und Programme der Nahrungsmittelhilfe[230] besonders darauf zu achten, daß die Nahrungsmittelhilfe immer unmittelbarer in die nationalen Pläne zur Bekämpfung des Hungers einbezogen wird und daß wirksamere Mittel gefunden werden, um die Nahrungsmittelproduktion zu steigern;

14. *bittet* gegenwärtige und künftige Geberländer *eindringlich*, unverzüglich die von der Welternährungskonferenz im Jahr 1974[231] angesetzte jährliche Mindestmenge von 10 Millionen Tonnen Getreide zu erreichen und dafür zu sorgen, daß wie 1981 die jährliche Mindestmenge von 500.000 Tonnen Getreide für die Internationale Nahrungsmittelnotreserve sowie der für 1983-1984 festgesetzte Zielbetrag des Welternährungsprogramms von 1,2 Milliarden US-Dollar erreicht wird;

15. *bittet eindringlich darum*, daß – wo dies in Frage kommt – bei der Durchführung von Politiken und Programmen der Nahrungsmittelhilfe mehr Nahrungsmittel und landwirtschaftliche Produkte aus nahrungsmittelexportierenden Entwicklungsländern bezogen werden, u.a. auch durch Dreiecksgeschäfte,

16. *anerkennt*, daß die Entwicklungsländer mehr Nahrungsmittel produzieren und sich im Nahrungsmittelbereich weitgehend selbst versorgen müssen, wenn sie Hunger und Unterernährung überwinden wollen, und daß in diesem Zusammenhang der Nahrungsmittelhilfe nur eine vorübergehende Rolle zukommt;

17. *bittet* die internationale Gemeinschaft *eindringlich*, im Hinblick auf eine Linderung der Nahrungsmittelknappheit in Afrika unter Berücksichtigung der Arbeitsergebnisse und Empfehlungen, die von den afrikanischen Ernährungs- und Landwirtschaftsministern auf der am 16. und 17. März 1982 in Nairobi abgehaltenen Regionalen Konsultationsrunde des Welternährungsrats für Afrika verabschiedet und auf der achten Ministertagung des Rats befürwortet wurden, die afrikanischen Regierungen bei unbedingt erforderlichen Anpassungen ihrer Politik im Rahmen des Aktionsplans von Lagos zur Durchführung der Strategie von Monrovia für die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas[232] verstärkt zu unterstützen, und zwar insbesondere

a) durch die beschleunigte Durchführung und Finanzierung nationaler Nahrungsmittelstrategien unter besonderer Betonung politischer Grundsatzmaßnahmen, vor allem von Politiken, durch die die Anreize für Erzeuger verbessert werden und der Lebensstandard der Landbevölkerung gesteigert wird;

b) durch die Beschleunigung der Ausbildung in Fragen der Planung der Nahrungsmittelpolitik und der Vorbereitung und Verwaltung von Investitionen;

c) durch eine wesentliche Erhöhung der technischen und materiellen Unterstützung für anpassungsorientierte Forschung, Technologie und damit zusammenhängende Dienstleistungen zugunsten von Landwirten, mit Schwergewicht auf baldigen, kostengünstigen Verbesserungen in den Anbaumethoden;

d) durch verbesserte Infrastrukturen für die Ernährungssicherung, einschließlich Transport, Lagerung und Vermarktung;

18. *bittet* die entwickelten Länder und andere, die dazu in der Lage sind, *ferner eindringlich*, den Entwicklungsländern verstärkt dabei zu helfen, die nötigen technologischen Fortschritte im Nahrungsmittel- und Agrarbereich zu erzielen und diejenigen Agrarindustrien zu entwickeln, die zur Lösung von Nahrungsmittelproblemen beitragen können;

19. *erklärt*, daß die agrarwissenschaftliche Forschung bei der Förderung der Landwirtschaft, der Erzeugung, Weiterverarbeitung und Lagerung von Nahrungsmitteln sowie bei der Reduzierung von Nahrungsmittel- und Getreideverlusten eine bedeutende Rolle spielt, und bittet alle Staaten sowie die mit diesen Fragen befaßten internationalen Organisationen und Institutionen eindringlich, ihre Kapazitäten im Bereich der agrarwissenschaftlichen Forschung auszubauen und wirksame Maßnahmen zur Förderung des Transfers von Agrartechnologien an die Entwicklungsländer zu ergreifen;

20. *erklärt*, daß die beste Methode zur Schaffung einer soliden Grundlage für weltweite Ernährungssicherheit in erfolgreichen nationalen Programmen zur Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln durch eine Steigerung der Nahrungsmittel- und Agrarproduktion und der entsprechenden Investitionen in den Entwicklungsländern sowie in einem offeneren und stabileren Welthandel sowie einer Sicherung der Versorgung besteht;

21. *nimmt mit Interesse zu Kenntnis*, daß der Welternährungsrat auf seiner achten Ministertagung mit Anerkennung den Vorschlag einer den Entwicklungsländern gehörenden Reserve aufgenommen hat, die den Bedürfnissen einzelner Entwicklungsländer nach Ernährungssicherung sowie der Erhöhung der Stabilität des Getreidemarkts den Vorrang gibt, und fordert in diesem Zusammenhang den Welternährungsrat auf, bei seiner nächsten Tagung die Vorschläge für Möglichkeiten zum Aufbau von Ernährungssicherungsreserven, die er von seinem Exekutivdirektor erbeten hat[233], zu prüfen;

22. *äußert sich besorgt* darüber, daß in verschiedenen Verhandlungsforen nur unzureichende Fortschritte in bezug auf Vorschläge zur Reduzierung und Beseitigung der verschiedenartigen Schranken für den Handel mit Agrarprodukten – insbesondere mit denjenigen, an deren Export die Entwicklungsländer interessiert sind – erzielt wurden und fordert, daß in diesen Foren in dieser Hinsicht baldige Maßnahmen ergriffen werden, die u.a. leistungsfähigere Produktionsstrukturen ermöglichen;

23. *nimmt mit großer Sorge Kenntnis* von der anhaltenden Instabilität und Abwärtstendenz bei den Preisen vor allem von Entwicklungsländern produzierter agrarischer Grundstoffe, durch die die Produktion dieser Grundstoffe in diesen Ländern beeinträchtigt wird;

24. *stellt fest*, daß die Vertragsparteien des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens auf ihrer vor kurzem abgehaltenen Ministertagung in Anerkennung der dringenden Notwendigkeit, dauerhafte Lösungen für die Probleme des Agrarhandels zu finden, übereingekommen sind, einen Ausschuß für Agrarhandel einzurichten, der u.a. alle Maßnahmen, die sich auf Handel und Versorgung mit Agrarprodukten, deren Marktzugang und Wettbewerb auswirken, prüfen und dabei im Lichte der Bestimmungen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens, in denen für diese Vertragsparteien eine differenziertere und günstigere Behandlung vorgesehen ist, die besonderen Bedürfnisse der Entwicklungsländer voll berücksichtigen soll;

25. *stellt ferner fest*, daß es den Vertragsparteien des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens auf der genannten Tagung nicht gelungen ist, ihre unterschiedli-

[230] *Ebd.*, Erster Teil, Ziffer 12

[231] Vgl. *Report of the World Food Conference, Rome, 5-16 November 1974* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.75.II.A.3), Kap. II, Resolution XVII, Ziffer 2

[232] Vgl. *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 19* (A/37/19), Anhang III

[233] *Ebd., Beilage 19* (A/37/19), Erster Teil, Ziffer 26

chen Auffassungen zu bestimmten Sachfragen des Agrarhandels miteinander in Einklang zu bringen;

26. *stellt mit tiefer Sorge fest*, daß nur geringfügige Fortschritte auf dem Weg zur Lösung der bereits seit langem anstehenden Probleme des internationalen Agrarhandels wie u.a. dem Zugang zu internationalen Märkten für Agrarexporte erzielt wurden, Probleme, die die Produktion und die Exporte vor allem der Entwicklungsländer beeinträchtigen und deren Lösung einen bedeutenden Beitrag zur Verbesserung der allgemeinen weltweiten Nahrungsmittelerzeugung darstellen könnte;

27. *bittet* die entwickelten Länder *eindringlich*, sich mit allen ihren Kräften um die Anpassung derjenigen Sektoren ihrer Landwirtschaft und Industrie zu bemühen, die in diesen Ländern Unterstützung gegenüber Exporten aus den Entwicklungsländern benötigen, und somit u.a. Nahrungsmittel- und Agrarprodukten Zugang zu den Märkten zu ermöglichen;

28. *bittet* die internationale Gemeinschaft *eindringlich*, die am 1. Juni 1979 verabschiedete Resolution 105 (V) der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen über den internationalen Nahrungsmittelhandel[234] durchzuführen, und bittet die Konferenz in diesem Zusammenhang, auf ihrer sechsten Tagung die hierbei erzielten Fortschritte zu überprüfen;

29. *ersucht* die in Frage kommenden internationalen Organisationen, insbesondere die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, den Internationalen Agrarentwicklungsfonds, die Weltbank, das Welternährungsprogramm und das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen sowie die entwickelten Länder, die Entwicklungsländer bei ihren Bemühungen um die Durchführung von Programmen und Projekten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern in den Sektoren Nahrungsmittelproduktion, Ernährungssicherheit und Handel mit Nahrungsmitteln weiterhin zu unterstützen;

30. *betont*, daß es gut wäre, wenn die in den verschiedenen internationalen Foren in bezug auf Welternährungsprobleme stattfindenden Bemühungen koordiniert würden;

31. *begrüßt* den Beschluß des Welternährungsrats, anläßlich seiner zehnten Tagung im Jahr 1984 eine besondere Bewertung der im Hinblick auf die Verwirklichung der Ziele der Welternährungskonferenz des Jahres 1974 erzielten Fortschritte[235] und der hierzu noch zu lösenden Aufgaben vorzunehmen, und ersucht den Rat, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung über den Fortgang der Vorkehrungen für die Einberufung der zehnten Tagung zu berichten.

115. Plenarsitzung
21. Dezember 1982

37/248—Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Koordinierungskonferenz für die Entwicklung des südlichen Afrika

Die Generalversammlung,

nach Anhörung der vom Vertreter Botswanas in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Koordinierungskonferenz für die Entwicklung des südlichen Afrika im Namen der Mitgliedstaaten der Konferenz (Angola, Botswana, Lesotho, Malawi, Mosambik, Sambia, Simbabwe, Swasiland und Vereinigte Republik Tansania) abgegebenen Erklärung[236],

im Hinblick darauf, daß die Mitgliedstaaten der Koordinierungskonferenz für die Entwicklung des südlichen Afrika es sich zum Ziel gesetzt haben, ihre Wirtschaften zu stärken, ihre wirtschaftliche Abhängigkeit nicht nur, aber insbesondere von Südafrika zu verringern, Verbindungen zwischen den Mitgliedstaaten zu schaffen, um eine echte und ausgewogene regionale Integration zu erreichen, Ressourcen zur Durchführung nationaler, zwischenstaatlicher und regionaler Politiken zu mobilisieren und ihre Maßnahmen zur Sicherung der internationalen Zusammenarbeit im Rahmen der Strategie für die wirtschaftliche Befreiung zu harmonisieren,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) vom 1. Mai 1974 mit der Erklärung und dem Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, 3281 (XXIX) vom 12. Dezember 1974 mit der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten, 3362 (S-VII) vom 16. September 1975 über Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und 35/56 vom 5. Dezember 1980 mit der im Anhang enthaltenen Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 35/66 B vom 5. Dezember 1981 und Abschnitt II von Resolution 36/182 vom 17. Dezember 1981 über die Dekade für die industrielle Entwicklung Afrikas sowie auf die Resolutionen 36/180 vom 17. Dezember 1981 über Sondermaßnahmen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Afrikas in den achtziger Jahren, 36/177 vom 17. Dezember 1981 über die Verkehrs- und Kommunikationsdekade in Afrika, 35/58 vom 5. Dezember 1980 über spezifische Maßnahmen im Zusammenhang mit den besonderen Bedürfnissen und Problemen der Entwicklungsländer in Binnenlage und 36/194 vom 17. Dezember 1981, in der sie sich das Neue substantielle Aktionsprogramm für die achtziger Jahre zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder zu eigen machte[237],

weiterhin unter Hinweis auf Ziffer 26 der Resolution 36/121 B vom 10. Dezember 1981, in der sie den Generalsekretär ersuchte, in Absprache mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen ein umfassendes Hilfsprogramm für die Nachbarstaaten Südafrikas und Namibias auszuarbeiten, mit dem Ziel, diesen Staaten den Weg zur vollen Eigenständigkeit zu ebnen,

in Anerkennung dessen, daß diese Staaten in erster Linie selbst für ihre Entwicklung verantwortlich sind und daß sich die Mitgliedstaaten der Koordinierungskonferenz für die Entwicklung des südlichen Afrika immer mehr für die Verwendung eigener Ressourcen zur Durchführung ihrer Programme einsetzen,

unter Begrüßung der Initiative, die die Mitgliedstaaten der Koordinierungskonferenz für die Entwicklung des südlichen Afrika, von denen einige zu den am wenigsten entwickelten Ländern und zu den Entwicklungsländern in Binnenlage gehören, ergriffen haben, um eine integrierte und koordinierte regionale Wirtschaftsstrategie durchzuführen, deren Ziel die kollektive Eigenständig-

[234] Vgl. *Proceedings of the United Nations Conference on Trade and Development, Fifth Session*, Vol. I, *Report and Annexes* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.79.II.D.14), Erster Teil, Abschnitt A

[235] Vgl. *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 19* (A/37/19), Zweiter Teil, Ziffer 126

[236] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Second Committee*, Ziffer 32-37

[237] *Report of the United Nations Conference on the Least Developed Countries, Paris, 1-14 September 1981* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.82.I.8), Erster Teil, Abschnitt A

keit und selbständige Entwicklung im Einklang mit dem Aktionsplan von Lagos zur Verwirklichung der Strategie von Monrovia für die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas[238] ist,

mit Dank für die von der internationalen Gemeinschaft geleistete Hilfe und die von ihr angekündigten Beiträge für Projekte, die in den Rahmen der Koordinierungskonferenz für die Entwicklung des südlichen Afrika fallen,

überzeugt, daß eine erhöhte wirtschaftliche Eigenständigkeit der Mitgliedstaaten der Koordinierungskonferenz für die Entwicklung des südlichen Afrika zum Kampf gegen die Apartheidpolitik Südafrikas beitragen würde,

1. *erkennt* die Koordinierungskonferenz für die Entwicklung des südlichen Afrika als subregionale Organisation *an*, deren Tätigkeit mit den in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Zielen und Grundsätzen in Einklang steht;

2. *erkennt an*, daß die beteiligten Mitgliedstaaten der Koordinierungskonferenz für die Entwicklung des südlichen Afrika das Mandat erteilt haben, die in den Zuständigkeitsbereich der Konferenz fallenden Projekte und Programme zu koordinieren;

3. *ersucht* den Generalsekretär, geeignete Maßnahmen zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Organen, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen und der Koordinierungskonferenz für die Entwicklung des südlichen Afrika zu treffen;

4. *ersucht* die Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen, bei der Aufstellung ihrer Programme die Notwendigkeit eines weiteren Ausbaus ihrer Zusammenarbeit mit der Koordinierungskonferenz für die Entwicklung des südlichen Afrika zu berücksichtigen;

5. *ersucht ferner* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution zu berichten.

115. Plenarsitzung
21. Dezember 1982

37/249 – Langfristige Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 3508 (XXX) vom 15. Dezember 1975, durch die sie innerhalb des Systems der Vereinten Nationen die Einführung von Analysen zur Untersuchung langfristiger Tendenzen in der weltweiten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung empfahl,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) vom 1. Mai 1974 mit der Erklärung und dem Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, in denen die Grundlagen für die neue internationale Wirtschaftsordnung enthalten sind, Resolution 2281 (XXIX) vom 12. Dezember 1974 mit der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten, Resolution 3362 (S-VII) vom 16. Dezember 1975 über Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie auf die im Anhang zu Resolution 35/56 vom 5. Dezember 1980 enthaltene Internationale Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen,

ferner unter Hinweis darauf, daß in ihrer Resolution 34/57 vom 29. November 1979, ihrem Beschluß 36/423 vom 4. Dezember 1981 sowie in Wirtschafts- und Sozialratsbeschluß 1981/200 vom 2. November 1981 eine Überprüfung des Standes der Verwirklichung von Resolution 34/57 durch die Generalversammlung gefordert wird, und in Kenntnisnahme des Ratsbeschlusses 1982/172 vom 29., Juli 1982,

darauf verweisend, daß die internationale Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung aufgrund der langfristigen Konsequenzen der derzeit herrschenden wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen und Tendenzen in der Weltwirtschaft und insbesondere in den Volkswirtschaften der Entwicklungsländer mit außerordentlicher Dringlichkeit verstärkt und ausgebaut werden muß,

erneut erklärend, daß langfristige Perspektiven insofern von Bedeutung sind, als sie den Politiken und Entscheidungsprozessen im Zusammenhang mit den Entwicklungsstrategien und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf nationaler, regionaler und globaler Ebene Anstöße verleihen,

eingedenk der vom Ausschuß für Entwicklungsplanung auf seiner sechzehnten Tagung geäußerten Ansichten[239], insbesondere der Ansicht, daß langfristige Perspektiven den koharenten Rahmen für konzertierte entwicklungspolitische Maßnahmen, vor allem zur leichteren Durchführung der in der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen vorgesehenen entwicklungspolitischen Maßnahmen bilden sollten,

sich dessen bewußt, daß es sehr wichtig ist, die internationalen Wirtschaftsbezeiehungen vor negativen Auswirkungen politischer Spannungen zu schützen und das Vertrauen zwischen den Nationen bei ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu stärken, indem diese Zusammenarbeit auf eine langfristige stabile Basis gestellt wird,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs über den umfassenden sozio-ökonomischen Ausblick auf die weltwirtschaftliche Entwicklung bis zum Jahr 2000[240] und von den Fortschritten, die bei der Durchführung von Generalversammlungsresolution 34/57 gemacht wurden;

2. *begrüßt* die von den Mitgliedstaaten und den in Frage kommenden Organisationen, Organen und Gremien der Vereinten Nationen geleisteten Beiträge zur Durchführung der diesbezüglichen Bestimmungen in Generalversammlungsresolution 345/57 und Wirtschafts- und Sozialratsbeschluß 1981/200,

3. *ersucht* den Generalsekretär, den nächsten umfassenden Bericht über den sozio-ökonomischen Ausblick mit Unterstützung des Ausschusses für Entwicklungsplanung und in Absprache mit den zuständigen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen im Jahr 1985 auszuarbeiten und ihn über die zweite ordentliche Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats im Jahr 1985 der vierzigsten Tagung der Generalversammlung vorzulegen;

4. *beschließt*, daß der allgemeine sozio-ökonomische Ausblick auf die weltwirtschaftliche Entwicklung bis zum Jahr 2000 revidiert und aktualisiert werden soll, damit er beim Überprüfungs- und Bewertungsprozeß für die Internationale Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen als allge-

[238] A/S-11/14, Anhang I

[239] Vgl. *Official Records of the Economic and Social Council, 1980, Supplement No. 2* (E/1980/3), Ziffer 159

[240] A/37/211 mit Korr.1, 2 und 4 und Add.1

meine Informationsgrundlage herangezogen werden kann;

5. *bittet* den Ausschuß für Entwicklungsplanung, den Inhalt des Berichts über den umfassenden sozioökonomischen Ausblick auf die Weltwirtschaft bis zum Jahr 2000 bei der regulären Wahrnehmung seiner künftigen Aufgaben voll zu berücksichtigen;

6. *beschließt,* den Punkt "Langfristige Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung" in die vorläufige Tagesordnung ihrer vierzigsten Tagung aufzunehmen und auf dieser Tagung über Nutzen und Zeitabstand für die Vorlage künftiger umfassender Berichte zu entscheiden;

7. *fordert* alle Staaten sowie die in Frage kommenden Organisationen, Organe und Gremien der Vereinten Nationen *auf,* in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich zur Befolgung der vorliegenden Resolution beizutragen.

115. Plenarsitzung
21. Dezember 1982

37/250 – Unverzügliche Durchführung des Aktionsprogramms von Nairobi für die Erschließung und Nutzung neuer und erneuerbarer Energiequellen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) vom 1. Mai 1974 mit der Erklärung und dem Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, 3281 (XXXIX) vom 12. Dezember 1974 mit der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten sowie 3362 (S-VII) vom 16. September 1975 über Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 35/56 vom 5. Dezember 1980 mit der im Anhang enthaltenen Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen,

weiterhin unter Hinweis auf ihre Resolutionen 33/148 vom 20. Dezember 1978, 34/190 vom 18. Dezember 1979 und 35/204 vom 16. Dezember 1980, auf die Wirtschafts- und Sozialratsresolutionen 2119 (LXIII)) vom 4. August 1977, 1978/61 vom 3. August 1978 und 1979/66 vom 3. August 1979 sowie auf den Ratsbeschluß 1980/187 vom 25. Juli 1980 über die Einberufung und Vorbereitung der Konferenz der Vereinten Nationen über neue und erneuerbare Energiequellen,

überzeugt von der Wichtigkeit der Erschließung neuer und erneuerbarer Energiequellen als Beitrag dafür, daß – u.a. durch den Übergang von der gegenwärtigen, hauptsächlich auf Kohlenwasserstoffen basierenden Weltwirtschaft zu einer zunehmend auf neue und erneuerbare Energiequellen gestützten Wirtschaft – insbesondere in den Entwicklungsländern die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß die wirtschaftliche und soziale Entwicklung weitergeführt werden kann,

erneut erklärend, daß die Verantwortung für die Förderung der Erschließung und Nutzung neuer und erneuerbarer Energiequellen in erster Linie bei den einzelnen Ländern selbst liegt, daß die internationale Zusammenarbeit dabei unerläßlich ist und darauf ausgerichtet sein sollte, die Eigenanstrengungen der einzelnen Staaten zu fördern und zu unterstützen, daß die entwickelten Länder die besondere Aufgabe haben, aktiv auf dieses Ziel hinzuwirken, und daß andere Länder, die dazu in der Lage sind, solche Bemühungen ebenfalls weiter fördern sollten,

ferner erneut erklärend, daß das System der Vereinten Nationen durch geeignete institutionelle Regelungen sowie durch angemessene zusätzliche Ressourcen voll an der Durchführung des Aktionsprogramms von Nairobi für die Erschließung und Nutzung neuer und erneuerbarer Energiequellen[241] mitwirken und diese Durchführung voll unterstützen sollte, und daß unbedingt eine größere Aufgeschlossenheit des Systems für diese Aufgabe erforderlich ist,

sich der Notwendigkeit *bewußt,* dringend konzertierte Maßnahmen zur Mobilisierung angemessener zusätzlicher Ressourcen für die Durchführung des Aktionsprogramms von Nairobi zu ergreifen und zu diesem Zweck die Zusammenarbeit und effektive Arbeitskoordinierung zwischen den Organen, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen sowie allen im Bereich der neuen und erneuerbaren Energiequellen tätigen Sonderorganisationen* und Institutionen sicherzustellen,

unter Hinweis darauf, daß die auf das Gebiet der neuen und erneuerbaren Energiequellen spezialisierten zwischenstaatlichen Organisationen und Institutionen zur Zusammenarbeit aufgefordert sind, damit das gemeinsame Vorgehen der internationalen Gemeinschaft gestärkt wird und für die Bereitstellung weiterer Ressourcen zur Erschließung neuer und erneuerbarer Energiequellen gesorgt ist, daß nationale Privatkörperschaften interessierter Länder den Gegebenheiten entsprechend eine Rolle zu spielen haben und daß in bestimmten Ländern auch nichtstaatlichen Körperschaften eine bedeutende Rolle zukommen wird,

unter Hinweis auf ihre Resolution 367/193 vom 17. Dezember 1981, in der sie sich u.a. dem Aktionsprogramm von Nairobi anschloß, alle Regierungen sowie die Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen eindringlich bat, wirksame Maßnahmen zur Durchführung des Programms zu ergreifen, und die Notwendigkeit betonte, auf ihrer siebenunddreißigsten Tagung den endgültigen Beschluß über geeignete institutionelle Regelungen zur Durchführung des Programms zu fassen,

die Bedeutung der subregionalen, regionalen und interregionalen Bemühungen um die Durchführung des Aktionsprogramms von Nairobi *betonend,*

in Kenntnisnahme des Berichts des Interimsausschusses für neue und erneuerbare Energiequellen[242], der vom 7. bis 18. Juni 1982 in Rom getagt hat,

ferner in Kenntnisnahme des in Generalversammlungsresolution 36/193 geforderten Berichts des Generalsekretärs[243],

I

Aktionsprogramm von Nairobi für die Erschließung und Nutzung neuer und erneuerbarer Energiequellen

1. *bekräftigt* die Bedeutung und Wichtigkeit des Aktionsprogramms von Nairobi für die Erschließung und

* Vgl. die Fußnote auf S. 130

[241] *Report of the United Nations Conference on New and Renewable Sources of Energy, Nairobi, 10-21 August 1981* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.81.I.24), Kap. I, Abschnitt A

[242] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 47* (A/37/47 mit Korr.1)

[243] A/37/574

Nutzung neuer und erneuerbarer Energiequellen und fordert die baldige, wirksame Durchführung des Programms gemäß Generalversammlungsresolution 36/193;

2. *spricht* der Regierung und dem Volk Italiens *ihre Anerkennung und ihren Dank* für ihre ausgezeichneten Einrichtungen und großzügige Gastfreundschaft bei der vom 7. bis 18. Juni 1982 in Rom abgehaltenen Tagung des Interimsausschusses für neue und erneuerbare Energiequellen *aus*,

3. *stellt mit Bedauern fest*, daß der Ausschuß sein grundlegendes Ziel – die in Resolution 36/193 Abschnitt II Ziffer 3 geforderte sofortige Inangriffnahme der Durchführung des Aktionsprogramms von Nairobi – nicht voll verwirklichen konnte;

4. *beschließt*, daß die Vorschläge und Empfehlungen des Verwaltungsausschusses für Koordinierung zu aktionsorientierten Plänen und Programmen für die Ausführung des Aktionsprogramms von Nairobi[244] einen nützlichen Rahmen für einzeln oder gemeinsam zu ergreifende Anschlußmaßnahmen der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen an das Programm darstellen;

5. *ersucht* die Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen, sich sowohl im kurzfristigen als auch im mittel- und langfristigen Rahmen voll an der Durchführung des Aktionsprogramms von Nairobi zu beteiligen und diese zu unterstützen, insbesondere zum Nutzen der Entwicklungsländer und im Einklang mit deren nationalen Plänen und Prioritäten;

6. *fordert* alle auf das Gebiet der neuen und erneuerbaren Energiequellen spezialisierten zwischenstaatlichen Organisationen und Institutionen *auf*, die Durchführung des Aktionsprogramms von Nairobi zu unterstützen;

7. *bittet* alle in Frage kommenden nichtstaatlichen Organisationen in den Entwicklungsländern wie auch in den entwickelten Ländern, die Durchführung des Aktionsprogramms von Nairobi zu unterstützen und einen Beitrag zu dieser zu leisten;

II

Ausschuss für die Erschliessung und Nutzung neuer und erneuerbarer Energiequellen

1. *beschließt* die Einsetzung eines zwischenstaatlichen Ausschusses für die Erschließung und Nutzung neuer und erneuerbarer Energiequellen, der allen Staaten zur Teilnahme als Vollmitglieder offensteht;

2. *schließt sich* der Empfehlung der Konferenz der Vereinten Nationen über neue und erneuerbare Energiequellen *an*, der zufolge sich die Mitgliedstaaten in dem Ausschuß auf hoher Ebene vertreten lassen sollten;

3. *beschließt*, daß der Ausschuß alle zwei Jahre in den geraden Jahren zusammentritt, seine erste ordentliche Tagung jedoch ausnahmsweise im zweiten Quartal 1983 abhält,

4. *beschließt ferner*, daß der Ausschuß seine Berichte und Empfehlungen der Generalversammlung auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat vorlegt, der der Versammlung die ihm erforderlich erscheinenden Stellungnahmen zu dem Bericht übermitteln kann;

5. *beschließt*, daß der Ausschuß die Generalversammlung u.a. dabei unterstützt,

a) auf der Grundlage des Aktionsprogramms von Nairobi aufbauende Grundsatzrichtlinien für die einzelnen Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen in bezug auf neue und erneuerbare Energiequellen zu empfehlen;

b) in Übereinstimmung mit den in Ziffer 47 bis 56 dieses Programms genannten Schwerpunktgebieten aktionsorientierte Pläne und Programme zur Ausführung des Aktionsprogramms von Nairobi auszuarbeiten und zu empfehlen;

c) die in Ziffer 47 bis 56 des Aktionsprogramms von Nairobi festgelegten Prioritäten laufend zu überprüfen und erforderlichenfalls zu modifizieren;

d) Tendenzen und Grundsatzmaßnahmen im Zusammenhang mit der Erschließung und Nutzung neuer und erneuerbarer Energiequellen zu überprüfen und zu bewerten mit dem Ziel, deren Anteil an der Deckung des künftigen Gesamtenergiebedarfs zu erhöhen;

e) die Aufbringung der für die Durchführung des Aktionsprogramms von Nairobi benötigten Mittel zu fördern;

f) Richtlinien für die mit Finanzfragen befaßten Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen für die Finanzierung von Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Durchführung der Maßnahmen des Aktionsprogramms von Nairobi zu empfehlen und dabei zu helfen, daß die Durchführung der in Abschnitt III des Programms über Finanzmittel aufgezählten Maßnahmen gewährleistet ist;

g) die Durchführung der im Aktionsprogramm von Nairobi festgelegten Maßnahmen sowie der Aktivitäten der Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der neuen und erneuerbaren Energiequellen zu überwachen und zur Gewährleistung der Koordinierung beizutragen;

h) über die Arbeit und die Fachkenntnisse staatlicher und anderer zwischenstaatlicher Institutionen auf dem Gebiet der neuen und erneuerbaren Energiequellen unterrichtet zu sein, diese heranzuziehen und zu ihnen beizutragen;

i) die Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der neuen und erneuerbaren Energiequellen und die Durchführung des Aktionsprogramms von Nairobi zu überprüfen sowie erforderlichenfalls Empfehlungen zur Anpassung des Programms abzugeben;

6. *bittet* alle in Frage kommenden Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen, aktiv an der Arbeit des Ausschusses mitzuwirken;

7. *bittet ferner* alle in Frage kommenden zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, an der Arbeit des Ausschusses mitzuwirken;

III

Sekretariat für neue und erneuerbare Energiequellen

1. *begrüßt* grundsätzlich den Bericht des Generalsekretärs über Regelungen für Sekretariatsdienste im Bereich der neuen und erneuerbaren Energiequellen[245];

2. *beschließt*, daß die Regelungen für Sekretariatsdienste sowohl Koordinierungsfunktionen als auch Hilfsdienste für den Ausschuß für die Erschließung und

[244] A/AC.215/5

[245] A/37/574, Abschnitt II

Nutzung neuer und erneuerbarer Energiequellen umfassen sollten;

a) Zur Koordinierungsfunktion gehören:

i) die Unterstützung des Generaldirektors für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit bei den Koordinierungsfunktionen, die ihm mit Ziffer 63 des Aktionsprogramms von Nairobi übertragen wurden;

ii) auf der Ebene der Sekretariate die Koordinierung der Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen im Zusammenhang mit neuen und erneuerbaren Energiequellen;

iii) die Unterstützung bei der Förderung der Erschließung und Nutzung neuer und erneuerbarer Energiequellen, insbesondere bei der Förderung und Erleichterung einer größeren Aufgeschlossenheit aller in Frage kommenden Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen, vor allem für die konkreten Bedürfnisse und Erfordernisse der Entwicklungsländer;

iv) die Unterstützung bei der Bestimmung von Themenbereichen für Konsultativtreffen sowie die Übernahme der Dienstleistungen und der Koordinierung für diese Treffen;

b) Zu den Sekretariatsdiensten für den Ausschuß gehören:

i) die Unterstützung des Ausschusses gemäß Ziffer 60 des Aktionsprogramms von Nairobi;

ii) die Aufstellung und Durchführung von Arbeitsprogrammen im Einklang mit den spezifischen Erfordernissen des Ausschusses;

iii) die Funktion als Zentrum für Informationen über multilaterale, bilaterale und andere Programme auf dem Gebiet der neuen und erneuerbaren Energiequellen;

iv) die Überwachung von Ressourcen zur Finanzierung der Durchführung des Aktionsprogramms von Nairobi sowie die Berichterstattung hierüber;

3. *ersucht* den Generalsekretär, für die Bereitstellung derartiger Hilfsdienste zu sorgen, indem er im Büro des Generaldirektors für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit einen Sonderkoordinator ernennt und in der Hauptabteilung für internationale wirtschaftliche und soziale Fragen eine kleine, gesonderte und organisatorisch abgegrenzte Einheit einrichtet;

IV

Mobilisierung von Finanzmitteln für neue und erneuerbare Energiequellen

1. *betont*, daß für eine baldige Durchführung des Aktionsprogramms von Nairobi die Mobilisierung ausreichender zusätzlicher Ressourcen erforderlich ist und daß jedes Land auch weiterhin die Hauptverantwortung für die Erschließung seiner neuen und erneuerbaren Energiequellen trägt, was energische Maßnahmen zur vollständigen Mobilisierung seiner einheimischen finanziellen und anderen Ressourcen erforderlich macht;

2. *fordert* zu diesem Zweck die umgehende Verwirklichung der in Ziffer 76 bis 95 des Aktionsprogramms von Nairobi sowie in Ziffer 93, 94 und 96 bis 101 des Berichts des Interimsausschusses für neue und erneuerbare Energiequellen erwähnten Maßnahmen zur Mobilisierung von Finanzmitteln und fordert alle Länder, insbesondere die entwickelten und anderen Länder, die dazu in der Lage sind, zur Bereitstellung ausreichender zusätzlicher Finanzmittel an die in Frage kommenden Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen auf;

3. *betont* die bedeutende Rolle, die die mit Ziffer 91 des Aktionsprogramms von Nairobi und Ziffer 98 des Berichts des Interimsausschusses für neue und erneuerbare Energiequellen geforderten Konsultativtreffen bei der Mobilisierung zusätzlicher Finanzmittel für neue und erneuerbare Energiequellen spielen können, und beschließt, daß derartige Treffen für diesen Bereich den Erfordernissen entsprechend unter Mitwirkung multilateraler und bilateraler Geber sowie interessierter Empfängerländer durch die in Frage kommenden Stellen der Vereinten Nationen auf globaler, regionaler, subregionaler und nationaler Ebene im Rahmen des Aktionsplans von Nairobi sowie unter Berücksichtigung der nationalen Pläne und Prioritäten und auf der Grundlage der Nicht-Diskriminierung einberufen werden sollten;

4. *betont*, daß derartige Treffen nach den geltenden Verfahren, beispielsweise wie die Konferenz am runden Tisch des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen und die Konsultativgruppen der Weltbank, veranstaltet werden sollten, und weist erneut auf die Rolle hin, die die Vereinten Nationen weiterhin durch die einschlägigen Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen auf nationaler Ebene auf Ersuchen der jeweiligen Länder auf dem Weg über die ortsansässigen Koordinatoren der Entwicklungsaktivitäten des Systems der Vereinten Nationen, auf regionaler Ebene auf dem Weg über die Regionalkommission und auf globaler Ebene auf dem Weg über den Generaldirektor für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit spielen müssen;

5. *erklärt* in diesem Zusammenhang *erneut*, daß zweckgebundene und zusätzliche Mittel im Einklang mit nationalen Plänen und Prioritäten über Kanäle wie z.B. das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, den Selbsterneuerungsfonds der Vereinten Nationen für die Erforschung natürlicher Ressourcen, die langfristigen Regelungen für das Finanzierungssystem der Vereinten Nationen für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung, das Energiekonto des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen und andere, unmittelbar oder mittelbar Beteiligte geleitet werden sollten;

6. *betont ferner* die Rolle, die eine Energietochtergesellschaft der Weltbank für die Erschließung der Energieressourcen der Entwicklungsländer in bezug auf die Beschaffung zusätzlicher Ressourcen spielen könnte, und hebt hervor, daß es sehr wichtig ist, auch andere ergänzende Rahmen für die Mobilisierung von Finanzmitteln in Erwägung zu ziehen, mit deren Hilfe der Ausgaben- und Investitionsbedarf der Entwicklungsländer baldigst gedeckt werden kann, und fordert die Mitgliedstaaten auf, in den mit diesen Fragen befaßten Foren entsprechende Anstrengungen zu unternehmen;

V

Koordinierung innerhalb des Systems der Vereinten Nationen

1. *wiederholt* ihre in Resolution 36/193 erhobene Forderung nach besserer Zusammenarbeit und Koordinierung innerhalb des Systems der Vereinten Nationen

auf dem Gebiet der neuen und erneuerbaren Energiequellen;

2. *bekräftigt* die Rolle, die der Generaldirektor für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen seines in den Generalversammlungsresolutionen 32/197 vom 20. Dezember 1977 und 33/202 vom 29. Januar 1979 sowie in Ziffer 63 des Aktionsprogramms von Nairobi niedergelegten Mandats bei der Gesamtkoordinierung innerhalb des Systems der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der neuen und erneuerbaren Energiequellen zu spielen hat;

3. *schließt sich* der Empfehlung des Interimsausschusses für neue und erneuerbare Energiequellen hinsichtlich der Schaffung eines geeigneten Koordinierungsmechanismus *an* und ersucht den Generaldirektor für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, zu Beginn des Jahres 1983 ein interinstitutionelles Ad-hoc-Treffen einzuberufen, bei dem eine interinstitutionelle Ad-hoc-Gruppe eingerichtet und deren Mandat festgelegt werden soll;

4. *ersucht* den Generalsekretär, unter Berücksichtigung des Aktionsprogramms von Nairobi, der Arbeitsergebnisse und Empfehlungen des Interimsausschusses für neue und erneuerbare Energiequellen sowie der Bestimmungen der vorliegenden Resolution dem Ausschuß für die Erschließung und Nutzung neuer und erneuerbarer Energiequellen auf seiner ersten ordentlichen Tagung im Jahr 1983 einen Bericht vorzulegen, der u.a. praktische Vorschläge zu folgenden Punkten enthält:

a) Richtlinein für die entsprechenden Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen über die Vorbereitung und Einberufung von Konsultativtreffen under Berücksichtigung von Abschnitt IV Ziffer 4 dieser Resolution;

b) Mittel und Wege zur Verbesserung der interinstitutionellen Koordinierung im Bereich der neuen und erneuerbaren Energiequellen durch den Verwaltungsausschuß für Koordinierung;

c) weitere Mittel und Wege zur Mobilisierung von Finanzmitteln für neue und erneuerbare Energiequellen;

VI

Regionale und subregionale Massnahmen

wiederholt erneut, daß den Regionalkommissionen auf regionaler Ebene im Einklang mit Ziffer 71 des Aktionsprogramms von Nairobi eine wichtige Rolle bei der Förderung der Erschließung und Nutzung neuer und erneuerbarer Energiequellen zukommt;

VII

Bericht des Generalsekretärs

ersucht den Generalsekretär, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung auf dem Weg über die zweite ordentliche Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats im Jahr 1983 über die Durchführung dieser Resolution zu berichten.

115. Plenarsitzung
21. Dezember 1982

37/251 – Erschließung der Energiequellen der Entwicklungsländer

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die Erklärung des Aktionsprogramms zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung in ihren Resolutionen 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) vom 1. Mai 1974, die Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten in ihrer Resolution 3281 (XXIX) vom 12. Dezember 1974 sowie auf ihre Resolution 3362 (S-VII) vom 16. September 1975 über Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit,

unter Hinweis auf ihre Resolution 35/56 vom 5. Dezember 1980 mit der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen, in der u.a. in Ziffer 35 die Förderung der Erforschung, der Erschließung, des Ausbaus und der Verarbeitung aller Energieressourcen der Entwicklungsländer in einem ihren Entwicklungszielen entsprechenden Tempo und die Bereitstellung angemessener finanzieller und technischer Ressourcen für diesen Zweck gefordert wird,

ferner unter Hinweis auf das Aktionsprogramm von Nairobi für die Entwicklung und Nutzung neuer und erneuerbarer Energiequellen[246],

weiterhin unter Hinweis auf Abschnitt II.A der Resolution 112 (V) der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen vom 3. Juni 1979[247] über den Ausbau der technologischen Kapazität der Entwicklungsländer zur Erschließung ihrer Energieressourcen, darunter auch ihrer Fähigkeit, von herkömmlichen Energiequellen auf eine diversifiziertere Struktur des Energiekonsums überzugehen,

sich dessen bewußt, daß für die am wenigsten entwickelten Länder in dieser Hinsicht besondere Maßnahmen ergriffen werden müssen,

im Bewußtsein dessen, daß die multilaterale, finanzielle und technische Hilfe für die Exploration, die Erschließung, den Ausbau und die Verarbeitung der Energieressourcen der Entwicklungsländer nach wie vor entweder hinter ihrem eigenen Energiepotential oder hinter dem ihren Entwicklungszielen entsprechenden Bedarf zurückbleibt,

angesichts der Situation in den Entwicklungsländern, insbesondere in Entwicklungsländern mit Energiemangel, die ihren Energieverbrauch nicht wesentlich reduzieren können, ohne ihre Entwicklung zu behindern und für die konzertierte und angemessene Maßnahmen ergriffen werden müssen, wenn sie ihre Energieressourcen erschließen und vernünftig ausbauen sollen,

in Anbetracht dessen, daß Mangel an finanziellen Mitteln, eine unzureichende Analyse von Explorationsdaten, ungenügender Zugang zu Technologie und Knappheit an qualifizierten Arbeitskräften die Haupthindernisse für die Ausschöpfung des eigenen Energiepotentials der Entwicklungsländer darstellen;

unter Hervorhebung der Bedeutung eines Ausbaus der Kapazitäten der Vereinten Nationen im Hinblick auf die Erfassung, die Analyse und die Vorbereitung von Infor-

[246] *Report of the United Nations Conference on New and Renewable Sources of Energy, Nairobi, 10-21 August 1981* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.81.I.24), Kap. I, Abschnitt A

[247] Vgl. *Proceedings of the United Nations Conference on Trade and Development, Fifth Session, Vol.I, Report and Annexes* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.79.II.D.14), Erster Teil, Abschnitt A

mationen im Bereich der Erschließung von Energieressourcen in den Entwicklungsländern,

unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Erschließung ihrer eigenen Energieressourcen einen wichtigen Faktor in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Entwicklungsländer darstellt,

erneut erklärend, daß die internationale Gemeinschaft, wie dies die Internationale Entwicklungsstrategie verlangt, im Einklang mit den nationalen Plänen und Prioritäten der Entwicklungsländer umgehend wirksame Maßnahmen ergreifen sollte, mit denen sie die Eigenbemühungen der Entwicklungsländer bei der Erschließung der einheimischen Energieressourcen dieser Länder, insbesondere derjenigen unter ihnen, die an Energiemangel leiden, mit dem Ziel unterstützt, den Bedürfnissen dieser Länder durch Zusammenarbeit, Hilfsmaßnahmen und Investitionen im Bereich der herkömmlichen sowie auch der neuen und erneuerbaren Energiequellen gerecht zu werden,

1. *ersucht* den Generalsekretär, im Rahmen der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen einen umfassenden Bericht über die Erschließung der Energieressourcen der Entwicklungsländer auszuarbeiten, der dem Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner zweiten ordentlichen Tagung des Jahres 1983 vorgelegt wird und folgende Punkte enthält:

a) einen Überblick über die Energiesituation der Entwicklungsländer in bezug auf die Erschließung ihrer Energieressourcen, darunter auch neuer und erneuerbarer Energiequellen;

b) eine Benennung der Hindernisse bei der Erschließung von Energieressourcen in den Entwicklungsländern, darunter auch der Hindernisse in Bereichen wie der Finanzierung, der bilateralen und der multilateralen Exploration, der Energieplanung auf nationaler Ebene, des Informationsflusses, der Erziehung und Ausbildung, der Forschung und Entwicklung sowie des Technologietransfers;

c) einen Überblick über den Investitionsbedarf der Entwicklungsländer im Energiebereich und die potentiellen bzw. bereits vorhandenen Mechanismen für die Finanzierung dieser Investitionen sowie einen Überblick über hierbei bestehende Fehlbeträge und Möglichkeiten zu ihrer Beseitigung, insbesondere im Bereich der Exploration von Energieressourcen, unter Berücksichtigung der gewünschten Zuwachsrate des Energieverbrauchs in diesen Ländern;

2. *hebt hervor*, daß es sehr wichtig ist, daß multilaterale Finanz- und Entwicklungsinstitutionen, insbesondere die Weltbank und die regionalen Entwicklungsbanken für die Exploration und Erschließung der Energieressourcen der Entwicklungsländer wesentlich mehr Darlehen zu weichen Bedingungen gewähren und nicht nur bereits vorhandene Ressourcen neu vergeben;

3. *betont ferner* die Rolle, die eine Energie-Tochtergesellschaft der Weltbank für die Erschließung der Energieressourcen der Entwicklungsländer in bezug auf die Beschaffung zusätzlicher Ressourcen spielen könnte, und hebt hervor, daß es sehr wichtig ist, auch andere ergänzende institutionelle Rahmen für die Mobilisierung von Finanzmitteln in Erwägung zu ziehen, mit deren Hilfe der Ausgaben- und Investitionsbedarf der Entwicklungsläder baldigst gedeckt werden kann, und fordert die Mitgliedstaaten auf, in den mit diesen Fragen befaßten Foren entsprechende Anstrengungen zu unternehmen;

4. *bittet* die internationale Gemeinschaft *eindringlich*, im Einklang mit den nationalen Plänen und Prioritäten der Entwicklungsländer mehr technische Hilfe zu leisten, damit die Entwicklungsländer auf ihre eigenen Entwicklungsbedürfnisse zugeschnittene Energiepläne und Investitionsprogramme ausarbeiten können, und bittet sie ferner, die erforderlichen Vorarbeiten für Investitionen zur Erschließung der Energiequellen dieser Länder vorzunehmen;

5. *erkennt an*, wie wichtig die Stärkung der technologischen Kapazitäten der Entwicklungsländer auf dem Energiesektor ist, wenn die Erschließung ihrer Energiequellen erleichtert werden soll, und fordert die internationale Gemeinschaft in dieser Hinsicht auf, den Transfer geeigneter Technologien in die Entwicklungsländer in Gang zu bringen, den Zustrom an finanziellen und technischen Mitteln zu erhöhen und ferner die interdisziplinäre Forschungstätigkeit und Analyse der Voraussetzungen und Erfordernisse für intensivierte Aktivitäten zur Erschließung und Nutzung von Energieressourcen sowie einen allmählichen Übergang zu einer diversifizierteren Struktur des Energiekonsums—insbesondere in den Entwicklungsländern—zu fördern;

6. *stellt fest*, daß besondere Maßnahmen ergriffen werden müssen, wenn die am wenigsten entwickelten Länder ihre Energieressourcen erschließen sollen;

7. *begrüßt* die von der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen in Ausführung von Abschnitt II.A ihrer Resolution 112 (V) über den Ausbau der technologischen Kapazität der Entwicklungsländer zur Erschließung ihrer Energieressourcen geleistete Arbeit, und ersucht den Generalsekretär der Konferenz, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung einen umfassenden Bericht über diese Frage vorzulegen;

8. *beschließt*, auf ihrer achtunddreißigsten Tagung den Stand der Durchführung dieser Resolution zu überprüfen.

115. Plenarsitzung
21. Dezember 1982

37/252—Sofortmaßnahmen zugunsten der Entwicklungsländer

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) vom 1. Mai 1974 mit der Erklärung und dem Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, 3281 (XXIX) vom 12. Dezember 1974 mit der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten, 3362 (S-VII) vom 16. September 1975 über Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und 35/56 vom 5. Dezember 1980 mit der im Anhang enthaltenen Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen,

tief besorgt über die Weltwirtschaftskrise, die für die Entwicklungsländer große wirtschaftliche Probleme mit sich bringt und die sich negativ auf ihren Entwicklungsprozeß auswirkt,

in der Überzeugung, daß die strukturbedingten Wirtschaftsprobleme, denen die Entwicklungsländer bei ihrer Entwicklung gegenüberstehen, durch eine Neugestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen im Rahmen der Errichtung der neuen internationalen Wirtschaftsordnung gelöst werden müssen,

ferner in der Überzeugung, daß Sofortmaßnahmen zugunsten der Entwicklungsländer mithelfen könnten, deren derzeitige wirtschaftliche Probleme zu verringern,

in diesem Zusammenhang feststellend, daß das steigende Zahlungsbilanzdefizit der Entwicklungsländer, die Verschlechterung ihrer Austauschrelationen (terms of trade), die negativen Auswirkungen der hohen Zinssätze auf den Schuldendienst für ihre Auslandsverschuldung und auf ihren Zugang zu internationalen Kapitalmärkten, die unzureichende Erhöhung multilateraler Hilfsmittel zu Vorzugsbedingungen, einschließlich technischer Hilfe, die immer härteren Bedingungen für Finanzhilfe, die prekäre Nahrungsmittelsituation, die nachteiligen Auswirkungen des in der Weltwirtschaft bestehenden protektionistischen Drucks auf die Volkswirtschaften der Entwicklungsländer, die unfairen Bedingungen des Technologietransfers, der erschwerte Zugang der Entwicklungsländer zu den internationalen Kapitalmärkten und Preisschwankungen bei Rohstoffen sowie die Abwärtstendenz der Grundstoffpreise ernsthafte Hindernisse für das Wirtschaftswachstum der Entwicklungsländer, den Schuldendienst für ihre Auslandsverschuldung, die Beschaffung der unbedingt benötigten Importe von Nahrungsmitteln, Industrieprodukten, Energie und Technologie und für die Erzielung von Exporteinnahmen darstellen und daß die internationale Gemeinschaft diesen schweren Krisensymptomen dringend mit wirksamen Maßnahmen entgegentreten muß,

mit der Forderung nach der sofortigen Einleitung und einem erfolgreichen Abschluß der globalen Verhandlungen über internationale Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung,

erneut erklärend, daß globale Verhandlungen nach Resolution 34/138 vom 14. Dezember 1979 keine Unterbrechung oder Beeinträchtigung der in anderen Foren der Vereinten Nationen geführten Verhandlungen bewirken, sondern diese eher noch verstärken und auf ihnen aufbauen sollten,

in diesem Zusammenhang erneut darauf verweisend, daß in den Bereichen, die für die Entwicklungsländer kritische Bedeutung besitzen, wie z.B. die Bereiche Nahrungsmittel, Hilfe bei der Erschließung der Energieressourcen der Entwicklungsländer durch die Weltbank und Stützung der Zahlungsbilanz durch den Internationalen Währungsfonds, Kapitalströme, Handel und Rohstoffe auf den bevorstehenden Konferenzen und Tagungen des Systems der Vereinten Nationen dringend gleichlaufende Anstrengungen unternommen werden müssen,

in Kenntnisnahme der in New York am 8. Oktober 1982 von den Außenministern der Gruppe der Siebenundsiebzig verabschiedeten Erklärung[248], in welcher u.a. betont wurde, daß unbeschadet des Beschlusses und der Durchführung langfristiger Strukturveränderungen und der Aufnahme globaler Verhandlungen konkrete Dringlichkeitsmaßnahmen zugunsten aller Entwicklungsländer getroffen werden sollten, um Abhilfe für die akutesten Wirtschaftsprobleme zu schaffen, die eine unmittelbare Gefährdung für die internationale Gemeinschaft darstellen,

in Kenntnisnahme der Erklärung, die der Generalsekretär am 17. Juli 1982 auf der zweiten ordentlichen Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats im Jahr 1982 abgab[249], in welcher er u.a. konzertierte, auf eine allgemeine wirtschaftliche Erholung gerichtete internationale Sofortmaßnahmen forderte,

1. *stimmt darin überein*, daß konkrete Sofortmaßnahmen zugunsten aller Entwicklungsländer ergriffen werden sollten, um Abhilfe für die akuten Wirtschaftsprobleme zu schaffen, die eine unmittelbare Gefährdung für die Weltwirtschaft darstellen;

2. *stellt fest*, daß die entwickelten Länder im Hinblick auf die Schaffung günstiger Voraussetzungen für die Entwicklung der Entwicklungsländer einzeln und gemeinsam wirksame und konkrete Maßnahmen treffen sollten, um die Bemühungen der Entwicklungsländer zur Bewältigung der Probleme zu ergänzen, die durch die Weltwirtschaftskrise verursacht werden, welch letztere vor allem die Entwicklung der Entwicklungsländer beeinträchtigt und ihre Volkswirtschaften ernsthaft gefährdet;

3. *fordert* die internationale Gemeinschaft, insbesondere die Einrichtungen der Vereinten Nationen *auf*, in Bereichen von kritischer Bedeutung für die Entwicklungsländer gemäß obigem Präambelabsatz acht auf den bevorstehenden Konferenzen und Tagungen wirksame und konkrete Sofortmaßnahmen zu treffen;

4. *erklärt erneut*, daß die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise und insbesondere die Hindernisse für die Entwicklung der Entwicklungsländer auf die strukturelle Unzulänglichkeit und das strukturelle Ungleichgewicht der gegenwärtigen internationalen Wirtschaftsbeziehungen zurückzuführen sind, und fordert die internationale Gemeinschaft daher auf, im Rahmen der Neugestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen wirksame Verhandlungen zur Errichtung der neuen internationalen Wirtschaftsordnung aufzunehmen.

115. Plenarsitzung
21. Dezember 1982

[248] A/37/544, Anhang I

[249] Vgl. *Official Records of the Economic and Social Council, 1981, Plenary Meetings*, 30. Sitzung

VI. RESOLUTIONEN AUFGRUND DER BERICHTE DES DRITTEN AUSSCHUSSES[1]

ÜBERSICHT

Nummer	*Titel*	*Punkt*	*Datum*	*Seite*
37/39	Nachteilige Auswirkungen der Gewährung von politischer, militärischer, wirtschaftlicher und sonstiger Unterstützung an koloniale und rassistische Regime im Süden Afrikas auf die Wahrnehmung der Menschenrechte (A/37/579)	75	3. Dezember 1982	204
37/40	Durchführung des Programms für die Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung (A/37/595)	76	3. Dezember 1982	206
37/41	Zweite Weltkonferenz gegen Rassismus und rassische Diskriminierung (A/37/595)	76	3. Dezember 1982	208
37/42	Universelle Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker (A/37/580)	79	3. Dezember 1982	209
37/43	Die Bedeutung der universellen Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der baldigen Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker für die effektive Gewährleistung und Einhaltung der Menschenrechte (A/37/580)	79	3. Dezember 1982	210
37/44	Bericht des Ausschusses für die Beseitigung rassischer Diskriminierung: allgemeine Empfehlung VI (A/37/581)	80 *a*)	3. Dezember 1982	212
37/45	Stand des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung aller Formen von rassischer Diskriminierung (A/37/581)	80 *b*)	3. Dezember 1982	213
37/46	Bericht des Ausschusses für die Beseitigung rassischer Diskriminierung (A/37/581)	80 *a*)	3. Dezember 1982	213
37/47	Stand des Internationalen Übereinkommens über die Beendigung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid (A/37/581)	80 *c*)	3. Dezember 1982	214
37/48	Internationales Jahr der Jugend für Partizipation, Entwicklung und Frieden (A/37/629)	77	3. Dezember 1982	216
37/49	Bemühungen und Maßnahmen zur Gewährleistung der Verwirklichung der Menschenrechte und der Ausübung dieser Rechte, insbesondere des Rechts auf Bildung und Arbeit, durch Jugendliche (A/37/629)	77	3. Dezember 1982	218
37/50	Kommunikationsmöglichkeiten zwischen den Vereinten Nationen und der Jugend sowie den Jugendorganisationen (A/37/630)	81	3. Dezember 1982	218
37/51	Die Frage des Alterns (A/37/631)	82 und 83	3. Dezember 1982	219
37/52	Weltaktionsprogramm zugunsten der Behinderten (A/37/632)	89	3. Dezember 1982	220
37/53	Durchführung des Weltaktionsprogramms zugunsten der Behinderten (A/37/632)	89	3. Dezember 1982	221
37/54	Die Weltsoziallage (A/37/640)	78	3. Dezember 1982	223
37/55	Die verschiedenen Formen der Mitwirkung der Bevölkerung als wichtiger Faktor bei der Entwicklung und bei der Verwirklichung der Menschenrechte (A/37/640)	78	3. Dezember 1982	225
37/56	Internationales Forschungs- und Ausbildungsinstitut zur Förderung der Frau (A/37/676)	91	3. Dezember 1982	225
37/57	Einbeziehung der Frau in die Entwicklung (A/37/767)	91	3. Dezember 1982	226
37/58	Frauendekade der Vereinten Nationen für Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden (A/37/676)	91	3. Dezember 1982	227
37/59	Verbesserung der Lage der Frau in ländlichen Gebieten (A/37/676)	91	3. Dezember 1982	227
37/60	Vorbereitungen für die Weltkonferenz zur Überprüfung und Bewertung der Ergebnisse der Frauendekade der Vereinten Nationen (A/37/676)	91	3. Dezember 1982	228
37/61	Die Frau im öffentlichen Leben (A/37/676)	91	3. Dezember 1982	229
37/62	Freiwilliger Fonds für die Frauendekade der Vereinten Nationen (A/37/676)	91 *b*)	3. Dezember 1982	229
37/63	Erklärung über die Mitwirkung der Frau an der Förderung des Weltfriedens und der internationalen Zusammenarbeit (A/37/676)	91 *c*)	3. Dezember 1982	230
37/64	Stand der Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (A/37/677)	92	3. Dezember 1982	232
37/168	Strategie und Politiken zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs (A/37/745)	12	17. Dezember 1982	232
37/169	Frage des völkerrechtlichen Schutzes der Menschenrechte von Personen, die nicht Bürger des Landes sind, in dem sie leben (A/37/745)	12	17. Dezember 1982	233

[1] Die Beschlüsse aufgrund der Berichte des Dritten Ausschusses sind in Abschnitt X.B.5 wiedergegeben.

Nummer	Titel	Punkt	Datum	Seite
37/170	Maßnahmen zur Verbesserung der Lage aller Wanderarbeiter und zur Sicherung ihrer Menschenrechte und Menschenwürde (A/37/745)	12	17. Dezember 1982	234
37/171	Regionale Vereinbarungen für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte (A/37/745)	12	17. Dezember 1982	234
37/172	Regionale Vereinbarungen zum Schutz der Menschenrechte (A/37/745)	12	17. Dezember 1982	235
37/173	Die Lage der Flüchtlinge im Sudan (A/37/745)	12	17. Dezember 1982	235
37/174	Hilfe für Flüchtlinge in Somalia (A/37/745)	12	17. Dezember 1982	236
37/175	Hilfe für Vertriebene in Äthiopien (A/37/745)	12	17. Dezember 1982	236
37/176	Humanitäre Hilfe für Flüchtlinge in Dschibuti (A/37/745)	12	17. Dezember 1982	237
37/177	Hilfe für geflüchtete Schüler und Studenten im südlichen Afrika (A/37/745)	12	17. Dezember 1982	237
37/178	Recht auf Bildung (A/37/745)	12	17. Dezember 1982	238
37/179	Künftige Maßnahmen gegen nazistische, faschistische und neofaschistische Aktivitäten und alle anderen auf rassischer Intoleranz, Haß und Terror beruhenden Formen totalitärer Ideologien und Praktiken (A/37/745)	12	17. Dezember 1982	239
37/180	Frage des gewaltsam verursachten oder unfreiwilligen Verschwindens von Personen (A/37/745)	12	17. Dezember 1982	241
37/181	Vermißte in Zypern (A/37/745)	12	17. Dezember 1982	241
37/182	Willkürliche bzw. im Schnellverfahren erfolgende Hinrichtungen (A/37/745)	12	17. Dezember 1982	241
37/183	Die Lage bezüglich der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Chile (A/37/745)	12	17. Dezember 1982	242
37/184	Die Situation hinsichtlich der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Guatemala (A/37/745)	12	17. Dezember 1982	243
37/185	Die Situation hinsichtlich der Menschenrechte und Grundfreiheiten in El Salvador (A/37/745, A/37/L.61)	12	17. Dezember 1982	243
37/186	Menschenrechte und Massenauswanderung (A/37/745)	12	17. Dezember 1982	245
37/187	Beseitigung aller Formen der religiösen Intoleranz (A/37/715)	84	18. Dezember 1982	245
37/188	Auswirkungen wissenschaftlich-technischer Entwicklungen auf die Menschenrechte (A/37/716)	85	18. Dezember 1982	246
37/189	Die Menschenrechte und die wissenschaftlich-technische Entwicklung (A/37/716)			
	Resolution A	85	18. Dezember 1982	246
	Resolution B	85	18. Dezember 1982	247
37/190	Die Frage einer Konvention über die Rechte des Kindes (A/37/717)	86	18. Dezember 1982	248
37/191	Die Internationalen Menschenrechtspakte (A/37/718)	87	18. Dezember 1982	248
37/192	Die Todesstrafe (A/37/718)	87	18. Dezember 1982	249
37/193	Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (A/37/727)	88	18. Dezember 1982	250
37/194	Grundsätze ärztlicher Ethik (A/37/727)	88 *b*)	18. Dezember 1982	250
37/195	Bericht des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (A/37/692)	90 *a*)	18. Dezember 1982	252
37/196	Beibehaltung des Amts des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (A/37/692)	90 *b*)	18. Dezember 1982	253
37/197	Internationale Konferenz über Hilfe für Flüchtlinge in Afrika (A/37/692)	90 *c*)	18. Dezember 1982	254
37/198	Internationale Kampagne gegen den Drogenhandel (A/37/728)	93	18. Dezember 1982	255
37/199	Weitere im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen in Frage kommende Ansätze und Möglichkeiten zur besseren effektiven Sicherung der Menschenrechte und Grundfreiheiten (A/37/693)	94	18. Dezember 1982	256
37/200	Weitere Förderung und weiterer Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (A/37/693)	94	18. Dezember 1982	257
37/201	Neue internationale humanitäre Ordnung (A/37/746)	95	18. Dezember 1982	258

37/39 – Nachteilige Auswirkungen der Gewährung von politischer, militärischer, wirtschaftlicher und sonstiger Unterstützung an koloniale und rassistische Regime im Süden Afrikas auf die Wahrnehmung der Menschenrechte

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3382 (XXX) und 3383 (XXX) vom 10. November 1975, 33/23 vom 29. November 1978 und 35/32 vom 14. November 1980,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) vom 1. Mai 1974 mit der Erklärung und dem Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung sowie ihre Resolution 3281 (XXIX) vom 12. Dezember 1974 mit der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten,

eingedenk ihrer Resolution 3171 (XXVIII) vom 17. Dezember 1973 über die ständige Souveränität der Entwicklungsländer wie auch der der Kolonial- und Fremdherrschaft oder dem Apartheidregime unterworfenen Gebiete über ihre natürlichen Ressourcen,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen über militärische Kollaboration mit Südafrika sowie die Sicherheitsratsresolutionen 418 (1977) vom 4. November 1977 und 421 (1977) vom 9. Dezember 1977,

ziele der Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung sowie zur Durchführung des von der ersten Weltkonferenz verabschiedeten Aktionsprogramms beigetragen haben, wobei auch die Bedeutung ihrer Arbeit im Bereich des Kampfs gegen Rassismus und rassische Diskriminierung zu berücksichtigen ist, einzuladen, sich bei der Konferenz durch Beobachter vertreten zu lassen;

7. *ersucht* den Generalsekretär, im Rahmen der Vorbereitungsarbeiten entsprechende Schritte zu unternehmen, um die Konferenz einer möglichst breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen, und zu diesem Zweck die erforderlichen Mittel aus dem ordentlichen Haushalt bereitzustellen;

8. *fordert* alle Staaten *auf*, insbesondere durch ihre aktive Mitwirkung an der Konferenz zum Erfolg der Dekade für die Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung beizutragen;

9. *bittet* alle Staaten *eindringlich*, den Generalsekretär der Konferenz bei den Vorbereitungsarbeiten zu unterstützen und die Möglichkeit der Einrichtung von nationalen Kommitees zur Bekanntmachung der Ziele und – zu gegebener Zeit – der wichtigsten Ergebnisse der Konferenz zu prüfen;

10. *ersucht* den Generalsekretär, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung über die Arbeit der Konferenz zu berichten;

11. *beschließt*, auf ihrer achtunddreißigsten Tagung den Tagesordnungspunkt "Zweite Weltkonferenz gegen Rassismus und rassische Diskriminierung" mit hohem Vorrang zu behandeln.

90. Plenarsitzung
3. Dezember 1982

ANHANG

ENTWURF EINER VORLÄUFIGEN TAGESORDNUNG FÜR DIE ZWEITE WELTKONFERENZ GEGEN RASSISMUS UND RASSISCHE DISKRIMINIERUNG

1. Eröffnung der Konferenz
2. Wahl des Präsidenten
3. Eröffnungserklärung
4. Verabschiedung der Geschäftsordnung
5. Wahl der übrigen Präsidiumsmitglieder
6. Beglaubigungsschreiben der zur Konferenz entsandten Vertreter:
   a) Ernennung des Mandatsprüfungsausschusses
   b) Bericht des Mandatsprüfungsausschusses
7. Verabschiedung der Tagesordnung
8. Arbeitsorganisation
9. Politische, historische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Faktoren, die zu Rassismus, rassischer Diskriminierung sowie zu Rassentrennung und Apartheid führen
10. Überprüfung und Bewertung der auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene durchgeführten Aktivitäten zur Verwirklichung der Gesamt- und Einzelziele der Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung sowie der Aktivitäten zur Durchführung des Aktionsprogramms der ersten Weltkonferenz gegen Rassismus und rassische Diskriminierung
11. Die Haupthindernisse auf dem Weg zur vollständigen Beseitigung von Rassismus, rassischer Diskriminierung und Apartheid
12. Festlegung weiterer, auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene zu ergreifender aktionsorientierter Maßnahmen zur Bekämpfung aller Formen von Rassismus, rassischer Diskriminierung und Apartheid:
   a) einzelstaatliche Maßnahmen im Bereich der Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung zur Verbesserung der Beziehungen zwischen rassischen Gruppen und zum Verbot der rassischen Diskriminierung einschließlich der Verbreitung von auf rassischer Überlegenheit oder Rassenhaß aufbauendem Gedankengut, sowie zum Verbot aller rassistischen Organisationen wie z.B. nazistischer und neo-nazistischer Organisationen;
   b) Maßnahmen im Bereich der Bildung, Kultur, Forschung und Information sowie Rolle der Massenmedien im Kampf gegen Rassismus, rassische Diskriminierung und Apartheid, mit dem Ziel, zu rassischer Diskriminierung führende Vorurteile zu bekämpfen und Verständigung, Toleranz und Freundschaft zwischen Nationen und rassischen oder ethnischen Gruppen zu fördern;
   c) Maßnahmen zur Sicherstellung der vollständigen und universellen Verwirklichung der Beschlüsse und Resolutionen der Vereinten Nationen über Rassismus, rassische Diskriminierung und Apartheid;
   d) Universelle Ratifizierung des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung aller Formen von rassischer Diskriminierung sowie anderer, auf die Bekämpfung von Rassismus, rassischer Diskriminierung und Apartheid gerichteter, bereits bestehender internationaler Instrumente, die unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen und der Sonderorganisationen* verabschiedet worden sind, bzw. Beitritt zu diesen Instrumenten;
   e) Erarbeitung weiterer internationaler Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung;
   f) weitere Hilfe und Unterstützung für die gegen Rassismus, rassische Diskriminierung und Apartheid kämpfenden Völker und Bewegungen, sowie Mittel und Wege, um den rassistischen Regimen die Unterstützung zu verweigern und ihre Isolierung sicherzustellen;
13. Verabschiedung des Berichts und der Schlußdokumente der Konferenz

37/42 – Universelle Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker

Die Generalversammlung,

erneut erklärend, wie wichtig für die effektive Gewährleistung und Einhaltung der Menschenrechte die universelle Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker ist, das in der Charta der Vereinten Nationen verankert und in den Internationalen Menschenrechtspakten[10] sowie in der in Generalversammlungsresolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 enthaltenen Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker festgehalten wurde,

unter Begrüßung der zunehmenden Ausübung des Selbstbestimmungsrechts durch Völker, die unter kolonialer, fremder oder ausländischer Herrschaft stehen, sowie der Entwicklung dieser Völker zu souveränen und unabhängigen Staaten,

tief besorgt über die fortgesetzten Akte oder Androhungen fremder militärischer Intervention und Besetzung, welche das Selbstbestimmungsrecht einer zunehmenden Anzahl souveräner Völker und Nationen zu unterdrücken drohen oder bereits unterdrückt haben,

ferner mit dem Ausdruck großer Besorgnis darüber, daß durch das weitere Vorkommen derartiger Aktionen

* Vgl. die Fußnote auf S. 205

[10] Resolution 2200 A (XXI), Anhang. Deutscher Wortlaut in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder: Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte: BGBl. (der Bundesrepublik Deutschland) 1973 II 1534, GBl. (der Deutschen Demokratischen Republik) 1975 II Nr.12 S.266, BGBl. (der Republik Österreich) 590/78; Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte: BGBl. (der Bundesrepublik Deutschland) 1973 II 1569, GBl. (der Deutschen Demokratischen Republik) 1976 II Nr. 4 S.108, BGBl. (der Republik Österreich) 591/78.

Millionen von Menschen als Flüchtlinge und Vertriebene ihre Heimat verloren haben und weiter verlieren, sowie darauf hinweisend, wie dringend erforderlich konzertierte internationale Maßnahmen zur Erleichterung des Schicksals dieser Menschen sind,

unter Hinweis auf die von der Menschenrechtskommission auf ihrer sechsunddreißigsten[11], siebenunddreißigsten[12] und achtunddreißigsten[13] Tagung verabschiedeten einschlägigen Resolutionen über die Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und anderer Menschenrechte als Folge fremder militärischer Intervention, Aggression und Besetzung,

unter erneutem Hinweis auf ihre Resolutionen 35/35 B vom 14. November 1980 und 36/10 vom 28. Oktober 1981,

in Kenntnisnahme der Mitteilung des Generalsekretärs vom 28. September 1982[14],

1. *erklärt erneut*, daß die universelle Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts aller, auch der unter kolonialer, fremder und ausländischer Herrschaft stehenden Völker, eine Grundvoraussetzung für die effektive Gewährleistung und Einhaltung der Menschenrechte und für die Bewahrung und Förderung dieser Rechte darstellt;

2. *erklärt* ihre entschiedene Ablehnung von Akten fremder militärischer Intervention, Aggression oder Besetzung, da diese in bestimmten Teilen der Welt zur Unterdrückung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und anderer Menschenrechte geführt haben;

3. *fordert* die verantwortlichen Staaten *auf*, ihrer militärischen Intervention und Besetzung fremder Länder und Territorien unverzüglich ein Ende zu setzen und alle Akte der Unterdrückung, Diskriminierung, Ausbeutung und Mißhandlung einzustellen, insbesondere die brutalen und unmenschlichen Methoden, die bei der Ausübung dieser Akte gegen die betroffenen Völker angewendet worden sein sollen;

4. *beklagt* das Elend der Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen, die durch die oben genannten Akte ihre Heimat verloren haben, und bekräftigt ihr Recht auf freiwillige, sichere und ehrenvolle Rückkehr an ihre Heimstätten;

5. *ersucht* die Menschenrechtskommission, der Verletzung der Menschenrechte, insbesondere des Selbstbestimmungsrechts, durch fremde militärische Intervention, Aggression und Besetzung weiterhin ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen;

6. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung unter dem Punkt "Die Bedeutung der universellen Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der baldigen Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker für die effektive Gewährleistung und Einhaltung der Menschenrechte" einen Bericht zu dieser Frage vorzulegen.

90. Plenarsitzung
3. Dezember 1982

[11] Vgl. *Official Records of the Economic and Social Council, 1980, Supplement No.3* (E/1980/13 mit Korr.1), Kap. XXVI, Abschnitt A
[12] *Ebd., 1981, Supplement No.5* (E/1981/25 mit Korr.1 und Add.1), Kap. XXVIII, Abschnitt A
[13] *Ebd., 1982, Supplement No.2* (E/1982/12 mit Korr.1), Kap. XXVI, Abschnitt A
[14] A/C.3/37/2

37/43 – Die Bedeutung der universellen Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der baldigen Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker für die effektive Gewährleistung und Einhaltung der Menschenrechte

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 2649 (XXV) vom 30. November 1970, 2955 (XXVII) vom 12. Dezember 1972, 3070 (XXVIII) vom 30. November 1973, 3246 (XXIX) vom 29. November 1974, 3382 (XXX) vom 10. November 1975, 33/24 vom 29. November 1978, 34/44 vom 23. November 1979, 35/35 vom 14. November 1980 und 36/9 vom 28. Oktober 1981 sowie auf die Sicherheitsratsresolutionen 418 (1977) vom 4. November 1977 und 437 (1978) vom 10. Oktober 1978,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolutionen 2454 (XXIII) vom 20. Dezember 1968, 2548 (XXIV) vom 11. Dezember 1969, 2708 (XXV) vom 14. Dezember 1970, 3103 (XXVIII) vom 12. Dezember 1973 und 3314 (XXIX) vom 14. Dezember 1974 über den Einsatz und die Anwerbung von Söldnern gegen nationale Befreiungsbewegungen und souveräne Staaten sowie auf die Sicherheitsratsresolutionen 469 (1981) vom 15. Dezember 1981 und 507 (1982) vom 28. Mai 1982,

weiterhin unter Hinweis auf ihre einschlägigen Resolutionen über die Palästinafrage, insbesondere auf die Resolutionen 3236 (XXIX) und 3237 (XXIX) vom 22. November 1974, 36/120 vom 10. Dezember 1981 und ES-7/6 vom 19. August 1982,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolutionen zur Namibiafrage, insbesondere auf die Resolution ES-8/2 vom 14. September 1981,

unter Hinweis auf die vom Ministerrat der Organisation der afrikanischen Einheit auf ihrer siebenunddreißigsten ordentlichen Tagung vom 16. bis 26. Juni 1981 in Nairobi verabschiedeten Resolutionen, insbesondere auf die Resolutionen CM/Res.855 (XXXVII) und CM/Res.865 (XXXVII)[15],

tief besorgt über die fortgesetzten terroristischen Angriffshandlungen des Regimes von Pretoria gegen unabhängige afrikanische Staaten, insbesondere gegen Angola, Botswana, Mosambik, die Seychellen und Sambia,

zutiefst empört über die Besetzung eines Teiles des angolanischen Staatsgebiets durch die Truppen des rassistischen Regimes von Südafrika,

unter Hinweis auf die Politische Erklärung der vom 7. bis 9. März 1977 in Kairo abgehaltenen ersten Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Organisation der afrikanischen Einheit und der Arabischen Liga[16],

in der Auffassung, daß die Verweigerung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung, Souveränität, Unabhängigkeit und die Rückkehr nach Palästina sowie die wiederholten Angriffshandlungen Israels gegen die Völker der Region eine ernste Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellen,

tief erschüttert und beunruhigt über die beklagenswerten Folgen der israelischen Invasion von Beirut am 3. August 1982, und unter Hinweis auf alle diesbezüglichen Resolutionen des Sicherheitsrats, insbesondere die

[15] Vgl. A/36/534, Anhang I
[16] A/32/61, Anhang I

Resolutionen 520 (1982) vom 17. September 1982 und 521 (1982) vom 19. September 1982,

in Bekräftigung ihrer Überzeugung von der Wichtigkeit der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker in Generalversammlungsresolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960,

in Bekräftigung der Bedeutung der universellen Verwirklichung des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung, nationale Souveränität und territoriale Integrität sowie der baldigen Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker als unumgängliche Voraussetzung für die uneingeschränkte Wahrnehmung aller Menschenrechte,

erneut erklärend, daß die "Bantustanisierung" mit tatsächlicher Unabhängigkeit, nationaler Einheit und Souveränität unvereinbar ist und dazu führt, daß die weiße Minderheit weiter an der Macht bleibt und das rassistische Apartheidsystem in Südafrika noch fester verankert wird,

in Bekräftigung der Verpflichtung aller Mitgliedstaaten, sich an die Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und die Resolutionen der Vereinten Nationen über die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts der unter Kolonial- und Fremdherrschaft stehenden Völker zu halten,

ferner in Bekräftigung der Tatsache, daß das dem südafrikanischen Volk aufgezwungene System der Apartheid einen unzulässigen Verstoß gegen die Rechte dieses Volkes darstellt, der eine ständige Bedrohung der internationalen Sicherheit bedeutet,

in Bekräftigung der nationalen Einheit und territorialen Integrität der Komoren,

zutiefst besorgt über die Fortdauer der illegalen Besetzung Namibias durch Südafrika und die fortgesetzten Verstöße gegen die Menschenrechte der Völker, die sich noch immer unter Kolonial- und Fremdherrschaft und unter ausländischem Joch befinden ,

1. *fordert* alle Staaten *auf*, die Resolutionen der Vereinten Nationen über die Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der Völker unter Kolonial- und Fremdherrschaft vollständig und gewissenhaft durchzuführen;

2. *bekräftigt* die Rechtmäßigkeit des Kampfes von Völkern um Unabhängigkeit, territoriale Integrität, nationale Einheit und Befreiung von Kolonial- und Fremdherrschaft sowie fremder Besetzung mit allen verfügbaren Mitteln, einschließlich des bewaffneten Kampfes;

3. *bekräftigt* das unveräußerliche Recht des namibischen Volkes, des palästinensischen Volkes und aller unter Fremd- und Kolonialherrschaft stehenden Völker auf Selbstbestimmung, nationale Unabhängigkeit, territoriale Integrität und nationale Einheit sowie auf Souveränität ohne Einmischung von außen;

4. *nimmt mit Genugtuung Kenntnis* von der Resolution AHG/Res.103 (XVIII), die von der vom 24. bis 27. Juni 1981 in Nairobi veranstalteten achtzehnten ordentlichen Tagung der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation der afrikanischen Einheit verabschiedet wurde[17], sowie von den Beschlüssen des Implementierungsausschusses dieser Organisation, in der Westsahara ein allgemeines, freies und ordnungsgemäßes Referendum über die Selbstbestimmung zu organisieren und durchzuführen, und begrüßt die Bereitschaft der Vereinten Nationen, an der Durchführung des von der Organisation der afrikanischen Einheit geplanten Vorhabens mitzuwirken;

5. *nimmt Kenntnis* von den Kontakten, die im Bemühen um eine gerechte Lösung für die Integration der Komoreninsel Mayotte in die Komoren im Einklang mit den Resolutionen der Organisation der afrikanischen Einheit und der Vereinten Nationen zu dieser Frage zwischen der Regierung der Komoren und der französischen Regierung aufgenommen wurden;

6. *verurteilt* die Politik der "Bantustanisierung" und erklärt erneut ihre Unterstützung für das unterdrückte Volk von Südafrika in seinem gerechten und legitimen Kampf gegen das rassistische Minderheitsregime in Pretoria;

7. *verurteilt ferner* Südafrika wegen der immer härteren Unterdrückung des namibischen Volkes, wegen der massiven Militarisierung von Namibia und wegen seiner bewaffneten Angriffe gegen die Frontstaaten, die das Ziel haben, deren Regierungen zu destabilisieren;

8. *verurteilt nachdrücklich* die Bildung und den Einsatz bewaffneter Terroristengruppen durch Südafrika, mit denen es gegen die nationalen Befreiungsorganisationen vorgehen und die rechtmäßigen Regierungen im südlichen Afrika destabilisieren will, wodurch es die wirksame Durchführung der Generalversammlungsresolution 1514 (XV) behindert;

9. *bekräftigt nachdrücklich* ihre Solidarität mit den unabhängigen afrikanischen Ländern und Befreiungsbewegungen, die die Opfer der mörderischen Aggressionshandlungen des Regimes von Pretoria und seiner Destabilisierungsversuche sind;

10. *verurteilt erneut nachdrücklich* die Invasion und Besetzung eines Teils des angolanischen Staatsgebiets durch Truppen des rassistischen Regimes von Pretoria und verlangt den sofortigen Abzug dieser Truppen aus angolanischem Gebiet;

11. *erklärt erneut*, daß die Praxis des Einsatzes von Söldnern gegen souveräne Staaten und nationale Befreiungsbewegungen eine verbrecherische Handlung darstellt und daß die Söldner selbst Verbrecher sind, und fordert die Regierungen aller Länder auf, Gesetze zu erlassen, die die Anwerbung, Finanzierung und Ausbildung von Söldnern auf ihrem Staatsgebiet sowie den Durchzug von Söldnern durch ihr Staatsgebiet zu strafbaren Handlungen erklären und ihren Staatsangehörigen den Dienst als Söldner verbieten, und fordert sie ferner auf, dem Generalsekretär über diese Gesetze zu berichten;

12. *verurteilt nachdrücklich* die fortgesetzten Verletzungen der Menschenrechte der noch immer unter Kolonial- und Fremdherrschaft sowie unter ausländischem Joch befindlichen Völker, die Fortsetzung der illegalen Besetzung Namibias und die Versuche Südafrikas, dessen Staatsgebiet zu zerstückeln, die Zementierung des rassistischen Minderheitsregimes im südlichen Afrika sowie die Verweigerung der unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes;

13. *verurteilt ferner nachdrücklich* die Politik derjenigen westlichen und anderen Länder, deren politische, wirtschaftliche, militärische, nukleare, strategische, kulturelle und sportliche Beziehungen mit dem rassistischen Minderheitsregime in Südafrika dieses dazu ermutigen, das Streben der Völker nach Selbstbestimmung und Unabhängigkeit weiterhin zu unterdrücken;

14. *verlangt erneut* die sofortige Anwendung des mit Sicherheitsratsresolution 418 (1977) verhängten bindenden Waffenembargos gegen Südafrika durch alle Länder, insbesondere durch jene Länder, die nach wie vor

[17] Vgl. A/36/534, Anhang II

im militärischen und nuklearen Bereich mit dem rassistischen Regime von Pretoria kooperieren und ihm weiterhin entsprechende Ausrüstung liefern;

15. *nimmt erneut mit Befriedigung Kenntnis* von der Pariser Erklärung über Sanktionen gegen Südafrika, der Sondererklärung über Namibia und von den Berichten der technischen und politischen Kommissionen, die von der vom 20. bis 27. Mai 1981 in Paris von der Organisation der afrikanischen Einheit und den Vereinten Nationen gemeinsam abgehaltenen Internationalen Konferenz über Sanktionen gegen Südafrika verabschiedet wurden[18],

16. verlangt die sofortige Durchführung der Generalversammlungsresolution ES-8/2 über Namibia;

17. *ruft* alle Staaten, Organe der Vereinten Nationen, Sonderorganisationen* und nichtstaatlichen Organisationen dazu *auf*, jede Form der Unterstützung, die sie den Opfern von Rassismus, rassischer Diskriminierung und Apartheid durch ihre von der Organisation der afrikanischen Einheit anerkannten nationalen Befreiungsbewegungen gewähren, beträchtlich zu erhöhen;

18. *verurteilt nachdrücklich* diejenigen Regierungen, die das Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit aller noch immer unter Kolonial- und Fremdherrschaft sowie unter fremdem Joch befindlichen Völker, insbesondere der Völker Afrikas und des palästinensischen Volkes, nicht anerkennen;

19. *verurteilt nachdrücklich* die immer häufiger verübten Massaker an unschuldigen und wehrlosen Menschen, darunter auch an Frauen und Kindern, durch das rassistische Minderheitsregime in Pretoria in seinem verzweifelten Versuch, sich den legitimen Forderungen der Bevölkerung entgegenzustellen;

20. *verurteilt nachdrücklich* das in Beirut begangene Massaker vom 17. September 1982 an Palästinensern und anderen Zivilisten;

21. *verurteilt nachdrücklich* die expansionistischen Aktivitäten Israels im Mittleren Osten und die ständige Bombardierung palästinensischer Zivilisten, die ein ernstes Hindernis für die Verwirklichung der Selbstbestimmung und Unabhängigkeit des palästinensischen Volkes darstellen;

22. *verurteilt nachdrücklich* die israelische Aggression gegen den Libanon im Juni 1982, die die Stabilität, den Frieden und die Sicherheit in der Region gefährdet, und erklärt erneut ihre Unterstützung für die Bemühungen zur Verwirklichung der Resolutionen des Sicherheitsrats, insbesondere derjenigen Resolutionen, in denen der sofortige und bedingungslose Rückzug der israelischen Streitkräfte aus libanesischem Gebiet an die international anerkannten Grenzen sowie die Achtung der Souveränität und territorialen Integrität des Libanon gefordert werden;

23. *bittet* alle Staaten, zuständigen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, Sonderorganisationen* und anderen internationalen Organisationen *eindringlich*, das palästinensische Volk durch seine einzige und rechtmäßige Vertretung, die Palästinensische Befreiungsorganisation, in seinem Kampf um die Wiedererlangung seines Rechts auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß der Charta der Vereinten Nationen zu unterstützen;

24. *verlangt* die unverzügliche und bedingungslose Freilassung aller Personen, die aufgrund ihrer Beteiligung am Kampf um Selbstbestimmung und Unabhängigkeit in Haft oder im Gefängnis gehalten werden, die volle Anerkennung für ihre individuellen Grundrechte und die Einhaltung von Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[19], demzufolge niemand der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung unterworfen werden darf;

25. *empfiehlt* dem Sicherheitsrat, gemäß Generalversammlungresolution 37/1 vom 1. Oktober 1982 ein dringendes Gnadengesuch an die südafrikanischen Behörden zu richten, damit das Leben der drei Freiheitskämpfer des Afrikanischen Nationalkongresses, die am 5. August 1982 zum Tode verurteilt worden sind, gerettet werden kann;

26. *verlangt* die unverzügliche Freilassung von in namibischen und südafrikanischen Gefängnissen festgehaltenen Kindern;

27. *wiederholt erneut* ihren Dank für die materielle und sonstige Hilfe, die unter Kolonialherrschaft stehende Völker nach wie vor von Regierungen, Organisationen der Vereinten Nationen und zwischenstaatlichen Organisationen erhalten, und ruft dazu auf, diese Hilfe beträchtlich zu erhöhen;

28. *bittet* alle Staaten, Sonderorganisationen* und zuständigen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen *eindringlich*, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die vollständige Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker zu gewährleisten, und ihre Bemühungen zur Unterstützung von Völkern unter kolonialer, fremder und rassistischer Herrschaft in ihrem gerechten Kampf um Selbstbestimmung und Unabhängigkeit zu verstärken;

29. *ersucht* den Generalsekretär, die Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker möglichst weiten Kreisen bekanntzumachen und den Kampf unterdrückter Völker für die Verwirklichung ihrer Selbstbestimmung und nationalen Unabhängigkeit einer möglichst breiten Öffentlichkeit näherzubringen;

30. *beschließt*, diesen Tagesordnungspunkt auf ihrer achtunddreißigsten Tagung erneut zu behandeln und sich dabei auf die von Regierungen, Organisationen der Vereinten Nationen sowie zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen erbetenen Berichte über die Verstärkung der Hilfe an koloniale Gebiete und Völker zu stützen.

90. Plenarsitzung
3. Dezember 1982

37/44—Bericht des Ausschusses für die Beseitigung rassischer Diskriminierung: allgemeine Empfehlung VI

Die Generalversammlung,

in Kenntnisnahme des am 15. März 1982 vom Ausschuß für die Beseitigung rassischer Diskriminierung verabschiedeten Beschlusses 1 (XXV) mit dem Titel "Allgemeine Empfehlung VI"[20],

* Vgl. die Fußnote auf S. 205

[18] *Report of the International Conference on Sanctions against South Africa, Paris, 20-27 May 1981* (A/CONF.107/8), Abschnitt X sowie Anhang X und XI

[19] Resolution 217 A (III)

[20] Vgl. *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 18* (A/37/18), Kap. IX

insbesondere *unter Berücksichtigung* der vom Ministerrat der Organisation der afrikanischen Einheit auf seiner vom 15. bis 26. Juni 1981 in Nairobi abgehaltenen siebenunddreißigsten ordentlichen Tagung verabschiedeten Beschlüsse zu dieser Frage [2],

in Kenntnisnahme des aktualisierten Berichts des Sonderberichterstatters der Unterkommission für Diskriminierungsverhütung und Minderheitenschutz über die nachteiligen Auswirkungen der Gewährung von politischer, militärischer, wirtschaftlicher und sonstiger Unterstützung an koloniale und rassistische Regime im Süden Afrikas auf die Wahrnehmung der Menschenrechte[3],

besorgt angesichts der Feststellung des Generalsekretärs in seinem Bericht über die besondere Überprüfung des laufenden Arbeitsprogramms der Vereinten Nationen[4], daß der jedes Jahr aktualisierte Bericht über die nachteiligen Auswirkungen der Gewährung von politischer, militärischer, wirtschaftlicher und sonstiger Unterstützung an koloniale und rassistische Regime im Süden Afrikas auf die Wahrnehmung der Menschenrechte aus der Programmhaushaltsvorlage für 1982-1983 gestrichen werden soll[5],

erneut erklärend, daß jede Kollaboration mit dem rassistischen Regime von Südafrika eine feindselige Handlung gegenüber den unterdrückten Völkern des südlichen Afrika in ihrem Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit und eine Mißachtung und Geringschätzung der Vereinten Nationen und der internationalen Gemeinschaft darstellt,

in Anbetracht dessen, daß diese Kollaboration Südafrika in die Lage versetzt, die erforderlichen Mittel zur Durchführung von Angriffs- und Erpressungshandlungen gegen unabhängige afrikanische Staaten zu erwerben,

tief besorgt darüber, daß die wichtigsten westlichen und sonstigen Handelspartner Südafrikas weiterhin mit dem rassistischen Regime kollaborieren und daß ihre Kollaboration das Haupthindernis bei der Beseitigung dieses rassistischen Regimes und des unmenschlichen und verbrecherischen Apartheidsystems darstellt,

beunruhigt über die anhaltende Zusammenarbeit bestimmter westlicher Staaten und Israels mit dem rassistischen Regime Südafrikas im nuklearen Bereich,

mit Bedauern darüber, daß der Sicherheitsrat nicht in der Lage war, bindende Beschlüsse zur Verhinderung jedweder Kollaboration mit Südafrika im nuklearen Bereich zu fassen,

in der Erkenntnis, daß internationalen Maßnahmen zur Gewährleistung der vollständigen Durchführung der Resolutionen der Vereinten Nationen zur Beseitigung der Apartheid und zur Befreiung der Völker des südlichen Afrika höchster Vorrang eingeräumt werden muß,

in dem Bewußtsein, daß die Weltöffentlichkeit ständig gegen die Gewährung politischer, militärischer, wirtschaftlicher und sonstiger Unterstützung an das rassistische Regime in Südafrika mobilisiert werden muß,

1. *bekräftigt* das unveräußerliche Recht der unterdrückten Völker des südlichen Afrika auf Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und Nutzung der natürlichen Ressourcen ihrer Gebiete;

2. *bekräftigt erneut* das Recht dieser Völker, diese Ressourcen zur Mehrung ihres Wohls zu nutzen und für die Ausbeutung, die Erschöpfung, den Verlust oder die Wertminderung dieser natürlichen Ressourcen eine angemessene Wiedergutmachung zu erhalten, einschließlich der Wiedergutmachung für die Ausbeutung und den Mißbrauch ihrer menschlichen Ressourcen;

3. *verurteilt nachdrücklich* die Kollaboration bestimmter westlicher Staaten, Israels und anderer Staaten sowie transnationaler Unternehmen und sonstiger Organisationen, die weiterhin oder in zunehmendem Maße mit dem rassistischen Regime Südafrikas, insbesondere im politischen, wirtschaftlichen, militärischen und nuklearen Bereich, kollaborieren und dadurch dieses Regime ermutigen, auf seiner unmenschlichen und verbrecherischen Politik der brutalen Unterjochung der Völker des südlichen Afrika und der Mißachtung ihrer Menschenrechte zu beharren;

4. *bekräftigt erneut,* daß die Staaten und Organisationen, die das rassistische Regime Südafrikas unterstützen, zu Komplizen bei den von diesem Regime praktizierten unmenschlichen Methoden der rassischen Diskriminierung, des Kolonialismus und der Apartheid sowie auch seiner Aggressionsakte gegen Befreiungsbewegungen und Nachbarstaaten werden;

5. *ersucht* den Sicherheitsrat, dringend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen umfassende und bindende Sanktionen gegen das rassistische Regime in Südafrika in Erwägung zu ziehen, insbesondere

a) das Verbot jedweder technologischen Unterstützung oder Kollaboration bei der Herstellung von Waffen und militärischen Ausrüstungen in Südafrika;

b) die Einstellung jedweder Kollaboration mit Südafrika im nuklearen Bereich;

c) das Verbot jedweder Darlehen an Südafrika und jedweder Investitionen in diesem Land sowie den Abbruch aller Handelsbeziehungen zu Südafrika;

d) eine Liefersperre für Erdöl, Erdölprodukte und sonstige strategisch wichtige Güter an Südafrika;

6. *appelliert* an alle Staaten, Sonderorganisationen* und nichtstaatlichen Organisationen, den von den Vereinten Nationen und der Organisation der afrikanischen Einheit anerkannten Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika jede nur mögliche Unterstützung zu gewähren;

7. *dankt* dem Sonderberichterstatter der Unterkommission für Diskriminierungsverhütung und Minderheitenschutz für seinen aktualisierten Bericht;

8. *erklärt,* daß die Aktualisierung des Berichts über die nachteiligen Auswirkungen der Gewährung von politischer, militärischer, wirtschaftlicher und sonstiger Unterstützung an koloniale und rassistische Regime im Süden Afrikas auf die Wahrnehmung der Menschenrechte für den Kampf gegen die Apartheid und andere Verletzungen der Menschenrechte in Südafrika und Namibia von größter Bedeutung ist und als eine der Aktivitäten im laufenden Arbeitsprogramm für 1982-1983 beibehalten werden sollte;

9. *fordert* den Generalsekretär *auf,* dem Sonderberichterstatter jede nur mögliche Unterstützung zu gewähren, mit dem Ziel, ihm die zur genaueren Aktualisierung der Liste in seinem Bericht unbedingt erforderlichen Computerdienste zur Verfügung zu stellen;

10. *fordert* die Regierungen in Ländern, in denen die im aktualisierten Bericht namentlich aufgeführten Ban-

[2] Vgl. A/36/534, Anhang I
[3] E/CN.4/Sub.2/469 mit Korr. 1 und Add.1
[4] A/36/658
[5] *Ebd.*, Anhang II

* specialized agencies (etwa: Fachorganisationen) im Sinne von Art. 57 der VN-Charta; in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder mit "Sonderorganisationen" bzw. mit "Spezialorganisationen" wiedergegeben.

ken, transnationalen Unternehmen und sonstigen Organisationen ihren Sitz haben, *auf*, wirksame Maßnahmen zur Einstellung ihrer Handelsbeziehungen und ihrer Produktions- und Investitionstätigkeit auf dem Staatsgebiet Südafrikas sowie auf dem vom rassistischen Regime in Pretoria widerrechtlich besetzten Territorium von Namibia zu ergreifen;

11. *ersucht* den Generalsekretär, den aktualisierten Bericht dem Sonderausschuß gegen Apartheid, dem Namibia-Rat der Vereinten Nationen, sonstigen in Frage kommenden Gremien des Systems der Vereinten Nationen sowie regionalen internationalen Organisationen zuzuleiten;

12. *bittet* alle Sonderorganisationen*, insbesondere den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank, *eindringlich*, dem rassistischen Regime in Südafrika keinerlei Darlehen zu gewähren;

13. *fordert* alle Staaten sowie die Sonderorganisationen*, regionalen, zwischenstaatlichen und sonstigen in Frage kommenden Organisationen *auf*, den revidierten Bericht einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen;

14. *bittet* die Menschenrechtskommission, auf ihrer neununddreißigsten Tagung den revidierten Bericht mit hohem Vorrang zu behandeln;

15. *beschließt*, auf ihrer neununddreißigsten Tagung mit hohem Vorrang den Punkt "Nachteilige Auswirkungen der Gewährung von politischer, militärischer, wirtschaftlicher und sonstiger Unterstützung an koloniale und rassistische Regime im Süden Afrikas auf die Wahrnehmung der Menschenrechte" zu behandeln und dabei die Empfehlungen zu berücksichtigen, die ihr gegebenenfalls von der Unterkommission für Diskriminierungsverhütung und Minderheitenschutz, der Menschenrechtskommission, dem Wirtschafts- und Sozialrat und dem Sonderausschuß gegen Apartheid vorgelegt werden.

90. Plenarsitzung
3. Dezember 1982

37/40 – Durchführung des Programms für die Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung

Die Generalversammlung,

in Bekräftigung ihrer Entschlossenheit zur Herbeiführung der vollständigen und bedingungslosen Beseitigung von Rassismus, rassischer Diskriminierung und Apartheid, die nach wie vor schwere Hindernisse auf dem Wege zu weiterem Fortschritt und zur Stärkung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellen,

unter Hinweis darauf, daß sie in ihrer Resolution 3057 (XXVIII) vom 2. November 1973 und in dem im Anhang dazu enthaltenen Programm für die Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung sowie in anderen einschlägigen Resolutionen alle Völker, Regierungen und Institutionen zur Fortsetzung ihrer Bemühungen um die Beseitigung von Rassismus, rassischer Diskriminierung und Apartheid und somit zur Förderung der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, Hautfarbe, Abstammung oder der nationalen bzw. ethnischen Herkunft aufgefordert hat,

unter Berücksichtigung der Deklaration und des Aktionsprogramms der Weltkonferenz zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung[6],

unter Hinweis darauf, daß sie in dem im Anhang zu ihrer Resolution 34/24 vom 15. November 1979 enthaltenen Arbeitsprogramm für die zweite Hälfte der Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung alle Staaten, die Organe der Vereinten Nationen sowie die zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen aufgefordert hat, noch intensivere Anstrengungen zu unternehmen, um die Ziele der Dekade, durch die alle Formen von Rassismus und rassischer Diskriminierung vollständig und endgültig beseitigt werden sollen, möglichst schnell zu verwirklichen,

mit dem Ausdruck ihrer ernsten Besorgnis über die infolge der Politik und der Maßnahmen des Apartheidregimes, insbesondere aufgrund seiner Bemühungen um eine Perpetuierung und Festigung seiner rassistischen Herrschaft über Südafrika, seiner Politik der "Bantustanisierung", seiner brutalen Unterdrückung von Gegnern der Apartheid und seiner immer wiederkehrenden Aggressionsakte gegen Nachbarstaaten in Südafrika und im gesamten südlichen Afrika bestehende Lage,

erneut erklärend, daß die Apartheid ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist,

besonders besorgt über die Fortdauer der illegalen Besetzung Namibias durch das rassistische Minderheitsregime von Südafrika,

enttäuscht darüber, daß die Gespräche zwischen den Vereinten Nationen und dem südafrikanischen rassistischen und illegalen Besatzungsregime, durch die eine Regelung der Namibiafrage auf dem Verhandlungswege herbeigeführt werden soll, aufgrund der Unaufrichtigkeit dieses Regimes bisher gescheitert sind,

erneut erklärend, daß jede Kollaboration mit dem rassistischen Regime Südafrikas einen feindseligen Akt gegen das unterdrückte Volk Südafrikas sowie eine Verächtlichmachung und Mißachtung der Vereinten Nationen und der internationalen Gemeinschaft darstellt,

in der Auffassung, daß eine derartige Kollaboration das rassistische Regime stärkt, es zur hartnäckigen Beibehaltung seiner repressiven und aggressiven Politik ermutigt, die Lage im südlichen Afrika ernstlich verschärft und somit eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

ernstlich besorgt darüber, daß die wichtigsten westlichen und anderen Handelspartner Südafrikas weiterhin mit dem rassistischen Regime kollaborieren und daß ihre Kollaboration das Haupthindernis auf dem Wege zur Abschaffung dieses Regimes und zur Beseitigung des unmenschlichen und verbrecherischen Systems der Apartheid darstellt,

sehr beunruhigt darüber, daß bestimmte westliche Staaten und Israel mit dem rassistischen Regime Südafrikas auf nuklearem Gebiet beharrlich weiter kollaborieren,

in dem Bewußtsein, daß die Weltöffentlichkeit ständig gegen jede politische, militärische, wirtschaftliche und anderweitige Unterstützung des rassistischen Regimes Südafrikas mobilisiert werden muß,

in dem Bewußtsein, daß Bemühungen um die Lösung der Diskriminierungsprobleme unternommen werden müssen, mit denen Wanderarbeiter und ihre Familien konfrontiert sind,

* Vgl. die Fußnote auf S. 205

[6] *Report of the World Conference to Combat Racism and Racial Discrimination, Geneva, 14-25 August 1978* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.79.XIV.2), Kap.II

unter Hinweis auf ihre Resolution 35/33 vom 14. November 1980, in welcher sie beschloß, 1983 eine Zweite Weltkonferenz gegen Rassismus und rassische Diskriminierung abzuhalten, auf der neben der Überprüfung und Bewertung der während der Dekade durchgeführten Arbeiten hauptsächlich Mittel und Wege und konkrete Maßnahmen erarbeitet werden sollen, die zur Sicherstellung der vollständigen und universellen Durchführung der Resolutionen und Beschlüsse der Vereinten Nationen über Rassismus, rassische Diskriminierung und Apartheid führen,

unter Hervorhebung der Bedeutung, die der Verwirklichung der Ziele der Dekade zukommt,

überzeugt davon, daß die Zweite Weltkonferenz zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung einen nützlichen und konstruktiven Beitrag zur Verwirklichung dieser Zielsetzungen leisten wird,

1. *erklärt in aller Form*, daß die Beseitigung aller Formen des Rassismus und der rassenbedingten Diskriminierung sowie die Verwirklichung der Ziele sowohl des Programms für die Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung als auch des Arbeitsprogramms für die zweite Hälfte der Dekade für die internationale Gemeinschaft und somit auch für die Vereinten Nationen Ziele von hoher Dringlichkeit sind;

2. *verurteilt mit Nachdruck* die im südlichen Afrika, in allen besetzten arabischen Gebieten und andernorts praktizierte Politik der Apartheid, des Rassismus und der rassischen Diskriminierung, darunter auch die Verweigerung des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit;

3. *bekräftigt* ihre energische Unterstützung des mit allen verfügbaren Mitteln, einschließlich des bewaffneten Kampfes, geführten nationalen Befreiungskampfes gegen Rassismus, rassische Diskriminierung, Apartheid, Kolonialismus und Fremdherrschaft sowie für die Erlangung der Selbstbestimmung;

4. *bekräftigt* das unveräußerliche Recht des namibischen Volkes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit;

5. *verurteilt energisch* die wiederholten Aggressionsakte Südafrikas gegen Staaten in der Region, insbesondere gegen Angola, Botswana, Mosambik, Sambia und die Seychellen;

6. *erklärt sich* mit den Frontstaaten, die Opfer der rassistischen Aggression und der Destabilisierungsversuche des Regimes von Pretoria sind, *zutiefst solidarisch*;

7. *bittet* alle Mitgliedstaaten, Organe der Vereinten Nationen, Sonderorganisationen*, zwischenstaatlichen Organisationen, nationalen Befreiungsbewegungen, Antiapartheid- und Antirassismus- Organisationen sowie anderen Solidaritätsgruppen *erneut*, ihre Aktivitäten zur Unterstützung der Ziele des Programms für die Dekade auszubauen und zu erweitern;

8. *ersucht* den Sicherheitsrat *erneut*, dringend die Verhängung umfassender bindender Sanktionen gemäß Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen gegen das rassistische Regime Südafrikas sowie die Verschärfung des Waffenembargos in Erwägung zu ziehen, damit jeglicher militärischen und nuklearen Kollaboration mit Südafrika ein Ende gesetzt wird;

9. *bekräftigt* den Beschluß[7], mit dem sie die Erklärung des unter der Schirmherrschaft des Sonderausschusses gegen Apartheid vom 1. bis 3. April 1981 in London durchgeführten Internationalen Seminars über die Anwendung und Verschärfung des Waffenembargos gegen Südafrika[8] billigte;

10. *verurteilt energisch* die Kollaboration gewisser westlicher Staaten, Israels und anderer Staaten wie auch transnationaler Unternehmen und anderer Organisationen, die ihre Kollaboration mit dem rassistischen Regime Südafrikas – insbesondere auf politischem, wirtschaftlichem, militärischem und nuklearem Gebiet – fortsetzen bzw. laufend ausweiten und dieses Regime dadurch ermutigen, in seiner unmenschlichen und verbrecherischen Politik der brutalen Unterdrückung der Völker des südlichen Afrika zu verharren und diesen weiterhin die Menschenrechte zu verweigern;

11. *fordert* alle Regierungen, die dies noch nicht getan haben, *erneut auf*, gegenüber ihren Staatsangehörigen und den unter ihre Jurisdiktion fallenden juristischen Personen, die im südlichen Afrika Unternehmen besitzen, gesetzliche, administrative und andere Maßnahmen zu ergreifen, um die Tätigkeit solcher Unternehmen zu beenden;

12. *ruft* alle Staaten *auf*, mit hoher Priorität Maßnahmen zu verabschieden, mit denen jede Verbreitung eines von rassischer Überlegenheit oder Rassenhaß ausgehenden Gedankenguts für strafbar sowie auf Rassenhaß und Rassenvorurteilen aufbauende Organisationen, einschließlich neo-nazistischer und faschistischer Organisationen, sowie private Clubs und Institutionen, die auf rassischen Kriterien aufbauen bzw. Ideen der rassischen Diskriminierung und Apartheid verbreiten, für ungesetzlich erklärt werden;

13. *bittet* die Mitgliedstaaten, die Organe und Gremien des Systems der Vereinten Nationen und die Sonderorganisationen*, ihre Bemühungen um den Schutz der Rechte aller Wanderarbeiter und ihrer Familien fortzusetzen;

14. *nimmt mit Dank Kenntnis* vom Bericht des vorbereitenden Unterausschusses für die Zweite Weltkonferenz gegen Rassismus und rassische Diskriminierung über seine erste Tagung[9];

15. *ersucht* den Generalsekretär, dem Unterausschuß jede erforderliche Hilfe zu leisten;

16. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, im Jahre 1982 nach Rücksprache mit den Regionalgruppen einen Generalsekretär für die Zweite Weltkonferenz zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung zu ernennen, der den Rang eines Beigeordneten Generalsekretärs hat und für die Organisation der Konferenz und die Koordinierung mit den Mitgliedstaaten, den Organen und Gremien der Vereinten Nationen, den Sonderorganisationen* und zwischenstaatlichen sowie nichtstaatlichen Organisationen verantwortlich ist;

17. *bittet* die Mitgliedstaaten, im Rahmen des Programms für die Dekade und der Vorbereitungen für die Konferenz den Generalsekretär auch weiterhin zu unterstützen;

18. *bittet* die in Frage kommenden Organe und Gremien des Systems der Vereinten Nationen, einen Beitrag zu den Vorbereitungen für die Konferenz zu leisten;

19. *äußert ihre Befriedigung* über die Beiträge des Ausschusses für die Beseitigung rassischer Diskriminie-

* Vgl. die Fußnote auf S. 205

[7] Resolution 36/8, Ziffer 9

[8] A/36/190-S/14442, Anhang

[9] E/1982/26

rung, des Sonderausschusses gegen Apartheid, des Namibia-Rats der Vereinten Nationen, des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker, des Ausschusses für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes und über den auf dem Wege über ihre Ad-hoc-Arbeitsgruppe von Sachverständigen für das südliche Afrika geleisteten Beitrag der Menschenrechtskommission zur Durchführung des Programms der Dekade und bittet sie, die Vorbereitungen für die Konferenz in ihr Arbeitsprogramm aufzunehmen;

20. *beschließt*, den Punkt "Durchführung des Programms für die Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung" auf ihrer achtunddreißigsten Tagung mit hohem Vorrang zu behandeln.

90. Plenarsitzung
3. Dezember 1982

37/41 – Zweite Weltkonferenz gegen Rassismus und rassische Diskriminierung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 3057 (XXVIII) vom 2. November 1973, in der sie die Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung verkündete,

eingedenk der Erklärung und des Aktionsprogramms der Weltkonferenz gegen Rassismus und rassische Diskriminierung[6],

unter Hinweis auf Ziffer 26 des im Anhang zu ihrer Resolution 34/24 vom 15. November 1979 enthaltenen Arbeitsprogramms für die zweite Hälfte der Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung, in welcher die Versammlung beschloß, daß ein wichtiger Bestandteil der zweiten Hälfte der Dekade die Veranstaltung einer Zweiten Weltkonferenz gegen Rassismus und rassische Diskriminierung sein sollte,

eingedenk ihrer Resolution 35/33 vom 14. November 1980, in welcher sie beschloß, 1983 als einen der Höhepunkte der Dekade eine Zweite Weltkonferenz gegen Rassismus und rassische Diskriminierung abzuhalten, auf der neben der Überprüfung und Bewertung der während der Dekade durchgeführten Arbeiten hauptsächlich Mittel und Wege sowie konkrete Maßnahmen erarbeitet werden sollen, die zur Sicherstellung der vollständigen und universellen Durchführung der Resolutionen und Beschlüsse der Vereinten Nationen über Rassismus, rassische Diskriminierung und Apartheid führen,

ferner eingedenk der in ihrer Resolution 36/8 vom 28. Oktober 1981 enthaltenen Bestimmungen über die Vorbereitung der Zweiten Weltkonferenz gegen Rassismus und rassische Diskriminierung,

in Kenntnis der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/32 vom 5. Mai 1982 mit Empfehlungen über die Organisation der Zweiten Weltkonferenz gegen Rassismus und rassische Diskriminierung,

1. *macht sich* die Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/32 *zu eigen*;

2. *dankt* der philippinischen Regierung für ihr Angebot, als Gastgeber für die Zweite Weltkonferenz gegen Rassismus und rassische Diskriminierung zu fungieren;

3. *beschließt*, die Konferenz vom 1. bis 12. August 1983 in Genf abzuhalten;

4. *empfiehlt* die im Anhang zur vorliegenden Resolution enthaltene vorläufige Tagesordnung für die Konferenz;

5. *ersucht* den Generalsekretär
   a) alle Staaten zur Teilnahme an der Konferenz einzuladen;
   b) im Einklang mit Generalversammlungsresolution 32/9 E vom 4. November 1977 den Namibia-Rat der Vereinten Nationen zur Teilnahme an der Konferenz einzuladen;

6. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*,
   a) im Einklang mit Generalversammlungsresolution 3280 (XXIX) vom 10. Dezember 1974 Vertreter der von der Organisation der afrikanischen Einheit in ihrer Region anerkannten nationalen Befreiungsbewegungen zur Teilnahme als Beobachter einzuladen;
   b) im Einklang mit den Generalversammlungsresolutionen 3237 (XXIX) von 22. November 1974 und 31/152 vom 20. Dezember 1976 Vertreter von Organisationen, die von der Generalversammlung eine ständige Einladung erhalten haben, an den Sitzungen und der Arbeit aller unter ihrer Schirmherrschaft veranstalteten internationalen Konferenzen als Beobachter teilzunehmen, dazu einzuladen, in dieser Eigenschaft an der Konferenz teilzunehmen;
   c) die betreffenden Sonderorganisationen* sowie interessierte Organe und Gremien des Systems der Vereinten Nationen einzuladen, sich bei der Konferenz vertreten zu lassen;
   d) interessierte zwischenstaatliche Organisationen einzuladen, sich bei der Konferenz durch Beobachter vertreten zu lassen;
   e) den Sonderausschuß gegen Apartheid einzuladen, sich bei der Konferenz durch Beobachter vertreten zu lassen;
   f) den Sonderausschuß für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker einzuladen, sich bei der Konferenz durch Beobachter vertreten zu lassen;
   g) den Ausschuß für die Beseitigung der rassischen Diskriminierung einzuladen, sich bei der Konferenz durch Beobachter vertreten zu lassen;
   h) die Menschenrechtskommission einzuladen, sich bei der Konferenz durch Beobachter vertreten zu lassen;
   i) den Ausschuß für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes und den Sonderausschuß zur Untersuchung israelischer Praktiken, die die Menschenrechte der Bevölkerung der besetzten Gebiete beeinträchtigen, einzuladen, sich bei der Konferenz durch Beobachter vertreten zu lassen;
   j) andere interessierte Ausschüsse der Vereinten Nationen einzuladen, sich bei der Konferenz durch Beobachter vertreten zu lassen;
   k) nichtstaatliche Organisationen mit Konsultativstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat, die zur Verwirklichung der Gesamt- und Einzel-

* Vgl. die Fußnote auf S. 205

spezifischen Probleme junger Menschen und um eine Untersuchung der Art und Weise, in der diese Probleme von den Sonderorganisationen* und den verschiedenen Gremien der Vereinten Nationen behandelt werden,

in der Überzeugung, daß die Vorbereitung und Begehung des Internationalen Jahrs der Jugend im Jahr 1985 unter dem Motto "Partizipation, Entwicklung und Frieden" eine nützliche und wichtige Gelegenheit zur Verdeutlichung der Lage sowie der spezifischen Bedürfnisse und Bestrebungen der Jugend, zur Verstärkung der Zusammenarbeit auf allen Ebenen in der Auseinandersetzung mit Jugendfragen, zur Durchführung konzertierter Aktionsprogramme zugunsten der Jugend und zur Beteiligung junger Menschen an der Untersuchung und Lösung der wichtigsten nationalen, regionalen und internationalen Probleme sein wird,

in der Zuversicht, daß das Internationale Jahr der Jugend dazu beitragen wird, lokale, nationale, regionale und internationale Bemühungen um die bestmöglichen Bildungs-, Berufs- und Lebensbedingungen für junge Menschen in Gang zu setzen, für deren aktive Mitwirkung an der Gesamtentwicklung der Gesellschaft zu sorgen und die Aufstellung neuer nationaler und lokaler Politiken und Programme gemäß den Erfahrungen, Gegebenheiten und Prioritäten jedes einzelnen Landes zu fördern,

im Hinblick darauf, daß die Vorbereitung und Begehung des Internationalen Jahrs der Jugend zur Bekräftigung der Ziele der Neuen internationalen Wirtschaftsordnung und zur Verwirklichung der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen[34] beitragen wird,

in diesem Zusammenhang *ferner unter Hinweis auf* ihren Beschluß 35/424 vom 5. Dezember 1980 und auf die Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1980/67 vom 25. Juli 1980 zur Frage der Richtlinien für internationale Jahre und Gedenktage,

in dem Bewußtsein, daß eine angemessene Vorbereitung und breite Unterstützung der Regierungen, aller Sonderorganisationen*, der internationalen zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen sowie der Öffentlichkeit notwendig sind, wenn das Internationale Jahr der Jugend erfolgreich sein soll und seine Wirkung bzw. sein praktischer Nutzen maximiert werden sollen,

sehr erfreut über das Interesse der Mitgliedstaaten, verschiedener Gremien der Vereinten Nationen und Sonderorganisationen* sowie Jugendorganisationen an der Durchführung des Einzelprogramms für Maßnahmen und Aktivitäten in der Zeit vor und während des Internationalen Jahrs der Jugend,

Kenntnis nehmend vom Bericht des Beratenden Ausschusses für das Internationale Jahr der Jugend über seine vom 14. bis 23. Juni 1982 in Wien veranstaltete zweite Tagung[35] sowie vom Bericht des Generalsekretärs[36],

1. *billigt* die Empfehlungen des Beratenden Ausschusses für das Internationale Jahr der Jugend über die weitere Durchführung des Einzelprogramms für Maßnahmen und Aktivitäten in der Zeit vor und während des Internationalen Jahrs der Jugend[37];

2. *ersucht* den Generalsekretär, die Empfehlungen des Beratenden Ausschusses allen Staaten, Gremien der Vereinten Nationen, Sonderorganisationen* und Regionalkommissionen sowie den in Frage kommenden internationalen zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen zu übermitteln, damit sie möglichst bald in die Tat umgesetzt werden;

3. *bittet* alle Staaten, die dies bisher noch nicht getan haben, nationale Koordinierungsausschüsse oder sonstige Koordinierungsmechanismen für das Internationale Jahr der Jugend zu errichten;

4. *ersucht* den Generalsekretär, alle erforderlichen organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen, um den Erfolg der dem Internationalen Jahr der Jugend gewidmeten Regionalkonferenzen sicherzustellen;

5. *unterstreicht* erneut die Bedeutung einer aktiven und unmittelbaren Mitwirkung der Jugendorganisationen an den auf lokaler, nationaler, regionaler und internationaler Ebene organisierten Aktivitäten zur Vorbereitung und Begehung des Internationalen Jahrs der Jugend;

6. *ersucht* den Generalsekretär, weiterhin die erforderlichen Maßnahmen zur angemessenen Koordinierung der Durchführung des Einzelprogramms für Maßnahmen und Aktivitäten und der Anschlußmaßnahmen zu ergreifen, wozu auch die Bereitstellung von Informationen gehört, und ihr auf ihrer achtunddreißigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution zu berichten;

7. *ersucht* den Generalsekretär *weiterhin*, die dritte Tagung des Beratenden Ausschusses in der ersten Hälfte des Jahres 1984 einzuberufen, ihr jede erforderliche Unterstützung zukommen zu lassen und ihr einen Zwischenbericht über die Durchführung des Einzelprogramms für Maßnahmen und Aktivitäten sowie die Durchführung der Empfehlungen der zweiten Tagung des Beratenden Ausschusses vorzulegen;

8. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, weiterhin durch konkrete Maßnahmen unter Heranziehung aller ihm zur Verfügung stehenden Nachrichtenmedien die Jugendarbeit des Systems der Vereinten Nationen einer breiten Öffentlichkeit bekanntzumachen und für die verstärkte Verbreitung von Informationen über Jugenfragen zu sorgen;

9. *begrüßt* die bisher für das Internationale Jahr der Jugend eingegangenen freiwilligen Beiträge, dankt allen Beitragsgebern und appelliert erneut an alle Staaten, an internationale staatliche und nichtstaatliche Organisationen sowie an die Öffentlichkeit, zu gegebener Zeit großzügige freiwillige Beiträge zur Aufstockung der Mittel zu leisten, die aus dem ordentlichen Haushalt der Vereinten Nationen zur Deckung der Kosten des Einzelprogramms für Maßnahmen und Aktivitäten zur Verfügung gestellt werden, und ersucht den Generalsekretär, sich mit allen geeigneten Mitteln um solche freiwilligen Beiträge zu bemühen;

10. *beschließt*, den Punkt "Internationales Jahr der Jugend für Partizipation, Entwicklung und Frieden" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung aufzunehmen und ihm hohen Vorrang einzuräumen.

90. Plenarsitzung
3. Dezember 1982

* Vgl. die Fußnote auf S. 205

[34] Resolution 35/56, Anhang

[35] A/37/348, Anhang

[36] A/37/237

[37] A/37/348, Anhang, Appendix III

37/49 – Bemühungen und Maßnahmen zur Gewährleistung der Verwirklichung der Menschenrechte und der Ausübung dieser Rechte, insbesondere des Rechts auf Bildung und Arbeit, durch Jugendliche

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/29 vom 13. Dezember 1981, in der sie unter anderem anerkannte, daß verstärkte Bemühungen unternommen und geeignete Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Verwirklichung und die Ausübung der Menschenrechte, insbesondere des Rechts auf Bildung und Arbeit, durch Jugendliche zu gewährleisten,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 34/151 vom 17. Dezember 1979, mit der sie beschloß, das Jahr 1985 zum Internationalen Jahr der Jugend für Partizipation, Entwicklung und Frieden zu erklären,

in der Überzeugung, daß dafür gesorgt werden muß, daß Jugendliche die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[38], im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte[39] und im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte[39] niedergelegten Rechte, insbesondere das Recht auf Bildung und Arbeit, ohne jede Einschränkung ausüben können,

sich der Tatsache *bewußt*, daß eine unzulängliche Bildung und Ausbildung und die Jugendarbeitslosigkeit die Fähigkeit der Jugendlichen zur Mitarbeit am Entwicklungsprozeß begrenzen, und in dieser Hinsicht die Bedeutung betonend, die der Ausbildung der Jugendlichen an höheren Schulen und Hochschulen sowie ihrem Zugang zu geeigneten Fachschul-, Berufsberatungs- und Berufsausbildungsprogrammen zukommt,

mit dem Ausdruck ihres lebhaften Interesses am Erfolg des bevorstehenden Internationalen Jahrs der Jugend, das unter anderem eine immer umfassendere Mitwirkung der Jugendlichen am sozioökonomischen Leben ihres Landes fördern sollte,

1. *fordert* alle Staaten, alle staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen und die in Frage kommenden Gremien der Vereinten Nationen sowie die Sonderorganisationen* *auf*, der Verwirklichung der Generalversammlungsresolution 36/29 über die Bemühungen zur Förderung der Menschenrechte und zu ihrer Wahrnehmung durch Jugendiche, insbesondere des Rechts auf Bildung, Berufsausbildung und Arbeit, im Hinblick auf die Lösung des Problems der Jugendarbeitslosigkeit ihre ständige Aufmerksamkeit zu widmen;

2. *ersucht* den Beratenden Ausschuß für das Internationale Jahr der Jugend, der Resolution 36/29 wie auch allen einschlägigen internationalen Menschenrechts-Instrumenten bei der Vorbereitung und im Verlauf des Internationalen Jahrs der Jugend und insbesondere bei der Ausarbeitung seiner Empfehlungen für das Jahr uneingeschränkte Aufmerksamkeit zu widmen.

90. Plenarsitzung
3. Dezember 1982

37/50 – Kommunikationsmöglichkeiten zwischen den Vereinten Nationen und der Jugend sowie den Jugendorganisationen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 32/135 vom 16. Dezember 1977 und 36/17 vom 9. November 1981, in denen sie die Richtlinien für die Verbesserung der Kommunikationsmöglichkeiten zwischen den Vereinten Nationen und der Jugend sowie den Jugendorganisationen verabschiedet hat,

ferner unter Hinweis auf die Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1980/25 vom 2. Mai 1980 und 1981/25 vom 6. Mai 1981 über die Koordinations- und Informationstätigkeit in Jugendfragen,

in Kenntnisnahme des Berichts des Generalsekretärs vom 8. September 1982[40],

überzeugt von der Notwendigkeit einer weiteren Verstärkung der Bemühungen der Vereinten Nationen und der Sonderorganisationen* um eine Mitwirkung der Jugend an der Verwirklichung der Ziele der Charta der Vereinten Nationen,

gleichermaßen überzeugt davon, daß die Jugend einen wertvollen Beitrag zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen Staaten und zur Verwirklichung der neuen internationalen Wirschaftsordnung sowie der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen[41] leisten kann,

eingedenk der Wichtigkeit des Vorhandenseins von Kommunikationsmöglichkeiten zwischen den Vereinten Nationen und der Jugend sowie den Jugendorganisationen für die angemessene Information der Jugend und der Jugendorganisationen sowie für deren erfolgreiche Mitwirkung an der Arbeit der Vereinten Nationen und der Sonderorganisationen* auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene,

in Kenntnisnahme der im Rahmen der interinstitutionellen Zusammenarbeit unternommenen Bemühungen zur Förderung und Stärkung der Kommunikationsmöglichkeiten zwischen den Vereinten Nationen und der Jugend sowie den Jugendorganisationen im Hinblick auf das Internationale Jahr der Jugend für Partizipation, Entwicklung und Frieden,

überzeugt davon, daß das Bestehen gut funktionierender Kommunikationsmöglichkeiten zwischen den Vereinten Nationen und den Jugendorganisationen eine Grundvoraussetzung für das aktive Mitwirken der Jugend und somit für die erfolgreiche Vorbereitung und Begehung des Internationalen Jahrs der Jugend für Partizipation, Entwicklung und Frieden sowie für erfolgreiche Anschlußmaßnahmen an dieses Jahr bildet,

1. *ersucht* die Mitgliedstaaten, die Sonderorganisationen* und sonstigen zwischenstaatlichen Organisationen, in Zusammenarbeit mit den Jugendorganisationen mit Konsultativstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat und mit anderen in Frage kommenden Jugendorganisationen auf die umfassendere Anwendung der Richtlinien von Generalversammlungsresolution 32/135 sowie der mit ihrer Resolution 36/17 verabschiedeten zusätzlichen Richtlinien hinzuarbeiten;

* Vgl. die Fußnote auf S. 205

[38] Resolution 217 A (III)

[39] Vgl. Resolution 2200 A (XXI), Anhang

[40] A/37/401

[41] Resolution 36/56, Anhang

2. *ersucht* den Beratenden Ausschuß für das Internationale Jahr der Jugend, bei der Vorbereitung und Begehung des Internationalen Jahrs der Jugend weiterhin auf die Befolgung der zusätzlichen Richtlinien samt der in Resolution 32/135 verabschiedeten Richtlinien hinzuarbeiten;

3. *ersucht* den Generalsekretär, die interinstitutionelle Koordinierung und Kooperation bei der Öffentlichkeitsarbeit und der Informationstätigkeit im Rahmen des Internationalen Jahrs der Jugend voll zu unterstützen;

4. *bittet* die Mitgliedstaaten, die Sonderorganisationen*, die Regionalkommissionen, die zwischenstaatlichen Organisationen und die nichtstaatlichen Jugendorganisationen, die Richtlinien und zusätzlichen Richtlinien für die Verbesserung der Kommunikationsmöglichkeiten zwischen den Vereinten Nationen und der Jugend sowie den Jugendorganisationen zu verbreiten und sich noch stärker dafür einzusetzen sowie zusätzliche Vorschläge für die Weiterentwicklung der Richtlinien einzubringen;

5. *ersucht* den Generalsekretär, dem Aufbau zusätzlicher Kommunikationsmöglichkeiten, etwa auf dem Weg über Massenmedien und Bildungseinrichtungen, besondere Aufmerksamkeit zu widmen, damit möglichst viele Jugendliche in verschiedenen Regionen der Welt erreicht werden;

6. *bittet* die Jugend und die Jugendorganisationen, die Jugendpolitiken und -programme der Vereinten Nationen bekannt zu machen und einen Beitrag zu ihrer Erstellung zu leisten;

7. *ersucht* den Generalsekretär, die bestehenden Kommunikationsmöglichkeiten zwischen den Vereinten Nationen und der Jugend sowie den Jugendorganisationen auszubauen und für ihr besseres Funktionieren zu sorgen, unter anderem durch die vierteljährlich erscheinende Publikation des Sekretariats;

8. *ersucht* den Generalsekretär, aufgrund der Berichte der Mitgliedstaaten, der Sonderorganisationen* und sonstiger zwischenstaatlicher Organisationen sowie nichtstaatlicher Jugendorganisationen der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung über die Befolgung der Richtlinien und zusätzlichen Richtlinien zur Verbesserung der Kommunikationsmöglichkeiten zwischen den Vereinten Nationen und der Jugend sowie den Jugendorganisationen zu berichten und darin auch Informationen über die zum Ausbau dieser Kommunikationsmöglichkeiten eingeleiteten Maßnahmen aufzunehmen.

90. Plenarsitzung
3. Dezember 1982

37/51 – Die Frage des Alterns

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 33/52 vom 14. Dezember 1978, in der sie beschloß, eine Weltversammlung zur Frage des Alterns einzuberufen, um die schwerwiegenden Probleme eines ständig wachsenden Teils der Weltbevölkerung weltweit bekannt zu machen und um ein Forum zur Einleitung eines internationalen Aktionsprogramms zu schaffen, das älteren Menschen wirtschaftliche und soziale Sicherheit gewährleisten und ihnen ferner die Möglichkeit bieten soll, einen Beitrag zur nationalen Entwicklung zu leisten,

im Hinblick darauf, daß die höhere Lebenserwartung eine Errungenschaft der Biologie und ein Zeichen des Forschritts ist und daß die älteren Menschen aufgrund des unschätzbaren Beitrags, den sie dank ihres Wissens- und Erfahrungsreichtums leisten können, für die Gesellschaft weit weniger eine Belastung als vielmehr ein wertvolles Gut darstellen,

eingedenk dessen, daß die auf der vom 26. Juli bis 6. August 1982 in Wien abgehaltenen Weltversammlung zur Frage des Alterns versammelten Staaten ihre Überzeugung bekräftigt haben, daß die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankerten unveräußerlichen Grundrechte[41] voll und ohne Einschränkung auch für die älteren Menschen gelten, und anerkannt haben, daß die Qualität des Lebens nicht weniger wichtig ist als ein langes Leben und daß die älteren Menschen daher soweit wie möglich in die Lage versetzt werden sollten, im Rahmen ihrer Familie und ihrer Gemeinschaft als integraler Teil der Gesellschaft ein volles, gesundes, sicheres und zufriedenes Leben zu führen[42],

in der Überzeugung, daß der auf der Weltversammlung zur Frage des Alterns verabschiedete Internationale Aktionsplan zur Frage des Alterns[43] dazu führen muß, daß auf internationaler, regionaler und nationaler Ebene Politiken zur Bereicherung des Lebens der einzelnen alternden Menschen entwickelt und angewandt werden, sowie daß mit Hilfe geeigneter Maßnahmen alle negativen Auswirkungen der Zunahme des Bevölkerungsanteils älterer Menschen auf den Entwicklungsprozeß gemildert werden,

in der Erkenntnis, daß der Aktionsplan als integraler Bestandteil der großen internationalen, regionalen und nationalen Strategien und Programme angesehen werden sollte, die für die wichtigsten weltweiten Probleme und Bedürfnisse ausgearbeitet wurden,

unter Hinweis auf ihre Resolution 35/129 vom 11. Dezember 1980, mit der sie den Treuhandfonds für die Weltversammlung zur Frage des Alterns zur Finanzierung der Vorbereitungsarbeiten und Anschlußmaßnahmen der Weltversammlung errichtete, sowie unter Hinweis auf ihre Resolution 36/20 vom 9. November 1981, in der sie den Generalsekretär ersuchte, den Treuhandfonds dazu zu verwenden, im Rahmen der Ergebnisse und Empfehlungen der Weltversammlung zur Frage des Alterns das Interesse der Entwicklungsländer – insbesondere der am wenigsten entwickelten Entwicklungsländer – an Fragen des Alterns weiter zu fördern,

in Anerkennung der Rolle, die die Vereinten Nationen und die Sonderorganisationen* mit ihrer Arbeit zu Fragen des Alterns spielen, und in Anerkennung der Notwendigkeit, diese Rolle zu stärken, wenn die Empfehlungen des Aktionsplans erfolgreich in die Tat umgesetzt werden sollen,

unter Hervorhebung der Bedeutung des Aktionsplans und unter Hinweis auf den Geist der Zusammenarbeit, der während der Weltversammlung herrschte,

der Regierung Österreichs dafür *dankend*, daß sie als Gastgeber der Weltversammlung zur Frage des Alterns aufgetreten ist,

* Vgl. die Fußnote auf S. 205

[42] Vgl. *Report of the World Assembly on Aging, Vienna, 26 July to 6 August 1982* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.82.I.16), Kap. VI, Abschnitt A

[43] *Ebd.*

nach Behandlung des Berichts der Weltversammlung zur Frage des Alterns (*Report of the World Assembly on Aging*)[44],

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht der Weltversammlung zur Frage des Alterns (*Report of the World Assembly on Aging*);

2. *schließt sich* dem im Konsens verabschiedeten Internationalen Aktionsplan zur Frage des Alterns *an*;

3. *erklärt*, daß die Frage des Alterns im Kontext der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung sowie im Kontext internationaler Strategien und Pläne betrachtet werden sollte;

4. *fordert* die Regierungen *auf*, sich im Einklang mit ihren nationalen Strukturen, Bedürfnissen und Zielen ständig um die Verwirklichung der Grundsätze und Empfehlungen des Aktionsplans zu bemühen;

5. *ersucht* den Generalsekretär, durch die erforderlichen Maßnahmen dafür zu sorgen, daß im Rahmen vernünftiger Grenzen ausreichende Mittel für die erfolgreiche Verwirklichung des Aktionsplans und der entsprechenden Anschlußmaßnahmen sowie für die Erhaltung der von der Weltversammlung zur Frage des Alterns ausgegangenen Impulse bereitgestellt werden, wobei er sich nach besten Kräften um die Neuzuteilung weltweit vorhandener Mittel bemühen sollte;

6. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, alle eventuell geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um innerhalb der Vereinten Nationen sowohl auf zentraler als auch auf regionaler Ebene die im Aktionsplan genannten Aktivitäten zu Fragen des Alterns in der erforderlichen Weise auszubauen;

7. *ersucht* den Generalsekretär *weiterhin*, das internationale Verbundsystem schon bestehender, mit Fragen des Alterns befaßter Informations-, Forschungs- und Ausbildungszentren auszubauen, um den Austausch von Kenntnissen, praktischen Fähigkeiten und Erfahrungen sowie die technische Zusammenarbeit zwischen den Ländern der einzelnen Regionen zu fördern und zu erleichtern;

8. *bittet* den Generalsekretär *eindringlich*, die Empfehlungen über die internationale Zusammenarbeit im Bereich des Alterns sowie über die Evaluierung, Überprüfung und Bewertung der Durchführung des Wiener Internationalen Aktionsplans verwirklichen zu lassen, und dabei das dem Sekretariat angehörende Zentrum für soziale Entwicklung und humanitäre Angelegenheiten als federführende Organisation heranzuziehen;

9. *ersucht* den Generalsekretär, den Treuhandfonds der Vereinten Nationen für die Weltversammlung zur Frage des Alterns weiterhin für die rasch zunehmenden Bedürfnisse alternder Menschen in den Entwicklungsländern, insbesondere in den am wenigsten entwickelten Ländern, zu verwenden;

10. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, den Treuhandfonds dazu zu verwenden, das Interesse der Entwicklungsländer an Fragen des Alterns zu fördern und den Mitgliedstaaten auf ihr Ersuchen bei der Ausarbeitung und Implementierung von Politiken und Programmen für ältere Menschen zu helfen, und ersucht ihn weiterhin, den Treuhandfonds für technische Zusammenarbeit und Forschungsarbeiten im Zusammenhang mit dem steigenden Bevölkerungsanteil älterer Menschen sowie zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern beim Austausch von Informationen und Technologien in diesem Bereich zu verwenden;

11. *appelliert* an die Mitgliedstaaten, freiwillige Beiträge zum Treuhandfonds zu leisten;

12. *bittet* den Fonds der Vereinten Nationen für Bevölkerungsfragen *eindringlich*, in Zusammenarbeit mit allen für die internationale Unterstützung im Bevölkerungsbereich zuständigen Organisationen und im Rahmen seines Mandats, insbesondere in Entwicklungsländern, stärkere Unterstützung für Arbeiten im Bereich des Alterns zu gewähren;

13. *ersucht* den Wirtschafts- und Sozialrat, auf dem Weg über die Kommission für soziale Entwicklung ab 1985 die Durchführung des Aktionsplans alle vier Jahre zu überprüfen und der Generalversammlung seine Ergebnisse zu übermitteln;

14. *bittet* die in Frage kommenden Sonderorganisationen*, den Generalsekretär in ihrem jeweiligen Tätigkeitsbereich bei der Verwirklichung des Aktionsplans zu unterstützen;

15. *bittet* die in Frage kommenden zwischenstaatlichen Organisationen und nichtstaatlichen Organisationen, sich auch weiterhin mit den Kernfragen im Bereich des Alterns zu befassen und ihre Arbeit mit den Vereinten Nationen abzustimmen, insbesondere im Hinblick auf die Notwendigkeit einer guten Koordinierung der Aktivitäten zur Durchführung des Wiener Internationalen Aktionsplans;

16. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung über die Fortschritte bei der Durchführung des Aktionsplans und der entsprechenden Anschlußmaßnahmen zu berichten und in seinem Bericht auch Rechenschaft über die vom Treuhandfonds finanzierten Projektaktivitäten zu geben;

17. *beschließt*, in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung anstelle der Punkte "Frage der älteren und alten Menschen" und "Weltversammlung zur Frage des Alterns" nur den einen Punkt "Die Frage des Alterns" aufzunehmen.

90. Plenarsitzung
3. Dezember 1982

37/52 – Weltaktionsprogramm zugunsten der Behinderten

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 31/123 vom 16. Dezember 1976, mit der sie das Jahr 1981 zum Internationalen Behindertenjahr erklärte, 32/133 vom 16. Dezember 1977, mit der sie den Beratenden Ausschuß für das Internationale Behindertenjahr einsetzte, 33/170 vom 20. Dezember 1978, 34/158 vom 17. Dezember 1979, in der sie u.a. beschloß, das Thema des Internationalen Behindertenjahres so auszuweiten, daß es "Volle Mitwirkung und Gleichberechtigung" lautete, 35/133 vom 13. Dezember 1980 und 36/77 vom 8. Dezember 1981,

tief besorgt, daß schätzungsweise mindestens fünfhundert Millionen Menschen an irgendeiner Form der Behinderung leiden und von diesen wiederum schätzungsweise vierhundert Millionen in den Entwicklungsländern leben,

erneut feststellend, daß es auch weiterhin notwendig ist, die Verwirklichung des Rechts der Behinderten zu fördern, voll am gesellschaftlichen Leben und an der Entwicklung ihrer jeweiligen Gesellschaft teilzunehmen

[44] Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.82.I.16

* Vgl. die Fußnote auf S. 205

in Anerkennung der Belastung, die die aufgrund internationaler Instrumente bestehende Verpflichtung zur Berichterstattung für die Vertragsstaaten bedeutet, insbesondere für Staaten, die über begrenzte technische und administrative Ressourcen verfügen,

dennoch *davon überzeugt*, daß die Wirksamkeit internationaler Übereinkommen von der uneingeschränkten und gewissenhaften Einhaltung der mit der Ratifizierung bzw. dem Beitritt übernommenen Verpflichtungen abhängt,

mit Besorgnis feststellend, daß zahlreiche der nach Artikel 9 des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung aller Formen von rassischer Diskriminierung[21] zu erstellenden regelmäßigen Berichte noch nicht eingegangen sind und daß in einigen Fällen die ersten Berichte bereits seit mehreren Jahren überfällig sind,

1. *appelliert* an alle Vertragsstaaten des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung aller Formen von rassischer Diskriminierung, ihren Verpflichtungen nach Artikel 9 des Übereinkommens nachzukommen und ihre Berichte termingemäß vorzulegen;

2. *ersucht* den Generalsekretär, die Vertragsstaaten des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung aller Formen von rassischer Diskriminierung um ihre Ansichten und Stellungnahmen zu den Ursachen der in der Allgemeinen Empfehlung VI des Ausschusses für die Beseitigung rassischer Diskriminierung beschriebenen Situation zu bitten und der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung einen Bericht mit einer Analyse der eingegangenen Antworten zusammen mit etwaigen Vorschlägen zur Verbesserung der Situation vorzulegen;

3. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, die in der Allgemeinen Empfehlung des Ausschusses beschriebene Situation bei der Ausarbeitung seines Berichts unter dem übergreifenden Gesichtspunkt der Berichterstattungspflichten zu behandeln, die die Mitgliedstaaten gemäß verschiedenen Menschenrechtsinstrumenten zu erfüllen haben, damit er auch ähnlichen hiermit zusammenhängenden Problemen Rechnung tragen kann, die bei der Erfüllung dieser Pflichten vielleicht aufgetreten sind;

4. *ersucht* den Generalsekretär *weiterhin*, seinen Bericht samt den Unterlagen über dessen Behandlung durch die Generalversammlung der für 1984 angesetzten neunten Konferenz der Vertragsstaaten des Übereinkommens vorzulegen.

90. Plenarsitzung
3. Dezember 1982

37/45 – Stand des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung aller Formen von rassischer Diskriminierung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3057 (XXVIII) vom 2. November 1973, 3135 (XXVIII) vom 14. Dezember 1973, 3225 (XXIX) vom 6. November 1974, 3381 (XXX) vom 10. November 1975, 31/79 vom 13. Dezember 1976, 32/11 vom 7. November 1977, 33/101 vom 6. Dezember 1978, 34/26 vom 15. November 1979, 35/38 vom 25. November 1980 und 36/11 vom 28. Oktober 1981,

die Tatsache *begrüßend*, daß weitere Erklärungen gemäß Artikel 14 des Übereinkommens abgegeben worden sind,

1. *nimmt* den Bericht des Generalsekretärs über den Stand des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung aller Formen von rassischer Diskriminierung zur Kenntnis[22];

2. *bringt ihre Befriedigung* über die Zunahme der Zahl von Staaten *zum Ausdruck*, die das Übereinkommen ratifiziert haben oder ihm beigetreten sind;

3. *bekräftigt erneut* ihre Überzeugung, daß es zur Verwirklichung der Ziele der Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung erforderlich ist, daß die Ratifizierung des Übereinkommens bzw. der Beitritt zu ihm weltweit erfolgt und daß seine Bestimmungen befolgt werden;

4. *ersucht* die Staaten, die noch nicht Vertragsparteien des Übereinkommens sind, dieses zu ratifizieren bzw. ihm beizutreten;

5. *ruft* die Vertragsstaaten des Übereinkommens *auf*, zu erwägen, ob sie nicht die in Artikel 14 des Übereinkommens vorgesehene Erklärung abgeben können,

6. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auch weiterhin Jahresberichte gemäß Versammlungsresolution 2106 A (XX) vom 21. Dezember 1965 über den Stand des Übereinkommens vorzulegen.

90. Plenarsitzung
3. Dezember 1982

37/46 – Bericht des Ausschusses für die Beseitigung rassischer Diskriminierung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 36/12 vom 28. Oktober 1981 über den Bericht des Ausschusses für die Beseitigung rassischer Diskriminierung und 37/45 vom 3. Dezember 1982 über den Stand des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung aller Formen von rassischer Diskriminierung[21] sowie auf ihre sonstigen einschlägigen Resolutionen über die Verwirklichung des Programms für die Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung[23],

nach Behandlung des gemäß Artikel 9 Ziffer 2 des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung aller Formen von rassischer Diskriminierung vorgelegten Berichts des Ausschusses für die Beseitigung rassischer Diskriminierung über seine fünfundzwanzigste und sechsundzwanzigste Tagung[24],

nachdrücklich darauf hinweisend, daß es für einen erfolgreichen Kampf gegen alle Praktiken rassischer Diskriminierung, zu denen – wo immer sie auftreten – auch die Überreste und Erscheinungsformen rassistischer Ideologien gehören, sehr wichtig ist, daß alle Mitgliedstaaten sich in ihrer Innen- und Außenpolitik von den grundlegenden Bestimmungen des Übereinkommens leiten lassen,

eingedenk der Verpflichtung aller Vertragsstaaten, die Bestimmungen des Übereinkommens uneingeschränkt zu erfüllen,

die Fortsetzung der Zusammenarbeit des Ausschusses für die Beseitigung rassischer Diskriminierung mit den

[21] Resolution 2106 A (XX), Anhang

[22] A/37/148

[23] Resolution 3057 (XXVIII), Anhang

[24] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 18* (A/37/18)

zuständigen Sonderorganisationen* und anderen Gremien der Vereinten Nationen, insbesondere mit der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur und mit der Internationalen Arbeitsorganisation, *begrüßend*,

im Hinblick auf die vom Ausschuß auf seiner fünfundzwanzigsten und sechsundzwanzigsten Tagung verabschiedeten Beschlüsse und Empfehlungen,

1. *nimmt mit Dank Kenntnis* vom Bericht des Ausschusses für die Beseitigung rassischer Diskriminierung über seine fünfundzwanzigste und sechsundzwanzigste Tagung;

2. *würdigt* den Beitrag des Ausschusses zur Beseitigung aller Formen von Diskriminierung aufgrund der Rasse, Hautfarbe oder Abstammung bzw. aufgrund der nationalen oder ethnischen Herkunft, wo immer diese Diskriminierung auftritt;

3. *verurteilt auf schärfste* die Apartheidpolitik in Südafrika und Namibia als verabscheuungswürdigste Form der rassischen Diskriminierung und bittet alle Mitgliedstaaten eindringlich, durch wirksame politische, wirtschaftliche und sonstige Maßnahmen die Beseitigung dieser Politik sicherzustellen und die vollständige Verwirklichung der einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung, des Sicherheitsrats und anderer Gremien der Vereinten Nationen herbeizuführen;

4. *fordert* die betreffenden Gremien der Vereinten Nationen *auf*, dem Ausschuß sämtliche einschlägigen Informationen über alle unter die Generalversammlungsresolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 fallenden Gebiete zu liefern, und bittet die Verwaltungsmächte eindringlich, diese Gremien dadurch zu unterstützen, daß sie ihnen alle erforderlichen Informationen liefern, damit der Ausschuß seine Aufgaben gemäß Artikel 15 des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung aller Formen von rassischer Diskriminierung voll erfüllen kann,

5. *würdigt* die unermüdlichen Bemühungen des Ausschusses um die Beseitigung der Politik der Apartheid, des Rassismus und der rassischen Diskriminierung im südlichen Afrika wie auch um die Durchführung der Resolutionen der Vereinten Nationen zur Befreiung und Unabhängigkeit Namibias;

6. *nimmt mit Befriedigung Kenntnis* von den Bemühungen, durch die der Ausschuß auf dem Wege über die Verwirklichung der Grundsätze und Bestimmungen des Übereinkommens das Wohlergehen nationaler und ethnischer Minderheiten und einheimischer Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten sucht;

7. *äußert ihre tiefe Besorgnis* angesichts der Politik, mit der Israel, wie aus dem Bericht des Ausschusses für die Beseitigung rassischer Diskriminierung hervorgeht, den fundamentalen Grundsätzen und Zielsetzungen des Übereinkommens offen zuwiderhandelt, und fordert die Achtung und Erhaltung der nationalen und kulturellen Identität des palästinensischen Volkes;

8. *begrüßt* die Bemühungen des Ausschusses um die Beseitigung sämtlicher Formen der Diskriminierung von Wanderarbeitern und deren Familien, um die Förderung ihrer Rechte auf der Grundlage der Nichtdiskriminierung und die Verwirklichung ihrer vollständigen Gleichberechtigung sowie um die Möglichkeit der Erhaltung ihrer kulturellen Eigenart;

9. *beglückwünscht* die Vertragsstaaten des Übereinkommens zu den Maßnahmen, die sie ergriffen haben, um dafür zu sorgen, daß innerhalb ihrer Jurisdiktion den Opfern rassischer Diskriminierung geeignete Beschwerdeverfahren zur Verfügung stehen;

10. *fordert* alle Mitgliedstaaten *auf*, wirksame legislative, sozio-ökonomische und sonstige erforderliche Maßnahmen zur Beseitigung bzw. Verhinderung einer Diskriminierung aufgrund der Rasse, Hautfarbe oder Abstammung bzw. aufgrund der nationalen oder ethnischen Herkunft zu ergreifen;

11. *fordert ferner* die Vertragsstaaten des Übereinkommens *auf*, durch die Einführung entsprechender legislativer oder sonstiger Maßnahmen die Rechte nationaler oder ethnischer Minderheiten sowie die Rechte einheimischer Bevölkerungsgruppen in jeder Weise zu schützen;

12. *bittet* die Vertragsstaaten des Übereinkommens *erneut*, dem Ausschuß im Einklang mit seinen allgemeinen Richtlinien Informationen über die Verwirklichung der Bestimmungen des Übereinkommens, darunter auch Informationen über die demographische Zusammensetzung ihrer Bevölkerung und über ihre Beziehungen zu dem rassistischen Regime Südafrikas, zur Verfügung zu stellen;

13. *nimmt mit Dank Kenntnis* von dem Beitrag des Ausschusses zur Arbeit des Vorbereitenden Unterausschusses für die Zweite Weltkonferenz zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung sowie zu den im Rahmen der Durchführung des Programms für die Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung veranstalteten Regionalseminaren;

14. *begrüßt* den Beschluß des Ausschusses, einen Beitrag zur Zweiten Weltkonferenz zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung zu leisten, indem er eine Untersuchung über die Befolgung von Artikel 4 und 7 des Übereinkommens[25] durchführt, und ersucht den Ausschuß erneut, zu prüfen, ob er – ebenfalls für die Konferenz – eine Untersuchung über die Befolgung von Artikel 5 Buchstabe e) erstellen kann;

15. *nimmt Kenntnis* von Beschluß 1 (XXVI) des Ausschusses für die Beseitigung rassischer Diskriminierung[26] vom 19. August 1982, in dem der Ausschuß den Generalsekretär ersucht hat, in Absprache mit der Regierung der Philippinen zu prüfen, ob Vorkehrungen dafür getroffen werden können, die achtundzwanzigste Ausschußtagung unmittelbar vor der Zweiten Weltkonferenz zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung in Manila abzuhalten.

90. Plenarsitzung
3. Dezember 1982

37/47 – Stand des Internationalen Übereinkommens über die Beendigung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 3068 (XXVIII) vom 30. November 1973, mit der sie das Internationale Übereinkommen über die Beendigung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid verabschiedet und zur Unterzeichnung und Ratifizierung aufgelegt hat, sowie auf ihre nachfolgenden Resolutionen über den Stand des Übereinkommens,

* Vgl. die Fußnote auf S. 205

[25] *Ebd.*, Kap. VI
[26] *Ebd.*, Kap. IX

in der Überzeugung, daß die Erklärung und das Aktionsprogramm der Weltkonferenz zur Bekämpfung von Rassismmus und rassischer Diskriminierung[27] sowie das von der Generalversammlung in ihrer Resolution 34/24 vom 15. November 1979 verabschiedete Arbeitsprogramm für die zweite Hälfte der Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung sowie deren vollständige Verwirklichung einen Beitrag zur endgültigen Beseitigung der Apartheid und aller anderen Formen des Rassismus und der rassischen Diskriminierung leisten werden,

in Bekräftigung ihrer Überzeugung, daß die Apartheid einer völligen Negierung der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen gleichkommt und eine grobe Verletzung der Menschenrechte und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellt, das den Weltfrieden und die internationale Sicherheit ernstlich bedroht,

unter nachdrücklicher Verurteilung der Tatsache, daß Südafrika seine Politik der Apartheid, der Unterdrükkung und der "Bantustanisierung" sowie die illegale Besetzung Namibias fortsetzt und dadurch auf namibischem Gebiet seine verabscheuungswürdige Politik der Apartheid, der rassischen Diskriminierung und der Aufsplitterung perpetuiert,

zutiefst besorgt über das häufige Vorkommen von Folterungen und Mißhandlungen von politischen Gefangenen und der von dem rassistischen Regime Südafrikas in Haft gehaltenen Gewerkschaftler, die dazu geführt haben, daß viele Gefangene wie u.a. Neil Aggett, Tshigiwa Muoghe und Ernest Moabi Dipale in der Haft gestorben sind,

in tiefer Besorgnis über Südafrikas wiederholte Aggressionsakte gegen souveräne afrikanische Staaten, welche einen offenkundigen Bruch des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellen,

unter Verurteilung der fortgesetzten Kollaboration bestimmter Staaten und transnationaler Unternehmen mit dem rassistischen Regime Südafrikas auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet sowie in anderen Bereichen, durch die das Regime dazu ermutigt wird, seine verabscheuungswürdige Apartheidpolitik noch zu intensivieren,

die Tatsache *unterstreichend*, daß es unumgänglich ist, das bestehende bindende Waffenembargo zu verschärfen und umfassende bindende Wirtschaftssanktionen gemäß Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen anzuwenden, wenn das rassistische Regime Südafrikas zur Aufgabe seiner Apartheidpolitik gezwungen werden soll,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 36/172 A-P vom 17. Dezember 1981, insbesondere auf Resolution 36/172 B, mit der sie 1982 zum Internationalen Jahr für die Ingangsetzung von Sanktionen gegen Südafrika proklamiert hat,

unter Betonung der Notwendigkeit, auf breiterer Basis mehr Informationen über die Verbrechen des rassistischen Regimes von Südafrika zu verbreiten und dabei die Empfehlungen in den Dokumenten zu berücksichtigen, die das vom 31. August bis 2. September 1981 in Berlin (Deutsche Demokratische Republik) abgehaltene Internationale Seminar über Öffentlichkeitsarbeit und die Rolle der Massenmedien bei der internationalen Mobilisierung gegen die Apartheid verabschiedet hat[28],

in der festen Überzeugung, daß der rechtmäßige Kampf der unterdrückten Völker im südlichen Afrika gegen Apartheid, Rassismus und Kolonialismus sowie für die erfolgreiche Verwirklichung ihres unveräußerlichen Rechts auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit mehr denn je jede erforderliche Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft und insbesondere weitere Maßnahmen des Sicherheitsrats verlangt,

in Würdigung der Arbeit des Vorbereitenden Unterausschusses für die Zweite Weltkonferenz zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung und der Empfehlungen in seinem Bericht an den Wirtschafts- und Sozialrat[29],

in Unterstreichung der Tatsache, daß für den Erfolg des Internationalen Übereinkommens über die Beendigung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid eine weltweite Ratifizierung bzw. ein weltweiter Beitritt sowie die unverzügliche Durchführung der darin enthaltenen Bestimmungen erforderlich ist, und daß damit ein nützlicher Beitrag zur Verwirklichung der Ziele der Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung geleistet würde,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs über den Stand des Internationalen Übereinkommens über die Beendigung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid[30];

2. *dankt* den Vertragsstaaten des Übereinkommens, die gemäß Artikel VII des Übereinkommens ihre Berichte vorgelegt haben, insbesondere denjenigen Staaten, die bereits ihren zweiten Bericht vorgelegt haben, und appelliert an alle Vertragsstaaten, die dies noch nicht getan haben, ihre Berichte sobald wie möglich vorzulegen;

3. *appelliert erneut* an diejenigen Staaten, die dies noch nicht getan haben, das Übereinkommen ohne weitere Verzögerung zu ratifizieren bzw. ihm beizutreten;

4. *dankt* der Dreiergruppe der Menschenrechtskommission, die gemäß Art. IX des Internationalen Übereinkommens über die Beendigung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid eingesetzt wurde, für ihre konstruktive Rolle bei der Analyse der periodischen Berichte der Staaten und bei der Bekanntmachung der im internationalen Kampf gegen das Verbrechen der Apartheid gewonnenen Erfahrungen;

5. *ersucht* die Vertragsstaaten des Übereinkommens, die Richtlinien der Dreiergruppe voll zu berücksichtigen[31];

6. *fordert* alle Vertragsstaaten des Übereinkommens *auf*, durch Maßnahmen auf den Gebieten der Gesetzgebung, der Rechtssprechung und der Verwaltung Artikel IV des Übereinkommens voll zu verwirklichen und Personen, die für die in Artikel II des Übereinkommens aufgeführten Handlungen verantwortlich sind oder derartiger Handlungen beschuldigt werden, im Einklang mit ihrer Rechtssprechung anzuklagen, vor Gericht zu bringen und zu bestrafen;

7. *fordert* alle Vertragsstaaten des Übereinkommens und die zuständigen Organe der Vereinten Nationen *erneut auf*, die in den Berichten der Dreiergruppe[32] ent-

[27] *Report of the World Conference to Combat Racism and Racial Discrimination, Geneva, 14-25 August 1978* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.79.XIV.2), Kap.II

[28] A/36/496-S/14686, Anhang I-III
[29] E/1982/26
[30] A/37/149 mit Korr.1
[31] E/CN.4/1286, Anhang
[32] E/CN.4/1358, Abschnitt IV; E/CN.4/1417, Abschnitt IV; E/CN.4/1507, Abschnitt IV

haltenen Schlußfolgerungen und Empfehlungen zu prüfen und dem Generalsekretär ihre Ansichten und Stellungnahmen zu übermitteln;

8. *ersucht* die Menschenrechtskommission, die in Artikel X des Übereinkommens genannten Aufgaben weiterhin wahrzunehmen und bittet sie, in Zusammenarbeit mit dem Sonderausschuß gegen Apartheid verstärkt an der periodischen Aufstellung einer laufend zu ergänzenden Liste von Einzelpersonen, Organisationen, Institutionen und Vertretern von Staaten zu arbeiten, denen Verbrechen nach Artikel II des Übereinkommens angelastet werden bzw. gegen die gerichtliche Verfahren eingeleitet worden sind;

9. *ersucht* die Menschenrechtskommission, die Generalversammlungsresolutionen 33/23 vom 29. November 1978 und 35/32 vom 14. November 1980 sowie alle von ihr selbst und ihren Nebenorganen ausgearbeiteten Dokumente zu dieser Frage zu berücksichtigen, in denen unter anderem bekräftigt wird, daß Staaten, die dem rassistischen Regime in Südafrika Unterstützung gewähren, zu dessen Komplizen in den unmenschlichen Praktiken der rassischen Diskriminierung und der Apartheid werden;

10. *fordert* alle Vertragsstaaten des Übereinkommens und die zuständigen Organe der Vereinten Nationen *auf*, der Menschenrechtskommission auch weiterhin auf dem Weg über den Generalsekretär Informationen, die für die regelmäßige Aufstellung der genannten Liste wichtig sind, sowie Informationen über Hindernisse für die wirksame Beendigung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid zu übermitteln;

11. *ersucht* den Generalsekretär, die obengenannte Liste allen Vertragsstaaten des Übereinkommens und allen Mitgliedstaaten zu übermitteln und die Öffentlichkeit mit allen Mitteln der Massenkommunikation auf diese Dinge aufmerksam zu machen;

12. *bittet* den Sonderausschuß gegen Apartheid und das dem Sekretariat angehörende Zentrum gegen Apartheid, der obengenannten Liste und damit zusammenhängenden Einzelheiten eine möglichst große Verbreitung zu verschaffen;

13. *appelliert* an alle Staaten, Organe der Vereinten Nationen, Sonderorganisationen* sowie an alle internationalen und nationalen nichtstaatlichen Organisationen, durch die Anprangerung der Verbrechen des rassistischen Regimes von Südafrika mehr dafür zu tun, daß dieses Problem ins Bewußtsein der Öffentlichkeit rückt;

14. *ersucht* den Generalsekretär, durch Inanspruchnahme der geeigneten Kanäle seine Bemühungen um die Verbreitung von Informationen über das Übereinkommen und seine Durchführung zu verstärken, um dadurch weitere Ratifizierungen oder Beitritte zum Übereinkommen zu fördern;

15. *fordert* alle Staaten *auf*, aktiv an der für 1983 geplanten Zweiten Weltkonferenz zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung teilzunehmen und dazu beizutragen, daß diese Konferenz wirkliche Ergebnisse erzielt;

16. *ersucht* den Generalsekretär, in seinen nächsten Jahresbericht gemäß Generalversammlungsresolution 3380 (XXX) vom 10. November 1975 einen besonderen Abschnitt über die Durchführung des Internationalen Übereinkommens über die Beendigung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid aufzunehmen.

90. Plenarsitzung
3. Dezember 1982

* Vgl. die Fußnote auf S. 205

37/48 – Internationales Jahr der Jugend für Partizipation, Entwicklung und Frieden

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 34/151 vom 17. Dezember 1979 und 35/126 vom 11. Dezember 1980, mit denen sie beschloß, das Jahr 1985 zum Internationalen Jahr der Jugend für Partizipation, Entwicklung und Frieden zu bestimmen und als solches zu begehen,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 36/28 vom 13. November 1981, mit der sie das Einzelprogramm für Maßnahmen und Aktivitäten in der Zeit vor und während des Internationalen Jahrs der Jugend[33] billigte,

weiterhin unter Hinweis auf ihren Beschluß 35/318 vom 11. Dezember 1980 über die Ernennung der Mitglieder des Beratenden Ausschusses für das Internationale Jahr der Jugend,

in Anerkennung der grundlegenden Bedeutung einer unmittelbaren Mitwirkung der Jugend an der Gestaltung der Zukunft der Menschheit und des wertvollen Beitrags, den die Jugend zur Verwirklichung der neuen internationalen Wirtschaftsordnung auf der Grundlage von Fairneß und Gerechtigkeit leisten kann,

in der Auffassung, daß die Ideale des Friedens, der Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten, der menschlichen Solidarität und des Einsatzes für die Ziele des Fortschritts und der Entwicklung unter der Jugend verbreitet werden müssen,

überzeugt davon, daß die Energie, die Begeisterung und die schöpferischen Fähigkeiten der Jugend unbedingt für den nationalen Aufbau, den Kampf um Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit im Sinne der Charta der Vereinten Nationen sowie gegen Fremdherrschaft und fremde Besetzung, für den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt der Völker, für die Verwirklichung der neuen internationalen Wirtschaftsordnung, die Erhaltung des Weltfriedens und die Förderung der internationalen Zusammenarbeit und Verständigung eingesetzt werden müssen,

erneut betonend, daß die Vereinten Nationen der Rolle der Jugend in der Welt von heute und ihren Forderungen für die Welt von morgen mehr Aufmerksamkeit schenken sollten,

unter Hinweis auf die aktuelle Bedeutung, die der Erfassung der Bedürfnisse und Bestrebungen junger Menschen zukommt, und in Bekräftigung der Bedeutung laufender und geplanter Aktivitäten der Vereinten Nationen, die jungen Menschen größere Chancen einräumen und für ihre aktive Mitwirkung an nationalen Entwicklungsaktivitäten sorgen sollen,

in der Auffassung, daß es dringend angezeigt wäre, die Bemühungen aller Staaten zur Durchführung von spezifischen Jugendprogrammen zu konsolidieren und die Jugendarbeit der Vereinten Nationen sowie der Sonderorganisationen* einschließlich der Austauschprogramme für Jugendliche in den Bereichen Kultur und Sport sowie auf anderen Gebieten zu verbessern,

im Bewußtsein des wertvollen Beitrags der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur bei der Förderung der internationalen Zusammenarbeit in Jugendfragen,

in Bekräftigung der Notwendigkeit einer besseren Koordinierung der Bemühungen um Lösungen für die

[33] A/36/215, Anhang, Abschnitt IV, Beschluß 1 (I)

und in den Genuß gleicher Lebensbedingungen wie die übrigen Bürger sowie eines gleichen Anteils an Verbesserungen der Lebensbedingungen aufgrund der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung zu kommen,

in Anerkennung des Beitrags, den das Internationale Behindertenjahr dazu geleistet hat, daß die Gemeinschaft das Recht der Behinderten auf volle Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben und an der Entwicklung ihrer Gesellschaft sowie auf den Genuß der gleichen Lebensbedingungen anerkennt, unter denen die übrigen Bürger leben,

in der Überzeugung, daß das Internationale Behindertenjahr den Aktivitäten für die Schaffung gleicher Chancen für Behinderte sowie für Maßnahmen zur Vorbeugung und Rehabilitierung auf allen Ebenen einen echten und sinnvollen Anstoß erteilt hat,

mit dem Ausdruck ihrer Befriedigung über die von den Mitgliedstaaten während des Internationalen Behindertenjahres unternommenen Bemühungen um die Verbesserung der Lebensbedingungen und des Wohlergehens der Behinderten sowie über ihre Bereitschaft, die Behinderten und ihre Organisationen in die Behandlung aller sie betreffenden Fragen miteinzubeziehen,

ferner mit dem Ausdruck ihrer Befriedigung über die von den Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, den nichtstaatlichen Organisationen und insbesondere den Behindertenorganisationen ergriffenen Initiativen,

Kenntnis nehmend vom Entstehen von Behindertenorganisationen in allen Teilen der Welt und von deren positivem Einfluß auf das Ansehen und die Lage von Menschen, die an einer Behinderung leiden,

nach Behandlung des Wiener Aktionsplans für positive Maßnahmen, der auf dem Internationalen Sachverständigensymposium über technische Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern und technische Hilfe bei Vorbeugungsmaßnahmen gegen Behinderungen und bei der Behindertenrehabilitierung verabschiedet wurde[45],

mit dem Ausdruck ihres Dankes für die Arbeit, die der Beratende Ausschuß für das Internationale Behindertenjahr geleistet hat,

nach Behandlung des Berichts über die vierte Tagung des Beratenden Ausschusses für das Internationale Behindertenjahr und dessen Empfehlungen für ein Weltaktionsprogramm zugunsten der Behinderten[46],

in dem Bemühen, für wirksame Anschlußmaßnahmen an das Internationale Behindertenjahr zu sorgen, und sich dessen bewußt, daß dies nur gelingen wird, wenn die Mitgliedstaaten, die Organe, die Organisationen und die verschiedenen Stellen des Systems der Vereinten Nationen, die nichtstaatlichen Organisationen und die Behindertenorganisationen angeregt werden, bereits begonnene Aktivitäten weiterzuführen und neue Programme und Aktivitäten einzuleiten,

unter Betonung der Tatsache, daß die einzelnen Länder die Hauptverantwortung für die Förderung wirksamer Vorbeugungsmaßnahmen gegen Behinderungen, zur Rehabilitierung und zur Verwirklichung des Ziels der "vollen Mitwirkung" der Behinderten am gesellschaftlichen Leben und am Entwicklungsprozeß sowie des Ziels ihrer "Gleichberechtigung" tragen und daß internationale Maßnahmen darauf abzielen sollten, die diesbezüglichen nationalen Anstrengungen zu unterstützen,

1. *verabschiedet* das in Empfehlung 1 (IV) des Beratenden Ausschusses für das Internationale Behindertenjahr enthaltene Weltaktionsprogramm zugunsten der Behinderten[47];

2. *fordert* alle Mitgliedstaaten, alle in Frage kommenden nichtstaatlichen Organisationen und Behindertenorganisationen sowie auch alle Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen *auf*, für die baldige Verwirklichung des Weltaktionsprogramms zugunsten der Behinderten zu sorgen, wobei die Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen zu diesem Zweck die vorhandenen Mittel umwidmen sollten;

3. *beschließt*, auf ihrer zweiundvierzigsten Tagung mit Unterstützung des Generalsekretärs zu prüfen, wie weit das Weltaktionsprogramm zugunsten der Behinderten bis dahin verwirklicht worden ist.

90. Plenarsitzung
3. Dezember 1982

37/53 – Durchführung des Weltaktionsprogramms zugunsten der Behinderten

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 31/123 vom 16. Dezember 1976, mit der sie das Jahr 1981 zum Internationalen Behindertenjahr erklärte, 32/133 vom 16. Dezember 1977, mit der sie den Beratenden Ausschuß für das Internationale Behindertenjahr einsetzte, 33/170 vom 20. Dezember 1978, 34/158 vom 17. Dezember 1979, in der sie u.a. beschloß, das Thema des Internationalen Behindertenjahres so auszuweiten, daß dieses jetzt "Volle Mitwirkung und Gleichberechtigung" lautet, 35/133 vom 11. Dezember 1980, 36/77 vom 8. Dezember 1981 sowie 37/52 vom 3. Dezember 1982, mit welcher sie das Weltaktionsprogramm zugunsten der Behinderten verabschiedete[47],

in Anerkennung des Beitrags, den das Internationale Behindertenjahr dazu geleistet hat, daß die Gemeinschaft das Recht der Behinderten auf volle Mitwirkung am Leben und an der Entwicklung ihrer Gesellschaft sowie auf den Genuß der gleichen Lebensbedingungen anerkennt, wie sie den übrigen Bürgern zugute kommen,

in der Überzeugung, daß das Internationale Behindertenjahr den Aktivitäten für die Schaffung gleicher Chancen für Behinderte sowie für Maßnahmen zur Vorbeugung und Rehabilitierung auf allen Ebenen einen echten und entscheidenden Anstoß erteilt hat,

mit dem Ausdruck ihres Dankes für die Arbeit, die der Beratende Ausschuß für das Internationale Behindertenjahr geleistet hat, und insbesondere für seinen Beitrag zur Ausarbeitung des Weltaktionsprogramms zugunsten der Behinderten,

mit dem Ausdruck der Befriedigung über die von den Mitgliedstaaten während des Internationalen Behindertenjahres unternommenen Bemühungen um die Verbesserung der Lebensbedingungen und des Wohlergehens der Behinderten sowie über ihre Bereitschaft, die Behinderten und ihre Organisationen in alle sie betreffenden Fragen miteinzubeziehen,

ferner mit dem Ausdruck ihrer Befriedigung über die von den Sonderorganisationen* sowie anderen Organen und Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, den nichtstaatlichen Organisationen und insbeson-

* Vgl. die Fußnote auf S. 205

[45] IYDP/SYMP/L.2/Rev.1

[46] A/37/351/Add.1 und Add.1/Korr.1, Anhang

[47] *Ebd.*, Abschnitt VIII

dere den Behindertenorganisationen ergriffenen Initiativen,

ermutigt durch die Schaffung von Behindertenorganisationen in allen Teilen der Welt und durch deren positiven Einfluß auf das Ansehen und die Lage von Menschen, die an einer Behinderung leiden,

nach Behandlung des vom Internationalen Sachverständigensymposium über technische Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern und technische Hilfe bei Vorbeugungsmaßnahmen gegen Behinderungen und der Behindertenrehabilitierung verabschiedeten Wiener Aktionsplans für positive Maßnahmen[45] und *erfreut* über diesen Aktionsplan, in dem betont wird, daß in Entwicklungsländern verstärkt Bemühungen zur Vorbeugung gegen Behinderungen unternommen werden und die Normen für Rehabilitierungsmaßnahmen für Behinderte so hoch wie möglich sein sollten,

insbesondere im Hinblick auf die Ergebnisse der von den Regionalkommissionen für das Internationale Behindertenjahr veranstalteten Tagungen, in denen darauf hingewiesen wurde, daß auf regionaler und subregionaler Ebene – unter Verwendung lokaler Ressourcen – eine wirksamere technische Zusammenarbeit bei der Ausbildung von Rehabilitierungspersonal sowie der Herstellung von Prothesen und orthopädischen Hilfen notwendig ist und in denen ferner die Notwendigkeit eines interregionalen Erfahrungsaustausches bei der Ausarbeitung nationaler Programme für den Aufbau derartiger Dienste hervorgehoben wurde,

unter Betonung der Tatsache, daß die einzelnen Länder die Hauptverantwortung für die Förderung wirksamer Maßnahmen zur Vorbeugung gegen Behinderungen, zur Rehabilitierung und zur Verwirklichung des Ziels der vollen Mitwirkung und der Gleichberechtigung der Behinderten tragen und daß in diesem Bereich eine internationale Zusammenarbeit äußerst erstrebenswert ist und darauf ausgerichtet sein sollte, nationale Bemühungen zu unterstützen und zu fördern,

in der Auffassung, daß es über die nationalen Programme hinaus einer wirksamen Durchführung des Weltaktionsprogramms zugute käme, wenn die Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen, die nichtstaatlichen Organisationen und die Behindertenorganisationen auch auf internationaler Ebene entsprechende Aktivitäten durchführen würden,

in der Erkenntnis, daß derartige Aktivitäten derzeit schwer zu finanzieren sein werden und daß sich daher alle Bemühungen auf eine Umverteilung vorhandener Gelder im System der Vereinten Nationen richten müssen,

1. *ersucht* den Generalsekretär, dadurch zu einer baldigen Durchführung des Weltaktionsprogramms zugunsten der Behinderten beizutragen, daß er für dessen breite Bekanntmachung und Förderung sorgt;

2. *ersucht* die Mitgliedstaaten, Pläne für die Herstellung der Chancengleichheit der Behinderten sowie für die Vorbeugung und Behindertenrehabilitierung zu entwickeln und dadurch für eine baldige Durchführung des Weltaktionsprogramms zugunsten der Behinderten zu sorgen;

3. *ersucht* alle Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen, durch eine Neuverwendung vorhandener Ressourcen innerhalb ihres jeweiligen Zuständigkeitsbereichs Maßnahmen zu erarbeiten und durchzuführen, um für eine baldige Durchführung des Weltaktionsprogramms zugunsten der Behinderten zu sorgen, und ersucht insbesondere die Regionalkommissionen um Durchführung geeigneter Programme, wobei sie davon ausgeht, daß eine wirksame Absprache und Koordinierung zwischen den verschiedenen Gremien unerläßlich ist;

4. *ersucht* den Generalsekretär, entsprechend der Empfehlung der dritten und vierten Tagung des Beratenden Ausschusses für das Internationale Behindertenjahr[46] interinstitutionelle Sonderarbeitsgruppen einzurichten, die im Rahmen bestehender Vorkehrungen für interinstitutionelle Koordinierung Unterstützungsdienste gemäß Ziffer 17 der Generalversammlungsresolution 36/77 leisten, durch die nationale und regionale Aktivitäten der Entwicklungsländer im Bereich der Vorbeugung, Rehabilitierung und Chancengleichheit unterstützt werden sollen;

5. *legt* dem Generalsekretär *nahe*, die geeigneten Mittel ausfindig zu machen, um das Zentrum für soziale Entwicklung und humanitäre Angelegenheiten mit den Ressourcen auszustatten, die es benötigt, um Anschlußmaßnahmen an das Internationale Behindertenjahr vornehmen und die Durchführung des Weltaktionsprogramms zugunsten der Behinderten fördern zu können;

6. *ersucht* den Generalsekretär, die Beratungsdienste für Mitgliedstaaten in Fragen der Erstellung nationaler Programme für Vorbeugungsmaßnahmen gegen Behinderungen, für die Behindertenrehabilitierung und die Herstellung der Chancengleichheit der Behinderten fortzuführen, eine praxisorientierte Kontrolliste zum Thema der Herstellung der Chancengleichheit für Behinderte aufzustellen, die von Beratern bei Gesprächen mit den Regierungen der Mitgliedstaaten verwendet werden könnte, und Informationen über verfügbare technische und finanzielle Ressourcen zur Unterstützung von Entwicklungsländern bei der Verhütung von Behinderungen, bei der Rehabilitierung und der Herstellung der Chancengleichheit zusammenzustellen und zu verbreiten;

7. *ersucht den Generalsekretär ferner*, im Rahmen von Programmen für Behinderte nach wie vor den die Behindertenorganisationen betreffenden Aktivitäten einen angemessenen Vorrang einzuräumen;

8. *bittet erneut* alle Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen *eindringlich*, Maßnahmen zu ergreifen oder bereits laufende Maßnahmen zu beschleunigen, durch die die Beschäftigungsmöglichkeiten für Behinderte bei diesen Gremien auf allen Ebenen verbessert und der Zugang zu ihren Gebäuden, Einrichtungen und Informationsquellen erleichtert werden soll, und ersucht den Generalsekretär, der neununddreißigsten Tagung der Generalversammlung über diese Maßnahmen zu berichten;

9. *ersucht* den Generalsekretär, in Absprache mit den Regierungen zu prüfen, ob eine Fortführung des Treuhandfonds der Vereinten Nationen für das Internationale Behindertenjahr, aus dem Regierungen auf Ersuchen bei der Durchführung des Weltaktionsprogramms zugunsten der Behinderten unterstützt werden können, nötig und möglich ist, und ersucht ihn, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung hierüber zu berichten;

10. *ersucht* alle Regierungen, die hierzu in der Lage sind, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen sowie alle mit diesen Fragen befaßten Organe, Organisationen und Gremien der Vereinten Nationen, den

[46] Vgl. A/36/471/Add.1, Anhang, Abschnitt IV, Empfehlung 3 (III) sowie A/37/351/Add.1 und Add.1.Korr.1, Anhang, Abschnitt VIII, Empfehlung 2 (IV)

Regierungen der Entwicklungsländer auf Ersuchen bei der Ausarbeitung nationaler Politiken und Programme zugunsten der Behinderten behilflich zu sein;

11. *erklärt* die Jahre 1983-1992 als langfristigen Aktionsplan zur "Behindertendekade der Vereinten Nationen", wobei davon auszugehen ist, daß für diesen Zweck keine zusätzlichen Ressourcen des Systems der Vereinten Nationen benötigt werden, und legt es den Mitgliedstaaten nahe, diesen Zeitraum als eines der Mittel zur Durchführung des Weltaktionsprogramms zugunsten der Behinderten zu nutzen;

12. *regt* die Regierungen *dazu an*, nationale Behindertentage auszurufen;

13. *bittet* die internationalen Organisationen und Finanzierungsgremien *eindringlich*, der Entwicklung der menschlichen Ressourcen, insbesondere Ausbildungsmaßnahmen im Bereich der Vorbeugung gegen Behinderungen und der Rehabilitierung, höheren Vorrang einzuräumen und die Chancengleichheit sowie die Mitwirkungsmöglichkeiten von Behinderten zu fördern;

14. *ersucht* die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, bei ihren Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Internationalen Jahr der Jugend und bei von ihnen getragenen internationalen und regionalen Kongressen und Tagungen die Bedürfnisse der Behinderten anzuerkennen;

15. *ersucht* die Weltgesundheitsorganisation, in Konsultation mit Behindertenorganisationen und anderen in Frage kommenden Gremien und unter Berücksichtigung der während des Internationalen Behindertenjahres gewonnenen Erfahrungen ihre Begriffsbestimmungen der verminderten Arbeitsfähigkeit, der Behinderung und der Benachteiligung zu überprüfen;

16. *ersucht* den Generalsekretär zu prüfen, ob nicht 1987 eine Tagung von Sachverständigen, die weitgehend selbst Behinderte sind, zur Ausarbeitung eines Berichts einberufen werden könnte, der es ihm gestatten würde, der zweiundvierzigsten Tagung der Generalversammlung bei der Bewertung der Durchführung des Weltaktionsprogramms zugunsten der Behinderten gemäß Ziffer 3 der Resolution 37/52 behilflich zu sein;

17. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer neununddreißigsten Tagung über die Durchführung des Weltaktionsprogramms zugunsten der Behinderten zu berichten.

90. Plenarsitzung
3. Dezember 1982

37/54 – Die Weltsoziallage

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 33/48 vom 14. Dezember 1978 über die Entwicklung der Weltsoziallage, 34/59 vom 29. November 1979 über die Verwirklichung der Erklärung über Fortschritt und Entwicklung im Sozialbereich und 34/152 vom 17. November 1979 über die Weltsoziallage,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) vom 1. Mai 1974 mit der Erklärung und dem Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, 3281 (XXIX) vom 12. Dezember 1974 mit der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten, 3362 (S-VII) vom 16. September 1975 über Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, 35/56 vom 5. Dezember 1980 mit der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen und 36/194 vom 17. Dezember 1981, in der sie das Neue substantielle Aktionsprogramm für die achtziger Jahre zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder billigte[49],

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 35/136 vom 11. Dezember 1980 über die Weltkonferenz zur Frauendekade der Vereinten Nationen,

weiterhin unter Hinweis auf ihre Resolution 36/28 vom 13. November 1981 über das Internationale Jahr der Jugend für Partizipation, Entwicklung und Frieden,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 37/52 und 37/53 vom 3. Dezember 1982 über das Weltaktionsprogramm zugunsten der Behinderten,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 37/51 vom 3. Dezember 1982 über die Weltversammlung zur Frage des Alterns,

weiterhin unter Hinweis auf ihre Resolution 32/197 vom 20. Dezember 1977, in der sie u.a. das Sekretariat ersuchte, regelmäßig globale wirtschaftliche und soziale Überblicke und Projektionen zu erstellen,

eingedenk dessen, daß sich Fortschritt und Entwicklung im Sozialbereich auf die Achtung der Würde und des Werts der menschlichen Person gründet,

ferner eingedenk dessen, daß das Ziel der Entwicklung letztlich die ständige Steigerung des Wohlergehens der gesamten Bevölkerung auf der Grundlage ihrer vollen Beteiligung am Entwicklungsprozeß und einer gerechten Verteilung des sich aus diesem ergebenden Nutzens ist und daß das Entwicklungstempo der Entwicklungsländer insgesamt wesentlich beschleunigt werden sollte, damit sie dieses Ziel erreichen können,

eingedenk dessen, daß die bestehenden Ungleichheiten und Ungleichgewichte in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen die Kluft zwischen entwickelten Ländern und Entwicklungsländern verbreitern und daher ein beträchtliches Hindernis für die Entwicklung der Entwicklungsländer darstellen und die internationalen Beziehungen und die Förderung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit beeinträchtigen,

im Bewußtsein dessen, daß jedes Land das unveräußerliche Recht hat, das wirtschaftliche und soziale System anzunehmen, das ihm am geeignetsten erscheint, und daß es eine der Hauptaufgaben jeder Regierung ist, für den sozialen Fortschritt und das soziale Wohlergehen ihres Volkes zu sorgen,

erneut erklärend, daß das Wirtschaftswachstum Hand in Hand mit qualitativen und strukturellen Veränderungen, dem Abbau sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheiten und mit Maßnahmen zur Sicherung der effektiven Beteiligung aller Bevölkerungsschichten an der Erstellung und Durchführung der nationalen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungspolitik gehen muß,

überzeugt von der Notwendigkeit einer raschen und vollständigen Beseitigung von Kolonialismus, Neokolonialismus, Rassismus, rassischer Diskriminierung, Apartheid, Aggression, ausländischer Besetzung und Fremdherrschaft sowie aller anderen Formen der Ungleichheit, der Ausbeutung und der Unterjochung von Völkern, die große Hindernisse für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt sowie für die Förderung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellen,

[49] *Report of the United Nations Conference on the Least Developed Countries, Paris, 1-14 September 1981* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.82.I.8), Erster Teil, Abschnitt A

in Bekräftigung des unleugbaren Zusammenhangs zwischen Frieden und Entwicklung und der unumgehbaren Notwendigkeit, den Rüstungswettlauf einzustellen und dadurch wertvolle zusätzliche Ressourcen freizusetzen, die für die Entwicklung der Entwicklungsländer verwendet werden und zum Wohlergehen und Wohlstand aller beitragen könnten,

erneut betonend, daß die Entwicklungsländer selbst die Hauptverantwortung für ihre Entwicklung tragen, daß sie jedoch auch unter größten Anstrengungen nicht in der Lage sein werden, die erstrebten Entwicklungsziele so schnell zu erreichen, wie dies nötig ist, wenn nicht gerechte und ausgewogene Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den entwickelten Ländern und den Entwicklungsländer hergestellt und hierzu in zunehmendem Ausmaß die Bereitstellung finanzieller und technischer Mittel gewährleistet wird,

nach Behandlung des *1982 Report on the World Social Situation* (Bericht über die Weltsoziallage für das Jahr 1982)[50],

1. *stellt mit tiefer Sorge fest*, daß die wirtschaftliche und soziale Lage in der Welt heute nicht nur besorgniserregend ist, sondern sich auch rapide verschlechtert;

2. *stellt ferner mit Sorge fest*, daß die Verwirklichung der Erklärung über Fortschritt und Entwicklung im Sozialbereich[51] sowie der in der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen verabschiedeten und bekräftigten Einzel- und Gesamtziele für die Entwicklung nur geringe Fortschritte macht;

3. *bekräftigt*, daß die sozialen Aspekte und Ziele der Entwicklung ein integraler Bestandteil des gesamten Entwicklungsprozesses sind und daß bei ihrer Verwirklichung nationale Prioritäten, der jeweilige Stand der wirtschaftlichen Entwicklung sowie kulturelle Traditionen und Werte berücksichtigt werden müssen;

4. *unterstreicht erneut* die Bedeutung, die die Errichtung der neuen internationalen Wirtschaftsordnung für den angestrebten sozialen Fortschritt besitzt;

5. *bekräftigt* die dringende Notwendigkeit, die in der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen von der internationalen Gemeinschaft festgelegten sozio-ökonomischen Entwicklungsziele zu verwirklichen, u.a. die Beseitigung von Hunger und Unterernährung, die Erreichung der Vollbeschäftigung bis zum Jahr 2000, Gesundheit für alle bis zum Jahr 2000, eine geeignete Bevölkerungspolitik, die Verringerung der Säuglingssterblichkeit, die Verfügbarkeit von sauberem Wasser und angemessenen sanitären Einrichtungen bis zum Jahr 1990, die Erreichung einer Mindestlebenserwartung von sechzig Jahren bis zum Jahr 2000, Grundschulbesuch durch alle Kinder bis zum Jahr 2000 und die Sicherstellung der vollen Mitwirkung der Frau sowohl als Trägerin als auch als Nutznießerin des Entwicklungsprozesses in allen Sektoren und auf allen Ebenen;

6. *bekräftigt ferner* die Notwendigkeit, die sozioökonomischen Ziele des Neuen substantiellen Aktionsprogramms für die achtziger Jahre zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder zu verwirklichen;

7. *fordert* alle Mitgliedstaaten *auf*, das wirtschaftliche Wachstum und den sozialen Fortschritt dadurch zu fördern, daß sie ein zusammenhängendes Paket von Grundsatzmaßnahmen ausarbeiten und durchführen, mit deren Hilfe sie im Rahmen ihrer nationalen Prioritäten und Interessen ihre Gesamt- und Einzelziele auf folgenden Gebieten erreichen können: Beschäftigung, Bildung, Gesundheit, Ernährung, Wohnungswesen, Verbrechensverhütung, Wohlergehen der Kinder, Chancengleichheit für Behinderte und ältere Menschen, volle Mitwirkung der Jugend am Entwicklungsprozeß sowie volle Integration und Einbeziehung der Frau in die Entwicklung;

8. *fordert* die in Frage kommenden Organe, Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen *auf*, die notwendigen Ressourcen zu mobilisieren, damit Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Bedingungen und zur Erreichung der wichtigsten Ziele ergriffen werden können, die in der Erklärung über Fortschritt und Entwicklung im Sozialbereich und in der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen dargelegt sind;

9. *betont erneut*, daß für den raschen sozio-ökonomischen Fortschritt der Entwicklungsländer eine wesentlich umfangreichere, im Rahmen der Entwicklungspläne der Entwicklungsländer zu leistende multilaterale und bilaterale finanzielle und technische Unterstützung der nationalen Entwicklungsanstrengungen erforderlich ist;

10. *ersucht* die Kommission für soziale Entwicklung, auf ihrer achtundzwanzigsten Tagung der Prüfung und Erörterung des Berichts für das Jahr 1982 hohen Vorrang zu verleihen und ihre Auffassungen und Bemerkungen auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung vorzulegen;

11. *ersucht* den Generalsekretär, den Bericht für das Jahr 1982 anderen mit operativen Aktivitäten befaßten Gremien der Vereinten Nationen und den Regionalkommissionen zur Behandlung zu übermitteln;

12. *bittet* die Mitgliedstaaten, dem Generalsekretär ihre Stellungnahmen zum *Report on the World Social Situation* von 1982 zu übermitteln, damit die Erstellung des Berichts für das Jahr 1985 erleichtert wird;

13. *ersucht* den Generalsekretär, den Bericht über die Weltsoziallage für das Jahr 1985 zu veröffentlichen, und zwar unter Berücksichtigung der Bestimmungen der vorliegenden Resolution und unter Einbeziehung einer Analyse der Verwirklichung der Erklärung über Fortschritt und Entwicklung im Sozialbereich im Lichte der Gesamt- und Einzelziele der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen sowie unter Berücksichtigung der Stellungnahmen, die die Delegationen während der siebenunddreißigsten Tagung zu dieser Frage abgegeben haben bzw. während der achtunddreißigsten Tagung abgeben werden, sowie auch der beim Generalsekretär eingegangenen Stellungnahmen der Mitgliedstaaten und der auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat abgegebenen Bemerkungen der Kommission für soziale Entwicklung;

14. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, bei der Erstellung des Berichts über die Weltsoziallage für das Jahr 1985 die Empfehlungen in Abschnitt II der Generalversammlungsresolution 34/152 zu berücksichtigen und dem Wirtschafts- und Sozialrat in regelmäßigen Abständen hierüber zu berichten;

15. *ersucht* den Generalsekretär *weiterhin*, bei der Präsentation des Berichts über die Weltsoziallage für 1985 eine Analyse darüber vorzulegen, welche Koordinierung zwischen den Vereinten Nationen und den Son-

[50] Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.82.IV.2
[51] Resolution 2542 (XXIV)

derorganisationen* bei der Erfassung von Sozialstatistiken und der Erstellung von Berichten über soziale Fragen stattfindet;

16. *bittet* die Organe, Organisationen und Gremien der Vereinten Nationen, den Generalsekretär bei der Erstellung künftiger Berichte voll zu unterstützen, indem sie alle einschlägigen Informationen zu ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich zur Verfügung stellen;

17. *ersucht* den Generalsekretär, die notwendigen Vorkehrungen für eine weite Verbreitung aller künftigen Berichte zu treffen;

18. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Die Weltsoziallage" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

90. Plenarsitzung
3. Dezember 1982

37/55 – Die verschiedenen Formen der Mitwirkung der Bevölkerung als wichtiger Faktor bei der Entwicklung und bei der Verwirklichung der Menschenrechte

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 34/152 vom 17. Dezember 1979,

ferner unter Hinweis auf die in Generalversammlungsresolution 2542 (XXIV) vom 11. Dezember 1969 enthaltene Erklärung über Fortschritt und soziale Entwicklung, in der u.a. betont wird, daß alle Völker und alle Menschen das Recht haben, in Würde und Freiheit zu leben und die Früchte des sozialen Fortschritts zu genießen, zu dem sie ihrerseits beitragen sollen,

eingedenk dessen, daß sich sozialer Fortschritt und soziale Entwicklung auf die Achtung der Würde und des Werts der menschlichen Person gründen und die Förderung der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit gewährleisten sollen,

unter Betonung der Wichtigkeit einer Verabschiedung von Maßnahmen, die gewährleisten, daß – im Rahmen des Möglichen – alle gesellschaftlichen Gruppen effektiv bei der Erarbeitung und Durchführung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungspolitik der einzelnen Staaten mitwirken können, sowie unter Betonung der Bedeutung einer Mobilisierung der öffentlichen Meinung und der Verbreitung einschlägiger Informationen zur Unterstützung der Grundsätze und Ziele des sozialen Fortschritts und der sozialen Entwicklung,

in Anerkennung dessen, daß die Mitwirkung der Bevölkerung, zu der in den Ländern, in denen es Arbeitnehmermitbestimmung und Arbeiterselbstverwaltung gibt, auch diese gehören, einen wichtigen Faktor der sozio-ökonomischen Entwicklung sowie der Achtung der Menschenrechte und der Würde der menschlichen Person darstellt,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs[52] über das Internationale Seminar über die Mitwirkung der Bevölkerung, das vom 17. - 25. Mai 1982 in Ljubljana (Jugoslawien) stattfand,

1. *nimmt mit Dank Kenntnis* von dem Bericht des Generalsekretärs;

2. *bittet* die Mitgliedstaaten, bei ihren Entwicklungspolitiken und -programmen die Empfehlungen des Internationalen Seminars über die Mitwirkung der Bevölkerung zu berücksichtigen und dabei die spezifischen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen ihrer Länder im Auge zu behalten;

3. *fordert* die Organe und Organisationen des Systems der Vereinten Nationen *auf*, im Rahmen des Möglichen die Mitwirkung der Bevölkerung an der Ausführung ihrer Programme zu fördern, soweit und insofern sich dies mit der Art ihrer Arbeit verträgt;

4. *ersucht* den Generalsekretär, seinen Bericht über das Seminar den Mitgliedstaaten und den in Frage kommenden Gremien der Vereinten Nationen zur Behandlung zu übermitteln;

5. *ersucht* die Menschenrechtskommission, auf ihrer neununddreißigsten Tagung die Frage der verschiedenen Formen einer Mitwirkung der Bevölkerung als wichtigen Faktor bei der Entwicklung und bei der Verwirklichung der Menschenrechte zu behandeln und dabei u.a. die im Bericht des Generalsekretärs enthaltenen Ergebnisse der Beratungen des Seminars zu berücksichtigen und der Generalversammlung auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat geeignete Vorschläge für eine vollständigere Verwirklichung der Menschenrechte vorzulegen;

6. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, unter Berücksichtigung der in der Menschenrechtskommission vorgebrachten Anregungen einen umfassenden Zwischenbericht über die Verwirklichung dieser Resolution zu erstellen und ihn der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung vorzulegen;

7. *beschließt*, zur Überprüfung der in diesem Bereich erzielten Fortschritte unter dem Punkt zur Weltsoziallage einen Unterpunkt mit dem Titel "Die verschiedenen Formen der Mitwirkung der Bevölkerung als wichtiger Faktor bei der Entwicklung und bei der Verwirklichung der Menschenrechte" in die Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung aufzunehmen.

90. Plenarsitzung
3. Dezember 1982

37/56 – Internationales Forschungs- und Ausbildungsinstitut zur Förderung der Frau

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/128 vom 14. Dezember 1981, in der sie die Bedeutung der Beiträge des Instituts zur Arbeit aller mit der Förderung der Frau befaßten Gremien, Organisationen und Institutionen der Vereinten Nationen unterstrich,

ferner unter Hinweis auf die Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/27 vom 4. Mai 1982, in der der Rat u.a. mit Genugtuung vom Bericht des Generalsekretärs über neue Entwicklungen im Hinblick auf die Organisation des Instituts[53] sowie vom Bericht über die zweite Tagung des Treuhänderausschusses des Instituts[54] Kenntnis nahm und seine Befriedigung über das für 1982-1983 gebilligte Programm und die Aktivitäten des Instituts zum Ausdruck brachte,

1. *nimmt mit Genugtuung Kenntnis* von den Fortschritten bei der Durchführung des Arbeitsprogramms des Internationalen Forschungs- und Ausbildungsinstituts zur Förderung der Frau;

2. *billigt* den Gedanken, als Vorgehensweise zur Ausführung der Programme des Instituts schrittweise

* Vgl. die Fußnote auf S. 205

[52] A/37/442

[53] E/1982/33

[54] E/1982/11

ein Verbundsystem mit den Organisationen des Systems der Vereinten Nationen sowie den regionalen und nationalen Institutionen aufzubauen;

3. *wiederholt erneut*, daß das Institut im Bereich von Forschung und Lehre Arbeiten durchführen muß, die insbesondere zu einem besseren Verständnis der Rolle der Frau im Entwicklungsprozeß, wirksameren Methoden zur Erhöhung der Bedeutung der Frau im Entwicklungsprozeß und zu vermehrten Aktivitäten zur verstärkten Einbeziehung der Frau in den Entwicklungsprozeß, insbesondere im Bereich der technischen Zusammenarbeit führen;

4. *erklärt erneut*, daß die Forschungs- und Ausbildungstätigkeit des Instituts darauf abzielen sollte, auf allen Ebenen die zwischen Belangen der Frauen und den wichtigsten Entwicklungsaktivitäten bestehenden Zusammenhänge stärker zu betonen;

5. *fordert* die Regionalkommissionen, die Sonderorganisationen* und anderen Organisationen und Gremien des Systems der Vereinten Nationen auf, das Institut weiterhin zu unterstützen und dafür zu sorgen, daß es an Aktivitäten zur Einbeziehung der Frau in den Entwicklungsprozeß teilnimmt;

6. *unterstreicht*, daß alle Mitgliedstaaten erwägen sollten, ob sie nicht finanzielle Beiträge zum Treuhandfonds der Vereinten Nationen für das Internationale Forschungs- und Ausbildungsinstitut der Vereinten Nationen zur Förderung der Frau leisten oder das Institut auf andere Weise unterstützen könnten, um eine regelmäßige und erfolgreiche Finanzierung des Instituts sicherzustellen und ihm so die Durchführung seiner Programme zu erleichtern;

7. *bittet* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung über die Programmaktivitäten des Instituts zu berichten;

8. *beschließt* die Aufnahme des Punkts "Internationales Forschungs- und Ausbildungsinstitut zur Förderung der Frau" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

90. Plenarsitzung
3. Dezember 1982

37/57 – Einbeziehung der Frau in die Entwicklung[55]

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf Ziffer 190 bis 196 des Weltaktionsplans zur Verwirklichung der Ziele des Internationalen Jahrs der Frau[56], in denen die in Frage kommenden Organisationen der Vereinten Nationen sowie die zwischenstaatlichen, interregionalen und regionalen Gremien aufgefordert wurden, alle bereits laufenden Pläne und Projekte genau daraufhin zu untersuchen, ob ihr Aufgabenbereich auf Frauen ausgedehnt werden könnte, und neue und innovatorische Projekte auszuarbeiten, in die Frauen einbezogen sind,

eingedenk dessen, daß die Entwicklung eines der Themen darstellt, mit denen sich die Frauendekade der Vereinten Nationen befaßt,

unter Hinweis auf Ziffer 233 und 234 des Aktionsprogramms für die zweite Hälfte der Frauendekade der Vereinten Nationen[57], in denen die Einleitung zahlreicher Maßnahmen im Bereich der technischen Zusammenarbeit, der Ausbildung und der Beratungsdienste empfohlen wurde,

ferner unter Hinweis auf Ziffer 51 der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen[58], in der es heißt, daß in allen Stadien des Entwicklungsprozesses eine uneingeschränkte und sinnvolle Mitwirkung der gesamten Bevölkerung gewährleistet werden soll,

der für 1985 angesetzten Weltfrauenkonferenz *entgegensehend*, auf der die Ergebnisse der Frauendekade der Vereinten Nationen und die Frage, wieweit auch nach Abschluß der Dekade weitere derartige Ergebnisse erzielt werden müssen, überprüft und bewertet werden sollen,

überzeugt von der Bedeutung, die einer vollständigen Einbeziehung der Frau als aktiv Mitwirkende wie auch als Nutznießerin in alle Entwicklungsbereiche zukommt,

in dem Bewußtsein, daß eine bessere Koordinierung und ein größerer Bekanntheitsgrad der Aktivitäten der Sonderorganisationen* der Vereinten Nationen, der Regionalkommissionen, der Mitgliedstaaten und der nichtstaatlichen Organisationen auf diesem Gebiet den Erfahrungs- und Gedankenaustausch erleichtern und allen zugute kommen würden,

allen Organisationen *dankend*, die regelmäßig über die Verwirklichung der Zielsetzungen des Weltaktionsplans und des Aktionsprogramms berichtet haben,

1. *fordert* den Generalsekretär *auf*, alle Sonderorganisationen* und Regionalkommissionen der Vereinten Nationen, die dies bisher noch nicht getan haben, anzuregen, eine umfassende Politik in bezug auf die Belange der Frauen sowohl als aktiv Mitwirkende wie auch als Nutznießerinnen bei Aktivitäten im Rahmen der technischen Zusammenarbeit und Entwicklung aufzustellen und eine Strategie auszuarbeiten, durch die sichergestellt wird, daß Frauen voll in diese Aktivitäten einbezogen werden;

2. *bittet* die genannten Organisationen *eindringlich*, im Rahmen der vorhandenen Ressourcen alle geeigneten Maßnahmen zur Überwachung der Verwirklichung der obengenannten Politiken und Strategien zu ergreifen und mitzuhelfen, daß diese Informationen auf Ersuchen an Mitgliedstaaten und andere interessierte Stellen weitergegeben werden;

3. *ersucht* den Generalsekretär, alle in dieser Resolution genannten Aktivitäten im Rahmen der verfügbaren Ressourcen durchzuführen und der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung einen Zwischenbericht zur Behandlung vorzulegen, bei dem er die Versammlungsresolution 36/127 vom 14. Dezember 1981 über die "Behandlung von Fragen im Zusammenhang mit der Rolle der Frau in der Entwicklung durch die Vereinten Nationen" berücksichtigt.

90. Plenarsitzung
3. Dezember 1982

---

* Vgl. die Fußnote auf S. 205

[55] Vgl. auch Abschnitt X.B.4, Beschluß 37/449

[56] *Report of the World Conference of the International Women's Year, Mexico City, 19 June-2 July 1975* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.76.IV.1), Kap. II, Abschnitt A

[57] *Report of the World Conference of the United Nations Decade for Women: Equality, Development and Peace, Copenhagen, 14-30 July 1980* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.80.IV.3 mit Korrigendum), Kap. I, Abschnitt A

[58] Resolution 35/56, Anhang

37/58 – Frauendekade der Vereinten Nationen für Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden

Die Generalversammlung,

eingedenk ihrer Resolutionen 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) vom 1. Mai 1974 mit der Erklärung und dem Aktionsprogramm über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, 3281 (XXIX) vom 12. Dezember 1974 mit der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten sowie 3362 (S-VII) vom 16. September 1975 über Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 35/136 vom 11. Dezember 1980 und 36/126 vom 14. Dezember 1981, mit denen sie das Aktionsprogramm für die zweite Hälfte der Frauendekade der Vereinten Nationen[57] billigte,

in Bekräftigung der Rolle des dem Sekretariat angehörenden Zentrums für soziale Entwicklung und humanitäre Angelegenheiten als zentraler Anlaufstelle für die Organisation des Systems der Vereinten Nationen im Zusammenhang mit Aktivitäten zur Durchführung des Aktionsprogramms für die zweite Hälfte der Frauendekade der Vereinten Nationen,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 36/128 vom 14. Dezember 1981, über die Errichtung des Internationalen Forschungs- und Ausbildungsinstituts zur Förderung der Frau sowie auf Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/27 vom 4. Mai 1982 über die Programme und Aktivitäten des Instituts,

nach Behandlung der Berichte des Generalsekretärs über den Freiwilligen Fonds für die Frauendekade der Vereinten Nationen[59], über den Stand der Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau[60] und über die Programme und Aktivitäten des Internationalen Forschungs- und Ausbildungsinstituts zur Förderung der Frau[61],

1. *nimmt* mit Dank *Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs über die Durchführung des Aktionsprogramms für die zweite Hälfte der Frauendekade der Vereinten Nationen[62];

2. *begrüßt* die Maßnahmen der Regierungen und Organisationen des Systems der Vereinten Nationen wie auch der Regionalkommissionen, mit denen Fortschritte bei der tatsächlichen Verwirklichung der Zielsetzungen der Frauendekade der Vereinten Nationen für Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden erzielt werden sollen;

3. *fordert* die Regierungen, die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, darunter auch die Regionalkommissionen, sowie die zwischenstaatlichen Gremien und nichtstaatlichen Organisationen *auf*, der Notwendigkeit praktischer Maßnahmen zur Durchführung der einschlägigen Empfehlungen des Aktionsprogramms für die zweite Hälfte der Frauendekade der Vereinten Nationen mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden und insbesondere die Arbeiten auf dem Gebiet der technischen Zusammenarbeit auszuweiten, die dafür sorgen sollen, daß Frauen sowohl als aktiv Mitwirkende wie auch als Nutznießerinnen in allen Sektoren und auf allen Ebenen der Entwicklung voll und gleichberechtigt partizipieren können;

4. *unterstreicht*, daß dem zum Sekretariat gehörenden Zentrum für soziale Entwicklung und humanitäre Angelegenheiten noch immer die Rolle der zentralen Anlaufstelle für die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen in Fragen der Durchführung des Aktionsprogramms zukommt;

5. *nimmt mit Befriedigung Kenntnis* von dem Beitrag, den der Freiwillige Fonds für die Frauendekade der Vereinten Nationen hauptsächlich durch innovative Projekte und durch Versuchsprojekte auf lokaler Ebene zur Durchführung des Aktionsprogramms geleistet hat;

6. *nimmt mit Befriedigung Kenntnis* von der Aufnahme der Tätigkeit des Internationalen Forschungs- und Ausbildungsinstituts zur Förderung der Frau und bittet es, weiterhin zur Verwirklichung der Ziele der Dekade beizutragen;

7. *stellt mit Befriedigung fest*, daß bis zum 1. November 1982 45 Mitgliedstaaten die Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau ratifiziert hatten bzw. ihr beigetreten waren[63];

8. *bittet* alle Staaten, die dies bisher noch nicht getan haben, Vertragsstaaten der Konvention zu werden;

9. *begrüßt* die Aufnahme der Tätigkeit des Ausschusses über die Beseitigung der Diskriminierung der Frau, der seine erste Tagung vom 18. bis 22. Oktober 1982 in Wien abhielt;

10. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung über die Maßnahmen zur Durchführung dieser Resolution zu berichten;

11. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung über den Stand der Konvention zu berichten;

12. *beschließt* die Aufnahme des Punkts "Frauendekade der Vereinten Nationen für Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

90. Plenarsitzung
3. Dezember 1982

37/59 – Verbesserung der Lage der Frau in ländlichen Gebieten

Die Generalversammlung,

eingedenk der Ziele der Frauendekade der Vereinten Nationen für Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden,

unter Hinweis auf ihre Resolution 35/136 vom 11. Dezember 1980, in der sie das Aktionsprogramm für die zweite Hälfte der Frauendekade der Vereinten Nationen[57] billigte,

in Bekräftigung der Bedeutung, die die Internationale Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen[58] der Notwendigkeit beimißt, die Rechtsstellung der Frau zu verbessern und ihre uneingeschränkte Beteiligung am Entwicklungsprozeß als Trägerin wie auch als Nutznießerin der Entwicklung sicherzustellen,

ferner in Bekräftigung der Bedeutung, die das Aktionsprogramm für die zweite Hälfte der Frauendekade der Vereinten Nationen wie auch die Konvention über die Beseitigung der Diskriminierung der Frau[63] der Notwendigkeit beimessen, die Lage der Frau in ländlichen Gebieten in vielen Teilen der Welt zu verbessern,

---

* Vgl. die Fußnote auf S. 205

[59] A/37/421

[60] A/37/349 mit Add.1

[61] E/1982/33

[62] A/37/458 mit Add.1

[63] Resolution 34/180, Anhang

unter Hinweis auf die Grundsatzerklärung und das Aktionsprogramm der Weltkonferenz über Agrarreform und die Entwicklung ländlicher Gebiete[64], insbesondere im Hinblick auf die Einbeziehung der Frau in den Prozeß der ländlichen Entwicklung,

eingedenk dessen, daß die Mehrzahl der Frauen, insbesondere in den Entwicklungsländern, in ländlichen Gebieten leben und arbeiten und am stärksten von der Ausbeutung der landwirtschaftlichen Arbeiter, vor allem durch die transnationalen Unternehmen, betroffen sind,

in der Überzeugung, daß die Beseitigung der Apartheid, aller Formen der rassischen Diskriminierung, des Kolonialismus, des Neokolonialismus, der Aggression, der fremden Besetzung und Beherrschung unabdingbar für die weitere Verbesserung der Lage der Frau in ländlichen Gebieten ist,

in der Auffassung, daß die Festigung des Weltfriedens und der Ausbau der internationalen Zusammenarbeit eine der wichtigsten Voraussetzungen für die weitere Verbesserung der Lage der Frau in ländlichen Gebieten ist,

ferner in der Überzeugung, daß die erfolgreiche Verwirklichung grundlegender Menschenrechte unabdingbar für die Verbesserung der Lage der Frau in ländlichen Gebieten ist,

im Hinblick darauf, daß dringend zusätzliche geeignete Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Lage der Frau in ländlichen Gebieten getroffen werden müssen,

ferner im Hinblick auf die Bedeutung eines Austausches der auf diesem Gebiet gesammelten Erfahrungen zwischen den Staaten,

1. *fordert* die Mitgliedstaaten *auf*, zusätzliche geeignete Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation der Frau in ländlichen Gebieten zu ergreifen;

2. *ersucht* den Wirtschafts- und Sozialrat, die Kommission für die Rechtsstellung der Frau, die Regionalkommissionen und andere Körperschaften des Systems der Vereinten Nationen, insbesondere die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, der Problematik einer Verbesserung der Rechtsstellung der Frau in ländlichen Gebieten mehr Aufmerksamkeit zu widmen;

3. *ersucht* den Generalsekretär, im Rahmen des integrierten Berichterstattungssystems über die Rechtsstellung der Frau, das der Wirtschafts- und Sozialrat mit Resolution 1980/38 vom 2. Mai 1980 beizubehalten beschloß, einen umfassenden Bericht mit den Feststellungen und Stellungnahmen der Regierungen zu den Erfahrungen zu erstellen, die die einzelnen Staaten bei der Verbesserung der Lage der Frau in ländlichen Gebieten gesammelt haben, und dabei Aspekten wie der Sozialversicherung, der Betreuung von Mutter und Kind, Gesundheitseinrichtungen sowie Bildungs- und Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten besondere Aufmerksamkeit zu widmen;

4. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, zu prüfen, ob nicht im Rahmen des Aktionsprogramms für die zweite Hälfte der Frauendekade der Vereinten Nationen vorrangig ein interregionales Seminar über die einzelstaatlichen Erfahrungen bei der Verbesserung der Lage der Frau in ländlichen Gebieten unter besonderer Berücksichtigung der Probleme der Entwicklungsländer durchgeführt werden kann;

5. *ersucht* den Generalsekretär *weiterhin*, der neununddreißigsten Tagung der Generalversammlung auf dem Wege über die Kommission für die Rechtsstellung der Frau und den Wirtschafts- und Sozialrat den in Ziffer 3 geforderten Bericht vorzulegen.

90. Plenarsitzung
3. Dezember 1982

37/60 – Vorbereitungen für die Weltkonferenz zur Überprüfung und Bewertung der Ergebnisse der Frauendekade der Vereinten Nationen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 3520 (XXX) vom 15. Dezember 1975, mit der sie u.a. die im Weltaktionsplan zur Verwirklichung der Ziele des Internationalen Jahres der Frau[65] enthaltenen Vorschläge für Maßnahmen billigte,

unter Hinweis auf ihre Resolution 3490 (XXX) vom 12. Dezember 1975, mit der sie ihrer Überzeugung Ausdruck gab, daß eine umfassende und gründliche Überprüfung und Bewertung der Fortschritte bei der Erreichung der Ziele des Weltaktionsplans von entscheidender Bedeutung für den Erfolg des Plans ist, und in der sie feststellte, daß die mit dem Weltaktionsplan erzielten Ergebnisse einen Beitrag zur Überprüfung und Bewertung der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Zweite Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen[66] leisten und dadurch auch die Rolle der Frau im Entwicklungsprozeß fördern werden,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 35/136 vom 11. Dezember 1980, mit der sie sich dem auf der Weltkonferenz zur Frauendekade der Vereinten Nationen verabschiedeten Aktionsprogramm für die zweite Hälfte der Frauendekade der Vereinten Nationen anschloß[67] und beschloß, 1985 nach Abschluß der Dekade eine Weltkonferenz zur Überprüfung und Bewertung der Ergebnisse der Frauendekade der Vereinten Nationen einzuberufen,

weiterhin unter Hinweis darauf, daß in der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen[68] betont wird, daß die wichtige Serie von Maßnahmen zur Verbesserung der Rechtsstellung der Frau, die in dem 1975 in Mexiko-Stadt verabschiedeten Weltaktionsplan[65] enthalten ist, sowie die wichtigen, im Kopenhagener Aktionsprogramm von 1980 für die zweite Hälfte der Frauendekade der Vereinten Nationen vereinbarten Maßnahmen für die einzelnen Bereiche der Internationalen Entwicklungsstrategie durchgeführt werden sollten,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/126 vom 14. Dezember 1981, mit der sie die Kommission für die Rechtsstellung der Frau ersuchte, sich auf ihrer 1982 stattfindenden Tagung vorrangig mit der Frage der Konferenzvorbereitungen zu befassen,

[64] Vgl. *Report of the World Conference on Agrarian Reform and Rural Development, Rome, 12-20 June 1979* (WCARRD/REP)

[65] *Report of the World Conference of the International Women's Year, Mexico City, 19 June - 2 July 1975* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.76.IV.1), Kap. II, Abschnitt A

[66] Resolution 2626 (XXV)

[67] *Report of the World Conference of the United Nations Decade for Women: Equality, Development and Peace, Copenhagen, 14-30 July 1980* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.80.IV.3 mit Korrigendum), Kap. I, Abschnitt A

[68] Resolution 35/56, Anhang

im Hinblick darauf, daß der Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner ersten ordentlichen Tagung des Jahres 1982 die im Bericht der Kommission für die Rechtsstellung der Frau enthaltenen Empfehlungen[69] behandelt und am 4. Mai 1982 Resolution 1982/26 über die Vorbereitungsarbeiten für die Konferenz verabschiedet hat,

eingedenk aller ihrer einschlägigen Resolutionen und Beschlüsse über Vorbereitungsarbeiten für Sonderkonferenzen, insbesondere ihrer Resolution 33/189 vom 29. Januar 1979,

1. *schließt sich* der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/26 über die Vorbereitungsarbeiten für die 1985 abzuhaltende Weltkonferenz zur Überprüfung und Bewertung der Ergebnisse der Frauendekade der Vereinten Nationen *an*;

2. *begrüßt* den Beschluß des Wirtschafts- und Sozialrats, dem zufolge die Kommission für die Rechtsstellung der Frau das Vorbereitungsgremium für die Konferenz sein und seine Beschlüsse im Konsensverfahren fassen soll;

3. *schließt sich* dem Beschluß des Wirtschafts- und Sozialrats *an*, eine möglichst große Zahl von Mitgliedstaaten zur Teilnahme an den Vorbereitungstreffen für die Konferenz einzuladen und gibt ihrer Hoffnung Ausdruck, daß sie Vertreter benennen werden, die über die notwendigen Qualifikationen und die erforderliche Erfahrung in der Frage der Rolle der Frau im Entwicklungsprozeß verfügen;

4. *stellt fest*, daß die erste Tagung der Kommission für die Rechtsstellung der Frau in ihrer Funktion als Vorbereitungsgremium für die Konferenz vom 23. Februar bis 4. März 1983 in Wien stattfinden soll und daß der Wirtschafts- und Sozialrat den Bericht über diese Tagung auf seiner ersten ordentlichen Tagung im Jahr 1983 behandeln wird;

5. *ersucht* den Generalsekretär, bei der Ernennung des Generalsekretärs der Konferenz Ziffer 9 im Beschlußteil der Generalversammlungsresolution 33/189 zu berücksichtigen;

6. *beschließt*, auf ihrer achtunddreißigsten Tagung – zusammen mit allen etwaigen Bemerkungen des Generalsekretärs – die Empfehlungen der ersten ordentlichen Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats zu behandeln, die aufgrund des Berichts über die erste Tagung der Kommission für die Rechtsstellung der Frau in ihrer Funktion als Vorbereitungsgremium für die Konferenz zu erwarten sind;

7. *nimmt erfreut Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs über die Fortschritte bei der Erstellung einer weltweiten Übersicht über die Rolle der Frau im Entwicklungsprozeß[70] und empfiehlt, daß diese Übersicht der Konferenz vorgelegt wird;

8. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Vorbereitungen für die Weltkonferenz zur Überprüfung und Bewertung der Ergebnisse der Frauendekade der Vereinten Nationen" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

90. Plenarsitzung
3. Dezember 1982

[69] *Official Records of the Economic and Social Council, 1982, Supplement No. 4* (E/1982/14)
[70] A/37/381

37/61 – Die Frau im öffentlichen Leben

Die Generalversammlung,

in Bekräftigung der Zielsetzungen der Frauendekade der Vereinten Nationen für Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden,

eingedenk der Ziffern 72 und 73 des Aktionsprogramms für die zweite Hälfte der Frauendekade der Vereinten Nationen[67], in denen eine ausgewogene Vertretung der Frau auf allen Regierungsebenen und auf allen Ebenen internationaler Gremien gefordert wird,

unter Hinweis darauf, daß die Vertragsstaaten in Artikel 7 der Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau[71] übereingekommen sind, sicherzustellen, daß die Frau das Recht hat, in gleicher Weise wie der Mann an der Ausarbeitung und Durchführung der Regierungspolitik teilzunehmen und öffentliche Ämter zu bekleiden,

ferner unter Hinweis darauf, daß die Vertragsstaaten in Artikel 8 der Konvention übereingekommen sind, sicherzustellen, daß Frauen zu denselben Bedingungen wie Männer die Möglichkeit haben, ihre Regierung auf internationaler Ebene zu vertreten und an der Arbeit internationaler Organisationen mitzuwirken,

im Hinblick darauf, daß die Frauendekade der Vereinten Nationen in drei Jahren zu Ende geht,

1. *stellt mit Besorgnis fest*, daß Frauen in den meisten nationalen und internationalen Institutionen noch immer nicht in gleicher Weise wie Männer in leitenden Positionen vertreten sind;

2. *fordert* alle Mitgliedstaaten *auf*, sich bis zum Ende der Frauendekade der Vereinten Nationen im Jahr 1985 besonders darum zu bemühen, daß in allen nationalen und internationalen Gremien, in denen sie noch nicht in gerechter Weise vertreten sind, Frauen zu denselben Bedingungen wie Männer und unter gebührender Berücksichtigung derselben professionellen Kriterien für leitende Positionen nominiert und eingestellt werden,

3. *fordert* den Generalsekretär und die Leiter der Sonderorganisationen* und sonstigen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen *auf*, bis zum Ende der Frauendekade der Vereinten Nationen im Jahr 1985 sich vermehrt darum zu bemühen, daß Frauen im Einklang mit Artikel 101 der Charta der Vereinten Nationen für leitende Positionen im Sekretariat sowie in den Organen und Organisationen des Systems der Vereinten Nationen ausgewählt und eingestellt werden.

90. Plenarsitzung
3. Dezember 1982

37/62 – Freiwilliger Fonds für die Frauendekade der Vereinten Nationen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 31/133 vom 16. Dezember 1976 mit den Kriterien und Regelungen für die Verwaltung des Freiwilligen Fonds für die Frauendekade der Vereinten Nationen,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 36/129 vom 14. Dezember 1982,

erfreut über die Beiträge von Mitgliedstaaten und nichtstaatlichen Organisationen zur Verwirklichung der Ziele der Frauendekade der Vereinten Nationen für Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden,

[71] Resolution 34/180, Anhang

erfreut über den Bericht des Generalsekretärs über den Fonds[72],

1. *nimmt mit Befriedigung Kenntnis* von den Empfehlungen der elften und zwölften Tagung des Beratenden Ausschusses für den Freiwilligen Fonds für die Frauendekade der Vereinten Nationen[73];

2. *vertritt die Auffassung*, daß der Fonds im Bereich der technischen Hilfe einen einmaligen Beitrag zur Verwirklichung der Ziele der Frauendekade der Vereinten Nationen für Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden leisten kann;

3. *vertritt ferner die Auffassung*, daß die Projektbewertung ein wichtiger Faktor dafür ist, daß der Fonds seine Ziele verwirklichen kann;

4. *nimmt mit Befriedigung Kenntnis* von der ständigen Zunahme der dem Fonds vorgelegten und von ihm finanzierten Projekte sowie von der Katalysatorrolle des Fonds bei der Förderung der Übernahme innovativer und experimenteller Aktivitäten durch Regierungen und andere Fonds;

5. *nimmt zur Kenntnis*, daß in den Regionalkommissionen im Rahmen der diesen zur Verfügung stehenden Ressourcen des ordentlichen Haushalts leitende Bedienstete für Frauenprogramme ernannt wurden, und vermerkt anerkennend, daß diese einen wertvollen Beitrag zur Arbeit des Fonds und dadurch zur Verwirklichung der Ziele der Dekade leisten;

6. *bittet* die Exekutivsekretäre der Regionalkommissionen *eindringlich*, auch weiterhin darauf hinzuarbeiten, daß verfügbare finanzielle und personnelle Ressourcen zur Verstärkung ihrer Frauenprogramme eingesetzt werden;

7. *stellt mit Besorgnis fest*, daß der Fonds aufgrund unzureichender Beiträge nicht alle lohnenden, bei ihm eingereichten Projekte in Angriff nehmen konnte;

8. *vertritt* die Auffassung, daß Aktivitäten zum Zweck der Mittelbeschaffung und der Information für die Aufrechterhaltung und Verstärkung der finanziellen Lebensfähigkeit und Effektivität des Fonds eine entscheidende Rolle spielen;

9. *dankt* den nationalen Komitees für den Fonds, den nationalen Gesellschaften für die Vereinten Nationen und anderen nichtstaatlichen Organisationen für die Unterstützung, die sie dem Fonds bei seiner Arbeit gewährt haben;

10. *dankt ferner* den Mitgliedstaaten für die angekündigten freiwilligen Beiträge zum Fonds, und hofft, daß die Gesamthöhe dieser Beiträge gleichbleiben oder ansteigen wird;

11. *nimmt* die vom Beratenden Ausschuß für den Freiwilligen Fonds für die Frauendekade der Vereinten Nationen auf seiner zwölften Tagung zum Ausdruck gebrachte Auffassung *zur Kenntnis*, daß die Verwaltungsprobleme im Zusammenhang mit dem Fonds immer noch Anlaß zu Besorgnis geben und hofft, daß der Generalsekretär durch baldige spezifische und konkrete Maßnahmen dafür sorgt, daß diese Probleme untersucht und die erforderlichen Maßnahmen ergriffen werden;

12. *nimmt ferner zur Kenntnis*, daß dem Beratenden Ausschuß versichert wurde, der Generalsekretär werde alles in seinen Kräften Stehende tun, um eine effiziente Verwaltung des Fonds sicherzustellen;

13. *ersucht* den Generalsekretär:

a) auch künftig in jährlichen Abständen über die Verwaltung und die Fortschritte bei der Arbeit des Fonds zu berichten;

b) den Fonds auch weiterhin alljährlich als eines der Programme der Beitragsankündigungskonferenz der Vereinten Nationen für Entwicklungsaktivitäten aufzuführen.

90. Plenarsitzung
3. Dezember 1982

37/63 – Erklärung über die Mitwirkung der Frau an der Förderung des Weltfriedens und der internationalen Zusammenarbeit

Die Generalversammlung,

in Anbetracht der Tatsache, daß in der Charta der Vereinten Nationen die Entschlossenheit der Völker der Vereinten Nationen zum Ausdruck gebracht wird, ihren Glauben an die Gleichberechtigung von Mann und Frau erneut zu bekräftigen, Duldsamkeit zu üben und als gute Nachbarn miteinander in Frieden zu leben,

ferner in Anbetracht der Tatsache, daß in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[74] verkündet wird, daß die Anerkennung der angeborenen Würde und der gleichen und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der menschlichen Gesellschaft die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt ist,

weiterhin in Anbetracht der Tatsache, daß nach den Internationalen Menschenrechtspakten[75] Männer und Frauen gleiches Recht auf den Genuß aller wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, bürgerlichen und politischen Rechte haben,

in Bekräftigung der Ziele der Frauendekade der Vereinten Nationen für Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden,

unter Berücksichtigung der Resolutionen, Erklärungen, Konventionen, Programme und Empfehlungen der Vereinten Nationen, der Sonderorganisationen* und internationalen Konferenzen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung und zur Förderung der Gleichberechtigung von Mann und Frau,

unter Hinweis darauf, daß in der 1975 verabschiedeten Erklärung von Mexiko über die Gleichberechtigung der Frau und ihren Beitrag zu Entwicklung und Frieden[76] festgestellt wird, daß die Frau bei der Förderung des Friedens in allen Bereichen des Lebens – in der Familie, in der Gemeinschaft, im Staat und in der Welt – eine wichtige Rolle spielt,

unter Hinweis darauf, daß in der Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau[71] erklärt wird, daß die Diskriminierung der Frau die Grundsätze der Gleichberechtigung und der Achtung

* Vgl. die Fußnote auf S. 205

[72] A/37/421

[73] *Ebd.*, Abschnitt IV

* Vgl. die Fußnote auf S. 205

[74] Resolution 217 A (III)

[75] Resolution 2200 A (XXI), Anhang. Deutscher Wortlaut in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder: Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte: BGBl. (der Bundesrepublik Deutschland) 1973 II 1534, GBl. (der Deutschen Demokratischen Republik) 1975 II Nr.12 S.266, BGBl. (der Republik Österreich) 590/78; Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte: BGBl. (der Bundesrepublik Deutschland) 1973 II 1569, GBl. (der Deutschen Demokratischen Republik) 1976 II Nr.4 S.108, BGBl. (der Republik Österreich) 591/78

[76] *Report of the World Conference of the International Women's Year, Mexico City, 19 June-2 July 1975* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.76.IV.I), Kap. I

der Menschenwürde verletzt, die Frauen daran hindert, unter den gleichen Voraussetzungen wie Männer am politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben ihres Landes teilzunehmen und den Frauen die volle Entfaltung ihrer Fähigkeiten im Dienste ihres Landes und der Menschheit erschwert,

ferner unter Hinweis darauf, daß in der Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau erklärt wird, daß die Festigung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, die internationale Entspannung, die wechselseitige Zusammenarbeit aller Staaten ungeachtet ihrer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die allgemeine und vollständige Abrüstung und insbesondere die nukleare Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle, die Durchsetzung des Grundsatzes der Gerechtigkeit, der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens in den Beziehungen der Länder untereinander sowie die Verwirklichung des Rechts der unter Fremd- und Kolonialherrschaft sowie ausländischer Besetzung lebenden Völker auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit sowie auf Achtung ihrer nationalen Souveränität und territorialen Integrität den sozialen Fortschritt und die soziale Entwicklung fördern und somit zur Erreichung der vollen Gleichberechtigung von Mann und Frau beitragen werden,

ferner im Hinblick darauf, daß die Vertragsstaaten der Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau verpflichtet sind, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Diskriminierung der Frau in allen Erscheinungsformen und in allen menschlichen Lebensbereichen, so u.a. in der Politik, im Wirtschaftsleben, in der Gesetzgebung, auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungswesen, im Gesundheitswesen und in den Beziehungen innerhalb der Familie zu beseitigen,

mit der Feststellung, daß Frauen trotz aller Fortschritte auf dem Weg zur Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau vielfach noch immer diskriminiert und daran gehindert werden, aktiv an der Förderung des Weltfriedens und der internationalen Zusammenarbeit mitzuwirken,

unter Begrüßung des Beitrags, den die Frauen dennoch zur Förderung des Weltfriedens und der internationalen Zusammenarbeit, zum Kampf gegen Kolonialismus und Apartheid, gegen alle Formen von Rassismus und rassischer Diskriminierung, gegen ausländische Aggression und Besetzung und gegen alle Formen von Fremdherrschaft sowie zur Förderung der uneingeschränkten und effektiven Wahrnehmung der Menschenrechte und Grundfreiheiten geleistet haben,

ferner unter Begrüßung des Beitrags der Frauen zu einer gerechten Neugestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung,

in der Überzeugung, daß Frauen eine wichtige und immer größere Rolle in diesen Bereichen spielen können,

verkündet feierlich die im Anhang zu dieser Resolution enthaltene Erklärung über die Mitwirkung der Frau an der Förderung des Weltfriedens und der internationalen Zusammenarbeit.

90. Plenarsitzung
3. Dezember 1982

ANHANG

Erklärung über die Mitwirkung der Frau an der Förderung des Weltfriedens und der internationalen Zusammenarbeit

TEIL I

Artikel 1

Männer und Frauen haben das gleiche dem Leben dienende Interesse daran, einen Beitrag zum Weltfrieden und zur internationalen Zusammenarbeit leisten zu können. Zu diesem Zweck müssen die Frauen in der Lage sein, ihr Recht zur Teilnahme am wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, bürgerlichen und politischen Leben der Gesellschaft unter den gleichen Voraussetzungen ausüben zu können wie Männer.

Artikel 2

Die uneingeschränkte Mitwirkung der Frau am wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, bürgerlichen und politischen Leben der Gesellschaft und am Bemühen um die Förderung des Weltfriedens und der internationalen Zusammenarbeit hängt von einer ausgewogenen und gerechten Rollenverteilung zwischen Mann und Frau in der Familie und in der Gesellschaft als Ganzem ab.

Artikel 3

Die zunehmende Mitwirkung von Frauen am wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, bürgerlichen und politischen Leben der Gesellschaft wird zum Weltfrieden und zur internationalen Zusammenarbeit beitragen.

Artikel 4

Die uneingeschränkte Wahrnehmung der Rechte von Mann und Frau und die volle Mitwirkung der Frau an der Förderung des Weltfriedens und der internationalen Zusammenarbeit wird zur vollständigen Beseitigung der Apartheid und aller Formen von Rassismus, rassischer Diskriminierung, Kolonialismus, Neokolonialismus, Agression, ausländischer Besetzung und Fremdherrschaft sowie Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten beitragen.

Artikel 5

Auf nationaler und internationaler Ebene müssen besondere Maßnahmen zur stärkeren Einbeziehung von Frauen in den Bereich der internationalen Beziehungen ergriffen werden, damit Frauen gleichberechtigt mit Männern zu nationalen und internationalen Anstrengungen zur Gewährleistung des Weltfriedens und des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts beitragen und die internationale Zusammenarbeit fördern können.

TEIL II

Artikel 6

Es werden alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen, um auf nationaler und internationaler Ebene unternommene Bemühungen im Hinblick auf die Mitwirkung von Frauen an der Förderung des Weltfriedens und der internationalen Zusammenarbeit dadurch zu verstärken, daß Frauen durch eine ausgewogene und gerechte Rollenverteilung zwischen Mann und Frau im Kreis der Familie und in der Gesellschaft als Ganzem gleichberechtigt mit Männern am wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, bürgerlichen und politischen Leben der Gesellschaft teilnehmen können und die gleichen Möglichkeiten haben, am Entscheidungsprozeß mitzuwirken.

Artikel 7

Es werden alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen, um den Erfahrungsaustausch auf nationaler und internationaler Ebene zu fördern und so für eine zunehmende Mitwirkung von Frauen an der Förderung des Weltfriedens und der internationalen Zusammenarbeit sowie an der Lösung anderer lebenswichtiger nationaler und internationaler Probleme zu sorgen.

Artikel 8

Auf nationaler und internationaler Ebene werden alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen, um die Öffentlichkeit ausreichend über die Verantwortung und die aktive Mitwirkung der Frau an der Förde-

rung des Weltfriedens und der internationalen Zusammenarbeit sowie an der Lösung anderer lebenswichtiger nationaler und internationaler Probleme zu informieren.

Artikel 9

Es werden alle erforderlichen Solidaritäts- und Hilfsmaßnahmen zugunsten von Frauen ergriffen, die Opfer massiver und flagranter Menschenrechtsverletzungen wie z.B. der Apartheid, jedweder Form von Rassismus, rassischer Diskriminierung, Kolonialismus, Neokolonialismus, Aggression, ausländischer Besetzung und Fremdherrschaft und jedweder sonstigen Menschenrechtsverletzung geworden sind.

Artikel 10

Es werden alle erforderlichen Maßnahmen zur Würdigung der Mitwirkung der Frau an der Förderung des Weltfriedens und der internationalen Zusammenarbeit ergriffen.

Artikel 11

Es werden alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen, um Frauen zur Mitarbeit in nichtstaatlichen und zwischenstaatlichen Organisationen zu bewegen, deren Ziel die Festigung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Nationen und die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Staaten ist; zu diesem Zweck werden Gedanken-, Gewissens-, Meinungs-, Versammlungs-, Vereinigungs- und Kommunikationsfreiheit sowie Freizügigkeit ohne Unterschied der Rasse, der politischen oder religiösen Überzeugung, der Sprache oder der ethnischen Herkunft wirksam garantiert.

Artikel 12

Es werden alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen, um Frauen praktische Möglichkeiten zu geben, wirksam an der Förderung des Weltfriedens und der internationalen Zusammenarbeit, der wirtschaftlichen Entwicklung und des sozialen Fortschritts mitzuwirken, wozu u.a. die folgenden hierauf abzielenden Maßnahmen gehören:

a) die Förderung einer gerechten Vertretung der Frau in staatlichen und nichtstaatlichen Ämtern;

b) die Förderung der Chancengleichheit von Mann und Frau hinsichtlich des Eintritts in den diplomatischen Dienst;

c) die gleichberechtigt mit dem Mann erfolgende Ernennung bzw. Nominierung von Frauen zu Mitgliedern von Delegationen für nationale, regionale oder internationale Konferenzen;

d) die Unterstützung der Einstellung einer größeren Anzahl von Frauen auf allen Ebenen des Sekretariats der Vereinten Nationen und der Sonderorganisationen* im Einklang mit Artikel 101 der Charta der Vereinten Nationen.

Artikel 13

Es werden alle erforderlichen Maßnahmen für einen angemessenen, unter den gleichen Voraussetzungen wie für Männer erfolgenden gesetzlichen Schutz der Rechte der Frau getroffen, damit die effektive Mitwirkung von Frauen an den obengenannten Aktivitäten gewährleistet ist.

Artikel 14

An Regierungen, zwischenstaatliche und internationale Organisationen, einschließlich der Vereinten Nationen und der Sonderorganisationen* sowie an Einzelpersonen ergeht die eindringliche Bitte, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um die Verwirklichung der in dieser Erklärung niedergelegten Grundsätze zu fördern.

37/64 – Stand der Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau

Die Generalversammlung,

in Anbetracht dessen, daß nach Artikel 1 und 55 der Charta eines der Ziele der Vereinten Nationen die Förderung der universellen Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten ohne jeden Unterschied, insbesondere auch ohne Unterschied des Geschlechts, ist,

erneut erklärend, daß Frauen und Männer gleichberechtigt an den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungsprozessen teilnehmen und in gleichem Maße an einer Verbesserung der Lebensbedingungen teilhaben sollten,

unter Hinweis auf ihre Resolution 34/180 vom 18. Dezember 1979, mit der sie die Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau verabschiedet hat,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolutionen 35/140 vom 11. Dezember 1980 und 36/131 vom 14. Dezember 1981,

unter Hinweis darauf, daß die Konvention am 3. September 1981 in Kraft getreten ist,

nach Kenntnisnahme des Berichts des Generalsekretärs über den Stand der Konvention[77],

1. *nimmt mit Genugtuung Kenntnis* von der Zunahme der Zahl der Mitgliedstaaten, die die Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau ratifiziert haben bzw. ihr beigetreten sind;

2. *stellt ferner fest*, daß eine bedeutende Anzahl von Mitgliedstaaten die Konvention unterzeichnet hat;

3. *bittet* alle Staaten, die dies noch nicht getan haben, durch Ratifizierung oder Beitritt Vertragsstaaten der Konvention zu werden;

4. *begrüßt* die am 16. April 1982 im Einklang mit Artikel 17 der Konvention erfolgte Wahl von dreiundzwanzig Mitgliedern des Ausschusses für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau[78] sowie die Tatsache, daß dieser Ausschuß seine Tätigkeit bereits aufgenommen hat;

5. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung einen Bericht über den Stand der Konvention vorzulegen.

90. Plenarsitzung
3. Dezember 1982

37/168 – Strategie und Politiken zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/168 vom 16. Dezember 1981, in der sie die Internationale Strategie zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs und das grundlegende Fünfjahresprogramm[79] verabschiedete, mit denen sich die Resolution 1 (XXIX) der Suchtstoffkommission vom 11. Februar 1981 befaßte und die der Generalversammlung vom Wirtschaft- und Sozialrat mit seinem Beschluß 1981/113 vom 6. Mai 1981 übermittelt wurden,

ferner unter Hinweis darauf, daß sie in Ziffer 3 der Resolution 36/168 die Suchtstoffkommission ersuchte, im Rahmen der verfügbaren Mittel einen Arbeitskreis einzusetzen, der die Aufgabe hat, die Durchführung der Internationalen Strategie zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs sowie des Aktionsprogramms zu überprüfen, zu überwachen und zu koordinieren,

* Vgl. die Fußnote auf S. 205

[77] A/37/349 mit Add.1
[78] Vgl. CEDAW/SP/3
[79] *Official Records of the Economic and Social Council, 1981, Supplement No.4* (E/1981/24), Anhang II

weiterhin unter Hinweis auf ihre Resolutionen 32/124 vom 16. Dezember 1977, 33/168 vom 20. Dezember 1978, 34/177 vom 17. Dezember 1979 und 35/196 vom 15. Dezember 1980,

mit Genugtuung von der vorläufigen Errichtung des geforderten Arbeitskreises durch die Suchtstoffkommission *Kenntnis nehmend*,

in Kenntnis der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/13 vom 3. Mai 1982 sowie der Resolution 1 (S-VII) der Suchtstoffkommission vom 8. Februar 1982,

1. *gibt die Genehmigung dafür*, daß die von der Suchtstoffkommission in Resolution 1 (S-VII) empfohlenen und im Bericht der Kommission über ihre siebente Sondertagung[80] beschriebenen Projekte 1983 im Rahmen der vorhandenen Ressourcen der Vereinten Nationen und soweit wie möglich in der Reihenfolge ihrer Priorität durchgeführt werden;

2. *ersucht* die Kommission, die Berichte ihres Arbeitskreises zu prüfen und der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat darüber Bericht zu erstatten;

3. *bittet* alle Mitgliedstaaten und Nichtmitgliedstaaten, die Parteien internationaler Verträge zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs sind, sowie alle mit dem Problem des Drogenmißbrauchs befaßten Sonderorganisationen*, anderen internationalen Organisationen und privaten Institutionen *eindringlich*, ihre Mitwirkung an und Unterstützung für Aktivitäten im Zusammenhang mit der Internationalen Strategie zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs und dem Aktionsprogramm auszuweiten;

4. *bittet ferner eindringlich darum*, daß die Mitgliedstaaten mit der Zahlung von Beiträgen an den Fonds der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs beginnen bzw. ihre Beiträge erhöhen, damit der Erfolg der Internationalen Strategie zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs gewährleistet ist und der Kampf der Weltgemeinschaft gegen internationale Drogenhändler und gegen den Drogenmißbrauch nachdrücklich gefördert wird;

5. *ersucht* den Generalsekretär, den Wortlaut dieser Resolution und diesbezügliche Dokumente allen Mitgliedstaaten und Nichtmitgliedstaaten, die Parteien internationaler Verträge zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs sind, sowie allen einschlägigen internationalen, zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen zu übermitteln.

110. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/169 – Frage des völkerrechtlichen Schutzes der Menschenrechte von Personen, die nicht Bürger des Landes sind, in dem sie leben

Die Generalversammlung,

eingedenk der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1790 (LIV) vom 18. Mai 1973 und 1871 (LVI) vom 17. Mai 1974 zur Frage des völkerrechtlichen Schutzes der Menschenrechte von Personen, die nicht Bürger des Landes sind, in dem sie leben,

unter Hinweis auf die von der Menschenrechtskommission zu dieser Frage verabschiedeten Resolutionen 8 (XXIX) vom 21. März 1973[81], 11 (XXX) vom 6. März 1974[82], 16 (XXXV) vom 14. März 1979[83] und 19 (XXXVI) vom 29. Februar 1980[84],

ferner in Kenntnisnahme der Resolution 9 (XXXI) der Unterkommission für Diskriminierungsverhütung und Minderheitenschutz vom 13. September 1978[85],

unter Hinweis darauf, daß der Wirtschafts- und Sozialrat in seiner Resolution 1980/29 vom 2. Mai 1980 beschlossen hat, der Generalversammlung zusammen mit den gemäß Ratsbeschluß 1979/36 vom 10. Mai 1979 eingegangenen diesbezüglichen Stellungnahmen der Mitgliedstaaten[87] zu ihrer fünfunddreißigsten Tagung den Text des Entwurfs einer Erklärung über die Menschenrechte von Personen, die nicht Bürger des Landes sind, in dem sie leben, zu übermitteln, der von der Sonderberichterstatterin der Unterkommission für Diskriminierungsverhütung und Minderheitenschutz, Baronin Elles, ausgearbeitet und von der Unterkommission abgeändert worden war[86], und daß der Rat der Versammlung empfohlen hat, die Verabschiedung einer diesbezüglichen Erklärung zu erwägen,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 35/199 vom 15. Dezember 1980 und 36/165 vom 16. Dezember 1981, in der sie beschloß, eine allen Mitgliedstaaten offenstehende Arbeitsgruppe mit dem Auftrag einzusetzen, die Ausarbeitung des Entwurfs einer Erklärung über die Menschenrechte von Personen, die nicht Bürger des Landes sind, in dem sie leben, zum Abschluß zu bringen,

nach Behandlung des Berichts der Arbeitsgruppe[88],

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht der Arbeitsgruppe und von der Tatsache, daß die Arbeitsgruppe zwar nützliche Arbeit geleistet hat, ihre Aufgabe jedoch aus Zeitmangel nicht abschließen konnte;

2. *ersucht* den Generalsekretär, die auf der fünfunddreißigsten[89], sechsunddreißigsten[90] und siebenunddreißigsten[88] Tagung erstellten Berichte der allen Mitgliedstaaten offenstehenden Arbeitsgruppe den Regierungen, den zuständigen Organen des Systems der Vereinten Nationen und den in Frage kommenden internationalen Organisationen zu übermitteln und sie zu bitten, bis zum 30. Juni 1983 die gemäß Wirtschafts-und Sozialratsbeschluß 1979/36 von ihnen vorgelegten Stellungnahmen auf den neuesten Stand zu bringen oder neue Stellungnahmen vorzulegen;

3. *beschließt*, auf ihrer achtunddreißigsten Tagung eine allen Mitgliedstaaten offenstehende Arbeitsgruppe mit dem Auftrag einzusetzen, die Ausarbeitung des Entwurfs einer Erklärung über die Menschenrechte von Personen, die nicht Bürger des Landes sind, in dem sie leben, zum Abschluß zu bringen;

4. *äußert die Hoffnung*, daß die Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung den Entwurf einer Erklärung über die Menschenrechte von Personen

* Vgl. die Fußnote auf S. 205

[80] *Ebd., 1982, Supplement No.3* (E/1982/13), Kapitel III, Abschnitt A, Ziffer 102 und 104 sowie Abschnitt B und C

[81] Vgl. *Official Records of the Economic and Social Council, Fifty-Fourth Session, Supplement No.6* (E/5265), Kap.XX, Abschnitt A

[82] *Ebd., Fifty-sixth Session, Supplement No.5* (E/5464), Kap. XIX, Abschnitt A

[83] Vgl. *Official Records of the Economic and Social Council, 1979, Supplement No.6* (E/1979/36), Kap.XXIV, Abschnitt A

[84] *Ebd., 1980, Supplement No.3* (E/1980/13 mit Korr.1), Kap. XXVI, Abschnitt A

[85] Vgl. E/CB.4/1296, Kap. XVII, Abschnitt A

[86] E/CN.4/1336

[87] E/CN.4/1354 mit Add.1-6

[88] A/C.3/37/8

[89] A/C.3/35/14 mit Korr. 1

[90] A/C.3/36/11

verabschieden wird, die nicht Bürger des Landes sind, in dem sie leben.

110. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/170—Maßnahmen zur Verbesserung der Lage aller Wanderarbeiter und zur Sicherung ihrer Menschenrechte und Menschenwürde

Die Generalversammlung,

in neuerlicher Bekräftigung der immerwährenden Gültigkeit der Grundsätze und Normen, die in den grundlegenden Instrumenten über den völkerrechtlichen Schutz der Menschenrechte verankert sind, insbesondere in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[91], den Internationalen Menschenrechtspakten[92], dem Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung aller Formen von rassischer Diskriminierung[93] und der Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau[94],

eingedenk der im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganisation und der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur festgelegten Grundsätze und Normen sowie der Bedeutung der Arbeit anderer Sonderorganisationen* und verschiedener Organe der Vereinten Nationen im Zusammenhang mit den Problemen der Wanderarbeiter und ihrer Familien,

erneut erklärend, daß trotz des bereits bestehenden Katalogs von Grundsätzen und Normen nach wie vor weitere Anstrengungen zur Verbesserung der Lage und zur Sicherung der Menschenrechte und der Menschenwürde aller Wanderarbeiter und ihrer Familien unternommen werden müssen,

unter Hinweis auf ihre Resolution 34/172 vom 17. Dezember 1979, in der sie beschloß, eine allen Mitgliedstaaten offenstehende Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung einer internationalen Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeiter und ihrer Familien zu schaffen,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolutionen 35/198 vom 15. Dezember 1980 und 36/160 vom 16. Dezember 1981, in denen sie das Mandat der Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung einer internationalen Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeiter und ihrer Familien erneuerte und sie ersuchte, ihre Arbeit fortzusetzen,

nach Prüfung der Fortschritte, die die Arbeitsgruppe auf ihrer vom 10. bis 21. Mai 1982 abgehaltenen zweiten Sitzung zwischen den Tagungen der Generalversammlung erzielt hat,

ferner nach Prüfung des Berichts der Arbeitsgruppe während der laufenden Tagung der Generalversammlung[95],

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht der Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung einer internationalen Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeiter und ihrer Familien und äußert ihre Genugtuung über die beträchtlichen Fortschritte, die die Arbeitsgruppe bei der Erfüllung ihres Mandats bisher erzielt hat;

2. *beschließt*, daß die Arbeitsgruppe unmittelbar nach der ersten ordentlichen Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats im Jahr 1983 zwischen den Tagungen der Generalversammlung erneut für die Dauer von zwei Wochen in New York zusammentritt, damit sie ihre Aufgabe so bald wie möglich abschließen kann;

3. *bittet* den Generalsekretär, den Regierungen den Bericht der Arbeitsgruppe zu übermitteln, damit die Mitglieder der Arbeitsgruppe während dem im Frühjahr 1983 zwischen den Tagungen der Generalversammlung abzuhaltenden Treffen ihre Arbeit fortsetzen können, und die bei diesem Treffen erzielten Ergebnisse weiterzuleiten, damit die Generalversammlung sie auf ihrer achtunddreißigsten Tagung behandeln kann;

4. *bittet* den Generalsekretär *ferner*, die obengenannten Dokumente den zuständigen Organen des Systems der Vereinten Nationen und den in Frage kommenden internationalen Organisationen zu übermitteln, damit sie ihre Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe fortsetzen können;

5. *beschließt*, daß die Arbeitsgruppe während der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung—möglichst zu Beginn der Tagung—zusammentritt, um die Ausarbeitung einer internationalen Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeiter und ihrer Familien fortzusetzen und wenn möglich abzuschließen.

110. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/171—Regionale Vereinbarungen für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 34/171 vom 17. Dezember 1979 und 35/179 vom 15. Dezember 1980 über regionale Vereinbarungen für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte sowie ihre Resolution 36/154 vom 16. Dezember 1981, in denen sie den Generalsekretär ersuchte, 1982 in Colombo ein Seminar zu veranstalten, auf dem geeignete Vereinbarungen für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte in der asiatischen Region behandelt werden sollen und das der Generalversammlung auf ihrer siebenunddreißigsten Tagung darüber berichten soll,

nach Behandlung des Berichts des vom 21. Juni bis 2. Juli in Colombo abgehaltenen Seminars über nationale, lokale und regionale Vereinbarungen für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte in der asiatischen Region[96],

1. *dankt* der Regierung Sri Lankas *aufrichtig* dafür, daß sie als Gastgeber für das Seminar über nationale, lokale und regionale Vereinbarungen für die Förderung

* Vgl. die Fußnote auf S. 205

[91] Resolution 217 A (III)

[92] Resolution 2200 A (XXI), Anhang; deutscher Wortlaut in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte: BGBl. (der Bundesrepublik Deutschland) 1973 II S.1534 (Art.41:1979 II S.1218), GBl. (der Deutschen Demokratischen Republik) 1975 II Nr. 12 S.266 und BGBl. (der Republik Österreich) 590/78. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte mit Fakultativprotokoll: BGBl. (der Bundesrepublik Deutschland) 1973 II S.1569, GBl. (der Deutschen Demokratischen Republik) 1976 II Nr. 4 S.108 und BGBl. (der Republik Österreich) 591/78

[93] Resolution 2106 A (XX), Anhang; deutscher Wortlaut in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder; u.a. BGBl. (der Bundesrepublik Deutschland) 1969 II S.962 und BGBl. (der Republik Österreich) 377/72

[94] Resolution 34/180, Anhang

[95] Vgl. A/C.3/37/7 mit Korr. 1 und 2

[96] A/37/422, Anhang

und den Schutz der Menschenrechte aufgetreten ist und dem Seminar hervorragende Einrichtungen und Dienste zur Verfügung gestellt hat;

2. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Seminars sowie von seinen im Konsens verabschiedeten Schlußfolgerungen und Empfehlungen[97];

3. *ersucht* den Generalsekretär, den Bericht des Seminars mit der Bitte um ihre diesbezüglichen Stellungnahmen den Mitgliedstaaten der Wirtschafts-und Sozialkommission für Asien zu übermitteln, ihn sodann zusammen mit den eingegangenen Stellungnahmen der vierzehnten Tagung der Menschenrechtskommission zur Behandlung vorzulegen und anschließend auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat der neununddreißigsten Tagung der Generalversammlung Bericht zu erstatten;

4. *beschließt*, diese Frage auf ihrer neununddreißigsten Tagung weiter zu behandeln.

110. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/172 – Regionale Vereinbarungen zum Schutz der Menschenrechte

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 32/127 vom 16. Dezember 1977, 33/167 vom 20. Dezember 1978, 34/171 vom 17. Dezember 1979, 35/197 vom 15. Dezember 1980 und 36/154 vom 16. Dezember 1981 über regionale Vereinbarungen für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte,

im Hinblick auf die in der afrikanischen, amerikanischen, arabischen und europäischen Region bestehenden regionalen Vereinbarungen sowie ferner auf die derzeit laufenden Bemühungen des Commonwealth um die Einleitung von Aktivitäten im Bereich der Menschenrechte,

unter Begrüßung der jüngsten Entwicklungen in der asiatischen Region im Zusammenhang mit der Erwägung geeigneter Vereinbarungen für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte,

im Hinblick darauf, daß die Vereinten Nationen und die zwischenstaatlichen regionalen Organisationen Informationen und Unterlagen über die Förderung und den Schutz der Menschenrechte austauschen,

1. *nimmt mit Genugtuung Kenntnis* von den bisherigen Fortschritten bei der Förderung und beim Schutz der Menschenrechte auf regionaler Ebene, die unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen, der Sonderorganisationen* und der regionalen zwischenstaatlichen Organisationen erzielt wurden;

2. *spricht* der Organisation der afrikanischen Einheit *ihre Anerkennung* für ihre fortgesetzten Bemühungen um die Förderung der Achtung der Garantien und Normen für Menschenrechte und Grundfreiheiten *aus* und nimmt mit Interesse Kenntnis von der Afrikanischen Charta der Menschenrechte[98] und den Bemühungen um deren möglichst baldiges Inkrafttreten;

3. *ersucht* den Generalsekretär, seine Berichte über den Stand der regionalen Vereinbarungen für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte zusammenzustellen und zu aktualisieren und darin auch eine Übersicht über den Erfahrungs- und Informationsaustausch zwischen den Vereinten Nationen und den regionalen Organen und Organisationen für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte sowie über Mittel und Wege für den Ausbau dieses Austausches aufzunehmen und der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung Bericht zu erstatten.

110. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/173 – Die Lage der Flüchtlinge im Sudan

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 35/181 vom 15. Dezember 1980 und 36/158 vom 16. Dezember 1981 über die Lage der Flüchtlinge im Sudan,

ferner unter Hinweis auf die Wirtschafts- und Sozialratsresolutionen 1981/5 vom 14. Mai 1981 und 1982/1 vom 27. April 1982,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs[99] mit dem im Anhang enthaltenen Bericht über den ergänzenden Besuch der interinstitutionellen Fachdelegation für Bildungswesen, soziale Entwicklung und Sozialleistungen für Flüchtlinge im Sudan sowie des Berichts des Generalsekretärs über humanitäre Hilfe für Flüchtlinge im Sudan[100],

in Kenntnisnahme des ständig wachsenden Zustroms von Flüchtlingen in den Sudan,

in Anerkennung der schweren Belastung, die die Regierung des Sudan mit der Betreuung der Flüchtlinge auf sich nimmt und in Anerkennung der Notwendigkeit angemessener internationaler Unterstützung, damit die Regierung ihre Bemühungen um die Unterstützung der Flüchtlinge fortsetzen kann,

mit dem Ausdruck ihre Dankes für die Unterstützung, die Mitgliedstaaten sowie zwischenstaatliche und nichtstaatliche Organisationen dem Sudan bei der Durchführung von Flüchtlingsprogrammen geleistet haben,

1. *billigt* den Bericht über den ergänzenden Besuch der interinstitutionellen Fachdelegation im Sudan und die darin enthaltenen Empfehlungen;

2. *dankt* dem Generalsekretär, dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, den Geberländern und freiwilligen Hilfsorganisationen für ihre Bemühungen um die Unterstützung der Flüchtlinge im Sudan;

3. *würdigt* die von der sudanesischen Regierung ergriffenen Maßnahmen zur Bereitstellung von Unterkünften, Lebensmitteln und anderen Versorgungsdiensten für die Flüchtlinge;

4. *ersucht* den Generalsekretär, die für die Durchführung der Empfehlungen der verschiedenen interinstitutionellen Delegationen erforderliche finanzielle und materialle Hilfe zu mobilisieren;

5. *appelliert* an die Mitgliedstaaten, in Frage kommenden Organe, Organisationen und Programme der Vereinten Nationen sowie an andere zwischenstaatliche und nichtstaatliche Organisationen und internationale Finanzinstitute, der Regierung des Sudan die erforderlichen Mittel zur Durchführung der im Bericht der interin-

* Vgl. die Fußnote auf S. 205

[97] *Ebd.*, Kap. IV

[98] Vgl. Amerikanische Völkerrechtsgesellschaft, *International Legal Materials*, Vol. XXI, Nr. 1, Januar 1982, S.59

[99] A/37/178

[100] A/37/519

stitutionellen Delegation vorgesehenen Entwicklungshilfeprojekte[101] zur Verfügung zu stellen und die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur des Sudan zu stärken, damit lebenswichtige Dienste und Einrichtungen für Flüchtlinge ausgebaut und erweitert werden können;

6. *ersucht* den Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, seine Arbeit mit den entsprechenden Sonderorganisationen* zu koordinieren, damit für eine Konsolidierung der lebenswichtigen Dienste für die Flüchtlinge in ihren Siedlungen und die Kontinuität dieser Dienste gesorgt ist;

7. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, in Zusammenarbeit mit dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung einen umfassenden Bericht über den Stand der Durchführung der Empfehlungen der interinstitutionellen Fachdelegationen sowie der Durchführung dieser Resolution vorzulegen.

110. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/174 – Hilfe für Flüchtlinge in Somalia

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 35/180 vom 15. Dezember 1980 und 36/153 vom 16. Dezember 1981 über die Frage der Hilfe für Flüchtlinge in Somalia,

ferner unter Hinweis auf die Wirtschafts- und Sozialratsresolutionen 1981/31 vom 6. Mai 1981 und 1982/4 vom 27. April 1982,

in Kenntnisnahme des Berichts des Generalsekretärs[102] und des Berichts des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge[103] über die Lage der Flüchtlinge in Somalia,

nach Anhörung der am 15. November 1982 vor dem Dritten Ausschuß abgegebenen Erklärung des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge[104],

in Anbetracht der Tatsache, daß das Flüchtlingsproblem noch immer nicht gelöst ist,

in Anerkennung der Notwendigkeit, den Flüchtlingen in Somalia weiterhin Unterstützung zukommen zu lassen,

im Bewußtsein der Folgen der sozialen und wirtschaftlichen Belastung, die der Regierung und dem Volk Somalias durch die anhaltende Anwesenheit von Flüchtlingen auferlegt wird, sowie im Bewußtsein der sich daraus ergebenden Auswirkungen auf die nationale Entwicklung und die Infrastruktur des Landes,

1. *nimmt Kenntnis* von den Berichten des Generalsekretärs und des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge über die Lage der Flüchtlinge in Somalia;

2. *dankt* dem Generalsekretär und dem Hohen Kommissar für ihre fortgesetzten Anstrengungen zur Mobilisierung internationaler Unterstützung für die Flüchtlinge in Somalia;

3. *nimmt mit Befriedigung Kenntnis* von der Hilfe, die den Flüchtlingen in Somalia von verschiedenen Mitgliedstaaten, dem Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, dem Welternährungsprogramm, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen und anderen in Frage kommenden zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen geleistet worden ist;

4. *appelliert* an die Mitgliedstaaten, internationalen Organisationen und freiwilligen Hilfsorganisationen, der Regierung von Somalia bei ihren Bemühungen um die Leistung aller erforderlichen Hilfe an die Flüchtlinge ein Höchstmaß an materieller, finanzieller und technischer Unterstützung zukommen zu lassen;

5. *ersucht* den Hohen Kommissar, in Absprache mit dem Generalsekretär eine umfassende Untersuchung der gesamten Bedürfnisse der Flüchtlinge vorzunehmen, in der auch die Aspekte der Ansiedlung und Wiedereingliederung der Flüchtlinge berücksichtigt sind;

6. *ersucht* den Hohen Kommissar *ferner*, in Absprache mit dem Generalsekretär dem Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner zweiten ordentlichen Tagung des Jahres 1983 einen Bericht über die geplante Überprüfung der Flüchtlingssituation in Somalia vorzulegen;

7. *ersucht* den Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge *weiterhin*, in Absprache mit dem Generalsekretär der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung über den Stand der Durchführung dieser Resolution zu berichten.

110. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/175 – Hilfe für Vertriebene in Äthiopien

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 35/91 vom 5. Dezember 1980 und 36/161 vom 16. Dezember 1981, sowie auf die Wirtschafts- und Sozialratsresolutionen 1980/54 vom 24. Juli 1980 und 1982/2 vom 27. April 1982,

unter Hinweis auf den gemäß Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1980/8 vom 28. April 1980 erarbeiteten Bericht des Generalsekretärs über Hilfe für Vertriebene in Äthiopien[105],

ferner unter Hinweis auf den in der Verbalnote des Generalsekretärs vom 11. November 1980 enthaltenen Appell sowie auf die Appelle der Generalversammlung und des Wirtschafts- und Sozialrats,

nach Anhörung der am 15. November bzw. 3. Dezember 1982 vor dem Dritten Ausschuß abgegebenen Erklärungen des Hohen Kommissars für Flüchtlinge[104] und des Vertreters des Generalsekretärs[106],

in Anerkennung der beträchtlichen Anzahl der freiwilligen Rückkehrer nach Äthiopien,

tief besorgt darüber, daß die wiederholten Appelle des Generalsekretärs, der Generalversammlung und des Wirtschafts- und Sozialrats noch immer nicht den entsprechenden Widerhall gefunden haben,

1. *schließt sich erneut* den Aufrufen des Generalsekretärs, der Generalversammlung und des Wirtschafts- und Sozialrats um Hilfe für Vertriebene in Äthiopien und freiwillige Rückkehrer nach Äthiopien *an*;

2. *würdigt* die Bemühungen verschiedener Organe der Vereinten Nationen und Sonderorganisationen* um

* Vgl. die Fußnote auf S. 205

[101] A/37/178, Abschnitt III

[102] A/37/419

[103] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 12* (A/37/12), Kap. II, Abschnitt B.14

[104] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Third Committee*, 41. Sitzung, Ziffer 1-7

* Vgl. die Fußnote auf S. 205

[105] A/35/360 mit Korr. 1-3

[106] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Third Committee*, 62. Sitzung, Ziffer 7-13

die Mobilisierung humanitärer Hilfe für die Vertriebenen und freiwilligen Rückkehrer nach Äthiopien;

3. *ruft erneut* die Regierungen der Mitgliedstaaten, der zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen sowie alle freiwilligen Hilfsorganisationen *auf*, großzügige Beiträge zur Unterstützung der äthiopischen Regierung in ihren Bemühungen um Nothilfe für die Vertriebenen und um deren Rehabilitierung zu leisten;

4. *ersucht* den Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, seine Bemühungen um die Mobilisierung humanitärer Hilfe zur Linderung der Not, Rehabilitierung und Wiederansiedlung der freiwilligen Rückkehrer sowie der Vertriebenen zu verstärken;

5. *ersucht* den Generalsekretär, in Zusammenarbeit mit dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge der zweiten ordentlichen Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats im Jahr 1983 sowie der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung über die Durchführung dieser Resolution zu berichten.

110. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/176 – Humanitäre Hilfe für Flüchtlinge in Dschibuti

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 35/182 vom 15. Dezember 1980 und 36/156 vom 16. Dezember 1981 über humanitäre Hilfe für Flüchtlinge in Dschibuti,

ferner unter Hinweis auf Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/3 vom 27. April 1982,

nach Anhörung der am 15. November 1982 vor dem Dritten Ausschuß abgegebenen Erklärung des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge[106],

befriedigt über das Ergebnis der Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über humanitäre Hilfe für Flüchtlinge in Dschibuti[107],

in Anerkennung der entschlossenen Anstrengungen, die die dschibutische Regierung trotz ihrer begrenzten wirtschaftlichen Ressourcen zur Bewältigung der wachsenden Bedürfnisse der Flüchtlinge unternimmt,

im Bewußtsein der Folgen, die die soziale und wirtschaftliche Belastung der Regierung und Bevölkerung Dschibutis durch den Zustrom vom Flüchtlingen nach sich zieht, sowie der sich daraus ergebenden Auswirkungen auf die nationale Entwicklung und die Infrastruktur des Landes,

tief besorgt über die andauernde Not der Flüchtlinge und der Vertriebenen in diesem Land, die durch die verheerenden Auswirkungen der anhaltenden Dürre noch verschärft wird,

in Würdigung der Anteilnahme und der unermüdlichen Bemühungen des Amts des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen, des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen, der Weltgesundheitsorganisation, des Welternährungsprogramms, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen und der zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen sowie der Wohltätigkeitsorganisationen, die im Rahmen des Soforthilfe- und Wiedereingliederungsprogramms für die Flüchtlinge in Dschibuti eng mit der dschibutischen Regierung zusammengearbeitet haben,

1. *nimmt mit Dank Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs über humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge in Dschibuti[107] sowie von dem Bericht des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge[108];

2. *würdigt* die Bemühungen des Hohen Kommissars, das Flüchtlingsproblem ständig im Auge zu behalten, und bittet ihn, sein humanitäres Hilfsprogramm für die Flüchtlinge in Dschibuti zu intensivieren;

3. *ersucht* den Hohen Kommissar, weiterhin für die Organisierung angemessener Hilfsprogramme für die Flüchtlinge zu sorgen und mit den Mitgliedstaaten sowie den in Frage kommenden zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen und Wohltätigkeitsorganisationen engen Kontakt zu halten, um die erforderliche Hilfe für die Regierung Dschibutis zu mobilisieren und dieser dadurch die erfolgreiche Bewältigung der Flüchtlingssituation zu ermöglichen, die durch die verheerenden Auswirkungen der Dürre noch verschlimmert wird;

4. *würdigt* die bisher von Mitgliedstaaten und zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen geleistete Hilfe zugunsten des Soforthilfe- und Wiedereingliederungsprogramms für die Flüchtlinge und Vertriebenen in Dschibuti;

5. *fordert* alle Mitgliedstaaten, die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, die Sonderorganisationen* sowie die zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen *auf*, weiterhin die Bemühungen zu unterstützen, die die dschibutische Regierung unternimmt, um den ständig wachsenden Bedürfnissen der Flüchtlingsbevölkerung und anderer Opfer der Dürre zu entsprechen;

6. *ersucht* den Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, in Absprache mit dem Generalsekretär eine interinstitutionelle Mission nach Dschibuti zu entsenden, die die Bedürfnisse und die Höhe der erforderlichen Hilfe zur Finanzierung der Soforthilfe- und Wiedereingliederungsprogramme für die Flüchtlinge beurteilen soll, und der zweiten ordentlichen Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats im Jahr 1983 sowie der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung über den Stand der Durchführung dieser Resolution zu berichten.

110. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/177 – Hilfe für geflüchtete Schüler und Studenten im südlichen Afrika

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/170 vom 16. Dezember 1981, in der sie u.a. den Generalsekretär ersuchte, in Zusammenarbeit mit dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge für die in Botswana, Lesotho, Sambia und Swasiland im Asyl lebenden geflüchteten Schüler und Studenten aus Namibia und Südafrika ein leistungsfähiges Programm für Hilfe im Bildungsbereich und in anderen in Frage kommenden Bereichen zu organisieren und durchzuführen,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs[109] mit dem vom Hohen Kommissar erstellten Überblick

[106] A/37/420

* Vgl. die Fußnote auf S. 205

[108] Vgl. *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 12* (A/37/12), Kap. II, Abschnitt B.6

[109] A/37/495 mit Korr. 1

über Hilfsprogramme für geflüchtete Schüler und Studenten aus Namibia und Südafrika,

befriedigt darüber, daß einige der in dem Bericht über Hilfe für geflüchtete Schüler und Studenten im südlichen Afrika empfohlenen Projekte erfolgreich zum Abschluß gebracht worden sind,

mit Besorgnis den anhaltenden Zustrom von geflüchteten Schülern und Studenten aus Südafrika und Namibia nach Botswana, Lesotho, Sambia und Swasiland *zur Kenntnis nehmend*,

in der Überzeugung, daß die diskriminierenden Politiken und repressiven Maßnahmen, die in Namibia und Südafrika Anwendung finden, zu einer weiteren Abwanderung von Schülern und Studenten aus diesen Ländern führen werden,

im Bewußtsein der Belastung, der die begrenzten finanziellen, materiellen und administrativen Ressourcen der Gastländer durch die Anwesenheit dieser geflüchteten Schüler und Studenten ausgesetzt sind,

in Anerkennung der Bemühungen der Gastländer, den geflüchteten Schülern und Studenten, die sich gegenwärtig bei ihnen aufhalten, gerecht zu werden und sich gleichzeitig auf etwaige neue Notsituationen vorzubereiten, indem sie die anfallenden Aufgaben und Pflichten mit der internationalen Gemeinschaft teilen,

1. *schließt sich* den im Bericht des Generalsekretärs enthaltenen Beurteilungen und Empfehlungen *an* und würdigt die Bemühungen des Generalsekretärs und des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge um die Aufbringung von Ressourcen und die Organisierung des Hilfsprogramms für geflüchtete Schüler und Studenten in den Gastländern des südlichen Afrika;

2. *dankt* den Regierungen von Botswana, Lesotho, Sambia und Swasiland, daß sie trotz des Drucks, den der ständige Zustrom dieser Flüchtlinge auf die Einrichtungen ihrer Länder ausübt, den geflüchteten Schülern und Studenten weiterhin Asyl gewähren und ihnen Bildungseinrichtungen und andere Einrichtungen zugänglich machen;

3. *dankt* den Regierungen von Botswana, Lesotho, Sambia und Swasiland *ferner* für ihre Zusammenarbeit mit dem Generalsekretär und dem Hohen Kommissar in den das Wohl dieser Flüchtlinge betreffenden Fragen;

4. *nimmt mit Dank Kenntnis* von der finanziellen und materiellen Unterstützung der geflüchteten Schüler und Studenten durch die Mitgliedstaaten, das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, andere Gremien der Vereinten Nationen sowie durch zwischenstaatliche und nichtstaatliche Organisationen;

5. *ersucht* den Generalsekretär, in Zusammenarbeit mit dem Hohen Kommissar für die in Botswana, Lesotho, Sambia und Swasiland im Asyl lebenden geflüchteten Schüler und Studenten aus Namibia und Südafrika weiterhin ein leistungsfähiges Hilfsprogramm für den Bildungsbereich und für andere in Frage kommende Bereiche zu organisieren und durchzuführen;

6. *bittet* alle Mitgliedstaaten sowie alle zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen *eindringlich*, durch finanzielle Unterstützung der regulären Programme des Hohen Kommissars, der im Bericht des Generalsekretärs aufgeführten Projekte sowie der Projekte und Programme—darunter auch noch nicht finanzierter Projekte—, die der Internationalen Konferenz über Hilfe für Flüchtlinge in Afrika[110] vorgelegt wurden, weiterhin großzügige Beiträge zu den Hilfsprogrammen für die geflüchteten Schüler und Studenten zu leisten;

7. *appelliert* an das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen und die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur sowie an andere internationale und nichtstaatliche Stellen, humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe zu leisten, um die Neuansiedlung und Integration von Flüchtlingsfamilien aus Südafrika zu beschleunigen, denen in Botswana, Lesotho, Sambia und Swasiland Asyl gewährt wurde;

8. *fordert* alle Organisationen und Programme des Systems der Vereinten Nationen *auf*, den Generalsekretär und den Hohen Kommissar bei der Durchführung humanitärer Hilfsprogramme für die geflüchteten Schüler und Studenten im südlichen Afrika weiterhin zu unterstützen;

9. *ersucht* den Generalsekretär, diese Angelegenheit in Zusammenarbeit mit dem Hohen Kommissar ständig weiter zu verfolgen, den Wirtschafts- und Sozialrat auf seiner zweiten ordentlichen Tagung des Jahres 1983 über den derzeitigen Stand der Programme zu unterrichten und der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution zu berichten.

110. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/178—Recht auf Bildung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 34/170 vom 17. Dezember 1979, 35/191 vom 15. Dezember 1980 und 36/152 vom 16. Dezember 1981 über das Recht auf Bildung,

unter Hinweis auf den mit Resolution 2200 A (XXI) vom 16. Dezember 1966 verabschiedeten Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, der das Recht eines jeden auf Bildung anerkennt,

im Hinblick auf die Bedeutung des von der Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur am 14. Dezember 1960 verabschiedeten Übereinkommens gegen Diskriminierung im Bildungswesen[111],

in Bekräftigung der überragenden Bedeutung der Verwirklichung des Rechts auf Bildung für die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und die Wahrnehmung anderer menschlicher Grundrechte und Grundfreiheiten,

in Anerkennung dessen, daß im Hinblick auf eine effektive Verwirklichung des Rechts auf Bildung der Beseitigung des Analphabetentums besondere Priorität und Dringlichkeit zukommt,

in der Überzeugung, daß der Bildungsprozeß wesentlich zum sozialen Fortschritt, zur nationalen Entwicklung, zur Völkerverständigung und Zusammenarbeit zwischen den Völkern sowie zur Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit beitragen kann,

[110] Vgl. A/36/316

[111] Vereinte Nationen, *Treaty Series*, Vol. 429, Nr. 6193, S.93; deutscher Wortlaut in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder; u.a. BGBl. (der Bundesrepublik Deutschland) 1968 II S. 387, GBl. (der Deutschen Demokratischen Republik) II Nr. 12 S.127

unter Hinweis darauf, daß es zur Errichtung der neuen internationalen Wirtschaftsordnung erforderlich ist, die Verbesserung und Ausweitung der Bildungssysteme und die Ausbildung von Fachleuten und qualifizierten Führungskräften für die wirtschaftliche Entwicklung der Entwicklungsländer wirksam zu unterstützen,

überzeugt von der Aktualität und Dringlichkeit der in der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen enthaltenen Bestimmungen über das Bildungswesen[112],

unter Hinweis darauf, daß die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur seit ihrer Gründung ständig darum bemüht ist, eine tatsächliche Verwirklichung des Rechts auf Bildung und auf gleiche Bildungschancen für jedermann zu erreichen, ohne Unterschied der Rasse, der Hautfarbe, des Geschlechts, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen oder sozialen Herkunft, der wirtschaftlichen Verhältnisse oder der Geburt, und daß Aktivitäten zur Sicherung des Rechts auf Bildung sowie der Ausbau und die Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungssysteme in den Mitgliedstaaten, insbesondere in den Entwicklungsländern, im Programm der Organisation seit vielen Jahren eine zentrale Stelle einnehmen,

im Bewußtsein des wichtigen Beitrags der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur zur Verwirklichung der Internationalen Entwicklungsstrategie der Dritten Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen, dessen Ziel die Förderung der uneingeschränkten Verwirklichung des Rechts auf Bildung ist,

mit Befriedigung Kenntnis nehmend vom Interesse des Exekutivrats der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur an der Verwirklichung der Generalversammlungsresolutionen 34/170, 35/191 und 36/152,

1. *nimmt Kenntnis* von den Schlußfolgerungen im Bericht des Generaldirektors der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur über das Recht auf Bildung[113];

2. *würdigt* den Beschluß der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, die Frage der Verwirklichung des Rechts auf Bildung ständig in ihren mittelfristigen Plan aufzunehmen;

3. *bittet erneut* alle Staaten, die Verabschiedung geeigneter gesetzgeberischer, verwaltungstechnischer und sonstiger Maßnahmen, darunter auch Maßnahmen zur materiellen Absicherung, in Erwägung zu ziehen, die unter anderem durch kostenlose Grundschulausbildung bei Schulpflicht, allgemeine höhere Schulbildung bei allmählicher Einführung der Schulgeldfreiheit, gleichen Zugang zu allen Bildungseinrichtungen und den Zugang der jüngeren Generation zu Wissenschaft und Kultur die volle Verwirklichung des Rechts auf Bildung für alle gewährleisten sollen;

4. *bittet* alle Staaten, die erforderliche Aufmerksamkeit darauf zu verwenden, daß die Mittel zur Verwirklichung der die Rolle der Bildung betreffenden Bestimmungen der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen genauer definiert und bestimmt werden;

5. *bittet* alle Sonderorganisationen*, die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur zu unterstützen, damit sichergestellt wird, daß der Frage der Bildung bei der Durchführung der verschiedenen Programme und Projekte im Rahmen der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen hohe Priorität eingeräumt wird,

6. *appelliert erneut* an alle Staaten, insbesondere an die entwickelten Länder, die Bemühungen der Entwicklungsländer um Heranbildung und Ausbildung von in der Industrie, in der Landwirtschaft und in anderen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen benötigten Fachkräften durch Stipendien und sonstige Mittel aktiv zu unterstützen, u.a. durch die allgemeine Erhöhung der Mittel für Bildung und Ausbildung;

7. *dankt* dem Generaldirektor der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur für seinen gemäß Generalversammlungsresolution 36/152 vorgelegten Bericht über das Recht auf Bildung;

8. *bittet* die Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, sich weiterhin intensiv um die weltweite Förderung des Rechts auf Bildung zu bemühen und die Generalversammlung in geeigneter Form über die Fortschritte in diesem Bereich zu unterrichten.

110. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/179 – Künftige Maßnahmen gegen nazistische, faschistische und neofaschistische Aktivitäten und alle anderen auf rassischer Intoleranz, Haß und Terror beruhenden Formen totalitärer Ideologien und Praktiken

Die Generalversammlung,

unter Hinweis darauf, daß die Vereinten Nationen aus dem Kampf gegen Nazismus, Faschismus, Aggression und fremde Besetzung hervorgegangen sind und daß die Völker in der Charta der Vereinten Nationen ihre Entschlossenheit bekundet haben, künftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren,

eingedenk des Leids, der Zerstörungen und des Todes von Millionen von Menschen, die Opfer von Aggression, fremder Besetzung, Nazismus und Faschismus geworden sind,

in Bekräftigung der in der Charta niedergelegten Ziele und Grundsätze, die auf die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, auf die Entwicklung freundschaftlicher, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhender Beziehungen zwischen den Nationen und auf die Herbeiführung einer internationalen Zusammenarbeit bei der Förderung und Unterstützung der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle gerichtet sind,

nachdrücklich darauf hinweisend, daß alle totalitären oder anderen, insbesondere nazistischen, faschistischen und neofaschistischen Ideologien und Praktiken, die rassische oder ethnische Exklusivität oder Intoleranz, Haß, Terror und systematische Verweigerung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zur Grundlage haben oder nach sich ziehen, den Weltfrieden gefährden und Hindernisse für freundschaftliche Beziehungen zwischen den Staaten und für die Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten darstellen können,

* Vgl. die Fußnote auf S. 205

[112] Vgl. Resolution 35/36, Anhang, Abschnitt O

[113] Vgl. A/37/521, Anhang

erneut erklärend, daß die Verfolgung und Bestrafung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit gemäß Generalversammlungsresolution 3 (I) vom 13. Februar 1946 und 95 (I) vom 11. Dezember 1946 eine universelle Verpflichtung für alle Staaten darstellt,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 2331 (XXII) vom 18. Dezember 1967, 2438 (XXIII) vom 19. Dezember 1968, 2545 (XXIV) vom 11. Dezember 1969, 2713 (XXV) vom 15. Dezember 1970, 2839 (XXVI) vom 18. Dezember 1971, 34/24 vom 15. November 1979, 35/200 vom 15. Dezember 1980 und 36/162 vom 16. Dezember 1981,

ferner unter Hinweis auf die Erklärung über Fortschritt und Entwicklung im Sozialbereich[114], die Erklärung der Vereinten Nationen über die Beseitigung aller Formen von rassischer Diskriminierung[115], die Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[116] und die Erklärung über die Beseitigung aller Formen von Intoleranz und Diskriminierung aufgrund der Religion oder Überzeugung[117],

in Unterstreichung der Bedeutung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[118], der Internationalen Menschenrechtspakte[119], des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung aller Formen von rassischer Diskriminierung[120], des Übereinkommens über die Verhütung und Bestrafung des Verbrechens des Völkermordes[121] und anderer einschlägiger internationaler Instrumente,

in Anerkennung der Tatsache, daß eine Anzahl von Staaten Rechts- und Verwaltungsvorschriften erlassen haben, die dazu geeignet sind, die Aktivitäten von nazistischen, faschistischen und neofaschistischen Gruppen und Organisationen zu verhindern,

erneut mit tiefer Sorge feststellend, daß die Anhänger faschistischer Ideologien in einer Anzahl von Ländern ihre Aktivitäten intensiviert haben und sie zunehmend international koordinieren,

1. *verurteilt erneut* alle totalitären oder anderen, insbesondere alle nazistischen, faschistischen und neofaschistischen Ideologien und Praktiken, die rassische oder ethnische Exklusivität oder Intoleranz, Haß, Terror und systematische Verweigerung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zur Grundlage haben bzw. nach sich ziehen;

2. *bittet* alle Staaten *eindringlich*, darauf hinzuweisen, wie sehr demokratische Institutionen durch die obenerwähnten Ideologien und Praktiken bedroht werden, sowie im Einklang mit ihren nationalen Verfassungssystemen und mit den Bestimmungen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der Internationalen Menschenrechtspakte Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, durch die die Aktivitäten von Gruppen, Organisationen und allen Personen, die diese Ideologien praktizieren, verboten oder auf andere Weise verhindert werden;

3. *fordert* die in Frage kommenden Sonderorganisationen* sowie die zwischenstaatlichen und internationalen nichtstaatlichen Organisationen *auf*, Maßnahmen gegen die in Ziffer 1 beschriebenen Ideologien und Praktiken einzuleiten bzw. solche Maßnahmen auszubauen;

4. *bittet* die Mitgliedstaaten, im Einklang mit ihren nationalen Verfassungssystemen sowie mit den Bestimmungen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der Internationalen Menschenrechtspakte mit hohem Vorrang Maßnahmen zu ergreifen, die jede Verbreitung von auf rassischer Überlegenheit oder Rassenhaß und Kriegspropaganda beruhendem Gedankengut, einschließlich nazistischer, rassistischer und neofaschistischer Ideologien, gesetzlich strafbar macht;

5. *appelliert* an alle Staaten, die dies noch nicht getan haben, die Internationalen Menschenrechtspakte, die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Verbrechens des Völkermordes, das Internationale Übereinkommen zur Beseitigung aller Formen von rassischer Diskriminierung, die Konvention über die Unverjährbarkeit von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit[122] und das Internationale Übereinkommen über die Beendigung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid[123] zu ratifizieren bzw. diesen Instrumenten beizutreten;

6. *fordert* alle Staaten *erneut auf*, dem Generalsekretär ihre Stellungnahmen zu dieser Frage zu übermitteln;

7. *ersucht* den Generalsekretär, dafür zu sorgen, daß die Hauptabteilung Presse und Information des Sekretariats der Verbreitung von Informationen zur Entlarvung der in Ziffer 1 dargestellten Ideologien und Praktiken gebührende Aufmerksamkeit schenkt;

8. *ersucht* die Menschenrechtskommission *erneut*, dieses Thema auf ihrer neununddreißigsten Tagung unter dem Titel "Künftige Maßnahmen gegen alle totalitären oder anderen, insbesondere nazistischen, faschistischen und neofaschistischen Ideologien und Praktiken, die rassische oder ethnische Exklusivität oder Intoleranz, Haß, Terror und systematische Verweigerung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zur Grundlage haben oder nach sich ziehen" vorrangig zu behandeln;

9. *ersucht* den Generalsekretär, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat einen Bericht vorzulegen, der von den bevorstehenden Debatten in der Menschenrechtskommission sowie von den Stellungnahmen der einzelnen Staaten und internationalen Organisationen ausgeht.

110. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

[114] Resolution 2542 (XXIV)
[115] Resolution 1904 (XVIII)
[116] Resolution 1514 (XV)
[117] Resolution 36/55
[118] Resolution 217 A (III)
[119] Resolution 2200 A (XXI), Anhang; deutscher Wortlaut in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder: Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte: BGBl. (der Bundesrepublik Deutschland) 1973 II 1534, GBl. (der Deutscher Demokratischen Republik) 1975 II Nr. 12 S.266, BGBl. (der Republik Österreich) 590/78; Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte: BGBl. (der Bundesrepublik Deutschland) 1973 II 1569, GBl. (der Deutschen Demokratischen Republik) 1976 II Nr. 4 S. 108, BGBl. (der Republik Österreich) 591/78
[120] Resolution 2106 A (XX), Anhang; deutscher Wortlaut in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder, u.a. BGBl. (der Bundesrepublik Deutschland) 1969 II S.962 und BGBl. (der Republik Österreich) 377/72
[121] Resolution 260A(III), Anhang; deutscher Wortlaut in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder, u.a. BGBl. (der Bundesrepublik Deutschland) 1974 II S.11 und BGBl. (der Republik Österreich) 91/58

* Vgl. die Fußnote auf S. 205

[122] Resolution 2391 (XXIII), Anhang; deutscher Wortlaut in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder, u.a. GBl. (der Deutschen Demokratischen Republik) 1974 II Nr. 11 S.185
[123] Resolution 3068 (XXVIII), Anhang; deutscher Wortlaut in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder, u.a. GBl. (der Deutschen Demokratischen Republik) 1974 II Nr. 14 S.295

37/180 – Frage des gewaltsam verursachten oder unfreiwilligen Verschwindens von Personen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 33/173 vom 20. Dezember 1978 mit dem Titel "Verschwundene Personen" und ihre Resolution 36/163 vom 16. Dezember 1981 über die Frage des gewaltsam verursachten oder unfreiwilligen Verschwindens von Personen,

eingedenk der Resolution 1982/24 der Menschenrechtskommission vom 10. März 1982[124], in der die Kommission beschloß, das Mandat der Arbeitsgruppe für Fragen des gewaltsam verursachten oder unfreiwilligen Verschwindens von Personen um ein Jahr zu verlängern, sowie eingedenk des Wirtschafts- und Sozialratsbeschlusses 1982/131 vom 7. Mai 1982, mit dem der Beschluß der Kommission gebilligt wurde,

in der Überzeugung, daß die in Absprache mit den betroffenen Regierungen ergriffenen Maßnahmen zur Förderung der Durchführung der Bestimmungen der Generalversammlungsresolution 33/173 und anderer Resolutionen der Vereinten Nationen, die sich mit dem unglücklichen Schicksal vermißter oder verschwundener Personen befassen, fortgesetzt werden sollten,

mit dem Ausdruck ihres Mitgefühls für die Ängste und Sorgen der betroffenen Familien, die über das Schicksal ihrer Angehörigen unterrichtet sein sollten,

1. *begrüßt* den Beschluß der Menschenrechtskommission, das Mandat der Arbeitsgruppe für Fragen des gewaltsam herbeigeführten oder unfreiwilligen Verschwindens von Personen gemäß Kommissionsresolution 1982/24 um ein Jahr zu verlängern;

2. *dankt* der Arbeitsgruppe für die von ihr geleistete Arbeit sowie denjenigen Regierungen, die ihr dabei geholfen haben, für ihre Unterstützung;

3. *fordert* die Menschenrechtskommission *auf*, diese Frage weiterhin vorrangig zu behandeln und im Zuge der Behandlung des Berichts der Arbeitsgruppe auf ihrer neununddreißigsten Tagung alle Schritte zu unternehmen, die ihr für die Fortsetzung der Arbeit der Arbeitsgruppe notwendig erscheinen;

4. *appelliert* an alle Regierungen, der Arbeitsgruppe und der Menschenrechtskommission die volle Unterstützung zukommen zu lassen, die angesichts ihrer rein humanitären Zielsetzungen und ihres diskreten Vorgehens angezeigt ist;

5. *ersucht* den Generalsekretär *erneut*, der Arbeitsgruppe weiterhin jede notwendige Unterstützung zukommen zu lassen.

110. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/181 – Vermißte in Zypern

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre früheren Resolutionen über die Frage der Vermißten in Zypern,

in Bekräftigung der grundlegenden Notwendigkeit, Familien über das Schicksal ihrer vermißten Verwandten unverzüglich zu benachrichtigen,

mit Besorgnis darüber, daß es dem Ausschuß für Vermißte in Zypern, dessen Errichtung am 22. April 1981 bekanntgegeben wurde[125], nicht gelungen ist, prozedurale Schwierigkeiten zu überwinden, und daß er daher nicht in der Lage war, Nachforschungen aufzunehmen,

die Notwendigkeit einer raschen Lösung dieses humanitären Problems *betonend*,

1. *bittet* die Arbeitsgruppe der Menschenrechtskommission zur Frage des gewaltsam verursachten oder unfreiwilligen Verschwindens von Personen, die Entwicklungen weiter zu verfolgen und den beteiligten Parteien Mittel und Wege zu empfehlen, wie die noch immer ungelösten prozeduralen Schwierigkeiten des Ausschusses für Vermißte in Zypern überwunden werden können, und bittet sie, in Zusammenarbeit mit dem Ausschuß diesem die wirksame Durchführung seiner Nachforschungen aufgrund bestehender diesbezüglicher Übereinkommen zu ermöglichen;

2. *fordert* alle beteiligten Parteien *auf*, derartige Nachforschungen im Geiste der Kooperation und des guten Willens zu erleichtern;

3. *ersucht* den Generalsekretär, weiterhin seine guten Dienste zur Verfügung zu stellen, um dem Ausschuß für Vermißte in Zypern seine Arbeit zu erleichtern.

110. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/182 – Willkürliche bzw. im Schnellverfahren erfolgende Hinrichtungen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die Bestimmungen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[118], in der es heißt, daß jeder Mensch das Recht auf Leben, Freiheit und persönliche Sicherheit sowie Anspruch auf ein der Billigkeit entsprechendes, öffentliches Verfahren vor einem unabhängigen und unparteiischen, gesetzlich eingesetzten Gericht hat,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 34/175 vom 17. Dezember 1979, in der sie erneut erklärte, daß massenhafte und flagrante Verletzungen der Menschenrechte ein besonderes Anliegen der Vereinten Nationen sind, und die Menschenrechtskommission eindringlich bat, bei bereits vorliegenden und künftigen Fällen massenhafter und flagranter Verletzungen der Menschenrechte rechtzeitig wirksame Maßnahmen zu ergreifen,

weiterhin unter Hinweis auf ihre Resolution 36/22 vom 9. November 1981, in der sie die Praxis willkürlicher bzw. im Schnellverfahren erfolgender Hinrichtungen verurteilte,

tief beunruhigt über die große Zahl der willkürlichen bzw. im Schnellverfahren erfolgenden Hinrichtungen, darunter auch Hinrichtungen außerhalb des gesetzlichen Verfahrens,

Kenntnis nehmend von Resolution 1982/13 der Unterkommission für Diskriminierungsverhütung und Minderheitenschutz vom 7. September 1982[126], in der die Unterkommission die Verabschiedung wirksamer Maßnahmen zur Verhinderung von willkürlichen bzw. im Schnellverfahren erfolgenden Hinrichtungen empfahl,

überzeugt von der Notwendigkeit geeigneter Maßnahmen zur Bekämpfung und schließlichen Beseitigung die-

[124] Vgl. *Official Records of the Economic and Social Council, 1982, Supplement No. 2* (E/1982/12 mit Korr.1), Kap. XXVI, Abschnitt A

[125] Vgl. *Official Records of the Security Council, Thirty-sixth Year, Supplement for April, May and June 1981*, Dokument S/14490, Ziffer 46

[126] Vgl. E/CN.4/1983/4-E/CN.4/Sub.2/1982/43 mit Korr.1, Kap. XXI, Abschnitt A

ser Praxis, die eine flagrante Verletzung des grundlegendsten aller Menschenrechte, des Rechts auf Leben, darstellt,

1. *begrüßt* die Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/35, in der der Rat beschloß, für die Dauer eines Jahres einen Sonderberichterstatter mit dem Auftrag zu ernennen, Fragen im Zusammenhang mit willkürlichen bzw. im Schnellverfahren erfolgenden Hinrichtungen zu prüfen und der Menschenrechtskommission auf ihrer neununddreißigsten Tagung zusammen mit seinen Schlußfolgerungen und Empfehlungen einen umfassenden Bericht über Vorkommen und Häufigkeit derartiger Hinrichtungen vorzulegen;

2. *ersucht* alle Regierungen, mit dem Sonderberichterstatter der Menschenrechtskommission zusammenzuarbeiten und ihm bei der Ausarbeitung seines Berichts zu helfen;

3. *ersucht* die Menschenrechtskommission, aufgrund des gemäß Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/35 zu erstellenden Berichts des Sonderberichterstatters auf ihrer neununddreißigsten Tagung Empfehlungen über geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung und schließlichen Beseitigung der Praxis willkürlicher bzw. im Schnellverfahren erfolgender Hinrichtungen abzugeben.

110. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/183 – Die Lage bezüglich der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Chile

Die Generalversammlung,

im Bewußtsein ihrer Verantwortung für die Förderung und Festigung der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle, sowie entschlossen, im Hinblick auf Menschenrechtsverletzungen, wo immer diese auftreten, weiterhin wachsam zu bleiben,

die Verpflichtung der Regierungen *unterstreichend*, die Menschenrechte zu schützen und zu fördern und den Verpflichtungen nachzukommen, die sie mit verschiedenen internationalen Instrumenten eingegangen sind,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3219 (XXIX) vom 6. November 1974, 3448 (XXX) vom 9. Dezember 1975, 31/124 vom 16. Dezember 1976, 32/118 vom 16. Dezember 1977, 33/175 vom 20. Dezember 1978, 34/179 vom 17. Dezember 1979, 35/188 vom 15. Dezember 1980 und 36/157 vom 16. Dezember 1981, die alle die Menschenrechtssituation in Chile betreffen, sowie auf ihre Resolution 33/173 vom 20. Dezember 1978 über verschwundene Personen,

ferner unter Hinweis auf die Resolutionen der Menschenrechtskommission über die Menschenrechtssituation in Chile, insbesondere auf Resolution 1982/25 vom 10. März 1982[124], in der die Kommission u.a. beschloß, das Mandat des Sonderberichterstatters über die Menschenrechtssituation in Chile zu verlängern,

den Umstand *beklagend*, daß sich die chilenischen Behörden beharrlich weigern, mit der Menschenrechtskommission und ihrem Sonderberichterstatter zusammenzuarbeiten,

tief besorgt darüber, daß sich die Menschenrechtssituation in Chile laut dem Bericht des Sonderberichterstatters[127] in keiner Weise verbessert hat,

mit wachsender Besorgnis feststellend, daß die chilenischen Behörden die mit einer Reihe von Resolutionen der Generalversammlung, der Menschenrechtskommission und verschiedener anderer internationaler Organe an sie gerichteten, wiederholten Appelle der internationalen Gemeinschaft auch weiterhin unbeachtet lassen,

mit dem erneuten Ausdruck ihrer Besorgnis darüber, daß keinerlei Informationen über den Verbleib der zahlreichen Personen vorliegen, die in Chile aus politischen Gründen verschwunden sind, sowie darüber, daß die chilenischen Behörden keine sofortigen und wirksamen Maßnahmen ergriffen haben, um das Schicksal dieser Personen zu ermitteln und zu klären,

mit großer Besorgnis feststellend, daß die von den chilenischen Behörden am 11. März 1981 verkündete Verfassung den Ausnahmezustand institutionalisiert, wodurch die bürgerlichen und politischen Rechte des chilenischen Volkes schwer beeinträchtigt und seine wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte stark eingeschränkt werden,

1. *spricht* dem Sonderberichterstatter *ihre Anerkennung* für seinen gemäß Resolution 1982/25 der Menschenrechtskommission vom 10. März 1982 erstellten Bericht über die Menschenrechtssituation in Chile *aus*;

2. *wiederholt erneut ihre ernste Besorgnis darüber*, daß laut den Darstellungen des Sonderberichterstatters in Chile weiterhin schwerwiegende und systematische Menschenrechtsverletzungen stattfinden, vor allem darüber, daß die traditionelle demokratische Rechtsordnung und ihre Institutionen durch die Beibehaltung und Ausweitung der Notstands- und Ausnahmezustandsgesetze unterminiert werden und daß eine Verfassung verkündet wurde, die nicht dem frei geäußerten Willen des Volkes entspricht und deren Bestimmungen die Wahrnehmung und die Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten unterdrücken, suspendieren oder einschränken;

3. *äußert ferner erneut ihre tiefe Besorgnis* darüber, daß die Rechtsmittel Habeas Corpus* bzw. Amparo* unwirksam bleiben, da die Judikative in Chile ihre Funktion in dieser Hinsicht nicht voll bzw. nur mit beträchtlichen Einschränkungen erfüllt;

4. *ersucht* die chilenischen Behörden *erneut eindringlich*, im Einklang mit ihren im Rahmen verschiedener internationaler Instrumente eingegangenen Verpflichtungen die Menschenrechte zu achten und zu fördern und insbesondere die in der Resolution 1982/25 der Menschenrechtskommission vom 10. März 1982 erwogenen konkreten Maßnahmen zu ergreifen, darunter insbesondere die Aufhebung des Notstandes bzw. des Ausnahmezustandes und die Wiederherstellung der demokratischen Institutionen, indem sie im Einklang mit den besagten internationalen Instrumenten die uneingeschränkte Wahrnehmung und Ausübung der bürgerlichen und politischen Rechte sowie der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte und der Grundfreiheiten des chilenischen Volkes sichern;

5. *bittet* die chilenischen Behörden *erneut eindringlich*, das Schicksal aller in Chile aus politischen Gründen verschwundenen Personen zu untersuchen und zu klären, deren Familien über die Ergebnisse dieser Ermittlungen zu informieren und die für das Verschwinden Verantwortlichen zu bestrafen;

6. *bittet* die chilenischen Behörden *ferner erneut eindringlich*, die Wahrnehmung der vollen gewerkschaftlichen Rechte wieder zu ermöglichen, insbesondere des

[127] A/37/564

* Schutz gegen willkürliche Verhaftung ohne richterliche Verfügung und Anordnung

Rechts auf Bildung von Gewerkschaften, des Rechts auf Kollektivverhandlungen und des Streikrechts;

7. *bittet* die chilenischen Behörden *eindringlich*, gemäß dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte[119] das Recht der chilenischen Staatsangehörigen, auf chilenischem Gebiet zu leben und frei dort einzureisen bzw. von dort auszureisen, ohne jede Einschränkung oder Bedingung zu achten sowie die Praxis der "Verbannung" (Zwangszuweisung eines Wohnsitzes) und der Zwangsausweisung, insbesondere von Personen, die sich an der Gewerkschaftsarbeit, am akademischen Leben oder an der Verteidigung der Menschenrechte beteiligen, einzustellen;

8. *bittet* die chilenischen Behörden *ferner eindringlich*, die willkürlichen Verhaftungen und die Internierung an geheimgehaltenen Orten sowie die Praxis der Folterung und anderer Formen der unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung zu beenden, die zuweilen zu ungeklärten Todesfällen geführt haben;

9. *ersucht* die chilenischen Behörden, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der chilenischen Bevölkerung im allgemeinen und der Ureinwohner im besonderen voll zu respektieren;

10. *schließt* aus dem Bericht des Sonderberichterstatters, daß die Menschenrechtssituation in Chile weiterhin unter Beobachtung gehalten werden muß;

11. *fordert* die chilenischen Behörden *erneut auf*, die Menschenrechtskommission und ihren Sonderberichterstatter zu unterstützen und der neununddreißigsten Tagung der Menschenrechtskommission ihre Kommentare zum Bericht des Sonderberichterstatters vorzulegen;

12. *ersucht* die Menschenrechtskommission, den Bericht des Sonderberichterstatters auf ihrer neununddreißigsten Tagung eingehend zu prüfen, mit dem Ziel, die am besten geeigneten Maßnahmen, insbesondere hinsichtlich der Verlängerung des Mandats des Sonderberichterstatters zu treffen, sowie der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat hierüber zu berichten.

110. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/184 – Die Situation hinsichtlich der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Guatemala

Die Generalversammlung,

erneut wiederholend, daß es Pflicht der Regierungen aller Mitgliedstaaten ist, die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu fördern und zu schützen,

unter Hinweis auf Resolution 1982/31 der Menschenrechtskommission vom 11. März 1982[124], in der die Kommission ihrer tiefen Beunruhigung über die anhaltende Verschlechterung der Situation hinsichtlich der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Guatemala unter dem bisherigen Regime Ausdruck verlieh und ihren Vorsitzenden ersuchte, einen Sonderberichterstatter zu ernennen,

unter Berücksichtigung des Generalversammlungsbeschlusses 36/435 vom 16. Dezember 1981,

mit dem Ausdruck ihrer Genugtuung über die erklärte Bereitschaft der derzeitigen Regierung Guatemalas zur Zusammenarbeit mit dem Sonderberichterstatter, der gemäß Resolution 1982/31 der Menschenrechtskommission zur eingehenden Untersuchung der Menschenrechtssituation in Guatemala ernannt werden soll,

in Kenntnisnahme der Resolution 1982/17 der Unterkommission für Diskriminierungsverhütung und Minderheitenschutz vom 7. September 1982[126], in der die Unterkommission ihrer Beunruhigung angesichts von Berichten über die massive Unterdrückung und die Vertreibung eingeborener Bevölkerungsgruppen Ausdruck verlieh,

beunruhigt über die große Zahl verschwundener Personen, über deren Verbleib trotz der Appelle verschiedener internationaler Organisationen an die Regierung Guatemalas nichts bekannt ist,

mit Besorgnis Kenntnis nehmend vom dem seit 1. Juli 1982 in Guatemala herrschenden Belagerungszustand, aufgrund dessen grundlegende Menschenrechte aufgehoben sind und schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen vorgekommen sein sollen,

1. *äußert ihre tiefe Besorgnis* über die schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen, die in Guatemala vorkommen sollen, insbesondere über die Berichte über zahlreiche Fälle von Unterdrückung, Tötung und massiver Vertreibung ländlicher und eingeborener Bevölkerungsgruppen;

2. *bittet* die Regierung Guatemalas *eindringlich*, dafür zu sorgen, daß die Menschenrechte und Grundfreiheiten von allen ihren Behörden und Stellen, darunter auch von ihren Sicherheitskräften, voll respektiert werden;

3. *appelliert* an die Regierung Guatemalas, internationalen humanitären Organisationen die Erlaubnis zur Unterstützung der Vertriebenen zu erteilen;

4. *appelliert ferner* an alle beteiligten Parteien in Guatemala, sich um die Beendigung aller Gewaltakte zu bemühen;

5. *fordert* die Regierungen *auf*, von der Waffenlieferung und von sonstiger militärischer Hilfe so lange Abstand zu nehmen, wie weiterhin Berichte über schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen in Guatemala eingehen;

6. *bittet* die Regierung Guatemalas und andere in Frage kommende Parteien, den Sonderberichterstatter der Menschenrechtskommission zu unterstützen;

7. *ersucht* die Menschenrechtskommission, den Bericht ihres Sonderberichterstatters eingehend zu studieren und im Lichte dieses Berichts weitere Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, durch die in Guatemala die Menschenrechte und Grundfreiheiten aller Menschen gesichert werden können.

110. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/185 – Die Situation hinsichtlich der Menschenrechte und Grundfreiheiten in El Salvador

Die Generalversammlung,

geleitet von den in der Charta der Vereinten Nationen und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[118] niedergelegten Grundsätzen,

in dem Bewußtsein, daß sie unter allen Umständen die Aufgabe hat, die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten aller Menschen zu fördern und zu festigen,

erneut wiederholend, daß es die Pflicht der Regierungen aller Mitgliedstaaten ist, die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu fördern und zu schützen und die Verpflichtungen zu erfüllen, die sie mit mehreren internationalen Menschenrechtsinstrumenten eingegangen sind,

entschlossen, im Hinblick auf Menschenrechtsverletzungen – gleichviel, wo sie vorkommen – wachsam zu bleiben und Maßnahmen zur Wiederherstellung der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu ergreifen,

unter Hinweis darauf, daß sie in ihren Resolutionen 35/192 vom 15. Dezember 1980 und 36/155 vom 6. Dezember 1981 ihre tiefe Besorgnis über die Menschenrechtssituation in El Salvador geäußert hat, insbesondere angesichts des Todes von Tausenden von Menschen, angesichts des in diesem Land herrschenden Klimas der Gewalt und Unsicherheit und angesichts der Straffreiheit paramilitärischer Einheiten und anderer bewaffneter Gruppen,

eingedenk der Resolution 32 (XXXVII) der Menschenrechtskommission vom 11. März 1981[128], in der die Kommission beschloß, einen Sonderbeauftragten für die Situation der Menschenrechte in El Salvador zu ernennen, sowie der Resolution 1982/28 vom 11. März 1982[129], in der sie das Mandat des Sonderbeauftragten um ein weiteres Jahr verlängerte und ihn ersuchte, u.a. der Generalversammlung auf ihrer siebenunddreißigsten Tagung Bericht zu erstatten,

in Kenntnisnahme der Resolutionen 10 (XXIV)[130] und 1982/26[126] der Unterkommission für Diskriminierungsverhütung und Minderheitenschutz vom 9. September 1981 bzw. 8 September 1982,

tief besorgt Kenntnis nehmend vom Zwischenbericht des Sonderbeauftragten der Menschenrechtskommission[131], in dem das unverminderte Anhalten eines Klimas der Gewalt und Unsicherheit in El Salvador mit bewaffneten Zusammenstößen, Terrorakten und maßlosen, umfangreichen und schweren Verletzungen der Menschenrechte sowie die Tatsache bestätigt wird, daß die Justiz sich außerstande sieht, ihren Pflichten nachzukommen und die Rechtsordnung aufrechtzuerhalten,

mit der Feststellung, daß die im März 1982 in El Salvador abgehaltenen Wahlen nicht zu einer Einstellung der Gewalt oder zu irgendeiner Verbesserung der Situation hinsichtlich der Menschenrechte und Grundfreiheiten in diesem Land geführt haben,

1. *äußert ihre tiefe Besorgnis über* die anhaltenden, maßlosen Verletzungen der Menschenrechte und die dadurch verursachten Leiden des salvadorianischen Volkes und bedauert, daß die vom Generalsekretär, der Menschenrechtskommission und ganz allgemein der internationalen Gemeinschaft ergangenen Appelle zur Einstellung der Gewaltakte ungehört geblieben sind;

2. *lenkt die Aufmerksamkeit* aller beteiligten salvadorianischen Parteien *erneut* auf die Tatsache, daß die im gemeinsamen Artikel 3 der Genfer Abkommen vom 12. August 1949[132] über das Kriegsrecht enthaltenen Regeln des Völkerrechts auch für bewaffnete Konflikte gelten, die keinen internationalen Charakter haben, und ersucht alle Konfliktparteien, der Zivilbevölkerung wenigstens ein Mindestmaß an Menschenrechtsschutz und an humaner Behandlung zukommen zu lassen;

3. *stellt fest*, daß, wie aus dem Bericht des Sonderbeauftragten der Menschenrechtskommission deutlich hervorgeht, die tieferen Ursachen der Situation in El Salvador in internen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Faktoren liegen und daß die Voraussetzungen für die wirksame Wahrnehmung der bürgerlichen und politischen Rechte derzeit in El Salvador nicht gegeben sind;

4. *bekräftigt* das Recht des Volkes von El Salvador auf freie Entscheidung über seine politische, wirtschaftliche und soziale Zukunft ohne Einmischung von außen und in einer von jeder Einschüchterung und jedem Terror irgendeiner Partei freien Atmosphäre;

5. *bedauert* es, daß die Regierung El Salvadors nicht auf Vorschläge eingegangen ist, über bestehende Kanäle Kontakte zur Aushandlung einer friedlichen Regelung zwischen allen repräsentativen politischen Kräften des Landes herzustellen;

6. *fordert* die Parteien in El Salvador *erneut auf*, sich um eine Beendigung aller Gewaltakte zu bemühen, damit die Verluste an Menschenleben und die Leiden des Volkes von El Salvador ein Ende finden;

7. *appelliert erneut* an die Regierung und andere politische Kräfte in El Salvador, gemeinsam auf eine umfassende politische Verhandlungslösung hinzuarbeiten, um eine friedliche Regelung herbeizuführen und geeignete Voraussetzungen für die Einsetzung einer aus freien und ungehinderten Wahlen hervorgegangenen Regierung in einer von Einschüchterung und Terror freien Atmosphäre zu schaffen;

8. *appelliert erneut* an alle Staaten, sich nicht in die inneren Verhältnisse El Salvadors einzumischen und alle Waffenlieferungen und jegliche Art von militärischer Unterstützung einzustellen, um den politischen Kräften dieses Landes die Wiederherstellung von Frieden und Sicherheit und die Schaffung eines demokratischen Systems zu gestatten;

9. *bittet* die Regierung El Salvadors *nachdrücklich*, ihre Verpflichtungen gegenüber ihren Staatsangehörigen zu erfüllen und ihren diesbezüglichen völkerrechtlichen Pflichten dadurch nachzukommen, daß sie die erforderlichen Maßnahmen ergreift, um sicherzustellen, daß die Menschenrechte und Grundfreiheiten von allen ihren Behörden, darunter auch ihren Sicherheitskräften und sonstigen unter ihrer Autorität oder mit ihrer Genehmigung operierenden bewaffneten Organisationen voll geachtet werden;

10. *bittet* die Justiz in El Salvador *eindringlich*, ihrer Verpflichtung zur Aufrechterhaltung der Rechtsordnung nachzukommen und die erwiesenermaßen für Ermordungen, Folterungen und sonstige Formen der grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung verantwortlichen Personen zu verfolgen und zu bestrafen;

11. *appelliert erneut* an alle in Frage kommenden salvadorianischen Parteien, die humanitären Organisationen, die bemüht sind, das Leiden der Zivilbevölkerung in El Salvador zu lindern, zu unterstützen und sich nicht in ihre Aktivitäten einzumischen, wo auch immer diese Organisationen in El Salvador tätig sind;

12. *fordert* die Regierung El Salvadors sowie alle anderen beteiligten Parteien *erneut auf*, den Sonderbeauftragten der Menschenrechtskommission weiterhin zu unterstützen;

---

[128] Vgl. *Official Records of the Economic and Social Council, 1981, Supplement No. 5* (E/1981/25 mit Korr.1), Kap. XXVIII, Abschnitt A

[129] *Ebd., 1982, Supplement No.2* (E/1982/12 mit Korr.1), Kap. XXVI, Abschnitt A

[130] Vgl. E/CN.4/1512, Kap. XX, Abschnitt A

[131] A/37/611, Anhang

[132] Vereinte Nationen, *Treaty Series*, Vol.75, Nr. 970-973

13. *ersucht* die Menschenrechtskommission, auf ihrer neununddreißigsten Tagung die Prüfung der Situation in El Salvador auf der Grundlage des Berichts ihres Sonderbeauftragten mit hohem Vorrang fortzusetzen;

14. *beschließt*, die Behandlung der Situation hinsichtlich der Menschenrechte und Grundfreiheiten in El Salvador auf ihrer achtunddreißigsten Tagung fortzusetzen mit dem Ziel, diese Situation aufgrund der zusätzlichen, von der Menschenrechtskommission und vom Wirtschafts- und Sozialrat gelieferten Unterlagen erneut zu prüfen.

110. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/186 – Menschenrechte und Massenauswanderung

Die Generalversammlung,

eingedenk des ihr mit der Charta der Vereinten Nationen übertragenen allgemeinen humanitären Auftrags, die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten aller Menschen zu fördern und zu festigen,

tief beunruhigt über die Zunahme des Umfangs und der Größenordnung der Auswanderung und der Vertreibung ganzer Bevölkerungsgruppen in zahlreichen Regionen der Welt und über das menschliche Leid von Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen in allen Teilen der Welt,

sich dessen bewußt, daß Menschenrechtsverletzungen zu den Hauptfaktoren der komplexen und vielfältigen tieferen Ursachen für Massenauswanderungen und Vertreibungen ganzer Bevölkerungsgruppen zählen,

tief beunruhigt über die immer schwerere Belastung, die der internationalen Gemeinschaft insgesamt und den Entwicklungsländern mit ihren begrenzten eigenen Mitteln im besonderen durch diese plötzlichen und massiven Auswanderungen und Vertreibungen ganzer Bevölkerungsgruppen auferlegt wird,

im Bewußtsein ihrer Verpflichtungen gegenüber den Millionen von Opfern massenhafter Auswanderungen und Vertreibungen ganzer Bevölkerungsgruppen und ihrer doppelten Verantwortung nach der Charta der Vereinten Nationen, diesen Opfern ausreichenden völkerrechtlichen Schutz und internationale Hilfe zu gewähren und die tieferen Ursachen dieses Phänomens ganz oder teilweise zu beseitigen,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/136 vom 14. Dezember 1981 über eine neue internationale humanitäre Ordnung,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolutionen 35/124 vom 11. Dezember 1980 und 36/148 vom 16. Dezember 1981 über internationale Zusammenarbeit zur Vermeidung neuer Flüchtlingsströme, Resolution 35/196 vom 15. Dezember 1980 über Massenauswanderung sowie die Resolutionen 29 (XXXVII)[128] und 1982/32[129] der Menschenrechtskommission vom 11. März 1981 bzw. vom 11. März 1982,

weiterhin unter Hinweis auf die Generalversammlungsresolution 32/130 vom 16. Dezember 1977 und die Resolution 4 (XXXIII) der Menschenrechtskommission vom 21. Februar 1977[133] über die uneingeschränkte Wahrnehmung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte,

in Anbetracht der Studie des Sonderberichterstatters der Menschenrechtskommission über Menschenrechte und Massenauswanderung[134],

1. *beglückwünscht* den Sonderberichterstatter der Menschenrechtskommission zur Studie über Menschenrechte und Massenauswanderung;

2. *wiederholt* die in Resolution 1982/32 der Menschenrechtskommission enthaltene Bitte an die Regierungen, in Frage kommenden Organisationen und Hauptabteilungen der Vereinten Nationen, Sonderorganisationen*, internationalen und nichtstaatlichen Organisationen, dem Generalsekretär ihre Auffassungen zu der Studie und den darin enthaltenen Empfehlungen mitzuteilen;

3. *ersucht* den Generalsekretär, dafür zu sorgen, daß die bisher vorgebrachten sowie auch die in der Zwischenzeit noch eingehenden Auffassungen aller interessierten Parteien über die Studie und die darin enthaltenen Empfehlungen der neununddreißigsten Tagung der Menschenrechtskommission sowie der Gruppe von Regierungssachverständigen zur Frage der internationalen Zusammenarbeit zur Vermeidung neuer Flüchtlingsströme mit dem Ziel vorgelegt werden, diesen die weitere Behandlung der Studie und der darin enthaltenen Empfehlungen zu erleichtern;

4. *bittet* die Menschenrechtskommission auf ihrer neununddreißigsten Tagung und die Gruppe von Regierungssachverständigen auf ihren bevorstehenden Sitzungen gemäß Generalversammlungsresolution 37/121 vom 16. Dezember 1982, die unter ihr jeweiliges Mandat fallenden Aspekte der Studie des Sonderberichterstatters unter Berücksichtigung der von allen interessierten Parteien vorgebrachten Auffassungen eingehend zu prüfen;

5. *ersucht* den Generalsekretär, unter Berücksichtigung der Auffassungen der Regierungen und anderen in Ziffer 2 aufgeführten interessierten Parteien, der Debatten während der siebenunddreißigsten Tagung der Generalversammlung sowie der Beratungen der neununddreißigsten Tagung der Menschenrechtskommission und der Gruppe von Regierungssachverständigen, die in der Studie enthaltenen Empfehlungen weiter zu prüfen und der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung darüber zu berichten, damit die Versammlung ihre Behandlung dieser Angelegenheit fortsetzen kann;

6. *beschließt* die Frage der Menschenrechte und der Massenauswanderung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung zu prüfen.

110. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/187 – Beseitigung aller Formen der religiösen Intoleranz

Die Generalversammlung,

in Bekräftigung ihrer Resolution 36/155 vom 25. November 1981, in der sie die Erklärung über die Beseitigung aller Formen von Intoleranz und Diskriminierung aufgrund der Religion oder der Überzeugung verkündet hat,

in der Auffassung, daß zur Förderung und zum Schutz des Rechts auf Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit weitere Anstrengungen unternommen werden müssen,

---

[133] Vgl. *Official Records of the Economic and Social Council, Sixty-second Session, Supplement No.6* (E/5928), Kap. XXI, Abschnitt B

[134] E/CN.4/1503

in dem Bemühen, Verständnis, Toleranz und Achtung für Fragen der Religions- oder der Überzeugungsfreiheit zu fördern,

im Bewußtsein der Notwendigkeit, die Bestimmungen der Erklärung in die Tat umzusetzen,

in dem Wunsche, daß die Erklärung weitreichende Publizität erhält,

1. *schließt sich* dem Wirtschafts- und Sozialratsbeschluß 1982/138 vom 7. Mai 1982 *an*, in dem der Rat den Generalsekretär ersuchte, die Erklärung über die Beseitigung aller Formen von Intoleranz und Diskriminierung aufgrund der Religion oder der Überzeugung mit Vorrang und in so vielen Sprachen wie möglich weltweit verbreiten und eine Broschüre mit dem Wortlaut der Erklärung in den sechs Amtssprachen der Vereinten Nationen herausgeben zu lassen;

2. *bittet* alle Regierungen, durch die erforderlichen Maßnahmen dafür zu sorgen, daß die Erklärung eine möglichst weite Verbreitung findet;

3. *ersucht* den Generalsekretär, die Erklärung den entsprechenden Sonderorganisationen*, darunter der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, und anderen in Frage kommenden Organisationen des Systems der Vereinten Nationen zur Kenntnis zu bringen, damit diese Maßnahmen zur Verwirklichung der Erklärung in Erwägung ziehen können, und der Menschenrechtskommission auf ihrer neununddreißigsten Tagung über die entsprechenden Stellungnahmen zu berichten;

4. *ersucht* die Menschenrechtskommission zu erwägen, welche Maßnahmen zur Verwirklichung der Erklärung und zur Förderung des Verständnisses, der Toleranz und der Achtung in Fragen der Religions- oder Überzeugungsfreiheit notwendig sein könnten, und der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung auf dem Wege über den Wirtschafts- und Sozialrat Bericht zu erstatten;

5. *beschließt*, den Punkt "Beseitigung aller Formen von religiöser Intoleranz" in die Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung aufzunehmen und den Bericht der Menschenrechtskommission im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes zu behandeln.

111. Plenarsitzung
18. Dezember 1982

37/188 – Auswirkungen wissenschaftlich-technischer Entwicklungen auf die Menschenrechte

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 33/53 vom 14. Dezember 1978, in der sie die Menschenrechtskommission ersuchte, die Unterkommission für Diskriminierungsverhütung und Minderheitenschutz eindringlich zu bitten, mit Vorrang und mit dem Ziel der Aufstellung von Richtlinien eine Untersuchung der Frage des Schutzes von Personen durchzuführen, die als Geistesgestörte inhaftiert sind,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolutionen 35/130 B vom 11. Dezember 1980 und 36/56 B vom 25. November 1981, in denen sie die Maßnahmen der Unterkommission begrüßte, mit Genugtuung zur Kenntnis nahm und die Menschenrechtskommission ersuchte, ihre Behandlung dieser Frage im Lichte der Maßnahmen der Unterkommission mit dem Ziel fortzusetzen, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat einen Bericht vorzulegen,

weiterhin unter Hinweis auf die Resolution 1982/6 der Menschenrechtskommission vom 19. Februar 1982[129], in der die Kommission die Unterkommission ersuchte, diese Frage auf ihrer fünfunddreißigsten Tagung mit hohem Vorrang und mit dem Ziel zu behandeln, der neununddreißigsten Tagung der Kommission ihre Auffassungen und Empfehlungen samt dem Entwurf für einen Katalog von Richtlinien, Grundsätzen und Garantien vorzulegen,

im Hinblick darauf, daß die Menschenrechtskommission nicht in der Lage sein wird, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat den in Versammlungsresolution 36/56 B geforderten Bericht vorzulegen, da es der Unterkommission auf ihrer fünfunddreißigsten Tagung nicht möglich war, die Behandlung des Entwurfs für einen Katalog von Richtlinien, Grundsätzen und Garantien abzuschließen,

unter Bekräftigung ihrer Überzeugung, daß die Inhaftierung von Personen in Anstalten für Geisteskranke aufgrund ihrer politischen Ansichten und aus anderen nichtmedizinischen Gründen eine Verletzung ihrer Menschenrechte darstellt,

mit Genugtuung angesichts der Fortschritte, die die Unterkommission für Diskriminierungsverhütung und Minderheitenschutz bei ihrer Behandlung des ihr vorgelegten Entwurfs für einen Katalog von Richtlinien, Grundsätzen und Garantien erzielt hat,

bittet die Menschenrechtskommission und über sie die Unterkommission für Diskriminierungsverhütung und Minderheitenschutz *eindringlich*, ihre Behandlung dieser Frage so fortzusetzen und zu beschleunigen, daß die Kommission ihre Auffassungen und Empfehlungen auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat der neununddreißigsten Tagung der Generalversammlung vorlegen kann.

111. Plenarsitzung
18. Dezember 1982

37/189 – Die Menschenrechte und die wissenschaftlich-technische Entwicklung

A

Die Generalversammlung,

in Bekräftigung der Entschlossenheit der Völker der Vereinten Nationen, künftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren, ihren Glauben an Würde und Wert der menschlichen Person erneut zu bekräftigen, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren, freundschaftliche Beziehungen zwischen den Völkern zu entwickeln und eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um die universelle Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu fördern und zu festigen,

unter Hinweis auf die Bestimmungen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[135], der zufolge jeder Mensch das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person hat, auf den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte[136] und auf den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische

* Vgl. die Fußnote auf S. 205

[135] Resolution 217 A (III)

Rechte[136], in dessen Artikel 6 es heißt, daß jeder Mensch das angeborene Recht auf Leben besitzt,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3281 (XXIX) vom 12. Dezember 1974 mit der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten und 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) mit der Erklärung und dem Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung,

weiterhin unter Hinweis auf die Erklärung über die Festigung der internationale Sicherheit[137], die Erklärung über die Nutzung des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts im Interesse des Friedens und zum Wohl der Menschheit[138], die Erklärung über die Vorbereitung der Menschen und Völker auf ein Leben in Frieden[139], die Erklärung über die Verhütung einer atomaren Katastrophe[140] sowie auf Generalversammlungsresolution 36/92 I vom 9. Dezember 1981 über den Nichteinsatz von Kernwaffen und die Verhütung eines Atomkrieges,

erfreut über die Resolution 1982/7 der Menschenrechtskommission vom 19. Februar 1982[129],

in Bekräftigung des angeborenen Rechts aller Völker und aller Menschen auf Leben,

tief besorgt darüber, daß das Wettrüsten, insbesondere im nuklearen Bereich, sowie Verletzungen der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen über die Souveränität und territoriale Integrität von Staaten und die Selbstbestimmung der Völker weiterhin den Weltfrieden und die internationale Sicherheit bedrohen,

in dem Bewußtsein, daß alle Schrecken früherer Kriege und alle sonstigen Katastrophen, die über die Menschen hereingebrochen sind, gegenüber dem verblassen würden, was unvermeidlich mit dem Einsatz von Kernwaffen verbunden ist, die die gesamte menschliche Zivilisation auf der Erde vernichten können,

im Hinblick auf die dringende Notwendigkeit unverzüglicher Maßnahmen zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung, insbesondere zur nuklearen Abrüstung,

eingedenk dessen, daß nach dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte jede Kriegspropaganda gesetzlich zu verbieten ist,

unter Hinweis auf die historische Verantwortung der Regierungen aller Länder der Welt, die Gefahr eines Krieges aus dem Leben der Menschen zu verbannen, die menschliche Zivilisation zu erhalten und dafür zu sorgen, daß jeder Mensch in den Genuß seines angeborenen Rechts auf Leben gelangt,

in der Überzeugung, daß es für kein Volk der Welt von heute eine wichtigere Frage gibt als die Erhaltung des Friedens und die Gewährleistung des grundlegendsten Rechts jedes Menschen, nämlich des Rechts auf Leben,

1. *gibt ihrer festen Überzeugung Ausdruck*, daß alle Völker und alle Menschen ein angeborenes Recht auf Leben haben und daß der Schutz dieses alles überragenden Rechts eine unabdingbare Voraussetzung für die Wahrnehmung sämtlicher anderen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen sowie der bürgerlichen und politischen Rechte ist;

2. *hebt hervor*, daß die internationale Gemeinschaft unbedingt alle erdenklichen Anstrengungen unternehmen muß, um den Frieden zu festigen, die Gefahr eines Krieges, insbesondere eines Atomkrieges, zu beseitigen, das Wettrüsten einzustellen und eine allgemeine und vollständige Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle herbeizuführen und Verletzungen der Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen über die Souveränität und territoriale Integrität von Staaten sowie über die Selbstbestimmung der Völker zu verhindern und so zur Sicherung des Rechts auf Leben beizutragen;

3. *hebt ferner hervor*, wie ungeheuer wichtig die Durchführung praktischer Abrüstungsmaßnahmen zur Freisetzung beträchtlicher zusätzlicher Ressourcen ist, die für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere zugunsten der Entwicklungsländer, verwendet werden sollten;

4. *fordert* alle Staaten *auf*, wirksame Maßnahmen zum gesetzlichen Verbot der Kriegspropaganda zu ergreifen;

5. *fordert erneut* alle Staaten, in Frage kommenden Organe der Vereinten Nationen, Sonderorganisationen*, zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen *auf*, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, die gewährleisten, daß die Früchte des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ausschließlich im Interesse des Weltfriedens, zum Wohl der Menschheit und zur Förderung und Festigung der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion eingesetzt werden;

6. *ersucht* die Menschenrechtskommission, bei ihrer künftigen Tätigkeit hervorzuheben, daß das grundlegendste Recht jedes Menschen auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person und auf ein Leben in Frieden gewährleistet werden muß;

7. *beschließt*, diese Frage auf ihrer achtunddreißigsten Tagung unter dem Punkt "Die Menschenrechte und die wissenschaftlich-technische Entwicklung" weiter zu behandeln.

111. Plenarsitzung
18. Dezember 1982

B

Die Generalversammlung,

im Hinblick darauf, daß der wissenschaftlich-technische Fortschritt ein wichtiger Faktor in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft ist,

unter erneutem Hinweis auf die große Bedeutung der von der Generalversammlung in ihrer Resolution 3384 (XXX) vom 10. November 1975 verabschiedeten Erklärung über die Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Interesse des Friedens und zum Wohl der Menschheit,

in der Auffassung, daß die Durchführung der genannten Erklärung zur Festigung des Weltfriedens und der Sicherheit der Völker, zu ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sowie zur internationalen Zusammenarbeit im Bereich der Menschenrechte beitragen wird,

ernstlich besorgt darüber, daß die Früchte des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zum Schaden des

[136] Vgl. Resolution 2200 A (XXI), Anhang; deutscher Wortlaut in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder: BGBl. (der Bundesrepublik Deutschland), 1973 II S. 1569, GBl. (der Deutschen Demokratischen Republik) 1976 II Nr. 4 S. 108 und BGBl. (der Republik Österreich) 591/78

[137] Resolution 2734 (XXV)

[138] Resolution 3384 (XXX)

[139] Resolution 33/73

[140] Resolution 36/100

* Vgl. die Fußnote auf S. 205

Weltfriedens und der internationale Sicherheit sowie des sozialen Forschritts, der Menschenrechte und Grundfreiheiten und der Würde der menschlichen Person für das Wettrüsten eingesetzt werden können,

in der Erkenntnis, daß für die Errichtung der neuen internationalen Wirtschaftsordnung vor allem von Wissenschaft und Technologie ein bedeutender Beitrag zum wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt verlangt wird,

eingedenk dessen, daß der Austausch und der Transfer wissenschaftlich-technischer Kenntnisse eine wichtige Möglichkeit zur Beschleunigung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Entwicklungsländer ist,

mit Befriedigung Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs über die Menschenrechte und die wissenschaftlich-technische Entwicklung[141],

1. *hebt hervor*, wie wichtig die Durchführung der Bestimmungen und Grundsätze der Erklärung über die Nutzung des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts im Interesse des Friedens und zum Wohl der Menschheit für die Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten ist;

2. *fordert* alle Staaten *auf*, die Errungenschaften von Wissenschaft und Technik nach besten Kräften zur Förderung der friedlichen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung und des Fortschritts in diesen Bereichen einzusetzen;

3. *ersucht* die Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, die Bestimmungen der Erklärung in ihren Programmen und Aktivitäten zu berücksichtigen;

4. *bittet* alle Mitgliedstaaten, Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, die dies bisher noch nicht getan haben, ihre Informationen gemäß Generalversammlungsresolution 35/130 A vom 11. Dezember 1980 vorzulegen;

5. *ersucht* die Menschenrechtskommission, bei ihrer Behandlung des Punkts "Die Menschenrechte und die wissenschaftlich-technische Entwicklung" der Frage der Verwirklichung der Erklärung besondere Aufmerksamkeit zu widmen;

6. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Die Menschenrechte und die wissenschaftlich-technische Entwicklung" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

111. Plenarsitzung
18. Dezember 1982

37/190 – Die Frage einer Konvention über die Rechte des Kindes

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 33/166 vom 20. Dezember 1978, 34/4 vom 18. Oktober 1979, 35/131 vom 11. Dezember 1980 und 36/57 vom 25. November 1981,

ferner unter Hinweis auf die von der Menschenrechtskommission verabschiedeten Resolutionen 20 (XXXIV) vom 8. März 1978[142], 19 (XXXV) vom 14. März 1979[143], 36 (XXXVI) vom 12. März 1980[144], 26 (XXXVII) vom 10. März 1981[145] und 1982/39 vom 11. März 1982[146], auf die Wirtschafts- und Sozialratsresolutionen 1978/18 vom 5. Mai 1978, 1978/40 vom 1. August 1978 und 1982/37 vom 7. Mai 1982 sowie die Ratsbeschlüsse 1980/138 vom 2. Mai 1980 und 1981/144 vom 8. Mai 1981,

im Bewußtsein der Bedeutung ihrer Aufgabe, zur Verbesserung der Lage der Kinder in der Welt beizutragen und für ihre Entfaltung, Bildung und Ausbildung unter friedlichen Bedingungen zu sorgen,

eingedenk dessen, daß wirksame Maßnahmen ergriffen werden müssen, wenn auf internationaler Ebene ebenso brauchbare Ergebnisse erzielt werden sollen wie im Weltkinderjahr,

erneut feststellend, welche wichtige Rolle dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen und den Sonderorganisationen* bei der Förderung des Wohlergehens der Kinder und ihrer Entwicklung zukommt,

im Bewußtsein der Bedeutung einer internationalen Konvention über die Rechte des Kindes für einen wirksameren Schutz der Rechte von Kindern,

mit Genugtuung über die weiteren Fortschritte bei der Ausarbeitung des Entwurfs einer Konvention über die Rechte des Kindes vor[147] und während der achtunddreißigsten Tagung der Menschenrechtskommission[148],

1. *begrüßt* die Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/37, in der der Rat eine allen Mitgliedern offenstehende Arbeitsgruppe der Menschenrechtskommission ermächtigte, vor der neununddreißigsten Tagung der Kommission zu einer einwöchigen Tagung zusammenzutreten, um den Abschluß der Arbeiten an dem Entwurf einer Konvention über die Rechte des Kindes zu erleichtern;

2. *bittet* alle Mitgliedstaaten, in wirksamer Weise zur Ausarbeitung des Entwurfs einer Konvention über die Rechte des Kindes beizutragen;

3. *ersucht* die Menschenrechtskommission, auf ihrer neununddreißigsten Tagung der Frage der Fertigstellung des Entwurfs einer Konvention höchste Priorität einzuräumen;

4. *ersucht* den Generalsekretär, der Arbeitsgruppe jede für eine reibungslose und erfolgreiche Arbeit erforderliche Unterstützung zukommen zu lassen;

5. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Die Frage einer Konvention über die Rechte des Kindes" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

111. Plenarsitzung
18. Dezember 1982

37/191 – Die Internationalen Menschenrechtspakte

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 33/51 vom 14. Dezember 1978, 34/45 vom 23. November 1979, 35/132 vom 11. Dezember 1980 und 36/58 vom 25. November 1981,

---

* Vgl. die Fußnote auf S. 205

[141] A/37/330 mit Add.1

[142] Vgl. *Official Records of the Economic and Social Council, 1978, Supplement No. 4* (E/1978/34), Kap. XXVI, Abschnitt A

[143] *Ebd., 1979, Supplement No. 6* (E/1979/36), Kap. XXIV, Abschnitt A

* Vgl. die Fußnote auf S. 205

[144] *Ebd., 1980, Supplement No. 3* (E/1980/13 mit Korr.1), Kap. XXVI, Abschnitt A

[145] *Ebd., 1981, Supplement No. 5* (E/1981/25 mit Korr.1), Kap. XXVIII, Abschnitt A

[146] *Ebd., 1982, Supplement No. 2* (E/1982/12 mit Korr. 1), Kap. XXVI, Abschnitt A

[147] Vgl. E/1982/12/Add. 1, Abschnitt C

[148] Vgl. *Official Records of the Economic and Social Council, 1982, Supplement No. 2* (E/1982,12 mit Korr. 1) Kap. XI

nach Kenntnisnahme des Berichts des Generalsekretärs[149] über den Stand des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte[136], des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte[136] und des Fakultativprotokolls zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte[136],

mit Dank feststellend, daß auf ihren Appell hin mehr Mitgliedstaaten den Internationalen Menschenrechtspakten[136] beigetreten sind,

eingedenk der wichtigen Aufgaben des Wirtschafts- und Sozialrats im Zusammenhang mit den Internationalen Menschenrechtspakten,

in Anerkennung der wichtigen Rolle des Menschenrechtsausschusses bei der Verwirklichung des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte und des dazugehörigen Fakultativprotokolls,

unter Berücksichtigung der nützlichen Arbeit der Tagungsgebundenen Arbeitsgruppe für die Verwirklichung des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte,

Kenntnis nehmend von der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1980/30 vom 2. Mai 1980 über verstärkte Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Menschenrechte und vom Bericht des Generalsekretärs über eine bessere Bekanntmachung der Arbeit des Menschenrechtsausschusses[150],

1. *nimmt mit Dank Kenntnis* vom Bericht des Menschenrechtsausschusses über seine vierzehnte, fünfzehnte und sechzehnte Tagung[151] und bringt ihre Befriedigung über die ernsthafte und konstruktive Weise zum Ausdruck, in der der Ausschuß auch weiterhin seine Aufgaben wahrnimmt;

2. *dankt* den Vertragsstaaten des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, die durch die Vorlage ihrer Berichte gemäß Artikel 40 des Pakts den Menschenrechtsausschuß unterstützt haben, und bittet die Vertragsstaaten, die dies noch nicht getan haben, eindringlich, dem Ausschuß möglichst rasch ihre Berichte vorzulegen;

3. *bittet* die Vertragsstaaten des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, die vom Menschenrechtsausschuß um die Übermittlung weiterer Informationen ersucht wurden, *eindringlich*, diesem Ersuchen nachzukommen;

4. *spricht* den Vertragsstaaten des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, die ihre Berichte gemäß Artikel 16 des Pakts vorgelegt haben, *ihren Dank aus*, und bittet die Vertragsstaaten, die dies noch nicht getan haben, eindringlich, ihre Berichte möglichst bald vorzulegen;

5. *nimmt Kenntnis* von der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/33 vom 6. Mai 1982 zur Überprüfung der Zusammensetzung, der Organisation und der administrativen Vorkehrungen der Tagungsgebundenen Arbeitsgruppe von Regierungssachverständigen für die Verwirklichung des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte;

6. *betont*, wie wichtig es ist, daß die Vertragsstaaten ihre gemäß den Internationalen Menschenrechtspakten erstellten Berichte durch Sachverständige vorlegen lassen;

7. *bittet erneut* alle Staaten, die dies noch nicht getan haben, dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte beizutreten und die Möglichkeit des Beitritts zum Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte in Erwägung zu ziehen;

8. *bittet* die Vertragsstaaten des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte zu prüfen, ob sie nicht die in Artikel 41 vorgesehene Erklärung abgeben könnten;

9. *begrüßt es*, daß sich der Menschenrechtsausschuß weiterhin um einheitliche Normen bei der Verwirklichung der Bestimmungen des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte und des dazugehörigen Fakultativprotokolls bemüht;

10. *betont*, wie wichtig es ist, daß die Vertragsstaaten ihre Verpflichtungen nach dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und gegebenenfalls dem dazugehörigen Fakultativprotokoll genauestens einhalten;

11. *ersucht* den Generalsekretär, den Menschenrechtsausschuß weiterhin über die Aktivitäten der Menschenrechtskommission, der Unterkommission für Diskriminierungsverhütung und Minderheitenschutz, des Ausschusses für die Beseitigung der rassischen Diskriminierung sowie des Ausschusses für die Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau auf dem laufenden zu halten und diesen Gremien auch weiterhin die Jahresberichte des Menschenrechtsausschusses zu übermitteln;

12. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung einen Bericht über den Stand des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte sowie des Fakultativprotokolls zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vorzulegen;

13. *nimmt mit Genugtuung Kenntnis* vom Ersuchen des Menschenrechtsausschusses, sein offizielles Protokoll jedes Jahr in gebundener Form herauszugeben, wobei ein Band die Kurzprotokolle der öffentlichen Ausschußsitzungen und ein zweiter Band alle sonstigen öffentlichen Dokumente des Ausschusses, darunter auch die von den Vertragsstaaten nach Artikel 40 des Pakts vorgelegten Berichte, enthalten sollte, und ersucht den Generalsekretär, im Rahmen der vorhandenen Ressourcen die Vorkehrungen in Erwägung zu ziehen, die ihm für die Veröffentlichung dieser Jahresbände am besten geeignet und am wirtschaftlichsten zu sein scheinen;

14. *ersucht* den Generalsekretär, auch weiterhin durch alle ihm möglichen Schritte dafür zu sorgen, daß das dem Sekretariat unterstellte Zentrum für Menschenrechte den Menschenrechtsausschuß und den Wirtschafts- und Sozialrat bei der Wahrnehmung der ihnen nach den Internationalen Menschenrechtspakten obliegenden Aufgaben unter Berücksichtigung der Generalversammlungsresolutionen 3534 (XXX) vom 17. Dezember 1975 und 31/93 vom 14. Dezember 1976 tatkräftig unterstützt.

111. Plenarsitzung
18. Dezember 1982

37/192 – Die Todesstrafe

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihren Beschluß 35/437 vom 15. Dezember 1980 und ihre Resolution 36/59 vom 25. Novem-

[149] A/37/406
[150] A/37/490
[151] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 40* (A/37/40)

ber 1981 zum Gedanken der Ausarbeitung des Entwurfs eines zweiten, auf die Abschaffung der Todesstrafe gerichteten Fakultativprotokolls zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte[136],

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs[152];

2. *ersucht* die Menschenrechtskommission, den Gedanken der Ausarbeitung des Entwurfs eines zweiten, auf die Abschaffung der Todesstrafe gerichteten Fakultativprotokolls zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte auf ihrer neununddreißigsten Tagung in Erwägung zu ziehen und dabei die von der Generalversammlung zu dieser Frage behandelten Dokumente sowie die diesbezüglichen Stellungnahmen der Regierungen zu berücksichtigen und der Versammlung auf ihrer neununddreißigsten Tagung auf dem Weg über den Wirtschafts- und Sozialrat einen Bericht vorzulegen;

3. *beschließt*, auf ihrer neununddreißigsten Tagung unter dem Punkt "Internationale Menschenrechtspakte" den Gedanken der Ausarbeitung des Entwurfs eines zweiten, auf die Abschaffung der Todesstrafe gerichteten Fakultativprotokolls zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte erneut zu behandeln und dabei zu überlegen, welche Maßnahmen in diesem Bereich ergriffen werden können.

111. Plenarsitzung
18. Dezember 1982

37/193 – Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf die von der Generalversammlung in ihrer Resolution 3452 (XXX) vom 9. Dezember 1975 verabschiedete Erklärung über den Schutz aller Personen vor Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe,

eingedenk Artikel 7 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte[136],

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 32/62 vom 8. Dezember 1977, in der sie die Menschenrechtskommission ersuchte, anhand der in der Erklärung genannten Prinzipien den Entwurf einer Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe auszuarbeiten, sowie auf ihre Resolution 32/63 vom 8. Dezember 1977,

weiterhin im Hinblick darauf, daß der Sechste Kongreß der Vereinten Nationen für Verbrechensverhütung und die Behandlung Straffälliger in seiner Resolution 11 vom 5. September 1980 die Auffassung vertrat, daß der Entwurf einer Konvention so bald wie möglich fertiggestellt werden sollte[153],

in Anbetracht der Tatsache, daß die Arbeiten an dem Entwurf für eine Konvention im Laufe der achtunddreißigsten Tagung der Menschenrechtskommission nicht abgeschlossen werden konnten,

1. *begrüßt* die Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/38 vom 7. Mai 1982, mit der der Rat eine allen Mitgliedstaaten offenstehende Arbeitsgruppe der Menschenrechtskommission ermächtigte, vor der neununddreißigsten Tagung der Kommission eine einwöchige Tagung durchzuführen, um die Arbeit an einem Konventionsentwurf abzuschließen;

2. *ersucht* die Menschenrechtskommission, auf ihrer neununddreißigsten Tagung mit höchstem Vorrang den Entwurf einer Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe mit dem Ziel fertigzustellen, diesen Entwurf zusammen mit Bestimmungen für die wirksame Durchführung der künftigen Konvention der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung vorlegen zu können;

3. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

111. Plenarsitzung
18. Dezember 1982

37/194 – Grundsätze ärztlicher Ethik

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 31/85, in der sie die Weltgesundheitsorganisation bat, den Entwurf für einen Kodex ärztlicher Ethik im Zusammenhang mit dem Schutz aller in irgendeiner Form der Inhaftierung oder dem Freiheitsentzug unterworfenen Personen vor Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe auszuarbeiten,

mit dem erneuten Ausdruck ihres Dankes an den Exekutivrat der Weltgesundheitsorganisation, der auf seiner dreiundsechzigsten Tagung im Januar 1979 beschloß, sich den Grundsätzen eines Berichts mit dem Titel "Ausarbeitung von Verhaltensregeln ärztlicher Ethik" anzuschließen, der im Anhang einen vom Rat der Internationalen medizinisch-wissenschaftlichen Verbände ausgearbeiteten Entwurf eines Prinzipienkatalogs mit dem Titel "Grundsätze ärztlicher Ethik im Zusammenhang mit der Rolle von medizinischem Personal beim Schutz von Personen vor Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe" enthielt,

eingedenk der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1981/27 vom 6. Mai 1981, in welcher der Rat der Generalversammlung empfahl, auf ihrer sechsunddreißigsten Tagung Maßnahmen zur Fertigstellung des Entwurfs für Grundsätze ärztlicher Ethik zu treffen,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/61 vom 25. November 1981, in der sie beschloß, den Entwurf der Grundsätze ärztlicher Ethik auf ihrer siebenunddreißigsten Tagung zu behandeln und möglichst zu verabschieden,

beunruhigt darüber, daß sich nicht selten Angehörige der Ärzteschaft oder sonstiges medizinisches Personal an Aktivitäten beteiligen, die sich nur schwer mit der ärztlichen Ethik vereinbaren lassen,

im Hinblick darauf, daß in der ganzen Welt wichtige medizinische Tätigkeiten in zunehmendem Maße von medizinischem Personal wie z.B. von Assistenzärzten, Arzthelfern, Physiotherapeuten und Krankenpflegern durchgeführt werden, die nicht die Zulassung oder Ausbildung als Arzt besitzen,

mit Dank hinweisend auf die Tokioter Erklärung der Weltversammlung der Ärzte mit den Richtlinien für Ärzte bezüglich der Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe im Zusammenhang mit Freiheitsentzug und In-

[152] A/37/407 mit Add. 1

[153] Vgl. *Sixth United Nations Congress on the Prevention of Crime and the Treatment of Offenders, Caracas, 25 August - 5 September 1980: Report prepared by the Secretariat* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.81.IV.4), Kap. I, Abschnitt B

haftierung, die im Oktober 1975 auf der neunundzwanzigsten Weltversammlung der Ärzte in Tokio verabschiedet wurde,

feststellend, daß Staaten und Berufsverbände sowie gegebenenfalls andere Stellen im Einklang mit der Erklärung von Tokio Maßnahmen gegen alle Versuche ergreifen sollten, medizinisches Personal oder seine Familienmitglieder Drohungen oder Repressalien auszusetzen, weil dieses Personal sich geweigert hat, der Anwendung der Folter oder anderer Formen grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung zuzustimmen,

in Bekräftigung der von der Generalversammlung mit Resolution 3452 (XXX) vom 9. Dezember 1975 einstimmig verabschiedeten Erklärung über den Schutz aller Personen vor Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe, in der die Generalversammlung erklärt hat, daß jede Folterung oder jedwede andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe einen Verstoß gegen die Menschenwürde und eine Verleugnung der Ziele der Charta der Vereinten Nationen sowie eine Verletzung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[155] darstellt,

unter Hinweis darauf, daß jeder Staat nach Artikel 7 der mit Resolution 3452 (XXX) verabschiedeten Erklärung dafür zu sorgen hat, daß alle Folterhandlungen im Sinne von Artikel 1 der Erklärung, eine Beteiligung oder Mittäterschaft daran bzw. die Anstiftung oder der Versuch zur Folter nach seinem Strafrecht als Straftaten gelten,

in der Überzeugung, daß unter keinen Umständen jemand dafür bestraft werden sollte, daß er medizinische Handlungen im Einklang mit der ärztlichen Ethik vornimmt, gleichviel wem diese zugute kommen, und unter keinen Umständen jemand gezwungen werden sollte, Handlungen vorzunehmen oder Arbeiten durchzuführen, die gegen die ärztliche Ethik verstoßen, daß jedoch andererseits medizinisches Personal, insbesondere Ärzte, für Verstöße gegen die ärztliche Ethik, für die sie verantwortlich sind, zur Rechenschaft gezogen werden sollten,

in dem Wunsch, für diesen Bereich weitere Normen festzulegen, an die sich medizinisches Personal, insbesondere Ärzte, sowie Beamte halten sollten,

1. *verabschiedet* die im Anhang wiedergegebenen Grundsätze ärztlicher Ethik im Zusammenhang mit der Rolle von medizinischem Personal, insbesondere Ärzten, beim Schutz von Gefangenen und Inhaftierten vor Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe;

2. *fordert* alle Regierungen *auf*, dafür zu sorgen, daß die Grundsätze der ärztlichen Ethik sowie diese Resolution in einer Amtssprache ihres Staates insbesondere bei Ärzteverbänden und paramedizinischen Verbänden sowie in Haftanstalten und Gefängnissen möglichst weite Verbreitung finden;

3. *bittet* alle in Frage kommenden zwischenstaatlichen Organisationen, insbesondere die Weltgesundheitsorganisation, sowie alle in Frage kommenden nichtstaatlichen Organisationen, die Grundsätze ärztlicher Ethik einer möglichst großen Anzahl von Personen und insbesondere denjenigen Personen zur Kenntnis zu bringen, die im medizinischen und paramedizinischen Bereich tätig sind.

111. Plenarsitzung
18. Dezember 1982

ANHANG

Grundsätze ärztlicher Ethik im Zusammenhang mit der Rolle von medizinischem Personal, insbesondere von Ärzten, beim Schutz von Strafgefangenen und Inhaftierten vor Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe

Grundsatz 1

Medizinisches Personal, insbesondere Ärzte, dem die medizinische Betreuung von Strafgefangenen oder Häftlingen obliegt, ist verpflichtet, deren körperliche und geistige Gesundheit zu schützen und ihnen im Krankheitsfall eine Behandlung von der gleichen Qualität und nach den gleichen Maßstäben zukommen zu lassen wie Personen, die sich nicht in Haft oder Gewahrsam befinden.

Grundsatz 2

Die aktive oder passive Mitwirkung von medizinischem Personal, insbesondere von Ärzten, an Handlungen, die eine Teilnahme an der Folter oder einer anderen grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung oder Strafe, eine Mittäterschaft, eine Anstiftung oder einen Versuch dazu darstellen, ist ein grober Verstoß gegen die ärztliche Ethik sowie ein Vergehen nach den geltenden internationalen Instrumenten[154],

Grundsatz 3

Es verstößt gegen die ärztliche Ethik, wenn medizinisches Personal, insbesondere Ärzte, sich mit Gefangenen oder Häftlingen in einer Weise beruflich befassen, die nicht einzig und allein den Zweck hat, ihre körperliche und geistige Gesundheit zu beurteilen, zu schützen oder zu verbessern.

Grundsatz 4

Es verstößt gegen die ärztliche Ethik, wenn medizinisches Personal, insbesondere Ärzte,

a) ihr Wissen und Können in einer Weise zur Unterstützung des Verhörs von Gefangenen und Häftlingen verwenden, die der körperlichen oder geistigen Gesundheit bzw. dem körperlichen oder geistigen Zustand dieser Gefangenen oder Häftlingen abträglich sein kann und die nicht den diesbezüglichen internationalen Instrumenten entspricht[155];

b) bestätigen oder an einer Bestätigung darüber mitwirken, daß Strafgefangene oder Häftlinge für irgendeine Form der Behandlung oder Strafe tauglich seien, die ihrer körperlichen oder geistigen Gesundheit abträglich sein kann und nicht den diesbezüglichen internationalen Instrumenten entspricht, bzw. wenn dieses Personal in irgendeiner Weise an einer solchen Behandlung oder Bestrafung mit-

---

[154] Vgl. die Erklärung über den Schutz aller Personen vor Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (Resolution 3452 (XXX), Anhang), deren Artikel 1 lautet:

"1. Unter Folter im Sinne dieser Erklärung ist jede Handlung zu verstehen, durch die einer Person von einem Angehörigen des öffentlichen Dienstes oder auf dessen Veranlassung hin vorsätzliche schwere körperliche oder geistig-seelische Schmerzen oder Leiden zugefügt werden, um von ihr oder einem Dritten eine Aussage oder ein Geständnis zu erzwingen, sie für eine tatsächlich oder mutmaßlich von ihr begangene Tat zu bestrafen oder sie oder andere Personen einzuschüchtern. Nicht darunter fallen Schmerzen oder Leiden, die sich lediglich in einem mit den Mindestbestimmungen über die Behandlung von Strafgefangenen zu vereinbarenden Maß aus gesetzlich zulässigen Zwangsmaßnahmen ergeben, diesen anhaften oder als deren Nebenwirkung auftreten.

"2. Die Folter ist eine verschärfte Form absichtlicher grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe"

Artikel 7 der Erklärung lautet:

"Jeder Staat stellt sicher, daß nach seinem Strafrecht alle Folterhandlungen im Sinne von Artikel 1 als Straftaten gelten. Das gleiche gilt für Handlungen, die eine Beteiligung oder Mittäterschaft an bzw. eine Anstiftung zu einer Folterung oder den Versuch einer solchen darstellen."

[155] Insbesondere die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (Resolution 217 A (III), die Internationalen Menschenrechtspakte (Resolu-

(Fortsetzung auf Seite 252)

wirkt, die nicht im Einklang mit den diesbezüglichen internationalen Instrumenten steht.

Grundsatz 5

Die Mitwirkung von medizinischem Personal, insbesondere von Ärzten, an irgendwelchen Maßnahmen zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Strafgefangenen oder Häftlingen verstößt gegen die ärztliche Ethik, es sei denn, daß diese Maßnahmen von rein medizinischen Kriterien geleitet und für den Schutz der körperlichen oder geistigen Gesundheit oder Sicherheit des Gefangenen oder des Häftlings selbst, seiner Mitgefangenen oder Mithäftlinge bzw. seiner Wärter notwendig sind und seine körperliche oder geistige Gesundheit nicht gefährden.

Grundsatz 6

Kein wie auch immer gearteter Grund, auch keine öffentliche Notstandssituation, rechtfertigt ein Abweichen von den obengenannten Grundsätzen.

37/195 – Bericht des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Tätigkeitsberichts des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge[156] sowie des Berichts über die dreiunddreißigste Tagung des Exekutivausschusses des Programms des Hohen Kommissars[157] und nach Anhörung der am 15. November 1982 abgegebenen Erklärung des Hohen Kommissars[158],

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 36/124 und 36/125 vom 14. Dezember 1981,

in Bekräftigung des außerordentlichen humanitären und unpolitischen Charakters der Tätigkeit des Amts des Hohen Kommissars zugunsten von unter seiner Obhut stehenden Flüchtlingen, Rückkehrern und Vertriebenen,

mit dem Ausdruck tiefer Besorgnis über den nach wie vor bedrückenden Ernst der Flüchtlings- und Vertriebenenprobleme, insbesondere in Afrika, Asien und Lateinamerika,

in der Auffassung, daß trotz einiger erfreulicher Entwicklungen weiterhin beträchtliche Anstrengungen zur Unterstützung der unter der Obhut des Amts des Hohen Kommissars stehenden Flüchtlinge und Vertriebenen gemacht werden müssen, insbesondere durch die Herbeiführung dauerhafter und baldiger Lösungen für ihre Probleme im Einklang mit der Satzung des Amts,

begrüßend, daß immer mehr Staaten dem Abkommen der Vereinten Nationen von 1951[159] sowie dem Protokoll von 1967[160] über die Rechtsstellung der Flüchtlinge beitreten,

mit großer Besorgnis feststellend, daß nach wie vor schwere Verstöße gegen die Grundrechte von Flüchtlingen und Vertriebenen unter der Obhut des Amts des Hohen Kommissars vorkommen,

insbesondere die Fälle *beklagend*, in denen Flüchtlingslager im südlichen Afrika und anderswo militärischen Angriffen ausgesetzt waren,

feststellend, daß zahlreiche Hilfsprogramme von der Soforthilfephase in eine Konsolidierungsphase übergegangen sind,

mit großer Genugtuung feststellend, daß die Regierungen auf die Probleme der unter der Obhut des Amts des Hohen Kommissars stehenden Flüchtlinge und Vertriebenen positiv mit Angeboten zur Gewährung von Asyl, zur freiwilligen Rückführung, zur Wiedereingliederung, zur Ansiedlung am Aufenthaltsort, zur Umsiedlung und zur Leistung finanzieller Beiträge reagiert haben und das Amt des Hohen Kommissars bei seiner humanitären Aufgabe großzügig unterstützen,

mit Dank Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs über die Internationale Konferenz über Hilfe für Flüchtlinge in Afrika[161],

1. *spricht* dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge und seinen Mitarbeitern *ihre Anerkennung* für die wertvolle Arbeit *aus*, die das Amt des Hohen Kommissars nach wie vor im Interesse der unter seiner Obhut stehenden Flüchtlinge, Rückkehrer und Vertriebenen leistet;

2. *bekräftigt* die außerordentliche Bedeutung der Aufgaben des Hohen Kommissars bei der Bereitstellung von völkerrechtlichem Schutz und die Notwendigkeit einer uneingeschränkten Unterstützung des Hohen Kommissars durch die Regierungen mit dem Ziel, ihm die wirksame Erfüllung dieser so wichtigen Aufgabe zu erleichtern, insbesondere durch ihren Beitritt zu den diesbezüglichen internationalen und regionalen Instrumenten, durch die uneingeschränkte Befolgung dieser Instrumente und durch strikte Einhaltung der Grundsätze der Asylgewährung und der Nichtabweisung;

3. *beklagt* die anhaltenden schweren Verletzungen der Grundrechte der unter der Obhut des Amts des Hohen Kommissars stehenden Flüchtlinge und Vertriebenen, insbesondere durch militärische Angriffe auf Flüchtlingslager und Siedlungen im südlichen Afrika und anderswo, durch Abweisung und willkürliche Gefangenhaltung und betont die Notwendigkeit verstärkter Maßnahmen zum Schutz der Flüchtlinge und Vertriebenen vor derartigen Verstößen;

4. *begrüßt* – im Rahmen der Bemühungen der internationalen Gemeinschaft um die Teilung der Bürde der Flüchtlingsbetreuung – die Arbeit, die der Hohe Kommissar bei der Prüfung der Probleme im Zusammenhang mit der Bereitstellung von vorübergehendem Asyl an Asylsuchende bei großen Flüchtlingsströmen mit dem Ziel durchführt, dauerhafte Lösungen zu finden, und ersucht ihn, diese Arbeit fortzusetzen;

5. stellt *mit Genugtuung* den bedeutenden Beitrag derjenigen Länder fest, die einer großen Anzahl unter der Obhut des Amts des Hohen Kommissars stehender

(Fortsetzung der Fußnote von Seite 251)

tion 2200 A (XXI), Anhang*), die Erklärung über den Schutz aller Personen vor Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (Resolution 3452 (XXX), Anhang) und die Mindestnormen für die Behandlung von Gefangenen (s. *First United Nations Congress on the Prevention of Crime and the Treatment of Offenders: Report by the Secretariat* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. 1956.IV.4), Anhang I.A)

* deutscher Wortlaut in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder; Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte: BGBl. (der Bundesrepublik Deutschland) 1973 II 1534, GBl. (der Deutschen Demokratischen Republik) 1975 II Nr. 12 S.266, BGBl. (der Republik Österreich) 590/78; Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte: BGBl. (der Bundesrepublik Deutschland) 1973 II 1569, GBl. (der Deutschen Demokratischen Republik) 1976 II Nr. 4 S.108, BGBl. (der Republik Österreich) 591/78

[156] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 12* (A/37/12)
[157] *Ebd., Beilage 12A* (A/37/12/Add. 1)
[158] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Third Committee*, 41. Sitzung, Ziffer 1-7

[159] Vereinte Nationen, *Treaty Series*, Vol 189, Nr. 2545, S.137
[160] *Ebd.*, Vol. 606, Nr. 8791, S.267
[161] A/37/522

Flüchtlinge und Vertriebener Asyl gewähren bzw. diese vorübergehend aufnehmen und unterstützen;

6. *unterstreicht* die Rolle, die der Hohe Kommissar durch freiwillige Rückführung bzw. Rückkehr und gegebenenfalls durch spätere Hilfeleistung bei der Wiedereingliederung von Rückkehrern, durch Umsiedlung in andere Länder bzw. durch Integrierung in den Asylländern bei der in Absprache und in Übereinstimmung mit den in Frage kommenden Ländern erfolgenden Herbeiführung dauerhafter und schneller Lösungen für die Probleme der Flüchtlinge und Vertriebenen spielt, mit denen sein Amt sich befaßt, und bittet die Regierungen eindringlich, den Hohen Kommissar bei seinen diesbezüglichen Bemühungen den Erfordernissen entsprechend zu unterstützen;

7. *bittet* den Hohen Kommissar *eindringlich*, seine Bemühungen zur humanitären Unterstützung von unter seiner Obhut stehenden Flüchtlingen und Vertriebenen zu verstärken, insbesondere zur Unterstützung der großen Anzahl von Flüchtlingen und Vertriebenen in Afrika, Asien und Lateinamerika;

8. *betont*, daß es sehr wichtig ist, die Soforthilfeaktionen für Boots- und Landflüchtlinge in Südostasien, wo Flüchtlinge und Vertriebene in großer Zahl vorübergehend Aufnahme gefunden haben, sowie deren Neuansiedlung – darunter auch das Programm für ordnungsgemäße Ausreise – mit der gleichen Dynamik wie bisher weiter zu betreiben;

9. *nimmt Kenntnis* von den vom Hohen Kommissar bereits unternommenen Anstrengungen zur Anpassung der Verwaltung und der Personalpolitik seines Amtes an den beträchtlich gestiegenen Umfang seiner Aufgaben und bittet ihn, diese Anstrengungen im Sinne der diesbezüglichen Resolutionen der Generalversammlung und der Beschlüsse des Exekutivausschusses des Programms des Hohen Kommissars fortzusetzen;

10. *ersucht* den Hohen Kommissar, im Einklang mit den diesbezüglichen Resolutionen und Beschlüssen der Generalversammlung, des Wirtschafts- und Sozialrats und des Verwaltungsausschusses für Koordinierung die Bemühungen seines Amtes im Bereich der humanitären Hilfeleistung eng mit denjenigen anderer in Frage kommender Gremien sowohl innerhalb als auch außerhalb des Systems der Vereinten Nationen zu koordinieren;

11. *ersucht* den Hohen Kommissar *ferner*, sich weiterhin an den Anschlußmaßnahmen an die Internationale Konferenz über Hilfe für Flüchtlinge in Afrika zu beteiligen und seine Hilfe an Flüchtlinge in Afrika zu verstärken;

12. *fordert* die internationale Gemeinschaft *auf*, die Bürde geeigneter dauerhafter Lösungen für die Probleme der unter der Obhut des Amts des Hohen Kommissars stehenden Flüchtlinge und Vertriebenen in der ganzen Welt zu teilen und dabei noch offene Probleme sowie die wirtschaftliche und demographische Aufnahmefähigkeit der betreffenden Länder zu berücksichtigen;

13. *bittet* alle Regierungen, die dazu in der Lage sind, *eindringlich*, die humanitären Programme des Hohen Kommissars zu unterstützen und großzügige Beiträge zu diesen zu leisten.

111. Plenarsitzung
18. Dezember 1982

37/196 – Beibehaltung des Amts des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Tätigkeitsberichts des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge[162],

unter Hinweis auf ihre Resolution 32/68 vom 8. Dezember 1977, in der sie beschloß, spätestens auf ihrer siebenunddreißigsten Tagung die Regelungen für das Amt des Hohen Kommissars zu überprüfen, um festzustellen, ob das Amt über den 31. Dezember 1983 hinaus beibehalten werden soll,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolutionen 116 (6XII) vom 26. November 1957 und 1673 (XVI) vom 18. Dezember 1961 sowie auf die Wirtschafts- und Sozialratsresolution 672 (XXV) vom 30. April 1958 über die Errichtung des Exekutivausschusses des Programms des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge,

im Hinblick darauf, daß internationale Maßnahmen für unter der Obhut des Hohen Kommissars stehende Flüchtlinge und Vertriebene nach wie vor dringend erforderlich sind,

mit dem Ausdruck ihrer Besorgnis angesichts des unverminderten Ernstes der Probleme der unter der Obnut des Hohen Kommissars stehenden Flüchtlinge und Vertriebenen in allen Teilen der Welt, insbesondere in verschiedenen Teilen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas,

im Hinblick auf die wertvolle Arbeit, die das Amt des Hohen Kommissars durch die Bereitstellung von völkerrechtlichem Schutz und von internationaler Unterstützung für die unter der Obhut des Hohen Kommissars stehenden Flüchtlinge und Vertriebenen und durch die Herbeiführung von dauerhaften Lösungen für ihre Probleme geleistet hat,

1. *beschließt*, das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge mit Wirkung vom 1. Januar 1984 für weitere fünf Jahre beizubehalten;

2. *ersucht* den Hohen Kommissar, weiterhin seinen grundlegenden Aufgaben des Schutzes, der Hilfeleistung und der Herbeiführung dauerhafter Lösungen im Einklang mit der Satzung des Amts und den anderen diesbezüglichen Resolutionen der Generalversammlung nachzukommen;

3. *bittet* den Hohen Kommissar, wie dies in Generalversammlungsresolution 1166 (XII) und in Wirtschafts- und Sozialratsresolution 672 (XXV) vorgesehen ist, dem Exekutivausschuß des Programms des Hohen Kommissars im Einklang mit dem Mandat und den Beschlüssen dieses Ausschusses weiterhin Bericht zu erstatten und sich von ihm leiten zu lassen;

4. *wiederholt*, daß es nach wie vor zu den Aufgaben des Exekutivausschusses des Programms des Hohen Kommissars gehört, mittels einer regelmäßigen Überprüfung von Programmen und Operationen, der Verwaltung und der Aktivitäten den grundlegenden Rahmen abzustecken, innerhalb dessen der Hohe Kommissar Programme und Projekte plant, ausbaut und verwaltet;

5. *bittet* den Exekutivausschuß des Programms des Hohen Kommissars in diesem Zusammenhang *eindringlich*, bei der Wahrnehmung der ihm in den diesbezüglichen Resolutionen der Generalversammlung und des Wirtschafts- und Sozialrats übertragenen Aufgaben und

[162] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 12 und 12 A* (A/37/12 mit Add.1)

Verantwortlichkeiten für die möglichst rationelle Verwendung der Mittel zu sorgen und der erfolgversprechenden Verwaltung und Leitung der Programme besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden;

6. *nimmt Kenntnis* von den bereits unternommenen Bemühungen des Hohen Kommissars um die organisatorische Neugestaltung seiner Dienste in Anpassung an den enorm gewachsenen Aufgabenbereich und bittet ihn, sich bei seinen Bemühungen von den Grundsätzen und Richtlinien der Generalversammlung und den ihm vom Exekutivausschuß des Programms des Hohen Kommissars erteilten Ratschlägen leiten zu lassen;

7. *beschließt*, spätestens auf ihrer zweiundvierzigsten Tagung die Regelungen für das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge zu überprüfen, um festzustellen, ob das Amt über den 31. Dezember 1988 hinaus beibehalten werden soll.

111. Plenarsitzung
18. Dezember 1982

37/197 – Internationale Konferenz über Hilfe für Flüchtlinge in Afrika

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 35/42 vom 25. November 1980 und 36/124 vom 14. Dezember 1981 zur Internationalen Konferenz über Hilfe für Flüchtlinge in Afrika, die am 9. und 10. April 1981 in Genf stattfand,

nach Behandlung der Berichte des Generalsekretärs über die Konferenz[163] und des Tätigkeitsberichts des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge[162],

zutiefst besorgt über den derzeitigen Strom von Flüchtlingen auf dem afrikanischen Kontinent, die derzeit mehr als die Hälfte aller Flüchtlinge in der Welt ausmachen,

feststellend, daß es der Konferenz zwar gelungen ist, das Gewissen der Weltöffentlichkeit hinsichtlich der Notlage der Flüchtlinge und Rückkehrer in Afrika sowie hinsichtlich der Probleme der Asylländer wachzurütteln, daß die Ergebnisse der Konferenz in Form von finanzieller und materieller Hilfe jedoch nicht den Erwartungen der afrikanischen Länder entsprechen,

sich dessen bewußt, welche wirtschaftliche und soziale Belastung sich aus dem erhöhten Zustrom von Flüchtlingen für die afrikanischen Asylländer ergibt, welche Auswirkungen dies auf ihre Entwicklung hat sowie welche großen Opfer diese Länder trotz ihrer begrenzten Ressourcen zur Linderung der Notlage dieser Flüchtlinge bringen,

daher *die Ansicht vertretend*, daß die Asylländer ausreichende menschliche, technische und finanzielle Unterstützung benötigen, damit sie ihrer gestiegenen Verantwortung auf angemessene Weise gerecht werden und die zusätzliche Belastung ihrer Wirtschaft durch die Anwesenheit der Flüchtlinge verkraften können,

ferner angesichts der Notwendigkeit, in ähnlicher Weise auch die Ursprungsländer entsprechend den Verfahrensregeln des Amts des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge bei der freiwilligen Rückführung und Wiederansiedlung von Rückkehrern zu unterstützen,

daher die Notwendigkeit *anerkennend*, gemeinsam mit den betroffenen afrikanischen Regierungen eine weitere Überprüfung der Belastung ihrer Volkswirtschaften durch Flüchtlinge und Rückkehrer vorzunehmen,

1. *spricht* dem Generalsekretär *ihre Anerkennung* für seine gemäß Ziffer 6 und 9 der Generalversammlungsresolution 36/124 erstellten Berichte über die Internationale Konferenz über Hilfe für Flüchtlinge in Afrika *aus*;

2. *dankt* allen Geberländern, dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge und der gesamten internationalen Gemeinschaft für die Fortsetzung ihrer finanziellen und materiellen Unterstützung der afrikanischen Flüchtlinge, darunter auch für ihre Bemühungen zur Erleichterung des Prozesses der freiwilligen Rückkehr in die Herkunftsländer;

3. *bringt ihre Sorge darüber zum Ausdruck*, daß die derzeit im Rahmen bereits bestehender Flüchtlingsprogramme geleistete Hilfe nicht den dringenden Erfordernissen der Flüchtlinge und Rückkehrer in Afrika entspricht und nicht genügend Ressourcen zur Durchführung von Projekten umfaßt, die eine angemessene Betreuung und Soforthilfemaßnahmen für die Flüchtlinge gewährleisten und den Prozeß der Rehabilitierung und Neuansiedlung beschleunigen;

4. *dankt* den Asylländern für ihren großen Beitrag zur Milderung der Notlage der Flüchtlinge und bittet die internationale Gemeinschaft eindringlich um jegliche Hilfe, die notwendig ist, damit diese Länder den Flüchtlingen die lebenswichtigen Dienstleistungen und Einrichtungen zur Verfügung stellen können;

5. *ersucht* den Generalsekretär, in enger Zusammenarbeit mit dem Generalsekretär der Organisation der afrikanischen Einheit und dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge 1984 in Genf eine zweite Internationale Konferenz über Hilfe für Flüchtlinge in Afrika einzuberufen, um

a) die Ergebnisse der 1981 abgehaltenen Konferenz sowie den Stand der auf dieser Konferenz vorgelegten Projekte eingehend zu überprüfen;

b) sich mit der Frage der weiteren Notwendigkeit der Hilfeleistung zu befassen mit dem Ziel, den Flüchtlingen und Rückkehrern in Afrika erforderlichenfalls zusätzliche Hilfe für die Durchführung von Soforthilfe-, Rehabilitierungs- und Neuansiedlungsprogrammen zu leisten;

c) festzustellen, welche Auswirkungen sich für die Volkswirtschaften der betroffenen afrikanischen Staaten ergeben und ihnen alle Hilfe zu leisten, die sie benötigen, um ihre soziale und wirtschaftliche Infrastruktur zu stärken, damit sie in die Lage versetzt werden, mit der durch die große Anzahl von Flüchtlingen und Rückkehrern verursachten Belastung fertig zu werden;

6. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, sich in enger Zusammenarbeit mit dem Generalsekretär der Organisation der afrikanischen Einheit und dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge mit den betroffenen afrikanischen Länder darüber abzusprechen, was sie benötigen, um dem Problem der Flüchtlinge und Rückkehrer auf angemessene Weise gerecht zu werden, und einen Bericht über die Lage in jedem einzelnen Land vorzulegen, damit auf der geplanten Konferenz eine auf den neuesten Stand gebrachte, nach Dringlichkeitsstufen geordnete Einschätzung der Bedürfnisse, die die Flüchtlinge und Rückkehrer im humanitären Bereich

[163] E/1982/76 mit Korr.1 und A/37/522

* Vgl. die Fußnote auf S. 205

sowie im Bereich der Rehabilitierung und Neuansiedlung haben, sowie der Hilfe vorliegt, welche die betroffenen Länder zur Stärkung bereits bestehender Dienstleistungen, Einrichtungen und Infrastukturen sowie zur hierzu bestimmten Neuzuweisung bereits vorhandener Ressourcen benötigen;

7. *fordert* die zuständigen Sonderorganisationen* und Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, darunter auch die mit Entwicklungsfragen befaßten Organisationen *auf*, dem Generalsekretär bei dem in Ziffer 6 genannten Bericht für die 1984 geplante Konferenz jede erforderliche Unterstützung und Hilfe zu gewähren;

8. *ersucht* den Generalsekretär, dafür zu sorgen, daß ausreichende finanzielle und haushaltstechnische Vorkehrungen zur Deckung der Aufwendungen im Zusammenhang mit der Erstellung des Berichts sowie mit der Organisation der Konferenz im Jahr 1984 getroffen werden;

9. *appelliert* an die internationale Gemeinschaft, alle Mitgliedstaaten, die Sonderorganisationen* und die regionalen, zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, die Konferenz nach besten Kräften und im Hinblick darauf zu unterstützen, daß Flüchtlinge und Rückkehrer in Afrika ein Maximum an finanzieller und materieller Hilfe erhalten;

10. *bittet* die Leitungsgremien der Sonderorganisationen* und der zwischenstaatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, diese Resolution ihren Mitgliedern zur Kenntnis zu bringen und im Rahmen ihres jeweiligen Zuständigkeitsbereichs in Erwägung zu ziehen, mit welchen Mitteln und Wegen die Hilfe an afrikanische Flüchtlinge und Rückkehrer wesentlich erhöht werden könnte;

11. *hebt hervor*, daß jedwede zusätzliche Hilfe für flüchtlingsbezogene Projekte nicht auf Kosten der Entwicklungsbedürfnisse der betreffenden Länder gehen sollte;

12. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution zu berichten.

111. Plenarsitzung
18. Dezember 1982

37/198 – Internationale Kampagne gegen den Drogenhandel

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/132 vom 14. Dezember 1981, in der sie die Notwendigkeit einer im Rahmen der Internationalen Strategie zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs[164] zu führenden, wirksamen internationalen Kampagne gegen den Drogenhandel anerkannte, sowie auf Resolution 36/168, mit der sie die Strategie und das grundlegende Fünfjahresprogramm[164] verabschiedete,

in Kenntnisnahme der Wirtschafts- und Sozialratsresolutionen 1982/8 und 1982/9,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs[165],

erneut erklärend, daß die regionale und interregionale Zusammenarbeit und Koordinierung, insbesondere bei der Durchsetzung der Gesetze, verbessert werden muß, wenn der unerlaubte Handel völlig beseitigt werden soll,

in Anerkennung dessen, daß zahlreiche Länder, darunter auch Entwicklungsländer, weiterhin beträchtliche menschliche, finanzielle und andere Ressourcen zur Bekämpfung des internationalen Drogenhandels aufwenden,

insbesondere *in Anerkennung* des Dilemmas der Transitstaaten, die keine Kontrolle über die Erzeugung von unerlaubten Suchtstoffen und die Nachfrage nach diesen haben, jedoch auf nationaler und internationaler Ebene durch den Transport unerlaubter Drogen ernsthaft in Mitleidenschaft gezogen werden,

im Hinblick auf die wichtige Rolle, die internationale Verträge zur Drogenbekämpfung bei der Ausarbeitung wirksamer Gegenmaßnahmen zur Bekämpfung des unerlaubten Angebots, der unerlaubten Nachfrage sowie des unerlaubten Handels mit Drogen spielen,

in Anbetracht der wichtigen Rolle des Fonds der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs bei der Durchführung verschiedener Drogenbekämpfungsprogramme, insbesondere in Entwicklungsländern, und der Notwendigkeit vermehrter Beiträge zu diesem Fonds, damit er seine wertvolle Arbeit fortsetzen kann,

1. *nimmt mit Dank Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs;

2. *fordert* alle Mitgliedstaaten, die dies bisher noch nicht getan haben, *auf*, die internationalen Verträge zur Drogenbekämpfung zu ratifizieren und sich bis dahin um die Einhaltung ihrer Bestimmungen zu bemühen;

3. *fordert* die Mitgliedstaaten *auf*, Beiträge zum Fonds der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs zu leisten bzw. ihre Beitragsleistungen fortzusetzen, damit der Fonds auch weiterhin seine nützlichen Programme zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs durchführen kann;

4. *bittet* die Organisationen und Programme des Systems der Vereinten Nationen sowie alle Mitgliedstaaten, die über die Mittel und das Fachwissen dafür verfügen, den von der unerlaubten Erzeugung von Drogen und dem unerlaubten Handel mit diesen sowie vom Drogenmißbrauch am stärksten betroffenen Ländern technische und sonstige Hilfe zu leisten, insbesondere bei der Ausbildung von Beamten mit Polizeibefugnissen;

5. *ersucht* den Generalsekretär, auf dem Weg über die Suchtstoffkommission alle Mittel und Wege zur weiteren Verbesserung der regionalen und internationalen Koordinierung von Aktivitäten zur Bekämpfung des Drogenhandels und des Drogenmißbrauchs zu untersuchen und insbesondere

a) die Möglichkeit der Schaffung ständiger Koordinierungsmechanismen zur Durchsetzung von Gesetzen zur Drogenbekämpfung in Regionen, in denen es solche noch nicht gibt, zu prüfen;

b) Maßnahmen zur Milderung der besonderen Probleme der Transitstaaten angemessenen Vorrang einzuräumen;

c) für 1986 die Einberufunng eines interregionalen Treffens der Leiter nationaler Drogenbekämpfungsbehörden in Erwägung zu ziehen;

6. *ersucht den Generalsekretär ferner*, eine Sondernummer des von der Suchtstoffabteilung des Sekretariats herausgegebenen *Bulletin on Narcotic Drugs* (Suchtstoffbulletin) einer Analyse der Kampagne gegen den Drogenhandel zu widmen;

[164] Vgl. *Official Records of the Economic and Social Council, 1981, Supplement No.4* (E/1981/24), Anhang II
[165] A/37/530

7. *ersucht* den Generalsekretär *weiterhin*, zur Prüfung durch die achtunggddreißigste Tagung der Generalversammlung einen Bericht über die Fortschritte bei der Durchführung dieser Resolution auszuarbeiten;

8. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Internationale Kampagne gegen den Drogenhandel" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

111. Plenarsitzung
18. Dezember 1982

37/199 – Weitere im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen in Frage kommende Ansätze und Möglichkeiten zur besseren Sicherung der effektiven Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten

Die Generalversammlung,

unter Hinweis darauf, daß die Völker der Vereinten Nationen in der Charta der Vereinten Nationen ihre Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht haben, den Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Person, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von großen und kleinen Nationen erneut zu bekräftigen und den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt aller Völker durch internationale Einrichtungen zu fördern,

ferner unter Hinweis auf die Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen, die darauf gerichtet sind, internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller bzw. humanitärer Art zu lösen und die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen,

unter Betonung der Bedeutung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[166] und der Internationalen Menschenrechtspakte[167] für die Förderung der Achtung und Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten,

unter Hinweis auf ihre Resolution 32/130 vom 16. Dezember 1977, in der sie beschloß, daß bei der Behandlung von Menschenrechtsfragen im System der Vereinten Nationen künftig die in der genannten Resolution dargelegten Auffassungen berücksichtigt werden sollten,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolutionen 34/46 vom 23. November 1979, 35/174 vom 15. Dezember 1980 und 36/133 vom 14. Dezember 1981,

erneut wiederholend, daß die Errichtung der neuen internationalen Wirtschaftsordnung ein wesentlicher Faktor für die wirksame Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und deren uneingeschränkte Wahrnehmung durch alle Menschen ist,

ferner ihre tiefe Überzeugung *wiederholend*, daß alle Menschenrechte und Grundfreiheiten eine untrennbare Einheit bilden und daß der Verwirklichung, der Förderung und dem Schutz der bürgerlichen und politischen wie auch der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte gleiche Aufmerksamkeit und dringliche Beachtung geschenkt werden sollte,

in Unterstreichung der Notwendigkeit, auf nationaler und internationaler Ebene Bedingungen zu schaffen, die der Förderung und dem vollen Schutz der Menschenrechte von Einzelpersonen und von Völkern zuträglich sind,

unter Begrüßung des Berichts der von der Menschenrechtskommission eingesetzten Arbeitsgruppe von Regierungssachverständigen zur Frage des Rechts auf Entwicklung[168] sowie unter Begrüßung der bisher von dieser Gruppe erzielten Fortschritte,

unter Hervorhebung dessen, daß das Recht auf Entwicklung ein unveräußerliches Menschenrecht ist,

in der Erkenntnis, daß der Weltfrieden und die internationale Sicherheit unabdingbare Voraussetzungen für die uneingeschränkte Verwirklichung des Rechts auf Entwicklung sind,

in der Auffassung, daß die durch Abrüstung freigesetzten Ressourcen beträchtlich zur Entwicklung aller Staaten, insbesondere der Entwicklungsländer, beitragen könnten,

ferner in der Erkenntnis, daß es unerläßlich für die Förderung des Friedens und der Entwicklung ist, daß alle Nationen auf der Grundlage der Achtung der Unabhängigkeit und Souveränität jedes Staates zusammenarbeiten, darunter auch des Rechts jedes Volkes, sein sozio-ökonomisches System selbst zu bestimmen,

in Anerkennung der Fortschritte, die die internationale Gemeinschaft bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten erzielt hat,

in der Überzeugung, daß es oberstes Ziel einer derartigen internationalen Zusammenarbeit sein muß, allen Menschen ein Leben in Freiheit und Würde und in Freiheit von Not zu ermöglichen,

mit der Erklärung, daß das letzte und eigentliche Ziel der Entwicklung das stetige Wachstum des Wohls der gesamten Bevölkerung auf der Grundlage ihrer vollen Einbeziehung in den Entwicklungsprozeß und einer gerechten Verteilung des daraus erwachsenden Nutzens ist,

1. *ersucht* die Menschenrechtskommission *erneut*, ihre laufenden Arbeiten an einer Gesamtanalyse im Hinblick auf die weitere Förderung und Verbesserung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, darunter auch an der Frage des Programms und der Arbeitsmethoden der Kommission, fortzusetzen und weiterhin in Einklang mit den Bestimmungen und Gedanken der Generalversammlungsresolution 32/130 sowie eingedenk anderer einschlägiger Dokumente an der Gesamtanalyse weiterer möglicher Ansätze für eine bessere tatsächliche Inanspruchnahme der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu arbeiten;

2. *erklärt erneut*, daß es für die Förderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten von allergrößter Bedeutung ist, daß die Mitgliedstaaten durch den Beitritt zu einschlägigen internationalen Instrumenten bzw. durch deren Ratifizierung konkrete Verpflichtungen übernehmen und daß daher die normensetzende Arbeit des Systems der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Menschenrechte und die allgemeine Annahme und Verwirklichung der diesbezüglichen internationalen Instrumente gefördert werden sollten;

3. *erklärt erneut*, daß die internationale Gemeinschaft der Suche nach Lösungen zur Beseitigung massiver und flagranter Verletzungen der Menschenrechte von Völkern und Personen, die von Situationen betroffen sind, wie sie in Ziffer 1 *e)* ihrer Resolution 32/130 beschrieben werden, Vorrang einräumen bzw. weiterhin Vorrang einräumen und darüber hinaus auch anderen Situationen gebührende Aufmerksamkeit schenken sollte, in denen Menschenrechte verletzt werden;

[166] Resolution 217 A (III)
[167] Resolution 2200 A (XXI), Anhang
[168] E/CN.4/1489

4. *stellt fest*, daß die Vereinten Nationen und ihre Mitgliedstaaten ihre Bemühungen zur Förderung und zum Schutz bürgerlicher Rechte sowie wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte fortsetzen sollten;

5. *äußert ihre tiefe Sorge* angesichts des gegenwärtigen Standes der Verwirklichung der Gesamt- und Einzelziele für die Errichtung der neuen internationalen Wirtschaftsordnung sowie angesichts der nachteiligen Auswirkungen der augenblicklichen Situation auf die volle Verwirklichung der Menschenrechte, insbesondere des Rechts auf Entwicklung;

6. *bekräftigt*, daß der Weltfrieden und die internationale Sicherheit wesentliche Faktoren für die volle Verwirklichung des Rechts auf Entwicklung sind;

7. *erklärt*, daß das Recht auf Entwicklung ein unveräußerliches Menschenrecht ist;

8. *betont*, daß die Vereinten Nationen nicht nur die Entwicklung unter dem Gesichtspunkt der Menschenrechte, sondern umgekehrt auch die Menschenrechte unter dem Aspekt der Entwicklung betrachten sollten;

9. *ist der Auffassung*, daß es im Hinblick auf die Lösung internationaler Probleme wirtschaftlichen, sozialen und humanitären Charakters notwendig ist, daß alle Mitgliedstaaten auf der Grundlage der Achtung der Unabhängigkeit und Souveränität jedes Staates, einschließlich des Rechts jedes Volkes, sein sozio-ökonomisches und politisches System selbst zu bestimmen, die internationale Zusammenarbeit fördern;

10. *betont*, daß wirtschaftliche und politische Stabilität auf nationaler und internationaler Ebene einen Beitrag zur uneingeschränkten Wahrnehmung, Förderung und Einhaltung der Menschenrechte der Menschen und Völker leisten werden;

11. *bekräftigt ferner*, daß es zur Gewährleistung der uneingeschränkten Ausübung aller Rechte und der vollen Würde jedes Menschen erforderlich ist, daß das Recht auf Bildung sowie das Recht auf Arbeit, Gesundheit und angemessene Ernährung gefördert werden, und zwar sowohl durch Maßnahmen auf nationaler Ebene, zu denen u.a. auch die Gewährung des Rechts der Arbeitnehmer auf Mitbestimmung bei der Unternehmensführung gehört, als auch durch Maßnahmen auf internationaler Ebene, einschließlich der Errichtung der neuen internationalen Wirtschaftsordnung;

12. *ersucht* die Menschenrechtskommission, unter Berücksichtigung der Arbeitsergebnisse der Arbeitsgruppe von Regierungssachverständigen zur Frage des Rechts auf Entwicklung die erforderlichen Maßnahmen zur Förderung des Rechts auf Entwicklung zu ergreifen, und begrüßt den Beschluß der Kommission in ihrer Resolution 1982/17 vom 9. März 1982[169], daß die Arbeitsgruppe ihre Tätigkeit fortsetzen soll, damit sie möglichst bald einen Resolutionsentwurf über das Recht auf Entwicklung vorlegen kann;

13. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Weitere im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen in Frage kommende Ansätze und Möglichkeiten zur besseren Sicherung der effektiven Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

111. Plenarsitzung
18. Dezember 1982

[169] Vgl. *Official Records of the Economic and Social Council, 1982, Supplement No.2* (E/1982/12 mit Korr. 1), Kap. XXVI, Abschnitt A

37/200 – Weitere Förderung und weiterer Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten

Die Generalversammlung,

im Bewußtsein dessen, daß die Völker der Vereinten Nationen in der Charta der Vereinten Nationen ihre Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht haben, ihren Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Person, und an die Gleichberechtigung von Mann und Frau zu bekräftigen sowie den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern,

im Bewußtsein dessen, daß es eines der Ziele der Vereinten Nationen und die Pflicht aller Mitgliedstaaten ist, eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen,

in der Überzeugung, daß es eines der obersten Ziele einer derartigen internationalen Zusammenarbeit sein muß, allen Menschen ein Leben in Freiheit und Würde zu ermöglichen,

in dem Bewußtsein, daß die Anstrengungen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte auf internationaler Ebene mit Bemühungen um die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung Hand in Hand gehen sollten,

ferner im Bewußtsein dessen, daß die Förderung und der Schutz der Menschenrechte notwendige Voraussetzungen für die Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit – sei es in ihren individuellen oder ihren gesellschaftlichen Aspekten – ist, und daß die soziale Entwicklung von der Achtung vor der Würde des Menschen ausgehen muß, aus der sich alle Menschenrechte ableiten,

in der Auffassung, daß die Förderung der Entwicklungsziele mit der Förderung harmonischer Beziehungen innerhalb der Staaten und zwischen den Staaten zusammenhängt,

ferner in der Auffassung, daß die beträchtlichen Ressourcen, die durch die Abrüstung freigesetzt würden, wesentlich zur Entwicklung aller, insbesondere der gegenwärtig am wenigsten entwickelten Staaten beitragen würden,

eingedenk der Tatsache, daß die Erhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit für den sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt und für die uneingeschränkte Verwirklichung der Menschenrechte unerläßlich ist,

ferner eingedenk der Tatsache, daß massive und flagrante Verletzungen der Menschenrechte in einem Staat den Frieden und die Entwicklung in Nachbarstaaten, in einer Region bzw. in der gesamten internationalen Gemeinschaft gefährden können,

im Hinblick darauf, daß sich die Vereinten Nationen mit Verletzungen der Menschenrechte befassen müssen, wo immer diese vorkommen,

betonend, daß fehlender Frieden bzw. ausbleibende Entwicklung einen Staat in keinem Fall von seiner Verpflichtung entbinden können, für die Achtung der Menschenrechte seiner Staatsangehörigen und anderer seiner Jurisdiktion unterstehender Personen zu sorgen,

erneut erklärend, daß jeder Mensch ohne jeglichen Unterschied, wie etwa aufgrund der Rasse, der Haut-

farbe, des Geschlechts, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Überzeugung, der nationalen oder gesellschaftlichen Herkunft, des Besitzes, der Geburt oder anderer Gegebenheiten, Anspruch auf alle in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte[166] niedergelegten Rechte und Freiheiten hat,

ferner erneut erklärend, daß nichts in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte so ausgelegt werden darf, als ob es einem Staat, einer Gruppe oder einer Person das Recht gäbe, eine Tätigkeit durchzuführen oder eine Handlung zu begehen, deren Ziel es ist, irgendwelche in der Erklärung niedergelegte Rechte und Freiheiten zunichte zu machen,

in Anbetracht dessen, daß regionale Vereinbarungen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte einen wichtigen Beitrag zur tatsächlichen Wahrnehmung der Menschenrechte und Grundfreiheiten leisten können und daß der Austausch von Informationen und Erfahrungen in diesem Bereich zwischen den einzelnen Regionen und innerhalb des Systems der Vereinten Nationen verbessert werden könnte,

unter Hervorhebung der Pflicht der Regierungen, die Menschenrechte zu fördern und zu schützen und ihren in den verschiedenen internationalen Instrumenten im Bereich der Menschenrechte eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen,

in Anerkennung der Fortschritte der internationalen Gemeinschaft bei der Förderung und beim Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten, insbesondere hinsichtlich der Festlegung von Normen,

ferner in Anerkennung der unschätzbaren Bemühungen der Menschenrechtskommission im Zusammenhang mit der Untersuchung von Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten in allen Teilen der Welt,

sich bewußt, daß dem Zentrum für Menschenrechte des Sekretariats zusätzliche Ressourcen, darunter auch Mitarbeiter, zugewiesen werden müssen,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen zu dieser Frage, insbesondere auf ihre Resolution 32/130 vom 16. Dezember 1977,

1. *bekräftigt*, daß es eines der obersten Ziele der internationalen Zusammenarbeit im Bereich der Menschenrechte ist, jedem Menschen ein Leben in Freiheit und Würde zu ermöglichen, daß alle Menschenrechte und Grundfreiheiten eine untrennbare Einheit bilden und daß die Förderung und der Schutz einer Kategorie von Rechten niemals Grund für die Befreiung oder Entschuldigung eines Staates von der Förderung und dem Schutz der anderen Kategorie dienen dürfen;

2. *stellt fest*, daß massive und flagrante Verletzungen der Menschenrechte in einem Staat den Frieden und die Entwicklung in Nachbarstaaten, in einer Region und in der gesamten internationalen Gemeinschaft bedrohen können;

3. *betont*, daß fremde Besetzung, Kolonialismus, Apartheid, Rassismus und rassische Diskriminierung sowie die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und jedes universell anerkannten Menschenrechts schwerwiegende Hindernisse für den Frieden und die Entwicklung darstellen;

4. *erklärt erneut*, daß sich die Vereinten Nationen mit Verletzungen der Menschenrechte befassen müssen, wo immer diese vorkommen;

5. *ist der Auffassung*, daß Anstrengungen zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte auf internationaler Ebene mit Anstrengungen zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung Hand in Hand gehen sollten;

6. *anerkennt*, daß der Hauptzweck der Entwicklung darin gesehen werden sollte, daß der einzelne Mensch seine Möglichkeiten in Harmonie mit der Gemeinschaft verwirklichen kann;

7. *bekräftigt*, daß jeder Mensch das Recht hat, am Entwicklungsprozeß teilzunehmen und an dessen Früchten teilzuhaben;

8. *dankt* der Menschenrechtskommission und ihrer gemäß Kommissionsresolution 36 (XXXVII) vom 11. März 1981 eingesetzten Ad-hoc-Arbeitsgruppe für die Fortsetzung ihrer Bemühungen um die Untersuchung des Rechts auf Entwicklung;

9. *betont*, daß die Regierungen verpflichtet sind, besondere Maßnahmen zur Sicherung der Menschenrechte schwacher oder benachteiligter Personengruppen zu ergreifen;

10. *ersucht* die Mitgliedstaaten, die dies bisher noch nicht getan haben, die Ratifizierung der verschiedenen Menschenrechtskonventionen oder den Beitritt zu ihnen in Erwägung zu ziehen;

11. *bittet* alle Staaten *eindringlich*, die Menschenrechtskommission bei der Untersuchung von Verletzungen der Menschenrechte und Grundfreiheiten – gleichviel in welchem Teil der Welt – zu unterstützen;

12. *ersucht* die Menschenrechtskommission, auf ihrer neununddreißigsten Tagung sich weiterhin um die Verbesserung der Fähigkeit des Systems der Vereinten Nationen zu bemühen, in Fällen schwerwiegender Verstöße gegen die Menschenrechte schnellstens Maßnahmen zu ergreifen, und ersucht sie, dabei die von der Unterkommission für Diskriminierungsverhütung und Minderheitenschutz unterbreiteten Vorschläge zu den einzelnen Bestimmungen für den Entwurf eines Mandats für einen Hohen Kommissar für Menschenrechte[170] zu berücksichtigen;

13. *ersucht* den Generalsekretär, die zur Stärkung des Zentrums für Menschenrechte erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen;

14. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, angesichts des fünfunddreißigsten Jahrestags der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in die von der Generalversammlung mit Resolution 36/133 vom 14. Dezember 1981 für ihre achtunddreißigste Tagung erbetene aktualisierte Untersuchung über die internationale Lage und die Menschenrechte eine Übersicht über die Tendenzen im Bereich der Menschenrechte unter besonderer Berücksichtigung noch immer auftretender Probleme aufzunehmen;

15. *beschließt* die Aufnahme des Punkts "Weitere im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen in Frage kommende Ansätze und Möglichkeiten zur besseren Sicherung der effektiven Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

111. Plenarsitzung
18. Dezember 1982

37/201 – Neue internationale humanitäre Ordnung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/136 vom 14. Dezember 1981,

[170] Vgl. E/CN.4/1983/4-E/CN.4/Sub.2/1982/43 mit Korr.1, Kap. XXI, Abschnitt A, Resolution 1982/27

Kenntnis nehmend vom Bericht des Generalsekretärs[171],

eingedenk der vom Generalsekretär in seinem Bericht festgestellten Tatsache, daß alle Regierungen, die zu dem Vorschlag der Förderung einer neuen internationalen humanitären Ordnung Stellung genommen haben, sich auch hinter die dem Vorschlag zugrundeliegenden Intentionen gestellt und anerkannt haben, daß humanitäre Probleme stärker in das Bewußtsein der internationalen Gemeinschaft gerückt und wirksamere Methoden zur Bewältigung dieser Probleme entwickelt werden müssen[172],

in Anerkennung dessen, daß nochmals die Stellungnahmen derjenigen Regierungen erbeten werden müssen, die dem Generalsekretär bisher noch keine solchen Stellungnahmen haben zukommen lassen,

in Kenntnisnahme des Vorschlags zur Errichtung einer unabhängigen Kommission für internationale humanitäre Fragen außerhalb des Rahmens der Vereinten Nationen, der führende Persönlichkeiten im humanitären Bereich bzw. Persönlichkeiten mit großer Erfahrung in nationalen oder internationalen Angelegenheiten angehören[173],

ferner in Anerkennung dessen, daß bei Einsetzung einer solchen Kommission ihre Beratungen für die weitere Untersuchung des Vorschlags dienlich sein könnten,

1. *ersucht* die Regierungen, die dies bisher noch nicht getan haben, dem Generalsekretär ihre Stellungnahmen zum Vorschlag der Förderung einer neuen internationalen humanitären Ordnung zuzuleiten;

2. *bittet* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung einen umfassenderen Bericht zu diesem Thema vorzulegen;

3. *beschließt*, die Frage einer neuen internationalen humanitären Ordnung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung zu überprüfen.

111. Plenarsitzung
18. Dezember 1982

[171] A/37/145
[172] *Ebd.*, Ziffer 4
[173] Vgl. A/36/245, Anhang, Ziffer 10

VII. RESOLUTIONEN AUFGRUND DER BERICHTE DES VIERTEN AUSSCHUSSES[1]

ÜBERSICHT

Nummer	*Titel*	*Punkt*	*Datum*	*Seite*
37/20	Die Frage Amerikanisch-Samoas (A/37/621)	18	23. November 1982	261
37/21	Guam-Frage (A/37/621)	18	23. November 1982	262
37/22	Die Frage der Bermudas (A/37/621)	18	23. November 1982	263
37/23	Die Frage der Britischen Jungferninseln (A/37/621)	18	23. November 1982	264
37/24	Die Frage der Caymaninseln (A/37/621)	18	23. November 1982	265
37/25	Die Frage der Turks- und Caicosinseln (A/37/621)	18	23. November 1982	266
37/26	Die Frage der Amerikanischen Jungferninseln (A/37/621)	18	23. November 1982	267
37/27	Die Frage Montserrats (A/37/621)	18	23. November 1982	269
37/28	Die Frage der Westsahara (A/37/621)	18	23. November 1982	269
37/29	Gemäß Artikel 73 *e*) der Charta der Vereinten Nationen übermittelte Informationen aus Gebieten ohne Selbstregierung (A/37/622)	96	23. November 1982	270
37/30	Osttimor-Frage (A/37/623)	97	23. November 1982	271
37/31	Tätigkeit fremder wirtschaftlicher und sonstiger Interessen, die die Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker in Namibia und allen anderen unter Kolonialherrschaft stehenden Gebieten sowie die Bemühungen um die Beseitigung von Kolonialismus, Apartheid und rassischer Diskriminierung im südlichen Afrika behindern (A/37/624)	98	23. November 1982	271
37/32	Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker durch die Sonderorganisationen* und die den Vereinten Nationen angeschlossenen internationalen Institutionen (A/37/625)	99 und 12	23. November 1982	274
37/33	Bildungs- und Ausbildungsprogramm der Vereinten Nationen für das südliche Afrika (A/37/626)	100	23. November 1982	277
37/34	Von Mitgliedstaaten angebotene Studien- und Ausbildungsmöglichkeiten für Einwohne. von Gebieten ohne Selbstregierung (A/37/627)	101	23. November 1982	277

37/20 – Die Frage Amerikanisch-Samoas

Die Generalversammlung,

nach Behandlung der Frage Amerikanisch-Samoas,

nach Prüfung der diesbezüglichen Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[2],

unter Hinweis auf ihre Resolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 mit der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker und auf alle anderen Resolutionen und Beschlüsse der Vereinten Nationen zu Amerikanisch-Samoa,

unter Berücksichtigung der Erklärung des Vertreters der Verwaltungsmacht über die Entwicklung der Lage in Amerikanisch-Samoa[3],

in dem Bewußtsein, daß der Prozeß der vollen Verwirklichung der Erklärung hinsichtlich Amerikanisch-Samoas gefördert werden muß,

erfreut über die weitere aktive Mitwirkung der Verwaltungsmacht an der Arbeit des Sonderausschusses im Zusammenhang mit Amerikanisch-Samoa, die es dem Sonderausschuß gestattet, eine besser dokumentierte und sinnvollere Prüfung der Lage in diesem Gebiet vorzunehmen und so den Entkolonialisierungsprozeß mit dem Ziel der vollen Durchführung der Erklärung zu beschleunigen,

in der Auffassung, daß es nach wie vor Pflicht der Verwaltungsmacht ist, ein gründliches politisches Bildungsprogramm durchzuführen, um zu gewährleisten, daß sich das Volk von Amerikanisch-Samoa seines unveräußerlichen Rechts auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß Generalversammlungsresolution 1514 (XV) voll bewußt wird,

mit Interesse feststellend, daß das Amt für wirtschaftliche Entwicklung und Planung der Regierung von Amerikanisch-Samoa gegenwärtig einen Fünfjahresplan für wirtschaftliche Entwicklung durchführt, der sich im Interesse der Bevölkerung dieses Gebiets auf die wirtschaftliche Diversifizierung, die Bodennutzung, den Wohnungssektor, den Banksektor und den Fremdenverkehr konzentriert,

* specialized agencies (etwa: Fachorganisationen) im Sinne von Art. 57 der VN-Charta; in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder mit "Sonderorganisationen" bzw. mit "Spezialorganisationen" wiedergegeben.

[1] Die Beschlüsse aufgrund der Berichte des Vierten Ausschusses sind in Abschnitt X.B.6 wiedergegeben.

[2] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 23* (A/37/23/Rev.1), Kap. III und XVII

[3] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Fourth Committee*, 20. Sitzung, Ziffer 13-18

in Kenntnis der Besonderheiten der geographischen Lage und der wirtschaftlichen Verhältnisse Amerikanisch-Samoas und besonders darauf hinweisend, daß eine der ersten Aufgaben die Diversifizierung der Wirtschaft dieses Gebiets ist, damit seine Abhängigkeit von Schwankungen unterworfenen Wirtschaftszweigen verringert wird,

eingedenk des Umstandes, daß die Entsendung von Besuchsdelegationen der Vereinten Nationen eine wirksame Methode zur Ermittlung der Lage in den kleinen Gebieten darstellt, und befriedigt über die Bereitschaft der Verwaltungsmacht, Besuchsdelegationen in den unter ihrer Verwaltung stehenden Gebieten zu empfangen,

die Tatsache begrüßend, daß Amerikanisch-Samoa 1982 Tagungsort der Südpazifikkonferenz der Südpazifikkommission war,

1. *billigt* das Amerikanisch-Samoa betreffende Kapitel des Berichts des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[4];

2. *bekräftigt* das unveräußerliche Recht des Volkes von Amerikanisch-Samoa auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker in Generalversammlungsresolution 1514 (XV);

3. *äußert von neuem* die Auffassung, daß Faktoren wie die Landesgröße, die geographische Lage, die Einwohnerzahl und die Knappheit an natürlichen Ressourcen die zügige Verwirklichung der in Generalversammlungsresolution 1514 (XV) enthaltenen Erklärung, die für Amerikanisch-Samoa volle Gültigkeit besitzt, in keiner Weise verzögern sollten;

4. *fordert* die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika als Verwaltungsmacht *auf*, unter Berücksichtigung der vom Volk Amerikanisch-Samoas frei geäußerten Wünsche den Entkolonialisierungsprozeß dieses Gebiets in Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und der Erklärung zu beschleunigen;

5. *erklärt erneut*, daß die Verwaltungsmacht dafür zu sorgen hat, daß das Volk Amerikanisch-Samoas ständig voll über sein unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß Generalversammlungsresolution 1514 (XV) informiert wird;

6. *empfiehlt*, daß gemäß den Wünschen des Volkes von Amerikanisch-Samoa der Vorsitzende des Obersten Gerichtshofs sowie die Beisitzer vom Gouverneur ernannt und von der gesetzgebenden Körperschaft bestätigt werden, ein Verfahren, das jetzt dadurch erleichtert wird, daß eine zunehmende Anzahl von Bürgern Amerikanisch-Samoas vollausgebildete Juristen sind, und empfiehlt, der Empfehlung der zweiten vorläufigen Kommission für den politischen Status zugunsten einer Änderung des Justizsystems nachzukommen;

7. *bekräftigt* die Verantwortung der Verwaltungsmacht für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Gebiets;

8. *fordert* die Verwaltungsmacht *auf*, in Zusammenarbeit mit der Regierung des Gebiets und im Rahmen des Fünfjahresplans für wirtschaftliche Entwicklung auch künftig an der Stärkung und Diversifizierung der Wirtschaft des Gebiets mitzuwirken, damit dessen Eigenständigkeit erreicht wird;

9. *bittet* die Verwaltungsmacht *eindringlich*, weiterhin enge Beziehungen und eine enge Zusammenarbeit zwischen der Bevölkerung des Gebiets und der Bevölkerung der Nachbarinseln und den regionalen Institutionen zu fördern, um so den wirtschaftlichen Wohlstand der Bevölkerung weiter zu steigern;

10. *bittet* die Verwaltungsmacht *eindringlich*, in Zusammenarbeit mit den frei gewählten Vertretern Amerikanisch-Samoas das unveräußerliche Recht des Volkes dieses Gebiets auf die Nutzung seiner natürlichen Ressourcen durch wirksame Maßnahmen zu sichern, die das Recht dieses Volkes auf den Besitz und die Verfügungsgewalt über diese natürlichen Ressourcen sowie auf die Übernahme bzw. Beibehaltung der Kontrolle über deren künftige Erschließung gewährleisten;

11. *vertritt* die Auffassung, daß die Möglichkeit, zu gegebener Zeit eine weitere Besuchsdelegation nach Amerikanisch-Samoa zu entsenden, weiterhin im Auge behalten werden sollte;

12. *ersucht* den Sonderausschuß, die Prüfung dieser Frage, darunter auch die mögliche, zu einem passenden Zeitpunkt und in Absprache mit der Verwaltungsmacht erfolgende Entsendung einer weiteren Besuchsdelegation nach Amerikanisch-Samoa auf seiner nächsten Tagung fortzusetzen und der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung darüber zu berichten.

77. Plenarsitzung
23. November 1982

37/21 – Guam-Frage

Die Generalversammlung,

nach Behandlung der Guam-Frage,

nach Prüfung der diesbezüglichen Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[4],

unter Hinweis auf ihre Resolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 mit der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker und auf alle anderen Resolutionen und Beschlüsse der Vereinten Nationen zu Guam,

nach Anhörung der Erklärung des Vertreters der Verwaltungsmacht[5],

erfreut über die nach wie vor anhaltende aktive Mitwirkung der Verwaltungsmacht an der Arbeit des Sonderausschusses im Zusammenhang mit Guam, die es dem Sonderausschuß gestattet, die Lage in dem Gebiet in besserer Kenntnis der Sachlage und daher in sinnvollerer Weise zu überprüfen und so den Prozeß der Entkolonialisierung mit dem Ziel der vollen Durchführung der Erklärung zu beschleunigen,

angesichts dessen, daß am 30. Januar 1982 in dem Gebiet ein Referendum über den politischen Status abgehalten wurde,

unter Hinweis auf alle einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen über Militärstützpunkte und militärische Einrichtungen in kolonialen Gebieten und in Gebieten ohne Selbstregierung,

eingedenk des Umstandes, daß die wirtschaftliche Entwicklung Guams durch die Ungewißheit über das im Besitz der Bundesbehörden befindliche Land behindert wird,

[4] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 23* (A/37/23/Rev.1), Kap. XVII

[5] *Ebd.*, Kap. III, IV und XVIII

in Kenntnis der Besonderheiten der geographischen Lage und der Wirtschaftsverhältnisse von Guam sowie der Notwendigkeit, mit Vorrang eine Diversifizierung der Wirtschaft des Gebiets herbeizuführen, und im Hinblick auf das große Diversifizierungspotential, das durch die kommerzielle Fischerei, die Landwirtschaft und die Entwicklung des Transportgewerbes gegeben ist,

eingedenk des Umstandes, daß die Entsendung von Besuchsdelegationen der Vereinten Nationen eine wirksame Methode zur Ermittlung der Lage in den kleinen Gebieten darstellt, und befriedigt über die Bereitschaft der Verwaltungsmacht, Besuchsdelegationen in den unter ihrer Verwaltung stehenden Gebieten zu empfangen,

1. *billigt* das Kapitel über Guam im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[6];

2. *bekräftigt* das unveräußerliche Recht des Volkes von Guam auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß der in Generalversammlungsresolution 1514 (XV) enthaltenen Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker;

3. *bekräftigt ihre Überzeugung*, daß Faktoren wie Landesgröße und geographische Lage, Einwohnerzahl und begrenzte natürliche Ressourcen die Verwirklichung der in Generalversammlungsresolution 1514 (XV) enthaltenen Erklärung, die für Guam volle Gültigkeit besitzt, in keiner Weise verzögern sollten;

4. *erinnert daran*, daß die Vereinigten Staaten von Amerika als Verwaltungsmacht nach der Charta der Vereinten Nationen dafür zu sorgen haben, daß das Volk des Gebiets ständig vollauf über sein unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß Generalversammlungsresolution 1514 (XV) informiert ist;

5. *wiederholt erneut*, daß die Verwaltungsmacht in diesem Gebiet Bedingungen zu schaffen hat, unter denen das Volk von Guam frei und ohne Einmischung sein unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß Generalversammlungsresolution 1514 (XV) ausüben kann;

6. *bekräftigt* ihre feste Überzeugung, daß die Verwaltungsmacht dafür zu sorgen hat, daß das Bestehen von Militärstützpunkten und militärischen Einrichtungen die Bevölkerung des Gebiets nicht an der Ausübung ihres unveräußerlichen Rechts auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen hindert, und bittet die Verwaltungsmacht eindringlich, alle erforderlichen Schritte zur vollen Einhaltung der einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen über Militärstützpunkte und militärische Anlage in kolonialen Gebieten und Gebieten ohne Selbstregierung zu unternehmen;

7. *erklärt erneut*, daß die Verwaltungsmacht gemäß der Charta für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Guams verantwortlich ist und fordert die Verwaltungsmacht auf, alle notwendigen Maßnahmen zur Stärkung und Diversifizierung der Wirtschaft des Gebietes zu ergreifen;

8. *fordert* die Verwaltungsmacht *auf*, in Zusammenarbeit mit den örtlichen Behörden die Übereignung des Landes an das Volk des Gebiets zu beschleunigen;

9. *wiederholt* ihre Aufforderung an die Verwaltungsmacht, in Zusammenarbeit mit der Regierung Guams die Hindernisse zu beseitigen, die sich der wirtschaftlichen Entwicklung des Gebiets – insbesondere in den Bereichen kommerzielle Fischerei, Landwirtschaft und Transportgewerbe – entgegenstellen;

10. *bittet* die Verwaltungsmacht *eindringlich*, in Zusammenarbeit mit der Regierung auch in Zukunft wirksame Maßnahmen zu ergreifen, die das Recht der Bevölkerung Guams auf ihre natürlichen Ressourcen sowie auf die Gewinnung und Beibehaltung der Kontrolle über deren künftige Erschließung wahren und gewährleisten, und ersucht die Verwaltungsmacht, alle erforderlichen Maßnahmen zum Schutz der Eigentumsrechte der Bewohner des Gebiets zu ergreifen;

11. *bittet* die Verwaltungsmacht *eindringlich*, ihre Anstrengungen um die Entwicklung und Förderung der Sprache und der Kultur der Chamorros, die mehr als die Hälfte der Bevölkerung des Gebiets ausmachen, zu verstärken;

12. *vertritt den Standpunkt*, daß die Möglichkeit der Entsendung einer weiteren Besuchsdelegation nach Guam zu einem geeigneten Zeitpunkt weiterhin im Auge behalten werden sollte;

13. *ersucht* den Sonderausschuß, die Behandlung dieser Frage, darunter auch der Möglichkeit, zu einem geeigneten Zeitpunkt und in Absprache mit der Verwaltungsmacht eine weitere Besuchsdelegation nach Guam zu entsenden, auf seiner nächsten Tagung fortzusetzen und der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung darüber zu berichten.

77. Plenarsitzung
23. November 1982

37/22 – Die Frage der Bermudas

Die Generalversammlung,

nach Behandlung der Frage der Bermudas,

nach Prüfung der diesbezüglichen Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[7],

unter Hinweis auf ihre Resolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 mit der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker und auf alle anderen, die Bermudas betreffenden Resolutionen und Beschlüsse der Vereinten Nationen,

unter Berücksichtigung der Erklärung des Vertreters der Verwaltungsmacht[8], in welcher dieser zusagte, daß seine Regierung bei der Bestimmung des zukünftigen verfassungsmäßigen Status des Gebiets die Wünsche des Volkes der Bermudas voll berücksichtigen werde,

im Bewußtsein der Notwendigkeit, die volle und baldige Verwirklichung der Erklärung bezüglich des Gebiets zu beschleunigen,

mit Genugtuung feststellend, daß die Verwaltungsmacht nach wie vor aktiv an der Arbeit des Sonderausschusses bezüglich der Bermudas mitwirkt und diesem dadurch eine besser dokumentierte und sinnvollere Prüfung der Lage in dem Gebiet gestattet, die den Entkolonialisierungsprozeß mit dem Ziel der vollständigen Durchführung der Erklärung beschleunigen soll,

unter Hinweis auf alle einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen über Militärstützpunkte und -anla-

[6] *Ebd.*, Kap.XVIII

[7] *Ebd.*, Kap.III-V und XX

[8] *Official Records of the General Assembly Thirty-seventh Session, Fourth Committee*, 17. Sitzung, Ziffer 64-66

gen in kolonialen Gebieten sowie in Gebieten ohne Selbstregierung,

im Hinblick darauf, daß die Wirtschaft des Gebiets immer noch in großem Maße vom Fremdenverkehr und von der Tätigkeit internationaler Firmen abhängt,

eingedenk der Besonderheiten der geographischen Lage und der wirtschaftlichen Verhältnisse des Gebiets und besonders darauf hinweisend, daß eine der vordringlichsten Aufgaben auf dem Weg zur Wirtschaftsstabilität die weitere Diversifizierung und Stärkung seiner Wirtschaft ist,

eingedenk des Umstandes, daß Besuchsdelegationen der Vereinten Nationen ein wirksames Mittel zur Beurteilung der Lage in den kleinen Gebieten, zur Beschaffung der entsprechenden Direktinformationen über die in diesen Gebieten herrschende Lage und zur Ermittlung der Ansichten der Bevölkerung über ihren zukünftigen politischen Status sind,

1. *billigt* das die Bermudas betreffende Kapitel des Berichts des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[9];

2. *bekräftigt* das unveräußerliche Recht des Volkes der Bermudas auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß der in Generalversammlungsresolution 1514 (XV) enthaltenen Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker;

3. *äußert* von neuem die Auffassung, daß Faktoren wie Landesgröße, geographische Lage, Bevölkerungszahl und Knappheit der natürlichen Ressourcen keineswegs dazu führen sollten, daß die Wahrnehmung des unveräußerlichen Rechts der Bevölkerung dieses Gebiets gemäß der in Generalversammlungsresolution 1514 (XV) enthaltenen Erklärung, die für die Bermudas volle Gültigkeit hat, in irgendeiner Weise verzögert wird;

4. *bittet* die Verwaltungsmacht eindringlich, unter Berücksichtigung des frei geäußerten Willens und Wunsches des Volkes der Bermudas auch in Zukunft alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um die baldige volle Durchführung der Generalversammlungsresolution 1514 (XV) zu gewährleisten;

5. *wiederholt erneut*, daß die Verwaltungsmacht verpflichtet ist, in diesem Gebiet Bedingungen zu schaffen, unter denen das Volk der Bermudas frei und ohne Einmischung sein unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß Generalversammlungsresolution 1514 (XV) ausüben kann, und erklärt in diesem Zusammenhang erneut, wie wichtig es ist, dem Volk der Bermudas die ihm bei der Ausübung dieses Rechts offenstehenden Möglichkeiten besser bewußt zu machen;

6. *bekräftigt*, daß es gemäß den diesbezüglichen Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und der in Generalversammlungsresolution 1514 (XV) enthaltenen Erklärung letzten Endes Sache des Volkes der Bermudas selbst ist, über seinen zukünftigen politischen Status zu entscheiden;

7. *erklärt erneut*, daß die nationale Einheit und nationale Identität unbedingt gefördert werden muß und begrüßt in diesem Zusammenhang die von den lokalen Behörden unternommenen Schritte im Hinblick auf die Errichtung einer Menschenrechtskommission;

8. *bekräftigt ihre feste Überzeugung*, daß die Verwaltungsmacht dafür zu sorgen hat, daß das Bestehen von Militärstützpunkten und militärischen Anlagen die Bevölkerung des Gebiets nicht daran hindert, ihr Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen der Charta auszuüben, und bittet die Verwaltungsmacht eindringlich, alles zur vollen Einhaltung der einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen über Militärstützpunkte und militärische Anlagen in Kolonialgebieten und Gebieten ohne Selbstregierung zu tun;

9. *bittet* die Verwaltungsmacht *erneut eindringlich*, in Zusammenarbeit mit der Regierung des Gebiets auch weiterhin alle wirksamen Maßnahmen zu ergreifen, die das Recht der Bevölkerung der Bermudas auf den Besitz und die Verfügungsgewalt über ihre natürlichen Ressourcen sowie auf die Übernahme bzw. die Erhaltung der Kontrolle über deren künftige Erschließung gewährleisten;

10. *bittet* die Verwaltungsmacht *nachdrücklich*, in Absprache mit der Regierung der Bermudas alles zu tun, um zur Diversifizierung der Wirtschaft der Bermudas beizutragen, einschließlich verstärkter Bemühungen zur Förderung der Landwirtschaft und der Fischerei;

11. *begrüßt* die Rolle des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen und der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen in dem Gebiet, insbesondere bei Landwirtschafts- und Fischereiprogrammen, und bittet die Sonderorganisationen* und alle anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen eindringlich, dem Entwicklungsbedarf der Bermudas auch in Zukunft besondere Aufmerksamkeit zu schenken;

12. *wiederholt* ihre Aufforderung an die Verwaltungsmacht, in Zusammenarbeit mit den dortigen Behörden den Prozeß der "Bermudisierung" des Gebiets weiterhin zu beschleunigen, und bittet in diesem Zusammenhang eindringlich darum, der verstärkten Besetzung öffentlicher Ämter mit Einheimischen besondere Aufmerksamkeit zukommen zu lassen;

13. *fordert* die Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland *auf*, zu einem geeigneten Zeitpunkt auf den Bermudas eine Besuchsdelegation zu empfangen;

14. *ersucht* den Sonderausschuß, diese Frage, darunter auch die Möglichkeit, in Absprache mit der Verwaltungsmacht zu einem geeigneten Zeitpunkt eventuell eine Besuchsdelegation auf die Bermudas zu entsenden, auf seiner nächsten Tagung weiter zu prüfen und der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung darüber zu berichten.

77. Plenarsitzung
23. November 1982

37/23 — Die Frage der Britischen Jungferninseln

Die Generalversammlung,

nach Behandlung der Frage der Britischen Jungferninseln,

nach Prüfung der diesbezüglichen Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[10],

unter Hinweis auf ihre Resolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 mit der Erklärung über die Gewäh-

[9] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 23* (A/37/23/Rev.1), Kap. XX

* Vgl. die Fußnote auf S. 261

[10] *Ebd.*, Kap. III und XXI

rung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker und auf alle anderen Resolutionen und Beschlüsse der Vereinten Nationen zu den Britischen Jungferninseln,

unter Berücksichtigung der Erklärung des Vertreters der Verwaltungsmacht*, in welcher dieser feststellte, daß seine Regierung bei der Festlegung des künftigen politischen Status der Britischen Jungferninseln die Wünsche der Bevölkerung dieses Gebiets voll respektieren werde,

im Bewußtsein der Notwendigkeit, die uneingeschränkte und unverzügliche Durchführung der Erklärung hinsichtlich dieses Gebiets zu gewährleisten,

mit Genugtuung feststellend, daß die Verwaltungsmacht nach wie vor aktiv an der Arbeit des Sonderausschusses im Zusammenhang mit den Britischen Jungferninseln mitwirkt und diesem dadurch eine besser dokumentierte und sinnvollere Prüfung der Lage in diesem Gebiet gestattet, die den Entkolonialisierungsprozeß mit dem Ziel der vollständigen Durchführung der genannten Erklärung beschleunigen soll,

in Bekräftigung der Verantwortung der Verwaltungsmacht für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung dieses Gebiets,

in Kenntnis der Tatsache, daß während des Berichtszeitraums positive wirtschaftliche Entwicklungen vor sich gegangen sind, einschließlich eines anhaltenden Wachstums im Fremdenverkehr, auf dem Immobiliensektor und in der Bauindustrie,

in Kenntnis der Besonderheiten der geographischen Lage und der wirtschaftlichen Verhältnisse dieses Gebiets und eingedenk des Umstandes, daß seine Wirtschaft zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität dringend weiter diversifiziert und gestärkt werden muß,

angesichts dessen, daß das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen für den Zeitraum 1982-1986 Haushaltsmittel in der Höhe von 240.000 US-Dollar für das Gebiet bereitgestellt hat,

eingedenk des Umstandes, daß Besuchsdelegationen der Vereinten Nationen ein wirksames Mittel zur Beurteilung der Lage in den kleinen Gebieten darstellen, und mit Genugtuung über die Bereitschaft der Verwaltungsmacht, Besuchsdelegationen in den unter ihrer Verwaltung stehenden Gebieten zu empfangen,

1. *billigt* das die Britischen Jungferninseln betreffende Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[11];

2. *bekräftigt* das unveräußerliche Recht des Volkes der Britischen Jungferninseln auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit im Einklang mit der in Generalversammlungsresolution 1514 (XV) enthaltenen Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker;

3. *äußert von neuem die Auffassung*, daß Faktoren wie Landesgröße, geographische Lage, Bevölkerungszahl und Knappheit der natürlichen Ressourcen keineswegs dazu führen sollten, daß die zügige Verwirklichung der in Generalversammlungsresolution 1514 (XV) enthaltenen Erklärung, die für die Britischen Jungferninseln volle Gültigkeit besitzt, in irgendeiner Weise verzögert wird;

4. *wiederholt erneut*, daß die Verwaltungsmacht verpflichtet ist, in diesem Gebiet Bedingungen zu schaffen, unter denen das Volk der Britischen Jungferninseln frei und ohne Einmischung sein unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß Generalversammlungsresolution 1514 (XV) ausüben kann;

5. *bekräftigt*, daß es gemäß den diesbezüglichen Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und der in Generalversammlungsresolution 1514 (XV) enthaltenen Erklärung letzten Endes Sache des Volkes der Britischen Jungferninseln selbst ist, über seinen zukünftigen politischen Status zu entscheiden, und erklärt erneut, daß es sehr wichtig ist, dem Volk dieses Gebiets die ihm durch die Ausübung seines Rechts auf Selbstbestimmung offenstehenden Möglichkeiten bewußt zu machen;

6. *fordert* die Verwaltungsmacht *auf*, in Konsultation mit den frei gewählten Vertretern der Regierung dieses Gebiets alles Erforderliche zu unternehmen, um eine volle und rasche Verwirklichung der in der Charta, in der Erklärung und in allen anderen diesbezüglichen Resolutionen der Vereinten Nationen niedergelegten Ziele der Entkolonialisierung sicherzustellen;

7. *stellt fest*, daß die Regierung des Gebiets nach wie vor das Ziel der wirtschaftlichen Diversifizierung – insbesondere in den Bereichen Landwirtschaft, Fischerei und Kleinindustrie – anstrebt, und fordert die Verwaltungsmacht auf, ihre diesbezüglichen Bemühungen in Abstimmung mit den lokalen Behörden zu verstärken, um dem jüngst festgestellten Rückgang in der landwirtschaftlichen Produktion entgegenzuwirken;

8. *bittet* die Verwaltungsmacht *eindringlich*, in Zusammenarbeit mit der Regierung dieses Gebiets das unveräußerliche Recht des Volkes dieses Gebiets auf die Nutzung seiner natürlichen Ressourcen durch wirksame Maßnahmen zu sichern, die das Recht dieses Volkes auf den Besitz und die Verfügungsgewalt über diese Ressourcen sowie auf die Übernahme bzw. Erhaltung der Kontrolle über ihre künftige Erschließung gewährleisten;

9. *bittet* die Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen sowie regionale Institutionen wie die Karibische Entwicklungsbank *eindringlich*, Maßnahmen im Hinblick auf raschere Fortschritte im sozialen und wirtschaftlichen Leben der Britischen Jungferninseln zu ergreifen;

10. *vertritt* die Auffassung, daß die Möglichkeit, zu gegebener Zeit eine weitere Besuchsdelegation auf die Britischen Jungferninseln zu entsenden, weiterhin im Auge behalten werden sollte;

11. *ersucht* den Sonderausschuß, diese Frage, darunter auch die Möglichkeit, in Absprache mit der Verwaltungsmacht zu einem geeigneten Zeitpunkt eventuell eine weitere Besuchsdelegation auf die Britischen Jungferninseln zu entsenden, auf seiner nächsten Tagung weiter zu prüfen und der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung darüber zu berichten.

77. Plenarsitzung
23. November 1982

37/24 – Die Frage der Caymaninseln

Die Generalversammlung,

nach Behandlung der Frage der Caymaninseln,

nach Prüfung der diesbezüglichen Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[12],

[11] *Ebd.*, Kap. XXI

* Vgl. die Fußnote auf S. 261

[12] *Ebd.*, Kap. III, V und XXII

unter Hinweis auf ihre Resolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 mit der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker und auf alle anderen Resolutionen und Beschlüsse der Vereinten Nationen über die Caymaninseln,

in Kenntnisnahme der Erklärung des Vertreters der Verwaltungsmacht[8], in welcher dieser feststellte, daß seine Regierung bei der Bestimmung des zukünftigen verfassungsmäßigen Status des Gebiets die Wünsche des Volkes der Caymaninseln voll respektieren werde,

in dem Bewußtsein der Notwendigkeit, die vollständige und baldige Verwirklichung der genannten Deklaration hinsichtlich dieses Gebiets zu gewährleisten,

im Hinblick darauf, daß die Wirtschaft des Gebiets während des Berichtzeitraums insbesondere im Fremdenverkehr, im internationalen Finanzwesen und auf dem Immobiliensektor weiterhin gesunde Wachstumsraten aufzuweisen hatte,

eingedenk der Tatsache, daß Besuchsdelegationen der Vereinten Nationen ein wirksames Mittel zur Ermittlung der Lage in den kleinen Gebieten darstellen, und mit Genugtuung über die Bereitschaft der Verwaltungsmacht, Besuchsdelegationen in den unter ihrer Verwaltung stehenden Gebieten zu empfangen,

in Kenntnis der Besonderheiten der geographischen Lage und der wirtschaftlichen Verhältnisse des Gebiets und eingedenk der Tatsache, daß die weitere Diversifizierung und Stärkung der Wirtschaft im Hinblick auf die Förderung der wirtschaftlichen Stabilität eine vorrangige Aufgabe darstellt,

1. *billigt* das die Caymaninseln betreffende Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[13];

2. *bekräftigt* das unveräußerliche Recht des Volkes der Caymaninseln auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß der in Generalversammlungsresolution 1514 (XV) enthaltenen Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker;

3. *äußert erneut* die Auffassung, daß Faktoren wie Landesgröße, geographische Lage, Einwohnerzahl und Knappheit an natürlichen Ressourcen die zügige Verwirklichung des Selbstbestimmungsprozesses gemäß der in Generalversammlungsresolution 1514 (XV) enthaltenen Erklärung, die für die Caymaninseln volle Gültigkeit besitzt, in keiner Weise verzögern sollten;

4. *stellt mit Dank fest*, daß die Verwaltungsmacht aktiv an der Arbeit des Sonderausschusses bezüglich der Caymaninseln mitwirkt und es diesem dadurch ermöglicht, die Lage in diesem Gebiet in besserer Kenntnis der Tatsachen und daher auf sinnvollere Weise mit dem Ziel zu prüfen, den Entkolonialisierungsprozeß im Sinne der vollständigen Verwirklichung der genannten Deklaration zu beschleunigen;

5. *wiederholt erneut*, daß die Verwaltungsmacht in dem Gebiet Bedingungen zu schaffen hat, unter denen das Volk der Caymaninseln frei und ohne Einmischung sein unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung gemäß Generalversammlungsresolution 1514 (XV) und gemäß allen anderen einschlägigen Resolutionen der Versammlung ausüben kann;

6. *erklärt erneut*, daß es letzten Endes Sache des Volks der Caymaninseln ist, im Einklang mit den diesbezüglichen Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und der genannten Deklaration seinen zukünftigen politischen Status zu bestimmen, und erklärt erneut, daß es sehr wichtig ist, dem Volk dieses Gebiets die ihm bei Ausübung seines Rechts auf Selbstbestimmung offenstehenden Möglichkeiten bewußt zu machen;

7. *bekräftigt* die Verantwortung der Verwaltungsmacht für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Gebiets und bittet sie eindringlich, in Zusammenarbeit mit der Regierung des Gebiets auch in Zukunft die Entwicklung von Programmen zur Förderung der wirtschaftlichen Diversifizierung, die dem Volk dieses Gebiets zugute kommen, in jeder nur denkbaren Weise zu unterstützen;

8. *bittet* die Verwaltungsmacht *eindringlich*, in Zusammenarbeit mit der Regierung des Gebiets das unveräußerliche Recht der Bevölkerung auf die Nutzung ihrer natürlichen Ressourcen durch wirksame Maßnahmen zu sichern, die das Recht der Bevölkerung auf den Besitz und die Verfügungsgewalt über diese Ressourcen sowie auf die Übernahme bzw. Erhaltung der Kontrolle über deren künftige Erschließung gewährleisten;

9. *bittet* die Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen sowie regionale Institutionen wie die Karibische Entwicklungsbank *eindringlich*, Maßnahmen im Hinblick auf raschere Fortschritte im sozialen und wirtschaftlichen Leben der Caymaninseln zu ergreifen;

10. *begrüßt* die anhaltende Unterstützung dieses Gebiets durch das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, die in den Jahren 1982-1986 US-Dollar 448.000 ausmachen wird;

11. *ist der Auffassung*, daß die Möglichkeit der zu einem geeigneten Zeitpunkt erfolgenden Entsendung einer weiteren Besuchsdelegation auf die Caymaninseln weiterhin im Auge behalten werden sollte;

12. *ersucht* den Sonderausschuß, die Prüfung dieser Frage, darunter auch die Möglichkeit, zu einem geeigneten Zeitpunkt und in Absprache mit der Verwaltungsmacht eine Besuchsdelegation auf die Caymaninseln zu entsenden, auf seiner nächsten Tagung fortzusetzen und der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung darüber zu berichten.

77. Plenarsitzung
23. November 1982

37/25 – Die Frage der Turks- und Caicosinseln

Die Generalversammlung,

nach Behandlung der Frage der Turks- und Caicosinseln,

nach Prüfung des diesbezüglichen Kapitels im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[14],

unter Hinweis auf ihre Resolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 mit der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker sowie auf alle anderen Resolutionen und Beschlüsse der Vereinten Nationen zu den Turks- und Caicosinseln,

unter Berücksichtigung der Erklärung des Vertreters der Verwaltungsmacht[8], in welcher dieser feststellte, daß seine Regierung bei der Bestimmung des zukünftigen verfassungsmäßigen Status des Gebiets die Wünsche des

[13] *Ebd.*, Kap. XXII

* Vgl. die Fußnote auf S. 261

[14] *Ebd.*, Kap. III-V und XXIII

Volkes der Turks- und Caicosinseln voll respektieren werde, und eingedenk dessen, daß es sehr wichtig ist, dem Volk des Gebiets die ihm offenstehenden Möglichkeiten bewußt zu machen,

im Bewußtsein der Notwendigkeit, die vollständige und baldige Verwirklichung der Erklärung bezüglich des Gebiets zu gewährleisten,

mit Dank feststellend, daß die Verwaltungsmacht weiterhin aktiv an der Arbeit des Sonderausschusses bezüglich der Turks- und Caicosinseln mitwirkt und es diesem dadurch ermöglicht, die Lage in diesem Gebiet in besserer Kenntnis der Sachlage und daher auf sinnvollere Weise mit dem Ziel zu prüfen, den Entkolonialisierungsprozeß im Sinne der vollständigen Verwirklichung der genannten Deklaration zu beschleunigen,

in Kenntnis des Besonderheiten der geographischen Lage und der wirtschaftlichen Verhältnisse dieses Gebiets sowie eingedenk dessen, daß die weitere Diversifizierung und Stärkung der Wirtschaft im Hinblick auf die Förderung der wirtschaftlichen Stabilität und die Entwicklung einer breiteren wirtschaftlichen Grundlage eine vorrangige Aufgabe darstellt,

unter Hinweis auf alle diesbezüglichen Resolutionen der Vereinten Nationen über Militärstützpunkte und militärische Anlagen in Kolonialgebieten und in Gebieten ohne Selbstregierung,

in Kenntnisnahme der Vorkehrungen für eine Ausbildung an ausländischen Universitäten und eine Berufsausbildung in dem Gebiet selbst,

eingedenk der Tatsache, daß Besuchsdelegationen der Vereinten Nationen ein wirksames Mittel zur Ermittlung der Lage in den kleinen Gebieten darstellen, und mit Genugtuung über die Bereitschaft der Verwaltungsmacht, Besuchsdelegationen in den unter ihrer Verwaltung stehenden Gebieten zu empfangen,

1. *billigt* das die Turks- und Caicosinseln betreffende Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[15];

2. *bekräftigt* das unveräußerliche Recht des Volkes der Turks- und Caicosinseln auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß der in Generalversammlungsresolution 1514 (XV) enthaltenen Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker;

3. *äußert erneut* die Auffassung, daß Faktoren wie Landesgröße, geographische Lage, Einwohnerzahl und begrenzte natürliche Ressourcen die baldige Ausübung des unveräußerlichen Rechts der Bevölkerung dieses Gebiets gemäß der in Generalversammlungsresolution 1514 (XV) enthaltenen Erklärung, die für die Turks- und Caicosinseln volle Gültigkeit besitzt, in keiner Weise verzögern sollten;

4. *wiederholt erneut*, daß die Verwaltungsmacht in diesem Gebiet Bedingungen zu schaffen hat, unter denen das Volk der Turks- und Caicosinseln sein unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß Generalversammlungsresolution 1514 (XV) sowie gemäß allen anderen diesbezüglichen Resolutionen der Generalversammlung frei und ohne Einmischung ausüben kann;

5. *erklärt erneut*, daß nach der Charta der Vereinten Nationen die Verwaltungsmacht für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der von ihr abhängigen Gebiete verantwortlich ist, und bittet die Verwaltungsmacht eindringlich, in Absprache mit der Regierung des Gebiets die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Turks-und Caicosinseln voranzutreiben und insbesondere ihre Hilfsprogramme zu verstärken und auszubauen, damit die wirtschaftliche und soziale Infrastruktur des Gebiets rascher entwickelt werden kann;

6. *betont*, daß der Diversifizierung der Wirtschaft, insbesondere durch die Förderung der Landwirtschaft und der Fischerei, im Interesse des Volkes des Gebiets größere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte;

7. *weist daraufhin*, daß es Pflicht der Verwaltungsmacht ist, im Einklang mit den frei geäußerten Wünschen des Volkes das unveräußerliche Recht des Volkes dieses Gebiets auf Nutzung seiner natürlichen Ressourcen zu schützen, zu garantieren und zu sichern, indem sie wirksame Maßnahmen ergreift, die das Recht dieses Volkes auf den Besitz und die Verfügungsgewalt über diese Ressourcen sowie auf die Übernahme bzw. Erhaltung der Kontrolle über deren künftige Erschließung gewährleisten;

8. *bittet* die Sonderorganisationen* und anderen Organisationen der Vereinten Nationen sowie regionale Institutionen wie die Karibische Entwicklungsbank *eindringlich*, dem Entwicklungsbedarf der Turks- und Caicosinseln besondere Aufmerksamkeit zu schenken;

9. *bekräftigt ihre feste Überzeugung*, daß die Verwaltungsmacht Sorge zu tragen hat, daß das Bestehen von Militärstützpunkten und militärischen Anlagen das Volk des Gebiets nicht daran hindert, sein unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen der Charta auszuüben und bittet die Verwaltungsmacht eindringlich, alles Erforderliche zu tun, damit die betreffenden Resolutionen der Vereinten Nationen über Militärstützpunkte und militärische Anlagen in Kolonialgebieten und Gebieten ohne Selbstregierung von ihr voll eingehalten werden;

10. *ersucht* die Verwaltungsmacht, in Absprache mit der Regierung des Gebiets auch weiterhin die nötige Unterstützung bei der Ausbildung von qualifiziertem einheimischem Personal in allen für die Entwicklung der verschiedenen Gesellschaftsbereiche des Gebiets erforderlichen Wissensgebieten zu leisten;

11. *vertritt die Auffassung*, daß die Möglichkeit, zu gegebener Zeit eine weitere Besuchsdelegation auf die Turks- und Caicosinseln zu entsenden, weiterhin im Auge behalten werden sollte;

12. *ersucht* den Sonderausschuß, die Prüfung dieser Frage, einschließlich der Möglichkeit, in Absprache mit der Verwaltungsmacht zu einem geeigneten Zeitpunkt eine weitere Besuchsdelegation auf die Turks- und Caicosinseln zu entsenden, auf seiner nächsten Tagung fortzusetzen und der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung darüber einen Bericht vorzulegen.

77. Plenarsitzung
23. November 1982

37/26—Die Frage der Amerikanischen Jungferninseln

Die Generalversammlung,

nach Behandlung der Frage der Amerikanischen Jungferninseln,

[15] *Ebd.*, Kap. XXIII

* Vgl. die Fußnote auf S. 261

nach Prüfung der diesbezüglichen Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[16],

unter Hinweis auf ihre Resolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 mit der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker und auf alle anderen Resolutionen und Beschlüsse der Vereinten Nationen zu den Amerikanischen Jungferninseln,

mit Genugtuung feststellend, daß die Verwaltungsmacht nach wie vor aktiv an der Arbeit des Sonderausschusses bezüglich der Amerikanischen Jungferninseln mitwirkt und diesem dadurch eine besser dokumentierte und sinnvollere Prüfung der Lage in dem Gebiet gestattet, und mit dem Ausdruck ihrer Befriedigung über die Bereitschaft der Verwaltungsmacht, in den unter ihrer Verwaltung stehenden Gebieten Besuchsdelegationen zu empfangen,

nach Anhörung der Erklärung des Vertreters der Verwaltungsmacht[17],

die Tatsache zur Kenntnis nehmend, daß das Volk die vorgeschlagene Verfassung am 3. November 1981 nach ausführlichen Debatten in einem Referendum abgelehnt hat,

eingedenk der Tatsache, daß die Regierung des Gebiets durch die Verabschiedung von Gesetzen zur Lösung des Ausländerproblems in dem Gebiet positive Maßnahmen ergriffen hat,

im Hinblick auf die fortgesetzten Bemühungen der Regierung des Gebiets um eine Diversifizierung der Wirtschaft und ferner im Hinblick auf die Fortschritte, die in den Bereichen der Bauwirtschaft und der Fertigungsindustrie erzielt worden sind, wozu auch die Entwicklungen in der Ölraffinage und der Erzeugung von Aluminium und Rum gehören,

befriedigt über die Bemühungen zur Neubelebung von Gesundheitsprogrammen, zur Eindämmung der Jugendkriminalität, über die Maßnahmen zur Verbesserung der Verbrechensverhütung sowie über die Maßnahmen zum Ausbau und zur Modernisierung der Lehranstalten,

1. *billigt* das die Amerikanischen Jungferninseln betreffende Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[18];

2. *bekräftigt* das unveräußerliche Recht des Volkes der Amerikanischen Jungferninseln auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß der in Generalversammlungsresolution 1514 (XV) enthaltenen Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker;

3. *äußert von neuem* die Auffassung, daß Faktoren wie Landesgröße, geographische Lage, Bevölkerungszahl und Knappheit an natürlichen Ressourcen in keiner Weise die zügige Verwirklichung der in Generalversammlungsresolution 1514 (XV) enthaltenen Erklärung verzögern sollten, die volle Gültigkeit für die Amerikanischen Jungferninseln besitzt;

4. *fordert* die Verwaltungsmacht *auf*, unter Berücksichtigung der frei geäußerten Wünsche des Volkes der Amerikanischen Jungferninseln alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um den Entkolonialisierungsprozeß im Einklang mit den entsprechenden Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen und der genannten Deklaration sowie mit allen anderen diesbezüglichen Resolutionen der Generalversammlung zu beschleunigen;

5. *erklärt erneut*, daß die Verwaltungsmacht die Pflicht hat, in Absprache mit der Regierung des Gebiets die einheimische Bevölkerung über die ihr offenstehenden Möglichkeiten zu informieren, damit sie ihr unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß Generalversammlungsresolution 1514 (XV) frei und ohne Einmischung ausüben kann, und fordert die Verwaltungsmacht in diesem Zusammenhang auf, die Arbeit der vor kurzem eingerichteten Statuskommission zu erleichtern und dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung über die Diskussionen zum zukünftigen politischen Status des Gebiets voll unterrichtet wird;

6. *bittet* die Verwaltungsmacht *eindringlich*, die Verabschiedung von Gesetzen zum Thema des Ausländerproblems in dem Gebiet, die derzeit vom Kongreß der Vereinigten Staaten von Amerika geprüft werden, zu beschleunigen;

7. *erklärt erneut*, daß die Verwaltungsmacht für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung dieses Gebiets verantwortlich ist;

8. *bittet* die Verwaltungsmacht *eindringlich*, in Zusammenarbeit mit der Regierung des Gebiets durch zusätzliche Diversifizierungsmaßnahmen in allen Bereichen und durch die Entwicklung einer entsprechenden Infrastruktur die Wirtschaft des Gebiets zu stärken;

9. *bittet* die Verwaltungsmacht *eindringlich*, in Zusammenarbeit mit der Regierung der Amerikanischen Jungferninseln das unveräußerliche Recht des Volkes dieses Gebiets auf die Nutzung seiner natürlichen Ressourcen durch wirksame Maßnahmen zu sichern, die das Recht dieses Volkes auf den Besitz und die Verfügungsgewalt über diese natürlichen Ressourcen sowie auf die Übernahme bzw. Erhaltung der Kontrolle über deren zukünftige Erschließung gewährleisten;

10. *bittet* die Verwaltungsmacht *eindringlich*, in Zusammenarbeit mit der Regierung des Gebiets weiter an der Verbesserung der sozialen Bedingungen zu arbeiten und sich besonders um die Überwindung von Problemen im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit, sozialem Wohnungsbau, Gesundheitsversorgung, Bildungswesen und Kriminalität zu bemühen;

11. *vertritt die Auffassung*, daß die Möglichkeit, zu gegebener Zeit eine weitere Besuchsdelegation auf die Amerikanischen Jungferninseln zu entsenden, weiterhin im Auge behalten werden sollte;

12. *ersucht* den Sonderausschuß, die Prüfung dieser Frage einschließlich der Möglichkeit, zu einem geeigneten Zeitpunkt und in Absprache mit der Verwaltungsmacht eine weitere Besuchsdelegation auf die Amerikanischen Jungferninseln zu entsenden, auf seiner nächsten Tagung fortzusetzen und der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung darüber zu berichten.

77. Plenarsitzung
23. November 1982

[16] *Ebd.*, Kap. III, V und XXIV

[17] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Fourth Committee*, 20. Sitzung, Ziffer 13-18

[18] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 23* (A/37/23/Rev.1), Kap. XXIV

37/27 – Die Frage Montserrats

Die Generalversammlung,

nach Behandlung der Frage Montserrats,

nach Prüfung der diesbezüglichen Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[19],

ferner nach Behandlung des Berichts der auf Einladung der Verwaltungsmacht, der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, im August 1982 in dieses Gebiet entsandten Besuchsdelegation der Vereinten Nationen[20],

unter Hinweis auf ihre Resolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 mit der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 36/62 vom 25. November 1981 über die Frage von fünf Gebieten einschließlich Montserrats,

nach Anhörung der Erklärung des Vertreters der Verwaltungsmacht[21],

eingedenk der Pflicht der Vereinten Nationen, dem Volk von Montserrat zur Verwirklichung seiner Bestrebungen im Einklang mit den Zielen der genannten Deklaration zu verhelfen,

unter Hinweis darauf, daß die Verwaltungsmacht im Einklang mit der genannten Deklaration ständig dafür zu sorgen hat, daß das Volk von Montserrat über sein unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit voll informiert wird,

in Kenntnis der besonderen Probleme des Gebiets aufgrund seiner isolierten Lage, seiner geringen Größe, seiner begrenzten Ressourcen und der mangelnden Infrastruktur,

1. *billigt* das Montserrat betreffende Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[22];

2. *billigt* ferner den Bericht der 1982 nach Montserrat entsandten Besuchsdelegation der Vereinten Nationen[20];

3. *bekräftigt* das unveräußerliche Recht des Volks von Montserrat auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit im Einklang mit der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker;

4. *äußert von neuem die Auffassung*, daß Faktoren wie Landesgröße, geographische Lage, Einwohnerzahl und Knappheit an natürlichen Ressourcen die zügige Verwirklichung des Selbstbestimmungsprozesses im Sinne der genannten Deklaration, die volle Gültigkeit für Montserrat besitzt, in keiner Weise verzögern sollten;

5. *empfiehlt* die Arbeitsergebnisse und Empfehlungen der Besuchsdelegation[23] der Regierung der Verwaltungsmacht, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, sowie der Regierung von Montserrat als Grundlage für entsprechende Maßnahmen;

6. *dankt* den Mitgliedern der Besuchsdelegation für ihre konstruktive Arbeit sowie der Verwaltungsmacht, der Regierung, dem Gesetzgebenden Rat und dem Volk von Montserrat für ihre enge Zusammenarbeit mit der Delegation und für die dieser gewährte Unterstützung;

7. *fordert* die Verwaltungsmacht *auf*, die erforderlichen Maßnahmen zur Förderung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung von Montserrat zu ergreifen;

8. *fordert* die Verwaltungsmacht *auf*, in Zusammenarbeit mit der Regierung von Montserrat politische Bildungsprogramme einzuführen, damit die Bevölkerung voll über die ihr offenstehenden Möglichkeiten bei der Ausübung ihres Rechts auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit unterrichtet wird;

9. *bittet* die Verwaltungsmacht *eindringlich*, ihr Hilfsprogramm weiterhin zu intensivieren und auszuweiten, um den Aufbau der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur des Gebiets zu beschleunigen;

10. *ersucht* die Verwaltungsmacht, sich unter Berücksichtigung der Schlußfolgerungen und Empfehlungen der Besuchsdelegation auch weiterhin um die Unterstützung der Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen sowie anderer regionaler und internationaler Gremien bei der Stärkung, dem Aufbau und der Diversifizierung der Wirtschaft des Gebiets zu bemühen;

11. *ersucht* den Sonderausschuß, diese Frage einschließlich der Möglichkeit, in Absprache mit der Verwaltungsmacht zu einem geeigneten Zeitpunkt eine weitere Besuchsdelegation nach Montserrat zu entsenden, auf seiner nächsten Tagung weiter zu prüfen, und der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung darüber Bericht zu erstatten.

77. Plenarsitzung
23. November 1982

37/28 – Die Frage der Westsahara[24]

Die Generalversammlung,

nach eingehender Behandlung der Frage der Westsahara,

unter Hinweis auf das unveräußerliche Recht aller Völker auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und der in Generalversammlungsresolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 enthaltenen Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 35/19 vom 11. November 1980 und 36/46 vom 24. November 1981 über die Frage der Westsahara,

nach Behandlung des diesbezüglichen Kapitels des Berichts des Sonderausschusses über den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[25],

nach Anhörung der Erklärungen zur Frage der Westsahara, insbesondere der Erklärung des Vertreters der Frente Popular para la Liberación de Saguia el-Hamra y de Río de Oro[26],

---

[19] *Ebd.*, Kap. III und XXVIII

[20] A/AC.109/722

[21] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Fourth Committee*, 17. Sitzung, Ziffer 64-66

[22] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 23* (A/37/23/Rev.1), Kap. XXVIII

[23] A/AC.109/722, Abschnitt IV

* Vgl. die Fußnote auf S. 261

[24] Vgl. auch Abschnitt I, Fußnote 7 und Abschnitt X.B.6, Beschluß 37/411

[25] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 23* (A/37/23/Rev.1), Kap. IX

[26] Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Fourth Committee, 20. Sitzung, Ziffer 2-8

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/80 vom 9. Dezember 1981 über die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der afrikanischen Einheit,

unter Hinweis auf alle Beschlüsse der Organisation der afrikanischen Einheit über die Frage der Westsahara,

ferner unter Hinweis auf den Beschluß der vom 24. bis 27. Juni 1981 in Nairobi abgehaltenen achtzehnten ordentlichen Tagung der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation der afrikanischen Einheit, im gesamten Gebiet der Westsahara ein allgemeines und ordnungsgemäßes Referendum über die Selbstbestimmung zu veranstalten[27],

in Kenntnisnahme der verschiedenen Beschlüsse des Implementierungsausschusses der Organisation der afrikanischen Einheit für die Westsahara bezüglich der Schaffung eines geeigneten Mechanismus, der es dem Volk der Westsahara ermöglichen soll, sich frei und demokratisch zu seiner Zukunft zu äußern,

1. *bekräftigt* das unveräußerliche Recht des Volkes der Westsahara auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß der Charta der Vereinten Nationen, der Charta der Organisation der afrikanischen Einheit und den Zielen der Versammlungsresolution 1514 (XV) sowie gemäß den diesbezüglichen Resolutionen der Generalversammlung und der Organisation der afrikanischen Einheit;

2. *begrüßt* die Bemühungen der Organisation der afrikanischen Einheit um die Förderung einer gerechten und endgültigen Lösung des Westsahara-Problems;

3. *ist auch weiterhin davon überzeugt*, daß nur Verhandlungen zwischen Marokko und der Frente Popular para la Liberación de Saguia el-Hamra y de Río de Oro die objektiven Bedingungen für die Wiederherstellung des Friedens im nordwestlichen Afrika schaffen und die faire Abhaltung eines allgemeinen, freien und ordnungsgemäßen Referendums über die Selbstbestimmung in der Westsahara gewährleisten können;

4. *appelliert* zu diesem Zweck an die beiden Konfliktparteien Marokko und die Frente Popular para la Liberación de Saguia el-Hamra y de Río de Oro, Verhandlungen zur Erzielung eines Waffenstillstands im Sinne von Generalversammlungsresolution 36/46 und der Beschlüsse der Organisation der afrikanischen Einheit aufzunehmen;

5. *bekräftigt* die Entschlossenheit der Vereinten Nationen, die Organisation der afrikanischen Einheit bei der fairen und unparteiischen Organisation des Referendums voll zu unterstützen;

6. *ersucht* hierzu den Generalsekretär, durch die erforderlichen Schritte für die wirksame Beteiligung der Vereinten Nationen an der Organisation und der Abhaltung des Referendums zu sorgen und der Generalversammlung und dem Sicherheitsrat über diese Angelegenheit sowie über die Maßnahmen zu berichten, die einen Beschluß des Sicherheitsrats erforderlich machen;

7. *ersucht* den Generalsekretär *eindringlich*, im Hinblick auf die Durchführung der einschlägigen Beschlüsse der Organisation der afrikanischen Einheit sowie der vorliegenden Resolution eng mit dem Generalsekretär der Organisation der afrikanischen Einheit zusammenzuarbeiten;

8. *ersucht* den Sonderausschuß für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker, die Lage in der Westsahara auch weiterhin vorrangig zu behandeln und der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung darüber zu berichten.

77. Plenarsitzung
23. November 1982

37/29 – Gemäß Artikel 73 e) der Charta der Vereinten Nationen übermittelte Informationen aus Gebieten ohne Selbstregierung

Die Generalversammlung,

nach Prüfung des Kapitels des Berichts des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker über die gemäß Artikel 73 *e*) der Charta der Vereinten Nationen übermittelten Informationen aus Gebieten ohne Selbstregierung[28] sowie nach Prüfung der hinsichtlich dieser Informationen ergriffenen Maßnahmen des Ausschusses,

ferner nach Prüfung des Berichts des Generalsekretärs zu dieser Frage[29],

unter Hinweis auf ihre Resolution 1970 (XVIII) vom 16. Dezember 1963, in der sie den Sonderausschuß ersuchte, die dem Generalsekretär gemäß Artikel 73 *e*) der Charta übermittelten Informationen zu untersuchen und diese Informationen bei der Prüfung des Standes der Verwirklichung der Erklärung voll zu berücksichtigen,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 36/49 vom 24. November 1981, in der sie den Sonderausschuß ersuchte, weiterhin die ihm mit Resolution 1970 (XVIII) übertragenen Funktionen auszuüben,

die Tatsache *beklagend*, daß einige für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung verantwortliche Staaten keine Informationen gemäß Artikel 73 *e*) der Charta mehr übermitteln,

1. *billigt* das Kapitel des Berichts des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker, das sich auf die gemäß Artikel 73 *e*) der Charta der Vereinten Nationen übermittelten Informationen aus Gebieten ohne Selbstregierung bezieht;

2. *erklärt erneut*, daß solange kein Beschluß der Generalversammlung selbst darüber vorliegt, daß ein Gebiet die volle Selbstregierung im Sinne von Kapitel XI der Charta erreicht hat, die betreffende Verwaltungsmacht damit fortfahren sollte, gemäß Artikel 73 *e*) der Charta Informationen über ein Gebiet ohne Selbstregierung zu übermitteln;

3. *ersucht* die betreffenden Verwaltungsmächte, dem Generalsekretär spätestens sechs Monate nach Ablauf des Verwaltungsjahres in den jeweiligen Gebieten die in Artikel 73 *e*) der Charta vorgeschriebenen Informationen sowie auch möglichst ausführliche Informationen über politische und konstitutionelle Entwicklungen in diesen Gebieten zu übermitteln bzw. weiterhin zu übermitteln;

4. *ersucht* den Sonderausschuß, im Einklang mit den etablierten Verfahren weiterhin die ihm mit Gene-

[27] Vgl. A/36/534, Anhang II, Resolution AHG/Res.103 (XVIII)

[28] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 23* (A/37/23/Rev.1), Kap. VIII

[29] A/37/501

ralversammlungsresolution 1970 (XVIII) übertragenen Funktionen zu erfüllen und der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung darüber zu berichten.

77. Plenarsitzung
23. Dezember 1982

37/30 – Osttimor-Frage

Die Generalversammlung,

in Anerkennung des unveräußerlichen Rechts aller Völker auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und der in ihrer Resolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 enthaltenen Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker sowie gemäß anderen einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen,

nach Prüfung des sich auf Osttimor[30] beziehenden Kapitels des Berichts des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker sowie anderer einschlägiger Dokumente,

in Kenntnisnahme des Berichts des Generalsekretärs über die Osttimor-Frage[31],

in Kenntnisnahme der Resolution 1982/20 des Unterausschusses für Diskriminierungsverhütung und Minderheitenschutz vom 8. September 1982[32],

nach Anhörung der Erklärung des Vertreters von Portugal als Verwaltungsmacht[33],

nach Anhörung der Erklärung des Vertreters Indonesiens[34],

nach Anhörung der Erklärungen des Vertreters der Frente Revolucionária de Timor Leste Independente und verschiedener Bittsteller aus Osttimor und von Vertretern nichtstaatlicher Organisationen[35],

eingedenk der Tatsache, daß sich die Verwaltungsmacht Portugal uneingeschränkt und feierlich verpflichtet hat, das Recht des Volkes von Osttimor auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit zu verteidigen,

ferner eingedenk ihrer Resolutionen 3485 (XXX) vom 12. Dezember 1975, 31/53 vom 1. Dezember 1976, 32/34 vom 28. November 1977, 33/39 vom 13. Dezember 1978, 34/40 vom 21. November 1979, 35/27 vom 11. November 1980 und 36/50 vom 24. November 1981,

besorgt über die humanitäre Lage in diesem Gebiet und in der Auffassung, daß die internationale Gemeinschaft nichts unversucht lassen sollte, um die Lebensbedingungen des Volkes von Osttimor zu verbessern und ihm die wirksame Ausübung seiner grundlegenden Menschenrechte zu garantieren,

1. *ersucht* den Generalsekretär, mit allen direkt beteiligten Parteien Konsultationen aufzunehmen, um Möglichkeiten für eine umfassende Regelung des Problems zu erkunden, und ersucht ihn, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung hierüber zu berichten;

2. *ersucht* den Sonderausschuß für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker, sich ständig aktiv mit der Lage in diesem Gebiet zu befassen und den Generalsekretär in jeder Hinsicht zu unterstützen, um dadurch die Durchführung der vorliegenden Resolution zu erleichtern;

3. *ruft* alle Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, insbesondere das Welternährungsprogramm, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen und das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge *auf*, dem Volk von Osttimor in enger Absprache mit der Verwaltungsmacht Portugal in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen umgehend beizustehen;

4. *beschließt* die Aufnahme des Tagesordnungspunktes "Osttimor-Frage" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

77. Plenarsitzung
23. November 1982

37/31 – Tätigkeit fremder wirtschaftlicher und sonstiger Interessen, die die Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker in Namibia und allen anderen unter Kolonialherrschaft stehenden Gebieten sowie die Bemühungen um die Beseitigung von Kolonialismus, Apartheid und rassischer Diskriminierung im südlichen Afrika behindern

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Tagesordnungspunkts "Tätigkeit fremder wirtschaftlicher und sonstiger Interessen, die die Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker in Namibia und allen anderen unter Kolonialherrschaft stehenden Gebieten sowie die Bemühungen um die Beseitigung von Kolonialismus, Apartheid und rassischer Diskriminierung im südlichen Afrika behindern",

nach Prüfung des diesbezüglichen Kapitels im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[36],

unter Berücksichtigung der einschlägigen Kapitel im Bericht des Namibia-Rats der Vereinten Nationen[37],

in Kenntnisnahme des Zwischenberichts des Zentrums der Vereinten Nationen für transnationale Unternehmen[38] über den Stand der Vorbereitungsarbeiten zu einem Verzeichnis, in dem gemäß Generalversammlungsresolution 36/51 vom 24. November 1981 die von transnationalen Unternehmen aus ihrer Tätigkeit in Kolonialgebieten erzielten Gewinne aufgeführt werden sollen,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 mit der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker, 2621 (XXV) vom 12. Oktober 1970 mit dem Aktionsprogramm für die vollständige Verwirklichung der Erklärung und 35/118 vom 11. Dezember 1980, die im

---

[30] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 23* (A/37/23/Rev.1), Kap. X
[31] A/37/538
[32] Vgl. E/CN.4/1983/4 - E/CN.4/Sub.2/1982/43 mit Korr.1, Kap. XXI
[33] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Fourth Committee*, 14. Sitzung, Ziffer 17-19
[34] *Ebd.*, 23. Sitzung, Ziffer 22-37
[35] *Ebd.*, 15 -18. Sitzung

* Vgl. die Fußnote auf S. 261

[36] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 23* (A/37/23/Rev.1), Kap. V
[37] *Ebd.*, Beilage 24 (A/37/24), Zweiter Teil, Kap. IV und XI A
[38] A/37/405, Anhang I

Anhang den Aktionsplan für die vollständige Verwirklichung der Erklärung enthält, sowie auf alle anderen diesbezüglichen Resolutionen der Vereinten Nationen,

in Bekräftigung der nach der Charta der Vereinten Nationen bestehenden feierlichen Verpflichtung der Verwaltungsmächte, den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und bildungsmäßigen Fortschritt der Einwohner der unter ihrer Verwaltung befindlichen Gebiete zu fördern sowie die menschlichen und natürlichen Ressourcen dieser Gebiete vor Mißbrauch zu schützen,

eingedenk der diesbezüglichen Resolutionen, die vom Ministerrat der Organisation der afrikanischen Einheit auf seiner siebenunddreißigsten ordentlichen Tagung vom 15. bis 26. Juni 1981 in Nairobi verabschiedet[39] und von der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation der afrikanischen Einheit auf ihrer achtzehnten ordentlichen Tagung vom 24. bis 27. Juni 1981 in Nairobi gebilligt wurden,

unter Berücksichtigung der einschlägigen Bestimmungen der Sondererklärung über Namibia[40], die von der Internationalen Konferenz über Sanktionen gegen Südafrika verabschiedet wurde,

erneut erklärend, daß jede wirtschaftliche oder sonstige Tätigkeit, die der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker im Wege steht und die Bemühungen um die Beseitigung von Kolonialismus, Apartheid und rassischer Diskriminierung im südlichen Afrika und anderen Kolonialgebieten behindert, eine direkte Verletzung der Rechte der Bewohner dieser Gebiete sowie der Grundsätze der Charta und aller einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen darstellt,

erneut erklärend daß die natürlichen Ressourcen aller unter kolonialer und rassistischer Herrschaft stehenden Gebiete das Erbe der Bevölkerung dieser Gebiete sind und daß insbesondere in Namibia die Ausbeutung und Erschöpfung dieser Ressourcen durch ausländische wirtschaftliche Interessen im Bund mit dem südafrikanischen Besatzungsregime eine direkte Verletzung der Rechte der Bevölkerung sowie der Grundsätze der Charta und aller einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen darstellt,

eingedenk der einschlägigen Bestimmungen des Schlußkommuniqués und anderer Dokumente der vom 31. Mai bis 5. Juni 1982 in Havanna abgehaltenen Ministertagung des Koordinierungsbüros nichtgebundener Länder[41],

unter Berücksichtigung der diesbezüglichen Bestimmungen der Erklärung und des Aktionsprogramms von Aruscha für Namibia[42], die vom Namibia-Rat der Vereinten Nationen auf seinen außerordentlichen Plenarsitzungen vom 13. Mai 1982 in Aruscha (Vereinigte Republik Tansania) verabschiedet wurden,

mit tiefer Besorgnis feststellend, daß die Kolonialmächte und bestimmte Staaten durch ihre Aktivitäten in den Kolonialgebieten nach wie vor die diesbezüglichen Beschlüsse der Vereinten Nationen mißachten und insbesondere den einschlägigen Bestimmungen der Generalversammlungsresolutionen 2621 (XXV) und 36/51 nicht nachgekommen sind, in welchen die Versammlung alle Regierungen, die dies noch nicht getan hatten, aufforderte, gesetzliche, administrative oder andere Maßnahmen bezüglich ihrer Staatsangehörigen und der unter ihre Rechtssprechung fallenden juristischen Personen zu ergreifen, die in Kolonialgebieten, insbesondere in Afrika, Unternehmen besitzen und betreiben, die den Interessen der Bevölkerung dieser Gebiete abträglich sind, damit der Tätigkeit solcher Unternehmen ein Ende gesetzt wird und neue Investitionen verhindert werden, die den Interessen der Einwohner dieser Gebiete zuwiderlaufen,

unter Verurteilung der verstärkten Aktivitäten derjenigen fremden wirtschaftlichen, finanziellen und sonstigen Interessen, die – besonders im Fall Namibias – weiterhin zum Nachteil der Interessen der Einwohner die natürlichen und menschlichen Ressourcen der Kolonialgebiete ausbeuten, riesige Gewinne anhäufen und rücktransferieren und damit die Erfüllung des legitimen Strebens der Bevölkerung dieser Gebiete nach Selbstbestimmung und Unabhängigkeit behindern,

unter nachdrücklicher Verurteilung der fortgesetzten Unterstützung des rassistischen Minderheitsregimes von Südafrika durch jene fremden wirtschaftlichen, finanziellen und sonstigen Interessen, die mit ihm bei der Ausbeutung der natürlichen und menschlichen Ressourcen des internationalen Territoriums Namibia sowie in der weiteren Festigung seiner illegalen rassistischen Herrschaft über das Gebiet und in der Stärkung seines Apartheidsystems kollaborieren,

unter nachdrücklicher Verurteilung der Investition von ausländischem Kapital in die Uranerzeugung sowie der Kollaboration bestimmter westlicher Staaten und anderer Staaten mit dem rassistischen Minderheitsregime Südafrikas auf nuklearem Gebiet, die dem Regime nukleare Ausstattung und Technologie verschaffen und es ihm so ermöglichen, eine nukleare und militärische Kapazität zu entwickeln und zur Atommacht zu werden, wodurch die fortdauernde illegale Besetzung Namibias durch Südafrika gefördert wird,

besorgt über die Verhältnisse in anderen Kolonialgebieten, einschließlich bestimmter Gebiete in der Karibik und im Pazifik, in denen fremde wirtschaftliche, finanzielle und sonstige Interessen die einheimische Bevölkerung nach wie vor ihrer Rechte auf die Reichtümer ihrer Länder berauben und die Bewohner auch weiterhin unter dem Verlust ihres Grundbesitzes leiden, da die betreffenden Verwaltungsmächte trotz der wiederholten Appelle der Generalversammlung den Verkauf von Land an Ausländer keinerlei Beschränkung unterwerfen,

in dem Bewußtsein, daß die Weltöffentlichkeit auch weiterhin gegen die Beteiligung fremder wirtschaftlicher, finanzieller und sonstiger Interessen an der Ausbeutung der natürlichen und menschlichen Ressourcen mobilisiert werden muß, die die Erreichung der Unabhängigkeit der Kolonialgebiete und die Beseitigung des Rassismus, insbesondere im südlichen Afrika, erschwert,

1. *bekräftigt* das unveräußerliche Recht der Völker abhängiger Gebiete auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit und die Nutzung der natürlichen Ressourcen ihrer Gebiete sowie ihr Recht, über diese Ressourcen zu ihrem eigenen Besten zu verfügen;

2. *wiederholt erneut*, daß jede Verwaltungs- oder Besatzungsmacht, die die kolonialen Völker an der Ausübung ihrer legitimen Rechte auf ihre natürlichen Ressourcen hindert oder die Rechte und Interessen dieser Völker fremden wirtschaftlichen und finanziellen Interessen unterordnet, ihre mit der Charta der Vereinten

[39] Vgl. A/36/534, Anhang I

[40] *Report of the International Conference on Sanctions against South Africa, Paris, 20-27 May 1981* (A/CONF.107/8), Abschnitt X.B.

[41] A/37/333-S/15278, Anhang

[42] Vgl. *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 24* (A/37/24), Ziffer 767

Nationen eingegangenen feierlichen Verpflichtungen verletzt;

3. *erklärt erneut*, daß das gegenwärtige Wirken fremder wirtschaftlicher, finanzieller und sonstiger Interessen in den Kolonialgebieten, insbesondere im südlichen Afrika, durch die Ausbeutung und Erschöpfung der natürlichen Ressourcen, die fortgesetzte Anhäufung und Rücktransferierung riesiger Gewinne sowie die Verwendung dieser Gewinne zur Bereicherung ausländischer Siedler und zur Festigung der Kolonialherrschaft und der rassischen Diskriminierung in diesen Gebieten ein Haupthindernis für die politische Unabhängigkeit, die Rassengleichheit und die Nutzung der natürlichen Ressourcen dieser Gebiete durch deren einheimische Bewohner darstellt;

4. *verurteilt* die Tätigkeit fremder wirtschaftlicher und sonstiger Interessen in den Kolonialgebieten als Hindernis für die Verwirklichung der in Generalversammlungsresolution 1514 (XV) enthaltenen Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker sowie für die Bemühungen zur Beseitigung von Kolonialismus, Apartheid und rassischer Diskriminierung;

5. *verurteilt* die Politik der Regierungen, die nach wie vor diejenigen fremden wirtschaftlichen und sonstigen Interessen unterstützen oder mit ihnen zusammenarbeiten, die die natürlichen und menschlichen Ressourcen dieser Gebiete – und vor allem auf illegale Weise die Meeresressourcen Namibias – ausbeuten und so die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte und Interessen der einheimischen Bevölkerung verletzen und die vollständige und rasche Durchführung der Erklärung hinsichtlich dieser Gebiete behindern;

6. *verurteilt nachdrücklich* die Kollusion der Regierungen bestimmter westlicher Staaten und anderer Staaten mit dem rassistischen Minderheitsregime Südafrikas auf nuklearem Gebiet und fordert diese Regierungen und alle anderen Regierungen auf, das rassistische Minderheitsregime Südafrikas weder auf direktem noch indirektem Weg mit Anlagen zu beliefern, die ihm die Erzeugung von Uran, Plutonium und anderem Kernmaterial, von Kernreaktoren oder nuklearen militärischen Ausrüstungen ermöglichen würden;

7. *ersucht* den Sonderausschuß für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker, die Lage in anderen Gebieten ohne Selbstregierung weiterhin genau zu überwachen, damit sichergestellt wird, daß alle wirtschaftlichen Aktivitäten in diesen Gebieten im Interesse der einheimischen Bevölkerung auf die Stärkung und Diversifizierung ihrer Volkswirtschaften sowie auf die baldige Erlangung ihrer Unabhängigkeit gerichtet sind und daß diese Völker nicht für politische, militärische und andere, ihren Interessen abträgliche Ziele ausgebeutet werden;

8. *verurteilt nachdrücklich* diejenigen westlichen Staaten und alle anderen Staaten sowie die transnationalen Unternehmen, die weiterhin in das rassistische Regime Südafrikas investieren und ihm Waffen, Erdöl und Kerntechnologie liefern, wodurch sie das Regime unterstützen und die Bedrohung des Weltfriedens verschärfen;

9. *fordert* alle Staaten, insbesondere bestimmte westliche Staaten, *auf*, dringend wirksame Maßnahmen zur Beendigung jeder Form der Kollaboration mit Südafrika auf politischem, diplomatischem, wirtschaftlichem, handelspolitischem, militärischem und nuklearem Gebiet zu ergreifen sowie davon Abstand zu nehmen, in Verletzung der einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen und der Organisation der afrikanischen Einheit andere Beziehungen zu dem rassistischen Regime Südafrikas aufzunehmen;

10. *fordert erneut* alle Regierungen, die dies noch nicht getan haben, *auf*, gesetzliche, administrative oder andere Maßnahmen bezüglich ihrer Staatsangehörigen und der unter ihre Rechtssprechung fallenden juristischen Personen zu ergreifen, die in Kolonialgebieten, insbesondere in Afrika, Unternehmen besitzen und betreiben, die den Interessen der Einwohner dieser Gebiete abträglich sind, damit derartige Unternehmen eingestellt und Neuinvestitionen verhindert werden, die den Interessen der Einwohner dieser Gebiete zuwiderlaufen;

11. *ersucht* alle Staaten, alle Investitionen in Namibia und jede Vergabe von Darlehen an das rassistische Minderheitsregime von Südafrika einzustellen bzw. einstellen zu lassen sowie auf jegliche Abkommen oder Maßnahmen zur Förderung des Handels oder anderer Wirtschaftsbeziehungen mit ihm zu verzichten;

12. *ersucht* alle Staaten, die dies noch nicht getan haben, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, daß keine Geldmittel und andere Formen der Unterstützung, darunter auch Kriegsmaterial und militärische Ausrüstungen, mehr an das rassistische Minderheitsregime von Südafrika gehen, das diese Unterstützung zur Unterdrückung des namibischen Volkes und seiner nationalen Befreiungsbewegung verwendet;

13. *verurteilt* Südafrika *nachdrücklich* wegen seiner fortgesetzten Ausbeutung und Plünderung der natürlichen Ressourcen Namibias unter völliger Mißachtung der legitimen Interessen des namibischen Volkes, wegen der Schaffung einer Wirtschaftsstruktur in dem Gebiet, die fast ausschließlich von den dort vorhandenen Bodenschätzen abhängig ist, wegen der illegalen Ausdehnung des Küstenmeeres und der Verkündung einer der namibischen Küste vorgelagerten Wirtschaftszone;

14. *fordert* alle erdölproduzierenden bzw. erdölexportierenden Länder, die dies noch nicht getan haben, *auf*, wirksame Maßnahmen gegen die in Frage kommenden Ölgesellschaften zu ergreifen, um die Versorgung des rassistischen Regimes Südafrikas mit Rohöl und Erdölprodukten zu beenden;

15. *erklärt erneut*, daß die in Verletzung der diesbezüglichen Resolutionen der Generalversammlung und des Sicherheitsrats sowie der vom Namibia-Rat der Vereinten Nationen am 27. September 1974 erlassenen Verordnung Nr. 1 über den Schutz der natürlichen Ressourcen Namibias[43] erfolgende Ausbeutung und Plünderung der natürlichen Ressourcen Namibias durch südafrikanische und andere fremde wirtschaftliche Interessen, einschließlich der Tätigkeit von transnationalen Unternehmen, die das Uranerz und andere Ressourcen des Gebiets ausbeuten und exportieren, illegal ist und zum Weiterbestand des illegalen Besatzungsregimes beiträgt;

16. *fordert erneut* alle Staaten *auf*, alle Namibia betreffenden Wirtschafts-, Finanz- und Handelsbeziehungen mit dem rassistischen Minderheitsregime von Südafrika einzustellen und mit Südafrika keine von diesem vorgeblich im Namen Namibias eingegangenen oder es betreffenden sonstigen Beziehungen aufzunehmen, die eine Unterstützung der fortgesetzten illegalen Besetzung dieses Gebiets durch Südafrika bedeuten könnten;

17. *bittet* alle Regierungen und Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, im Hinblick auf die

[43] *Ebd., Fünfunddreißigste Tagung, Beilage 24* (A/35/24), Vol. I, Anhang II

einschlägigen Bestimmungen der Erklärung über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung in Generalversammlunsresolution 3201 (S-VI) vom 1. Mai 1974 und der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten in Versammlungsresolution 3281 (XXIX) vom 12. Dezember 1974 insbesondere sicherzustellen, daß die ständige Souveränität der Kolonialgebiete über ihre natürlichen Ressourcen voll respektiert und geschützt wird;

18. *fordert* die Verwaltungsmächte *auf*, alle diskriminierenden und ungerechten Lohnsysteme und Arbeitsbedingungen in den unter ihrer Verwaltung stehenden Gebieten abzuschaffen und in jedem Gebiet für alle Einwohner ohne jeden Unterschied ein einheitliches Lohnsystem anzuwenden;

19. *ersucht* den Generalsekretär, weiterhin mit Hilfe der zum Sekretariat gehörenden Hauptabteilung Presse und Information eine anhaltende und breitangelegte Kampagne durchzuführen, um die Weltöffentlichkeit mit Fakten über die Ausplünderung der natürlichen Ressourcen in Kolonialgebieten und die Ausbeutung der einheimischen Bevölkerung durch ausländische Monopole sowie – im Falle Namibias – deren Unterstützung des rassistischen Minderheitsregimes von Südafrika bekanntzumachen;

20. *appelliert* an alle nichtstaatlichen Organisationen, ihre Kampagne zur Mobilisierung der Weltöffentlichkeit für die Durchsetzung der wirtschaftlichen und anderen Sanktionen gegen das Regime von Pretoria fortzusetzen;

21. *ersucht* das Zentrum der Vereinten Nationen für transnationale Unternehmen, das in Generalversammlungsresolution 36/51 verlangte Verzeichnis der Gewinne fertigzustellen, die transnationale Unternehmen aus ihrer Tätigkeit in Kolonialgebieten erzielen, und dem Sonderausschuß für den Stand der Verwirklichung der Eklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker auf seiner Tagung im Jahr 1983 sowie der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung darüber zu berichten;

22. *ersucht* den Sonderausschuß, diese Frage weiter zu prüfen und der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung darüber zu berichten.

77. Plenarsitzung
23. November 1982

37/32 – Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker durch die Sonderorganisationen* und die den Vereinten Nationen angeschlossenen internationalen Institutionen

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Punkts "Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker durch die Sonderorganisationen* und die den Vereinten Nationen angeschlossenen internationalen Institutionen",

unter Hinweis auf die Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker in ihrer Resolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 und den Aktionsplan für die vollständige Verwirklichung der Erklärung im Anhang zu ihrer Resolution 35/118 vom 11. Dezember 1980 sowie auf alle anderen Resolutionen der Generalversammlung zu diesem Thema, insbesondere auf Resolution 36/52 vom 24. November 1981,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution ES-8/2 vom 14. September 1981 zur Namibiafrage,

nach Prüfung der Berichte des Generalsekretärs[44], des Wirtschafts- und Sozialrats[45] sowie des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[46] zu diesem Punkt,

unter Berücksichtigung der einschlägigen Bestimmungen der Erklärung von Aruscha und des Aktionsprogramms für Namibia[42], die vom Namibia-Rat der Vereinten Nationen am 13. Mai 1982 auf seinen außerordentlichen Plenarsitzungen in Aruscha (Vereinigte Republik Tansania) verabschiedet wurden,

eingedenk der einschlägigen Bestimmungen des Schlußkommuniqués und der anderen Dokumente der außerordentlichen Ministertagung des Koordinierungsbüros nichtgebundener Länder, die vom 31. Mai bis 5. Juni 1982 in Havanna stattfand[41],

in dem Bewußtsein, daß der Kampf des Volkes von Namibia in seine kritischste Phase eingetreten ist und sich infolge der verschärften Aggression des illegalen kolonialistischen Regimes von Pretoria gegen das Volk des Gebiets und infolge der verstärkten allgemeinen Unterstützung der Vereinigten Staaten von Amerika und anderer westlicher Länder für dieses Regime sowie der damit einhergehenden Versuche, das namibische Volk seiner hart errungenen Siege in seinem Befreiungskampf zu berauben, eindeutig verschärft hat und daß es deshalb Sache der gesamten internationalen Gemeinschaft ist, die konzertierten Maßnahmen zur Unterstützung des Volkes von Namibia und seiner einzigen wahren Vertretung, der Südwestafrikanischen Volksorganisation, in entscheidender Weise zu verstärken, damit diese ihr Ziel erreichen können,

im vollen Bewußtsein der Tatsache, daß das namibische Volk und seine nationale Befreiungsbewegung, die Südwestafrikanische Volksorganisation, und die Völker anderer Kolonialgebiete in ihrem Kampf um die Befreiung von der Kolonialherrschaft und in ihrem Bemühen um die Erringung und Festigung ihrer nationalen Unabhängigkeit dringend konkrete Unterstützung seitens der Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen benötigen,

erneut erklärend, daß es Aufgabe der Sonderorganisationen* und anderer Organisationen des Systems der Vereinten Nationen ist, innerhalb ihres jeweiligen Zuständigkeitsbereichs alle erforderlichen Maßnahmen zur Gewährleistung der uneingeschränkten und baldigen Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker und anderer einschlägiger Resolutionen der Vereinten Nationen zu ergreifen, insbesondere jener Resolutionen, die sich auf die vorrangige Gewährung von moralischer und materieller Unterstützung an die Völker der Kolonialgebiete und ihre nationalen Befreiungsbewegungen beziehen,

in tiefer Besorgnis darüber, daß trotz Fortschritten bei der Gewährung von Hilfe an die Flüchtlinge aus Namibia die bisherigen Maßnahmen der entsprechenden Organisationen zur Unterstützung des Volkes dieses Ge-

* Vgl. die Fußnote auf S. 261

* Vgl. die Fußnote auf S. 261

[44] A/37/177 mit Add.1-3

[45] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 3* (A/37/3), Kap. VI, Abschnitt D

[46] *Ebd.*, Beilage 23 (A/37/23/Rev.1), Kap. VI

biets auf dem Wege über seine nationale Befreiungsbewegung, die Südwestafrikanische Volksorganisation, zur Befriedigung der dringenden Bedürfnisse des namibischen Volkes noch immer nicht ausreichen,

mit dem Ausdruck ihrer Zuversicht, daß engere Kontakte und Konsultationen zwischen den Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen einerseits und der Organisation der afrikanischen Einheit sowie den nationalen Befreiungsbewegungen andererseits helfen werden, verfahrenstechnische und andere Schwierigkeiten zu überwinden, die die Durchführung einiger Hilfsprogramme behindert oder verzögert haben,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/121 D vom 10. Dezember 1981, in der sie alle Sonderorganisationen* und anderen Organisationen und Konferenzen des Systems der Vereinten Nationen ersuchte, dem Namibia-Rat der Vereinten Nationen als rechtmäßiger Verwaltungsbehörde Namibias die Vollmitgliedschaft zuzuerkennen,

mit Dank für die fortgesetzte Unterstützung und Hilfe, die das Generalsekretariat der Organisation der afrikanischen Einheit den Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen bei der Durchführung der einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen gewährt hat,

ferner mit Dank für die unerschütterliche Unterstützung, die die Regierungen der Frontstaaten dem Volk Namibias und seiner nationalen Befreiungsbewegung, der Südwestafrikanischen Volksorganisation, in ihrem gerechten und rechtmäßigen Kampf um die Erringung der Freiheit und Unabhängigkeit trotz vermehrter bewaffneter Angriffe durch die Streitkräfte des rassistischen Regimes Südafrikas geleistet haben, und in dem Bewußtsein, daß diese Regierungen in diesem Zusammenhang besonderer Unterstützung bedürfen,

mit Befriedigung Kenntnis nehmend von den verstärkten Bemühungen des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen um Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen und in Würdigung der Initiative, die es dadurch ergriffen hat, daß es bei der Aufstellung von Hilfsprogrammen Möglichkeiten für engere, regelmäßige Kontakte und Konsultationen zwischen den Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen einerseits und der Organisation der afrikanischen Einheit und den nationalen Befreiungsbewegungen andererseits schafft,

ferner Kenntnis nehmend von der Unterstützung, die die Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen im Einklang mit Generalversammlungsresolution 32/9 A vom 4. November 1977 bei der Durchführung des Programms zum Aufbau der namibischen Nation geleistet haben,

zutiefst besorgt über die in Mißachtung entsprechender Resolutionen der Generalversammlung fortbestehende Kollaboration zwischen dem Internationalen Währungsfonds und der Regierung Südafrikas,

mit Befriedigung Kenntnis nehmend von der im Einklang mit Generalversammlungsresolution 36/80 vom 9. Dezember 1981 veranstalteten Tagung zur Frage der Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der afrikanischen Einheit vom 6. bis 8. April 1982 in Genf, an der Vertreter des Generalsekretariats der Organisation der afrikanischen Einheit sowie Vertreter der Sekretariate der Vereinten Nationen und anderer Organisationen des Systems der Vereinten Nationen teilnahmen[47],

eingedenk der Notwendigkeit, die Tätigkeit der Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen zur Durchführung der verschiedenen die Entkolonialisierung betreffenden Beschlüsse der Vereinten Nationen laufend zu verfolgen,

1. *billigt* das diesen Punkt betreffende Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[48];

2. *erklärt erneut*, daß die Sonderorganisationen* und anderen Organisationen und Institutionen des Systems der Vereinten Nationen sich in ihrem Bemühen, innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs zur uneingeschränkten und zügigen Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker in Generalversammlungsresolution 1514 (XV) beizutragen, auch weiterhin von den diesbezüglichen Resolutionen der Vereinten Nationen leiten lassen sollten;

3. *erklärt ferner erneut*, daß die Anerkennung der Rechtmäßigkeit des Kampfes der Kolonialvölker um Ausübung ihres Rechts auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit durch die Generalversammlung, den Sicherheitsrat und andere Organe der Vereinten Nationen logischerweise mit der Gewährung jeder erforderlichen moralischen und materiellen Hilfe an diese Völker und ihre nationalen Befreiungsbewegungen durch die Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen einhergehen muß;

4. *dankt* denjenigen Sonderorganisationen* und anderen Organisationen der Vereinten Nationen, die die Vereinten Nationen und die Organisation der afrikanischen Einheit weiterhin in unterschiedlichem Ausmaß bei der Verwirklichung der Erklärung und anderer einschlägiger Resolutionen der Vereinten Nationen unterstützt haben, und bittet alle Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen eindringlich, die uneingeschränkte und zügige Durchführung der einschlägigen Bestimmungen dieser Resolutionen zu beschleunigen;

5. *bringt* ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck, daß die den Kolonialvölkern, insbesondere dem Volk Namibias und seiner nationalen Befreiungsbewegung, der Südwestafrikanischen Volksorganisation, bisher von bestimmten Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen gewährte Hilfe bei weitem noch nicht den tatsächlichen Bedürfnissen der betreffenden Völker entspricht;

6. *bedauert es*, daß die Weltbank und der Internationale Währungsfonds trotz der Erklärung des Vertreters der Weltbank vom 17. Mai 1982[48], die Bank habe ihre Geschäftsverbindungen zum Regime Südafrikas eingestellt, weiterhin Verbindungen mit dem rassistischen Regime von Pretoria aufrechterhalten, was sich darin zeigt, daß Südafrika nach wie vor Mitglied beider Institutionen ist;

7. *beklagt zutiefst* die trotz wiederholter gegensätzlicher Resolutionen der Generalversammlung weiterbestehende Kollaboration zwischen dem Internationalen Währungsfonds und Südafrika und fordert den Internationalen Währungsfonds zur Beendigung dieser Kollaboration auf;

* Vgl. die Fußnote auf S. 261

* Vgl. die Fußnote auf S. 261

[47] Vgl. A/37/335

[48] Vgl. A/AC.109/L.1446/Add.1, Ziffer 29

8. *bittet* die Leiter der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds *eindringlich*, im Hinblick auf die Aufstellung konkreter Programme zugunsten der Völker der Kolonialgebiete, insbesondere Namibias, die besondere Aufmerksamkeit ihrer Leitungsgremien auf diese Resolution zu lenken;

9. *ersucht* die Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, den um ihre Befreiung von der Kolonialherrschaft kämpfenden Kolonialvölkern dringend alle nur mögliche moralische und materielle Hilfe zu leisten bzw. diese Hilfe fortzusetzen;

10. *ersucht erneut* die Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, den vor kurzem unabhängig gewordenen und den demnächst unabhängig werdenden Staaten weiterhin jede moralische und materielle Hilfe zu gewähren;

11. *empfiehlt* den Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen *erneut*, unmittelbar oder, wo angebracht, über die Organisation der afrikanischen Einheit Kontakte und Kooperationsbeziehungen mit den Kolonialvölkern und ihren nationalen Befreiungsbewegungen herzustellen bzw. auszubauen, ihr Vorgehen bei der Aufstellung und Ausarbeitung von Hilfsprogrammen und -projekten zu überprüfen und flexibler zu gestalten, um so den Kolonialvölkern und ihren nationalen Befreiungsbewegungen bei ihrem Kampf um die Ausübung ihres unveräußerlichen Rechts auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß Generalversammlungsresolution 1514 (XV) unverzüglich die erforderliche Hilfe leisten zu können;

12. *nimmt mit Genugtuung zur Kenntnis*, daß die Südwestafrikanische Volksorganisation weiterhin Nutznießerin mehrerer, im Rahmen des Instituts der Vereinten Nationen für Namibia in Lusaka aufgestellter Programme ist und daß der Namibia-Rat der Vereinten Nationen in Zusammenarbeit mit der Südwestafrikanischen Volksorganisation das namibische Volk auf Tagungen der Sonderorganisationen* und anderen Organisationen und Institutionen des Systems der Vereinten Nationen auch weiterhin vertritt, und bittet diese Gremien und Organisationen eindringlich, die Südwestafrikanische Volksorganisation, das Institut der Vereinten Nationen für Namibia und das Programm zum Aufbau der namibischen Nation verstärkt zu unterstützen;

13. *bittet* diejenigen Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, die dies noch nicht getan haben, *eindringlich*, in die Tagesordnung der ordentlichen Tagungen ihrer Leitungsgremien einen eigenen Tagesordnungspunkt zur Behandlung der von ihnen erzielten Fortschritte bei der Verwirklichung der Erklärung und anderer diesbezüglicher Resolutionen der Vereinten Nationen aufzunehmen;

14. *ersucht* die Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, im Sinne der entsprechenden Resolutionen der Generalversammlung und des Sicherheitsrats alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um der Regierung Südafrikas jegliche finanzielle, wirtschaftliche, technische oder sonstige Hilfe vorzuenthalten, jegliche Unterstützung für sie so lange zu unterbrechen, bis sie das unveräußerliche Recht des namibischen Volks auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit wiederherstellt, und von allen Maßnahmen abzusehen, die eine Anerkennung oder Unterstützung der Rechtmäßigkeit der Herrschaft dieses Regimes über das Territorium bedeuten könnten;

15. *nimmt mit Befriedigung Kenntnis* von den von mehreren Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen getroffenen Regelungen, die es Vertretern der von der Organisation der afrikanischen Einheit anerkannten nationalen Befreiungsbewegungen ermöglichen, ohne Einschränkungen als Beobachter an den Beratungen über ihre Länder betreffende Angelegenheiten teilzunehmen, und ersucht diejenigen Gremien und Organisationen, die dies noch nicht getan haben, diesem Beispiel zu folgen und umgehend die notwendigen Regelungen zu treffen;

16. *bittet* die Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, die den Namibia-Rat der Vereinten Nationen bisher noch nicht als Vollmitglied aufgenommen haben, *eindringlich*, dies unverzüglich zu tun;

17. *bittet* die Sonderorganisationen* und anderen Organisationen und Institutionen des Systems der Vereinten Nationen *eindringlich*, den Regierungen der Frontstaaten vorrangig substantielle materielle Hilfe zu leisten, damit sie den Kampf des namibischen Volkes um Freiheit und Unabhängigkeit wirksamer unterstützen und der – wie in Angola direkt oder durch Gruppen von als Handlanger Pretorias dienenden Verrätern begangenen – Verletzung ihrer territorialen Integrität durch die Streitkräfte des rassistischen Regimes Südafrikas Widerstand leisten können;

18. *bittet* die Sonderorganisationen* und anderen Organisationen und Institutionen des Systems der Vereinten Nationen *eindringlich*, mit dazu beizutragen, daß die kleinen Territorien in allen Lebensbereichen ihrer Länder, insbesondere in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung, schnellere Fortschritte erzielen;

19. *empfiehlt* allen Regierungen, ihre Anstrengungen in den Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, deren Mitglied sie sind, zu verstärken, um die vollständige und effektive Verwirklichung der Erklärung und anderer einschlägiger Resolutionen der Vereinten Nationen zu gewährleisten, und in diesem Zusammenhang der Frage der Leistung von Soforthilfe an die Völker in den Kolonialgebieten und an ihre nationalen Befreiungsbewegungen Vorrang einzuräumen;

20. *schlägt* im Einklang mit Artikel III des Abkommens zwischen den Vereinten Nationen und dem Internationalen Währungsfonds[49] *erneut vor*, daß der Gouverneursrat des Internationalen Währungsfonds dringend einen Punkt zur Frage des Verhältnisses zwischen dem Fonds und Südafrika in seine Tagesordnung aufnimmt, und schlägt ferner erneut vor, daß die in Frage kommenden Organe der Vereinten Nationen im Einklang mit Artikel II des Abkommens an allen vom Fonds zur Erörterung des obengenannten Punktes einberufenen Sitzungen des Gouverneursrats teilnehmen;

21. *empfiehlt*, 1983 eine hochrangige Delegation zum Internationalen Währungsfonds zu entsenden, der vorbehaltlich des Einverständnisses der betreffenden Gremien der Vereinten Nationen der Vorsitzende des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker, der Präsident des Na-

* Vgl. die Fußnote auf S. 261

* Vgl. die Fußnote auf S. 261

[49] Vgl. *Agreements between the United Nations and the Specialized Agencies and the International Atomic Energy Agency* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen Best.-Nr. E/F.61.X.1), S. 61

mibia-Rats der Vereinten Nationen und der Vorsitzende des Sonderausschusses gegen Apartheid angehören;

22. *lenkt* die Aufmerksamkeit der Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen auf den Aktionsplan für die vollständige Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker im Anhang zu Generalversammlungsresolution 35/118 und insbesondere auf die Bestimmungen in Ziffer 19, in denen die Gremien und Organisationen aufgefordert werden, den Völkern der Kolonialgebiete und ihren nationalen Befreiungsbewegungen jede nur mögliche moralische und materielle Hilfe zu leisten;

23. *bittet* die Leiter der Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen *eindringlich*, unter Berücksichtigung der Bestimmungen in Ziffer 11 und 21 sowie gegebenenfalls unter aktiver Mitwirkung der Organisation der afrikanischen Einheit konkrete Vorschläge für die volle Durchführung der einschlägigen Beschlüsse der Vereinten Nationen, insbesondere spezifische Hilfsprogramme für die Völker der Kolonialgebiete und ihre nationalen Befreiungsbewegungen, auszuarbeiten und ihren jeweiligen Leitungsgremien und beschlußfassenden Organen mit Vorrang vorzulegen;

24. *ersucht* den Generalsekretär, die Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen bei der Ausarbeitung geeigneter Maßnahmen zur Durchführung der einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen weiterhin zu unterstützen und mit Hilfe der genannten Organisationen zur Vorlage bei den entsprechenden Gremien einen Bericht über die seit der Veröffentlichung seines letzten Berichts ergriffenen Maßnahmen zur Ausführung der einschlägigen Resolutionen, einschließlich dieser Resolution, zu erstellen;

25. *ersucht* den Wirtschafts- und Sozialrat, in Absprache mit dem Sonderausschuß für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker weiterhin über geeignete Maßnahmen zur Koordinierung der Politiken und Aktivitäten der Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen bei der Ausführung der diesbezüglichen Resolutionen der Generalversammlung zu beraten;

26. *ersucht* den Sonderausschuß, die Behandlung dieser Frage fortzusetzen und der Generalversammlung auf ihrer siebenunddreißigsten Tagung darüber zu berichten.

77. Plenarsitzung
23. November 1982

37/33 – Bildungs- und Ausbildungsprogramm der Vereinten Nationen für das südliche Afrika

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen über das Bildungs- und Ausbildungsprogramm der Vereinten Nationen für das südliche Afrika, insbesondere auf die Resolution 36/53 vom 24. November 1981,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs[50] mit einer Darstellung der Arbeit des Beratenden Ausschusses für das Bildungs- und Ausbildungsprogramm der Vereinten Nationen für das südliche Afrika und mit Angaben über die Abwicklung des Programms in der Zeit vom 1. Oktober 1981 bis 30. September 1982,

in Anerkennung der wertvollen Hilfe, die dieses Programm dem südafrikanischen und dem namibischen Volk bietet,

fest davon überzeugt, daß das Programm unbedingt fortgesetzt und ausgebaut werden muß, wenn der steigende Bedarf des südafrikanischen und des namibischen Volkes an Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten gedeckt werden soll.

in voller Anerkennung der Tatsache, daß geflüchteten Studenten Bildungschancen und Beratung in einem breiten Spektrum fachlicher, kultureller, technischer und sprachlicher Disziplinen, vor allem in den Bereichen Entwicklung und internationale Zusammenarbeit, geboten werden sollten,

1. *schließt* sich dem Bericht des Generalsekretärs über das Bildungs- und Ausbildungsprogramm der Vereinten Nationen für das südliche Afrika *an*;

2. *spricht* dem Generalsekretär und dem Beratenden Ausschuß für das Bildungs- und Ausbildungsprogramm der Vereinten Nationen für das südliche Afrika *ihre Anerkennung dafür aus*, daß sie sich auch weiterhin um großzügige Beiträge zum Programm bemüht haben;

3. *dankt* allen, die das Programm durch Beiträge, Stipendien oder Studienplätze an ihren Bildungseinrichtungen unterstützt haben;

4. *stellt fest*, daß Beiträge und Beitragszusagen aufgrund der Inflation und der steigenden Stipendienkosten im Jahr 1982 gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen sind;

5. *appelliert* an alle Staaten, Institutionen, Organisationen und Einzelpersonen, dem Programm zur Sicherung seines Fortbestands und seines Ausbaus vermehrte finanzielle und andere Unterstützung zukommen zu lassen.

77. Plenarsitzung
23. November 1982

37/34 – Von Mitgliedstaaten angebotene Studien- und Ausbildungsmöglichkeiten für Einwohner von Gebieten ohne Selbstregierung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/54 vom 24. November 1981,

nach Prüfung des gemäß Generalversammlungsresolution 845 (IX) vom 22. November 1954 ausgearbeiteten Berichts des Generalsekretärs über von Mitgliedstaaten angebotene Studien- und Ausbildungsmöglichkeiten für Einwohner von Gebieten ohne Selbstregierung[51],

in der Auffassung, daß mehr Stipendien für Einwohner von Gebieten ohne Selbstregierung in allen Teilen der Welt zur Verfügung gestellt und Schritte zur Förderung der Anträge von Studenten aus diesen Gebieten unternommen werden sollten,

1. *nimmt* den Bericht des Generalsekretärs *zur Kenntnis*;

2. *spricht* den Mitgliedstaaten, die Einwohnern von Gebieten ohne Selbstregierung Stipendien zur Verfügung gestellt haben, *ihren Dank aus*;

* Vgl. die Fußnote auf S. 261

[50] A/37/436

[51] A/37/5639 mit Add.1

3. *bittet* alle Staaten, den Einwohnern von Gebieten, die noch nicht die Selbstregierung oder Unabhängigkeit erlangt haben, großzügig Studien- und Ausbildungsmöglichkeiten anzubieten bzw. weiterhin anzubieten und nach Möglichkeit die Reisekosten künftiger Studenten zu tragen;

4. *bittet* die Verwaltungsmächte *eindringlich*, in den unter ihrer Verwaltung stehenden Gebieten wirksame Maßnahmen für eine umfassende und stetige Verbreitung von Informationen über die von Staaten angebotenen Studien- und Ausbildungsmöglichkeiten zu ergreifen sowie alle notwendigen Einrichtungen und Hilfen bereitzustellen, damit die Studenten diese Angebote nützen können;

5. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution zu berichten;

6. *lenkt die Aufmerksamkeit* des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker auf die vorliegende Resolution.

77. Plenarsitzung
23. November 1982

VIII. RESOLUTIONEN AUFGRUND DER BERICHTE DES FÜNFTEN AUSSCHUSSES[1]

ÜBERSICHT

Nummer	*Titel*	*Punkt*	*Datum*	*Seite*
37/12	Finanzberichte und Jahresabschlüsse sowie Berichte des Rechnungsprüfungsausschusses (A/37/533)	102	16. November 1982	280
37/13	Finanzielle Notlage der Vereinten Nationen (A/37/612)	105	16. November 1982	280
37/14	Konferenzplan (A/37/605)			
	A. Bericht des Konferenzausschusses	108	16. November 1982	281
	B. Organisation des Sekretariats bei Sonderkonferenzen der Vereinten Nationen	108	16. November 1982	281
	C. Sitzungsprotokolle und Dokumentation für Nebenorgane	109 und 8 *b*)	16. November 1982	282
	D. Kontrolle und Begrenzung der Dokumentation	109	16. November 1982	284
	E. Elektronische Anlage in den Konferenzräumen am Amtssitz der Vereinten Nationen	108	16. November 1982	284
37/38	Finanzierung der Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung (A/37/681)			
	Resolution A	114 *a*)	30. November 1982	284
	Resolution B	114 *a*)	30. November 1982	285
37/124	Gemeinsame Inspektionsgruppe (A/37/767)	107	17. Dezember 1982	285
37/125	Beitragsschlüssel für die Kostenverteilung der Vereinten Nationen (A/37/617Add.1)			
	Resolution A	110	17. Dezember 1982	286
	Resolution B	110	17. Dezember 1982	288
37/126	Bericht der Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst (A/37/768)	112	17. Dezember 1982	288
37/127	Finanzierung der Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon (A/37/681/Add.1)			
	Resolution A	114 *b*)	17. Dezember 1982	290
	Resolution B	114 *b*)	17. Dezember 1982	291
37/128	Verwaltungs- und Haushaltskoordinierung der Vereinten Nationen mit den Sonderorganisationen* und der Internationalen Atomenergie-Organisation (A/37/766)	106 *a*)	17. Dezember 1982	291
37/129	Praktische Möglichkeit der Errichtung eines einheitlichen Verwaltungsgerichts (A/37/766)	106 *c*)	17. Dezember 1982	292
37/130	Auswirkungen der Inflation und Währungsinstabilität auf den Haushalt der Vereinten Nationen (A/37/766)	106 *b*)	17. Dezember 1982	292
37/131	Bericht des Gemeinsamen Rats für das Pensionswesen der Vereinten Nationen (A/37/761)	113	17. Dezember 1982	293
37/234	Programmplanung (A/37/776)	104	21. Dezember 1982	294
37/235	Personalfragen (A/37/764)			
	Resolution A	111	21. Dezember 1982	298
	Resolution B	111	21. Dezember 1982	299
	Resolution C	111	21. Dezember 1982	300
	Resolution D	111	21. Dezember 1982	301
37/236	Achtung der Vorrechte und Immunitäten der Bediensteten der Vereinten Nationen, der Sonderorganisationen* und der diesen verwandten Organisationen (A/37/764)			
	Resolution A	111 *b*)	21. Dezember 1982	301
	Resolution B	111 *b*)	21. Dezember 1982	301
37/237	Fragen im Zusammenhang mit dem Programmhaushalt für den Zweijahreszeitraum 1982-1983 (A/37/790)	103	21. Dezember 1982	301
37/238	Überprüfung der Finanzierung der Verwaltungskosten des Amts des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (A/37/790)	103	21. Dezember 1982	303

* specialized agencies (etwa: Fachorganisationen) im Sinne von Art. 57 der VN-Charta; in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder mit "Sonderorganisationen" bzw. mit "Spezialorganisationen" wiedergegeben.

[1] Die Beschlüsse aufgrund der Berichte des Fünften Ausschusses sind in Abschnitt X.B.7 wiedergegeben.

Nummer	Titel	Punkt	Datum	Seite
37/239	Bericht des Ausschusses von Regierungssachverständigen zur Evaluierung der derzeitigen Struktur des Sekretariats im Verwaltungs-, Finanz- und Personalbereich (A/37/790)	103	21. Dezember 1982	304
37/240	Reisekosten- und Tagegeldregelung des Internationalen Gerichtshofs (A/37/790)	103	21. Dezember 1982	304
37/241	Organisatorische und methodische Fragen im Zusammenhang mit Dienstreisen (A/37/790)	103	21. Dezember 1982	305
37/242	Besondere Überprüfung des derzeitigen Arbeitsprogramms der Vereinten Nationen (A/37/790)	103	21. Dezember 1982	306
37/243	Programmhaushalt für den Zweijahreszeitraum 1982-1983 (A/37/790)			
	A. Berichtigte Mittelbewilligung für den Zweijahreszeitraum 1982-1983	103	21. Dezember 1982	306
	B. Berichtigte Einnahmenvoranschläge für den Zweijahreszeitraum 1982-1983	103	21. Dezember 1982	308
	C. Finanzierung der Mittelbewilligungen für das Jahr 1983	103	21. Dezember 1982	308

37/12 – Finanzberichte und Jahresabschlüsse sowie Berichte des Rechnungsprüfungsausschusses

Die Generalversammlung,

nach Behandlung der Finanzberichte und Jahresabschlüsse der Vereinten Nationen[2], des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen[3], des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen[4], des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten[5], des Ausbildungs- und Forschungsinstituts der Vereinten Nationen[6], der vom Hohen Kommissar für Flüchtlinge verwalteten freiwilligen Fonds[7], des Fonds des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen[8], des Fonds der Vereinten Nationen für Bevölkerungsfragen[9] und der Stiftung der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen[10] für die am 31. Dezember 1981 abgelaufene Rechnungsperiode, der Prüfungsberichte des Rechnungsprüfungsausschusses[11] und des Berichts des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[12],

unter Berücksichtigung der von den Delegationen im Laufe der Debatte im Fünften Ausschuß geäußerten Ansichten,

1. *nimmt* die Finanzberichte und Jahresabschlüsse *an* und macht sich die Prüfungsberichte des Rechnungsprüfungsausschusses mit Dank zu eigen;

2. *stimmt* den Feststellungen und Stellungnahmen im Bericht des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen *zu*;

3. *ersucht* den Rechnungsprüfungsausschuß und den Beratenden Ausschuß für Verwaltungs- und Haushaltsfragen, den von ihren Feststellungen und Bemerkungen betroffenen Bereichen auch weiterhin vermehrte Aufmerksamkeit zuzuwenden;

4. *ersucht* den Generalsekretär, die erforderlichen wirksamen Schritte zu unternehmen, um die finanzielle Disziplin in allen Hauptabteilungen des Sekretariats weiter zu stärken und die in den Berichten des Rechnungsprüfungsausschusses und des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen erwähnten Mängel zu beseitigen;

5. *ersucht ferner* die Leiter der betreffenden Organisationen und Programme, in ihren Zuständigkeitsbereichen die gegebenenfalls aufgrund der Stellungnahmen und Feststellungen in den Berichten des Rechnungsprüfungsausschusses[13] erforderlichen Abhilfemaßnahmen zu treffen[14].

69. Plenarsitzung
16. November 1982

37/13 – Finanzielle Notlage der Vereinten Nationen

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs zur Analyse der Finanzlage der Vereinten Nationen[15] und der Erklärung des Verwaltungsausschusses für Koordinierung vom 3. November 1982[16],

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3049 A (XXVII) vom 19. Dezember 1972, 3538 (XXX) vom 17. Dezember 1975, 32/104 vom 14. Dezember 1977, 35/113 vom 10. Dezember 1980 und 36/116 B vom 10. Dezember 1981.

mit Besorgnis feststellend, daß das kurzfristige Defizit der Organisation per 31. Dezember 1982 voraussichtlich 300 Millionen US-Dollar überschreiten wird,

---

[2] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 5* (A/37/5), Vol. I, Abschnitt I und IV; Vol. II, Abschnitt I und IV; sowie Vol. III, Abschnitt I und IV

[3] *Ebd., Beilage 5A* (A/37/5/Add. 1 mit Korr. 1), Abschnitt I und IV

[4] *Ebd., Beilage 5B* (A/37/5/Add. 2), Abschnitt I und V

[5] *Ebd., Beilage 5C* (A/37/5/Add. 3), Abschnitt III-V

[6] *Ebd., Beilage 5D* (A/37/5/Add. 4), Abschnitt I und IV

[7] *Ebd., Beilage 5E* (A/37/5/Add. 5), Abschnitt III

[8] *Ebd., Beilage 5F* (A/37/5/Add. 6), Abschnitt I und IV

[9] *Ebd., Beilage 5G* (A/37/5/Add. 7 mit Korr. 1), Abschnitt I und V

[10] *Ebd., Beilage 5H* (A/37/5/Add. 8), Abschnitt I und IV

[11] *Ebd., Beilage 5* (A/37/5), Vol. I, Abschnitt III; Vol. II, Abschnitt III und Vol. III, Abschnitt III; *ebd., Beilage 5A* (A/37/5/Add. 1 mit Korr. 1), Abschnitt III; *ebd., Beilage 5B* (A/37/5/Add. 2), Abschnitt III; *ebd., Beilage 5C* (A/37/5/Add. 3), Abschnitt II; *ebd., Beilage 5D* (A/37/5/Add.4), Abschnitt III; *ebd., Beilage 5E* (A/37/5/Add. 5), Abschnitt II; *ebd., Beilage 5F* (A/37/5/Add. 6), Abschnitt III; *ebd., Beilage 5G* (A/37/5/Add. 7 mit Korr. 1), Abschnitt III und *ebd., Beilage 5H* (A/37/5/Add. 8), Abschnitt III

[12] A/37/443 mit Korr. 1

[13] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 5* (A/37/5), Vol. I, Abschnitt II; Vol. II, Abschnitt II und Vol. III, Abschnitt II

[14] *Ebd., Beilage 5* (A/37/5), Vol. I, Abschnitt II; Vol. II, Abschnitt II and Vol. III, Abschnitt II; *ebd., Beilage 5A* (A/37/5/Add. 1 mitt Korr. 1), Abschnitt II; *ebd., Beilage 5B* (A/37/5/Add. 2), Abschnitt II; *ebd., Beilage 5C* (A/37/5/Add.3), Abschnitt I; *ebd., Beilage 5D* (A/37/5/Add.4), Abschnitt II; *ebd., Beilage 5E* (A/37/5/Add.5), Abschnitt I; *ebd., Beilage 5F* (A/37/5/Add.6), Abschnitt II; *ebd., Beilage 5G* (A/37/5/Add.7 mit Korr. 1), Abschnitt II und *ebd., Beilage 5H* (A/37/5/Add.8), Abschnitt I

[15] A/C.5/37/15 mit Korr.1

[16] Vgl. A/C.5/37/30

mit tiefem Bedauern feststellend, daß trotz wiederholter Aufrufe an die Mitgliedstaaten ganz oder teilweise noch nicht eingegangene Zahlungen der veranlagten Beiträge die ohnehin bereits ernsten Barmittelprobleme der Organisation weiter verschlimmert haben,

in Anbetracht der Möglichkeit, daß bei vielen Mitgliedstaaten Verwaltungsprobleme, darunter die Tatsache, daß ihr jeweiliges Rechnungsjahr nicht mit dem der Organisation übereinstimmt, möglicherweise für die Zahlungsrückstände bei den veranlagten Beiträgen verantwortlich sind,

1. *bekräftigt* ihre Entschlossenheit, auf der Grundlage des Prinzips der kollektiven finanziellen Verantwortung der Mitgliedstaaten eine umfassende und dauerhafte Lösung für die Finanzprobleme der Vereinten Nationen zu finden;

2. *erneuert* ihren Aufruf an alle Mitgliedstaaten, ihr Bestes zu tun, um die Hindernisse zu beseitigen, die einer prompten, zu Anfang jedes Jahres erfolgenden Zahlung der gesamten veranlagten Beiträge und der Vorauszahlungen in den Betriebsmittelfonds entgegenstehen;

3. *dankt* allen Mitgliedstaaten, die gemäß Regel 5.4 der Finanzordnung der Vereinten Nationen ihre veranlagten Beiträge innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt der Zahlungsaufforderung des Generalsekretärs voll bezahlen;

4. *ersucht* den Generalsekretär, falls und sobald dies angebracht ist, zusätzlich zu seinen offiziellen Mitteilungen an die ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten auch an die Regierungen der Mitgliedstaaten heranzutreten, um ihnen die rasche Zahlung der gesamten veranlagten Beiträge gemäß Regel 5.4 der Finanzordnung der Vereinten Nationen nahezulegen;

5. *bittet* die Mitgliedstaaten, auf die offizielle Mitteilung des Generalsekretärs hin und in Einklang mit Regel 5.4 der Finanzordnung der Vereinten Nationen auch Informationen über die voraussichtliche Gestaltung ihrer Zahlung zur Verfügung zu stellen, um dem Generalsekretär die Finanzplanung zu erleichtern;

6. *ersucht* den Ausschuß für Verhandlungen über die finanzielle Notlage der Vereinten Nationen, die Finanzlage der Organisation ständig zu überprüfen und gegebenenfalls der Generalversammlung darüber zu berichten;

7. *ersucht* den Generalsekretär um Vorlage zur achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung:

a) von detaillierten Informationen über die Höhe, die Wachstumsrate und die Zusammensetzung des Defizits der Vereinten Nationen, die Struktur der Zahlungen der Mitgliedstaaten, die dem Generalsekretär bekannten Gründe für dabei aufgetretene Zahlungsrückstände, die Barmittelsituation und die gemäß den Generalversammlungsresolutionen 2053 A (XX) vom 15. Dezember 1965 und 3049 A (XXVII) vom 9. Dezember 1972 von Mitgliedstaaten und anderen Quellen eingegangenen freiwilligen Beiträge;

b) eines Zwischenberichts über den Stand des Projekts für die Herausgabe von Sondermarken samt Vorschlägen, wie ein Teil der sich daraus ergebenden Einkünfte zur Förderung des Naturschutzes verwendet werden kann;

8. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, in seinen Bericht eine Studie der Vorschläge und Anregungen aufzunehmen, die die Mitgliedstaaten während der Erörterung dieses Punkts auf der siebenunddreißigsten Tagung der Generalversammlung vorgebracht haben;

9. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Finanzielle Notlage der Vereinten Nationen: Bericht des Ausschusses für Verhandlungen über die finanzielle Notlage der Vereinten Nationen" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

69. Plenarsitzung
16. November 1982

37/14 – Konferenzplan

A

Bericht des Konferenzausschusses

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts des Konferenzausschusses[17],

1. *nimmt mit Dank Kenntnis* vom Bericht des Konferenzausschusses;

2. *ermächtigt* den Beratenden Ausschuß des Hilfsprogramms der Vereinten Nationen für Lehre, Studium, Verbreitung und besseres Verständnis des Völkerrechts, seine Tagungen künftig in geraden Jahren im Dezember und in ungeraden Jahren im Oktober abzuhalten;

3. *ermächtigt* das Kuratorium des Ausbildungs- und Forschungsinstituts der Vereinten Nationen, alljährlich in der Woche vor der Eröffnung der ordentlichen Tagung der Generalversammlung zusammenzutreten;

4. *billigt* den Entwurf zum revidierten Konferenz- und Sitzungskalender der Vereinten Nationen für das Jahr 1983 in der vom Konferenzausschuß vorgelegten Form[18].

69. Plenarsitzung
16. November 1982

B

Organisation des Sekretariats bei Sonderkonferenzen der Vereinten Nationen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 35/10 C vom 3. November 1980 und 36/117 D vom 10. Dezember 1981,

1. *billigt* die im Anhang zu dieser Resolution dargelegten Richtlinien für die Organisation des Sekretariats bei Sonderkonferenzen der Vereinten Nationen;

2. *beschließt*, daß die Regierung des Gastlandes nach Annahme ihres Angebots, als Gastgeber für eine Sonderkonferenz zu fungieren, nach ihrem Ermessen beschließen kann, einen Teil der geschätzten, von der betreffenden Regierung insgesamt zu tragenden zusätzlichen Kosten in Form einer Vorauszahlung an die Vereinten Nationen zu bezahlen, um Auslagen für erste Vorbereitungsarbeiten, darunter insbesondere die Kosten für die Planungs- und Erkundungsdelegation, zu decken.

69. Plenarsitzung
16. November 1982

[17] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 32* (A/37/32 mit Korr.1)

[18] A/C.5/37/7 mit Korr.1

ANHANG

Richtlinien für die Organisation des Sekretariats bei Sonderkonferenzen der Vereinten Nationen

1. Sobald ein zwischenstaatliches Gremium die Einberufung einer Sonderkonferenz beschlossen hat, sollte der Generalsekretär auf Sekretariatsebene einen Ausschuß für die Konferenzleitung einsetzen. Dieser Ausschuß sollte während der Vorbereitungsphase der Konferenz alle Arbeiten des Sekretariats leiten und koordinieren und nach Abschluß der Konferenz eine kritische Gesamtbewertung des Konferenzerfolges und der bei der Konferenz aufgetretenen Probleme vornehmen.

2. Der Ausschuß sollte aus Vertretern aller mit der Konferenzvorbereitung und Konferenzorganisation einschließlich der Logistik befaßten Hauptabteilungen und Bereiche des Sekretariats bestehen und während der gesamten Vorbereitungszeit regelmäßig unter dem Vorsitz des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs oder, falls ein solcher bereits ernannt ist, des Generalsekretärs oder Exekutivsekretärs der Konferenz zusammentreten.

3. Bei seiner Planung des Vorbereitungsprozesses sollte der Ausschuß rigorose Managementtechniken für alle Einzelheiten der Planung, Termingestaltung, Überwachung und Koordinierung sowohl der Arbeit der einzelnen Dienststellen als auch der Konferenzvorbereitung insgesamt anwenden.

4. Es sollten schon in einem sehr frühen Stadium interinstitutionelle Konsultationen abgehalten werden, um sicherzustellen, daß interessierte und mit dem betreffenden Thema befaßte Organisationen des Systems der Vereinten Nationen einen Beitrag zur fachlichen Vorbereitung der Konferenz leisten.

5. Zu den Obliegenheiten des Ausschusses sollte es gehören, Zwischenberichte über den Stand der Vorbereitungsarbeiten für die Konferenz, darunter auch über alle finanziellen, administrativen und organisatorischen Vorkehrungen sowie über Sach- und Programmfragen zu erarbeiten und sie den zwischenstaatlichen Gremien vorzulegen.

6. Wo immer dies angebracht ist, sollte der Ausschuß Vorschläge für die Einbeziehung von nicht zum Sekretariat gehörenden Teilnehmern machen, damit die internationale Unterstützung für die Konferenzziele gefördert und die Wahrscheinlichkeit erhöht wird, daß auch außerhalb des Systems der Vereinten Nationen wirksame Anschlußmaßnahmen getroffen werden.

7. Unter Berücksichtigung aller bestehenden Regeln und Vorschriften über die Kontrolle und Begrenzung der Dokumentation sollte der Ausschuß ferner frühzeitig Vorschläge im Sinne von Generalversammlungsresolution 36/117 D vom 10. Dezember 1981 zur Abstimmung des Dokumentationsbedarfs mit den Konferenzzielen erarbeiten. Weiterhin sollte der Ausschuß regelmäßig die Durchführung der gesamten Dokumentationsplanung überwachen, insbesondere im Hinblick auf die rechtzeitige Vorlage von Dokumenten.

8. Nach Abschluß der Konferenz sollte der Ausschuß dem Konferenzausschuß einen Erfahrungsbericht über die Vorbereitung und Abhaltung der Konferenz vorlegen und darin gegebenenfalls Empfehlungen für künftige Verbesserungen vorbringen. Bei Konferenzen, die auf Einladung eines Gastlandes stattgefunden haben, sollten bei dieser Bewertung auch die Auffassungen und Berichte der entsprechenden Stellen des Gastlandes berücksichtigt werden.

9. Wird vorgeschlagen, die Konferenz auf Einladung eines Gastlandes im Einklang mit Generalversammlungsresolution 31/140 vom 17. Dezember 1976 außerhalb eines der Sitze der zu den Vereinten Nationen gehörenden Organisationen abzuhalten, so sollte der Ausschuß dafür sorgen, daß so früh wie irgend möglich eine Planungs- und Erkundungsdelegation in das Gastland entsandt wird, deren Zusammensetzung in Absprache mit diesem Land zu bestimmen ist. Auf der Grundlage der Arbeitsergebnisse dieser Delegation sollten anschließend detaillierte Schätzungen bezüglich der Kosten und der erforderlichen Betreuung aufgestellt und mit der betreffenden Regierung besprochen werden, und zwar noch bevor die Einladung des Gastlands offiziell ausgesprochen und angenommen wird.

10. Erforderlichenfalls sollte der Ausschuß dafür sorgen, daß frühzeitig Vorkehrungen für den Abschluß eines Abkommens zwischen den Vereinten Nationen und dem Gastland getroffen werden.

11. Der Bedarf an Betreuungsdiensten für die Konferenz sollte so sparsam wie möglich angesetzt und vorzugsweise vom Ausschuß, sobald ein solcher eingerichtet ist, in Absprache mit dem Gastland realistisch und in allen Einzelheiten festgestellt werden.

12. Gemäß Generalversammlungsresolution 35/10 C vom 3. November 1980 sollten die Konferenzsekretariate – mit zeitweiliger Verstärkung, soweit dies für eine effektive Arbeitsabwicklung erforderlich ist, sowie unter Berücksichtigung der nötigen Mischung von technischen, fachlichen und administrativen Kräften sowie von Konferenzbetreuungskräften – soweit wie möglich aus dem bereits vorhandenen Sekretariatsapparat gestellt werden.

13. In Konsultation mit den zuständigen zwischenstaatlichen Organen sollten Normen für den Personalbedarf aller mit der Vorbereitung und der Betreuung von Konferenzen befaßten Sekretariatseinheiten aufgestellt und laufend überprüft werden.

14. Für Konferenzen der Vereinten Nationen über wirtschaftliche und soziale Fragen kann der Generaldirektor für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit darüber hinaus auch einen Lenkungsausschuß einsetzen, der unter seinem Vorsitz und unter Beteiligung der Leiter der am unmittelbarsten betroffenen Stellen der Vereinten Nationen bei wichtigen Entscheidungen über die Grundausrichtung der Konferenzvorbereitungen eine beratende Funktion ausübt und der insbesondere darüber wacht, daß die Vorbereitungsarbeiten im Einklang mit den von der Generalversammlung und vom Wirtschafts- und Sozialrat festgelegten allgemeinen Strategien und Prioritäten stehen und daß sie fachlich mit ähnlichen Aktivitäten innerhalb des Systems der Vereinten Nationen koordiniert werden.

C

Sitzungsprotokolle und Dokumentation für Nebenorgane

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 2292 (XXII) vom 8. Dezember 1967, 2538 (XXIV) vom 11. Dezember 1969, 3415 (XXX) vom 8. Dezember 1975, 34/50 vom 23. November 1979, 35/10 B vom 3. November 1980 und 36/117 A und D vom 10. Dezember 1981 sowie ihren Beschluß 33/149 vom 15. Dezember 1978,

eingedenk der vom Wirtschafts- und Sozialrat in seiner Resolution 1979/69 vom 2. August 1979 und seinem Beschluß 1982/105 vom 4. Februar 1982 getroffenen Maßnahmen,

1. *erklärt erneut*, daß kein Gremium oder Organ der Vereinten Nationen für dieselbe Sitzung sowohl Wort- als auch Kurzprotokolle erhalten kann;

2. *bestätigt* die derzeit geltende Regelung bezüglich der Bereitstellung von Sitzungsprotokollen für die Generalversammlung, ihre Hauptausschüsse und den Präsidialausschuß;

3. *beschließt*, daß abgesehen von den nachstehend aufgeführten Ausnahmen während einer dreijährigen Versuchszeit kein Nebenorgan der Generalversammlung Anspruch auf Kurzprotokolle hat:

a) Ad-hoc-Ausschuß für den Indischen Ozean;

b) Ausschuß für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes;

c) Völkerrechtskommission;

d) Unterausschuß Recht des Ausschusses für die friedliche Nutzung des Weltraums;

e) Sonderausschuß gegen Apartheid;

f) Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht;

g) Namibia-Rat der Vereinten Nationen;

4. *beschließt*, daß für ordentliche Tagungen und Sondertagungen der in Ziffer 1 des Anhangs zur vorliegenden Resolution angeführten Leitungsgremien von Organen und Programmen der Vereinten Nationen sowie für Beitragsankündigungskonferenzen oder Sitzungen von Ad-hoc-Gremien zur Ankündigung freiwilliger Beiträge von Staaten weiterhin Kurzprotokolle zur Verfügung gestellt werden, stellt jedoch fest, daß dieser An-

spruch in keinem Fall auf eines der Nebenorgane dieser Gremien übertragen werden darf;

5. *beschließt ferner*, daß die Ausnahmeregelung für die in Ziffer 3 und 4 aufgeführten Nebenorgane für keines ihrer Nebenorgane gilt;

6. *bekräftigt*, daß jede weitere Ausnahmeregelung der ausdrücklichen Genehmigung der Generalversammlung in Form einer diesbezüglichen Resolution oder eines diesbezüglichen Beschlusses bedarf;

7. *ersucht* alle ihre Nebenorgane, die Anspruch auf schriftliche Sitzungsprotokolle haben, ihren Bedarf an derartigen Protokollen auf ein vernünftiges Mindestmaß zu beschränken, wo irgend möglich ohne Sitzungsprotokolle auszukommen und verstärkt Gebrauch von Tonbandaufnahmen zu machen;

8. *bestätigt*, daß für Sonderkonferenzen und deren Vorbereitungsorgane mit Ausnahme von Konferenzen zur Rechtskodifizierung, für die der Bedarf von Fall zu Fall festgestellt wird, keine Kurzprotokolle erstellt werden;

9. *beschließt*, daß Nebenorgane, die Anspruch auf schriftliche Sitzungsprotokolle für alle oder einige ihrer Sitzungen haben, diese bei Tagungen außerhalb der von den Vereinten Nationen anerkannten Konferenzzentren nur dann erhalten, wenn hierfür in jedem einzelnen Fall ein spezifischer Beschluß der Generalversammlung vorliegt;

10. *ersucht* den Generalsekretär, Vorkehrungen dafür zu treffen, daß für alle Verhandlungen derjenigen Organe, die aufgrund der vorliegenden Resolution keine schriftlichen Sitzungsprotokolle mehr erhalten, Tonbandaufnahmen in den entsprechenden Arbeitssprachen angefertigt werden, die dann den interessierten Delegationen gemäß der herkömmlichen Praxis des Sekretariats in leicht zugänglicher Form zur Verfügung gestellt werden können;

11. *bestätigt*, daß die in Ziffer 2 des Anhangs zur vorliegenden Resolution aufgeführten Nebenorgane gegenwärtig Anspruch auf Wortprotokolle haben, und wiederholt, daß ohne die ausdrückliche Genehmigung der Generalversammlung in Form einer entsprechenden Resolution kein Nebenorgan Wortprotokolle erhalten kann;

12. *bittet* alle ihre Nebenorgane, die keinen Anspruch auf schriftliche Sitzungsprotokolle haben, *eindringlich* um allgemeinere Befolgung der von der Generalversammlung mit Resolution 34/50 gebilligten gegenwärtigen Richtlinien über Format und Inhalt ihrer Berichte, die darauf abzielen, dadurch eine klare und knappe Darstellung der von der Generalversammlung zur sinnvollen Überprüfung der Arbeit ihrer Nebenorgane und zur Beschlußfassung zu deren Empfehlungen benötigten Informationen herbeizuführen, daß sie den Inhalt derartiger Berichte auf folgende Punkte beschränken:

a) der Generalversammlung zur Verabschiedung empfohlene Resolutions- und Beschlußentwürfe, denen nötigenfalls kurze Zusammenfassungen der für bzw. gegen die Empfehlungen abgegebenen Erklärungen angeschlossen sind;

b) Fragen, die die besondere Aufmerksamkeit der Generalversammlung verdienen;

c) gegebenenfalls Einzelheiten über die Abstimmungen;

d) eigene Beschlüsse des Nebenorgans zu seinen Aktivitäten und Verfahren, die kein Tätigwerden der Generalversammlung erfordern;

e) Arbeitsorganisation und gegebenenfalls kurze Hinweise auf Eröffnungsansprachen;

13. *ersucht* diejenigen Nebenorgane, die schriftliche Sitzungsprotokolle erhalten, in ihre Berichte möglichst keine Zusammenfassung ihrer Diskussionen aufzunehmen, wenn sie nicht im Rahmen der in Ziffer 12 *a*), *b*) und *d*) erwähnten Punkte erforderlich ist, sondern statt dessen auf das betreffende Sitzungsprotokoll zu verweisen;

14. *wiederholt erneut*, daß sich die Nebenorgane, insbesondere soweit sie schriftliche Sitzungsprotokolle erhalten, bei der Ausarbeitung ihrer Berichte darum bemühen sollten, daß diese die anzustrebende Höchstgrenze von zweiunddreißig Seiten nicht überschreiten;

15. *ersucht* alle Nebenorgane, deren Berichte zweiunddreißig Seiten überschreiten, dem Konferenzausschuß vor seiner nächsten Tagung die Gründe für die Nichteinhaltung der bestehenden Regelung darzulegen;

16. *ersucht* den Konferenzausschuß, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung über Fortschritte bei der effektiven Einhaltung der Zweiunddreißig-Seiten-Regel zu berichten;

17. *ersucht* den Konferenzausschuß, die in Ziffer 27 seines Berichts[17] angeführten Maßnahmen weiter zu prüfen und der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung konkrete Empfehlungen über die mögliche Durchführung dieser Maßnahmen vorzulegen, durch die die Überlastung der Konferenzdienste abgebaut werden soll;

18. *bittet* den Generalsekretär, auch weiterhin Übersetzung und Druck von Dokumenten der Vereinten Nationen außer Haus zu vergeben, wenn dies die beste und wirtschaftlichste Methode ist;

19. *ersucht* ihre Nebenorgane und empfiehlt anderen Gremien der Vereinten Nationen, die im Bericht des Konferenzausschusses[17] in Ziffer 85 enthaltenen Empfehlungen bei ihren Tagungen zu prüfen und ihre Kommentare über die Durchführung dieser Empfehlungen auf dem Weg über den Konferenzausschuß der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung zur Behandlung vorzulegen.

69. Plenarsitzung
16. November 1982

ANHANG

Organe mit Anspruch auf Kurz- oder Wortprotokolle

1. Die folgenden Leitungsgremien von Organen und Programmen der Vereinten Nationen haben Anspruch auf Kurzprotokolle:

a) das Kuratorium des Ausbildungs- und Forschungsinstituts der Vereinten Nationen (nur in englischer Sprache);

b) der Verwaltungsrat des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen;

c) der Exekutivausschuß des Programms des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge;

d) der Verwaltungsrat des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen;

e) der Rat für industrielle Entwicklung;

f) der Handels- und Entwicklungsrat.

2. Die folgenden Nebenorgane der Generalversammlung haben Anspruch auf Wortprotokolle:

a) der Ausschuß für Anträge auf Überprüfung von Urteilen des Verwaltungsgerichts;

b) der Ausschuß für die friedliche Nutzung des Weltraums;

c) die Abrüstungskommission;

d) der Sonderausschuß für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker;

e) der Sonderausschuß zur Untersuchung israelischer Praktiken, die die Menschenrechte der Bevölkerung der besetzten Gebiete beeinträchtigen (bei der Anhörung von Zeugen);

f) das Verwaltungsgericht der Vereinten Nationen (bei Verhandlungen, nur in der Originalsprache).

Wortprotokolle erhalten ferner der Abrüstungsausschuß (wobei davon auszugehen ist, daß die Wortprotokolle ohne Heranziehung von Wortprotokollführern aus den ungekürzten Erklärungen, wie vorgetragen und von der betreffenden Delegation überprüft, zusammengestellt werden) sowie Nebenorgane der Generalversammlung, wenn sie aus Anlaß von internationalen Solidaritätstagen zusammentreten, die von der Versammlung verkündet worden sind.

D

KONTROLLE UND BEGRENZUNG DER DOKUMENTATION

Die Generalversammlung,

nimmt Kenntnis vom Bericht der Gemeinsamen Inspektionsgruppe über die Kontrolle und Begrenzung der Dokumentation im System der Vereinten Nationen[19] samt den diesbezüglichen Kommentaren des Verwaltungsausschusses für Koordinierung[20] und des Generalsekretärs[21].

69. Plenarsitzung
16. November 1982

E

ELEKTRONISCHE ANLAGEN IN DEN KONFERENZRÄUMEN AM AMTSSITZ DER VEREINTEN NATIONEN

Die Generalversammlung,

1. *billigt* das im Bericht des Generalsekretärs[22] enthaltene Programm für den systematischen und schrittweisen Austausch und die Modernisierung der elektronischen Anlagen in den Konferenzsälen am Amtssitz der Vereinten Nationen;

2. *ersucht* den Generalsekretär, weitere Vorschläge für ein gestaffeltes Programm für den Austausch und die Modernisierung der Anlagen während der nächsten Doppelhaushalte vorzulegen.

69. Plenarsitzung
16. November 1982

37/38 – Finanzierung der Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung

A

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über die Finanzierung der Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung[23] sowie des entsprechenden Berichts des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[24],

eingedenk der Sicherheitsratsresolutionen 350 (1974) vom 31. Mai 1974, 363 (1974) vom 29. November 1974, 369 (1975) vom 28. Mai 1975, 381 (1975) vom 30. November 1975, 390 (1976) vom 28. Mai 1976, 398 (1976) vom 30. November 1976, 408 (1977) vom 26. Mai 1977, 420 (1977) vom 30. November 1977, 429 (1978) vom 31. Mai 1978, 441 (1978) vom 30. November 1978, 449 (1979) vom 30. Mai 1979, 456 (1979) vom 30. November 1979, 470 (1980) vom 30. Mai 1980, 481 (1980) vom 26. November 1980, 485 (1981) vom 22. Mai 1981, 493 (1981) vom 23. November 1981, 506 (1982) vom 26. Mai 1982 sowie 524 (1982) vom 29. November 1982,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3101 (XXVIII) vom 11. Dezember 1973, 3211 B (XXIX) vom 29. November 1974, 3374 C (XXX) vom 2. Dezember 1975, 31/5 D vom 22. Dezember 1976, 32/4 C vom 2. Dezember 1977, 33/13 D vom 8. Dezember 1978, 34/7 C vom 3. Dezember 1979, 35/44 vom 1. Dezember 1980, 35/45 A vom 1. Dezember 1980 sowie 36/66 A vom 30. November 1981,

in Bekräftigung ihrer früheren Beschlüsse, daß zur Bestreitung der Ausgaben für solche Operationen ein anderes Verfahren als bei der Deckung der Ausgaben des ordentlichen Haushalts der Vereinten Nationen erforderlich ist,

unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die wirtschaftlich weiter entwickelten Länder zu verhältnismäßig größeren Beiträgen in der Lage sind und die wirtschaftlich weniger entwickelten Länder verhältnismäßig begrenzte Möglichkeiten für Beiträge zu aufwendigen friedenssichernden Operationen haben,

eingedenk der in Generalversammlungsresolution 1874 (S-VI) vom 27. Juni 1963 und in anderen Resolutionen der Versammlung erwähnten besonderen Verantwortung der dem Sicherheitsrat als ständige Mitglieder angehörenden Staaten bei der Finanzierung solcher Operationen,

I

beschließt, für die Operationen der Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung vom 1. Juni bis einschließlich 30. November 1982 auf dem in Generalversammlungsresolution 3211 B (XXIX) Abschnitt II Ziffer 1 genannten Sonderkonto entsprechend der Ermächtigung und Aufteilung gemäß Abschnitt III der Versammlungsresolution 36/66 A den Betrag von 15.973.998 US-Dollar brutto (15.784.998 US-Dollar netto) bereitzustellen;

II

1. *beschließt*, für die Operationen der Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung vom 1. Dezember 1982 bis einschließlich 31. Mai 1983 auf dem Sonderkonto einen Betrag von 17.186.500 US-Dollar bereitzustellen;

2. *beschließt ferner* als Ad-hoc-Regelung, unbeschadet eventueller künftiger Grundsatzpositionen von Mitgliedstaaten bei der Behandlung von Vereinbarungen zur Finanzierung von friedenssichernden Operationen in der Generalversammlung die Aufteilung des Betrags von 17.186.500 US-Dollar unter den Mitgliedstaaten nach dem Plan in Generalversammlungsresolution 3101 (XXVIII) und gemäß Resolution 3374 C (XXX) Abschnitt III Ziffer 2 Buchstabe *b*) und *c*) und Abschnitt V Ziffer 1, Resolution 31/5 D Abschnitt V Ziffer 1, Resolution 32/4 C Abschnitt V Ziffer 1, Resolution 33/13 D Abschnitt V Ziffer 1, Resolution 34/7 C Abschnitt V Ziffer 1, Resolution 35/45 A Abschnitt V Ziffer 1 und Resolution 36/66 A Abschnitt V Ziffer 1; ein Teilbetrag von 2.864.411 US-Dollar, der anteilmäßig

[19] Vgl. A/36/167
[20] A/36/167/Add.1
[21] A/36/167/Add.2
[22] A/C.5/37/2
[23] A/37/534 mit Korr.1
[24] A/37/597

dem Monat Dezember 1982 entspricht, wird nach dem Beitragschlüssel für 1980, 1981 und 1982 aufgeteilt; der Restbetrag für den nachfolgenden Zeitraum wird nach dem Beitragsschlüssel für 1983, 1984 und 1985 aufgeteilt;

3. *beschließt*, daß der jeweilige Anteil der Mitgliedstaaten an den nicht aus Mitteln der Personalabgabe erzielten gebilligten Einnahmen von schätzungsweise 10.000 US-Dollar für den Zeitraum vom 1. Dezember 1982 bis einschließlich 31. Mai 1983 mit den gemäß Ziffer 2 unter ihnen aufgeteilten Kosten verrechnet wird;

4. *beschließt*, daß im Einklang mit ihrer Resolution 973 (X) vom 15. Dezember 1955 mit den gemäß Ziffer 2 dieses Abschnitts unter den Mitgliedstaaten aufgeteilten Kosten deren jeweilige Guthaben beim Steuerausgleichsfonds an dem gebilligten, schätzungsweise 192.500 US-Dollar betragenden Personalabgabeaufkommen für den Zeitraum vom 1. Dezember 1982 bis einschließlich 31. Mai 1983 verrechnet werden;

III

ermächtigt den Generalsekretär, für den Fall, daß der Sicherheitsrat beschließen sollte, die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung über den in seiner Resolution 524 (1982) genehmigten Zeitraum von 6 Monaten hinaus aufrechtzuerhalten, für die Beobachtertruppe vom 1. Juni bis einschließlich 30. November 1983 Ausgabenverpflichtungen bis zu einem Höchstbetrag von 2.864.416 US-Dollar brutto (2.280.666 US-Dollar netto) pro Monat einzugehen, wobei der genannte Betrag nach dem in dieser Resolution dargelegten Schema unter den Mitgliedstaaten aufzuteilen ist;

IV

1. *betont* die Notwendigkeit freiwilliger Beiträge für die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung sowohl in Form von Barzahlungen als auch in Form von für den Generalsekretär annehmbaren Dienst- und Sachleistungen;

2. *ersucht* den Generalsekretär, das Erforderliche zu veranlassen, um die größtmögliche Effektivität und Wirtschaftlichkeit der Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung sicherzustellen;

V

1. *beschließt*, daß Antigua und Barbuda, Belize und Vanuatu der in der Generalversammlungsresolution 3101 (XXVIII) Ziffer 2 Buchstabe *d*) genannten Gruppe von Mitgliedstaaten zuzurechnen und ihre Beiträge für die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung gemäß den Bestimmungen der von der Generalversammlung auf der laufenden Tagung zur Frage des Beitragsschlüssels verabschiedeten Resolution[25] zu berechnen sind;

2. *beschließt ferner*, daß gemäß Artikel 5.2 Buchstabe *c*) der Finanzordnung der Vereinten Nationen die Beiträge der in Ziffer 1 dieses Abschnitts genannten Mitgliedstaaten für die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung bis zum 30. November 1982 als sonstige Einnahmen zu verbuchen und auf die im obigen Abschnitt II umgelegten Mittelbewilligungen anzurechnen sind.

85. Plenarsitzung
30. November 1982

B

in Anbetracht der im Bericht des Generalsekretärs[23] dargestellten Finanzlage des Sonderkontos für die Notstandsstreitkräfte der Vereinten Nationen und die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung sowie unter Hinweis auf Ziffer 5 im Bericht des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[24],

eingedenk dessen, daß es unerläßlich ist, die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung mit den notwendigen Finanzmitteln zu versehen, damit sie ihren Aufgaben gemäß den entsprechenden Sicherheitsratsresolutionen nachkommen kann,

besorgt darüber, daß es für den Generalsekretär auch weiterhin immer schwieriger wird, die laufenden Zahlungsverpflichtungen der Streitkräfte, insbesondere gegenüber den truppenstellenden Staaten zu erfüllen,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 33/13 E vom 14. Dezember 1978, 34/7 D vom 17. Dezember 1979, 35/45 B vom 1. Dezember 1980 und 36/66 B vom 30. November 1981,

im Hinblick darauf, daß aufgrund der Einbehaltung der Beiträge bestimmter Mitgliedstaaten zur Ergänzung der Einnahmen aus den Beiträgen zur Deckung der Kosten der Streitkräfte in vollem Umfang auf die Guthaben im Sonderkonto für die Notstandsstreitkräfte der Vereinten Nationen und für die Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung zurückgegriffen wurde,

besorgt darüber, daß die Anwendung der Regeln 5.2 *b*), 5.2 *d*), 4.3 und 4.4 der Finanzordnung der Vereinten Nationen die ohnehin schwierige Lage der Streitkräfte weiterhin erschweren würde,

beschließt, die Artikel 5.2 *b*), 5.2 *d*), 4.3 und 4.4 der Finanzordnung der Vereinten Nationen hinsichtlich des Beitrags von 7.403.489 US-Dollar, der sonst nach diesen Regeln verfallen wäre, außer Kraft zu setzen, wobei dieser Beitrag dem im Beschlußteil von Generalversammlungsresolution 33/123 E genannten Konto gutgeschrieben und bis auf weiteren Beschluß der Versammlung bereitgehalten wird.

85. Plenarsitzung
30. November 1982

37/124 – Gemeinsame Inspektionsgruppe[26]

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts der Gemeinsamen Inspektionsgruppe für den Zeitraum vom 1. Juli 1981 bis 30. Juni 1982[27], des Arbeitsprogramms der Gemeinsamen Inspektionsgruppe für 1982[28] sowie des Berichts des Generalsekretärs über die Verwirklichung der Empfehlungen der Gemeinsamen Inspektionsgruppe[29],

1. *nimmt mit Dank Kenntnis* vom Bericht der Gemeinsamen Inspektionsgruppe;

[25] Vgl. Resolution 37/125A

[26] Vgl. auch Abschnitt X.B.7, Beschluß 37/429

[27] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 34* (A/37/34)

[28] A/37/103, Anhang

[29] A/C.5/37/28

2. *begrüßt* die Absicht der Gemeinsamen Inspektionsgruppe, im Jahr 1982 eine Bewertung ihrer eigenen Arbeit vorzunehmen und sich dabei auch mit der Frage zu befassen, wie die Wirksamkeit ihrer Empfehlungen erhöht werden könnte, sowie Vorschläge zu unterbreiten, wie der Prozeß der Beschlußfassung der zwischenstaatlichen Organe über die Empfehlungen der Gruppe verbessert werden könnte;

3. *wiederholt erneut* ihre bereits in Ziffer 7 der Resolution 2924 B (XXVII) vom 24. November 1972 ausgesprochene Bitte sowie ihren im operativen Teil ihrer Resolution 32/199 vom 21. Dezember 1977 gefaßten Beschluß,

4. *ersucht* den Generalsekretär, in seinen Stellungnahmen zu Berichten der Gemeinsamen Inspektionsgruppe im Einklang mit Generalversammlungsbeschluß 36/454 vom 18. Dezember 1981 einen zusammenfassenden Überblick darüber zu geben, welche Empfehlungen der Gruppe seiner Meinung nach durchgeführt bzw. nicht durchgeführt werden sollten.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/125 – Beitragsschlüssel für die Kostenverteilung der Vereinten Nationen[30]

A

Die Generalversammlung

faßt folgenden Beschluß:

1. Die Beitragssätze für die Beiträge der Mitgliedstaaten zum Haushalt der Vereinten Nationen für die Rechnungsjahre 1983, 1984 und 1985 werden wie folgt festgesetzt:

Mitgliedstaat	*Prozent*
Afghanistan	0,01
Ägypten	0,07
Albanien	0,01
Algerien	0,13
Angola	0,01
Antigua und Barbuda	0,01
Äquatorialguinea	0,01
Arabische Republik Syrien	0,03
Argentinien	0,71
Äthiopien	0,01
Australien	1,57
Bahamas	0,01
Bahrain	0,01
Bangladesch	0,03
Barbados	0,01
Belgien	1,28
Belize	0,01
Benin	0,01
Bhutan	0,01
Birma	0,01
Bjelorussische Sozialistische Sowjetrepublik	0,36
Bolivien	0,01
Botswana	0,01
Brasilien	1,39
Bulgarien	0,18
Burundi	0,01
Chile	0,07
China	0,88
Dänemark	0,75
Demokratischer Jemen	0,01
Demokratisches Kampuchea	0,01
Deutsche Demokratische Republik	1,39
Deutschland, Bundesrepublik	8,54
Dominica	0,01
Dominikanische Republik	0,03
Dschibuti	0,01
Ekuador	0,02
Elfenbeinküste	0,03
El Salvador	0,01
Fidschi	0,01
Finnland	0,48
Frankreich	6,51
Gabun	0,02
Gambia	0,01
Ghana	0,02
Grenada	0,01
Griechenland	0,40
Guatemala	0,02
Guinea	0,01
Guinea-Bissau	0,01
Guyana	0,01
Haiti	0,01
Honduras	0,01
Indien	0,36
Indonesien	0,13
Irak	0,12
Iran (Islamische Republik)	0,58
Irland	0,18
Island	0,03
Israel	0,23
Italien	3,74
Jamaika	0,02
Japan	10,32
Jemen	0,01
Jordanien	0,01
Jugoslawien	0,46
Kanada	3,08
Kap Verde	0,01
Katar	0,03
Kenia	0,01
Kolumbien	0,11
Komoren	0,01
Kongo	0,01
Kostarika	0,02
Kuba	0,09
Kuwait	0,25
Laotische Volksdemokratische Republik	0,01
Lesotho	0,01
Libanon	0,02
Liberia	0,01
Libysche Arabische Dschamahirija	0,26
Luxemburg	0,06
Madagascar	0,01
Malawi	0,01
Malaysia	0,09
Malediven	0,01
Mali	0,01
Malta	0,01
Marokko	0,05
Mauretanien	0,01
Mauritius	0,01
Mexiko	0,88
Mongolei	0,01
Mosambik	0,01
Nepal	0,01
Neuseeland	0,26

[30] Vgl. auch Abschnitt X.B.7, Beschluß 37/408

Mitgliedstaat	*Prozent*
Niederlande	1,78
Niger	0,01
Nigeria	0,19
Nikaragua	0,01
Norwegen	0,51
Obervolta	0,01
Oman	0,01
Österreich	0,75
Pakistan	0,06
Panama	0,02
Papua-Neuguinea	0,01
Paraguay	0,01
Peru	0,07
Philippinen	0,09
Polen	0,72
Portugal	0,18
Rumänien	0,19
Rwanda	0,01
Salomonen	0,01
Sambia	0,01
Samoa	0,01
St. Lucia	0,01
St. Vincent und die Grenadinen	0,01
São Tomé und Príncipe	0,01
Saudi-Arabien	0,86
Schweden	1,32
Senegal	0,01
Seychellen	0,01
Sierra Leone	0,01
Simbabwe	0,02
Singapur	0,09
Somalia	0,01
Spanien	1,93
Sri Lanka	0,01
Südafrika	0,41
Sudan	0,01
Suriname	0,01
Swasiland	0,01
Thailand	0,08
Togo	0,01
Trinidad und Tobago	0,03
Tschad	0,01
Tschechoslowakei	0,76
Tunesien	0,03
Türkei	0,32
Uganda	0,01
Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik	1,32
Ungarn	0,23
Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken	10,54
Uruguay	0,04
Vanuatu	0,01
Venezuela	0,55
Vereinigte Arabische Emirate	0,16
Vereinigte Republik Kamerun	0,01
Vereinigte Republik Tansania	0,01
Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland	4,67
Vereinigte Staaten von Amerika	25,00
Vietnam	0,02
Zaire	0,01
Zentralafrikanische Republik	0,01
Zypern	0,01
	100,00

2. Gemäß Regel 160 der Geschäftsordnung der Generalversammlung wird der Beitragsausschuß den in Ziffer 1 wiedergegebenen Beitragsschlüssel im Jahre 1985 überprüfen und der Versammlung einen Bericht zur Behandlung auf ihrer vierzigsten Tagung vorlegen;

3. Unbeschadet der Bestimmungen von Artikel 5.5 der Finanzordnung der Vereinten Nationen wird der Generalsekretär ermächtigt, nach seinem Ermessen und nach Absprache mit dem Vorsitzenden des Beitragsausschusses einen Teil der Beiträge der Mitgliedstaaten für die Kalenderjahre 1983, 1984 und 1985 in anderen Währungen als dem US-Dollar entgegenzunehmen;

4. Für das Jahr 1981 leisten Vanuatu, Belize sowie Antigua und Barbuda, die am 15. September, 25. September bzw. 11. November 1981 Mitglieder der Vereinten Nationen geworden sind, einen Beitrag von einem Neuntel von 0,01 Prozent;

5. Für das Jahr 1982 leisten Vanuatu, Belize sowie Antigua und Barbuda einen Beitrag von 0,01 Prozent;

6. Die Beitragssätze der drei neuen Mitgliedstaaten für 1981 und 1982 gelten für die gleiche Beitragsberechnungsgrundlage wie bei den anderen Mitgliedstaaten, jedoch mit der Ausnahme, daß bei den Mittelbewilligungen, die gemäß Generalversammlungsresolutionen 35/45 A vom 1. Dezember 1980 und 36/66 A vom 30. November 1981 für die Finanzierung der Notstandsstreitkräfte der Vereinten Nationen und der Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung und gemäß Versammlungsresolutionen 35/115 A vom 10. Dezember 1980 und 36/138 A vom 16. Dezember 1981 für die Finanzierung der Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon erfolgen, die Beiträge der genannten Staaten – entsprechend der Beitragsgruppe, der sie von der Versammlung zugeordnet werden – im Verhältnis zum Kalenderjahr zu berechnen sind;

7. Gemäß Regel 160 der Geschäftsordnung der Generalversammlung werden Staaten, die nicht Mitglieder der Vereinten Nationen sind, sich jedoch an einigen ihrer Aktivitäten beteiligen, aufgefordert, auf der Grundlage folgender Sätze Beiträge zur Deckung der Kosten dieser Aktivitäten in den Jahren 1983, 1984 und 1985 zu leisten:

Nichtmitgliedstaat	*Prozent*
Demokratische Volksrepublik Korea	0,05
Heiliger Stuhl	0,01
Liechtenstein	0,01
Monaco	0,01
Nauru	0,01
Republik Korea	0,18
San Marino	0,01
Schweiz	1,10
Tonga	0,01

wobei jeweils folgende Länder zu Beitragsleistungen aufgefordert werden

a) *für den Internationalen Gerichtshof*:
Liechtenstein
San Marino
Schweiz

b) *für die internationale Suchtstoffkontrolle*:
Heiliger Stuhl
Liechtenstein
Monaco
Republik Korea
Schweiz
Tonga

c) *für die Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik*:
Republik Korea

d) *für die Wirtschaftskommission für Europa*:
Schweiz

e) für die Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen:
Demokratische Volksrepublik Korea
Heiliger Stuhl
Liechtenstein
Monaco
Republik Korea
San Marino
Schweiz
Tonga

f) für die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung:
Heiliger Stuhl
Liechtenstein
Monaco
Republik Korea
Schweiz

g) für das Umweltprogramm der Vereinten Nationen:
Schweiz.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

B

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 14 (I) vom 13. Februar 1946, 1927 (XVIII) vom 11. Dezember 1963, 2118 (XX) vom 21. Dezember 1965, 2961 C und D (XXVII) vom 13. Dezember 1972, 31/95 A und B vom 14. Dezember 1976 und 34/6 B vom 25. Oktober 1979,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 36/231 A vom 18. Dezember 1981,

nach Prüfung des Berichts des Beitragsausschusses[31] und des dazugehörigen Addendums[32],

abermals anerkennend, daß im Hinblick auf einen gerechteren und ausgewogeneren Beitragsschlüssel eine bessere Methodik zur Bemessung der tatsächlichen Zahlungsfähigkeit der Mitgliedstaaten erforderlich ist,

unter Berücksichtigung der schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Lage mancher Mitgliedstaaten, insbesondere der Entwicklungsländer,

eingedenk dessen, daß die Mitgliedstaaten die Pflicht haben, entsprechend ihrer Zahlungsfähigkeit für die von der Generalversammlung bewilligten Ausgaben der Organisation aufzukommen,

in Kenntnisnahme der Stellungnahmen der Mitgliedstaaten zu dem neuen Beitragsschlüssel sowie zur Integrität des Beitragsausschusses,

1. *bekräftigt*, daß die tatsächliche Zahlungsfähigkeit der Mitgliedstaaten das grundlegende Kriterium für die Festlegung der Beitragssätze ist;

2. *beschließt*, daß der Beitragsausschuß erforderlichenfalls seine Tagungen verlängern kann, um

a) der Generalversammlung die in Ziffer 3 der Resolution 36/231 A geforderte Untersuchung samt seinen Vorschlägen hinsichtlich der bei der Festlegung künftiger Beitragsschlüssel anzuwendenden Methodik auf ihrer neununddreißigsten Tagung vorlegen zu können;

b) um der Generalversammlung, wie in Ziffer 2 der Resolution 36/231 A gefordert, unter Berücksichtigung der Stellungnahmen verschiedener Delegationen insbesondere zur Vergleichbarkeit der Angaben über das Volkseinkommen spätestens auf der neununddreißigsten Tagung eine Reihe von Richtlinien für die Erfassung und Präsentation der Daten vorlegen zu können;

3. *bittet* den Generalsekretär, dem Beitragsausschuß die Einrichtungen und Dienste – und auf Ersuchen des Ausschusses auch die erforderliche zusätzliche Hilfe – zur Verfügung zu stellen, die er für die Durchführung seiner Arbeit braucht;

4. *ersucht* den Beitragsausschuß, in Ausübung seines Mandats gemäß Resolution 36/231 A u.a. auf folgendes zu achten:

a) die Notwendigkeit, dafür zu sorgen, daß das Statistische Amt des Sekretariats methodisch und fachlich standardisierte Daten und Statistiken u.a. über Wechselkurse und Volkseinkommen in laufenden Preisen erhält bzw. sich beschafft;

b) die Notwendigkeit zu prüfen, wie durch die Heranziehung objektiver Kriterien bei der endgültigen Festlegung des Beitragsschlüssels exzessive Abweichungen vermieden werden können;

5. *ersucht* den Beitragsausschuß, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung über den Fortgang der mit dieser Resolution geforderten Arbeiten zu berichten.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/126 – Bericht der Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst

Die Generalversammlung,

mit Dank Kenntnis nehmend vom achten Jahresbericht der Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst[33],

in Bekräftigung der Bedeutung der anerkannten Rolle, die der Kommission bei der Aufgabe zukommt, gemäß Artikel 9 ihres Statuts durch die Anwendung gemeinsamer personalpolitischer Maßstäbe, Methoden und Regelungen einen einzigen, einheitlichen internationalen öffentlichen Dienst aufzubauen,

erneut erklärend, daß es sehr wichtig ist, daß alle Mitgliedsorganisationen des gemeinsamen Systems diese gemeinsamen Maßstäbe, Methoden und Regelungen achten,

in Kenntnis der Schwierigkeiten, die es der Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst bereitet, einen Konsens über die Auslegung und Anwendung des Noblemaire-Prinzips zu erzielen,

im Bewußtsein der Schwierigkeiten, die die weltweite Wirtschaftssituation den Mitgliedstaaten und insbesondere den Entwicklungsländern bereitet,

in dem Bestreben, dafür zu sorgen, daß für die Durchführung der Programme ausreichende Finanzmittel zur Verfügung stehen,

I

1. *billigt* das Verfahren zur Korrektur des auf die Ruhegehaltsbezüge von Pensionären des höheren Dienstes und der darüberliegenden Ränge anzuwendenden Anpassungskoeffizienten für den Lebenshaltungskosten-

[31] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 11* (A/37/11)
[32] A/37/11/Add.1 und Add.1/Korr.1
[33] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 30* (A/37/30)

ausgleich für diejenigen Länder, in denen diese Koeffizienten Anwendung finden und in denen der Steuersatz bei null oder unter dem Steuersatz liegt, der in dem nach dem Gemeinsamen Pensionssystem der Vereinten Nationen vorgesehenen Grundbetrag des Ruhegehalts impliziert vorausgesetzt wird[34];

2. *billigt* die Empfehlungen der Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst[35] und des Gemeinsamen Rats für das Pensionswesen der Vereinten Nationen[36], denen zufolge auf die Ruhegehälter von Pensionären des Allgemeinen Dienstes und verwandter Laufbahngruppen kein Minderungs-Koeffizient anzuwenden ist;

II

1. *nimmt Kenntnis* vom derzeitigen Stand des Vergleichs zwischen der Gesamtvergütung des zum Vergleich herangezogenen öffentlichen Dienstes und des Systems der Vereinten Nationen[37];

2. *lenkt die Aufmerksamkeit* der Mitgliedstaaten auf die Tatsache, daß die Praxis der Leistung von Zusatzzahlungen bzw. des Abzugs von Minderungsbeträgen mit den Bestimmungen der Personalordnung unvereinbar und deshalb unangebracht ist;

3. *nimmt Kenntnis* von den Ergebnissen der Überprüfung der Ziele und Funktionsweise des Kaufkraftausgleichssystems durch die Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst, stellt fest, daß eine weitere Verbesserung des Systems erforderlich ist, und bittet die Kommission insbesondere, die Methoden zur Ermittlung der Lebenshaltungskosten weiter zu verbessern;

4. *ersucht* die Kommission, die Grundlage für die Vergütung und die Vergütungssätze für Bedienstete des höheren Dienstes und der darüberliegenden Ränge weiter zu überprüfen, um der neununddreißigsten Tagung der Generalversammlung und danach in regelmäßigen Abständen Empfehlungen zu den Vergütungssätzen vorlegen zu können;

III

1. *nimmt Kenntnis* von der allgemeinen Methodik für Erhebungen zur Ermittlung der besten, am Dienstort gebotenen Beschäftigungsbedingungen, die die Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst für das an den Amtssitzorten der Vereinten Nationen tätige Personal des Allgemeinen Dienstes und verwandter Laufbahngruppen[38] gebilligt hat;

2. *nimmt ferner zur Kenntnis*, daß die Kommission mit einer umfassenden Überprüfung der Beschäftigungsbedingungen an den Außendienststellen begonnen hat;

3. *beschließt*, daß mit Wirkung vom 1. Januar 1983 die Kinderbeihilfe für Bedienstete des höheren Dienstes und der darüberliegenden Ränge auf 700 US-Dollar erhöht wird[39] und daß die Stützmaßnahmen, mit denen dafür gesorgt werden soll, daß die in der jeweiligen Landeswährung ausgezahlte Beihilfe überall auf einer gerechten Mindesthöhe bleibt, weiterhin für all Dienstorte erhalten bleiben und vom durchschnittlichen Wechselkurs während des am 30. Juni 1982 endenden Zwölfmonatszeitraum ausgehen sollen;

4. *beschließt*, daß die Ausbildungsbeihilfe weiterhin eine Auslandszulage bleiben soll, die allen außerhalb ihres Heimatlandes tätigen Bediensteten der Vereinten Nationen zusteht, daß jedoch Bedienstete, die nach einer Tätigkeit an einem anderen Ort in ihr Heimatland zurückkehren, diese Beihilfe für den verbleibenden Teil des Schuljahrs, jedoch höchstens für ein volles Schuljahr nach ihrer Rückkehr von einem Dienstort außerhalb ihres Heimatlandes erhalten können[40];

5. *ersucht* die Kommission, die Frage der Ausbildungsbeihilfe insbesondere im Hinblick auf die Lage von Bediensteten, die abwechselnd am Amtssitz und an anderen Dienstorten tätig sind, und unter Berücksichtigung der von den Delegationen während der Debatte geäußerten Ansichten weiter zu prüfen;

6. *nimmt Kenntnis* vom Beschluß der Kommission, die Trennungszulage um 50 Prozent zu erhöhen und die Bediensteten im Außendienst im Rahmen der Einrichtungsbeihilfe gezahlte Pauschalsumme zu verdoppeln[41];

7. *ersucht* die Kommission, ihre Untersuchung über die Notwendigkeit der Zahlung einer Mietbeihilfe an Orten, an denen zum System der Vereinten Nationen gehörende Organisationen ihren Sitz haben, insbesondere im Hinblick auf Neuankömmlinge und versetzte Bedienstete, umgehend abzuschließen und der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung über ihre Maßnahmen zu berichten;

8. *ersucht* die Kommission, die Notwendigkeit der Anhebung des von Organisationen des Systems der Vereinten Nationen gezahlten Anteils an der Krankenversicherung der Bediensteten und die Frage einer angemessenen rückwirkenden Kraft dieser Anhebung zu prüfen;

IV

1. *begrüßt* die von der Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst vorgelegte Untersuchung der Laufbahnkonzeptionen, der verschiedenen Arten von Arbeitsverträgen, der Aufstiegsmöglichkeiten und verwandter Fragen [42];

2 *ist der Auffassung*, daß die von der Kommission ins Auge gefaßte Gesamtkonzeption einer auf Personalplanung beruhenden integrierten Personalverwaltung es den Organisationen erleichtern wird, ihre Programmziele erfolgreich zu verwirklichen, und dabei gleichzeitig den im gemeinsamen System tätigen Bediensteten aller Laufbahngruppen, gleichgültig ob diese in einem unbefristeten oder einem befristeten Dienstverhältnis stehen, bessere Laufbahnaussichten zu bieten;

3. *empfiehlt* die Anwendung des dreistufigen Stellenbewertungssystems, das die Kommission auf der Grundlage der Musternorm für die Stellenbewertungsnormen des gemeinsamen Systems entwickelt hat, damit eine optimale Besoldungsgerechtigkeit und eine solide Grundlage für die Personalplanung und die Laufbahnförderung gewährleistet wird, und empfiehlt die Harmonisierung der Personalpolitik der einzelnen Organisationen des gemeinsamen Systems mit dem von der Kommission bekanntgegebenen Stellenbewertungssystem;

---

[34] *Ebd., Beilage 9* (A/37/9 mit Korr.1-4), Anhang X
[35] *Ebd., Beilage 30* (A/37/30), Ziffer 42
[36] *Ebd., Beilage 9* (A/37/9 mit Korr.1-4), Anhang X, Abschnitt B
[37] *Ebd., Beilage 30* (A/37/30), Ziffer 65-85
[38] *Ebd., Beilage 30* (A/37/30), Anhang II
[39] Art. 3.4. (*a*) i) des Personalstatuts wurde entsprechend geändert.
[40] Ausführungsbestimmungen 103.20 und 203.8 zum Personalstatut wurden entsprechend geändert.
[41] Ausführungsbestimmungen 103.22, 107.20, 203.10 und 203.11 zum Personalstatut wurden entsprechend geändert.
[42] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 30* (A/37/30), Anhang I

4. *empfiehlt weiterhin* den Organisationen, ihren Bedarf an Mitarbeitern mit unbefristeten und befristeten Verträgen kontinuierlich und in Verbindung mit dem Personalplanungsprozeß sowie unter Berücksichtigung der von der Kommission für diesen Zweck herangezogenen Kriterien festzusetzen;

5. *beschließt*, daß Mitarbeiter mit befristeten Verträgen nach fünf Jahren stets zufriedenstellender Tätigkeit, soweit dies irgend vertretbar ist, für die Übernahme in ein unbefristetes Dienstverhältnis in Betracht gezogen werden sollen;

6. *nimmt Kenntnis* von der Absicht der Kommission, eine Evaluierung der Auswahlwettbewerbe und anderer Elemente der Einstellungspolitik vorzunehmen;

7. *ersucht* die Kommission, ihr Programm gemäß Artikel 13 und 14 ihres Statuts wie geplant weiter durchzuführen;

V

ersucht alle Gremien, die Vorschläge für Maßnahmen im Personalbereich unterbreiten, die das gemeinsame System der Vereinten Nationen berühren, diese Maßnahmen in engem Kontakt mit der Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst zu koordinieren, die ihre diesbezüglichen Empfehlungen sodann an die Generalversammlung und andere beschlußfassende Organe von Organisationen des gemeinsamen Systems abgibt und dadurch Überschneidungen und Doppelarbeit vermeidet.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1983

37/127 – Finanzierung der Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon

A

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über die Finanzierung der Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon[43] und des diesbezüglichen Berichts des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[44],

eingedenk der Sicherheitsratsresolutionen 425 (1978) und 426 (1978) vom 19. März 1978, 427 (1978) vom 3. Mai 1978, 434 (1978) vom 18. September 1978, 444 (1979) vom 19. Januar 1979, 450 (1979) vom 14. Juni 1979, 459 (1979) vom 19. Dezember 1979, 474 (1980) vom 17. Juni 1980, 483 (1980) vom 17. Dezember 1980, 488 (1981) vom 19. Juni 1981, 498 (1981) vom 18. Dezember 1981, 501 (1982) vom 25. Februar 1982, 511 (1982) vom 18. Juni 1982, 519 (1982) vom 17. August 1982 und 523 (1982) vom 18. Oktober 1982,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen S-8/2 vom 21. April 1978, 33/14 vom 3. November 1978, 34/9 B vom 17. Dezember 1979, 35/44 vom 1. Dezember 1980, 35/115 A vom 10. Dezember 1980, 36/138 A vom 16. Dezember 1981 sowie 36/138 C vom 19. März 1982,

in Bekräftigung ihrer früheren Beschlüsse, daß zur Bestreitung der Ausgaben für solche Operationen ein anderes Verfahren als bei der Deckung der Ausgaben des ordentlichen Haushalts der Vereinten Nationen erforderlich ist,

unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die wirtschaftlich weiter entwickelten Länder zu verhältnismäßig größeren Beiträgen in der Lage sind und daß die wirtschaftlich weniger entwickelten Länder verhältnismäßig begrenzte Möglichkeiten für Beiträge zu aufwendigen Friedenssicherungsoperationen haben,

eingedenk der besonderen Verantwortung der dem Sicherheitsrat als ständige Mitglieder angehörenden Staaten bei der Finanzierung von im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen beschlossenen Friedenssicherungsoperationen,

I

beschließt, für die Operationen der Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon vom 19. Dezember 1981 bis einschließlich 18. Juni 1982 auf dem in Generalversammlungsresolution S-8/2 Abschnitt I Ziffer 1 genannten Sonderkonto entsprechend der Ermächtigung und Aufteilung gemäß den Bestimmungen von Abschnitt III der Versammlungsresolution 36/138 A und Ziffer 1 der Resolution 36/138 C einen Bruttobetrag von 89.724.996 US-Dollar (netto 88.887.000 US-Dollar) bereitzustellen;

II

beschließt, für die Operationen der Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon vom 19. Juni bis einschließlich 18. August 1982 auf dem in Generalversammlungsresolution S-8/2 Abschnitt I Ziffer 1 genannten Sonderkonto entsprechend der Ermächtigung und Aufteilung gemäß den Bestimmungen von Abschnitt III der Versammlungsresolution 36/138 A und Ziffer 1 der Resolution 36/138 C einen Bruttobetrag von 30.459.332 US-Dollar (netto 30.175.666 US-Dollar) bereitzustellen;

III

beschließt, für die Operationen der Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon vom 19. August bis einschließlich 18. Oktober 1982 auf dem in Generalversammlungsresolution S-8/2 Abschnitt I Ziffer 1 genannten Sonderkonto entsprechend der Ermächtigung und Aufteilung gemäß den Bestimmungen von Abschnitt III der Versammlungsresolution 36/138 A und Ziffer 1 der Resolution 36/138 C einen Bruttobetrag von 30.459.332 US-Dollar (netto 30.175.666 US-Dollar) bereitzustellen;

IV

beschließt, für die Operationen der Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon vom 19. Oktober bis einschließlich 18. Dezember 1982 auf dem in Generalversammlungsresolution S-8/2 Abschnitt I Ziffer 1 genannten Sonderkonto entsprechend der Ermächtigung und Aufteilung gemäß den Bestimmungen von Abschnitt III der Versammlungsresolution 36/138 A und Ziffer 1 der Resolution 36/138 C einen Bruttobetrag von 30.459.332 US-Dollar (netto 30.175.666 US-Dollar) bereitzustellen,

V

ermächtigt den Generalsekretär, für die Interimstruppe der Vereinten Nationen vom 19. Dezember 1982 bis einschließlich 18. Januar 1983 Ausgabenverpflichtungen bis zu einem Höchstbetrag von 15.229.666 US-Dollar brutto (15.087.833 US-Dollar netto) einzugehen,

[43] A/37/535
[44] A/37/649

wobei der genannte Betrag nach dem in Generalversammlungsresolution 33/14 dargelegten Schema sowie nach den Bestimmungen von Resolution 34/9 B Abschnitt V Ziffer 1, von Resolution 35/115 A und von Resolution 36/138 A Abschnitt VI Ziffer 1 unter den Mitgliedstaaten aufzuteilen ist; auf einen Teilbetrag, d.h. auf 6.386.634 US-Dollar brutto (6.327.156 US-Dollar netto), der anteilmäßig dem Zeitraum vom 19. bis einschließlich 31. Dezember 1982 entspricht, findet der Beitragsschlüssel für 1980, 1981 und 1982 Anwendung, auf den Restbetrag für den sich anschließenden Zeitraum der Beitragsschlüssel für 1983, 1984 und 1985;

VI

ermächtigt den Generalsekretär, für den Fall, daß der Sicherheitsrat beschließen sollte, die Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon über den in seiner Resolution 523 (1982) genehmigten Zeitraum von drei Monaten hinaus aufrechtzuerhalten, und für alle unter Umständen nach dem 19. Januar 1983 gebilligten Mandatsperioden vorbehaltlich der vorherigen Zustimmung des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen zur tatsächlichen Höhe der Ausgabenverpflichtungen vom 19. Januar 1983 bis einschließlich 18. Dezember 1983 für die Interimstruppe Ausgabenverpflichtungen bis zu einem Höchstbetrag von 15.229.666 US-Dollar brutto (15.087.833 US-Dollar netto) pro Monat einzugehen, wobei der genannte Betrag nach dem in Generalversammlungsresolution 33/14 dargelegten Schema sowie nach den Bestimmungen in Resolution 34/9 B Abschnitt V Ziffer 1, Resolution 35/115 A Abschnitt VI Ziffer 1 und Resolution 36/138 A Abschnitt VI Ziffer 1 nach dem sich aus dem Beitragsschlüssel für 1983, 1984 und 1985 ergebenden Verhältnis unter den Mitgliedstaaten aufzuteilen ist;

VII

1. *bittet* die Mitgliedstaaten *erneut* um freiwillige Beiträge für die Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon sowohl in Form von Barzahlungen als auch in Form von für den Generalsekretär annehmbaren Dienst- und Sachleistungen;

2. *bittet* die Mitgliedstaaten um freiwillige Barzahlungen auf das gemäß ihrer Resolution 34/9 D vom 17. Dezember 1979 eingerichtete Zwischenkonto;

VIII

ersucht den Generalsekretär, das Erforderliche zu veranlassen, um die größtmögliche Effektivität und Wirtschaftlichkeit der Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon sicherzustellen;

IX

1. *beschließt*, Antigua und Barbuda, Belize und Vanuatu der in Generalversammlungsresolution S-8/2 Abschnitt I Ziffer 2 *d*) erwähnten Gruppe von Mitgliedstaaten zuzurechnen und ihre Beiträge zur Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon entsprechend den Bestimmungen von Ziffer 1 und 6 der Versammlungsresolution 37/125 A vom 17. Dezember 1982 zu berechnen;

2. *beschließt ferner*, gemäß Artikel 5.2 *c*) der Finanzordnung der Vereinten Nationen die Beiträge der in Ziffer 1 dieses Abschnittes genannten Mitgliedstaaten für die Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon bis 18. Dezember 1982 als sonstige Einnahmen zu behandeln und auf die im obigen Abschnitt V bewilligte Umlage anzurechnen.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

B

Die Generalversammlung,

in Anbetracht der im Bericht des Generalsekretärs[43] dargelegten Finanzlage des Sonderkontos für die Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon und unter Bezugnahme auf Ziffer 7 des Berichts des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[44],

eingedenk dessen, daß es unerläßlich ist, die Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon mit den notwendigen Finanzmitteln zu versehen, damit sie ihren Aufgaben gemäß den diesbezüglichen Resolutionen des Sicherheitsrats nachkommen kann,

besorgt darüber, daß es für den Generalsekretär auch weiterhin immer schwieriger wird, die laufenden Zahlungsverpflichtungen der Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon, insbesondere gegenüber den Regierungen der truppenstellenden Staaten, zu erfüllen,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 34/9 vom 17. Dezember 1979, 35/115 B vom 10. Dezember 1980 und 36/138 B vom 16. Dezember 1981,

angesichts der Tatsache, daß bestimmte Mitgliedstaaten ihre Beiträge nicht bezahlt haben und daher die Guthaben im Sonderkonto für die Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon voll aufgebraucht wurden, um die zur Deckung der Truppenkosten eingegangenen Beiträge zu ergänzen,

besorgt darüber, daß die Anwendung der Artikel 5.2 *b*), 5.2 *d*), 4.3 und 4.4 der Finanzordnung der Vereinten Nationen die ohnehin schwierige Finanzlage der Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon noch weiter erschweren würde,

beschließt, die Artikel 5.2 *b*), 5.2 *d*), 4.3 und 4.4. der Finanzordnung der Vereinten Nationen in Bezug auf den Betrag von 5.939.256 US-Dollar, der sonst entsprechend diesen Artikeln verfallen müßte, vorübergehend außer Kraft zu setzen; der obige Betrag ist dem im Beschlußteil der Generalversammlungsresolution 34/9 E erwähnten Konto gutzuschreiben und dort bis auf weiteren Beschluß der Versammlung bereitzuhalten.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/128 – Verwaltungs- und Haushaltskoordinierung der Vereinten Nationen mit den Sonderorganisationen* und der Internationalen Atomenergie-Organisation

Die Generalversammlung,

bemüht um die erforderliche wirksame Verwaltungs- und Haushaltskoordinierung im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen,

unter Hinweis auf ihren Beschluß vom 15. Dezember 1975, den Punkt "Verwaltungs- und Haushaltskoordinierung der Vereinten Nationen mit den Sonderorganisationen* und der Internationalen Atomenergie-Orga-

* Vgl. die Fußnote auf S. 279

nisation" grundsätzlich in allen Jahren ohne Haushaltsdebatte eingehend zu behandeln[45],

ferner unter Hinweis auf ihre Resolutionen 33/142 A vom 20. Dezember 1978, 35/114 vom 10. Dezember 1980 und 36/229 vom 18. Dezember 1981,

weiterhin unter Hinweis auf ihre Resolution 37/13 von 16. November 1982,

1. *nimmt mit Dank Kenntnis* vom Bericht des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen über die Verwaltungs- und Haushaltskoordinierung der Vereinten Nationen mit den Sonderorganisationen* und der Internationalen Atomenergie-Organisation[46];

2. *leitet* den obengenannten Bericht sowie die im Laufe seiner Behandlung im Fünften Ausschuß abgegebenen Stellungnahmen und getroffenen Feststellungen an die betreffenden Organisationen *weiter*;

3. *ersucht* den Generalsekretär, die Leiter der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen auf dem Weg über den Verwaltungsausschuß für Koordinierung mit den Fragen zu befassen, die sich aus dem Bericht des Beratenden Ausschusses und der diesbezüglichen Debatte im Fünften Ausschuß ergeben und die ihre Aufmerksamkeit und entsprechenden Maßnahmen erfordern;

4. *übermittelt* den Bericht des Beratenden Ausschusses dem Rechnungsprüfungsausschuß, dem Ausschuß der externen Rechnungsprüfer, dem Programm- und Koordinierungsausschuß, der Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst und der Gemeinsamen Inspektionsgruppe zur Kenntnisnahme;

5. *ersucht* den Generalsekretär, die Leiter der Organisationen der Vereinten Nationen über ihre Erfahrungen bei der Ermittlung von überholten, unwirksamen oder nebensächlichen Tätigkeiten zu konsultieren, die es ermöglichen könnten, Mittel zur Finanzierung neuer Programme und anderer Tätigkeiten freizusetzen;

6. *bittet* die beschlußfassenden Organe der Sonderorganisationen*, der Internationalen Atomenergie-Organisation und anderer Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, sich weiterhin um eine wirksamere und sparsamere Verwendung der Mittel ihrer Organisationen zu bemühen;

7. *lenkt die Aufmerksamkeit* der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, der Sonderorganisationen* und der Internationalen Atomenergie-Organisation auf die schwerwiegenden Probleme, die sich aufgrund verspäteter Beitragszahlungen ergeben;

8. *bittet* die beschlußfassenden Organe der Sonderorganisationen* und der Internationalen Atomenergie-Organisation sowie anderer Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, die Mitgliedstaaten anzuregen, ihre Zahlungen zu den Haushalten dieser Organisationen termingerecht zu leisten;

9. *ersucht* den Generalsekretär und die Leiter dieser Organisationen, den Mitgliedstaaten bei der Aufforderung zur Zahlung ihrer Beiträge die in Frage kommenden Abschnitte der vorliegenden Resolution zu übermitteln.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/129 – Praktische Möglichkeit der Errichtung eines einheitlichen Verwaltungsgerichts

Die Generalversammlung,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs über die praktische Möglichkeit der Errichtung eines einheitlichen Verwaltungsgerichts[47],

2. *ersucht* den Generalsekretär,

a) die erforderlichen Konsultationen zur schrittweisen Abstimmung und Weiterentwicklung der Satzung, der Verfahrensordnung und der Gepflogenheiten des Verwaltungsgerichts der Internationalen Arbeitsorganisation und des Verwaltungsgerichts der Vereinten Nationen fortzusetzen, um so das gemeinsame System zu stärken und die mit den Verwaltungsgerichten zusammenhängenden Verwaltungskosten soweit wie möglich zu reduzieren;

b) der Generalversammlung auf einer späteren Tagung nach Abschluß der Konsultationen einen Bericht und auf den bis dahin stattfindenden Tagungen Zwischenberichte über die Fortschritte bei diesen Konsultationen vorzulegen.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/130 – Auswirkungen der Inflation und Währungsinstabilität auf den Haushalt der Vereinten Nationen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/230 vom 18. Dezember 1981,

tief besorgt über die immer höheren Kosten für Güter und Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Vereinten Nationen und des Systems der Vereinten Nationen insgesamt infolge des Andauerns der Inflation und der Währungsinstabilität in den entwickelten Ländern, in denen die Vereinten Nationen ihre Ausgaben tätigen,

überzeugt, daß viele Mitgliedstaaten nicht für die Verluste verantwortlich sind, die sich im Haushalt der Vereinten Nationen infolge der im vorangehenden Absatz erwähnten monetären Erscheinungen ergeben,

betonend, daß zur Abdeckung der beträchtlichen, durch die Inflation und die Währungsinstabilität verursachten Verluste ständig Verfahren geprüft werden müssen, mit denen die oben genannten Haushaltskosten am besten aufgefangen werden können,

nach Behandlung der Untersuchung des Generalsekretärs über die Auswirkungen der Inflation und der Währungsinstabilität auf den ordentlichen Haushalt der Vereinten Nationen[48],

überzeugt von der Notwendigkeit einer eingehenderen Analyse aller Aspekte der Kostensteigerungen bei Gütern und Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Vereinten Nationen,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs über die Auswirkungen der Inflation und der Währungsinstabilität auf den ordentlichen Haushalt der Vereinten Nationen;

2. *ersucht* den Generalsekretär, eine gründlichere, umfassendere und ausführlichere Untersuchung der Auswirkungen der Inflation und der Währungsinstabili-

* Vgl. die Fußnote auf S. 279

[45] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Dreißigste Tagung, Beilage 34* (A/10034), S. 146, P. 98

[46] A/37/547 mit Korr.1

[47] A/C.5/37/23

[48] A/C.5/37/39

tät auf den ordentlichen Haushalt der Vereinten Nationen anzustellen und dabei den Inhalt der Präambelabsätze der Resolution 36/230 und der vorliegenden Resolution sowie die Auffassungen der in Frage kommenden Mitgliedstaaten gebührend zu berücksichtigen, und ersucht ihn, diese Untersuchung der neununddreißigsten Tagung der Generalversammlung vorzulegen.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/131 – Bericht des Gemeinsamen Rats für das Pensionswesen der Vereinten Nationen[49]

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts des Gemeinsamen Rats für das Pensionswesen der Vereinten Nationen für das Jahr 1982 an die Generalversammlung und an die dem Gemeinsamen Pensionsfonds des Personals der Vereinten Nationen angeschlossenen Organisationen[50], des Kapitels III des Berichts der Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst[51] sowie des entsprechenden Berichts des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[52],

insbesondere *angesichts* der einstimmigen Vorschläge des Rats[53], die auf das Ersuchen der Generalversammlung hin erfolgten, unter Berücksichtigung der im Fünften Ausschuß geäußerten Ansichten eine umfassende Analyse aller denkbaren Maßnahmen vorzunehmen, die das versicherungsstatistische Gleichgewicht des Fonds verbessern könnten,

ferner angesichts der Notwendigkeit, daß angeschlossene Organisationen, Teilnehmer und Leistungsempfänger gemeinsame Anstrengungen unternehmen und die Belastungen, die derartige Maßnahmen für sie bedeuten können, gemeinsam tragen müssen, wenn die unausgeglichene versicherungsstatistische Bilanz nennenswert verbessert werden soll,

I

MASSNAHMEN ZUR VERBESSERUNG DES VERSICHERUNGSSTATISTISCHEN GLEICHGEWICHTS DES GEMEINSAMEN PENSIONSFONDS DES PERSONALS DER VEREINTEN NATIONEN

1. *billigt* die in Abschnitt III.A des Berichts des Gemeinsamen Rats für das Pensionswesen der Vereinten Nationen an die Generalversammlung enthaltenen Maßnahmen zur Verbesserung des versicherungsstatistischen Gleichgewichts des Gemeinsamen Pensionsfonds des Personals der Vereinten Nationen[50];

2. *ersucht* die Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst, in Zusammenarbeit mit dem Gemeinsamen Rat für das Pensionswesen der Vereinten Nationen eine Untersuchung über das Alter anzustellen, in dem Bedienstete in allen angeschlossenen Organisationen aus dem Dienst ausscheiden oder in den Ruhestand treten, dabei alle diesbezüglichen Resolutionen der Generalversammlung sowie die im Fünften Ausschuß geäußerten Ansichten in Betracht zu ziehen und der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung entsprechende Vorschläge zu unterbreiten;

3. *ändert* die Satzung des Gemeinsamen Pensionsfonds des Personals der Vereinten Nationen mit Wirkung vom 1. Januar 1983, jedoch nicht rückwirkend, gemäß Anhang XII des Rats sowie das Pensionsanpassungssystem gemäß Anhang IX und X zum genannten Bericht;

II

AUFNAHME DER PFLANZENSCHUTZORGANISATION FÜR EUROPA UND DEN MITTELMEERRAUM IN DEN GEMEINSAMEN PENSIONSFONDS DES PERSONALS DER VEREINTEN NATIONEN

beschließt, gemäß Artikel 3 der Satzung des Fonds die Pflanzenschutzorganisation für Europa und den Mittelmeerraum mit Wirkung vom 1. Januar 1983 in den Gemeinsamen Pensionsfonds der Vereinten Nationen aufzunehmen;

III

NOTHILFEFONDS

ermächtigt den Gemeinsamen Rat für das Pensionswesen der Vereinten Nationen, die freiwilligen Beiträge zum Nothilfefonds für die Dauer eines weiteren Jahres um bis zu 100.000 US-Dollar zu ergänzen;

IV

VERWALTUNGSAUSGABEN

genehmigt dem Gemeinsamen Pensionsfonds des Personals der Vereinten Nationen unmittelbar zu belastende Verwaltungsausgaben für das Jahr 1983 in Höhe von insgesamt US-Dollar 5.955.300 netto sowie Belastungen für das Jahr 1982 in Höhe von US-Dollar 205.400 netto;

V

FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN VON PENSIONSEMPFÄNGERN GEGENÜBER GEGENWÄRTIGEN ODER FRÜHEREN EHEPARTNERN

1. *nimmt Kenntnis* von Abschnitt III.F des Berichts des Gemeinsamen Rats für das Pensionswesen der Vereinten Nationen, der sich mit dem Fehlen von wirksamen Maßnahmen bezüglich der finanziellen Verpflichtungen eines Pensionsempfängers gegenüber dem gegenwärtigen oder früheren Ehepartner befaßt, was in einigen Fällen zu schweren Härten führen könnte;

2. *ersucht* den Rat, weiterhin im Sinne von Absatz 84 seines Berichts oder auf jede nur denkbare andere Weise nach Mitteln und Wegen zur Lösung dieses Problems zu suchen und der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung darüber zu berichten;

3. *ersucht* den Rat *ferner*, die Auswirkungen der Auflösung einer Ehe auf die Ansprüche der Hinterbliebenen zu untersuchen und die Möglichkeit zu prüfen, Leistungen für Ehepartner vorzusehen, deren Eheschließung mit dem Teilnehmer nach dessen Ausscheiden aus dem Dienst erfolgte, und der Generalversammlung hierüber spätestens auf ihrer neununddreißigsten Tagung zu berichten;

---

[49] Vgl. auch Abschnitt X.B.2, Beschluß 37/429

[50] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 9* (A/37/9 mit Korr.1-3)

[51] *Ebd., Beilage 30* (A/37/30)

[52] A/37/674

[53] Vgl. *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 9* (A/37/9 mit Korr. 1-4), Abschnitt III.A

4. *ersucht* den Rat *weiterhin*, bei der Ausarbeitung von Vorschlägen zu den oben angeführten Fragen immer daran zu denken, daß diese keine finanziellen Auswirkungen auf den Fonds haben sollten;

VI

Abschaffung der Möglichkeit, Bedienstete von der Teilnahme am Gemeinsamen Pensionsfonds des Personals der Vereinten Nationen auszuschliessen oder von dieser abzuhalten

1. *nimmt Kenntnis* von den Ansichten des Gemeinsamen Rats für das Pensionswesen der Vereinten Nationen in Ziffer 24 und 25 seines Berichts;

2. *ersucht* die dem Gemeinsamen Pensionsfonds des Personals der Vereinten Nationen angeschlossenen Organisationen, dem Rat unverzüglich Informationen über den Ausschluß von Bediensteten ihrer Organisation von der Teilnahme am Fonds bekanntzugeben;

3. *ersucht* den Rat, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung unter Berücksichtigung derartiger Informationen Vorschläge für die Streichung der Ausschlußbestimmungen in Artikel 21 der Satzung des Fonds vorzulegen.

109. Plenarsitzung
17. Dezember 1982

37/234 – Programmplanung

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 3043 (XXVII) vom 19. Dezember 1982, in der sie die neue Form der Präsentation des Programmhaushalts der Vereinten Nationen billigte,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3199 (XXVIII) vom 18. Dezember 1973, 31/93 vom 14. Dezember 1976, 32/197 vom 20. Dezember 1977, 32/206 vom 21. Dezember 1977, 33/118 vom 19. Dezember 1978, 34/224 vom 20. Dezember 1979, 35/9 vom 3. November 1980 und 36/228 vom 18. Dezember 1981, in denen sie weitere Einzelheiten über die Errichtung eines integrierten Systems zur Erstellung, Finanzierung, Überwachung und Evaluierung von Programmen in den Vereinten Nationen festsetzte,

nach Behandlung des Berichts des Programm- und Koordinierungsausschusses über seine zweiundzwanzigste Tagung[54], von Kapitel VI Abschnitt C des Berichts des Wirtschafts- und Sozialrats über seine zweite ordentliche Tagung des Jahres 1982[55] sowie der Berichte des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen über den Entwurf von Regeln und Ausführungsbestimmungen für die Programmplanung, die Programmaspekte des Haushalts, die Überwachung der Programmdurchführung und die Evaluierungsmethoden sowie über die Überprüfung der Finanzordnung und deren Ausführungsbestimmungen unter dem Gesichtspunkt der Neustrukturierung des Wirtschafts-und Sozialbereichs der Vereinten Nationen[56] und über die Vorlage für den mittelfristigen Plan (1984-1989)[57],

ferner nach Behandlung der Vorlage für den mittelfristigen Plan (1984-1989)[58], der Berichte des Generalsekretärs über den Entwurf von Regeln und Ausführungsbestimmungen für die Programmplanung, die Programmaspekte des Haushalts, die Überwachung der Programmdurchführung und die Evaluierungsmethoden[59], über die Überprüfung der Finanzordnung und deren Ausführungsbestimmungen unter dem Gesichtspunkt der Neustrukturierung des Wirtschafts- und Sozialbereichs der Vereinten Nationen[60], über die Verfahren zur Überprüfung der Programmhaushaltsvorlage[61], über die Programmerfüllung der Vereinten Nationen im Zweijahreszeitraum 1980-1981[62] sowie über die Aktualisierung der Sonderüberprüfung des laufenden Arbeitsprogramms der Vereinten Nationen[63] und nach Behandlung des Berichts der Gemeinsamen Inspektionsgruppe mit dem Titel "*Elaboration of regulations for the planning, programming and evaluation cycle of the United Nations*" (Ausarbeitung von Regeln für den Planungs-, Programmerstellungs- und Evaluierungszyklus der Vereinten Nationen)[64],

weiterhin nach Behandlung der Mitteilung des Vorsitzenden des Fünften Ausschusses, in der dieser über die von den anderen Hauptausschüssen der Generalversammlung vorgenommene Überprüfung der Vorlage für den mittelfristigen Plan (1984-1989) berichtete[65],

unter Hinweis auf die vom Generalsekretär auf der wiederaufgenommenen sechsunddreißigsten Tagung sowie auf der siebenunddreißigsten Tagung der Generalversammlung geäußerte Absicht, die Effektivität des Systems zur Erstellung, Finanzierung, Überwachung und Evaluierung von Programmen zu verbessern,

eingedenk der Feststellungen im Bericht des Ausschusses von Regierungssachverständigen zur Evaluierung der derzeitigen Struktur des Sekretariats im Verwaltungs-, Finanz- und Personalbereich über die Notwendigkeit der Integrierung des gesamten Systems der Erstellung, Finanzierung und Überwachung von Programmen sowie der Berichterstattung über Programme, unter Berücksichtigung der in anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen bestehenden Modalitäten[66],

im Hinblick auf die Einsetzung des Ausschusses für die Erstellung und Finanzierung von Programmen sowie der Zentralen Überwachungsgruppe,

I

Mittelfristiger Plan

1. *verabschiedet* unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der Hauptausschüsse der Generalversammlung[65] die Vorlage für den mittelfristigen Plan für den Zeitraum 1984-1989[58], in seiner entsprechend den Empfehlungen der zweiundzwanzigsten Tagung des

[54] *Ebd., Beilage 38* (A/37/38)
[55] *Ebd., Beilage 3* (A/37/3)
[56] A/37/650
[57] A/37/7, Abschnitt F

[58] Der mittelfristige Plan wurde in vorläufiger Form herausgegeben. Die verabschiedete Endfassung erscheint als *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 6* (A/37/6)
[59] A/37/206 mit Add.1 und Add.1/Korr.1
[60] A/C.5/37/25
[61] A/37/207
[62] A/37/154 mit Korr.1 und 2
[63] A/C.5/37/51
[64] A/37/460
[65] A/C.5/37/53
[66] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 44* (A/37/44), Ziffer 31

Programm- und Koordinierungsausschusses[67] und der zweiten ordentlichen Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats im Jahr 1982[68] abgeänderten Fassung, mit Ausnahme von Kapitel 21 Programm 1 Unterprogramm 5, das noch weiter abgeändert und anschließend gebilligt werden muß;

2. *erachtet* den mittelfristigen Plan in seiner verabschiedeten Form als wichtigste Grundsatzrichtlinie der Vereinten Nationen;

3. *ersucht* den Generalsekretär, den mittelfristigen Plan für den Zeitraum 1984-1989, in seiner verabschiedeten Form als einbändiges Druckwerk herauszugeben[69],

4. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, bei der ersten Überarbeitung des mittelfristigen Plans für den Zeitraum 1984-1989 die erforderlichen methodologischen Verbesserungen vorzunehmen und dabei die Feststellungen der zweiten ordentlichen Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats im Jahr 1982[69] und der zweiundzwanzigsten Tagung des Programm- und Koordinierungsausschusses[70] sowie die im Laufe der siebenunddreißigsten Tagung der Generalversammlung geäußerten Ansichten zu berücksichtigen;

II

Programmplanung, Programmaspekte des Haushalts, Überwachung der Programmdurchführung und Evaluierungsmethoden

1. *verabschiedet* die vom Programm- und Koordinierungsausschuß auf seiner zweiundzwanzigsten Tagung empfohlenen Regeln für die Programmplanung, die Programmaspekte des Haushalts, die Überwachung der Programmdurchführung und die Evaluierungsmethoden[71] in ihrer überarbeiteten und im Anhang zu dieser Resolution enthaltenen Fassung sowie die vom Programm- und Koordinierungsausschuß vorgenommenen entsprechenden Änderungen der Finanzordnung der Vereinten Nationen[72];

2. *stellt fest*, daß der vom Generalsekretär vorgelegte Entwurf für Ausführungsbestimmungen[73] sich nicht in jeder Hinsicht vollständig mit den Regeln für die Programmplanung, die Programmaspekte des Haushalts, die Überwachung der Programmdurchführung und die Evaluierungsmethoden deckt;

3. *ersucht* den Generalsekretär, unter Berücksichtigung der bei der Behandlung des Entwurfs der Regeln im Fünften Ausschuß abgegebenen Stellungnahmen[75] in Anwendung dieser Regeln und in Einklang mit denselben sowie mit den Empfehlungen der zweiundzwanzigsten Tagung des Programm- und Koordinierungsausschusses[74] Ausführungsbestimmungen zu erstellen und diese der dreiundzwanzigsten Tagung des Programm- und Koordinierungsausschusses und der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung vorzulegen;

4. *bestätigt* die Auslegung des Generalsekretärs[76], wonach die Generalversammlung bei der Zuweisung von Mitteln zur Durchführung des Programmhaushalts auch beschließt, daß die Programmelemente und die Beschreibungen der zu erwartenden Ergebnisse in der von der Versammlung revidierten Programmhaushaltsvorlage Verpflichtungen darstellen, die den Maßstab für die Berichterstattung über die Programmerfüllung und für deren Beurteilung bilden;

5. *nimmt zur Kenntnis*, daß der Generalsekretär die Absicht hat, den geänderten Wortlaut der Finanzordnung zu veröffentlichen und der Generalversammlung auf dem Weg über den Beratenden Ausschuß für Verwaltungs- und Haushaltsfragen vorzulegen;

6. *ersucht* den Generalsekretär, weitere Maßnahmen im Hinblick auf eine effektivere Überwachung der Programmdurchführung im Einklang mit Generalversammlungsresolution 36/228 A Abschnitt I Ziffer 2 *b*) zu ergreifen;

7. *ersucht* den Generalsekretär,

a) dem Programm- und Koordinierungsausschuß auf seiner dreiundzwanzigsten Tagung darüber zu berichten, mit welchen Methoden und Verfahren der Generalversammlung neben den administrativen und finanziellen Auswirkungen der von ihr behandelten Resolutionsentwürfe auch zur Kenntnis gebracht werden soll, welche Auswirkungen diese Resolutionsentwürfe auf die Programme hätten;

b) die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung auch zur Kenntnis zu bringen, welche Auswirkungen die von der Versammlung behandelten Resolutionsentwürfe auf die Programme hätten;

8. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung auf dem Weg über die dreiundzwanzigste Tagung des Programm- und Koordinierungsausschusses zusammen mit der Programmhaushaltsvorlage für den Zeitraum 1984-1985 ein Evaluierungsprogramm und einen Zeitplan für die zwischenstaatliche Überprüfung der Evaluierungsstudien vorzulegen;

9. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung auf dem Weg über die dreiundzwanzigste Tagung des Programm- und Koordinierungsausschusses sowie über den Beratenden Ausschuß für Verwaltungs- und Haushaltsfragen über die Maßnahmen zu berichten, die er unter Berücksichtigung der diesbezüglichen Auffassungen der Delegationen für angebracht hielt, um die einzelnen Aufgaben der Erstellung, Finanzierung, Überwachung und Evaluierung von Programmen innerhalb des Sekretariats weiter zu integrieren;

III

Weitere Schlussfolgerungen und Empfehlungen des Programm- und Koordinierungsausschusses

1. *nimmt mit Befriedigung* die weiteren Schlußfolgerungen und Empfehlungen der zweiundzwanzigsten Tagung des Programm- und Koordinierungsausschusses[77] *zur Kenntnis und schließt sich ihnen an*;

[67] *Ebd., Beilage 38* (A/37/38), Ziffer 310-358
[68] *Ebd., Beilage 3* (A/37/3), Kap. VI, Abschnitt C
[69] Vgl. *Official Records of the Economic and Social Council, 1982, Plenary Meetings*, 50. Sitzung
[70] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 38* (A/37/38), Kap. II, Abschnitt G
[71] *Ebd., Beilage 38* (A/37/38), S. 58-62 des englischen Textes
[72] *Ebd.*, S. 63 des englischen Textes
[73] A/37/206/Add.1 und Add.1/Korr.1
[74] Vgl. *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 38* (A/37/38), Ziffer 300 *a*)
[75] Vgl. A/C.5/37/Sr.37, 38, 41, 42, 44, 45, 48, 51 und 56
[76] Vgl. A/C.5/37/25, Ziffer 9
[77] Vgl. *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 38* (A/37/38), Kap. VIII

2. *ersucht* den Generalsekretär um seine Stellungnahme zu den Empfehlungen der Gemeinsamen Inspektionsgruppe zu den Regeln für die Planung, Programmerstellung und Evaluierung in den Vereinten Nationen[64], die noch nicht ihren Niederschlag in den der dreiundzwanzigsten Tagung des Programm- und Koordinierungsausschusses zur Behandlung vorliegenden Regeln gefunden haben;

3. *ersucht* die dreiundzwanzigste Tagung des Programm- und Koordinierungsausschusses, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung darüber zu berichten, ob es angesichts der Empfehlungen der Gemeinsamen Inspektionsgruppe und der diesbezüglichen Stellungnahmen des Generalsekretärs sowie der auf der siebenunddreißigsten Tagung im Fünften Ausschuß durchgeführten Erörterungen zu dieser Frage erforderlich ist, die Regeln für die Programmplanung sowie die Finanzordnung zu ändern.

114. Plenarsitzung
21. Dezember 1982

ANHANG

Regeln für die Programmplanung, die Programmaspekte des Haushalts, die Überprüfung der Programmdurchführung und die Evaluierungsmethoden

PRÄAMBEL

1. Mit dem aufgrund von Beschlüssen der Generalversammlung in den Vereinten Nationen eingerichteten Planungs-, Programmerstellungs-, Finanzplanungs-, Programmüberwachungs- und Evaluierungszyklus werden die nachstehenden Ziele verfolgt:

a) alle Programme der Organisation regelmäßig einer eingehenden Überprüfung zu unterziehen;

b) Gelegenheit zur Überlegung zu schaffen, bevor unter Berücksichtigung aller Umstände Entscheidungen zwischen den verschiedenen möglichen Vorgehensweisen getroffen werden;

c) in diese Überlegungen alle an der Tätigkeit der Vereinten Nationen Beteiligten, insbesondere die Mitgliedstaaten und das Sekretariat, einzubeziehen;

d) festzustellen, was praktisch möglich ist, und davon ausgehend Zielsetzungen zu erarbeiten, die sowohl erreichbar als auch für die Mitgliedstaaten insgesamt politisch akzeptabel sind;

e) diese Zielsetzungen in Programme und Arbeitspläne umzusetzen, in denen die Pflichten und Aufgaben der mit der Durchführung betrauten Mitarbeiter und Stellen genau ausgeführt sind;

f) den Mitgliedstaaten darzulegen, welche Mittel zur Ausarbeitung und Durchführung von Aktivitäten erforderlich sind, und dafür zu sorgen, daß diese Mittel im Sinne der beschlußfassenden Organe sowie möglichst rationell und sparsam genützt werden;

g) einen Rahmen für die Festlegung von Prioritäten zu schaffen;

h) ein unabhängiges und wirksames System zur Kontrolle der Durchführung und zur Ermittlung des Erfolgs der tatsächlich geleisteten Arbeit zu schaffen;

i) die erzielten Ergebnisse in regelmäßigen Abständen zu evaluieren, mit dem Ziel, entweder die Richtigkeit des gewählten Weges zu bestätigen oder die Programme neu zu orientieren.

2. Zur Verwirklichung dieser Ziele sind in der Organisation folgende Instrumente einzusetzen:

a) die Einleitung zum mittelfristigen Plan und der mittelfristige Plan selbst, in denen die Zielsetzungen für die Aktivitäten der Organisation festgelegt werden;

b) der Programmhaushalt, in dem dem Sekretariat genaue Arbeitspläne vorgegeben werden, die mit der Erbringung von Ergebnissen verbunden sind, in dem die Programmausführung überwacht und über sie berichtet wird;

c) das Evaluierungssystem, das eine fortlaufende kritische Überprüfung der Ergebnisse, gemeinsames Überdenken dieser Ergebnisse und die Ausarbeitung anschließender Pläne gestattet.

Artikel 1

ANWENDUNGSBEREICH

Artikel 1.1. Die vorliegenden Vorschriften gelten für die Planung, die Programmerstellung, die Überwachung der Programmdurchführung und die Evaluierung aller Aktivitäten der Vereinten Nationen, gleichviel aus welcher Quelle diese finanziert werden.

Artikel 2

INSTRUMENTE FÜR EINEN INTEGRIERTEN VERWALTUNGSPROZESS

Artikel 2.1. Die Aktivitäten der Vereinten Nationen unterliegen einem integrierten Verwaltungsprozeß, der folgende konkrete Stadien hat:

a) mittelfristige Pläne;

b) Programmhaushalte;

c) Programmerfüllungsberichte;

d) Evaluierungsberichte.

Jedes dieser Instrumente entspricht einer Phase im Programmplanungszyklus und dient somit als Rahmen für die nächsten Phasen.

Artikel 2.2. Der Planungs-, Programmerstellungs-, Haushaltsaufstellungs- und Evaluierungszyklus bildet einen integrierenden Bestandteil des allgemeinen Entscheidungs- und Verwaltungsprozesses der Vereinten Nationen. Durch den Einsatz der in Artikel 2.1. genannten Instrumente wird dafür gesorgt, daß die Aktivitäten koordiniert und die vorhandenen Mittel im Sinne der beschlußfassenden Organe möglichst rationell und sparsam verwendet werden.

Artikel 3

MITTELFRISTIGER PLAN

Artikel 3.1. Vom Generalsekretär wird ein mittelfristiger Plan vorgelegt.

Artikel 3.2. Der mittelfristige Plan ist eine Umsetzung der Aufträge der beschlußfassenden Organe in konkrete Programme. Seine Zielsetzungen und Strategien leiten sich aus den von den zwischenstaatlichen Organen vorgegebenen Grundsatzrichtlinien und Zielen ab. Er orientiert sich an den Prioritäten der Mitgliedstaaten, die sich in den von zwischenstaatlichen Fach- und Regionalgremien im Rahmen ihres jeweiligen Aufgabenbereichs sowie in den von der Generalversammlung auf Empfehlung des Programm- und Koordinierungsausschusses verabschiedeten Resolutionen und Beschlüssen finden. In dieser Hinsicht sollten es untergeordnete zwischenstaatliche Organe und Sachverständigengremien daher unterlassen, Empfehlungen zur relativen Priorität der im mittelfristigen Plan aufgeführten Hauptprogramme abzugeben und stattdessen auf dem Weg über den Ausschuß Vorschläge zur relativen Priorität der verschiedenen, in ihren jeweiligen Aufgabenbereich fallenden Unterprogramme einbringen. Aus dem mittelfristigen Plan muß klar erkennbar sein, welche Aktivitäten neu sind.

Artikel 3.3. Nach seiner Verabschiedung durch die Generalversammlung stellt der mittelfristige Plan die wichtigste Grundsatzrichtlinie der Vereinten Nationen dar,

a) aus der hervorgeht, welche mittelfristigen Zielsetzungen im Planungszeitraum erreicht werden sollen;

b) in der dargestellt ist, welche Strategien hierzu verfolgt und welche Maßnahmen hierzu ergriffen werden sollen;

c) die eine ungefähre Vorstellung von den dazu erforderlichen Ressourcen gibt.

Artikel 3.4. Der mittelfristige Plan dient als Rahmen für die Ausarbeitung der Programmhaushalte für die vom Plan erfaßten Zweijahreszeiträume.

Artikel 3.5. Der Plan erstreckt sich auf alle Tätigkeitsbereiche, d.h. sowohl fachbezogene Aktivitäten wie auch Dienstleistungs- und Betreuungsaktivitäten, einschließlich derer, die teilweise oder ganz aus außeretatmäßigen Mitteln finanziert werden sollen.

Artikel 3.6. Bei der Präsentation des Plans wird nach Programmen und Zielen und nicht nach Organisationseinheiten vorgegangen. Das Schwergewicht liegt auf der Beschreibung der Zielsetzungen und Strategien; die Präsentation und das Format der darin enthaltenen Analyse ist der Art und Beschaffenheit der jeweiligen Aktivität angepaßt; es

wird deshalb zwischen fachbezogenen Aktivitäten und Aktivitäten mit Dienstleistungs- und Betreuungsfunktion unterschieden; soweit wie möglich sind die Ziele zeitlich begrenzt, und geht der Plan bei allen Programmen von deren Zielsetzungen aus. Im mittelfristigen Plan sind im einzelnen angeführt:

a) die Hauptprogramme mit allen in einem bestimmten Bereich durchgeführten Aktivitäten;

b) die Programme im Rahmen eines Hauptprogramms mit allen in einen bestimmten Bereich fallenden Aktivitäten, für die eine eigene Organisationseinheit, in der Regel eine Abteilung, zuständig ist;

c) die Unterprogramme im Rahmen eines Programms mit allen Aktivitäten, mit deren Hilfe ein mittelfristiges Ziel bzw. mehrere eng miteinander zusammenhängende Ziele erreicht werden sollen.

Artikel 3.7. Dem Plan geht eine Einleitung voraus, die ein integrierendes Schlüsselelement des Planungsprozesses bildet und

a) in der auf koordinierte Art und Weise die Grundsatzausrichtungen des Systems der Vereinten Nationen herausgestellt werden;

b) in der die Zielsetzungen und die Strategie für einen mittelfristigen Zeitraum sowie die Tendenzen angegeben sind, die sich aus den von den beschlußfassenden Organen erteilten Aufträgen ableiten, in denen den von den zwischenstaatlichen Organisationen aufgestellten Prioritäten Rechnung getragen wird;

c) in der Vorschläge des Generalsekretärs zur Rangordnung der Aktivitäten enthalten sind.

Artikel 3.8. Zur Erleichterung des Planungsprozesses ersucht der Generalsekretär die für die Verwaltung freiwilliger Fonds zuständigen Leiter darum, die voraussichtliche künftige Höhe ihrer außeretatmäßigen Fondsmittel so frühzeitig bekanntzugeben, daß diese bei der Erstellung des mittelfristigen Plans berücksichtigt werden können.

Artikel 3.9. Der mittelfristige Plan erfaßt einen Zeitraum von sechs Jahren und wird der Generalversammlung ein Jahr vor der Vorlage des Programmhaushaltsentwurfs für das erste Biennium des Planungszeitraums unterbreitet.

Artikel 3.10. Sektorale Organe, Fachorgane und programmerstellende Regionalorgane führen keine neue Aktivitäten durch, die im mittelfristigen Plan nicht vorgesehen sind, es sei denn die Generalversammlung stellt fest, daß daran ein unvorhergesehener dringender Bedarf besteht.

Artikel 3.11. Der mittelfristige Plan wird zur Berücksichtigung notwendig werdender Programmänderungen erforderlichenfalls alle zwei Jahre revidiert; die Generalversammlung befaßt sich mit den Änderungen des Plans ein Jahr vor der Vorlage des Programmhaushalts, der die praktische Durchführung dieser Änderungen vorsieht. Die Änderungsvorschläge sind ausführlich genug gehalten, um die Auswirkungen der seit Billigung des Plans von zwischenstaatlichen Organen bzw. internationalen Konferenzen verabschiedeten Resolutionen und Beschlüssen auf die einzelnen Programme aufzuzeigen.

Artikel 3.12. Die Kapitel der Vorlage für den mittelfristigen Plan werden von den zuständigen zwischenstaatlichen sektoralen Gremien, Fachgremien und regionalen Gremien möglichst im Laufe ihrer ordentlichen Tagungen überprüft, bevor sie dem Programm- und Koordinierungsausschuß, dem Wirtschafts- und Sozialrat und der Generalversammlung zur Überprüfung vorgelegt werden. Der Programm- und Koordinierungsausschuß und der Beratende Ausschuß für Verwaltungs- und Haushaltsfragen befassen sich mit dem mittelfristigen Plan entsprechend ihrem jeweiligen Mandat.

Artikel 3.13. Die Einbeziehung von sektoralen Organen, Fachorganen und regionalen Organen in die Planerstellung erfolgt durch eine entsprechende Vorbereitungszeit. Zu diesem Zweck macht der Generalsekretär Vorschläge für die Koordinierung der Tagungspläne dieser Organe. Die im Rahmen des mittelfristigen Plans vorgesehenen Aktivitäten werden durch vorherige Konsultationen mit den Aktivitäten der in Frage kommenden Sonderorganisationen* abgestimmt.

Artikel 3.14. Die Generalversammlung behandelt die Vorlage des mittelfristigen Plans unter Berücksichtigung der Stellungnahmen und Empfehlungen des Wirtschafts- und Sozialrats, des Programm- und Koordinierungsausschusses und des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen. Die Versammlung beschließt zu jedem einzelnen im Plan vorgeschlagenen Unterprogramm, ob es angenommen, gekürzt, neu formuliert bzw. abgelehnt werden soll.

Artikel 3.15. Die Festlegung einer Rangordnung unter den Programmen in den einzelnen Sachbereichen wie auch unter den allgemeinen Dienstleistungen ist unbeschadet der derzeit geltenden Regelungen und Verfahren oder der spezifischen Art der einzelnen Dienstleistungen ein integrierender Bestandteil des allgemeinen Planungs-und Verwaltungsprozesses. Ausgangsbasis für eine derartige Rangordnung ist die Wichtigkeit des jeweiligen Ziels für die Mitgliedstaaten, die Fähigkeit der Organisation zur Verwirklichung dieses Ziels und die tatsächliche Wirksamkeit und Nützlichkeit der Ergebnisse.

Artikel 3.16. Bei der Überprüfung der einzelnen Kapitel des mittelfristigen Plans geben zwischenstaatliche Gremien und Sachverständigengremien Empfehlungen zur Rangordnung der in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden Unterprogramme ab. Sie geben keine Empfehlungen zur Rangordnung der Hauptprogramme ab. Die Auffassungen der vorgenannten Gremien werden vom Programm-und Koordinierungsausschuß bei seinen Empfehlungen bzw. vom Generalsekretär bei seinen Vorschlägen zu den Programmprioritäten berücksichtigt.

Artikel 3.17. Ausgehend von den Vorschlägen des Generalsekretärs und den Empfehlungen des Programm- und Koordinierungsausschusses stellt die Generalversammlung fest, welche der von ihr akzeptierten Unterprogramme höchsten und welche geringsten Vorrang haben.

Artikel 3.18. Die von der Generalversammlung im mittelfristigen Plan festgelegte Rangordnung dient als Anhaltspunkt für die Zuweisung der etatmäßigen und außeretatmäßigen Mittel im Rahmen der später zu erstellenden Programmhaushalte. Nach Verabschiedung des mittelfristigen Plans durch die Versammlung bringt der Generalsekretär den Mitgliedstaaten und Verwaltungsräten der freiwilligen Fonds die Beschlüsse zur Rangordnung zur Kenntnis.

Artikel 4

PROGRAMMASPEKTE DES HAUSHALTS

Artikel 4.1. Der von der Generalversammlung verabschiedete und abgeänderte mittelfristige Plan bildet den Rahmen für die Ausarbeitung des zweijährigen Programmhaushalts. Damit das Verhältnis zwischen beiden Instrumenten besser zum Tragen kommt, enthält der Programmhaushalt finanzielle Informationen für mindestens eine der drei Programmebenen des mittelfristigen Plans.

Artikel 4.2. Die Programmvorschläge im Haushalt dienen zur Verwirklichung der im Plan festgelegten Strategie und leiten sich daher aus den im Plan enthaltenen Strategiebeschreibungen ab. Programmvorschläge, die sich nicht aus den im Plan enthaltenen Strategien ableiten, werden nur aufgrund von Resolutionen oder Beschlüssen der beschlußfassenden Organe vorgelegt, die nach Verabschiedung bzw. nach der letzten Revision des Plans verabschiedet worden sind.

Artikel 4.3. Die in der Programmhaushaltsvorlage beantragten Mittel sind anhand der Erfordernisse der Programmerfüllung zu rechtfertigen. Unterprogramme, denen die Generalversammlung durch Beschluß höchste Priorität zugewiesen hat, haben Vorrang bei Mittelzuweisungen, wenn sie ihren Bedarf an Haushaltsmitteln nachweisen, und zwar möglichst durch Umverteilung von Mitteln, falls aufgrund eines zwischenstaatlichen Beschlusses Aktivitäten mit niedrigerer Priorität gekürzt bzw. eingestellt werden.

Artikel 4.4. Die Programmhaushaltsvorlage ist in Teile, Kapitel und Programme unterteilt. In den Programmbeschreibungen werden die Unterprogramme, die Programmelemente, die Ergebnisse und die Nutznießer genannt. Der Programmhaushaltsvorlage geht eine Erklärung über die wichtigsten im Vergleich zum vorhergehenden Zweijahreszeitraum vorgenommenen Änderungen im Programminhalt und in der Höhe der den Programmen zugewiesenen Ressourcen voraus, die bei allen termingebundenen Aktivitäten auch Hinweise auf die im Zuge der Verwirklichung des Plans zu erwartenden Fortschritte enthält. Teil der Programmhaushaltsvorlage sind auch alle von der Generalversammlung oder in ihrem Namen angeforderten erläuternden Anhänge und Erklärungen sowie weitere dem Generalsekretär erforderlich und nützlich erscheinende Anhänge bzw. Erklärungen.

Artikel 4.5. Alle Aktivitäten, für die Mittel im Programmhaushalt angefordert werden, müssen Programmform haben.

Artikel 4.6. Im Rahmen der Programmhaushaltvorlage

a) legt der Generalsekretär der Generalversammlung eine Liste der in der vorherigen Haushaltsperiode im Programmhaushalt aufgeführten Programmelement und Ergebnisse vor, auf die seiner Auffassung nach verzichtet werden kann und die daher nicht mehr in die Haushaltsprogrammvorlage aufgenommen wurden;

* Vgl. die Fußnote auf S. 279

b) benennt der Generalsekretär der Generalversammlung diejenigen Elemente eines jeden Programms, die hohe bzw. niedrige Priorität besitzen, wobei jede dieser beiden Kategorien etwa 10% der angeforderten Mittel entspricht.

Artikel 4.7. Der Generalsekretär stellt dem Programm- und Koordinierungsausschuß und dem Beratenden Ausschuß für Verwaltungs- und Haushaltsfragen bis Ende April des der Haushaltsperiode vorangehenden Jahres Vorauskopien der Programmhaushaltsvorlage zur Verfügung.

Artikel 4.8. Der Programm- und Koordinierungsausschuß erstellt einen Bericht über die Programmhaushaltsvorlage, der seine Empfehlungen zu den Programmen sowie eine allgemeine Beurteilung der dafür veranschlagten Ressourcen enthält. Vom Generalsekretär erhält er eine Erklärung über die Auswirkungen seiner Empfehlungen auf den Programmhaushalt. Der Bericht des Programm- und Koordinierungsausschusses wird gleichzeitig dem Wirtschafts- und Sozialrat und dem Beratenden Ausschuß für Verwaltungs- und Haushaltsfragen zugeleitet. Der Beratende Ausschuß erhält den Bericht des Programm- und Koordinierungsausschusses und prüft die Erklärung des Generalsekretärs. Die Berichte des Programm- und Koordinierungsausschusses und des Beratenden Ausschusses zu den einzelnen Kapiteln der Programmhaushaltsvorlage werden von der Generalversammlung gleichzeitig behandelt.

Artikel 4.9. Ein Rat, eine Kommission bzw. ein anderes zuständiges Gremium darf nur dann einen Beschluß treffen, der eine Änderung des von der Generalversammlung gebilligten Programmhaushalts oder der möglicherweise Ausgaben nach sich zieht, wenn diesem Gremium ein Bericht des Generalsekretärs über die Auswirkungen seines Beschlußentwurfs auf den Programmhaushalt vorliegt und es diesen Bericht berücksichtigt hat.

Artikel 5

ÜBERWACHUNG DER PROGRAMMDURCHFÜHRUNG

Artikel 5.1. Der Generalsekretär wacht mit Hilfe einer zentralen Stelle im Sekretariat darüber, daß die aufgrund des gebilligten Programmhaushalts zu erwartenden Ergebnisse erbracht werden. Am Ende der zweijährigen Haushaltsperiode berichtet der Generalsekretär der Generalversammlung auf dem Weg über den Programm- und Koordinierungsausschuß über die Programmerfüllung im jeweiligen Zeitraum.

Artikel 5.2. Nur nach vorheriger Genehmigung durch ein zwischenstaatliches Gremium und die Generalversammlung darf ein Unterprogramm vollständig neu formuliert bzw. ein neues Programm in den Programmhaushalt aufgenommen werden. Der Generalsekretär kann dem zuständigen zwischenstaatlichen Gremium eine derartige Umgestaltung des Programmhaushalts vorschlagen, wenn er der Auffassung ist, daß die Umstände dies rechtfertigen.

Artikel 5.3. Der Generalsekretär übermittelt den Programmerfüllungsbericht eines Zweijahreshaushalts allen Mitgliedstaaten vor Ablauf des ersten auf das Ende der zweijährigen Haushaltsperiode folgenden Quartals.

Artikel 6

EVALUIERUNG

Artikel 6.1. Mit Hilfe der Evaluierung

a) soll möglichst systematisch und objektiv festgestellt werden, wie relevant, effizient, erfolgreich und wirksam—gemessen an ihren Zielsetzungen—die Aktivitäten der Organisation sind;

b) sollen das Sekretariat und die Mitgliedstaaten in die Lage versetzt werden, systematisch darüber nachzudenken, wie die Wirksamkeit der Hauptprogramme der Organisation durch eine Änderung ihres Inhalts und gegebenenfalls ihrer Zielsetzungen gesteigert werden könnte.

Artikel 6.2. Alle programmierten Aktivitäten werden über einen festgelegten Zeitraum hinweg evaluiert. Der Generalsekretär schlägt ein Evaluierungsprogramm und einen Zeitplan für die zwischenstaatliche Überprüfung von Evaluierungsstudien vor, die von der Generalversammlung zur selben Zeit wie die Vorlage für den mittelfristigen Plan gebilligt werden.

Artikel 6.3. Die Evaluierung erfolgt intern und/oder extern. Der Generalsekretär arbeitet interne Evaluierungssysteme aus und ersucht die Mitgliedstaaten erforderlichenfalls um Unterstützung beim Evaluierungsprozeß. Die Evaluierungsmethoden sind der Art des zu evaluierenden Programms angepaßt. Die Generalversammlung ersucht ihr geeignet erscheinende Gremien, wie u.a. die Gemeinsame Inspektionsgruppe, um externe Ad-hoc-Evaluierungen und eine entsprechende Berichterstattung.

Artikel 6.4. Die Ergebnisse der zwischenstaatlichen Überprüfung von Evaluierungen fließen in die spätere Programmgestaltung und Programmausführung sowie in die grundlegenden Programmrichtlinien ein. Zu diesem Zweck wird der Generalversammlung zusammen mit der Vorlage für den mittelfristigen Plan ein kurzer Bericht mit dem zusammenfassenden Urteil des Generalsekretärs über alle im Rahmen des bestehenden Evaluierungsprogramms durchgeführten Evaluierungsstudien vorgelegt.

37/235—Personalfragen

A

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 33/143 vom 20. Dezember 1978 und 35/210 vom 17. Dezember 1980 über Personalfragen,

unter Hinweis auf ihre Beschlüsse 36/456 und 36/457 vom 18. Dezember 1981 über die Anwendung des Grundsatzes der gerechten geographischen Verteilung und über Laufbahnkonzeption, Vertragsformen, Laufbahnförderung und damit zusammenhängende Fragen,

nach Behandlung der Berichte des Generalsekretärs über die Personalstruktur des Sekretariats[78] und über die Durchführung der Reformen der Personalpolitik[79],

nach Behandlung der Untersuchung der Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst über Laufbahnkonzeption, Vertragsformen, Laufbahnförderung und damit zusammenhängende Fragen[80],

Kenntnis nehmend von folgenden Berichten der Gemeinsamen Inspektionsgruppe und den diesbezüglichen Stellungnahmen des Verwaltungsausschusses für Koordinierung und des Generalsekretärs:

a) personalpolitische Optionen[81] und Stellungnahmen des Generalsekretärs[82];

b) zweiter Bericht über die Laufbahnkonzeption[83] und Stellungnahmen des Verwaltungsausschusses für Koordinierung[84];

c) Anwendung des Grundsatzes der gerechten geographischen Verteilung des Personals des Sekretariats der Vereinten Nationen[85] und Stellungnahmen des Generalsekretärs[86];

d) zweiter Zwischenbericht über den Status der im höheren Dienst und in den darüberliegenden Rängen beschäftigten Frauen[87] und Stellungnahmen des Verwaltungsausschusses für Koordinierung[88];

im Bewußtsein dessen, daß Artikel 101 Absatz 1 der Charta der Vereinten Nationen lautet: "Die Bediensteten werden vom Generalsekretär im Einklang mit Regelungen ernannt, welche die Generalversammlung erläßt",

---

[78] A/37/143
[79] A/C.5/37/5
[80] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 30* (A/37/30), Anhang I
[81] Vgl. A/36/432 mit Add.1
[82] A/36/432/Add.2, Anhang
[83] Vgl. A/37/528
[84] A/37/528/Add.1
[85] Vgl. A/36/407 und A/37/378
[86] A/36/407/Add.1, sowie A/37/378/Add.1 und Add.1/Korr.1
[87] Vgl. A/37/469
[88] A/37/469/Add.1, Anhang

eingedenk Artikel 101 Absatz 3 der Charta, in dem es heißt: "Bei der Einstellung der Bediensteten und der Regelung ihres Dienstverhältnisses gilt als ausschlaggebend der Gesichtspunkt, daß es notwendig ist, ein Höchstmaß an Leistungsfähigkeit, fachlicher Eignung und Integrität zu gewährleisten. Der Umstand, daß es wichtig ist, die Auswahl der Bediensteten auf möglichst breiter geographischer Grundlage vorzunehmen, ist gebührend zu berücksichtigen",

in der Überzeugung, daß das Prinzip der gerechten geographischen Verteilung mit dem Erfordernis eines Höchstmaßes an Leistungsfähigkeit, fachlicher Eignung und Integrität vereinbar ist,

feststellend, daß hinsichtlich der Situation der nichtrepräsentierten und unterrepräsentierten Mitgliedstaaten und in der Frage einer ausgewogenen und gerechten geographischen Verteilung der Mitarbeiter im Sekretariat einige begrenzte Fortschritte erzielt worden sind,

1. *bekräftigt* die in Generalversammlungsresolution 35/100, insbesondere in Abschnitt I Ziffer 1 bis 5 und Abschnitt III dieser Resolution niedergelegten Grundsätze und Verfahren;

2. *hebt hervor*, daß es sehr wichtig ist, daß möglichst viele Mitgliedstaaten in den höheren Rängen des Sekretariats, d.h. in den Rängen D-2 und darüber, vertreten sind;

3. *wiederholt erneut* den Grundsatz einer breitgestreuten geographischen Vertretung im ganzen Sekretariat und begrüßt die Absicht des Generalsekretärs, die in den Hauptabteilungen und den wichtigsten Dienststellen auf dem Weg zu diesem Ziel herbeigeführten Fortschritte zu überwachen;

4. *ersucht* den Generalsekretär, in seine Jahresberichte über die Personalstruktur des Sekretariats Informationen über Fortschritte auf dem Weg zu einer besseren geographischen Verteilung im Sekretariat, insbesondere in den höheren Rängen, aufzunehmen;

5. *begrüßt* die Absicht des Generalsekretärs, einen mittelfristigen Rekrutierungsplan aufzustellen und anzuwenden, damit die Zahl der Mitarbeiter aus nichtrepräsentierten und unterrepräsentierten Ländern spätestens 1985 den für diese Länder festgelegten Sollstellenrahmen erreicht;

6. *begrüßt ferner* die Absicht des Generalsekretärs, einen mittelfristigen Laufbahnförderungsplan auszuarbeiten und anzuwenden;

7. *empfiehlt*, daß die Laufbahnplanung von klar definierten Beschäftigungsgruppen des höheren Dienstes und des allgemeinen Dienstes ausgehen soll;

8. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer neununddreißigsten Tagung im Hinblick auf alle Aspekte über Fortschritte bei der Verwirklichung von Reformen der Personalpolitik zu berichten.

114. Plenarsitzung
21. November 1982

B

Die Generalversammlung,

im Bewußtsein von Artikel 8 der Charta der Vereinten Nationen über die Chancengleichheit von Männern und Frauen hinsichtlich ihrer Mitarbeit in den Vereinten Nationen,

unter Hinweis auf Resolution 24 der Weltkonferenz der Frauendekade der Vereinten Nationen[89],

im Hinblick auf die Fortschritte bei der Verwirklichung des in Abschnitt III der Generalversammlungsresolution 33/143 vom 20. Dezember 1978 niedergelegten Ziels, dem zufolge der Anteil der Frauen an den der geographischen Verteilung unterworfenen Stellen bis 1982 auf 25 Prozent der Gesamtzahl dieser Stellen erhöht werden soll,

in Bekräftigung von Abschnitt III der Generalversammlungsresolution 33/143 sowie Abschnitt V der Versammlungsresolution 35/120 vom 17. Dezember 1980,

nach Behandlung des zweiten Zwischenberichts der Gemeinsamen Inspektionsgruppe über den Status der im höheren Dienst und in den darüberliegenden Rängen beschäftigten Frauen[87],

daran erinnernd, daß der vorgesehene mittelfristige Rekrutierungsplan u.a. die Vertretung der Frauen im Sekretariat verbessern soll,

1. *ersucht* den Generalsekretär, seine Bemühungen um die volle Verwirklichung von Abschnitt III der Generalversammlungsresolution 33/143 und von Abschnitt V der Versammlungsresolution 35/210 zu intensivieren und dabei zu bedenken, daß das 25-Prozent-Ziel nicht als Obergrenze für die Anzahl der beschäftigten Frauen angesehen werden soll, und denjenigen Bereichen der Vereinten Nationen besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, in denen die Resolution nur zögernd befolgt wird;

2. *fordert* den Generalsekretär *auf*, in seinen Jahresbericht über die Personalstruktur des Sekretariats nach Nationalitäten aufgegliederte statistische Analysen über die Zahl und den Prozentsatz von Frauen auf allen Beförderungsregistern und Einstellungslisten aufzunehmen und dabei sowohl Ad-hoc-Beförderungen und vorgezogene Beförderungen wie auch normale Beförderungen auszuweisen und ferner für jeden Dienstgrad anzugeben, welcher Prozentsatz der für eine Beförderung in Frage kommenden, der tatsächlich beförderten und der als externe Kandidaten eingestellten Bediensteten Frauen sind, und so die Chancengleichheit der Frauen in bezug auf Aufstieg und Einstellung – insbesondere in den höheren Rängen – zu gewährleisten;

3. *ersucht* den Generalsekretär in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Verwaltungsausschusses für Koordinierung, die einzelnen Organisationen zu bitten, der Generalversammlung auf ihrer neununddreißigsten Tagung wieder aktualisierte Informationen über die Einstellung, Beförderung und dienstliche Verwendung von Frauen in ihren jeweiligen Organisationen zur Verfügung zu stellen;

4. *ersucht* die Mitgliedstaaten, die Vereinten Nationen und die Sonderorganisationen* weiterhin bei ihren Bemühungen um eine Erhöhung des Anteils der Frauen im höheren Dienst und in den darüberliegenden Rängen zu unterstützen, indem sie eine größere Zahl von Bewerberinnen nennen und die Rekrutierungsanstrengungen des Generalsekretärs und der Leiter der einzelnen Organisationen fördern;

5. *bittet* den Generalsekretär *eindringlich*, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um im gesamten System der Vereinten Nationen die strikte Befolgung der Grundsatzrichtlinien bezüglich Einstellung, Beförderung, Lauf-

* Vgl. die Fußnote auf S. 279

[89] Vgl. *Report of the World Conference of the United Nations Decade for Women: Equality, Development and Peace, Copenhagen, 14-30 July 1980* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.80.IV.3 mit Korrigendum), Kap. I, Abschnitt B

bahnförderung und Ausbildung von Frauen sowie hinsichtlich aller anderen Aspekte der Beschäftigung von Frauen zu gewährleisten;

6. *ersucht* den Generalsekretär, die Leiter der anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, die dies bisher noch nicht getan haben, auf dem Weg über den Verwaltungsausschuß für Koordinierung zu bitten, ihrerseits konkrete Maßnahmen zur Gewährleistung der Befolgung dieser Richtlinien zu ergreifen;

7. *ersucht* den Generalsekretär und die Leiter aller anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen, zusätzliche Maßnahmen zur rascheren Verwirklichung der Grundsatzrichtlinien ihrer jeweiligen beschlußfassenden Gremien für die Einstellung, Beförderung und dienstliche Verwendung von Frauen in den Organisationen des Systems der Vereinten Nationen zu prüfen und dabei Artikel 101 Absatz 3 der Charta der Vereinten Nationen sowie den Grundsatz der gerechten geographischen Verteilung im Auge zu behalten;

8. *ersucht* die Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst, diese Fragen im Rahmen ihres laufenden Arbeitsprogramms einer ständigen Überprüfung zu unterziehen und der Generalversammlung den Erfordernissen entspechend darüber zu berichten.

114. Plenarsitzung
21. November 1982

C

Die Generalversammlung,

I

eingedenk dessen, daß die Bediensteten nach Artikel 101 der Charta der Vereinten Nationen vom Generalsekretär im Einklang mit Regelungen ernannt werden, welche die Generalversammlung erläßt,

eingedenk des Urteils 273 des Verwaltungsgerichts der Vereinten Nationen und des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs vom 20. Juli 1982, in dem dieses Urteil überprüft wurde[90],

1. *nimmt Kenntnis* von der Mitteilung des Generalsekretärs über die Heimkehrbeihilfe[91] und vom diesbezüglichen Bericht des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[92];

2. *schließt sich* den Stellungnahmen und Empfehlungen im Bericht des Beratenden Ausschusses *an*;

3. *beschließt*, daß Artikel XII des Personalstatuts der Vereinten Nationen und der Einleitungsabschnitt in Anhang IV zum Personalstatut mit Wirkung vom 1. Januar 1983 entsprechend Ziffer 1 und 2 des Anhangs zu dieser Resolution geändert werden;

II

nach Behandlung der Mitteilung des Generalsekretärs über eine Änderung des Personalstatuts der Vereinten Nationen[93],

beschließt, daß Artikel VIII des Personalstatuts der Vereinten Nationen entsprechend Ziffer 3 des Anhangs zu dieser Resolution geändert wird.

114. Plenarsitzung
21. November 1982

ANHANG

ÄNDERUNG DES PERSONALSTATUTS DER VEREINTEN NATIONEN

1. Artikel XII des Personalstatuts (Allgemeine Bestimmungen) hat folgenden Wortlaut:

"ARTIKEL 12.1: Soweit die erworbenen Rechte der Bediensteten dadurch nicht beeinträchtigt werden, kann dieses Statut von der Generalversammlung ergänzt oder geändert werden.

"ARTIKEL 12.2: Jede vom Generalsekretär zur Durchführung dieses Statuts erlassene Ausführungsbestimmung und Änderung bleibt vorläufig, bis die Bestimmungen von Absatz 12.3 und 12.4 erfüllt sind.

"ARTIKEL 12.3: Vorläufige Ausführungsbestimmungen und Änderungen des Personalstatuts werden vom Generalsekretär alljährlich der Generalversammlung vorgelegt. Befindet die Versammlung, daß eine vorläufige Ausführungsbestimmung und/oder Änderung dem Sinn und Zweck des Statuts nicht entspricht, kann sie die Zurückziehung bzw. Abänderung der Ausführungsbestimmung und/oder Änderung veranlassen.

"ARTIKEL 12.4: Unter Berücksichtigung aller gegebenenfalls von der Generalversammlung veranlaßten Abänderungen und/oder Streichungen treten vom Generalsekretär vorgelegte vorläufige Ausführungsbestimmungen und Änderungen am 1. Januar des auf die Vorlage an die Versammlung folgenden Jahres in Kraft.

"ARTIKEL 12.5: Solange sie nur vorläufig sind, erwachsen aus den Ausführungsbestimmungen keine erworbenen Rechte im Sinne von Artikel 12.1 des Personalstatuts."

2. Der Einleitungsabsatz in Anhang IV zum Personalstatut (Heimkehrbeihilfe) wird wie folgt abgeändert:

"Grundsätzlich haben Bedienstete, zu deren Rückführung die Organisation verpflichtet ist, Anspruch auf Zahlung der Heimkehrbeihilfe. Die Heimkehrbeihilfe wird jedoch nicht an einen fristlos entlassenen Bediensteten gezahlt. Bedienstete haben ferner erst dann Anspruch auf eine Heimkehrbeihilfe, wenn sie ihren Wohnsitz außerhalb des Landes ihres Dienstortes verlegen. Die genauen Voraussetzungen und Definitionen hinsichtlich der Anspruchsberechtigung und des erforderlichen Nachweises der Wohnsitzverlegung werden vom Generalsekretär festgelegt. Die Höhe der Beihilfe verhält sich wie folgt zur Dauer des Dienstverhältnisses in den Vereinten Nationen:"

3. Artikel VIII des Personalstatuts (Beziehungen zum Personal) erhält folgenden Wortlaut:

"ARTIKEL 8.1: *a*) Der Generalsekretär sorgt für die Aufnahme und Aufrechterhaltung ständigen Kontakts und ständiger Kommunikation mit dem Personal, um eine effektive Mitwirkung des Personals an der Ermittlung, Prüfung und Lösung von Fragen im Zusammenhang mit dem Wohlergehen der Bediensteten zu gewährleisten, wozu auch die Arbeitsbedingungen, die allgemeinen Lebensbedingungen und sonstige Aspekte der Personalpolitik gehören.

"*b*) Es werden Personalvertretungsgremien eingerichtet, die das Recht haben, dem Generalsekretär zu dem in Buchstabe *a*) genannten Zweck auf eigene Initiative Vorschläge zu unterbreiten. Diese Gremien setzen sich so zusammen, daß sie allen Bediensteten eine angemessene Vertretung gewähren, und zwar aufgrund von Wahlen, die mindestens alle zwei Jahre nach einer von dem jeweiligen Personalvertretungsgremium aufgestellten und vom Generalsekretär gebilligten Wahlordnung stattfinden.

"ARTIKEL 8.2: Der Generalsekretär errichtet sowohl auf lokaler Ebene als auch auf Sekretariatsebene gemeinsame Gremien aus Personal und Verwaltung, die ihn in Fragen der Personalpolitik und allgemeinen, das Wohlergehen des Personals betreffenden Fragen im Sinne von Artikel 8.1 des Personalstatuts beraten."

---

[90] *Application for Review of Judgement No. 273 of the United Nations Administrative Tribunal, Advisory Opinion of 20 July, 1982, I.C.J. Reports 1982*, S. 325

[91] A/C.5/37/26

[92] A/37/675

[93] A/C.5/37/54

D

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 33/143 vom 20. Dezember 1978 und 35/210 vom 17. Dezember 1980 über Personalfragen,

ersucht den Generalsekretär, den an Auswahlwettbewerben für das Überwechseln von der Laufbahngruppe "Allgemeiner Dienst" in die Besoldungsgruppe P-1 und P-2 der Laufbahngruppe des höheren Dienstes teilnehmenden Kandidaten unter gebührender Berücksichtigung der erforderlichen guten Kenntnis der Arbeitssprachen des Sekretariats zu gestatten, die Prüfung in einer beliebigen Arbeitssprache der Regionalkommissionen abzulegen.

114. Plenarsitzung
21. November 1982

37/236 – Achtung der Vorrechte und Immunitäten der Bediensteten der Vereinten Nationen, der Sonderorganisationen* und der diesen verwandten Organisationen

A

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 35/212 vom 17. Dezember 1980 und 36/232 vom 18. Dezember 1981,

1. *nimmt mit Besorgnis Kenntnis* von dem vom Generalsekretär im Namen des Verwaltungsausschusses für Koordinierung vorgelegten Bericht an die Generalversammlung[94], in dem u.a. aufgezeigt wurde, daß die Befolgung der Grundsätze bezüglich der Vorrechte und Immunitäten der Bediensteten der Vereinten Nationen, der Sonderorganisationen* und der diesen verwandten Organisationen spürbar nachgelassen hat;

2. *bekräftigt* die oben genannten Resolutionen;

3. *begrüßt* die vom Generalsekretär gebilligten und in seinem Bericht beschriebenen Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit und zum besseren Schutz von Beamten des internationalen öffentlichen Dienstes;

4. *bittet* den Generalsekretär als Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses für Koordinierung, in seinem Jahresbericht zu dieser Frage, der der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung vorzulegen ist, Vorschläge für weitere Maßnahmen zur gegenwärtigen Situation zu unterbreiten.

114. Plenarsitzung
21. November 1982

B

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über die Achtung der Vorrechte und Immunitäten der Bediensteten der Vereinten Nationen, der Sonderorganisationen* und der diesen verwandten Organisationen[94],

die Aufmerksamkeit auf die Beispiellosigkeit der Massenverhaftung einer großen Anzahl von Bediensteten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten durch die israelischen Behörden auf libanesischem Hoheitsgebiet *lenkend,* auf die schon in Ziffer 6 des Berichts des Generalsekretärs hingewiesen wird,

1. *fordert* den Generalsekretär *auf,* unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um den Aufenthaltsort der von den israelischen Behörden im Libanon in Haft genommenen Bediensteten des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten sowie die gegen sie erhobenen Anklagen festzustellen und ein Treffen mit diesen Bediensteten in die Wege zu leiten, damit ihre möglichst baldige Freilassung erreicht werden kann;

2. *ersucht* den Generalsekretär, die Mitgliedstaaten umgehend über die gemäß Ziffer 1 ergriffenen Maßnahmen und deren Ergebnisse zu informieren.

114. Plenarsitzung
21. November 1982

37/237 – Fragen im Zusammenhang mit dem Programmhaushalt für den Zweijahreszeitraum 1982-1983

Die Generalversammlung

I

REISEKOSTEN UND TAGEGELDER FÜR MITGLIEDER ZWISCHENSTAATLICHER VORBEREITUNGSGREMIEN FÜR SONDERKONFERENZEN

beschließt, daß in allen Fällen, in denen eine Kommission, ein Ausschuß oder ein anderes zwischenstaatliches Gremium, dessen Mitglieder nach den einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung im Zusammenhang mit ihrer Teilnahme an Tagungen des genannten Gremiums Anspruch auf eine teilweise oder vollständige Bezahlung von Reisekosten, Tagegeldern und Honoraren aus Mitteln der Vereinten Nationen haben, zum Vorbereitungsgremium für eine Sonderkonferenz ernannt wird, der Anspruch der Mitglieder auf derartige Zahlungen nicht für Tagungen gilt, auf denen das betreffende Gremium als Vorbereitungsgremium für die Sonderkonferenz tätig ist, es sei denn, daß die Versammlung einen anderen Beschluß faßt;

II

REISEN VON VERTRETERN AUS AM WENIGSTEN ENTWICKELTEN LÄNDERN ZUR TEILNAHME AN REGIONALEN VORBEREITUNGSTAGUNGEN FÜR DEN SIEBENTEN KONGRESS DER VEREINTEN NATIONEN ÜBER VERBRECHENSVERHÜTUNG UND DIE BEHANDLUNG STRAFFÄLLIGER

bewilligt als Ausnahme zu den Bestimmungen in Ziffer 2 *b)* ihrer Resolution 1798 (XVII) vom 11. Dezember 1962 die für die Durchführung von Ziffer 10 der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/29 vom 4. Mai 1982 erforderlichen Mittel;

III

REISEN ERSTER KLASSE BEI DEN VEREINTEN NATIONEN

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs über Reisen erster Klasse bei den Vereinten Natio-

* Vgl. die Fußnote auf S. 279
[94] A/C.5/37/34 mit Korr.1

nen[95] sowie vom diesbezüglichen mündlichen Bericht des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[96];

2. *stimmt überein* mit der von Generalsekretär in seinem Bericht vorgeschlagenen Auslegung der Ziffer 2 *b*) ihrer Resolution 32/198 vom 21. Dezember 1977 bezüglich der Reisen von Mitgliedern von durch die Generalversammlung eingesetzten Organen, Nebenorganen oder anderen Gremien, die sich aus in persönlicher Eigenschaft tätigen Mitgliedern zusammensetzen, bzw. bezüglich der Reisen von Vorsitzenden zwischenstaatlicher Ausschüsse, die auf Kosten der Vereinten Nationen reisen;

IV

Interimsregelungen für den Internationalen Juterat

beschließt für den Fall, daß die Mittel, die dem Internationalen Juterat auf der laufenden Tagung als Vorschuß bewilligt wurden, 1983 überhaupt nicht oder nur teilweise in Anspruch genommen werden, alle Restbeträge, für die am Ende des Zweijahreszeitraums 1982-1983 noch keine Ausgabenverpflichtungen eingegangen worden sind, nach den Bestimmungen in den Regeln 5.2 *d*), 4.3 und 4.4 der Finanzordnung der Vereinten Nationen behandelt werden und daß die Bestimmungen der Generalversammlungsresolution 36/116 B vom 10. Dezember 1981 auf derartige Restbeträge keine Anwendung finden;

V

Nachrichtenverbindungen im System der Vereinten Nationen

nimmt mit Genugtuung Kenntnis vom Bericht der Gemeinsamen Inspektionsgruppe mit dem Titel "Die Nachrichtenverbindungen im System der Vereinten Nationen"[97], von den Stellungnahmen des Generalsekretärs[98] und des Verwaltungsausschusses für Koordinierung dazu[99] sowie vom diesbezüglichen mündlichen Bericht des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[100];

VI

Internationales Rechenzentrum

billigt den im Bericht des Generalsekretärs enthaltenen Haushaltsvoranschlag für das Internationale Rechenzentrum für das Jahr 1983 in Höhe von 5.580.200 US-Dollar[101];

VII

Interinstitutionelle Sekretariatsdienste im Bereich der Informationssysteme

billigt den auf der dritten ordentlichen Tagung des Verwaltungsausschusses für Koordinierung im Jahr 1982 vorgebrachten Vorschlag, dem zufolge die Sekretariatsdienste im Bereich der Informationssysteme 1983 auf demselben realen Niveau beibehalten werden sollten, wie es im Haushalt des Sekretariats des Interinstitutionellen Rats für Informationssysteme für den Zweijahreszeitraum 1980-1981 vorgesehen ist;

VIII

Heranziehung von Beratern und Sachverständigen in den Vereinten Nationen

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht der Gemeinsamen Inspektionsgruppe[102], von den Stellungnahmen des Generalsekretärs hierzu[103] sowie vom diesbezüglichen Bericht des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[104];

2. *ersucht* den Generalsekretär, in seine künftigen Berichte über Berater und Sachverständige detaillierte Angaben über die Beschäftigung früherer Mitarbeiter, einschließlich des Datums ihres Ausscheidens aus dem Dienst, der Dauer ihrer Beschäftigung nach dem Ausscheiden und des an den früheren Mitarbeiter gezahlten Betrags aufzunehmen;

3. *beschließt* als Interimsmaßnahme, daß ein ehemaliger Mitarbeiter, der aus dem Gemeinsamen Pensionsfonds der Vereinten Nationen Pensionszahlungen erhält, für von ihm im Rahmen eines Vertrages oder einer Abmachung über besondere Dienstleistungen durchgeführte Arbeiten aus Mitteln des ordentlichen Haushalts oder außeretatmäßigen Mitteln der Vereinten Nationen eine Vergütung von nicht mehr als 12.000 US-Dollar pro Kalenderjahr erhalten darf;

4. *beschließt ferner*, die Situation unter Berücksichtigung der zusätzlichen Informationen, die der Generalsekretär aufgrund des in Ziffer 2 an ihn gerichteten Ersuchens liefern wird, auf ihrer neununddreißigsten Tagung zu überprüfen;

IX

Räumlichkeiten der Vereinten Nationen in Nairobi

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs über die Räumlichkeiten der Vereinten Nationen in Nairobi[105] und vom diesbezüglichen Bericht des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[106];

2. *billigt* die Vorschläge des Generalsekretärs in Ziffer 24 und 27 seines Berichts vorbehaltlich der in Ziffer 10 des Berichts des Beratenden Ausschusses genannten Bedingungen;

---

[95] A/C.5/37/18 mit Korr.1
[96] Vgl. A/C.5/37/SR.22, Ziffer 61
[97] Vgl. A/37/372
[98] A/37/372/Add.1, Anhang
[99] A/37/372/Add.2, Anhang
[100] Vgl. A/C.5/37/Sr.39, Ziffer 7 und 8
[101] A/C.5/37/40
[102] Vgl. A/37/358 mit Korr.2
[103] A/37/358/Add.1, Anhang
[104] A/37/684
[105] A/AC.5/37/66
[106] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 7A* (A/37/7/Add. 1-24), Dokument A/37/7/Add. 17, Abschnitt A

X

GEMEINSAME DIENSTE IN DEN RÄUMLICHKEITEN DER VEREINTEN NATIONEN IN NAIROBI

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs über gemeinsame Dienste in den Räumlichkeiten der Vereinten Nationen in Nairobi[107] sowie vom diesbezüglichen Bericht des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[108];

2. *stimmt* den in Ziffer 15 und 16 des Berichts des Beratenden Ausschusses enthaltenen Feststellungen und Empfehlungen *zu*;

XI

BEDARF DER WIRTSCHAFTSKOMMISSION FÜR AFRIKA AN KONFERENZEINRICHTUNGEN IN ADDIS ABEBA

nimmt Kenntnis vom Bericht des Generalsekretärs über den Bedarf der Wirtschaftskommission für Afrika an Konferenzeinrichtungen in Addis Abeba[109] sowie vom diesbezüglichen Bericht des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[110];

XII

VERÄNDERUNGEN AUF HÖCHSTER SEKRETARIATSEBENE

billigt mit Wirkung vom 1. Januar 1983 die folgenden Neueinstufungen:

a) Die Anhebung der nachstehend genannten Posten auf die Ebene eines Untergeneralsekretärs:

i) Generaldirektor des Büros der Vereinten Nationen in Wien;

ii) Generalbeauftragter des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten;

b) Die Anhebung der nachstehend genannten Posten auf die Ebene eines Beigeordneten Generalsekretärs:

i) Leiter des Zentrums gegen Apartheid der Hauptabteilung für politische Fragen und Angelegenheiten des Sicherheitsrats;

ii) Leiter des Zentrums für Menschenrechte;

XIII

STELLENBEWERTUNG UND AUFSTIEGSMÖGLICHKEITEN FÜR MITARBEITER DER SPRACHENDIENSTE

nimmt Kenntnis vom Bericht des Generalsekretärs über die Stellenbewertung und die Aufstiegsmöglichkeiten von Mitarbeitern der Sprachendienste[111];

XIV

AUSBILDUNGSBEIHILFE FÜR BESTIMMTE GANZTAGSKRÄFTE DER VEREINTEN NATIONEN, BEI DENEN ES SICH NICHT UM SEKRETARIATSBEDIENSTETE HANDELT

1. *nimmt Kenntnis* von den Stellungnahmen der Mitgliedstaaten zur Frage der Gewährung der Ausbildungsbeihilfe an Ganztagskräfte der Vereinten Nationen, bei denen es sich nicht um Sekretariatsbedienstete handelt;

2. *beschließt* die Behandlung dieser Frage im Rahmen einer Gesamtüberprüfung der Besoldung und der sonstigen Beschäftigungsbedingungen von Ganztagskräften der Vereinten Nationen, bei denen es sich nicht um Sekretariatsbedienstete handelt;

3. *beschließt ferner*, diese Überprüfung aufgrund eines Berichts des Generalsekretärs auf ihrer achtunddreißigsten Tagung durchzuführen.

XV

VERTRAGSVERHÄLTNIS DER SPRACHLEHRER

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs über das Vertragsverhältnis der Sprachlehrer am Amtssitz, in Genf, Wien, Nairobi und am Sitz der Regionalkommissionen[112] wie auch von dem diesbezüglichen Bericht des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[113];

2. *nimmt* als Interimsmaßnahme die vom Beratenden Ausschuß in seinem Bericht ausgesprochenen Empfehlungen *an*;

3. *beschließt*, die Frage des Vertragsverhältnisses der Sprachlehrer auf der Grundlage eines vom Generalsekretär vorzulegenden aktualisierten Berichts auf ihrer achtunddreißigsten Tagung eingehend zu behandeln.

114. Plenarsitzung
21. November 1982

37/238 – Überprüfung der Finanzierung der Verwaltungskosten des Amts des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs über die Überprüfung der Finanzierung der Verwaltungskosten des Amts des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge[114] und des entsprechenden Berichts des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[115];

1. *nimmt* den Bericht des Generalsekretärs *zur Kenntnis*;

2. *schließt sich* der Auffassung des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen an, der zufolge über die Vorschläge des Generalsekretärs bezüglich des Stellentransfers fallweise und im Kontext seiner Programmhaushaltsentwürfe für den Zeitraum 1984 bis

---

[107] A/AC.5/37/49

[108] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 7A* (A/37/7/Add. 1-24), Dokument A/37/7/Add. 17, Abschnitt B

[109] A/C.5/37/67

[110] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 7A* (A/37/7/Add. 1-24), Dokument A/37/7/Add. 18

[111] A/C.5/37/65/Add.2 mit Korr.1

[112] A/AC.5/37/63

[113] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 7A* (A/37/7/Add. 1-24), Dokument A/37/7/Add. 24

[114] A/C.5/37/1 mit Korr.1

[115] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 7A* (A/37/7/Add. 1-24), Dokument A/37/7/Add. 3

1985 und für nachfolgende Zweijahreszeiträume entschieden werden sollte;

3. *stimmt* den übrigen Stellungnahmen und Feststellungen im Bericht des Beratenden Ausschusses *zu*.

114. Plenarsitzung
21. November 1982

37/239 – Bericht des Ausschusses von Regierungssachverständigen zur Evaluierung der derzeitigen Struktur des Sekretariats im Verwaltungs-, Finanz- und Personalbereich

Die Generalversammlung,

1. *nimmt mit Dank Kenntnis* vom Schlußbericht des Ausschusses von Regierungssachverständigen zur Evaluierung der derzeitigen Struktur des Sekretariats im Verwaltungs-, Finanz- und Personalbereich[116];

2. *übergibt* den Ausschußbericht dem Generalsekretär;

3. *ersucht* den Generalsekretär, die in Ziffer 39 des Ausschußberichts zusammengefaßten Anregungen und die diesbezüglichen Ansichten des Fünften Ausschusses im Zuge seiner Behandlung der Verwaltungsstruktur des Sekretariats und seiner gegenwärtigen Überprüfung von Möglichkeiten zur Dezentralisierung der Beschlußfassung in Verwaltungsfragen, auf die in Ziffer 25 sowie in Anhang I Ziffer 15 des Berichts hingewiesen wird, zu berücksichtigen;

4. *ersucht* den Generalsekretär, der neununddreißigsten Tagung der Generalversammlung im Zusammenhang mit dem Programmhaushalt für den Zweijahreszeitraum 1984-1985 einen Bericht über die vom Ausschuß angesprochenen wichtigen Fragen vorzulegen, einschließlich aller dem Generalsekretär geeignet erscheinenden Änderungen in der Verwaltungsstruktur.

114. Plenarsitzung
21. November 1982

37/240 – Reisekosten- und Tagegeldregelung des Internationalen Gerichtshofs

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 85 (I) vom 11. Dezember 1946,

billigt die im Anhang zu dieser Resolution enthaltene überarbeitete Reisekosten- und Tagegeldregelung des Internationalen Gerichtshofs.

114. Plenarsitzung
21. November 1982

ANHANG

Reisekosten- und Tagegeldregelung des Internationalen Gerichtshofs

Artikel 1

REISEKOSTEN

1. Vorbehaltlich der in dieser Regelung genannten Bedingungen übernehmen die Vereinten Nationen die notwendigen Reisekosten, die Mitgliedern des Internationalen Gerichtshofs auf ordnungsgemäß genehmigten Reisen entstehen. Folgende Reisen gelten als ordnungsgemäß genehmigt:

a) Reisen von Mitgliedern des Gerichtshofs sowie eines nahen, mit ihnen wohnenden Verwandten zur Teilnahme an Tagungen am Sitz des Gerichtshofs;

b) Reisen von Mitgliedern des Gerichtshofs sowie eines nahen, mit ihnen wohnenden Verwandten zu Tagungen, die außerhalb des Sitzes des Gerichtshofes abgehalten werden;

c) Im Falle des Präsidenten des Gerichtshofs, der gemäß Artikel 22 des Statuts seinen Wohnsitz am Sitz des Gerichtshofs haben muß:

i) zur Zeit seiner Wahl zum Präsidenten eine Reise von seinem Wohnort zum Sitz des Gerichtshofs im Zusammenhang mit der eventuellen Verlegung seines Wohnsitzes;

ii) in dem Kalenderjahr nach seiner Wahl zum Präsidenten eine Hin- und Rückreise zwischen Sitz des Gerichtshofs und seinem Wohnort zur Zeit der Wahl;

iii) am Ende seiner Amtszeit als Präsident eine Reise vom Sitz des Gerichtshofs zu dem Ort, an dem sich zur Zeit seiner Wahl in dieses Amt sein Wohnsitz befand, bzw. an jeden anderen Ort, vorausgesetzt, hierdurch werden keine höheren Reisekosten verursacht.

Leben der Ehegatte und/oder unterhaltsberechtigte Kinder des Präsidenten mit ihm am Sitz des Gerichtshofs, erstatten die Vereinten Nationen ihre Reisekosten für Reisen im Zusammenhang mit den obigen Ziffern i), ii) und iii);

d) ungeachtet der Bestimmungen von Buchstabe *a*) im Falle aller anderen Mitglieder des Gerichtshofs außer dem Präsidenten, die gemäß Artikel 23 des Statuts ihren Wohnsitz an den Sitz des Gerichtshofs verlegen, lediglich:

i) zur Zeit ihrer Ernennung eine Reise von ihrem Wohnort an den Sitz des Gerichtshofs im Zusammenhang mit der Verlegung ihres Wohnsitzes;

ii) jedes zweite Kalenderjahr nach ihrer Ernennung eine Hin- und Rückreise zwischen dem Sitz des Gerichtshofs und dem Ort, an dem sich zur Zeit ihrer Ernennung ihr Wohnsitz befand;

iii) bei Ablauf ihrer Amtszeit eine Reise vom Sitz des Gerichtshofs an den Ort, an dem sich zur Zeit ihrer Ernennung ihr Wohnsitz befand, bzw an jeden anderen Ort, vorausgesetzt, hierdurch werden keine höheren Reisekosten verursacht.

Leben der Ehegatte und/oder unterhaltsberechtigte Kinder eines Mitglieds des Gerichtshofs mit ihm am Sitz des Gerichtshofes, erstatten die Vereinten Nationen die Kosten für Reisen im Zusammenhang mit den Ziffern i), ii) und iii) dieses Buchstabens;

iv) jede Reise im Sinne von Buchstabe *b*);

e) Reisen eines gemäß Artikel 31 des Statuts des Gerichtshofs gewählten Ad-hoc-Richters sowie eines nahen, mit diesem wohnenden Verwandten gemäß Buchstabe *a*) und *b*), wenn der Präsident bestätigt, daß seine Anwesenheit dienstlich erforderlich ist;

f) andere vom Präsidenten genehmigte Dienstreisen.

2. In allen Fällen übernehmen die Vereinten Nationen die Kosten für tatsächlich unternommene Reisen bis zu folgenden Höchstbeträgen:

a) Die von den Vereinten Nationen übernommenen Reisekosten umfassen die Kosten der Reisen in der ersten Klasse und schließen auch die normalerweise bei einer Reise anfallenden Nebenkosten, z.B. die Kosten für ein Taxi vom Bahnhof usw., mit ein. Die Kosten für die Beförderung von Gepäck, das in Gewicht oder Umfang das von den Beförderungsunternehmen kostenlos beförderte Gepäck überschreitet, werden nicht erstattet, sofern das Übergewicht nicht aus dienstlichen Gründen erforderlich ist;

b) Die Reisen erfolgen per Flugzeug, Bahn, Privatwagen oder mit jedem anderen Verkehrsmittel, das der Präsident des Gerichtshofs aus besonderen Gründen genehmigt hat;

c) Alle Reisen erfolgen auf direktestem Wege; sofern die dienstliche Notwendigkeit ausreichend nachgewiesen ist, können mit schriftlicher Genehmigung des Präsidenten jedoch auch andere Reiserouten zugelassen werden; in allen anderen Fällen dürfen die zu erstattenden Reisekosten und Tagegelder jedoch nicht höher sein als die für eine Reise auf direktestem Wege zu erstattenden Beträge.

[116] *Ebd., Beilage 44* (A/37/44)

Artikel 2

TAGEGELDER

1. Mitgliedern des Gerichtshofs, die sich auf Dienstreise befinden, wird gemäß Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe *b*), Buchstabe *c*) Ziffer i) und iii), Buchstabe *d*) Ziffer i), iii) und iv) und Buchstabe *f*) dieser Regelung ein Tagegeld gezahlt. Mit diesem Tagegeld gelten alle Kosten für Mahlzeiten, Unterbringung und Trinkgelder sowie alle anderen persönlichen Ausgaben als abgegolten.

2. Die Zahlung des Tagegeldes erfolgt unter den gleichen Bedingungen und in der gleichen Höhe, wie bei den für Bedienstete des VN-Sekretariats geltenden Standardsätzen für Tagegelder, jedoch mit einem Zuschlag von 40% und mit der Maßgabe, daß der Präsident des Gerichtshofs diesen Satz reduzieren kann, wenn ein Gaststaat die Kosten für Verpflegung und/oder Unterbringung übernimmt. Das Tagegeld ist in der Regel in der Landeswährung zu zahlen.

3. Befindet sich der Präsident des Gerichtshofs oder ein anderes Mitglied des Gerichtshofes auf einer Dienstreise gemäß Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe *c*) oder *d*) dieser Regelung in Begleitung seines Ehegatten und/oder unterhaltsberechtigter Kinder, wird jedem Unterhaltsberechtigten ein Tagegeld in Höhe der Hälfte des dem Präsidenten bzw. dem betreffenden Mitglied im Zusammenhang mit dieser Reise zahlbaren Tagegeldes gezahlt; reisen diese Unterhaltsberechtigten auf einer genehmigten Reise allein, wird einem Erwachsenen das volle Tagegeld und allen anderen Unterhaltsberechtigten die Hälfte dieses Tagegeldes gezahlt.

Artikel 3

UMZUGSKOSTEN UND ÜBERGANGSBEIHILFE

1. Der Präsident des Gerichtshofs, der gemäß Artikel 22 des Statuts seinen Wohnsitz am Sitz des Gerichtshofs hat, und jedes andere Mitglied des Gerichtshofs, das gemäß Artikel 23 des Statuts seinen Wohnsitz an den Sitz des Gerichtshofs verlegt, hat Anspruch

a) im Zusammenhang mit Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe *c*) Ziffer i) oder Buchstabe *d*) Ziffer i) dieser Regelung

i) auf Erstattung aller Umzugskosten für den Transport seines Haushaltsguts und seiner persönlichen Effekten von seinem Wohnort zum Zeitpunkt seiner Ernennung an den Sitz des Gerichtshofs (bzw. von jedem anderen Land als dem Sitzland des Gerichtshofs, wenn die entsprechenden Kosten geringer sind);

ii) auf Zahlung eines Betrages in Höhe der für leitende Bedienstete des Sekretariats der Vereinten Nationen vorgesehenen Übergangsbeihilfe;

b) im Zusammenhang mit Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe *c*) Ziffer iii) oder Buchstabe *d*) Ziffer iii) dieser Regelung

auf die Erstattung sämtlicher Umzugskosten für den Transport des Haushaltsguts und der persönlichen Effekten vom Sitz des Gerichtshof nach dem Ort, an dem sich zur Zeit seiner Ernennung sein Wohnsitz befand (bzw. in jedes andere Land, in dem er seinen Wohnsitz wählt, wenn die damit verbundenen Kosten geringer sind).

2. Im Falle der anderen Mitglieder des Gerichtshofs kann der Präsident genehmigen:

a) die Erstattung eines zumutbaren Betrags für den Transport eines Teils des Haushaltsguts und der persönlichen Effekten zwischen ihrem Hauptwohnsitz und dem Sitz des Gerichtshofs bei Dienstantritt und bei Ausscheiden aus dem Dienst;

b) die Zahlung eines Betrags bis höchstens zur Hälfte der für leitende Bedienstete des Sekretariats der Vereinten Nationen vorgesehenen Übergangsbeihilfe.

Artikel 4

VORLAGE UND BEZAHLUNG DER KOSTENABRECHNUNG

Zu jedem Antrag auf Erstattung der Reisekosten bzw. der Tagegelder muß so bald wie möglich nach Beendigung der betreffenden Reise bzw. des Umzugs eine detaillierte Kostenabrechnung vorgelegt werden. Dabei sollten alle Ausgaben, die nicht vom Tagegeld zu bestreiten sind, sowie alle von irgendeiner Stelle der Vereinten Nationen geleisteten Vorauszahlungen einzeln ausgewiesen und soweit wie möglich durch Quittungen belegt werden, aus denen die Dienstleistung hervorgeht, auf die sich die Ausgabe bezieht. Alle Ausgaben müssen in der Währung ausgewiesen werden, in der sie vorgenommen wurden, wobei bestätigt werden muß, daß sie erforderlich waren und ausschließlich in Wahrnehmung der Amtsgeschäfte des Gerichts erfolgt sind. Ohne die schriftliche, vom Leiter der Kanzlei gegengezeichnete Genehmigung des Gerichtspräsidenten werden keine Kosten erstattet.

Artikel 5

REISEKOSTEN UND TAGEGELDER DES LEITERS DER KANZLEI

Vorbehaltlich vom Präsidenten des Gerichtshofs genehmigter Ausnahmen gelten für den Leiter der Kanzlei für die Erstattung von Reisekosten und Tagegeldern die Bestimmungen der Personalordnung der Vereinten Nationen für Bedienstete vergleichbaren Rangs.

Artikel 6

INKRAFTTRETEN

Diese Regelung tritt am 1. Januar 1983 in Kraft.

37/241 – Organisatorische und methodische Fragen im Zusammenhang mit Dienstreisen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3198 (XXVIII) vom 18. Dezember 1973 und 32/198 vom 21. Dezember 1977 über die Reisekostenstufen für Dienstreisen von Mitarbeitern der Organe und Nebenorgane der Vereinten Nationen,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht der Gemeinsamen Inspektionsgruppe über organisatorische und methodische Fragen im Zusammenhang mit Dienstreisen[117], von den diesbezüglichen Stellungnahmen des Generalsekretärs[118] und vom entsprechenden Bericht des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[119];

2. *stimmt* der Empfehlung der Gemeinsamen Inspektionsgruppe *zu*, der zufolge die Vereinten Nationen auf dem Wege einer in geeigneten Zeitabständen erfolgenden, breitgestreuten internationalen Ausschreibung ein kommerzielles Reisebüro als Haus-Reisebüro auswählen sollten;

3. *stimmt* den Empfehlungen der Gemeinsamen Inspektionsgruppe *zu*, denen zufolge der Generalsekretär mit den Fluggesellschaften bzw. mit den interessierten Regierungen, die Fluggesellschaften subventionieren, verhandeln sollte, um in Ländern, in denen dies gestattet ist, Preisnachlässe zu erhalten bzw. um für eine Lockerung der Bedingungen zu sorgen, die die Einräumung der günstigsten Flugtarife verhindern;

4. *fordert* den Generalsekretär *auf*, die Möglichkeit der Schaffung eines eigenen Reisebüros der Vereinten Nationen weiterhin zu prüfen und der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung darüber zu berichten;

5. *fordert* den Generalsekretär *auf*, für nicht in New York befindliche Büros der Vereinten Nationen die Möglichkeit zu prüfen, daß Reisevorkehrungen im Hause getroffen werden;

6. *bekräftigt* ihre Resolution 32/198, der zufolge die Reisekosten unter Berücksichtigung der Art des Auftrags und der Reisebedingungen auf die kostengünstigste Tarifstruktur zu beschränken sind;

---

[117] Vgl. A/37/357 mit Korr.1

[118] A/37/357/Add.1

[119] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 7A* (A/37/7/Add. 1-24), Dokument A/37/7/Add. 15

7. *fordert* den Generalsekretär *auf*, die Empfehlungen der Gemeinsamen Inspektionsgruppe zu den auf Dienstreisen anwendbaren Verfahren im Hinblick auf ihre künftige Anwendung weiter zu prüfen;

8. *billigt* die Absicht des Generalsekretärs, seine Erfahrungen bei der Einführung verbesserter Regelungen und Vorkehrungen für Dienstreisen an andere Mitglieder des Verwaltungsausschusses für Koordinierung weiterzugeben, und hofft, daß dieser Austausch – wie von der Gemeinsamen Inspektionsgruppe vorgeschlagen – zu einer Koordinierung der Regelungen und Vorkehrungen für Dienstreisen durch die Organisationen des Systems der Vereinten Nationen führen wird;

9. *ersucht* den Generalsekretär, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung über die Durchführung dieser Resolution zu berichten.

114. Plenarsitzung
21. Dezember 1982

37/242 – Besondere Überprüfung des derzeitigen Arbeitsprogramms der Vereinten Nationen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/239 über die besondere Überprüfung des derzeitigen Arbeitsprogramms der Vereinten Nationen,

nach Behandlung der Berichte des Generalsekretärs[120], der entsprechenden Berichte des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[121] sowie des Berichts des Programm- und Koordinierungsausschusses[122],

1. *schließt sich* dem Beschluß des Generalsekretärs *an*, die Aktivitäten unter den in seinem Bericht[123] genannten Kategorien A und B einzustellen bzw. zu kürzen;

2. *ersucht* den Generalsekretär, Kategorie D (aufgrund von Mandaten beschlußfassender Organe durchzuführende Aktivitäten, denen der Generalsekretär geringe Priorität beimißt und bei denen er es der Initiative der Mitgliedstaaten überläßt, Vorschläge zur Einstellung bzw. Kürzung zu machen) nach Möglichkeit vor der Behandlung der Programmhaushaltsvorlage für 1984-1985 durch die Generalversammlung an die zuständigen zwischenstaatlichen Organe zur Stellungnahme zu überweisen.

[120] A/36/658; A/C.5/37/51
[121] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung*, Beilage 7A (A/37/7/Add. 1-24), Dokument A/37/7/Add. 1 und Add. 14
[122] *Ebd., Beilage 38* (A/37/38)
[123] A/C.5/37/51

37/243 – Programmhaushalt für den Zweijahreszeitraum 1982-1983

A

Berichtigte Mittelbewilligungen für den Zweijahreszeitraum 1982-1983

Die Generalversammlung,

faßt hiermit für den Zweijahreszeitraum 1982-1983 *den Beschluß*, den mit ihrer Resolution 36/240 A vom 18. Dezember 1981 bewilligten Betrag von 1.506.241.800 US-Dollar wie folgt um 33.280.100 US-Dollar zu vermindern:

	Mittelbewilligung gemäß Resolution 36/240 A	*Erhöhung bzw. (Verringerung)*	*Berichtigte Mittelbewilligung*
Kapitel		*(in US-Dollar)*	
Teil I – *Allgemeine politische Grundsatzentscheidungen, Gesamtleitung und Koordinierung*			
1. Allgemeine politische Grundsatzentscheidungen, Gesamtleitung und Koordinierung	34.175.000	4.674.500	38.849.500
Teil I Insgesamt	34.175.000	4.674.500	38.849.500
Teil II – *Politische Fragen und Angelegenheiten des Sicherheitsrats; friedenssichernde Tätigkeiten*			
2. Politische Fragen und Angelegenheiten des Sicherheitsrats; friedenssichernde Tätigkeiten	72.862.000	11.464.800	84.326.800
Teil II Insgesamt	72.862.000	11.464.800	84.326.800
Teil III – *Politische Fragen, Treuhandschaft und Entkolonialisierung*			
3. Politische Fragen, Treuhandschaft und Entkolonialisierung	18.774.200	2.232.500	21.106.700
Teil III Insgesamt	18.774.200	2.332.500	21.106.700

Kapitel		*Mittelbewilligung gemäß Resolution 36/240 A*	*Erhöhung bzw. (Verringerung)*	*Berichtigte Mittelbewilligung*
			(in US-Dollar)	
	TEIL IV – *Wirtschaftliche, soziale und humanitäre Fragen*			
4.	Leitungsorgane (Wirtschafts- und Sozialbereich)	1.992.400	605.100	2.597.500
5A.	Büro des Generaldirektors für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit	3.228.900	51.600	3.280.500
5B.	Zentrum für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung	3.658.100	(42.500)	3.615.600
6.	Hauptabteilung für internationale wirtschaftliche und soziale Fragen	44.112.100	(442.400)	43.669.700
7.	Hauptabteilung für technische Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung	16.030.300	(383.000)	15.647.300
8.	Bereich Sekretariatsdienste für Wirtschafts- und Sozialfragen	3.232.500	(32.000)	3.200.500
9.	Transnationale Unternehmen	9.029.700	(29.400)	9.000.300
10.	Wirtschaftskommission für Europa	26.178.800	(2.429.600)	23.749.200
11.	Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik	28.166.400	989.300	29.155.700
12.	Wirtschafskommission für Lateinamerika	60.365.300	(15.502.300)	44.863.000
13.	Wirtschaftskommission für Afrika	35.945.700	1.356.800	37.302.500
14.	Wirtschaftskommission für Westasien	16.283.100	3.219.400	19.502.500
15.	Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen	57.168.800	(4.757.100)	52.411.700
16.	Internationales Handelszentrum	9.246.200	(952.500)	8.293.700
17.	Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung	72.942.200	(1.159.800)	71.782.400
18.	Umweltprogramm der Vereinten Nationen	10.235.400	1.169.200	11.404.600
19.	Zentrum der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen (Habitat)	8.312.200	819.100	9.131.300
20.	Internationale Suchtstoffkontrolle	6.141.600	(260.600)	5.881.000
21.	Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge	30.270.700	(1.330.800)	28.939.900
22.	Amt des Koordinators der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe	5.136.700	(280.500)	4.856.200
23.	Menschenrechte	10.517.300	272.300	10.789.600
24.	Reguläres Programm für technische Zusammenarbeit	30.995.400	(151.500)	30.843.900
	TEIL IV INSGESAMT	489.189.800	(19.271.200)	469.918.600
	TEIL V – *Internationale Rechtspflege und Völkerrecht*			
25.	Internationaler Gerichtshof	8.675.300	281.400	8.956.700
26.	Rechtsfragen	13.145.900	(84.100)	13.061.800
	TEIL V INSGESAMT	21.821.200	197.300	22.018.500
	TEIL VI – *Presse und Information*			
27.	Presse und Information	63.156.100	1.478.900	64.635.000
	TEIL VI INSGESAMT	63.156.100	1.478.900	64.635.000
	TEIL VII – *Gemeinsame Unterstützungsdienste*			
28.	Verwaltung und innerer Dienst	274.557.900	(8.779.400)	265.778.500
29.	Konferenz- und Bibliotheksdienste	274.970.300	(2.746.800)	245.223.500
	TEIL VII INSGESAMT	522.528.200	(11.526.200)	511.002.000
	TEIL VIII – *Sonderausgaben*			
30.	Schuldverschreibungen der Vereinten Nationen	17.220.300		17.220.300
	TEIL VIII INSGESAMT	17.220.300		17.220.300

Kapitel		*Mittelbewilligung gemäß Resolution 36/240 A*	*Erhöhung bzw. (Verringerung)*	*Berichtigte Mittelbewilligung*
			(in US-Dollar)	
	TEIL IX – *Personalabgabe*			
31.	Personalabgabe	229.525.500	(21.723.000)	207.802.500
	TEIL IX INSGESAMT	229.525.500	(21.723.000)	207.802.500
	TEIL X – *Kapitalaufwand*			
32.	Bau, Umbau und Verbesserungsarbeiten sowie größere Instandhaltungsarbeiten an Grundstücken und Gebäuden	36.989.500	(90.700)	36.081.800
	TEIL X INSGESAMT	36.989.500	(907.700)	36.081.800
	GESAMTSUMME	1.506.241.800	(33.280.100)	1.472.961.700

114. Plenarsitzung
21. Dezember 1982

B

BERICHTIGTE EINNAHMENVORANSCHLÄGE FÜR DEN ZWEIJAHRESZEITRAUM 1982-1983

Die Generalversammlung

faßt hiermit für den Zweijahreszeitraum 1982-1983 *den Beschluß*, die mit ihrer Resolution 36/240 B vom 18. Dezember 1981 gebilligten Einnahmenvoranschläge in Höhe von 284.553.000 US-Dollar wie folgt um 27.493.100 US-Dollar zu verringern:

Einnahmen		*Einnahmenvoranschläge gemäß Resolution 36/240 B*	*Erhöhung bzw. (Verringerung)*	*Berichtigte Einnahmenvoranschläge*
			(in US-Dollar)	
	TEIL I – *Einnahmen aus der Personalabgabe*			
1.	Einnahmen aus der Personalabgabe	233.396.800	(22.273.000)	211.121.800
	TEIL I INSGESAMT	233.396.800	(22.273.000)	211.123.800
	TEIL II – *Sonstige Einnahmen*			
2.	Allgemeine Einnahmen	33.871.600	(1.677.100)	32.194.500
3.	Mit Einnahmen verbundene Tätigkeitszweige	17.284.600	(3.543.000)	13.741.600
	TEIL II INSGESAMT	51.156.200	(5.220.100)	45.936.100
	GESAMTSUMME	284.553.000	(27.493.100)	257.059.900

114. Plenarsitzung
21. Dezember 1982

C

FINANZIERUNG DER MITTELBEWILLIGUNGEN FÜR DAS JAHR 1983

Die Generalversammlung

faßt hiermit für das Jahr 1983 *folgenden Beschluß:*

1. Die Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 719.840.800 US-Dollar, die sich aus 753.120.900 US-Dollar – der Hälfte der ursprünglich mit Teil A dieser Resolution bewilligten Mittel für den Zweijahreszeitraum 1982-1983 – abzüglich der während der siebenunddreißigsten Tagung gebilligten Minderung in Höhe von 33.280.100 US-Dollar zusammensetzen, werden entsprechend Artikel 5.1 und 5.2 der Finanzordnung der Vereinten Nationen aus den folgenden Quellen finanziert:

a) 20.358.000 US-Dollar, die sich wie folgt zusammensetzen: 25.578.100 US-Dollar, d.h. der Hälfte des mit Resolution 36/240 B vom 18. Dezember 1981 gebilligten Voranschlags für nicht aus der Personalabgabe stammende Einnahmen für den Zweijahreszeitraum 1982-1983 abzüglich 5.220.100 US-Dollar, um die der mit Teil B dieser Resolution gebilligte Voranschlag für nicht aus der Personalabgabe stammende Einnahmen vermindert wurde;

b) 200.391. US-Dollar aus Beiträgen neuer Mitgliedstaaten für 1981 und 1982;

c) 13.967.320 US-Dollar aus dem Guthaben des Überschußkontos per 31. Dezember 1981;

d) 685.315.089 US-Dollar aus der Veranlagung für die Beiträge der Mitgliedstaaten entsprechend Generalversammlungsresolution 37/125 A vom 17. Dezember 1982 über den Beitragsschlüssel für die Jahre 1983, 1984 und 1985;

2. Gemäß Generalversammlungsresolution 973 (X) vom 15. Dezember 1955 werden mit den Beiträgen der Mitgliedstaaten deren jeweilige Guthaben beim Steuerausgleichsfonds in Höhe von insgesamt 96.967.300 US-Dollar verrechnet; dieser Betrag ergibt sich aus:

a) 116.698.400 US-Dollar, d.h. der Hälfte des mit Resolution 36/240 B gebilligten Voranschlags für das Aufkommen aus der Personalabgabe;

b) abzüglich 22.273.000 US-Dollar, d.h. dem Betrag des mit Teil B dieser Resolution gebilligten Voranschlags für die Einahmenminderung bei der Personalabgabe;

c) zuzüglich 2.541.900 US-Dollar, d.h. dem Betrag der effektiven Mehreinnahmen aus der Personalabgabe gegenüber dem mit Resolution 36/234 B vom 18. Dezember 1981 gebilligten berichtigten Voranschlag für den Zweijahreszeitraum 1980-1981.

114. Plenarsitzung
21. Dezember 1982

IX. RESOLUTIONEN AUFGRUND DER BERICHTE DES SECHSTEN AUSSCHUSSES[1]

ÜBERSICHT

Nummer	*Titel*	*Punkt*	*Datum*	*Seite*
37/10	Die friedliche Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten (A/37/590)	122	15. November 1982	311
37/11	Konferenz der Vereinten Nationen über die Staatennachfolge bei Eigentum, Archiven und Schulden von Staaten (A/37/593)	124	15. November 1982	314
37/102	Entwurf für einen Kodex der Verstöße gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit (A/37/714)	115	16. Dezember 1982	315
37/103	Schrittweise Weiterentwicklung der Grundsätze und Normen des Völkerrechts im Zusammenhang mit der neuen internationalen Wirtschaftsordnung (A/37/720)	116	16. Dezember 1982	315
37/104	Beobachterstatus der von der Organisation der afrikanischen Einheit und/oder der Arabischen Liga anerkannten nationalen Befreiungsbewegungen (A/37/750)	117 *a*)	16. Dezember 1982	316
37/105	Bericht des Sonderausschusses für die Verstärkung der Wirksamkeit des Grundsatzes der Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen (A/37/721)	118	16. Dezember 1982	317
37/106	Bericht der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (A/37/620)	119	16. Dezember 1982	317
37/107	Von der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht angenommene Bestimmungen über eine Rechnungseinheit und die Anpassung der Haftungsgrenze (A/37/620)	119	16. Dezember 1982	319
37/108	Behandlung wirksamer Maßnahmen zur Verstärkung des Schutzes und der Sicherheit diplomatischer und konsularischer Vertretungen und Vertreter (A/37/699)	120	16. Dezember 1982	319
37/109	Ausarbeitung einer internationalen Konvention gegen die Anwerbung, den Einsatz, die Finanzierung und die Ausbildung von Söldern (A/37/648)	121	16. Dezember 1982	320
37/110	Überprüfung des Prozesses der Ausarbeitung multilateraler Verträge (A/37/751)	123	16. Dezember 1982	321
37/111	Bericht der Völkerrechtskommission (A/37/700)	125	16. Dezember 1982	322
37/112	Konvention über das zwischen Staaten und internationalen Organisationen bzw. zwischen internationalen Organisationen geltende Vertragsrecht (A/37/700)	125	16. Dezember 1982	322
37/113	Bericht des Ausschusses für die Beziehungen zum Gastland (A/37/752)	126	16. Dezember 1982	323
37/114	Bericht des Sonderausschusses für die Charta der Vereinten Nationen und die Stärkung der Rolle der Organisation (A/37/722)	127	16. Dezember 1982	324
37/115	Entwurf einer Erklärung über die sozialen und rechtlichen Grundsätze für den Schutz und das Wohlergehen von Kindern unter besonderer Berücksichtigung der Unterbringung bei Pflegeeltern und der Adoption auf nationaler und internationaler Ebene (A/37/710)	128	16. Dezember 1982	325
37/116	Stand der Unterzeichnung und Ratifizierung der Zusatzprotokolle zu den Genfer Abkommen von 1949 über den Schutz von Opfern internationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll I) sowie über den Schutz von Opfern nichtinternationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll II) (A/37/641)	132	16. Dezember 1982	325

37/10 – Die friedliche Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten[2]

Die Generalversammlung,

nach Prüfung des Punkts "Die friedliche Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten",

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 34/102 vom 14. Dezember 1979, 35/160 vom 15. Dezember 1980 und 36/110 vom 10. Dezember 1981,

erneut erklärend, daß äußerste Anstrengungen unternommen werden müssen, um alle Konflikte und Streitigkeiten zwischen Staaten ausschließlich auf friedlichem Wege beizulegen und alle militärischen Aktionen und Feindseligkeiten zu vermeiden, durch welche die Lösung dieser Konflikte und Streitigkeiten nur noch erschwert wird,

in der Auffassung, daß die Frage der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten eines der Hauptanliegen der Staaten und der Vereinten Nationen sein sollte und daß die Bemühungen um eine Stärkung des Prozesses der friedlichen Streitbeilegung fortgesetzt werden sollten,

in der Überzeugung, daß die Verabschiedung der Erklärung von Manila über die friedliche Beilegung von in-

[1] Die Beschlüsse aufgrund der Berichte des Sechsten Ausschusses sind in Abschnitt X.B.8 wiedergegeben.

[2] Vgl. auch Abschnitt X.B.8, Beschluß 37/407

ternationalen Streitigkeiten zu einer besseren Befolgung des Grundsatzes der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten in den Beziehungen der Staaten untereinander führen sollte und einen Beitrag zur Beseitigung der Gefahr der Anwendung oder Androhung von Gewalt, zum Abbau internationaler Spannungen und zur Förderung einer Politik der Zusammenarbeit und des Friedens sowie der Achtung vor der Unabhängigkeit und Souveränität aller Staaten, zur Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen bei der Verhinderung und friedlichen Beilegung von Konflikten und somit zur Festigung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit leisten wird,

in der Auffassung, daß für eine weite Verbreitung des Textes der Erklärung gesorgt werden muß,

1. *billigt* die Erklärung von Manila über die friedliche Beilegung von internationalen Streitigkeiten, deren Wortlaut im Anhang zu dieser Resolution wiedergegeben ist;

2. *dankt* dem Sonderausschuß für die Charta der Vereinten Nationen und die Stärkung der Rolle der Organisation für seinen wichtigen Beitrag zur Ausarbeitung des Wortlauts der Erklärung;

3. *ersucht* den Generalsekretär, die Regierungen der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und der Sonderorganisationen*, den Sicherheitsrat und den Internationalen Gerichtshof von der Verabschiedung der Erklärung in Kenntnis zu setzen;

4. *bittet eindringlich darum*, daß keine Anstrengungen gescheut werden, damit diese Erklärung allgemein bekannt gemacht und uneingeschränkt befolgt und angewendet wird.

68. Plenarsitzung
15. November 1982

ANHANG

Erklärung von Manila über die friedliche Beilegung von internationalen Streitigkeiten

Die Generalversammlung,

in Bekräftigung des Grundsatzes der Charta der Vereinten Nationen, wonach alle Staaten ihre internationalen Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln so beilegen, daß der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden,

im Bewußtsein dessen, daß die Charta der Vereinten Nationen die Mittel und einen grundsätzlichen Rahmen für die friedliche Beilegung der internationalen Streitigkeiten enthält, deren Fortdauer sehr leicht die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit gefährden kann,

in Anerkennung der wichtigen Rolle der Vereinten Nationen und der Notwendigkeit einer Stärkung ihrer Wirksamkeit bei der friedlichen Beilegung internationaler Streitigkeiten und bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen,

in Bekräftigung des Grundsatzes der Charta der Vereinten Nationen, wonach alle Staaten in ihren internationale Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt unterlassen,

erneut erklärend, daß kein Staat bzw. keine Gruppe von Staaten das Recht hat, sich aus irgendeinem Grund direkt oder indirekt in die inneren oder äußeren Angelegenheiten irgendeines anderen Staates einzumischen,

in Bekräftigung der Erklärung über völkerrechtliche Grundsätze für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen Staaten im Sinne der Charta der Vereinten Nationen[3],

eingedenk der Bedeutung der Erhaltung und Stärkung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit sowie der Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Staaten unabhängig von ihrem politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen System oder ihrem wirtschaftlichen Entwicklungsstand,

in Bekräftigung des in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Grundsatzes der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechts der Völker, auf den auch die Erklärung über völkerrechtliche Grundsätze für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen Staaten im Sinne der Charta der Vereinten Nationen sowie andere diesbezügliche Resolutionen der Generalversammlung Bezug nehmen,

unter Hervorhebung der Notwendigkeit, daß alle Staaten jegliche gewaltsame Maßnahme unterlassen, die andere Völker, insbesondere wenn sie kolonialen und rassistischen Regimen bzw. anderen Formen der Fremdherrschaft unterworfen sind, ihres unveräußerlichen Rechts auf Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit beraubt, eines Rechts, auf das in der Erklärung über völkerrechtliche Grundsätze für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen Staaten im Sinne der Charta der Vereinten Nationen hingewiesen wird,

eingedenk der bestehenden internationalen Instrumente sowie der entsprechenden Grundsätze und Regeln über die friedliche Beilegung internationaler Streitigkeiten, darunter auch, wo immer dieser Fall vorliegt, über die Ausschöpfung interner Abhilfemaßnahmen,

entschlossen, die internationale Zusammenarbeit im politischen Bereich zu fördern und die schrittweise Weiterentwicklung des Völkerrechts und dessen Kodifizierung zu unterstützen, insbesondere soweit sich dieses auf die friedliche Beilegung von internationalen Streitigkeiten bezieht,

erklärt feierlich:

I

1. Alle Staaten bemühen sich in redlicher Absicht und im Einklang mit den in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Zielen und Grundsätzen, Streitigkeiten untereinander zu vermeiden, die sich auf die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Staaten auswirken könnten, und tragen somit zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit bei. Sie leben als gute Nachbarn miteinander in Frieden und sind bestrebt, geeignete Maßnahmen zur Festigung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu ergreifen.

2. Jeder Staat legt seine internationalen Streitigkeiten ausschließlich durch friedliche Mittel so bei, daß der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.

3. Internationale Streitigkeiten werden auf der Grundlage der souveränen Gleichheit der Staaten und im Einklang mit dem Grundsatz der freien Wahl der Mittel im Einklang mit den aufgrund der Charta der Vereinten Nationen eingegangenen Verpflichtungen sowie den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts beigelegt. Die Inanspruchnahme eines von den Staaten freiwillig vereinbarten Verfahrens zur Beilegung bestehender bzw. künftiger Streitigkeiten, an denen diese Staaten beteiligt sind, bzw. die Zustimmung zu einem derartigen Verfahren, gilt nicht als unvereinbar mit der souveränen Gleichheit von Staaten.

4. Staaten, die Parteien eines Streitfalls sind, halten sich bei ihren gegenseitigen Beziehungen weiterhin an ihre Verpflichtungen aufgrund der fundamentalen völkerrechtlichen Grundsätze der Souveränität, Unabhängigkeit und territorialen Integrität von Staaten sowie der sonstigen allgemein anerkannten Grundsätze und Regeln des gegenwärtigen Völkerrechts.

5. Die Staaten bemühen sich in redlicher Absicht und im Geist der Zusammenarbeit auf einem der folgenden Wege um eine baldige und gerechte Beilegung ihre internationalen Streitigkeiten: durch Verhandlung, Untersuchung, Vermittlung, Vergleich, Schiedsspruch, gerichtliche Regelung, Inanspruchnahme regionaler Vereinbarungen oder Organisationen oder durch andere friedliche Mittel eigener Wahl, darunter auch gute Dienste. Bei ihren

* specialized agencies (etwa: Fachorganisationen) im Sinne von Art. 57 der VN-Charta; in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder mit "Sonderorganisationen" bzw. mit "Spezialorganisationen" wiedergegeben.

[3] Resolution 2625 (XXV), Anhang

Bemühungen um eine solche Beilegung einigen sich die Parteien über die den Umständen und der Natur ihrer Streitigkeit angemessenen friedlichen Mittel.

6. Staaten, die regionalen Vereinbarungen oder Organisationen angehören, bemühen sich nach besten Kräften, ihre örtlich begrenzten Streitigkeiten über diese Vereinbarungen oder Organisationen friedlich beizulegen, bevor sie den Sicherheitsrat damit befassen. Dies schließt jedoch nicht aus, daß ein Staat im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen die Aufmerksamkeit des Sicherheitsrats oder der Generalversammlung auf jede Streitigkeit lenken kann.

7. Gelingt es den streitenden Parteien nicht, mit einem der obengenannten Mittel eine schnelle Lösung herbeizuführen, setzen sie die Suche nach einer friedlichen Lösung fort und konsultieren einander unverzüglich über gegenseitig vereinbarte Mittel zur friedlichen Beilegung der Streitigkeit. Gelingt es den Parteien nicht, mit einem der obigen Mittel eine Streitigkeit beizulegen, deren Fortdauer die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit gefährden könnte, so legen sie diese unbeschadet der in den diesbezüglichen Bestimmungen von Kapitel VI der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Aufgaben und Befugnissen des Rats im Einklang mit der Charta dem Sicherheitsrat vor.

8. Staaten, die Parteien einer internationalen Streitigkeit sind, sowie andere Staaten unterlassen jedwede Handlung, die die Situation in einer Weise verschärfen könnte, die die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit gefährdet und die friedliche Beilegung der Streitigkeit erschwert oder behindert, und handeln dabei im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen.

9. Staaten sollten den Abschluß von Abkommen zur friedlichen Beilegung ihrer Streitigkeiten in Erwägung ziehen. Sofern dies angebracht ist, sollten sie ferner in geplante bilaterale Abkommen und multilaterale Konventionen wirksame Bestimmungen zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten aufnehmen, die sich aus der Auslegung bzw. der Anwendung derselben ergeben.

10. Unbeschadet des Rechts der freien Wahl der Mittel sollten sich die Staaten dessen bewußt sein, daß direkte Verhandlungen ein flexibles und wirksames Mittel zur friedlichen Beilegung ihrer Streitigkeiten sind. Wenn sie sich zu direkten Verhandlungen entschließen, sollten die Staaten sinnvolle Verhandlungen führen, damit rasch eine für alle Parteien annehmbare Regelung gefunden wird. Die Staaten sollten ebenso bereit sein, die Beilegung ihrer Streitigkeiten mit den anderen in dieser Erklärung genannten Mitteln anzustreben.

11. Im Einklang mit dem Völkerrecht wenden die Staaten nach Treu und Glauben alle Bestimmungen der von ihnen zur Beilegung ihrer Streitigkeiten getroffenen Abkommen an.

12. Um den betreffenden Völkern die Wahrnehmung des in der Erklärung über völkerrechtliche Grundsätze für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen Staaten im Sinne der Charta der Vereinten Nationen erwähnten Rechts auf Selbstbestimmung zu erleichtern, haben die an einer Streitigkeit beteiligten Parteien die Möglichkeit, zur friedlichen Beilegung der Streitigkeit – wenn sie sich darüber einig sind und dies für zweckmäßig halten – auf die in der vorliegenden Erklärung genannten hierfür in Frage kommenden Verfahren zurückzugreifen.

13. Weder das Bestehen einer Streitigkeit noch die Erfolglosigkeit eines Verfahrens zur friedlichen Streitbeilegung berechtigt irgendeine der Streitparteien zur Anwendung bzw. Androhung von Gewalt.

II

1. Die Mitgliedstaaten sollten vollen Gebrauch von den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen machen, darunter auch von den insbesondere in Kapitel VI vorgesehenen Verfahren und Mitteln zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten.

2. Die Mitgliedstaaten erfüllen nach Treu und Glauben die Verpflichtungen, die sie mit der Charta der Vereinten Nationen eingegangen sind. Sie sollten im Einklang mit der Charta gegebenenfalls die Empfehlungen des Sicherheitsrats zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten gebührend berücksichtigen. Ferner sollten sie im Einklang mit der Charta gegebenenfalls die von der Generalversammlung gemäß Artikel 11 und 12 der Charta zum Thema der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten verabschiedeten Empfehlungen gebührend berücksichtigen.

3. Die Mitgliedstaaten bekräftigen die wichtige Rolle, welche die Charta der Vereinten Nationen im Bereich der friedlichen Streitbeilegung der Generalversammlung übertragen hat, und betonen, daß diese ihren Aufgaben wirksam nachkommen muß. Sie sollten daher

a) bedenken, daß die Generalversammlung jede wie auch immer entstandene Situation erörtern kann, wenn diese nach ihrer Auffassung geeignet ist, das allgemeine Wohl oder die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Nationen zu beeinträchtigen, und daß die Generalversammlung vorbehaltlich von Artikel 12 der Charta Maßnahmen zu ihrer friedlichen Beilegung empfehlen kann;

b) erwägen, ob sie, wenn ihnen dies zweckmäßig erscheint, von der Möglichkeit Gebrauch machen können, die Aufmerksamkeit der Generalversammlung auf jede Streitigkeit bzw. jede Situation zu lenken, die zu internationalen Reibungen führen oder eine Streitigkeit hervorrufen könnte;

c) zur friedlichen Beilegung ihrer Streitigkeiten die Heranziehung der Nebenorgane erwägen, die die Generalversammlung zur Erfüllung der ihr nach der Charta zufallenden Aufgaben geschaffen hat;

d) als Parteien einer der Generalversammlung zur Kenntnis gebrachten Streitigkeit die Möglichkeit von Konsultationen im Rahmen der Versammlung erwägen, um eine rasche Beilegung ihrer Streitigkeit zu erleichtern.

4. Die Mitgliedstaaten sollten den Sicherheitsrat in seiner Rolle als hauptverantwortliches Organ stärken, damit er seinen Aufgaben im Bereich der Beilegung von Streitigkeiten bzw. in jeder Situation, deren Fortdauer die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit gefährden könnte, im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen uneingeschränkt und wirksam nachkommen kann. Zu diesem Zweck sollten sie

a) sich voll ihrer Pflicht bewußt sein, dem Sicherheitsrat eine Streitigkeit dieser Art, in der sie Partei sind, vorzulegen, wenn es ihnen nicht gelingt, diese mit den in Artikel 33 der Charta angegebenen Mitteln beizulegen;

b) häufiger von der Möglichkeit Gebrauch machen, die Aufmerksamkeit des Sicherheitsrats auf jede Streitigkeit bzw. jede Situation zu lenken, die zu internationalen Reibungen führen oder eine Streitigkeit hervorrufen könnte;

c) den Sicherheitsrat ermutigen, mehr Gebrauch von den in der Charta vorgesehenen Möglichkeiten zur Untersuchung von Streitigkeiten bzw. Situationen zu machen, deren Fortdauer die Erhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit gefährden könnte;

d) erwägen, ob sie nicht im Einklang mit der Charta stärkeren Gebrauch von den Möglichkeiten des Sicherheitsrats zur Tatsachenermittlung machen können;

e) den Sicherheitsrat ermutigen, zur Förderung der friedlichen Streitbeilegung stärkeren Gebrauch von den von ihm zur Wahrnehmung seiner Aufgaben nach der Charta eingesetzten Nebenorganen zu machen;

f) bedenken, daß der Sicherheitsrat in jedem Stadium einer Streitigkeit im Sinne von Artikel 33 der Charta oder einer Situation gleicher Art geeignete Verfahren oder Methoden für deren Bereinigung empfehlen kann;

g) den Sicherheitsrat ermutigen, im Einklang mit seinen Aufgaben und Befugnissen unverzüglich zu handeln, insbesondere in Fällen, in denen internationale Streitigkeiten in bewaffnete Konflikte ausarten.

5. Die Staaten sollten sich voll der Rolle des Internationalen Gerichtshofs bewußt sein, der das Hauptrechtssprechungsorgan der Vereinten Nationen ist. Ihre Aufmerksamkeit wird auf die Möglichkeiten zur Beilegung von Rechtsstreitigkeiten gelenkt, die der Internationale Gerichtshof, insbesondere seit der Revision seiner Verfahrensordnung, bietet.

Die Staaten können aufgrund bestehender oder künftiger Abkommen andere Gerichte mit der Beilegung ihrer Streitigkeiten befassen.

Die Staaten sollten bedenken,

a) daß Rechtsstreitigkeiten von den Parteien im Einklang mit den Bestimmungen des Statuts des Gerichtshofs im allgemeinen dem Internationalen Gerichtshof zu unterbreiten sind;

b) daß sie gut daran täten,

i) die Möglichkeit zu erwägen, in Verträge, wo immer dies angebracht ist, Klauseln aufzunehmen, wonach etwaige aus der Auslegung oder der Anwendung dieser Verträge resultierende Streitigkeiten dem Internationalen Gerichtshof zu unterbreiten sind;

ii) zu prüfen, ob sie sich in freier Ausübung ihrer Souveränität dazu entschließen können, die Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofs im Einklang mit Artikel 36 seines Statuts als obligatorisch anzuerkennen;

iii) immer wieder zu prüfen, ob nicht Fälle vorliegen, in denen der Internationale Gerichtshof herangezogen werden könnte.

Die Organe der Vereinten Nationen und die Sonderorganisationen* sollten untersuchen, ob es ratsam ist, von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, Gutachten des Gerichtshofs über Rechtsfragen anzufordern, die sich in ihrem Tätigkeitsbereich ergeben, sofern sie dazu ordnungsgemäß ermächtigt sind.

Die Inanspruchnahme einer gerichtlichen Regelung von Rechtsstreitigkeiten, insbesondere die Vorlage beim Internationalen Gerichtshof, sollte nicht als unfreundlicher Akt zwischen Staaten angesehen werden.

6. Der Generalsekretär sollte von den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen bezüglich der ihm übertragenen Aufgaben vollen Gebrauch machen. Der Generalsekretär kann die Aufmerksamkeit des Sicherheitsrats auf jede Angelegenheit lenken, die nach seinem Dafürhalten die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit gefährden könnte. Er nimmt ferner alle sonstigen Aufgaben wahr, die ihm vom Sicherheitsrat oder von der Generalversammlung übertragen werden. Wann immer dies gewünscht wird, legt er dem Sicherheitsrat oder der Generalversammlung entsprechende Berichte vor.

bittet alle Staaten *eindringlich*, die Bestimmungen dieser Erklärung bei der friedlichen Beilegung ihrer internationalen Streitigkeiten nach Treu und Glauben zu befolgen und zu fördern;

erklärt, daß diese Erklärung an keiner Stelle so ausgelegt werden darf, daß die einschlägigen Bestimmungen der Charta bzw. die Rechte und Pflichten von Staaten oder der Aufgaben- und Zuständigkeitsbereich der Organe der Vereinten Nationen nach der Charta in irgendeiner Weise dadurch beeinträchtigt werden, insbesondere sofern sie mit der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten zusammenhängen;

erklärt, daß diese Erklärung in keiner Weise das aus der Charta abgeleitete Recht auf Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit der Völker beeinträchtigen darf, die dieses Rechts gewaltsam beraubt worden sind und auf die in der Erklärung über völkerrechtliche Grundsätze für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen Staaten im Sinne der Charta der Vereinten Nationen hingewiesen wird, insbesondere nicht der Völker, die kolonialen und rassistischen Regimen oder anderen Formen der Fremdherrschaft unterworfen sind, noch das Recht dieser Völker beeinträchtigen darf, im Einklang mit den Grundsätzen der Charta und gemäß der obengenannten Erklärung um dieses Ziel zu kämpfen und dabei Unterstützung zu suchen und in Anspruch zu nehmen;

betont die Notwendigkeit, im Einklang mit der Charta die Bemühungen um eine Stärkung des Prozesses der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten durch die ständige Weiterentwicklung und gegebenenfalls Kodifizierung des Völkerrechts sowie durch die Erhöhung der Wirksamkeit der Vereinten Nationen in diesem Bereich fortzusetzen.

37/11 – Konferenz der Vereinten Nationen über die Staatennachfolge bei Eigentum, Archiven und Schulden von Staaten

Die Generalversammlung,

unter Hinweis darauf, daß sie mit ihrer Resolution 36/113 vom 10. Dezember 1981 beschlossen hat, zur Behandlung der von der dreiunddreißigsten Tagung der Völkerrechtskommission verabschiedeten Artikelentwürfe über die Staatennachfolge bei Eigentum, Archiven und Schulden von Staaten[4] 1983 eine Regierungsbevollmächtigtenkonferenz einzuberufen und die Arbeitsergebnisse dieser Konferenz in einer internationalen Konvention oder anderen, ihr geeignet erscheinenden Instrumenten niederzulegen,

ferner unter Hinweis darauf, daß sie in Ziffer 1 derselben Resolution der Völkerrechtskommission für ihre wertvolle Arbeit zur Frage der Staatennachfolge bei Eigentum, Archiven und Schulden von Staaten sowie dem hierfür eingesetzten Sonderberichterstatter für seinen Beitrag zur Arbeit der Kommission gedankt hat,

in der Auffassung, daß die von der dreiunddreißigsten Tagung der Völkerrechtskommission verabschiedeten Artikelentwürfe eine gute Grundlage für die Ausarbeitung einer internationalen Konvention oder anderer unter Umständen geeigneter Instrumente zur Frage der Staatennachfolge bei Eigentum, Archiven und Schulden von Staaten bilden,

in Kenntnisnahme des Berichts des Generalsekretärs[5] mit den im Einklang mit Generalversammlungsresolution 36/113 vorgelegten Stellungnahmen und Feststellungen verschiedener Mitgliedstaaten,

eingedenk des Artikels 13 Absatz 1 *a)* der Charta der Vereinten Nationen, der vorsieht, daß die Generalversammlung Untersuchungen veranlaßt und Empfehlungen abgibt, um die schrittweise Weiterentwicklung des Völkerrechts sowie seine Kodifizierung zu fördern,

in der Überzeugung, daß die erfolgreiche Kodifizierung und schrittweise Weiterentwicklung der Regeln des Völkerrechts über die Staatennachfolge bei Eigentum, Archiven und Schulden von Staaten zur Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen und zur Zusammenarbeit zwischen den Staaten unabhängig von ihren verschiedenen Verfassungs- und Gesellschaftssystemen sowie dazu beitragen würde, daß die Ziele und Grundsätze von Artikel 1 und 2 der Charta gefördert und verwirklicht werden,

mit Dank davon Kenntnis nehmend, daß die Regierung Österreichs die Konferenz der Vereinten Nationen über die Staatennachfolge bei Eigentum, Archiven und Schulden von Staaten nach Wien eingeladen hat,

1. *beschließt*, daß die in Generalversammlungsresolution 36/113 erwähnte Konferenz der Vereinten Nationen über die Staatennachfolge bei Eigentum, Archiven und Schulden von Staaten vom 1. März bis 8. April 1983 in Wien stattfindet;

2. *ersucht* den Generalsekretär,

a) alle Staaten zur Teilnahme an der Konferenz einzuladen;

b) Namibia, vertreten durch den Namibia-Rat der Vereinten Nationen, im Einklang mit Ziffer 1 der Generalversammlungsresolution 36/121 D vom 10. Dezember 1981 zur Teilnahme an der Konferenz einzuladen;

c) Vertreter von Organisationen, die von der Generalversammlung eine ständige Einladung erhalten haben, an den Sitzungen und der Arbeit aller unter ihrer Schirmherrschaft durchgeführten internationalen Konferenzen als Beobachter teilzunehmen, im Einklang mit den Versammlungsresolutionen 3237 (XXIX) vom 22. November 1974 und 31/152 vom 20. Dezember 1976 ein-

* Vgl. die Fußnote auf S. 312

[4] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Sechsunddreißigste Tagung, Beilage 10* (A/36/10 mit Korr.1), Kap. II, Abschnitt D

[5] A/37/454 mit Korr.1 und Add.1

zuladen, in dieser Eigenschaft an der Konferenz teilzunehmen;

d) Vertreter der von der Organisation der afrikanischen Einheit in ihrer Region anerkannten nationalen Befreiungsbewegungen im Einklang mit Generalversammlungsresolution 3280 (XXIX) vom 10. Dezember 1974 zur Teilnahme als Beobachter einzuladen;

e) die Sonderorganisationen* und die Internationale Atomenergie-Organisation sowie die in Frage kommenden Organe der Vereinten Nationen und zwischenstaatlichen Organisationen einzuladen, sich durch Beobachter bei der Konferenz vertreten zu lassen;

3. *verweist* die von der dreiunddreißigsten Tagung der Völkerrechtskommission verabschiedeten Artikelentwürfe über die Staatennachfolge bei Eigentum, Archiven und Schulden von Staaten als Basistext zur Behandlung an die Konferenz;

4. *beschließt*, daß die Sprachen der Konferenz die Amts- und Arbeitssprachen der Generalversammlung, ihrer Ausschüsse und Unterausschüsse sind;

5. *ersucht* den Generalsekretär, der Konferenz alle einschlägigen Dokumente und Empfehlungen zu ihren Arbeitsmethoden und -verfahren vorzulegen und für die von ihr benötigten Mitarbeiter, Einrichtungen und Dienste, darunter auch für die Bereitstellung von Kurzprotokollen, Sorge zu tragen;

6. *ersucht* den Generalsekretär, dafür zu sorgen, daß der ehemalige Sonderberichterstatter der Völkerrechtskommission zur Frage der Staatennachfolge in anderen Angelegenheiten als Verträgen, als Sachverständiger an der Konferenz teilnimmt, falls er abkömmlich ist.

68. Plenarsitzung
15. Dezember 1982

37/102 – Entwurf für einen Kodex der Verstöße gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit

Die Generalversammlung,

eingedenk des Artikels 13 Ziffer 1 *a*) der Charta der Vereinten Nationen, der vorsieht, daß die Generalversammlung Untersuchungen veranlaßt und Empfehlungen abgibt, um die schrittweise Weiterentwicklung des Völkerrechts sowie seine Kodifizierung zu fördern;

unter Hinweis auf ihre Resolution 177 (II) vom 21. November 1947, in der sie die Völkerrechtskommission beauftragte, den Entwurf für einen Kodex der Verstöße gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit auszuarbeiten,

nach Behandlung des Entwurfs für einen Kodex der Verstöße gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit, der von der Völkerrechtskommission ausgearbeitet und der Generalversammlung 1954 vorgelegt wurde[6],

unter Hinweis auf ihre Auffassung, daß die Ausarbeitung eines Kodex der Verstöße gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit einen Beitrag zur Festigung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit und somit zur Förderung und Verwirklichung der in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Ziele und Grundsätze leisten würde,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/106 vom 10. Dezember 1981, in der sie die Völkerrechtskommission bat, ihre Arbeit zur Ausarbeitung des Entwurfs für einen Kodex wieder aufzunehmen und diesen mit dem Ziel einer Überarbeitung unter Berücksichtigung der durch den Prozeß der schrittweisen Weiterentwicklung des Völkerrechts erzielten Ergebnisse mit entsprechendem Vorrang zu prüfen,

unter Berücksichtigung der Auffassungen, die im Verlauf der Debatte über diesen Punkt auf der laufenden Tagung geäußert wurden[7],

mit Genugtuung von der Ernennung eines Sonderberichterstatters für den Kodexentwurf[8] *Kenntnis nehmend*,

unter Berücksichtigung der Bedeutung und Dringlichkeit dieser Frage,

1. *bittet* die Völkerrechtskommission, ihre Arbeit zur Ausarbeitung des Entwurfs für einen Kodex der Verstöße gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit gemäß Generalversammlungsresolution 36/106 Ziffer 1 fortzusetzen und dabei den Beschluß in Ziffer 255 des Berichts der Völkerrechtskommission über ihre vierunddreißigste Tagung[9] zu berücksichtigen;

2. *ersucht* die Völkerrechtskommission, der Generalversammlung gemäß Resolution 36/106 auf ihrer achtunddreißigsten Tagung einen vorläufigen Bericht vorzulegen, der u.a. Informationen über den Geltungsbereich und Aufbau des Kodexentwurfs enthält;

3. *ersucht* den Generalsekretär, die Mitgliedstaaten und die in Frage kommenden internationalen zwischenstaatlichen Organisationen erneut darum zu bitten, ihre Stellungnahmen und Bemerkungen zum Kodexentwurf vorzulegen bzw. auf den neuesten Stand zu bringen, damit diese sodann der Völkerrechtskommission vorgelegt werden können;

4. *beschließt*, den Punkt "Entwurf für einen Kodex der Verstöße gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung aufzunehmen.

107. Plenarsitzung
16. Dezember 1982

37/103 – Schrittweise Weiterentwicklung der Grundsätze und Normen des Völkerrechts im Zusammenhang mit der neuen internationalen Wirtschaftsordnung

Die Generalversammlung,

eingedenk dessen, daß die Generalversammlung gemäß der Charta der Vereinten Nationen aufgerufen ist, Untersuchungen zu veranlassen und Empfehlungen abzugeben, um die schrittweise Weiterentwicklung des Völkerrechts und seine Kodifizierung zu fördern,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) vom 1. Mai 1974 mit der Erklärung und dem Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung, 3281 (XXIX) vom 12. Dezember 1974 mit der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten und 3362 (S-VII) vom 16. September 1975 über Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit,

---

* Vgl. die Fußnote auf S. 312

[6] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Neunte Tagung, Beilage 9* (A/2693), Ziffer 54

[7] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Sixth Committee*, 52.-55., 63 und 64. Sitzung

[8] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 10* (A/37/10), Ziffer 252

[9] *Ebd., Beilage 10* (A/37/10)

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 34/150 vom 17. Dezember 1979 und 35/166 vom 15. Dezember 1980 über die "Konsolidierung und schrittweise Weiterentwicklung der Grundsätze und Normen des internationalen Wirtschaftsrechts, insbesondere im Hinblick auf die rechtlichen Aspekte der neuen internationalen Wirtschaftsordnung" sowie auf ihre Resolution 36/107 vom 10. Dezember 1981 mit dem Titel "Schrittweise Weiterentwicklung der Grundsätze und Normen des Völkerrechts im Zusammenhang mit der neuen internationalen Wirtschaftsordnung",

in Kenntnisnahme des Berichts des Generalsekretärs[10], insbesondere des Zwischenberichts des Ausbildungs- und Forschungsinstituts der Vereinten Nationen[11], der analytischen Unterlagen und Analysen des Wortlauts einschlägiger Instrumente sowie der von einigen Staaten gemäß Generalversammlungsresolution 36/107[12] abgegebenen Stellungnahmen,

insbesondere *in Kenntnisnahme* der Empfehlung, das Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen möge im Einklang mit dem fünften Präambelabsatz sowie Ziffer 2 der Resolution 36/107 eine analytische Studie über die schrittweise Weiterentwicklung der Grundsätze und Normen des Völkerrechts im Zusammenhang mit der neuen internationalen Wirtschaftsordnung zum Abschluß bringen,

in Anerkennung der Notwendigkeit einer systematischen und schrittweisen Weiterentwicklung der Grundsätze und Normen des Völkerrechts im Zusammenhang mit der neuen internationalen Wirtschaftsordnung,

1. *ersucht* das Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen, die dritte und letzte Phase der analytischen Studie in Angriff zu nehmen und die Studie so rechtzeitig abzuschließen, daß sie der Generalsekretär der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung vorlegen kann;

2. *bittet* die Mitgliedstaaten *eindringlich*, alle für die Studie zweckdienlichen Informationen, darunter auch Vorschläge für weitere Maßnahmen in bezug auf die für die achtunddreißigste Tagung der Generalversammlung erbetene abschließende Studie, bis spätestens 31. Mai 1983 vorzulegen;

3. *ersucht* die Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht, die Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen, die Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung, die Regionalkommissionen, das Zentrum der Vereinten Nationen für transnationale Unternehmen und andere in Frage kommende zwischenstaatliche und nichtstaatliche Organisationen, die nach den Unterlagen des Ausbildungs- und Forschungsinstituts der Vereinten Nationen auf diesem Gebiet tätig sind, sachdienliche Informationen vorzulegen und das Institut bei der Durchführung dieser Resolution uneingeschränkt zu unterstützen;

4. *bittet* das Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen, auf der Grundlage der ausgewogenen geographischen Verteilung und unter Berücksichtigung der verschiedenen Rechts- und Wirtschaftssysteme in der Welt Fachleute auszuwählen, die es bei der letzten Phase der Studie unterstützen;

5. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung zur vorrangigen Behandlung unter dem in die vorläufige Tagesordnung dieser Tagung aufzunehmenden Punkt "Schrittweise Weiterentwicklung der Grundsätze und Normen des Völkerrechts im Zusammenhang mit der neuen internationalen Wirtschaftsordnung" auf ihrer achtunddreißigsten Tagung einen Bericht über die vom Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen angefertigte abschließende Studie vorzulegen.

107. Plenarsitzung
16. Dezember 1982

37/104 – Beobachterstatus der von der Organisation der afrikanischen Einheit und/oder der Arabischen Liga anerkannten nationalen Befreiungsbewegungen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 35/167 vom 15. Dezember 1980,

in Kenntnisnahme des Berichts des Generalsekretärs[13],

eingedenk der Resolution der Konferenz der Vereinten Nationen über die Vertretung von Staaten gegenüber internationalen Organisationen, die sich mit dem Beobachterstatus der von der Organisation der afrikanischen Einheit und/oder der Arabischen Liga anerkannten nationalen Befreiungsbewegungen[14] befaßt,

im Hinblick darauf, daß das Wiener Übereinkommen vom 14. März 1975 über die Vertretung von Staaten gegenüber internationalen Organisationen mit universellem Charakter[15] nur die Vertretung von Staaten in ihren Beziehungen zu internationalen Organisationen regelt,

unter Berücksichtigung der derzeitigen Praxis, die genannten nationalen Befreiungsbewegungen einzuladen, als Beobachter an den Tagungen der Generalversammlung, der Sonderorganisationen* und der anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen sowie an der Arbeit der unter der Schirmherrschaft dieser internationalen Organisationen abgehaltenen Konferenzen teilzunehmen,

in der Überzeugung, daß die Mitwirkung der genannten nationalen Befreiungsbewegungen an der Arbeit der internationalen Organisationen zur Festigung des Weltfriedens und der internationalen Zusammenarbeit beiträgt,

in dem Bemühen, für die wirksame Teilnahme der genannten nationalen Befreiungsbewegungen als Beobachter an der Arbeit internationaler Organisationen zu sorgen und zu diesem Zweck ihre Rechtsstellung sowie die zur Ausübung ihrer Aufgaben erforderlichen Hilfen, Vorrechte und Immunitäten zu regeln,

1. *bittet* alle Staaten, die dies bisher noch nicht getan haben, insbesondere diejenigen, die als Gastland internationaler Organisationen bzw. als Gastgeber der von internationalen Organisationen mit universellem Charakter einberufenen bzw. unter deren Schirmherrschaft abgehaltenen Konferenzen auftreten, die Frage der Ratifizierung bzw. des Beitritts zum Wiener Übereinkommen über die Vertretung von Staaten gegenüber internationalen Organisationen mit universellem Charakter möglichst bald in Erwägung zu ziehen;

[10] A/37/409 mit Add.1-3
[11] A/37/409, Abschnitt II
[12] Vgl. A/37/409/Add.1-3

* Vgl. die Fußnote auf S. 312

[13] A/37/326 mit Add.1
[14] Vgl. *Official Records of the United Nations Conference on the Representation of States in Their Relations with International Organizations, Vienna, 4 February - 14 March 1975*, Vol. II (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.75.V.12), Dokument A/CONF. 67/15, Anhang
[15] *Ebd.*, Vol. II, S. 207

2. *fordert* die betreffenden Staaten *erneut auf*, den Delegationen der von der Organisation der afrikanischen Einheit und/oder der Arabischen Liga anerkannten nationalen Befreiungsbewegungen, denen von internationalen Organisationen Beobachterstatus eingeräumt wird, die zur Ausübung ihrer Aufgaben gemäß dem Wiener Übereinkommen über die Vertretung von Staaten gegenüber internationalen Organisationen mit universellem Charakter erforderlichen Hilfen, Vorrechte und Immunitäten zu gewähren;

3. *ersucht* den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer neununddreißigsten Tagung über die Durchführung dieser Resolution zu berichten.

107. Plenarsitzung
16. Dezember 1982

37/105 – Bericht des Sonderausschusses für die Verstärkung der Wirksamkeit des Grundsatzes der Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 31/9 vom 8. November 1976, in der sie die Mitgliedstaaten bat, den Entwurf eines Weltvertrags über die Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen[16] sowie andere, bei der Behandlung dieses Punktes geäußerte Vorschläge weiter zu prüfen,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolution 32/150 vom 19. Dezember 1977, mit der sie den Sonderausschuß für die Verstärkung der Wirksamkeit des Grundsatzes der Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen eingesetzt hat,

insbesondere *unter Hinweis auf* ihre Resolutionen 33/96 vom 16. Dezember 1978, 34/13 vom 9. November 1979, 35/50 vom 4. Dezember 1980 und 36/31 vom 13. November 1981, mit denen sie beschloß, daß der Sonderausschuß seine Arbeit fortsetzen solle,

Kenntnis nehmend von der Erklärung des Vorsitzenden des Sonderausschusses auf dessen Tagung des Jahres 1982[17],

nach Behandlung des Berichts des Sonderausschusses[18],

unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der Sonderausschuß den ihm übertragenen Auftrag noch nicht zu Ende geführt hat,

in Bekräftigung der Notwendigkeit einer weltweiten und wirksamen Anwendung des Grundsatzes der Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen und einer Unterstützung dieses Bemühens durch die Vereinten Nationen,

in der Hoffnung, daß der Sonderausschuß aufgrund der ihm vorliegenden Vorschläge den ihm übertragenen Auftrag möglichst bald zu Ende führen wird,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Sonderausschusses für die Verstärkung der Wirksamkeit des Grundsatzes der Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen;

2. *beschließt*, daß der Sonderausschuß seine Arbeit mit dem Ziel fortsetzen soll, so bald wie irgend möglich den Entwurf eines Weltvertrags über die Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen sowie über die friedliche Beilegung von Streitigkeiten oder sonstige Empfehlungen auszuarbeiten, die der Ausschuß für angebracht hält;

3. *ersucht* den Sonderausschuß, zur Gewährleistung weiterer Fortschritte bei seiner Arbeit als nächsten Schritt auf seiner bevorstehenden Tagung mit der Ausarbeitung der Formulierungen des Arbeitsdokuments zu beginnen, das die wichtigsten Elemente des Grundsatzes der Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen enthält, und dabei die ihm vorgelegten Vorschläge und insbesondere die auf seiner Tagung des Jahres 1983 unternommenen Bemühungen gebührend zu berücksichtigen;

4. *bittet* die Regierungen, die dies noch nicht getan haben, gemäß Generalversammlungsresolution 31/9 ihre Stellungnahmen oder Vorschläge mitzuteilen bzw. diese auf den neuesten Stand zu bringen;

5. *ersucht* den Sonderausschuß, daran zu denken, wie wichtig es ist, allgemeine Übereinstimmung zu erzielen, wann immer diese für das Ergebnis seiner Arbeit von Bedeutung ist;

6. *ersucht* den Generalsekretär, dem Sonderausschuß die notwendigen Einrichtungen und Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen;

7. *bittet* den Sonderausschuß, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung einen Bericht über seine Arbeit vorzulegen;

8. *beschließt* die Aufnahme des Punkts "Bericht des Sonderausschusses für die Verstärkung der Wirksamkeit des Grundsatzes der Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

107. Plenarsitzung
16. Dezember 1982

37/106 – Bericht der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht über ihre fünfzehnte Tagung[19],

unter Hinweis darauf, daß das Ziel der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht die Förderung der schrittweisen Harmonisierung und Vereinheitlichung des internationalen Handelsrechts ist,

hierzu *unter Hinweis auf* ihre Resolutionen 2205 (XXI) vom 17. Dezember 1966, mit der sie die Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht eingesetzt und deren Arbeitsgebiet und Auftrag bestimmt hat, 3108 (XXVIII) vom 12. Dezember 1973, mit der sie die Zahl der Kommissionsmitglieder erhöhte, 34/142 vom 17. Dezember 1979, durch die der Koordinierungsauftrag der Kommission im Bereich des internationalen Handelsrechts hervorgehoben wurde, 36/32 vom 13. November 1981, in der sie erneut erklärte, wie wichtig es ist, daß Beobachter aller Staaten und interessierten internationalen Organisationen an den Tagungen der Kommission und ihrer Arbeitsgruppen teilnehmen, sowie auf ihre früheren Resolutionen zu den Berichten der Kommission über ihre Jahrestagungen,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolutionen 3201 (S-VI) und 3202 (S-VI) vom 1. Mai 1974, 3281 (XXIX)

[16] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Vierunddreißigste Tagung, Beilage 41* (A/34/41 mit Korr.1), Anhang

[17] *Ebd., Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 41* (A/37/41), Ziffer 372

[18] *Ebd., Beilage 41* (A/37/41)

[19] *Ebd., Beilage 17* (A/37/17 mit Korr.1 und 2)

vom 12. Dezember 1974 sowie 3362 (S-VII) vom 16. September 1975,

in Bekräftigung ihrer Überzeugung, daß die schrittweise Harmonisierung und Vereinheitlichung des internationalen Handelsrechts durch den Abbau oder die Beseitigung der rechtlichen Hindernisse für den internationalen Handelsverkehr, insbesondere soweit es sich um Hindernisse für die Entwicklungsländer handelt, einen bedeutenden Beitrag zur gleichberechtigten, gerechten und dem gemeinsamen Interesse dienenden universellen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen allen Staaten sowie zur Beseitigung der Diskriminierung im internationalen Handel leisten und so zum Wohlergehen aller Völker beitragen würde,

im Hinblick darauf, daß bei der Harmonisierung der Regeln des internationalen Handelsrechts die unterschiedlichen Rechts- und Gesellschaftssysteme beachtet werden müssen,

eingedenk ihrer Resolution 36/111 vom 10. Dezember 1981 über die Artikelentwürfe zu Meistbegünstigungsklauseln,

unter Betonung der Nützlichkeit und der wichtigen Rolle von u.a. auch auf regionaler Ebene abgehaltenen Symposien und Seminaren zur Förderung einer besseren Kenntnis und eines tieferen Verständnisses des internationalen Handelsrechts sowie insbesondere zur Ausbildung von Juristen aus Entwicklungsländern auf diesem Gebiet,

1. *nimmt mit Dank Kenntnis* vom Bericht über die fünfzehnte Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht;

2. *würdigt* die Fortschritte in der Arbeit der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht sowie die Bemühungen der Kommission um effizientere Arbeitsmethoden;

3. *fordert* die Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht und insbesondere ihre Arbeitsgruppe für die neue internationale Wirtschaftsordnung *auf*, weiterhin die entsprechenden Bestimmungen der auf der sechsten und siebenten Sondertagung der Generalversammlung verabschiedeten Resolutionen zur neuen internationalen Wirtschaftsordnung zu berücksichtigen;

4. *nimmt erfreut zur Kenntnis*, daß die Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht durch ihre Arbeitsgruppe für die neue internationale Wirtschaftsordnung die Behandlung von Studien über Klauseln in Verträgen über die Lieferung und den Bau von großen Industrieanlagen abgeschlossen hat, wobei es sich um eine Vorarbeit für den Beginn der Ausarbeitung eines Handbuches zur Darstellung der mit derartigen Verträgen verbundenen Rechtsfragen handelt, in dem auch mögliche Lösungen für diese Fragen vorgeschlagen werden, um den Parteien, insbesondere sofern diese aus Entwicklungsländern stammen, bei ihren Verhandlungen zu helfen[20];

5. *stellt fest*, daß die Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht eine Bestimmung über eine universelle Rechnungseinheit zur Aufführung von Geldbeträgen in internationalen Beförderungs- und Haftpflichtkonventionen sowie zwei Alternativbestimmungen für die Anpassung der Haftungsgrenze in solchen Konventionen angenommen hat[21];

6. *stellt erfreut fest*, daß die Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht auf entsprechende Empfehlung Richtlinien für Schiedsgerichte und ähnliche Gremien angenommen hat, die diesen bei nach den UNCITRAL-Schiedsgerichtsregeln abgewikkelten Streitfällen helfen sollen, Verfahren für die Ausübung ihres Rechts auf Ernennungen oder für die Wahrnehmung administrativer Funktionen festzusetzen[22];

7. *bekräftigt* den Auftrag der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht als zentrales Rechtsgremium im VN-System auf dem Gebiet des internationalen Handelsrechts, die Rechtstätigkeit auf diesem Gebiet zu koordinieren, um Doppelarbeit zu vermeiden und Effizienz, Einheitlichkeit und Kohärenz bei der Vereinheitlichung und Harmonisierung des internationalen Handelsrechts zu fördern, und

a) empfiehlt dazu der Kommission, weiterhin eng mit anderen, im Bereich des internationalen Handelsrechts tätigen internationalen Organen und Organisationen zusammenzuarbeiten, insbesondere mit der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen, der Völkerrechtskommission, der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung und der Kommission für transnationale Unternehmen;

b) *erklärt erneut*, wie wichtig es ist, daß Beobachter aller Staaten und interessierten internationalen Organisationen an den Tagungen der Kommission und ihrer Arbeitsgruppen teilnehmen;

8. *erklärt erneut*, wie wichtig es für die weltweite Vereinheitlichung und Harmonisierung des internationalen Handelsrechts ist, daß die aus der Arbeit der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht hervorgehenden Konventionen in Kraft gesetzt werden;

9. *erklärt ferner erneut*, wie wichtig – insbesondere für die Entwicklungsländer – die Arbeit der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht auf dem Gebiet der Ausbildung und Unterstützung in Fragen des internationalen Handelsrechts ist und wie sehr es wünschenswert ist, daß die Kommission zur Förderung der Ausbildung und Unterstützung auf dem Gebiet des internationalen Handelsrechts Symposien und Seminare, insbesondere auf regionaler Ebene, veranstaltet, wobei sie in diesem Zusammenhang

a) den Beschluß der Kommission begrüßt, auch weiterhin bei der Organisation regionaler Seminare verschiedene Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Institutionen zu prüfen und diese Gelegenheiten auch zu nutzen, um die Annahme von aus der Arbeit der Kommission hervorgegangenen Rechtstexten zu fördern;

b) allen Staaten dankt, die zur Finanzierung von Seminaren und Symposien wie auch von anderen Aspekten des Ausbildungs- und Unterstützungsprogramms der Kommission finanzielle Beiträge geleistet haben;

c) allen Regierungen und Institutionen dankt, die auf dem Gebiet des internationalen Handelsrechts Seminare und Symposien durchführen, und die Bitte der Kommission billigt, zufolge der ihrem Sekretariat zur Unterstützung bei der weiteren Planung von Regionalseminaren Kopien der Arbeitsdokumente bzw. Protokolle derartiger Veranstaltungen zur Verfügung gestellt werden sollten;

d) die Regierungen, die in Frage kommenden Organe der Vereinten Nationen sowie Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen bittet, dem Sekretariat der Kommission bei der Finanzierung und Organisation von Symposien und Seminaren zu helfen;

[20] *Ebd.*, Ziffer 90-97

[21] *Ebd.*, Ziffer 63, vgl. auch Resolution 37/107

[22] *Ebd.*, Ziffer 74-85

10. *empfiehlt* der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht, ihre Arbeit zu den in ihrem Arbeitsprogramm genannten Themen fortzusetzen;

11. *bekräftigt* die Bedeutung des Arbeitsprogramms der Kommission für internationales Handelsrecht;

12. *bekräftigt ferner* die Bedeutung der immer wichtigeren Rolle, die der Unterabteilung Internationales Handelsrecht im Justitiariat des Sekretariats der Vereinten Nationen dabei zukommt, als Fachsekretariat der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht die Kommission bei der Durchführung ihres Arbeitsprogramms zu unterstützen;

13. *ersucht* den Generalsekretär, der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht die Protokolle der Debatte zuzuleiten, die auf der siebenunddreißigsten Tagung der Generalversammlung zu dem Bericht über die fünfzehnte Tagung der Kommission stattgefunden hat.

107. Plenarsitzung
16. Dezember 1982

37/107 – Von der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht angenommene Bestimmungen über eine Rechnungseinheit und die Anpassung der Haftungsgrenze

Die Generalversammlung,

in Anerkennung dessen, daß viele internationale Beförderungs- und Haftpflichtkonventionen globalen wie regionalen Charakters Haftungsbeschränkungsklauseln enthalten, in denen die Haftungsgrenze in einer Rechnungseinheit ausgedrückt ist,

im Hinblick darauf, daß Geldwertänderungen im Laufe der Jahre schwerwiegende Auswirkungen auf die in derartigen Konventionen als Haftungsgrenze festgesetzten Beträge haben können, wodurch die bei Verabschiedung beabsichtigte Ausgewogenheit der Konvention zunichte gemacht wird,

in der Überzeugung, daß für viele, insbesondere für weltweit geltende Konventionen die Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds die bevorzugte Rechnungseinheit sein sollten,

in der Meinung, daß die Konventionen auf jeden Fall eine Bestimmung enthalten sollten, die es erleichtert, die Haftungsgrenze den Geldwertänderungen anzupassen,

unter Berücksichtigung aller eventuellen Präferenzabkommen zwischen den betreffenden Staaten,

im Hinblick darauf, daß die Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht eine Bestimmung über eine universelle Rechungseinheit zur Erfassung von Geldbeträgen in internationalen Beförderungs- und Haftpflichtkonventionen sowie zwei Alternativbestimmungen für die Anpassung der in derartigen Konventionen genannten Haftungsgrenze angenommen hat[23],

1. *empfiehlt*, bei der Ausarbeitung künftiger internationaler Konventionen mit Bestimmungen über die Haftungsgrenze bzw. bei der Revision bestehender Konventionen die von der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht angenommene Rechnungseinheit zu benutzen;

2. *empfiehlt ferner*, bei derartigen Konventionen eine der beiden von der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht angenommenen Alternativbestimmungen über die Anpassung der Haftungsgrenze zu benutzen.

107. Plenarsitzung
16. Dezember 1982

37/108 – Behandlung wirksamer Maßnahmen zur Verstärkung des Schutzes und der Sicherheit diplomatischer und konsularischer Vertretungen und Vertreter

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs[24],

nachdrücklich darauf hinweisend, daß die Staaten völkerrechtlich verpflichtet sind, alle geeigneten erforderlichen Schritte zu unternehmen, um

a) die Räumlichkeiten diplomatischer und konsularischer Vertretungen sowie von Vertretungen bei internationalen zwischenstaatlichen Organisationen zu schützen;

b) Angriffe auf diplomatische und konsularische Vertreter sowie auf Vertreter bei internationalen zwischenstaatlichen Organisationen und auf Bedienstete dieser Organisationen zu verhindern;

in tiefer Sorge über die nach wie vor große Zahl von Verletzungen bzw. von Nichtbeachtungen der Unverletzlichkeit diplomatischer und konsularischer Vertretungen und Vertreter sowie über die ernste Gefahr, die derartige Verletzungen für die Aufrechterhaltung normaler und friedlicher internationaler Beziehungen darstellen, die für die Zusammenarbeit zwischen den Staaten erforderlich sind,

mit dem Ausdruck ihres Mitgefühls für die Opfer illegaler Handlungen gegen diplomatische und konsularische Vertreter und Vertretungen sowie gegen Vertreter und Vertretungen bei internationalen zwischenstaatlichen Organisationen und gegen Bedienstete dieser Organisationen,

angesichts dessen, daß bisher nur wenige Staaten auf den Aufruf der fünfunddreißigsten und sechsunddreißigsten Tagung der Generalversammlung hin Vertragsparteien der einschlägigen Übereinkommen über die Unverletzlichkeit diplomatischer und konsularischer Vertretungen und Vertreter geworden sind,

in der Überzeugung, daß die mit Resolution 35/168 vom 15. Dezember 1980 eingeführten und in Versammlungsresolution 36/33 vom 13. November 1981 weiter ausgearbeiteten Berichterstattungsverfahren einen wichtigen Schritt bei den Bemühungen um die Gewährleistung des Schutzes und der Sicherheit diplomatischer und konsularischer Vertretungen und Vertreter darstellen,

in dem Wunsch, diese Berichterstattungsverfahren beizubehalten und weiter auszubauen,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Generalsekretärs;

2. *verurteilt nachdrücklich* Gewaltakte gegen diplomatische und konsularische Vertretungen und Vertreter sowie gegen Vertretungen und Vertreter bei internationalen zwischenstaatlichen Organisationen und gegen Bedienstete dieser Organisationen;

3. *bittet* die Staaten *eindringlich*, die Grundsätze und Regeln des Völkerrechts über diplomatische und konsularische Beziehungen einzuhalten und anzuwen-

[23] *Ebd.*, Ziffer 63

[24] A/37/404 mit Korr.1, Add.1 und Add.1/Korr.1 und Add.2-5

den und insbesondere im Einklang mit ihren internationalen Verpflichtungen alle erforderlichen Maßnahmen zur effektiven Gewährleistung des Schutzes und der Sicherheit aller diplomatischen und konsularischen Vertretungen und Vertreter zu ergreifen, die sich von Amtswegen in unter ihrer Jurisdiktion stehenden Gebieten befinden, wie u.a. praktisch durchführbare Maßnahmen, zum Verbot in ihren Hoheitsgebieten stattfindender rechtswidriger Tätigkeiten von Personen, Gruppen und Organisationen, die die Begehung von Handlungen gegen die Sicherheit dieser Vertretungen und Vertreter fördern, dazu anstiften, diese organisieren oder durchführen;

4. *empfiehlt* den Staaten – u.a. durch Kontakte zwischen den diplomatischen und konsularischen Vertretungen und dem Gastland – eine enge Zusammenarbeit im Hinblick auf praktische, auf die Verstärkung des Schutzes und der Sicherheit diplomatischer und konsularischer Vertretungen und Vertreter gerichtete Maßnahmen sowie im Hinblick auf den Austausch von Informationen über die Umstände aller schwerwiegenden Verletzungen des Schutzes und der Sicherheit dieser Vertretungen und Vertreter;

5. *ruft* die Staaten, die dies noch nicht getan haben, *auf* zu erwägen, ob sie nicht Vertragsstaaten der Instrumente werden können, die sich auf den Schutz und die Sicherheit diplomatischer und konsularischer Vertretungen und Vertreter beziehen, u.a. des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen aus dem Jahre 1961[25], des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen aus dem Jahre 1963[26] und der jeweiligen Fakultativprotokolle sowie des Übereinkommens über die Verhütung und Bestrafung von Straftaten gegen völkerrechtlich geschützte Personen einschließlich Diplomaten[27];

6. *ruft* die Staaten *auf*, beim Auftreten eines Streitfalls im Zusammenhang mit der Verletzung der Grundsätze und Regeln des Völkerrechts über die Unverletzlichkeit diplomatischer und konsularischer Vertretungen und Vertreter von den Möglichkeiten einer friedlichen Streitbeilegung, einschließlich der guten Dienste des Generalsekretärs, Gebrauch zu machen;

7. *bittet*

a) alle Staaten, dem Generalsekretär über ernste Verletzungen des Schutzes und der Sicherheit diplomatischer und konsularischer Vertretungen und Vertreter Bericht zu erstatten;

b) den Staat, in dem die Verletzung stattgefunden hat, und gegebenenfalls den Staat, in dem sich der mutmaßliche Täter aufhält, möglichst bald über Maßnahmen zur gerichtlichen Verfolgung des Täters zu berichten und schließlich im Einklang mit seiner Gesetzgebung den Ausgang des Verfahrens gegen den Täter sowie die Maßnahmen, durch die eine Wiederholung einer derartigen Verletzung verhindert werden soll, bekanntzugeben;

8. *ersucht* den Generalsekretär, die Berichte gemäß Ziffer 7 dieser Resolution nach Erhalt allen Staaten zu übermitteln, sofern der berichtende Staat nicht eine andere Regelung wünscht;

9. *ersucht* den Generalsekretär *ferner*, die Staaten zu bitten, ihm ihre Auffassung darüber mitzuteilen, welche Maßnahmen zur Verstärkung des Schutzes und der Sicherheit diplomatischer und konsularischer Vertretungen und Vertreter erforderlich ist;

10. *ersucht* den Generalsekretär *weiterhin*, wenn er einen Bericht über eine ernste Verletzung nach Ziffer 7 dieser Resolution erhalten hat, erforderlichenfalls die Aufmerksamkeit der unmittelbar betroffenen Staaten auf die in Ziffer 7 dieser Resolution genannten Berichterstattungsverfahren zu lenken;

11. *ersucht* den Generalsekretär, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung einen Bericht über den Stand der Ratifizierungen der in Ziffer 5 genannten Instrumente bzw. der Beitritte zu diesen sowie über die gemäß Ziffer 7 und 9 bei ihm eingegangenen Berichte und Stellungnahmen vorzulegen, und bittet ihn, wenn er dies wünscht, seine eigenen Stellungnahmen zu diesen Fragen vorzubringen;

12. *beschließt* die Aufnahme des Punktes "Behandlung wirksamer Maßnahmen zur Verstärkung des Schutzes und der Sicherheit diplomatischer und konsularischer Vertretungen und Vertreter – Bericht des Generalsekretärs" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

107. Plenarsitzung
16. Dezember 1982

37/109 – Ausarbeitung einer internationalen Konvention gegen die Anwerbung, den Einsatz, die Finanzierung und die Ausbildung von Söldnern

Die Generalversammlung,

eingedenk der Notwendigkeit der strikten Einhaltung der Grundsätze der souveränen Gleichheit, der politischen Unabhängigkeit, der territorialen Integrität der Staaten und der Selbstbestimmung der Völker, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen verankert und in der Erklärung über völkerrechtliche Grundsätze für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen Staaten im Sinne der Charta der Vereinten Nationen weiter ausgeführt sind[28],

unter Hinweis auf ihre Resolutionen, insbesondere ihre Resolutionen 2395 (XXIII) vom 29. November 1968, 2465 (XXIII) vom 20. Dezember 1968, 2548 (XXIV) vom 11. Dezember 1969, 2708 (XXV) vom 14. Dezember 1970, 3103 (XXVIII) vom 12. Dezember 1973 und ihre Resolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 sowie auf die Sicherheitsratsresolutionen 405 (1977) vom 14. April 1977, 419 (1977) vom 24. November 1977, 496 (1981) vom 15. Dezember 1981 und 507 (1982) vom 28. Mai 1982, in denen die Vereinten Nationen sich gegen die Praxis des Einsatzes von Söldnern, insbesondere gegen Entwicklungsländer und nationale Befreiungsbewegungen, wandten,

insbesondere unter Hinweis auf ihre Resolution 36/76 vom 4. Dezember 1981, mit der sie das Mandat des aus fünfunddreißig Mitgliedstaaten bestehenden Ad-hoc-Ausschusses zur Ausarbeitung einer internationalen Konvention gegen die Anwerbung, den Einsatz, die Fi-

[25] Vereinte Nationen, *Treaty Series*, Vol. 500, Nr. 7310, S. 95; deutscher Wortlaut in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder: BGBl. (der Bundesrepublik Deutschland) 1964 II S.957, GBl. (der Deutschen Demokratischen Republik) 1973 II Nr. 6, S. 29 und BGBl. (der Republik Österreich) 66/66

[26] *Ebd.*, Vol. 596, Nr. 8638, S. 261; deutscher Wortlaut in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder, u.a. BGBl. (der Bundesrepublik Deutschland) 1969 II S. 1585 und BGBl. (der Republik Österreich) 318/69

[27] Resolution 3166 (XXVIII), Anhang; deutscher Wortlaut in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder: BGBl. (der Bundesrepublik Deutschland) 1976 II S. 1745, GBl. (der Deutschen Demokratischen Republik) 1977 II Nr. 5, S. 61 und BGBl. (der Republik Österreich) 488/77

[28] Resolution 2625 (XXV), Anhang

nanzierung und die Ausbildung von Söldnern verlängerte,

nach Behandlung des Berichts über die zweite Tagung des Ad-hoc-Ausschusses[29],

im Hinblick darauf, daß die Aktivitäten von Söldnern grundlegenden Prinzipien des Völkerrechts, wie z.B. der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten, der territorialen Integrität und der Unabhängigkeit zuwiderlaufen und den Selbstbestimmungsprozeß von Völkern, die gegen Kolonialismus, Rassismus und Apartheid und alle Formen der Fremdherrschaft kämpfen, ernstlich behindern,

eingedenk der unheilvollen Auswirkungen der Aktivitäten von Söldnern auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit,

in der Auffassung, daß die ständige Weiterentwicklung und Kodifizierung der völkerrechtlichen Regeln über das Söldnertum wesentlich zur Verwirklichung der Ziele und Grundsätze der Charta beitragen würden,

unter Berücksichtigung der Tatsache, daß der Ad-hoc-Ausschuß zwar beträchtliche Fortschritte gemacht, das ihm übertragene Mandat jedoch noch nicht erfüllt hat,

erneut erklärend, daß möglichst bald eine internationale Konvention über das Verbot der Anwerbung, des Einsatzes, der Finanzierung und der Ausbildung von Söldnern ausgearbeitet werden muß,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht des Ad-hoc-Ausschusses zur Ausarbeitung einer Internationalen Konvention gegen die Anwerbung, den Einsatz, die Finanzierung und die Ausbildung von Söldnern und von den vor allem im Laufe seiner zweiten Tagung erzielten Fortschritten;

2. *beschließt*, daß der Ad-hoc-Ausschuß seine Arbeit mit dem Ziel fortsetzen soll, so bald wie möglich eine internationale Konvention gegen die Anwerbung, den Einsatz, die Finanzierung und die Ausbildung von Söldnern auszuarbeiten;

3. *ersucht* den Ad-hoc-Ausschuß, bei der Erfüllung seines Mandats die Vorschläge und Anregungen von Mitgliedstaaten in Betracht zu ziehen und dabei die dem Generalsekretär vorgelegten und die auf der siebenunddreißigsten Tagung der Generalversammlung während der Debatte im Sechsten Ausschuß bei der Behandlung des Berichts des Ad-hoc-Ausschusses geäußerten Stellungnahmen und Bemerkungen zu berücksichtigen[30];

4. *ersucht* den Generalsekretär, dem Ad-hoc-Ausschuß auf seiner dritten Tagung alle auf dem neuesten Stand befindlichen einschlägigen Unterlagen zu diesem Thema zur Verfügung zu stellen;

5. *ersucht* den Generalsekretär ferner, dem Ad-hoc-Ausschuß jede Unterstützung und Einrichtung zur Verfügung zu stellen, die er bei seiner Tätigkeit eventuell benötigt;

6. *beschließt*, daß die dritte Tagung des Ad-hoc-Ausschusses vier Wochen dauern und vom 2. bis 26. August 1983 in Genf abgehalten werden soll;

7. *ersucht* den Ad-hoc-Ausschuß, der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung seinen Bericht vorzulegen;

8. *beschließt* die Aufnahme des Punkts "Ausarbeitung einer Internationalen Konvention gegen die Anwerbung, den Einsatz, die Finanzierung und die Ausbildung von Söldnern" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

107. Plenarsitzung
16. Dezember 1982

37/110 – Überprüfung des Prozesses der Ausarbeitung multilateraler Verträge

Die Generalversammlung,

eingedenk dessen, daß multilaterale Verträge ein wichtiges Mittel zur Herbeiführung der Zusammenarbeit zwischen Staaten und eine wichtige primäre Quelle des Völkerrechts sind,

sich daher *dessen bewußt*, daß der auf die schrittweise Weiterentwicklung und Kodifizierung des Völkerrechts gerichtete Prozeß der Ausarbeitung multilateraler Verträge einen wichtigen Teil der Arbeit der Vereinten Nationen und ganz allgemein der internationalen Gemeinschaft darstellt,

im Bewußtsein der schweren Belastung, die eine aktive Beteiligung am Prozeß der Ausarbeitung multilateraler Verträge für die Regierungen darstellt,

in der Überzeugung, daß von den begrenzten Mitteln, die zur Ausarbeitung multilateraler Verträge zur Verfügung stehen, der rationellste Gebrauch gemacht werden sollte,

sich dessen bewußt, daß der Afro-asiatische Rechtsberatungsausschuß bestimmte Aspekte der Ausarbeitung multilateraler Verträge überprüft hat,

in Kenntnisnahme der Berichte des Generalsekretärs an die fünfunddreißigste[31], sechsunddreißigste[32] und siebenunddreißigste[33] Tagung der Generalversammlung mit den Antworten und Bemerkungen der Regierungen und internationalen Organisationen bezüglich der Überprüfung des Prozesses der Ausarbeitung internationaler Verträge,

nach Behandlung des Berichts der gemäß Generalversammlungsresolution 36/112 vom 10. Dezember 1981 eingesetzten Arbeitsgruppe zur Überprüfung des Prozesses der Ausarbeitung multilateraler Verträge[34] und im Hinblick darauf, daß die Arbeitsgruppe zur Erfüllung des in Ziffer 2 der genannten Resolution niedergelegten Mandats mehr Zeit braucht,

unter Berücksichtigung der auf der laufenden Tagung in der Debatte im Sechsten Ausschuß abgegebenen Stellungnahmen[35],

1. *beschließt*, die Arbeitsgruppe auf ihrer achtunddreißigsten Tagung erneut einzuberufen, und zwar mit dem Auftrag die Prüfung der in Ziffer 2 der Resolution 36/112 genannten Angelegenheiten abzuschließen;

2. *ersucht* den Generalsekretär *erneut*, unter Berücksichtigung der neuesten diesbezüglichen Entwicklungen und Praktiken so bald wie möglich Neuauflagen des *Handbook of Final Clauses* (Handbuchs für Schlußklauseln)[36] und des *Summary of the Practice of the Secretary-General as Depositary of Multilateral Agreements* (Kompendiums zur Tätigkeit des Generalse-

[29] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 43* (A/37/43 mit Korr.1)
[30] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Sixth Committee*, 9.-15., 53. und 56. Sitzung
[31] A/35/312 mit Korr.1 sowie Add.1 und 2 und Add.2/Korr.1
[32] A/36/553 mit Add.1 und 2
[33] A/37/444 mit Add.1
[34] A/C.6/37/L.29
[35] Vgl. *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Sixth Committee*, 65. und 66. Sitzung
[36] ST/LEG/6

kretärs als Depositar multilateraler Verträge)[37] vorzubereiten und zu veröffentlichen;

3. *beschließt* die Aufnahme des Punkts "Überprüfung des Prozesses der Ausarbeitung multilateraler Verträge" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

107. Plenarsitzung
16. Dezember 1982

37/111 – Bericht der Völkerrechtskommission

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts der Völkerrechtskommission über ihre vierunddreißigste Tagung[38],

unter Betonung der Notwendigkeit einer schrittweisen Weiterentwicklung und Kodifizierung des Völkerrechts mit dem Ziel, dieses zu einem wirksameren Instrument zur Verwirklichung der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen sowie der Erklärung über völkerrechtliche Grundsätze für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen Staaten im Sinne der Charta der Vereinten Nationen[39] zu machen und seine Bedeutung für die Beziehungen zwischen Staaten zu erhöhen,

in Anerkennung der Tatsache, daß es sehr wichtig ist, rechtliche und redaktionelle Fragen an den Sechsten Ausschuß zu überweisen, darunter auch Themen, die der Völkerrechtskommission unterbreitet werden könnten, damit der Sechste Ausschuß und die Kommission auf diese Weise einen besseren Beitrag zur schrittweisen Weiterentwicklung und Kodifizierung des Völkerrechts leisten können,

in Begrüßung der von der Völkerrechtskommission vorgenommenen Aufstellung allgemeiner Ziele und Prioritäten, an denen sich diese während der Amtszeit ihrer auf der sechsunddreißigsten Tagung der Generalversammlung gewählten Kommissionsmitglieder bei der Behandlung der Themen ihres Arbeitsprogramms orientieren wird,

unter Hinweis auf die Notwendigkeit einer ständigen Überprüfung derjenigen völkerrechtlichen Themen, die sich in Anbetracht des Interesses, das ihnen die heutige internationale Gemeinschaft erstmalig oder von neuem beimißt, für die schrittweise Weiterentwicklung und Kodifizierung des Völkerrechts eignen würden und deshalb in das künftige Arbeitsprogramm der Völkerrechtskommission aufgenommen werden könnten,

1. *nimmt Kenntnis* vom Bericht der Völkerrechtskommission über ihre vierunddreißigste Tagung;

2. *dankt* der Völkerrechtskommission für die auf dieser Tagung geleistete Arbeit und insbesondere für die Beendigung der abschließenden Lesung der Artikelentwürfe zum Vertragsrecht zwischen Staaten und internationalen Organisationen bzw. zwischen internationalen Organisationen;

3. *empfiehlt* der Völkerrechtskommission, unter Berücksichtigung der von den Regierungen schriftlich oder während der Erörterungen der Generalversammlung mündlich vorgebrachten Stellungnahmen ihre Arbeit an der Abfassung von Entwürfen zu allen Themen ihres laufenden Arbeitsprogramms fortzusetzen;

4. *äußert ihre Befriedigung* über die in Ziffer 266 und 270 ihres Berichts zum Ausdruck gebrachten Feststellungen und Absichten der Völkerrechtskommission hinsichtlich ihrer Verfahren und Arbeitsmethoden;

5. *bekräftigt* ihre früheren Beschlüsse über die zunehmende Bedeutung der Kodifizierungsabteilung im Justitiariat des Sekretariats und billigte die Schlußfolgerungen der Völkerrechtskommission[40] in bezug auf Kurzprotokolle über ihre Sitzungen und die Anwendung der 32-Seiten-Grenze auf ihre Dokumentation sowie das in Ziffer 272 ihres Berichts vorgebrachte Ersuchen der Völkerrechtskommission;

6. *appelliert* an die Regierungen und gegebenenfalls auch an die internationalen Organisationen, den Bitten der Völkerrechtskommission um Stellungnahmen und Bemerkungen zu ihren Artikelentwürfen und Fragebögen sowie um Materialien zu den Themen ihres Arbeitsprogramms so vollständig und rasch wie möglich nachzukommen;

7. *bekräftigt ihre Hoffnung* auf einen weiteren Ausbau der Zusammenarbeit der Völkerrechtskommission mit den zwischenstaatlichen Rechtsgremien, deren Arbeit für die schrittweise Weiterentwicklung und Kodifizierung des Völkerrechts von Interesse ist;

8. *hofft*, daß auch weiterhin in Verbindung mit den Tagungen der Völkerrechtskommission Seminare abgehalten werden und daß immer mehr Teilnehmer aus Entwicklungsländern die Gelegenheit zur Teilnahme an diesen Seminaren erhalten;

9. *ersucht* den Generalsekretär, der Völkerrechtskommission die Protokolle der anläßlich der siebenunddreißigsten Tagung der Generalversammlung abgehaltenen Debatten über den Bericht der Kommission zur Kenntnisnahme zu übermitteln und eine nach Themen geordnete Zusammenfassung der Debatte erstellen und verteilen zu lassen.

107. Plenarsitzung
16. Dezember 1982

37/112 – Konvention über das zwischen Staaten und internationalen Organisationen bzw. zwischen internationalen Organisationen geltende Vertragsrecht

Die Generalversammlung,

unter Hinweis darauf, daß die Generalversammlung nach Behandlung einer Empfehlung der 1968 und 1969 in Wien abgehaltenen Konferenz der Vereinten Nationen über das Vertragsrecht der Völkerrechtskommission mit Resolution 2501 (XXIV) vom 12. November 1969 empfahl, wann immer sie dies nach ihrer Praxis für angebracht hielt, im Benehmen mit den wichtigsten internationalen Organisationen die Frage der zwischen Staaten und internationalen Organisationen bzw. zwischen zwei oder mehreren internationalen Organisationen geschlossenen Verträge als wichtige Frage zu behandeln,

im Hinblick darauf, daß die Völkerrechtskommission in Befolgung von Generalversammlungsresolution 36/114 vom 10. Dezember 1981 unter Berücksichtigung der schriftlichen Stellungnahmen der Regierungen und der wichtigsten internationalen Organisationen wie auch der in den Debatten in der Generalversammlung geäußerten Ansichten auf ihrer vierunddreißigsten Ta-

[37] ST/LEG/7

[38] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 10* (A/37/10)

[39] Resolution 2625 (XXV), Anhang

[40] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 10* (A/37/10), Ziffer 267-269 und 271

gung die zweite Lesung der Artikelentwürfe zu dieser Frage abgeschlossen hat[41],

im Hinblick darauf, daß die Völkerrechtskommission, wie aus Ziffer 57 ihres Berichts über ihre vierunddreißigste Tagung[42] hervorgeht, beschlossen hat, der Generalversammlung die Einberufung einer Konferenz zur Prüfung der von der Kommission ausgearbeiteten Artikelentwürfe zu dem zwischen Staaten und internationalen Organisationen bzw. zwischen internationalen Organisationen geltenden Vertragsrecht sowie den Abschluß einer Konvention zu empfehlen,

unter Hinweis auf die Verabschiedung der Wiener Konvention vom 23. Mai 1969 über das Vertragsrecht[43], der Wiener Konvention vom 14. März 1975 über die Vertretung von Staaten in ihren Beziehungen zu internationalen Organisationen mit universellem Charakter[44] und der Wiener Konvention vom 23. August 1978 über die Staatennachfolge bei Verträgen[45],

eingedenk Artikel 13 Ziffer 1 *a*) der Charta der Vereinten Nationen, derzufolge die Generalversammlung Untersuchungen veranlaßt und Empfehlungen abgibt, um die fortschreitende Entwicklung des Völkerrechts sowie seine Kodifizierung zu begünstigen,

in der Überzeugung, daß die erfolgreiche Kodifizierung und schrittweise Weiterentwicklung der Regeln des zwischen Staaten und internationalen Organisationen bzw. zwischen internationalen Organisationen geltenden internationalen Vertragsrechts ungeachtet der unterschiedlichen Verfassungs- und Gesellschaftssysteme zur Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen Staaten beitragen und die Förderung und Verwirklichung der in Artikel 1 und 2 der Charta genannten Ziele und Grundsätze erleichtern würde,

1. *dankt* der Völkerrechtskommission für ihre wertvolle Arbeit über das zwischen Staaten und internationalen Organisationen bzw. zwischen internationalen Organisationen geltende Vertragsrecht und dem hiermit befaßten Sonderberichterstatter für seinen Beitrag zu dieser Arbeit;

2. *bittet* die Staaten, bis spätestens 1. Juli 1983 ihre schriftlichen Stellungnahmen und Feststellungen zu den von der Völkerrechtskommission ausgearbeiteten endgültigen Artikelentwürfen zu dem zwischen Staaten und internationalen Organisationen bzw. zwischen internationalen Organisationen geltenden Vertragsrecht sowie zu den in Ziffer 60 des Berichts der Kommission über ihre vierunddreißigste Tagung[46] aufgeführten Fragen abzugeben;

3. *bittet ferner* die wichtigsten internationalen zwischenstaatlichen Organisationen, bis zum gleichen Termin ihre schriftlichen Stellungnahmen und Feststellungen zu diesem Thema vorzulegen;

4. *ersucht* den Generalsekretär, diese Stellungnahmen zu zirkulieren, um die Erörterung dieses Themas auf der achtunddreißigsten Tagung der Generalversammlung zu erleichtern;

5. *beschließt* den Abschluß einer internationalen Konvention auf der Grundlage der von der Völkerrechtskommission verabschiedeten Artikelentwürfe;

6. *nimmt* die Empfehlung der Völkerrechtskommission zu diesem Thema *zur Kenntnis* und kommt überein, unter Berücksichtigung der im Einklang mit dieser Resolution eingegangenen Stellungnahmen auf ihrer achtunddreißigsten Tagung über das geeignete Forum für die Verabschiedung der Konvention zu beschließen;

7. *beschließt* die Aufnahme eines Punkts "Konvention über das zwischen Staaten und internationalen Organisationen bzw. zwischen internationalen Organisationen geltende Vertragsrecht" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

107. Plenarsitzung
16. Dezember 1982

37/113 – Bericht des Ausschusses für die Beziehungen zum Gastland

Die Generalversammlung,

nach Behandlung des Berichts des Ausschusses für die Beziehungen zum Gastland[46],

unter Hinweis auf Artikel 105 der Charta der Vereinten Nationen, das Übereinkommen über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen[47] sowie das Abkommen zwischen den Vereinten Nationen und den Vereinigten Staaten von Amerika über den Amtssitz der Vereinten Nationen[48],

ferner unter Hinweis darauf, daß die mit den Vorrechten und Immunitäten der bei den Vereinten Nationen akkreditierten Vertretungen sowie die mit der Sicherheit der Vertretungen und ihres Personals verbundenen Probleme für die Mitgliedstaaten von großer Bedeutung und großem Interesse sind und daß dafür in erster Linie das Gastland zuständig ist,

mit tiefer Sorge feststellend, daß nach wie vor Handlungen gegen die Sicherheit der bei den Vereinten Nationen akkreditierten Vertretungen und ihres Personals begangen werden,

in der Erkenntnis, daß die zuständigen Behörden des Gastlandes wirksame Maßnahmen ergreifen sollten, insbesondere um jegliche Handlungen gegen die Sicherheit der Vertretungen und ihres Personals zu verhindern,

1. *schließt sich* den Empfehlungen in Ziffer 43 des Berichts des Ausschusses für die Beziehungen zum Gastland an;

2. *bittet* das Gastland *eindringlich*, auch weiterhin alle erforderlichen Maßnahmen zur erfolgreichen Gewährleistung des Schutzes und der Sicherheit der bei den Vereinten Nationen akkreditierten Vertretungen und ihres Personals zu ergreifen, darunter auch praktisch durchführbare Maßnahmen, um rechtswidrige Tätigkeiten von Personen, Gruppen und Organisationen zu verbieten, die die Begehung von Handlungen gegen die Sicherheit dieser Vertretungen und Vertreter fördern, anstiften, organisieren oder durchführen;

---

[41] *Ebd., Beilage 10* (A/37/10), Kap. II

[42] *Ebd., Beilage* 10 (A/37/10)

[43] *Official Records of the United Nations Conference on the Law of the Treaties, Vienna, 26 March - 24 May 1968 and 9 April - 22 May 1969* (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.70.V.5), engl. Text S.287; deutscher Wortlaut in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Ländern, u.a. BGBl. (der Republik Österreich) 40/80

[44] *Official Records of the United Nations Conference on the Representation of States in Their Relations with International Organisations, Vienna, 4 February - 4 March 1975*, Vol.II (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.75.V.12), engl. Text S.207

[45] *Official Records of the United Nations Conference on Succession of States in Respect of Treaties, Vienna, 4 April - 6 May 1977 and 31 July - 23 August 1978*, Vol. III (Veröffentlichung der Vereinten Nationen, Best.-Nr. E.79.V.10) engl. Text S.185; deutscher Wortlaut in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder u.a. BGBl. (der Republik Österreich) 227/77

[46] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 26* (A/37/26)

[47] Resolution 22 A (I)

[48] Resolution 169 (II)

3. *verurteilt nachdrücklich* alle Handlungen, die gegen bei den Vereinten Nationen akkreditierte Vertretungen und ihr Personal gegangen wurden;

4. *ersucht* den Generalsekretär, sich weiterhin aktiv mit allen Aspekten der Beziehungen der Vereinten Nationen zum Gastland zu befassen und in diesem Zusammenhang das Gastland weiterhin nachdrücklich auf die wichtige Rolle wirksamer Maßnahmen zur Verhinderung jeglicher Handlungen gegen die Sicherheit der Vertretungen und ihres Personals hinzuweisen;

5. *bittet* das Gastland und die betreffenden Vertretungen *eindringlich*, sich in allen Fällen, in denen Probleme hinsichtlich der Vorrechte und Immunitäten der Mitglieder der Vertretungen bei den Vereinten Nationen auftreten, bei der Suche nach für alle betroffenen Parteien zufriedenstellenden Lösungen uneingeschränkt der guten Dienste des Generalsekretärs zu bedienen;

6. *ersucht* den Ausschuß für die Beziehungen zum Gastland, in Übereinstimmung mit Generalversammlungsresolution 2819 (XXVI) vom 15. Dezember 1971 seine Arbeit fortzusetzen;

7. *beschließt* die Aufnahme des Punkts "Bericht des Ausschusses für die Beziehungen zum Gastland" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

107. Plenarsitzung
16. Dezember 1982

37/114 – Bericht des Sonderausschusses für die Charta der Vereinten Nationen und die Stärkung der Rolle der Organisation

Die Generalversammlung,

unter Bekräftigung ihrer Unterstützung der in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten Ziele und Grundsätze,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 686 (VII) vom 5. Dezember 1952, 992 (X) vom 21. November 1955, 2285 (XXII) vom 5. Dezember 1967, 2552 (XXIV) vom 12. Dezember 1969, 2697 (XXV) vom 11. Dezember 1970, 2968 (XXVII) vom 14. Dezember 1972 und 3349 (XXIX) vom 17. Dezember 1974,

ferner unter Hinweis auf ihre Resolutionen 2925 (XXVII) vom 27. November 1972, 3073 (XXVIII) vom 30. November 1973 und 3282 (XXIX) vom 12. Dezember 1974 über die Stärkung der Rolle der Vereinten Nationen,

besonders unter Hinweis auf ihre Resolution 3499 (XXX) vom 15. Dezember 1975, mit der sie den Sonderausschuß für die Charta der Vereinten Nationen und die Stärkung der Rolle der Organisation eingesetzt hat, sowie auf ihre Resolutionen 31/28 vom 29. November 1976, 32/45 vom 8. Dezember 1977, 33/94 vom 16. Dezember 1978, 34/147 vom 17. Dezember 1979, 35/164 vom 15. Dezember 1980 und 36/122 vom 11. Dezember 1981,

unter Begrüßung des Berichts des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Vereinten Nationen[49],

nach Behandlung des Berichts des Sonderausschusses für die Charta der Vereinten Nationen und die Stärkung der Rolle der Organisation über seine Arbeit auf seiner 1982 abgehaltenen Tagung[50],

in Anbetracht dessen, daß bei der Erfüllung des Auftrags des Sonderausschusses wesentliche Fortschritte erzielt worden sind,

im Hinblick darauf, daß vor den Tagungen abgehaltene Konsultationen zwischen den Mitgliedern des Sonderausschusses und anderen interessierten Staaten die Erfüllung des Auftrags des Ausschusses wesentlich erleichtern können,

in der Auffassung, daß der Sonderausschuß seinen Auftrag noch nicht voll erfüllt hat,

1. *nimmt* den Bericht des Sonderausschusses für die Charta der Vereinten Nationen und die Stärkung der Rolle der Organisation *zur Kenntnis*;

2. *begrüßt* die Verabschiedung der Erklärung von Manila über die friedliche Beilegung internationaler Streitigkeiten[51] durch die siebenunddreißigste Tagung der Generalversammlung als bedeutsame Leistung des Sonderausschusses;

3. *beschließt*, daß der Sonderausschuß seine Arbeit mit folgenden, ihm übertragenen Aufgaben fortsetzen soll:

a) Aufstellung einer Liste der bisherigen und künftigen im Ausschuß vorgebrachten Vorschläge sowie Kennzeichnung derjenigen Vorschläge, die besonderes Interesse fanden;

b) Prüfung der bisherigen und künftigen im Ausschuß vorgebrachten Vorschläge im Hinblick auf eine vorrangige Behandlung derjenigen Themenkreise, bei denen eine Einigung möglich ist, und Vorlage entsprechender Empfehlungen;

4. *beschließt ferner*, daß der Sonderausschuß seine nächste Tagung vom 11. April bis 6. Mai 1983 abhalten soll;

5. *ersucht* den Sonderausschuß, auf seiner nächsten Tagung

a) bei seiner Arbeit den Vorschlägen zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, dem Dokument A/AC.182/L.29/Rev.1[52] sowie sonstigen zu dieser Frage eingebrachten Vorschlägen, wie u.a. Vorschlägen zur Arbeitsweise des Sicherheitsrats, Vorrang einzuräumen;

b) seine Arbeit zur Frage der friedlichen Beilegung internationaler Streitigkeiten mit der Behandlung der noch verbleibenden Vorschläge auf der vom Sonderausschuß gemäß Generalversammlungsresolution 33/94[53] erstellten Liste fortzusetzen;

c) wie im Sonderausschuß vereinbart[54] die Vorschläge von Mitgliedstaaten zur Frage der Rationalisierung der gegenwärtigen Verfahren der Vereinten Nationen sowie alle im Rahmen anderer damit zusammenhängender Themen vorgebrachten Vorschläge zu behandeln;

6. *ersucht* den Sonderausschuß, wo immer dies für die Ergebnisse seiner Arbeit von Belang ist, daran zu denken, wie wichtig es ist, eine allgemeine Einigung zu erzielen;

7. *bittet* die Mitglieder des Sonderausschusses *eindringlich* um volle Mitwirkung an der Arbeit des Ausschusses zur Erfüllung des ihm übertragenen Mandats;

8. *beschließt*, daß der Sonderausschuß die Teilnahme von Beobachtern aus Mitgliedstaaten an seinen

[49] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 1* (A/37/1)
[50] *Ebd., Beilage 33* (A/37/33)
[51] Resolution 37/10
[52] Vgl. *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 33* (A/37/33), Ziffer 254
[53] *Ebd., Vierunddreißigste Tagung, Beilage 33* (A/34/33), Ziffer 13
[54] *Ebd., Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 33* (A/37/33), Ziffer 17

Sitzungen gestatten und, sofern seine Leistungsfähigkeit und der abgesteckte Zeitrahmen gewahrt bleiben, auch deren Teilnahme an den Sitzungen seiner Arbeitsgruppen zulassen soll;

9. *bittet* die Regierungen, ihre Bemerkungen und Vorschläge gemäß Generalversammlungsresolution 3499 (XXX) vorzulegen bzw., sofern sie dies für notwendig halten, diese auf den neuesten Stand zu bringen;

10. *ersucht* den Generalsekretär, dem Sonderausschuß jede Unterstützung zu gewähren, einschließlich der Bereitstellung von Kurzprotokollen;

11. *ersucht* den Sonderausschuß, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung über seine Arbeit zu berichten;

12. *beschließt* die Aufnahme des Punkts "Bericht des Sonderausschusses für die Charta der Vereinten Nationen und die Stärkung der Rolle der Organisation" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

107. Plenarsitzung
16. Dezember 1982

37/115 – Entwurf einer Erklärung über die sozialen und rechtlichen Grundsätze für den Schutz und das Wohlergehen von Kindern unter besonderer Berücksichtigung der Unterbringung bei Pflegeeltern und der Adoption auf nationaler und internationaler Ebene

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 36/167 vom 16. Dezember 1981, in der sie u.a. beschloß, daß geeignete Maßnahmen zur Fertigstellung des Entwurfs der Erklärung über die sozialen und rechtlichen Grundsätze für den Schutz und das Wohlergehen von Kindern unter besonderer Berücksichtigung der Unterbringung bei Pflegeeltern und der Adoption auf nationaler und internationaler Ebene ergriffen werden sollten,

in diesem Zusammenhang *feststellend*, daß sich die Menschenrechtskommission zur Zeit um die Ausarbeitung des Entwurfs einer Konvention über die Rechte des Kindes bemüht,

in Kenntnisnahme der Beschlüsse des Wirtschafts- und Sozialrats zum Entwurf einer Erklärung über die sozialen und rechtlichen Grundsätze für den Schutz und das Wohlergehen von Kindern unter besonderer Berücksichtigung der Unterbringung bei Pflegeeltern und der Adoption auf nationaler und internationaler Ebene[55],

eingedenk der Berichte des Generalsekretärs vom 8. September 1980[56] und 19. Oktober 1982[57] mit den Stellungnahmen der Mitgliedstaaten zum Wortlaut des Deklarationsentwurfs,

im Hinblick darauf, daß der erste der oben genannten Berichte[56] in Abschnitt VI einige Vorschläge zur Änderung und Neuformulierung bestimmter Artikel aufgrund der Stellungnahmen der Mitgliedstaaten enthält,

im vollen Bewußtsein des souveränen Rechts der Regierungen, ihre nationale und internationale Politik für den Schutz und das Wohlergehen von Kindern, darunter auch für die Unterbringung bei Pflegeeltern und die Adoption, selbst zu bestimmen,

in Anerkennung dessen, daß die Regierungen die Aufgabe haben, festzustellen, wieweit ihre nationalen Einrichtungen und Dienste für Kinder ausreichen und für welche Kinder die bestehenden Dienste nicht genügen,

feststellend, wie nützlich die regionale Zusammenarbeit in Fragen des Wohlergehens von Kindern ist,

in Anerkennung dessen, daß das Wohl eines Kindes am besten durch das Wohlergehen seiner Familie gefördert wird und daß, wenn keine natürliche Familie vorhanden ist oder diese nicht angemessen für das Kind sorgen kann, im Einklang mit den Landesgesetzen die Unterbringung in einer Ersatzfamilie in Betracht gezogen werden sollte,

überzeugt, daß die Verabschiedung des Deklarationsentwurfs das Wohlergehen von Kindern mit besonderen Bedürfnissen fördern wird;

im Hinblick darauf, daß weitere Stellungnahmen der Mitgliedstaaten zum Deklarationsentwurf sowie zu den in Abschnitt VI des Berichts des Generalsekretärs[56] vorgeschlagenen Änderungen und Neuformulierungen bestimmter Artikel bei weiteren Bemühungen um die Ausarbeitung eines allgemein vereinbarten Deklarationsentwurfs nützliche Anhaltspunkte liefern würden,

1. *ersucht* den Generalsekretär,

a) den Entwurf der Erklärung über die sozialen und rechtlichen Grundsätze für den Schutz und das Wohlergehen von Kindern unter besonderer Berücksichtigung der Unterbringung bei Pflegeeltern und der Adoption auf nationaler und internationaler Ebene sowie die im Bericht des Generalsekretärs[56] enthaltenen Schlußfolgerungen den Mitgliedstaaten mit der Bitte um Stellungnahme zuzuleiten;

b) der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung einen Bericht mit den Stellungnahmen der Mitgliedstaaten vorzulegen;

2. *beschließt*, die Behandlung dieses Punktes auf ihrer achtunddreißigsten Tagung wieder aufzunehmen und auf dieser Tagung festzustellen, wie am besten weiter vorzugehen ist.

107. Plenarsitzung
16. Dezember 1982

37/116 – Stand der Unterzeichnung und Ratifizierung der Zusatzprotokolle zu den Genfer Abkommen von 1949 über den Schutz von Opfern internationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll I) sowie über den Schutz von Opfern nichtinternationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll II)

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolutionen 32/44 vom 8. Dezember 1977 und 34/51 vom 23. November 1979,

nach Behandlung des Berichts des Generalsekretärs[58] über den Stand der Unterzeichnung und Ratifizierung der Zusatzprotokolle zu den Genfer Abkommen von 1949 über den Schutz von Opfern bewaffneter Konflikte[59],

in Kenntnisnahme der Resolution VII der Vierundzwanzigsten Internationalen Rotkreuz-Konferenz vom 13. November 1981,

[55] Vgl. A/C.3/36/3
[56] A/35/336
[57] A/37/146
[58] A/34/445
[59] A/32/144, Anhang I und II

überzeugt von dem fortdauernden Wert bestehender humanitärer Regeln für bewaffnete Konflikte und der Notwendigkeit, bei bewaffneten Konflikten bis zu ihrer frühestmöglichen Beendigung die vollständige Achtung der Menschenrechte zu gewährleisten,

im Hinblick darauf, daß die vier Genfer Abkommen vom 12. August 1949[60] über den Schutz von Kriegsopfern und ihre Verbindlichkeit für alle Vertragsparteien fast universell anerkannt werden,

ferner mit Dank Kenntnis nehmend von den unermüdlichen Bemühungen des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz um die Verbreitung von Informationen über die beiden Zusatzprotokolle,

jedoch beunruhigt über die Tatsache, daß bisher nur eine begrenzte Zahl von Staaten die beiden Protokolle unterzeichnet oder ratifiziert hat bzw. ihnen beigetreten ist,

eingedenk dessen, daß der Korpus der für bewaffnete Konflikte geltenden humanitären Regeln auch weiterhin noch besser befolgt und noch stärker erweitert werden muß,

1. *wiederholt erneut* ihren in Resolution 34/51 enthaltenen Aufruf an alle Staaten, unverzüglich die Frage der Ratifizierung bzw. des Beitritts zu den beiden Zusatzprotokollen zu den Genfer Abkommen von 1949 über den Schutz von Opfern bewaffneter Konflikte in Erwägung zu ziehen;

2. *appelliert* an alle Staaten, die dem Protokoll I als Vertragsparteien beitreten, zu erwägen, ob sie nicht die in Artikel 90 dieses Protokolls vorgesehene Erklärung abgeben können;

3. *ersucht* den Generalsekretär, der neununddreißigsten Tagung der Generalversammlung auf der Grundlage der von den Mitgliedstaaten eingehenden Informationen einen Bericht über den Status der Protokolle vorzulegen;

4. *beschließt* die Aufnahme eines Punktes mit dem Titel "Bericht des Generalsekretärs über den Status der Zusatzprotokolle zu dem Genfer Abkommen von 1949 über den Schutz von Opfern bewaffneter Konflikte" in die vorläufige Tagesordnung ihrer neununddreißigsten Tagung.

107. Plenarsitzung
16. Dezember 1982

[60] Vereinte Nationen, *Treaty Series*, Vol. 75, Nr. 970-973

X. BESCHLÜSSE

ÜBERSICHT

Nummer	*Titel*	*Punkt*	*Datum*	*Seite*
	A. WAHLEN UND ERNENNUNGEN[1]			
37/301	Ernennung der Mitglieder des Mandatsprüfungsausschusses (A/37/PV.1, Ziffer 5)	3 *a*)	21. September 1982	330
37/302	Wahl des Präsidenten der Generalversammlung (A/37/PV.1, Ziffer 8)	4	21. September 1982	330
37/303	Wahl der Vorsitzenden der Hauptausschüsse (A/37/PV.2, Ziffer 1)	5	21. September 1982	330
37/304	Wahl der Vizepräsidenten der Generalversammlung (A/37/PV.2, Ziffer 7)	6	21. September 1982	330
37/305	Ernennung von Mitgliedern des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen			
	A. Ernennung eines Mitglieds des Ausschusses (A/37/511, Ziffer 4; A/37/PV.16, Ziffer 1)	17 *a*)	4. Oktober 1982	331
	B. Ernennung von sechs Mitgliedern des Ausschusses (A/37/511/Add.1, Ziffer 4; A/37/PV.69, Ziffer 13)	17 *a*)	16. Oktober 1982	331
37/306	Wahl von fünf nichtständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats (A/37/PV.36, Ziffer 29)	15 *a*)	19. Oktober 1982	331
37/307	Wahl von achtzehn Mitgliedern des Wirtschafts- und Sozialrats (A/37/PV.36, Ziffer 28)	15 *b*)	20. Oktober 1982	332
37/308	Wahl von siebzehn Mitgliedern der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (A/37/PV.68, Ziffer 251)	16 *f*)	15. November 1982	332
37/309	Ernennung von sechs Mitgliedern des Beitragsausschusses (A/37/512, Ziffer 4; A/37/PV.69, Ziffer 14)	17 *b*)	16. November 1982	333
37/310	Ernennung eines Mitglieds des Rechnungsprüfungsausschusses (A/37/513, Ziffer 4; A/37/PV.69, Ziffer 15)	17 *c*)	16. November 1982	333
37/311	Wahl von fünfzehn Mitgliedern des Rats für industrielle Entwicklung (A/37/PV.70, Ziffer 6)	16 *a*)	16. November 1982	333
37/312	Wahl von neunzehn Mitgliedern des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (A/37/PV.70, Ziffer 13)	16 *b*)	16. November 1982	334
37/313	Wahl von zwölf Mitgliedern des Welternährungsrats (A/37/608, Ziffer 2; A/37/PV.70, Ziffer 18)	16 *c*)	16. November 1982	334
37/314	Wahl von sieben Mitgliedern des Programm- und Koordinierungsausschusses (A/37/229, Ziffer 4; A/37/PV.70, Ziffer 23)	16 *d*)	16. November 1982	335
37/315	Ernennung eines Mitgliedes des Ad-hoc-Ausschusses zur Ausarbeitung einer internationalen Konvention gegen die Anwerbung, den Einsatz, die Finanzierung und die Ausbildung von Söldnern (A/37/749; A/37/PV.107, Ziffer 41)	121	16. Dezember 1982	335
37/316	Bestätigung der Ernennung von drei Mitgliedern des Anlageausschusses (A/37/514, Ziffer 3; A/37/PV.109, Ziffer 14)	17 *d*)	17. Dezember 1982	335
37/317	Ernennung von drei Mitgliedern des Verwaltungsgerichts der Vereinten Nationen (A/37/515, Ziffer 4; A/37/PV/109, Ziffer 15)	17 *e*)	17. Dezember 1982	336
37/318	Ernennung von drei Mitgliedern und drei Ersatzmitgliedern des Ausschusses für das Pensionswesen der Vereinten Nationen (A/37/517, Ziffer 4; A/37/PV.109, Ziffer 16)	17 *g*)	17. Dezember 1982	336
37/319	Wahl des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (A/37/769, Ziffer 3; A/37/PV.111, Ziffer 148)	16 *g*)	18. Dezember 1982	337
37/320	Wahl der Mitglieder des Gouverneursrats des Sonderfonds der Vereinten Nationen für Entwicklungsländer in Binnenlage (A/37/PV.113, Ziffer 120)	16 *e*)	20. Dezember 1982	337
37/321	Bestätigung der Ernennung des Exekutivdirektors der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (A/37/770, Ziffer 3; A/37/PV.113, Ziffer 121)	17 *i*)	20. Dezember 1982	337
37/322	Bestätigung der Ernennung des Generalsekretärs der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (A/37/771, Ziffer 3; A/37/PV.113, Ziffer 122)	17 *j*)	20. Dezember 1982	337
37/323	Bestätigung der Ernennung des Exekutivdirektors des Sonderfonds der Vereinten Nationen für Entwicklungsländer in Binnenlage (A/37/773; A/37/PV.113, Ziffer 123)	17 *l*)	20. Dezember 1982	337

[1] Weitere Wahlen und Ernennungen sind in Abschnitt II, Resolutionen 37/18 und 37/69 J und in Abschnitt III, Resolutionen 37/95 B, 37/98 D und 37/99 F und J wiedergegeben.

Nummer	Titel	Punkt	Datum	Seite
37/324	Ernennung des Beauftragten der Vereinten Nationen für Namibia (A/37/772, Ziffer 2; A/37/PV.113, Ziffer 299)	17 *k)*	20. Dezember 1982	338
37/325	Ernennung von fünf Mitgliedern der Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst und Designierung des Vorsitzenden und der Stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission (A/37/516, Ziffer 4; A/37/PV.114, Ziffer 15)	17 *f)*	21. Dezember 1982	338
37/326	Ernennung der Mitglieder des Beratenden Ausschusses für den Freiwilligen Fonds der Frauendekade der Vereinten Nationen (A/37/PV.115, Ziffer 33)	17 *h)*	21. Dezember 1982	338

B. SONSTIGE BESCHLÜSSE

1. Beschlüsse ohne Überweisung an einen Hauptausschuß

37/401	Organisation der siebenunddreißigsten Tagung (A/37/250, Ziffer 2-14; A/37/PV.4, Ziffer 15)	8 *a)*	24. September 1982	339
37/402	Annahme der Tagesordnung und Zuweisung der Tagesordnungspunkte (A/37/250, Abschnitt III und IV; A/37/250/Add.1, Ziffer 1 und 2; A/37/250/Add.2, Ziffer 1 und 2; A/37/250/Add.3, Ziffer 1; A/37/250/Add.4, Ziffer 2; A/37/PV.4, Ziffer 249; A/37/PV.24, Ziffer 1 und 2; A/37/PV.65, Ziffer 3; A/37.PV.88, Ziffer 2; A/37/PV.116, Ziffer 4)	8 *a)*	24. September, 8. Oktober, 12. November, 2. Dezember 1982 und 10. Mai 1983	339
37/403	Sitzungen von Nebenorganen während der siebenunddreißigsten Tagung (A/37/250, Ziffer 15; A/37/250/Add.1, Ziffer 3; A/37/250/Add.3, Ziffer 2; A/37/450 mit Add.1-4; A/37/PV.4, Ziffer 17; A/37/PV.24, Ziffer 5; A/37/PV.31, Ziffer 2; A/37/PV.88, Ziffer 3)	8 *b)*	24. September, 8. und 14. Oktober und 2. Dezember 1982	339
37/405	Frage des Friedens, der Stabilität und der Zusammenarbeit in Südostasien (A/37/PV.58, Ziffer 146)	35	8. November 1982	339
37/409	Bericht des Wirtschafts- und Sozialrats (A/37/3 (Erster und Zweiter Teil); (A/37/PV.69, Ziffer 96)	12	16. November 1982	339
37/410	Mitteilung des Generalsekretärs gemäß Artikel 12 Ziffer 2 der Charta der Vereinten Nationen (A/37/468; A/37/PV.70, Ziffer 1)	7	16. November 1982	339
37/421	Woche der Solidarität mit den Völkern Namibias und aller anderen Kolonialgebiete sowie Südafrikas im Kampf um Frieden, Unabhängigkeit und Menschenrechte (A/37/594; A/37/PV.77, Ziffer 210)	18	23. November 1982	339
37/435	Bericht des Sicherheitsrats (A/37/2; A/37/PV.110, Ziffer 132)	11	17. Dezember 1982	339
37/436	Bericht des Internationalen Gerichtshofs (A/37/4; A/37/PV.110, Ziffer 133)	13	17. Dezember 1982	340
37/438	Ingangsetzung globaler Verhandlungen über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung (A/37/PV.113, Ziffer 1)	38	20. Dezember 1982	340
37/443	Feier des 200. Jahrestags der Geburt des Befreiers Simón Bolívar (A/37/PV.113, Ziffer 301)	142	20. Dezember 1982	340
37/450	Frage der gerechten Verteilung bzw. der Erhöhung der Zahl der Sitze im Sicherheitsrat (A/37/246; A/37/PV.115, Ziffer 34)	36	21. Dezember 1982	340
37/451	Feier des 500. Jahrestags der Entdeckung Amerikas (A/37/PV.115, Ziffer 38)	140	21. Dezember 1982	340
37/452	Unterbrechung der siebenunddreißigsten Tagung (A/37/PV.115, Ziffer 40)	8	21. Dezember 1982	340
37/453	Vorkehrungen für die Konferenz der Vereinten Nationen für die Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie und für den Vorbereitungsausschuß für die Konferenz (A/37/48/Add.1, Anhang I; A/37/PV.116, Ziffer 7)	27	10. Mai 1983	340
37/454	Vorbereitungen für die Konferenz der Vereinten Nationen für die Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie (A/37/48/Add.1, Anhang I; A/37/PV.116, Ziffer 8)	27	10. Mai 1983	340

2. Beschlüsse aufgrund der Berichte des Ersten Ausschusses

37/423	Verstärkung der Bemühungen um die Beseitigung der Gefahr eines Atomkriegs und um die Sicherung der gefahrenfreien Entwicklung der Kernenergie (A/37/673; A/37/PV.98, Ziffer 158)	139	9. Dezember 1982	340

3. Beschlüsse aufgrund der Berichte des Politischen Sonderausschusses

37/406	Apartheidpolitik der Regierung Südafrikas (A/37/598; A/37/PV.59, Ziffer 1)	33	9. November 1982	341
37/424	Frage der madagassischen Inseln Glorieuses, Juan de Nova, Europa und Bassas da India (A/37/709, Ziffer 4; A/37/PV.100, Ziffer 100)	69	10. Dezember 1982	341
37/425	Frage der Zusammensetzung der wichtigeren Organe der Vereinten Nationen (A/37/703, Ziffer 5; A/37/PV.100, Ziffer 101)	70	10. Dezember 1982	341
37/455	Zypernfrage (A/37/808; A/37/PV.117, Ziffer 1)	37	11. Mai 1983	341

Nummer	Titel	Punkt	Datum	Seite
	4. Beschlüsse aufgrund der Berichte des Zweiten Ausschusses			
37/431	Bericht des Generalsekretärs der Internationalen Fernmeldeunion (A/37/679/Add.1, Ziffer 31; A/37/PV.109, Ziffer 95)	12	17. Dezember 1982	341
37/432	Besondere Wirtschafts- und Katastrophenhilfe (A/37/702; A/37/PV.109, Ziffer 113)	74	17. Dezember 1982	341
37/433	Internationale Hilfe an Honduras und Nikaragua zur Linderung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme infolge der Überschwemmungen im Mai 1982 (A/37/702/Add.2, Ziffer 68; A/37/PV.109, Ziffer 149)	74 *b)*	17. Dezember 1982	341
37/434	Berichte über besondere Wirtschafts- und Katastrophenhilfe (A/37/702/Add.2, Ziffer 68; A/37/PV.109, Ziffer 150)	71	20. Dezember 1982	341
37/439	Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit (A/37/680; A/37/PV.113, Ziffer 63)	71	20. Dezember 1982	341
37/440	Spezifische Maßnahmen im Zusammenhang mit den besonderen Bedürfnissen und Problemen von Entwicklungsländern in Binnenlage (A/37/680/Add.2, Ziffer 36; A/37/PV.113, Ziffer 75)	71 *c)*	20. Dezember 1982	342
37/441	Protektionismus und Strukturanpassung (A/37/680/Add.2, Ziffer 36; A/37/PV.113, Ziffer 76)	71 *c)*	20. Dezember 1982	342
37/442	Neugliederung des Wirtschafts- und Sozialbereichs des Systems der Vereinten Nationen (A/37/680/Add.7, Ziffer 15; A/37/PV.113, Ziffer 89)	71 *h)*	20. Dezember 1982	342
37/448	Ernährung und Landwirtschaft (A/37/680/Add.5, Ziffer 22; A/37/PV.115, Ziffer 18)	71 *f)*	21. Dezember 1982	343
37/449	Die effektive Mobilisierung der Frau für die Entwicklung und ihre Einbeziehung in den Entwicklungsprozeß (A/37/680/Add.10, Ziffer 8; A/37/PV.115, Ziffer 22)	71 *k)*	21. Dezember 1982	343
	5. Beschlüsse aufgrund der Berichte des Dritten Ausschusses			
37/437	Zentrum für Menschenrechte (A/37/693, Ziffer 18; A/37/PV.111, Ziffer 139)	94	18. Dezember 1982	343
	6. Beschlüsse aufgrund der Berichte des Vierten Ausschusses			
37/404	Die Frage der Falklandinseln (Malwinen) (A/37/592; A/37/PV.52, Ziffer 1)	135	3. November 1982	343
37/411	Die Frage der Westsahara (A/37/621, Ziffer 28; A/37/PV.77, Ziffer 138)	18	23. November 1982	343
37/412	Gibraltar-Frage (A/37/621, Ziffer 28; A/37/PV.77, Ziffer 139)	18	23. November 1982	343
37/413	Die Frage der Kokos-(Keeling-)Inseln (A/37/621, Ziffer 28; A/37/PV.77, Ziffer 140)	18	23. November 1982	344
37/414	Tokelau-Frage (A/37/621, Ziffer 28; A/37/PV.77, Ziffer 141)	18	23. November 1982	344
37/415	Pitcairn-Frage (A/37/621, Ziffer 28; A/37/PV.77, Ziffer 142)	18	23. November 1982	345
37/416	St. Helena-Frage (A/37/621, Ziffer 28; A/37/PV.77, Ziffer 143)	18	23. November 1982	345
37/417	Brunei-Frage (A/37/621, Ziffer 29; A/37/PV.77, Ziffer 145)	18	23. November 1982	345
37/418	Die Frage von St. Kitts-Nevis (A/37/621, Ziffer 29; A/37/PV.77, Ziffer 146)	18	23. November 1982	346
37/419	Anguilla-Frage (A/37/621, Ziffer 29; A/37/PV.77, Ziffer 147)	18	23. November 1982	346
37/420	Militärische Aktivitäten und Vorkehrungen von Kolonialmächten in unter ihrer Verwaltung stehenden Territorien, die die Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker behindern könnten (A/37/624, Ziffer 11; A/37/PV.77, Ziffer 161)	98	23. November 1982	346
37/426	Namibiafrage (A/37/619; A/37/PV.101, Ziffer 103)	32	13. Dezember 1982	347
	7. Beschlüsse aufgrund der Berichte des Fünften Ausschusses			
37/408	Beitragsschlüssel für die Aufteilung der Ausgaben der Vereinten Nationen (A/37/617, Ziffer 11; A/37/PV.69, Ziffer 25)	110	16. November 1982	347
37/422	Durchführung des Programms für die Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung (A/37/685, Ziffer 11; A/37/PV.90, Ziffer 25)	76	3. Dezember 1982	348
37/429	Übergangsmaßnahmen für gegenwärtige Mitglieder der Gemeinsamen Inspektionsgruppe (A/37/761, Ziffer 13; A/37/PV.109, Ziffer 73)	113	17. Dezember 1982	348
37/430	Investitionen des Gemeinsamen Pensionsfonds der Vereinten Nationen (A/37/761, Ziffer 13; A/37/PV.109, Ziffer 74)	113	17. Dezember 1982	348
37/444	Satzungen der regionalen Institute für Bevölkerungsstudien in Accra und Yaoundé (A/37/783, Ziffer 7; A/37/PV.114, Ziffer 11)	12	21. Dezember 1982	348
37/445	Aufwertung des Wirtschafts- und Sozialrats (A/37/783, Ziffer 7; A/37/PV.114, Ziffer 12)	12	21. Dezember 1982	349
37/446	Bericht des Wirtschafts- und Sozialrats (A/37/783, Ziffer 7; A/37/PV.114, Ziffer 13)	12	21. Dezember 1982	349
37/447	Änderungen der Ausführungsbestimmungen zum Personalstatut (A/37/764, Ziffer 39; A/37/PV.114, Ziffer 27)	111	21. Dezember 1982	349

Nummer	Titel	Punkt	Datum	Seite
	8. Beschlüsse aufgrund der Berichte des Sechsten Ausschusses			
37/407	Friedliche Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten (A/37/590, Ziffer 11; A/37/PV.68, Ziffer 122)	122	15. November 1982	349
37/427	Entwurf eines Prinzipienkatalogs für den Schutz aller in irgendeiner Form der Inhaftierung oder dem Freiheitsentzug unterworfenen Personen (A/37/701, Ziffer 10; A/37/PV.107, Ziffer 54)	129	16. Dezember 1982	349
37/428	Entwurf einer einheitlichen Geschäftsordnung für Konferenzen der Vereinten Nationen (A/37/753, Ziffer 4; A/37/PV.107, Ziffer 55)	130	16. Dezember 1982	350

A. WAHLEN UND ERNENNUNGEN

37/301 – Ernennung der Mitglieder des Mandatsprüfungsausschusses

Auf ihrer 1. Plenarsitzung vom 21. September 1982 ernannte die Generalversammlung gemäß Regel 28 ihrer Geschäftsordnung folgende neun Staaten zu Mitgliedern des Mandatsprüfungsausschusses: BAHAMAS, CHINA, DOMINIKANISCHE REPUBLIK, NEPAL, NEUSEELAND, NIGERIA, SEYCHELLEN, UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN und VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA.

37/302 – Wahl des Präsidenten der Generalversammlung[2]

Auf ihrer 1. Plenarsitzung vom 21. September 1982 wählte die Generalversammlung gemäß Artikel 21 der Charta der Vereinten Nationen und Regel 31 der Geschäftsordnung der Versammlung Imre HOLLAI (Ungarn) zum Präsidenten der Generalversammlung.

37/303 – Wahl der Vorsitzenden der Hauptausschüsse[2]

Am 21. September 1982 hielten die sieben Hauptausschüsse der Generalversammlung Sitzungen ab, um gemäß Regel 103 der Geschäftsordnung der Versammlung ihre Vorsitzenden zu wählen.

Auf der 2. Plenarsitzung vom 21. September 1982 gab der Präsident der Generalversammlung bekannt, daß folgende Personen zu Vorsitzenden der Hauptausschüsse gewählt worden waren:

Erster Ausschuß: James Victor GBEHO (Ghana)
Politischer Sonderausschuß: Abduldayem MUBAREZ (Jemen)
Zweiter Ausschuß: O. O. FAPOWORA (Nigeria)
Dritter Ausschuß: Carlos CALERO RODRIGUES (Brasilien)
Vierter Ausschuß: Raúl ROA KOURI (Kuba)
Fünfter Ausschuß: Andrzej ABRASZEWSKI (Polen)
Sechster Ausschuß: Philippe KIRSCH (Kanada)

37/304 – Wahl der Vizepräsidenten der Generalversammlung[2]

Auf ihrer 2. Plenarsitzung vom 21. September 1982 wählte die Generalversammlung gemäß Regel 31 ihrer Geschäftsordnung die Vertreter der folgenden 21 Mitgliedstaaten zu Vizepräsidenten der Generalversammlung: CHINA, DEMOKRATISCHER JEMEN, FRANKREICH, HAITI, JAMAIKA, KATAR, KONGO, KUWAIT, LIBYSCHE ARABISCHE DSCHAMAHIRIJA, MALI, NIKARAGUA, OBERVOLTA, ÖSTERREICH, PHILIPPINEN, SAMBIA, TÜRKEI, UGANDA, UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN, VEREINIGTES KÖNIGREICH GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND, VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA und ZYPERN.

[2] Gemäß Regel 38 der Geschäftsordnung der Generalversammlung setzt sich der Präsidialausschuß aus dem Präsidenten der Versammlung, den einundzwanzig Vizepräsidenten und den Vorsitzenden der sieben Hauptausschüsse zusammen.

37/305 – Ernennung von Mitgliedern des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen

A

ERNENNUNG EINES MITGLIEDS DES AUSSCHUSSES

Die Generalversammlung ernannte auf ihrer 16. Plenarsitzung vom 4. Oktober 1982 auf Empfehlung des Fünften Ausschusses[3] folgende Person zum Mitglied des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen für eine am 4. Oktober 1982 beginnende und am 31. Dezember 1984 endende Amtszeit:

Enrique FERRER VIEYRA

B

ERNENNUNG VON SECHS MITGLIEDERN DES AUSSCHUSSES

Die Generalversammlung ernannte auf ihrer 69. Plenarsitzung vom 16. November 1982 auf Empfehlung des Fünften Ausschusses[4] folgende Personen zu Mitgliedern des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen:

a) für eine am 1. Januar 1983 beginnende dreijährige Amtszeit:

Traian CHEBELEU

Mohamed Maloum FALL

Mohammad Samir MANSOURI

C. S. M. MSELLE

Christopher R. THOMAS

b) für eine am 1. Januar 1983 beginnende Amtszeit:

Samuel PINHEIRO GUIMARÃES

Damit gehören dem Beratenden Ausschuß für Verwaltungs- und Haushaltsfragen die folgenden Mitglieder an: Henrik AMNÈUS (*Schweden*)*, Michel BROCHARD (*Frankreich*)*, Traian CHEBELEU (*Rumänien*)***, Mohamed Maloun FALL (*Mauretanien*)***, Enrique FERRER VIEYRA (*Argentinien*)**, Ernesto GARRIDO (*Philippinen*)*, Anatoly Wassiljewitsch GRODSKY (*Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken*)**, Virginia HOUSHOLDER (*Vereinigte Staaten von Amerika*)**, Sumihiro KUYAMA (*Japan*)*, Rachid LAHLOU (*Marokko*)**, Mohammad Samir MANSOURI (*Arabische Republik Syrien*)***, C. S. M. MSELLE (*Vereinigte Republik Tansania*)***, Carl PEDERSEN (*Kanada*)**, Samuel PINHEIRO GUIMARÃES (*Brasilien*)*, Tang JIANWEN (*China*)* und Christopher R. THOMAS (*Trinidad und Tobago*)***.

* Amtszeit bis 31. Dezember 1983
** Amtszeit bis 31. Dezember 1984
*** Amtszeit bis 31. Dezember 1985

37/306 – Wahl von fünf nichtständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats

Auf ihrer 36. Plenarsitzung vom 19. Oktober 1982 wählte die Generalversammlung gemäß Artikel 23 der Charta der Vereinten Nationen und Regel 142 der Geschäftsordnung der Versammlung MALTA, die NIEDERLANDE, NIKARAGUA, PAKISTAN und SIMBABWE zu nichtständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats für eine am 1. Januar 1983 beginnende zweijährige Amtszeit, um die mit Ablauf der Amtszeit IRLANDS, JAPANS, PANAMAS, SPANIENS und UGANDAS freiwerdenden Sitze zu besetzen.

Damit gehören dem Sicherheitsrat folgende Mitgliedstaaten an: CHINA, FRANKREICH, GUYANA*, JORDANIEN*, MALTA**, NIEDERLANDE**, NIKARAGUA**, PAKISTAN**, POLEN*, SIMBABWE**, TOGO*, UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN, VEREINIGTES KÖNIGREICH GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND, VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA und ZAIRE*.

* Amtszeit bis 31. Dezember 1983
** Amtszeit bis 31. Dezember 1984

[3] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 17, Dokument A/37/511, Ziffer 4

[4] *Ebd.*, Dokument A/37/511/Add.1, Ziffer 4

37/307 – Wahl von achtzehn Mitgliedern des Wirtschafts- und Sozialrats

Auf ihrer 38. Plenarsetzung vom 20. Oktober 1982 wählte die Generalversammlung gemäß Artikel 61 der Charta der Vereinten Nationen und Regel 145 der Geschäftsordnung der Versammlung ALGERIEN, BOTSWANA, BULGARIEN, die DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK, DSCHIBUTI, EKUADOR, KONGO, LIBANON, LUXEMBURG, MALAYSIA, MEXIKO, NEUSEELAND, die NIEDERLANDE, SAUDI-ARABIEN, SIERRA LEONE, SURINAME, THAILAND und die VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA für eine am 1. Januar 1983 beginnende dreijährige Amtszeit zu Mitgliedern de Wirtschafts- und Sozialrats, um die mit Ablauf der Amtszeit ÄTHIOPIENS, AUSTRALIENS, der BAHAMAS, BELGIENS, BULGARIENS, CHILES, des IRAK, ITALIENS, JORDANIENS, JUGOSLAWIENS, der LIBYSCHEN ARABISCHEN DSCHAMAHIRIJA, MALAWIS, MEXIKOS, NEPALS, NIGERIAS, THAILANDS, der VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA und ZAIRES freiwerdenden Sitze zu besetzen.

Damit gehören dem Wirtschafts- und Sozialrat folgende Mitgliedstaaten an: ALGERIEN***, ARGENTINIEN*, BANGLADESCH*, BENIN**, BJELORUSSISCHE SOZIALISTISCHE SOWJETREPUBLIK*, BOTSWANA***, BRASILIEN**, BULGARIEN***, BURUNDI*, CHINA*, DÄNEMARK*, DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK***, DEUTSCHLAND, BUNDESREPUBLIK**, DSCHIBUTI***, EKUADOR***, FIDSCHI*, FRANKREICH**, GRIECHENLAND**, INDIEN*, JAPAN**, KANADA*, KATAR**, KENIA*, KOLUMBIEN**, KONGO***, LIBANON***, LIBERIA**, LUXEMBURG***, MALAYSIA***, MALI**, MEXIKO***, NEUSEELAND***, NIEDERLANDE***, NIKARAGUA*, NORWEGEN*, ÖSTERREICH**, PAKISTAN**, PERU*, POLEN*, PORTUGAL**, RUMÄNIEN**, ST. LUCIA**, SAUDI-ARABIEN***, SIERRA LEONE***, SUDAN*, SURINAME***, SWASILAND**, THAILAND***, TUNESIEN**, UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN*, VENEZUELA**, VEREINIGTE REPUBLIK KAMERUN*, VEREINIGTES KÖNIGREICH GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND* und VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA***.

* Amtszeit bis 31. Dezember 1983
** Amtszeit bis 31. Dezember 1984
*** Amtszeit bis 31. Dezember 1985

37/308 – Wahl von siebzehn Mitgliedern der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht

Auf ihrer 68. Plenarsitzung vom 15. November 1982 wählte die Generalversammlung gemäß Abschnitt II Ziffer 1 bis 3 ihrer Resolution 2205 (XXI) vom 17. Dezember 1966 in der mit Ziffer 8 ihrer Resolution 3108 (XXVIII) vom 12. Dezember 1973 sowie mit Ziffer 10 *b*) ihrer Resolution 31/99 vom 15. Dezember 1976 geänderten Form ÄGYPTEN, ALGERIEN, AUSTRALIEN, BRASILIEN, CHINA, die DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK, FRANKREICH, JAPAN, MEXIKO, NIGERIA, ÖSTERREICH, SCHWEDEN, SINGAPUR, die UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN, das VEREINIGTE KÖNIGREICH GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND, die VEREINIGTE REPUBLIK TANSANIA und die ZENTRALAFRIKANISCHE REPUBLIK für eine mit dem 24.Mai 1983, dem ersten Tag der sechzehnten Tagung der Kommission, beginnende sechsjährige Amtszeit zu Mitgliedern der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht, um die mit Ablauf der Amtszeit ÄGYPTENS, AUSTRALIENS, BURUNDIS, CHILES, der DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK, FINNLANDS, FRANKREICHS, GHANAS, INDONESIENS, JAPANS, KOLUMBIENS, NIGERIAS, ÖSTERREICHS, SINGAPURS, der UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN, des VEREINIGTEN KÖNIGREICHS GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND und der VEREINIGTEN REPUBLIK TANSANIA freiwerdenden Sitze zu besetzen.

Damit gehören der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht folgende Staaten an: ÄGYPTEN**, ALGERIEN**, AUSTRALIEN**, BRASILIEN**, CHINA**, DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK**, DEUTSCHLAND, BUNDESREPUBLIK*, FRANKREICH**, GUATEMALA*, INDIEN*, IRAK*, ITALIEN*, JAPAN**, JUGOSLAWIEN*, KENIA*, KUBA*, MEXIKO**, NIGERIA**, ÖSTERREICH**, PERU*, PHILIPPINEN*, SCHWEDEN**, SENEGAL*, SIERRA LEONE*, SINGAPUR**, SPANIEN*, TRINIDAD UND TOBAGO*, TSCHECHOSLOWAKEI*, UGANDA*, UNGARN*, UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN**, VEREINIGTE REPUBLIK TANSANIA**, VEREINIGTES KÖNIGREICH GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND**, VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA*, ZENTRALAFRIKANISCHE REPUBLIK** und ZYPERN*.

* Amtszeit bis zum Tag vor Beginn der neunzehnten Tagung der Kommission im Jahr 1986
** Amtszeit bis zum Tag vor Beginn der zweiundzwanzigsten Tagung der Kommission im Jahr 1989

37/309 – Ernennung von sechs Mitgliedern des Beitragsausschusses

Auf ihrer 69. Plenarsitzung vom 16. November 1982 ernannte die Generalversammlung auf Empfehlung des Fünften Ausschusses[5] folgende Personen zu Mitgliedern des Beitragsausschusses für eine mit dem 1. Januar 1983 beginnende dreijährige Amtszeit:

Andrzej ABRASZEWSKI
Nobutoshi AKAO
Mohammed Sadiq AL-MAHDI
Hamed Arabi EL HOUDERI
Richard V. HENNES
Zoran LAZAREVIĆ

Damit gehören dem Beitragsausschuß folgende Mitglieder an: Andrzej ABRASZEWSKI (*Polen*)***, Nobutoshi AKAO (*Japan*)***, Amjad ALI (*Pakistan*)**, Mohammed Sadiq AL-MAHDI (*Irak*)***, Anatoly Semjonowitsch TSCHISTJAKOW (*Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken*)**, Miguel Angel DÁVILA MENDOZA (*Mexiko*)**, Hélio DE BURGOS-CABAL (*Brasilien*)*, Hamed Arabi EL HOUDERI (*Libysche Arabische Dschamahirija*)***, Leoncio FERNÁNDEZ MAROTO (*Spanien*)*, Richard V. HENNES (*Vereinigte Staaten von Amerika*)***, Lance JOSEPH (*Australien*)*, Japhet G. KITI (*Kenia*)*, Wilfried KOSCHORRECK (*Bundesrepublik Deutschland*)**, Rachid LAHLOU (*Marokko*)*, Zoran LAZAREVIĆ (*Jugoslawien*)***, Atilio Norberto MOLTENI (*Argentinien*)*, Yang HUSHAN (*China*)** und Philippe ZELLER (*Frankreich*)**.

* Amtszeit bis 31. Dezember 1983
** Amtszeit bis 31. Dezember 1984
*** Amtszeit bis 31. Dezember 1985

37/310 – Ernennung eines Mitglieds des Rechnungsprüfungsausschusses

Auf ihrer 69. Plenarsitzung vom 16. November 1982 ernannte die Generalversammlung auf Empfehlung des Fünften Ausschusses[6] den Ersten Präsidenten des Rechnungshofs von Belgien für eine mit dem 1. Juli 1983 beginnende dreijährige Amtszeit zum Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses.

Damit gehören dem Rechnungsprüfungsausschuß folgende Mitglieder an: der Präsident des Rechnungshofs von BANGLADESCH*, der Erste Präsident des Rechnungshofs von BELGIEN*** und der Präsident des Rechnungshofs von GHANA**.

* Amtszeit bis 30. Juni 1984
** Amtszeit bis 30. Juni 1985
*** Amtszeit bis 30. Juni 1986

37/311 – Wahl von fünfzehn Mitgliedern des Rats für industrielle Entwicklung

Auf ihrer 70. Plenarsitzung vom 16. November 1982 wählte die Generalversammlung gemäß Abschnitt II Ziffer 3-5 ihrer Resolution 2152 (XXI) vom 17. November 1966 und gemäß ihrer Resolution 36/181 vom 17. Dezember 1981 BELGIEN, BULGARIEN, CHILE, FINNLAND, INDONESIEN, ITALIEN, die LIBYSCHE ARABISCHE DSCHAMAHIRIJA, ÖSTERREICH, PERU, RWANDA, die SCHWEIZ, den SUDAN, TSCHAD, UGANDA und die UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN für eine mit dem 1. Januar 1983 beginnende dreijährige Amtszeit zu Mitgliedern des Rats für industrielle Entwicklung, um die mit Ablauf der Amtszeit ARGENTINIENS, BELGIENS, GABUNS, INDONESIENS, ITALIENS, KENIAS, MADAGASKARS, MAROKKOS, ÖSTERREICHS, SCHWEDENS, der SCHWEIZ, TRINIDAD UND TOBAGOS, der TSCHECHOSLOWAKEI, der UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN und der ZENTRALAFRIKANISCHEN REPUBLIK freiwerdenden Sitze zu besetzen.

Damit gehören dem Rat für industrielle Entwicklung folgende Staaten an: AUSTRALIEN**, BELGIEN***, BRASILIEN*, BULGARIEN***, CHILE***, CHINA**, DÄNEMARK*, DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK*, DEUTSCHLAND, BUNDESREPUBLIK**, EKUADOR*, FINNLAND***, FRANKREICH*, GUINEA*, INDIEN*, INDONE-

[5] *Ebd.*, Dokument A/37/512, Ziffer 4
[6] *Ebd.*, Dokument A/37/513, Ziffer 4

SIEN***, IRAK**, ITALIEN***, JAPAN*, LESOTHO**, LIBERIA**, LIBYSCHE ARABISCHE DSCHAMAHIRIJA***, MALAYSIA**, MEXIKO**, MONGOLEI*, NIEDERLANDE*, ÖSTERREICH***, PAKISTAN*, PANAMA**, PERU***, RUMÄNIEN*, RWANDA***, SAMBIA*, SCHWEIZ***, SIERRA LEONE**, SPANIEN**, SRI LANKA*, SUDAN***, TSCHAD***, TÜRKEI**, UGANDA***, UKRAINISCHE SOZIALISTISCHE SOWJETREPUBLIK**, UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN***, VENEZUELA**, VEREINIGTES KÖNIGREICH GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND** und VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA*.

* Amtszeit bis 31. Dezember 1983
** Amtszeit bis 31. Dezember 1984
*** Amtszeit bis 31. Dezember 1985

37/312 – Wahl von neunzehn Mitgliedern des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen

Auf ihrer 70. Plenarsitzung vom 16. November 1982 wählte die Generalversammlung gemäß Abschnitt I Ziffer 1 ihrer Resolution 2997 (XXVII) vom 15. Dezember 1972 ARGENTINIEN, AUSTRALIEN, CHILE, CHINA, ELFENBEINKÜSTE, FINNLAND, FRANKREICH, INDONESIEN, ITALIEN, JUGOSLAWIEN, LESOTHO, NIGERIA, PAPUA-NEUGUINEA, PERU, die PHILIPPINEN, SAUDI-ARABIEN, UGANDA, UNGARN und die VEREINIGTE REPUBLIK KAMERUN für eine mit dem 1. Januar 1983 beginnende dreijährige Amtszeit zu Mitgliedern des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, um die mit Ablauf der Amtszeit ARGENTINIENS, ÄTHIOPIENS, BANGLADESCHS, BELGIENS, BULGARIENS, CHILES, CHINAS, FRANKREICHS, GABUNS, INDONESIENS, JUGOSLAWIENS, MAURETANIENS, NEUSEELANDS, PERUS, SAUDI-ARABIENS, SCHWEDENS, SIERRA LEONES, des SUDAN und der VEREINIGTEN ARABISCHEN EMIRATE freiwerdenden Sitze zu besetzen.

Damit gehören dem Verwaltungsrat des Umweltprogramms der Vereinten Nationen folgende Staaten an: AFGHANISTAN**, ÄGYPTEN*, ARGENTINIEN***, AUSTRALIEN***, BJELORUSSISCHE SOZIALISTISCHE SOWJETREPUBLIK**, BOTSWANA**, BRASILIEN*, BURUNDI**, CHILE***, CHINA***, DEUTSCHLAND, BUNDESREPUBLIK*, ELFENBEINKÜSTE***, FINNLAND***, FRANKREICH***, GHANA*, GRIECHENLAND**, GUINEA**, HAITI*, INDIEN**, INDONESIEN***, ISLAND*, ITALIEN***, JAMAIKA**, JAPAN*, JUGOSLAWIEN***, KANADA**, KENIA*, KOLUMBIEN**, LESOTHO***, LIBYSCHE ARABISCHE DSCHAMAHIRIJA*, MALAYSIA*, MAROKKO**, MEXIKO**, NIEDERLANDE*, NIGERIA***, OMAN**, PAKISTAN*, PAPUA-NEUGUINEA***, PERU***, PHILIPPINEN***, POLEN**, SAUDI-ARABIEN***, SCHWEIZ*, SENEGAL**, SPANIEN**, SRI LANKA*, THAILAND**, UGANDA***, UKRAINISCHE SOZIALISTISCHE SOWJETREPUBLIK*, UNGARN***, UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN*, URUGUAY**, VENEZUELA*, VEREINIGTE REPUBLIK KAMERUN***, VEREINIGTE REPUBLIK TANSANIA**, VEREINIGTES KÖNIGREICH GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND**, VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA* und ZAIRE*.

* Amtszeit bis 31. Dezember 1983
** Amtszeit bis 31. Dezember 1984
*** Amtszeit bis 31. Dezember 1985

37/313 – Wahl von zwölf Mitgliedern des Welternährungsrats

Auf ihrer 70. Plenarsitzung vom 16. November 1982 wählte die Generalversammlung auf der Grundlage der durch den Wirtschafts- und Sozialrat vorgenommenen Nominierungen[7] und gemäß Ziffer 8 ihrer Resolution 3348 (XXIX) vom 17. Dezember 1974 ÄTHIOPIEN, AUSTRALIEN, BANGLADESCH, die DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK, DEUTSCHLAND, BUNDESREPUBLIK, EKUADOR, GHANA, NIKARAGUA, NIGERIA, die UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN, VENEZUELA und die VEREINIGTEN ARABISCHEN EMIRATE für eine mit dem 1. Januar 1983 beginnende dreijährige Amtszeit, um die mit Ablauf der Amtszeit AUSTRALIENS, BANGLADESCHS, BARBADOS, der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, GHANAS, HONDURAS, NIKARAGUAS, der PHILIPPINEN, RUMÄNIENS, SENEGALS, des SUDAN und der UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN freiwerdenden Sitze zu besetzen.

[7] Wirtschafts- und Sozialratsbeschluß 1982/187 vom 10. November 1982. Vgl. ferner A/37/608, Ziffer 2

Damit gehören dem Welternährungsrat folgende Staaten an: ÄGYPTEN*, ARGENTINIEN*, ÄTHIOPIEN***, AUSTRALIEN***, BANGLADESCH***, BOTSWANA**, CHINA**, DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK***, DEUTSCHLAND, BUNDESREPUBLIK***, EDUADOR***, FRANKREICH*, GAMBIA**, GHANA***, GRIECHENLAND**, HAITI*, INDIEN**, INDONESIEN*, ITALIEN*, JAPAN*, JUGOSLAWIEN**, KANADA**, KOLUMBIEN**, MEXIKO**, NIGERIA***, NIKARAGUA***, NORWEGEN*, PAKISTAN*, RWANDA*, THAILAND**, UNGARN*, UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN**, VENEZUELA***, VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE***, VEREINIGTE REPUBLIK TANSANIA**, VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA** und ZAIRE*.

* Amtszeit bis 31. Dezember 1983
** Amtszeit bis 31. Dezember 1984
*** Amtszeit bis 31. Dezember 1985

37/314 — Wahl von sieben Mitgliedern des Programm- und Koordinierungsausschusses

Auf ihrer 70. Plenarsitzung vom 16. November 1982 wählte die Generalversammlung auf der Grundlage der durch den Wirtschafts- und Sozialrat vorgenommenen Nominierungen[8] und gemäß Ziffer 7 des Anhangs zu Ratsresolution 2008 (LX) vom 14. Mai 1976 ARGENTINIEN, ÄTHIOPIEN, CHILE, FRANKREICH, NIGERIA, die UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN und die VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA für eine am 1. Januar 1983 beginnende dreijährige Amtszeit zu Mitgliedern des Programm- und Koordinierungsausschusses, um die mit Ablauf der Amtszeit ARGENTINIENS, FRANKREICHS, KOSTARIKAS, des SUDAN, der UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN, der VEREINIGTEN REPUBLIK TANSANIA und der VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA freiwerdenden Sitze zu besetzen.

Damit gehören dem Programm- und Koordinierungsausschuß folgende Mitgliedstaaten an: ARGENTINIEN***, ÄTHIOPIEN***, BRASILIEN*, CHILE***, DEUTSCHLAND, BUNDESREPUBLIK**, FRANKREICH***, INDIEN*, JAPAN*, JUGOSLAWIEN**, MAROKKO*, NIEDERLANDE**, NIGERIA***, PAKISTAN**, PHILIPPINEN*, RUMÄNIEN**, SENEGAL*, TRINIDAD UND TOBAGO**, UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN***, VEREINIGTE REPUBLIK KAMERUN*, VEREINIGTES KÖNIGREICH GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND** und VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA***.

* Amtszeit bis 31. Dezember 1983
** Amtszeit bis 31. Dezember 1984
*** Amtszeit bis 31. Dezember 1985

37/315 — Ernennung eines Mitglieds des Ad-hoc-Ausschusses zur Ausarbeitung einer internationalen Konvention gegen die Anwerbung, den Einsatz, die Finanzierung und die Ausbildung von Söldnern

Auf ihrer 107. Plenarsitzung vom 16. Dezember 1982 nahm die Generalversammlung Kenntnis von der von ihrem Präsidenten vorgenommenen Ernennung TOGOS zum Mitglied des Ad-hoc-Ausschusses zur Ausarbeitung einer internationalen Konvention gegen die Anwerbung, den Einsatz, die Finanzierung und die Ausbildung von Söldnern mit Wirkung vom 1. Januar 1983, um die durch den Rücktritt SENEGALS[9] freiwerdende Stelle zu besetzen.

Damit gehören dem Ad-hoc-Ausschuß folgende Mitgliedstaaten an: ALGERIEN, ANGOLA, ÄTHIOPIEN, BAHAMAS, BANGLADESCH, BARBADOS, BENIN, BULGARIEN, DEMOKRATISCHER JEMEN, DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK, DEUTSCHLAND, BUNDESREPUBLIK, FRANKREICH, GUYANA, INDIEN, ITALIEN, JAMAIKA, JAPAN, JUGOSLAWIEN, KANADA, MONGOLEI, NIGERIA, PORTUGAL, SAMBIA, SEYCHELLEN, SPANIEN, SURINAME, TOGO, TÜRKEI, UKRAINISCHE SOZIALISTISCHE SOWJETREPUBLIK, UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN, URUGUAY, VEREINIGTES KÖNIGREICH GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND, VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA und ZAIRE.

37/316 — Bestätigung der Ernennung von drei Mitgliedern des Anlageausschusses

Auf ihrer 109. Plenarsitzung vom 17. Dezember 1982 bestätigte die Generalversammlung auf Empfehlung des Fünften Ausschusses[10] die vom Generalsekretär

[8] Wirtschafts- und Sozialratsbeschluß 1982/126 vom 6. Mai 1982. Vgl. ferner A/37/229, Ziffer 4
[9] A/37/749
[10] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 17, Dokument A/37/514, Ziffer 3

vorgenommene Ernennung der folgenden Personen zu Mitgliedern des Anlageausschusses für eine mit dem 1. Januar 1983 beginnende dreijährige Amtszeit:

Aloysio DE ANDRADE FARIA

Braj Kumar NEHRU

Stanislaw RACZKOWSKI

Damit gehören dem Anlageausschuß folgende Mitglieder an: Aloysio DE ANDRADE FARIA (*Brasilien*)***, Jean GUYOT (*Frankreich*)**, George JOHNSTON (*Vereinigte Staaten von Amerika*)**, Michiya MATSUKAWA (*Japan*)**, David MONTAGU (*Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland*)*, Braj Kumar NEHRU (*Idien*)***, Yves OLTRAMARE (*Schweiz*)*, Emmanuel Noi OMABOE (*Ghana*)* und Stanislaw RACZKOWSKI (*Polen*)***.

* Amtszeit bis 31. Dezember 1983
** Amtszeit bis 31. Dezember 1984
*** Amtszeit bis 31. Dezember 1985

37/317 – Ernennung von drei Mitgliedern des Verwaltungsgerichts der Vereinten Nationen

Auf ihrer 109. Plenarsitzung vom 17. Dezember 1982 ernannte die Generalversammlung auf Empfehlung des Fünften Ausschusses[11] folgende Personen für eine mit dem 1. Januar 1983 beginnende dreijährige Amtszeit zu Mitgliedern des Verwaltungsgerichts der Vereinten Nationen:

Mutuale TSHIKANKIE

Roger PINTO

Samarendranath SEN

Damit gehören dem Verwaltungsgericht der Vereinten Nationen folgende Mitglieder an: Endre USTOR (*Ungarn*)**, Präsident, Samarendranath SEN (*Indien*)***, Vizepräsident, Arnold Wilfred Geoffrey KEAN (*Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland*)*, Vizepräsident, Mutuale TSHIKANKIE (*Zaire*)***, Herbert REIS (*Vereinigte Staaten von Amerika*)*, Luis María DE POSADAS MONTERO (*Uruguay*)** und Roger PINTO (*Frankreich*)**.

* Amtszeit bis 31. Dezember 1983
** Amtszeit bis 31. Dezember 1984
*** Amtszeit bis 31. Dezember 1985

37/318 – Ernennung von drei Mitgliedern und drei Ersatzmitgliedern des Ausschusses für das Pensionswesen der Vereinten Nationen

Auf ihrer 109. Plenarsitzung vom 17. Dezember 1982 und auf Empfehlung des Fünften Ausschusses[12]

a) ernannte die Generalversammlung folgende Personen für eine mit dem 1. Januar 1983 beginnende dreijährige Amtszeit zu Mitgliedern des Ausschusses für das Pensionswesen der Vereinten Nationen:

Sol KUTTNER

Mario MAJOLI

Michael G. OKEYO

b) ernannte die Generalversammlung folgende Personen für eine mit dem 1. Januar 1983 beginnende dreijährige Amtszeit zu Ersatzmitgliedern des Ausschusses für das Pensionswesen der Vereinten Nationen:

Eduardo César AÑÓN NOCETI

Jobst HOLBORN

Yukio TAKASU

Damit gehören dem Ausschuß für das Pensionswesen der Vereinten Nationen folgende von der Generalversammlung gewählte Mitglieder und Ersatzmitglieder an, deren Amtszeit am 31. Dezember 1985 ausläuft:

[11] *Ebd.*, Dokument A/37/515, Ziffer 4
[12] *Ebd.*, Dokument A/37/517, Ziffer 4

Mitglieder
Sol KUTTNER (*Vereinigte Staaten von Amerika*)
Mario MAJOLI (*Italien*)
Michael G. OKEYO (*Kenia*)

Ersatzmitglieder
Eduardo César AÑÓN NOCETI (*Uruguay*)
Jobst HOLBORN (*Deutschland, Bundesrepublik*)
Yukio TAKASU (*Japan*)

37/319 – Wahl des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge

Auf ihrer 111. Plenarsitzung vom 18. Dezember 1982 wählte die Generalversammlung auf Vorschlag des Generalsekretärs[13] Poul Hartling für eine mit dem 1. Januar 1983 beginnende weitere dreijährige Amtszeit zum Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge.

37/320 – Wahl der Mitglieder des Gouverneursrats des Sonderfonds der Vereinten Nationen für Entwicklungsländer in Binnenlage

Auf ihrer 113. Plenarsitzung vom 20. Dezember 1982 beschloß die Generalversammlung, die Wahl der Mitglieder des Gouverneursrats des Sonderfonds der Vereinten Nationen für Entwicklungsländer in Binnenlage auf ihre achtunddreißigste Tagung zu verschieben, da die Regionalgruppen keine Kandidaten aufgestellt hatten.

37/321 – Bestätigung der Ernennung des Exekutivdirektors der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung

Auf ihrer 113. Plenarsitzung vom 20. Dezember 1982 bestätigte die Generalversammlung die vom Generalsekretär vorgenommene Ernennung[14] von Abd-El Rahman KHANE zum Exekutivdirektor der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung für eine weitere zweijährige Amtszeit, die mit dem 31. Dezember 1984 oder mit der Umwandlung der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung in eine Sonderorganisation* endet, je nachdem, welcher Zeitpunkt früher liegt.

37/322 – Bestätigung der Ernennung des Generalsekretärs der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen

Auf ihrer 113. Plenarsitzung vom 20. Dezember 1982 bestätigte die Generalversammlung die vom Generalsekretär vorgenommene Ernennung[15] von Gamani COREA zum Generalsekretär der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen für eine mit dem 1. April 1983 beginnende weitere Amtszeit von einem Jahr und neun Monaten.

37/323 – Bestätigung der Ernennung des Exekutivdirektors des Sonderfonds der Vereinten Nationen für Entwicklungsländer in Binnenlage

Auf ihrer 113. Plenarsitzung vom 20. Dezember 1982 nahm die Generalversammlung von den in der Mitteilung des Generalsekretärs enthaltenen Informationen Kenntnis[16].

---

* specialized agencies (etwa: Fachorganisationen) im Sinne von Art. 57 der VN-Charta; in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder mit "Sonderorganisationen" bzw. mit "Spezialorganisationen" wiedergegeben.

[13] A/37/769, Ziffer 3
[14] A/37/770, Ziffer 3
[15] A/37/771, Ziffer 3
[16] A/37/773

37/324 – Ernennung des Beauftragten der Vereinten Nationen für Namibia

Auf ihrer 113. Plenarsitzung vom 20. Dezember 1982 ernannte die Generalversammlung auf Vorschlag des Generalsekretärs[17] Brajesh Chandra Mishra zum Beauftragten der Vereinten Nationen für Namibia für eine weitere mit dem 1. Januar 1983 beginnende einjährige Amtszeit.

37/325 – Ernennung von fünf Mitgliedern der Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst und Designierung des Vorsitzenden und der Stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission

Auf ihrer 114. Plenarsitzung vom 21. Dezember 1982 und auf Empfehlung des Fünften Ausschusses[18]

a) ernannte die Generalversammlung die folgenden Personen zu Mitgliedern der Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst:

i) für eine mit dem 1. Januar 1983 beginnende vierjährige Amtszeit:
Richard M. AKWEI
Gastón DE PRAT GAY
Moulaye EL HASSEN
Dayton W. HULL
Jirí NOSEK

ii) für eine mit dem 1. Januar 1983 beginnende dreijährige Amtszeit:
Masao KANAZAWA

b) designierte die Generalversammlung Richard M. Akwei zum Vorsitzenden der Kommission für eine mit dem 1. Januar 1983 beginnende vierjährige Amtszeit;

c) designierte die Generalversammlung Gastón de Prat Gay zum Stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission für eine mit dem 1. Januar 1983 beginnende vierjährige Amtszeit.

Damit gehören der Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst folgende Mitglieder an: Richard M. AKWEI (*Ghana*)***, Vorsitzender, Gastón DE PRAT GAY (*Argentinien*)***, Stellvertretender Vorsitzender, Amjad ALI (*Pakistan*)*, Michael O. ANI (*Nigeria*)*, Anatoly Semjonowitsch TSCHISTIAKOW (*Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken*)*, Moulaye EL HASSEN (*Mauretanien*)***, Ralph ENCKELL (*Finnland*)**, Jean-Claude FORTUIT (*Frankreich*)**, Dayton W. HULL (*Vereinigte Staaten von Amerika*)***, Masao KANAZAWA (*Japan*)**, Helmut KITSCHENBERG (*Deutschland, Bundesrepublik*)**, Jirí NOSEK (*Tschechoslowakei*)***, Antonio Fonseca PIMENTEL (*Brasilien*)**, M. A. VELLODI (*Indien*)* und Halima WARZAZI (*Marokko*)*.

* Amtszeit bis 31. Dezember 1983
** Amtszeit bis 31. Dezember 1984
*** Amtszeit bis 31. Dezember 1985

37/326 – Ernennung der Mitglieder des Beratenden Ausschusses für den Freiwilligen Fonds der Frauendekade der Vereinten Nationen

Auf ihrer 115. Plenarsitzung vom 21. Dezember 1982 nahm die Generalversammlung Kenntnis von der von ihrem Präsidenten vorgenommenen Ernennung der folgenden Staaten zu Mitgliedern des Beratenden Ausschusses für den Freiwilligen Fonds der Frauendekade der Vereinten Nationen für eine mit dem 1. Januar 1983 beginnende dreijährige Amtszeit: DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK, INDIEN, JAMAIKA, KENIA und NORWEGEN.

[17] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 17, Dokument A/37/772, Ziffer 2
[18] A/37/516, Ziffer 4

B. SONSTIGE BESCHLÜSSE

1. *Beschlüsse ohne Überweisung an einen Hauptausschuß*

37/401 – Organisation der siebenunddreißigsten Tagung

Auf ihrer 4. Plenarsitzung vom 24. September 1982 verabschiedete die Generalversammlung aufgrund der im ersten Bericht des Präsidialausschusses[19] enthaltenen Empfehlung eine Reihe von Bestimmungen zur Organisation der siebenunddreißigsten Tagung.

37/402 – Annahme der Tagesordnung und Zuweisung der Tagesordnungspunkte

Auf ihrer 4., 24., 65., 88. und 116. Plenarsitzung vom 24. September, 8. Oktober, 12. November, 2. Dezember 1982 und 10. Mai 1983 nahm die Generalversammlung aufgrund der im ersten[20], zweiten[21], dritten[22], vierten[23] und fünften[24] Bericht des Präsidialausschusses enthaltenen Empfehlungen die Tagesordnung[25] und die Zuweisung der Tagesordnungspunkte[26] für die siebenunddreißigste Tagung an.

37/403 – Sitzungen von Nebenorganen während der siebenunddreißigsten Tagung

Auf ihrer 4., 24., 31. und 88. Plenarsitzung vom 24. September, 8. und 14. Oktober und 2. Dezember 1982 beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Konferenzausschusses[27] und des Präsidialausschusses[28], die folgenden Nebenorgane zur Abhaltung von Sitzungen während der siebenunddreißigsten Tagung zu ermächtigen:

a) Ad-hoc-Ausschuß für den Indischen Ozean;

b) Ausschuß von Regierungssachverständigen zur Bewertung der gegenwärtigen Struktur des Sekretariats im Verwaltungs-, Finanz- und Personalbereich;

c) Ausschuß für die Beziehungen zum Gastland;

d) Ausschuß für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes;

e) Abrüstungskommission;

f) Vorbereitungsausschuß für die Internationale Konferenz über die Palästinafrage;

g) Sonderausschuß gegen Apartheid;

h) Sonderausschuß für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker;

i) Sonderausschuß zur Untersuchung israelischer Praktiken, die die Menschenrechte der Bevölkerung der besetzten Gebiete beeinträchtigen;

j) Rat der Vereinten Nationen für Namibia;

k) Arbeitsgruppe zur Frage der Finanzierung des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten.

37/405 – Frage des Friedens, der Stabilität und der Zusammenarbeit in Südostasien

Auf ihrer 58. Plenarsitzung vom 8. November 1982 beschloß die Generalversammlung die Aufnahme des Punktes "Frage des Friedens, der Stabilität und der Zusammenarbeit in Südostasien" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

37/409 – Bericht des Wirtschafts- und Sozialrats

Auf ihrer 69. Plenarsitzung vom 16. November 1982 nahm die Generalversammlung Kenntnis von Kapitel I, III (Abschnitt E), VI (Abschnitt D), VIII und IX (Abschnitte A bis C, F, G und H) des Berichts des Wirtschafts- und Sozialrats[29].

37/410 – Mitteilung des Generalsekretärs gemäß Artikel 12 Ziffer 2 der Charta der Vereinten Nationen

Auf ihrer 70. Plenarsitzung vom 16. November 1982 nahm die Generalversammlung Kenntnis von der Mitteilung des Generalsekretärs vom 22. September 1982[30].

37/421 – Woche der Solidarität mit den Völkern Namibias und aller anderen Kolonialgebieten sowie Südafrikas im Kampf um Frieden, Unabhängigkeit und Menschenrechte

Auf ihrer 77. Plenarsitzung vom 23. November 1982 nahm die Generalversammlung die Empfehlung des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker, des Sonderausschusses gegen Apartheid und des Namibia-Rats der Vereinten Nationen[31] an, der zufolge der Name der Woche der Solidarität mit den Kolonialvölkern des südlichen Afrika im Kampf um Frieden, Unabhängigkeit und Gleichberechtigung in "Woche der Solidarität mit den Völkern Namibias und aller anderen Kolonialgebiete sowie Südafrikas im Kampf um Freiheit, Unabhängigkeit und Menschenrechte" umgeändert werden sollte.

37/435 – Bericht des Sicherheitsrats

Auf ihrer 110. Plenarsitzung vom 17. Dezember 1982 nahm die Generalversammlung Kenntnis vom Bericht des Sicherheitsrats[32].

---

[19] *Ebd.*, Tagesordnungspunkt 8, Dokument A/37/250, Ziffer 2-14
[20] *Ebd.*, Dokument A/37/250, Abschnitt III und IV
[21] *Ebd.*, Dokument A/37/250/Add.1, Ziffer 1 und 2
[22] *Ebd.*, Dokument A/37/250/Add.2, Ziffer 1 und 2
[23] *Ebd.*, Dokument A/37/250/Add.3, Ziffer 1
[24] *Ebd.*, Dokument A/37/250/Add.4, Ziffer 2
[25] Tagesordnung (A/37/251 mit Add.1-3) abgedruckt in *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Plenary Meetings*, Vol. I. S.v. Ein Verzeichnis der Tagesordnungspunkte nach laufenden Nummern findet sich auch in Anhang III.
[26] Die Zuweisung der Tagesordnungspunkte (A/37/252 mit Add.1-4) findet sich in Abschnitt I.
[27] Vgl. A/37/450 mit Add.1-4
[28] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 8, Dokument A/37/250, Ziffer 15; A/37/250/Add.1, Ziffer 3 und A/37/250/Add.3, Ziffer 2
[29] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 3* (A/37/3)
[30] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 7, Dokument A/37/468
[31] Vgl. A/37/594
[32] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 2* (A/37/2)

37/436 – Bericht des Internationalen Gerichtshofs

Auf ihrer 110. Plenarsitzung vom 17. Dezember 1982 nahm die Generalversammlung Kenntnis vom Bericht des Internationalen Gerichtshofs[33].

37/438 – Ingangsetzung globaler Verhandlungen über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung

Auf ihrer 113. Plenarsitzung vom 20. Dezember 1982 beschloß die Generalversammlung, diesen Tagesordnungspunkt offen zu lassen, damit nach Unterbrechung der Tagung informelle Konsultationen weitergeführt werden können, und kurzfristig erneut zusammenzutreten, um die sich aus den Verhandlungen eventuell ergebenden Beschlüsse oder Vereinbarungen zu behandeln.

37/443 – Feier des 200. Jahrestags der Geburt des Befreiers Simón Bolívar

Auf ihrer 113. Plenarsitzung vom 20. Dezember 1982 nahm die Generalversammlung Kenntnis vom Beschluß der Lateinamerikanischen Gruppe, Maßnahmen zu ergreifen, um in würdiger Weise des 200. Jahrestags der Geburt des Befreiers Simón Bolívar zu gedenken[34].

37/450 – Frage der gerechten Verteilung bzw. der Erhöhung der Zahl der Sitze im Sicherheitsrat

Auf ihrer 115. Plenarsitzung vom 21. Dezember 1982 beschloß die Generalversammlung die Aufnahme des Punktes "Frage der gerechten Verteilung bzw. der Erhöhung der Zahl der Sitze im Sicherheitsrat" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

37/451 – Feier des 500. Jahrestags der Entdeckung Amerikas

Auf ihrer 115. Plenarsitzung vom 21. Dezember 1982 beschloß die Generalversammlung die Aufnahme des Punktes "Feier des 500. Jahrestags der Entdeckung Amerikas" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

37/452 – Unterbrechung der siebenunddreißigsten Tagung

Auf ihrer 115. Plenarsitzung vom 21. Dezember 1982 beschloß die Generalversammlung, zu einem noch bekanntzugebenden Zeitpunkt ihre siebenunddreißigste Tagung ausschließlich zur Behandlung der folgenden Tagesordnungspunkte wiederaufzunehmen:

Punkt 27: Vorbereitung der Konferenz der Vereinten Nationen zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie

Punkt 37: Zypernfrage

Punkt 38: Ingangsetzung globaler Verhandlungen über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung

Punkt 141: Durchführung der Resolutionen der Vereinten Nationen

37/453 – Vorkehrungen für die Konferenz der Vereinten Nationen für die Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie und für den Vorbereitungsausschuß für die Konferenz[35]

Auf ihrer 116. Plenarsitzung vom 10. Mai 1983 beschloß die Generalversammlung aufgrund der in Ziffer 5 von Beschluß 5 (IV) vom 8. April 1983 enthaltenen Empfehlung des Vorbereitungsausschusses für die Konferenz der Vereinten Nationen für die Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie[35],

a) im Jahr 1983 keine Konferenz der Vereinten Nationen für die Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie einzuberufen;

b) auf ihrer achtunddreißigsten Tagung einen Beschluß zum Termin und Tagungsort der fünften Tagung des Vorbereitungsausschusses für die Konferenz zu treffen.

37/454 – Vorbereitungen für die Konferenz der Vereinten Nationen für die Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie[35]

Auf ihrer 116. Plenarsitzung vom 10. Mai 1983 nahm die Generalversammlung Kenntnis von Beschluß 6 (IV) vom 8. April 1983[36], mit dem der Vorbereitungsausschuß für die Konferenz der Vereinten Nationen für die Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie beschlossen hatte, das Konferenzsekretariat möge im Einklang mit den diesbezüglichen Generalversammlungsresolutionen die Vorbereitungsarbeiten für die Konferenz so weit führen, wie dies praktisch möglich ist.

[33] *Ebd., Beilage 4* (A/37/4)
[34] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 142, Dokument A/37/246
[35] Vgl. auch Abschnitt II, Resolution 37/167
[36] Vgl. *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 48A* (A/37/48/Add.1), Anhang I

2. *Beschlüsse aufgrund der Berichte des Ersten Ausschusses*

37/423 – Verstärkung der Bemühungen um die Beseitigung der Gefahr eines Atomkriegs und um die Sicherung der gefahrenfreien Entwicklung der Kernenergie

Auf ihrer 98. Plenarsitzung vom 9. Dezember 1982 nahm die Generalversammlung Kenntnis vom Bericht des Ersten Ausschusses.[37]

[37] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 139, Dokument A/37/673

3. *Beschlüsse aufgrund der Berichte des Politischen Sonderausschusses*

37/406 – Apartheidpolitik der Regierung Südafrikas

Auf ihrer 59. Plenarsitzung vom 9. November 1982 nahm die Generalversammlung Kenntnis vom Bericht des Politischen Sonderausschusses[38].

37/424 – Frage der madagassischen Inseln Glorieuses, Juan de Nova, Europa und Bassas da India

Auf ihrer 100. Plenarsitzung vom 10. Dezember 1982 beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Politischen Sonderausschusses[39] die Aufnahme des Punktes "Frage der madagassischen Inseln Glorieuses, Juan de Nova, Europa und Bassas da India" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

[38] *Ebd.*, Tagesordnungspunkt 33, Dokument A/37/598
[39] *Ebd.*, Tagesordnungspunkt 69, Dokument A/37/709, Ziffer 4

37/425 – Frage der Zusammensetzung der wichtigeren Organe der Vereinten Nationen

Auf ihrer 100. Plenarsitzung vom 10. Dezember 1982 beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Politischen Sonderausschusses[40] die Aufnahme des Punktes "Frage der Zusammensetzung der wichtigeren Organe der Vereinten Nationen" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

37/455 – Zypernfrage

Auf ihrer 117. Plenarsitzung vom 11. Mai 1983 nahm die Generalversammlung Kenntnis vom Bericht des Politischen Sonderausschusses[41].

[40] *Ebd.*, Tagesordnungspunkt 70, Dokument A/37/703, Ziffer 5
[41] *Ebd.*, Tagesordnungspunkt 37, Dokument A/37/808

4. *Beschlüsse aufgrund der Berichte des Zweiten Ausschusses*

37/431 – Bericht des Generalsekretärs der Internationalen Fernmeldeunion

Auf ihrer 109. Plenarsitzung vom 17. Dezember 1982 nahm die Generalversammlung auf Empfehlung des Zweiten Ausschusses[42] Kenntnis von der Mitteilung des Generalsekretärs[43], mit welcher ihr der gemäß Versammlungsresolution 36/40 vom 19. November 1981 erstellte Bericht des Generalsekretärs über die Internationale Fernmeldeunion übermittelt wurde.

37/432 – Besondere Wirtschafts- und Katastrophenhilfe

Auf ihrer 109. Plenarsitzung vom 17. Dezember 1982 nahm die Generalversammlung Kenntnis von Teil I des Berichts des Zweiten Ausschusses[44].

37/433 – Internationale Hilfe an Honduras und Nikaragua zur Linderung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme infolge der Überschwemmungen im Mai 1982[45]

Auf ihrer 109. Plenarsitzung vom 17. Dezember 1982 beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Zweiten Ausschusses[46] gemäß Wirtschafts- und Sozialratsbeschluß 1982/168 vom 29. Juni 1982, sich der vom Plenarausschuß der Wirtschaftskommission für Lateinamerika auf ihrer fünfzehnten Sondertagung verabschiedeten Resolution 419 (PLEN.15) über internationale Hilfe an Honduras und Nikaragua zur Linderung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme infolge der Überschwemmungen im Mai 1982[47] anzuschließen.

[42] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 12, Dokument A/37/679/Add.1, Ziffer 31
[43] A/37/232
[44] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 74, Dokument A/37/702
[45] Vgl. auch Abschnitt V, Resolution 37/157

37/434 – Berichte über besondere Wirtschafts- und Katastrophenhilfe

Auf ihrer 109. Plenarsitzung vom 17. Dezember 1982 nahm die Generalversammlung auf Empfehlung des Zweiten Ausschusses[46] Kenntnis von folgenden Berichten:

a) dem Bericht des Generalsekretärs über Hilfe für Äquatorialguinea[48];

b) dem Bericht des Generalsekretärs über Hilfe für Sambia[49];

c) dem Bericht des Generalsekretärs über Hilfe für Simbabwe[50];

d) dem Bericht des Generalsekretärs über Hilfe an ÄQUATORIALGUINEA, BENIN, BOTSWANA, DSCHIBUTI, GAMBIA, GUINEA-BISSAU, KAP VERDE, die KOMOREN, LESOTHO, LIBERIA, MOSAMBIK, SAMBIA, SÃO TOMÉ UND PRÍNCIPE, SIMBABWE, TSCHAD, UGANDA und die ZENTRALAFRIKANISCHE REPUBLIK[51];

e) dem im Namen des Generalsekretärs abgegebenen mündlichen Bericht des Koordinators der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe über Maßnahmen im Anschluß an die Zyklone und Überschwemmungen in Madagaskar[52].

37/439 – Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit

Auf ihrer 113. Plenarsitzung vom 20. Dezember 1982 nahm die Generalversammlung Kenntnis von Teil I des Berichts des Zweiten Ausschusses[53].

[46] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 74, Dokument A/37/702/Add.2, Ziffer 68
[47] Vgl. A/C.2/37/L.9
[48] A/37/130
[49] A/37/133
[50] A/37/139
[51] A/37/140
[52] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Second Committee*, 27. Sitzung, Ziffer 1-9
[53] *Ebd., Thirty-seventh Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 71, Dokument A/37/680

37/440 – Spezifische Maßnahmen im Zusammenhang mit den besonderen Bedürfnissen und Problemen von Entwicklungsländern in Binnenlage

Auf ihrer 113. Plenarsitzung vom 20. Dezember 1982 beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Zweiten Ausschusses[54] den Resolutionsentwurf "Spezifische Maßnahmen im Zusammenhang mit den besonderen Bedürfnissen und Problemen von Entwicklungsländern in Binnenlage"[55] der achtunddreißigsten Tagung zur Behandlung zu überweisen.

37/441 – Protektionismus und Strukturanpassung

Auf ihrer 113. Plenarsitzung vom 20. Dezember 1982 beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Zweiten Ausschusses[54], keine Maßnahmen zu dem Resolutionsentwurf über Protektionismus und Strukturanpassung[56] zu treffen und die Behandlung dieser Frage auf ihrer achtunddreißigsten Tagung im Lichte der Ergebnisse der sechsten Tagung der Handels-und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen wiederaufzunehmen.

37/442 – Neugliederung des Wirtschafts- und Sozialbereichs des Systems der Vereinten Nationen

Auf ihrer 113. Plenarsitzung vom 20. Dezember 1982 und auf Empfehlung des Zweiten Ausschusses[57] sowie nach Behandlung des Resolutionsentwurfs über die Durchführung von Abschnitt II des Anhangs zu ihrer Resolution 32/197[58] – dessen Behandlung sie während ihrer sechsunddreißigsten Tagung auf die siebenunddreißigste Tagung verschoben hatte –, des Berichts des Wirtschafts- und Sozialrats über die Aufwertung des Rats[59], der Berichte der Gemeinsamen Inspektionsgruppe mit den Titeln "Beziehungen zwischen dem Generaldirektor für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und Organisationseinheiten des Sekretariats der Vereinten Nationen"[60] und "Wirtschaftskommission für Afrika: Fragen der regionalen Programmerstellung, der Operationen, der Umstrukturierung und der Dezentralisierung"[61] und der diesbezüglichen Stellungnahmen des Generalsekretärs[62], des Berichts des Generalsekretärs über die Durchführung von Abschnitt VII des Anhangs zu Resoltution 32/197[63], der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/63 vom 30. Juli 1982 über Fragen der regionalen Programmerstellung, der Operationen, der Umstrukturierung und der Dezentralisierung im Zusammenhang mit der Wirtschaftskommission für Afrika sowie des Berichts des Generalsekretärs über die Durchführung von Abschnitt VIII des Anhangs zu Resolution 32/197[64] beschloß die Generalversammlung,

I

a) die Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/50 vom 28. Juli 1982 zu begrüßen;

b) den Präsidenten der Generalversammlung zu ersuchen, in enger Koordinierung mit dem Präsidenten des Wirtschafts- und Sozialrats Konsultationen hinsichtlich der Organisierung und Rationalisierung der Tätigkeit der zwischenstaatlichen Gremien des Systems der Vereinten Nationen im Wirtschafts- und Sozialbereich vorzunehmen und der Versammlung auf ihrer neununddreißigsten Tagung einen Bericht hierüber vorzulegen;

c) den Resolutionsentwurf über die Durchführung von Abschnitt II des Anhangs zu Generalversammlungsresolution 32/197[58] der neununddreißigsten Tagung zur Behandlung zu überweisen;

II

a) Abschnitt III des am 31. Mai 1982 verabschiedeten Beschlusses 10/1 des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen[65] zur Kenntnis zu nehmen;

b) ihre sonstigen zwischenstaatlichen Nebenorgane und Nebengremien im Wirtschafts- und Sozialbereich zu bitten, ähnliche Möglichkeiten zu erwägen, wenn sie dies für wünschenswert erachten, und dem Wirtschafts- und Sozialrat ihre Auffassungen und Empfehlungen zur Behandlung auf seiner zweiten ordentlichen Tagung im Jahr 1984 zu unterbreiten;

c) den Wirtschafts- und Sozialrat zu bitten, unter gebührender Berücksichtigung seiner eigenen Maßnahmen zu seiner Aufwertung und im Lichte seiner Behandlung der weiter oben erbetenen Auffassungen und Empfehlungen der Generalversammlung auf ihrer neununddreißigsten Tagung konkrete Empfehlungen zu diesem Abschnitt des vorliegenden Beschlusses zu unterbreiten;

III

sich der Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1982/63 über Fragen der regionalen Programmerstellung, der Operationen, der Umstrukturierung und der Dezentralisierung im Zusammenhang mit der Wirtschaftskommission für Afrika anzuschließen;

IV

den Bericht des Generalsekretärs über die Durchführung von Abschnitt VII des Anhangs zu Generalversammlungsresolution 32/197[63] zur Kenntnis zu nehmen;

V

a) die Empfehlungen der Gemeinsamen Inspektionsgruppe hinsichtlich der Beziehungen zwischen dem Generaldirektor für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und Organisationseinheiten des Sekretariats der Vereinten Nationen[66] und die

[54] *Ebd.*, Dokument A/37/680/Add.2, Ziffer 36
[55] A/C.2/37/L.41. Abgedruckt in: *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 71, Dokument A/37/680/Add.2, Ziffer 7
[56] Vgl. A/C.2/37/L.4. Abgedruckt in: *Official Records of the General Assembly, Thirty-sixth Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 69, Dokument A/36/694/Add.3, Ziffer 41
[57] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 71, Dokument A/37/680/Add.7, Ziffer 15
[58] A/C.2/37/L.7, Anhang. Der Text findet sich in Generalversammlungsbeschluß 35/439, Anhang
[59] Vgl. *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 3* (A/37/3), Kap. III, Abschnitt A
[60] A/36/419
[61] A/37/119
[62] A/36/419/Add.1 bzw. A/37/119/Add.1
[63] A/37/439
[64] A/36/477
[65] Vgl. *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 25* (A/37/25), Zweiter Teil, Anhang
[66] A/36/419, Kap.VII

diesbezüglichen Stellungnahmen des Generalsekretärs[67] sowie den Bericht des Generalsekretärs über die Durchführung von Abschnitt VIII des Anhangs zu Generalversammlungsresolution 32/197[64] zur Kenntnis zu nehmen;

b) den Generalsekretär zu ersuchen, für die Durchführung der genannten Empfehlungen im Sinne seiner Stellungnahmen zu sorgen;

VI

a) bei ihrer nächsten Behandlung des Themas der Neugliederung des Wirtschafts- und Sozialbereichs des Systems der Vereinten Nationen, die auf ihrer neununddreißigsten Tagung und danach – unbeschadet etwaiger künftiger Beschlüsse über die Häufigkeit der Behandlung dieser Frage – nur alle drei Jahre stattfinden wird, die Durchführung von Generalversammlungsresolution 32/197 in allen ihren Aspekten zu überprüfen;

b) den Generalsekretär in diesem Zusammenhang zu ersuchen, der Generalversammlung auf ihrer neununddreißigsten Tagung einen Bericht vorzulegen, der gegebenenfalls Vorschläge für künftige Maßnahmen zur Durchführung der Abschnitte III bis VIII des Anhangs zu Resolution 32/197 enthält.

[67] A/36/419/Add.1, Anhang, Ziffer 6

37/448 – Ernährung und Landwirtschaft

Auf ihrer 115. Plenarsitzung vom 21. Dezember 1982 beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Zweiten Ausschusses[68], den Resolutionsentwurf mit dem Titel "Ernährung und Landwirtschaft"[69] zur Behandlung an ihre achtunddreißigste Tagung zu verweisen.

37/449 – Die effektive Mobilisierung der Frau für die Entwicklung und ihre Einbeziehung in den Entwicklungsprozeß[70]

Auf ihrer 115. Plenarsitzung vom 21. Dezember 1982 nahm die Generalversammlung auf Empfehlung des Zweiten Ausschusses[71] Kenntnis vom Bericht des Generalsekretärs über den Stand der Arbeiten an einem Weltüberblick über die Rolle der Frau in der Entwicklung[72].

[68] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 71, Dokument A/37/680/Add.5, Ziffer 22

[69] Vgl. A/C.2/37/L.6. Der Text findet sich in Generalversammlungsbeschluß 36/44.

[70] Vgl. auch Abschnitt VI, Resolution 37/57

[71] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 71, Dokument A/37/680/ Add.10, Ziffer 8

[72] A/37/381

5. *Beschlüsse aufgrund der Berichte des Dritten Ausschusses*

37/437 – Zentrum für Menschenrechte

Auf ihrer 111. Plenarsitzung vom 18. Dezember 1982 und auf Empfehlung des Dritten Ausschusses[73] sowie unter Hinweis auf ihre Resolution 35/194 vom 15. Dezember 1980, in der sie den Generalsekretär ersuchte, sich weiterhin mit der Frage der mit Menschenrechtsfragen befaßten Dienststellen des Sekretariats im Hinblick auf die zu einem ihm geeignet erscheinenden Zeitpunkt vorzunehmende Umbenennung der Abteilung Menschenrechte in "Zentrum für Menschenrechte" zu befassen, nahm die Generalversammlung Kenntnis vom Beschluß des Generalsekretärs, die Abteilung Menschenrechte in "Zentrum für Menschenrechte" umzubenennen.

[73] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 94, Dokument A/37/693, Ziffer 18

6. *Beschlüsse aufgrund der Berichte des Vierten Ausschusses*

37/404 – Die Frage der Falklandinseln (Malwinen)

Auf ihrer 52. Plenarsitzung vom 3. November 1982 nahm die Generalversammlung Kenntnis vom Bericht des Vierten Ausschusses[74].

37/411 – Die Frage der Westsahara[75]

Auf ihrer 77. Plenarsitzung vom 23. November 1982 und auf Empfehlung des Vierten Ausschusses[76] sowie unter Hinweis auf ihren Beschluß 36/406 vom 24. November 1981 und unter Berücksichtigung der Resolution, die von der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation der afrikanischen Einheit auf ihrer vom 24. bis 27. Juni 1981 in Nairobi abgehaltenen achtzehnten ordentlichen Tagung verabschiedet wurde[77] und in der u.a. die Einsetzung eines Implementierungsausschusses für die Westsahara beschlossen wurde, sowie unter Berücksichtigung der vom Implementierungsausschuß gefaßten Beschlüsse beschloß die Generalversammlung, den Generalsekretär zu ersuchen, in Absprache und in Zusammenarbeit mit der Organisation der afrikanischen Einheit den Implementierungsausschuß bei der Erfüllung seines sich aus der genannten Resolution und den genannten Beschlüssen ergebenden Mandats in der Frage der Westsahara zu unterstützen und der Generalversammlung und dem Sicherheitsrat bei gegebenem Anlaß darüber zu berichten.

[74] *Ebd.*, Tagesordnungspunkt 135, Dokument A/37/592

[75] Vgl. auch Abschnitt VII, Resolution 37/28

[76] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 18, Dokument A/37/621, Ziffer 28

[77] A/36/534, Anhang II, Resolution AHG/Res.103 (XVIII)

37/412 – Gibraltar-Frage

Auf ihrer 77. Plenarsitzung vom 23. November 1982 und auf Empfehlung des Vierten Ausschusses[76] sowie in Kenntnis dessen, daß die Regierungen Spaniens und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland am 10. April 1980 in Lissabon eine Erklärung unterzeichnet haben[78], der zufolge sie beabsichtigen, im Einklang mit den einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen eine Lösung des Gibraltar-Problems

[78] Vgl. A/AC.109/603 mit Korr.1, Ziffer 13

herbeizuführen und der zufolge sie zu diesem Zweck übereingekommen sind, Verhandlungen zur Überwindung aller zwischen ihnen bestehenden Differenzen in bezug auf Gibraltar einzuleiten, der zufolge sie ferner übereingekommen sind, die direkten Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen in der Region wiederherzustellen, nachdem die Regierung Spaniens beschlossen hat, die Anwendung der derzeit in Kraft befindlichen Maßnahmen auszusetzen, und der zufolge beide Regierungen übereingekommen sind, ihre künftige Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und der vollen Gleichberechtigung zu gestalten; in Kenntnis dessen, daß beide Regierungen am 8. Januar 1982 in London vereinbart haben, das Datum der vollen Verwirklichung der Erklärung von Lissabon einschließlich der Einleitung von Verhandlungen und der gleichzeitigen Wiederherstellung der direkten Verkehrs-und Nachrichtenverbindungen in der Region für den 20. April 1982 festzulegen, und in Kenntnis dessen, daß beide Regierungen – nachdem später vereinbart wurde, diese Regelungen aufzuschieben – ihre Entschlossenheit betont haben, den mit der Erklärung von Lissabon in Gang gesetzten Prozeß im Geiste der am 8. Januar 1982 in London ausgetauschten Schreiben aufrechtzuerhalten, und ihre Absicht bekundet haben, ein neues Datum für die Verwirklichung der Erklärung festzulegen, beschloß die Generalversammlung, beide Regierungen eindringlich zu bitten, den Beginn der Verhandlungen zu ermöglichen, die in dem von der Versammlung am 14. Dezember 1973 verabschiedeten Konsens[79] ins Auge gefaßt worden sind, damit eine dauerhafte Lösung des Gibraltar-Problems im Lichte der einschlägigen Resolutionen der Versammlung und im Geiste der Charta der Vereinten Nationen erreicht wird.

37/413 – Die Frage der Kokos-(Keeling-)Inseln

Auf ihrer 77. Plenarsitzung vom 23. November 1982 und auf Empfehlung des Vierten Ausschusses[74] sowie nach Prüfung der diesbezüglichen Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[80] und nach Anhörung der Erklärung des Vertreters Australiens über die Kokos-(Keeling-)Inseln[81] stellte die Generalversammlung mit Dank fest, daß die Regierung der Verwaltungsmacht Australien die Verwirklichung der in Generalversammlungsresolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 enthaltenen Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker in bezug auf das Territorium auch weiterhin unterstützt. Die Versammlung erklärte erneut, die Verwaltungsmacht habe Bedingungen zu schaffen, unter denen das Volk der Kokos-(Keeling-)Inseln gemäß Resolution 1514 (XV) sowie anderer einschlägiger Resolutionen der Versammlung frei über seine eigene Zukunft entscheiden könne. In diesem Zusammenhang nahm die Versammlung davon Kenntnis, daß die Verwaltungsmacht nach wie vor in positiver Weise für den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt der Bevölkerung des Gebiets eintritt, damit diese ihre unveräußerlichen Rechte so bald wie möglich uneingeschränkt wahrnehmen kann. Die Versammlung begrüßte die anhaltende Bereitschaft der Verwaltungsmacht, Besuchsmissionen auf den Kokos-(Keeling-)Inseln zu empfangen und bekräftigte in diesem Zusammenhang, daß die Notwendigkeit der zu einem geeigneten Zeitpunkt erfolgenden Entsendung einer weiteren Delegation in das Gebiet ständig geprüft werden solle. Die Versammlung ersuchte den Sonderausschuß, diese Frage – darunter auch die Frage der zu einem geeigneten Zeitpunkt und in Absprache mit der Verwaltungsmacht erfolgenden möglichen Entsendung einer Besuchsdelegation zu den Kokos-(Keeling-)Inseln – auf seiner nächsten Tagung weiterhin zu prüfen und der Versammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung darüber zu berichten.

37/414 – Tokelau-Frage

Auf ihrer 77. Plenarsitzung vom 23. November 1982 und auf Empfehlung des Vierten Ausschusses[74] sowie nach Prüfung der diesbezüglichen Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[82] und nach Anhörung der Erklärung des Vertreters Neuseelands zu Tokelau[83] nahm die Generalversammlung mit Dank Kenntnis von der Bereitschaft der Verwaltungsmacht, in Wahrnehmung ihrer Verantwortung für Tokelau die enge Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen beizubehalten. Die Versammlung bekräftigte das unveräußerliche Recht des Volkes von Tokelau auf Selbstbestimmung im Einklang mit der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker in Versammlungsresolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 und bekräftigte ferner, daß die Verwaltungsmacht dafür verantwortlich sei, das Volk von Tokelau in jeder Weise über dieses Recht auf dem laufenden zu halten. In diesem Zusammenhang nahm die Versammlung davon Kenntnis, daß das Volk des Territoriums die Meinung geäußert hat, es wünsche zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Überprüfung des zwischen Tokelau und Neuseeland bestehenden Verhältnisses. Die Versammlung begrüßte die Versicherungen der Verwaltungsmacht, daß sie sich in bezug auf den künftigen Status des Territoriums auch weiterhin ausschließlich von den Wünschen der Bevölkerung Tokelaus leiten lassen werde. Die Versammlung nahm ferner zur Kenntnis, daß die Verwaltungsmacht dem Volk Tokelaus die Fortsetzung ihrer Unterstützung für den Fall zugesichert hat, daß es seinen Status zu ändern wünsche. Die Versammlung forderte die Verwaltungsmacht auf, im Zusammenhang mit ihren Bemühungen um die Bewahrung der Identität und des kulturellen Erbes des Volkes von Tokelau ihr politisches Bildungsprogramm fortzusetzen. Die Versammlung erkannte an, daß die wirtschaftliche Entwicklung Tokelaus ein wichtiges Element im Prozeß der Selbstbestimmung darstelle. Die Versammlung nahm Kenntnis von den anhaltenden Bemühungen der Verwaltungsmacht um die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung des Territoriums sowie von den Maßnahmen, die diese ergriffen hat, um das Recht des Volkes von Tokelau auf alle seine natürlichen Ressourcen und den daraus erwachsenden Nutzen zu gewährleisten und zu garantieren. Die Versammlung war der Meinung, daß die Verwaltungsmacht ihr Programm der budgetären Unterstützung und der Entwicklungshilfe an das Territorium

[79] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Achtundzwanzigste Tagung, Beilage 30* (A/9030), S.111, Tagesordnungspunkt 23
[80] *Ebd., Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 23* (A/37/23/Rev.1), Kap. III und XIII
[81] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Fourth Committee*, 19. Sitzung, Ziffer 32-39
[82] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 23* (A/37/23/Rev.1), Kap. III und XIV
[83] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Fourth Committee*, 22. Sitzung, Ziffer 50-52

weiterhin ausbauen solle. Die Versammlung würdigte die anhaltenden Bemühungen der Verwaltungsmacht, Verbesserungen im öffentlichen Gesundheitswesen, Bauwesen und Erziehungswesen herbeizuführen. Die Versammlung wiederholte erneut ihren Dank an die Sonderorganisationen* und anderen Organisationen des Systems der Vereinten Nationen sowie an die Regionalorganisationen für ihre Hilfe für Tokelau und rief diese Gremien auf, dem Gebiet weiterhin Hilfe zu leisten. Eingedenk dessen, daß die Besuchsmissionen der Vereinten Nationen ein wirksames Mittel zur Beurteilung der Situation in den Gebieten sind, war die Versammlung der Auffassung, die Möglichkeit der zu einem geeigneten Zeitpunkt und unter Berücksichtigung vor allem der Wünsche der Bevölkerung von Tokelau erfolgenden Entsendung einer weiteren Besuchsmission in das Gebiet solle weiter erwogen werden. Die Versammlung ersuchte den Sonderausschuß, auf seiner nächsten Tagung die Prüfung der Frage – darunter auch die zu einem geeigneten Zeitpunkt und in Absprache mit der Verwaltungsmacht erfolgende mögliche Entsendung einer weiteren Besuchsmission nach Tokelau – fortzusetzen und der Versammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung darüber zu berichten.

37/415 – Pitcairn-Frage

Auf ihrer 77. Plenarsitzung vom 23. November 1982 und auf Empfehlung des Vierten Ausschusses[76] sowie nach Prüfung des diesbezüglichen Kapitels im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[84] nahm die Generalversammlung Kenntnis von der Erklärung des Vertreters des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, in der dieser erklärte, es sei die Politik seiner Regierung, möglichst viele lokale Initiativen und Unternehmen zu fördern, damit die Bevölkerung Pitcairns den größtmöglichen Nutzen aus ihrer eigenen Lebensweise ziehen könne[85]. In Kenntnisnahme der Bereitschaft der Verwaltungsmacht, alle eventuellen Änderungen des verfassungsmäßigen Status mit der Bevölkerung des Territoriums zu besprechen, wann immer diese es wünscht, und in Kenntnis dessen, daß die gegenwärtige Bevölkerungszahl es weiterhin fraglich erscheinen läßt, ob die Bewohner der Inseln in der Lage sein werden, die lebenswichtigen Dienste im Erziehungssektor, im Gesundheitsbereich sowie im Bootsverkehr, von dem ihr Handel mit vorbeifahrenden Schiffen abhängt, aufrechtzuerhalten, forderte die Versammlung die Verwaltungsmacht erneut auf, auch weiterhin die erforderlichen Maßnahmen zum Schutz der Interessen der Bevölkerung Pitcairns zu treffen. Die Versammlung ersuchte den Sonderausschuß, die Prüfung der Frage auf seiner nächsten Tagung fortzusetzen und der Versammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung darüber zu berichten.

37/416 – St. Helena-Frage

Auf ihrer 77. Plenarsitzung vom 23. November 1982 und auf Empfehlung des Vierten Ausschusses[76] sowie nach Prüfung der diesbezüglichen Kapitel im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker[86] und nach Anhörung der Erklärung des Vertreters der Verwaltungsmacht, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland[85], bekräftigte die Generalversammlung das unveräußerliche Recht des Volkes von St. Helena auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß der in Versammlungsresolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 enthaltenen Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker. Die Versammlung nahm zur Kenntnis, daß die Regierung des Vereinigten Königreichs sich verpflichtet, die Wünsche der Bevölkerung dieses Territoriums zu achten, und bat die Verwaltungsmacht in diesem Zusammenhang eindringlich, in Absprache mit den frei gewählten Vertretern des Volkes von St. Helena auch weiterhin alle notwendigen Schritte zu ergreifen, um die rasche Verwirklichung der Erklärung in bezug auf dieses Territorium zu gewährleisten. Die Versammlung äußerte die Hoffnung, die Verwaltungsmacht werde auch weiterhin Infrastruktur- und Gemeinschafts-Projekte zur Verbesserung der allgemeinen Situation der Insel verwirklichen und lokale Initiativen und Unternehmen, insbesondere im Bereich des lokalen Kunsthandwerks, fördern. Die Versammlung stellte fest, daß in diesen Sektoren zwar ein wirtschaftlicher Aufschwung stattgefunden habe, daß der Handelssektor jedoch noch immer unter der weltweiten Inflation leide. Die Versammlung bekräftigte, daß weitere Entwicklungshilfe der Verwaltungsmacht in Verbindung mit jeder eventuellen Hilfe der internationalen Gemeinschaft ein wichtiges Mittel zur Entwicklung des Wirtschaftspotentials der Insel darstelle, mit dem seine Bevölkerung besser in die Lage versetzt werden könne, die in den einschlägigen Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen genannten Ziele für die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse St. Helenas voll zu verwirklichen. Angesichts der positiven Einstellung der Verwaltungsmacht hinsichtlich der Frage der Aufnahme von Besuchsdelegationen der Vereinten Nationen in den unter ihrer Verwaltung stehenden Territorien war die Versammlung der Auffassung, die Möglichkeit, zu einem geeigneten Zeitpunkt eine solche Delegation nach St. Helena zu entsenden, solle im Auge behalten werden. Die Versammlung ersuchte den Sonderausschuß, auf seiner nächsten Tagung die Prüfung der Frage – darunter auch der Möglichkeit, zu einem geeigneten Zeitpunkt und in Absprache mit der Verwaltungsmacht eine Besuchsdelegation nach St. Helena zu entsenden – fortzusetzen und der Versammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung darüber zu berichten.

37/417 – Brunei-Frage

Auf ihrer 77. Plenarsitzung vom 23. November 1982 und auf Empfehlung des Vierten Ausschusses[87] beschloß die Generalversammlung, die Behandlung der Brunei-Frage bis zu ihrer achtunddreißigsten Tagung zurückzustellen, und ersuchte den Sonderausschuß für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker, die Lage in diesem Territorium weiterhin zu verfolgen und der Versammlung darüber zu berichten.

---

* Vgl. die Fußnote auf S. 337

[84] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 23* (A/37/23/Rev.1), Kap. XV

[85] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Fourth Committee*, 17. Sitzung, Ziffer 64-66

[86] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 23* (A/37/23/Rev.1), Kap. III und XVI

[87] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 18, Dokument A/37/621, Ziffer 29

37/418 – Die Frage von St. Kitts-Nevis

Auf ihrer 77. Plenarsitzung vom 23. November 1982 beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Vierten Ausschusses[87], die Behandlung der Frage von St. Kitts-Nevis bis zu ihrer achtunddreißigsten Tagung zurückzustellen.

37/419 – Anguilla-Frage

Auf ihrer 77. Plenarsitzung vom 23. November 1982 beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Vierten Ausschusses[87], die Behandlung der Anguilla-Frage bis zu ihrer achtunddreißigsten Tagung zurückzustellen.

37/420 – Militärische Aktivitäten und Vorkehrungen von Kolonialmächten in unter ihrer Verwaltung stehenden Territorien, die die Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker behindern könnten

Auf ihrer 77. Plenarsitzung vom 23. November 1982 verabschiedete die Generalversammlung auf Empfehlung des Vierten Ausschusses[88] folgenden Text:

"1. Nach Behandlung des im Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker enthaltenen Kapitels über einen Punkt der Tagesordnung des Sonderausschusses mit dem Titel 'Militärische Aktivitäten und Vorkehrungen von Kolonialmächten in unter ihrer Verwaltung stehenden Territorien, die die Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker behindern könnten'[89], beklagt die Generalversammlung die Tatsache, daß die in Frage kommenden Kolonialmächte keine Schritte unternommen haben, um den von der Versammlung wiederholt an sie gerichteten Ersuchen – zuletzt in Ziffer 10 ihrer Resolution 36/68 vom 1. Dezember 1981 und in Ziffer 9 des Anhangs ihrer Resolution 35/118 vom 11. Dezember 1980 mit dem Aktionsplan für die volle Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker – nachzukommen, nämlich unverzüglich und bedingungslos ihre Militärstützpunkte und -einrichtungen aus Kolonialgebieten abzuziehen und keine neuen Stützpunkte zu errichten.

"2. In Bekräftigung des unveräußerlichen Rechts der Völker aller kolonialen und abhängigen Gebiete auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit gemäß der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker in ihrer Resolution 1514 (XV) vom 14. Dezember 1960 wiederholt die Generalversammlung erneut ihre Überzeugung, daß militärische Aktivitäten und Vorkehrungen in den betroffenen Gebieten in einer großen Anzahl von Fällen ein beträchtliches Hindernis für die vollständige und rasche Verwirklichung der Erklärung im Hinblick auf diese Gebiete darstellen.

"3. Die Generalversammlung beklagt die Tatsache, daß Südafrika und die Kolonialmächte nach wie vor Aktivitäten und Vorkehrungen militärischer Natur betreiben und in Verletzung der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen und der Versammlungsresolution 1514 (XV) in Namibia und anderen Kolonialgebieten Militärstützpunkte und andere militärische Einrichtungen errichten bzw. unterhalten.

"4. Die Generalversammlung verurteilt alle militärischen Aktivitäten und Vorkehrungen in Kolonialgebieten, durch die den betroffenen Völkern die Ausübung ihres Rechts auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit vorenthalten wird.

"5. Die Generalversammlung stellt fest, daß im südlichen Afrika nach wie vor eine äußerst ernste Lage herrscht, da das rassistische Minderheitsregime Pretorias ständig weitere Machenschaften betreibt, um die Macht auf seinen Interessen dienende illegale Gruppen zu übertragen, mit dem Ziel, seine illegale Besetzung Namibias zu perpetuieren. Das illegale Besatzungsregime hat verzweifelte Maßnahmen ergriffen, um die legitimen Bestrebungen der Bevölkerung mit Gewalt zu unterdrücken und das Gebiet unter seiner Kontrolle zu behalten. In seinem eskalierenden Krieg gegen das Volk Namibias und seine nationale Befreiungsbewegung, die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO), die um Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen, hat das Regime wiederholt bewaffnete Aggressionsakte gegen die unabhängigen afrikanischen Nachbarländer, insbesondere Angola und Sambia, begangen, die zu hohen Verlusten an Menschenleben und zur Zerstörung der wirtschaftlichen Infrastruktur geführt haben.

"6. Feststellend, daß die südafrikanische Regierung ihr Netz von Militärstützpunkten in Namibia weiter ausgebaut und ihre Streitkräfte erheblich verstärkt hat, verurteilt die Generalversammlung die anhaltende Zusammenarbeit bestimmter westlicher Länder und anderer Staaten mit Südafrika, die dieses mit Waffen und militärischer Ausrüstung sowie mit Technologie versorgen, darunter auch Nukleartechnologie und -ausrüstung, die für militärische Zwecke verwendet werden können. Die Versammlung verurteilt Südafrika wegen seiner ständig weiter zunehmenden Aufrüstung in Namibia, der Anwerbung und Ausbildung von Namibiern für Stammesarmeen, des Ausbaus der sogenannten SWA/Namibia Territory Force, des Einsatzes von Söldnern zur Durchführung seiner Politik militärischer Angriffe gegen unabhängige afrikanische Staaten, insbesondere Angola und Sambia, und wegen seiner Drohungen und Subversions- und Aggressionsakte gegen diese Länder sowie wegen seiner illegalen Benutzung namibischen Territoriums zur Begehung solcher Akte. Die Versammlung denkt in dieser Hinsicht insbesondere an die einschlägigen Resolutionen der Organisation der afrikanischen Einheit.

"7. Die Generalversammlung fordert dementsprechend die unverzügliche Einstellung des Unterdrükkungskriegs, den das rassistische Minderheitsregime gegen das Volk Namibias und seine nationale Befreiungsbewegung führt, sowie den umgehenden Abbau aller Militärstützpunkte in dem Gebiet. In Bekräftigung der Rechtmäßigkeit des Kampfes des Volkes von Namibia um seine Freiheit und Unabhängigkeit appelliert die Versammlung an alle Staaten, ihre moralische und materielle Unterstützung des unterdrückten Volkes von Namibia und seiner nationalen Befreiungsbewegung zu erhöhen.

"8. Die Generalversammlung verurteilt die anhaltende militärische Kollaboration und die militärische Unterstützung, die bestimmte westliche Länder und andere Staaten der Regierung Südafrikas zukommen lassen, und fordert alle Staaten auf, die Kollaboration mit dieser Regierung und deren Unterstützung einzustellen,

[88] *Ebd.*, Tagesordnungspunkt 98, Dokument A/37/624, Ziffer 11

[89] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 23* (A/37/23/Rev.1), Kap. V

insbesondere den Verkauf von Waffen und sonstigem Kriegsgerät, durch den Südafrikas Fähigkeit gestärkt wird, Krieg gegen afrikanische Nachbarstaaten zu führen. Insbesondere fordert die Versammlung alle Regierungen auf, die Bestimmungen von Sicherheitsratsresolution 418 (1977) vom 4. November 1977 uneingeschränkt zu erfüllen, in der der Rat gemäß Kapitel VII der Charta beschloß, spezifische Sanktionen gegen Südafrika anzuwenden. In diesem Zusammenhang lenkt die Generalversammlung insbesondere die Aufmerksamkeit auf die einschlägigen Bestimmungen ihrer Resolution 36/121 vom 10. Dezember 1981 und auf die Namibia-Erklärung und das Aktionsprogramm von Aruscha[90], die vom Namibia-Rat der Vereinten Nationen auf seiner außerordentlichen Plenarsitzung vom 13. Mai 1982 in Aruscha (Vereinigte Republik Tansania) verabschiedet wurden, sowie auf die Schlußfolgerungen und Empfehlungen des vom 8. bis 11. Juni 1982 unter der Schirmherrschaft des Rats der Vereinten Nationen für Namibia in Wien abgehaltenen Seminars über die militärische Situation in und im Zusammenhang mit Namibia[91].

"9. Die Generalversammlung verurteilt die anhaltende Zusammenarbeit bestimmter westlicher Länder und anderer Staaten mit Südafrika im nuklearen Bereich. Sie fordert die betreffenden Staaten auf, jede Zusammenarbeit dieser Art zu beenden und insbesondere die Versorgung Südafrikas mit Ausrüstung, Technologie, Materialien und Ausbildung auf dem Nuklearsektor einzustellen, die Südafrikas Nuklearpotential erhöht.

"10. Feststellend, daß die Militarisierung Namibias zur Zwangsaushebung von Namibiern, zu einem stark verstärkten Flüchtlingsstrom und zu einer tragischen Zerrüttung der Familien des namibischen Volkes geführt hat, verurteilt die Generalversammlung aufs schärfste die gewaltsame und großangelegte Vertreibung von Namibiern aus ihren Heimstätten für militärische und politische Zwecke und die Einführung der Wehrpflicht für Namibier und erklärt, daß alle Maßnahmen des illegalen Besatzungsregimes zur Durchsetzung der Zwangsaushebung in Namibia null und nichtig sind.

"11. Die Generalversammlung weist auf ihre Resolution ES-8/2 vom 14. September 1981 hin, in der sie die Staaten dringend bat, ab sofort sowohl jeder für sich als auch kollektiv jeden Geschäftsverkehr mit Südafrika einzustellen, um es politisch, wirtschaftlich, militärisch und kulturell völlig zu isolieren.

"12. Die Generalversammlung beklagt die Errichtung und Unterhaltung von Militärstützpunkten und anderen Einrichtungen durch die Kolonialmächte und ihre Verbündeten in den unter ihrer Verwaltung befindlichen Kolonialgebieten, die die Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker behindern und mit den Zielen und Grundsätzen der Charta und der Versammlungsresolution 1514 (XV) unvereinbar sind.

"13. Die Generalversammlung wiederholt erneut ihre Verurteilung aller militärischen Aktivitäten und Vorkehrungen von Kolonialmächten in unter ihrer Verwaltung stehenden Gebieten, die den Interessen und Rechten der betroffenen Kolonialvölker, insbesondere ihrem Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit, abträglich sind. Die Versammlung fordert die betreffenden Kolonialmächte erneut auf, im Einklang mit ihren einschlägigen Resolutionen und insbesondere mit Ziffer 9 des Anhangs zu ihrer Resolution 35/118 mit dem Aktionsplan für die vollständige Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker solche Aktivitäten einzustellen und solche Militärstützpunkte aufzulösen.

"14. Die Generalversammlung bedauert die anhaltende zweckwidrige Verwendung von Land in Kolonialgebieten für militärische Einrichtungen. Wenn auch behauptet worden ist, daß durch die Dienste, die solche Einrichtungen benötigen, Arbeitsplätze geschaffen werden, so bedeutet die in großem Maßstab erfolgende Nutzung lokaler wirtschaftlicher Ressourcen und Arbeitskräfte für diesen Zweck doch nichtsdestoweniger eine Abzweigung von Ressourcen, die besser zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der betreffenden Gebiete verwendet werden könnten, und steht daher im Gegensatz zu den Interessen der dortigen Bevölkerung.

"15. Die Generalversammlung ersucht den Generalsekretär, durch die dem Sekretariat angehörende Hauptabteilung Presse und Information eine intensivere Aufklärungskampagne zu betreiben, um die Weltöffentlichkeit über die Tatsachen im Zusammenhang mit den militärischen Aktivitäten und Vorkehrungen in Kolonialgebieten zu informieren, die die Verwirklichung der in Versammlungsresolution 1514 (XV) enthaltenen Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker behindern.

"16. Die Generalversammlung ersucht den Sonderausschuß, die Behandlung des Punktes fortzusetzen und der Versammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung hierüber zu berichten."

37/426 – Namibiafrage

Auf ihrer 101. Plenarsitzung vom 13. Dezember 1982 nahm die Generalversammlung Kenntnis von dem Bericht des Vierten Ausschusses[92].

[90] *Ebd.*, *Beilage 24* (A/37/24), Ziffer 767
[91] *Ebd.*, Ziffer 503-537

[92] *Official Records of the General Assembly, Annexes*, Tagesordnungspunkt 32, Dokument A/37/619

7. *Beschlüsse aufgrund der Berichte des Fünften Ausschusses*

37/408 – Beitragsschlüssel für die Aufteilung der Ausgaben der Vereinten Nationen[93]

Auf ihrer 69. Plenarsitzung vom 16. November 1982 beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Fünften Ausschusses[94], den Beitragsausschuß zu ersuchen, den in seinem Bericht genannten vorgeschlagenen Beitragsschlüssel für die

[93] Vgl. auch Abschnitt VIII, Resolution 37/125
[94] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 110, Dokument A/37/617, Ziffer 11

Aufteilung der Ausgaben der Vereinten Nationen[95] erneut zu überprüfen und eingedenk der Erörterungen zu diesem Tagesordnungspunkt auf der laufenden Tagung bis zum 3. Dezember 1982 seine Empfehlungen vorzulegen, damit die Versammlung auf ihrer siebenunddreißigsten Tagung vor deren Abschluß im Dezember 1982 einen Beschluß zu der Frage fassen kann.

37/422 – Durchführung des Programms für die Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung

Auf ihrer 90. Plenarsitzung vom 3. Dezember 1982 beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Fünften Ausschusses[96], im Zusammenhang mit ihrer Resolution 37/41 vom 3. Dezember 1982 die in Anhang II des neunten Berichts des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[97] im einzelnen aufgeführten zusätzlichen Ausgaben zu bewilligen und keine Ausnahme zu Ziffer 10 von Generalversammlungsresolution 2609 (XXIV) vom 16. Dezember 1969 zu machen.

37/429 – Übergangsmaßnahmen für gegenwärtige Mitglieder der Gemeinsamen Inspektionsgruppe[98]

Auf ihrer 109. Plenarsitzung vom 17. Dezember 1982 beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Fünften Ausschusses[99], daß die folgenden Bestimmungen auf gegenwärtig bei der Gemeinsamen Inspektionsgruppe als Inspektoren tätige Personen Anwendung finden:

a) gegenwärtig im Amt befindliche Inspektoren haben die Möglichkeit der Wahl zwischen der Mitgliedschaft im Gemeinsamen Pensionsfonds der Vereinten Nationen und dem Verbleib im Versorgungsfonds für Mitglieder der Gruppe;

b) gegenwärtig im Amt befindliche Inspektoren, die sich für den Beitritt zum Gemeinsamen Pensionsfonds der Vereinten Nationen entscheiden, können entweder ab 1. Januar 1983 oder rückwirkend vom Datum ihres Diensteintritts ab beitreten, wobei einem Inspektor, der dem Gemeinsamen Pensionsfonds der Vereinten Nationen mit Wirkung vom 1. Januar 1983 beitritt, die im Versorgungsfonds der Inspektionsgruppe erworbenen Guthaben für die vor 1. Januar 1983 geleistete Dienstzeit sowie der anteilmäßige Restzinsertrag ausbezahlt werden.

37/430 – Investitionen des Gemeinsamen Pensionsfonds der Vereinten Nationen

Auf ihrer 109. Plenarsitzung vom 17. Dezember 1982 nahm die Generalversammlung auf Empfehlung des Fünften Ausschusses[99] sowie unter Hinweis auf ihre Resolution 36/119 vom 10. Dezember 1981 Kenntnis vom Bericht des Generalsekretärs über die Investitionen des Gemeinsamen Pensionsfonds der Vereinten Nationen[100].

37/444 – Satzungen der regionalen Institute für Bevölkerungsstudien in Accra und Yaoundé

Auf ihrer 114. Plenarsitzung vom 21. Dezember 1982 billigte die Generalversammlung auf Empfehlung des Fünften Ausschusses[101] die vorgeschlagenen Satzungen des Regionalinstituts für Bevölkerungsstudien in Accra[102] sowie des *Institut de formation et de recherche démographiques* in Yaoundé[103] und schloß sich den im Bericht des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen[104] enthaltenen Bemerkungen und Interpretationen an.

---

[95] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 11* (A/37/11)

[96] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 103, Dokument A/37/685, Ziffer 11

[97] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 7* (A/37/7/Add.1-24), Dokument A/37/7/ Add.8

[98] Vgl. auch Abschnitt VIII, Resolution 37/124

[99] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 113, Dokument A/37/761, Ziffer 13

[100] A/C.5/37/16

[101] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 12, Dokument A/37/783, Ziffer 7

[102] A/37/236, Anhang I

[103] *Ebd.*, Anhang II

37/445 – Aufwertung des Wirtschafts- und Sozialrats

Auf ihrer 114. Plenarsitzung vom 21. Dezember 1982 schloß sich die Generalversammlung auf Empfehlung des Fünften Ausschusses[101] den im Anhang zu Wirtschafts- und Sozialratsresolution 1980/50 vom 28. Juli 1982 enthaltenen Empfehlungen des Generalsekretärs über die Aufwertung des Rats an.

37/446 – Bericht des Wirtschafts- und Sozialrats

Auf ihrer 114. Plenarsitzung vom 21. Dezember 1982 nahm die Generalversammlung auf Empfehlung des Fünften Ausschusses[101] Kenntnis von Kapitel II, III (Abschnitt A bis G und K), IV (Abschnitt A bis C und E bis K), V, VI (Abschnitt A bis C und E), VII, VIII und IX (Abschnitt C, E, H, J und K) des Berichts des Wirtschafts- und Sozialrats[103].

37/447 – Änderungen der Ausführungsbestimmungen zum Personalstatut

Auf ihrer 114. Plenarsitzung vom 21. Dezember 1982 nahm die Generalversammlung auf Empfehlung des Fünften Ausschusses[104] Kenntnis vom Bericht des Generalsekretärs über die Änderungen der Ausführungsbestimmungen zum Personalstatut[107].

8. *Beschlüsse aufgrund der Berichte des Sechsten Ausschusses*

37/407 – Friedliche Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten[108]

Auf ihrer 68. Plenarsitzung vom 15. November 1982 beschloß die Generalversammlung auf Empfehlung des Sechsten Ausschusses[109] die Aufnahme des Punktes "Friedliche Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

37/427 – Entwurf eines Prinzipienkatalogs für den Schutz aller in irgendeiner Form der Inhaftierung oder dem Freiheitsentzug unterworfenen Personen

Auf ihrer 107. Plenarsitzung vom 16. Dezember 1982 und auf Empfehlung des Sechsten Ausschusses[110]

a) nahm die Generalversammlung mit Dank Kenntnis vom Bericht der Arbeitsgruppe für den Entwurf eines Prinzipienkatalogs für den Schutz aller in irgendeiner Form der Inhaftierung oder dem Freiheitsentzug unterworfenen Personen[111], die gemäß Generalversammlungsbeschluß 36/426 vom 10. Dezember 1981 zur Ausarbeitung einer Endfassung des Prinzipienkatalogs eingesetzt wurde, eine Aufgabe, die sie noch nicht abschließen konnte;

b) beschloß die Generalversammlung, zu Beginn ihrer achtunddreißigsten Tagung eine allen Mitgliedstaaten offenstehende Arbeitsgruppe des Sechsten Ausschusses einzusetzen, damit der Entwurf des Prinzipienkatalogs für den Schutz aller in irgendeiner Form der Inhaftierung oder dem Freiheitsentzug unterworfenen Personen beschleunigt zum Abschluß gebracht werden kann;

c) ersuchte die Generalversammlung den Generalsekretär, den Mitgliedstaaten die Berichte der auf der fünfunddreißigsten[112], sechsunddreißigsten[113] und siebenunddreißigsten[111] Tagung eingesetzten, allen Mitgliedstaaten offenstehenden Arbeitsgruppen zu übermitteln und sie zu bitten, ihre gemäß Wirtschafts- und

---

[104] A/37/613
[105] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 3* (A/37/3)
[106] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 111, Dokument A/37/764, Ziffer 39
[107] A/C.5/37/6
[108] Vgl. auch Abschnitt IX, Resolution 37/10
[109] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 122, Dokument A/37/590, Ziffer 11
[110] *Ebd.*, Tagesordnungspunkt 129, Dokument A/37/701, Ziffer 10
[111] A/C.6/37/L.16
[112] A/C.3/35/14
[113] A/C.6/36/L.16

Sozialratsresolution 1979/34 vom 10. Mai 1979[114] vorgelegten Stellungnahmen auf den neuesten Stand zu bringen oder auf der Grundlage der genannten Berichte neue Stellungnahmen abzugeben;

d) beschloß die Generalversammlung die Aufnahme des Punktes "Entwurf eines Prinzipienkatalogs für den Schutz aller in irgendeiner Form der Inhaftierung oder dem Freiheitsentzug unterworfenen Personen" in die vorläufige Tagesordnung ihrer achtunddreißigsten Tagung.

37/428 – Entwurf einer einheitlichen Geschäftsordnung für Konferenzen der Vereinten Nationen

Auf ihrer 107. Plenarsitzung vom 16. Dezember 1982 und auf Empfehlung des Sechsten Ausschusses[115]

a) beschloß die Generalversammlung, die Behandlung der Berichte des Generalsekretärs über den Entwurf einer einheitlichen Geschäftsordnung für Konferenzen der Vereinten Nationen[116] bis zu ihrer achtunddreißigsten Tagung zurückzustellen;

b) bat die Generalversammlung die Regierungen und die in Frage kommenden internationalen Organisationen, dem Generalsekretär bis 1. Mai 1983 ihre Bemerkungen zu den genannten Berichten mitzuteilen;

c) ersuchte die Generalversammlung den Generalsekretär, der Generalversammlung auf ihrer achtunddreißigsten Tagung einen Bericht über den Entwurf einer einheitlichen Geschäftsordnung für Konferenzen der Vereinten Nationen vorzulegen.

[114] Vgl. A/35/401 mit Add.1 und 2

[115] *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Annexes*, Tagesordnungspunkt 130, Dokument A/37/753, Ziffer 4

[116] A/37/163, A/C.6/37/5

ANHANG I

ZUSAMMENSETZUNG DER ORGANE

Die nachstehende Liste nennt Fundstellen für die Zusammensetzung des Sicherheitsrats, des Wirtschafts- und Sozialrats, des Treuhandrats und des Internationalen Gerichtshofs sowie von durch die Generalversammlung eingesetzten Organen. Die Zusammensetzung der betreffenden Organe findet sich in den Resolutions- und Beschlußbänden der jeweiligen Tagung auf der in der rechten Spalte angegebenen Seite.

Organ	*Tagung*	*Seite*
Abrüstungsausschuß	S-10	15*
Abrüstungskommission	S-10	12*
Ad-hoc-Ausschuß für den Indischen Ozean	35	72**
Ad-hoc-Ausschuß für die Ausarbeitung einer internationalen Konvention gegen Apartheid im Sport	31, Vol. I	14**
Ad-hoc-Ausschuß für die Weltabrüstungskonferenz	28, Vol. I	21*
Ad-hoc-Ausschuß zur Ausarbeitung einer internationalen Konvention gegen die Anwerbung, den Einsatz, die Finanzierung und die Ausbildung von Söldnern	37	335**
Anlageausschuß	37	335**
Arbeitsgruppe für Fragen der Finanzierung des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten	25	31*
Ausschuß für Anträge auf Überprüfung von Urteilen des Verwaltungsgerichts[a]	10	31*
Ausschuß für das Pensionswesen der Vereinten Nationen (Mitglieder werden von der Generalversammlung ernannt)	37	336**
Ausschuß für den Preis der Vereinten Nationen für hervorragende Leistungen auf dem Gebiet der Bevölkerungsfragen	36	156**
Ausschuß für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes	31, Vol. I	556**
Ausschuß für die Beseitigung rassischer Diskriminierung[b]		
Ausschuß für die Beziehungen zum Gastland	31, Vol. I	557**
Ausschuß für die Erschließung und Nutzung neuer und erneuerbarer Energiequellen	37	198**
Ausschuß für die friedliche Nutzung des Weltraums	35	95**
Ausschuß für die Überprüfung und Bewertung der Verwirklichung der Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen	37	159**
Ausschuß für Maßnahmen im Hinblick auf eine Konferenz zur Überprüfung der Charta	10	49*
Ausschuß für Verhandlungen über die finanzielle Notlage der Vereinten Nationen[c]	30	455*
Ausschuß von Regierungssachverständigen zur Evaluierung der derzeitigen Struktur der Sekretariats im Verwaltungs-, Finanz- und Personalbereich[d]	35	258**
Ausschuß zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau	37	232**
Beirat des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (Mitglieder werden von der Generalversammlung ernannt)	27	29*
Beitragsausschuß	37	333**
Beratender Ausschuß des Freiwilligen Fonds für die Frauendekade der Vereinten Nationen	37	338**
Beratender Ausschuß des Hilfsprogramms der Vereinten Nationen für Lehre, Studium, Verbreitung und besseres Verständnis des Völkerrechts	34, Vol. II	792**

* englischer Text (deutsche VN-Übersetzung liegt nicht vor)
** deutscher Text

[a] Besteht aus den im Präsidialausschuß der Siebenunddreißigsten Tagung der Generalversammlung vertretenen Staaten (S. Abschnitt X.A., Beschlüsse 37/302, 37/303 und 37/304).

[b] Eingesetzt gemäß Artikel 8 des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung aller Formen von rassischer Diskriminierung (Vgl. Resolution 2106 A (XX)). Zur Zusammensetzung des Ausschusses vgl. *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 18* (A/37/18), Ziffer 9

[c] *Ebd., Einunddreißigste Tagung, Beilage 37* (A/31/37), Ziffer 3

[d] Vgl. auch *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung, Beilage 44* (A/37/44), Ziffer 6

Organ	*Tagung*	*Seite*
Beratender Ausschuß für das Bildungs- und Ausbildungsprogramm der Vereinten Nationen für das südliche Afrika	34	659**
Beratender Ausschuß für das Internationale Behindertenjahr	33	452**
Beratender Ausschuß für das Internationale Jahr der Jugend	35	300*
Beratender Ausschuß für Verwaltungs- und Haushaltsfragen	37	331**
Exekutivrat des Finanzierungssystems der Vereinten Nationen für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung	37	187**
Friedensbeobachtungskommission	36	296**
Gemeinsame Inspektionsgruppe	36	295**
Gouverneursrat des Sonderfonds der Vereinten Nationen[e]	32	654**
Handels- und Entwicklungsrat[f]	31	145**
Hochrangiger Ausschuß zur Überprüfung der technischen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern[g]	35	179**
Informationsausschuß	35	104**
Interimsausschuß der Konferenz der Vereinten Nationen über einen internationalen Verhaltenskodex für den Technologietransfer	36	123**
Internationaler Gerichtshof	36	290**
Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht	37	332**
Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst	37	338**
Konferenzausschuß	35	301**
Mandatsprüfungsausschuß	37	330**
Namibia-Rat der Vereinten Nationen	33	51**
Präsidialausschuß[h]		
Programm- und Koordinierungsausschuß	37	330**
Rat für industrielle Entwicklung	37	330**
Rechnungsprüfungsausschuß	37	333**
Schlichtungskommission der Vereinten Nationen für Palästina	3, Teil I	25*
Sicherheitsrat	37	331**
Sonderausschuß für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker	36	294**
Sonderausschuß für die Charta der Vereinten Nationen und die Stärkung der Rolle der Organisation	30	495**
Sonderausschuß für die Erhöhung der Wirksamkeit des Grundsatzes der Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen[i]	32, Vol. II	621**
Sonderausschuß für friedenssichernde Operationen	32	650**
Sonderausschuß gegen Apartheid	29, Vol. II	2*
Sonderausschuß zur Auswahl der Preisträger des Menschenrechtspreises der Vereinten Nationen	21	62*
Sonderausschuß zur Untersuchung israelischer Praktiken, die die Menschenrechte der Bevölkerung der besetzten Gebiete beeinträchtigen	28, Vol. II	1*
Treuhänderausschuß des Freiwilligen Fonds der Vereinten Nationen für Opfer der Folter	36	214**
Treuhänderausschuß des Treuhandfonds der Vereinten Nationen für Südafrika	20	18*
Treuhandrat[j]	22, Vol. I	53*
Verwaltungsgericht der Vereinten Nationen	37	336**
Verwaltungsrat des Umweltprogramms der Vereinten Nationen	37	334**
Völkerrechtskommission	36	293**
Vorbereitungsausschuß für die Internationale Konferenz über die Palästinafrage	36	32**
Vorbereitungsausschuß für die Konferenz der Vereinten Nationen über Bedingungen für die Schiffsregistrierung	37	165**
Vorbereitungsausschuß für die Konferenz der Vereinten Nationen zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie	36	28**
Vorbereitungsausschuß für die Überprüfungskonferenz der Vertragsparteien der Konvention über das Verbot der Verwendung umweltverändernder Techniken zu militärischen oder sonstigen feindseligen Zwecken	37	94**

[e] Vgl. auch Beschluß 36/424

[f] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Fünfunddreißigste Tagung, Beilage 15* (A/35/15), Vol. II, Zweiter Teil, Anhang III

[g] Vgl. auch *ebd., Sechsunddreißigste Tagung, Beilage 39* (A/36/39), Abschnitt IIA

[h] Vgl. Abschnitt X.A., Beschlüsse 37/302, 37/303 und 37/304

[i] *Offizielles Protokoll der Generalversammlung, Siebenunddreißigste Tagung Beilage 41* (A/37/41), Ziffer 2

[j] Vgl. auch *Official Records of the Security Council, Thirty-seventh Year, Special Supplement No. 1*, Ziffer 2

Organ	*Tagung*	*Seite*
Vorbereitungsausschuß für die zweite Konferenz der Vereinten Nationen über die Erforschung und friedliche Nutzung des Weltraums	35	94**
Vorbereitungsausschuß für die zweite Überprüfungskonferenz der Parteien des Vertrags über das Verbot der Anbringung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und im Meeresuntergrund	37	94**
Welternährungsrat	37	334**
Wirtschafts- und Sozialrat	37	332**
Wissenschaftlicher Ausschuß der Vereinten Nationen zur Untersuchung der Auswirkungen atomarer Strahlen	28, Vol. II	2*
Wissenschaftlicher Beratungsausschuß der Vereinten Nationen[k]	9	5*
Zwischenstaatlicher Ausschuß für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung	34, Vol. I	491**

[k] Vgl. auch Resolution 1344 (XIII)

ANHANG II

ÜBEREINKÜNFTE*, ERKLÄRUNGEN UND ANDERE INSTRUMENTE

Die nachstehende Liste nennt Fundstellen für in den Resolutionsbänden im Wortlaut wiedergegebene Übereinkünfte, Erklärungen (Deklarationen) und andere Instrumente.

Titel	*Resolution*
Abkommen über die Zusammenarbeit und die Beziehungen zwischen den Vereinten Nationen und der Weltorganisation für Tourismus	32/156
Abkommen zwischen den Vereinten Nationen und dem Internationalen Agrarentwicklungsfonds	32/107
Abkommen zwischen den Vereinten Nationen und den Vereinigten Staaten von Amerika über den Amtssitz der Vereinten Nationen	169 (II)
Abkommen zwischen den Vereinten Nationen und der Carnegie-Stiftung über die Nutzung des Friedenspalastes in Den Haag mit Zusatzabkommen	84 (I) 2902 (XXVI)
Abkommen zwischen den Vereinten Nationen und der Weltorganisation für geistiges Eigentum	3346 (XXIX)
Allgemeine Erklärung der Menschenrechte	217 A (III)
Bestimmung des Begriffs Aggression	3314 (XXIX)
Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten	3281 (XXIX)
Erklärung aus Anlaß des fünfundzwanzigsten Jahrestags der Vereinten Nationen	2627 (XXV)
Erklärung der achtziger Jahre zur Zweiten Abrüstungsdekade	35/46
Erklärung der Rechte des Kindes	1386 (XIV)
Erklärung der Vereinten Nationen über die Beseitigung aller Formen von rassischer Diskriminierung	1904 (XVIII)
Erklärung des Indischen Ozeans zur Friedenszone	2832 (XXVI)
Erklärung über das Verbot der Anwendung nuklearer und thermonuklearer Waffen	1653 (XVI)
Erklärung über den Schutz aller Personen vor Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe	3452 (XXX)
Erklärung über den Schutz von Frauen und Kindern in Notstandssituationen und bei bewaffneten Konflikten	3318 (XXIX)
Erklärung über die Beseitigung aller Formen von Intoleranz und Diskriminierung aufgrund der Religion oder der Überzeugung	36/55
Erklärung über die Beseitigung der Diskriminierung der Frau	2263 (XXII)
Erklärung über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung	3201 (S-VI)
Erklärung über die Festigung der internationalen Sicherheit	2734 (XXV)
Erklärung über die Förderung der Ideale des Friedens, der gegenseitigen Achtung und der Völkerverständigung bei der Jugend	2037 (XX)
Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker	1514 (XV)
Erklärung über die Mitwirkung der Frau an der Förderung des Weltfriedens und der internationalen Zusammenarbeit	37/63
Erklärung über die Nutzung des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts im Interesse des Friedens und zum Wohl der Menschheit	3384 (XXX)
Erklärung über die Rechte der Behinderten	3447 (XXX)
Erklärung über die Rechte der geistig Zurückgebliebenen	2856 (XXVI)
Erklärung über die Rechtsgrundsätze für das Verhalten von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums	1962 (XVIII)
Erklärung über die Unzulässigkeit der Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten und über den Schutz ihrer Unabhängigkeit und Souveränität	2131 (XX)
Erklärung über die Unzulässigkeit der Intervention und der Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten	36/103
Erklärung über die Verhütung einer atomaren Katastrophe	36/100
Erklärung über die Vertiefung und Festigung der internationalen Entspannung	32/155
Erklärung über die Vorbereitung der Menschen und Völker auf ein Leben in Frieden	33/73
Erklärung über Fortschritt und Entwicklung im Sozialbereich	2542 (XXIV)

* Der Begriff "Übereinkunft" umfaßt u.a. sowohl das meist bilaterale "Abkommen" (agreement) als auch das multilaterale "Übereinkommen" (ebenfalls agreement) und die "Konvention" (convention; in älteren Vertragsnamen meist mit "Übereinkommen", in VN-Texten ab 1975 mit "Konvention" übersetzt).

Titel	*Resolution*
Erklärung über internationale Zusammenarbeit in Fragen der Abrüstung	34/88
Erklärung über Südafrika	34/93 O
Erklärung über territoriales Asyl	2312 (XXII)
Erklärung über völkerrechtliche Grundsätze für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen Staaten im Sinne der Charta der Vereinten Nationen	2625 (XXV)
Erklärung von Grundsätzen für den Meeresboden und den Meeresuntergrund außerhalb der Grenzen nationaler Juridiktion	2749 (XXV)
Erklärung von Manila über die friedliche Beilegung von internationalen Streitigkeiten	37/10
Grundsätze zur Regelung des Einsatzes künstlicher Erdsatelliten für die internationale Fernsehübertragung durch Staaten	37/92
Internationale Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen	35/56
Internationale Entwicklungsstrategie für die Zweite Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen	2626 (XXV)
Internationale Erklärung gegen Apartheid im Sport	32/105 M
Internationale Konvention gegen Geiselnahme	34/146
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte mit Fakultativprotokoll	2200 A (XXI)
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte	2200 A (XXI)
Internationales Übereinkommen über die Beendigung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid	3068 (XXVIII)
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung aller Formen von rassischer Diskriminierung	2106 A (XX)
Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von bakteriologischen (biologischen) und Toxin-Waffen und über ihre Vernichtung	2826 (XXVI)
Konvention über das Verbot der Verwendung umweltverändernder Techniken zu militärischen oder sonstigen feindseligen Zwecken	31/72
Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau	34/180
Konvention über die Nichtanwendbarkeit von Verjährungsbestimmungen auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit	2391 (XXIII)
Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermords	260 A (III)
Übereinkommen über den internationalen Anspruch auf Richtigstellung	630 (VII)
Übereinkommen über die Erklärung des Ehewillens, das Heiratsmindestalter und die Registrierung von Eheschließungen	1763 A (XVI)
Übereinkommen über die politischen Rechte der Frau	640 (VII)
Übereinkommen über die Registrierung von in den Weltraum gestarteten Gegenständen	3235 (XXIX)
Übereinkommen über die Rettung und Rückführung von Raumfahrern sowie die Rückgabe von in den Weltraum gestarteten Gegenständen	2345 (XXII)
Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit verheirateter Frauen	1040 (XI)
Übereinkommen über die Verhütung und Bestrafung von Straftaten gegen völkerrechtlich geschützte Personen einschließlich Diplomaten	3166 (XXVIII)
Übereinkommen über die völkerrechtliche Haftung für Schäden durch Weltraumgegenstände	2777 (XXVI)
Übereinkommen über die Vorrechte und Immunitäten der Sonderorganisationen*	179 (II)
Übereinkommen über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen	22 A (I)
Übereinkommen über Sondergesandtschaften und Fakultativprotokoll für die obligatorische Streitbeilegung	2530 (XXIV)
Übereinkommen zur Beendigung des Menschenhandels und der Ausbeutung der Prostitution anderer Personen	317 (IV)
Übereinkommen zur Regelung der Tätigkeiten von Staaten auf dem Mond und anderen Himmelskörpern	34/68
Verhaltenskodex für Beamte mit Polizeibefugnissen	34/169
Vertrag über das Verbot der Anbringung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und im Meeresgrund	2660 (XXV)
Vertrag über die Grundsätze zur Regelung des Verhaltens von Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraums einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper	2222 (XXI)
Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen	2373 (XXII)
Weltcharta für die Natur	37/7

* specialized agencies (etwa: Fachorganisationen) im Sinne von Art. 57 der VN-Charta: in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder mit "Sonderorganisationen" bzw. mit "Spezialorganisationen" wiedergegeben.

ANHANG III

INDEX DER RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE
(nach Tagesordnungspunkten)

Die nachstehende Liste führt die von der siebenunddreißigsten Tagung der Generalversammlung (21. September 1982 bis 13. Mai 1983) verabschiedeten Resolutionen und Beschlüsse nach Tagesordnungspunkten auf. Das nach laufenden Nummern geordnete Verzeichnis der Resolutionen und Beschlüsse findet sich in Anhang IV.

Punkt			*Seite*
1.	Eröffnung der Tagung durch den Leiter der Delegation des Irak		
2.	Schweigeminute für Gebet bzw. Besinnung		
3.	Beglaubigungsschreiben der Vertreter für die siebenunddreißigste Tagung der Generalversammlung		
	a) Ernennung der Mitglieder des Mandatsprüfungsausschusses ...	Beschluß 37/301	330
	b) Berichte des Mandatsprüfungsausschusses	Resolutionen 37/5 A und B	16
4.	Wahl des Präsidenten der Generalversammlung.....	Beschluß 37/302	330
5.	Wahl der Vorstände der Ausschüsse	Beschluß 37/303	330
6.	Wahl der Vizepräsidenten der Generalversammlung	Beschluß 37/304	330
7.	Mitteilung des Generalsekretärs nach Artikel 12 Absatz 2 der Charta der Vereinten Nationen	Beschluß 37/410	339
8.	Annahme der Tagesordnung und Organisation der Arbeit	Beschluß 37/452	340
	a) Bericht des Präsidialausschusses.....	Beschluß 37/401	339
		Beschluß 37/402	339
	b) Nebenorgane der Generalversammlung	Resolution 37/14 C	282
		Beschluß 37/403	339
9.	Generaldebatte		
10.	Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Organisation ...	Resolution 37/67	30
11.	Bericht des Sicherheitsrats.....	Beschluß 37/435	339
12.	Bericht des Wirtschafts- und Sozialrats	Resolution 37/16	22
		Resolution 37/32	274
		Resolution 37/132	131
		Resolution 37/133	131
		Resolution 37/134	131
		Resolution 37/135	132
		Resolution 37/136	132
		Resolution 37/137	133
		Resolution 37/138	133
		Resolution 37/139	134
		Resolution 37/140	135
		Resolution 37/168	232
		Resolution 37/169	233
		Resolution 37/170	234
		Resolution 37/171	234
		Resolution 37/172	235
		Resolution 37/173	235
		Resolution 37/174	236
		Resolution 37/175	236
		Resolution 37/176	237
		Resolution 37/177	237
		Resolution 37/178	238
		Resolution 37/179	239
		Resolution 37/180	241
		Resolution 37/181	241
		Resolution 37/182	241
		Resolution 37/183	242
		Resolution 37/184	243
		Resolution 37/185	243
		Resolution 37/186	245
		Beschluß 37/409	339
		Beschluß 37/431	341
		Beschluß 37/444	348
		Beschluß 37/445	349
		Beschluß 37/446	349

Punkt			Seite
13.	Bericht des Internationalen Gerichtshofs	Beschluß 37/436	340
14.	Bericht der Internationalen Atomenergie-Organisation	Resolution 37/19	24
15.	Wahlen zur Besetzung freiwerdender Stellen in Hauptorganen		
	a) Wahl von fünf nichtständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats	Beschluß 37/306	331
	b) Wahl von achtzehn Mitgliedern des Wirtschafts- und Sozialrats	Beschluß 37/307	332
16.	Wahlen zur Besetzung freiwerdender Stellen in Nebenorganen und andere Wahlen:		
	a) Wahl von fünfzehn Mitgliedern des Rats für industrielle Entwicklung	Beschluß 37/311	333
	b) Wahl von neunzehn Mitgliedern des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen	Beschluß 37/312	334
	c) Wahl von zwölf Mitgliedern des Welternährungsrats	Beschluß 37/313	334
	d) Wahl von sieben Mitgliedern des Programm- und Koordinierungsausschusses	Beschluß 37/314	335
	e) Wahl der Mitglieder des Gouverneursrats des Sonderfonds der Vereinten Nationen für Entwicklungsländer in Binnenlage	Beschluß 37/320	337
	f) Wahl von siebzehn Mitgliedern der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht	Beschluß 37/308	332
	g) Wahl des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge	Beschluß 37/319	337
17.	Ernennungen zur Besetzung freiwerdender Stellen in Nebenorganen und andere Ernennungen		
	a) Ernennung von fünf Mitgliedern des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen	Beschluß 37/305 A und B	331
	b) Ernennung von sechs Mitgliedern des Beitragsausschusses	Beschluß 37/309	333
	c) Ernennung eines Mitglieds des Rechnungsprüfungsausschusses	Beschluß 37/310	333
	d) Bestätigung der Ernennung dreier Mitglieder des Anlageausschusses	Beschluß 37/316	335
	e) Ernennung von drei Mitgliedern des Verwaltungsgerichts der Vereinten Nationen	Beschluß 37/317	336
	f) Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst	Beschluß 37/325	338
	i) Ernennung von fünf Kommissionsmitgliedern		
	ii) Benennung des Vorsitzenden und Stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission		
	g) Ernennung von drei Mitgliedern und drei Ersatzmitgliedern des Ausschusses für das Pensionswesen der Vereinten Nationen	Beschluß 37/318	336
	h) Ernennung der Mitglieder des Beratenden Ausschusses für den Freiwilligen Fonds für die Frauendekade der Vereinten Nationen	Beschluß 37/326	338
	i) Bestätigung der Ernennung des Exekutivdirektors der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung	Beschluß 37/321	337
	j) Bestätigung der Ernennung des Generalsekretärs der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen	Beschluß 37/322	337
	k) Ernennung des Namibiabeauftragten der Vereinten Nationen	Beschluß 37/324	338
	l) Bestätigung der Ernennung des Exekutivdirektors des Sonderfonds der Vereinten Nationen für Entwicklungsländer in Binnenlage	Beschluß 37/323	337
18.	Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker	Resolution 37/20	261
		Resolution 37/21	262
		Resolution 37/22	263
		Resolution 37/23	264
		Resolution 37/24	265
		Resolution 37/25	266
		Resolution 37/26	267
		Resolution 37/27	269
		Resolution 37/28	269
		Resolution 37/35	25
		Resolution 37/36	27
		Beschluß 37/411	343
		Beschluß 37/412	343
		Beschluß 37/413	344
		Beschluß 37/414	344
		Beschluß 37/415	345
		Beschluß 37/416	345
		Beschluß 37/417	345
		Beschluß 37/418	346
		Beschluß 37/419	346
		Beschluß 37/421	339

Punkt			Seite
	a)	Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker	
	b)	Bericht des Generalsekretärs	
19.	Aufnahme neuer Mitglieder in die Vereinten Nationen		
20.	Die Lage in Kampuchea: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/6	16
21.	Behandlung und Verabschiedung des revidierten Entwurfs einer Weltcharta für die Natur: Bericht des Generalsekretärs.....	Resolution 37/7	17
22.	Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der Islamischen Konferenz: Bericht des Generalsekretärs.	Resolution 37/4	15
23.	Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Arabischen Liga: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/17	23
24.	Die bewaffnete israelische Aggression gegen die nuklearen Anlagen des Irak und deren schwerwiegende Folgen für das die friedliche Nutzung der Kernenergie betreffende internationale System, die Nichtverbreitung von Kernwaffen sowie den Weltfrieden und die internationale Sicherheit: Bericht des Generalsekretärs.....	Resolution 37/18	24
25.	Die Lage in Afghanistan und ihre Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/37	27
26.	Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und dem Afro-asiatischen Rechtsberatungsausschuß	Resolution 37/8	19
27.	Vorbereitung der Konferenz der Vereinten Nationen zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie: Bericht des Vorbereitungsausschusses der Konferenz der Vereinten Nationen zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie	Resolution 37/167 Beschluß 37/453 Beschluß 37/454	45 340 340
28.	Dritte Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen	Resolution 37/66	29
29.	Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der afrikanischen Einheit: Bericht des Generalsekretärs....	Resolution 37/15	20
30.	Die Frage der Komoren-Insel Mayotte: Bericht des Generalsekretärs.	Resolution 37/65	28
31.	Palästinafrage.....	Resolution 37/86 A bis E	39
	a)	Bericht des Ausschusses für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes	
	b)	Bericht des Vorbereitungsausschusses für die internationale Konferenz über die Palästinafrage	
	c)	Berichte des Generalsekretärs	
32.	Namibiafrage	Resolution 37/233 A bis E Beschluß 37/425	46 341
	a)	Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker	
	b)	Bericht des Namibia-Rats der Vereinten Nationen	
	c)	Berichte des Generalsekretärs	
33.	Apartheid-Politik der Regierung Südafrikas.....	Resolution 37/1 Resolution 37/2 Resolution 37/68 Resolutionen 37/69 A bis J Resolution 37/101 Beschluß 37/406	14 14 30 31 41 341
	a)	Bericht des Sonderausschusses gegen Apartheid	
	b)	Bericht des Ad-hoc-Ausschusses für die Ausarbeitung einer Internationalen Konvention gegen Apartheid im Sport	
	c)	Berichte des Generalsekretärs	
34.	Die Lage im Mittleren Osten: Bericht des Generalsekretärs.....	Resolution 37/123 A bis F	41
35.	Die Frage des Friedens, der Stabilität und der Zusammenarbeit in Südostasien	Beschluß 37/405	339
36.	Die Frage der gerechten Verteilung bzw. der Erhöhung der Zahl der Sitze im Sicherheitsrat	Beschluß 37/450	340
37.	Zypernfrage: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/253 Beschluß 37/455	56 341
38.	Ingangsetzung globaler Verhandlungen über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung[1]	Beschluß 37/438	340

[1] Vgl. auch Abschnitt X.B.1, Beschluß 37/452

Punkt			Seite
39.	Wirtschaftliche und soziale Folgen des Wettrüstens und dessen äußerst nachteilige Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/70	61
40.	Reduzierung der Militärhaushalte	Resolutionen 37/95 A und B	83
	a) Bericht der Abrüstungskommission		
	b) Bericht des Generalsekretärs		
41.	Durchführung der Generalversammlungsresolution 36/83 über die Unterzeichnung und Ratifizierung des Zusatzprotokolls I zum Vertrag über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco)	Resolution 37/71	61
42.	Einstellung aller Kernwaffen-Versuchsexplosionen: Bericht des Abrüstungsausschusses	Resolution 37/72	62
43.	Durchführung der Generalversammlungsresolution 36/85: Bericht des Abrüstungsausschusses	Resolution 37/73	63
44.	Verwirklichung der Erklärung über die Entnuklearisierung Afrikas: Bericht des Generalsekretärs	Resolutionen 37/74 A und B	64
45.	Errichtung einer kernwaffenfreien Zone im Mittleren Osten	Resolution 37/75	66
46.	Errichtung einer kernwaffenfreien Zone in Südasien: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/76	66
47.	Verbot der Entwicklung und Herstellung neuer Arten von Massenvernichtungswaffen sowie neuer derartiger Waffensysteme: Bericht des Abrüstungsausschusses	Resolutionen 37/77 A und B	67
48.	Verwirklichung der Erklärung des Indischen Ozeans zur Friedenszone: Bericht des Ad-hoc-Ausschusses für den Indischen Ozean	Resolution 37/96	85
49.	Weltabrüstungskonferenz: Bericht des Ad-hoc-Ausschusses für die Weltabrüstungskonferenz	Resolution 37/97	86
50.	Überprüfung der Durchführung der Empfehlungen und Beschlüsse der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung	Resolutionen 37/78 A und B	68
	a) Bericht der Abrüstungskommission	Resolution 37/78 H	73
	b) Bericht des Abrüstungsausschusses	Resolution 37/78 G	73
	c) Abrüstungswoche: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/78 D	70
	d) Kernwaffen in allen ihren Aspekten: Bericht des Abrüstungsausschusses	Resolution 37/78 C	70
	e) Stand der bilateralen Abrüstungsübereinkommen: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/78 K	75
	f) Nichteinsatz von Kernwaffen und Verhinderung eines Kernwaffenkrieges	Resolutionen 37/78 I und J	74
	g) Verbot der nuklearen Neutronenwaffe: Bericht des Abrüstungsausschusses	Resolution 37/78 E	71
	h) Durchführung der Empfehlungen und Beschlüsse der Zehnten Sondertagung: Bericht des Abrüstungsausschusses	Resolution 37/78 F	72
51.	Konferenz der Vereinten Nationen über das Verbot bzw. die Einschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, bei denen man davon ausgehen kann, daß sie unnötige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/79	75
52.	Abschluß einer internationalen Konvention zur Erhöhung der Sicherheit der Nichtkernwaffenstaaten vor dem Einsatz bzw. der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen: Bericht des Abrüstungsausschusses	Resolution 37/80	76
53.	Abschluß wirksamer internationaler Vereinbarungen zur Sicherung der Nichtkernwaffenstaaten vor dem Einsatz bzw. der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen: Bericht des Abrüstungsausschusses	Resolution 37/81	77
54.	Chemische und bakteriologische (biologische) Waffen	Resolutionen 37/98 A bis E	87
	a) Bericht des Abrüstungsausschusses		
	b) Bericht des Generalsekretärs		
55.	Allgemeine und vollständige Abrüstung	Resolutionen 37/99 B und F bis J	90
	a) Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und Anwendung von radiologischen Waffen: Bericht des Abrüstungsausschusses	Resolution 37/99 C	91

Punkt		Seite
	b) Verhinderung eines Rüstungswettlaufs im Weltraum und Verbot von Anti-Satelliten-Systemen: Bericht des Abrüstungsausschusses	Resolution 37/99 D 92
	c) Institutionelle Regelungen für den Abrüstungsprozeß	Resolution 37/99 K 96
	d) Nichtstationierung von Kernwaffen auf dem Territorium von Staaten, in denen sich gegenwärtig keine solchen Waffen befinden: Bericht des Abrüstungsausschusses	Resolution 37/99 A 90
	e) Verbot der Produktion von spaltbarem Material für Rüstungszwecke: Bericht des Abrüstungsausschusses	Resolution 37/99 E 92
	f) Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Waffen (SALT)	
56.	Nukleare Rüstung Israels: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/82 78
57.	Abschluß eines Vertrags über das Verbot der Stationierung von Waffen jedweder Art im Weltraum: Bericht des Abrüstungsausschusses	Resolution 37/83 79
58.	Entwicklung und Festigung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen den Staaten: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/117 103
59.	Überprüfung der Verwirklichung der Erklärung über die Festigung der internationalen Sicherheit: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/118 104
60.	Auswirkungen der atomaren Strahlung: Bericht des Wissenschaftlichen Ausschusses der Vereinten Nationen zur Untersuchung der Auswirkungen der atomaren Strahlung	Resolution 37/87 108
61.	Bericht des Sonderausschusses zur Untersuchung israelischer Praktiken, die die Menschenrechte der Bevölkerung der besetzten Gebiete beeinträchtigen	Resolutionen 37/88 A bis G 108
62.	Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung des Weltraums	Resolution 37/89 112
	a) Bericht des Ausschusses für die friedliche Nutzung des Weltraums	
	b) Zweite Konferenz der Vereinten Nationen über die Erforschung und friedliche Nutzung des Weltraums	Resolution 37/90 114
	i) Bericht des Vorbereitungsausschusses für die Konferenz	
	ii) Bericht der Konferenz	
63.	Ausarbeitung einer internationalen Konvention über die Grundsätze zur Regelung des Einsatzes künstlicher Erdsatelliten zur Fernsehdirektübertragung durch Staaten: Bericht des Ausschusses für die friedliche Nutzung des Weltraums	Resolution 37/92 115
64.	Umfassende Prüfung aller Aspekte des Gesamtproblems der Friedenssicherungsmaßnahmen	Resolution 37/93 117
65.	Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten	Resolutionen 37/120 A bis K 122
	a) Bericht des Generalbeauftragten	
	b) Bericht der Arbeitsgruppe für Fragen der Finanzierung des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten	
	c) Bericht der Schlichtungskommission der Vereinten Nationen für Palästina	
	d) Berichte des Generalsekretärs	
66.	Internationale Zusammenarbeit zur Vermeidung neuer Flüchtlingsströme: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/121 127
67.	Fragen aus dem Informationsbereich	Resolutionen 37/94 A und B 117
	a) Bericht des Informationsausschusses	
	b) Bericht des Generalsekretärs	
	c) Bericht des Generaldirektors der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur	
68.	Israels Beschluß zum Bau eines Kanals zur Verbindung des Mittelmeers mit dem Toten Meer: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/122 127
69.	Die Frage der madagassischen Inseln Glorieuses, Juan de Nova, Europa und Bassas da India	Beschluß 37/424 341
70.	Die Frage der Zusammensetzung der wichtigeren Organe der Vereinten Nationen	Beschluß 37/425 341
71.	Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit	Resolution 37/251 200 Resolution 37/252 201 Beschluß 37/439 341

Punkt			Seite
	a) Internationale Entwicklungsstrategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen	Resolution 37/202	159
		Resolution 37/203	160
	b) Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten	Resolution 37/204	161
	c) Handel und Entwicklung	Resolution 37/205	161
		Resolution 37/206	162
		Resolution 37/207	163
		Resolution 37/208	164
		Resolution 37/209	165
		Resolution 37/210	166
		Resolution 37/211	166
		Beschluß 37/440	342
		Beschluß 37/441	342
	i) Bericht des Handels- und Entwicklungsrats		
	ii) Bericht des Generalsekretärs		
	iii) Berichte des Generalsekretärs der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen		
	d) Industrialisierung	Resolution 37/212	167
		Resolution 37/213	169
	i) Bericht des Rats für industrielle Entwicklung		
	ii) Bericht des Generalsekretärs		
	e) Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung: Bericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung	Resolution 37/244	187
	f) Ernährungsprobleme	Resolution 37/245	190
		Resolution 37/246	191
		Resolution 37/247	192
		Beschluß 37/448	343
	i) Bericht des Welternährungsrats		
	ii) Bericht des Generalsekretärs		
	g) Wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern	Resolution 37/248	195
	h) Neugliederung des Wirtschafts- und Sozialbereichs des Systems der Vereinten Nationen: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/214	169
		Beschluß 37/442	342
	i) Umwelt	Resolution 37/215	170
		Resolution 37/216	171
		Resolution 37/217	172
		Resolution 37/218	173
		Resolution 37/219	173
		Resolution 37/220	175
	i) Bericht des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen über seine Spezialtagung und seine zehnte Tagung		
	ii) Berichte des Generalsekretärs		
	j) Wohn- und Siedlungswesen	Resolution 37/221	175
		Resolution 37/222	176
		Resolutionen 37/223 A bis C	177
	i) Bericht der Kommission für Wohn- und Siedlungswesen		
	ii) Berichte des Generalsekretärs		
	k) Die volle gesellschaftliche Partizipation der Frau und ihre Einbeziehung in den Entwicklungsprozeß: Bericht des Generalsekretärs	Beschluß 37/449	343
	l) Langfristige Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/249	196
	m) Sonderfonds der Vereinten Nationen		
	n) Neue und erneuerbare Energiequellen	Resolution 37/250	197
	i) Bericht des Interimsausschusses für neue und erneuerbare Energiequellen		
	ii) Bericht des Generalsekretärs		
	o) Verwirklichung des Neuen substantiellen Aktionsprogramms für die achtziger Jahre zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/224	179
	p) Neue menschlichere Weltordnung: Moralische Aspekte der Entwicklung	Resolution 37/225	180
72.	Operative Aktivitäten im Dienste der Entwicklung		
	a) Operative Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen im Dienste der Entwicklung: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/226	181

Punkt			Seite
	b) Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/227	183
		Resolution 37/228	184
	c) Kapitalentwicklungsfonds der Vereinten Nationen		
	d) Selbsterneuerungsfonds der Vereinten Nationen für die Erforschung natürlicher Ressourcen		
	e) Fonds der Vereinten Nationen für Bevölkerungsfragen		
	f) Entwicklungshelferprogramm der Vereinten Nationen	Resolution 37/229	184
	g) Sonderfonds der Vereinten Nationen für Entwicklungsländer in Binnenlage	Resolution 37/230	185
	h) Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen	Resolution 37/231	186
	i) Welternährungsprogramm		
	j) Tätigkeit des Generalsekretärs auf dem Gebiet der technischen Zusammenarbeit	Resolution 37/232	186
73.	Ausbildung und Forschung		
	a) Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen: Bericht des Exekutivdirektors	Resolution 37/141	137
		Resolution 37/142	137
	b) Universität der Vereinten Nationen: Bericht des Rats der Universität der Vereinten Nationen	Resolution 37/143	137
		Beschluß 37/432	341
74.	Besondere Wirtschafts- und Katastrophenhilfe		
	a) Amt des Koordinators der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe: Berichte des Generalsekretärs	Resolution 37/144	138
	b) Besondere Wirtschaftshilfeprogramme: Berichte des Generalsekretärs	Resolution 37/145	140
		Resolution 37/146	141
		Resolution 37/147	142
		Resolution 37/148	142
		Resolution 37/149	143
		Resolution 37/150	145
		Resolution 37/151	145
		Resolution 37/152	147
		Resolution 37/153	148
		Resolution 37/154	149
		Resolution 37/155	149
		Resolution 37/156	150
		Resolution 37/157	151
		Resolution 37/159	152
		Resolution 37/160	153
		Resolution 37/161	155
		Resolution 37/162	156
		Resolution 37/163	157
		Resolution 37/164	158
		Resolution 37/166	45
		Beschluß 37/433	341
		Beschluß 37/434	341
	c) Verwirklichung des mittel- und langfristigen Regenerierungs- und Sanierungsprogramms in der Sudan-Sahel-Region: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/165	158
75.	Nachteilige Auswirkungen der Gewährung von politischer, militärischer, wirtschaftlicher und andersartiger Unterstützung an koloniale und rassistische Regime im Süden Afrikas auf die Wahrnehmung der Menschenrechte	Resolution 37/39	204
76.	Durchführung des Programms für die Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/40	206
		Resolution 37/41	208
		Beschluß 37/422	348
77.	Internationales Jahr der Jugend für Partizipation, Entwicklung und Frieden: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/48	216
		Resolution 37/49	218
78.	Die Weltsoziallage: Berichte des Generalsekretärs	Resolution 37/54	223
		Resolution 37/55	225
79.	Die Bedeutung der universellen Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der baldigen Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker für die effektive Ge-		

Punkt			Seite
	währleistung und Einhaltung der Menschenrechte: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/42	209
		Resolution 37/43	210
80.	Beseitigung aller Formen von rassischer Diskriminierung		
	a) Bericht des Ausschusses für die Beseitigung rassischer Diskriminierung	Resolution 37/44	212
		Resolution 37/46	213
	b) Stand des Internationalen Übereinkommens über die Beseitigung aller Formen von rassischer Diskriminierung: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/45	213
	b) Stand des Internationalen Übereinkommens über die Beendigung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/47	214
81.	Jugendpolitik und Jugendprogramme: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/50	218
82.	Die Frage der älteren und alten Menschen: Berichte des Generalsekretärs	Resolution 37/51	219
83.	Weltversammlung zur Frage des Alterns	Resolution 37/51	219
84.	Beseitigung aller Formen religiöser Intoleranz	Resolution 37/187	245
85.	Die Menschenrechte und die wissenschaftlich-technische Entwicklung: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/188	246
		Resolution 37/189	246
86.	Die Frage einer Konvention über die Rechte des Kindes	Resolution 37/190	248
87.	Die Internationalen Menschenrechtspakte	Resolution 37/191	248
		Resolution 37/192	249
	a) Bericht des Menschenrechtsausschusses		
	b) Stand des Internationalen Pakts für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte und des Fakultativprotokolls zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte: Bericht des Generalsekretärs		
	c) Bessere Bekanntmachung der Arbeit des Menschenrechtsausschusses: Bericht des Generalsekretärs		
	d) Ausarbeitung eines zweiten Fakultativprotokolls zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte mit dem Ziel der Abschaffung der Todesstrafe: Bericht des Generalsekretärs		
88.	Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe	Resolution 37/193	250
	a) Einseitige Erklärung der Mitgliedstaaten gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe: Bericht des Generalsekretärs		
	b) Entwurf eines Kodex ärztlicher Ethik: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/194	250
89.	Weltaktionsprogramm zugunsten der Behinderten: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/52	220
		Resolution 37/53	221
90.	Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge		
	a) Bericht des Hohen Kommissars	Resolution 37/195	252
	b) Frage der Beibehaltung des Amts des Hohen Kommissars	Resolution 37/196	253
	c) Hilfe für Flüchtlinge in Afrika: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/197	254
91.	Frauendekade der Vereinten Nationen für Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden	Resolution 37/56	225
		Resolution 37/57	226
		Resolution 37/59	227
		Resolution 37/60	228
		Resolution 37/61	229
	a) Durchführung des Aktionsprogramms für die zweite Hälfte der Frauendekade der Vereinten Nationen: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/58	227
	b) Freiwilliger Fonds für die Frauendekade der Vereinten Nationen: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/62	229
	c) Entwurf einer Erklärung über die Mitwirkung der Frau am Kampf um die Festigung des Weltfriedens und bei der Lösung anderer lebenswichtiger nationaler und internationaler Probleme: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/63	230
92.	Stand der Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/64	232
93.	Internationale Kampagne gegen den Drogenhandel: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/198	255

Punkt			Seite
94.	Weitere im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen in Frage kommende Ansätze und Möglichkeiten zur besseren effektiven Sicherung der Menschenrechte und Grundfreiheiten	Resolution 37/199 Resolution 37/200 Beschluß 37/437	256 257 343
95.	Neue internationale humanitäre Ordnung: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/201	258
96.	Informationen aus den Gebieten ohne Selbstregierung gemäß Artikel 73 *e*) der Charta der Vereinten Nationen	Resolution 37/29	270
	a) Bericht des Generalsekretärs		
	b) Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker		
97.	Osttimor-Frage	Resolution 37/30	271
	a) Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker		
	b) Bericht des Generalsekretärs		
98.	Tätigkeit fremder wirtschaftlicher und sonstiger Interessen, die die Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker in Namibia und in allen anderen unter Kolonialherrschaft stehenden Gebieten sowie die Bemühungen um die Beseitigung von Kolonialismus, Apartheid und rassischer Diskriminierung im südlichen Afrika behindern	Resolution 37/31 Beschluß 37/420	271 346
	a) Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker		
	b) Bericht des Generalsekretärs		
99.	Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker durch die Sonderorganisationen* und die den Vereinten Nationen angeschlossenen internationalen Institutionen	Resolution 37/32	274
	a) Bericht des Sonderausschusses für den Stand der Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker		
	b) Bericht des Generalsekretärs		
100.	Bildungs- und Ausbildungsprogramm der Vereinten Nationen für das südliche Afrika: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/33	277
101.	Von Mitgliedstaaten angebotene Studien- und Ausbildungsmöglichkeiten für Einwohner von Gebieten ohne Selbstregierung: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/34	277
102.	Finanzberichte und Jahresabschlüsse sowie Berichte des Rechnungsprüfungsausschusses	Resolution 37/12	280
	a) Vereinte Nationen		
	b) Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen		
	c) Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen		
	d) Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten		
	e) Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen		
	f) Freiwillige Beiträge unter der Verwaltung des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge		
	g) Fonds des Umweltprogramms der Vereinten Nationen		
	h) Fonds der Vereinten Nationen für Bevölkerungsfragen		
	i) Stiftung der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen		
103.	Programmhaushalt für den Zweijahreszeitraum 1982-1983	Resolution 37/237 Resolution 37/238 Resolution 37/239 Resolution 37/240 Resolution 37/241 Resolution 37/242 Resolution 37/243 A bis C	301 303 304 304 305 306 306
103.	Programmhaushalt für den Zweijahreszeitraum 1982-1983		
104.	Programmplanung	Resolution 37/234	294
	a) Bericht des Programm- und Koordinierungsausschusses		
	b) Mittelfristiger Plan für den Zeitraum 1984-1989		
	c) Berichte des Generalsekretärs		

* specialized agencies (etwa: Fachorganisationen) im Sinne von Art. 57 der VN-Charta; in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder mit "Sonderorganisationen" bzw. mit "Spezialorganisationen" wiedergegeben.

Punkt			Seite
105.	Finanzielle Notlage der Vereinten Nationen	Resolution 37/13	280
	a) Bericht des Ausschusses für Verhandlungen über die finanzielle Notlage der Vereinten Nationen		
	b) Bericht des Generalsekretärs		
106.	Verwaltungs- und Haushaltskoordinierung der Vereinten Nationen mit den Sonderorganisationen* und der Internationalen Atomenergie-Organisation		
	a) Bericht des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen	Resolution 37/128	291
	b) Auswirkungen der Inflation und der monetären Instabilität auf den öffentlichen Haushalt der Vereinten Nationen	Resolution 37/130	292
	c) Praktische Möglichkeit der Einsetzung eines einheitlichen Verwaltungsgerichts: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/129	292
107.	Gemeinsame Inspektionsgruppe: Berichte der Gemeinsamen Inspektionsgruppe	Resolution 37/124	285
108.	Konferenzplan	Resolutionen 37/14 B und E	281
	a) Bericht des Konferenzausschusses	Resolution 37/14 A	281
	b) Berichte des Generalsekretärs		
109.	Kontrolle und Begrenzung der Dokumentation	Resolutionen 37/14 C und D	282
110.	Beitragsschlüssel für die Kostenverteilung der Vereinten Nationen: Bericht des Beitragsausschusses	Resolutionen 37/125 A und B Beschluß 37/408	286 347
111.	Personalfragen	Resolutionen 37/235 A bis D Beschluß 37/447	298 349
	a) Zusammensetzung des Sekretariats: Bericht des Generalsekretärs		
	b) Achtung der Vorrechte und Immunitäten der Bediensteten der Vereinten Nationen und der Sonderorganisationen* sowie der angeschlossenen Organisationen: Bericht des Generalsekretärs		
	c) Sonstige Personalfragen		
112.	Bericht der Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst	Resolution 37/126	288
113.	Pensionssystem der Vereinten Nationen	Beschluß 37/429 Beschluß 37/430	348 348
	a) Bericht des Gemeinsamen Ausschusses für das Pensionswesen der Vereinten Nationen	Resolution 37/131	293
	b) Berichte des Generalsekretärs		
114.	Finanzierung der Friedenssicherungsstreitkräfte der Vereinten Nationen im Mittleren Osten		
	a) Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung: Bericht des Generalsekretärs	Resolutionen 37/38 A und B	284
	b) Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon: Bericht des Generalsekretärs	Resolutionen 37/127 A und B	290
115.	Entwurf für einen Kodex der Vergehen gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschen: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/102	315
116.	Schrittweise Weiterentwicklung der Grundsätze und Normen des Völkerrechts im Zusammenhang mit der neuen internationalen Wirtschaftsordnung: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/103	315
117.	Resolutionen der Konferenz der Vereinten Nationen über die Vertretung von Staaten in ihren Beziehungen zu internationalen Organisationen		
	a) Resolution zur Frage des Beobachterstatus der von der Organisation der afrikanischen Einheit und/oder der Arabischen Liga anerkannten nationalen Befreiungsbewegungen: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/104	316
	b) Resolution zur Frage der Anwendung des entsprechenden Übereinkommens bei der künftigen Tätigkeit internationaler Organisationen		
118.	Bericht des Sonderausschusses zur Verstärkung der Wirksamkeit des Grundsatzes der Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen	Resolution 37/105	317
119.	Bericht der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (Fünfzehnte Tagung)	Resolution 37/106 Resolution 37/107	317 319

* Vgl. die Fußnote auf S. 365

Punkt			Seite
120.	Behandlung wirksamer Maßnahmen zur Verstärkung des Schutzes und der Sicherheit diplomatischer und konsularischer Vertretungen und Vertreter: Berichte des Generalsekretärs	Resolution 37/108	319
121.	Ausschuß zur Ausarbeitung einer Internationalen Konvention gegen die Anwerbung, den Einsatz, die Finanzierung und die Ausbildung von Söldnern	Resolution 37/109 Beschluß 37/315	320 335
122.	Friedliche Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten	Resolution 37/10 Beschluß 37/407	311 349
123.	Überprüfung des Prozesses der Ausarbeitung multilateraler Verträge: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/110	321
124.	Konferenz der Vereinten Nationen über die Staatennachfolge bei Eigentum, Archiven und Schulden von Staaten: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/11	314
125.	Bericht der Völkerrechtskommission (Vierunddreißigste Tagung)	Resolution 37/111 Resolution 37/112	322 322
126.	Bericht des Ausschusses für die Beziehungen zum Gastland	Resolution 37/113	323
127.	Bericht des Sonderausschusses für die Charta der Vereinten Nationen und die Stärkung der Rolle der Organisation	Resolution 37/114	324
	a) Bericht des Sonderausschusses		
	b) Aktualisierung des "Repertoire of the Practice of the Security Council" (Repertorium zur Tätigkeit des Sicherheitsrats) und des "Repertory of Practice of United Nations Organs" (Repertorium zur Tätigkeit der Organe der Vereinten Nationen): Bericht des Generalsekretärs		
128.	Entwurf einer Erklärung über die sozialen und rechtlichen Grundsätze für den Schutz und das Wohlergehen von Kindern unter besonderer Berücksichtigung der Unterbringung bei Pflegeeltern und der Adoption auf nationaler und internationaler Ebene	Resolution 37/115	325
129.	Entwurf eines Prinzipienkatalogs für den Schutz aller in irgendeiner Form der Inhaftierung oder dem Freiheitsentzug unterworfenen Personen	Beschluß 37/427	349
130.	Entwurf einer einheitlichen Geschäftsordnung für Konferenzen der Vereinten Nationen: Bericht des Generalsekretärs	Beschluß 37/428	350
131.	Frage der Überprüfung des Übereinkommens über die völkerrechtliche Haftung für Schäden durch Weltraumgegenstände	Resolution 37/91	115
132.	Stand der Unterzeichnungen und Ratifizierungen der Zusatzprotokolle zu den Genfer Abkommen von 1949 zum Schutz von Opfern internationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll I) bzw. zum Schutz von Opfern nichtinternationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll II)	Resolution 37/116	325
133.	Überprüfung und Durchführung des Abschließenden Dokuments der Zwölften Sondertagung der Generalversammlung	Resolutionen 37/100 A bis F	97
	a) Bericht des Abrüstungsausschusses		
	b) Verwirklichung der Erklärung der achtziger Jahre zur Zweiten Abrüstungsdekade und Behandlung von Initiativen und Vorschlägen der Mitgliedstaaten		
	c) Stipendienprogramm der Vereinten Nationen für Abrüstung: Bericht des Generalsekretärs	Resolution 37/100 G	101
	d) Weltabrüstungskampagne: Bericht des Generalsekretärs	Resolutionen 37/100 H bis J	101
134.	Folgen des anhaltenden bewaffneten Konflikts zwischen Iran und dem Irak	Resolution 37/3	15
135.	Die Frage der Falkland-Inseln (Malwinen)	Resolution 37/9 Beschluß 37/404	20 343
136.	Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung	Resolution 37/84	80
137.	Durchführung der kollektiven Sicherheitsbestimmungen der Charta der Vereinten Nationen zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit	Resolution 37/119	106
138	Sofortige Einstellung und Verbot von Kernwaffenversuchen	Resolution 37/85	81
139.	Verstärkung der Bemühungen um die Beseitigung der Gefahr eines Atomkriegs und um die Sicherung einer ungefährdeten Weiterentwicklung der Kernenergie	Beschluß 37/423	340
140.	Begehung des 500. Jahrestags der Entdeckung Amerikas	Beschluß 37/451	340
141.	Verwirklichung der Resolutionen der Vereinten Nationen[2]		
142.	Begehung des 200. Jahrestags der Geburt des Befreiers Simón Bolívar	Beschluß 37/443	340

[2] Vgl. Abschnitt X.B.1, Beschluß 37/452

ANHANG IV

VERZEICHNIS DER RESOLUTIONEN UND BESCHLÜSSE

(nach laufenden Nummern)

Dieses Verzeichnis enthält alle Resolutionen und Beschlüsse, die von der siebenunddreißigsten Tagung der Generalversammlung (21. September 1982-13. Mai 1983) verabschiedet wurden. Für Resolutionen bzw. Beschlüsse, die durch eine formelle Abstimmung verabschiedet wurden, gibt die Spalte "Abstimmungsergebnis" die Zahl der Ja-Stimmen, der Gegenstimmen und der Enthaltungen an. Falls nichts anderes angegeben ist, handelt es sich dabei um eine Abstimmung mit Stimmenauszählung unter Erfassung der Länder (recorded vote). Nähere Angaben über die Stimmabgabe, die nur für solche Abstimmungen mit Stimmenauszählung unter Erfassung der Länder vorliegen, finden sich im Wortprotokoll der jeweiligen Plenarsitzung (vgl. *Official Records of the General Assembly, Thirty-seventh Session, Plenary Meetings*); eine vollständige Auflistung dieser Ergebnisse nach Mitgliedstaaten findet sich im Anhang zu *Index to Proceedings of the General Assembly* (ST/LIB/SER.B/A.35).

RESOLUTIONEN

Lfd. Nr.	*Titel*	*Punkt*	*Plenarsitzung*	*Datum*	*Abstimmungsergebnis*	*Seite*
37/1	Aufruf zur Begnadigung südafrikanischer Freiheitskämpfer	33	14	1. Oktober 1982	136-0-1	14
37/2	Antrag Südafrikas auf einen Kredit des Internationalen Währungsfonds	33	40	21. Oktober 1982	121-3-23	14
37/3	Folgen des anhaltenden bewaffneten Konflikts zwischen dem Irak und Iran	134	41	22. Oktober 1982	119-1-15	15
37/4	Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der Islamischen Konferenz	22	41	22. Oktober 1982		15
37/5	Beglaubigungsschreiben der Vertreter für die siebenunddreißigste Tagung der Generalversammlung					
	Resolution A	3	45	26. Oktober 1982		16
	Resolution B	3	110	17. Oktober 1982		16
37/6	Die Lage in Kampuchea	20	48	28. Oktober 1982	105-23-20	16
37/7	Weltcharta für die Natur	21	48	28. Oktober 1982	111-1-18	17
37/8	Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und dem Afro-asiatischen Rechtsberatungsausschuß	26	49	29. Oktober 1982		19
37/9	Die Frage der Falkland-Inseln (Malwinen)	135	55	4. November 1982	90-12-52	20
37/10	Die friedliche Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten	122	68	15. November 1982		311
37/11	Konferenz der Vereinten Nationen über die Staatennachfolge bei Eigentum, Archiven und Schulden von Staaten	124	68	15. November 1982	136-1-0	314
37/12	Finanzberichte und Jahresabschlüsse sowie Berichte des Rechnungsprüfungsausschusses	102	69	16. November 1982		280
37/13	Finanzielle Notlage der Vereinten Nationen	105	69	16. November 1982	112-0-18	280
37/14	Konferenzplan					
	A. Bericht des Konferenzausschusses	108	69	16. November 1982		281
	B. Organisation des Sekretariats bei Sonderkonferenzen der Vereinten Nationen	108	69	16. November 1982	136-0-0	281
	C. Sitzungsprotokolle und Dokumentation für Nebenorgane	109 und 8 *b)*	69	16. November 1982	138-1-0	282
	D. Kontrolle und Begrenzung der Dokumentation	109	69	16. November 1982		284
	E. Elektronische Anlagen in den Konferenzräumen am Amtssitz der Vereinten Nationen	108	69	16. November 1982		284
37/15	Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation der afrikanischen Einheit	29	69	16. November 1982		20
37/16	Internationales Friedensjahr	12	69	16. November 1982		22
37/17	Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Arabischen Liga	23	70	16. November 1982		23

Lfd. Nr.	Titel	Plenar-Punkt	sitzung	Datum	Abstimmungsergebnis	Seite
37/18	Die bewaffnete israelische Aggression gegen die nuklearen Anlagen des Irak und deren schwerwiegende Folgen für das die friedliche Nutzung der Kernenergie betreffende internationale System, die Nichtverbreitung von Kernwaffen sowie den Weltfrieden und die internationale Sicherheit	24	70	16. November 1982	119-2-13	24
37/19	Bericht der Internationalen Atomenergie-Organisation	14	73	19. November 1982	105-2-25	24
37/20	Die Frage Amerikanisch-Samoas	18	77	23. November 1982		261
37/21	Guam-Frage	18	77	23. November 1982		262
37/22	Die Frage der Bermudas	18	77	23. November 1982		263
37/23	Die Frage der Britischen Jungferninseln	18	77	23. November 1982		264
37/24	Die Frage der Caymaninseln	18	77	23. November 1982		265
37/25	Die Frage der Turks- und Caicosinseln	18	77	23. November 1982		266
37/26	Die Frage der Amerikanischen Jungferninseln	18	77	23. November 1982		267
37/27	Die Frage Montserrats	18	77	23. November 1982		269
37/28	Die Frage der Westsahara	18	77	23. November 1982	78-15-50	269
37/29	Gemäß Artikel 73 *e*) der Charta der Vereinten Nationen übermittelte Informationen aus Gebieten ohne Selbstregierung	96	77	23. November 1982	148-0-3	270
37/30	Osttimor-Frage	97	77	23. November 1982	50-46-50	271
37/31	Tätigkeit fremder wirtschaftlicher und sonstiger Interessen, die die Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker in Namibia und allen anderen unter Kolonialherrschaft stehenden Gebieten sowie die Bemühungen um die Beseitigung von Kolonialismus, Apartheid und rassischer Diskriminierung im südlichen Afrika behindern	98	77	23. November 1982	128-7-17	271
37/32	Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker durch die Sonderorganisationen* und die den Vereinten Nationen angeschlossenen internationalen Institutionen	99 und 12	77	23. November 1982	128-4-20	274
37/33	Bildungs- und Ausbildungsprogramm der Vereinten Nationen für das südliche Afrika	100	77	23. November 1982		277
37/34	Von Mitgliedstaaten angebotene Studien- und Ausbildungsmöglichkeiten für Einwohner von Gebieten ohne Selbstregierung	101	77	23. November 1982		277
37/35	Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker	18	77	23. November 1982	141-2-8	25
37/36	Verbreitung von Informationen über die Entkolonialisierung	18	77	23. November 1982	148-0-5	27
37/37	Die Lage in Afghanistan und ihre Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit	25	82	29. November 1982	114-2-13	27
37/38	Finanzierung der Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung					
	Resolution A	114 *a*)	85	30. November 1982	93-3-17	284
	Resolution B	114 *a*)	85	30. November 1982	95-11-11	285
37/39	Nachteilige Auswirkungen der Gewährung von politischer, militärischer, wirtschaftlicher und sonstiger Unterstützung an koloniale und rassistische Regime im Süden Afrikas auf die Wahrnehmung der Menschenrechte	75	90	3. Dezember 1982	121-10-14	204
37/40	Durchführung des Programms für die Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung	76	90	3. Dezember 1982	122-19-5	206
37/41	Zweite Weltkonferenz gegen Rassismus und rassische Diskriminierung	76	90	3. Dezember 1982		208
37/42	Universelle Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker	79	90	3. Dezember 1982		209
37/43	Die Bedeutung der universellen Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der baldigen Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker für die effektive Gewährleistung und Einhaltung der Menschenrechte	79	90	3. Dezember 1982	120-17-6	210
37/44	Bericht des Ausschusses für die Beseitigung rassischer Diskriminierung: allgemeine Empfehlung VI	80 *a*)	90	3. Dezember 1982		212
37/45	Stand des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung aller Formen von rassischer Diskriminierung	80 *b*)	90	3. Dezember 1982		213
37/46	Bericht des Ausschusses für die Beseitigung rassischer Diskriminierung	80 *a*)	90	3. Dezember 1982	131-2-15	213

* specialized agencies (etwa: Fachorganisationen) im Sinne von Art. 57 der VN-Charta; in den Gesetzblättern der deutschsprachigen Länder mit "Sonderorganisationen" bzw. mit "Spezialorganisationen" wiedergegeben.

Lfd. Nr.	Titel	Punkt	Plenarsitzung	Datum	Abstimmungsergebnis	Seite
37/47	Stand des Internationalen Übereinkommens über die Beendigung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid	80 *c)*	90	3. Dezember 1982	124-1-22	214
37/48	Internationales Jahr der Jugend für Partizipation, Entwicklung und Frieden	77	90	3. Dezember 1982		216
37/49	Bemühungen und Maßnahmen zur Gewährleistung der Verwirklichung der Menschenrechte und der Ausübung dieser Rechte, insbesondere des Rechts auf Bildung und Arbeit, durch Jugendliche	77	90	3. Dezember 1982		218
37/50	Kommunikationsmöglichkeiten zwischen den Vereinten Nationen und der Jugend sowie den Jugendorganisationen	81	90	3. Dezember 1982		218
37/51	Die Frage des Alterns	82 und 83	90	3. Dezember 1982		219
37/52	Weltaktionsprogramm zugunsten der Behinderten	89	90	3. Dezember 1982		220
37/53	Durchführung des Weltaktionsprogramms zugunsten der Behinderten	89	90	3. Dezember 1982		221
37/54	Die Weltsoziallage	78	90	3. Dezember 1982		223
37/55	Die verschiedenen Formen der Mitwirkung der Bevölkerung als wichtiger Faktor bei der Entwicklung und bei der Verwirklichung der Menschenrechte	78	90	3. Dezember 1982		225
37/56	Internationales Forschungs- und Ausbildungsinstitut zur Förderung der Frau	91	90	3. Dezember 1982		225
37/57	Einbeziehung der Frau in die Entwicklung	91	90	3. Dezember 1982		226
37/58	Frauendekade der Vereinten Nationen für Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden	91 *a)*	90	3. Dezember 1982		227
37/59	Verbesserung der Lage der Frau in ländlichen Gebieten	91	90	3. Dezember 1982		227
37/60	Vorbereitung für die Weltkonferenz zur Überprüfung und Bewertung der Ergebnisse der Frauendekade der Vereinten Nationen	91	90	3. Dezember 1982		228
37/61	Die Frau im öffentlichen Leben	91	90	3. Dezember 1982		229
37/62	Freiwilliger Fonds für die Frauendekade der Vereinten Nationen	91 *b)*	90	3. Dezember 1982		229
37/63	Erklärung über die Mitwirkung der Frau an der Förderung des Weltfriedens und der internationalen Zusammenarbeit	91 *c)*	90	3. Dezember 1982		230
37/64	Stand der Konvention über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau	92	90	3. Dezember 1982		232
37/65	Die Frage der Komoreninsel Mayotte	30	91	3. Dezember 1982	112-1-22	28
37/66	Dritte Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen	28	91	3. Dezember 1982	135-2-8	29
37/67	Bericht des Generalsekretärs über die Tätigkeit der Vereinten Nationen	10	91	3. Dezember 1982		30
37/68	Erneuter Aufruf zur Begnadigung südafrikanischer Freiheitskämpfer	33	93	7. Dezember 1982	127-0-1	30
37/69	Apartheidpolitik der Regierung Südafrikas					
	A. Die Lage in Südafrika	33	97	9. Dezember 1982	118-14-11	31
	B. Konzertierte internationale Maßnahmen zur Beseitigung der Apartheid	33	97	9. Dezember 1982	135-3-8	33
	C. Umfassende und bindende Sanktionen gegen Südafrika	33	97	9. Dezember 1982	114-10-19	34
	D. Militärische und nukleare Kollaboration mit Südafrika	33	97	9. Dezember 1982	120-8-16	35
	E. Arbeitsprogramm des Sonderausschusses gegen Apartheid	33	97	9. Dezember 1982	142-1-3	36
	F. Beziehungen zwischen Israel und Südafrika	33	97	9. Dezember 1982	113-18-10	37
	G. Apartheid im Sport	33	97	9. Dezember 1982	138-1-7	37
	H. Investitionen in Südafrika	33	97	9. Dezember 1982	134-1-9	37
	I. Treuhandfonds der Vereinten Nationen für Südafrika	33	97	9. Dezember 1982		38
	J. Ölembargo gegen Südafrika	33	97	9. Dezember 1982	125-6-13	38
37/70	Wirtschaftliche und soziale Folgen des Wettrüstens und dessen äußerst nachteilige Auswirkungen auf den Weltfrieden und die internationale Sicherheit	39	98	9. Dezember 1982		61
37/71	Durchführung der Generalversammlungsresolution 36/85 über die Unterzeichnung und Ratifizierung des Zusatzprotokolls I zum Vertrag über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco)	41	98	9. Dezember 1982	136-0-7	61
37/72	Einstellung aller Kernwaffenversuchsexplosionen	42	98	9. Dezember 1982	124-2-19	62
37/73	Dringende Notwendigkeit eines Vertrags zum umfassenden Verbot von Kernversuchen	43	98	9. Dezember 1982	111-1-35	63

Lfd. Nr.	Titel	Punkt	Plenarsitzung	Datum	Abstimmungsergebnis	Seite
37/74	Verwirklichung der Erklärung über die Entnuklearisierung Afrikas					
	A. Verwirklichung der Erklärung	44	98	9. Dezember 1982	134-0-13	64
	B. Nukleare Kapazität Südafrikas	44	98	9. Dezember 1982	132-4-11	65
37/75	Errichtung einer kernwaffenfreien Zone im Gebiet des Mittleren Ostens	45	98	9. Dezember 1982		66
37/76	Errichtung einer kernwaffenfreien Zone in Südasien	46	98	9. Dezember 1982	99-2-45	66
37/77	Verbot der Entwicklung und Herstellung neuer Arten von Massenvernichtungswaffen sowie neuer derartiger Waffensysteme					
	A. Neue Arten von Massenvernichtungswaffen sowie neue derartige Waffensysteme	47	98	9. Dezember 1982	119-9-26	67
	B. Verzicht auf die Anwendung neuer Entdeckungen sowie wissenschaftlicher und technischer Errungenschaften für militärische Zwecke	47	98	9. Dezember 1982	114-10-17	68
37/78	Überprüfung der Durchführung der Empfehlungen und Beschlüsse der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung					
	A. Überprüfung der Durchführung der Empfehlungen und Beschlüsse der Zehnten Sondertagung der Generalversammlung	50	98	9. Dezember 1982	114-1-32	68
	B. Internationale Zusammenarbeit mit dem Ziel der Abrüstung	50	98	9. Dezember 1982	116-12-16	69
	C. Kernwaffen in allen ihren Aspekten	50 *d)*	98	9. Dezember 1982	118-19-9	70
	D. Abrüstungswoche	50 *c)*	98	9. Dezember 1982		70
	E. Verbot der nuklearen Neutronenwaffe	50 *g)*	98	9. Dezember 1982	81-14-52	71
	F. Durchführung der Empfehlungen und Beschlüsse der Zehnten Sondertagung	50 *h)*	98	9. Dezember 1982	134-0-12	72
	G. Bericht des Abrüstungsausschusses	50 *b)*	98	9. Dezember 1982	131-0-17	73
	H. Bericht der Abrüstungskommission	50 *a)*	98	9. Dezember 1982		73
	I. Verhütung eines Atomkriegs	50 *f)*	98	9. Dezember 1982	130-0-17	74
	J. Nichteinsatz von Kernwaffen und Verhütung eines Atomkriegs	50 *f)*	98	9. Dezember 1982	112-19-15	74
	K. Überwachung von Abrüstungsübereinkünften und Festigung der internationalen Sicherheit: Vorschlag zur Errichtung einer internationalen Satellitenüberwachungsagentur	50 *e)*	98	9. Dezember 1982	126-9-11	75
37/79	Konferenz der Vereinten Nationen über das Verbot oder die Einschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, bei denen man davon ausgehen kann, daß sie unnötige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken	51	98	9. Dezember 1982		75
37/80	Abschluß einer internationalen Konvention zur Erhöhung der Sicherheit der Nichtkernwaffenstaaten vor dem Einsatz bzw. der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen	52	98	9. Dezember 1982	108-17-19	76
37/81	Abschluß wirksamer internationaler Vereinbarungen zur Sicherung der Nichtkernwaffenstaaten vor dem Einsatz bzw. der Androhung des Einsatzes von Kernwaffen	53	98	9. Dezember 1982	144-0-3	77
37/82	Nukleare Rüstung Israels	56	98	9. Dezember 1982	106-2-34	78
37/83	Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum	57	98	9. Dezember 1982	138-1-7	79
37/84	Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung	136	98	9. Dezember 1982	136-0-10	80
37/85	Sofortige Einstellung und Verbot von Kernwaffenversuchen	138	98	9. Dezember 1982	115-5-25	81
37/86	Palästinafrage					
	Resolution A	31	99	10. Dezember 1982	119-2-21	39
	Resolution B	31	99	10. Dezember 1982	121-3-18	39
	Resolution C	31	99	10. Dezember 1982	123-3-17	39
	Resolution D	31	99	10. Dezember 1982	113-4-23	40
	Resolution E	31	112	20. Dezember 1982	123-2-19	40
37/87	Auswirkungen der atomaren Strahlung	60	100	10. Dezember 1982		108
37/88	Bericht des Sonderausschusses zur Untersuchung israelischer Praktiken, die die Menschenrechte der Bevölkerung der besetzten Gebiete beeinträchtigen					
	Resolution A	61	100	10. Dezember 1982	134-1-1	108
	Resolution B	61	100	10. Dezember 1982	134-1-1	109
	Resolution C	61	100	10. Dezember 1982	112-2-21	109
	Resolution D	61	100	10. Dezember 1982	133-1-1	111
	Resolution E	61	100	10. Dezember 1982	133-1-2	111
	Resolution F	61	100	10. Dezember 1982	110-2-24	111
	Resolution G	61	100	10. Dezember 1982	134-1-1	112

Lfd. Nr.	Titel	Punkt	Plenarsitzung	Datum	Abstimmungsergebnis	Seite
37/89	Internationale Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung des Weltraums	62	100	10. Dezember 1982		112
37/90	Zweite Konferenz der Vereinten Nationen über die Erforschung und friedliche Nutzung des Weltraums	62 *b)*	100	10. Dezember 1982		114
37/91	Frage der Überprüfung des Übereinkommens über die völkerrechtliche Haftung für Schäden durch Weltraumgegenstände	131	100	10. Dezember 1982		115
37/92	Grundsätze zur Regelung des Einsatzes künstlicher Erdsatelliten für die internationale Fernsehdirektübertragung durch Staaten	63	100	10. Dezember 1982	107-13-13	115
37/93	Umfassende Überprüfung aller Aspekte des gesamten Problems der Friedenssicherungsmaßnahmen	64	100	10. Dezember 1982		117
37/94	Fragen aus dem Informationsbereich					
	Resolution A	67	100	10. Dezember 1982		117
	Resolution B	67	100	10. Dezember 1982		118
37/95	Reduzierung der Militärhaushalte					
	Resolution A	40	101	13. Dezember 1982		83
	Resolution B	40	101	13. Dezember 1982	96-13-9	84
37/96	Verwirklichung der Erklärung des Indischen Ozeans zur Friedenszone	48	101	13. Dezember 1982		85
37/97	Weltabrüstungskonferenz	49	101	13. Dezember 1982		86
37/98	Chemische und bakteriologische (biologische) Waffen					
	A. Verbot chemischer und bakteriologischer Waffen	54	101	13. Dezember 1982	95-1-46	87
	B. Chemische und bakteriologische (biologische) Waffen	54	101	13. Dezember 1982	124-15-1	88
	C. Chemische und bakteriologische (biologische) Waffen	54	101	13. Dezember 1982	86-19-33	88
	D. Vorläufige Verfahren zur Wahrung der Autorität des Genfer Protokolls von 1925	54	101	13. Dezember 1982	83-22-33	89
	E. Chemische und bakteriologische (biologische) Waffen	54	101	13. Dezember 1982		90
37/99	Allgemeine und vollständige Abrüstung					
	A. Nichtstationierung von Kernwaffen auf dem Territorium von Staaten, in denen sich gegenwärtig keine solchen Waffen befinden	55 *d)*	101	13. Dezember 1982	70-18-51	90
	B. Bericht der unabhängigen Kommission für Abrüstungs- und Sicherheitsfragen	55	101	13. Dezember 1982		90
	C. Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und Anwendung von radiologischen Waffen	55 *a)*	101	13. Dezember 1982		91
	D. Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum und Verbot von Antisatellitensystemen	55 *b)*	101	13. Dezember 1982	112-0-29	92
	E. Verbot der Produktion von spaltbarem Material für Rüstungszwecke	55 *e)*	101	13. Dezember 1982	121-0-22	92
	F. Überprüfung und Ergänzung der umfassenden Studie über die Frage kernwaffenfreier Zonen in allen ihren Aspekten	55	101	13. Dezember 1982	141-1-2	93
	G. Maßnahmen zur Bereitstellung objektiver Informationen über Militärpotentiale	55	101	13. Dezember 1982	121-0-17	93
	H. Zweite Überprüfungskonferenz der Parteien des Vertrags über das Verbot der Anbringung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden und im Meeresuntergrund	55	101	13. Dezember 1982		94
	I. Überprüfungskonferenz der Vertragsparteien der Konvention über das Verbot der Verwendung umweltverändernder Techniken zu militärischen oder sonstigen feindseligen Zwecken	55	101	13. Dezember 1982	135-0-794	94
	J. Forschung und Entwicklung für militärische Zwecke	55	101	13. Dezember 1982	137-0-8	95
	K. Institutionelle Vorkehrungen für den Abrüstungsprozeß	55 *c)*	101	13. Dezember 1982		96
37/100	Überprüfung und Verwirklichung des Abschließenden Dokuments der Zwölften Sondertagung der Generalversammlung					
	A. Einfrieren von Kernwaffen	133	101	13. Dezember 1982	122-16-6	97
	B. Einfrieren von Kernwaffen	133	101	13. Dezember 1982	119-17-5	97
	C. Konvention über das Verbot des Einsatzes von Kernwaffen	133	101	13. Dezember 1982	117-17-8	98
	D. Vertrauensbildende Maßnahmen	133	101	13. Dezember 1982		99
	E. Abrüstung und internationale Sicherheit	133	101	13. Dezember 1982	115-0-28	100
	F. Regionale Abrüstung	133	101	13. Dezember 1982		100
	G. Stipendienprogramm der Vereinten Nationen für Abrüstung	133 *c)*	101	13. Dezember 1982		101
	H. Weltabrüstungskampagne	133 *d)*	101	13. Dezember 1982	108-0-33	101

Lfd. Nr.	Titel	Punkt	Plenarsitzung	Datum	Abstimmungsergebnis	Seite
	I. Weltabrüstungskampagne	133 *d*)	101	13. Dezember 1982		102
	J. Weltabrüstungskampagne: Friedens- und Abrüstungsbewegungen	133 *d*)	101	13. Dezember 1982		102
37/101	Invasion Südafrikas in Lesotho	33	103	14. Dezember 1982		41
37/102	Entwurf für einen Kodex der Verstöße gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit	115	107	16. Dezember 1982	126-0-17	315
37/103	Schrittweise Weiterentwicklung der Grundsätze und Normen des Völkerrechts im Zusammenhang mit der neuen internationalen Wirtschaftsordnung	116	107	16. Dezember 1982	113-1-30	315
37/104	Beobachterstatus der von der Organisation der afrikanischen Einheit und/oder der Arabischen Liga anerkannten nationalen Befreiungsbewegungen	117 *a*)	107	16. Dezember 1982	110-10-17	316
37/105	Bericht des Sonderausschusses für die Verstärkung der Wirksamkeit des Grundsatzes der Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen	118	107	16. Dezember 1982	119-15-8	317
37/106	Bericht der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht	119	107	16. Dezember 1982		317
37/107	Von der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht angenommene Bestimmungen über eine Rechnungseinheit und die Anpassung der Haftungsgrenze	119	107	16. Dezember 1982		319
37/108	Behandlung wirksamer Maßnahmen zur Verstärkung des Schutzes und der Sicherheit diplomatischer und konsularischer Vertretungen und Vertreter	120	107	16. Dezember 1982		319
37/109	Ausarbeitung einer internationalen Konvention gegen die Anwerbung, den Einsatz, die Finanzierung und die Ausbildung von Söldnern	121	107	16. Dezember 1982		320
37/110	Überprüfung des Prozesses der Ausarbeitung multilateraler Verträge	123	107	16. Dezember 1982		321
37/111	Bericht der Völkerrechtskommission	125	107	16. Dezember 1982		322
37/112	Konvention über das zwischen Staaten und internationalen Organisationen bzw. zwischen internationalen Organisationen geltende Vertragsrecht	125	107	16. Dezember 1982		322
37/113	Bericht des Ausschusses für die Beziehungen zum Gastland	126	107	16. Dezember 1982		323
37/114	Bericht des Sonderausschusses für die Charta der Vereinten Nationen und die Stärkung der Rolle der Organisation	127	107	16. Dezember 1982	125-0-17	324
37/115	Entwurf einer Erklärung über die sozialen und rechtlichen Grundsätze für den Schutz und das Wohlergehen von Kindern unter besonderer Berücksichtigung der Unterbringung bei Pflegeeltern und der Adoption auf nationaler und internationaler Ebene	128	107	16. Dezember 1982		325
37/116	Stand der Unterzeichnung und Ratifizierung der Zusatzprotokolle zu den Genfer Abkommen von 1949 über den Schutz von Opfern internationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll I) sowie über den Schutz von Opfern nichtinternationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll II)	132	107	16. Dezember 1982		325
37/117	Entwicklung und Festigung gutnachbarlicher Beziehungen zwischen den Staaten	58	108	16. Dezember 1982		103
37/118	Überprüfung der Verwirklichung der Erklärung über die Festigung der internationalen Sicherheit	59	108	16. Dezember 1982	116-0-19	104
37/119	Durchführung der Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen über kollektive Sicherheit zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit	137	108	16. Dezember 1982		106
37/120	Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten					
	A. Arbeitsgruppe für die Finanzierung des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten	65	108	16. Dezember 1982		122
	B. Unterstützung von infolge der Feindseligkeiten vom Juni 1967 und späterer Feindseligkeiten vertriebenen Personen	65	108	16. Dezember 1982		122
	C. Universität von Jerusalem für Palästinaflüchtlinge	65	108	16. Dezember 1982	141-2-0	123
	D. Angebote von Zuwendungen und Stipendien von Mitgliedstaaten für die Hochschul- und Berufsausbildung von palästinensischen Flüchtlingen	65	108	16. Dezember 1982	143-0-1	123
	E. Palästinaflüchtlinge im Gazastreifen	65	108	16. Dezember 1982	143-2-0	124
	F. Wiederaufnahme der Verteilung von Lebensmittelrationen an Palästinaflüchtlinge	65	108	16. Dezember 1982	121-13-10	124
	G. Seit 1967 vertriebene Bevölkerungsgruppen und Flüchtlinge	65	108	16. Dezember 1982	126-2-19	124

Lfd. Nr.	*Titel*		*Plenar-Punktsitzung*	*Datum*	*Abstimmungsergebnis*	*Seite*
	H. Einkommen aus dem Besitz palästinensischer Flüchtlinge	65	108	16. Dezember 1982	121-2-24	125
	I. Besondere Personalausweise für alle palästinensischen Flüchtlinge	65	108	16. Dezember 1982	106-16-20	125
	J. Schutz von Palästinaflüchtlingen	65	108	16. Dezember 1982	127-2-16	126
	K. Hilfe für Palästinaflüchtlinge	65	108	16. Dezember 1982	144-0-1	126
37/121	Internationale Zusammenarbeit zur Vermeidung neuer Flüchtlingsströme	66	108	16. Dezember 1982		127
37/122	Israels Beschluß, einen Verbindungskanal zwischen dem Mittelmeer und dem Toten Meer zu bauen	68	108	16. Dezember 1982	139-2-1	127
37/123	Die Lage im Mittleren Osten					
	Resolution A	34	108	16. Dezember 1982	87-22-31	41
	Resolution B	34	108	16. Dezember 1982	138-1-4	42
	Resolution C	34	108	16. Dezember 1982	137-1-4	43
	Resolution D	34	108	16. Dezember 1982	123-0-22	43
	Resolution E	34	108	16. Dezember 1982	145-0-0	43
	Resolution F	34	112	20. Dezember 1982	113-17-15	44
37/124	Gemeinsame Inspektionsgruppe	107	109	17. Dezember 1982	110-26-7	285
37/125	Beitragsschlüssel für die Kostenverteilung der Vereinten Nationen					
	Resolution A	110	109	17. Dezember 1982		286
	Resolution B	110	109	17. Dezember 1982		288
37/126	Bericht der Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst	112	109	17. Dezember 1982	123-11-6	288
37/127	Finanzierung der Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon					
	Resolution A	114 *b*)	109	17. Dezember 1982	119-14-5	290
	Resolution B	114 *b*)	109	17. Dezember 1982	118-14-6	291
37/128	Verwaltungs- und Haushaltskoordinierung der Vereinten Nationen mit den Sonderorganisationen* und der Internationalen Atomenergie-Organisation	106 *a*)	109	17. Dezember 1982		291
37/129	Praktische Möglichkeit der Errichtung eines einheitlichen Verwaltungsgerichts	106 *c*)	109	17. Dezember 1982		292
37/130	Auswirkungen der Inflation und Währungsinstabilität auf den Haushalt der Vereinten Nationen	106 *b*)	109	17. Dezember 1982	94-25-22	292
37/131	Bericht des Gemeinsamen Rats für das Pensionswesen der Vereinten Nationen	113	109	17. Dezember 1982	129-1-12	293
37/132	Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Organisation für kulturelle und technische Zusammenarbeit	12	109	17. Dezember 1982		131
37/133	Liste der am wenigsten entwickelten Entwicklungsländer	12	109	17. Dezember 1982		131
37/134	Hilfe für das palästinensische Volk	12	109	17. Dezember 1982	143-2-0	131
37/135	Ständige Souveränität über nationale Ressourcen in den besetzten palästinensischen und anderen arabischen Gebieten	12	109	17. Dezember 1982	124-2-20	132
37/136	Aktivitäten der Regionalkommissionen im Bereich der Bevölkerungsfragen	12	109	17. Dezember 1982		132
37/137	Schutz gegen gesundheits- und umweltschädigende Produkte	12	109	17. Dezember 1982	146-1-0	133
37/138	Dauerfinanzierung der Multinationalen Planungszentren für Programmerstellung und Projektdurchführung der Wirtschaftskommission für Afrika	12	109	17. Dezember 1982	113-14-16	133
37/139	Sondermaßnahmen für die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Afrikas in den achtziger Jahren	12	109	17. Dezember 1982		134
37/140	Verkehrs- und Kommunikationsdekade in Afrika	12	109	17. Dezember 1982	145-1-0	135
37/141	Dank an den Exekutivdirektor des Ausbildungs- und Forschungsinstituts der Vereinten Nationen	73 *a*)	109	17. Dezember 1982		137
37/142	Ausbildungs- und Forchungsinstitut der Vereinten Nationen	73 *a*)	109	17. Dezember 1982	133-8-1	137
37/143	Universität der Vereinten Nationen	73 *b*)	109	17. Dezember 1982		137
37/144	Amt des Koordinators der Vereinten Nationen für Katastrophenhilfe	74 *a*)	109	17. Dezember 1982	132-8-3	138
37/145	Hilfe beim Wiederaufbau, bei der Sanierung und bei der Entwicklung der Zentralafrikanischen Republik	74 *b*)	109	17. Dezember 1982		140
37/146	Hilfe für São Tomé und Príncipe	74 *b*)	109	17. Dezember 1982		141
37/147	Hilfe für die von der Dürre betroffenen Gebiete in Äthiopien, Dschibuti, Kenia, Somalia, Sudan und Uganda	74 *b*)	109	17. Dezember 1982		142

* Vgl. die Fußnote auf S. 370

Lfd. Nr.	Titel	Punkt	Plenarsitzung	Datum	Abstimmungsergebnis	Seite
37/148	Hilfe für Botswana	74 *b*)	109	17. Dezember 1982		142
37/149	Hilfe bei der Entwicklung Liberias	74 *b*)	109	17. Dezember 1982		143
37/150	Hilfe für den Demokratischen Jemen	74 *b*)	109	17. Dezember 1982		145
37/151	Besondere Wirtschaftshilfe für Benin	74 *b*)	109	17. Dezember 1982		145
37/152	Hilfe für Kap Verde	74 *b*)	109	17. Dezember 1982		147
37/153	Hilfe für Dschibuti	74 *b*)	109	17. Dezember 1982		148
37/154	Hilfe für die Komoren	74 *b*)	109	17. Dezember 1982		149
37/155	Besondere Wirtschaftshilfe für den Tschad	74 *b*)	109	17. Dezember 1982		149
37/156	Besondere Wirtschaftshilfe für Guinea-Bissau	74 *b*)	109	17. Dezember 1982		150
37/157	Hilfe für Nikaragua	74 *b*)	109	17. Dezember 1982		151
37/158	Hilfe bei der Entwicklung Sierra Leones	74 *b*)	109	17. Dezember 1982		151
37/159	Hilfe für Gambia	74 *b*)	109	17. Dezember 1982		152
37/160	Hilfe für Lesotho	74 *b*)	109	17. Dezember 1982		153
37/161	Hilfe für Mosambik	74 *b*)	109	17. Dezember 1982		155
37/162	Hilfe für Uganda	74 *b*)	109	17. Dezember 1982		156
37/163	Hilfe beim Wiederaufbau und bei der Entwicklung des Libanon	74 *b*)	109	17. Dezember 1982		157
37/164	Hilfe für Tonga	74 *b*)	109	17. Dezember 1982		158
37/165	Verwirklichung des mittel- und langfristigen Regenerierungs- und Sanierungsprogramms in der Sudan-Sahel-Region	74 *c*)	109	17. Dezember 1982		158
37/166	Hilfe für den Jemen	74 *b*)	109	17. Dezember 1982		45
37/167	Konferenz der Vereinten Nationen zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie	27	110	17. Dezember 1982	111-26-7	45
37/168	Strategie und Politiken zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs	12	110	17. Dezember 1982		232
37/169	Frage des völkerrechtlichen Schutzes der Menschenrechte von Personen, die nicht Bürger des Landes sind, in dem sie leben	12	110	17. Dezember 1982		233
37/170	Maßnahmen zur Verbesserung der Lage aller Wanderarbeiter und zur Sicherung ihrer Menschenrechte und Menschenwürde	12	110	17. Dezember 1982		234
37/171	Regionale Vereinbarungen für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte	12	110	17. Dezember 1982		234
37/172	Regionale Vereinbarungen zum Schutz der Menschenrechte	12	110	17. Dezember 1982		235
37/173	Die Lage der Flüchtlinge im Sudan	12	110	17. Dezember 1982		235
37/174	Hilfe für Flüchtlinge in Somalia	12	110	17. Dezember 1982		236
37/175	Hilfe für Vertriebene in Äthiopien	12	110	17. Dezember 1982		236
37/176	Humanitäre Hilfe für Flüchtlinge in Dschibuti	12	110	17. Dezember 1982		237
37/177	Hilfe für geflüchtete Schüler und Studenten im südlichen Afrika	12	110	17. Dezember 1982		237
37/178	Recht auf Bildung	12	110	17. Dezember 1982		238
37/179	Künftige Maßnahmen gegen nazistische, faschistische und neofaschistische Aktivitäten und alle anderen auf rassischer Intoleranz, Haß und Terror beruhenden Formen totalitärer Ideologien und Praktiken	12	110	17. Dezember 1982		239
37/180	Frage des gewaltsam verursachten oder unfreiwilligen Verschwindens von Personen	12	110	17. Dezember 1982		241
37/181	Vermißte in Zypern	12	110	17. Dezember 1982		241
37/182	Willkürliche bzw. im Schnellverfahren erfolgende Hinrichtungen	12	110	17. Dezember 1982		241
37/183	Die Lage bezüglich der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Chile	12	110	17. Dezember 1982	85-17-41	242
37/184	Die Situation hinsichtlich der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Guatemala	12	110	17. Dezember 1982	79-16-49	243
37/185	Die Situation hinsichtlich der Menschenrechte und Grundfreiheiten in El Salvador	12	110	17. Dezember 1982	71-18-55	243
37/186	Menschenrechte und Massenauswanderung	12	110	17. Dezember 1982		245
37/187	Beseitigung aller Formen der religiösen Intoleranz	84	111	18. Dezember 1982		245
37/188	Auswirkungen wissenschaftlich-technischer Entwicklungen auf die Menschenrechte	85	111	18. Dezember 1982		246
37/189	Die Menschenrechte und die wissenschaftlich-technische Entwicklung					
	Resolution A	85	111	18. Dezember 1982	110-0-24	246
	Resolution B	31	111	18. Dezember 1982	113-0-21	247
37/190	Die Frage einer Konvention über die Rechte des Kindes	86	111	18. Dezember 1982		248
37/191	Die Internationalen Menschenrechtspakte	87	111	18. Dezember 1982		248

Lfd. Nr.	*Titel*	*Punkt*	*Plenarsitzung*	*Datum*	*Abstimmungsergebnis*	*Seite*
37/192	Die Todesstrafe	87	111	18. Dezember 1982		249
37/193	Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe	88	111	18. Dezember 1982		250
37/194	Grundsatz ärztlicher Ethik	88 *b)*	111	18. Dezember 1982		250
37/195	Bericht des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge	90 *a)*	111	18. Dezember 1982		252
37/196	Beibehaltung des Amts des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge	90 *b)*	111	18. Dezember 1982		253
37/197	Internationale Konferenz über Hilfe für Flüchtlinge in Afrika	90 *c)*	111	18. Dezember 1982		254
37/198	Internationale Kampagne gegen den Drogenhandel	93	111	18. Dezember 1982		255
37/199	Weitere im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen in Frage kommende Ansätze und Möglichkeiten zur besseren Sicherung der effektiven Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten	94	111	18. Dezember 1982	113-1-26	256
37/200	Weitere Förderung und weiterer Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten	94	111	18. Dezember 1982	81-38-20	257
37/201	Neue internationale humanitäre Ordnung	95	111	18. Dezember 1982		258
37/202	Überprüfung und Bewertung der Durchführung der Internationalen Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen	71 *a)*	113	20. Dezember 1982		159
37/203	Negative Tendenzen in der Weltwirtschaft	71 *a)*	113	20. Dezember 1982		160
37/204	Überprüfung der Verwirklichung der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten	71 *b)*	113	20. Dezember 1982	114-1-4	161
37/205	Besondere Probleme Zaires im Verkehrswesen, beim Transitverkehr sowie beim Zugang zu Auslandsmärkten	71 *c)*	113	20. Dezember 1982		161
37/206	Aktionsprogramm zugunsten der Entwicklungsländer in Insellage	71 *c)*	113	20. Dezember 1982		162
37/207	Entwicklungsaspekte des umgekehrten Technologietransfers	71 *c)*	113	20. Dezember 1982	127-21-1	163
37/208	Sechste Tagung der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen	71 *c)*	113	20. Dezember 1982		164
37/209	Konferenz der Vereinten Nationen über Bedingungen zur Schiffsregistrierung	71 *c)*	113	20. Dezember 1982		165
37/210	Konferenz der Vereinten Nationen über einen internationalen Verhaltenskodex für den Technologietransfer	71 *c)*	113	20. Dezember 1982		166
37/211	Unterzeichnung und Ratifizierung des Übereinkommens über die Errichtung des Gemeinsamen Grundstoffonds	71 *c)*	113	20. Dezember 1982		166
37/212	Zusammenarbeit im Bereich der industriellen Entwicklung	71 *d)*	113	20. Dezember 1982	129-10-12	167
37/213	Umwandlung der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung in eine Sonderorganisation*	71 *b)*	113	20. Dezember 1982		169
37/214	Wirtschaftskommission für Afrika – regionale Programmerstellung, Aktivitäten, Fragen der Neugliederung und Dezentralisierung	71 *h)*	113	20. Dezember 1982		169
37/215	Überreste von Kriegen	71 *i)*	113	20. Dezember 1982	125-0-25	170
37/216	Durchführung des Aktionsplans zur Bekämpfung des Vordringens der Wüsten in der Sudan-Sahel-Region	71 *i)*	113	20. Dezember 1982		171
37/217	Internationale Zusammenarbeit im Umweltbereich	71 *i)*	113	20. Dezember 1982		172
37/218	Durchführung des Aktionsplans zur Bekämpfung des Vordringens der Wüsten	71 *i)*	113	20. Dezember 1982		173
37/219	Spezialtagung des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen	71 *i)*	113	20. Dezember 1982		173
37/220	Studie über die Finanzierung des Aktionsplans zur Bekämpfung des Vordringens der Wüsten	71 *i)*	113	20. Dezember 1982		175
37/221	Internationales Jahr zur Beschaffung von Unterkünften für Obdachlose	71 *j)*	113	20. Dezember 1982		175
37/222	Lebensbedingungen des palästinensischen Volkes in den besetzten palästinensischen Gebieten	71 *j)*	113	20. Dezember 1982	145-2-3	176
37/223	Wohn- und Siedlungswesen					
	A. Bericht der Kommission für Wohn- und Siedlungswesen	71 *j)*	113	20. Dezember 1982		177
	B. Beschaffung finanzieller Mittel für den Ausbau des Wohn- und Siedlungswesens und für Verbesserungen in diesem Bereich	71 *j)*	113	20. Dezember 1982		177
	C. Koordinierung der Programme des Systems der Vereinten Nationen auf dem Gebiet des Wohn- und Siedlungswesens	71 *j)*	113	20. Dezember 1982		178
37/224	Durchführung des Neuen substantiellen Aktionsprogramms für die achtziger Jahre zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder	71 *o)*	113	20. Dezember 1982		179

* Vgl. die Fußnote auf S. 370

Lfd. Nr.	Titel	Punkt	Plenarsitzung	Datum	Abstimmungsergebnis	Seite
37/225	Neue menschlichere Weltordnung: moralische Aspekte der Entwicklung	71 *p*)	113	20. Dezember 1982		180
37/226	Operative Aktivitäten des Systems der Vereinten Nationen im Dienste der Entwicklung	72 *a*)	113	20. Dezember 1982		181
37/227	Kritische Finanzlage des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen	72 *b*)	113	20. Dezember 1982		183
37/228	Die Rolle einheimischer Fachkräfte bei der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung von Entwicklungsländern	72 *b*)	113	20. Dezember 1982		184
37/229	Entwicklungshelferprogramm der Vereinten Nationen	72 *f*)	113	20. Dezember 1982		184
37/230	Sonderfonds der Vereinten Nationen für Entwicklungsländer in Binnenlage	72 *g*)	113	20. Dezember 1982	129-0-21	185
37/231	Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen	72 *h*)	113	20. Dezember 1982		186
37/232	Aktivitäten der Vereinten Nationen im Bereich der technischen Zusammenarbeit	72 *f*)	113	20. Dezember 1982		186
37/233	Namibiafrage					
	A. Die Lage in Namibia aufgrund der illegalen Besetzung des Territoriums durch Südafrika	32	113	20. Dezember 1982	120-0-23	46
	B. Durchführung der Sicherheitsratsresolution 435 (1978)	32	113	20. Dezember 1982	129-0-17	50
	C. Arbeitsprogramm des Namibia-Rats der Vereinten Nationen	32	113	20. Dezember 1982	139-0-8	50
	D. Verbreitung von Informationen und Mobilisierung der Weltöffentlichkeit zur Unterstützung Namibias	32	113	20. Dezember 1982	127-0-20	53
	E. Namibia-Fonds der Vereinten Nationen	32	113	20. Dezember 1982	141-0-5	54
37/234	Programmplanung	104	114	21. Dezember 1982		294
37/235	Personalfragen					
	Resolution A	111	114	21. Dezember 1982		298
	Resolution B	111	114	21. Dezember 1982		299
	Resolution C	111	114	21. Dezember 1982		300
	Resolution D	111	114	21. Dezember 1982		301
37/236	Achtung der Vorrechte und Immunitäten der Bediensteten der Vereinten Nationen, der Sonderorganisationen* und der diesen verwandten Organisationen					
	Resolution A	111	114	21. Dezember 1982		301
	Resolution B	111	114	21. Dezember 1982	141-1-1	301
37/237	Frage im Zusammenhang mit dem Programmhaushalt für den Zweijahreszeitraum 1982-1983**	103	114	21. Dezember 1982		301
37/238	Überprüfung der Finanzierung der Verwaltungskosten des Amts des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge	103	114	21. Dezember 1982	122-9-10	303
37/239	Bericht des Ausschusses von Regierungssachverständigen zur Evaluierung der derzeitigen Struktur des Sekretariats im Verwaltungs-, Finanz- und Personalbereich	103	114	21. Dezember 1982		304
37/240	Reisekosten- und Tagegeldregelung des Internationalen Gerichtshofs	103	114	21. Dezember 1982		304
37/241	Organisatorische und methodische Fragen im Zusammenhang mit Dienstreisen	103	114	21. Dezember 1982		305
37/242	Besondere Überprüfung des derzeitigen Arbeitsprogramms der Vereinten Nationen	103	114	21. Dezember 1982		306
37/243	Programmhaushalt für den Zweijahreszeitraum 1982-1983					
	A. Berichtigte Mittelbewilligung für den Zweijahreszeitraum 1982-1983	103	114	21. Dezember 1982	117-14-12	306
	B. Berichtigte Einnahmenvoranschläge für den Zweijahreszeitraum 1982-1983	103	114	21. Dezember 1982		308
	C. Finanzierung der Mittelbewilligungen für das Jahr 1983	103	114	21. Dezember 1982	116-13-12	308
37/244	Langfristige finanzielle und institutionelle Regelungen für das Finanzierungssystem der Vereinten Nationen für Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung	71 *e*)	115	21. Dezember 1982	137-0-9	187
37/245	Ernährungs- und Agrarsituation in Afrika	71 *f*)	115	21. Dezember 1982		190

* Vgl. die Fußnote auf S. 370

** Über drei Abschnitte der Resolution 37/237 wurde wie folgt abgestimmt:

Abschnitt II – Reisen von Vertretern aus am wenigsten entwickelten Ländern zur Teilnahme an regionalen Vorbereitungstagungen für den Siebenten Kongreß der Vereinten Nationen über Verbrechensverhütung und die Behandlung Straffälliger 141-3-0

XI – Bedarf der Wirtschaftskommission für Afrika an Konferenzeinrichtungen in Addis Abeba 132-1-11

XII – Veränderungen auf höchster Sekretariatsebene 108-22-9

Lfd. Nr.	Titel	Punkt	Plenarsitzung	Datum	Abstimmungsergebnis	Seite
37/246	Internationales Jahr zur Mobilisierung finanzieller und technischer Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft in Afrika	71 *f)*	115	21. Dezember 1982		191
37/247	Nahrungsmittelprobleme	71 *f)*	115	21. Dezember 1982		192
37/248	Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der Koordinierungskonferenz für die Entwicklung des südlichen Afrika	71 *g)*	115	21. Dezember 1982		195
37/249	Langfristige Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung	71 *l)*	115	21. Dezember 1982		196
37/250	Unverzügliche Durchführung des Aktionsprogramms von Nairobi für die Erschließung und Nutzung neuer und erneuerbarer Energiequellen	71 *n)*	115	21. Dezember 1982	136-10-0	197
37/251	Erschließung der Energiequellen der Entwicklungsländer	71	115	21. Dezember 1982	146-1-0	200
37/252	Sofortmaßnahmen zugunsten der Entwicklungsländer	71	115	21. Dezember 1982		201
37/253	Zypernfrage	37	121	13. Mai 1983	103-5-20	56

BESCHLÜSSE

A. Wahlen und Ernennungen

37/301	Ernennung der Mitglieder des Mandatsprüfungsausschusses	3 *a)*	1	21. September 1982		330
37/302	Wahl des Präsidenten der Generalversammlung	4	1	21. September 1982		330
37/303	Wahl der Vorsitzenden der Hauptausschüsse	5	2	21. September 1982		330
37/304	Wahl der Vizepräsidenten der Generalversammlung	6	2	21. September 1982		330
37/305	Ernennung von Mitgliedern des Beratenden Ausschusses für Verwaltungs- und Haushaltsfragen					
	A. Ernennung eines Mitglieds des Ausschusses	17 *a)*	16	4. October 1982		331
	B. Ernennung von sechs Mitgliedern des Ausschusses	17 *a)*	69	16. November 1982		331
37/306	Wahl von fünf nichtständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats	15 *a)*	36	19. Oktober 1982		331
37/307	Wahl von achtzehn Mitgliedern des Wirtschafts- und Sozialrats	15 *b)*	38	20. Oktober 1982		332
37/308	Wahl von siebzehn Mitgliedern der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht	16 *f)*	68	15. November 1982		332
37/309	Ernennung von sechs Mitgliedern des Beitragsausschusses	17 *b)*	69	16. November 1982		333
37/310	Ernennung eines Mitglieds des Rechnungsprüfungsausschusses	17 *c)*	69	16. November 1982		333
37/311	Wahl von fünfzehn Mitgliedern des Rats für industrielle Entwicklung	16 *a)*	70	16. November 1982		333
37/312	Wahl von neunzehn Mitgliedern des Verwaltungsrats des Umweltprogramms der Vereinten Nationen	74 *b)*	70	16. November 1982		334
37/313	Wahl von zwölf Mitgliedern des Welternährungsrats	16 *c)*	70	16. November 1982		334
37/314	Wahl von sieben Mitgliedern des Programm- und Koordinierungsausschusses	16 *d)*	70	16. November 1982		335
37/315	Ernennung eines Mitglieds des Ad-hoc-Ausschusses zur Ausarbeitung einer internationalen Konvention gegen die Anwerbung, den Einsatz, die Finanzierung und die Ausbildung von Söldnern	121	107	16. November 1982		335
37/316	Bestätigung der Ernennung von drei Mitgliedern des Anlageausschusses	17	109	17. Dezember 1982		335
37/317	Ernennung von drei Mitgliedern des Verwaltungsgerichts der Vereinten Nationen	17 *e)*	109	17. Dezember 1982		336
37/318	Ernennung von drei Mitgliedern und drei Ersatzmitgliedern des Ausschusses für das Pensionswesen der Vereinten Nationen	17 *g)*	109	17. Dezember 1982		336
37/319	Wahl des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge	16 *g)*	111	18. Dezember 1982		337
37/320	Wahl der Mitglieder des Gouverneursrats des Sonderfonds der Vereinten Nationen für Entwicklungsländer in Binnenlage	16 *e)*	113	20. Dezember 1982		337
37/321	Bestätigung der Ernennung des Exekutivdirektors der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung	17 *i)*	113	20. Dezember 1982		337
37/322	Bestätigung der Ernennung des Generalsekretärs der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen	17 *j)*	113	20. Dezember 1982		337
37/323	Bestätigung der Ernennung des Exekutivdirektors des Sonderfonds der Vereinten Nationen für Entwicklungsländer in Binnenlage	17 *l)*	113	20. Dezember 1982		337
37/324	Ernennung des Beauftragten der Vereinten Nationen für Namibia	17 *k)*	113	20. Dezember 1982		338

Lfd. Nr.	Titel		Plenar-Punkt sitzung	Datum	Abstimmungsergebnis	Seite
37/325	Ernennung von fünf Mitgliedern der Kommission für den internationalen öffentlichen Dienst und Designierung des Vorsitzenden und des Stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission	17 *f)*	114	21. Dezember 1982		338
37/326	Ernennung der Mitglieder des Beratenden Ausschusses für den Freiwilligen Fonds der Frauendekade der Vereinten Nationen	17 *h)*	115	21. Dezember 1982		338
	B. Sonstige Beschlüsse					
37/401	Organisation der siebenunddreißigsten Tagung	8 *a)*	4	24. September 1982		339
37/402	Annahme der Tagesordnung und Zuweisung der Tagesordnungspunkte	8 *a)*	4, 24, 65, 88 und 116	24. September 1982, 8. Oktober, 2. Dezember 1982 und 10. Mai 1983		339
37/403	Sitzungen von Nebenorganen während der siebenunddreißigsten Tagung	8 *b)*	4, 24, 31 und 88	24. September 1982, 8. und 14. Oktober und 2. Dezember 1982		339
37/404	Die Frage der Falklandinseln (Malwinen)	135	52	3. November 1982		343
37/405	Frage des Friedens, der Stabilität und der Zusammenarbeit in Südostasien	35	58	8. November 1982		339
37/406	Apartheidpolitik der Regierung Südafrikas	33	59	9. November 1982		341
37/407	Friedliche Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten	122	68	15. November 1982		349
37/408	Beitragsschlüssel für die Aufteilung der Ausgaben der Vereinten Nationen	110	69	16. November 1982	106-15-18	347
37/409	Bericht des Wirtschafts- und Sozialrats	12	69	16. November 1982		339
37/410	Mitteilung des Generalsekretärs gemäß Artikel 12 Ziffer 2 der Charta der Vereinten Nationen	7	70	16. November 1982		339
37/411	Die Frage der Westsahara	18	77	23. November 1982		343
37/412	Gibraltar-Frage	18	77	23. November 1982		343
37/413	Die Frage der Kokos-(Keeling-)Inseln	18	77	23. November 1982		344
37/414	Tokelau-Frage	18	77	23. November 1982		344
37/415	Pitcairn-Frage	18	77	23. November 1982		345
37/416	St. Helena-Frage	18	77	23. November 1982		345
37/417	Brunei-Frage	18	77	23. November 1982		345
37/418	Die Frage von St. Kitts-Nevis	18	77	23. November 1982		346
37/419	Anguilla-Frage	18	77	23. November 1982		346
37/420	Militärische Aktivitäten und Vorkehrungen von Kolonialmächten in unter ihrer Verwaltung stehenden Territorien, die die Verwirklichung der Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker behindern könnten	98	77	23. November 1982	123-11-15	346
37/421	Woche der Solidarität mit den Völkern Namibias und aller anderen Kolonialgebiete sowie Südafrikas im Kampf um Frieden, Unabhängigkeit und Menschenrechte	18	77	23. November 1982		339
37/422	Durchführung des Programms für die Dekade zur Bekämpfung von Rassismus und rassischer Diskriminierung	76	90	3. Dezember 1982		348
37/423	Verstärkung der Bemühungen um die Beseitigung der Gefahr eines Atomkriegs und um die Sicherung der gefahrenfreien Entwicklung der Kernenergie	139	98	9. Dezember 1982		340
37/424	Die Frage der madagassischen Inseln Glorieuses, Juan de Nova, Europa und Bassas da India	69	100	10. Dezember 1982		341
37/425	Frage der Zusammensetzung der wichtigeren Organe der Vereinten Nationen	70	100	10. Dezember 1982		341
37/426	Namibiafrage	32	101	13. Dezember 1982		347
37/427	Entwurf eines Prinzipienkatalogs für den Schutz aller in irgendeiner Form der Inhaftierung oder dem Freiheitsentzug unterworfenen Personen	129	107	16. Dezember 1982		349
37/428	Entwurf einer einheitlichen Geschäftsordnung für Konferenzen der Vereinten Nationen	130	107	16. Dezember 1982		350
37/429	Übergangsmaßnahmen für gegenwärtige Mitglieder der Gemeinsamen Inspektionsgruppe	113	109	17. Dezember 1982		348

Lfd. Nr.	*Titel*	*Punkt*	*Plenarsitzung*	*Datum*	*Abstimmungsergebnis*	*Seite*
37/430	Investitionen des Gemeinsamen Pensionsfonds der Vereinten Nationen	113	109	17. Dezember 1982		348
37/431	Bericht des Generalsekretärs der Internationalen Fernmeldeunion	12	109	17. Dezember 1982		341
37/432	Besondere Wirtschafts- und Katastrophenhilfe	74	109	17. Dezember 1982		341
37/433	Internationale Hilfe an Honduras und Nikaragua zur Linderung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme infolge der Überschwemmungen im Mai 1982	74 *b*)	109	17. Dezember 1982		341
37/434	Berichte über besondere Wirtschafts- und Katastrophenhilfe	74 *b*)	109	17. Dezember 1982		341
37/435	Bericht des Sicherheitsrats	11	110	17. Dezember 1982		339
37/436	Bericht des Internationalen Gerichtshofs	13	110	17. Dezember 1982		340
37/437	Zentrum für Menschenrechte	94	111	18. Dezember 1982		343
37/438	Ingangsetzung globaler Verhandlungen über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung	38	113	20. Dezember 1982		340
37/439	Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit	71	113	20. Dezember 1982		341
37/440	Spezifische Maßnahmen im Zusammenhang mit den besonderen Bedürfnissen und Problemen von Entwicklungsländern in Binnenlage	71 *c*)	113	20. Dezember 1982		342
37/441	Protektionismus und Strukturanpassung	71 *c*)	113	20. Dezember 1982		342
37/442	Neugliederung des Wirtschafts- und Sozialbereichs des Systems der Vereinten Nationen	71 *h*)	113	20. Dezember 1982		342
37/443	Feier des 200. Jahrestags der Geburt des Befreiers Simón Bolívar	142	113	20. Dezember 1982		340
37/444	Satzungen der regionalen Institute für Bevölkerungsstudien in Accra und Yaoundé	12	114	21. Dezember 1982		348
37/445	Aufwertung des Wirtschafts- und Sozialrats	12	114	21. Dezember 1982		349
37/446	Bericht des Wirtschafts- und Sozialrats	12	114	21. Dezember 1982		349
37/447	Änderungen der Ausführungsbestimmungen zum Personalstatut	111	114	21. Dezember 1982		349
37/448	Ernährung und Landwirtschaft	71 *f*)	115	21. Dezember 1982		343
37/449	Die effektive Mobilisierung der Frau für die Entwicklung und ihre Einbeziehung in den Entwicklungsprozeß	71 *k*)	115	21. Dezember 1982		343
37/450	Frage der gerechten Verteilung bzw. der Erhöhung der Zahl der Sitze im Sicherheitsrat	36	115	21. Dezember 1982		340
37/451	Feier des 500. Jahrestags der Entdeckung Amerikas	140	115	21. Dezember 1982		340
37/452	Unterbrechung der siebenunddreißigsten Tagung	8	115	21. Dezember 1982		340
37/453	Vorkehrungen für die Konferenz der Vereinten Nationen für die Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie und für den Vorbereitungsausschuß für die Konferenz	27	116	10. Dezember 1983		340
37/454	Vorbereitungen für die Konferenz der Vereinten Nationen für die Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie	27	116	10. Mai 1982		340
37/455	Zypernfrage	37	117	11. Mai 1983		341

كيفية الحصول على منشورات الامم المتحدة

يمكن الحصول على منشورات الامم المتحدة من المكتبات ودور التوزيع في جميع انحاء العالم - استعلم عنها من المكتبة التي تتعامل معها أو اكتب الى : الامم المتحدة ،قسم البيع في نيويورك او في جنيف .

如何购取联合国出版物

联合国出版物在全世界各地的书店和经售处均有发售。请向书店询问或写信到纽约或日内瓦的联合国销售组。

HOW TO OBTAIN UNITED NATIONS PUBLICATIONS

United Nations publications may be obtained from bookstores and distributors throughout the world. Consult your bookstore or write to: United Nations, Sales Section, New York or Geneva.

COMMENT SE PROCURER LES PUBLICATIONS DES NATIONS UNIES

Les publications des Nations Unies sont en vente dans les librairies et les agences dépositaires du monde entier. Informez-vous auprès de votre libraire ou adressez-vous à : Nations Unies, Section des ventes, New York ou Genève.

КАК ПОЛУЧИТЬ ИЗДАНИЯ ОРГАНИЗАЦИИ ОБЪЕДИНЕННЫХ НАЦИЙ

Издания Организации Объединенных Наций можно купить в книжных магазинах и агентствах во всех районах мира. Наводите справки об изданиях в вашем книжном магазине или пишите по адресу: Организация Объединенных Наций, Секция по продаже изданий, Нью-Йорк или Женева.

COMO CONSEGUIR PUBLICACIONES DE LAS NACIONES UNIDAS

Las publicaciones de las Naciones Unidas están en venta en librerías y casas distribuidoras en todas partes del mundo. Consulte a su librero o diríjase a: Naciones Unidas, Sección de Ventas, Nueva York o Ginebra.

Veröffentlichungen der Vereinten Nationen sind über Buchhandlungen und Sortimentsbuchhandlungen der ganzen Welt erhältlich. Bitte wenden Sie sich an Ihren Buchhändler oder an die Vertriebsstelle (Sales Section) der Vereinten Nationen in Genf oder New York.

Printed in U.S.A.

03000

G.A. 37th Session, Suppl. 51

Resolutions and Decisions

(German)

15236—September 1983—650